



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

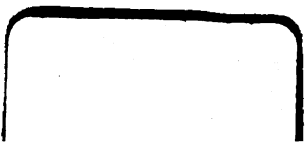
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



EAM
Maurer











0070
2070
Geschichte

der

Dorffverfassung

in

Deutschland.

1,
Von

(Hr. d.)
Georg Ludwig von Maurer,

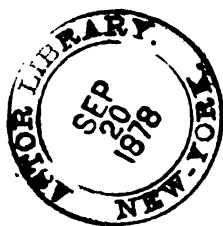
Staats- und Reichsrath, Mitglied der Akademien der Wissenschaften in München und in
Berlin, der königl. Societät in Göttingen, der gel. Gesellschaften in Athen, Jassy, Darmstadt,
Biesbaden u. a. m.

Erster Band.

Erlangen.

Verlag von Ferdinand Cule.

1865.



805

V o r w o r t.

Das vorliegende Werk, das Resultat langjähriger Studien, reiht sich meinen drei früheren Werken an, nämlich an meine:

Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung. München. 1854.

Geschichte der Markenverfassung in Deutschland. Erlangen. 1856.

Geschichte der Fronhöfe, der Bauernhöfe und der Hofverfassung in Deutschland. Erlangen. 1862 u. 1863, 4. Theile.

Es setzt die Bekanntheit mit jenen Werken voraus und ist selbst als deren Fortsetzung zu betrachten. Nichts desto weniger bildet auch dieses Werk wieder ein selbständiges Ganzes. Eben so ist auch die Citationsweise die alte geblieben. Man wird sich daher leicht in dieselbe finden, zumal wenn man meine in dem Vorworte zum Iten Theil meiner Geschichte der Fronhöfe gemachten Bemerkungen berücksichtigt.

Möge nun auch dieses Buch mit demselben Wohlwollen aufgenommen werden, wie seine Vorgänger. Möge dasselbe auch auf die neue Gesetzgebung Einfluß gewinnen, und zumal der alte Grundsatz, daß nach der Größe der Verpflichtung auch die Größe der Berechtigung zu bemessen sei, wieder zur Geltung kommen, und den Gemeinden wieder ihre alte Freiheit zugestanden werden.

München den 2ten November 1865.

v. Maurer.

Inhaltsverzeichnis.

I. Einleitung.

Alte Dorfanlagen. §. 1 u. 2. p. 1—4.

Borwerke und Einzelhöfe. §. 3. p. 4—6.

Freie Dörfer. §. 4 u. 5. p. 6—10.

grundherrliche Dörfer. §. 6. p. 11—12.

gemischte Dörfer. §. 7. p. 12—15.

Die Dorfverfassung ist eine Dorfmarkverfassung. §. 8 u. 9 p. 15—20.

Die Geschichte der Dorfmarken ist eine Wiederholung der Geschichte der großen

Marken und der Gaue. §. 10. p. 20—21.

Neue Dörfer in den alten Dorfmarken. §. 11. p. 22—25.

Mehrere Genossenschaften in einer und derselben Dorfmark. §. 12. p. 25—28.

Weinberggenossenschaften. §. 12. p. 26—27.

Brunnengesellschaften. §. 12 p. 27—28.

II. Die Dorfmark und ihre Bestandtheile.

Im Allgemeinen. §. 13. p. 28—30.

Das Dorf. §. 14 u. 15. p. 30—33.

Die getheilte Feldmark. §. 16—18. p. 33—40.

Die ungetheilte Mark. §. 19. p. 40—43.

Benennung der getheilten und ungetheilten Mark im Gegensatz des Dorfes
§. 20. p. 43—44.

Benennung der ungetheilten Mark. §. 21. p. 44—48.

Was gehört zur ungetheilten Mark? §. 22. p. 48—54.

Antheile an der ungetheilten Mark. §. 23 u. 24. p. 54—61.

Die Marknutzung war Zugehör von Haus und von Hof. §. 25. p. 61—65.

Trennung der Marknutzung von Haus und Hof. §. 26. u. 27. p. 65—68.

III. Eigenthumsrechte an der Dorfmark.

- Im Allgemeinen. §. 28. p. 68—69.
 in freien Dorfmarken. §. 29. p. 69—72.
 in grundherrlichen Dorfmarken. §. 30. p. 72—78.
 in vogteilichen Dorfmarken. §. 31. p. 78.
 in gemischten Dorfmarken. §. 32. p. 79—81.
 Spätere Veränderungen. §. 33. p. 81—83.

IV. Dorfmarkengenossenschaft.

- Sie ist keine römische universitas und auch keine societas. §. 34. p. 83—87.
 Die Grundlage der Dorfmarkengenossenschaft ist eine Feld- und Markgemeins-
 chaft. §. 35 u. 40. p. 87, 88, 96 f.
 bei freien Dorfmarken. §. 36 u. 37. p. 88—92.
 bei grundherrlichen Dorfmarken. §. 38. p. 92—94.
 bei gemischten Dorfmarken. §. 39. p. 94—96.
 Auch in der getheilten Feldmark noch Spuren der ehemaligen Feldgemein-
 chaft. §. 40. p. 96—98.
 Benennung der Dorfgenossenschaft. §. 41. ff. p. 98 ff.
 Gemeine, Gemeinde, Gemeinschaft, communio, communitas, univer-
 sitas villae, universitas villanorum. §. 41. p. 98—100.
 Bauerschaft und Gebauerschaft. §. 42. p. 100—102.
 Nachbauerschaft und Nachbarschaft. §. 43. p. 102 f.
 Klüfte, Klesten, Kluchten und Kluchten. §. 44. p. 103.
 Honnschaft, Hundschaft, Huntari. §. 45. p. 104—106.
 Dorfschaft. §. 46. p. 106 f.
 Ortschaft. §. 46. p. 107.
 Hagen. §. 46. p. 108.
 Urthj und Tagwen. §. 46. p. 108.
 Heimschaft. §. 47. p. 109 f.
 Kirchspiel und Pfarrei. §. 48. p. 110—115.
 Die Dorfverfassung ist verschieden von der Hofverfassung. §. 49. p. 115—120.
 Dorfmarkgenossen. §. 50. p. 120 ff.
 Angefessene Leute. §. 50 u. 51. p. 120—123.
 Eigener Rauch in der Dorfmark. §. 52. p. 124 ff.
 Der angefessene Mann muß das Gut selbst bauen. §. 52. p. 125—127.
 Die Dorfmarkgenossen können freie oder hörige Grundbesitzer, also auch Edel-
 leute sein. §. 53. p. 127—132.
 Benennung der vollberechtigten Genossen. §. 54. p. 132—135.
 Bauer. §. 54. p. 133.
 Bürger. (civis) §. 54. p. 134.
 Hübner oder Hübner. §. 54. p. 134 f.

Arme Leute. §. 54. p. 135.

Beisassen. §. 55—60. p. 135—150.

Entstehung der Beisassen. §. 55. p. 135—137.

Größe und Rechtsverhältniß des kleinen Besitzthums. §. 56. p. 137.

Benennung der nicht vollberechtigten Grundbesitzer. §. 55—57. p. 136—142.

Arme Leute. §. 55. p. 136.

Kotter, Häusler, Selbner, Freier, Lehener, Kötter, Tropfhäusler, Hüttner, Böhner, Brinkfiser, Kleingärtler, kleine Leute, Vardenhauer und Zuläger. §. 56. p. 138—140.

Diesenbesitzer und Gärtner. §. 56. p. 140.

Besitzlose Leute. (Ungewerte, Ungererbte, Einlustige, Hinterlassen u. s. w.) §. 57. p. 141—142.

Insbesondere Tagelöhner, Knechte, Mägde und noch nicht selbständige Kinder. §. 58. p. 142—144.

Dorfschwarzwerker. §. 59. p. 144—150.

Die Beisassen waren Hinterlassen, entweder

1) der Dorfgemeinde. §. 60. p. 150—151, oder

2) der Bauern und Hubner. §. 61. p. 151—154.

Pfarrer und Schullehrer. §. 62. p. 155.

Bilde Huben und andere nicht in die Marktgemeinschaft aufgenommene Huben. §. 62. p. 155.

Ausgeschiedene Güter, Sonderhöfe n. s. w. §. 62 u. 64. p. 155, 156 u. 158 f.

Bunden, Gebunden, Peunten u. s. w. §. 63 u. 64. p. 156—158.

Richt Rärter. §. 65. p. 159—161.

Zwei Dorfgemeinden in einer Dorfmark, eine vollberechtigte (engere und herrschende) neben einer nicht vollberechtigten (weiteren) Gemeinde. §. 66—72. p. 162—175.

Veränderungen. In manchen Gemeinden wird:

1) die weitere Gemeinde als Gesamtgemeinde zur herrschenden Gemeinde. §. 67. p. 163—165.

2) die alte Dorfmarkgemeinde zu einer Privatgemeinde oder Ganerbschaft. §. 67 u. 68. p. 165—168.

3) Die neue Dorfmarkgemeinde wird von einer Marktgemeinde (Realgemeinde) eine Personal-, Bürger- oder politische Gemeinde. §. 69. p. 168—169.

Auch die neue Gemeinde eine Marktgemeinde. §. 69. p. 169.

4) Persönlich abgeschlossene und gemischte Gemeinden. §. 71. p. 171—173.

5) Veränderungen in den Rechtsame- oder Meenthaber Gemeinden. §. 72. p. 173—175.

In vielen Gemeinden bleibt die Gemeinde eine Dorfmarkgemeinde. §. 70. p. 170.

Aufnahme in die Dorfmarkgenossenschaft. §. 73 — 79. p. 175—185.

Schlüssliche Niederlassung. §. 73 p. 175—176.

Aufnahmsgeld. §. 74 p. 177—179.

Aufnahme der Beisassen. §. 75. p. 179—180.

Aufnahme in die engere und weitere Gemeinde. §. 76. p. 180—181.

Zustimmung der Gemeinde und der Grund- und Landesherrschaft nothwendig. §. 77 p. 181. f.

Seit dem 15ten u. 16ten Jahrhundert werden die neuen Ansiedelungen erschwert. §. 78. p. 182—184.

Aufnahme durch Geburt. §. 79. p. 184—185.

Verlust des Gemeindebürgerrechtes. §. 80 p. 185—188.

V. Genossenschaftliche Rechte und Verbindlichkeiten.

1. Im Allgemeinen. §. 81—86. p. 188—205.

Sie ruhen auf der Feld- und Markgemeinschaft. §. 81 p. 188, insbesondere der Antheil an dem Dorfregiment, §. 81 p. 189 f.

Die Gerichtsfolge. §. 82. p. 190.

Der Antheil an dem Eigenthum und an der Benutzung der gemeinen Mark. §. 82. p. 191—192.

Die Dienste und Leistungen, insbesondere auch die Steuern. §. 83. p. 192—197.

Steuerfreiheit:

1) der Beisassen. §. 84. p. 197—200.

2) des Adels. §. 85. p. 200—204.

3) der Ausmärker oder Jörensens. §. 86 p. 204—205.

2. Marknutzungen.

a. im Allgemeinen. §. 87—99. p. 295—231.

Sie waren ursprünglich sehr ausgedehnt. §. 87. p. 205.

Ursprünglich gleiche Berechtigung. §. 87 u. 90. p. 205—207 u. p. 211. f.

Das Bedürfniß ist Maßstab der Berechtigung. §. 88, 91 u. 92. p. 207—209, 213—215.

Ursprünglich uneingeschränkte Berechtigung §. 88 u. 92 p. 208 u. 214.

Beschränkung:

1) der Anzahl der Genossen. §. 89 u. 91 p. 209. ff. 213 f.

2) durch Fixation der Nutzungsrechte. §. 89 u. 91. p. 209 f. 213.

3) durch Forst- u. Feldpolizei. §. 92. p. 215. ff.

Spätere Ungleichheit der Berechtigung. §. 90 u. 91. p. 211—214.

Rechtliche Natur der Nutzungsrechte. §. 93. p. 219.

Sie waren keine jura singulorum. §. 93. p. 220.

Besondere Nutzungsrechte §. 94—99 p. 221—231.

- **Nutzungen der Grundherrn.** §. 94. p. 221—223.
- Nutzungen der grundherrlichen Beamten und der Gemeindebeamten.** §. 95. p. 223—224.
- Servituten und besondere Rechtstitel.** §. 96. p. 224—226.
- Nutzungen der Pfarrer und der Schullehrer.** §. 97. p. 226.
- Nutzungen der Beisassen.** §. 98. p. 227—230.
- Nutzungen der Forenser und Handwerker.** §. 99. p. 230—231.
- Nutzung als Gegenleistung.** §. 99 p. 230.
- Eine Holzabgabe für Kindbetherinnen.** §. 99. p. 230.
- Eine Holzabgabe bei Todesfällen.** §. 99. p. 231.
- b. **Beholzigungsrechte.** §. 100—103 p. 231—244.
- Das Bedürfnis entschied.** §. 100. p. 231—233.
- Fixation des Holzquantums.** §. 101. p. 234—235.
- Holzanweisung.** §. 102 p. 235—239.
- Bau- und Dorfpolizei.** §. 102 p. 237—239.
- Holzhebe, Holztag und Forstpolizei.** §. 103. p. 239—244.
- c. **Rast- und Weiderecht.** §. 104—113. p. 244—270.
- Grasweide (Bonne und Weide) in der gemeinen Mark.** §. 104. p. 244—247.
- Weide in der Brache oder Erat.** §. 105 p. 247—249.
- Egart oder Egert.** §. 105. p. 250.
- Stoppelweide.** §. 105 u. 106. p. 248, 251—253.
- Gemeinde Hirten.** §. 107. p. 253—258.
- Pfandung.** §. 108. p. 258—259.
- Bucherthiere.** §. 109 p. 259—260.
- Rastab der Berechtigung.** §. 110. p. 260—262.
- Recht Vieh halten zu dürfen.** §. 111. p. 262—264.
- Rastracht.** §. 112. p. 264—268.
- Rastgeld und Schweinezehnten.** §. 113. p. 268—270.
- d. **Jagd, Fischerei und Bienenfang.** §. 114—117. p. 270—280.
- Jagd.** §. 115. p. 272—274.
- Fischerei.** §. 116. p. 274—278.
- Bienenfang.** §. 117. p. 278—280.
- e. **Genuß des Wassers.** §. 118. p. 280—285.
- f. **Andere Nutzungen.** §. 119—129. p. 285—313.
- Bege, Stege und öffentliche Plätze.** §. 119. p. 285—287.
- Baumpflanzungen.** §. 120. p. 287—289.
- Heumachen.** §. 121. p. 289—290.
- Loch-, Lem-, Mergel-, Thon-, Ziegel-, Stein- und Sandgruben.** §. 121. p. 290.

- Gebäude auf der gemeinen Mark. §. 122 p. 290 f.
- Verpachtung der Gemeindegüter und Verkauf der Gemeindefrüchte. §. 122. p. 291.
- Ausscheiden einzelner Marknutzungen oder Markstücke zur gesonderten Nutzung. §. 123. p. 292.
- Ortland, Anschuß, Hofesfriebe, Sundern, Hagen, Einsang, Weisang, Anger, Zuschlag, Kamp u. s. w. §. 123. p. 293—294.
- Hammerwurf, Hammerwurfs- oder Baarenwurfs Recht, Anschuß, Ortlands- oder Zuschlagsrecht. §. 124. p. 294—298.
- Recht der Hühner, Gänse, Enten und Tauben. §. 124. p. 295—296.
- Recht zu roden. §. 125. p. 299—304.
- Einfänge, Rampe, Zuschläge und Zaunrichtungen auf Rottland §. 125. p. 303—304.
- Benutzung der gemeinen Mark:
- 1) durch Vertheilung an die Gemeindeglieder. §. 126. p. 304—306.
 - 2) insbesondere durch Vertheilung durchs Loos. (Loosgüter). §. 127 u. 128 p. 306—312.
 - 3) durch Vertheilung an die Tagelöhner, an die armen Leute und an Gemeindebeamte. §. 129. p. 312 f.
3. Schließung der Mark nach Außen. §. 130—133. p. 313—327.
- Ausfuhr von Marknutzungen verboten. §. 130 p. 313—316.
- Die in der Mark gezogenen Früchte und Thiere sollen in der Mark verarbeitet und verzehrt werden. §. 131 p. 316 u. 319.
- Bannrechte. §. 131 p. 316—320.
- Verkaufsverbot und Vorkaufsrecht. §. 132. p. 320.
- Dorfmarklosung, Nachbarlosung oder Naderrecht. §. 132 p. 320. ff.
- Markgenossenschaftliches Erbrecht. §. 133. p. 324—327.
4. Markgenossenschaftliche Verbindlichkeiten.
- a. im Allgemeinen. §. 134—135. p. 328—333.
- Nur die Dorfmarkgenossen zu Diensten und Leistungen verpflichtet. §. 134. p. 328—330.
- Gastfreundschaft. §. 135. p. 330—333.
- b. Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung. §. 136. bis 140. p. 333—351.
- Vor Gericht, insbesondere als Zeugen und Eidhelfer. §. 136 p. 333 ff.
- Bei allen übrigen Vorfällen des Lebens bis in den Tod. §. 137. p. 337—340.
- Armenpflege. §. 138. p. 341—347.
- Unterstützung der Gesamtheit und Haftung der Gemeinde, sogenannte Gesamtbürgschaft. §. 139. p. 347—351.
- Jede Bauerschaft eine Immunität. §. 140. p. 351. f.

- c. Gemeinbedienste und Leistungen.**
 im Allgemeinen. §. 141. p. 353. f.
 Gemeinbedienste und Fronen. §. 141 u. 142. p. 354—356 u. 360 f.
 Das Jähne Machen. §. 142. p. 356—360
 Naturalleistungen. §. 143. p. 361.
 Die der Gemeinde obliegenden Dienste und Leistungen waren Lasten der einzelnen Genossen. §. 144. p. 361—363.
 Beiziehung der Armen und Gemeinde Umlagen. §. 145. p. 364—367.
 5. Rechte und Verbindlichkeiten der Dorfmarkgemeinden als kirchliche Genossenschaften. §. 146—149. p. 367—375.
 Sittenpolizei. §. 150. p. 375.
 6. Eigenthümliche Strafen gegen ungehorsame Bauern. §. 151. p. 377.
-

I. Einleitung.

§. 1.

Die ersten Dorfanlagen hängen mit der ersten Kultivirung des Landes zusammen und reichen mit dieser in vorhistorische Zeiten hinauf. Was wir daher von ihnen und ihrer Verfassung wissen, das wissen wir nur von Römischen und Griechischen Schriftstellern. Alles Uebrige muß erst aus späteren Einrichtungen gleichsam errathen werden. Darnach gingen nun die ersten Ansiedelungen nicht von Einzelnen aus, vielmehr von ganzen Völkern, Stämmen und Geschlechtern. Nach zusammenhaltenden Stämmen und Geschlechtern (*gentibus cognationibusque, qui uno coierunt*) ¹⁾ siedelten sich frühe schon die Germanischen Völkerschaften in Deutschland an. Auch das Land Dithmarschen ward von Geschlechtern in Besitz genommen und bevölkert. Und anderwärts war es nicht anders. Denn diese Ansiedelungsweise entspricht dem natürlichen Gange der Dinge ²⁾. Daher wohnten frühe schon ganze Geschlechter (*genealogiae*) auf einer eigenen Feldmark beisammen (*si quae contentio orta fuerit inter duas genealogias de termino terrae eorum*) ³⁾. Darum waren so viele Dorfschaften auch in späteren Zeiten noch von näheren oder entfernteren Verwandten und Vettern bewohnt. Aus demselben Grunde führten nicht wenige Dörfer den Namen eines Geschlechtes oder auch

1) Caesar, bell. Gall. VI, 22.

2) Meine Gesch. der Marktenverf. p. 2 ff. Meine Einleitung p. 3—5.

3) L. Alem. tit. 84.

sämmtliche Bewohner eines Dorfes einen und denselben Geschlechts-Namen ⁴⁾).

Einzelnhöfe in dem Sinne wie man es seit Möser behauptet und Einer es dem Anderen nachgesprochen hat, hat es ursprünglich, so weit unsere Nachrichten reichen, keine gegeben. Alle ursprünglichen Ansiedelungen waren vielmehr entweder Dörfer mit Feldgemeinschaft, oder Hofanlagen ohne Feldgemeinschaft, aber doch mit Waldmark- und Weidegemeinschaft. Die Einen wie die Anderen sind demnach Gemeinschaften oder Genossenschaften gewesen, welche von der ungetheilten Feld-, Wald- und Weidegemeinschaft, in der sie gestanden, selbst erst den Namen Gemeinden erhalten haben, wie dieses in der Folge immer klarer und deutlicher hervortreten wird ⁵⁾.

§. 2.

Sehr viele unserer heutigen Dörfer reichen hinauf bis in vor Karolingische Zeiten, in Baiern ebensowohl wie in der Schweiz, im Elsaß, in der Pfalz, in Franken, in Sachsen, und in Westphalen. Daher findet man schon in den allerältesten Güterverzeichnissen aus dem 7. und 8. Jahrhundert und in anderen Urkunden jener Zeit die Namen vieler Dorfschaften, welche heute noch bestehen. Zumal hier in Altbaiern und im Erzstifte Salzburg, in Schwaben und in der Schweiz, im Elsaß, in der Pfalz, im Odenwalde u. a. m. haben die meisten heute noch existirenden Dörfer schon zur Fränkischen Zeit bestanden, wie dieses aus den Güterverzeichnissen und Schenkungsurkunden hervorgeht, welche sich bei Kleinmair, in den Traditionen von Lorch und Weissenburg, in den Urkundensammlungen von Neugart, Schöpslin, Reichelbeck, und in vielen anderen, insbesondere auch in den Bai-rischen Monumenten in großer Menge finden.

Sehr viele Dorfschaften wurden indessen auch erst im späteren Mittelalter und zum Theile noch später angelegt, entweder von den Deutschen Königen und Kaisern auf Reichsboden, wohin auch die Willen Karls des Großen und viele spätere Reichsdörfer zu rechnen sind, oder von den späteren Landesherren auf landesherr-

4) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 285.

5) Meine Einleitung p. 5—12.

lichem Grund und Boden, wie dieses im Rheingau, in Franken, in Baiern, im nördlichen Deutschland u. s. w. sehr häufig der Fall war, oder endlich von den verschiedenen Grundherrschaften auf dem ihnen gehörenden Boden. Beispielsweise führe ich an die Dörfer Walde und Sundern in der Grafschaft Arnberg in Westphalen, deren Name allein schon ihre neue Anlage auf herrschaftlichem Waldgrunde bezeugt⁶⁾. Ebenso Holzhausen in Pommern⁷⁾. Sodann das Dorf Fürstenberg in Westphalen, welches erst seit dem Jahre 1450 von den Einwohnern der verwüsteten Dörfer Beperte, Dorfel und Eylern, unter dem Schutze der alten Burg Fürstenberg und in dessen Nähe nach und nach angebaut worden ist⁸⁾; ferner das Dorf Lettau in Franken, welches erst in der Mitte des 16. Jahrhunderts, und Wilhelmshausen in Franken, welches sogar erst ganz am Ende des 17. Jahrh. auf einer seit dem 30jährigen Kriege verödeten Dorfmark Niederrhein und Unterelbach angelegt worden ist⁹⁾. Auch die in Schlesien, Pommern und in der Mark Brandenburg im 13. und 14. Jahrhundert neu angelegten Dörfer sind sammt und sonders auf grundherrlichem Boden angelegt worden. Die meisten jener Dorfanlagen nach Deutschem Rechte sind jedoch keine neuen Dorfanlagen, vielmehr bloße Umwandlungen und Erweiterungen von bereits vorhandenen Polnischen, Slavischen und Wendischen Ortschaften gewesen¹⁰⁾. Die Anlegung jener Dörfer bezog sich nämlich, wie wir gesehen haben, nur auf ihre Einrichtung nach Deutscher Art und nach Deutschem Rechte. Es pflegte daher in den Urkunden, welche die Dorfanlagen anordnen, genau angegeben zu werden, nach welchem Rechte die Dörfer angelegt, und die Colonen behandelt werden sollten. Dessen sollte dieses geschehen nach Flämischem

6) Dipl. von 1310 bei Wigand, Archiv VII, 180 in villis nostris novellis scilicet Walde et Sundern.

7) Dipl. von 1262 bei Dreger, cod. Pom. I, 461.

8) Wigand, Archiv, III, 109.

9) Oesterreicher bei Fink, geöfnete Archive I, §. 2. p. 145—155 u. §. 5 p. 64—74. Vgl. noch meine Einleitung p. 263 u. 265. Ueber die Dorfanlagen im Kanton Bern vgl. Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverh. in Bern p. 10—33.

10) Meine Einleitung p. 265—269.

Rechte (*soulteto nostro dedisse villam nostram jure Flamingico ad locandum*)¹¹⁾, insgemein jedoch nach deutschem Rechte (*jure teutonico* oder *jure teutonicali*)¹²⁾ oder, was dasselbe ist, nach Fränkischem Rechte, (*ut teuthonico jure, quod dicitur Franconicum locet mansos*)¹³⁾; *jure teuthonico, sicut jus habet Franconicum vendidimus ad locandum*¹⁴⁾. Zuweilen sollten sogar in einem und demselben Dorfe die Felder und das Gestrüpp nach Flämischem Rechte, die Waldungen dagegen und zumal die Eichenwaldungen nach Fränkischem Rechte bei der Dorfanlage behandelt werden. (*quod campestria et rubos locet Flamingico jure, dambrovam vero et silvestria jure Franco-nico*)¹⁵⁾.

Sehr häufig ging jedoch die neue Ansiedelung auch von der Bevölkerung selbst aus, ohne alles Zuthun der Landes- und Grundherrn¹⁶⁾, öfters sogar gegen ihren Willen. So beklagte sich schon im 12. Jahrh. ein Abt von Fulda, daß die Leute in seinen Stiftswaldungen eigenmächtiger Weise rodeten und sodann auf dem Rodtlande Dörfer anlegten¹⁷⁾. Von dergleichen Ansiedelungen in Waldungen und auf Rodtland haben viele Ortschaften ihren Namen Reut erhalten, z. B. Eppenreut, Conradsreut, Fletschenreut, Forenreut, Martinsreut, Bretschenreut, Baireut in Franken u. a. m.

§. 3.

Auch einzeln liegende Höfe, sogenannte Vorwerke, Weisänge, Schweigen u. s. w. kommen früher schon vor¹⁸⁾. Allein bei einer

11) Dipl. von 1259 bei L. u. St. p. 338 f. Vgl. noch p. 101 ff. u. 162.

12) Dipl. von 1274 u. 1309 bei Böhme, II, 64 u. 67.

13) Dipl. v. 1276 bei L. u. St. p. 390.

14) Dipl. v. 1297 bei L. u. St. p. 433. Vgl. noch dipl. von 1252 u. 1308 eod. p. 327, 328 u. 483.

15) Dipl. von 1257 bei L. u. St. p. 336 f. Ueber die wahre Bedeutung des Flämisches, Fränkischen und Deutschen Rechtes in Schlessen handelt sehr gründlich Stengel, l. c. p. 93 ff.

16) Meine Einleitung p. 174—181, vgl. Konrad Maurer, Bekehrung Norweg. zum Christenthum, I, 443 ff.

17) Gesta Marcuardi bei Schannat, cod. prob. histor. Fuld. p. 188. *Faciebant sibi novalia et villas in nemoribus et forestibus S. Bonifacii.*

18) Meine Einleitung p. 181—191 u. 251 ff.

Verfassungsgeschichte kommen dieselben gar nicht in Betracht, indem sie als Einzelhöfe niemals eine eigene Verfassung gehabt haben. Sie gehörten vielmehr sammt und sonders von jeher entweder zu einer Dorfmarkgemeinde, oder zu einer Hofanlage mit Wald- und Weidgemeinschaft, oder zu einer Hofgenossenschaft. Zu einer Dorfmarkgemeinde oder Hofanlage mit Wald- und Weidgemeinschaft gehörten sie dann, wenn sie innerhalb einer Dorfmark lagen und nicht aus der Feld-, Wald- oder Weidgemeinschaft ausgeschieden worden waren, zu einer Hofgenossenschaft aber in dem Falle, wenn dieselben durch Einzäunung oder sonstige Abmarkung aus der Feld-, Wald- und Weidgemeinschaft ausgeschieden waren, und nun die Hofländereien von hofhörigen Colonen gebaut zu werden pflegten. Einzelhöfe, welche weder in ungetheilter Markgemeinschaft mit anderen Dörfern oder Höfen gestanden, noch auch ihre eigene Hofverfassung gehabt oder welche nicht wenigstens zu einer anderen Hofverfassung gehört haben, hat es weder in früheren noch in späteren Zeiten gegeben.

Wenn nun die hörigen Colonen, wie dieses häufig der Fall war, um ihren Fronhof herum wohnten und mit ihren Bauerngütern auch eine ungetheilte Feldmark, gleichviel ob nach Pacht-, Erb- oder Lehnrecht erhalten hatten, so wurde sodann die Hofgenossenschaft zu gleicher Zeit auch eine Dorfmarkgenossenschaft, der Hof also ein Dorf. Und viele zumal grundherrliche Dörfer sind auf diese Weise aus Höfen entstanden ¹⁹⁾. In derselben Weise nun aber, wie ein Hof zu einem Dorfe werden konnte, konnte umgekehrt auch ein Dorf wieder zu einem Hofe gemacht werden. („dat dat Dorp ghemaket was to eyneme Hove sentem male dat „de Hof nu wedder en Dorp worden is“ ²⁰⁾). Denn der Unterschied zwischen einem Dorfe und einem Hove hat einzig und allein in der ungetheilten Feld- oder Waldmarkgemeinschaft bestanden. Eine Dorfgemeinde war nämlich allzeit eine Dorfmarkgenossenschaft,

19) Vgl. z. B. Dipl. von 752 bei Neugart, I, 23. *curtis Duringas (Thuringen) cum undecim casatas quod ad haec pertinet, et alius curtis meis, quod vocatum est Hahahusir (Achhausen) cum XV casatas, quod ad haec pertinet.*

20) Urk. von 1338 bei Rinbl., M. B. II, 326. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 120.

welche ohne Feld= oder Waldgemeinschaft gar nicht gedacht werden kann, während die Hofgenossenschaft auch ohne Feld= und Waldgemeinschaft bestehen konnte und sehr häufig sogar ohne eine solche bestanden hat. Wenn daher ein Grundherr seinen hörigen Colonen mit den ausgeschiedenen Bauerngütern auch noch eine Feld= oder Waldmark in ungetheilter Gemeinschaft hingab, so wurde die Hofgenossenschaft nun, wie bemerkt, zu gleicher Zeit auch eine Dorfmarkgenossenschaft, der Hof also ein Dorf. Wenn dagegen ein Grundherr seinen hörigen Colonen die ihnen verliehenen Bauerngüter abkaufte, um dieselben wieder zu einem Hofe oder Vorwerke zu vereinigen und sodann, wie andere Hofländereien vom Fronhofe aus bauen zu lassen, so hörte auch die Dorfschaft wieder auf eine Dorfmarkgenossenschaft zu sein. Das Dorf ward vielmehr wieder ein Hof oder ein Vorwerk. („daz man daz dorf mache zu „einem vorwerke“ (später wird dieses Vorwerk ein Hove genannt) „vnd koufe den giburn den activ abe“) ²¹⁾. In ähnlicher Weise pflegten in Schlesiens Vorwerke in Dörfer und Dörfer wieder in Vorwerke verwandelt zu werden ²²⁾. Auf die Menge der von den Colonen bewohnten Häuser kam es dabei in rechtlicher Beziehung eben nicht an. Eben so wenig darauf, ob die Bauernhöfe in Dorfähnlicher Weise zusammengebaut waren oder zerstreut in der Feldmark umherlagen, wie wir sie heute noch oft Stunden lang in den Thälern des Obenwaldes und der Bairischen Alpen, in Westphalen, in Tirol, Vorarlberg und in der Schweiz dahin liegen sehen ²³⁾.

§. 4.

Die Dorfschaften waren in früheren und späteren Zeiten theils freie, theils hörige, theils aber auch gemischte Dorfschaften.

Die freien Dorfschaften (*villae francoe* oder *villae ingenuae* ²⁴⁾) waren ursprünglich sehr verbreitet. Sie bildeten vielleicht sogar die Regel. Denn je weiter man in der Geschichte bis zu

21) Urf. von 1227 bei Ludewig, *Rel. Mpt.* I, 41.

22) Urf. von 1344 u. 1372 bei Sommersberg, I, 783 und Tschoppe u. Stenzel p. 94.

23) Meine Einleitung p. 5—12.

24) Henschel, v. *villa franca* und *villa ingenua*. VI, 827.

den ersten Ansiedelungen zurückgeht, desto mehr freie Dorfgenossen findet man in den einzelnen Dorfmarken angesiedelt. Erst durch die Hingaben der ärmeren Freien an Kirchen und Klöster und an andere Schutzherrn, und durch die von ihnen vorgenommenen Traditionen haben sich mit dem freien Grundbesitz auch die freien Dorfmarkgenossen mehr und mehr verloren, wie man dieses bei den meisten alten Dörfern am Rhein und am Neckar sehr genau nachweisen kann. Nach den alten Traditionen von Lorsch haben z. B. in Handschuchsheim allein 107 solche Traditionen stattgehabt. Es müssen also damals wenigstens eben so viele freie Leute in jener Dorfmark angesessen gewesen sein²⁵⁾. In Birstat kommen 11 Schenkungen von freien Grundbesitzern vor, in Boenheim 8, in Pfungstadt 6, in Basinsheim 35, in Neuenheim 5, in Dossenheim 23, in Schriesheim 10, in Frankenthal 8, in Heppenheim 40²⁶⁾, in dem kleinen Dörfchen Mörsch (Marisga, Merische oder Meresche) bei Frankenthal 20²⁷⁾ und in dem eben so kleinen Baisenheim 5²⁸⁾. Auch Erpolzheim, mein lieber Geburtsort, muß in vorhistorischen Zeiten eine freie Dorfschaft gewesen sein. Da nämlich schon zur Zeit Karls des Großen und Ludwigs des Frommen mehrere freie Grundbesitzer ihren Grundbesitz an das Kloster Lorsch hingegeben haben²⁹⁾ und weitere solche Traditionen auch noch im späteren Mittelalter theils an das Bisthum Speier³⁰⁾ theils an die Abtei Limburg gemacht worden sind, welche daher einen eigenen Klosterhof daselbst besessen hat³¹⁾, so darf wohl mit vollem Rechte auf das frühere Dasein von vielen freien Grundbesitzern und auf das Dasein einer freien Gemeinde selbst geschlossen werden. Dasselbe gilt von Friedelsheim im ehemaligen Speiergau. Denn schon zur Zeit Karls des Großen wurden daselbst zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen freien Grundbesitzern solche Traditionen an

25) Codex Laureasham. I, 357 – 420 u. 471.

26) Cod. Laureash. I, 284–290, 295 – 300, 312 – 316, 324–346, 353 – 356, 416, 427–438, u. 461, 438–444, II, 9–12 u. 16–30.

27) Cod. Laureash. I, 35, II, 3 – 8, 10 u. 11. Capit. von 812 bei Pertz, III, 177.

28) Cod. Laureash. II, 153. Capit. von 812 bei Pertz III, 177.

29) Cod. Laureash. II, 137–138.

30) Dipl. von 946 in Act. Acad. Palat. III, 266.

31) Urk. von 1249 bei Bibber, II, 305.

die Stifter Fulda und Vorch gemacht ³²⁾). Und auch im späteren Mittelalter finden wir daselbst noch freie Grundbesitzer, z. B. im Jahre 1134 einen Ritter (miles), der seinen sehr großen den dritten Theil der Dorfmark umfassenden Fronhof der Abtei Limburg zu Erb und Eigen und außerdem noch andere Huben als Zinsgut hingab ³³⁾). Ferner verkauften im Jahre 1418 mehrere freie Herrn „ihr Huß, Hofraide und Geseße zu Fridelsheim“ an die Kurfürsten von der Pfalz ³⁴⁾, welche daselbst schon früher Grundbesitz mit armen Leuten erworben hatten ³⁵⁾, und nun jenes neu erworbene Haus in eine Burg verwandelten, sodann aber dieses Schloß sammt Zugehör ihrerseits wieder im Jahre 1462 an die Abtei Limburg veräußerten ³⁶⁾). Später wurde auch dieses sogenannte Schloßgut wieder weiter an das berühmte Geschlecht der Hirschhorn und zuletzt an die Grafen von Wieser veräußert. Und noch am Ende des vorigen Jahrhunderts findet man außerdem noch die kurfürstliche Hofkammer und mehrere andere Grundherrschaften in jenem Dorfe ³⁷⁾).

§. 5.

Diese Beispiele werden genügen. Man könnte ihnen leicht noch andere auch aus anderen Theilen von Deutschland hinzufügen. Denn allenthalben waren die freien Dorfschaften ursprünglich sehr

32) Cod. Lauresh. I, 487, II, 54, 373—374. Schannat, trad. Fuld. Nr. 32.

33) Dipl. von 1134 bei Würdtwein, nov. subsid. I, 140 in villa, quae vocatur Fridolvesheim, principalem curtem suam cum III mansis — appellamus autem curtem illam principalem quia tertia pars hanni memoratae villae cum omnibus suis appendiciis, id est pratis, pascuis etc., woraus folgt, daß dieses nur ein Haupthof gewesen ist und daß es außer ihm auch noch andere Höfe in jener Dorfmark gegeben hat, wie dieses auch aus dem Folgenden hervorgeht, ibid. p. 140. Praeter haec commemorata tradidit et alias tres hubas et dimidiam etc. als Zinsgut.

34) Wibder, II, 337.

35) Urk. von 1376 in Act. Acad. Palat. VI, 356.

36) Urk. von 1462 bei Würdtwein, monast. Palat. I, 126. „unser Schlosse Fridelsheim — mit dem vorch ove graben, allem begriffe, ader, wilen zc. u. p. 128.

37) Wibder, II, 339. Grimm, I, 784. „Ramasser hof zu Friedelsheim“.

verbreitet. Erst mit den freien Bauern haben sich auch die freien Dörfer mehr und mehr verloren. Sie gingen nach und nach in hörige oder auch gemischte Dorfschaften über. Ganz sind die freien Dörfer jedoch niemals verschwunden. Denn allenthalben, wo sich auch in späteren Zeiten noch freie Bauern in größerer Anzahl erhalten, haben auch die Dorfgemeinden selbst ihre Freiheit behalten. Zu diesen freien Dörfern gehören insbesondere auch viele Reichsdörfer, z. B. das keiner Grundherrschaft unterworfenen Dorf Bernheim, welches sich im Jahre 1172 gegen Entrichtung einer jährlichen Abgabe dem kaiserlichen Schutze unterworfen hat und dadurch reichsunmittelbar geworden ist³⁸⁾. Es gehörten zu ihnen alle die keiner Grundherrschaft, vielmehr einer bloßen landesherrlichen oder einer anderen Vogtei unterworfenen Dörfer, wie man sie in der Schweiz, z. B. in der Landschaft Oberhasle im Kanton Bern³⁹⁾, im Kanton Zug u. a. m.⁴⁰⁾, in Tirol, Vorarlberg, Schwaben, Baiern in der Pfalz, in der Wetterau, Ortenau, im Elsaß, in Westphalen u. a. m. auch in späteren Zeiten noch findet. Zu ihnen gehören insbesondere auch die freien Flecken⁴¹⁾. Die meisten alten Dörfer sind jedoch nach und nach grundherrliche oder wenigstens gemischte Dorfschaften geworden.

Endlich gab es auch freie Dörfer, welche ursprünglich grundherrliche oder gemischte Dorfschaften waren und erst in späteren Zeiten frei von aller Grundherrschaft geworden sind. Dahin gehört z. B. die freie Dorfgemeinde Löß im Kanton Zürich, welche die getheilte und ungetheilte Dorfmark um 3000 Pfund Heller von ihrer Grundherrschaft gekauft und sich dadurch frei von aller Grundherrschaft gemacht hat⁴²⁾. Eben dahin gehört das Dorf

38) Urk. von 1172 bei Hofer, Zeitschrift, II, 486. villani in Bernheim unanimi consensu villam suam B., quam libere et propere et ab omni dominio solutam hactenus possiderunt potestati nostre subiecerunt, eo videlicet pacto ut ipsi et omnis eorum posteritas 25 modios tritici singulis annis imperio persoluant, et de cetero sub imperialis celsitudinis tuicione ab omni tyrannide securi permaneant.

39) Stettler, Gemeinde- u. Bürgerrechtsh. p. 33.

40) Blumer, Rechtsg. I, 377.

41) Grimm, I, 637.

42) Grimm, I, 129. „Was innerhalb obgemelten marchen lit von holz vnd feld, es sigit aker, maten, weyden, wustlendina,

Barthausen in Westphalen⁴³⁾. Eben so endlich auch das Freidorf Trochtelfingen in Schwaben.

Ehedem gehörte nämlich dieses Dorf sieben verschiedenen Grundherrn. Denn außer den Spielbergischen und Wallersteinischen Hörigen wohnten daselbst auch noch Neresheimische, Kirchheimische, Brandenburgische, Nördlingische und Stollchische hörige Unterthanen. Fünf von den daselbst angeessenen Grundherrn besaßen sogar eigene Schlösser in dem Dorfe. Nach und nach scheinen jedoch diese Schlösser sammt den dazu gehörigen Besitzungen von den Bauern selbst erworben und dadurch das Dorf frei von aller Grundherrschaft, ein wahres Freidorf, geworden zu sein. Nur zwei Schloßlein's sind bis auf unsere Tage gekommen, das untere, in welchem der Wallersteinische Forstmeister wohnte, und das obere, welches dem Bader Storch gehörte, der von einem der alten Dorfjunker abzustammen behauptete. Die Verfassung dieses Freidorfes war derjenigen einer alten freien Stadt nicht unähnlich. Fünf jedes Jahr von der Gemeinde erwählte Vorsteher, die Fünfer, besorgten die Angelegenheiten der Dorfgemeinde, die Gemeindeverwaltung nicht allein, sondern auch noch die Dorfpolizei und die kleinen Rügen. Ihr Vorstand, der Sechser, war abwechselnd ein Jahr um das andere der Fürst von Wallerstein durch seinen Forstmeister im unteren Schloß und der erwähnte Bader Storch im oberen. Die einzige übrig gebliebene Spur von dem früheren Dasein einer Grundherrschaft. Nur bei wichtigeren Angelegenheiten wurde die gesamte Gemeinde am Sonntage nach dem Gottesdienste auf dem Kirchhofe beigezogen. Die Dorffreiheit erstreckte sich übrigens nicht allein auf die freie Verwaltung, sondern auch noch auf die Freiheit der Gewerbe. Diese durften sämmtlich abgabenfrei und unzüngtig betrieben werden. Und zur Gewerbsfreiheit gehörte insbesondere auch der freie Bettel zum großen Nachtheile der Gemeinde, wie dieses übrigens auch in anderen Freidörfern der Fall war⁴⁴⁾.

„oder wie das genempt wirt, hat man von vnnserenn heren vm trütu-
sent H. h. erloft“.

43) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 474 - 476.

44) Siebenkees, Beitr. zum Teutsch. R. III, 129. Ritter von Lang, Memoiren I, 29- 32.

§. 6.

Grundherrliche Dorfmarken hat es ursprünglich verhältnißmäßig nur sehr wenige gegeben. Erst seit der Eroberung der Römer-Provinzen kommen sie öfter und zuletzt sogar sehr häufig vor. Man nannte die grundherrlichen Dörfer, weil sie von hörigen Colonen bewohnt waren, öfters Colonien (*coloniae* oder *colonicae*). Villa, d. h. Dorf, und *colonica* waren daher gleichbedeutende Benennungen ⁴⁵⁾. Meistentheils nannte man jedoch die einzelnen den hörigen Colonen gehörigen Bauernhöfe, nicht aber das ganze Dorf eine Colonie ⁴⁶⁾. Daher unterschied man die Colonien von den Villen und verstand unter der Villa entweder den Fronhof, zu welchem die hörigen Colonen gehörten, oder das Dorf, in welchem die hörigen Bauernhöfe (die *colonicae*) lagen ⁴⁷⁾. Nur die Könige, Herzoge und Grafen besaßen auch in Deutschland schon frühe ganze von Hörigen bewohnte Dorfmarken, über welche sie frei verfügen konnten und auch nach Willkür darüber verfügten ⁴⁸⁾. Die Herzoge von Baiern verschenkten öfters ganze von Unfreien (*servi*) und Hörigen (*barscalci*, *tributales* und *Romani tributales*) bewohnte Dorfschaften (*villae*) nebst den dazu gehörigen ungetheilten Dorfmarken. (*tradidit dux uillulam que uocatur pahman cum mansos X cum silva et prata uel pascua ad eandem uillulam pertinentem* ⁴⁹⁾. Villa, quae dicitur Pindingen cum suis ibi manentibus in coloniis suis XXX curtem et casam cum aliis aedificiis et territorio ibidem pertinenti cum pratis pasouis silvis ac montibus, molendariis aquarumve decursibus cum omnibus confiniis ibidem pertinentibus ⁵⁰⁾. Karl der Große übergab die sehr ausgedehnten Villa Heppenheim der Abtei Lorsch ⁵¹⁾.

45) Viele Beispiele bei Guérard, *polypt. d'Irmenon*, I, 625 f.

46) Meine Einleitung p. 274. f.

47) Viele Beispiele bei Polypt. *Irmenon* I, 626. Vergleiche die folgenden Notizen.

48) Meine Einleitung, p. 83—84. Waitz, *Verf. Gesch.* II., 188 und 271.

49) *Congestum Arnonis in Juvavia* p. 21. Viele andere Beispiele eod. p. 21, 22, 23 u. 28.

50) Verzeichniß der ältesten Salzburger Urkunden in *Juvavia* p. 31 und viele andere Beispiele eod. p. 32, 33, 34, 35 u. 37.

51) *Cod. Lauresh.* I, 15.

Spätere Könige verschenkten gleichfalls ganze Dörfer nebst den dazu gehörigen Feld- und Waldmarken an Stifter und Klöster. (*villam juris nostri cum ecclesia ibidem constructa, et cum reliquis aedificiis, casis, domibus, mancipiis, terris, pratis, sylvis, pascuis, aquis, aquarum decursibus, adjacentiis, perviis, exitibus et regressibus quantumque ad praedictam villam aspicere videtur*⁵²⁾. Indessen besaßen auch reiche Grundbesitzer schon zur Fränkischen Zeit ganze Dorfschaften. Schon im Jahre 846 verfügte z. B. ein gewisser Bernher im Rheingau über mehrere Villen und über die dazu gehörigen ungetheilten Feld- und Waldmarken. (*villam — cum omni integritate sua. — Cum omnibus appenditiis et terminis suis, et cum omnibus ad se pertinentibus, id est basilica, domibus, caeterisque aedificiis, terris, pratis, sylvis, campis, pascuis, aquis, aquarumve decursibus, cultis locis et incultis*⁵³⁾. Und je mehr ärmere Freie sich an Kirchen und Klöster und an andere Schutzherrn hingaben, je mehr sich überhaupt die Grundherrschaft ausgedehnt und nach und nach über das ganze Land verbreitet hat, desto mehr sind auch die freien Dorfschaften verschwunden oder vielmehr in grundherrliche oder gemischte Dorfschaften übergegangen. Die meisten sind jedoch in die Hände eines einzigen Grundherrn gekommen. Und da auch die im späteren Mittelalter angelegten Dörfer meistens auf grundherrlichem Boden angelegt zu werden pflegten, so bilden im späteren Mittelalter die grundherrlichen Dörfer die Regel, z. B. im ganzen Kanton Bern⁵⁴⁾, in Schlesien, in der Mark Brandenburg u. a. m.

§. 7.

Sehr viele alte freie Dörfer sind indessen gemischte Dorfschaften geworden. Gemischt nenne ich alle diejenigen Ortsschaften, in welchen neben den Freien auch Hörige und Unfreie Grundbesitz hatten, oder in denen mehrere Grundherrn neben einander oder die Hörigen mehrerer Grundherrschaften angeessen waren.

52) Dipl. von 834 im Cod. Lauresh. I, 55. Vergl. noch Dipl. von 882, eod. I, 81.

53) Dipl. von 846 im Cod. Lauresh. I, 58.

54) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältnisse in Bern, p. 10—33.

Daß öfters in einer und derselben Dorfmark 2, 3, 5, 10 bis 12 Grundherrn ansäßig gewesen sind, ist bereits anderwärts schon bemerkt worden⁵⁵⁾. Auch in den Freidörfern und Reichsdörfern war dieses nicht selten der Fall. Zu Trochtelfingen z. B. waren, wie wir gesehen haben, ursprünglich 7 verschiedene Grundherrschaften ansäßig, in dem Freidorfe Obermögersheim sogar 9, in dem Freidorfe Windsheib aber 8 und in Dittenheim sieben⁵⁶⁾. Ebenso waren in vielen Königs- und Reichsdörfern Edelleute und Stadtbürger neben einander angesessen und hatten in denselben ihre Fron- oder Dinghöfe, z. B. in den Reichsdörfern im Elsaß. („in dez richen Dorffern etwie vill dincshoffe, die der edellute vnd bürgere sint“⁵⁷⁾). Ebenso in den Reichsdörfern Soben und Sulzbach in der Wetterau. (alle die, die gut in den dorfen hant, ritter von dem lande, burger uz den steden und die gemeinen armen lude⁵⁸⁾). Auch in den Königsdörfern der ehemaligen Reichsgraffschaft zum Bornheimer Berg in der Wetterau, waren viele geistliche und weltliche Grundherrn angesessen, und ein jeder von ihnen hatte seinen eigenen Dinghof oder Vogthof (Foithof)⁵⁹⁾. Dasselbe war in anderen Reichsdörfern der Fall. Da nun diese Grundherrn ihre herrschaftlichen Ländereien nicht selbst zu bauen, sie vielmehr an Colonen in Zeit- oder Erbpacht hinzugeben pflegten, so findet man auch in den Freidörfern und Reichsdörfern ebenso vielerlei Huber, Landsiebel und andere hörige Colonen angesessen, als sich daselbst Grundherrschaften vorfanden, in den erwähnten Freidörfern ebensowohl wie in den Reichsdörfern im Elsaß („ist ein richsdorff, dar inne hat daz closter eynen dincshoff, — darzu vff 40 huber von edelluten, closterpaffen vnd lengen, burger vnd lantlude“⁶⁰⁾), in den Königsdörfern in der ehemaligen Reichsgraffschaft zum Bornheimer Berg⁶¹⁾, in den Reichsdörfern Gochsheim und Sennfeld in Franken u. a. m. Ebenso waren im

55) Meine Geschichte der Fronhöfe, III, 97—100.

56) Siebenkees, III, 129—130.

57) Grimm, I, 737. Vergl. noch p. 736 f.

58) Urk. von 1323 bei Boehmer. Frankf. Urk. I, 472.

59) Grimm, III, 482 u. 483.

60) Grimm, 736. Vergl. noch p. 737.

61) Grimm, III, 482—485.

Dorfe Bebingen in der Pfalz die Klöster Albenmünster, Einsheim und Eusersthal angelesen, und ihre hörigen Hinterlassen bildeten die Dorfgemeinde (*universitas villanorum*⁶²). In dem Dorfe Tritenheim bestand die „Gemeine“ aus den Hinterlassen des Erzstiftes Trier, des Stiftes St. Mathais in Trier und der Herrn von Mandersheid⁶³). In dem Dorfe Großkems im Elsaß waren zwei Grundherrschaften ansäßig, das Bisthum Basel und das Stift St. Alban in Basel („und hat niemand kein eigenschaft „an dem bann zu Kems, denn die stift zu Basel und die herren „von St. Alban zu Basel, das grund und grath ihr beiden eigen „ist, lut und gut“). Jede Grundherrschaft hatte ihren eigenen Fronhof („und im Dorf hat der bischof und die Herren von St. Alban einen hof“), welcher „Meierhof“ hieß. Auch hatte jede Grundherrschaft ihren eigenen herrschaftlichen Beamten, einen Meier, mit einer eigenen Fronhofgerichtsbarkeit. Beide Hofgemeinden bildeten aber nur eine einzige Dorfmarkgemeinde („Gebursame“) mit einem gemeinschaftlichen Dorfbann⁶⁴). In dem Dorfe Gappel in der Ortenau waren neben den hörigen Huber des Bischofs von Straßburg, der Markgrafen von Baden und der beiden Junker von Bach und Rödder, auch noch freie Vogtleute ansäßig („ouch des vogts eigen lute die in dem tal geseffen sint“). Und sie alle zusammen bildeten die Bauerngemeinde („Burschaft“⁶⁵). Auch Weggen war ein solches gemischtes Dorf. Denn außer den Hörigen des Klosters Lucern wohnten daselbst auch noch freie Leute („die fryen lüte“) mit freiem Grundbesitz („fry libig eigen“), welche unter keiner Grundherrschaft, sondern direkt unter der öffentlichen Gewalt (unter der Landvogtei Habsburg) standen. Die Einen wie die Anderen hatten jedoch Antheil an den Marknutzungen, die Freien indessen größere Nutzungsrechte als die Hörigen. Sie bildeten aber mit einander die Dorfmarkgemeinde⁶⁶). Ebenso wohnten in dem Dorfe Haselach im Elsaß Vogteipflichtige (Voegtige) neben Grundholden des Bischofs von Straßburg⁶⁷), in dem

62) Dipl. von 1303 bei Würdtwein, *monast. Palat.* III, 279. *Wibder*, II, 435.

63) Grimm, II, 322 u. 323.

64) Grimm, I, 654 u. 655.

65) Grimm, I, 415—422 u. 824.

66) Segeffer, *Rechtsg. von Lucern*, I, 504—507.

67) Grimm, I, 700.

Dorfe Aegeri im Kanton Zug hörige Gotteshausleute neben Herrschaftsleuten, d. h. freien Grundbesitzern, welche früher unter Oesterreichischer Herrschaft standen⁶⁸⁾, in dem Dorfe Neffenbach im Kanton Zürich neben Eigenen ganz freie Bauern⁶⁹⁾, in Schongau und in der dabei liegenden sogenannten Altstadt in Baiern neben hörigen Hinterlassen freie Bauern mit freiem Grundbesitz⁷⁰⁾, ebenso im Dorfe Peitingau⁷¹⁾, u. a. m. Dahin gehören insbesondere auch alle Ortschaften in Baiern, in welchen ludeigene Bauern neben hörigen Hinterlassen ansässig waren. Denn ludeigen nannte man in Baiern alle diejenigen Bauern, welche freies Eigen besaßen und daher keiner Grundherrschaft unterworfen waren, vielmehr als freie Leute direkt unter der landesherrlichen Vogtei standen⁷²⁾. Auch in Westphalen wohnten öfters Gemeinfreie, Wachs-ginnige und Hofhörige neben einander in einer und derselben Gemeinde und waren Mitglieder dieser Gemeinde⁷³⁾.

§. 8.

Die Dorfverfassung ist, wie wir sehen werden, aus der Dorfmarkverfassung, keineswegs aus der Hofverfassung hervorgegangen, wie man dieses insgemein annimmt. Bei den freien Dorfschaften versteht sich dieses von selbst. Allein auch bei den grundherrlichen und gemischten Dorfschaften ist die Markenverfassung, d. h. die Feld- und Waldgemeinschaft, als die Grundlage der Dorfverfassung zu betrachten, wie ich dieses hier einstweilen nur ganz kurz andeuten will.

Die freien Dorfschaften sind nämlich meistens durch Ansiedelungen in größeren freien Marken entstanden. Wie bei jeder Dorfanlage, so pflegte sodann auch bei den freien Dorfschaften eine eigene Gemarkung nebst den nöthigen Feldern, Wiesen, Weiden

68) Urk. von 1503 bei Blumer, Rechtsg., I, 377.

69) Grimm, I, 75, §. 2, 4 u. 5.

70) Vertrag von 1585, Art. 6 bei Lör, p. 416, „daß jedem Paurn, so „eigne Güter haben, und nit hinder den Gottshausern, als Stein- „gaben und Rottenbuech geseßen“.

71) Urk. von 1553 u. 1558 bei Lör, p. 329 u. 348.

72) Meine Geschichte der Fränkische, III, 3, 7, 183, 221—222.

73) Seibert, Landes- u. Rechtsges. des Herzogthums Westfalen, III, 537. ff.

und Wäldungen aus der großen gemeinen Mark ausgeschieden zu werden. Jedes Dorf bildete daher eine kleine Mark. Und die Dorfverfassung war im Kleinen dasselbe, was im Großen die Marktenverfassung für die großen Marken gewesen ist. Jeder in der Dorfmark angeessene Mann war demnach ein Dorfmarkter oder ein Dorfmarkgenosse. Und die Grundlage der Dorfverfassung war in derselben Weise eine Feld- und Waldmarkgemeinschaft mit einem marktgenossenschaftlichen Beamten an der Spitze, wie dieses auch bei den großen Marken der Fall war.

Die grundherrlichen Dorfschaften dagegen sind, wie wir gesehen haben, in zweifacher Weise entstanden, entweder durch eine Ansiedelung auf herrschaftlichem Grund und Boden, wie dieses meistens im späteren Mittelalter zu geschehen pflegte, oder dadurch, daß es einem einzigen Grundherrn gelungen ist, die Grundherrschaft in einer ganzen früher freien Dorfmark an sich zu bringen. Im ersten Falle pflegte nun auch den hörigen Colonen, nebst den Feldern und Wiesen auch für die nöthige Weide und Beholzigung eine gemeine Mark zugetheilt zu werden, weil nach der damaligen Bewirthschaftungs-Art ohne eine ungetheilte für alle gemeine Mark keine Viehzucht, ohne diese aber kein Ackerbau möglich gewesen ist. Die Dorfverfassung beruhte daher in diesem Falle wieder auf ungetheilter Feld- oder Waldgemeinschaft. Im letzten Falle wurde aber durch die Unterwerfung des ganzen Dorfes unter eine einzige Grundherrschaft hinsichtlich der althergebrachten Feld- und Waldgemeinschaft durchaus nichts geändert. Die hörigen Grundbesitzer und Colonen bildeten demnach in dem einen wie in dem anderen Falle die Dorfmarkgenossenschaft⁷⁴⁾. Nur der Ortsvorstand war in diesem Falle meistens ein herrschaftlicher Beamter, wiewohl sich auch in vielen grundherrlichen Ortschaften genossenschaftliche Dorfbeamte erhalten haben. In den meisten grundherrlichen Dorfschaften konnte übrigens schon darum die Hofverfassung nicht Grundlage der Dorfverfassung werden, weil die zu einem Fronhofs gehörigen Leute, wie z. B. die Baramtsleute im Stifte Freising, in mehreren Dörfern umherwohnten⁷⁵⁾, oder weil mehrere Dorfschaften unter einem

74) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 205 ff.

75) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 416.

und demselben Fronhofe standen, sie zusammen also nur eine einzige Hofgenossenschaft bildeten, oder weil mehrere Grundherrschaften in demselben Dorfe wohnten, eine jede von ihnen also ihre eigene Hofgenossenschaft innerhalb derselben Dorfmark hatte. Nur in dem Falle, wenn die ganze Dorfmark einem einzigen Grundherrn gehört und außerdem das Dorf auch noch seinen eigenen Fronhof gehabt hat, war demnach die Hof- und Dorfmarkgenossenschaft identisch, und die Eine wurde sodann auch mit der anderen verschmolzen. Allein auch in diesem Falle sind von jeher die Feld- und Waldmarken so wie alle Dorfmarkangelegenheiten nach Analogie der großen Marken gebildet und behandelt worden⁷⁶⁾.

§. 9.

Zu denjenigen alten Dorfschaften endlich, in welchen sich im Laufe der Zeit mehrere Grundherrschaften gebildet hatten, oder in welchen neben den hörigen Colonen auch noch freie Grundbesitzer geblieben waren, also in den gemischten Dorfschaften, entstand eine sehr complicirte Verfassung. Jeder einzelne Fronhof, zumal wenn damit ein größerer Gütercomplex, also eine ganze Villifikation verbunden war, ward nämlich der Sitz einer eigenen Hofgenossenschaft mit einem oder mehreren herrschaftlichen Beamten und mit einem eigenen Fronhofgerichte. Daher findet man öfters mehrere Fronhofgerichte in einem und demselben Dorfe⁷⁷⁾. Neben diesen verschiedenen Hofgenossenschaften bestand aber auch die alte Dorfmarkgenossenschaft unter den verschiedenen kleineren und größeren Hofbesitzern oder unter ihren hörigen Hintersassen fort. Die Dorfmarkgenossenschaft behielt nach wie vor ihre althergebrachten genossenschaftlichen Beamten, Bauermeister, Dorfgrafen, Heimbürger u. s. w., welche in späteren Zeiten auch in den Dörfern zuweilen Bürgermeister genannt worden sind, während in jedem einzelnen Fronhofe zur Besorgung der Hof- oder grundherrlichen Angelegenheiten von jeder Grundherrschaft herrschaftliche Beamte ernannt zu werden pflegten. Und die weitere Entwicklung und Ausbildung der Dorfverfassung war sodann je nach den Umständen verschieden.

76) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 203–217.

77) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 97–105.

In denjenigen gemischten Dorfschaften nämlich, in welchen keine Grundherrschaft das Uebergewicht über die übrigen daselbst angefessenen Grundherrschaften und über die Dorfmarkgenossenschaft selbst erhalten hatte, konnten sich die markgenossenschaftlichen Behörden auch noch neben den herrschaftlichen Hofbeamten erhalten. Daher kommt es, daß man in manchen Dörfern, z. B. im Rheingau und in der Pfalz am Rhein, bis in's 18. Jahrh. neben dem herrschaftlichen Schultheiß auch noch einen Bürgermeister oder einen anderen genossenschaftlichen Beamten der Dorfmarkgemeinde findet. In den meisten gemischten Dorfschaften scheint jedoch frühe schon eine der in dem Dorfe ansässigen Grundherrschaften, am häufigsten die Landesherrschaft selbst das Uebergewicht erhalten und sodann die genossenschaftlichen Beamten und Verfassungen nach und nach gänzlich verdrängt zu haben. Als anschauliche Beispiele dieser Art können Sandhofen bei Mannheim und Birnheim an der Bergstraße angeführt werden.

Das Dorf Sandhofen war bis in's 13. Jahrh. eine gemischte Dorfschaft. Denn es befanden sich daselbst neben den hörigen Hintersassen des Klosters Dorsch auch noch vollfreie Grundbesitzer. Erst seit dem 13. Jahrhundert ist die ganze Dorfmark an das Kloster Schönau gekommen, dadurch aber anfangs die Feldgemeinschaft noch keineswegs verdrängt worden. Der Grundherr hatte zwar, wie jeder andere Grundherr, Frohnden, Fastnachtshüner und andere grundherrliche Leistungen zu fordern, den herrschaftlichen Schultheiß und das gesammte herrschaftliche Dorfgericht zu ernennen und wieder zu entsetzen, auch einen von den beiden Feldschützen zu ernennen. Nichts desto weniger bestand aber die alte Feldgemeinschaft nach wie vor fort. Zur Dorfgemeinde gehörten indessen nur Diejenigen, welche sich in der Gemeinschaft der Almenden befanden. Sogar der Grundherr selbst sollte, wiewohl er Eigenthümer von Grund und Boden war, nur dann Wasser und Weide gebrauchen, d. h. nur dann Mitglied der Dorfgemeinde sein, wenn er den Ackerbau selbst betrieb oder für eigene Rechnung betreiben ließ. Außer der Benutzung von Wasser und Weide hatte die Dorfmarkgemeinde auch noch den anderen der beiden Feldschützen zu erwählen, und für die Zäune, Graben, Wege und für die anderen Feld- und Walbmark-Ange-

legenheiten zu sorgen ⁷⁸⁾). Diese genossenschaftliche Verfassung hat jedoch nur bis in's 16te Jahrh. gedauert. Denn seit dem 17. Jahrhundert ist es der neuen Grund- und Landesherrschaft, Kurpfalz, gelungen, alle Spuren der Dorfmarkgenossenschaft zu vernichten ⁷⁹⁾).

Auch Birnheim war ursprünglich eine gemischte Dorfschaft. Im Laufe des 9. und 10. Jahrhunderts hatte jedoch das Kloster Forch den gesamten Grund und Boden erworben. Zu der nun grundherrlich gewordenen Dorfmark siedelte sich indessen im Jahre 1168 das Kloster Schönaue an, indem es von dem Grundherrschaften die Erlaubnis erhielt, ein Stück Landes zu vier Pflügen im Birnheimer Walde, also auf Forcher Grund und Boden, urbar zu machen ⁸⁰⁾. Diese neue Ansiedelung (novellatio) der Mönche von Schönaue erhielt den Namen Neuhof (nova curia, nova grangia) oder auch Mönchhof ⁸¹⁾, und sie wurde eingerichtet wie jeder andere herrschaftliche Hof. Fortwährende Streitigkeiten zwischen den hörigen Hinterlassen von Forch und von Schönaue machten die Befreiung des dem Kloster Schönaue gehörigen Hofes mit den dazu gehörigen Gütern und Leuten von der Cent- und Dorfgerichtsbarkeit notwendig ⁸²⁾, weshalb denn auch dieser Hof eine Zeit lang seinen eigenen Vogt (advocatus) gehabt hat ⁸³⁾. Erst seitdem im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts das ganze Dorf zuerst von Schönaue und sodann von Kurpfalz erworben worden war, erhielt das Dorf wieder ein einziges, und zwar nun herrschaftliches Dorfgericht ⁸⁴⁾. Dieser Veränderungen ungeachtet dauerte jedoch die zwischen den Hinterlassen der verschiedenen Grundherrschaften bestehende Feldgemeinschaft und daher die gemeinschaftliche Benutzung der

78) Grimm, I, 457—462.

79) Meine Einleitung, p. 295—297.

80) Dipl. von 1168 bei Gudenus, syl. p. 25 *fratribus nostris in Schonangia novellationem agrorum seu pratorum, quatuor aratris sufficientem in foresta ad Virnheim pertinente, cuius quidem furdus Laurehamense monasterium.*

81) Dipl. von 1204 u. 1222 bei Gudenus, syl. p. 62 u. 124. Grimm I, 463.

82) Dipl. von 1222 u. 1268 bei Gudenus, syl. p. 124 u. 255.

83) Dipl. von 1226, 1229 u. 1268 bei Gudenus, syl. p. 146, 165 u. 255.

84) Grimm, I, 463.

Gemeinweiden und Wiesen und der übrigen Almenden nach wie vor fort⁸⁵⁾). Denn erst seit dem 17. Jahrhundert, seitdem Kurmainz die Grundherrschaft an sich gebracht, hat sich auch in Birnheim die Dorfmarkgenossenschaft spurlos verloren⁸⁶⁾).

In nicht wenigen Dorfschaften und Städten ist es jedoch darüber zum Kampfe der markgenossenschaftlichen mit den herrschaftlichen Behörden gekommen. Und dieser Kampf hat hie und da, zumal in den Reichs- und Bischofs-Dörfern und Städten zum Siege der alten Dorf- und Stadtmarkgenossenschaften und sodann weiter zur Dorf- und Stadtfreiheit geführt.

§. 10.

Die Geschichte der alten freien Dorfmarken ist demnach im Ganzen genommen nichts als eine Wiederholung der Geschichte der großen Marken und der Gaue. Sowie nämlich die alten großen Marken und die Gaue, wenn sie nicht in den Besitz eines Erbgrafen oder eines späteren Landesherrn gekommen waren, durch die Ausbreitung der Grundherrschaften und durch deren Abmarkung oder Exemption von den Gaugerichten mehr und mehr durchschnitten und zerrissen worden sind, so auch die kleineren freien Dorfmarken.

Die meisten freien Dorfmarken sind nämlich nach und nach an einen oder an mehrere geistliche oder weltliche Grundherrschaften gekommen, in vielen sind jedoch auch noch einzelne Freigüter übrig geblieben. War nun die Dorfmark unter einen einzigen Grundherrschaften gekommen, so ward, wie wir gesehen haben (§. 8.), nicht selten die Dorfmark- und Hofverfassung mit einander verschmolzen und erhielt sodann diejenige Form, wie wir sie auch in anderen Grundherrschaften sehen. Bei denjenigen Dorfmarken dagegen, welche an mehrere Grundherrschaften gekommen waren, sind nun zwar manche Grundherrschaften mittelst Abmarkung aus der alten Dorfmark ausgeschieden. Die ausgeschiedenen Theile pflegten sodann mit benachbarten Dörfern derselben Grundherrschaft vereinigt, oder auch zu selbstständigen grundherrlichen Dörfern abgerundet, oder auch zu eigenen Hofmarken abgesteint oder mit

85) Dipl. von 1268, bei Guden, syl. p. 256.

86) Meine Einleitung, p. 295 — 297. Dahl, Fürstenthum Lorsch, p. 236—238.

anderen Hofmarken vereinigt zu werden. Und nicht selten sind durch solche Abmarkungen ganze alte Dorfschaften zersplittert worden und in der Art sogar gänzlich verschwunden, daß dieselben in späteren Zeiten nur noch in den Namen von Feldgemannen fortzuleben pflegten⁸⁷⁾. Die meisten Grundherrschaften, welche nur einen Theil der alten Dorfmark an sich gebracht, scheinen jedoch vorgezogen zu haben, in der Feldgemeinschaft zu bleiben, ihren Hofhörigen den ihnen gebührenden Antheil an der Marknutzung zu überlassen, und auf diese Weise die Fortsetzung der hergebrachten Markgenossenschaft mit den übrigen hörigen Leuten zu gestatten, wie wir dieses auch bei den großen Marken gesehen haben⁸⁸⁾. In dergleichen Dorfmarken nun pflegte zwar jeder einzelne Grundherr seinen eigenen Fronhof mit seiner eigenen Fronhofgerichtsbarkeit für die Hofangelegenheiten zu haben, oder diese Fronhofgerichtsbarkeit an seinen auswärtigen Fronhof zu ziehen, oder sich auch mit mehreren anderen Fronhofsherren zu einem gemeinschaftlichen Hofgerichte zu vereinigen, hinsichtlich der Feld- und Waldmark blieb aber nach wie vor die althergebrachte Feld- und Waldgemeinschaft. Und die Dorfmarkgenossenschaft bestand nun aus den hörigen Hinterlassen der verschiedenen Grundherrschaften, meistens unter einem eigenen markgenossenschaftlichen Vorstande. Dasselbe gilt endlich auch von denjenigen Dorfmarken, welche zwar größtentheils an einen oder an mehrere Grundherrschaften gekommen waren, in welchen jedoch neben den hörigen auch noch freie Leute mit Freigütern, wie z. B. in der Pfalz, in der Schweiz, in Schwaben, Baiern u. a. m. geblieben sind. Konnten sich nämlich diese freien Grundbesitzer nicht zum Ritterstande, also nicht zu freien Grundherrschaften erheben, so wurden sie, wenn sie auch nicht grundherrlich geworden waren, doch wenigstens vogteipflichtig. Wie andere freie Leute, standen nun zwar auch diese Vogtleute nicht unter den grundherrlichen Hofgerichten vielmehr unter der öffentlichen Gewalt oder unter der öffentlichen Vogtei, hinsichtlich der Marknutzungen bildeten aber auch sie mit den in der Dorfmark angehörenden Hörigen nur eine einzige Dorfmarkgenossenschaft, welche gleichfalls ihren eigenen markgenossenschaftlichen Vorstand zu haben pflegte.

87) Meine Einleitung, p. 173, 174, 217.

88) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 6 ff., 19 ff.

§. 11.

Die alten Dorfmarken waren meistens sehr groß. Sie waren nicht selten so groß, daß ganze nicht unbedeutende Abtheilen darin angelegt und gehörig ausgestattet werden konnten, z. B. in der Dorfmark Düren bei Köln das Stift Königsdorf. In anderen Dorfmarken hatten neue Dorfansiedelungen statt. Zu der Dorfmark Winkel z. B. wurden die Dörfer Desterich und Mittelheim angelegt, in der Mark von Rüdesheim das Dorf Ebingen, in der Mark von Eltvil die Dörfer Steinheim, Ober- und Niederwalluff, Rauenthal, Riberich und Neuborf, in der Dorfmark von Kirchheim die Dörfer Ostersheim, Bruchhausen, Altsteten und Lochheim u. s. w.⁸⁹⁾.

So lange nun den neu angelegten Dörfern keine eigene Feldmark ausgeschieden worden war, blieben dieselben in Feldgemeinschaft mit ihren Mutterdörfern und bildeten mit denselben eine einzige Dorfmarkgemeinde. Auf solche in ungetheilter Markgemeinschaft lebende Dorfschaften bezieht schon die Vorschrift des Salischen Volksrechtes, daß diese Dörfer, so lange sie in Feldgemeinschaft seien, einen gemeinschaftlichen Stier halten sollten⁹⁰⁾. Und in späteren Zeiten finden sich in allen Deutschen Territorien Beispiele von dergleichen in ungetheilter Feldgemeinschaft lebenden Dörfern in Menge, in der Schweiz⁹¹⁾, wie in Schwaben, in der Pfalz, im Rheingau, im nördlichen Deutschland u. a. m.⁹²⁾. Namentlich haben auch die Dörfer Wetteschwil und Seldeburen nebst den Höfen zu Stallikon und Gamlikon am Zürchersee, so lange sie in ungetheilter Markgemeinschaft gelebt, eine einzige Gemeinde gebildet⁹³⁾. Ebenso waren die Dörfer Zelle, Harrheim und Nisern in der Pfalz, nach einem Lagerbuch aus dem 16. Jahrhundert, noch in ungetheilter Markgemeinschaft. Sie bildeten daher eine einzige Gemeinde mit einer gemeinschaftlichen Gemarkung. Und ihre gemeine Mark war mit 124 Marksteinen

89) Einleitung p. 46 – 48, 176 – 177.

90) L. Sal. III, 7. Vergl. Meine Einleitung p. 151.

91) Grimm, I, 83. „die erlen, die der dreyer Dörffer sind, Tellikon, Buchs, vnd Fänikon, vnd ligent in der Allment“.

92) Meine Einleitung p. 179, 180, 181, 200, 221.

93) Offn. von 1468 bei Grimm, I, 38 – 42.

ummarkt⁹⁴⁾. In anderen Dorfschaften ist zwar die Dorfmark selbst ausgeschieden, das gegenseitige Weiderecht jedoch beibehalten worden, so daß demnach von dem früheren Marktverbände wenigstens noch eine Weidegenossenschaft unter den benachbarten Gemeinden geblieben ist, z. B. in vielen Dorfgemeinden in der Schweiz⁹⁵⁾, im Elsaß⁹⁶⁾, in der Pfalz, in Baiern, im Rheingau, in Westphalen u. a. m.⁹⁷⁾.

Wieder in anderen Dorfgemeinden ist bei der Ausscheidung der früheren gemeinschaftlichen Mark ein größerer oder kleinerer Theil unausgeschieden und daher in ungetheilter Gemeinschaft geblieben. So befanden sich die Gemeinden Dienheim und Oppenheim, welche beide bis in vor Karolingische Zeiten hinaufreichen, bis auf unsere Tage hinsichtlich eines aus 900 Morgen bestehenden Feldbezirktes, welchen man den Fuldischen Lehenbezirk zu nennen pflegte, in ungetheilter Gemeinschaft mit einem eigenen Gerichte über jenen Bezirk⁹⁸⁾. Zumal aber die Wiesen, Weiden und Waldungen sind sehr häufig in solcher ungetheilten Gemeinschaft geblieben. So haben z. B. die drei Dörfer Bilbel, Haarheim und Massenheim in der Wetterau eine zwischen Bilbel und Haarheim gelegene Wiese, das sogenannte Ried, bis auf unsere Tage in ungetheilter Gemeinschaft be sessen⁹⁹⁾. Auch die

94) Ungedrucktes Lagerbuch jener Dörfer, „Zelln, Harrheim vnd Riuern „seindt ein Gemeindt zwischen Emselthumer, Obersersheimer, „Welsheimer, Wachenheimer, Künnerummer (Kindsheimer), Dubenheimer vnd Immesheimer gemarten, solche die neaste anstößer, mit „124 gemarckteinen ringsherum vntersteint, findt deren „gleichwol keine streitig“. Ein Weisthum derselben Dörfer in Reiner Geschichte der Frohnhöfe, III, 561.

95) Grimm, I, 44, 103, 160 a. E. d. Offn. von Wänningen, §. 7. Offn. von Dübendorf, §. 31—37. und Offn. von Rheinau, §. 6, bei Schauberg, Zeitschr. I, 8, 104 u. 154.

96) Grimm, I, 721. „das vieh zu Wolfesheim hat recht zu der weyden „inn dem Banne zu Edhebolzheim und herwiderumb han die von Edhebolzheim dasjelbe recht in der weyden zu Wolfesheim mit ihrem „viehe.“ —

97) Meine Einleitung, p. 194, 197 u. 200.

98) Bidder, III, 60—62, IV, 410.

99) Grimm, III, 473 ff.

drei Dörfer Schmerzenbach, Niedern und Wallfen im Kanton Zürich besaßen ein solches Ried als ungetheilte Gemeinmark (Gemeinmerck) ¹⁾. Das Ried zwischen Rägerstorf, Fällikon und Buchs im Kanton Zürich, war ebenfalls eine ungetheilte Almende dieser drei Dörfer ²⁾. In gleicher Weise bildete das Bruch zu Schwanheim bei Höchst nebst dem dazu gehörigen Walde eine ungetheilte Mark mehrerer umherliegender Dorfschaften ³⁾. Eben dahin gehören die sogenannten Ganerbenwaldungen, deren es in der Pfalz bis auf unsere Tage sehr viele gegeben hat, z. B. die von den Dörfern Leistadt, Freinsheim, Weisenheim am Sand, Kallstadt und Herrheim in ungetheilter Gemeinschaft besessenen Waldungen. An der Spitze dieser Waldganerbschaft stand der Schultheiß von Leistadt. Er führte den Titel „gemeiner ganerbschaft Oberwalt „Schultheiß.“ Er hatte den Vorsitz bei den Versammlungen der Ganerben und machte gemeinschaftlich mit den Ortsvorstehern (mit dem Dorfmeister von Leistadt, mit dem Schultheiß und dem Dorfmeister von Weisenheim am Sand, Kallstadt und Herrheim und mit dem Schultheiß und Bürgermeister von Freinsheim) die „Ordnungen, statute und gesetze,“ z. B. die Waldbordnung von 1560 ⁴⁾. Auch die Dörfer Weisenheim am Berg, Dackenheim und Bobenheim besaßen ihre Waldungen in ungetheilter Gemeinschaft und bildeten daher eine gemeine Ganerbschaft. Der Schultheiß von Weisenheim am Berg war „gemeiner Ganerbschaft Oberwalt „Schultheiß. Er besorgte gemeinschaftlich mit den Dorfmeistern von Weisenheim und Bobenheim und mit dem Schultheiß und Bürgermeister von Dackenheim die Angelegenheiten der „vngertrennlichen „gemeinen ganerben“, machte mit ihnen die „ordnungen, Statute „und gesetze“, und erließ z. B. den Waldbrief von 1599 ⁵⁾. Ein ähnliches Verhältniß bestand hinsichtlich des Bruches bei Dürkheim. Das Eigenthum daran gehörte ursprünglich dem Kloster

1) Urk. von 1314 bei Bluntshli, I, 85.

2) Grimm, I, 83.

3) Grimm, I, 523—526. Vergl. noch Meine Gesch. der Markenverf. p. 19—21.

4) Ungebrudtes Lagerbuch von Weisenheim am Sand. Meine Gesch. der Markenverf. p. 485.

5) Ungebrudtes Lagerbuch von Dackenheim. Vergl. noch die Urkunden in Meiner Gesch. der Markenverfassung p. 33, 34. 473—494.

Limburg. Die Stadt Dürkheim hatte es aber als Almende erhalten. Mitberechtiget waren jedoch die Gemeinden Friedelsheim, Senheim, Ellerstadt und Erpolzheim, wo sich in früheren Zeiten Klosterhöfe von Limburg befunden hatten. Für diese Berechtigung mußten aber diese Dorfschaften an die Stadt Dürkheim einen jährlichen Zins entrichten, bis im Jahre 1819 das Bruch auf Eigenthum versteigert und der Erlösz unter jene Gemeinden vertheilt worden ist. Des merkwürdigen jährlichen Umrittes des sogenannten Kästönigs in den zum Bruch Weidegange berechtigten Dörfern, um von diesen den erwähnten Weidezins zu erheben, habe ich anderwärts schon Erwähnung gethan *).

Diese, in ungetheilter Gemeinschaft mehrerer Dorfschaften gebliebenen Felber, Wiesen, Weiden und Wäldungen hatten insgemein eine eigene jener der großen Marken ähnliche Verfassung. Die markgenossenschaftlichen Angelegenheiten des Riebes zwischen Bilbel und Haarheim z. B. wurden in einem von allen Dorfnachbarn zu besuchenden sogenannten Weidegerichte verhandelt und entschieden ⁷⁾, die Angelegenheiten der Schwanheimer Mark in einem von sämmtlichen Märtern zu besuchenden Märkerdinge ⁸⁾, die Angelegenheiten der Waldganerbschaften in der Pfalz, wie wir gesehen, von den Vorstehern der Ganerbenndörfer.

Zur Erhaltung solcher Markgenossenschaften in ihren althergebrachten Freiheiten hat öfters der Umstand wesentlich beigetragen, daß dieselben, wie z. B. das Rieb zwischen Bilbel und Haarheim ⁹⁾, reichsunmittelbar geblieben sind, also nöthigenfalls von Kaiser und Reich geschützt werden konnten, wie dieses auch bei den Heingeraiden in der Pfalz und bei anderen größeren Marken der Fall war ¹⁰⁾.

§. 12.

In der soeben angegebenen Weise haben sich jedoch nicht blos unter mehreren Dorfschaften, sondern öfters auch in einer und der-

6) Frey, Beschreibung des Rheinkreises, II, 418—420. Vergl. Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 301.

7) Grimm, III, 473—476.

8) Grimm, I, 524—526.

9) Grimm, III, 474.

10) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 448. ff.

selben Dorfmark unter einzelnen Grundbesitzern dergleichen Genossenschaften erhalten oder auch ähnliche Genossenschaften neu erst gebildet. So haben z. B. die Inhaber der vor den Feldspalten zu Köln gelegenen Ländereien eigene Fuhrgenossenschaften gebildet und z. B. über das Viehhalten und über den in den Früchten zugefügten Schaden Verordnungen gemacht¹¹⁾. Anderwärts haben sich Waldmarkgenossenschaften unter einzelnen Gemeindegliedern, sodann Weinbergsgenossenschaften und in den Alpen eigene Alpmarkgenossenschaften erhalten oder auch neue Genossenschaften dieser Art erst gebildet. Waldmarkgenossenschaften in einer und derselben Gemeinde oder unter einzelnen Gemeindegliedern findet man z. B. zu Saspach in der Ortenau¹²⁾, zu Oppau in der Pfalz hinsichtlich des sogenannten Begüthenwalbes¹³⁾, zu Iserton in Westphalen hinsichtlich der den sogenannten Beerbten oder der erbgewesenen Bürgerschaft gehörenden Holzmark¹⁴⁾ u. a. m. Weinbergsgenossenschaften finden sich z. B. zu Twann im Kanton Bern, in der Gemeinde Weinähr bei Ehrenbreitstein an der Rahn und zu Enzersdorf in Oesterreich¹⁵⁾; Alpmarkgenossenschaften aber zu Pfronten bei Füssen, zu Niederhofen bei Hohenschwangau, zu Sonthofen, Immenstadt u. a. m., in den Allgäuer Alpen, im Bregenzer Wald, in Vorarlberg, in Tirol, in der Schweiz, in den Salzburger, Steirischen und Kärntner Alpen¹⁶⁾.

Die Verfassung aller dieser verschiedenen Markgenossenschaften war mehr oder weniger eine bloße Nachbildung der Verfassung der größeren Marken. Es wird daher nicht nothwendig sein, längere Zeit bei denselben zu verweilen. Ueber die Verfassung der Alpmarken ist auch bereits in meiner Geschichte der Markenverfassung das Nöthige bemerkt worden. Nur hinsichtlich der Verfassung der seltener vorkommenden Weinbergsgenossenschaften muß ich noch Einiges beifügen.

11) Glaser, Schreinspraxis p. 71. f.

12) Grimm, I, 412 u. 414.

13) Intelligenzbl. des Rheinkreises von 1827, p. 198—199.

14) Steinen, I, 896—897 u. 1070. Meine Einleitung, p. 202.

15) Grimm, I, 182, 606, III, 705.

16) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 36—48.

Die Weinbergbesitzer pflegten nämlich hie und da unter sich eine eigene Markgenossenschaft oder eine Gemeinde (Gemain, Bauersame oder einen sogenannten Bergfrieden)¹⁷⁾ zu bilden. An der Spitze der Genossenschaft stand in grundherrlichen Dorfschaften der Grundherr selbst, welchen man den Bergherrn, d. h. Weinbergsherrn, oder den Tvingherrn zu nennen pflegte. Die Weinbergbesitzer führten den Namen Berggenossen, d. h. Weinbergsgenossen. Zu einem drei Mal im Jahre zu haltenden Weinbergsgewichte (Bergtäding oder Ring) mußten alle Berggenossen erscheinen, um daselbst unter dem Vorstze des Bergrichters oder Bergmeisters die weinberggenossenschaftlichen Angelegenheiten zu entscheiden und nöthigenfalls selbst Recht zu nehmen. Zu den genossenschaftlichen Angelegenheiten gehörte die Beaufsichtigung der Weinberge, der Wege und Stege und Grenzsteine in den Weinbergen, das Pflanzen und Setzen der Reben und der sogenannten Städel im Weinberge, die Anordnung der Weinlese, die Anstellung der Weinbergsschützen (der Rebbannwarte), der gerichtliche Uebertrag der veräußerten Weinberge, die Aburtheilung der Bergstrevel, d. h. Weinbergstrevel u. dergl. m. Die eigentlichen Verbrechen gehörten nicht zur Zuständigkeit dieser Weinbergsgewichte. Die Verbrecher mußten vielmehr, wie in den Grundherrschaften, und zwar mit Hülfe der Weinbergsgemeinde an das Landgericht ausgeliefert werden. Wie bei anderen grundherrlichen Markgenossenschaften hatte bei Veräußerungen an Fremde ein Retractrecht statt zu Gunsten des Grund- oder Bergherrn, eben sowohl wie auch der Berggenossen selbst¹⁸⁾.

Außer diesen Markgenossenschaften findet man aber in manchen Dorfgemeinden auch noch andere Genossenschaften, welche sich in jenen Zeiten, in denen sich alles genossenschaftlich gestaltete, zu irgend einem Zweck, öfters sogar Straßenweise gebildet haben. Zu ihnen gehören unter Anderen die Brunnengesellschaften in Rüdesheim, deren es daselbst mehrere in verschiedenen Straßen, z. B. in der Kellergasse und in der Steingasse, gegeben hat. Der Hauptzweck dieser Genossenschaften (der Nachbarschaft zu Rüdesheim in der Kellergasse und der Nachbarschaft in der Steingasse

17) Grimm, I, 606.

18) Grimm, I, 182—183, 606, III, 705—710.

zu Rüdesheim), war die Reinigung und Unterhaltung des gemeinschaftlichen Brunnens (des Born). Zur Besorgung der genossenschaftlichen Angelegenheiten wählte jede Genossenschaft einen Brunnenmeister oder Bornmeister. Die wichtigeren Angelegenheiten wurden aber in den genossenschaftlichen Versammlungen bei dem Born berathen und geordnet. Uad alle Genossen mußten dabei bei Strafe erscheinen. Außerdem dienten aber diese genossenschaftlichen Verbindungen auch noch zur gegenseitigen Unterstützung zu Wasser und zu Land, dann zur geselligen Unterhaltung, zumal auch zur Fastnachtszeit und zur ehrbaren Bestattung beim Tode eines Genossen, welcher jeder Genosse bei Strafe beizuhocken mußte ¹⁹⁾.

II. Die Dorfmark und ihre Bestandtheile.

§. 13.

Die Dorfmarken waren im Kleinen dasselbe, was die alten Marken im Großen gewesen sind. Es finden zwar manche ausgezeichnete Förster einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden, indem sie die großen Markengenossenschaften, wie wir sie am Rhein, in Westphalen u. a. m. bis in die letzten Zeiten gesehen haben, für reine Markengenossenschaften ohne allen öffentlichen Charakter halten, während die Dorfgenossenschaften mit dem privatrechtlichen auch noch einen öffentlichen Charakter verbunden, also die doppelte Eigenschaft von Gemeinden und von Markengenossenschaften in sich vereinigen haben ²⁰⁾. Historisch ist jedoch ein solcher Unterschied keineswegs begründet. Denn das germanische Recht hat niemals einen so strengen Unterschied zwischen privatrechtlichem und öffentlichem Rechte gemacht, wie wir dieses, aber erst seit der Bekanntschaft mit dem fremden Rechte zu thun pflegen. Die großen Markengenossenschaften vereinigten vielmehr ursprünglich in ganz gleicher Weise wie die kleineren Dorfmarkengenossenschaften mit dem

19) Ordnung der Nachbarschaft zu Rüdesheim in der Kellergasse von 1607 und Ordnung der Nachbarschaft in der Steingasse von 1608, bei Schunk, Beiträge zur Mainzer Geschichte, III, 243—253.

20) Bluntschli, I, 86. Renaud in Zeitschrift für Deutsch. R. IX, 13, 14, 19 u. 78.

privatrechtlichen auch noch einen öffentlichen Charakter, wie wir dieses z. B. im Rheingau auch in späteren Zeiten noch gesehen haben. Die alten großen Marken waren aber von den Dorfmarken ursprünglich um so weniger verschieden, als die meisten von ihnen, wie wir anderwärts bereits schon gezeigt haben, ursprünglich selbst nichts anderes als große Dorfmarken gewesen sind.

In jenen alten großen Marken sind nun zwar im Laufe der Zeit kleinere Dorfschaften in größerer oder kleinerer Anzahl angelegt und diese durch Abmarkung aus den großen Marken ausgeschieden, die großen Marken demnach auf den nicht ausgeschiedenen, in ungetheilter Gemeinschaft gebliebenen Theil der alten Mark beschränkt worden²¹⁾. Allein der Grundcharakter der großen Marken ist dadurch keineswegs verändert worden. Die großen Marken kamen dadurch meistens nur etwas früher in dieselbe Lage, in welche auch die kleineren Dorfmarken, zum Theile zwar schon sehr früh, größtentheils aber erst in späteren Zeiten gekommen sind.

Die alten Dorfanlagen ohne Feldgemeinschaft, wie wir sie im Odenwalde, in Westphalen, im Bairischen Gebirge u. a. m. heute noch sehen, waren nämlich von je her beschränkt auf die ungetheilten Wiesen, Weiden und Waldungen²²⁾. Sie befanden sich daher von je her in derselben Lage, in welcher sich die großen Marken erst seit dem Ausscheiden der kleineren Dorfmarken befunden haben. In den alten Dörfern mit Feldgemeinschaft hat sich dagegen, wie ursprünglich in den großen Marken, die Feldgemeinschaft nicht bloß auf die ungetheilte Mark, sondern auch auf die getheilte bezogen²³⁾. Seitdem jedoch die Ackerlose in Privateigenthum übergegangen, die getheilten Feldmarken demnach Sondereigenthum geworden sind, seitdem wurde auch in den kleinen Dorfmarken die Feldgemeinschaft auf die ungetheilte Feld- und Waldmark beschränkt, wie dieses seit der Abmarkung der Dorfmarken auch bei den großen Marken der Fall war.

Ebenso wenig Verschiedenheit hat aber ursprünglich auch hinsichtlich des privatrechtlichen und öffentlichen Charakters

21) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 2. ff. u. 25. ff.

22) Meine Einleitung, p. 5, u. 10—12.

23) Meine Einleitung, p. 5—9.

jener Genossenschaften bestanden. Denn der Umstand, daß sich bei den großen Dorfmarkgenossenschaften der öffentliche Charakter nach und nach verloren hat, beweist um so weniger, als dasselbe auch bei den Dorfmarkgenossenschaften in späteren Zeiten der Fall war. Auch die Dorfmarkgenossenschaften sind nämlich, wie wir sehen werden, in den letzten Zeiten zu bloßen Privatgemeinden herabgesunken, und nach mehreren neueren Gesetzgebungen als Genossenschaften sogar gänzlich verschwunden.

Die Dorfmarkgenossenschaften waren demnach ursprünglich von den großen Marken nur durch ihre Größe verschieden. Hinsichtlich ihrer Bestandtheile waren sie aber beide ganz gleich. Jede Dorfmark mit Feldgemeinschaft, von welcher nun hauptsächlich die Rede sein wird, bestand nämlich, wie die alten großen Marken, aus drei verschiedenen Theilen, aus dem eigentlichen Dorfe, aus der getheilten Feldmark und sodann aus einer ungetheilten Feld- oder Waldmark. Und man wird nicht leicht eine alte Dorfschaft finden, bei welcher, eben so wenig wie bei den großen Marken, einer dieser drei Bestandtheile gefehlt hätte.

§. 14.

Das Dorf bestand von je her aus sämtlichen Wohnungen der in der Dorfmark angefessenen Leute. Die Wohnungen der Bauern nannte man ebenfalls Höfe curia, curtis, mansus, mansio, mantio, casa, sella, domus oder habitatio²⁴⁾. Das Dorf bestand demnach aus sämtlichen Bauernhöfen einer Dorfmark. Waren die Bauern vollfreie Leute, wie es deren auch im späteren Mittelalter noch gegeben hat, so waren ihre Bauernhöfe wahre Herrenhöfe und von den übrigen Fronhöfen nur nach der Größe verschieden. Zu den alten freien Dorfschaften bestand demnach das ganze Dorf aus solchen bäuerlichen Fronhöfen, in den grundherrlichen Dorfschaften dagegen aus hörigen Bauernhöfen. In den gemischten Dorfschaften endlich standen neben den hörigen Bauernhöfen die bäuerlichen Fronhöfe und wenn daselbst auch noch freie Grundherrschaften ansäßig waren, neben den Bauern-

24) Meine Einleitung p. 20—22 u. 269—275. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 193.

höfen auch noch die Fronhöfe der verschiedenen Grundherrschaften.

Die Bauart dieser Höfe war jedoch verschieden, je nachdem die Dorfschaften sich in Feldgemeinschaft befanden oder nicht. Zu den Dorfschaften ohne Feldgemeinschaft, wie man sie in den Thälern des Odenwaldes und des Bairischen Gebirges, in Westphalen, Tirol, Vorarlberg und in der Schweiz heute noch sehen kann, standen nämlich die Bauernhöfe nicht in Zusammenhang mit einander. Sie waren nicht nach der Weise unserer Dörfer durch zusammenhängende Gebäude mit einander verbunden, wie schon Tacitus bemerkt hat²⁵). Jeder Bauernhof stand vielmehr getrennt von allen übrigen in der Mitte der zu ihm gehörigen Felder und Wiesen. Und so reihte sich denn, wie wir es heute noch sehen, eine Hofanlage an die andere an, so daß eine solche Dorfschaft sich oft Stunden lang, die Gemeinde Jachenau in Baiern z. B. drei Stunden lang, und Waldmichelbach im Odenwalde nicht viel kürzer, in einem Thale dahinzieht. Die Dorfschaften mit Feldgemeinschaft dagegen waren zusammenhängend auf einer und derselben Stelle nach der Weise unserer heutigen Dörfer gebaut, wie ich dieses früher schon weitläufiger besprochen habe²⁶).

Im einen wie in dem anderen Falle bestand der Bauernhof außer dem Wohngebäude noch aus den nöthigen Stallungen, Scheunen und anderen Wirthschaftsgebäuden, sodann aus einem Hofraume und aus einem Garten. Auch wenn die Bauernhöfe im Dorfe beisammen lagen, sollten dieselben eingezäunt sein, in den freien Dorfschaften eben sowohl wie in den grundherrlichen und in den gemischten („wer ouch ein ehoffstatt hat, der sol zünen, hinden hin, also daß die guter hindenan fride heigen ze allen Ziten²⁷). — hant verlvchen ze rechtem erbe daz hvs vnd den Kelr dem da sprichet der samenvng, vnd die Hof-

25) Germ. c. 16. vicos locant non in nostrum morem, connexis et cohaerentibus aedificiis, suam quisque domum spatio circumdat.

26) Meine Einleitung, p. 35—40.

27) Grimm I, 35. Bgl. I, 78 §. 32 u. 136.

stat dez selben Hyses, als der etter hat begriffen vor mit deme garten, vnd hinder mit deme bovme garten²⁸⁾.

§. 15.

Außer den Bauernhöfen sollten auch die Dörfer selbst eingezäunt werden, um von der Feldmark geschieden und zu gleicher Zeit geschützt zu sein. Diese Einzäunung war demnach für die Dörfer dasselbe, was für die Städte die Stadt- oder Ringmauer gewesen ist. Man nannte sie insgemein den Dorfzaun, z. B. in Baiern, in der Pfalz, in Sachsen, in Thüringen u. a. m.²⁹⁾, oder auch den Bannzaun, z. B. in der Pfalz u. a. m.³⁰⁾, anderwärts aber den Etter oder Dorfetter z. B. in Baiern, Schwaben, Franken, in der Schweiz, im Elsaß u. a. m.³¹⁾. Der innerhalb der Umzäunung oder des Etters liegende Theil des Dorfes bildete demnach das eigentliche (das bewohnte) Dorf. Was außer Etter lag, gehörte zur Feldmark („auswendig den „Bannzäunen in dem feld“³²⁾). Innerhalb denen Dorfs-Ettern, „worunter gleicher Weiß die an die Häuser und Dorffschafften angelegene mit Stangen oder sonsten eingefangene Wurz-, Kraut-, oder andere Gärten, auch dermahlen Peunt-Recht habende gezäunte oder ungezäunte fundi gehörig sehnd“³³⁾).

28) Urk von 1307 im Geschichtsfreund IV, 284. vgl. noch meine Einleitung p. 20—24. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 195, 196.

29) Grimm I, 459, 461, III, 436. Urk. v. 1385 bei Horn, Gesch. Friedrichs des Streits. p. 670.

30) Grimm I, 451. „Das die bannzeune, die um das Dorf geen, sollen ganz fin“ — vgl. noch I, 472.

31) Grimm I, 214, 217, 381, 651, 652, 753. Urk. v. 1540, 1549, 1567, 1571 bei Lori, p. 301, 377, 395, 396. Lagerbuch von 1526 bei Besold, doc. red. p. 341 „in dem dorff, vnnnd was darzu gehört, in holz, in feld vnd in dem Aether --. Später heißt es „Ether“. Schmeller I, 128, II, 69. Etter bedeutete von je her einen Zaun. L. Bajuv. X, 17. (IX, 11 §. 2). Superiore vero virga, quam et arcata vocamus, qui sepi —: vgl. Pertz, XV, 309 not. 19.

32) Grimm I, 472.

33) Recesß zwischen Eyslät und Brandenburg Dnolzbad von 1736 bei Schneidt, thes. jur. Franc. XII, 2779 vgl. noch p. 2780 und Rumpf, Gesetz Statist. von Mittelfranken, p. 13 u. 14.

Zuweilen waren indessen auch die Dörfer mit einem Gra-
ben³⁴⁾ oder mit einer Mauer umgeben (inderthalb der Ettern
oder der Mure daselbst wonen³⁵⁾. dass die dorffmaur zue
Sprendlingen³⁶⁾. Und bis auf die jetzige Stunde findet man
noch viele Dörfer in Franken, in der Pfalz, im Rheingau u. a. m.,
welche mit einfachen Mauern umgeben sind³⁷⁾. Meistentheils
waren sie jedoch und sind sie heute noch bloß mit einem Zaune
oder Hage umgeben. Denn feste Ringmauern zu haben war von
je her ein Vorrecht der Städte. (*Vilia aut nulla extra urbes
fuere moenia*³⁸⁾).

Von dieser Umzäunung nannte man, wie jeden anderen um-
zäunten Ort, auch die Dörfer und Städte einen *zün*, englisch
*town*³⁹⁾, oder auch einen Hagen⁴⁰⁾ und in der Zusammen-
setzung Wenhagen, Stadthagen, Grubenhagen u. s. w., in Pom-
mern Holzhagen, Ratwardshagen und Wulffshagen⁴¹⁾.

§. 16.

Zu jedem Bauernhofe im Dorfe gehörte von je her eine be-
stimmte Anzahl von Feldern, Wiesen, Weinbergen u. s. w. in der
Feldmark und ein ideeller Antheil an den Nutzungen (*utilitates*)
in den gemeinen Waldungen und Weiden, an dem Wasser, an den
Begen und Stegen und an den sonst noch zum Ackerbau noth-
wendigen Dingen. Die zu einem Dorfe gehörige Mark pflegte
nämlich, so weit sie zur Kultur geeignet war (*terra arabilis*⁴²⁾)

34) Sächs. Fr. II, 66 §. 1. Urk. von 1534: „das Dorf — so weit die
„Zeune oder greben beschließen“ u. Urk. von 1511 „Dörffer, also

„weit die Zaune vnd Dorffgräben begriffen bei Haktans p. 2144.
35) Urk. von 1443 bei Hoder, supplement. zu dem Hapsßbronn. Antiq.
p. 148.

36) Grimm, II, 157.

37) Vgl. noch Bodmann I, 125. Meine Einleitung, p. 37—38.

38) Widukind bei Pertz V, 432.

39) Grimm, Gr. III, 418.

40) Urk. v. 1541, 1582 u. 1608 bei Wigand, Archiv V, 386 ff., VI,
282 f.

41) Dreger, cod. Pom. I, 148 u. 460.

42) Dipl. von 864 im Codex Lauresh. I, 72 ad ipsum mansum de
v. Maurer, Dorfverfassung. I. Bd.

terra aratoria)⁴³⁾ und um das bewohnte Dorf herumlag, unter sämtliche Dorfgenossen vertheilt, in so weit dieselbe aber zur Kultur weniger geeignet oder vom Dorfe entfernter war, in ungetheilter Gemeinschaft gelassen zu werden.

Hinsichtlich der Vertheilung der zur Kultur bestimmten Feldmark hat jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen den Hofanlagen ohne Feldgemeinschaft und den Dorfanlagen mit Feldgemeinschaft bestanden. Bei den Ersteren pflegte nämlich einem jeden Genossen sein abgesonderter Antheil an den Feldern und Wiesen und zuweilen auch an den Waldungen rings um seinen Bauernhof herum angewiesen und dieses arrondirte Besizthum, wie wir es heute noch in den Alpen sehen, mit einem lebendigen Zaune umgeben, dadurch aber aus der Feldgemeinschaft ausgeschlossen zu werden. So besitzt z. B. heute noch jeder Bauer in der Tachenau in den Bairischen Alpen außer den um seine Wohnung herumliegenden und mit einem lebendigen Zaun umgebenen Feldern und Wiesen, auch noch eine eigene Alpe und einen Waldtheil, ein sogenanntes Holz, und nur die ungetheilten Hölzer bilden die Gemeindewaldung. Bei den Dorfanlagen mit Feldgemeinschaft dagegen erhielten die Dorfgenossen kein arrondirtes Besizthum. Die zur Kultur bestimmte Feldmark wurde vielmehr in mehrere, meistens in drei Fluren, Felder, Eschen oder Zelgen, und jede Flur oder Zelge wieder in eben so viele Theile von gleicher Größe und Güte getheilt, als vollberechtigte Genossen in dem Dorfe vorhanden waren. Die zu einem im Dorfe gelegenen Bauernhofe gehörigen Bauerngüter lagen demnach in allen Feldfluren über die ganze Feldmark hin zerstreut und bestanden aus jenen langen und schmalen Ackerstreifen, wie wir sie heute noch durch ganz Deutschland sehen. Um nämlich bei der verschiedenen Lage des Bodens einem jeden Genossen einen in jeder Beziehung ganz gleichen Antheil anweisen zu können, mußte man das gleich gute und gleich schlechte Land, und zwar in jeder Feldflur zu gleichen Theilen vertheilen, weil es sich sonst hätte treffen können,

de terra arabili jugera XXX. dipl. bei Meichelbeck I, 2 p. 479
arabilis terrae hobam I. Bgl. p. 475.

43) Codex Lauresh. III, 61 mansum I de terra aratoria u. p. 62. V
jurnales de terra aratoria.

daß ein Genosse, wenn sein ganzer wenn auch gleich großer Antheil im Brachfelde gelegen, ein volles Jahr hindurch nichts zu ernten gehabt hätte. Auch wurden diese Ackertheile nicht aus der Feldgemeinschaft ausgeschieden, wie dieses bei den Hofanlagen der Fall war. Sie pflegten vielmehr nur auf eine Reihe von Jahren oder auch auf unbestimmte Zeit den Genossen zur Benutzung eingeräumt zu werden, entweder wie bei den Loosgütern in der Pfalz, auf dem Hundsrück u. a. m., welche auf 3, 4, 9, 12, 14 oder 18 bis 20 Jahre verloost und nach Ablauf dieser Zeit aufs neue wieder verloost worden sind, oder in der Weise, wie z. B. in Westphalen und Oberhessen auch in späteren Zeiten noch die Gemeinde- oder Markländereien, zur Privatbenutzung für einige Zeit ausgeschieden oder in Frieden gelegt zu werden pflegten (in des Hofes Friede oder Frede; *marchia in paco deposita*)⁴⁴⁾.

Nach und nach sind zwar diese Ackertheile in den Privatbesitz der einzelnen Genossen entweder in derselben Weise übergegangen, wie die Zeitpacht allmählig in Erbpacht übergegangen ist, oder es ist durch Gemeintheilung oder durch sonstige Ausschcheidung Verjährung geschehen⁴⁵⁾.

Allein die Feldgemeinschaft ist auch dadurch nicht gänzlich gelöst worden. Die aus der gemeinen Mark ausgeschiedenen oder ausgezeichneten⁴⁶⁾ oder gesonderten Güter⁴⁷⁾ sind nämlich dadurch zwar Sondergüter (sogenannte *Sunder*⁴⁸⁾, sondern Guede oder *sunderen Erve*⁴⁹⁾, *sunderlich eygen*⁵⁰⁾, *Sunderholz*⁵¹⁾, *silva singularis*⁵²⁾, *Huben-*

44) Kindlinger, M. B. II, 4. Not u. Urkb. p. 7 u. 204 dipl. von 1166. Sternberg, Hess. Rechtsgewohnheiten. I, 11, 123 u. 124 Vgl. noch Meine Einleitung, p 6 ff. 71 ff

45) Sternberg, I, 5. „Holzordnung von Opfikon §. 5 bei Schauberg I, 135. Grimm I, 133 u. 166.

46) Offn. von Schwommendingen § 7 u. 11. bei Schauberg, I, 117 u. 118. „Dieselbigen Huber sollind ihre ausgezeichnete güeter haben.

47) Grimm I, 166 „das der es sundern soll mit offener mark old aber mit lebenden luten vor dem gemeinmaerch.

48) Kindlinger, M. B. II, Urkb p. 6. Vgl. Meine Gesch. d. Fronhöfe IV, 27 u. 28.

49) Weisthum von Kleinenbroch § 13 u. 14 bei Lacomblet I, 283.

50) Kaiserrecht II, 73.

51) Grimm I, 35 u. 36.

waldungen im Gegensatz zu den Gemeinbewaldungen oder Almenden⁵²⁾ u. s. w.), hin und wieder sogar schon in sehr frühen Zeiten geworden, indem diese Veränderung bis in die ältesten Zeiten, sogar bis zu den alten Volksrechten (leges) hinaufreichen, welche bekanntlich ebenfalls schon Sondergüter gekannt haben. In vielfacher Beziehung dauerte jedoch nach wie vor die Feldgemeinschaft fort, z. B. hinsichtlich der gegenseitigen Weide. Auch blieb die Art der Benutzung der Felder eine genossenschaftliche Angelegenheit, über welche nicht der Einzelne, vielmehr nur die gesammte Genossenschaft verfügen durfte. Dahin gehörte unter Anderem die Bestimmung der Reihenfolge der Saaten, die Anordnung der Pflüge-, Saat- und Erndte-Zeit, die Bestimmung der Art der Erndte, die Festsetzung der offenen und geschlossenen Zeit und die damit zusammenhängende Einzäunung der Felder, ferner der Wechsel der Acker- und Ruhejahre u. dgl. m., was denn je nach den Umständen zur Drei-, Vier- oder Mehrfeldbewirthschaft geführt hat⁵⁴⁾.

Die Hofanlagen ohne Feldgemeinschaft waren demnach in doppelter Beziehung von diesen Dorfanlagen verschieden, indem die zu den Hofanlagen gehörigen Felder erstlich nicht in der ganzen Feldmark zerstreut, vielmehr rings um den Bauernhof herum lagen, und sodann zweitens ohne alles gegenseitige Weiderecht frei von allem genossenschaftlichen Zwang — nach der sogenannten Koppelwirthschaft — bewirthschaftet zu werden pflegten⁵⁵⁾.

§. 17.

Die Größe der Bauerngüter war meistens bestimmt, bei den freien Bauernhöfen eben sowohl wie bei den hörigen. Die Größe richtete sich insgemein nach dem Bedürfnisse einer Familie. Einem jeden Genossen pflegte nämlich bei seiner Niederlassung so

52) dipl. von 782 bei Rindl. II, 3.

53) Ebelfinger Dorfordnung von 1601 bei Schönhuth, Zeitschrift des histor. Vereins des Würtemb. Franken IV, 97. „Mit den Hölzern so in die „Gueben gehören“. — Vgl. Meine Gesch. der Markenverf. p. 14 u. 15.

54) Meine Einleitung p. 73—80, 147 bis 157 vgl. unten §. 40 u. 153.

55) Meine Einleitung p. 5—12.

viel Land angewiesen und zugemessen zu werden, als derselbe zur Ernährung seiner Familie nothwendig hatte. Da nun das Bedürfniß wegen der verschiedenen Lage und Güte des Bodens in den verschiedenen Dorfgemeinden verschieden, in einer und derselben Gemeinde aber im Ganzen genommen gleich war, so pflegte die Größe der Bauerngüter zwar in den verschiedenen Gemeinden verschieden, in einer und derselben Gemeinde jedoch ganz gleich zu sein. In Solothurn z. B. gehörte zu einem vollen Bauerngute in „jeder Zelg 4 iuchart und 6¼ Matten“ und eine „Hofstadt“⁵⁶⁾.

Auch in einer und derselben Gemeinde hat jedoch die Größe der Bauerngüter zuweilen gewechselt, wegen neu vorgenommener Vertheilungen bei der Ausrodung von Waldungen, bei der Umwandlung von Gemeindeweiden in Ackerland, bei der Austrocknung von Sümpfen, Ableitung von Landseen, Urbarmachung von Heiden u. dgl. m. Allein auch bei den späteren Vertheilungen von Gemeindeländereien pflegte allzeit auf Gleichheit der Loose gesehen zu werden. So im Dorfe Peitingau in Baiern noch im 16. und in Gernbach im Herzogthum Nassau noch im 17. Jahrhundert⁵⁷⁾.

Und auch dann, wenn durch Erbtheilungen und sonstige Veränderungen Veränderungen nothwendig wurden, pflegte man bei der alten Regel zu bleiben und nur die Bauernhöfe in ganze, halbe, drittels, viertheils u. s. w. Bauernhöfe zu theilen⁵⁸⁾. Im Stifte Fulda nannte man die halben Bauernhöfe auch Hubengüter, Hübnersgüter oder Hinterjiedlersgüter⁵⁹⁾, und in Baiern den ganzen Bauernhof einen Hof und den halben eine Hueb, so daß immer zwei Hueben einen ganzen Hof bildeten⁶⁰⁾.

56) Urf. v. 1633 bei Renaud in Zeitschr. IX, 37 Not. Vgl. Meine Einleitung p. 129 ff. u. 280 f. Meine Gesch. der Fronhöfe III, 200 ff. IV, 19—20.

57) Leri, p. 328 f. u. 348 f. Cramer, Wehl. Nebenst. 115 p. 323 u. 352 ff.

58) Grimm I, 517. Meine Einleitung p. 281. Meine Geschichte der Fronhöfe, III, 201, 202.

59) Thomas, Fulda'sches Privatrecht, I, 253 u. 254.

60) Bairische Polizeiordnung von 1616, XIV, 4. Schmeller, II, 14 l.

Auch gibt es in Baiern nicht bloß ganze, halbe, drittel, viertel und achtel Höfe, sondern sogar Sechzehntler und Zwei und Dreißigler („beizusetzen, wie viele ganze, halbe, drittel, viertel „und achtel Höfler, dann besonders, wie viele Sechzehntler „und Zwei- und Dreißigler, theils Landgerichtisch= theils „hofmärkische in selbem Dorfe dormalen bereits schon vorhanden seien“)⁶¹⁾.

Und im Fürstenthum Fulda gab es außer den viertels, ach- tels, sechzehntels und zwei und dreißigtels Gütern auch noch solche, welche in 160 Theile zerfielen⁶²⁾.

§. 18.

Auch die Anzahl der Bauernhöfe war in den meisten alten Dorfschaften von je her bestimmt. Die alten Dorf- und Bauer- schaften sind nämlich meistentheils, wenigstens die freien Dorf- schaften, aus einer gemeinsamen Niederlassung und aus der ge- meinschaftlichen Besitznahme und Urbarmachung des Grund und Bodens hervorgegangen. Die ganze um das bewohnte Dorf her- umliegende Feldmark, so weit dieselbe kulturfähig war, pflegte nach der Anzahl der ersten Ansiedler zu gleichen Theilen vertheilt zu werden. Spätere Ansiedler konnten demnach nur durch den Er-werb eines erledigten Bauernhofes das Vollbürgerrecht in dem Dorfe erlangen. Denn zur Anlegung eines neuen Bauernhofes mit den dazu gehörigen Ackertheilen in sämtlichen Fluren und Zelgen fehlte meistentheils sogar schon der Raum. Daher pflegen auch die Dorfweisthümer jede neue Ansiedelung eines vollberech- tigten Genossen von dem Erwerbe einer erledigten Hofstatt oder eines erledigten Hubengutes abhängig zu machen⁶³⁾.

Allein auch bei der Anlegung der grundherrlichen Dör-fer pflegte öfters von dem Grundherrschaften eine bestimmte Anzahl von Hufen zur Vertheilung an eben so viele Colonen, z. B. in der Mark Brandenburg öfters 60, 50 oder auch nur 44 Hufen für eine Ortschaft angewiesen zu werden⁶⁴⁾.

61) Mandat von 1798, die Amtsberichte wegen Erbauung der Leerhäuser betr. §. 9 in Mayr, Grl. Samml. VI, 117.

62) Thomas, I, 252.

63) Grimm, I, 79 §. 44.

64) Wohlbrück, Gesch. von Lebus, I, 402—405.

• Die ursprüngliche Anzahl ist auch in späteren Zeiten, meistens sogar bis zur Aufhebung der Feldgemeinschaft geblieben, wenn nicht neue Veranlassungen zu neuen Ackervertheilungen geführt haben, wie dieses z. B. in Roggwil und in Peitingau der Fall war. Zu Roggwil im Kanton Bern wurden nämlich die in der Dorfmark liegenden Felder und Wiesen im Jahre 1347 in 100 Schupposen getheilt und diese an 12 Bauern als Handlehen verliehen. Da jedoch die Bauern auf ihren Lehen nicht bestehen konnten, so wurde im Jahre 1349 zu einer neuen Vertheilung geschritten. Die Felder und Wiesen wurden nämlich nun in 72 Schupposen vertheilt und diese an 5 Bauern verliehen, so daß demnach jeder Bauer 14²/₅ Schupposen erhielt, jeder Schuppose bestehend aus 12 Zucharten, etwa 9 Zucharten Ackerland und 3 Zucharten Mattland oder Wiesen⁶⁵). Zu Peitingau dagegen in Baiern ward das Gemeinland anfangs in 22, später aber in 100 Ackerloose getheilt⁶⁶). Ohne neue Veranlassung pflegte jedoch die Anzahl der Bauernhöfe, Huben, Ackerloose und Hufen, auf welche die Dorfmarkverfassung gebaut war, ganz unverändert dieselbe zu bleiben, meistens bis zur Aufhebung der Feldgemeinschaft selbst. So hat es z. B. in Mörlenbach im Odenwalde schon zur fränkischen Zeit 6 Herrenhuben und 28 dienstbare Huben, im Ganzen also 34 Huben gegeben. Und heute noch gibt es daselbst nicht mehr als 38 Huben⁶⁷). Aus demselben Grunde findet man in so vielen anderen Dorfmarken, in welchen die alten Verhältnisse ganz unverändert geblieben sind, immer nur eine bestimmte Anzahl von meistens gleich großen Bauerngütern oder Huben, z. B. im Odenwalde und im Eichsfeld⁶⁸), in Zachsenau in Baiern u. a. m. Die Zahl der Bauernhöfe oder Hofstätten wurde in späteren Zeiten seit dem 14. und 15. Jahrhundert, zumal aber seit dem 16. und 17. in sehr vielen Dorfschaften sogar für abgeschlossen erklärt und z. B. im Odenwalde zu Glad-

65) Grimm, I, 177 Not. Glur, Roggwiler Chronik. Hofingen 1835, p. 192.

66) Vertrag von 1553 S. 3, bei Lör, p. 328—329.

67) Codex Lauresh. III, 199. Dahl, Vorsch, p. 243.

68) Landr. v. Erlbach, p. 361—362. Hartmann, Pr. R. des Eichsfelds, p. 335.

bach früher auf 7 später auf 8 Huben fixirt, zu Winkel auf 8 Huben, zu Schlierbach ebenfalls auf 8, zu Eulsbach aber nur auf 3 Huben, zu Walbmichelbach auf 11 Huben und 97 Gemeindshäuser, zu Hammelbach auf 9 Huben und zwei Hofstede u. s. w.⁶⁹⁾, zu Schönsfeld in Baiern auf 26 Lehen⁷⁰⁾, zu Gar-
misch auf 72 Lehen⁷¹⁾, zu Loßburg in Württemberg auf 18 Hof-
stätten⁷²⁾, zu Stäfa im Kanton Zürich auf 105 Hofstätten, zu
Jachenau in Baiern auf 36 Bauerngüter u. s. w., woraus jedoch
nicht gefolgert werden darf, daß ihre Anzahl ursprünglich illimi-
tirt gewesen sei. Die Abschließung der hergebrachten Anzahl von
Bauernhöfen hatte vielmehr keinen anderen Grund, als die Si-
cherstellung der vollberechtigten Genossen gegen den Andrang an-
derer späterer Ansiedler, welche keinen Bauernhof, also keine volle
Berechtigung besaßen, wie dieses aus ähnlichen Gründen auch in
den Städten zu geschehen pflegte.

§. 19.

Nur derjenige Theil der Feldmark, welcher zunächst, um das
Dorf herumlag und kulturfähig war, pflegte unter den Genossen
getheilt zu werden, und auch dieser vorerst nur so weit, als die-
ses zur Ernährung der Genossen nothwendig war. Alles Uebrige
blieb in ungetheilter Gemeinschaft. Und seit den ältesten Zeiten
hatte jede selbstständige Dorfschaft ihre ungetheilte Feld- und Wald-
mark, nicht bloß in Deutschland, sondern auch in vielen eroberten
Römerprovinzen⁷³⁾, die freien Dorfmarken ebensowohl wie
die grundherrlichen und die gemischten, und die Hofanlagen ohne
Feldgemeinschaft eben sowohl wie die Dorfschaften mit Feldge-
meinschaft.

Freie Dorfschaften mit einer ungetheilten Mark findet man
seit den ältesten Zeiten in ganz Deutschland und auch in späteren

69) Wibder, I, 496, 497, 498, 499, 501, 512, 523 u. 522.

70) Grimm, III, 628.

71) Grimm, III, 657 u. 659.

72) Grimm, I, 389 u. 390.

73) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark: x. Brf. p. 84—88.

Zeiten noch in der Schweiz, in Baiern u. a. m.⁷⁴⁾. Grundherrliche Dorfschaften mit einer ungetheilten Feld- und Waldmark, z. B. in Baiern, Franken, Schwaben, in der Schweiz, im Elsaß, in der Pfalz, Westphalen u. a. m.⁷⁵⁾. Auch bei neuen Dorfanlagen pflegten die Grundherren außer den an die einzelnen Colonen zu vertheilenden Feldern jeder Dorfschaft auch noch eine ungetheilte Mark zu überlassen und sich selbst nur gewisse Theile, insgemein einen Forst vorzubehalten, z. B. als im Jahre 1309 das Dorf Falkowirz in Schlessien nach deutschem Recht angelegt wurde. (in qua villa viginti quinque mansos flamicos agrorum scilicet jure teutonicali locando — cum omnibus nemoribus, boris (Fichtenwäldungen), silvis, rubetis (Gestrüpp), meriois (Heiden), pratis paludibus lacubis piscinis — praeter silvam videlicet gagium nostrum quam pro nobis reservamus⁷⁶⁾). Eben so pflegten die Markgrafen von Brandenburg, als sie im 13ten Jahrhundert ihre neuen Dorfanlagen machten, jedem Dorfe eine bestimmte Anzahl von Hufen als ungetheilte Mark anzuweisen⁷⁷⁾. Gemischte Dorfschaften mit einer gemeinen Mark findet man ebenfalls in Baiern, Franken, Schwaben, Elsaß, Westphalen u. a. m.⁷⁸⁾. Man findet zwar auch in Deutschland Dörfer, welche keine gemeine Feldmark hatten, z. B. Rösen bei Schul-

74) Sächs. Br. II, 47 §. 4, III, 86. Schwäb. Br. W. c. 384. u. ed. Laßb. c. 377. Nr. IV. Sächs. Lehn. c. 70. Schwäb. Lehn. c. 158. Rechtsb. Kaiser Rudw. c. 136. Saalbuch von 1431 bei Lori, p. 119. Offn. von Riber- u. Rättmenhaffe §. 12, 32, 33, 42 u. 48 bei Schauberg, I, 3. Grimm, I, 130 u. 133.

75) Congest. Arnonis und die alten Güterverzeichnisse von Salzburg in Juvavia, p. 21 — 23, 28 u. 31 — 37. Codex Lauresh. I, 15, 55, 72 u. 81. Grimm, I, 460 ff., 651, 662 §. 12 u. 674. III, 617. Dipl. von 900 bei Monumenta Paderborn. p. 105. Etteller, Gemeinde- u. Bürgerrechtsvhlst. p. 11, 15 — 35. vgl. noch Meine Einleitung p. 278 — 280. Meine Gesch. der Frohnhöfe, III, 203 ff.

76) Dipl. von 1309 bei Böhme, Beitr. z. Schlesisch. R. II, 67 f.

77) Wohlbrück, Gesch. von Lebus, I, 398 ff.

78) Capit. von 812 bei Pertz, III, 178. Codex Lauresh. I, 32. Dipl. aus 11. Jahrh. bei Wigand, Archiv, V, 114 u. 127. Urk. von 1435, 1553 u. 1557 bei Lori, p. 139, 328 u. 347. Grimm I, 654 §. 5 — 7.

pforta ⁷⁹⁾). Auch die in der Mark Brandenburg sehr verbreiteten Fischerdörfer hatten keine Hufen und keine ungetheilte Mark erhalten ⁸⁰⁾). Allein die Anlegung dieser Dörfer datirt meistens erst aus späteren Zeiten, als die alte Verfassung schon zu wanken und ihrem Untergang entgegen zu gehen begann. Und jedenfalls waren solche Dorfschaften keine Gemeinden im deutschen Sinne des Wortes. Denn diese waren sammt und sonders Dorfmarkgemeinden.

Bei den Hofanlagen ohne Feldgemeinschaft endlich, wie wir sie heute noch in den Thälern des Odenwaldes und der Bairischen Alpen u. s. w. sehen, waren die ungetheilten Gemeindegründe sogar das einzige Bindungsmittel der fortwährenden Genossenschaft, indem es ursprünglich ohne alle ungetheilte Gemeinschaft gar keine Dorfmarkgenossenschaft und daher auch keine Dorfgemeinde gegeben hat. So haben die 36 Bauern in Jachenau in den Bairischen Alpen, außer den um ihre Wohnung herumliegenden Feldern und Wiesen und außer den einem jeden zugetheilten Alpen und Hölzern bis auf die jetzige Stunde auch noch einen Gemeinewald in ungetheilter Gemeinschaft. Eben so besitzen die Bauern im Odenwalde außer den getheilten um ihre Wohnung herum liegenden Feldern, Wiesen und Waldtheilen auch noch ungetheilte Walbungen, welche man zum Unterschiede von den aus der Gemeinschaft ausgeschiedenen und einer jeden Hufe zugetheilten sogenannten Hufenwaldungen die Gemeinbe- oder Märker-Walbungen zu nennen pflegt ⁸¹⁾).

Erst in neueren Zeiten hat man angefangen die ungetheilten Feldmarken mehr und mehr zu theilen, hie und da schon im 15. und 16. Jahrhundert, z. B. im Dithmarschen und in der Schweiz. Es gab daher schon damals viele Gemeinden, welche kein Gemeinseid, keine Menemark oder Gemeinmark mehr hatten ⁸²⁾). Noch

79) Lepsius, kleine Schriften, II, 128, 132, 138.

80) Wohlbrück, Gesch. von Lebus, I, 405. Zimmermann, Märk. Städteverf. I, 65 f.

81) Vgl. S. 16. Bidder, I, 496, 504, 509, 510, 513, 515, 515, 518, 519, 520, 521, 524 u. 525.

82) Dithmarsch. Landrecht von 1539, art. 196. Nischellen, altdithmarsche Rechtsquellen, p. 154, 330 u. 332. Grimm, I, 132 u. 133.

häufiger warb jedoch seit dem 18. Jahrh. getheilt, z. B. im Dithmarschen, in Holstein und Schleswig, in der Schweiz u. a. m.⁸³⁾, und seit dem Anfange dieses Jahrhunderts sogar fast allenthalben. Allein dann hörte auch die Feldgemeinschaft auf die Grundlage der Dorfverfassung zu sein. Die Dorfverfassung erhielt vielmehr sodann eine von der alten wesentlich verschiedene Grundlage.

§. 20.

Die getheilten und ungetheilten Felder, Wiesen und Waldungen einer Dorfschaft im Gegensatz des bewohnten Dorfes (*vicus, villa* u. s. w.⁸⁴⁾, nannte man in früheren und späteren Zeiten die Mark ohne allen Beisatz (in *predictis villis aut earum terminis, qui Gemeercke* volgariter nominantur⁸⁵⁾, oder in der Schweiz auch die Gemark⁸⁶⁾. Sehr häufig nannte man sie auch die Feldmark (*campus*)⁸⁷⁾ oder *ager*⁸⁸⁾, ferner Dorf- oder Gemeindemark⁸⁹⁾, Dorfbann (*bannus villae*⁹⁰⁾ in dem dorse und in dem bann⁹¹⁾, Dorffriede (des dorfs

83) Zeitschrift für Deutsches Recht VII, 93, IX, 83.

84) Grimm III, 558. „im selbe vnnb im dorffe“ p. 562 „in dorffe vnb „im selbe“.

85) Dipl. von 1296 bei Würdtwein, monast. Palat. III, 196. Dipl. von 790 im Cod. Lauresh. I, 22. Dipl. aus 11 Jahrh. bei Wigand, Archiv, V, 114, 119 u. 127. Dipl. von 910 bei Guden, I, 6. Grimm I, 129, 522 u. 523. Dipl. von 825 bei Schannat, *diocesis et hierarchia Fuldens.* p. 237.

86) Offn. von Bänningen §. 17 bei Schauberg, I, 9.

87) Dipl. von 1321 bei Haebertlin, *analect.* p. 556. *octo mansos in campo ville maioris Levede — unum mansum in campo minoris Levede — tam in villa quam in campis*, d. h. im bewohnten Dorfe und in der Feldmark.

88) *Traditiones* aus 12. Jahrh. bei Wigand, *Gesch. von Corvey*, II, 223. *tradidit maiorem partem villae et agrorum.* dipl. von 1238 bei Fald, *neues Staatsb. Mag.* II, 810. *mansos nobis adjacentes in campis, agris cultis et incultis.*

89) Thomas, I, 241 ff.

90) Grimm, I, 692.

91) Grimm, I, 678. Vgl. noch p. 655 §. 6.

fride)⁹²⁾ districtus villae⁹³⁾, Bezirk (zirk und marcken)⁹⁴⁾, Begriff (die esaden vnd begriff)⁹⁵⁾, territorium villae⁹⁶⁾, terminus villae⁹⁷⁾, Dorffetter⁹⁸⁾, Esaden (die esaden des dorffs sachendan)⁹⁹⁾ u. s. w. Esad oder Esfad bedeutet eigentlich, wie Mark, Etter und terminus nur die Grenze der Dorfmark oder auch das Grenzzeichen selbst, sodann aber im weiteren Sinn auch den in die Grenzen eingeschlossenen Bezirk¹⁾.

§. 21.

Die ungetheilte Mark wurde zum Unterschiede von der getheilten Feldmark die gemeine Mark genannt (gemein march²⁾, Gemein merck³⁾ u. s. w.), oder in der Schweiz, in Schwaben, u. s. w. auch Gemeinmark, Gemeinmerck, Gemeinmerch⁴⁾, Gemeinwerch⁵⁾ u. s. w. und im Canton Appenzell gemeine Merbcher⁶⁾, im Dithmarschen Menemark⁷⁾ in Niedersachsen

92) Grimm, I, 743.

93) Dipl. v. 1255 bei Neugart, II, 205.

94) Grimm, II, 322.

95) Grimm, I, 128.

96) Alte Salzburg. Trab. in Juvavia, p. 31, 40 u. 42.

97) Dipl. von 825 bei Schannat, dioec. et hier. Fuld. p. 237. Vgl. oben Note 85.

98) Grimm, I, 214, 217, 651, 652, 752 u. 753 der in dem dorffitter sitzt.

99) Grimm, I, 93. Vgl. noch p. 89, 122 u. 128.

1) Stalder, I, 335. Meine Einleitung p. 40 ff.

2) Grimm, I, 164.

3) Grimm, I, 79 §. 46. Geschichtsforscher von Lucern, I, 165.

4) Grimm, I, 142 §. 30, 165, 208, 240 §. 13 u. 242. Urk. von 1225 bei Mone I, 407 u. 408. — *ratione communitalis, quod vulgo gemeinmerke dicitur — in communitate civitatis, quod gemeinmerke dicitur.* Urk. von 1235, 1251 u. 1295, eod. I, 409, 410, II, 379.

5) Grimm, I, 130 u. 133. Folgeordnung von Opfikon §. 5 bei Schauberg, I, 135.

6) Landbuch von Appenzell. Frey in frit. Zeitschr. II, 196. Not.

7) Dithmarsch. Landr. art. 196. Michelsen, altdithmarsch. Rechtsquellen p. 154, 330 ff.

Mende, Meente⁸⁾ oder Mene⁹⁾ und in der Zusammensetzung Baldemene, Baldemeyne, Woldemene oder Wolbeme¹⁰⁾ (sodann commune¹¹⁾), die Gemeinheit¹²⁾, und in Baiern und Schwaben insgemein die Dorfs Gemeinde¹³⁾, Dorf Gemain oder die Gemain¹⁴⁾, die Gemeine¹⁵⁾ oder Gemeinde¹⁶⁾, aber auch anderwärts noch die Gemene¹⁷⁾, die Gemein oder Gmein¹⁸⁾, die Gemaind¹⁹⁾ oder die Gemeinde²⁰⁾, ferner gemeine Güter²¹⁾, gemeine Gründe und Gemeinde Gründe²²⁾, gemeine Felder (campi communes)²³⁾, „alle gemein Beldt“²⁴⁾, gemeine Waldungen (silvae communes²⁵⁾), das gemeine gewelt, die gemeinen welden²⁶⁾, Meingewelbe²⁷⁾

8) Dipl. bei Gruben, antiquit. Hannov p. 234 de locis communibus, quod dicitur Mende. Bremisch. niederächs. Wörterb. h. v. p. 147.

9) Urf. von 1312 bei Erath, cod. dipl. Quedlinb. p. 360. „dat tu der „Mene horde — tu der Mene laten.“

10) Landau, die Territorien p. 165. Grimm bei Haupt, Zeitschrift, VIII, 393.

11) Dipl. von 1299 bei Dreyhaupt, Besch. des Saalkreys. I, 816. pasuis, quem commune vulgariter appellant. dipl. von 1222 bei Guden, syl. p. 124. communia, que Almeinde vocantur.

12) Delbrücker Tr. VII, §. 9.

13) Saalbuch bei Lori p. 119 u. 120.

14) Rechtsb. Kaiser Ludw. c. 136. Grimm, III, 626 er soll zimmern sechs schuech hinein von der gemein. Münchener Stadtr. c. 484. ain hofstat auf der gemain.

15) Kettenberg. Landesordnung p. 28. Urf. bei Lori p. 328—329.

16) Arenner, 2. Hdl. VII, 504. „auf die Gemeinde treiben.“

17) Sächs. Tr. III, 86.

18) Schwäb. Tr. Laßb. c. 377. Nr. V. Grimm, III, 456 in fine.

19) Tyroler Landesordnung B. 4, tit. 2 u. 4.

20) Grimm, III, 425 u. 838.

21) Offn. von Riber- und Rättmenhasle §. 48 bei Schauberg, I, 5.

22) Bair. Landr. von 1616, tit. 25 art. 6. Anm. zu Cod. Maximilian. II, c. 1 §. 6 Nr. 2.

23) L. Burgund. tit. 31. Weisthum von Trier bei Lacomblet, I, 312.

24) Rebersheimer Weisth. bei Königsthal, I, 2 p. 63.

25) Capit. von 812 bei Pertz, III, 178. L. Burgund. tit. 13.

26) Grimm I, 782.

27) Urf. von 1174 bei Bodmann, I, 183.

oder auch zuweilen Mark ohne Beisatz, z. B. in Westphalen und Cleve²⁸⁾ und, wenn sie bloß aus Waldungen bestand, Holzmark oder Waldmark²⁹⁾, *marka silvae*³⁰⁾, *marca silvatica*³¹⁾ oder auch gemeine Waldmark³²⁾ und gemeine merke *silvae*³³⁾.

Eine ganz allgemeine Benennung der ungetheilten gemeinen Mark war auch Almeine, Almeind, Almeinde, Almeina, Almeinda, Allgemeine, Almeide, Almeindia, Alme, Dorf Alme, Alman, Almath, Almy, Almend, Almenda, Algmennda, Almendu, Almunde und Almuthe³⁴⁾. Benennungen, welche zumal in Schwaben, in der Schweiz, im Elsaß, in der Pfalz, im Obenwald und in der Wetterau sehr häufig vorkommen³⁵⁾. Diese Benennung wird zwar öfters bloß von gemeinen Waldungen³⁶⁾ oder auch von gemeinen Wiesen und ge-

28) Rydshoff Bradel Gerechtigkeit bei Sommer p. 55 u. 56. Cleve-märkisches Wörterb. bei Hymen, jur. Lit. V, 171.

29) Grimm, I, 666, 779, 780. III, 651 §. 34. Saalbuch bei Zori p. 119 u. 120. Dipl. von 1285 bei Würdtwein, monast. Pal. III, 133.

30) Dipl. v. 838 bei Neugart, I, 232. Vgl. noch Urk. v. 886 u. 909 eod. I, 463 u. 551.

31) Urk. aus 9. sec. bei Zenz träd. Wiz. p. 74 u. 75.

32) Grimm I, 667.

33) Urk. von 1295 bei Mone, II, 379.

34) Ueber die verschiedenen Benennungen vgl. Jakob Grimm, bei Haupt, Zeitschrift, VIII, 389—394. Alman und Almath von Rote, Wiese, eod. VIII, 392. Dorf Almen kommt vor im Weisthum von Flomersheim in der Pfalz in Meiner Gesch. der Frohnhöfe, III, 580. Algmennda in Urk. von 1291 bei Jäger, Um p. 722. Die übrigen Benennungen in der folg. Note.

35) Grimm, I, 41, 90, 130, 133, 153, 158, 160, 178, 180, 460 ff., 468, 524, 651, 662. Landbuch von Schwiz, p. 158 u. 159. Geschichtsfreund von Lucern, I, 240. Urk. von 1285 u. 1303 bei Würdtwein, monast. Palat. III, 134, 279 u. 280. Urk. aus 14 sec. bei Schoepflin, II, 235. Urk. von 1222, 1227 u. 1268 bei Guden, syl. p. 124, 151 u. 256. Urk. von 1372 bei Buri, Bannsurforste. Urkb. p. 77. Offn. von Riber- u. Rättmenhaffe §. 12, 32, 33 u. 42 bei Schauberg, I, 3. Landrecht von Erbach, p. 352 ff. Bodmann, II, 762. Haltans, p. 18—19.

36) Urk. von 1133 bei Schoepflin, I, 203. — in *silva publicali*, quod vulgo Almeide dicitur. — Urk. von 1256 bei Würdtwein,

meinen Weiden gebraucht³⁷⁾. Dieses aber offenbar nur dann, wenn die gemeine ungetheilte Mark vorzugsweise aus Waldungen oder aus gemeinen Wiesen und Weiden bestanden hat. Daher wird auch dann, wenn in einer Urkunde bloß von gemeinen Waldungen die Rede ist, immer auch die gemeine Weide im Walde mitbegriffen³⁸⁾. Denn in der Regel wird jene Benennung ganz allgemein von jeder ungetheilten Markgemeinschaft gebraucht. (Almeinde ad communem usum deputaverunt in quibus communionem habebunt³⁹⁾. In communitate rusticorum ejusdem ville, quam Almeinde nuncupant⁴⁰⁾. Communia, que Almeinde vocantur⁴¹⁾. Communions, quod dicitur Almeina⁴²⁾. Cum agris, pratis, pascuis, silvis, aquis et aliis almeindis⁴³⁾. „walt weide wasser und all Alimend genuzet“⁴⁴⁾.

nova subs. dipl. XII, 170. Communione communis silve que Almende dicitur. Fast dieselben Worte in Urf. von 1256 u. 1289 eod. 171, 173 u. 253. Urf. von 1282, eod. XII, 226. — Super communionem silve que vocatur Almeinde. — Urf. von 1283, eod. XII, 228. „uffe den gemeinen walt der die almende heizet“. — Fast dieselben Worte in Urf. eod. XII, 231. Urf. von 1289 eod. XII, 246. — Super usuagio silve, que almeinde appellatur. Fast dieselben Worte in Urf. von 1289, eod. pag. 248. Urf. von 1219 bei Guden, syl. p. 108. de communi nemore, quod almeina dicitur. Auch in Weisthümern wird der gemeine Wald gemeine Alimend“ (Grimm, I, 459) und „Alimend Holz“ genannt bei Rone, Zeitschr. I, 394.

- 37) Urf. von 1241 bei Jäger, Ulm, p. 722. communia pascua sive almeindam — que ad eorum communes usus spectabant. Urf. von 1207 bei Rone, I, 112. — compescuum, id est teutonice almeinda vel gemeinweida — compescui, id est almeindis —
- 38) Brgl. J. B. Urf. von 1289 bei Wütrdtwein, nova subs. XII, 248 u. 249. Urf. von 1289, eod. p. 252 u. 254. Urf. von 1296, eod. XII, 267 u. 269. Urf. von 1219 bei Guden, syl. p. 108 u. 109.
- 39) Urf. von 1279 bei Wütrdtwein, nova subs. XII, 218.
- 40) Urf. von 1220 bei Guden, syl. p. 117.
- 41) Urf. von 1222 bei Guden, syl. p. 124.
- 42) Urf. von 1227 bei Guden, syl. p. 151.
- 43) Urf. von 1148 bei Besold, docum. monast. Wirt. p. 122.
- 44) Urf. bei Wencker, de Usburgeris p. 221.

Unter Almenden wurden demnach alle gemeinen Felder und Wälder, die gemeinen Wiesen und Weiden und das Wasser, also die ganze ungetheilte Feld- und Waldmark verstanden. Daher werden auch nicht bloß die gemeinen Wäldungen und die gemeinen Weiden Almenden, sondern auch die gemeinen Wege Almendwege, Almenpfade und Almenstraßen genannt⁴⁵⁾ und das gemeine Wasser, also die gemeinen Flüsse, Seen und Weier, ja sogar die Fischerei in dem gemeinen Wasser zur Almend gerechnet und selbst Almend genannt⁴⁶⁾. Daß aber auch die Zuchtschafe, die Eber und die der Gemeinde gehörigen Mobilien zur Almende gehört haben, wie dieses Landau behauptet⁴⁷⁾, möchte ich doch bezweifeln. Denn das Wort Almend wird immer nur von der gemeinen Mark, zu welcher auch das Wasser und die Wege und Stege gehört haben, gebraucht. Was nicht zur Feld- und Markgemeinschaft gehört hat, wurde demnach niemals Almend genannt. Die Zuchtschafe u. s. w. haben zwar zu dem Gemeindevermögen, welches die Gemeinde noch neben der Almende besitzen konnte, gehört. Zur Markgemeinschaft und zur gemeinen Mark gehörten sie aber nicht, und daher auch nicht zur Almende. Ebensovienig hat es von der gemeinen Mark verschiedene Almenden gegeben, deren Eigenthümer unbekannt, deren Nutznießer aber jedermann in einer gewissen Gemarkung oder in einem gewissen Bezirke war. Solche Almenden hat es weder im Großherzogthum Sachsen-Weimar⁴⁸⁾, noch anderwärts gegeben. Denn die von in der Dorfmark angelegten Leuten zu benutzenden Almenden waren nichts anderes als gemeine Dorfmarken. Sie gehörten der Markgemeinde und waren demnach auch nicht herrenlos.

§. 22.

Im Einzelnen war es öfters streitig, was zur gemeinen Mark oder zur Almende gerechnet werden solle⁴⁹⁾.

45) Die Beweisstellen bei Mone, I, 394.

46) Die Beweisstellen bei Mone, I, 394, 396, IV, 89.

47) Landau, Territorien p. 166.

48) Sachsse, Die Nutzungsrechte der Bürger am Gemeindegute im Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach. Weimar 1859 p. 18.

49) Grimm, R. A. p. 498 u. 525.

Es wurde öfters ein Unterschied zwischen Feld und Mark („in selbe vnd in der mark“⁵⁰), d. h. zwischen der getheilten Feldmark und der ungetheilten gemeinen Mark gemacht. Und dann pflegte zur Feldmark Alles gerechnet zu werden, wohin Pflug und Senf, zur eigentlichen Mark aber, d. h. zur gemeinen Mark, Wald, Weide und Heide⁵¹). Da es jedoch zuweilen zweifelhaft war, ob eine Baumpflanzung als Wald betrachtet, also zur gemeinen Mark gerechnet werden solle oder nicht, so hatte in vielen Gemeinden ein altes Herkommen bestimmt, wie groß und wie dicht das Gesträuch sein müsse, um als Wald (als Gemeinwald) betrachtet zu werden. („was der ochs mit dem horn nit bocken kan, das weist man vor mark“⁵²). „Wo eyn mann hait wiesn, die inne sin hube gehören, dñe mag er alwege halben das sye icht zu walde werdent; verhenget aber er, das isz zu walde wirdet, vnd das also starck wirdet, das hsz zwene oxsen mit eyne joche nit nyder mogen gedruken, so fall er esz nit raden ane laube eyns forstmeisters“⁵³). „werz aber das der weich busch als starg worde, daz in der osche mit dem joche nit gebuchen kunde, so were ez mark“⁵⁴). „auch stünd ein holz —, uf weme das stündt, das der hepen entwachsen were, soll mark seyn“⁵⁵). Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in den Grundherrschaften, in ihnen jedoch zu Gunsten der herrschaftlichen Waldungen, so daß demnach alles unangebaute und wieder zu Wald gewordene Land zu den Fron- oder herrschaftlichen Waldungen gehören sollte. („und die unterscheid sol der armman behalten, behielt er das nit und wurd es zu walde, so ist es fronwald“⁵⁶).

Es wurden nämlich, zumal in späteren Zeiten, sehr häufig nur noch die Waldungen und die gemeinen Wiesen, weil

50) Grimm, III, 572.

51) Grimm, R. A. p. 36 u. 498.

52) Grimm, I, 573.

53) Grimm, I, 502.

54) Grimm, I, 513.

55) Grimm, I, 591. Vgl. noch Grimm, R. A. p. 525.

56) Grimm, I, 423. Ueber Fronwaldungen, meine Gesch. der Fronhöfe, II, 426—428, IV, 480.

sie nur allein noch in ungetheilter Gemeinschaft geblieben waren, zur gemeinen Mark gerechnet und daher sie nur allein die *Almende* (§. 21), die *Gemeinde*⁵⁷⁾ oder die *Mark* genannt, z. B. in Baiern⁵⁸⁾, in den verschiedenen Theilen von Hessen u. a. m.⁵⁹⁾.

In der Regel wurde jedoch in früheren wie in späteren Zeiten Alles, was nicht getheilt worden, vielmehr in ungetheilter Gemeinschaft geblieben war, zur gemeinen Mark gerechnet, also insbesondere die gemeinen Wäldungen, Felder, Weiden und Wiesen („die gemeinde, die zu den zwein Dörfern gehoret an walde, an velde an der bach“⁶⁰⁾, *silvis almendis et pascuis villarum*⁶¹⁾, „gemene weide“⁶²⁾, *silvae communes*⁶³⁾, „gemeine welben“⁶⁴⁾, *de communi nemore, quod almeina dicitur—in pascuis communibus*⁶⁵⁾. In *silva publicali, quod vulgo Almeide dicitur et—in pascuis publicalibus*⁶⁶⁾. Daher werden in den alten Urkunden und Traditionen die gemeinen Wäldungen oder die Markwäldungen (*marchiae silvarum*) von den Sonderwäldungen

57) Urf. von 1281 in Mon. Boic. XIII, 22. — *silvam que vulgo dicitur Gemeinde*. Urf. von 1271 u. 1275 bei Günther II, 372 u. 411. — *in silva que Gemeinde dicitur*. —

58) Urf. der Abtei Nieberralleich in Mon. Boic. XI, 14. — *cum omni marcha seu silva*. —

59) Urf. von 1326 bei Guden, V. 801 — *in communem sylvam die Marek vulgariter nominatam*. — Urf. von 1261 bei Wend, II, Urkb. p. 185. *De silva apud Selem sita, que vulgariter marcha vocatur*. — Urf. von 1361 bei Maber, Burg Friedberg, I, 172. — „Die Wisen, die man die Marke nennt.“ Der gemeinen Wiesen wird öfters erwähnt, z. B. in Offn. von Diettliden, §. 18 bei Schauberg, I, 113. — „Der gemeinden wissen.“ —

60) Urf. von 1323 bei Boehmer, Frankf. Urkb. I, 472.

61) Urf. aus 14. sec. bei Schoepflin, II, 235.

62) Eäds. Fr. II, 47, §. 4.

63) Urf. von 833 bei Eiberß, II, 1. p. 4. *mansos tres cum terris cultis et incultis et silvis communibus ad eos pertinentibus*. — Auch bei Wigand, Archiv, I, 2. p. 86. Urf. aus 8. sec. bei Kindlinger, Münst. Beitr. II, 3. lat. von 812 bei Pertz, III. 178. Urf. von 1279 bei Würdtwein, nova subs. XII, 218. — *silvam communem*. —

64) Grimm, I, 701 u. 782.

65) Urf. von 1219 bei Guden, syl. p. 108.

66) Urf. von 1133 bei Schoepflin, I, 203.

oder Privatwäldungen⁶⁷⁾, und die gemeinen Weiden und Wiesen von den zur getheilten Feldmark gehörigen Weiden und Wiesen (von den Privatwiesen — *pratis, pascuis*) unterscheiden⁶⁸⁾. Eben so hat es auch in den Alpen von je her außer den Privatalpen auch noch Gemeindealpen gegeben, welche von sämmtlichen in Grund und Boden angefessenen Alpgenossen benutzt werden durften. Und heute noch findet man in der Schweiz, in Tirol, in Salzburg, in Steiermark, in Kärnthen und auch in Baiern, z. B. in Oberaudorf im Innthal, in Oberau in der ehemaligen Abtei Ettal, in Garmisch, Partenkirchen, in Kochel u. a. m. solche Gemeindealpen, welche von allen daselbst ansässigen Grundbesitzern nach dem Verhältnisse ihres Grundbesitzes benutzt werden dürfen⁶⁹⁾.

Zur ungetheilten gemeinen Mark gehörten ferner die auf dem Gemeindegrund liegenden Sand- und Lehmgruben, die Kalk- und Steinbrüche, die Erz- und Torflager⁷⁰⁾, die Moore und Sümpfe (*paludes*)⁷¹⁾ und die Heiden⁷²⁾. Sodann alles unangebaute Land (*terra inculta*)⁷³⁾, *locus incultus*⁷⁴⁾, *incultus*⁷⁵⁾, *non cultus*⁷⁶⁾, *agri inculti*⁷⁷⁾, *campi vacantes* und *campi aperti*⁷⁸⁾, welche Jakob Grimm sehr richtig mit dem norðischen *iaurdo óúnninni* oc *ósáenni* oder *opinni* verglichen hat⁷⁹⁾. Man rechnete dazu offenbar alles dasjenige, was man später die

67) Urf. von 886 u. 909, bei Neugart, I, 463 u. 551. — *silvis atque silvarum marchis*. —

68) Urf. von 886 u. 909 bei Neugart, I, 463 u. 551. Urf. von 974, 989, 992 u. 993 bei Hund, metrop. Sal. I, 92 u. 93.

69) Meine Gesch. der Markenverf., p. 38 u. 48.

70) Brauner, Böhmishe Bauernzustände. p. 240 u. 241.

71) Urf. von 992 bei Hund, I, 93.

72) Pufendorf, II, Nr. 38. Hagemann, Landwirthschaft, p. 166, not. 4.

73) Cod. Lauresh. I, 55. Meichelbeck, I, 28, 35 u. 65.

74) Cod. Lauresh. I, 58.

75) Meichelbeck, I, 63 u. 74.

76) Meichelbeck, I, 26, 27 u. 57.

77) Urf. von 974 bei Hund, I, 92.

78) L. Wisig. VIII, tit. 3, c. 9, tit. 4, c. 26.

79) *Leges Gula-Thingenses*, p. 285.

Wüstungen (*vastitates* ⁸⁰⁾, oder *vastinae* ⁸¹⁾, in der Schweiz *Wüstlendina* ⁸²⁾, und in Baiern die öben Gründe genannt hat ⁸³⁾. Nicht selten werden *ager*, *campus* und *silva* unterschieden (*de sylva vel campo, qui agrum cepit*) ⁸⁴⁾. *Cum terris cultis et incultis, agris, pratis, campis, pascuis, silvis* (Dipl. von 993 bei Hund, I, 93.), *pratis, agris, pascuis, silvis, campis, cultis et incultis* ⁸⁵⁾, und dann ist wohl in der Regel unter *ager* das angebaute Feld, unter *Campus* aber die ganze Feldmark im Gegensatz zur Waldmark, oder wenigstens eine ganze Feldflur zu verstehen. Schwieriger ist es, was unter *ager* in dem Falle verstanden werden solle, wenn neben den *agris* und *campis* auch noch *terrae cultae* genannt werden. Ich wenigstens vermag zwischen *terra culta* und *ager* keinen Unterschied zu finden und halte daher eine solche Aufzählung für eine unnöthige Wiederholung, für einen Pleonasmus.

Zu der ungetheilten gemeinen Mark gehörten übrigens nicht blos die gemeinen Felder und Wälder und die eigentlichen öben Gründe und Wüstungen, sondern auch die in der getheilten Mark liegenden Felder, welche man unangebaut liegen gelassen oder nicht vorschriftsmäßig behandelt hatte. (der soll da vermachen, wo er das nit thete, so soll er den acker lassen liegen zu der allment ⁸⁶⁾), was ouch in zehen jaren nit gedungt ist, bosch vnd berg, dz sol sin ein gemeine weid ⁸⁷⁾). Auch sollten die zum Anbau angewiesenen Almendstücke, wiewohl sie angebaute Felder waren, nach wie vor zur ungetheilten Mark gehören. (Wan ein Gmeind jm Gmeinwerch, ess sig jm buoben holz oder anderschwo etwass zebuwen uss gibt, hol ess nach

80) Dipl. von 1126 bei Schoepflin, Mss. Dipl. I, 205.

81) Dipl. von 1209 bei Miraeus, I, 197, *omnes vastinae, quae terrae silvestres dicuntur*. Dipl. von 1247, eod. I, 203, *in omni terra, quae vulgariter wastina dicitur*.

82) Grimm, I, 129.

83) Urk. von 1472 in M. B. 31, p. 516 Zugehorung ze Haws ze Hof ze Holz ze ueld wayd wismad öd vnd wasser.

84) L. Wisig. X, tit. 1, c. 13.

85) Dipl. von 883 bei Neugart, I, 443.

86) Grimm, I, 90.

87) Grimm, I, 419. Vgl. Grimm, R. A., p. 525.

dem die frucht abgeschnitten werdent wider vss liggen, vnd nit für eigen geteilt Sunder zuo der Alment gehoeren.)⁸⁸⁾. Und in manchen Dorffschaften sollten sogar alle Waldungen der Gemeinde gehören. („Auch weist man niemand keinen „eigenen wald, wann er auch wohl seine eygene güter darzu „verwachsen lassen wolte, sondern ist der gemeind alleine⁸⁹⁾).

Außer den eigentlichen Gemeindeländereien, gemeinen Weiden und Waldungen oder Almenden, blieben auch noch die Wege und Stege in ungetheilter Gemeinschaft. Sie wurden daher gemeine Wege („wo gebrauch ist an gemeyn stegen vnd wegen vnd an andern gemeyn, das soll man rügen)⁹⁰⁾, Almendwege, Almendpfade und Almendstraßen genannt. (§. 21.) Darum heißt es in den alten Traditionen so oft *cum viis et inuiis, exitibus et redditibus*⁹¹⁾, oder *cum perviis, exitibus et regressibus* u. s. w.⁹²⁾. Sodann die öffentlichen Plätze, das Wasser, also auch die Flüsse, Seen, Quellen u. s. w.) (*cum aquis aquarumve decursibus*⁹³⁾, *communione in silvis et fontium*⁹⁴⁾.

In den älteren Traditionen bei Neugart, Hund u. a. m. sind meistens die Bestandtheile der getheilten und ungetheilten Dorfmark ziemlich vollständig aufgezählt. In den späteren Urkunden und in den Weisthümern pflegte dieses aber weniger vollständig zu geschehen. So heißt es z. B. von dem Dorfe Bebingen in der Pfalz: *almeindam cum ipsa via villani contulerunt — contulerunt pratellum dictum bizze villanis in Almeindam*⁹⁵⁾.

88) Holzordnung von Opfikon, §. 5, bei Schauberg, I, 135.

89) Grimm, III, 414, §. 9.

90) Grimm, III, 588.

91) Dipl. cit. bei Hund, I, 92 u. 93.

92) Cod. Lauresh. I, 55 u. 57. Vgl. noch Neugart, I, 443. Meichelbeck, I, 28.

93) Cod. Lauresh. I, 55 u. 57. Dipl. bei Hund, I, 92 u. 93. Dipl. von 1057 bei Meichelbeck, I, 2 p. 516.

94) Dipl. von 948 bei Meichelbeck, I, 2 p. 444. Dipl. von 964 bei Günther, I, 67, in *silvis, pratis, pascuis, rivis*. Vgl. noch Urf. von 1323 bei Boehmer, Frankf. Urf. I, 478. Urf. von 1472, in Mon. Boic. 31, p. 516. Meine Einleitung p. 89—91.

95) Dipl. von 1303 bei Würtwein, III, 279 u. 280.

Von dem Dorfe Birnheim an der Bergstraße: *de pascuis, aquis, pratis, silvis, et communia, que Almeida vocantur*⁹⁶⁾. Von dem Dorfe Niederramspach im Elsaß: daß all Allmenben, sy sygent in holz, veld, acker, matten, und was dazu gehört⁹⁷⁾. Von Steinsfeld: in der gemeinden, es sey im busch, veldt oder wiesen — in büschen vnd wiesen vnd allen gemeinden⁹⁸⁾.

Daß es außer der Feld- und Waldmark und außer dem, was damit zusammenhängt, auch noch anderes Gemeindevermögen gegeben hat, z. B. Gemeindehäuser, Gemeinde- Hirten-, und Badhäuser, Pfarr- und Schulhäuser, Wirthschaften, Mühlen, Badöfen, Capitalien u. s. w., darf ich als bekannt voraussetzen. Man findet dergleichen z. B. im Stifte Fulda, in Hessen, Württemberg, Baiern u. a. m.⁹⁹⁾. Auch dieses Vermögen gehörte ursprünglich der Dorfmarkgemeinde. Es ward daher mit unter dem Ausdruck *Gemeindegebräuche* begriffen und in den Steuerbüchern auf den Namen der Gemeinde katastrirt, wiewohl dessen Benutzung nicht ausschließlich den Gemeindsmännern, vielmehr auch allen übrigen Einwohnern des Dorfes zu Gute kam a). Für die Verfassungsgeschichte kommt indessen das Gemeindevermögen dieser Art gar nicht in Betracht.

§. 23.

Jeder in einer Dorfmark angeessene Mann hatte seinen Antheil nicht nur an der getheilten Feldmark, sondern auch an der ungetheilten. Dieses gilt von den freien Leuten, (*curtim libere proprietatis nostre et quelibet ei appendicia in agris, pratis, pascuis b).* in villa, quae dicitur Papinga, casam et curtem cum territorio et sylva et mansus IV. — vir nobilis traditit ibidem res suas in vico qui dicitur Liveringae et

96) Dipl. von 1222 bei Guden, syl. p. 124.

97) Grimm, I, 662, §. 12.

98) Grimm, III, 838

99) Thomas, I, 209 u. 234. Hessische Greben-Ordnung von 1739, tit. 46, §. 1, p. 118. Sternberg, I, 6. Reyscher, W. Pr. R. III, 432 ff. Bair. Landr. II, c. 1, §. 6.

a) Vgl. z. B. Hessische Greben-Ordnung, tit. 46, §. 1. Sternberg, I, 6.

b) Dipl. von 1291 bei Seibert, II, p. 537.

*colonia III cum aliis appendiciis*¹⁾. Es gilt aber in derselben Weise auch von den hörigen Colonen (*tradiderunt servi proprietatem, id est jugera XXIV cum curtifero, cum exitibus ei redditibus*²⁾. *tribus hobis, unam quam habet W., et in eandem sylvam debet mittere porcos X, alteram habet Th., tertiam S., et etiam debent mittere in sylvam uterque porcos X*)³⁾. Daß aber die Inhaber dieser drei haben hörige Colonen, keine freie Leute gewesen sind, folgt aus dem Umstande, daß sie zu einem Herrenhofe (*mansus indominicatus*) gehört haben und mit demselben veräußert worden sind⁴⁾. Auch bei neuen Dorfanlagen erhielt jeder Inhaber eines Bauernhofes seinen Antheil an der Marknutzung in den ungetheilten Waldungen, z. B. in Schlessen. (*concedimus, ut quilibet incolae predictae villae mansum habens unam plectam seu congeriem lignorum sibi faciat*)⁵⁾ Endlich hatten auch die unfreien Colonen (*servi*), wenn sie Grundbesitz erhalten hatten, ihren ideoellen Antheil an der gemeinen Mark. (*mansum servilem unum — et ad ipsum mansum de terra arabili jugera XXX de pratis ad carradas V.*)⁶⁾.

An der ungetheilten oder gemeinen Mark hatte in der Regel ein Dorfmarkgenosse dasselbe Recht, wie der andere. Die freien Leute hatten immer ganz gleiche Rechte. (*de curtilibus talem usum habuimus qualem unusquisque liber homo de sua proprietate iuste et legaliter debet habere, in campis pascuis, silvis lignorumque succisionibus atque porcorum pastu,*

1) Cod. trad. in Juvavia, p. 40. Vgl. noch p. 37, 38, 42, 43 u. 44. Codex trad. Lauresh. I, 28, 30, 32, 34, 52 u. 56 f.

2) Dipl. bei Meichelbeck, I, 2. p. 473. f.

3) Dipl. von 863 im Cod. Lauresh. I, 68.

4) Eod. p. 68. *Mansum indominicatum cum aedificiis atque omnibus utensilibus, habentem hobas III, et hubas serviles XVIII et sylvam, in quam mittere possumus mille porcos perfecte saginari.*

5) Dipl. von 1309, bei Böhme, II, 68. Vgl. oben §. 19.

6) Dipl. von 864 in Cod. Lauresh. I, 72. Vgl. noch dipl. von 863 u. 877, eod. I, 68—69 u. 78.

pratis, viis u. s. w.⁷⁾). Eben so die h3rigen Colonen und die unfreien Leute. (in pratis, pascuis et sylvis quemadmodum alii homines prediorum nostrorum pro se et suis animalibus habent communionem⁸⁾). Nur hatten die unfreien Colonen zuweilen einen geringeren Antheil als die h3rigen, indem die Rechte der Unfreien, also auch ihr Antheil an den Marknutzungen im Ganzen genommen von der Gnade und von den Bestimmungen des Grundherrn abhingen. W3hrend daher die h3rigen Colonen z. B. 10 Schweine zur Mast in die W3ldungen treiben lassen durften, durften die Unfreien nur 5 Schweine dahin schicken. (tribus hobis, unam, quam habet W., et in eandem sylvam debet mittere porcos X, alteram habet Th., tertiam S., et etiam debent mittere in sylvam uterque porcos X, et nullam aliam utilitatem sive ad exstirpandum, sive in cesura ligni. Unusquisque autem de servis ipsis de sua huba debet mittere in sylvam porcos V.⁹⁾). In derselben Dorfmark waren jedoch die Antheile der Unfreien in der Regel ebenfalls wieder gleich. Auch ist die gleiche Berechtigung der Dorfmarkgenossen in sp3teren Zeiten noch geblieben. Daher wird so oft von der Berechtigung eines Gemeindsmannes gesprochen und bei bevorzugten Gemeinbegliedern von der Berechtigung zweier Mannen, ohne die Gr33e der Berechtigung weiter zu bestimmen, was nat3rlich eine Gleichheit in der hergebrachten Berechtigung voraussetzt. (Wass man alment von der gemeyn hye geit, da geit man in als vill als zweyen mannen¹⁰⁾).

§. 24.

Die gemeine Mark ist nicht getheilt gewesen. Daher hatten die Dorfmarkgenossen nur einen unausgeschiedenen Antheil an der Mark. So war es bei den alten gro3en Marken und bei den Alpmarken, und ebenso bei den kleineren und gr33eren Dorfmarken¹¹⁾. Dieser Antheil an der gemeinen Mark ist weder ein

7) Codex traditionum Sangall. p. 381, n. 1. dipl. von 890 bei Neugart, I, 485, und Dacher3den, Staatsrecht der Reichsd3rfer, I, 283.

8) Dipl. von 1273 bei Meichelbeck, II, 2. p. 73.

9) Dipl. von 863 im Cod. Lauresh. I, 68—69.

10) Grimm, I, 459.

11) Meine Geschichte der Markenverf. p. 38 ff. u. 49 ff. Meine Gesch. der Fronh3fe, III, 203 ff.

ideeller noch ein reeller Antheil im Sinne des römischen Rechtes, vielmehr nur ein unausgeschiedener Antheil an der ungetheilten Gemeinschaft gewesen. Die gemeine Mark selbst hat demnach der Gesamtheit der Genossen, d. h. der collectiven Einheit, gehört, weshalb denn auch das der Gesamtheit an den Gemeinländereien (an der ungetheilten Mark) zustehende Recht ein Gesamteigenthum genannt zu werden pflegt. Eine Benennung, welche jedoch nicht für alle Fälle ausreicht, insofern es Gemeinländereien und gemeine Marken gibt, an denen die Gesamtheit, wie wir sehen werden, kein Eigenthum, wenigstens kein volles Eigenthum besitzt, das ihr daran zustehende Recht daher auch kein Gesamteigenthum genannt werden kann.

Den unausgeschiedenen Antheil der Dorfmarkgenossen nannte man die Nutzung oder den Nutzen (*usus*¹²⁾, *usamentum*¹³⁾, *communis utilitas*¹⁴⁾, *utilitas silvae*¹⁵⁾, „den Nutz uf der Gemeinde“¹⁶⁾, oder den Gemeindennutzen, z. B. in Oberhessen¹⁷⁾, den Gemeinnutzen oder das Gemeinderecht, z. B. in Franken¹⁸⁾, das Gemeinderecht oder Dorfrecht, z. B. in der Schweiz, im Eichsfeld und in der Pfalz¹⁹⁾, das Nachbarrecht oder Dorfnachbarrecht, z. B. im Eichsfeld und im Stifte Fulda²⁰⁾, Die Bauerschaft („Gebauerschaft“ oder „Buwerschaft“), z. B. in der Pfalz²¹⁾ und im Stifte Speier²²⁾, oder

12) Urk. von 1120 bei Schoepflin, I, 206.

13) Urk. von 1184 bei Rone, I, 406, *pasture communitatem et usamenta per totum allodium*.—

14) Urk. von 1195 bei Lacomblet, Urkb. I, 383.

15) Urk. von 903 in Mon. Boic. I, 128.

16) Urk. von 1323 bei Boehmer, Trkf. Urk. I, 472.

17) Sternberg, Hessische Rechtsgewohnheiten, I, 6. ff, 12. ff.

18) Bensen, Rotenburg, p. 378.

19) Grimm, I, 133 u. 462. Bluntschli, II, 64—65. Hartmann, Provinzialr. des Eichsfelds, p. 334.

20) Hartmann, p. 336. Thomas, I, 216 ff.

21) Grimm, I, 461.

22) Urk. von 1097 bei Dumge, reg. Bad. p. 118. *jus aquiret quod vulgariter dicitur* — Gebuerschaft.

die Buirheit z. B. in Westphalen²³⁾, sodann die Bürgerschaft oder die Meente, z. B. im Dithmarschen²⁴⁾, die Gemeinde, z. B. in Oberhessen²⁵⁾, die *communio*²⁶⁾, die *communitas*²⁷⁾, dann die Gewalt („Gewelbe“ *potestas*)²⁸⁾, ferner das gemeine Recht, z. B. im Obenwalb²⁹⁾, das *jus commune*, z. B. im Rheingau³⁰⁾ das Recht, (*lex*)³¹⁾, die Gerechtigkeit, z. B. in der Schweiz, im Eichsfeld, im Dithmarschen u. a. m.³²⁾, die Dorfgerechtigkeit³³⁾, oder auch, da die Gerechtigkeit auf dem Hause und Hofe ruhte, die Haus- und Hofgerechtigkeit³⁴⁾, anderwärts in der Schweiz die Gerechtsame³⁵⁾ und im Kanton Glarus das Tagwenrecht³⁶⁾, in den Alpmarken aber die Weide, das Gras, das Recht, die Gerechtigkeit, das Alprecht, das Rinderrecht, das Kuhrecht, das Kuh-

23) Urf. von 1449 bei Wigand, Archiv, VI, 2 p. 185 „eyn bullecomen „Huyß, dat Buirheit hevet“

24) Michelsen, in Zeitschrift für D. R. VII, 95 ff u. 101.

25) Sternberg, I, 105.

26) Urf. von 948 bei Meichelbeck, I, 2 p. 444. — *communione in silvis et saginationem porcorum* — — *communione in marchis foenum secundum et pascua habenda*. Bgl. p. 471. Urkunde von 1273, eod. II, 2, p. 73. Urf. von 796, bei Lacomblet, I, 4. *communioneque in eandem siluam*. Urf. von 1203 bei Günther, II, 78. *communione lignorum utebuntur*.

27) Urf. von 1195 bei Lacomblet, I, 383. — *communitatem pascue*. —

28) Urf. von 1254 bei Günther, II, 543. *dono unam potestatem ibidem in communi silua que vulgariter Gewelde dicitur*. Urf. von 1271. eod. II, 373. *illis juribus nostris et nostrorum hominum que Gewelde nuncupantur*. Urf. von 1195 bei Lacomblet, I, 383. — *tres potestates curtis*. — Bgl. Meine Geschichte der Markenverf. p. 54.

29) Erbacher Landr. p. 354.

30) Urf. von 1279 bei Bodmann, I, 441.

31) Urf. bei Meichelbeck, I, 2 p. 475. — *jugera XII, cum omni lege*.

32) Bluntschli, II, 65 u. 66. Hartmann, p. 334, 339 u. 342. Dithmarsch. Landrecht von 1567, art. 87, §. 13.

33) Dorfordnung des Fürstenthums Minden, §. 7, bei Wigand, Minden, II, 366.

34) Bluntschli, II, 81.

35) Urf. bei Renaud in Zeitschrift für D. R. IX, 42, 43, 46, 48.

36) Landbuch, I, §. 70 u. 72.

essen, die Rufschwere und der Stoß³⁷⁾, sodann im Rheingau, in der Abtei Lach, in der Wetterau u. a. m. Die Marke³⁸⁾, in der Ortenau u. a. m. Das Markrecht³⁹⁾, in Weßlar das Märkerrecht⁴⁰⁾, sehr häufig auch Holzmark, z. B. in Baiern, Thüringen, Westphalen u. a. m.⁴¹⁾, oberforestiforium⁴²⁾, das Beholzigungsrecht⁴³⁾ jus lignorum⁴⁴⁾ jus silvestre⁴⁵⁾, oder jus nemoris⁴⁶⁾. Eine weitere Benennung, zumal in Westphalen, Niederachsen und Hessen war Ehtwort⁴⁷⁾, Ehtwert⁴⁸⁾, Ehtward, Ehtewart oder Ehtwart⁴⁹⁾, dann Ahtwart oder

37) Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 38—40.

38) Urk. von 1225 u. 1279, bei Bodmann, I, 441 u. 454. a communibus iuribus, que Marke dicuntur. — communibus iuribus, quod uidelicet ius Marke vocatur — eo frui iure, quod vulgariter Marke dicitur. Urk. von 1274, bei Günther, II, 395. curtis cum jure nemoris quod marcha vulgariter appellatur. Beschwergeschrift der Gemeinde Griesheim, aus dem 13. Jahrhundert, von Dr. Roth u. Dr. Euler, p. 9. — „unser marke, die da ist eines ieldhen guobis — die „marke uz zuo gebene.“

39) Grimm, I, 412. Kaiserrecht, IV. 20.

40) Urk. von 1316, bei Wigand, Weßlar. Beir. I, 269. quinque sectionibus lignorum, que vulgariter merkerrecht dicuntur.

41) Urk. von 1378, 1384, 1397, in Mon. Boic. XXIII, 224, 250 und 294. Grimm, III, 617. silvas et jura, que dicuntur holzmarken. Urk. von 1136, bei Wigand, Archiv, V, 40. Urk. von 1168, bei Lacomblet, I, 299. tria forestiforia que vulgus holzmarchen nominat.

42) Urk. von 1168, bei Lacomblet, I, 299 u. 300.

43) Urk. von 1195 bei Lacomblet, I, 383. qui secandi sylvam habent licentiam que vulgo geholzedo dicitur.

44) Urk. von 1255 bei Günther, II, 274.

45) Riefert, Münßer. Urk. II, 161, Nr. 31.

46) Urk. von 1274 bei Günther, II, 395. Vgl. Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 49 u. 50.

47) Urk. von 1313 bei Vogt, mon. Brem. I, 552. — domum unam et unam aream sitas in G. habentes duas echtwort et dimidiam. Haktus, p. 252.

48) Urk. von 1370 bei Scheidt, v. Adel, mant. doc. p. 312. „bre echt-
„werde de ef hebbe van bren houen to Weningeredere.

49) Urk. von 1224 u. 1338, bei Kindlinger, M. B. II, 255 u. 326. Urk. von 1291 bei Seibert, II, 1 p. 537.

Achwart⁵⁰⁾, Achtwort⁵¹⁾, Aghtwert⁵²⁾, Ahtwarre⁵³⁾ Ewart, Eiwart, Einwart oder Ewert⁵⁴⁾, ferner die Schar oder Scaras⁵⁵⁾, öfters auch Ware oder Were, den Inhaber einer solchen Berechtigung also einen gewarten oder gewerten Mann⁵⁶⁾. Die unausgeschiedenen Antheile an dem Beglittenwald zu Oppau in der Pfalz endlich nannte man Leinen⁵⁷⁾. Eine Benennung, welche schwer zu erklären ist. Ich habe das Wort Lein in einem ähnlichen Sinne nur bei dem Bergbau gefunden. Nach einer Urkunde von 1241 bedeutet es nämlich ein Maß (*mensura que Lein vulgariter nuncupatur — mensura id est Lein*)⁵⁸⁾. In den lateinischen Quellen wird dafür *laneus* (ein Längenmaß)⁵⁹⁾ und in den deutschen Quellen Lehen gebraucht⁶⁰⁾. Daß indessen die Verglehen keine wirkliche Lehen

-
- 50) Urk. von 1267 bei Leuckfeld, ant. Poeld. p. 295. Achtwart in silva. Weisthum bei Wigand, Provinzialr. von Paderborn, III, 8, „syn achwart vom berne holte.“
- 51) Urk. von 1277 u. 1305 bei Falke, trad. Corbei. p. 875 u. 876. Urk. von 1304, 1318 u. 1322, bei Scheidt, Adel, p. 364 u. 365. Urk. von 1329 bei Wigand, Archiv, III, 3, p. 99. Urk. von 1525 bei Ropp, heiml. Gerichte, p. 372.
- 52) Urk. von 1266 bei Scheidt, p. 364.
- 53) Urk. von 1322, bei Wend, II, 285.
- 54) Urk. von 1183 bei Treuer, Münchh. p. 6. und Gruben, ant. Hannov. p. 311. Sternberg, I, 10. Estor, Rechtsgel. III, §. 111, p. 130. Meine Gesch. der Markenverf. p. 53.
- 55) Urk. von 1166 bei Kindlinger, R. B. II. 202. *jure nemoris vicini, quod vulgariter schara vocatur.* Urk. von 855, eod. II, 22. — in silva scaras XXVIII — in illa silva scaras LX. Urk. von 796 bei Lacomblet, I, 5.
- 56) Meine Gesch. der Markenverf. p. 50—52.
- 57) Intelligenzblatt des Rheintreises von 1827, p. 198.
- 58) Urk. von 1241 bei Litzmann, Gesch. Heinrichs des Erlauchten, I, 99. ff.
- 59) *Laneus* bedeutet öfters auch so viel als *mansus*, Leen, Lahn, Lane oder Hube, z. B. Stadtrecht von Brünn, ed. Köppler, p. 129. (Nr. 281.), 245 (Nr. 528.) u. 420. Vgl. Henschel, v. *laneus*, IV, 25. Die Leinen in Oppau könnten daher unausgeschiedene Waldhuben gewesen sein.
- 60) Auch an der Mosel werden die Bauernlehen Leyn genannt. Caesarius, §. 2, bei Hontheim, I, 671. *mansi — feoda enim sunt, quae aliis in locis appellantur vulgo Leyn.*

(*feuda*) gewesen sind, versteht sich von selbst. Die Leinen oder Berglehen waren vielmehr, wie die Ruren, bloße Bergtheile ⁷⁰). Und eben solche ideelle Theile an dem Beglitenwalde sind offenbar auch die Leinen in Oppau gewesen, von dem Worte Leine, d. h. Seil also genannt. Denn, wiewohl die Leinen, da es blos ideelle Anthteile waren, nicht mit der Leine oder Schnur gemessen sein konnten, so bedeuteten sie dennoch eine, wenn auch nur ideelle Größe, — eine unausgeschiedene Hube. Und da der Grund und Boden insgemein mit Seilen oder Leinen (*funiculi*) gemessen zu werden pflegte ⁷¹), so konnte man wohl auch bei solchen ideellen Größen an eine Leine denken und daher jene unausgeschiedenen Anthteile selbst Leinen nennen, wie denn auch die erwähnten Berglehen Leinen genannt worden sind.

§. 25.

Der Anthteil, welchen die Dorfmarkgenossen an der getheilten und ungetheilten Mark hatten, war ursprünglich Zugehör des Hauses und Hofes im Dorfe. Denn die Wohnung im Dorfe, oder vielmehr der Grund und Boden, auf welchem Haus und Hof stand, (die Hoffstatt ⁷²), Salsstatt, Solstatt ⁷³), Ehehoffstatt ⁷⁴) Ehehaushoffstatt ⁷⁵), Herbstatt, *area*, *mansus* u. s. w. ⁷⁶), wurde von jeher als der wichtigste Bestandtheil (*fundus dignior*) und als das Haupt des ganzen Besitzthums betrachtet ⁷⁷). Die Felder, Wiesen und Weinberge nebst den dazu gehörigen Nutzungsrechten

70) Weiske, über Gemeindegüter und den Rießbrauch am Rur, p. 150—155.

71) Meine Einleitung, p. 72, 135.

72) Grimm, I, 34, 35, 78, 79, 136. — „Die hoffstatten, da sind huser „vff, alder nit“

73) Jülich und Berg Gerichtsordnung von 1564, cap. 93, p. 85 Piper, p. 161.

74) Grimm, I, 34. — „vnd nit husses hat uff der ehoffstatt“ — p. 206, 207.

75) Grimm, I, 207.

76) Meine Einleitung, p. 21. Meine Gesch. der Markenverf. p. 59—60. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 193, 194

77) Andr. Sines. IV, 10. *ratione fundorum veluti digniorum non adiacensium prediorum que fundis velud membra capitibus obsecuntur.*

in der gemeinen Mark und die Almentsfelder waren demnach bloße Pertinenzien des Hauses und Hofes („des Hus und Heim“ des „Haus und Heimath“⁷⁸⁾ oder des Gehöftes im Dorfe)⁷⁹⁾. Wie in den alten großen Marken, so auch in den kleineren und größeren Dorfmarken, und zwar in den freien eben sowohl wie in den grundherrlichen und in den gemischten Dorfmarken, z. B. im Dithmarschen⁸⁰⁾, in Westphalen⁸¹⁾, in der Schweiz⁸²⁾, in der Pfalz⁸³⁾, in Oberhessen, z. B. in den Dörfern Stauffenberg und

78) Urf. von 1600 bei Bluntschli, II, 64. „Wen einer bey Inen syn „hus und heym verkouffe, das er damit syn Dorfrecht ver- „würkt haben. Urf. von 1752 eod. p. 66. „Obgleich einer sein „Haus und Heimath verkauffen müßte — ein sollicher aber seine „Gerechtigkeit in Holz und Feld Wunn und Weid verwürket“ — die Almentäcker in Homersheim im Anhang Nr. 2)

79) Dithmarsch. Landr. Art. 87. §. 6. „So od wol ein Gehöfte kostte „in einem Dorpe, Dartho eine gemene Marke gehörebe, de mach „der gemeinen Mark gylt synen Rabern genehten.“

80) Landr. Art. 87 §. 6 u. 13.

81) Urf. von 1337 bei Kindingrr. M. B. III, 1 p. 370. domum sive mansum sitam in parochia Ulkon cum omnibussuis agris — pratis, pascuis ac generaliter cum omni integritate juris sui, ac universis pertinentiis ad dictum mansum pertinentibus. Urf. von 1314, eod. p. 303. Urf. von 1230, eod. III, 2 p. 730. eandem domum cum omni utilitate sua cultis videlicet et incultis, pratis, pascuis — una cum omnibus suis pertinentiis. Vgl. noch oben §. 22.

82) Viele Kauf- und Pfandurkunden von 1817, 1820, 1822, 1824, 1833 u. s. w. im Rechte der Gemeinde Kappel auf die Almeinden, p. 68 — 72. — „ein Haus nebst Hag und Rußnießung auf dem „Almeind. — Ein Haus nebst der laut Almeindrechten dazu „gehörigen Hofstatt und Brachen.“ Bluntschli, II, 64—66. Wyß, die schweizer. Landgemeinden, in Zeitschrift, I, 24. Not. 20.)

83) Urf. von 1222 bei Gudcn, syl. p. 124. Urf. von 1227, eod. p. 151 ratione habitationis et communionis quod dicitur Almeina exactionem soluisse. — Grimm, I, 462. „wann dieselben drey „haus gefind —, so sollent sie recht hann zu aller der Alment und „des Dorffs rechten.“ —

Fronhausen⁸⁴⁾, in Baiern⁸⁵⁾, am Rhein⁸⁶⁾ und im übrigen Deutschland⁸⁷⁾). Daher nannte man z. B. im Eichsfeld die Wohnungen im Dorfe, auf welchen das Gemeinde- oder Nachbarrecht ruhte, Gerechtigkeitshäuser, Gemeindegerechtigkeitshäuser oder Heerbstätten, und die Besitzer solcher Häuser (die Gemeindsleute) Gerechtigkeitsbesitzer und Gerechtigkeitsmänner⁸⁸⁾.

Hin und wieder ward zwar statt des Hauses und Hofes im Dorfe das Bauerngut selbst als der Hauptbestandtheil genannt und die Marktberechtigung sodann als Zugehör des ganzen Bauernhofes betrachtet, z. B. in der Schweiz als Zugehör der Hube⁸⁹⁾ u. a. m. Und in so fern, als eine bloße Wohnung im Dorfe ohne ein dazu gehöriges Bauerngut, z. B. eine Kote, ein Leerhaus oder eine Selbe keinen Antheil an der gemeinen Mark, wenigstens nicht ohne besondere Bewilligung der Gemeinde gehabt hat, in so fern hatte es auch seine volle Richtigkeit. Streng genommen war und blieb jedoch das Haus und der Hof im Dorfe, das sogenannte Huhhaus⁹⁰⁾, der eigentliche Sitz und das Haupt des ganzen Besitzthums und der dazu gehörigen Berechtigungen in der ungetheilten Mark. Es blieb dieses wenigstens so lange als sich das alte Recht in seiner vollen Reinheit erhalten hat. Daher sollte z. B. im Dithmarschen, wenn das

84) Sternberg, I, 121, 126, 127, 128 und 138.

85) Urf. von 948 bei Meichelbeck, I, 2 p. 444. *curtem — cum pascuis — communionem in silvis — communionem in marchis*. Vgl. noch p. 445 und 471. *communionem in silva de illa hoba*.

86) Urf. von 1294 bei Guden, II, 282. *In omne jus et dominium quod ratione arearum habebant nec non in silva et in communibus pascuis ejusdem ville*.

87) Meine Einleitung p. 126—127 und 136. Meine Gesch. der Marktenverf. p. 59—62. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 198—200.

88) Hartmann, Provinzialr. des Eichsfelds, p. 334, 335, 339 und 342.

89) Offn. von Albsrieden bei Schauberg, Beitr. II, 148. „Es sind zu „Nieden vor Altem die güter allein in gewisse Huben zertheilt und „derselbigen Huben alle gerechtigkeit daseibst zugehörig „glein.“ Offn. von Schwommenbigen §. 11 bei Schauberg Beitr. I, 118.

90) Offn. von Schwommenbigen §. 11.

Bauerngut getheilt und zu dem einen Theil ein neues Haus gebaut worden war, die ganze Markberechtigung bei dem alten Hause bleiben („so een Broder dem andern Broder, ebder syner „Süster för eer Erffdeel etlyken Acker thobelede, und de Broder „effte Süster Darby ein Hueß buwen worde, so schal doch solcker „Broder effte Süster der gemenen Mark siß nicht hebben anto- „mahten“) ⁹¹⁾). Denn so viele Gehöfte in dem Dorfe, eben so viele Markberechtigungen oder Meenten sollte es geben, indem ein neuer Anbau an den Hof keine neue Berechtigung geben sollte. („Dæ schall nener, de by einem Gehöfte etwas thobu- „wet, der gemehnen Mark thogebruken hebben“) ⁹²⁾). Eben so im Kanton Glarus. Daher erhielten die Kinder eines verstorbenen Gemeindsmannes, eines sogenannten Tagwenmanns, „nicht mehr als ein Tagwenrecht“, gleichviel ob sie in ungetheilter Gemeinschaft beisammen blieben und „eine gemeinsame Haushal- „tung führten“, oder ob sie sich trennten und besondere Haus- „haltungen führten“ ⁹³⁾). Darum sollte, z. B. im Kanton Zürich, das Haus und die Hofstatt und im Eichsfeld die Heerdstätte nicht getheilt werden, um die Theilung der damit verbundenen Gerechtigkeit zu vermeiden ⁹⁴⁾). Aus demselben Grunde hatte jedes Haus, wenn auch mehrere selbstständige Familien darin wohnten, doch nur eine einzige Berechtigung in der ungetheilten Mark, z. B. in Oberhessen, in der Schweiz u. a. m. ⁹⁵⁾ Und wenn mehrere Haushaltungen in einem und demselben Hause beisammen wohnten, sollte immer nur der älteste Hausvater oder der am meisten am Hause Berechtigte die Gemeindeversammlung besuchen, alle übrigen aber zu Hause bleiben und des vollen Bürgerrechtes entbehren ⁹⁶⁾). Darum durften die Marknutzungsrechte und Almentfelder ⁹⁷⁾ nicht allein ohne die Wohnung im Dorfe verkauft, verpfändet oder sonst veräußert werden z. B. im Dithmarschen, in

91) Dithmarsch. Er. Art. 87, §. 11.

92) Dithmarsch. Er. Art. 87, §. 10.

93) Landb. von Glarus, I, §. 72.

94) Bluntschli, II, 81 u. 82. Hartmann Provinzialr. des Eichsf. p. 341.

95) Sternberg, I, 121. Urf. von 1634 und 1752 bei Bluntschli, II, 82.

96) Ordnung zu Regensburg von 1681 bei Bluntschli, II, 66.

97) Anhang Nr. 2.

Oberhessen, in Osnabrück, in Solothurn, im Dorfe Rychigen im Kanton Bern u. a. m.⁹⁸⁾ Mit dem Hause und Hofe im Dorfe wurde vielmehr auch die Markberechtigung erworben und ging mit demselben auch wieder verloren, z. B. im Dithmarschen, in Oberhessen, in der Schweiz, u. a. m.⁹⁹⁾ Durch bloßen Nichtgebrauch ging jedoch die Berechtigung noch nicht verloren¹⁾. Und in vielen Dorfschaften hat sich dieser ursprüngliche Zustand der Dinge auch in späteren Zeiten noch, nicht selten sogar bis auf unsere Tage erhalten, z. B. in Strengelbach in der Schweiz²⁾. In anderen Dorfschaften dagegen begannen schon frühe die alten Verhältnisse zu wanken. Und zumal seit dem 16. und 17. Jahrhundert löste sich die alte Verfassung in dieser wie in anderer Beziehung nach und nach auf.

§. 26.

Je mehr sich nämlich die Bauernhöfe als Sondereigenthum ausbildeten, desto unabhängiger wurden die Besitzer derselben von der früher auch hinsichtlich der getheilten Mark bestandenen Feldgemeinschaft. Sie konnten nun, wie über anderes Sondereigenthum so auch über ihre Bauerngüter ganz unbeschränkt verfügen, dieselben also auch ganz oder theilweise veräußern. Denn die Untheilbarkeit des Bauernhofes hörte, wenn nicht etwa ein grundherrlicher Verband entgegenstand, mit dem Austritte aus der Feldgemeinschaft von selbst auf. Es konnte demnach nun über das Ackerland ohne die Wohnung im Dorfe, oder auch über die Wohnung im Dorfe ohne die Markberechtigung, und also auch über die Markberechtigung ganz allein ohne den Bauernhof und ohne die Wohnung im Dorfe verfügt werden. Hier und da ge-

98) Dithmarsch. Landr. Art. 87 § 13. Sternberg, I, 11, 126—129 und 133 Röntrup, v. Markgenossen §. 8. p. 317. Urk. von 1630 und 1743 bei Renaud in Zeitschr. IV, 47. Not. und 49.

99) Dithmarsch. Landr. Art. 87 §. 6 und 13. Sternberg, I, 128 und 129. Offn. zu Kotten §. 44 bei Schauberg, I, 192. Urk. von 1600, 1601, 1670 und 1752 bei Bluntschli, II, 64—66.

1) Röntrup, v. Markgenossen, §. 13 p. 318.

2) Wyß, schweizer. Landg. 3. Per. in Zeitschr. I, 31. Not. 34.

(schah dieses schon sehr früh³⁾). Seit dem 16. und 17. Jahrhundert wurde es aber in vielen Dorfgemeinden sogar zur Regel. So durfte in den meisten Dörfern von Oberhessen der Gemeindevutzen verkauft, verpfändet oder sonst veräußert werden⁴⁾. Ebenso die Rechtsame in den Dorfgemeinden Schnottwyl (Solothurn) und Schwommendigen im Kanton Zürich⁵⁾, die Bauerschaft in der Gemeinde Sandhofen in der Pfalz⁶⁾, das Nachbarrecht in einigen Dorfgemeinden des Stiftes Fulda⁷⁾, die Meente im Dithmarschen⁸⁾ und die Gertter in der Gemeinde Zollikon im Kanton Zürich, d. h. die fixirten Nutzungsrechte an einem Walde, welcher, wie die Urkunde sagt, den Dorfleuten und der Gebursamj gemeinlich lebig und frei eigen war⁹⁾.

§. 27.

Durch diese Trennung der Marknutzungen oder der Antheile an der ungetheilten Mark von dem Grund und Boden, nicht allein von der Wohnung im Dorfe, sondern auch von dem Gute selbst, ist nun die Natur dieser Marknutzungen, und damit auch die Dorfmarkgenossenschaft selbst wesentlich verändert worden.

Früher sind nämlich die Marknutzungen unzertrennliche Pertinenzien des Hauses und Hofes und in rechtlicher Beziehung von ihnen völlig abhängig gewesen. Nun wurden sie dagegen selbstständig und daher z. B. bei Güterschätzungen und bei der Berechnung der Abgaben und Steuern besonders in Anschlag gebracht¹⁰⁾. Aus demselben Grunde, aus welchem die Bauernhöfe in den einzelnen Dorfgemeinden fixirt zu werden pflegten, wur-

3) Dipl. von 1267 bei Leudfeld, *Antiqu. Poeldens.* p. 295. Si tamen alicui praedictum Achtwart vendere vellent.

4) Sternberg, I, 6, 7, 24, 25 und 47.

5) Urk. v. 1675 bei Renaud in *Zeitschr.* IX, 48. Schauberg, *Zeitschr.* I, 124.

6) Grimm, I, 461.

7) Thomas, I, 218 und 219.

8) Michelsen in *Zeitschr.* VII, 95. ff.

9) Urk. von 1330 und 1359 bei Wyß, *Schweizer. Landgemeinden in Zeitschrift für Schweiz. R.* I, 58. Gertter kommt offenbar von Gertel, einem kleinen Handbeil mit einer langen Messer ähnlichen Schneide, zum Hacken und Schneiden von Holz. Stalder, I, 441.

10) Thomas, I, 218 und 222.

den es nun auch die Marknutzungen. Und so findet man denn z. B. in Oberhessen in dem Dorfe Marbach 23 Gemeindenußen, zu Ilshausen aber nur 8, und zu Michelbach 28 ¹¹⁾. In Franken in der Gemeinde Entsee 18 Gemeinrechte, zu Ohrenbach 41, zu Insingen 56, zu Klein Ansbach 11, zu Buch 12, zu Lohrbach 4, zu Brettheim 34, zu Hausen 27, zu Bettensfeld 13, zu Diebach 42, zu Gammessfeld 37, zu Oberstetten 75, zu Detwang 36, zu Hemmenhof 8, zu Reutsachsen 14, zu Finsterlohe 33, zu Leuzenbrunn 18, und zu Leuzendorf 18 Gemeinrechte ¹²⁾. Im Kanton Bern in der Dorfgemeinde Mühlsheim 16 Rechtsame, zu Rychigen aber 54 Gemeindenußen, sodann im Kanton Solothurn in dem Dorfe Schnottmühl 32 Rechtsame ¹³⁾, in der Gemeinde Dingelstädt im Eichsfeld 166 Gerechtigkeitsbesitzer ¹⁴⁾, in Meldorf im Dithmarschen 109 Meenten, in Oppau 30 Leinen u. s. w. Und ohne besondere Veranlassung, wie dieses z. B. in Michelbach in Oberhessen um die Zeit des siebenjährigen Krieges geschehen ist ¹⁵⁾, wurde auch bei ihnen die einmal bestimmte Anzahl nicht mehr weiter vermehrt. Auch durften dieselben nun, wie wir gesehen haben, veräußert und daher auch vertheilt werden. Darum findet man später auch halbe, viertels, dreiviertels, fünftels und achttels Rechtsame oder Gerechtigkeiten z. B. in den verschiedenen Theilen der Schweiz ¹⁶⁾, oder auch ganze und halbe Gebauerschaften ¹⁷⁾. Und so wie in früheren Zeiten alle Rechte und Verbindlichkeiten der Dorfmarkgenossen und die Dorfmarkgenossenschaft selbst auf dem Hause und Hofe geruht haben, so ruhten sie von nun an auf den von dem übrigen Besitzthum getrennten Antheilen an der ungetheilten Mark. Seitdem daher auch die gemeinen Marken noch getheilt oder zu Eigenthum veräußert und

11) Sternberg, I, 14—16, 20—27 und 64.

12) Bensen, Rotenburg p. 453, 454, 470, 471, 472, 476, 477, 481, 484, 485 und 486.

13) Urk. von 1675, 1722 und 1743 bei Renaud in Zeitschr. IX, 41, 42, 44 und 45.

14) Hartmann, p. 339.

15) Sternberg, I, 64. Not. 2.

16) Renaud in Zeitschr IX, 44—47. Bluntzli, II, 82.

17) Grimm, I, 461.

mit deren Erträge die Marktgenossen abgefunden worden waren, seitdem war aller marktgenossenschaftliche Verband und mit diesem auch die Grundlage der alten Dorfverfassung verschwunden.

III. Eigenthumsrechte an der Dorfmark.

§. 28.

Ursprünglich hat es nach Germanischem Recht gar kein Eigenthum, vielmehr nur eine Gewere gegeben, wie dieses bereits anderwärts angedeutet worden ist ¹⁸⁾. Allein auch nachdem sich ein wahres Eigenthum ausgebildet hatte, blieb es dennoch und zwar bis auf unsere Tage streitig, wem eigentlich das Eigenthum an der ungetheilten Mark zugestanden habe ¹⁹⁾.

Ursprünglich gehörte die ganze von einem Volksstamme in Besitz genommene Mark der Gesamtheit. Die Mark war demnach in ungetheilter Gemeinschaft des ganzen Volksstammes. Sie war Almende oder Gemeinland des gesammten Volkes, also wahres Volksland. Als daher einzelne Theile davon als kleinere Dorfmarken ausgeschieden worden waren, hatte auch die Gesamtheit der Dorfmarktgenossen an der ihr zugewiesenen Dorfmark dieselben Rechte, welche der gesammte Volksstamm an der ganzen Mark gehabt hat ²⁰⁾. Eben dieses war auch bei den grundherrlichen Dorfschaften der Fall, wenn ihnen, wie dieses fast allenthalben zu geschehen pflegte, nach dem Vorbilde der freien Marken eine ungetheilte Dorfmark zugewiesen worden war. Und im Ganzen genommen ist es auch in späteren Zeiten dabei geblieben. Welche Rechte nun aber die Dorfmarktgenossenschaft, nachdem sich ein wahres Eigenthum ausgebildet hatte, an der gemeinen Mark gehabt hat, ob wirkliches Eigenthum oder nicht, kann im Allge-

18) Meine Einleitung, p. 92, 93, 97—104.

19) Vgl. über die Ansichten Anderer, Renaud in Zeitschr. IX, 79 ff. Eichhorn, D. Pr. R. §. 168 u. 372. Reyscher, BArt. Pr. R. III, 435 f.

20) Meine Einleitung p. 93—97, 105 ff.

meinen nicht gesagt werden. Es gilt vielmehr auch hinsichtlich der Dorfmarken, was bereits von den alten großen Marken bemerkt worden ist ²¹⁾).

Die Anthelle, welche die Dorfmarktgenossen an der ungetheilten oder gemeinen Mark hatten, waren nämlich, wie wir gesehen haben, ursprünglich bloßes Zugehör des Hauses und Hofes im Dorfe, oder, wie man auch zu sagen pflegte, des Hauses und Haims oder des Hauses und der Haimat (§. 25). Dieselben Rechte nun, welche die Bauern an ihrem Bauernhofe hatten, hatten sie in der Regel, wenn nicht Verträge oder andere Bestimmungen eine Ausnahme machten ²²⁾, auch an der ungetheilten Dorfmark, indem die Anthelle an der gemeinen Mark, wie bemerkt, bloße Pertinenzien des berechtigten Bauernhofes waren. (daß der wald rechte und eigentliche und gemeine allmend sy, und daß sy als guet recht zuem walde haben als zue ihren eigenen matten, die by ihren hűßern liegen ²³⁾).

§. 29.

In den freien Dorfschaften, in welchen die Dorfmarktgenossen freie Eigenthümer ihres Hauses und Hofes gewesen sind, waren sie demnach auch freie Eigenthümer des ihnen in der gemeinen Mark zustehenden Anthelles. Die gesammte gemeine Dorfmark ist darum freies Eigenthum der Gesammtheit der Dorfmarktgenossen gewesen und dieses auch in späteren Zeiten noch geblieben, z. B. in den freien Dorfgemeinden in der Schweiz, in Baiern, im Schwarzwald, an der Saar, im Obenwalde, im Stifte Fulda, in Oberhessen u. a. m., („ist von unsren vorältern uf uns „bracht worden undts Wälb und alle gemein Welbt unsfer gemeinen zustehet“ ²⁴⁾). Ebenso an der Mosel in jenen Gemeinden, in denen die Bauern „Wasser vnd Wehd“ von dem himlischen Vater zu

21) Meine Gesch. der Markenbrf. p. 63—70.

22) Grimm I, 62.

23) Grimm, I, 399.

24) Beddersheim. Weisth. bei Koenigsthal, I, 2 p. 63. Vgl. Grimm, I, 129, 398—402. Sternberg, I, 27 u. 131. Urbacher Landr. p. 353. Bair. Landr. II, c. 1 §. 6. Thomas, I, 217, 222, 223 u. 229 ff.

„Lehen haben“²⁵⁾), indem auch in diesem Falle das Eigenthum keinem Dritten gehört hat. Die Dorfmarksgemeinde konnte daher über die gemeine Mark und über die heimgefallenen oder eingezogenen Marknutzungen frei verfügen, Holz aus der Mark verkaufen, insbesondere auch die gemeine Mark theilen oder in anderer Weise veräußern. Die ältesten und meisten Gemeinde Theilungen finden sich daher gerade in den freien Dorfgemeinden, z. B. in der Schweiz, in Oberhessen, im Schwarzwalde u. a. m.²⁶⁾).

Ob die freien Gemeinden wahres echtes Eigenthum an der gemeinen Dorfmark gehabt haben oder nicht, kann für denjenigen nicht zweifelhaft sein, der sich den Gang der Geschichte der Dorfgemeinden von ihren ersten Ansiedelungen an recht deutlich vergegenwärtiget. Ursprünglich hatten nämlich ohne alle Frage auch die Mitglieder der freien Gemeinden, wie alle anderen vollfreien Leute, echtes Eigen an ihrem Sondergute ebensowohl wie an der gemeinen Dorfmark. Denn wiewohl es nicht viele positive Zeugnisse hierüber gibt, so fehlt es doch auch nicht ganz an denselben. („das die marg der dorffer vnd mercker rechtlich eigen sy“²⁷⁾). Auch ist kein Grund zur Annahme vorhanden, daß die freien Gemeinden weniger Rechte gehabt haben, als andere vollfreie Leute. In späteren Zeiten war dieses jedoch anders. Zwar kann bei einem Erwerbe, der bis in vorhistorische Zeiten hinaufreicht, von dem Nachweise einer Investitur begreiflicher Weise keine Rede sein. Daher haben auch schon die Bauern in Uebelsbach und Rangenbach im 15. sec. dem Herrn von Geroldseck, als dieser ihnen das Eigenthum an dem Walde und an der Almende im Häßbach abstreiten wollte, erklärt, „daß der wald und almend „ihre wäre und die inngehabt, genutzt und genossen haben zu ihrem haumen und gärten nach ihren nothdurft, länger denn „zweyer mann gedächtnusse, mehr dem hundert jahre ohn menig- „lichs verhinderung und ansprach“²⁸⁾), daß der wald ihr rechte eigene „innhabende ererbte gemeinde allmend, und von ihren vordern

25) Grimm, II, 492.

26) Grimm, I, 129, 132 u. 133. 400. Sternberg, I, 27, 128, 129, 131, 132 u. 135 ff. Thomas, I, 222 ff.

27) Grimm, III, 488.

28) Grimm, I, 398.

„unz an sy als ein gemeinde allmend kommen und erwachsen se, „länger dann jemand erdenken möge“²⁹⁾. Eben so wenig kann aber aus dem Umstande, daß über das Abackern, Abgraben und Abzäunen des Gemeinlandes der Bauermeister³⁰⁾, nicht aber der öffentliche Richter zu erkennen gehabt habe, etwas hinsichtlich des echten Eigenthums gefolgert werden, indem dergleichen Streitigkeiten, wie wir sehen werden, zur Zuständigkeit der Dorfmarksbehörden bei den grundlichen Gemeinden ebensowohl wie bei den freien Gemeinden gehört haben. Nichts desto weniger bin ich jedoch im Resultate wenigstens mit Weiske³¹⁾ u. A. einverstanden, daß auch die freien Gemeinden in späteren Zeiten des echten Eigenthums entbehrt haben. Seitdem sich nämlich alle diejenigen, welche sich nicht zur Ritterschaft erheben konnten, einer Herrschaft, wenigstens einer landesherrlichen Vogtei unterwerfen mußten, und sämtliche Bauerschaften in diesem Falle waren, seitdem konnte auch bei ihnen von einem echten Eigenthum keine Rede mehr sein³²⁾. Daher erklärten auch die vorhin erwähnten Bauern in Uebelbach und Langenbach, als der Herr von Geroldssee zum Beweise seines Eigenthums anführte, „der wald wär sin, denn der „wildspann und alle herrlichkeit des waldds wäre sin, wenn er „hätte darin zue jagen und zue voglen und sust niemand“, daß sie gegen diese in der vogteilichen Herrlichkeit, d. h. im echten Eigenthum liegenden Rechte durchaus nichts zu erinnern haben, daß sie aber nichts desto weniger das Eigenthum an dem Walde selbst hergebracht haben. („sy redten ihme in seiner gnaden herrlichkeiten des waldes und wildspann nichts, dann allein umb ihr „allmend des waldes, da wäre inen kein intrag nie geschehen“³³⁾.

Nach und nach hat sich jedoch mit dem freien echten Eigenthum an dem Bauerngute auch das Eigenthum an den Dorfmarken verloren. Nur zu häufig haben es nämlich die Schutz- und Schirmherrschaften versucht, ihre Schutz- und Schirmrechte zu einem wahren Eigenthum an der Mark zu erweitern. Die vorhin erwähnten Herrn von Geroldssee haben einen solchen Versuch

29) Grimm, I, 400.

30) Sächs. Pr. III, 86 §. 1.

31) Pract. Unterr. III, 96 ff.

32) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 1 ff., 9 ff.

33) Grimm, I, 398.

schon im 15. Jahrhundert gemacht³⁴⁾. Anderwärts hat das Forstregal zu dem Eigenthum an Grund und Boden geführt, wiewohl in dem Forstbann ursprünglich weder eine Beholzungs- noch eine Weide- oder Rastberechtigung, also noch weit weniger ein Eigenthumsrecht an der Mark gelegen hat³⁵⁾. Wieder in anderen Territorien wurden die Gemeindeländereien sogar als herrenloses Gut behandelt³⁶⁾. Und zumal die Landesherren haben auf die eine oder die andere Weise, in vielen Gemeinden das Grundeigenthum an den Gemeindeländereien erworben, in denen sie es ursprünglich vielleicht nicht gehabt haben³⁷⁾. Die ursprünglich auf ungetheilter Gemeinschaft des Eigenthums beruhende Markberechtigung der Dorfmarkgenossen ward aber sodann sehr häufig zu einer bloßen Servitut³⁸⁾.

§. 30.

In den grundherrlichen Dorfschaften hatten die Grundherren auch an der gemeinen Dorfmark ein mehr oder weniger ausgedehntes Eigenthum an dem Grund und Boden (*fundus*)³⁹⁾, wenigstens ein echtes Eigenthum oder ein sogenanntes Obereigenthum. Die Bauerngemeinden aber hatten daran mehr oder weniger ausgebehnte Nutzungsrechte (*usuagia* oder *Nutzungen*^{39a)}, welche ihnen nicht entzogen werden durften, z. B. in Sandhofen, wo die Abtei Schönau Grundherr war. („so wissen sie das „wasser und weyde und vogel gewelbe der herrn von Schonawe eigen „ist, und der gemeind richlichenn almennde als ferre die market des

34) Grimm I, 397—402.

35) Struben, rechtl. Bedenken I, Nr. 51, p. 126 ff

36) Trauner, Böhmische Bauernzustände. Wien. 1847 p. 206. Vgl. Meine Einleitung p. 113, 121—122.

37) Sandersheimischer Landtagsabschied art. 15 „in S. F. G. eigenen oder „gemeinen Holzungen, darin S. F. G. der höchste Erbere seye“ Struben, l. c. IV, Nr. 109 p. 283. Vgl. Öttnner, Deutsch. Staatsrecht, §. 76.

38) Eichhorn, Rechtsg. IV, §. 548. Vgl. Dunder, Gesammttg. p. 171—172.

39) Dipl. von 1168 bei Gudenz syl. p. 25 in *foresta ad Virnheim, cuius fundus Laureashamense monasterium*. Codex Laureasham. II, 168. *terram ubi ipsa silva stare dinoscitur*. Vgl. Meine Einleitung p. 112.

39a) Urf. v. 1323 bei Westphalen, III, 1612 u. 1613.

„dorffs Sandbhoffen reichet“⁴⁰). so sollent sie recht hann zu aller „der alment und des dorffs rechten, als ob ir viel werent und „darann sollen sie die herren nit engenn ober irren „in keinen wege“⁴¹). Eben so zu Roßburg, wo das Kloster Reichenbach Grundherr war („der wald ist der vonn Reichenbach eigenn — die achtzechen hoffstetten in habenn die mögen „den wald nieffen“⁴²); zu Heidenburg, wo das Stift St. Simern Grundherr war („der arm man hatt sich zu gebrauchen „wasser, weidt, busch vnd welbt“)⁴³); in Hammerstein, wo das Erzstift Trier die Grundherrschaft hatte („man erkent v. gn. h. „wasser vnd weidte, vnd die gemeinde des mit zu gebrauchen nach „ihrer notturfst“)⁴⁴); sodann in Hege, wo dem Stifte Ebrach die Grundherrschaft gehörte („der gemeind recht. — dise beide welb „sind der stift Ebrach eigen vnd wie man die nutzen sol wirt „hernach komen“⁴⁵); in Ragaz in der Abtei Pfeffers („wayde „vnd gemaine vñld“, d. h. ungetheilte Feldmark, „waib vnd wälde „— vnd vnserm goßhus vnd closter sie zu gehörend agentlich“⁴⁶); in Schwanheim, wo die Abtei St. Jakobsberg bei Rainz rechter Grundherr war⁴⁷); zu Winnigen an der Mosel, wo die Grafen von Sponheim Grundherren waren (so wysen wir vnserm gn. Herren von Spanheim Wasser vnd Weyde die da gehoret zu dem Dorff Winyngen doch vnser Gemeynde vnuerdiplichen die der Weyden gebruchen vnd geniessen sullen⁴⁸); zu Hoffteten in Franken, wo der Domprobst von Rainz Grundherr war (die marok dem dorff vnd die eigenschaft dem thumprobst zu Meintze⁴⁹); zu Ehum auf dem Hundsrück („den gerichtsherrn wasser vnd weydt, vnd „der arm man, welcher im gericht sitzet, soll sie gebrauchen“)⁵⁰);

40) Grimm, I, 457.

41) Grimm, I, 462.

42) Grimm, I, 390.

43) Grimm, II, 320.

44) Grimm, I, 622.

45) Grimm, I, 122.

46) Grimm, I, 185.

47) Grimm, I, 521.

48) Beisthum bei Gänther, IV, 259.

49) Grimm, III, 542.

50) Grimm, II, 192.

zu Pleizenhäusen („erkennen die schöffen den gerichtsherren „wasser vnd wendt zu, denen soll der lehenmann so im gericht „geseffen desselbigen genießten vnd gebrauchen“) ⁵¹⁾ u. a. m. ⁵²⁾). In den Waldungen wurden öfters die Eichen und Buchen der Grundherrschaft, das übrige Holz aber den Bauern zuerkannt, z. B. in Chumb, („das gericht erkent den herren in den herren „wälden eichen vnd buchen, vnd erkent dem armen das gehölz, „welches weiter wächst als eichen vnd buchen) ⁵³⁾; in Pleizenhäusen („die schöffen weisen den gerichtsherren zu das gewalbt „eichen vnd buchen, vnd das vnholz dem lehnman zu“) ⁵⁴⁾ u. a. m.

Die Nutzungsrechte der grundherrlichen Dorfgemeinden beruhten ursprünglich, hin und wieder auch in späteren Zeiten noch, auf der Gnade des Grundherrn oder auf Vertrag oder auf dem Herkommen ⁵⁵⁾. In der Regel hatten jedoch die Bauern an der gemeinen Dorfmark dieselben Rechte, welche sie auch an ihren Bauernhöfen hatten, also ein Lehnrecht, wenn die Bauerngüter Erblehen waren, z. B. in Knonau und in anderen Grundherrschaften in der Schweiz. (Es sind och die gietter zo Knonow grunt vnd graut, holtz vnd feld des gotshus zo Schennis vnd der husgenossen vnd der bursami erblechen) ⁵⁶⁾, in der Wetterau ⁵⁷⁾, am Niederrhein („das vnse frauw ein lehenfrauw, ist zu Brei „sich, vnd hat die mercker belenet mit den welbenn, hoisch vnd froin „selben“) ⁵⁸⁾, in Baiern, wo eigene Weiblehen vorkommen ⁵⁹⁾ u. a. m. Anderwärts hatten die Bauern ein mehr oder weniger ausgebreitetes Erbrecht an der Mark, wenn ihnen an den Bauerngütern ein erbliches Colonatrecht zustand, z. B. in der Schweiz (dieso

51) Grimm, II, 188.

52) Grimm, I, 43 a. G., 462, III, 812.

53) Grimm, II, 193.

54) Grimm, II, 188.

55) Grimm I, 62 u. 129 Urf. v. 1471 in Mon. Boic. XXIII, 560 ff. Dunder. Gesamtteigenthum, p. 162. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 207.

56) Grimm, I, 52—53 Erblehenbrief von 1722 bei Renaud in Zeitschr. IX, 82. Not. Stettler, Rechtsg. v. Bern p. 116 u. 117.

57) Grimm, III, 745.

58) Grimm, II, 634.

59) Altes Saalbuch bei Zori, p. 37.

march gat ab dem Schiltli — vnd ist des gotzhus eigen vnd luten erbe, die in den vorgenanten hof hoerent⁶⁰⁾. Vnd ws inrent dien zñn lit, dz ist des Gotzhuses von Lucern recht Eigen vnd der Gnossen erbe⁶¹⁾, in Baiern⁶²⁾, in der Wetterau⁶³⁾ u. a. m. Desters haben die Nutzungsrechte der hörigen Bauern zwar ursprünglich auf bloßer Gnade des Grundherrn beruht, seit der Verwandlung des anfangs präkären Besizthums in Erbe ward aber auch das Nutzungsrecht ein erbliches Recht, z. B. in der Abtei Muri⁶⁴⁾.

Die gemeine Mark war demnach auch in den grundherrlichen Dörfern ein wahres Gemeindegut. („so haben wir Bärmer „alhie ein gemarke, das ist vnser gut“)“⁶⁵⁾. Die Almend war daher von dem Sondereigenthum des Grundherrn wesentlich verschieden, z. B. in Sandhofen das „Wasser, welches des dorffs Alment ist“ verschieden von dem „Weher“, der sich im „Eggenthum“ des Grundherrn befand. Denn an dem Sondereigenthum des Grundherrn hatte die Gemeinde keine Nutzungsrechte⁶⁶⁾. Desters sollte jedoch das Eigenthum an der gemeinen Mark oder Almende dem Grundherrn und der Gemeinde gemeinschaftlich (in ungetheilter Gemeinschaft) gehören. („wegen aller gehörligenn, den junckeren „und dorffschafft in gemein zustendich“)“⁶⁷⁾.

Für ihre Berechtigung in der gemeinen Dorfmark mußten die hörigen Bauern zuweilen einen kleinen Zins an die Grundherrschaft entrichten, z. B. in den zur Abtei Lindau gehörigen Dorfschaften jedes Haus eine Fastnachthenne (wer Wunn vnd Waid nussi, der solle alle Jahr dem Gottshauss ein Fassnachthennen geben)⁶⁸⁾; zu Kelchheim bei Rönigstein ein Fastnachthuhn und drei Heller (der sal geben ein fassnachthun und

60) Grimm, I, 161.

61) Hofr. von Mallers in Geschichtsfreund IV, 68. Offn. von Schwommendingen §. 2 bei Schauberg, I, 116.

62) Urf. v. 1456 in Mon. B. XVIII, 487.

63) Grimm, I, 521. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe III, 207 u. 208.

64) Grimm, I, 62—63. Bluntschli, I, 254—225.

65) Grimm, III, 16.

66) Grimm, I, 461.

67) Grimm, III, 77.

68) Dess. des Pfälzsch Gerichts bei Heider p. 805.

dri hellere, und darumb nutzet he wasser und weyde, und verzinset sie auch damidde ⁶⁹⁾; zu Kirburg ein Weibhuhn (wa ein man gebrucht sich wasser und weide, der sal geven den hern ein weidthoen ⁷⁰⁾; in Dürkheim ein Holzhuhn (Die selben drew wald, wasser und weide hant die von Dorkheim von gnaden des heiligen creutzes. Davon gibt ides hus ein holzhon, als von alter herkomen ist das do rauch heldt) ⁷¹⁾; in Wiedikon eine Abgabe in Früchten (Item lit ein allmend ze krewelsfurt wenn die jn nutz lag, dauon gab die gebursamy minem heren ein müt kernen) ⁷²⁾, zu Winningen an der Mosel eine Weinbede (vnserm gnedigen Herren zu geben von der obgen. Weyden vnd Wasser eyne gnedige Winebede nach Gewase des Jars ⁷³⁾, zu Ursing in Batern eine Abgabe in Gelb ⁷⁴⁾; zu Laubert auf dem Hundsrück 18 gehaute simmern habern ⁷⁵⁾; zu Bruchweiler eine Abgabe in Gelb und ein Fastnachtshuhn ⁷⁶⁾, zu Harbt Steuern (quavis utens aqua vel pascuis solvere debeat precarias sive exactiones ⁷⁷⁾; in Bamberg einen Gelbzins ⁷⁸⁾; anderwärts andere Dienste. („Wir weissen wasser vnd weydt, weg vndt stäg der gemein zue, „auf daß sie gn. h. besto daß dienen können ⁷⁹⁾).

Nichts desto weniger hatte auch die Gesamtheit der hbrigen Dorfmarkgenossen ein Verfügungsrecht über die gemeine Dorfmark, z. B. in Sandhofen (das die armenn leut mit ir almennden mogen thon noch irem besten nutz, ir werent lutzel oder vill, wie sie thewcht das inen am aller bequemlichsten were. Daran sollent sie die herren von Schon-

69) Grimm, I, 564.

70) Grimm, I, 643.

71) Grimm, I, 787. Meine Gesch. der Markenverf. p. 68.

72) Offen. von Wiedikon S. 10 bei Schauberg, I, 15.

73) Weisthum bei Günther, IV, 259.

74) Urf. von 1456 in Mon. B. XVIII, 487.

75) Grimm, II, 201.

76) Grimm, II, 138.

77) Grimm, II, 672. Vgl. noch p. 677 u. 680.

78) Verzeichniß der Einkünfte von 1348 bei von Sinz, geöffn. Archive von 1823, S. VI, 178.

79) Grimm, II, 154. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 30 u. 31.

awo (d. h. die Grundherren) wedder engen noch irren⁸⁰). Nur bei Verfügungen über die Substanz der Dorfmark mußten auch noch die Grundherren selbst beigezogen werden. (wie man die almende wölte zo vast vberhusen vnd han das inen abgeschlagen, das die von Roggwil furbasserhin nit söllent lassen die hofstett vff der almende buwen, dene mit gunst wissen vnd willen vnsers gotzhus vnd nieman nut zo verliichen weder in holtz vnd in veld⁸¹). „Die nachbarn zu Erlebach. sollen kein gemein verkaufen versetzen oder verlieren ohn irer gnaden oder deroßelben erben wissen⁸²). Was zu ver-
 „teuffin wer von alman, das sal geschehen mit wissen vnd willen
 „eyns apts vnd eyns fauts, und was der gemeynde davon ge-
 „fellet, das sal man in genwortikeit eyns apts vnd eyns fauts
 „aber irer ampt luden mit den heymburgern berechnen, vnd in
 „gemeyn nuß der gemeynde Sweynheim wenden vnd keren“⁸³).

Allein einseitig ohne Zuziehung der Gemeinde (der „armen Lude der Gemeynde“) durften auch die Grundherren nicht über die Dorfmark verfügen, z. B. keinen Weideplatz („Wasen“) in eine Wiese verwandeln oder gar den Wasen an eine fremde Gemeinde veräußern⁸⁴); ohne Wissen und Willen der Dorfmärker die gemeine Mark nicht verkaufen oder auf andere Weise veräußern. („darumb so sollent die herren die mark nit vergiftigen noch ver-
 „eußern an merker wissen und willen oder verkaufen“⁸⁵). Eben so wenig durften die Grundherren ohne Zustimmung der Gemeinde Holz hauen und aus der Dorfmark ausführen lassen u. s. w. („eyn apt mit der gemeynde semptlich hait macht zu erleubin buw-
 „holz zu hawwen vnd vß der marken zu furen, vnd ir keyner
 „ane den andern; was aber daruber gehawwen vnd vß der mar-
 „ken gefurt worde, das sal man virbussen“⁸⁶). „Es soll nie-

80) Grimm, I, 462.

81) Grimm, I, 178. Vgl. noch p. 672 u. 674.

82) Grimm, I, 567.

83) Grimm, I, 524. Vgl. noch Meine Gesch. der Frohnhöfe, III, 208 ff. Stettler, Rechtsgesch. von Bern, p. 117.

84) Urk. von 1431 bei Gudcn, V, 384.

85) Grimm, I, 575. Vgl. noch Urk. von 1259 bei Günther, II, 295.

86) Grimm, I, 522.

„mand kein holz führen vß den obgenannten hölzern, die gen
 „Zell gehören, er wölle das dann daselbsten zu Zell verbuen, es
 „sey dann mit wissen wort vnd laube der obgenannten vnser herr-
 „schafft, ihres gewalts, vnd ihr armen lüte zu Zell“⁸⁷⁾.

§. 31.

Was von den grundherrlichen Dorfmarken gilt auch von je-
 nen vogteilichen Ortschaften, deren Vogtei- oder Gerichtsherrschaft nach und nach in eine Grundherrschaft übergegangen war. Dem Gerichtsherrn wurde das Eigenthum an der gemeinen Dorfmark sammt Wasser und Weide, Wegen und Stegen u. s. w. zugeschrieben, den gerichtshörigen Leuten aber gegen die Entrichtung eines Zinses der Gebrauch und die Benutzung zugestanden, z. B. zu Steinbach auf dem Hundsrück („der scheffen erkennet dem gerichtsherrn wasser vnd waidt, wege
 „und stege, welches doch der arme man in diesem gericht wohnendt
 „gebrauchen soll wie von alters —. — erkennet auch der scheffen
 „in diesem gericht dem gerichtsherrn 15 lehen und von denselbigen
 „15 lehen jährlich 15 malter habern auf dem baum abgeschlagen“⁸⁸⁾). Eben so in Chumb („das gericht erkent vor gut den gerichtsherr-
 „ren wasser vnd weydt, vnd der arm man, welcher im gericht
 „sitzt, soll sie gebrauchen, — die gerichtsherrn sollen ihn den
 „armen man beschirmen vnd beschützen, daß er ihnen möge ihren
 „zins geben vnd ihnen fürter dienen“⁸⁹⁾), in Pleizenhausen u. a. m. („zum dritten erkennen die schöfften den gerichtsherrn wasser vnd
 „weydt zu, denen soll der lehenmann so im gericht geseßen dessel-
 „bigen genießen vnd gebrauchen, daß er dem gerichtsherrn ihre
 „haber vnd zins geben könne“⁹⁰⁾). Und außer dem so eben erwähnten Zins mußten die berechtigten Dorfmarkgenossen auch noch für das aus den Waldungen empfangene Bauholz ein sogenanntes Stammrecht entrichten (dessen soll der hausman zu stammrecht geben den herren von jedem stam holtz zweon pfening)⁹¹⁾.

87) Grimm, III, 574. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 217.

88) Grimm, II, 202.

89) Grimm, II, 192.

90) Grimm, II, 188.

91) Grimm, II, 188.

§. 32.

Auch bei den gemischten Dorfschaften endlich hatten sämtliche Dorfmarkgenossen Nutzungsrechte in der gemeinen Dorfmark gleichviel welche Rechte ihnen an dem Grund und Boden zustanden. In dem Dorfe Trittenheim z. B., in welchem außer dem Erzstifte Trier auch noch die Abteien Prüm und St. Mathias und die Herren von Manderscheid ansäßig waren, gehörte der Grund und Boden der gemeinen Dorfmark nebst Wasser und Weide, Wegen und Stegen u. s. w. dem Erzstifte Trier und den Herrn von Manderscheid, sämtliche Dorfmarkgenossen hatten aber daran sehr ausgedehnte Nutzungsrechte (das die inwoner des dorffs jerlich wasser vnd weide, dartzu viltzen, leyen vnd weldt, wildt vnd zam binnen diesem bezirkh ⁹²). Ebenso in dem Dorfe Clüsserath, wo außer dem Erzstifte Trier noch einige andere Grundherrschaften ansäßig waren (wir erkennen der gemeinde vndt inwohnern dieses dorffs Clussert wasser vnd weyde, viltz, ley, willt vnd zam den fisch vff dem sand, dass wildt vff dem lande, was der arm man des krieges kan in nutz vndt notturfft seiner nahrung ⁹³). In dem Dorfe Aristau im Aargau, wo freie Bauern, deren „Güter ledig und eigen“, neben den Colonen des Klosters Muri, deren Güter „Erbe des Klosters“ waren, und sehr wahrscheinlich auch noch Colonen der Herren von Heideck ansäßig waren, gehörte die Almende der aus allen diesen Colonen bestehenden Dorfgemeinde (die Almeind, die an holtz vnd veld gemeinlich höret zu den gütern des Dorfes zu Arnstow, in dem Kirchspiel ze Mure gelegen ⁹⁴). In Dürkheim, wo die Gemeinde außer den hörigen Hinterlassen der Abtei Limburg auch aus Priestern und Edelleuten bestand, gehörte zwar das Eigenthum der ganzen gemeinen Mark der Abtei Limburg (So gend die gemeinde uss, und undersprechent sich, und wissent ein apt zu Limburg ein obersten hern zu Dorkheim von des heiligen crutzes wegen über walt, wasser und weide), in-

92) Grimm, II, 324 Not. vgl. mit p. 322.

93) Grimm, II, 321. Bärtsch, der Moselstrom, p. 237 ff.

94) Urk. von 1383 bei Kurz und Weissenbach, Beitr. zur Gesch. des Kantons Aargau, I, 150. Vgl. noch Urk. von 1351, eod. p. 138 mit p. 150.

dem auch die Priester und Edelleute daselbst hübige, d. h. von dem Hubhufe abhängige Güter besaßen. (wer da hübig gut hat in dem vorg. huphof, er si pfaf, edelman oder lei). Allein die Nutzung des Waldes und Wassers und der Weide gehörte der Gemeinde. (Uf sant Martins abent sollent die ganz gemeinde, priester, edel und alle andere sesshaftig zu Dürkheim bi ein ander sin, die da wald, wasser und weide gebruchent ⁹⁵). Auch in den Königsbüchern Bockenheim, Griesheim u. a. m. in der Wetterau gehörte das Eigenthum an Wasser und Weide, also das Eigenthum an der gemeinen Mark dem König („daz wazzer und weide des koneges si“). Die in der Dorfmark angefessenen freien und hörigen Hubner und Landsiedel (die „eygen oder erbe oder lehen“ in der Dorfmark besaßen) hatten jedoch die mit ihrem Bauerngute verbundene Marknutzung („unser marke, die da ist eines ielichen guobis“ ⁹⁶). Im Dorfe Kaltensondheim in Franken, in welchem mehrere Grundherren, sogenannte Lehenherren, ansäßig waren, hatten sämtliche Colonen den Genuß von Holz, Wasser und Weide. („Wir teylen „holtz vnd felt den nachgebauren im Dorf, wonne und weyde, „wasszer vnd wag, als mit die mark ist““ ⁹⁷). Auch hatte die Gesamtheit der freien und hörigen Dorfmarkgenossen (universitas vilanorum.) — „Die gemeynde“ —, über die Almende zu verfügen, z. B. zu Bebingen, wo die hörigen Hinterlassen der Klöster Albenmünster, Eussersthal und Einsheim die Gemeinde bildeten ⁹⁸). Zu Griesheim in der Wetterau, wo die aus den freien und hörigen Hubnern und Landsiedeln bestehende Gemeinde über die Gemeinemark („heimgerebe“) und über die Marknutzung zu verfügen, die Feldschützen zu ernennen, die Bußen („eynungen“) zu setzen hatte ⁹⁹). Eben so zu Dürkheim,

95) Grimm, I, 786 und 787. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 75—78.

96) Beschwerbeschrift der Gemeinde Griesheim aus dem 13. Jahrhundert von Dr. Roth und Dr. Euler, p. 9. Weisthum von 1303, §. 1 bei Grimm, III, 483.

97) Grimm, III, 580.

98) Dipl. von 1303 bei Würdtwein, monast. Palat. III, 279—280.

99) Beschwerbeschrift der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrh. p. 9.

wo die Marktgemeinde aus Edelleuten, Priestern und aus der übrigen Gemeinde bestanden hat ¹⁾. Nur bei Verfügungen über die Substanz der Sache mußten natürlich auch bei solchen gemischten Dorfgemeinden die hörigen Colonen ihren Grundherrschaften beiziehen oder dessen Zustimmung einholen, z. B. Behrungen in Hildburghausen. (hat einer einen herrn oder junkern, so mag er ihn darzu fordern) ²⁾, zu Kaltensondheim (wer vmb erblich gut oder anfelle clagen will — sal seinen lehenherren oder sein scheinberlichen potes geinwertig haben ³⁾), zu Bodenheim in der Wetterau sollten Gemeinbewaltungen „ane der lehenherren „laube“ nicht gerodet werden ⁴⁾, in Schongau und Altenstadt in Baiern (die strittende Tail mit mer aller und etlicher Mitinteressierten Grundherrschaften guetem Vorwissen und Willen guetlich verglichen) ⁵⁾, zu Kirchborch im Stifte Paderborn u. a. m. ⁶⁾ Auch mußten die Grundherren ihre Hinterlassen gegen Anmassungen und Beeinträchtigungen schützen und schirmen, nöthigenfalls auch bei Gericht vertreten. Dies geschah am Ende des 13. Jahrhunderts in Bodenheim in der Wetterau als daselbst vier Herren von Breungesheim sich verschiedene herrschaftliche Rechte außerhalb ihres Dinghofes anmaßten. Die Beschwerden der Lehenherren und ihrer Landstände kamen vor das Königsgericht beim Bornheimer Berge. Und das Resultat war die schriftliche Abfassung des berühmten Weisthums über die Grafschaft zum Bornheimer Berg vom Jahre 1303 ⁷⁾.

§. 33.

Dieses war das alte Recht. Nach und nach hat sich jedoch auch in dieser Beziehung gar Vieles geändert. Seitdem nämlich

1) Meine Gesch. der Markenverf. p. 298

2) Grimm, III, 895.

3) Grimm, III, 580.

4) Urk. bei Thomas, Oberhof, p. 583.

5) Vertrag von 1585 bei Lohr p. 415.

6) Weisthum bei Wigand, Provinzialr. von Paderborn, III, 8.

7) Urkunde bei Thomas, der Oberhof zu Frankfurt, p. 581 ff. Grimm, III, 481 ff.

die grundherrlichen Gemeinden anfangen die auf der Almende lastenden Abgaben abzulösen und loszukaufen⁸⁾, oder gar das Eigenthum der Almende selbst zu erwerben⁹⁾, seitdem ferner die Bauernhöfe mehr und mehr aus der Feldgemeinschaft ausgeschieden worden sind, und über sie allein ohne die Marknutzung oder umgekehrt über die Anthelle an der gemeinen Mark ohne das dazu gehörige Bauerngut verfügt zu werden pflegte, seitdem hat es auch grundherrliche Dorfgemeinden mit freien gemeinen Dorfmarken, und freie Gemeinden mit grundherrlichen gemeinen Dorfmarken gegeben. So besaßen z. B. die von Mure, welche hörige Colonen des Frauenmünsters in Zürich waren, eine Holzmark als freies Eigen. (dass da ein holtz gelegen sy, heist Guldinen, das ist gemeines dorffs zu Mure, rich und armen gelich, dasselb holtz ist der von Mure frey ledig eygen¹⁰⁾). Eben so die zwölf Hoffstätten Besitzer zu Thalweil, welche Hörige des Klosters Muri waren¹¹⁾. Auch die hörige Gemeinde Schnottwyl im Kanton Solothurn hatte eine freie Almende¹²⁾ u. s. w. In anderen Dorfgemeinden dagegen blieb das Obereigenthum an der gemeinen Dorfmark auch dann noch dem ehemaligen Grundherrn, z. B. in Schwommenbingen der Probstei zum Grossmünster in Zürich, nachdem die Bauern schon längst das Eigenthum an ihrem ehemaligen Bauernlehen oder Erbe erworben hatten. Die Gemeinde Schwommenbingen hatte es nämlich versäumt, das Eigenthum an der gemeinen Mark geltend zu machen. Daher war es möglich, daß das Obereigenthum an der gemeinen Mark von Schwommenbingen im Jahre 1813 an eine fremde Gemeinde, an die Gemeinde Niesen, verkauft werden konnte¹³⁾.

Noch verwickelter wurden aber diese Dorfmark Verhältnisse, seitdem viele hörige, oder auch freie und gemischte Dorfgemeinden in den herrschaftlichen Waldungen bloße Holz- oder Wei-

8) Offn. von Wiedikon, §. 10 bei Schauberg, I, 15.

9) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 209. ff.

10) Grimm, I, 43.

11) Grimm, I, 62.

12) Urk. von 1450 bei Renaud in Zeitschr. IX, 17 Not. 47.

13) Schauberg I, Zeitschr. I, 124.

deberechtigungen erworben hatten, welche natürlicher Weise von den Marknutzungen in den Gemeindevaltungen wesentlich verschieden sind, und seitdem auch das Privateigenthum noch in den gemeinen Dorfmarken Fortschritte gemacht hatte. So gibt es z. B. im Dithmarschen freie Gemeinden, welche den Grund und Boden der gemeinen Mark als Eigenthum besitzen, während die Bäume, die sogenannte Holzbläthe in Privateigenthum übergegangen, der Gemeinde selbst aber, also der Eigenthümerin, nur noch eine Weibegerechtigkeit, die sogenannte Maulscheere, übrig geblieben ist ¹⁴⁾.

Nichts desto weniger dürfte auch heute noch als Regel der Grundsatz festzuhalten sein, daß die Dorfgemeinden an der gemeinen Mark dieselben Rechte, wie die einzelnen Dorfmarkgenossen an ihren Bauerngütern haben, daß also auch die Marknutzungen dem Lehenbände unterliegen, wenn die Bauerngüter selbst Bauernlehen sind ¹⁵⁾. Auch folgt aus der Pertinenzeigenschaft der Marknutzungen, daß, wenn die Bauern an ihrem Bauernhofe und daher auch an der gemeinen Mark nur Erbe, Lehen oder Ruhezigenthum hatten, das getheilte Eigenthum aber in neueren Zeiten aufgehoben und zu Gunsten der Ruhezigenthümer consolidirt worden ist, den Bauern, oder vielmehr der Bauerngemeinde, sodann im Zweifel auch in der gemeinen Mark das volle Eigenthum zusteht.

IV. Dorfmarkgenossenschaft.

§. 34.

Die Dorfmarken sind, wie wir gesehen haben, im Kleinen dasselbe gewesen, was die alten großen Marken im Großen. Daher waren auch die Dorfgemeinden im Kleinen, was die alten Markgenossenschaften im Großen gewesen sind. Sie waren

14) Michelsen in Zeitschr. VII, 107.

15) So auch Seeger in Zeitschr. VII, 165 ff. u. 174—178.

auf den Umfang einer Dorfmarkt beschränkte Marktgenossenschaften mit allen Rechten und Verbindlichkeiten einer jeden andern Marktgenossenschaft. Sie waren daher auch, wie jede andere germanische Genossenschaft, von der Römischen Universitas und societas wesentlich verschieden.

Ursprünglich bis ins 17. oder 18., hie und da sogar bis ins 19. Jahrhundert, bildete nämlich die Dorfmarktgenossenschaft keine moralische oder juristische Person, wie dieses bekanntlich bei der Römischen universitas der Fall war. Denn es standen die einzelnen Genossen, jeder Genosse mit besonderen Rechten, neben der Genossenschaft, ohne von der Genossenschaft selbst absorbiert zu werden. Während demnach die Dorfmarktgenossen, bei Verfügungen über das Ganze z. B. bei Anordnungen über den Holzschlag, über die Erndte oder Weinlese, über den Viehtrieb u. s. w. sich, wie bei der Römischen Universitas, den Beschlüssen der Gesamtheit unterwerfen mußten, hatten die einzelnen Genossen doch auch wieder Nutzungsrechte an dem Vermögen der Genossenschaft, welche sie zwar nach den Anordnungen der Gesamtheit, jedoch ganz selbständig, Kraft eigenen Rechtes an einer in ungetheilter Gemeinschaft befindlichen Sache, und nicht bloß als dritte Berechtigte an einer ihnen fremden Sache ausüben durften. Die Dorfmarktgenossen durften daher über ihre Nutzungsrechte an der gemeinen Markt, wie wir gesehen, ganz frei verfügen. Sie konnten auch, wenn sie gegen die Anordnungen der Gesamtheit handelten, einen Frevel an der gemeinen Markt begehen. Ein Diebstahl eines Genossen an der gemeinen Markt war aber nicht möglich, weil ein Diebstahl nur an fremdem Eigenthum begangen werden kann, die gemeine Markt aber für die Genossen der ungetheilten Gemeinschaft keine fremde Sache war. In dem Landbuche von Glarus wird dieses Verhältniß der einzelnen Dorfmarktgenossen zur Gesamtheit (zur Dorfmarktgemeinde) sehr richtig dargestellt, indem es verfügt, daß der Tagwensgenosse (der Dorfmarktgenosse) in den Tagwenswäldungen (in den Gemeinbewäldungen) zwar einen Frevel, nicht aber einen Diebstahl, einen solchen vielmehr nur in fremden nicht Gemeinbewäldungen begehen könne ¹⁶⁾.

16) Landb. §. 187. „Und zwar wenn er aus dem Tagwenswäldern

Eben so verschieden wie von der Römischen universitas war aber die Dorfmarkgenossenschaft auch von der societas. Während nämlich die Römische Societas aus einzelnen Personen mit ideellen Theilen ohne alle juristische Einheit bestanden hat, bildete die Gesamtheit der Dorfmarkgenossen eine Einheit und zwar ein juristisches Subject, welchem das ausschließliche Verfügungsrecht über die gemeine Mark zustand. Weshalb denn auch der einzelne Genosse nicht berechtigt war, die Theilung der Mark zu verlangen, sich vielmehr in dieser wie in jeder anderen Beziehung den Beschlüssen der Gesamtheit oder der Mehrheit unterwerfen mußte. Die ungetheilte Dorfmark, so wie das Gemeindevermögen überhaupt, gehörte demnach der Gesamtheit der Dorfmarkgenossen oder der Dorfmarkgemeinde. Sowohl Urkunden als Rechtsbücher und Weisthümer sprechen sich klar und deutlich in diesem Sinne aus, z. B. eine Schenkungsurkunde von 1173. (*Silua nobis erat, — et in hac silua nullus nostrum priuatum habebat aliquid, sed communiter pertinebat ad omnes ville nostre incolae* ¹⁷⁾). Das Weisthum von Oberursel (das die marg der dorffor vnd mercker rechtlich eigen sy ¹⁸⁾), die Öffnung von Dietlieden (der gmeinden wissen) ¹⁹⁾, der Sachsenspiegel (siner gebure gemone) ²⁰⁾. Das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs c. 137 und 140. (daz man ainen anchlagt er hiet ains dorffs gemain eingevangen. — Hiet ieman ains dorffs gemain inne. Ähnlich das Kaiserrecht II, 56 und 73. Eben so die alten Dorfgemeinden in Böhmen ²¹⁾). Die Beschwerden der Bauern während des Bauernkrieges (zu geaygnet wysen, dergleichen ecker, die dann einer gemeyn zugehörent ²²⁾). Daher hatte auch die Gesamtheit der Genossen darüber zu verfügen, die ge-

„da er tagwensgenössig ist, gestrevelt hat, oder Frevler und wenn „er in Wäldern außert seinem Tagwen gestrevelt hat, als „Dieb.“ Vgl. Meine Gesch. der Markenverf. p. 77.

17) Bodmann, I, 453.

18) Grimm, III, 488.

19) Art. 18 bei Schauberg, I, 113.

20) Sächs. Fr. III, 86 §. 1.

21) Brauner, Böhmisches Bauernzustände p. 202.

22) Art. 10 bei Benjen p. 519. Deßgle p. 253.

meine Mark zu verkaufen, zu vertheilen oder auf sonstige Weise zu veräußern. Denn die einzelnen Genossen hatten daran wohl Nutzungsrechte, über welche sie verfügen konnten. Allein über die Substanz der Sache selbst durften die Einzelnen nicht verfügen. (alle die guetter, die wir verkoufft hant vsser diesem hof, die gemeinmerch waren — Dis sint disu gueter, die wir verkoufft hant (nun werden sie aufgezählt) — das unser gemeinmerch was ²³). Weydenaw das hoffguth ist der gemeinen burgerschaft zum Hirschhorn verkauft worden ²⁴). Als wir dann vm mer schutz vnd schirm das holtz uff dem hof Tätnow zerteilt — nachdem wisen, aeker vnd holtz vff dem Tätnow geteilt ²⁵). Cum universitas de Koverna (die Gemeinde Covern) fundum cujusdam silue ad suam marchiam primitus attinentem nobili viro-contulisset ²⁶). Daher pflegten in den Steuer-, Lager- und Hypothekenbüchern die Almenben und Gemeinländereien auf den Namen der betreffenden Gemeinde, nicht aber auf den Namen der berechtigten Gemeinbeglieder eingetragen und dabei immer nur die Berechtigung der Einzelnen bemerkt zu werden, z. B. in Hessen, im Obenwalb, in Württemberg u. a. m. ²⁷)

Welche Rechte nun aber die einzelnen Genossen und die Gesamtheit der Genossen an der gemeinen Mark gehabt haben, kann, wie wir gesehen haben, im Allgemeinen nicht gesagt werden. Man kann daher auch nicht in allen Fällen von einem Gesamteigenthum reden, wie dieses insgemein zu geschehen pflegt. Die Rechte der Einzelnen und daher auch der Gesamtheit der Genossen waren vielmehr sehr verschieden, je nach den Rechten, welche die Bauern

23) Grimm, I, 165.

24) Grimm, I, 445.

25) Grimm, I, 132 u. 133.

26) Dipl. von 1230 bei Günther, II, 166. Vgl. noch Dipl. von 1163 bei Günther, I, 377—379. Dipl. von 1303 bei Würdtwein, monast. Palat., III, 279—280. Dipl. von 1279 und 1290 bei Würdtwein, nova subs. XII, 218 u. 261. Dipl. von 1231 bei Gudon, III, 1102. Urk. von 1235 u. 1258 bei Rone, I, 410 u. 411.

27) Sternberg, I, 6. Hessische Grebenordn. §. 46 Nr. 1. Erbacher Landr. p. 352—354 Seege in Zeitschr. VIII, 165 ff.

an ihren Bauerngütern gehabt haben. Es hatte zwar an der gemeinen Markt immer eine ungetheilte Gemeinschaft statt. Das dieser Gemeinschaft zu Grund liegende Recht war aber nicht immer ein Eigenthum, also auch nicht immer ein Gesamteigenthum. Es war vielmehr je nach Verschiedenheit der Fälle bald ein Gesamtnutzeigenthum, bald ein Gesamt-Lehenrecht oder ein Gesamt erbliches Colonatrecht u. s. w., ein Gesamteigenthum also nur dann, wenn die Bauern selbst ein Eigenthumsrecht an ihren Bauerngütern hatten²⁸⁾.

§. 35.

Die Grundlage der Dorfmarktgenossenschaft war nämlich, wie bei den großen Marken, eine Marktgemeinschaft²⁹⁾. In den alten freien Dorfmarken, welchen sodann auch die grundherrlichen Dorfmarken nachgebildet worden sind, pflegte nämlich jeder Familienvater bei der ersten Ansiedelung ein gleich großes Ackerloos entweder auf eine Reihe von Jahren, oder auf eine unbestimmte Zeit, ursprünglich jedoch nur zur Benutzung zu erhalten. Denn das Recht selbst an dem Grund und Boden, je nach Verschiedenheit der Fälle, also entweder das Gesamteigenthum, oder das Gesamtnutzeigenthum oder das erbliche Colonatrecht u. s. w. blieb nach wie vor der Gesamtheit der Genossen, in Ansehung der ungetheilten Feld- und Waldmark eben sowohl wie hinsichtlich der getheilten. In vielen Dorfmarken am Rhein, auf dem Hundsrück u. a. m. pflegte die Verloosung von Zeit zu Zeit, hin und wieder sogar bis auf unsere Tage, wiederholt zu werden. Und dann konnte sich ohnedies kein Sondereigenthum an dem vertheilten Ackerland bilden. Das Gesamt-Eigenthum u. s. w. an der getheilten wie an der ungetheilten Dorfmark blieb demnach fortwährend der Gesamtheit der Genossenschaft selbst. Meistentheils

28) Vgl. hierüber oben §. 28., dann Beseler, Erbverträge I, 73—88 Blumthal, I, 80—82. Renaud in Zeitschr. für D. R. IX, 80 u. 81. Weiske, praktische Untersuchungen, III, p. 105. ff. Eichhorn, D. Pr. R. §. 168. Wypf, die schweizerischen Landgemeinden in Zeitschrift für schweizer. Recht I, p. 47—51.

29) Meine Gesch. der Markenverf. p. 73—78.

wurde jedoch diese Verloosung nicht wiederholt. Und dann ging das getheilte Ackerland nach und nach in den Sonderbesitz der einzelnen Genossen, also in Sondereigenthum, Sonderlehen, Sondererbe u. s. w. über. Es trat demnach aus der Markgemeinschaft heraus und die Gemeinschaft blieb nur noch für die ungetheilte Mark übrig. Dieses war aber nicht bloß bei den freien Marken der Fall, sondern auch bei den grundherrlichen und bei den gemischten, im nördlichen Deutschland eben sowohl wie im südlichen. Denn in ganz Deutschland war die Markgemeinschaft die Grundlage der Dorfverfassung. Die Dorfgemeinde war demnach eine Dorfmarkgenossenschaft. Daher hat das Dorfbürgerrecht in der allerengsten Verbindung mit dem Rechte auf die Almende gestanden, und mit dem Einen wurde auch das Andere gewonnen und ebenso auch wieder verloren, wie dieses auch klar und deutlich zumal aus den Einzugsbriefen hervorgeht ³⁰⁾.

§. 36.

Bei freien Dorfgemeinden versteht sich dieses im Grunde von selbst. Denn die alte Verfassung hat sich bei ihnen ganz in derselben Weise wie bei den großen Marken erhalten. Der Grund aber, warum man in späteren Zeiten so wenig Fälle mehr findet, liegt in der Seltenheit der ganz freien Dorfschaften selbst, indem mit den vollfreien Bauern natürlicher Weise auch die freien Dorfmarkgenossenschaften verschwunden sind. Indessen fehlt es doch auch nicht an Beispielen dieser Art, wenigstens nicht an Beispielen von freien bloß einer Vogtei unterworfenen Dorfschaften. In der Vogtei Wetter z. B. beruhte die Dorfmarkgenossenschaft auf ungetheilter Gemeinschaft der gemeinen Mark (*quicunque extraneus — vult habere communionem, que vulgariter Almeinde dicitur, dabit advocato XX den. leves, et communitati XX denar. leves*) ³¹⁾. Eben so in Melborf u. a. m. ³²⁾. Die freien

30) Urk. von 1517, 1526, 1601, 1634 u. 1670 bei Bluntschli, II, 63—66.

31) Weisthum von 1239 bei Wend, II, 167.

32) Urtheil von 1624. im *Corpus statut.* Holsat. III, 1391 u. 1392.
„Die ungetheilte Lendereyen vff 300 Morgen sich erstreckend —
„auß der Maße vnnnd Theilung in *communione* billig zu lassen.“

Bauerschaften waren demnach nichts anderes als freie Markgenossenschaften. Wie andere Markgenossen hießen daher auch die Dorfmarkgenossen Erffexen, z. B. in den freien Bauernschaften Altmeyen und Brual in Westphalen (de erffexen to Oldemeyen und sombtliche Erffexen to Bruale)³³⁾. Die Dorfmarkgenossenschaft selbst nannte man die erb- und eingeseffene Bauerschaft (eingessene Bauerschaft)³⁴⁾. In der freien Bauerschaft Bengerte in der Grafschaft Bingen nannte man die Dorfmarkgenossen abwechselnd die gemeinen Buiren, die gemeinen Ingesessen oder die gemeinen Erboxen. Die von dem Holzmarkgerichte (Holtgericht und Holting) verschiedene Dorfmarkversammlung nannte man aber die Bauersprache (Buirspracke und Buirsprach). Und in dieser Bauersprache wurden die Angelegenheiten der Dorfmark verhandelt, während das Holting ausschließlich für die Angelegenheiten der Holzmark bestimmt war³⁵⁾. Endlich scheint auch die Ganerbschaft zu Polch ursprünglich nichts anderes als eine freie Dorfmarkgenossenschaft gewesen zu sein.

§. 37.

Der Bezirk von Polch scheint nämlich ursprünglich eine freie Mark oder eine freie Bauerschaft gebildet zu haben. Das alte Dorf (villa) war zu gleicher Zeit ein Kirchspiel (parochia). Die vollberechtigten Genossen hießen Erben (heredes) und Kirchspiellente (parochiales), und sie waren in späteren Zeiten Ritter (milites). Der Vorstand der Bauerschaft hieß Zentner (centurio) und in dem Gemeindehause (theatrum villae, später das Spielhaus oder gemeine Haus genannt) wurden die Versammlungen der Erben gehalten³⁶⁾. Diese ritterliche Markgenossenschaft hat frühe schon einzelne Theile ihrer Mark, z. B. im Jahre 1274 ein nicht unbedeutendes Rodland aus der Markgemeinschaft ausgeschieden, was mittelst Abmarkung durch Grenz bäume, wie wir diese heute noch in den Bairischen Alpen sehen, zu geschehen pflegte.

33) Urk. von 1444, 1452 u. 1566 bei Diepenbrock, Gesch. des Amtes Meyen, p. 675, 676 u. 686.

34) Urk. von. 1573 bei Diepenbrock, p. 688.

35) Zwei Protokolle von 1586 bei Piper, Mark R. p. 199 u. 200.

36) Dipl. von 1274 bei Gudenus, II, 958—961.

(eodem novali totaliter incluso, secundum quod per arbores limitarias est signatum)³⁷⁾. In gleicher Weise scheinen in früheren und späteren Zeiten noch andere Theile ausgeschieden und darauf sodann von der Grundherrschaft neue Dörfer angelegt worden zu sein, z. B. von den Herren von Cobern (domini de Covernna) die Dörfer Cobern und Polch. Auch diese grundherrlichen Dörfer erhielten wieder ihre eigene Mark ausgeschieden. Das Eigenthum an diesen ausgeschiedenen Dorfmarken blieb, wie anderwärts auch, dem Grundherrschaft, also den Herren von Cobern und, seitdem die Grundherrschaft an das Erzstift Trier übergegangen war, der Herrschaft von Trier. Die Grundherrschaft wurden daher oberste Märker genannt (weissen die erben m. gn. herrn zu einem obersten marcker in den erlenwelden)³⁸⁾. Die hörigen Dorfnachbarn hatten aber, wie in anderen grundherrlichen Dorfmarken, den Gebrauch von Wasser, Weide und Holz (sullont die nachpuren von Polch sich wasser, weide vnd welde gebruchen als von ald herkommen ist)³⁹⁾. Da die hörigen Bauern ein erbliches Colonatrecht erhalten hatten, nannte man sie ebenfalls Erben und das Hofgericht ein Erbgeding oder Erbeneding⁴⁰⁾.

Aller übrige aus jener ritterlichen Mark nicht ausgeschiedene Grundbesitz blieb in ungetheilter Gemeinschaft der adeligen Erben. Und daraus ist sodann die Ganerbschaft zu Polch mit dem Ritterding oder Dingtage zu Polch hervorgegangen, welcher in dem ehemaligen Trierischen Amte Münstermaifeld bis zur französischen Besitznahme fortgebauert hat.

Ein nicht uninteressantes ungedrucktes Geding-Protokoll vom 29. Juni 1563 lautet wie folgt:

„In meins offenen Notarien und dero glaubwürdigen Zeugen hernach benent Gegenwärtigkeit persönlich erschienen ist, zu Polch, unter dem Spielhaus oder gemeinen Haus, als das Geding der Edelen Erben alda besessen gewesen, der edeln und ervingte Junter Anthoni Walbbott Her zu Bassenhelm und hat daselbst mit claren hellen und wol verständig Worten den

37) Guden, II, 959, vgl. noch p. 960.

38) Grimm, II, 472.

39) Grimm, II, 471.

40) Grimm, II, 470—472. Vgl. noch Bärtsch, der Moselstrom, p. 506 ff.

besten Edelen und Ervesten Edelen Erben zu Polch, so alda zu
 Gebingh saßen, nemlichen die beste und Edele Jorgh Her zu Elz, Ampt-
 man zu Wunster Meinselbt, Christoph Her zu Elz, Emerich von Dieß
 zu Diebelich wohnhafft, Jorgh von Monreal, Emont von Wilpergh
 Her zu Wendel, Jghen Walpott Her zu Olbruf und Königstein,
 Cunradt von Kettig Geprudere, Lubolff von Entschinngh und Hannß
 Belin von Wilpergh vurgetragen und eroffnen: Nachdem seine
 Erveste verneme, daß sich zuweillen ettlliche Wißell und Unbehel-
 auß der Edelen Erben Insazungh halb zugetragen und noch
 zur Zeit auch kein Scheinbuch ober Behalte, darin die Namen
 der edelen Erben zu Polch, so ingesetzt seien, eingeschrieben
 werden, vorhanden, also die Wißel sich derohalb erheben und die-
 weil die Menschen alle sterblich, auch der Menschen Gedechtnuß
 vergeßlich, solcher und anderen mehr ehrhaften ursachen halb habe
 sein erveste für gutt und rathsam angesehen und geachtet, damit
 seiner erveste Nachkomlich nicht ettwan an Beweis umb seiner er-
 vest Insazungh und habenden Beisitz eines Edelen erben zu
 Polch mangel und Zweifel haben, haben seine erveste sie die Ede-
 len erben alda gefragt, ob jnen als Edelen erben nicht indentlich
 und wolbewußt, daß seine Erveste alhir zu Polch, wie ein anderer
 Edeler erb vur ettlchen jaren ingesetzt seye, zu Gebingh mit ge-
 essen und siße, darfür erkennth und gehalten sei worden, und
 würde, und deren Groß mit empfangen und zu empfangen und zu
 genießen berechtiget. Und obe er nit jezo zur Zeit jr der Edelen
 erben erwtelter Pflögmeister seie und von jenen allen dafür
 gehalten werde. Uff solches gethanes vurtragen und beschene Fragh
 haben sich die Edelen und Erveste hieoben benannten Edelen
 erben samptlich ein gar kurztes bedacht, und durch den
 Edelen und besten Jorgen Herrn zu Elz Amptman zu Wunster
 Meinselbt in jrer aller name und beysein beantwort. Sie alle
 sampt und ein jber besunder von jnen, erckenten sein Erveste
 vur einen Edeln ingesetzten erben zu Polch, daran auch
 Niemandts zweifelte. Es weren auch ettlliche unter jnen alhie zu-
 gegen sampt noch anderen Edelen erben mehr, so jho abwesenbt,
 die bey seiner Ervesten Insazungh gewesen, welcher auch seithero
 wie ein anderer Edeler erb mit jnen zu gebingh gessen seie
 und noch jho siße, und wie ein anderer Edeler erb mit ge-
 nossen und zu genießen berechtiget seie. Auch wer sein

Erveste und alle andere Abwesende Edeln erben hielten und solches weren sie nit allein geneigt (als die Wahrheit so jedermann zu bekennen gepurt), sond auch schuldig zu bekennen vur iermenniglich. Solche Antwort und beschehene Bekannthnuß hatt sein Erveste von dem besten und Edelen erben zu Polch mit dank angenommen. Darum zum zierlichsten und herlichsten vur einen Notario und glaubwürdig Gezeugen hernachg. protestirt, und seiner Ervesten darüber eins oder mehr in bester Form offene und glaubwürdige Instrumente offzurichten und zu verfertigen gepetten 2c.“

Die ungetheilte Gemeinschaft umfaßte in den letzten Zeiten den Wald Hochpöchten, das Forsthaus sammt dem dazu gehörigen Mansfelder Hofe, den Büßfelder Hof, den Höchster Hof, den Gieroldsrother Hof und die Zerwas Mühle. Und die Ganerben waren die Grafen von Waldbott-Bassenheim, von Boos-Walbeck, von Meternich, von Kesselstadt, von Hohensfeld und von Elz und der Baron von Elz-Rübenach. Bei dem Einmarsch der Franzosen in den 1790er Jahren wurden die zu dem Dingtage von Polch gehörigen Güter, wie andere adelige Güter, durch ein *arrêté* des französischen Gouvernements vom ventose des Jahres XII, unter Sequester gelegt und erst in neueren Zeiten unter der Deutschen Herrschaft wieder freigegeben⁴¹⁾.

§. 38.

Auch bei grundherrlichen Dorfschaften beruhte die Dorfverfassung auf ungetheilter Gemeinschaft der gemeinen Dorfmark, z. B. im Dorfe Sandhofen, wo die Abtei Schönaue der Grundherr war („auch alle die theil wolent hann an der gemeinschaft, „ste seint seßhaft oder daromen“⁴²⁾, *ratione habitationis et communionis, quod dicitur Almeina*)⁴³⁾; in Ammergau, wo die Abtei Ettal die Grundherrschaft hatte („was wissenliche gemein ist an Wismad, Holz und andern Sachen, dabey soll „die Paurschaft auch beleiben“⁴⁴⁾); in den grundherrlichen

41) Aus einem bei den Akten der gräflich Waldbott Bassenheimischen Vormundtschaft liegenden Berichte vom 12. December 1838.

42) Grimm, I, 461 u. p. 462 der — und nit gemeinschaft hat.

43) Dipl. von 1227 bei Gudenus, syl. p. 151.

44) Spruchbrief von 1405 bei Zori p. 98.

Dörfern des Grafen von Dale in Westphalen (*quamdiu durat communitas, que vulgariter dicitur Marka, pertinens ad curiam Stochem*)⁴⁵); zu Erpel, in welchem Dorf das Domstift zu Köln die Grundherrschaft hatte (*communione nemoris*)⁴⁶); in Effersthal, wo das Grundeigenthum dem Kloster gehört hat, der Holz- und Weidegenuß aber in ungetheilter Gemeinschaft (*communio*) der Bauern (*rustici*) und des Klosters war⁴⁷); in Schwommendingen, wo das Stift zum Großmünster in Zürich Grundherr war, sollten die „Hölzer, Weyden und Wiesen un-
„verliehen und zu den Hueben nit beschriben und un-
„vertheilt seyn“⁴⁸); in dem alten Dorfe Gernbach im Fürstenthum Nassau, in welchem die Herrn Voigt von Elspe Grundherrn waren. Die Feldmark jenes alten Dorfes kam späterhin an das Dorf Frickhofen. Die ungetheilte Feldgemeinschaft dauerte aber unter den Bauern auch dann noch fort, nachdem im Jahre 1695 die Grundherrschaft selbst abgefunden worden war⁴⁹). Jene Abfindung bezog sich jedoch bloß auf die Feldmark. Denn die Markwalbungen und Weiden in der Gernbacher Mark blieben nach wie vor in ungetheilter Gemeinschaft der Grundherrn und der Bauern⁵⁰).

Die grundherrlichen Dorfschaften waren daher ebenfalls Dorfmarkgenossenschaften. Und wie andere Marktgenossen, so nannte man auch die grundherrlichen Dorfmarkgenossen Märker oder Untermärker, die Grundherrn selbst aber Obermärker oder Märkerherrschaft, z. B. in der erwähnten Gernbacher Dorfmark⁵¹). In dem Dorfe Sasbach in der Ortenau, wo das Bisthum Straßburg Grundherr war, nannte man die Bauern Markleute (*Marglüt*), den Grundherrn aber den Margherren und das Dorfmarkrecht ein „Margrecht“⁵²). In dem Dorfe Peters-

45) Dipl. von 1188 bei Rinblinger III, 1 p. 89.

46) Dipl. v. 1203 bei Günther, II, 78.

47) Dipl. v. 1296 bei Würdtwein, nov. subs. XII, 267—270.

48) Offn. von Schwommendingen §. 7 u. 11 bei Schauberg, I, 117 u. 118.

49) Gramer, Nebenst. 115, p. 323, 324 u. 351 u. 354.

50) Gramer p. 324, 351 u. 352.

51) Gramer, 115 p. 348 ff.

52) Grimm, I, 412 u. 414.

lahr, wo die Herren von Hsenburg Grundherrschaften waren, hießen die Bauern „arme Udermarkler“, der Grundherr selbst aber der „höchste Markler“⁵³⁾. In dem Dorfe Grenzhausen, in welchem die Grundherrschaft ebenfalls den Herren von Hsenburg gehört hat, nannte man die Dorfnachbarn „Mitmarkler“ und den Grundherrn den „höchsten und obersten Markler“⁵⁴⁾. In den Gemeindegewaldungen der Abtei Weissenburg (*silve communes et almeinde*) war der Abt zu gleicher Zeit Grundherr und Marklermeister (*abbas sit super his magister et dominus*)⁵⁵⁾. In den gemeinen Holzungen des Fürstenthums Calenberg nannte man den Landesherrn als Grundherrn einen höchsten Erberen⁵⁶⁾. In dem Dorfe Berisborn in der Abtei Brüm nannte man den Grundherrn der Dorfmark einen „oberst Efferß“⁵⁷⁾, d. h. einen obersten Erfer oder Erberen. Eben so in den Dörfern Gondenbret und Selrich in der Abtei Brüm einen „Efferßman, Einfarßman“ oder einen „obersten Einfalzman“⁵⁸⁾. In denjenigen Dörfern, in welchen die gemeine Mark nur noch aus Waldungen bestand, in welchen demnach die gemeine Dorfmark eine Waldmark war, nannte man die Huber Waldgenossen, z. B. im Elßaß⁵⁹⁾ oder auch Walbleute, z. B. in der Schweiz u. a. m.⁶⁰⁾ oder Holzgenossen (*Holtzgenozze siue consiliani*) z. B. in den Gemeindegewaldungen bei Hochstaden, in welchen die Holzgrafschaft (Holzgrafschaft) den Grafen von Kessel und in späteren Zeiten dem Erzstifte Köln gehört hat⁶¹⁾.

§. 39.

Eben so bildete endlich auch bei den gemischten Dorfschaften die Gemeinschaft in Wasser und Weide u. s. w. (*communio*

53) Grimm, III, 747.

54) Weisthum §. 2 u. 6 bei Koenigsthal, I, 2 p. 42 u. 43. Grimm, III, 745.

55) Grimm, I, 765.

56) Sandersheimisch. Landtagsabschied art. 15.

57) Grimm, II, 527.

58) Grimm, II, 539 u. 547.

59) Grimm, I, 675 u. 676.

60) Grimm, I, 153 §. 9, 156 §. 19.

61) Dipl. von 1271 u. 1275 bei Günther, II, 372 u. 411.

in aquis et pascuis) die Grundlage der Dorfgenossenschaft, z. B. in vielen Dörfern der Abtei Brün, wo die Dorfgenossen theils Höf-
rige (mansionarii), theils Schuttpflichtige (scararii), theils freie
neben einer Grund- noch Schutzherrschaft unterworfenen Leute
(haistaldi) waren. (Sciendum est, quod omnes homines, vil-
las et terminos nostros inhabitantes — non solum mansiona-
rii, verum et scararii, id est ministeriales, et haistaldi, id est,
qui non tenent a curia haereditatem, quia communionem
habent in pascuis et aquis nostris^{61a}). Hastaldi vocan-
tur manentes in villa, non tamen habentes haereditatem de
curia, nisi areas tantum, et communionem in aquis et
pascuis)⁶²). Eben so im Dorfe Bebingen in der Pfalz, wo
die Klöster Albenmünster, Eussersthal und Einsheim die Grund-
herrschaft hatten (Almeindam — in communem usum ipsis
deputaverunt, in qua tamen Almainda Abbas et conventus
communionem cum ipsis rusticis rite habebunt)⁶³). In
Kleinheubach, wo die Herren von Rineck mit der Vogtei auch
einige Höfe hatten und ihre Hinterlassen in Markgemeinschaft mit
den freien Bauern leben sollten. („haben Sie Leuth uff den Hö-
fen, es seyen Hofleuth oder Knecht, so sollen sie Gebaumer schafft
„mit den Nachbarn halten“)⁶⁴). Ferner im Dorfe Kirchborn
im Stifte Paderborn, wo die Genossenschaft aus den Erbgenossen
(erffgenoten) oder den Gutsherrn (gudheren und gutheren)
und aus ihren Colonen, welche öfters Meier insgemein aber
Bauern (buren und burmanne) genannt wurden, dann aus dem
Abte von Abbinghofen als dem obersten Erbgenossen und Lehnherren
(de de ouerate un meste erffgenote unde lenhere is) bestanden
hat (do bleuen under uns allen unuerdelt de gemeyne bussehe
de unser allen scholden wesen)⁶⁵). Eben so in Niederweis in der
Eifel, wo außer dem Vogteiherrn noch drei andere Grundherrschaften

61a) Registr. Prum. Nr. 1 bei Hontheim I, 664. Weper, Urth. I, 145.
Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 433 ff. u. 476.

62) Caesarius §. 1 zu Nr. 25 p. 671. Vgl. noch Caesarius bei Hont-
heim p. 672 u. 673.

63) Dipl. von 1303 bei Würdtwein, monast. Palat. III, 279.

64) Weisthum bei Hohlhausen, Abthl. über die Mark bei Miltenberg, II, 2.

65) Weisthum bei Wigand, Provinzialr. von Paderborn III, 7. Vgl. noch
p. 8—10.

waren, und über dem Jenner, d. h. über dem von der Gemeinde gewählten Dorfmarktvorsteher noch der Dorfjunker und Vogteiherr („fogther des hobs“) „als ein Oberzenner diß dorffs“, also als Obermärker der Dorfmarkt gestanden hat⁶⁶⁾. Sodann in Straßheim, wo drei verschiedene Grundherrschaften ansässig waren⁶⁷⁾, in den Dörfern Peitingau, Schongau und Altenstadt in Baiern, in denen sich ebenfalls drei verschiedene Grundherrschaften vorfanden⁶⁸⁾, im Dorfe Aristau im Aargau, wo die freien und die hörigen Colonen des Klosters Muri und wahrscheinlich auch die Hörigen der Herrn von Heideck in ungetheilter Marktgenossenschaft gelebt haben⁶⁹⁾ u. a. m.

Die gemischten Dorfschaften sind demnach ebenfalls Dorfmarktgenossenschaften gewesen. Die Dorfmarktgenossen waren bei ihnen je nach Verschiedenheit der Fälle entweder die in der Dorfmarkt angesessenen freien und hörigen Bauern oder, wo es keine freie Bauern gab, die hörigen Hinterlassen der verschiedenen in dem Dorfe begüterten Grund- und Vogteiherrn, während die Grund- und Vogteiherrn selbst in den gemischten wie in den grundherrlichen Dorfmarkten die obersten Erbgenossen, oder die obersten Märker, oder Oberzenner, und in so fern selbst mit in der Gemeinschaft gewesen sind.

§. 40.

Auch in jenen Feldmarken übrigens, in welchen das getheilte Ackerland Sondereigen oder Sondererbe geworden und als solches aus der Feldgemeinschaft ausgeschieden war, haben sich noch lange Zeit, zum Theile sogar bis auf unsere Tage, Spuren der ehemaligen Gemeinschaft erhalten, nicht bloß in dem gegenseitigen Weiberechte auf den Feldern während der Brache, sondern auch in der Aufeinanderfolge der Saaten, in der Abwechselung der Bau- und Ruhejahre, hinsichtlich der Einzäunung der Felder und der geschlossenen und für die Weide offenen Zeit, sodann in

66) Grimm, II, 570. vgl. unten §. 160.

67) Grimm, I, 455 u. 456.

68) Urk. von 1553, 1557 u. 1585 bei Lori, p. 328 ff., 347 ff. u. 4 5f.

69) Urk. von 1351 u. 1383 bei Kurz, u. Weissenbach, Aargau I, 138 u. 150.

Ansehung des Pflügens, Säens und Erndtens u. s. w., indem sich dabei Einer nach dem Anderen und nach den gemeinschaftlichen Verabredungen, nach den Gemeindebeschlüssen und nach dem Herkommen richteten und ein jeder dem Anderen helfen mußte (§. 16). Auch durfte deshalb kein Acker in eine Wiese verwandelt oder eine sonstige Veränderung mit den vertheilten Feldern, Wiesen oder Wäldungen zum Nachtheile der Gemeinweide vorgenommen werden. (Als wir dann den hof Tätnow vnder uns geteylt, sond acker, wisen vnd holz vnderendert beliben, wie es das loß yedem gäben hat, vnd damit vnnsere weidgang nüt mercklich geschwecht werde, so sol keiner vsserhalb den zelgen kein riet wäder in holz noch feld inschlachen vnd zu wisen machen; so es aber einer inn zelgen inschluge oder vß äkeren wisen machte &c.)⁷⁰⁾ Aus demselben Grunde sollten diejenigen Felder, welche man nicht vorschriftsmäßig behandelt oder sogar unangebaut liegen gelassen hatte, wieder Almend oder gemeine Mark werden, die zum Anbau angewiesenen Almendacker aber nach wie vor Almend bleiben (§. 22). Und auch über die aus der Gemeinmark ausgeschiedenen Güter behielt die Dorfgemeinde sehr bedeutende Verfügungsrechte. (wer Gemeinmaerck inne het in dem hof ze Meggen, wenn ein vogt vnd die gnossen vber ein koment, daz er daz sül laussen liegen, daz er kein recht dar zuo me haben sol)⁷¹⁾. Selbst die freie Jagd und Fischerei und der freie Bienenfang ist nur eine Folge der früheren Feld- und Waldgenossenschaft (§. 114—117 ff.) Auch nannte man wegen dieser in früheren Zeiten hinsichtlich der getheilten Feldmark bestandenen Feldgenossenschaft die Dorfmarkgenossen auch in späteren Zeiten noch Furchgenossen oder Forchgenossen⁷²⁾, sobann Vorgenaten, von Genaten, Genoten, Genossen z. B. im Herzogthum Bremen⁷³⁾, oder auch Fuhrgenossen z. B. in Köln⁷⁴⁾ und Fürgenossen im Habeler Landrecht⁷⁵⁾.

70) Grimm, I, 133. Vgl. noch p. 132.

71) Grimm, I, 165. Hofrecht zu Meggen im Geschichtsb. VI, 74.

72) Grimm, III, 580. Halkaus p. 550.

73) Bremisch-niedersächf. Wörterb. I, 440 u. 441.

74) Glaser, Schreinspraxis, p. 71.

75) Th. II, tit. 6 u. 11 bei Pusendorf. obs. I, p. 16 u. 19.

Die Gemeindeverfassung hat demnach ursprünglich, großentheils bis ins 18. Jahrh., hin und wieder sogar bis auf unsere Tage auf Markgenossenschaft beruht. Die Dorfverfassung ist daher eine Dorfmarkverfassung gewesen.

§. 41.

Von der ungetheilten Markgenossenschaft, in welcher die Dorfmarkgenossen mit einander gestanden haben, wurde die Genossenschaft selbst eine Gemeinde, Gemeinde, Gemeinschaft, Gemeinheit, commune, communia, communio oder communitas genannt. In Baiern eine Gemark, Gemeindte, Dorffgemain, gemaine Dorffschaft⁷⁶⁾, communitas (habitatores vici — ad communitatem ipsorum, quod teutonice dicitur Gemeinde pertinere)⁷⁷⁾, oder auch die Menig oder Menige, d. h. Menge, wie die Thalgemeinde im Schwarzwald und in der Schweiz eine Thalmenge (Thalmengh) oder Gemeinde Menge genannt worden ist⁷⁸⁾, daher Dorfmenig, Dorfmening, gemaine Dorfmenig, Pfarrmenig, Pfarrmening, Kirchmenig, Kirchmaning⁷⁹⁾. Aber auch anderwärts, z. B. in der Pfalz, in Hessen, Thüringen, im Elsaß, in der Wetterau u. a. m. communitas⁸⁰⁾, communitas ville⁸¹⁾, Gemeynn⁸²⁾ die Gemeinde des Dorffs⁸³⁾, die Gemeinde oder Gemeinde⁸⁴⁾, commu-

76) Lori, p. 328, 329, 347 u. 348.

77) Dipl. von 1179 bei Ried, I, 250.

78) Grimm, I, 400 u. 402.

79) Krenner, V, 344, 332. Lori, p. 311, 372, 407 u. 408. Schmeller, II, 581.

80) Dipl. v. 1290 bei Wüldtwein, nova subsid. XII, 261. Weisthum bei Benf, II, 167.

81) Dipl. v. 1126 bei Schoepflin I, 205. tertia pars silvae ad communitatem ipsius villae pertinentis. Grimm, III, 617.

82) Grimm, III, 624.

83) Grimm, I, 721.

84) Urf. v. 1323 bei Boehmer, Frankf. Urf. I, 472.

nie (*communio hominum* in Keverndal)⁸⁵), *commune* und *communis*⁸⁶).

Die Dorfmarkgenossenschaft war nämlich, wie bereits bemerkt worden ist, keine juristische Person, also keine Korporation oder Gemeinheit im Sinne des Römischen Rechts. Sie war und hieß vielmehr nur darum eine Gemeinde oder Gemeindegemeinschaft, weil die ungetheilte Mark selbst noch gemein, eine Gemeinde, Gemeindegemeinschaft, *commune* oder *communio* war. (§. 21.) Daher wurde jeder neue Ansiedler (wo einer in diese gemeind zöge), nachdem er der Gemeind das Einzugsgeß (den inzug) bezahlt hatte, förmlich in die Gemeindegemeinschaft aufgenommen und wegen dieser Gemeindegemeinschaft ein Gemeindegemeinsman genannt z. B. in der Pfalz u. a. m. (wo einer in diese gemeind zöge vnd 3 tag sewer vnd flamm hinder einem steckenzaun helt, so soll er vnaerm gn. herrn. 10 d. vnd gemeind X. hlr. zum inzug geben, diser gemeindegemeinschaft hoch vnd nider sitzen als ein anderer gemeindegemeinsman⁸⁷). Auch alle die theil wollent hann an der gemeindegemeinschaft, sie seint sesshaft oder darkomen, die sollent es fordern uff sanct Gorgen tag⁸⁸). Die Dorfgemeindegemeinschaft selbst wurde deshalb zuweilen eine Gemeindegemeinschaft genannt, z. B. in Baiern (baid Gemeindegemeinschaften der Dörfer Bayrmenichen und Haustetten⁸⁹), so dann in Tirol („Ez sol auch ain Dorfmaister Holz pürgen setzen „mit der gemaindegemeinschaft rat — Ez sol auch chain Dorfmaister „chain schergen setzen an der Huber vnd der gemaindegemeinschaft „wille vnd wort“)⁹⁰), ferner im Odenwalde, wo Gemeindegemeinschaft, Gemeinde und Nachbarschaft abwechselnd gebraucht wird⁹¹). Und auch in späteren Zeiten nannte man noch einen Gemeindegemeinsman oder Gemeindegemeinsmann, sodann einen Gemeindegemeinsgenossen oder rechten Gemeindegemeinsgenossen nur denjenigen, der in die

85) Dipl. von 1236 bei Guden, syl. p. 188.

86) Du Cange ed. Henschel v. *Commune* II, 482 ff.

87) Grimm, I, 781—782.

88) Grimm, I, 461. Vgl. noch p. 462. der — nit gemeindegemeinschaft hat. Weisthum von Dadenheim in Anhang Nr. 1.

89) Urk. von 1543 bei Zori, p. 311.

90) Dorfrecht von Partschus in Zeitschrift für Tirol u. Vorarlberg, III, 142 u. 143. Tyroler Landtsordnung B. 4, tit. 4.

91) Landrecht von Erbach, p. 122, 123 u. 124.

Gemeinschaft aufgenommen und dadurch Gemeinbebürger geworden war, z. B. in Oberhessen, im Eichsfeld, in der Pfalz, in der Schweiz u. a. m.⁹²⁾). Da nun in den Kantonen Schwiz und Uri das Gemeinland dem ganzen Lande gehört hat, eine Landes Almend gewesen ist, die einzelnen Dörfer also keine ausgeschiedenen Dorfmarken hatten, so waren und hießen die Dörfer auch nicht Dorfgemeinden, vielmehr Kirchgänge⁹³⁾, d. h. Kirchspiele, und das alte Dorf Schwiz selbst wurde ursprünglich Kirchgasse genannt.

Man nannte zwar die Dorfgemeinde auch eine *universitas* z. B. in der Pfalz, im Erzstift Köln, im Rheingau, in Thüringen, in Schwaben u. a. m. eine *universitas villanorum*⁹⁴⁾, eine *universitas incolarum*⁹⁵⁾ oder eine *universitas villae* u. s. w.⁹⁶⁾, oder auch das gesammte Volk (dem gantzen gemeynen volk der dorffer⁹⁷⁾. *universum populum de Erpelle*⁹⁸⁾, Dorfmenig u. s. w. Allein auch dieses nicht im Sinne einer Römischen *universitas*, vielmehr um die Gesamtheit der Dorfmarktgenossen damit zu bezeichnen. Daher bedeutet *universitas villanorum* nichts Anderes als eine Bauerschaft.

§. 42.

Die Gesamtheit der in Marktgemeinschaft lebenden Bauern eines Dorfes nannte man nämlich sehr häufig auch Bauerschaft oder Gebäuerschaft von dem alten *giburo*, *giburo*,

92) Sternberg, I, 7, 24, 25 u. 26. Hartmann, Provinzialr. des Eichsfelds p. 334 u. 335. Grimm, I, 459. vgl. mit 461. Urf. von 1601 u. 1670 bei Bluntzli, II, 65 u. 66.

93) Landbuch von Schwiz, p. 184. Landbuch von Uri, Art. 335 §. 3 u. 5.

94) Dipl. v. 1279 bei Würdtwein, nova subsid. XII, 218. Dipl. von 1303 bei Würdtwein, monast. Palat. III, 279—280.

95) Dipl. v. 1203 bei Günther II, 78.

96) Dipl. v. 1289 und 1290 bei Würdtwein nov. subsid. XII, 250 f. u. 261. Urf. von 1279 bei Bodmann I, 441. Grimm, III, 617. Urf. von 1327 bei Guden, III, 258. Urf. von 1251 bei Rone, I, 410.

97) Urf. von 1440 in M. B. XXV, 39.

98) Dipl. von 1203 bei Günther II, 78.

gipuro, gibur oder gebur⁹⁹⁾). In Baiern z. B. Paurtschaft oder noch häufiger Gepaurtschaft oder Gebauerschaft¹⁾); in Schwaben abwechselnd Gemainde, Geburschafte oder Gepurschafft²⁾), im Schwarzwald, in der Ortenau u. a. m. Burschafft³⁾), im Elß Geburschafft⁴⁾), in der Dreisamgegend zwischen dem Schwarzwalde und dem Rhein Gebursami⁵⁾), am Niederrhein Gebauerschaft oder Gebuirschaft⁶⁾), in Westphalen, Sachsen u. a. m. Bauerschaft, Burschop, Burscap, Burscop u. s. w.⁷⁾), zuweilen auch die gemeyne Bawr z. B. in Westphalen⁸⁾), im Dithmarschen aber bald Burschopp, bald Burlag⁹⁾) und in Schleswig Bauerlag, Bondelaug oder Grandelaug¹⁰⁾), in der Schweiz abwechselnd Gemeinde und Bursame, Bauerame oder Gebursame (Bursami und Gebursami) d. h. die Gesamtheit der Bauern¹¹⁾), in Oberhasli im Berner Oberlande aber Bäuerten¹²⁾). Die Mitglieder einer Bauerschaft nannte man, wie wir sehen werden, zum Unterschiede von den Selbnern und Beisassen, insgemein Bauern oder gemeine Bauern oder auch in späteren Zeiten noch Gebure¹³⁾) und Gebauern¹⁴⁾),

99) Graff, III, 19. Schmeller, I, 139. Auch angl. gebür in L. Inae c. 6. u. Rectitudines, c. 4 bei Schmid p. 374.

1) Leri, p. 98, 110 u. 372. Krenner, Edt. vñl. VIII, 392.

2) Grimm, III, 643, 645 u. 646. Entscheid von 1258 bei Rone, I, 411.

3) Grimm, I, 399 f. u. 417 ff.

4) Grimm, I, 690.

5) Grimm, I, 824.

6) Glafen, Schreinspraxis, p. 60 u. 61.

7) Sächs. Er. III, 86 §. 2. Gerichtsverzeichnis der Grafschaft Mark u. a. m. bei Sommer, I, 2. p. 3 ff. 14 u. 51. Bristhum bei Wigand, Provinzialr. v. Paderborn III, 6, 8 u. 9. Wendthagensche Bauernrechte bei Spangenberg. Beitr. zum L. R. des Mit. p. 199.

8) Bauersprache von Herbille bei Sommer p. 16 u. 17.

9) Reocorus, II, 266.

10) Wimpfen, Gesch. von Schleswig p. 43.

11) Grimm, I, 35, 36, 53, 54, 56, 74, 76 §. 10, 20, 21 u. 33. u. p. 182. Achtung von Lübbendorf §. 31 bei Schauberg, I, 104.

12) Wyß in Zeitschr. für Schweiz. R. I, 74.

13) Sächs. Er. III, 86. Grimm, I, 332. 333. 823.

14) Protokoll von 1493 bei Krenner, Edt. hbl. XI, 849.

noch häufiger aber Nachbauern (Nachgeburen) ¹⁵⁾ oder Genossen und in Frankreich coonsorts ohne weiteren Beisatz ¹⁶⁾ oder auch, da sie ein Haus besitzen mußten, Hausgenossen z. B. in der Schweiz, in Baiern u. a. m. ¹⁷⁾. In dem letzten Falle nannte man sodann die Bauerschaft auch eine Hausgenossenschaft z. B. in Westphalen ¹⁸⁾. Die nicht Genossen wurden nicht selten Fremde oder Ausländer genannt („Fürnossen und „Fremde“ ¹⁹⁾. „Hausgenossen oder Bslender“) ²⁰⁾.

§. 43.

Dasselbe was Bauerschaft oder Gebauerschaft ist auch Nachbauerschaft und Nachbarschaft.

Nachbauerschaft und Nachpaurerschaft kommt sehr häufig vor in Baiern, Schwaben u. a. m. ²¹⁾. Die Dorfmarkgenossen heißen sodann Nachbauern (Nachbauren oder Nachbawren ²²⁾, Nachgepawern ²³⁾, Nachpuren ²⁴⁾, Nachgeburen ²⁵⁾ u. f. w.

Aus Nachbauerschaft ist Nachbarschaft entstanden, so wie aus nahkipuro, nakibur, Nackebur, Nackgebur, nâbar, Nachbauer, Nachbar, vicinus ²⁶⁾. Nachbarschaften heißen die

15) Grimm, I, 78 §. 37.

16) Grimm, I, 56 f. Offn. von Knonau §. 13. u. Offn. von Schwommendingen §. 14 bei Schauberg, I, 77 u. 119. Cont. de Bayonne, Art. 5, 48, 49 u. 50.

17) Grimm, I, 53, 74 u. 78. III, 673

18) Hausgenossengerichtigkeit von 1569 bei Wigand, Archiv, V, 389

19) Fabeler Landr Th II, Tit. 11.

20) Grimm, I, 74.

21) Urk. von 1456 bei Mon. Boic. XVII, 487. „Die nachpaurerschaft „des Dorfs zu Brfing.“ Heider p. 506. Nachpaurerschaft.“ Hiltens p. 1336. „Nachbauerschaft“

22) Grimm, I, 779, 781 782.

23) Rechtsb. Kaiser Ludwigs c. 140 u. 142.

24) Grimm, II, 471.

25) Grimm, I, 78 §. 37.

26) Grass, III, 20. Schmeller, I, 139, II, 689. Derselbe, glossar. Saxon. p. 81. Grasshof, orig. Muhlhus. p. 234. — sine nakibure hozin wanne wi alle nakibure hozin di in dârri stad sin. Grimm, I, 522. Was nackgebür zu Sweynheim buwen wil. vgl. p. 521 u. 523.

Bauerschaften sehr häufig in Baiern, im Stifte Fulda, in Westphalen, Sachsen u. a. m.²⁷⁾, oder auch die gemeine Nachbarschaft z. B. in Baiern, Hessen u. a. m.²⁸⁾. In Frankreich nannte man die Nachbarschaft *voisiné, voisinage, vesine, visnet*, oder auch wie in England *visnetum*²⁹⁾, die Dorf- und Stadtbürger also *voisins* oder *vicini*³⁰⁾. Und wie in Deutschland waren und hießen alle nicht Bürger Fremde (*estrangers*)³¹⁾.

Bauerschaft, Gebauerschaft, Nachbauerschaft, Nachbarschaft, *voisiné* und Bürgerschaft sind demnach nur verschiedene Benennungen einer und derselben Genossenschaft, eben so wie auch die Worte Bauer, *villanus*, Bur, Gebur, Nachbur, Nabur, Nachbar, *vicinus*, *civis* und Bürger als ganz gleichbedeutend gebraucht worden sind³²⁾.

§. 44.

In Friesland wurden die Bauerschaften und Nachbarschaften auch Klüfte und Kleften genannt³³⁾, hie und da, z. B. in Drenthe, auch Cluchten³⁴⁾, in Westphalen aber zuweilen

27) Urk. v. 1490 bei Krenner, *Abhl.* XII, 291. Urk. v. 1553 bei Lori p. 328. Steinen, I, 1056. Naberschop Thomas, I, 218. Haltungs, p. 1386.

28) Lori p. 311. Urk. von 1552 bei Gramer, *Rebenst.* III, 162.

29) *Charta Henrici Regis* von 1155, c. 16 bei Brussel, *examen des siefs*, II p. IV per sacramentum proborum et legalium hominum de visneto. Meine Einleitung, p. 69 u. 70.

30) *Cont. de St. Sever*, tit. 1, art. 4 u. 5. Tit. 10, art. 8 u. 9. *les voisins ou habitans de la ville*.

Bayonne, tit. 5, art. 39 u. 43—46. *voisin de la cité*. Tit. 22, art. 2, u. tit. 26, art. 12. *voisins et habitans de la dite cité*. *Charta* von 1207, 1209 u. 1368 c. 5 bei *Ordon. du L. V*, 159. *vicini sui de communia*.

31) *Cont. de St. Sever*, tit. 1. art. 6 u. 18, tit. 9. Bayonne, tit. 5, art. 43—46, tit. 30, art. 2 u. 3.

32) Richthofen, *gloss. v. bur*, p. 674. Schmeller, *glossar. Saxon.* p. 16 u. 81. Graff, III, 19 u. 20.

33) Richthofen, v. Klefte p. 873 *Barba*, *Einlfr. der Dorfmannen* p. 14, 15 u. 100.

34) Richthofen, p. 529. §. 43.

Kluchten, von welchen sich in Coesfeld auch in späteren Zeiten noch Spuren erhalten haben ³⁵). Mit diesen Kluchten oder Nachbarschaften hängen wohl auch die Kluchtengerichte in Westphalen zusammen ³⁶). Denn Kluhte oder Klute heißt eine Erbscholle ³⁷). Die Kluchtengerichte waren demnach Bauerngerichte und die unter denselben stehenden Kluthen, Bryenkluthen, bryen Rydskluthen nichts anderes als freie Reichsbauern. Daher wurden sie auch freie Reichsleute (brye Riche Lüde) und ihre Güter freie Reichsgüter (brye Richegubere) genannt ³⁸).

§. 45.

Eine weitere Benennung der Bauerschaften war Hundschafft Hondschafft, Honnschafft und Huntari oder Huntare und Hundere.

Der Name Huntari ist in früheren Zeiten zumal in Alemannien äußerst verbreitet gewesen, wie dieses aus vielen Urkunden bei Neugart entnommen werden kann. Es wird zwar unter Huntari in der Regel ein Gau, Untergau oder eine Cent verstanden werden müssen ³⁹). Da jedoch die kriegerischen Abtheilungen, die Hundertschaften, sich öfters in einer einzigen Dorfmark niedergelassen haben, so erhielten auch die Dorfmarken und die Bauerschaften selbst diesen Namen. Dahin rechne ich z. B. die Mark Munthariheschuntari (in pago Arbonense — infra maroha illa, qui vocatur Munthariheschuntari ⁴⁰), sodann Hattenhuntare oder Hattenhundere (in pago Alemannorum in Daleheimer marca in Hattenhuntare — in pago Alemannorum in Daleheimer marca, in Hattenhundere) ⁴¹). Derselbe Name kommt zwar zuweilen als Dorfmark und zu gleicher Zeit auch als Gau vor, z. B. Munticheshuntere und Mundricheshuntera,

35) Stifeland, Gesch. von Coesfeld, p. 17, 63 u. 67.

36) Steinen, I, 1568. u. 1719.

37) Richey, idiot. p. 126. Bremisch, niederf. Wörterb. II, 809 u. 810.

38) Beltshuis bei Steinen, I, 1568. Vgl. noch unten §. 284.

39) Baib, II, 274 ff.

40) Dipl. v. 792 bei Neugart, I, 104.

41) 2. Schenkungen aus der Zeit Karls des Großen und Ludwigs des Frommen in Cod. Laurens. III, 63 u. 64.

was offenbar dieselbe Benennung wie Munttharicheshuntari ist ⁴²⁾ eben so Hattenhuntari ⁴³⁾, ferner Munigisingeshuntare ⁴⁴⁾, welches anderwärts unzählige Mal Munigisinger marca genannt worden ist ⁴⁵⁾. Daraus folgt jedoch nur so viel, daß die Gauen und Centen zuweilen auch Marken genannt worden sind, und daß die Dörfer öfters von den Gauen und Centen, oder umgekehrt diese von jenen ihren Namen erhalten haben. Daher konnten manche Gau- und Centnamen auch in späteren Zeiten noch als Ortsnamen fortleben, z. B. Schwereshuntare als Schwerza und Schwerzkirch an der Donau, Waldrammishuntari als Waldrammenberg und Rammensberg in der Schweiz, Munsingeshuntare als Munsingen auf der rauhen Alp und Mundricheshundera als Mundertingen an der Donau ⁴⁶⁾. Wie denn auch in Baiern noch mehrere Ortshaften den Gaunamen führen oder wenigstens mit Gau endigen, z. B. Ammergau, Peitingau, Schongau, Balgau, Wargau u. a. m. In späteren Zeiten hat sich jedoch die Benennung Huntari als Ortsname verloren und der Name Gebauerfschaft oder Bursame ist in jenen Gegenden wieder mehr und mehr hervorgetreten.

Der Name Hunschaft dagegen ⁴⁷⁾ oder hunnaria ⁴⁸⁾, Hunschaft ⁴⁹⁾, Hunschaf ⁵⁰⁾, Honschaft ⁵¹⁾, Hontschaft oder Hond-

42) Dipl. von 961 bei Neugart, I, 603. in comitatu Munticheshuntare und dipl. von 980, eod. p. 625. in pago Mundricheshundera.

43) Dipl. von 789 bei Neugart, I, 95 f. in pago qui vocatur Hattenhuntari. — Dipl. v. 888. eod. p. 474. in pago Hattinhunta.

44) Dipl. v. 904 u. 961. bei Neugart, 535 u. 603. in pago Munigisingeshuntare.

45) Cod. Lauresh. III, 54—59.

46) Neugart, episcopat. Constant. p. LXV. LXVI, LXXVII, und LXXXIX.

47) Urk. von 1322 bei Lacomblet, Archiv, I, 276. congregatio hominum dicta Hunschaft.

48) Dipl. von 1164 bei Günther, I, 381. homines de sua hunaria und p. 382. habitantes in sua hunnaria.

49) Weisthum von Kleinenbroch §. 16 u. 19 bei Lacomblet, Arch. I, 284 u. 285.

50) Urk. von 1303 bei Lacomblet. Urkb. III, 12.

51) Urk. von 1394 in Acta acad. Palat. III, 287. Urk. von 1437 bei Guden, II, 1282.

(schaft ⁵²⁾) und Hontschaff oder Huntchaff ⁵³⁾) hat sich am Niederrhein, jedoch nur im alten Frankenland, z. B. in den Herzogthümern Gelbern, Cleve, Jülich und Berg, in der Eifel, auf dem Hundsrück und in vielen kurbölnischen Aemtern bis auf unsere Tage erhalten, während das benachbarte Westphalen oder Altsachsen und Friesland nur Bauerschaften kennt ⁵⁴⁾). Es wird nämlich unter Huntchaff, hunnaria oder Hondschaff nicht bloß der Bezirk oder die Mark, sondern auch die Bauerngenossenschaft selbst verstanden. (de qualibet congregatione hominum diota Hunschaft ⁵⁵⁾). Daher werden öfters die Hondschaffen neben den Burschaften genannt ⁵⁶⁾). Bemerkt muß nur noch werden, daß der Name Hönni, d. h. Honne oder Honnschaft zuweilen auch in der Schweiz vorkommt ⁵⁷⁾), was um so eher geschehen konnte, da das Wort Huntari dieselbe Bedeutung hat wie das Wort Hondschaff.

§. 46.

Gleichbedeutend mit Bauerschaft, Nachbarschaft und Honnschaft ist auch die Benennung Dorfschaft, Ortschaft, Uerthenen, Tagwen, Hagen und Heimschaft.

Dorfschaft ⁵⁸⁾) oder gemeine Dorfschaft ⁵⁹⁾) kommt in früheren und späteren Zeiten vor und ist auch heute noch zumal im südlichen Deutschland sehr gebräuchlich. Streittig ist nur die wahre Bedeutung des weit verbreiteten sehr alten Wortes thaurp, thorp, torp, dorp, thorf und dorf. Da indessen die Dorfanlagen bei den Germanischen Völkerschaften, wie wir gesehen haben, den Gegensatz gegen die nicht zusammenhängend gebauten Hofanlagen

52) Weisthum von Kempen bei Lacomblet, Arch. I, 278 u. 279. Gerichtsgebräuche von 1555, eod. p. 288, 296.

53) Weisthum §. 6—8, 14, 16 u. 19 bei Lacomblet, I, 282 ff.

54) Lacomblet, Archiv I, 210 ff.

55) Dipl. von 1322 bei Lacomblet, I, 278.

56) Urf. von 1555 bei Lacomblet, I, 293.

57) Grimm, I, 17, §. 61.

58) Gloss. zum Sächs. Tr. III, 88.

59) Zori, p. 328.

gebildet haben, so trete ich der Ansicht Diefenbach's u. a. bei, welche das Wort von congregatio oder turba, d. h. Versammlung, Menge oder Haufen ableiten⁶⁰⁾, eine Bedeutung, welche dieses Wort bis auf die jetzige Stunde noch in der Schweiz behalten hat. Dasselbst bedeutet nämlich heute noch Dorf eine Zusammenkunft mehrerer Personen, also Nachtdorf eine nächtliche Zusammenkunft und Bergdorf eine Zusammenkunft auf einem Berge, einen Dorf halten oder Dorfen so viel als eine Versammlung oder Zusammenkunft halten oder einen Besuch abstaten, daher nachtdorfen u. s. w.⁶¹⁾. Das Wort Dorf bedeutete demnach einen Haufen von zusammengebauten Wohnungen und das Wort Dorfschaft eine in zusammenhängenden Wohnungen angeordnete Genossenschaft von Dorfmarktgenossen, welche man Dorfleute oder Dorfgenoßen zu nennen pflegte⁶²⁾.

Ortschaft wird heute noch in Baiern, Schwaben, in der Schweiz, am Rhein u. a. m. abwechselnd mit Bauerschaft, Nachbarschaft und Dorfschaft gebraucht. Denn vicus und locus hat von je her einen Ort oder ein Dorf bedeutet⁶³⁾. So wie übrigens die Worte Bauerschaft, Nachbarschaft, Honnschaft und Mark in einer engeren und weiteren Bedeutung vorkamen, so verstand man auch unter dem Worte Ort bald einen größeren, bald einen kleineren Distrikt. Während man nämlich auf der einen Seite eine größere Provinz oder wenigstens einen Kanton oder eine Cent darunter verstanden hat, und daher von den sechs Ritter Orten oder Ritter Kantonen in Franken, von den 6, 7, 8, 10 und 13 Orten der schweizerischen Eidgenossenschaft, von den zugewandten oder verbündeten Orten u. s. w. zu reden, und den vorstehenden Kanton in der Schweiz den Vorort zu nennen pflegte, so hat

60) Lorenz Diefenbach in Jahrb. für wissenschaftl. Kritik. August 1843, Nr. 27 p. 216. Vgl. noch Grass, V, 224. Schulze, goth. Glossar. p. 383. Richthofen, v. thorp. p. 1076.

61) Stalder, I, 290—291.

62) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverh. p. 35.

63) Meine Einleitung, p. 19.

man auf der anderen Seite auch den Distrikt einer Dorfmark einen Ort oder eine Ortschaft genannt⁶⁴⁾).

Dasselbe was die Orte und Ortschaften sind die Uerten, Uerthenen, Irten, Uerthj, oder Irth in Unterwalden und ehedem auch in Obwalden⁶⁵⁾, dann im Kanton Glarus die Tagwen oder Gnossame⁶⁶⁾, nämlich wahre Dorfmarkgenossenschaften gewesen. Daher leite ich den Namen Irth, Uerthj und Uerthene von dem heute noch in der Schweiz gebräuchlichen Urte und Irte, d. h. Mahizeit, Wirthsrechnung oder Bewirthung, Wirthschaft her⁶⁷⁾. Die Urthenen waren demnach Bauernwirthschaften, was im Grunde genommen auch die Dorfmarkgenossenschaften sammt und sonders gewesen sind.

Daß die Dörfer von ihrer Einzäunung auch zün, town und Hagen genannt worden sind, ist bereits bemerkt worden. (§. 15). Die Genossenschaft jedes Hagen's oder jeder Bauerschaft, daher Hager Bauerschaft genannt, bestand aus den freien Bauern (freyen Hägere). An ihrer Spitze stand ein Hagemeister oder Richter, später Bauerrichter genannt. Die jährlichen Gemeindeversammlungen hießen Hagen Sprachen und ihr Recht ein Hagenrecht⁶⁸⁾. An der Spitze von Holzhagen in Pommern standen drei Hagemeister (*magistri indaginis*). Jeder Häger (*cives indaginem inhabitantes*) hatte eine Anzahl von Feldern, welche man Hägergüter (*jugera que dicuntur Hegersche Morgen*) nannte. Und ihre Rechte auf die ungetheilte Mark nannte man Hagenrechte (*indaginis jura*)⁶⁹⁾.

64) Schmeller, I, 113. von Wimpfen, Gesch. von Schleswig, p. 36. Rot. Henke, öffentliches Recht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, p. 131—160, Geschichtsfreund von Lucern, IV, 6. sind X ort der eidgenossenschaft.

65) Urk. von 1389 u. 1496 im Geschftsfr. I, 317 u. 318 Blumer, Rechtsg. I, 381. Wyß, die schweizer. Landgemeinden in Zeitschrift für schweiz. R. I, 70. Johannes v. Müller, Schweizer. Gesch. I, 15 in sammtl. Werf. 19. p. 326.

66) Landb. von Glarus I, §. 4, 62, 70--72, 182, 187, 189, 190. Blumer, I, 380 u. 381. Stalder, I, 259, vgl. oben §. 24 u. 54.

67) Schmeller, I, 114, IV, 164.

68) Urk. von 1541, 1582 u. 1608 bei Wiganb, Archiv, V, 386 ff, VI, 282 f.

69) Dipl. von 1262 bei Dreger, cod. Pom. I, 461.

§. 47.

Dasselbe was Dorfschaft und Ortschaft hat auch Heimschaft bedeutet. Unter ham, hom, haim, heimr und haims hat man nämlich in den nordischen Sprachen zunächst ein Haus, sodann aber auch das Dorf selbst (vicius und villa) verstanden⁷⁰⁾, woraus in Frankreich hameau und in England hamleta und hamlet gemacht worden ist⁷¹⁾. In der Schweiz, in Vorarlberg und auch in Baiern in der Gegend von Weiler versteht man heute noch unter Heim oder, wie man das Wort insgemein nennt, unter Heime, Heimen, Heimet, Heimbb oder Heimat einen umzäunten Platz, auf welchem Haus und Hof steht, oder auch das Haus und den Hof selbst (Haus und Heimbb)⁷²⁾. Unter Heimwesen versteht man also den Inbegriff dessen, was zu einem Landgute gehört, das Gut mit Haus und mit Hof. Auch nennt man in der Schweiz und in Baiern Heimweide die an das Gut selbst anstoßende Weide im Gegensatze der Alpenweide; Haimviih und Heimkuh das Vieh, welches nicht auf die Alpenweide, vielmehr auf die Heimweide getrieben wird; Haimdiern die Magd, welche zu Hause bleibt im Gegensatze der Alpendiern oder Sendinn, die mit dem Vieh auf die Alpe geht; Haimgrund die in der Dorfflur liegenden Felder im Gegensatze der Alpgründe u. s. w.⁷³⁾. Auch in Finnland heißt heute noch jedes Landgut, es mag groß oder klein sein, dem Adel, der Krone oder einem Bauern gehören, Hemman, das heißt Heimath⁷⁴⁾. Und in Gothland kommt das Wort sogar in der Zusammensetzung als haimthorp vor, was nach der vorhin erwähnten ursprünglichen Bedeutung von Dorf so viel als einen Haufen von Heimen oder Wohnungen bedeutet⁷⁵⁾.

70) Grimm, Gr. I, 605, III, 393. Junius, gloss. goth. p. 82. Schulze, goth. Glossar p. 126. Jhre, v. hom, p. 849.

71) Spielmann, p. 273 u. 274. Vgl. meine Freispieler, p. 16.

72) Urk. von Schnottwyl von 1675 in Zeitschr. für Deutsch. R. IX, 48, vgl. oben §. 25 Not. 78.

73) Stalder, II, 32. Schmeller, II, 192—193.

74) Ausland, 4. September 1848, Nr. 212, p. 847.

75) Schübener, Guta Lagh, p. 16—18 u. 154.

Auch in Deutschland muß das Wort Heim für Dorf sehr verbreitet gewesen sein, wie die zahlreichen in heim endigenden Dorfnamen und die weit verbreiteten Heimbürger und Heimgerichte beweisen, von denen später noch die Rede sein wird. Späterhin ist jedoch in Deutschland das Wort Heim und Heimschaft in dieser Bedeutung ganz außer Gebrauch gekommen.

§. 48.

Endlich wurden die Dorf- und Bauerschaften auch noch Kirchspiele, Pfarren oder Pfarreien genannt. Die alten Marken pflegten nämlich auch in religiöser Beziehung eine Genossenschaft zu bilden. Daher waren die alten Marktgenossenschaften öfters zu gleicher Zeit auch religiöse Genossenschaften. Die Bauerschaften und Nachbarschaften waren demnach ursprünglich wirkliche Kirchspiele und konnten daher auch so genannt werden. Zwar sind die Kirchspiele, da sie mit der Erbauung christlicher Kirchen zusammenhängen, dem Namen nach erst späteren Ursprungs. Der Sache nach sind sie jedoch weit älter als die christlichen Kirchen selbst, und sie hängen mit den ersten Ansiedelungen unserer heidnischen Vorfahren zusammen. Bei jeder neuen Ansiedelung in Island und im übrigen Norden pflegte nämlich der Häuptling, der die Niederlassung leitete, auch seinem Gotte einen eigenen Tempel, meistens einen eingeehten und geweihten Ort, wo die Götter verehrt wurden, einen sogenannten Hof (hof, d. h. fanum, daher hofuthof)⁷⁶⁾, oder Götterhof (Gothahof) zu errichten. Zu jedem solchen Hofe gehörte auch ein heiliger Wald oder ein anderes Besitzthum⁷⁷⁾ und ein Bezirk, dessen Bewohner zur Unterhaltung des Hofes und zur Bestreitung der Opfer eine Abgabe (einen Tempelzoll) entrichten mußten⁷⁸⁾. Aus diesen Götterbezirken oder Götterorten (gothorth)⁷⁹⁾, die meistens mit den alten Dorfmarken und Gemeindebezirken, oder auch mit den Harbessvierteln zusammenfielen, sind nun die späteren Kirchspiele hervorgegangen.

76) Gragas, index, p. 35. Jhre, p. 886.

77) Grimm, deutsche Myth. 2te ed. II, 59 ff.

78) Konrad Maurer, die Verehrung des Norwegischen Stammes zum Christenthum, I, 239 u. 240.

79) Gragas, index p. 28.

So wie man nämlich in Altgriechenland und in den übrigen Römerprovinzen, um dem Christenthum leichteren Eingang zu verschaffen, auf derselben Stelle, wo früher ein Griechischer oder Römischer Tempel gestanden, eine christliche Kirche zu erbauen pflegte, eben so wurden auch die germanischen Götterhöfe in christliche Kirchen, die alten Götterbezirke demnach in Kirchspiele verwandelt⁸⁰⁾. Noch im Jütischen Lov (II. 78.) werden die Worte Viertel und Kirchspiel als gleichbedeutend gebraucht. Späterhin hat sich aber die Vierteltheilung gänzlich verloren und die Kirchspiele sind an die Stelle der Viertel getreten⁸¹⁾.

Da nun die heiligen Haine und anderen Besetzungen der heidnischen Tempel an die christlichen Kirchen und an die Kirchspiele überzugehen pflegten, so wurden in späteren Zeiten die heidnischen Götter öfters selbst als die Stifter der christlichen Kirchen, hie und da sogar noch bis auf unsere Tage verehrt, z. B. die drei Jungfrauen, für welche heute noch an vielen Orten in Baiern Messen gelesen werden, unter denen aber nichts anderes als die altgermanischen Nornen oder die Schicksalsgöttinnen verstanden werden können⁸²⁾.

Eben so wie zur heidnischen Vorzeit wurde es aber auch seit Einführung des Christenthums bei jeder neuen Ansiedelung gehalten, nur daß statt des Götterhofes nun eine Kirche gebaut worden ist. Daher findet man in den alten großen Marken sogenannte Gau- und Markkirchen⁸³⁾, und aus demselben Grunde z. B. in Dänemark und in Westphalen die alten Kirchspielskirchen gerade in denjenigen Dörfern, welche man den Umständen nach für Urdörfer halten muß⁸⁴⁾. Die Kirche eines solchen Urdorfes pflegte nämlich schon zu einer Zeit erbaut zu werden, als sich noch kein anderes Dorf in der Nähe befand. Sie blieb daher häufig auch

80) Grimm, Deutsche Myth. 2te ed. I, 76 u. 77.

81) von Wimpfen, p. 23, 35 – 36 u. 74. Vgl. noch Karl Wilhelmi, Island u. s. w. p. 33 ff. u. 40. Dahlmann, Gesch. von Dänemark, II, 117. ff. Schönbener, Guta Lagh, p. 122, 193 u. 194.

82) Panzer, Beitrag zur Deutschen Mythologie, p. 282 – 286.

83) Meine Einleitung zur Gesch. der Markverf. p. 167 – 169. Meine Geschichte der Markverf. p. 194 – 196.

84) Hansen in Fald, neues staatsb. Mag. III, 123. Steinen, I, 988.

in späteren noch die Hauptkirche, das Urdorf also der Sitz des ganzen aus mehreren Dörfern bestehenden Kirchspieles, nachdem in derselben Mark nach und nach noch andere Dörfer mit oder ohne Kirchen gebaut worden waren. So war z. B. die Kirche von Winkel im Rheingau die Hauptkirche für die in der Feldmark von Winkel angelegten Dörfer Desterich und Mittelheim. Und ehe die Dorfmarken ausgeschieden worden, bildeten sie zusammen nur eine einzige Dorfmark- und Kirchengemeinde⁸⁵⁾. Eben so hatte die aus fünf Dörfern bestehende Mark Alten Haslau in der Wetterau nur eine einzige Hauptkirche in dem Hauptdorfe Altenhaslau. Die Markgemeinde bildete demnach auch eine Kirchengemeinde⁸⁶⁾. Dasselbe gilt von der Hauptkirche zu Groß Gerau in Hessen. Denn sämtliche in der alten Mark Gerau liegenden Dörfer waren bloße Filialkirchen der Hauptkirche zu Groß Gerau. Alle diese Dörfer zusammen bildeten demnach eine einzige Mark- und Kirchengemeinde⁸⁷⁾. Eben so hatte Wizingen in der Pfalz, in dessen Dorfmark später Neustadt erbaut worden ist, eine einzige Hauptkirche für die ganze Mark. Erst seitdem in jener Mark Neustadt und darin das Stift erbaut und diesem das Patronatrecht zu Wizingen übertragen worden war, wurden Neustadt und Wizingen für einige Zeit zwei getrennte Pfarreien⁸⁸⁾. Auch Zwingenberg an der Bergstraße lag ursprünglich in der Dorfmark von Auerbach und wurde erst im 13. Jahrhundert von ihm getrennt und eine eigene Pfarrei⁸⁹⁾. Die in der alten Dorfmark von Pfronten liegenden Dörfer Berg und Steinach in Baiern bilden heute noch eine einzige Dorfgemeinde und Pfarre⁹⁰⁾. Dasselbe gilt in dem Herzogthum Berg von dem Kirchspiele Honff, wozu 6 Hondschaften, von dem Kirspel Bolberg, zu welchem 4 Hondschaften und von dem Kirspel Hückeswagen, wozu 4 Hondschaften gehört haben⁹¹⁾, u. s. w.

85) Bodmann, I, 84 u. 90.

86) Weisthum art. 13 in Granien, I, 46,

87) Wend, I, 61, 63, 83 u. 138.

88) Wibber, II, 248 f. u. 252.

89) Wend, I, 38 u. 143 not. K.

90) Meine Gesch. der Markenverfassung p. 37.

91) Urk. von 1555 bei Lacomblet, I, 288, 289 u. 293.

Mit der Bevölkerung haben sich jedoch auch die Haupt- oder Kirchspielskirchen, und mit diesen die Pfarreien und Kirchspiele selbst vermehrt. So erhielt z. B. Zülpich nach und nach drei Mutterkirchen und ebenso viele Kirchspiele⁹²⁾. Eben so wurden viele Hondschaften im Herzogthum Berg nach und nach Kirspele und die Benennung Hondschaft hat sich sodann gänzlich verloren⁹³⁾, u. s. w.

Die Erbauung einer Kirche allein reichte jedoch zur Errichtung eines Kirchspieles oder einer Pfarre noch nicht hin. Denn es hat in früheren und späteren Zeiten viele Dorfschaften mit Kirchen und Capellen gegeben, welche darum noch keineswegs Kirchspiele gewesen sind. Die Errichtung einer Pfarre oder eines Kirchspieles hing vielmehr, ursprünglich wenigstens, mit der Abmarkung der Dorfmark und mit der damit verbundenen Ausscheidung aus der größeren Mark zusammen. Denn jedes Kirchspiel bildete nicht bloß eine Kirchengemeinde, sondern zu gleicher Zeit auch eine Dorfmarkgemeinde. Daher hatte ursprünglich auch jedes Kirchspiel seine eigene ungetheilte Dorfmark, z. B. das Kirchspiel Büttchen im Herzogthum Berg⁹⁴⁾. Darum waren die Worte Pfarre, Kirchspiel, Bauerschaft und Nachbarschaft eben so gleichbedeutend, wie die Worte vicini, Nachbarn und Kirchspielleute, oder Carpellude, wie sie in Schleswig⁹⁵⁾ und Kirchspels Verwandte, wie sie in Pommern⁹⁶⁾, Kirfimen⁹⁷⁾, Kirciumenn, Kirchiumen, Socnamenn, Soknemaen, oder Sokumaen⁹⁸⁾, wie sie bei den Dänen, Gothen und Schweden, und Kirchgengen oder Kirchnossen, wie sie in der Schweiz genannt worden sind⁹⁹⁾.

92) Bemerkung von 1404, bei Lacomblet, I, 245.

93) Urk. von 1555 bei Lacomblet, I, 288. ein Kirspel aber gein Hond-schaft. p. 289. Lillstorff ist ein Kirspels kirch, hat gein Hond-schaft. p. 291. seint geine Hondschaften, dan alle 10 Kirspels-kirchen. Vgl. noch p. 293.

94) Weisthum von 1389 §. 9 bei Lacomblet, I, 282.

95) Urk. von 1438 bei Westphalen, II, 417.

96) Landtagsabschied zu Ettellin von 1616 bei Westphalen, II, 1855.

97) Jydsch. Lov. II, 78.

98) Guta Lagh c. 33 u. c. 2, §. 3 u. 4, c. 3 §. 3, 5 u. 6. Schiltner p. 2, 4, 5, 55, 121 u. 123. Ihre, v. sokn. Schlyter cod. jur. Upland p. 407.

99) Urk. von 1368 bei Eschubi, Chron. Helv. I, 469.

Dieses war schon zur fränkischen Zeit der Fall, indem nach den alten Formeln die Gesamtheit der Nachbarn (*vicini*) ein Kirchspiel (*parochia*) genannt und wie jede andere Nachbarschaft zu gerichtlichen Verhandlungen beigezogen zu werden pflegte. (*Unde necesse ei fuit advocare iudicis (seu et vicinis circa manentis, seu et universa parochia illa)*¹⁾). Eben so wurde auch in späteren Zeiten noch die Dorfschaft Peitingau in Baiern bald eine *gemaine* Dorfschaft, Nachperschaft und Dorf *Gemain*²⁾, bald aber auch eine Pfarre³⁾ und die Genossen insgemein *Nachpaurn* genannt⁴⁾. Das Dorf Cappel in der Ortenau wurde abwechselnd eine Burschaft und ein Kirspel, die Genossen aber bald Buren bald Kirman, d. h. Kirchmanne genannt⁵⁾. Eben so war und hieß die Dorfgemeinde von Steingaben, Waltenhofen, Niederhofen und Pfronten eine Pfarre⁶⁾. Namentlich bildete auch im Dithmarschen jedes Kirchspiel eine wahre Dorfgemeinde (*communitas parrochie*)⁷⁾. Auch hatten die Kirchspiele die weltlichen Angelegenheiten der Gemeinde eben sowohl zu besorgen wie die kirchlichen, z. B. in Gothland⁸⁾, im Dithmarschen⁹⁾, in Westphalen u. a. m., wie dieses in der Folge immer klarer und deutlicher hervortreten wird. Erst seit der Einführung und Verbreitung des kanonischen Rechtes hat man auch in den Kirchspielen angefangen die Kirchengemeinden von den weltlichen Gemeinden zu trennen. Und nachdem seit der Reformation auch noch mehrere gleichberechtigte christliche Confectionen neben einander entstanden waren, ist wenigstens in den gemischten Gemeinden eine solche Vereinigung gar nicht mehr möglich.

Es bedarf übrigens kaum einer Erinnerung, daß hiemit nicht

1) Form. Andegav. c. 31.

2) Lori, p. 328 u. 347.

3) Grimm, III, 651, §. 36.

4) Grimm, III, 648, §. 11, 13, 35 u. 40.

5) Grimm, I, 417—420.

6) Lori p. 109, 408 u. 459.

7) Dipl. von 1286, 1323 u. 1341 bei Michelsen. Urkundenb. von Dithmarschen, p. 14, 24 u. 25.

8) Schilbener, Guta Lagh, p. 121—123.

9) Urkunden von 1455, 1472 u. 1493 bei Westphalen, III, 1755 f.

behauptet werden will, als sei jede Dorfmarkgemeinde zu gleicher Zeit auch eine Kirchengemeinde, und jede Kirchengemeinde immer auch eine Dorfmarkgemeinde gewesen. Da nämlich jeder Grundherr das Recht hatte auf seinem Grund und Boden Kirchen, Klöster und Kapellen zu bauen und diese gehörig zu dotiren, sodann aber auch die Geistlichen zu ernennen und den in seiner Grundherrschaft angesiedelten Dorfschaften den Besuch solcher Kirchen zu gestatten, so haben sich nach und nach viele Dorfschaften gebildet, welche selbst keine eigene Kirche besaßen, welche vielmehr zu einer anderen Kirche bloß eingepfarrt, also selbst keine Kirchengemeinden waren. Und die meisten Patronat-, Stifts- und Klosterkirchen haben mit der Markgemeinschaft gar nichts gemein. Die Dorfmarkgemeinden sind vielmehr nur dann zu gleicher Zeit auch Kirchengemeinden, also wahre Kirchspiele gewesen, wenn sie, wie dieses ursprünglich und auch in späteren Zeiten noch öfters der Fall war, ihre Kirchen selbst gebaut hatten, also, um mich dieses Ausdrucks zu bedienen, selbst die Patrone ihrer Kirche gewesen sind. So wie es demnach Dörfer gegeben hat, welche in keiner Markgemeinschaft und daher auch keine Dorfmarkgemeinden waren, so hat es auch Dörfer und Dorfmarkgemeinden gegeben, welche keine Kirchengemeinden gewesen sind.

§. 49.

Die Markgemeinschaft ist demnach die Grundlage der Dorfverfassung, diese also eine Dorfmarkverfassung gewesen. Die Dorfverfassung kann daher nicht, wie es so oft behauptet wird und es Einer dem Anderen nachspricht, ohne zu überlegen, ob es auch möglich ist, aus der Hofverfassung hervorgegangen sein, wie ich dieses bereits angedeutet habe. (§. 8 u. 9). Die Hofverfassung hat zwar eine sehr große Aehnlichkeit mit der Dorfverfassung gehabt. Die früher so häufigen Verwechselungen sind daher leicht zu erklären. Dieser Aehnlichkeit ungeachtet ist jedoch die Hofgemeinde von der Dorfmarkgemeinde wesentlich verschieden gewesen. Die Hofgemeinde bestand nämlich einzig und allein aus hofhörigen Leuten, während die Dorfgemeinden auch aus Freien und in gemischten Dorfmarken aus Freien und Hörigen, ja sogar, wie z. B. in Dürkheim theilweise auch aus Edelleuten bestehen konnten. (die

ganz gemeinde, priester edel und alle andere sesshaftig zu Dürkheim bi ein ander sin)¹⁰⁾. Die Hofgemeinde setzte ferner Hörige einer und derselben Hof- oder Grundherrschaft voraus. Wenn daher mehrere Hof- oder Grundherrschaften in derselben Dorfmark ansässig waren, so gab es sodann mehrere Hofgemeinden in einer und derselben Dorfmark, während in jeder Dorfmark immer nur eine einzige Dorfmarkgemeinde möglich war. Denn wenn auch mehrere Dörfer in derselben Dorfmark angesiedelt waren, so bildeten sie dennoch, so lange ihre Feldmarken nicht ausgeschieden, sie selbst also in ungetheilter Markgemeinschaft waren, nur eine einzige Dorfmarkgemeinde, wie dieses z. B. im Rheingau und auch anderwärts öfters der Fall war¹¹⁾. Umgekehrt konnten aber auch mehrere Dörfer, also, wenn diese ausgeschiedene Dorfmarken hatten, mehrere Dorfmarkgemeinden unter einem und demselben Frohnhofe stehen, demnach eine einzige Hofgemeinde bilden. Und in den größeren Grundherrschaften und Hofmarken war dieses auch nicht selten der Fall. Dann hatten aber die nicht in der Dorfmark angesessenen Hörigen, wenn sie auch Hörige einer und derselben Grundherrschaft waren, keine Nutzungsrechte in der Dorfmark. (*Solis colonis horum praediorum licet usus et potestatem habere in his saltibus et extra hos nulli hominum, etiamsi sint ex familia qualibet principalium ecclesiarum ad aliud praedium pertinente*)¹²⁾. In den gemischten Gemeinden kam es daher öfters vor, daß von den verschiedenen Mitgliedern der Dorfgemeinde der Eine dieser, der Andere wieder einer anderen Hofgemeinde angehört, der in der Dorfmark angesessene freie Bauer aber zu gar keiner Hofgemeinde gehört hat. Indessen kam es doch, wiewohl seltener in grundherrlichen Dorfmarken vor, daß ein in Grund und Boden angesessener Mann keinen Antheil an der gemeinen Mark hatte, also kein Dorfmarkgenosse war, weil er sein Besitzthum nicht von dem Hof- oder Grundherrschaften empfangen hatte, also nicht in die Hofgemeinde aufgenommen worden war, so daß demnach die Dorfmarkgenossenschaft gewissermassen von der Hofgenossenschaft abhängig war. (tot den

10) Grimm, I, 787. Meine Gesch. der Markenverf. p. 298 u. 324.

11) Bodmann, I, 99, 100, 127 u. 132.

12) Dipl. v. 1126 bei Schoepflin, I, 206.

hoff van Luttingen ind tot den kaetsteden gelegen op den over, vitgescheiden drie haefstede gelegen tot Luttingen die men neit en helt van dem hove, gehoirt lant off weide off gemeint. — End die dry hoeffstede, die in den hoff neit en hoiren, en hebben ghoen recht up des hoeffs lant. — Ind up dat lant en sall nyman syn quick (d. h. Alles was lebt, also auch lebendiges Vieh) ¹³⁾ up weiden dan die gheine, die up den hove wonaestich synt end up ten Kaetsteden die man van den hove helt) ¹⁴⁾. Solche Hoffstetten und Rothstetten wurden zuweilen wilde Huben (wilde hubbe) genannt ¹⁵⁾, wahrscheinlich deswegen, weil sie wie die Wildfänge keinen Herrn hatten und darum keiner Markgenossenschaft angehören sollten. In der Regel bestand jedoch keine solche Abhängigkeit der einen Gemeinde von der anderen. Denn beide Gemeinden beruhten auf ganz verschiedenen Grundlagen und wurden daher auch nach ganz anderen Grundsätzen beurtheilt. Sogar in den hörigen Dorfmarken zeigt sich dieser Unterschied z. B. dann, wenn mehrere Dorfmarken in einer und derselben Grundherrschaft lagen. Denn in diesem Falle hatte jedes Dorf wieder seine eigene von der Hofgemeinde verschiedene Dorfmarkverfassung. Auch zeigt sich dieser Unterschied in den Rechten und Verbindlichkeiten der verschiedenen Gemeinden. Denn die grundherrlichen Dienste und Leistungen waren von den Gemeindediensten und Abgaben wesentlich verschieden. In den grundherrlichen Dorfschaften kommt sogar ein von den hörigen Abgaben verschiedenes sogenanntes Dorfgeld (dorpvelt) u. s. w. vor ¹⁶⁾. Eben so kommen neben den herrschaftlichen Fronen und Diensten der hörigen Leute auch noch Gemeindefronen und andere Gemeindedienste vor. Und die Gemeindedienste und Abgaben muß-

13) Schmeller, glossar. Saxon. v. quic, p. 87. Bremisch-niederächs. Wörterb. III, 399—401.

14) Hofr. von Luttingen, VI, 1, 2 u. 6 bei Lacomblet, I, 200. Vgl. noch Grimm, I, 462 u. 128. Item welcher onch ein eigen hofstatt hatt, der nit dem gotzhus zuhört vnnd die bawen will, dem soll man vss beiden höltzern die räm zum hus geben vnnd soll der ein meyer darumb bitten. Meine Geschichte der Fronhöfe, IV, 67 f.

15) Urk. v. 1332 bei Bluntshli, I, 253 u. 254.

16) Hofr. von Luttingen, IV, 5 bei Lacomblet, I, 200.

ten nicht bloß von den hörigen und freien Bauern, sondern auch von den geistlichen und weltlichen Grundherren selbst geleistet werden, wenn diese sich noch in Markgemeinschaft befanden¹⁷⁾ Die öffentlichen Dienste und Abgaben dagegen lasteten, wie wir sehen werden, sammt und sonders bloß auf der Markgemeinde, niemals auf der Hofgemeinde als solcher.

Jede dieser beiden Gemeinden hatte ferner ihren eigenen Vorstand und ursprünglich auch ihre eigene Gerichtsbarkeit. Daß die freien und gemischten Dorfmarkgemeinden ihren eigenen markgenossenschaftlichen Vorstand gehabt haben und einen solchen haben mußten, versteht sich gewissermaßen von selbst. Denn, da die freien Dorfgemeinden gar keinen Grundherrn, die gemischten Gemeinden aber öfters mehrere Grundherrn und dazu zuweilen auch noch freie Bauern hatten, so konnten sie keinen grundherrlichen, vielmehr nur einen markgenossenschaftlichen Gemeindebeamten haben. Ihre Verfassung war demnach auch in dieser Beziehung von der Verfassung der großen Marken durchaus nicht verschieden. Allein auch die hörigen Dorfgemeinden hatten nicht selten neben dem herrschaftlichen auch noch einen markgenossenschaftlichen Beamten, von denen der Erste die herrschaftlichen Angelegenheiten des Fronhofes, der Letzte dagegen die Angelegenheiten der Dorfmark zu besorgen hatte. In den Bairischen Hofmarken z. B. bestand öfters neben und unter dem Hofmarkrichter, welcher das Fronhofgericht (das Dorfrecht oder Hofmarkrecht) abzuhalten und die übrigen herrschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen hatte¹⁸⁾ noch eine Dorfmarkgemeinde (Gemain oder Nachbarschaft §. 1, 13 u. 26) mit einem eigenen Gemeinbevorstand (der paup, welcher das ainen hat §. 1, 18 u. 25), d. h. der das Recht Einungen oder Strafbefehle zu erlassen¹⁹⁾ oder, wie wir sehen werden, das Bannrecht und das Recht in Dorfangelegenheiten zu befehlen gehabt hat.) Das Amt dieses Bauernvorstandes nannte man in Baiern das Hofmarksamt (§. 14) und es wurde damit jedes Jahr gewechselt (§. 1, 14 u. 18). Der

17) Meine Gesch. der Markenverf. p. 187.

18) Hofmark R. bei Grimm, III, 639 §. 1 u. 3.

19) Haltaus, v. Einung, p. 307—308. Offen von Mättmenhülle §. 24 bei Schauberg I, 3. „die dorfmeier hand gewalt die einung ze setzen „vnd ze entziehen.“ Vgl. §. 22.

Vorstand der Bauerngemeinde hatte die Angelegenheiten der Feldmark, insbesondere also auch die Dorf- und Feldpolizei zu besorgen, natürlich unter der Aufsicht des herrschaftlichen Beamten. (§. 14, 18 u. 25). Auch hatte er abwechselnd mit der ganzen Gemeinde bei den Dorf- und Hofmarkgerichten die Herrschaft und den herrschaftlichen Beamten zu empfangen und zu verpflegen. (Auch der paup, so dasselbig jar das ainon u. dorfrecht hat, der soll jeder herrschaft samt seinen dienern und pferden, auch dem procurator und amtleuten das erst fueter u. mal am dorfrecht zu geben schuldig sein, und das andere mal soll die gemain zu geben schuldig sein. §. 1.)

Was von dem eigenen Gemeindevorstand gilt endlich auch von der eigenen Gerichtsbarkeit der Dorfgemeinde. Die freien und gemischten Dorfschaften pflegten nämlich, wie die großen Markten, ihre eigenen Dorfmarkgerichte zur Aburtheilung der Marktfrevel u. s. w. zu haben. Und auch bei vielen grundherrlichen Dorfschaften war dieses ursprünglich der Fall, so daß demnach die freien Dorfschaften unter einer doppelten Gerichtsbarkeit, außer der öffentlichen auch noch unter einer Dorfmarkgerichtsbarkeit gestanden haben, und die grundherrlichen und gemischten Dorfschaften sogar unter einer dreifachen, nämlich außer der öffentlichen und außer der Dorfmark-Gerichtsbarkeit auch noch unter einer Fronhofgerichtsbarkeit. Wann sich demnach in derselben Dorfmark mehrere Hofgerichte befanden, so stand jeder Hürige unter dem Hofgerichte, zu dessen Fronhose er selbst gehörte²⁰⁾.

In den grundherrlichen Dorfschaften wurden die genossenschaftlichen Dorfmarkbeamten und die eigne Dorfmarkgerichtsbarkeit am frühesten verdrängt und durch grundherrliche Beamte und Gerichte ersetzt, wenn dieses nicht gleich bei der Anlegung des Dorfes selbst schon geschehen war. Darum ist auch die Grundherrschaft als das eigentliche Grab der freien Dorfverfassung zu betrachten²¹⁾. Späterhin geschah dasselbe aber auch in den freien und gemischten Dorfgemeinden. Denn auch die Landesherrschaft war diesen Freiheiten nicht hold. Mit dem Verschwinden der

20) Meine Gesch. der Marktenverf. p. 297—298.

21) Meine Einleitung, p. 287 ff. L. E. Zachariä, der Kampf des Grundeigentums gegen die Grundherrschaft. Heidelberg 1832.

freieren Verfassung mehrten sich aber auch die bäuerlichen Lasten. Daher die vielen Bauernunruhen und Aufstände schon seit dem 14. und 15. Jahrhundert, und die Bauernkriege im Anfange des 16ten. Denn die Bauern hatten damals ihre althergebrachten Freiheiten noch in der Erinnerung ²²⁾).

Die Bauernaufstände wurden bekanntlich unterdrückt, mit ihnen aber meistentheils auch die wenigen Freiheiten, welche die Bauerschaften damals noch hatten. Nur in den Städten hat sich die alte Freiheit längere Zeit, aber nur zu oft auch in ihnen nur noch ein Schatten von Freiheit erhalten. Nicht wenige, zumal freie und gemischte Dorfschaften haben sich nämlich in der günstigen Lage befunden, ihre markgenossenschaftlichen Behörden erhalten und deren Rechte sogar noch vermehren zu können. Und aus ihnen sind sodann die mehr oder weniger freien Städte mit freien Verfassungen hervorgegangen, wie ich dieses ein anderes Mal weiter auszuführen gedenke.

Dorfmarkgenossen.

§. 50.

Wie bei den großen Marken konnten auch bei den Dorfmarkgemeinden nur in der Dorfmark angesessene Leute, welche in dem Dorfe selbst wohnten und ihr Gut selbst bauten, vollberechtigte Genossen sein ²³⁾. Zwar meint Thudichum, daß das Gemeinderecht rein persönlicher Natur gewesen, und der Besitz von Grund und Boden keine Bedingung des Gemeinderechts sei ²⁴⁾. Allein auch hier wieder verwechselt er, wie so oft in seinem Buche, die spätere Zeit mit der früheren ²⁵⁾.

Da nämlich Markgemeinschaft die Grundlage der Dorfmarkgenossenschaft gewesen ist, so konnte niemand, der nicht selbst in Grund und Boden angesessen und dadurch mit den übrigen Genossen in Markgemeinschaft war, Mitglied der Genossenschaft sein. Zur vollen Berechtigung gehörte demnach Grundbesitz, gleichviel

22) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 522.

23) Meine Gesch. der Markenverf. p. 78 ff, 82 ff. 106 ff.

24) Thudichum, Markenverf. p. 211 ff.

25) Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe. II, 420. Not.

jedoch ob der Genosse volles oder bloß nutzbares Eigenthum, erblichen oder auch nicht erblichen Colonat, oder Lehen u. s. w. besaß (welcher dry schuch witt und breitt hât, es sy eigen oder lehen, vnd dar in gesessen ist²⁶). wer geeignet vnd geerbet ist in der marcken zu Sweynheim oder dajne gesessen ist²⁷). Allen den die eigen und erbe in dem ban und gericht haben²⁸). der so vff dem hof Datnow sâsshaft ist — der so vff der ehofstat des hofs Tâtnow sitzt²⁹). der so da hushablich oder sesshaft ist³⁰). Auch war dieses bei freien Dorfgemeinden eben so nothwendig³¹), wie bei gemischten³²) und grundherrlichen Dorffschaften³³). Man nannte daher die vollberechtigten Dorfmarktgenossen im Gegensatz zu den armen Leuten, welche gar keinen oder nur wenigen Grundbesitz hatten, die Reichen, Begüterten oder Begüeten³⁴). Von dem Hübgericht zu Heßheim in der Pfalz sagt ein altes Weisthum in Meiner Gesch. der Fronhöfe, III, 568: „wird berurt Gericht von „den begüeten zu Heßheim besetzt — vnd muß vff obgemelten „gerichtstag ein ieder begüeter erscheinen bey straff eines vrtel „weins x.“. Man nannte sie ferner die geerbten, geeigneten oder gewerten Leute („daz eyn man oder eyne frauwe storbe, die „da geerbit weren mit unser herren gube“ — daz eyn man sturbe, der geerbet were)³⁵), hominum bona possidentium et tenentium, qui Gwertlûde ibidem dicuntur — ab hominibus agriculturam inibi tenentibus, qui vulgariter gewerte Lude diunc-

26) Grimm, I. 80.

27) Grimm, I. 523.

28) Grimm, II, 13.

29) Grimm, I, 135, 136. Vgl. noch p. 138.

30) Offn. von Rider- und Rättmenhasle, §. 26, 27 u. 29 bei Schauberg, I, 3.

31) Grimm, I, 135. f. Offn. von Rider- und Rättmenhasle §. 26. ff.

32) Grimm, I, 80. II, 13.

33) Grimm, I, 523. Vgl. noch Meiner Gesch. der Fronhöfe, III, 205, 207.

34) Grimm, I, 43 u. 133. III, 811. Offn. von Rider- und Rättmenhasle §. 25. Vgl. Meiner Gesch. der Fronhöfe, III, 89, IV, 18. und Haktana, p. 52—53.

35) Grimm, I, 517. Vgl. noch p. 523.

36) Zeugenverhör von 1338 bei Kindinger, Hör. p. 417 u. 418.

tur³⁹⁾. Im Norden nannte man sie *bolfasta menn*³¹⁾, *bolfaster*, *bokar* u. s. w.³²⁾, und in Baiern und Württemberg die *Großbegüterten* oder *Großgütler* im Gegensatz zu den *Kleinbegüterten* oder *Kleingütlern*³³⁾. Auch wurden die Vollberechtigten als *angeseffene Leute* denen entgegengesetzt, „die nicht gehäuset sind“⁴⁰⁾.

§. 51.

Ursprünglich waren nur die Inhaber eines Hauses und Hofes im Dorfe und eines dazu gehörigen Bauerngutes vollberechtigte Dorfmarkgenossen (§. 25.), gleichviel ob dieselben einen ganzen Bauernhof inne hatten oder nur einen halben, drittheils, viertheils u. s. w. Hof. Denn nicht die Größe des Bauernhofes war das Entscheidende, sondern die ungetheilte Feld- und Markgemeinschaft. Nun waren aber auch die Inhaber von halben Bauernhöfen u. s. w. mit in der Gemeinschaft und hatten demnach eine verhältnismäßige Berechtigung. Man nannte sie daher *halbe Bauern*, *Drittheils-* *Viertheils-Bauern* u. s. w. im Gegensatz der ganzen Bauern, die einen ganzen Bauernhof hatten⁴¹⁾, oder *Halbhufner*, *Viertheils-hufner* u. s. w. im Gegensatz der *Ganzhufner* oder *Vollhufner*⁴²⁾, oder *Halbmeier* im Gegensatz der *Vollmeier*, welche ein ganzes Erbe besaßen⁴³⁾, oder *Schupposer*, wie man in der Schweiz die Inhaber einer Schuppe oder eines halben Bauerngutes im Gegensatz der *Huber* zu nennen pflegte⁴⁴⁾. Und auch diese *Halbbauern*, *Halbhufner*, *Halbmeier*

37) Gute Lagh, c. 14 §. 9 u. c. 23 §. 2.

38) Loccenius, lexicon jur. Sueo-Goth. p. 30. Schlyter, corp. jur. Sueo-Goth. IV, 299 u. 211.

39) Bair. Regierungs-Blatt von 1803 p. 1026 und von 1805 p. 729. Reyscher, Würt. Pr. R. §. 760. Not. I.

40) Grimm, III, 739.

41) Thomas, I, 240 u. 253. ff. Weisthum von Weintersheim in meiner Gesch. der Fronhöfe, III, 578.

42) Curtius, Jurf. Civ. R. I, §. 267 p. 270.

43) Landrecht der Grafschaft Rietberg bei Wiegand, Archiv, V, 133 u. 143.

44) Richtung von Rheinau, art. 13 bei Schauberg, I, 155. Ueber die Bedeutung des Wortes Schuppe. Jakob Grimm, bei Haupt, Zeitschr. VIII, 394—396. vgl. oben §. 17.

und Schupposer gehörten aus den so eben erwähnten Gründen mit zur eigentlichen Bürgerschaft im Gegensatze der übrigen nicht vollberechtigten Gemeinde. (Item ein hoffmayer sol ain tag mit fier personen vorlesen. Item ain huober mit zwain personen, ain schuoppesser mit ainer person vnd dar nauch ain gemeind)⁴⁵⁾.

Seitdem man jedoch angefangen hatte die unausgeschiedenen Antheile an der ungetheilten Mark von der Wohnung im Dorfe und von dem Bauerngute selbst zu trennen, und die Berechtigung sodann nicht mehr auf dem Besitze eines Hauses und Hofes oder eines Bauerngutes geruht hat, seitdem wurden natürlicher Weise nur noch die Inhaber eines solchen Mark Antheiles als vollberechtigte Dorfmark Genossen betrachtet. Man nannte sie daher von jenem Gemeindsnutzen (Einwart, Meente, Gerechtigkeit, Gerechtsame u. s. w.). Die Gemeindsleute z. B. in Oberhessen, ferner die Einwartsberechtigten in Niederhessen, die Meenthaber im Dithmarschen, die Gerechtigkeitsbesitzer und Gerechtsamebesitzer in der Schweiz u. a. m.⁴⁶⁾.

Im einen wie in dem anderen Falle war aber die volle Berechtigung an die Angeseessenheit, im ersten Falle an den Besitz von Grund und Boden selbst, im letzten Falle aber an den Besitz eines Gemeindennutzens gebunden. Mit dem Grund und Boden oder mit dem Gemeindennutzen wurde daher auch die Berechtigung selbst erworben und eben so auch wieder verloren. (welicher vs vnser gemeind zücht, sich an andre ort hushablich setzt, das der in vnserem gemeinwerk kein teyl me solle haben⁴⁷⁾). Item were ouch dass einer von klotten zuge. dass er nit mehr jnwendig Etters gesessen vnd der soll dann fürbas die allment nit niessen)⁴⁸⁾.

45) Rechtung von Rheinau, art. 13.

46) Sternberg, I, 6 u. 10. Michelsen in Zeitschr für D. R. VII, 95 ff. Schauberg, Zeitsch. I, 124. vgl. oben §. 24.

47) Grimm, I, 133. Vgl. noch p. 461.

48) Offn. von Klotten §. 44 bei Schauberg, I, 192. Vgl. noch Sternberg, I, 15. und oben §. 25.

§. 52.

Außer dem Besitze eines Bauernhofes oder eines Gemeindenzugens mußten die vollberechtigten Genossen auch noch in der Dorfmark selbst wohnen und daselbst ihren eigenen Rauch, ihren eigenen Heerd, ihr eigenes Ruß und Brod, oder ihre gesonderte Speise, d. h. ihre gesonderte selbständige Haushaltung haben. (jegklicher hussman, der in der vogty sitzt vnd ain sunder spis hat ⁴⁹). der sein selbs mus und brot isset⁵⁰). der heuslich mit aigem rawch gesessen ist)⁵¹). Dies gilt bei grundherrlichen Dorfschaften eben sowohl wie bei freien und gemischten. Bei grundherrlichen Dorfschaften (up dat lant en sall nyman syn quick (d. h. Vieh) up weiden dan die gheine, die up den hove wonafflich synt end up ten kaetsteden die man van den hove helt ind die sitten up den oever^{51a}). Es soll ouch die Allmendt als frey syn dass ein jegklicher so jnnwendig Etters gesessen ist. daruff soll vnd mag tryben⁵²). dass nieman sol hussen vsserthalb etters⁵³). dass niemand kein brennholtz hauen soll jn dem gemeinmerck, den die hausräuchin hand auf den erb-güeteren⁵⁴). wer an diesem hof erb vnd gut will haben, soll es mit wissen vnd willen des herrn zu feuer vnd flammen besitzen⁵⁵). Wer feuer vnd flam hat, denen erkennen sie wasser vnd waidt zu gebrauchen⁵⁷). Bei freien Dorfge-
meinden. (Ess jst jr alt harkommen, dass niemant, zu den von Wezikon weidgnoss sin sol, so üsszer Aetter sizet, denn der so by jnen sesshafft jst ⁵⁸). wellicher zu vnns ziechenn vnnd

49) Grimm, I, 193. Vgl. noch p. 198 u. 209.

50) Grimm, I, 824.

51) Grimm, III, 659.

51a) Hofr. von Luttingen, VI, 2 bei Lacomblet, Arch. I, 200.

52) Offn. zu Motten art. 4; bei Schauberg, I, 192. vgl. noch §. 41 u. 44

53) Grimm, I, 29.

54) Grimm, I, 256 §. 19.

55) Grimm, II, 569.

57) Grimm, II, 201. vgl. p. 174 u. 138. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 206.

58) Offn. von Wezikon art. 40 bei Schauberg, I, 59.

eigenen Rauch by vns füren welle, vnd ⁵⁹). Bei gemischten Dorfschaften (wer uf demselben hofe sitzt buwelich und heblich und sin eigin roch hat) ⁶⁰).

Ursprünglich, so lange noch jedes Haus nur einen einzigen Heerd hatte, war der Ausdruck seinen eigenen Rauch oder seine gesonderte Speise haben gleichbedeutend mit dem Besitze einer Hofstätte oder eines Hauses im Dorfe ⁶¹). Wenn daher mehrere Familien in demselben Hause wohnten, so sollten alle zusammen dennoch keinen größeren Antheil an der Marknutzung haben, als jedes andere einfach bewohnte Haus. Seitdem jedoch die alten Verhältnisse zu wanken und mehr und mehr sich aufzulösen begannen, seitdem ward hin und wieder auch jedem eigenen Rauche in derselben Wohnung eine Marknutzung zuerkannt ⁶²).

Endlich mußten die in der Dorfmark angefessenen Leute auch noch das Bauerngut selbst bauen, wenn sie ein Recht auf die Marknutzungen haben und daher vollberechtigte Dorfmarkgenossen sein wollten. („der Hoff zu weziton, in dem Dorff gelegen, so „die gütter jez bawent, vnd an daß Huß Vubiton gehört, „mit gewettnem vechē (d. h. mit in das Joch gespanntem Viehe), „mit Sichlen vnd der Segißsen, wol nuzen, bruchen, vnd nießen mögend.“ ⁶³). „Alle die in der gemarke und dorfen sich gebrauchen „wasser und weide“ ^{63a}). „vnd diewyl er da ert (d. h. ackert und „pflügt) und bunt, so soll er wun vnd weid da haben, als einer „der da gesäßsen ist“) ⁶⁴). Hierauf bezieht sich auch die Bestimmung des Landbuchs von Schwiz, daß der Käufer eines Gutes dieses selbst nuzen und nießen müsse ⁶⁵). Wenn daher ein Gut in

59) Offn. von Steinmaur, art. 89 bei Schauberg, I, 97.

60) Grimm, I, 438. vgl. noch p. 440.

61) Grimm, I, 209. jecliche sonderiche spis und gleichbedeutend damit ain jeclich huss.

62) Bluntzli, II, 69, 81 u. 82. Vgl. noch oben §. 25.

63) Offn. von Weziton art. 35 bei Schauberg, I, 58. Vgl. Offn. zu Kloten, art. I, bei Schauberg, I, 192.

63a) Grimm, I, 487. §. 2.

64) Offn. von Dietlikon und Rieden, art. 8 bei Schauberg, I, 112. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 210.

65) Landb. p. 83. vgl. Meine Einleitung, p. 308.

Pacht gegeben worden war, so hatte der Pächter, so lange er das Gut baute, die Marknuzungen zu genießen. (mansum locavimus ad annum censum — ut quamdiu eandem hubam vel mansum tenuerint, vel excolunt in pratis, pascuis et sylvis, quemadmodum alii homines prediorum nostrorum pro se et suis animalibus habeant communionem⁶⁶⁾. Undt hielte einer einen geissel hoffmann auf seinen gütern oder hoff, derselbe hat gleiches Recht, wie andre nachbahrn.— Vnd wennn ein ritter auf seinen gütern einen geissel hoffmann helt, mag derselbe seyn vieh umb den Hirten Lohn undter der gemeine Herdte treiben, hat wasser und weydt wie die nachbahren zu geniessen⁶⁷⁾. Sogar die Grundherrn selbst sollten nur dann Wasser und Weide in der Dorfmark gebrauchen, d. h. nur dann in der Markgemeinschaft befindlich, und daher Mitglieder der Dorfmarktgemeinde sein, wenn sie ihre Fronländereien selbst bauten, z. B. die Herren von Schönau im Dorfe Sandhofen in der Pfalz. (wan sie — d. h. die herren von Schonaw — die selber bawen, also dass sie keinen hoffman bey uns sitzen haben, so mogen sie wasser und weyde gebrauchenn mit demselben viehe damit sie es bawenn, und wan sie das thun, se sollent sie davonn bede und steuer geben, und fronen als eyn ander gemeinsman⁶⁸⁾. Eben so in der Schweiz u. a. m. (wann die herren im hoff selben büwen wöllent, so mögent sie wol in das sillent (sellant) faren⁶⁹⁾).

Seitdem nun die Grundherren ihren Grund und Boden nicht mehr selbst zu bauen, ihn vielmehr auf kürzere oder längere Zeit an Colonen hinzugeben pflegten, seitdem waren auch die Grundherren nicht mehr selbst Mitglieder der Dorfgemeinde. Es traten vielmehr in den grundherrlichen und gemischten Gemeinden die Colonen an die Stelle der Grundherren, waren statt ihrer Mit-

66) Dipl. von 1273 bei Meichelbeck, II, 2. p. 73.

67) Weisthümer §. 20 u. 22 bei Granien, I, 40 u. 50. Grimm, III, 417. Vgl. noch Grimm, I, 390. und Offn. von Reggen von 1396 bei Gegeffer, Rechtsg. von Lucern, I, 511. Meine Gesch. der Markenverf. p. 82—84.

68) Grimm, I, 458 f. Vgl. noch oben §. 9.

69) Grimm, I, 168.

glieder der Gemeinde und nahmen als solche die Marknutzungen für sich selbst in Anspruch. Erst mit der Erbllichkeit ihres Rechtes an dem Bauerngute erhielten sie indeffen auch in dieser Beziehung ein erbliches und selbstständiges Recht, welches ihnen sodann von dem Grundherren nicht mehr entzogen werden konnte.

§. 53.

Ursprünglich war es jedoch gleichgültig, ob die in der Dorfmark angesessenen Leute hörige oder freie Grundbesitzer oder Grundherren (Edelleute) waren.

Zu den freien und edeln Leuten (*nobiles*), deren es ursprünglich auch in den Dorfmarken sehr viele gegeben hat ⁷⁰⁾, gehören insbesondere auch die *ingenui*, welcher in den älteren Urkunden sehr häufig Erwähnung gethan wird, sodann die *meliores villae* ⁷¹⁾, die besseren Parentelen und die besseren Geschlechter ⁷²⁾, sodann im Dithmarschen u. a. m. die *Admirate* oder *Ammirale* („etliche Ammiral uth anderen Dorperen“), d. h. die Ersten im Dorfe oder die Häupter der Gemeinde ⁷³⁾, welche zuweilen auch *meliores* (*clavigeri*, *jurati*

70) Dipl. von 1453 bei Bodmann, I, 475. *de omnibus villis nobiles et ignobiles, de villa Lorch, de nobilibus . . . de consiliariis . . . de communitate . . .*

71) L. Sal. Wolfenbüttel. tit. 76 bei Pardessus, p. 188. *vicini illi, qui meliores sunt.* Dipl. von 1287 bei Guden. syl. p. 286. *ut meliores villarum — unus de melioribus.* — Dipl. von 1135 bei Günther, I, 216. *Aderant meliores ejusdem ville.*

72) Bodmann, I, 90 u. 102.

73) Dahlmann, *Reocorus* II, 21 u. 580. *Admirat, Ammirat, Amiralb und Ammiral* oder *Admiral* scheint nämlich ursprünglich eine ganz allgemeine Benennung für alle Arten von Vorstehern oder Häuptern gewesen zu sein, wie bei den Arabern das Wort *Amir* oder *Emir*. Daher nannte man so nicht bloß die Vorsteher einer Gemeinde, sondern auch jene einer Provinz oder eines ganzen Landes oder eines Heeres oder einer Flotte, und zuletzt jeden hervorragenden Mann. Willehalm, 432. 16. „wol truoc des admirates vanen“ — 434 5. „er was vogt und admirat. — 434. 2. den die heiden nent „nent admirat berst ouch vogt.“ Diese Stelle deutet auch auf den arabischen Ursprung des Wortes hin. Vgl. noch Du Cange, h.

oeterique meliores) genannt worden sind ⁷⁴⁾, endlich die freien und hörigen Bauerngeschlechter ⁷⁵⁾, welche in den Dorfschaften dasselbe gewesen sind, was in den Städten die Patricier. Zu den Dorfmarktgenossen haben sie jedoch nur so lange gehört, als sie ihren eigenen Rauch in der Dorfmark hatten und ihr Gut selbst bauten, und auch im Uebrigen noch in der Marktgemeinschaft waren. Ursprünglich war dieses aber sehr häufig der Fall, denn die alten Landbesitzer sind im Grunde genommen nichts anderes als vollfreie Bauern gewesen. Auch in späteren Zeiten noch werden sie hin und wieder unter den Mitgliedern der Dorfgemeinden genannt, z. B. in Hattenheim im Rheingau (ir gantze gemeynde, edel vnd unedel ⁷⁶⁾). In Dürkheim in der Pfalz (die ganz gemeinde, priester, edel und alle andere sesshaftig zu Dürkheim ⁷⁷⁾). In den Dörfern Soden und Sulzbach in

v. p. 204 u. 205. Henschel, I, 83 u. Roquesfort, gloss. Rom. I. 59. die Admirale werden deshalb öfters auch unter den ritterlichen Streichern genannt. Vgl. Willehalm, 436. 1., 437. 26., 438. 23, 441. 2., 450. 21, u. 461. 22.

74) Dipl. von 1358 bei Michelsen, Urk. p. 27.

75) Meine Gesch. der Fronhöfe IV, 282—284.

76) Urk. von 1416 bei Bodmann, I. 476.

77) Grimm, I, 787. Nach dem Dürkheimer grünen Buch wurden, so oft die gesamte Gemeinde versammelt zu werden pflegte, auch Priester und die Edelleute beigezogen, z. B. wenn neue Verordnungen erlassen werden sollten. „Anno 1541 haben Eble Priester vnd Gemein zu Dürkheim „gemeinlich ein Beder Ordnung gemacht“. — Eine spätere Bederordnung („Bederordnung“) wurde von dem „Abbt zu Eimpurg und „den Eblen, Priestern vnd den vier vndt zwanzig zu Dürkheim“ erlassen. Eine Wässerungs-Ordnung („Wasser Ordnung“) ist „anno „1559 durch die vier vndt zwanzig, Eble, Priester vnd Ächter beslossen“ worden. Eben so eine „Pferdthirten Ordnung. „anno 1483 „haben die vier vndt zwanziger, sambt Eblen vnd Priestern ein „Ordnung gemacht“, u. — Mehrere andere Verordnungen in Meiner Gesch. der Markenverfassung p. 302 u. 303. Auch wenn Weisthümer gefunden werden sollten, wurden die Priester und Edelkente beigezogen, z. B. bei dem Martinsweisthum bei Grimm, I, 787. Eben so bei einem anderen Weisthum, im erwähnten grünen Buch: „Erslichen sprechen die Eble, Priester vnd ganze Gemein „zu Doreckheim den Grauen zu Leiningen, das sie Fauth zu Doreckheim sein, vnd haben die Fauthen zu Lehen von einem Abbt des

der Wetterau (alle die, die gut in den dorfen hant, ritter von dem lande, burger uz den steden, und die gemeinen armen lude in den dorfen ⁷⁸). In den Bauerschaften der Grafschaft Zingen (all de ganassen gemenen Buyr vnd Erffexen der Buerschap tho Handorpe vnd Hessdorp — die gemenen Buor vnde Erffexen ⁷⁹). In mehreren Gemeinden in Franken wohnten Edelleute unter den Bauern und waren wie diese Gemeindemänner ⁸⁰). Sie hatten sodann aber mit den Rechten auch alle Verbindlichkeiten der Dorfmarktgenossen, z. B. in Sandhofen und Dürthheim in der Pfalz. (Sigewartum de Santhoven — dicebant ratione habitationis et communionis, quod dicitur Almeina exactionem solvisse. Ad quam solvendam Sigewardus, sicut hactenus, ita et imposterum se merito obligatum asseruit) ⁸¹). Eben so in den Dorfschaften in Frankreich u. a. m. ⁸²).

„Klosters Limburgh, von Gnaden des heyligen Creuzes.“ Dasselbe Weisthum bei Grimm, I, 783. Es fehlt jedoch bei ihm obige Stelle. Auch bei Verträgen der Gemeinde über die gemeinen Waldungen und Weiden wurden die Priester und Edelleute beigezogen, nach dem grünen Buch: „Vertrag zwischen „Machario Abbt zur Limburgh auch „der Priesterschaft, den Edlen und Äktern zu Doredheim in anno „1501 vffgericht“. — Der Gegenstand war eine Waldordnung. Ferner: „Vertrag so nach jungst anno 1485 zue Haibelbergch in dem „Hovegericht ergangenem vrthail der Bannßwaid halber zwischen Edlen „Priestern und Gemein zue Doredheim, dann den dreyen Dorffern „Ealstatt, Ungstein vnd Pfeffingen andertheils anno 1490 durch ein „Bischoven von Speier Ludwigen von Frankenstein vffgericht.“ Der Gegenstand betraf die gemeinen Weiden. „Sodann Vertrag de anno 1495 zwischen Edlen Priestern vnd gemain zue Doredheim vnd von „Abt zu Limburghch vffgericht.“ Darin heist es unter Anderen: „Wann die Äkter von Priestern Edlen vnd der Gemein zue Doredheim erwhelet, sollen sie Rhein neuwerung vfrichten.“ — Sie wurden demnach auch bei der Wahl des Gemeinderaths beigezogen.

87) Urk. 1323 bei Boehmer, Frankf. Urk. I, 472.

79) Urk. von 1492 bei Goldschmidt, Gesch. der Grafschaft Zingen, p. 571.

80) Benfen, Gesch. von Rotenburg p. 378 u. 463.

81) Dipl. von 1227 bei Guden, syl. p. 151. Grimm, I, 458—459. In Dürthheim. Meine Gesch. der Marktenverf. p. 187.

82) Benfen, Gesch. von Rotenburg p. 378 u. 463.

Dieses dauerte jedoch nur so lange, als sie sich selbst noch vom Bauernhandwerke ernährten, wie dieses z. B. im Fürstenthum Baireuth noch im 15. Jahrhundert der Fall war⁸³⁾, und so lange sie und die Ritter und die Männer von Rittersart selbst noch in fremden Grundherrschaften Zinsgüter besaßen. (wer da hubig gut hat in dem vorg. hophof, er si pfaf, edelman oder lei^{83a)}. mag dann auch ein Ritter ein Zinssman sein? Etzlich sagen ja, dann man viel leute findet, die wol von Rittersart sind, vnd doch auff pacht oder Zinssgütern sitzen⁸⁴⁾. Wenn sie in diesem Falle selbst die Coloneu machten, waren sie sogar, wie wir anderwärts bereits gesehen haben, den hörigen Diensten und Leistungen unterworfen⁸⁵⁾. Dieses änderte sich jedoch seitdem die Ritterbürtigen eine rittermäßige Lebensart führen, also keinen Ackerbau und auch kein Gewerbe mehr treiben, vielmehr „müßig gehen“⁸⁶⁾, also auch keine Zinsgüter mehr besitzen sollten, worauf schon die Glosse zum Sachsenspiegel (II, 21.) aufmerksam gemacht hat. (Sage du, es sol kein Ritter zu Recht auff einem pacht oder zinssgut sitzen. — Solche güter sollen die Ritter von Rechts wegen nicht haben.) Seit dieser Zeit fingen nämlich die Edelleute an sich gänzlich von den Bauerschaften zu trennen.

Während nämlich die Einen fortfuhren das Bauernhandwerk zu treiben und sobann in den Bauernstand selbst herabsanken, enthielten sich die Anderen, welche sich zur Ritterschaft erheben wollten, des eigenen Betriebes des Ackerbaus, schieden damit aber auch aus den Dorfmarkgenossenschaften selbst aus. Die Dorfmarkgemeinden wurden daher von nun an wirkliche Bauerngemeinden, und sind dieses auch bis auf die jetzige Stunde geblieben. Die Zeit dieser Scheidung fällt in das 15. Jahrhundert. Denn sie hängt mit der Entstehung eines niederen Adels zusammen. Darum findet man auch im 15. Jahrhundert noch

83) Lang, I, 42 u. 47.

83a) Grimm I, 786.

84) Glosse zum Sächf. L. r. II, 21. Vgl. noch Sächf. Lr. II, 21 §. 1. Schwäb. Lr. od. Lapp. c. 187. Ruprecht von Freising, I, 124.

85) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 76—78.

86) Ochs, Gesch. von Basel, I, 481.

vollfreie Bauern in ganz Deutschland, späterhin aber nur noch persönlich freie Bauern, welche jedoch keine Vollfreie mehr waren. Denn diese hatten sich, wie bemerkt, entweder zum niederen Adel erhoben oder sich unter dem Bauernstande verloren ⁸⁷⁾).

Nur bei den Walbmarken der Dorfgemeinden und bei den damit zusammenhängenden Gemeinde-Haingerichten findet man hier und da auch in späteren Zeiten noch Edelleute und Geistliche als wirkliche Markgenossen, z. B. in vielen Gemeinden im Rheingau. (Edeln vnd Burger gemeyns Heyngerets zu Kidderich — Edel-leuten, Geschwornen vnd Gemeynde gemeynlich zu Neuen-dorff — Ritterschaft vnd Burger, die zu dem Haingeräth gehören — Haingrath zu Lorch, Ritterschaft vnd Burger, die darzu gehorent — auch das Hayngeräth zu Algensheim, Ritterschafft vnd Burger. — de omnibus villis nobiles et ignobiles ⁸⁸⁾). Ebenso im Flammersheimer Walde bei Münstereifel (den erffen, anerffen, edel ind vnedel, vnd all den gheynen de gerechdicheit des waltz handt ⁸⁹⁾). Im Dorfe Gobbelsheim im Waldeckischen gehörten zu den Dorfmarkgenossen auch die Geistlichen u. s. w. (vor allen markgenossen vnd gantzer gemeine — der pastor, richter vnndt der vorstendere sampt der gemeinen dorffschafft) ⁹⁰⁾). Allein auch von diesen Ortshaingeraiden haben sie sich in späteren Zeiten zurückgezogen, z. B. in Algesheim, wo sich der zahlreiche Adel und die Geistlichkeit von der Bürgerschaft getrennt und eine eigene Haingeraide gebildet hat ⁹¹⁾).

Nach wie vor dieser Ausscheidung des Adels und der Geistlichkeit aus der Dorfmarkgemeinde mußten jedoch auch die geistlichen und weltlichen Grundherrschaften zu den Gemeindeversammlungen beigezogen werden, wenn die Substanz der Güter oder solche Gegenstände in Frage waren, welche auch die Edelleute und Priester berührten ⁹²⁾).

87) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 145—146.

88) Die Urkunden bei Bodmann, I, 124, 263, 459, 470, 472 u. 475.

89) Grimm, II, 685.

90) Grimm, III, 77.

91) Bodmann, I, 470.

92) Bodmann, I, 263. Meine Gesch. der Markenverf. p. 323—326.

Eine Ausnahme hievon machten nur diejenigen kleineren Rittergutsbesitzer, deren Besitzthum, wie z. B. jenes der Freiherrn von Frenß im Stifte Hildesheim erst aus dem Erwerbe mehrerer Bauernhöfe hervorgegangen war⁹³), oder welche keine eigene Weide und keinen eigenen Hirten hatten und daher ihr Vieh mit der Gemeinheerde auf die Gemeinweide hinaustreiben mußten und noch andere Marknutzungen mit den übrigen Gemeindeggenossen gemein hatten. Denn auch solche Rittergutsbesitzer sind, da sie mit der Bauerngemeinde in Markgemeinschaft waren, wahre Gemeindeglieder und Nachbarn gewesen, und dieses auch bis auf unsere Tage geblieben⁹⁴).

§. 54.

Die in Grund und Boden angefessenen vollberechtigten Dorfmarkgenossen nannte man, wie wir gesehen haben, geerbte, oder gewerte Leute, oder auch die an- oder eingeseffene Bauerschaft⁹⁵), oder die angefessenen Leute und Innmanne (intranei et possessionati)⁹⁶), Gemeinder z. B. in Schwaben, Mitgemeiner z. B. in Baiern⁹⁷), Gmänder, Gmändma, Gmandler und Gmandmä in Appenzell⁹⁸), Tagwenleute oder Tagwenggenossen im Kanton Glarus⁹⁹), Theiler in Obwalden, indem daselbst die Kirchgänge wieder in sogenannte Theilsame unterabgetheilt waren¹), sodann Großgütler, Reiche, Erberen, Märker, Untermärker, Markleute, Gemeindsmänner, Gemeindsgenossen oder rechte Gemeindsgenossen, Dorfgenossen, Hausgenossen, Gengenossen, Waldgenossen, Kirchspielleute, Kirchmanne u.

93) Struben, rechtl. Bed. II, Nr. 138 p. 526 ff.

94) Westphal, D. Pr. R. I, Nr. 8 §. 4 p. 95. Hagemann, Landw. p. 139 u. 470.

95) Urk. von 1573 bei Diepenbrod, Gesch. von Meppen, p. 688.

96) Dipl. von 1486 bei Schoettgen u. Kreysig, II, 655 u. 656. Haltungs, p. 1022.

97) Mandat von 1784 §. 7 u. 15 bei Mayr, Erl. S. II, 1476.

98) Tobler, appenzell. Sprachschatz p. 227.

99) Landbuch von Glarus, Art. 62, 63, u. 189.

1) Stalder, I, 277. Wyß in Zeitschr. für Schweiz. R. I, 71.

f. w. (§. 36—43 46, 48 u. 50). Am verbreitetsten ist jedoch die Benennung Bauern. Bürger, Hubner und arme Leute gewesen.

Das Wort Bauer eigentlich Baur kam von je her in einer doppelten Bedeutung vor.

Man nannte nämlich einen jeden, der das Land selbst baute, gleichviel ob er seinen eigenen Grund und Boden oder das Land eines Anderen baute, einen Bumann, Baumann, rusticus, colonus, cultor, agricola u. f. w.²⁾ Abgesehen von dem Bauen der Felder nannte man aber auch jedes vollberechtigte Mitglied einer Bauerschaft einen Bur, Gebur, Sibure, Siburo, Nahlibur, Nabur, Nachbar, vicinus, cohabitor, civis oder Burger³⁾. Auch in den Rechtsbüchern kommt schon das Wort Gebure⁴⁾, Baur⁵⁾ und Paure⁶⁾ in diesem Sinne vor. Und nur in der letzten Bedeutung kommt das Wort hier in Betracht. Man verstand demnach und versteht heute noch unter einem Bauer den vollberechtigten Dorfmarkgenossen im Gegensatz des nicht vollberechtigten. In Baiern und Schwaben stehen demnach die Bauern den Selbthern gegenüber („Welich arm man auf dem lande gesetzzen ist, er sey pawr oder seldner⁷⁾. alle gepurn vnd all seldner⁸⁾“), im Stifte Fulda die Bauern den Hüttthern⁹⁾, in Baiern die Bauern oder Hofbauern den Selbthern und Häuslern, in Niedersachsen der Bur, Buur

2) Dipl. von 1336 bei Rindlinger, Hdr. p. 408. cultores mansorum sive coloni officii etc. Dipl. von 1163 bei Wigand, Archiv, II, 2. p. 144. Schwab. Er. Laßb. c. 155. — daz den bvlvten. u. ed W. c. 134. Not. 2. daz den bawelvtten. ed. Laßr c. 407 §. 2. das den bau leitten.

3) Schmeller, I, 138—139 u. 186. Vgl. noch oben §. 42 u. 43, Johann Hermann Müller, lex Salica, p. 159—160. Wigand, Provinzialr. von Paderborn II, 186.

4) Sächs. Er. III, 79 §. 1 u. 86 §. 1 u. 2. Schwab. Er. W. c. 311. u. ed. Laßb. c. 155 u. 214.

5) Schwab. Er. ed. Laßr cap. 408 §. 1.

6) Ruprecht von Freising, I, 142.

7) Rechtsb. Ldr. 2. c. 125. Münchener Stadtr. c. 190.

8) Grimm, III, 644.

9) Thomas, I, 217 u. 254.

oder Buer den Kleinen Leuten (lütjen Lude), in Böhmen die Bauern den Häuslern u. s. w. Das Wort Bauer oder Nachbauer und Nachbar ist demnach gleichbedeutend mit einem geerbten, gewerten, angekauften oder reichen Mann, Großgütler, Gemeindegewaltiger u. s. w. und insbesondere auch mit Bürger (civis). So wurden z. B. in dem juramentum pacis Dei von 1085 die Dorfgenossen abwechselnd vicini, rustici und cives genannt¹⁰⁾. Eben so die Landleute des Thales Schwiz abwechselnd Bürger und Dorfleute. (cives de villa Suites¹¹⁾. cives de Suites — habitatores villae Suites)¹²⁾. Die Dorfleute von Frinholt Bürger. (presentibus civibus totius ville Frinholtis¹³⁾. Die Bauern im Stifte Freising cives¹⁴⁾, und in den alten Dorfschaften Gerolsheim und Scharren in der Pfalz abwechselnd cives und concives¹⁵⁾. Die Bauern von Erbach im Rheingau werden cives ville genannt¹⁶⁾. Auch die Bauern in den Dörfern der Mark Brandenburg heißen cives villae¹⁷⁾. Eben so die Einwohner von Ramsdorf in Westphalen, als der Ort noch ein Dorf war, cives ville¹⁸⁾. Und auch in den Weisthümern heißen die Bauern nicht selten Bürger. (sont die burger zwene banwarten kiesen — sont die burger kiesen ein heimbürgen)¹⁹⁾

Dasselbe nun was Bauer bedeutet in anderen Dorfgemeinden das Wort Huber, Hubner, Hübner oder Hüfner, z. B. in der Schweiz, am Rhein u. a. m., insbesondere auch im Odenwalde, wo die Worte Bauer, Hubner, Gemeindegewaltiger und voller

10) Pertz, IV, 59.

11) Dipl. von 1114 bei Eschubi. Chron. I, 54.

12) Dipl. von 1144 bei Eschubi, I, 68.

13) Dipl. von 1296 bei Westphalen, III, 1549.

14) Dipl. bei Meichelbeck, I, 2 p. 471.

15) Dipl. von 1208 bei Gudenus syl. p. 72 u. 73. Gerolsheim ist wahrscheinlich untergegangen von Scharren aber nur noch die Scharau übrig. Wibder, II, 365, III, 218.

16) Dipl. von 1453 bei Pothmann, I, 475.

17) Dipl. von 1275 u. 1278 bei Gercken, VI, 4. Noch andere Beispiele bei Kiedel, Mark Brandb. p. 203.

18) Urk. von 1319 bei Kiefert, Münster. Urkb. I, 2. p. 516).

19) Grimm, I, 749. Vgl. noch oben S. 43. und das alte Rheingauer Landrecht, art. 16, 19, 20, 24 u. 27 bei Pothmann, II, 625.

Ortsbürger als gleichbedeutend gebraucht und den Weisaffen entgegenge-
 setzt werden ²⁰). Anderwärts versteht man jedoch unter
 einem Hueber, Hübner, Hühner, Hübler und Hüsner einen
 halben Bauern, z. B. in Baiern und im Stifte Fulda ²¹).

In gleicher Weise werden auch die vollberechtigten Dorfmark-
 genossen sehr häufig arme Leute genannt. Dieses Wort kommt
 nämlich je nach den Umständen in einer sehr verschiedenen Be-
 deutung vor, und zumal in den Grund- und Schutzherrschaften
 werden darunter die Inhaber von Huben, Bauernlehen und von
 anderen Hofgütern, also ebenfalls vollberechtigte Genossen einer
 Dorfmarkgemeinde verstanden. (Item hant dieselben herren
 nünzehen hube landes, die armen lude lohen sin). ²²)
 den armen leutten so vonn dem gotzhaus belöhnt seyen,
 die vff den hoffstotten sitzenn ²³). „der herren eigen und armer
 „lude erbe ²⁴).“ In den Dörfern Eoden und Sulzbach in der
 Wetterau werden sie die gemeinen armen lude in den dörfern
 genannt, wiewohl unter ihnen sich arm und richer befanden ²⁵).

Daß in jenen Gemeinden, in welchen das Dorfbürgerrecht
 auf dem Antheile an der Marknutzung ruht, die vollberechtigten
 Genossen Gerechtigkeitsbesitzer, Meenthaber, Gemeinds-
 genossen u. s. w. genannt zu werden pflegten, ist bereits be-
 merkt worden. (§. 51.)

§. 55.

Alle übrigen in der Dorfmark wohnenden Leute, welche kein
 Bauerngut und auch keinen Gemeindsnutzen, keine Rechtfame,
 Meent u. s. w. in der gemeinen Mark hatten, waren nicht voll-
 berechtigte Dorfmarkgenossen, also auch keine Gemeindsleute.

Ihre Entstehung hängt größtentheils mit den späteren Ansied-

20) Erbacher Landr. p. 350, 353, 355 u. 357.

21) Schmeller, II, 142. Thomas, I, 253 u. 254. Vgl. noch oben §. 17.

22) Grimm, I, 516.

23) Grimm, I, 389.

24) Grimm, I, 518. Vgl. noch Grimm, I, 457 u. 462 und Meine Gesch.
 der Fronhöfe, IV, 23 u. 24.

25) Urk. 1223 bei Boehmer, Frankf. Urk. I, 472.

lungen in der Feldmark zusammen. Bei den ersten Ansiedelungen wurde nämlich, wie wir gesehen haben, die ganze Feldmark zu gleichen Theilen unter sämtliche gleichberechtigte Genossen vertheilt. Die späteren Ansiedler konnten demnach nur noch durch den Erwerb eines Bauern- oder Hubengutes das Vollbürgerrecht erwerben. Diejenigen aber, welche sich auf einem zum Anbau erhaltenen Plätzchen auf der Almend oder auf einem Hubengute selbst ansiedeln mußten, weil sie nicht im Stande waren in den Besitz eines erledigten Huben- oder Bauerngutes einzurücken, erhielten keine volle Berechtigung, indem diese allzeit mit dem Besitze eines solchen Gutes zusammenhing. Sie wurden vielmehr bloße Beisassen, Rötter, Selbner u. s. w. Und zu ihnen gehörten insbesondere auch die Dorfhandwerker, Tagelöhner und die anderen ärmeren oder ganz besitzlosen Leute. (§. 17 u. 18).

Zum Theile sind sie jedoch nicht aus neuen Ansiedelungen, vielmehr aus jenen ärmeren freien oder hörigen Grundbesitzern hervorgegangen, welche, weil sie in ihrem Vermögen zurückgekommen, ihre Bauern-, Huben- oder Hofgüter ganz oder theilweise verloren hatten, also von wirklichen Bauern bloße Selbner oder Beisassen geworden waren, wie dieses z. B. in Sachsenau hinsichtlich mehrerer früherer Bauern heute noch der Fall ist. Man nannte daher die nicht vollberechtigten Dorfmarkgenossen zuweilen auch arme Leute.

Unter armen Leuten werden nämlich, wie wir gesehen haben, nicht bloß vollberechtigte Genossen und ganz besitzlose Leute, vielmehr auch noch diejenigen ärmeren Hinterlassen und Schutzgenossen verstanden, welche zwar kein Bauern-, Huben-, oder Hofgut, wohl aber ein anderes kleineres Besitzthum entweder als Pächter oder als sonstige Hinterlassen der Bauern oder der Hofmänner erhalten²⁶⁾, oder als Schutzgenossen²⁷⁾, oder auch als Eigenthümer inne hatten²⁸⁾. Diese armen Leute standen daher

26) Grimm, II, 179. der hofman sol dem armen man des dritten tags gebietten, dass er sein pferdt beschlag vnd sein wagen vnd gezeug fest mache, dass er den herrn ir gut versorge. — der hofman soll in gebieten in massen wie vorgeschrieben steht, dann soll der arme man etc. Schmeller I, 138.

27) Möser, patr. Bf. III, 335 u. 337. Haltaus, p. 53 u. 54.

28) Krenner, Ebt. Hbl. XI, 287. „daß des gnädigen Herrn arme Leute

zu den eigentlichen Bauern, Hübnern und Hofmännern als den Reichen in demselben Verhältnisse, wie heute noch in Baiern die Kleinbegüterten zu den Großbegüterten, oder wie zur Karolingischen Zeit die ärmeren und minder mächtigen Freien zu den reicheren vollfreien Leuten. Denn so wie die ärmeren Freien ursprünglich ebenfalls Grundbesitzer, wenn auch minder bemittelte und daher minder berechnigte Genossen gewesen sind²⁹⁾, so waren auch die hörigen armen Leute nicht selten Grundbesitzer, aus welchen sodann unsere Kleinbegüterten Bauern und die sogenannten Kleingütler hervorgegangen sind.

§. 56.

Da der Begriff eines Kleinbegüterten oder armen Mannes sehr vag war, so hat man in vielen Dorfrechten, Dessenungen und Weisthümern ein gewisses Maß von Grundbesitz festgesetzt, welches für die volle Berechnigung nothwendig war, in freien Dorfgemeinden eben sowohl, wie in grundherrlichen und in gemischten. In freien Dorfgemeinden (wer in disen zilen vnd kreisen gessen ist vnd darinn siben schuo witt vnd breitt hatt³⁰⁾). der dieselben Güetter hatt jnret Etters siben Schuh witt für sich oder hinder sich³¹⁾. In grundherrlichen Gemeinden. (wer der syg der der hofguetern von Altorf siben schuh witt vnd breit hab³²⁾). er hab den in irm hof si-

„ihr eigen Gut hätten, das weder seiner Gnaden noch deren von „Regensburg gewesen“.

29) *Quamvis pauper (scil. liber) sit, tamen, libertatem suam non perdat, nec hereditatem suam, d. h. sein Erbe oder seinen Grundbesitz in L. Bajuvar. VII, 4. (VI, c. 3 §. 1). De oppressione pauperum liberorum hominum, ut non fiant a potentioribus — oppressi, ita ut coacti res eorum vendant aut tradant — ne forte parentes fiant exherediti d. h. besiplos Cap. II von 805, c. 16. von Capit. III von 805, c. 18. L. Longob. III, tit. 12, c. 4. Res pauperum vel minus potentum nec emere nec vi tollere in Capit. lib. 2, c. 32.*

30) *Offn. von Bonstetten §. 2 bei Schauberg, I, 13.*

31) *Offn. von Binzifen, §. 2 u. 5 bei Schauberg I, 41.*

32) *Grimm, I, 11, §. 3.*

ben schuch lang vnd breitt)³³⁾. In gemischten Gemeinden. (wer der güter drei furch hab, derselb sol sin ein huber³⁴⁾).

Zu den nicht vollberechtigten Grundbesitzern wurden auch die Rötter, Häusler, Selbner, Lehener, Rößler, Hüttner, Brinkfiser u. a. m., insbesondere auch diejenigen gerechnet, welche bloß Gärten oder Wiesen besaßen.

Unter Roter, Rötter, Rötter, Rotsassen, Rotsaten, Rössaten, Rössäten, cottarii, casati u. s. w. hat man von je her solche Leute verstanden, die ein Häuschen oder eine Rote besaßen. (casam que kote dicitur³⁵⁾, domuncula, que cote dicitur³⁶⁾, kaitstede oder koetatede³⁷⁾, kotstede, Kotzenstähde für Kotsätenstätte, kothof, kotword, curtis cossatica, area cossatica u. s. w.³⁸⁾). Rötter nannte man aber zuweilen auch noch diejenigen Leute, welche außer dem Häuschen und außer etwa einem Gärtchen auch noch etwas Feld besaßen, z. B. in der Bauerschaft Kirchborchen³⁹⁾. Anderwärts, z. B. im Dorfe Fürstenberg, hatten sie aber oder wenigstens viele von ihnen nicht ein Mal einen eigenen Pflug und keine Pferde⁴⁰⁾. Nach der Größe ihres Besitzthums wurden sie Großrötter und Kleindrötter genannt⁴¹⁾.

Dasselbe was die Rötter sind anderwärts, z. B. in Valern, Böhmen, Sachsen u. s. w. die Häusler und Hausseßs gewesen, welche man in Baiern auch Lärhäusler zu nennen pflegte, weil sie außer einem Häuschen und etwa einem Gärtchen keine oder nur wenige Grundstücke, also nur ein leeres Haus besaßen haben⁴²⁾.

33) Grimm, I, 27. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 19 u. 20.

34) Grimm, I, 421.

35) Dipl. von 1337 bei Falcke, trad. corb. p. 916.

36) Dipl. von 1296 bei Westphalen III, 1549.

37) Hofr. von Luttingen, IV, 1—5, VI, 1—3 bei Lacomblet, Archiv I, 199.

38) Haltaus, p. 1125—1126. Scherz, p. 820—821. Besitzthum bei Wigand, Provinzialr. von Paderborn III, 8—10.

39) Besitz. bei Wigand, Provinzialr. von Paderb. III, 8 u. 9.

40) Urk. von 1449 bei Wigand, Archiv, IV, 2 p. 184. „de Rotere de „nicht plogh obir perde hebben“.

41) Selschow, Braunsch. Län. Pr. R. §. 221. Runde §. 490.

42) Schmeller, II, 248. Landgebot von 1491 bei von Krenner Bair. Landtags Hbl. IX, 21 „daß kein lediger Knecht, der nicht Hausseßs

Eben so die Selbner, Sölbner, Selbener, Selb-
häusler, Laerseldner oder Baufeldner, welche außer ihrer
Selben oder Sölden, d. h. einem kleinen Häuschen, keinen oder
nur wenig Grund und Boden zu besitzen pflegten⁴³⁾. Außer
Baiern kommt der Name auch noch in den verschiedenen Theilen
von Schwaben, Franken u. a. m. vor⁴⁴⁾. Dasselbe was die
Leerhäusler und Selbner waren auch die Freter, d. h. Tagelöh-
ner, welche eine bloße Frete, oder ein Leerhäuslein ohne eigene
Feldwirthschaft besaßen⁴⁵⁾.

Lehener oder Lechner waren in Baiern die Besitzer eines
kleinen Bauerngutes, welches man Lehen genannt hat⁴⁶⁾.

Köbler oder KEBler nannte man in Baiern und Franken
diejenigen Landleute, welche nur einen Kobel, d. h. ein geringes
Wohnhaus ohne oder mit nur weniger Feldwirthschaft besaßen⁴⁷⁾.
Ähnlich den Kobel waren in Franken die Tropffhäuslein, mit
welchen entweder gar kein Grundbesitz oder höchstens nur ein
Gärtlein verbunden war⁴⁸⁾.

Hüttner nannte man diejenigen Landleute im Stifte Fulda,
welche eine bloße Hütte hatten. Sie waren entweder begüterte
oder verschwelligte Hüttner. Im ersten Falle besaßen sie außer
ihrer Hütte auch noch ein dazu gehöriges Hüttnergütchen, im
letzten Falle bestand aber ihr ganzes Besizthum in einer Hütte⁴⁹⁾.

In Sachsen nannte man sie Büdner, weil sie nur eine
Hütte oder ein Häuschen ohne anderen Grund und Boden hatten.

„und beweibt sey“. Haubold, Sächs. Pr. R. § 454. Curtius, Sächs.
Civillr. I, §. 267, p. 271.

43) Schmeller, III, 236 u. 237.

44) Kreittmayr, V, 28 §. 3. Weishaar, Würt. Pr. R. II, §. 432. Hag-
genmüller, I, 219. Instruction für die Landrenovatoren in den Frän-
kischen Fürstenthümern von 1746 §. 40 p. 56 Grimm, I, 644.

45) Westenrieder, gloss. p. 164 u. 165. Vgl. Schmeller, I, 620.

46) Schmeller, II, 459.

47) Grimm III, 630. Schmeller, II, 275 — 276. Instruction zur Rük-
ung von 1512 bei Krenner, XVIII, 434. „auf eine Sölden oder Köb-
ler“. Instruction für die Landrenovatoren in den Fränkischen Fürsten-
thümern von 1746 §. 42 p. 60.

48) Instruction von 1746 cit. §. 43, p. 60—61.

49) Thomas, I, 254—255.

Bringsitzer, Brinkfizer, Brinkfitter, Brinkfassen oder Brinkliegger nannte man zumal in Niedersachsen, Hessen und Westphalen diejenigen Leute, welche sich erst in neueren Zeiten auf einem bisher noch nicht kultivirten Lande angebaut hatten und nebst etwas Land nur noch eine Hütte besaßen. Sie wurden daher auch Neubauer genannt⁵⁰). Im Eichsfeld nannte man sie Anbauer, Neubauer oder auch Einmiethlinge⁵¹).

In Baiern pflegte man von je her alle Arten von nicht vollberechtigten Grundbesitzern in den Dorfschaften die Kleinbegüterten oder Kleingütler zu nennen, und in Niedersachsen die Kleinen Leute (de lütjen Lüde).

Im Lande Delbrück endlich nannte man die alten und neuen Colonisten Zuläger und die Kleinbegüterten, welche nur ein Viertel Meiergut hatten, Bardenhauer, weil sie nur mit einer Barde, d. h. mit einem kleinen Handbeil das niedere Buschwerk umhauen und sich dabei keiner Art bedienen durften⁵²).

Zu den nicht vollberechtigten Ortsbürgern gehörten übrigens auch diejenigen, welche bloß Wiesen besaßen⁵³) und die Gärtner⁵⁴).

Das Rechtsverhältniß dieser verschiedenen Arten von nicht vollberechtigten kleinen Grundbesitzern war übrigens an den verschiedenen Orten sehr verschieden bestimmt. So wurden z. B. in Sachsen bei der Vertheilung der Gemeindefasten vier Gärtner und acht Häusler einem Vollhufner gleichgeachtet⁵⁵), anderwärts aber vier Gärtner und sechzehn Häusler⁵⁶). In Baiern sollten 32 Selden oder 32 Laerhäuslein auf einen Bauernhof gehen. Doch

50) Hess. Grebenordnung §. 31. Nr. 9. p. 77. Piper, Marken R. p. 79. Müntrop, I, 113 u. 193. Pufendorf, observ. I, obs. 121 §. 13 p. 324. Selchow, Braunsch. Lün. Pr. R. §. 221. p. 173. Haltaus, p. 186—187. Brem. niederf. Wörtrb. I, 141.

51) Hartmann, Prov. R. des Eichsfelds, p. 335.

52) Delbrücker Landr. I, §. 12. Wigand, Provinzialr. von Baderborn, II, 415.

53) Urk. von 1347 bei Bluntzschli, I, 253.

54) Heimbach, Pr. R. §. 348.

55) Curtius, I, §. 267, p. 271.

56) Haubold, §. 454.

war dieses zu verschiedenen Zeiten verschieden bestimmt ⁵⁷⁾. In Franken war ein Söldengut so viel als ein Viertelshof ⁵⁸⁾. In einigen Territorien haben jedoch auch die kleineren Grundbesitzer nach und nach größere Ländereien und Wiesen erworben, und dann sind dieselben den Gemeindegliedern selbst beigezählt und ihnen hie und da sogar ganz gleichgesetzt worden, z. B. die Hüttner im Stifte Fulda ⁵⁹⁾, die Röthner im Braunschweigischen ⁶⁰⁾, die Tagelöhner (Tagwer) in der Schweiz ⁶¹⁾, von denen nachher noch weiter die Rede sein wird.

§. 57.

Außer den Röthern, Häuslern, Selbnern und anderen Kleinbegüterten gehörten zu den nicht vollberechtigten Leuten natürlich auch diejenigen, welche gar kein eigenes Besitzthum, nicht einmal eine eigene Wohnung hatten. Man nannte sie daher ungewerte Leute (*homines, qui ungewert dicuntur, id est, qui non habent nec tenent agriculturam in campis*) ⁶²⁾, Ungeerbte ⁶³⁾ oder besitzlose Leute (*non possessionati*) ⁶⁴⁾. Man nannte sie aber aus demselben Grunde auch einlefftige ⁶⁵⁾ oder einlufftige Leute (*homines einlufftige Lude dicuntur, qui aliqua bona in campis non habent*) ⁶⁶⁾. *eynlefftigede lude — et sunt tales homines sic vocati illi, qui non habent hereditatem*

57) Schmeller, II, 248 u. 459, III, 236.

58) Instruction für die Renovatoren von 1746, §. 40 p. 56.

59) Thomas, I, 217, 240 u. 254—255.

60) Pufendorf, IV, obs. 108. p. 203. Hagemann, Landwirthsch. p. 85.

61) Renaud in Zeitschr. für D. R. IX, 36, 37 u. 41—45.

62) Urk. von 1340 bei Kindlinger, S. 417.

63) Grimm, I, 517.

64) Dipl. von 1486 bei Schoettgen und Kreysig, II, 655 u. 656.

65) Grimm, I, 517. „sollen die eynlefftigen oder ungeerbten ymme dorff „unde marke.“ u. p. 523.

66) Dipl. von 1340 bei Kindlinger, S. 417. vgl. Urk. von 1276. aus Würdtwein bei Mone, Anzeiger, VIII, 468., eine Urk., welche ich aber nicht bei Würdtwein gefunden habe.

vel agros vel possessiones in villa)⁶⁷⁾, oder auch Hintersassen, weil sie ohne einen eigenen Grund und Boden zu besitzen auf dem Besitzthum eines anderen Bauers angesiedelt waren (*hinder-sesse sive eynleffigede lude in villa, qui non habent hereditatem vel agros vel possessiones in villa*)⁶⁸⁾. Dahin gehörten insbesondere die Häuslinge und Hausgenossen, welche keine eigene Wohnung hatten, vielmehr bei anderen Leuten zur Miethe wohnten, aber dennoch ein eigenes Gewerbe trieben, z. B. in Sachsen, Braunschweig u. a. m.⁶⁹⁾. Diese zur Miethe oder zur Heuer wohnenden Leute nannte man auch Inleute, z. B. in Baiern⁷⁰⁾, Einlieger, Inliegere, Miethlinge oder Miethsleute z. B. im Stifte Fulda, im Dithmarschen u. a. m.⁷¹⁾, Heuerleute oder Heuerlinge z. B. in Westphalen⁷²⁾, Hintersassen z. B. in Nürnberg und Regensburg⁷³⁾, Beilieger z. B. in Westphalen⁷⁴⁾.

§. 58.

In die Klasse der nicht vollberechtigten Landleute gehörten auch die Tagelöhner, die Knechte und Mägde, die nachgebornen noch nicht selbständigen Kinder und die Dorfhandwerker.

67) Grimm III, 620. vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 20—23. Vgl. damit die unhaltbare Darstellung von Thubichum, p. 212 ff.

68) Kinbinger, Hdr. p. 296 u. 299. Grimm III, 620.

69) Selchow, Br. Lün. Pr. R. §. 221 u. 223. Curtius, I, § 268, p. 271. Haubold, § 454. Sachs, Pr. R. §. 620., Westphal, D. Pr. R. I, 256.

70) Krenner, XVI, 248 u. 261. Schmeller, I, 72.

71) Thomas, I, 218—219. Mandat von 1607 bei Michelsen, Dithm. Urkb. p. 391. Hagemann, p. 98.

72) Altrup, II, 162. Wigand, Provinzialr. von Paderb. II, 415.

73) Schmeller, II, 219.

74) Landrecht der Grafschaft Rietberg bei Wigand. Archiv, V, 146 f. Beilieger, welcher „keine gutherrliche Gründe besitzt, sondern nur bey „anderen Colonis (b. h. bei einem Meier) etwa eine Wohnung „und Stüde Landes conductitie unter hat (b. h. von dem Meier gepachtet hat), „wovon er dem colono das locarium bezahlt, und damit

Tagelöhner, Tageschallen, Dagewerker und Tageswerchten, Werchläte, Tagnauwern, Tauwer, Tauner, Tagwer, Tagmer, Tagwenknechte u. s. w. nannte man diejenigen Leute, welche mit Tagelöhner-, Tagwen-, Tagwerk- oder Knechtsdiensten ihr Brod verdienen mußten⁷⁵⁾. Sie waren meistens ohne alles Besitzthum und gehörten daher zu den vorhin erwähnten Händlingen, Miethlingen, Beiliegern, Zuleuten u. s. w. Ofters erhielten aber auch sie ein Häuschen oder ein Plätzchen zum Anbau entweder auf den Almenden oder auf den Hubengütern selbst⁷⁶⁾, und dann gehörten sie natürlicher Weise zu den Häuslern oder Röthern u. s. w. In Baiern hießen sie sobann von dem Nebenhäuschen, welches ihnen der Bauer einzuräumen pflegte, die Schause, oder Ingehaue⁷⁷⁾. Im einen wie in dem anderen Falle waren sie jedoch bloße Vetassen und daher von den eigentlichen Bauern und Hubnern, welche Bauernhöfe oder Huben besaßen, wesentlich verschieden. („zwischen den puren und „Inhabren der hof eins vnd den tagnowern anderst. — „wen von denen so die hof vnd guetter buwent, vnd einen „von den dagnouwern erwellen“⁷⁸⁾. „den huehren und tag- „nauwren“⁷⁹⁾. In späteren Zeiten haben sie sich jedoch in manchen Territorien gehoben, wie dieses auch bei anderen Häuslern, Hüttnern und Röthern der Fall war. Und dann wurden auch sie mit zur Gemeinde gezählt.

In dieselbe Klasse gehörten auch die Knechte und Mägde und die noch nicht selbständigen Kinder. (welcher nit in der gemein ist, ess sey knecht oder nachpauers sohn)⁸⁰⁾. So lange die Dienstboten und die Kinder noch unverheirathet ohne

„er dürffe Vieh auf die gemeine Weyde treiben, müssen dem gnäd. Landesherrn von einem Ochsen einen 1/2 Thaler, von einer Kuh“.
vgl. noch p. 133 u. 143.

75) Stalder I, 259. Tobler, p. 446. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 455.

76) Erbacher Er. p. 100 u. 356. Renaud in Zeitschr. IX, p. 29. Not.

77) Schmeller, II, 248.

78) Holzordnung von Opfikon bei Schauberg, I, 134 u. 135.

79) Schwommenbinger Offn. §. 1. bei Schauberg, I, 131. Vgl. noch Erbacher Landr. p. 357. Grimm, I, 138.

80) Grimm, II, 155.

einen eigenen Rauch zu führen bei ihrer Dienstherrschaft oder im elterlichen Hause gewohnt haben, verstand sich dieses von selbst, denn in diesem Falle gehörten sie noch zu den besitzlosen Leuten⁸¹⁾.

Sogar eine kurpfälzische Verordnung vom 18ten April 1788 verordnet noch in dieser Beziehung: „daß keinem neu angenommenen jungen Bürger, so lang er sich bey seinen Eltern befindet, „und keine eigene Haushaltung führet, einige Allmenten oder zum „Umrotten unter die Bürgere abgegeben werdende Wendstücken zugetheilet werden sollen.“ Allein auch dann, wenn die Kinder sich verheirathet und von ihrer Dienstherrschaft oder von ihren Eltern ein Häuschen auf der Hube oder auf dem Bauerngute erhalten hatten, blieben sie dennoch bloße Beisassen⁸²⁾. In manchen Gemeinden gestattete man jedoch den sogenannten Dorfkindern einen wenn auch beschränkteren Antheil an den Marknutzungen⁸³⁾.

Endlich gehörten dahin auch noch die Dorfhandwerker.

59.

Die Handwerker wurden nämlich in den Dorfmarken eben so wenig begünstigt wie in den alten großen Marken⁸⁴⁾. Das Gewerbswesen sollte vielmehr zur städtischen Nahrung gehören. Nur während der Kirchweih hatten auch die Dorfschaften Märkte und die mit jedem Markte verbundene Freiheit. („daruf der scheffen „erkannt, wer hf die kirche komme, der möge freyen kauf haben vnd „treiben vnd frey sein“), unter dem Schutze des Schirmvogtes, welcher für freies und sicheres Geleit sorgen mußte⁸⁵⁾. Von die-

81) Urk. von 1601 u. 1670 bei Bluntschli, II, 65 u. 66. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 207, IV, 37. Meine Gesch. der Markenverf. p. 117. vgl. auch Thudichum, Markenverf. p. 229, not. 3., der jedoch, nach seiner ganz unbegründeten Theorie, dieses für eine Ausnahme von der Regel hält.

82) Erbacher Landr. p. 356 u. 357. Thomas, I, 218.

83) Offn. von Schwarzenbach bei Grimm, I, 217. „Es mag auch ein „jeder, welcher ein Dorfkind und alda geboren ist, eine Luch „und schwyn auff die Zelsch einem hirtten fürschlagen, o b e r schon „keine aigne glegne güter habe.“

84) Meine Gesch. der Markenverf. p. 118. ff.

85) Grimm, II, 192, §. 13—15. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 65—67.

ter, wenn auch nach Zeit und Ort beschränkten Freiheit der Gewerbe und des Handels zogen insbesondere jene Dorfschaften Nutzen, welche außer jenem Rechte auch noch das Recht Wochen- und Jahrmärkte zu halten erlangt und von diesem Rechte den Namen Marktflecken oder Märkte erhalten hatten. Denn mit dem Marktrecht war immer auch das Recht Gewerbe zu treiben verbunden, z. B. nach der Württembergischen Landesordnung von 1552 p. 21., wo es heißt: „Ist hiemit vnser ernstlich meinung, das in solchem werben vnd handtiern den dörffern, so nit eigen wochenmärckt von alters gehabt, die wullin tûch, barchat vund würtz feil zu haben, abgestricht vnd verboten, darmit die Stett fürderlicher bei jrn wesen erhalten werden.“ In den übrigen Dorfschaften pflegte jedoch, wie bemerkt, das Gewerbeswesen keineswegs begünstigt zu werden. Daher durfte ohne Erlaubniß der Obrigkeit und der Gemeinde niemand ein Handwerk treiben⁸⁶⁾. Und in den meisten Territorien war genau vorgeschrieben, welche Handwerke auf dem Lande getrieben werden durften und welche nicht⁸⁷⁾. In Hessen z. B. war in der Reformation in Policeisachen von 1526 zu Gunsten der Städte vorgeschrieben, daß in den Dörfern keine Wollenwagen, keine Bierbrauer und keine Handwerker sitzen sollten, mit Ausnahme der Schmiede, der Hausbäcker, der Schneider und Leineweber, welche Frauentuch machen⁸⁸⁾. In der Mark Brandenburg wurden auf dem Lande nur Leineweber, Schneider, Zimmerleute, Schmiede und Rademacher geduldet. Es erschienen über sie eine Menge Verordnungen z. B. über das von ihnen zu verfertigende Meisterstück⁸⁹⁾. In den Dörfern um Altenburg wurden nur Schmiede, Schneider und Leineweber geduldet und diese durften keine Gesellen halten⁹⁰⁾, und in den Dörfern um Rönigsee durften ohne obrigkeitliche Er-

86) Hess. Stedenordnung, tit. 8, §. 4. p. 23.

87) Württemberg. Landesordnung von 1552 p. 21 u. 22. Gabel, Dorf- und Bauernrecht, §. 61—65 p. 44. Weisser, Recht der Handwerker, p. 228. ff. Hagemann, p. 70. ff.

88) von Rommel, Philipp der Großmüthige, II, 355.

89) Edict von 1729 bei Mylius, V, 2. p. 759.

90) Schied von 1473 bei Walch, III, 6, 22 u. 23.

kaufniß gar keine Handwerker wohnen⁹¹⁾. In den Dörfern um Rubolstadt und Blankenburg war das Bierbrauen verboten. Sein eigenes Gewächs durfte jedoch jeder Bauer verbrauen⁹²⁾. In Schlessen durften binnen der Baunmeile nur Schuhflücker oder sogenannte Altpuzzer oder Vorschuber und Schmiede in den Dörfern sein. („Keynerley Hantwerckman sol da sitzen, sunder ein Altpuzzer alder Schuhe und ein Smidt, der Pfügenysen scherpset⁹³⁾. „in den Dorferen kein Hantwerckman wonen sal, an die vordusen und Solen ansetzen und Smide, die ysen von dem Pfluge „scherfen“⁹⁴⁾. Fast allenthalben findet man jedoch Bäcker, Metzger, Krämer, Wirth, Bader, Schuhmacher, wenigstens Schuhflücker, Bauernschneider, Leineweber, Köhler, Ziegelbrenner, Maurer, Zimmerleute, Schmiede, Wagner, Fassbinder oder Kiefer und andere für den Acker- und Weinbau ganz unentbehrliche Handwerker. Und auch in den Weisthümern wird ihrer nicht selten erwähnt⁹⁵⁾. In Baiern nannte man das Recht der Gemeinden gewisse Gewerbe zu halten die Ehehaft- oder Haftsgerechtigkeit. Und fast jede Gemeinde hatte das Recht, einen Bader, Bäcker, Müller, Schmied, Wirth u. s. w. zu halten⁹⁶⁾.

Diese Dorfhandwerker und Gewerbsleute konnten nun zwar in Grund und Boden angefessene Leute sein. Und in manchen Dorfschaften war sogar die Ausübung eines Gewerbes von dem Besitze von Grund und Boden abhängig gemacht. (werz funf schilling werdt erblicher guter im dorf habe, der mag breuen, schenken, backen vnd schlachten mit gerechter mass, d. h. mit vorschriftsmäßigem Maaß und Gewicht)⁹⁷⁾. In Baiern insbesondere haftete insgemein die Schmiede-, Bader-,

91) Stadtrecht von Königssee von 1365 bei Balg, VII, 51.

92) Statut von Rubolstadt von 1594 art. 10 §. 1: und von Blankenburg von 1594, art. 10 §. 13 bei Balg, V. 54 u. 99.

93) Urk. von 1329 bei L. und Stengel, Urkb. p. 529.

94) Stadtrecht von Schweidnitz, §. 52 bei L. u. St. p. 526. Urk. von 1337 eod. p. 548.

95) Grimm, I, 150, 156, 453, 454, 666, 701, II, 126, 254, 284, III, 645, 669, 684.

96) Grimm, III, 630 u. 642. §. 14. Schmeller, I, 6. Ehehaftrecht von Greilsparg, §. 5 u. 6. bei Seifried, I, 233.

97) Grimm, III, 580.

Mühlen- und Tafen- oder Schenlgerechtigkeit auf bestimmten Häusern. Man nannte daher solche Gerechtigkeiten Erbgerechtigkeiten und die Gewerbe selbst Ehaftgewerbe, die Gebäude aber auf welchen solche Gewerbe ruhten, Ehehaftschmieden, Eheschmieden oder Eschmieden, Ehehaftbader, Ebader, oder Ebader, Ehehaftmühlen, Ehemühlen oder Emählen und Ehetasernen oder Etafern⁹⁸⁾. Und heute noch haftet z. B. die Stelle eines Landarztes in Benharting u. a. m. auf dem Besitze eines Hauses, auf welchem in früheren Zeiten die Badergerechtigkeit geruht hat. Anderwärts z. B. im Stifte Fulda stand die Braugerechtigkeit den Gemeindegliedern in der Art zu, daß das Recht zu brauen unter den einzelnen Gemeindegliedern im Dorfe herumging⁹⁹⁾. In der Regel hatten jedoch die Handwerker gar keinen Grundbesitz. Sie wohnten vielmehr als Häuslinge, Einlieger oder Beillieger bei Anderen zur Mieth, oder besaßen höchstens ein Häuschen sammt Gärtchen und einige wenige Äcker, und gehörten sodann zu den Häuslern, Selbhuern oder Köthern. Im einen wie in dem anderen Falle waren sie aber bloße Beisassen¹⁾. Da indessen manche Handwerker und andere Gewerbsleute z. B. die Schmiede, Wagner, Zimmerleute, Dreher, Schüsselmacher („Schühler“), Schuster („Schuchart“), Fagbinder, Köhler u. a. m., ohne gewisse Marknutzungen gar nicht bestehen konnten, so waren mit der Betreibung dieser Handwerke meistens gewisse Gemeindennutzungen verbunden, wofür sie sodann an den Förster oder auch an die Dorfgemeinde selbst eine kleine Abgabe entrichteten und für die Bauern arbeiten, hie und da auch ihnen eine bestimmte Arbeit liefern mußten. So die Wagner, Köhler und Dreher in Talsant. (Wagoner und Köler mögent sich der wolke zu iren hantwercken gebruchen, sovil man in diesem genirk notturftig ist zu haben vad zu verbruchen sander waltrecht. Item eyn schüsseler oder dreher soll

98) Zwirngibl, Probst. Hainzbach, p. 466—468. 9ter Freiheitsbrief von 1358. Krenner, Etbl. XIV, 381. Mandat von 1784, §. 17 in Meyr, Gerl. S. II, 1477. Schmeller, I, 4 u. 6. Westenrieder, Glossar. p. 120.

99) Thomas, I, 235.

1) Erbacher Landr. p. 357. Hagemann, p. 98.

vor synen gebrüche der welde sich alle jare bewysen mit eym dutzet schusseln vnd deller vngeuerlich)²⁾. Eben so die Dorffschmiede in Haselach, Schnottwyl und Schönfeld. (die smide in der vogetige sullent ouch den forstern geben sehzeihen hubysin und negele darzu, und sullent denne die forstere dieselben ysin und die nagele antwurten den herren, und sollent darumb die smide hawen tobholtz in den gemeinen welden der vögetigen³⁾). Ein jeder schmid soll jedem bauern ein schar machen und soll ihnen allen treulich schmiden und ihnen embsiglich warten mit seiner arbeit. er soll ihnen aufschlagen ein neue schinn umb zwei pfennig, ein alte umb ein pfennig, ein neu eisen umb ein pfennig und ein altes um ein pfennig u. s. w.⁴⁾. Die Köhler und Zimmerleute in Sigolzheim (so sol in der koler unde der cimberman ze cinse geben iegelicher ein unze phenninge und ein vierteil wines und vier wissu broet⁵⁾). Die Faßbinder, Köhler und Wagner in Winbhag (drei werkstätt seind frei am wald, pindter, kholler und wagner)⁶⁾. Die Wagner, Schußler und Köhler zu Sachsenheim in der Pfalz hatten Holzberechtigungen, durften aber nur für diejenigen arbeiten, welche in der Alment angeschlossen waren. (das die wagner, so in der alment sitzen, und darin gehören, mögen hauen büchen und eichen holz zu wägen karchen und pflügen, und was sie daraus machen das sollen sie vertreiben under denen, die in der alment sitzen und darin gehören, — Auch so weisen wir, dass die schüssler mögen hauen erlen, espen und birkenholz und kein andres mehr. die schusseln, so sie daraus machen werden, sollen sie vertreiben under denen die in die alment gehören. — Auch so weisen wir, das die köhler mögen alle aftersslege und das von dem wind umbgefallen ist und alt ligend holz zu kohlen machen, und solln sonst kein grün holz hauen, und sollen die kolen verdreiben under denen die in die allment

2) Grimm, II, 126.

3) Grimm, I, 701.

4) Grimm, III, 628. Vgl. noch Renaud in Zeitschr. IX, 46.

5) Grimm, I, 666.

6) Grimm III, 684.

gehören ⁷⁾. Im Dreieicher Forst durfte der Dorfschmied so viele Kohlen brennen, als er zur Bedienung seiner Dorfnachbarn nothwendig hatte, und der Dorfschuster („Schuchart“) so viele Baumrinden holen, als er zum Gerben des Leders nothwendig hatte, welches er brauchte, um die nöthigen Schuhe für seine Dorfnachbarn zu machen ⁸⁾. Die Ziegler hatten insgemein eine Abgabe („den Herdzins“) an die Gemeinde zu entrichten, und die Gemeindeglieder mit dem nöthigen Bedarf von Ziegeln zu versorgen. (Er soll auch dem Kählhof und den Huebren die ziegel so sie ieder zeith mangelbahr, inmassen und gefallen lassen) ⁹⁾. Auch die Müller hatten sehr häufig Holzberechtigungen in den Gemeindegliedern, wenn sie keine eigene Walbungen besaßen oder wenn diese nicht das nöthige Holz für ihre Mühle lieferten, z. B. in Birmensdorf, Urdorf und Schnottwyl in der Schweiz, zu Scherwiler im Elsaß u. a. m. (dieselben müllinen haben ouch ein holtz, genant das mülliholtz, da sol der müller inne holtz hōwen des er ze der mülli bedarf, findet aber er zu der mülli nit, das im fugte, so sol er holtz hōwen in der gebursami holtz) ¹⁰⁾. Auch sollten sie einen Försterlohn entrichten, z. B. der Müller von Niedermartel (der müller soll aim forster zuo martell geben I fiertel korn) ¹¹⁾. Nichts desto weniger waren aber auch sie bloße Weisaffen und hatten daher nicht alle Gemeindegliedern der vollberechtigten Gemeindeglieder. Sie hatten insgemein dieselben geringeren Marknutzungen, wie die Handwerker und die übrigen Weisaffen, z. B. im Kanton Zürich ¹²⁾. Ein Weiderecht hatten aber auch die Müller öfters nicht. Und dann durften auch sie kein anderes Vieh als einen Hund, eine Kaze und einen Hahn halten. (weller ouch jnn der Ouw vff der müllj statt gesessen ist. der soll weder wun nach weid mit vnss

7) Grimm, I, 453—454

8) Grimm, I, 499

9) Schwommenbinger Offn. bei Schauberg, I, 133.

10) Grimm, I, 36. vgl. noch p. 676. und Renaud in Zeitschrift IX, 44 u. 46.

11) Spruch zwischen denen von Obermartel und dem Müller von Niedermartel bei Schauberg, I, 176.

12) Rathserkenntniß aus 15tem sec. bei Schauberg, I, 137.

niessen. es wer dann ob er ein hund oder ein katzen ald ein hannen hette, die mögend da gan ^{12a)}. Item der müller zo glattbrugg sol nüt me haben denn ein hund vnd ein katzen vnd anders ein kein vich das den obernhusen schädlich sige ¹³⁾. Daher das Schriechwort: „Hund und Kage, Huhn und Hahn ist „des Ungenossen Vieh.“ ^{13a)}.

§. 60.

Sämmtliche nicht vollberechtigte Genossen, die Rötter, Häusler und Selbner eben sowohl wie die ganz besitzlosen Leute führten den gemeinschaftlichen Namen Beisassen, Beisessen, Dorfbeisassen ¹⁴⁾, Beisiger ¹⁵⁾, Einsassen, Hintersassen oder Hintersäßen ¹⁶⁾.

Sie hatten entweder gar keine Berechtigung in der Dorfmark oder nur eine sehr geringe. (§. 98.) Auch waren sie öfters beschränkt hinsichtlich des Betriebes von Gewerben ¹⁷⁾, hinsichtlich des Erwerbes von Grund und Boden ¹⁸⁾, und von Gültcn u. s. w. ¹⁹⁾. Ihrer rechtlichen Stellung nach waren sie jedoch von zwei sehr verschiedener Art, je nachdem sie auf der gemeinen Mark oder auf einem Bauernhofe (auf einer Hube) angeessen waren.

Die Häusler, Rötter, Selbner oder Tagelöhner (Tagwoner), deren Hütte, Häuschen oder Rothe auf der gemeinen Mark oder Almend gebaut war ²⁰⁾, sind nämlich wahre Hintersassen der

12a) Offn. zu Kloten, §. 45 bei Schauberg I, 192.

13) Offn. von Oberhausen von 1393 bei Schauberg, Beiträge, II, 225.

13a) Graf und Dietherr, Rechtsprüchwörter, p. 69.

14) Offn. von Dübendorf §. 20 bei Schauberg, I, 102. Thomas I, 218.

Auch die von Thudischum, Markenverf. p. 229, Not. 3 angeführten Beispiele gehören hierher, wiewohl dieser sie mit Unrecht für Ausnahmen hält.

15) Sternberg, I, 6, 14, 15, 16, 17 u. 23.

16) Stettler, Rechtsg. von Bern p. 74, 120 u. 121. Landbuch von Schwyz p. 79, 83 u. 144 u. 153.

17) Landbuch von Schwyz, p. 79.

18) Landbuch von Schwyz, p. 92 u. 148.

19) Landbuch von Schwyz, p. 139, 140 u. 148.

20) Westphal, D. Pr. R. I, 256. Erbacher Landr. p. 356. Hartmann,

Dorfsgemeinde gewesen. Sie standen demnach unter dem directen Schutze der Gemeinde und wurden auch Schutzensgenossen und Schutzverwandte, Hintersiebler, Hintersättler oder Hintersassen genannt²¹⁾. Sie mußten ein Schutzgeld an die Gemeinde entrichten, welches man Beisassengeld²²⁾, Beisitzergeld, Beisitzgeld oder Beisitzertthaler und Beisitzertthaler²³⁾, Einmiethlings- und Dienstgeld²⁴⁾, Hintersäßgeld²⁵⁾ oder auch Schutzgeld zu nennen pflegte²⁶⁾. Wie andere Schutzhörige mußten auch die Häusler und Köthler in manchen Dorfschaften von Fall zu Fall ein sogenanntes Wingen- geld an die Gemeinde entrichten²⁷⁾, die Ziegler aber einen jährlichen Herdzins²⁸⁾, sodann die Bäcker (Vailpak), Schuhmacher (Schuchster) und Weber in Langenerringen jedes Jahr einige Pfenninge²⁹⁾, und die Tagelöhner (Tagwoner oder Tauner) zu Rychigen für 1000 Fuß Almend jedes Jahr einen Kreuzer³⁰⁾.

§. 61.

Waren dagegen die Hütten, Kothlen, Häuschen, Leerhäuser, Nebenbau, Gabun oder Tagelöhnerhäuser auf einer Hube oder auf einem Bauernhofe erbaut, oder saßen die Knechte, Tagelöhner u. a. m. in einem dem Bauer oder Hubner gehörigen Nebenhäuschen oder Leerhäusl oder in einer diesem gehörigen Hütte oder Kothle, so waren die Beisassen sodann wahre Hintersassen oder

Provincialr. des Eichsfeldes p. 355. Dorfbuch von Rychigen in der Zeitschr. f. D. R. IX, 29. Not.

21) Hess. Grebenordn. §. 31 Nr. 9 p. 77. Hartmann p. 339. Helm- bach, §. 349. Sachs. Schf. Pr.-R. §. 620.

22) Landrecht von Erbach, p. 357 u. 359.

23) Sternberg, I, 9, 14, 15, 17, 18, 19, 64 u. 106. Thomas I, 218.

24) Hartmann, I, p. 335 u. 341.

25) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältnisse in Bern, p. 38. Re- naud in Zeitschr. IX, 60. Not. 129.

26) Hagemann, p. 99

27) Westphal, I, 256—259.

28) Schwommenbinger Offn. bei Schauberg, I, 133.

29) Grimm, III, 645.

30) Dorfbuch in Zeitschr. für D. R. IX, 29. Not.

Hintersiedler des Hubners oder des Bauers ³¹⁾. Es gehörten dahin in Baiern die Tagelöhner oder Gehause und Ingehaue ³²⁾, die meisten Selbner und Laerhäusler ³³⁾, alle Hintersaezzen oder Hintersässen der Bauern und Huebner ³⁴⁾ und die Lehener oder Lechner, d. h. die Inhaber von kleinen Gütern, welche man Lehen zu nennen und darunter Güter zu verstehen pflegte, welche der Eigenthümer einem anderen gegen die Entrichtung gewisser Abgaben zur Benutzung überlassen oder geliehen hatte ³⁵⁾. Im Odenwalde gehören dahin die Tagelöhner und die verheiratheten Knechte ³⁶⁾, im Stifte Fulda die Dorfbeisassen oder Miethlinge ³⁷⁾, im Eichsfeld die Anbauer, Neubauer oder Häusler und viele Einmiethlinge ³⁸⁾, in Westphalen die Beilieger ³⁹⁾, und in fast ganz Deutschland die Hintersassen der Hubner, welche man auch Aftersiedler oder subcoloni ⁴⁰⁾, Hintersiedler, Untersiedler und Untersassen zu nennen pflegte, indem dieselben als Pächter oder unter einem anderen Rechtstitel das Bauerngut eines anderen bauten, (sein erber man der erb von dem gotzhuss hett vnnnd selber darvff nit ensäss vnnnd ein hindersessen dar vff hette ⁴¹⁾). Welich huber aber deme eigen vert, vnd einen hindersessen da het, der hindersesse vellet dem huber, obo er stirbt ⁴²⁾). Zu ihnen haben ursprünglich offenbar auch die Hintersiedler im Stifte Fulda und viel-

31) Erbacher Landr. p. 100 u. 356. Westenrieder, glossar. p. 246. Schmeller, II, 248. Vgl. noch oben §. 57.

32) Schmeller, II, 248.

33) Mandat von 1723 in Generalien-Samml. von 1771 p. 452.

34) Kaiser Ludwigs Rechtsb. c. 161. Bair. Landr. von 1616, tit. 25, art. 9. Westenrieder, glossar. p. 246.

35) Schmeller, II, 458—459.

36) Erbacher Landr. p. 100 u. 356.

37) Thomas, I, 218—219.

38) Hartmann, p. 335 u. 336.

39) Landrecht der Grafschaft Rietberg bei Wigand, Archiv, V, 146—147.

40) Haltaus, p. 18.

41) Grimm, I, 61.

42) Grimm, I, 825. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe IV, 25—26.

leicht auch die Hüttner gehört ⁴³⁾. Daher waren ursprünglich auch die Hintergüter weniger belastet, als die Huben- und Lehengüter ⁴⁴⁾.

Sie standen sammt und sonders nur mit den Bauern und Hubnern, hinter welchen sie saßen und welchen sie zu Diensten und Abgaben verpflichtet waren, in direkter Verbindung ⁴⁵⁾. Da sie jedoch gewisse Nutzungsrechte an der Almend zu erhalten pflegten, so war auch die Dorfgemeinde und die Herrschaft bei ihrer Aufnahme interessirt, und es durfte darum kein Bauer oder Hubner ohne Zustimmung der Gemeinde, und in grundherrlichen Dörfern ohne Zustimmung der Grundherrschaft und in späteren Zeiten auch nicht ohne Zustimmung der landesherrlichen Obrigkeit einen Tagelöhner, Hinterfassen, Anbauer, Neubauer, Häusler oder einen anderen Beisassen in seiner Wohnung aufnehmen. („Es soll auch kein Nachpaur zu Hausen, weder Paurn, noch Edlbner, kein Gehaisset einlassen, ohne obermelter Herrn oder irer Statthalter Vorwissen und Willen“ ⁴⁶⁾). Anderwärts wurden dergleichen Ansiedelungen sogar gänzlich verboten, „denn es befindet sich, das in solchen Häusern gemeiniglich blos nackendt, vnd arm Gefindt sich aufhelt, die nicht allein der Herrschaft nichtß nutzen, sondern auch den Gemeinden beschwerlich sein, indem sie ihnen das Ihrige, was sie in Feld und Gärten erbawen vnd zeugen, stehlen vnd entwenden“ ⁴⁷⁾. Zu Baiern dagegen durfte jeder Bauer ohne Zustimmung der Gemeinde zwei Hinterfassen aber nicht mehr annehmen und der Halbbauer oder Huebner einen. („Es mag in einem jedem Dorff, ein Hof zwen Hinderfassen, vnd ein Hueb einen Hinderfassen, vnd nit mehr, ohn

43) Thomas, I, 253 u. 254.

44) Grimm, III, 376.

45) Mandat von 1723 in Generalien-Samml. von 1771, p. 452. Schmelser, II, 248. Thomas, I, 218.

46) Urk. von 1564 bei Leri, p. 364. Vgl. noch Bairische Mandate von 1748 §. 14, von 1783, 1786 u. 1793 in Mayr, Erl.-S. II, 724, 1009, III, 705 u. V, 274. Thomas, I, 218 u. 219. Hartmann, Eichsfeld, p. 335.

47) Erbacher Landr. p. 100.

„der Nachbarn rath vnd willen haben“ ⁴⁸⁾). Auch sollten die bereits aufgenommenen Selbner und Laerh  usler   de Gründe zur Kultivirung erhalten, unter der Bedingung jedoch, daß dieselben nach wie vor „als Tagwerker sich zu der Bauernarbeit „gebrauchen lassen“ wollten ⁴⁹⁾). Endlich sollten sie bei ihrer Kultivirung auch noch unterstützt werden ⁵⁰⁾).

Wie andere Hintersaffen, so mußten auch sie von ihren Bauern und H  bnern gesch  tzt und vertreten werden (der brodherr muss für den knecht antworten ⁵¹⁾) und bei von ihnen begangenen Freveln für sie haften ⁵²⁾). Daher wurden solche Hintersaffen zuweilen auch Mundm  nner genannt ⁵³⁾). Da nämlich jeder in einer Dorfmark oder im Dorfsetter wohnende Mann, wenn er nicht unter dem direkten Schutze der Herrschaft oder der Gemeinde selbst stand und auch nicht vollberechtigter Dorfmarkgenosse war, der Gemeinde und der Herrschaft gegenüber eines Vertreters bedurfte, so mußten auch die Knechte, Taglöhner, Selbner, Häusler und anderen Hintersaffen von den vollberechtigten Dorfmarkgenossen, deren Hintersaffen sie waren, gesch  tzt und vertreten werden. Seitdem sie jedoch in ein direktes Verhältniß mit der Gemeinde in ähnlicher Weise gekommen waren, wie dieses hinsichtlich der hörigen Leute der landesherrlichen Vogtei gegenüber der Fall war ⁵⁴⁾), seitdem wurden auch sie von der Gemeinde selbst gesch  tzt und bedurften daher nicht mehr eines eigenen Vertreters. Damit hat sich aber auch ihre Abhängigkeit von den einzelnen Gemeinbegliedern verloren. Und seit dem Entstehen der politischen Gemeinden sind auch solche Weisaffen und Hintersaffen vollberechtigte Gemeinbeglieder geworden.

48) Bair. Landr. von 1616, tit. 25, art. 9. Kaiser Ludwig's Rechtssb. c. 161. Reformation des Bair. Landr. von 1618 p. 125.

49) Mandat von 1723 in Generalien-Samml. von 1771, p. 452.

50) Mandate von 1788 u. 1798, bei Mayr, Gr  . S. V, 165, VI, 116.

51) Grimm, I, 540 S. 20. Meine Gesch. der Markenvrf. p. 104.

52) Meine Gesch. der Markenvrf. p. 117.

53) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 58.

54) Meine Gesch. der Fronhöfe IV, 515 ff.

§. 62.

Meistentheils wurden auch die Pfarrer und Schullehrer mit zur Dorfgemeinde gerechnet oder ihnen wenigstens der Titel Gemeindeglied als Ehrentitel beigelegt, z. B. im Eichsfeld, in Oberhessen, Sachsen u. a. m.⁵⁵⁾. Allein wirkliche Gemeindeglieder waren sie darum doch nicht. Sie waren vielmehr bloße Ehrenbürger und hatten daher weder volle Rechte noch alle Verbindlichkeiten der vollberechtigten Genossen.

Daß es in den grundherrlichen Dorfschaften auch sogenannte wilde Hufen gegeben hat, welche in keiner Markgemeinschaft standen, ist bereits schon bemerkt worden (§. 49). Auch hat es in manchen Dorfmarken Bauernhöfe gegeben, welche, weil sie in früheren Zeiten außerhalb der Dorfmark gelegen, nicht in die Markgemeinschaft aufgenommen waren, und wieder andere, welche zur Strafe aus der Gemeinschaft ausgeschlossen worden sind, z. B. in der Gemeinde Bar im Kanton Zug⁵⁶⁾.

Endlich lagen auch in vielen Dorfmarken noch Güter und Höfe, welche freiwillig aus der Markgemeinschaft ausgeschieden waren, deren Besitzer also aus diesem Grunde keine vollberechtigten Dorfmarkgenossen gewesen sind. Durch Einhegung oder Einzäunung seines Gutes konnte man nämlich aus der Markgemeinschaft ausscheiden, wie dieses anderwärts schon bemerkt und nachgewiesen worden ist⁵⁷⁾. Die ausgeschiedenen und abgemarkten Güter brauchten sodann die Ausübung des Weide- und Beholzungsrechtes auf ihren Gütern nicht mehr zu gestatten. Sie verloren aber ebenfalls das Weide- und Beholzungsrecht auf der Dorfmark, so wie jede andere Marknutzung (alle die gueter, die wir verkoufft hant vsser disem hof, die gemeinmerch waren, das man du inrent stehken haben sol, das si dar vsser nieman etzen noch treten (b. h. weiden noch für den Viehtrieb brach liegen lassen⁵⁸⁾, noch kein howen haben sullen⁵⁹⁾). Es

55) Hartmann, p. 343 f. Sternberg I, 6. Not. Curtius I, §. 269 p. 253. Haubold §. 455.

56) Renaud in Zeitschr. IX, 23.

57) Oben §. 37. Meine Einleitung p. 216—220. Vergl. noch Grimm, I, 78 §. 32—34.

58) Schmeller, I, 133 u. 502.

sint acht hoof, die ligent vmb Adelgaschwil, die soellent ligen in steken, vnd soend weder treten noch etzen in diesem hof. — die soend och weder hoewen noch weiden in den hof ze Adelgaschwile ⁶⁰). Es soll ein weidig seyn, als weit, als des Closters Gerechtigkeit gehet, ausgenommen Bannzäune, Bannflure, Bannwassem und Grummetgründe, die ein jeglich Gemeinschaft von alter vor eigen grummet gebraucht und herbracht haben ⁶¹).

Solche eingezäunte oder abgemarkte und dadurch aus dem Gemeindeverbande (aus der Markgemeinschaft) ausgegliedene Ländereien nannte man geschlossene Güter und geschlossene Höfe (beschlossene Güetter, beschlossenen Höfe, und „inbeslossene Höfe“ ⁶²), Sonderhöfe oder in Steeden liegende Höfe. (Es sint och inrent dien ziln Sunder-Howe, die vns weder Tretten noch Etzen süllen, wan dz si süllen noch inrent ir stecken beliben ⁶³), Bannfluren, Bannwasen, Schutzbann, Schutzbund, Sunder, Zuschlag, Beifang, Einfang, Kamp u. s. w. ⁶⁴), insbesondere aber auch Bund, worüber ich nun noch Einiges bemerken will.

§. 63.

Unter dem Worte Bund oder, wie es auch genannt wird, Gebund ⁶⁵), Beund, Beunt, Biunt, Biunte, Bünt,

59) Grimm, I, 165.

60) Grimm, I, 164. Vgl. noch Grimm, I, 17 c. 66.

61) Weisth. über das Hundgebing bei Würdtwein, subs. dipl. VI, 163. Bei Grimm, II, 177 heißt es bloß: daz keyn dorff vor dem andern keyne friheit noch furdeil an weiden haben sul, usgenomen bannetzune vnd rechten grumait.

62) Hofrobel von Greifenberg §. 20, Offn. von Weßfen §. 31 u. 38 bei Schauberg, I, 55 u. 58. Offn. von Borßfen Grimm I, 52.

63) Hofr. v. Walters im Geschichtsfreund IV, 68.

64) Meine Einleitung, p. 187. 214, 217, 218.

65) Güterverzeichnis v. 1264 bei Kindinger, Hbr. p. 292 u. 294. Grimm III, 618 u. 619.

Bunte, Bünde ⁶⁶⁾, bunda ⁶⁷⁾, biunda ⁶⁸⁾, pewnta ⁶⁹⁾, gebunda ⁷⁰⁾ u. f. w. wurde zunächst eine Grenze (englisch bound) verstanden ⁷¹⁾, sodann aber auch ein mit Grenzmarken umgebenes Land oder ein eingezäuntes oder eingefriedetes Feld, eine clausura. Daher übersetzen die alten Glossarien das Wort piunt und piunte mit clausura ⁷²⁾. Die Gebunden werden, als ein durch die Einzäunung geschlossenes (gebundenes) Land, den in den drei Feldsturen zerstreut liegenden Aedern entgegengesetzt (ad alodium pertinentes quatuor gebunden et novem agri in tribus particulis siti ⁷³⁾). Und heute noch versteht man in der Schweiz und in Baiern unter einer Beunde, Bunte oder Beunt ein eingefriedetes und durch die Einfriedung für den Gemeinde-Viehtrieb entweder für immer oder wenigstens für die Dauer eines Sommers im Brachfeld geschlossenes Grundstück, welches ohne Rücksicht auf die außerhalb zu befolgende Ziegenabwechslung zum Abbau von Flachs, Hanf, Rüben, Erbsäpfeln u. f. w. benutzt werden darf ⁷⁴⁾. Daher ist so häufig von Hanfbuntten und

66) Wadernagel, Wörtb. p. 427. Graff, III, 342 u. 863. Schmeller I, 287 f. Tobler, appenzell. Sprachschatz, p. 69. Dffn. von Wiedikon §. 17 bei Schauberg, I, 17.

67) Erzbischöfliche Rechte zu Seligenstadt von 1339 §. 14, 17 — 19 bei Rindlinger, Hör. p. 423. In dem Seligenstadter Weisthum bei Grimm, I, 504 bis 506 heißt es mehrmals die bienen und beinen, einlge Mal aber auch bunden. Und offenbar ist Bunden, zumal wenn man die angeführten erzbischöflichen Rechte damit vergleicht, die richtigere Lesart, abgesehen davon, daß Bienen und Beinen gar keinen Sinn gibt.

68) Dipl. aus 9. Jahrh. im Cod. Lauresh. I, 218.

69) Dipl. v. 1415 bei Mon. Boic. VI, 391.

70) Grimm, III, 618.

71) Du Cange, v. bonna und bunda p. 680 u. 681.

72) Vocabularius S. Galli bei Wackernagel p. 27. Schmeller, I, 288. Graff, III, 342.

73) Grimm, III, 619. In einer alten Wormser Urkunde ist auch von einem Bunt djo II die Rede, welcher jedoch mit den erwähnten gebundenen Ländereien durchaus nichts gemein hat. Schannat, hist. Worms II, 443. Buntt Zoll ist der Zoll von den gebundenen gutern, als Ballen Tug, Hanff u. f. w., so ins Kaufhaus gebracht werdent.

74) Stalder, I, 244. Schmeller, I, 287.

Hanfbünten⁷⁵⁾, von Krautpeunten⁷⁶⁾ u. s. w. die Rebe, und es werden darunter eingezäunte Hanf- und Krautfelder verstanden.

Da man nun durch die Einzäunung auch aus der Markgemeinschaft oder aus dem Gemeindeverbande ganz austreten konnte, so wurde unter Bund oder Gebund öfters auch ein von dem Gemeindeverbande befreites und dadurch gegen den Gemeinde Viehtrieb geschlossenes Grundstück verstanden⁷⁷⁾. Und da es zumal die Grundherrschaften gewesen sind, welche auf diese Weise für immer aus der Markgemeinschaft auszuschneiden pflegten, so hat man zuweilen auch die Fron- und Saalländereien selbst Bunden genannt⁷⁸⁾. Nach dem vorhin Bemerkten darf jedoch der Begriff einer Bunde keineswegs auf die von dem Gemeindeverbande gänzlich befreiten oder auf herrschaftliche Ländereien beschränkt werden, indem vielmehr jedes auf kürzere oder längere Zeit gegen den Viehtrieb geschlossene und aus der Markgemeinschaft ausgeschiedene, auch das Zins- und zehentpflichtige Land⁷⁹⁾, sowie das eingezäunte Hanf-, Kraut- und Rübenfeld eine Bunte oder Bund genannt worden ist.

§. 64.

Ob nun mit einer solchen Einzäunung der zeitliche oder gänzliche Austritt aus der Markgemeinschaft oder aus dem Gemeindeverbande verbunden sein sollte, ist eine Frage, die je nach den Umständen bald bejaht bald aber auch verneint werden muß. Befah nämlich der Einzäunende neben dem für eine bestimmte Zeit oder für immer eingezäunten Grundstück noch anderes in der Markgemeinschaft befindliches Land, oder hatte er außerdem noch einen Gemeinbenutzen oder eine Berechtigung in der gemeinen Mark, so blieb derselbe hinsichtlich des nicht ausgeschiedenen Landes nach wie vor in der Markgemeinschaft und daher auch in dem Gemeindeverbande. Wenn dieses aber nicht der Fall war, so hörte mit der Einzäunung oder Abmarkung alle

75) Grimm, I, 91 u. 117.

76) Mon. Boic. XIX, 135 u. 136, XX, 619 u. 620.

77) Wadernagel, Wörtb. p. 427. Ziemann, p. 36.

78) Meine Gesch. der Fronhöfe II, 425 u. 426.

79) Dipl. aus dem 9ten sec. im Cod. Lauresh. I, 218. de una biunda XXX denarios. Vgl. noch Grimm, I, 800. den bunten zehenten zu Alzei.

Markgemeinschaft auf und der Eingekommene war demnach auch nicht mehr Mitglied der Dorfmarkgemeinde. Denn ohne Markgemeinschaft kein Gemeindebürgerrecht. Ueber das Recht zur-Einkünfte hatte indessen die Dorfmarkgemeinde selbst zu entscheiden, in den Fällen wenigstens, wenn damit nicht für immer der Austritt aus der Markgemeinschaft verbunden sein sollte ⁸⁰⁾.

§. 65.

Außer den vollberechtigten Dorfmarkgenossen und Betsassen gab es auch noch Leute, welche zwar in der Dorfmark in Grund und Boden angeessen waren, welche aber anderwärts ihren Wohnsitz hatten. Sie waren der Dorfmarkgenossenschaft selbst ganz fremd und wurden auch fremde oder sogar Ausländer, extranei ⁸¹⁾ und Fremde Gesellen genannt ⁸²⁾. Sie hießen aber auch, wie bei den großen Marken, Ausmärker ⁸³⁾, Ausmänner und Ausleute (Auszman, Vssmann, Uzman, Uzhute, Uslute u. s. w.) ⁸⁴⁾, Ausbauern ⁸⁵⁾, Ausburger (Biburger) ⁸⁶⁾, Umsassen, Umessen oder Ummefaten (circum-sessores) ⁸⁷⁾, Ungenossen ⁸⁸⁾ nicht Tagwensgenössige ^{89a)} Feldbürger ⁸⁹⁾, Feldnachbarn oder umgeessene Nach-

80) Grimm, I, 78 §. 31—34. Offn. von Weßikon bei Schauberg I, 53. Not. 5.

81) Dipl. von 1486 bei Schoettgen und Kreysig, II, 656 u. 658. Grimm, III, 629. dass niemand fremder soll treiben auf der von Schönfeld wald. Vgl. noch oben §. 42.

82) Grimm, I, 400, 402.

83) Heimbach, §. 349.

84) Grimm, I, 455, III, 628. Offn. von Riber- und Mättmenhase §. 29 bei Schauberg, I, 3. Landbuch von Schwyz p. 294. Richter- eib §. 2 bei Schannat, hist. Worm. II, 443. Scherz, h. v. p. 76. Meine Gesch. der Markenvorf. p. 115—116.

85) Urtheil von 1624 im Corpus statut. Holsat. III, 1391.

86) Offn. von Weßikon §. 43 bei Schauberg, I, 49.

87) Offn. von Kloten §. 41 bei Schauberg, I, 192. Krenner, XVI, 262 u. 269. Haltaus, p. 1920 f.

88) Grimm, I, 675. Meine Gesch. der Markenvorf. p. 40, 45.

89a) Landb. von Marus, I, §. 189.

89) Thomas, I, 177. Sachsse, §. 551.

barn (unmessen Voltakebure) ⁹⁰⁾ u. s. w., heutiges Tages aber insgemein Forensen. Zu ihnen gehörten insbesondere auch die auswärtigen Besitzer eines Gemeindsnuzens ⁹¹⁾, deren es von je her nicht wenige gegeben hat.

Diese Ausmärker oder Forensen waren, weil sie anderwärts (außerhalb des Dorftetters) wohnten, dem Gemeindeverbande ganz fremd. (§. 52). Sie hatten demnach keinen Antheil an den Gemeindevahlen und an dem Dorffregimente selbst, wiewohl man ihnen in manchen Gemeinden den Ehrentitel Gemeindsmann zuzugestehen pflegte ⁹²⁾. Auch hatten sie aus demselben Grunde keinen Antheil an den Marknuzungen und an den übrigen Gemeinderechten, oder wenigstens nur einen sehr geringen. (Item were ouch dass einer von klotten zuge. dass er nit mehr jnwendig Etters gesessen vnd der soll dann fürbas die allment nit niessen ⁹³⁾). „Wenn einer Güter in andern Tag, wen besizen wurde, wo er nicht tagwensgenössig ist, soll er nicht Gewalt haben, zu den Zäunen, Gebäuden und Wasserleitungen Holz in dem Wahnwalb des Tagwens zu hauen“ ⁹⁴⁾. Es ist jr alt harkommen, dass niemant, zu den von wezikon weidgnoss sin sol, so üsser Aetter sizet, denn der so by jnen sössshafft ist ⁹⁵⁾ hüwe aber einer darin, der usserhalb gesässen er wäre dessglich hine wider dann zu sinem buwen unerlaubt, dem holz allem mag und soll man nachziehen und das zerhawen ⁹⁶⁾. Dass nieman soll hussen vsserhalb etters, dutz aber jeman, der soll uff den first stan vnd sol mit dem rechten arm griffen vnnder dem lingen, vnnd sol das har in die rechten hannd nemen, vnd sol ein sichlen nemen by dem spitz in die lingen hand vnnd als ver als er wirft,

90) Urk. von 1371 bei Schoettgen und Kreyzig, II, 251. Heimbach, §. 349.

91) Sternberg, I, 10 u. 20 ff.

92) Sternberg, I, 10. Heimbach §. 349.

93) Offn. zu Klotten §. 44 bei Schauberg, I, 192.

94) Landb. von Glarus, I, §. 189.

95) Offn. von Besifen §. 49 bei Schauberg, I, 59.

96) Grimm, I, 402.

also ver sond syn hünner gan⁹⁷⁾. die sall neit vorder hebbē up ter weide dan ein manne, die binnen den hoff steit, die den heckpost in synen arm helt end werpen mach mit einen puechkolter d. h. culter aratri, Pflugeisen oder Pflugchar)⁹⁸⁾. Der Wurf mit einer Sichel oder einer Pflugchar, war wie der Hammerwurf und der Hammerstrich in Baiern ein zumal bei Marken vorkommendes uraltes Maß für Grund und Boden⁹⁹⁾, dessen Gebrauch bei den Dorfmarken ist demnach zu gleicher Zeit ein Beweis von dem hohen Alter der Dorfmarken selbst.

Wenn jedoch die Ausmärker ihr in einer fremden Dorfmark gelegenes Gut selbst bauten, so waren auch sie, während sie es bauten, berechtigt ihr Vieh auf die Weide zu treiben. (wer in der vogty nit sesshaft ist, der hett anweid in die ess, wer aber das ieman in der vogty buwte, und dar inn nit sesshaft were, die wil er denn in der vogty buwet oder wirbet, so mag er ouch den wol da weiden; wenn er aber dar inn nit buwet, noch wirbet, so sol er denn niena da weiden in der ess¹⁾). Vnnd diewyl er da ert (d. h. adert und pflügt) vnd buwt, so soll er wun vnd weid da haben, als einer da gesässen ist²⁾. Es sey dann dass einer Gütter hin jnn buwen. diewyl er denn die gütter buwet vngeuarlich. so mag er wun vnd weid mit jnen niessen. vnd wann er die gütter gebuwen, so soll er mit gewätnem vech (d. h. mit ins Joch gespanntem Vieh) dannen varen³⁾. Item wer nit husshablich da ist vnd aber da buwet, es sye mit eren schniden vnd höwen oder was er wirbet der sol wunn vnd weid erberlichen nutzen, mit sinem vich vnd nit mit überstellgem vich⁴⁾).

97) Grimm, I, 29.

98) Hofr. von Luttingen VI, 6 bei Lacomblet, I, 201. Vgl. noch Thomas, I, 242. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 206.

99) Schmeller, II, 192. vgl. §. 124.

1) Grimm, I, 55. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 210. Vgl. noch Grimm, I, 137, 455.

2) Offn. von Dietlison u. Nieden §. 8 bei Schauberg, I, 112.

3) Offn. zu Klotten §. 41 bei Schauberg, I, 192. Vgl. noch Offn. von Weßison §. 35 bei Schauberg, I, 58.

4) Offn. von Riber- u. Mättmenhaffe §. 27 bei Schauberg, I, 3.

v. Maurer, Dorfverfassung. I. Bb.

§. 66.

In jeder Dorfmark hat es ursprünglich nur eine einzige Dorfmarksgemeinde gegeben. Es konnten zwar mehrere Dörfer in derselben Dorfmark beisammen liegen. So lange sie jedoch, ohne eine eigene ausgeschiedene Feldmark zu haben, in ungetheilter Feld- und Markgemeinschaft blieben, bildeten sie jederzeit nur eine einzige Dorfmarksgemeinde. (§. 49.) Zur Dorfmarksgemeinde (Dorfmarkgenossenschaft) gehörten, wie wir gesehen haben, alle selbständigen Haus- und Hofbesitzer in dem Dorfe. Sie bildeten die vollberechtigte Gemeinde, die eigentliche Vollbürgerschaft, also die herrschende Gemeinde. Alle übrigen, welche entweder gar keinen Grundbesitz oder wenigstens kein Haus und keinen Hof und keinen eigenen Rauch hatten, oder welche nicht innerhalb der Dorfmark wohnten, waren keine vollberechtigten Genossen und die Ausmärker sogar gar keine Markgenossen. Weder die Einen noch die Anderen gehörten daher zur eigentlichen Dorfmarksgemeinde, gerade wie auch in den großen Marken die Nicht Märker nicht zur Markgenossenschaft gehört haben. Die auswärts Wohnenden (die Ausmärker oder Forensen) waren vielmehr der Dorfmarksgemeinde ganz fremd, und die übrigen in der Dorfmark angesessenen oder ihren Wohnsitz habenden Leute, zu denen alle Arten von Beisassen, Häusler, Köter, Tagelöhner, Handwerker u. a. m. gehört haben, waren keine vollberechtigten Genossen, also keine Gemeindebürger. Nichts desto weniger sind doch auch die Letzteren Gemeindeangehörige gewesen und daher in einem weiteren Sinne mit zur Gemeinde gerechnet worden. Da dieselben nämlich als Hinterfassen der Dorfmarksgemeinde oder der einzelnen Genossen (der Bauern oder Hubner) unter dem Schutze der Gemeinde oder der einzelnen Genossen zu stehen pflegten und wie andere Schutzgenossen und Schutzverwandte von diesen vertreten werden mußten, da dieselben ferner Nutzungsrechte in der gemeinen Mark, wenn auch geringere als die vollberechtigten Genossen gehabt haben, und wenn sie arm waren, von der Gemeinde ernährt werden mußten, so sind sie in der That Hörige oder Angehörige der Gemeinde gewesen und mußten als solche im weiteren Sinne des Wortes mit zur Gemeinde gerechnet werden. Zuweilen wurden sie, im Gegensatz zu der vollberechtigten

Bürgerſchaft, das ganze Dorf⁵⁾, oder auch die Gemeinde ſelbſt genannt (Item ein hoſtmayer ſol ain tag mit ſier perſonen vorleſen (nämlich Rtrat vorleſen ood. §. 12.) Item ain hauber mit zwain perſonen, ain ſchuoppessaer mit ainer perſon, und darnauch ain Gemaind)⁶⁾).

Aus dieſer perſönlichen Angehörigkeit einer Gemeinde iſt nach und nach eine von der Dorfmarkgemeinde verſchiedene weitere Gemeinde hervorgegangen. Urſprünglich nämlich, ſo lange die Gemeindeangehörigen bloße Hinterſaſſen entweder der Gemeinde oder der einzelnen Genoffen waren, alſo wie andere Schußgenoffen der Gemeinde gegenüber geſchützt und vertreten werden mußten, kamen ſie in der Gemeinde ſelbſt gar nicht in Betracht. Seitdem ſich jedoch dieſes Schußverhältniß geändert hatte, und ſodann auch die Weiſaſſen und Hinterſaſſen in ein direktes Verhältniß zu der Gemeinde gekommen waren, eines beſonderen Schutzes und einer Vertretung alſo nicht mehr bedurften, ſeitdem wurden nun auch die zur Gemeinde gehörigen Schußverwandten wahre Gemeindeglieder, zwar keine vollberechtigten Genoffen, indem ſie durch das veränderte Schußverhältniß noch keine Dorfmarkgenoffen geworden waren, wohl aber Gemeindeglieder im weiteren Sinne des Wortes. Es bildete ſich demnach im Gegenſatz zur vollberechtigten oder herrſchenden Gemeinde eine nicht vollberechtigte oder beherrſchte aus den früheren Hinterſaſſen beſtehende weitere Gemeinde. Je zahlreicher nun, und je reicher und ſelbſtändiger dieſe weitere nicht vollberechtigte Gemeinde geworden iſt, beſto mehr mußte dieſelbe von der engeren und herrſchenden oder vollberechtigten Gemeinde geſchont und berückſichtigt werden. In vielen Dorfgemeinden begann ſogar ein ähnlicher Kampf, wie wir ihn auch in den alten Städten geſehen haben, deſſen Reſultat jedoch in früheren und ſpäteren Zeiten und in den verſchiedenen Dorfgemeinden ſehr verſchieden geweſen iſt.

§. 67.

In manchen Gemeinden wurden die Hüttner, Rötter und

5) Grimm, I, 253 u. 256.

6) Richtung der Fiſcher zu Reinau von 1258 §. 13 bei Schauberg, I, 155.

Tagelöhner zu wirklichen Gemeindebürgern erhoben. (§. 58.) Dieses war insbesondere im Kanton Glarus der Fall. Daher wurde daselbst die Dorfgemeinde Tagwen, der Dorfgenosse aber Tagwenmann oder Tagwengenosse und das Gemeinderecht Tagwenrecht genannt. (§. 24, 46 und 54.)

Die Folge dieser Gleichstellung der Weissassen und der vollberechtigten Bauern war verschieden in den verschiedenen Gemeinden. In jenen Gemeinden nämlich, in welchen der Grundbesitz ein Haupterforderniß des Vollbürgerrechtes blieb, in jenen Gemeinden blieb auch die Dorfmarkverfassung die Grundlage der Dorfverfassung. Die Dorfmarkgenossenschaft wurde nur durch den Beitritt der in Grund und Boden angefessenen früheren Weissassen erweitert. In jenen Gemeinden dagegen, in welchen die in das volle Bürgerrecht aufgenommenen Weissassen selbst keinen Grundbesitz hatten, hörte nun die Dorfgemeinde auf eine Dorfmarkgemeinde zu sein. Es bildete sich vielmehr, meistens jedoch erst seit dem 16. Jahrhundert, ein persönliches Bürgerrecht aus, welches ohne den Besitz von Grund und Boden schon durch die Erlegung eines Aufnahmegeldes erworben werden konnte. Ein solches persönliches Bürgerrecht, die sogenannte Dorfgerechtigkeit, findet sich seit dem 16. Jahrhundert in vielen Gegenden der Schweiz u. a. m.⁷⁾

In anderen Dorfgemeinden, in welchen die Weissassen nicht in die Dorfmarkgenossenschaft aufgenommen worden sind, ist es denselben nichts desto weniger gelungen die alten Dorfmarkgenossen oder Vollbürger mehr und mehr aus ihrer alten Stellung als herrschender Gemeinde zu verdrängen und selbst Antheil an dem

7) Regensperger Herrschaftsrecht von 1538, art. 71 u. 72 und Knonaues Amtsrecht von 1535 art. 48 u. 49 bei Pestaluz, I, 201 u. 237. „Eyn der inn eynem Dorff die Dorffgerechtigkeit hat, man nge „let derselb eynen hofstatt, vnnb die behuhen will, so mag „er eyn Gehoffstatt im Dorff mit Recht anfallen, vnnb „soll im das Recht beholffen sin, das im die hofstatt gelichen werd.“ Es gab demnach Inhaber einer Dorfgerechtigkeit, welche keinen Grundbesitz hatten. Daß aber diese Dorfgerechtigkeit ein persönliches Ortsbürgerrecht war, geht auch aus den erwähnten art. 72 und art. 49. wo von Dorfleuten ohne Grundbesitz die Rede ist, hervor.

Dorfregiment zu erlangen. In diesem Falle pflegten nun die alten Vollbürger mit dem Eigenthum an der gemeinen Mark auszuscheiden und sich in dieser Beziehung mehr und mehr gegen die weitere Gemeinde abzuschließen, den Genuß und die Verwaltung der gemeinen Mark sich ausschließlich vorzubehalten, die Besorgung der übrigen Dorfangelegenheiten aber der Gesamtgemeinde zu überlassen.

Durch eine solche Abschließung und Ausscheidung der alten Vollbürgerschaft wurde nun aber der Grundcharakter der Dorfgenossenschaft wesentlich geändert. Die Altbürgerschaft oder die alte Dorfmarkgenossenschaft vereinigte nämlich mit dem privatrechtlichen auch einen öffentlichen Charakter, indem mit der ungetheilten Markgemeinschaft auch das Dorfregiment verbunden gewesen ist. Mit dem Aufgeben des Dorfregimentes verlor sie aber allen öffentlichen Charakter und sank demnach zu einer bloßen Privatgemeinde, zu einer Art von Ganerbschaft herab. Der öffentliche Charakter dagegen ging mit dem Dorfregimente auf die Gesamtgemeinde über. Die früher beherrschte weitere Gemeinde ward demnach nun selbst die herrschende Gemeinde, zu welcher zwar, wie in den alten Städten, auch noch die frühere Vollbürgerschaft gehört hat, jedoch nun nur noch als ein kleiner Theil des größeren Ganzen.

§. 68.

Spuren einer solchen Abschließung und Ausscheidung der alten Dorfmarkgenossenschaft findet man frühe schon in der Gemeinde Mäniborf in der Schweiz, indem daselbst nach einem Einzugsbriefe von 1637 außer dem Einzuge in die Gemeinde, nämlich in die weitere oder politische Gemeinde, auch noch ein Einzug in das „gemeine Gut“ oder in die „Gemeindegerechtigkeit“ gefordert, also die politische Gemeinde, von der Gerechtigkeits- oder Privatgemeinde unterschieden worden ist⁸⁾. Noch deutlicher und entschiedener tritt jedoch diese Ausscheidung in der Gemeinde Stäfa am Zürcher See hervor. In der soge-

8) Münchli, II, 78. Vgl. noch Urk. von 1586 u. 1608, eod. p. 74.

nannten unteren Wacht baselbst bestand nämlich die ursprüngliche Gemeinde aus sämmtlichen in jenem Bezirke ansässigen Dorfmarktgenossen. Denn Dorfmarktgemeinde und Dorfmarktgenossenschaft waren ursprünglich identische Begriffe. Nachdem man aber den Genuß der gemeinen Waldungen auf die Besitzer von 105 Hofstätten beschränkt hatte, entstanden Streitigkeiten zwischen diesen 105 sogenannten Holzgenossen, den alten Dorfmarktgenossen, mit den Besitzern, welche man Ausgenossen, und, da sie mit zur weiteren Gemeinde gehört haben, auch Gemeindsgenossen zu nennen pflegte. Diese Streitigkeiten führten im Jahre 1688 zu einer förmlichen Ausscheidung der engeren von der weiteren Gemeinde. Der alten vollberechtigten Dorfmarktgemeinde oder den 105 Holzgenossen wurden außer den Waldungen auch noch die übrigen Liegenschaften nebst dem Gemeindehause, der Gesamtgemeinde aber ein Theil des Capitalvermögens nebst dem Mitgebrauche des Gemeindehauses zugetheilt. Die Vermögensverwaltung der beiden Gemeinden sollte getrennt sein, eine jede z. B. ihren eigenen Seckelmeister haben, das Dorfregiment aber der Gesamtgemeinde zustehen. Daher sollten die Gemeinde-Beamten ohne Unterschied aus den Holzgenossen oder aus den Gemeindsgenossen, wie man die früheren Ausgenossen zu nennen pflegte, genommen werden. Da jedoch bei dieser Vermögenstheilung die Gesamtgemeinde zu kurz gekommen war und daher nicht bestehen konnte, so wurde im Jahre 1694 das getrennte Vermögen in der Art wieder vereinigt, daß das Eigenthum an den Almenben und die Benutzung derselben zwar ausschließlich den Holzgenossen zustehen, alle Geldeinkünfte jedoch, auch die Holzfrevelbußen, der Erlöb aus dem verkauften Holze und andere aus den liegenden Gemeindegründen herrührenden Einkünfte in die Gemeinde-Kasse fließen und wieder von einem einzigen Seckelmeister, der indessen aus den Holzgenossen gewählt werden mußte, verwaltet und verrechnet werden sollten. Das Eigenthum an den Almenben ist demnach nach wie vor bei den Holzgenossen geblieben. Als es daher in den Jahren 1792 und 1802 zur Theilung kam, so wurde dasselbe unter ihnen allein getheilt. Damit war aber das privatrechtliche Element in der Gemeinde gänzlich von dem öffentlichen geschieden. Den Holzgenos-

sen war nur noch das privatrechtliche Element, der Gesamtgemeinde dagegen das öffentliche geblieben ⁹⁾).

Auf ähnliche Weise haben sich auch in manchen Ortschaften des Kantons Bern zweierlei Gemeinden in einem und demselben Dorfe gebildet, eine Gesamtgemeinde, welche man die Bürgergemeinde zu nennen pflegte, und eine sogenannte Güter- oder Realgemeinde, welche zuweilen auch Holz-, Moos- oder Almend-Gemeinde genannt worden ist, wenn der alten Dorfmarkgenossenschaft die Nutzung, Verwaltung und das Eigentum der Holzmark, der Moosgründe oder der ganzen Almende überlassen worden war ¹⁰⁾. Auch in Oppau in der Pfalz scheinen ursprünglich jene dreißig Freigutsbesitzer, die sogenannten Begütern oder Begüterten ¹¹⁾, die herrschende Gemeinde gebildet zu haben. In späteren Zeiten erscheinen sie aber als bloße Sanerben des Begüterwalbes, während neben denselben die eigentliche Dorfmarkgemeinde fortbestand und diese auch das gesammte Dorfregiment mit Ausnahme der Verwaltung jenes Waldes zu besorgen hatte ¹²⁾. Dasselbe war offenbar auch in Herlon in Westphalen der Fall. Die sogenannten Beerbten oder erbgeessenen Bürger, welche ursprünglich die herrschende Gemeinde gebildet hatten, wurden später bloße Waldmarkgenossen an der Seite der eigentlichen Bürgerschaft ¹³⁾. Auch in Westhofen in Westphalen bestand eine erbgeessene Bürgerschaft neben der Gemeinde, und nur die sogenannten Erben oder die erbgeessenen Bürger waren vollberechtigte Genossen. Denn der Bürgermeister mußte aus ihnen gewählt werden. Allein auch die Gemeinde hatte schon gewisse Rechte. Denn der Gemeinderath sollte theils aus ihr theils aber auch aus der erbgeessenen Bürgerschaft gewählt werden. („Doek hebben de Borger eene vrye

9) Bluntschli. II, 78—81.

10) Stettler, Gemeinde- u. Bürgerrechtsverhältnisse in Bern p. 54. Vgl. noch p. 35, 36 u. 45. Stettler, Rechtsg. von Bern, p. 124.

11) Grimm, I, 779. iglicher huber, so alhie begüttet ist. II, 169. iglicher so in diesen bezirch begüttet. vgl. oben §. 50.

12) Intelligenzbl. des Rheinkreises von 1827 p. 198—199 vgl. mit Wiber, II, 365. u. Frey, II, Besch. des Rheinkreises 270.

13) Steinen, I, 896, 897 u. 1070. Meine Einleitung, p. 202.

„Dooer eenen Borgemeister uyt den Erven te lehen, und eenen „Raeth uyt den Erven und dero Gemeinte“) ¹⁴⁾. Eben so scheinen zu Thalweil in der Schweiz die Inhaber der zwölf Hoffstätten, welche auch Ekehoffstätten genannt zu werden pflegten, in früheren Zeiten die herrschende Gemeinde gebildet zu haben und auf diese Weise in den Alleinbesitz des Waldes Bannegg gekommen zu sein ¹⁵⁾. Dasselbe gilt endlich auch, wie ich glaube, von den Weinbergsgenossenschaften und von vielen Alpmartngenossenschaften, von denen bereits schon das Geeignete bemerkt worden ist ¹⁶⁾.

Die alte herrschende Gemeinde ist demnach in vielen Dorfschaften zu einer bloßen Ganerbschaft oder Privatmartngenossenschaft ohne allen öffentlichen Charakter herabgesunken und hat sich sodann unter der Gesamtgemeinde verloren, wie dieses auch in den alten Städten der Fall war.

§. 69.

Mit dieser sehr großen Veränderung hing öfters noch eine andere nicht minder bedeutende Veränderung zusammen. Die neue an der Seite der alten entstandene Dorfgemeinde hörte nämlich meistens auf eine Dorfmarktgemeinde zu sein. In allen jenen Fällen nämlich, in welchen die alte herrschende Gemeinde mit der gesamten gemeinen Markt ausgeschieden ist, wie dieses z. B. in Stäfa, sodann bei den Almengemeinden im Kanton Bern u. a. m. der Fall war, hatte die neue Gemeinde keine Feld- und Marktgemeinschaft mehr zur Grundlage. Die Dorfgemeinde hörte demnach nun auf eine Realgemeinde zu sein. Sie wurde vielmehr eine persönliche Bürgerrechts Gemeinde und es pflegten nun auch dergleichen Gemeinden Personal Bürgerrechts Gemeinden oder auch Bürgergemeinden und politische Gemeinden im Gegensatz der zu bloßen Privatgemeinden oder Ganerbschaften herabgesunkenen Altbürgerchaften ge-

14) Freiheit von Wetzshofen §. 5 bei Steinen, I, 1575. vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 444—446.

15) Grimm, I, 62 u. 63. Die Stelle bei Bluntzschli, I, 257 findet sich nicht in dem von Grimm mitgetheilten Weisthum.

16) Vgl. oben §. 12. Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 37 ff.

nannt zu werden, während der Titel Realgemeinden nur noch den letzteren geblieben ist.

In vielen Dorfmarken jedoch, in welchen die alten herrschenden Gemeinden bloß auf einen Theil der ungetheilten Mark, entweder auf einen Theil der gemeinen Wäldungen wie in Oppau, oder auf die ganze Waldmark wie in Herlon, Thalweil, Saspach u. a. m., oder auf die Weinberge wie zu Twann und Enzersdorf, oder bloß auf die Moosgründe oder auf die Alpen beschränkt worden sind, wie dieses in der Schweiz und in Baiern öfters der Fall war, in diesen Dorfmarken ist nach wie vor alles Übrige in ungetheilter Gemeinschaft, und daher auch bei der neuen Gesamtgemeinde die Feld- und Markgemeinschaft als Grundlage geblieben, meistentheils sogar bis auf unsere Tage. Dieses war namentlich auch in Meggen im Kanton Lucern der Fall. Dasselbst wohnten freie direct unter der Landvogtei Habsburg stehende Leute neben Hörigen des Klosters Lucern. Die Freien wohnten beisammen, wie in Zürich die Freien am Zürichberg. Eben so die Hörigen. Die Freien in dreizehn Ehehastehoffstätten im niederen Dorfe bei der Kapelle, die Hörigen aber im oberen Dorfe ob dem Bach oder ob Kilchen, und als hofhörige Genossen wurden sie auch in späteren Zeiten noch die obere Gemeinde genannt. Mehrere Güter, welche in der gemeinen Mark („Gemeinmerch“) lagen, wurden in sehr frühen Zeiten schon verkauft und aus der Gemeinmark ausgeschieden, so daß sie keinen Antheil mehr an der gemeinen Mark haben sollten¹⁷⁾. Die übrigen Freien und Hörigen blieben aber in Markgemeinschaft in der Art jedoch, daß die Freien eine größere Berechtigung in der Almend haben sollten, als die hörigen Leute, und daß ein Theil der Wäldungen unter beide Theile getheilt und dadurch zum Sondergut eines jeden Theils werden sollte. Die Gesamtgemeinde blieb demnach eine Almendgemeinde, also nach wie vor eine Dorfmarkgemeinde¹⁸⁾.

§. 70.

Zu dieser Ausscheidung der Dorfgemeinden in zwei verschiedene Gemeinden ist es jedoch nicht allenthalben gekommen. In sehr

17) Grimm, I, 165.

18) Segeffer, Rechtsg. von Lucern, I, 504–507 u. 518.

vielen Dorfschaften sind nämlich die Besseren nicht zahlreich und auch nicht reich und nicht mächtig genug gewesen, um sich zu einiger Selbständigkeit oder gar zur herrschenden Gemeinde zu erheben, und in diesen Gemeinden sind denn die alten Verhältnisse meistens bis in das 18te und selbst bis ins 19te Jahrhundert, die Dorfgemeinden also wahre Dorfmarktgenossenschaften geblieben. Dieses war z. B. in Oberhessen der Fall. Daher verfügt noch eine Verordnung von 1777 „Wann ein Unterthan oder Fremder sich in ein Dorf neu anbauen will, so soll er solches gehörig anzeigen, ihm aber dasselbe gar nicht erschwert sondern vielmehr auf alle Weise facilitirt werden. So viel hingegen den Mitgenuß der Gemeinheiten anbelangt, so hat der Anbauer an und vor sich noch kein Recht dazu, sondern, wann er sich mit der Gemeinde in Güte nicht beswegen vergleichen kann, so soll es von einer oconomischen Untersuchung dependiren, ob die Gemeinheiten so beschaffen sind, daß der neue Anbauer ohne Schaden der Gemeinde daran participiren kann? Welchenfalls er, ohne weitere Rückfrage oder processualische Weitläufigkeit dazu admittirt werden soll“¹⁹⁾. Eben so bildeten nach Hartmann²⁰⁾ im Eichsfeld bis zur westphälischen Zeit alle Bewohner des Dorfes, auch die Einmiethlinge oder die Hausgenossen, im weiteren Sinne des Wortes die Gemeinde. Wirkliche Gemeindeglieder waren aber nur diejenigen, welche in einem Dorfe mit einem Gemeindegerechtigkeitshause, d. h. mit einem Hause, auf welchem das Gemeinde- oder Nachbarrecht ruhte, angesessen waren. Und nur die Besitzer der Gerechtigkeitshäuser bildeten die eigentliche Gemeinde, bezogen die Nutzungen des Gemeindevermögens und besorgten das Dorfregiment.

Insbefondere sind die Dorfgemeinden auch dann noch wahre Dorfmarktgemeinden geblieben, wenn die vollberechtigten Genossen auf eine bestimmte Anzahl fixirt worden waren. So findet man z. B. bei den 72 Lehenbesitzern in der alten Grafschaft Werdenfels eben so wenig wie bei den 72 Schuppenbesitzern zu Roggwil im

19) Extract eines General Directorial Protokolls vom 24. Januar 1777. in Samml. Fürstl. Hess. Landes-Ordnungen VI, 882.

20) Das Provinzialrecht des F. Eichsfeld p. 332. f.

Berner Oberlande und bei den 26 Lehenbesitzern zu Schönbühl in Bayern irgend eine Spur von einer solchen Auscheidung und daher auch keine zweite weitere Gemeinde neben der aus jenen Lehen- und Schupposenbesitzern bestehenden Dorfmarksgemeinde²¹⁾. Auch in dem Dorfe Jachenau in Bayern wurde die Anzahl der Genossen auf 36 fixirt und sämtliche Ländereien sogar mit den Alpen unter diese vertheilt. Da jedoch außer den getheilten Walbungen auch noch andere in ungetheilter Gemeinschaft, sogenannte Gemeinbewaldungen geblieben sind, an denen nur die 36 Bauern, nicht aber die Seldner Antheil gehabt haben, so blieb die Gemeinde nach wie vor bis auf unsere Tage eine Dorfmarksgemeinde. Denn erst in unseren Tagen und erst seit der Einführung der politischen Gemeinden sind auch die Seldner in den Gemeindeverband, aber auch jetzt nur in die politische Gemeinde aufgenommen worden²²⁾. Von den politischen Gemeinden kann jedoch erst später die Rede sein.

§. 71.

In anderen Landgemeinden haben sich zwar die alten Verhältnisse im Ganzen genommen gleichfalls erhalten. Es haben sich jedoch die Marksgemeinden in der Art persönlich abgeschlossen, daß das Bürgerrecht daselbst nicht mehr von dem Besitze eines Hauses oder Gutes, vielmehr einzig und allein von der Geburt von einem vollberechtigten Genossen abhängen sollte. Dieses war und ist heute noch in den kleinen Kantonen in der Schweiz, in Uri, Schwiz u. a. m. der Fall. Vollberechtigte Landleute waren und sind demnach alle von einem Landmann abstammende Leute ohne Rücksicht auf Grundbesitz²³⁾. Es kommen zwar daselbst auch noch nicht vollberechtigte Genossen, sogenannte Weisassen (Weisassen, Weis- oder Ansassen) vor²⁴⁾. Allein sie sind in der That bloße Hintersassen und werden auch noch so genannt²⁵⁾. Sie

21) Grimm, I, 177, III, 628, 657 u. 659.

22) Meine Gesch. der Markenverf. p. 48.

23) Landbuch von Schwiz, p. 169.

24) Landb. von Schwiz, p. 140 u. 151. Landb. von Uri, art. 88, 90 u. 93. ff.

25) Landb. von Schwiz, p. 79, 83, 92, 144, 148 u. 158.

Kommen demnach in der Gemeinde selbst gar nicht in Betracht. Die Landgemeinden waren zwar von je her zur Aufnahme neuer Mitglieder berechtigt. Da jedoch nur selten Gebrauch davon gemacht zu werden pflegte, so bestehen die Landgemeinden heute noch aus einer bestimmten Anzahl von Familien und Hülben, da es auf Grundbesitz nicht ankommt, persönlich abgeschlossene Gemeinden ²⁶⁾.

Von ihnen verschieden waren jedoch jene Gemeinden, in welchen sich die alten Geschlechter in der Art persönlich abgeschlossen hatten, daß das volle Bürgerrecht nicht mehr von dem Besitze eines Hauses oder Hofes, vielmehr bloß von der Abstammung von einem alten Geschlechte, also von einer persönlichen Eigenschaft abhängen sollte. Im Dorfe Weilen z. B. waren nach einem Urbar von 1668 nur noch die alten Geschlechter, auch wenn sie keinen Grundbesitz mehr hatten, zur Almend und zum Dorfregiment berechtigt. Eben so hatte sich im Berner Seeland, in Solothurn, im Argau und Thurgau, in St. Gallen, Lucern u. a. m. ein persönliches Patriciat gebildet, welches auch im Kanton Tessin patriziato oder vicinanza (Nachbarschaft) genannt worden ist. Die vollberechtigte Dorfgemeinde war demnach eine Geschlechtergemeinde, also die Fortsetzung der alten freien Dorfmarktgemeinde, welche jedoch, seitdem sie nicht mehr auf Grundbesitz gebaut, vielmehr eine persönliche Genossenschaft geworden, keine Marktgemeinde mehr war. Es war demnach diesen Dorfgeschlechtern ergangen, wie jenen adeligen Herren, welche sich zwar heute noch von schreiben, welche aber keinen Grundbesitz von welchem sie sich schreiben mehr haben. Jene Dorfgeschlechter hatten, wie jene adeligen Herren, die Grundlage ihrer Rechte verloren, die Rechte selbst aber dennoch behalten ²⁷⁾.

Wieder in anderen Gemeinden endlich ist eine Mischung von alten Dorfmarktgenossen mit Personalbürgern eingetreten. So bestehen z. B. in der Gemeinde Tägerweilen im Thurgau heute noch 64 Schuppisrechte, welche auf den Häusern ruhen

26) Landb. von Schwiz, p. 97 u. 173. Landb. von Uri, art. 82. vgl. Wyß, schweiz. Landg. 3te Ver. in Zeitschr. I, 37 ff. u. 42.

27) Vgl. die Belege bei Wyß, I. c. in Zeitschr. I, 32, der jedoch den Grund jener persönlichen Abschließung andernwärts sucht.

und jedem Besitzer des Hauses, wenn dieser auch das Bürgerrecht nicht hat, zustehen. Neben diesen Schuppisinhabern stehen aber auch noch andere bloß persönliche Bürger, welche ohne berechtigtes Haus zu besitzen, dennoch vollberechtigt sind. Und ähnliche Verhältnisse bestehen auch noch in anderen Gemeinden des Thurgaus und der Kantone Lucern und Zug²⁸⁾. Vergleichen aus Real- und Personal-Bürgern gemischte Gemeinden waren aber natürlicher Weise ebenfalls keine Dorfmarkgemeinden mehr.

§. 72.

Eine ähnliche Veränderung, wie in den erwähnten Dorfmarkgemeinden, ist auch in jenen Gemeinden vor sich gegangen, in welchen die Nutzungsrechte von den Bauernhöfen getrennt und dadurch die Dorfmarkgenossenschaften ihrer innersten Natur nach verändert worden sind. Da nämlich in jenen Gemeinden nur die Inhaber eines Gemeindennuzens noch Gemeindeglieder, also sie nur allein noch vollberechtigte Genossen gewesen sind, so ist die Dorfgemeinde eine Nutzungs- Meenthaber oder Rechtsame-gemeinde geworden, dadurch aber ebenfalls der Grund zu zwei Gemeinden in einem und demselben Dorfe gelegt worden. Die Nutzungs- Meenthaber- oder Rechtsamegemeinde bildete die engere oder herrschende Gemeinde, denn sie nur allein führte das Dorfregiment. Die übrigen Bauern, Köter, Häusler und anderen Beisassen gehörten aber zu der weiteren oder beherrschten Gemeinde, welche ursprünglich gar keine oder wenigstens keine volle Berechtigung und daher auch keinen Antheil an dem Dorfregimente gehabt haben. Dieser Zustand der Dinge war natürlich und daher auch erträglich, so lange noch die gemeine Mark groß, die Nutzungsberechtigung also noch von Bedeutung war, so lange die Meenthaber und Nutzungsberechtigten zu gleicher Zeit noch Hofbesitzer und zwar die Reichsten im Dorfe und daher noch im Stande waren, die Lasten und Steuern selbst zu bestreiten. Seitdem jedoch die Nutzungs- und Meenthabergerechtigkeiten fast auf nichts reducirt worden, mehr und mehr in die Hände einiger weniger zum Theile

28) Wyß, l. c. in Zeitschr. I, 36.

ganz armer Menschen gekommen waren, die weber Haus noch Hof, noch irgend eine Art von Unabhängigkeit hatten, die deshalb nicht mehr im Stande waren, die ihnen obliegenden Gemeinbedienste zu leisten, und daher anfangen die landbesitzenden und zum Theile sogar reich gewordenen Röter und anderen Weisassen zu besteuern, da ertrugen diese in vielen Gemeinden nicht mehr das ausschließliche Dorfregiment der Rechtsamebesitzer und Meenthaber. Es mußte vielmehr den Röttern und anderen Weisassen Zutritt zu den Gemeindeversammlungen wenigstens bei gewissen Verhandlungen gestattet werden²⁹⁾.

Dadurch entstanden aber zweierlei Gemeindeversammlungen in einem und demselben Dorfe, eine ausschließlich aus den Nutzungsberechtigten, Rechtsamebesitzern und Meenthabern bestehende, aber immer noch die Regel bildende Bauerschaftsversammlung, und eine aus sämtlichen angeessenen Leuten, also außerdem auch noch aus den Röttern, Häuslern und selbst Heuerlingen bestehende Versammlung, welche jedoch nur ausnahmsweise eintrat. Und nicht selten ist sodann schon im Laufe des 17ten und 18ten Jahrhunderts die bisher herrschende Gemeinde der Rechtsamebesitzer und Meenthaber zu einer bloßen Privatgemeinde herabgesunken, während die früher beherrschte Gemeinde oder vielmehr die neue Gesamtgemeinde das Dorfregiment mehr oder weniger vollständig erlangt hat³⁰⁾.

Nicht immer sind jedoch beide Gemeinden gehörig von einander geschieden, vielmehr öfters mit einander vermischt worden, was dann zu großer Verwirrung, z. B. hie und da in der Schweiz geführt hat. Da nämlich die Rechtsame an und für sich bloße Nutzungsantheile, an diese aber die Gemeinderechte gebunden waren, so ließ man zwar den Rechtsamebesitzern die Nutzung des Gemeinlandes und auch ein Stimmrecht in der Gemeinde. Das Eigenthum an dem Gemeinlande, und das Recht darüber zu verfügen, sprach man jedoch nebst dem Dorfregimente überhaupt der

29) Sternberg, I, 6 u. 7.

30) Michelsen in Zeitschr. VII, 99—105. Stettler, p. 54. Bluntschli, II, 69, u. 82—83.

Gesamtgemeinde zu. Eine Verwirrung aller Rechtsbegriffe, welche nothwendiger Weise zu einem verwirrten Zustande des Gemeindefehens führen mußte³¹⁾.

Aufnahme in die Genossenschaft.

§. 73.

Die Dorfmarkgenossenschaft beruhte auf Feld- und Waldgemeinschaft. Die volle Berechtigung setzte daher, wie wir gesehen haben, Angefessenheit, also den Besitz von Grund und Boden oder wenigstens den Besitz eines Gemeindenuzens voraus. (§. 50 u. 51). Ohne auf die eine oder die andere Weise in der Dorfmark angefessen zu sein, gab es demnach keinen vollberechtigten Genossen. Die Aufnahme in die Genossenschaft selbst war ursprünglich nichts anderes als ein Aufnehmen in die Dorfmarkgemeinschaft³²⁾. Dennoch bestand hinsichtlich der Aufnahme in die Genossenschaft ein wesentlicher Unterschied in Ansehung der Fremden, welche erst eingewandert waren und hinsichtlich der Eingebornen, welche von bereits ansässigen Genossen abstammten.

Zur Aufnahme eines Fremden in die Dorfmarkgenossenschaft war vor Allem eine häusliche Niederlassung nothwendig. (wer zu uns züchet vnd by vns hushablich sitzet, der sol wunn vnd weide mit vns haben)³³⁾. Dazu gehörte der Erwerb

31) Byß, die schweizer. Landgemeinden. 3te Periode in Zeitschr. für Schweiz. R. 1, 21—23.

32) Dorfordnung von Ingersheim von 1484 §. 5. bei Mone, Zeitschr. 1, 11. „die von beiden Ingersheim sollen kein person in ir gemein-
schaft ziehen noch uffnemen, sie globen dan zc.“ Weisthum von Sandhofen bei Grimm, 1, 461. „Auch alle die theil wolent hann
„an der gemeinschaft, sie seint sesshaft oder darlomen“. Unge-
gedrucktes Weisthum von Dadenheim in der Pfalz.: „Item welcher
„alhie in die gemein kompt vnd gemeinschaftt begehrt zu halten,
„der soll der gemein zue inzug geben 2 fl gelts vnnd dan ein halb
„vrtel weins zue bauwrecht vs Martens Abent er sey ledig oder
„verheurath, auch ein ledern eymer“.

33) Grimm, 1, 76 §. 18. vgl. §. 44—46.

eines Hauses und Hofes im Dorfe (eines „Hus und Heym“, eines „Hausses und einer Heimath“) ³⁴⁾, eines Gehöftes ³⁵⁾, einer Hoffstatt oder einer Wohnstätte ^{35 a)}, oder auch eines ganzen Bauernhofes oder wenigstens eines Gemeinbenutzens ³⁶⁾. Außerdem gehörte dazu auch noch ein eigener Rauch oder eine gesonderte Speise, d. h. eine eigene selbständige Haushaltung (wellicher zu vnns ziechenn vnnd eignen Reuch by vns füren welle ³⁷⁾). Alle die so in den gerichtz marcken gesessen vnd wonhaftt sind, da soll ain yeglich spis — yeklicher husman und mit namen yegklich sundrig spis) ³⁸⁾. Und in vielen Gemeinden mußte zum Zweck der Aufnahme in die Genossenschaft die Angeseffenheit, wie schon zur Fränkischen Zeit, ein volles Jahr hindurch gedauert haben, indem dann erst die eigentliche Gewere am Grund und Boden, mit dieser aber die Ansässigkeit selbst erworben und dann erst der hörige Ansiebler gegen seinen nachfolgenden Herrn gesichert war. (wer zu Mure husshablich ist gesin, jar vnnd tag, wannen er komen sy, der hat als vyl recht und teyl als ein anndrer ³⁹⁾). ob ein frömbd man kem gehn Wülfflingen, wanen er kem — vnd sich da nider laet vnd da sesshaftt jahr vnd tag vnangesprochen ⁴⁰⁾. wann derselb (herkommende) man hie gesitzet jar und tage one nachfolgend herrenn ⁴¹⁾. zihet ein man gein Dorkheim, und sitzet da jar und tag an nachfolgenden hern ⁴²⁾. da ein fraw oder man komme gefaren uf die fuldische margk und sitze darin jar und tagk ohne folge der hern ⁴³⁾.

34) Bluntschli, II, 64 u. 66. Sternberg, I, 121.

35) Dithmarsch. Landr. art. 87, §. 6 u. 13.

35 a) Grimm, I, 79 §. 44, 134 u. 136.

36) Sternberg, I, 6, 23 u. 24. Vgl. oben §. 25, 50, 51.

37) Offn. von Ober- und Nider Steinmaur, §. 89 bei Schauberg, I, 97.

38) Grimm, I, 198 u. 209. Vgl. oben §. 52.

39) Grimm, I, 44.

40) Grimm, I, 138.

41) Grimm, I, 461.

42) Grimm, I, 784.

43) Grimm, III, 438 u. 439. Vgl. noch Urf. von 1529 bei Bodmann, II, 655. Meine Einleitung, p. 100, 142 u. 143. Meine Gesch. der Markenverf. p. 114. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 206.

§. 74.

Außer der häuslichen Niederlassung mußten die Fremden in vielen Gemeinden sich auch noch in die Dorfgemeinschaft aufnehmen lassen und dafür ein Aufnahmsgeld entrichten. Eine förmliche Aufnahme ist zwar ursprünglich nicht nothwendig, auch nicht allenthalben gebräuchlich gewesen. Jede Gemeinde und jeder Einzelne in der Gemeinde war zwar von je her berechtigt, gegen die Niederlassung eines Fremden zu protestiren und dadurch diese selbst zu vereiteln⁴⁴⁾. In Baar wurde noch im Jahre 1697 bestimmt, daß zwei Dorfmannen das Recht haben sollten, eine solche Niederlassung abzuschlagen⁴⁵⁾. Eine förmliche Aufnahme war jedoch ursprünglich nicht nothwendig, indem eine von niemand widersprochene Niederlassung hingereicht hat. Erst seitdem die persönliche Angehörigkeit einer Gemeinde sich zu einem wahren, wenn auch nicht vollberechtigten Gemeinderecht ausgebildet, und seitdem eine zweite Gemeinde sich an der Seite der alten Marktgemeinde gebildet hatte, erst seit dieser Zeit wurden die förmlichen Aufnahmen häufiger und auch nothwendig. Ueber die Aufnahme pflegte sodann eine Urkunde auszufertiget zu werden, welche man insgemein einen Einzugsbrief genannt hat⁴⁶⁾. Auch pflegte mit der Aufnahme eine Aufnahmegebühr verbunden zu werden, welche sehr bald sogar zur Hauptsache ward, so daß immer nur von der Erlegung dieser Gebühr, von der Aufnahme selbst aber keine Rede mehr war.

Die Aufnahme- oder Einzugsgebühren reichen in manchen Gemeinden in sehr frühe Zeiten hinauf, indem derselben schon in einigen Öffnungen und Weisthümern aus dem 15ten Jahrhundert erwähnt wird, der Inhalt solcher Urkunden aber bekanntlich einer sehr frühen Zeit angehört. Auch wird ihrer schon in einer Öffnung von 1396 von Meggen im Kanton Lucern Erwähnung gethan⁴⁷⁾. Häufiger kommen sie jedoch erst seit dem Ende des 15ten

44) Vgl. meine Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- u. Verfassung pag. 142. ff.

45) Wyß, schweiz. Landg. 3te Per. in Zeitschr. I, 34 Not.

46) Bluntschli, II, 63—66.

47) Segeffer, Rechtsg. von Lucern, I, 513.

Jahrhunderts und seit dem Anfang des 16ten vor, z. B. im Thurgau, in St. Gallen u. a. m.⁴⁸⁾. Auch die Einzugsbriefe kommen regelmäßig erst seit dem Anfang des 16ten Jahrhunderts vor, z. B. in Zürich und St. Gallen. Und Einzugsordnungen findet man nicht leicht vor der Mitte des 16ten Jahrhundert⁴⁹⁾. Man nennt diese Einzugsgebühren öfters selbst einen Einzug („Inzug“)⁵⁰⁾, oder ein Einzugsgeß⁵¹⁾, einen Willkomm („Willkömnen“)⁵²⁾, ein Einkaufsgeld⁵³⁾ (wo eyn darkommender manne dar- kompt, der mag ein gebawerschafft kauffen)⁵⁴⁾, einen Weinkauff⁵⁵⁾, eine Bauerschuld („Burschult“)⁵⁶⁾, oder ein Bauerschafsgeld („Burschupgeß“)⁵⁷⁾, ein Bürgerrecht⁵⁸⁾, Bürgerrechtgelt⁵⁹⁾ u. s. w.

Die Größe dieses Einzugsgeßes ist in den verschiedenen Gemeinden sehr verschieden bestimmt gewesen⁶⁰⁾. Insbesondere war im Dithmarschen das Einfahrtsgeld oder die sogenannte Bauerschuld in denjenigen Gemeinden, welche noch ein Gemeinseß (Menemarke) hatten, begreiflicher Weise höher als in jenen Ge-

48) Wyß, Schweiz. Landg. 3te Per. in Zeitschr. I, 33. Not.

49) Bluntzli, II, 63. Not. Wyß, I. c. p. 7. Not. 2.

50) Grimm, I, 132, 133 u. 135. Offn. von Steinmaur §. 89, 90 u. 91 bei Schauberg, I, 97. im Anhang Nr. 1.

51) Thomas, I, 219—221.

52) Wendhagensches Bauernrecht bei Spangenberg, Beitr. zum L. R. p. 203.

53) Sternberg, I, 11 u. 63.

54) Grimm, I, 461. Vgl. I, 136. darzu sinen teil etc. bis bezahlt hat. Urk. von 1487 in Geschichtsb. III, 271. „das torff rechtig das ich „von ihnen erbofft han umb die obgenannten Sum.“ Vgl. Fald. Handb. III, 2. p. 625.

55) Landrecht der Graffschaft Rietberg bei Wigand, Archiv. V, 136, 137, 142 u. 143.

56) Dithmarsch. Landr. § 231 bei Michelsen p. 76 u. §. 196 eod. p. 154, u. 331.

57) Urk. von 1560 bei Michelsen. Urkb. p. 251.

58) Grimm, I, 801. „der gemein zu burgerrecht fünf gulden“.

59) Elgger Recht art. 53, §. 5 bei Pestalutz, I, 343.

60) Grimm, I, 42 u. 111, §. 18. Bauersprache von Herbke bei Sommer, I, 2 p. 17. und die in den vorhergehenden Notizen angeführten Stellen.

meinden, welche kein Gemeinland und daher auch keine Gemeindegewinnungen mehr hatten⁶¹⁾. Auch mußten die Ausländer, wenn sie sich in einer inländischen Gemeinde niederlassen wollten, ein höheres Einzugsgehalt entrichten, als die Inländer, welche nur aus einer Gemeinde in eine andere zogen⁶²⁾. In Dackenheim in der Pfalz mußte außer dem Einzugsgehalte (Zug) auch noch als sogenanntes Dauerrecht ein halbes Viertel Wein und ein lederner Eimer entrichtet werden⁶³⁾. In Bayonne mußte eine gewisse Summe zum Ankauf von Waffen entrichtet werden. (*est tenu payer une piece d'artillerie, ou harnois en somme, pour la grace qu'on lui fait, pour icelle employer à la munition, et forteresse*⁶⁴⁾). Und der neu Aufgenommene mußte den Bürgereid schwören⁶⁵⁾.

§. 75.

Eine solche häusliche Niederlassung und die Entrichtung eines Einzugsgebotes war indeß nicht bloß zur Aufnahme der vollberechtigten Genossen, sondern auch zur Aufnahme bloßer Beisassen nothwendig. Bei ihnen reichte jedoch der Erwerb eines Häuschens, eines Leerhauses, Tagelöhnerhauses, Nebenbaus oder einer Kothé, Hütte u. s. w. schon hin. (§. 55 ff.). Auch war ihr Einzugsgehalt weit geringer, da sie an den Nutzungen der gemeinen Markt entweder gar keinen oder wenigstens nur einen sehr geringen Antheil hatten⁶⁶⁾.

In der Gemeinde Löß im Kanton Zürich z. B. bestand ihr sogenannter Zug in 5 R., während die vollberechtigten Bauern 10 R. entrichten mußten⁶⁷⁾. Und in der Bauerschaft Stelle im Dithmarschen mußten die Ansiedler, welche die Menemarken ge-

61) Dithmarsch. Landr. von 1539, §. 196 bei Michelsen p. 154. Vgl. p. 76, §. 231 u. p. 330—332.

62) Bluntschli, II, 65, Thomas, I, 220 u. 221.

63) Anhang, Nr. 1.

64) Bayonne, tit. 30, art. 3.

65) Bayonne, tit. 30, art. 3 u. 4. Eigiger Herrschaftsrecht, art. 53 §. 1, 2 u. 5 bei Pöfalus, I, 343.

66) Thomas, I, 218.

67) Grimm, I, 132—133.

brauchen und beweißen wollten, 100 Mark Bauerschuld entrichten, die armen Leute dagegen, welche keinen Antheil an der gemeinen Mark verlangten, nur vier Gulden. („Im Falle auerst arme Lude „in vnser Burfchop fahren, vnd de Weenmarke nicht mede besicheren, (d. h. beweißen) wolben, de scholen vnserm Burfchope „beer gulden“ 2c.)⁶⁸⁾. Hatten sich indessen die Fremden einmal, wenn auch nur als Beisassen, in einer Gemeinde ansässig gemacht, so konnten sie sodann das volle Bürgerrecht („ein Gebawerschafft) viel leichter erwerben, weil das Aufnahmsgeld in einem solchen Falle weit geringer war. (und so eyner vor in der gemein ist gewesen, begert uff zusteigen, sol von eyn virtel geben eyn virtel weyns zwen weck und eyn kess)⁶⁹⁾.

§. 76.

In denjenigen Dorfmarkgemeinden nun, in welchen sich zwei Gemeinden, eine engere und weitere Gemeinde, neben einander gebildet hatten, in jenen Gemeinden hatte die Aufnahme in die engere Gemeinde nicht immer die Aufnahme in die weitere Gemeinde zur Folge, so wie umgekehrt die Aufnahme in die weitere Gemeinde noch kein Recht auf die engere Gemeinde gegeben hat. Es war vielmehr eine doppelte Aufnahme und die nochmalige Erlegung eines weiteren Einzugsgeldes nothwendig, z. B. in der Schweiz⁷⁰⁾. In manchen Gemeinden hat jedoch der Besitz eines berechtigten Gutes oder einer Gemeindeberechtigung allein schon hingereicht zur Aufnahme in die engere Gemeinde. Die Erlegung eines Einzugsgeldes war demnach nur noch zur Erlangung des weiteren Bürgerrechtes nothwendig. In solchen Gemeinden war nun der sonderbare Fall möglich, daß Leute, welche das Einzugsgeld noch nicht erlegt und daher das weitere oder Orts Bürgerrecht noch nicht erworben hatten, durch den Erwerb eines berechtigten Gutes oder einer Rechtsame in die engere Gemeinde aufgenommen werden, also Antheil an dem Gemeinde Regiment erhalten und demnach als Ausbürger das volle Bürgerrecht haben konnten, ohne je das Ortsbürgerrecht selbst erworben zu haben. Und in

68) Bauerschaftsbeliebung von 1581 bei Mischellen, l. c. p. 335—336.

69) Grimm, I, 461.

70) Bluntzschli, II, 78 u. 79. Vgl. §. 68.

der Dorfgemeinde Schnottwyl im Kanton Bern ist dieser Zustand noch bis auf die jetzige Stunde geblieben⁷¹⁾. .

In jenen Gemeinden endlich, in welchen sich schon seit dem 16ten Jahrhundert ein persönliches Bürgerrecht gebildet hatte, war auch der Erwerb eines Hauses und Hofes nicht mehr nothwendig. Es reichte vielmehr die Niederlassung in der Gemeinde mit einem eigenen Rauch und die Erlegung des Einzugsgelbes zur Aufnahme hin⁷²⁾.

§. 77.

Zur Aufnahme in eine Gemeinde, gleichviel ob als vollberechtigter Genosse oder als bloßer Tagelöhner, Handwerker oder als sonstiger Weisasse, war außer der Zustimmung der Gemeinde in späteren Zeiten auch noch der Consens der öffentlichen Gewalt und in Grundherrschaften außerdem noch die Zustimmung des Grundherrn nothwendig, z. B. in Baiern, im Württembergischen Franken, in den verschiedenen Kantonen der Schweiz, in der Abtei Weisenburg, in der Pfalz, im Odenwalde, im Stifte Fulda, im Dithmarschen, in Frankreich u. a. m.⁷³⁾. Daher fiel auch in vielen Gemeinden das Einzugsgeib nur theilweise an die Gemeinde, theilweise aber an die Herrschaft z. B. im Stifte Fulda, in der

71) Renaud, in der Zeitschr. IX, 64.

72) Offn. von Rümbling bei Schauberg, Beitr. IV, 148. Einzugsbrief von Regensperg von 1539 bei Wyß, schweizer. Landg. 3te Per. in Zeitschrift I, 26.

73) Grimm, I, 133, 134. 765. Offn. von Steinmaur §. 91 bei Schauberg, I, 97. Elgger Herrschaftsrecht, art. 53 §. 1 bei Pestaluz, I, 342. Edelinger Dorfordnung von 1601 bei Schönhuth, Zeitschr. des hist. Vereins des Würtemb. Frankens IV, p. 95. Lagerbuch von Homersheim in der Pfalz: „Von ahnkommennden Personen, so in die Gemein „begehren. Dergleichen Personen werden of begehren neben pflegung „Geburts- und Abschiedsbrieff, vff bewilligung des Kellers zu „Därmstein von der gemein of und angenommen“. Stettler, Rechtsg. von Bern p. 120. Erbacher Landr. p. 89 u. 90. Thomas, I, 219. Bauerschafts Beliebung von 1581 bei Michelsen, alt Dithm. Rechtsquelle p. 336. Dunder, Gesammteig. p. 164 f. Cont. de Bayonne. tit. 30, art. 3. Vgl. noch oben §. 61.

Schweiz, in der Pfalz u. a. m.⁷⁴⁾. Und in jenen Gemeinden, in welchen die Bauerschaften aufgehört hatten wahre Dorfmarkgenossenschaften zu sein, bestand in späteren Zeiten die Aufnahme in der bloßen Anmeldung bei der Grund- oder Landesherrschaft oder bei dem herrschaftlichen Beamten, und in der Erlegung einer bestimmten Geldsumme an ihn, z. B. in der Grafschaft Rietberg, wo man dieses Einzugsgeld einen Weinkauf genannt hat⁷⁵⁾.

Wer sich aber, ohne auf die angegebene Weise in die Genossenschaft aufgenommen worden zu sein, in einer Gemeinde niedergelassen hatte, der blieb nach wie vor ein Fremder und hatte auf die genossenschaftlichen Rechte keinen Anspruch. (*Autrement les habitants et demeurans en la dite ville ne peuvent estre dits voisins, pour jouir des dites franchises et libertes*)⁷⁶⁾.

§. 78.

Ursprünglich wurden aus sehr begreiflichen Gründen die neuen Ansiedelungen begünstigt. Sogar spätere Weisthümer enthalten noch die Bestimmung, daß der Dorfmeier dem fremden Anstebler eine Hoffstatt, d. h. einen Bauplatz verschaffen, und ihm das nöthige Bauholz anweisen solle. (Wer der ist, der zu N. husen wil, der mag ein hoffstatt vordren die im gefalt — Item wer der ist der zu N. husen wil, dem sol man geben holtz zu einer vffrichty vnd vier gerraffen)⁷⁷⁾. Und sobald er sich in der Gemeinde ansäßig gemacht hatte (*by uns hushablick sitzet*), sollte derselbe „Wunn vnd Weide haben vnd nießen“ und „Bruchholz in der gemein Merck howen, einer als der „ander“)⁷⁸⁾.

Indessen hatten doch die älteren Ansiedler oder die Inhaber von alten Hoffstätten hie und da noch Vorrechte, welche die späteren Ansiedler nicht mehr erhielten, z. B. hinsichtlich des Hühner-

74) Thomas, I, 220 u. 221. Grimm, I, 111 §. 18, 801.

75) Landrecht der Grafschaft Rietberg von 1659 u. 1697 bei Wigand, Archiv, V, 136, 137, 142 u. 143.

76) Bayonne, tit. 30, art. 4.

77) Grimm, I, 79 §. 44 u. 45. Vgl. noch I, 207.

78) Grimm, I, 76 u. 79 §. 48 u. 46. Vgl. noch I, 332—333, 207.

haltens. („von der hüener wegen, wo recht alt eehoffstet
 „sint, der mag die hüener gan lassen, wie von alterhar vnge-
 „sarlich, wo aber nit alt hoffstet sind, vnd ainer by demselben
 „huß hüener haben wil, der sol die hüener nit witer vff ander
 „lath gan lassen dann sover, das die frow vff des huß first stan,
 „vnd ain sichell in die lengen handt nemen, vnd sover sy dann
 „mit derselben handt werfen mag, so wit mögen die hüener gon,
 „vnd nit wider“) 79).

Seit dem 15ten und 16ten Jahrhundert hat sich dieses Alles jedoch wesentlich geändert, indem fast allenthalben an die Stelle der Begünstigung das Bestreben jede Ansässigmachung möglichst zu erschweren oder gänzlich zu verhindern, getreten ist. Der zumal durch die Reformation veranlaßte freiere Verkehr im Innern des Landes hat nämlich auch einen häufigeren Wechsel des Wohnsitzes und daher häufigere Ansiedelungen in fremden Gemeinden zur Folge gehabt. Wiewohl nun die neuen Ansiedler, wenn sie nicht vollberechtigte Genossen geworden waren, kein Recht an den Marknutzungen hatten (S. 70), so machten sie dennoch Ansprüche darauf oder fielen den Gemeinden in anderer Weise zur Last. Daher wurden von den Gemeinden dergleichen neue Ansiedelungen nur ungern gesehen. Um sich nun gegen dieselben zu schützen, suchten und erhielten auch diejenigen grundherrlichen Gemeinden, in welchen früher der Consens der Grund- und Vogteiherrn allein schon hingereicht hatte, das Recht solche Ansiedelungen dadurch verhindern zu können, daß ohne ihre Zustimmung keine Niederlassung in der Gemeinde mehr statthaben solle. Auch die grundherrlichen Gemeinden erhielten demnach das sogenannte Veto der Gemeinde. Im Kanton Bern z. B. wurde den Tvingherren die Annahme von Fremden ohne Zustimmung der Gemeinden und ohne obrigkeitliche Bewilligung in den Jahren 1597 und 1673 verboten 80). Anderwärts sollte, um die Übervölkerung zu verhindern, ohne Zustimmung der Grundherrschaft keine alte Hofstatt mehr getheilt und keine neue Hoffstatt mehr angelegt und be-

79) Offn. von Kilchberg bei Grimm, I, 206.

80) Stettler, Gemeinde- u. Bürgerrechtsverhältnisse in Bern p. 44. Stettler Rechtsg. von Bern, p. 120.

baut werden⁸¹⁾. Man erhöhte ferner die Einzugsgebelber in jenen Gemeinden, in welchen sie früher schon bestanden hatten und führte solche Einzugsgebelber auch in denjenigen Gemeinden ein, in welchen man sie bis dahin gar nicht gekannt hatte⁸²⁾.

Erst in neueren Zeiten hat man, um die Bevölkerung und dadurch den Ertrag des Landes zu vermehren, wieder angefangen die Ansäßigmachung zu begünstigen und auch nicht begüterten Leuten den Genuß der Almenden zu gestatten, z. B. in der Herrschaft Breuberg, in der Grafschaft Erbach u. a. m.⁸³⁾. Allein dergleichen Bestrebungen gehören schon in die Zeiten des Verfalls der alten Verfassung.

§. 79.

Von der Aufnahme der Fremden in eine Dorfmarktgemeinde war die Ansäßigmachung der Eingebornen wesentlich verschieden.

Durch die Geburt, gleichviel ob von einem vollberechtigten Bürger oder von einem bloßen Weisassen, wurde man nämlich ein Angehöriger der Gemeinde. Die Geburt vertrat demnach die Stelle der Aufnahme. Mit vollem Rechte konnte man daher sagen, daß die Kinder eines Gemeinbmannes zur Gemeinde geboren seien⁸⁴⁾. Dasselbe gilt von der Verehelichung einer Fremden mit einem vollberechtigten Bürger oder Nachbar (voisin)⁸⁵⁾. Allein das volle Bürgerrecht erhielt man dadurch noch nicht. Die Geburt und die Heirath befreite bloß von der Aufnahme und von der Entrichtung des bei der Aufnahme von Fremden üblichen Einzugsgeldes, keineswegs aber von der Nothwendigkeit des Erwerbs von Grund und Boden oder einer Gemeinbenutzung oder Gerechtsame. So lange sich demnach die sogenannten Nachbarskinder nicht durch den Erwerb eines

81) Gbelfinger Dorfordnung von 1601 bei Schönbuth, Zeitschr. des histor. Vereins des Wirtemb. Frankens, IV, 96 u. 97.

82) Stettler, Gemeinde- u. Bürgerrechtsverh. p. 45, 51 u. 52. Sternberg, I, 11 Not.

83) Erbacher Zr. p. 357 u. 358.

84) Sternberg, I, 105 Not. Cont. de Bayonne, tit. 30 art. 1.

85) Cont. de Bayonne tit. 30, art. 1. St. Sever, tit. 9.

Haus und Hofes oder eines Bauerngutes oder einer Gemeindenußung in einer Gemeinde ansäßig gemacht hatten, blieben sie nach wie vor bloße Beisassen⁸⁶⁾. Und aus demselben Grunde erhielten sie in jenen Gemeinden, in welchen sich zwei Gemeinden neben einander, neben einer engeren Gemeinde auch noch eine weitere, gebildet hatten, zwar das Bürgerrecht in der weiteren, keineswegs aber in der engeren Gemeinde. Bei einer wirklichen Ansäßigmachung in Grund und Boden mußten daher auch sie das hergebrachte Einzugsgeß entweder ganz^{86a)} oder wenigstens zur Hälfte entrichten. (wer es aber eyn gezogen Kyndt des dorffs, der gibt halb als vill)⁸⁷⁾.

Auch bei ihrer Ansäßigmachung durch Verehelichung mußten sie ein kleines Aufnahmsgeß, einen sogenannten Weinkauf entrichten, z. B. zu Aspizheim in der Pfalz sollte „ein lediger Knecht „geben der Gemein vor ein Weinkauff ein güldenn zu uerdrindenn. „Ein Magd ein halben güldenn, vnd ein Widtmann ein halben „gülden vnnnd ein Wittfrau ein ortsgülden zu vertrincken der „Gemein“⁸⁸⁾.

Nur in jenen Gemeinden, in welchen sich frühe schon ein persönliches Bürgerrecht gebildet hatte, wurde durch die Geburt und durch Heirath allein schon das volle Bürgerrecht erworben.

§. 80.

Mit dem Aufhören derjenigen Bedingungen, welche zur Ansäßigkeit nothwendig waren, ging indessen auch das Recht selbst wieder verloren. Wenn also ein vollberechtigter Bürger ohne aus der Gemeinde wegzuziehen sein Haus und seinen Hof oder sein Bauerngut oder seine Gemeindenußung verkaufte, so verlor er sein Bürgerrecht und wurde ein bloßer Beisasse⁸⁹⁾. Die Bauern in Oberheßen konnten daher mit vollem Rechte von sich sagen, „ich verkaufe meine Gemeinde (d. h. meinen Antheil an den Ge-

86) Thomas, I, 218. Vgl. §. 58 oben.

86a) Bluntßkyl, II, 65 u. 96.

87) Grimm, I, 461. Vgl. noch p. 133.

88) Grimm, I, 802.

89) Urk. von 1664, 1670 u. 1752 bei Bluntßkyl, II, 65 u. 66.

„meindbenutzungen) und bin dann ein Beisitzer“⁹⁰). Wer dagegen seinen eigenen Rauch in einer Gemeinde ganz aufgab, aus der Gemeinde wegzog, und sich in einer anderen Gemeinde ansiedelte, der verlor nicht bloß seine Gemeindbenutzungen, sondern auch alle übrigen Gemeinderechte (wer hinnen zücht, so hat er kein recht daran me⁹¹). welicher vs vnnsere gemeind zücht, sich an andre ort hushablich setzt, das der in vnnsorem gemeinwerk kein toyl me sölle haben⁹²). Und die Gemeinde war sodann berechtigt, den vakant gewordenen Gemeindetheil gegen Entrichtung des Einkaufsgeldes einem Anderen zu überlassen⁹³).

In manchen Gemeinden mußte der Gemeindegemeinde, ehe er wegzog, vor versammelter Gemeinde die Gemeinschaft aufkündigen z. B. in der Pfalz⁹⁴).

Wer sich jedoch in der fremden Gemeinde bloß vorübergehend z. B. als Diensthote aufhielt, der verlor keineswegs sein Dorfrecht. Er konnte demnach ohne ein Einzugsgeld zu entrichten wieder zurückkehren. (So aber vnnsere kind von Thöss an die frömbde kemint, sy dienint oder was sy verhandelint, die wil sy sich nüt hushablich vsserhalb setzend, mogent sy das dorfrecht von iren sätoren erben, vnd ane inzug fry zu vns ziehen)⁹⁵). Auch die Grundhörigkeit stand, wie wir gesehen haben, solchen vorübergehenden Niederlassungen nicht im Wege⁹⁶). In vielen Gemeinden durften sogar diejenigen, welche sich auswärts ansäßig gemacht hatten (die sich hushablich vsserhalb setzend), wieder zurückkehren, wenn sie die Hälfte des für Fremde bestimmten

90) Sternberg, I, 105. Vgl. noch oben §. 25 u. 51.

91) Grimm, I, 44.

92) Grimm, I, 133. Cont. de Bayonne. tit. 30, art. 5—7 St. Sever, tit. 9. Uigger Herrschaftsrecht, art. 53, §. 10 bei Bestalup, I, 344. Urk. von 1302 bei Ropp, eib. Urk. p. 61.

93) Sternberg, I, 11, 127, 128 u. 129.

94) Ungebrüdetes Lagerbuch von Homersheim: „Begehrte aber einer wie- „der auß der Gemein zue ziehen, muß er seine gemeinschaft vor einer ganzen gemeindt „offkünden.“

95) Grimm, I, 133.

96) Meine Gesch. der Freisäße, II, 70, III, 118 u. 128.

Einzugsgeldes entrichteten⁹⁷⁾. In anderen Gemeinden dagegen mußten sie sich durch Entrichtung des vollen Einkaufsgeldes wieder neuerdings einkaufen (wer es, dass eyner der sesshaftig gewest were und uffbreche und wollt anderswo hyn ziehenn, hott er syn hawssgerede pracht für die dorffzeune, und gereuwe ine das, das er wider kerte, wer das tet, die sollt die buwerschafft wiederkauffen)⁹⁸⁾. Sie mußten denn bei der Auswanderung einen Freibrief erhalten haben, wie dieses nach dem Wendthagenschen Bauerrechte geschehen konnte. („Ich frage wann „ein Mann oder Weibs=Persohn sich in die 7 freyen Hagen be„frehete, ob es kann zugelassen werden, daß sie ohne dem Frey„Brieff möge die Einfuhre thun? Antwort. Rein. Das kann „nicht zugelassen werden, wann sie schon vorhanden wäre, so muß „sie vor dem Hoffe stille halten, und erstlich der Bauerschaft „ihren frey Brieff vorlesen lassen, alsdann kann es zugelassen „werden“)⁹⁹⁾.

Das Auslöschen des Feuers auf dem Heerde war das symbolische Zeichen des Verlustes des Dorf- oder Gemeinde-rechtes. Der eigene Rauch war nämlich ein wesentliches Erforderniß der Ansässigkeit und daher der Heerd gewissermaßen der Mittelpunkt jeder Ansässigkeit. Dieses zeigte sich bei der Entrichtung von Abgaben (so sall man die veir plenyngs loggen in dat hail, d. h. man soll die Pfennige auf den für den Kessel oder für die Lampe auf dem Heerde befindlichen Hacken legen¹⁾. Es zeigte sich ferner bei Auspfändungen u. dergl. m. („so möch„tend sy einem sin hál oder kessel nennen vnd zu pfand geben)²⁾. Daher galt auch das Auslöschen des Feuers oder eine sonstige Beunruhigung des Heerdes als das Zeichen, daß der Bewohner des Hauses seine Gemeindeberechtigung verloren habe und in der Gemeinde nicht mehr geduldet werden solle. („widrigens derselbe

97) Grimm, I. 133.

98) Grimm, I, 461. Vgl. noch Landb. von Glarus I, §. 71. Urk. von 1401 bei Bluntshill, II, 65. Offn. von Ossingen §. 15 bei Grimm I, 99.

99) Spangenberg, Beitr. p. 200. Vgl. noch p. 203 u. 204.

1) Hefr. von Zettingen, c. 5 bei Lacomblet, Arch., I, 200

2) Offn. von Nider und Rättenbachle §. 24 bei Schauberg, I, 3.

„auf dem Erbe nicht geduldet, sondern durch gebräuchliche Ausgleihung des Feuers auf dem Herd, oder sonst darauf beunruhiget, auch endlich darvon gewiesen wird“) 3).

V. Genossenschaftliche Rechte und Verbindlichkeiten.

1) Im Allgemeinen.

§. 81.

Mit der gehörig geschehenen Ansässigmachung begannen die genossenschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten. (Es ist vnsers dorffs recht vnd fryheitt, wer zu vns züchet vnd by vns hushablich sitzet, der sol wunn vnd weide mit vns haben vnd niessen, vnd mit vns dienen als das von alter herkomen ist) 4), „wer bey uns sitzt und wohnhafftig ist, der hat Macht und Freyheit zu gebrauchen Wasser und Weyd, fischen und jagen, gleich „ein ander Gemeindtsmann“ 5). Welher mitt hus zu Wald sitzt, der ist mitt uns vnd wir mitt im weidgenös, vnd hatt recht in dem clein bürkenlelin ze holtzen 6). Denn alle Rechte und Verbindlichkeiten ruhten auf der Feld- und Markgemeinschaft 7). Sie hingen, wie wir gesehen, mit dem Besitze eines Hauses und Hofes oder mit einer Berechtigung in der Dorfmark zusammen

3) Delbrücker Landr. III, 3.

4) Grimm, I, 76 §. 18.

5) Meibersheim. Weisth bei Koenigsthal, I, 2, p. 63.

6) Grimm, I, 119. Vgl. noch Elgger Herrschaftsrecht, art. 83, §. 2 bei Bestaluf, I, 343.

7) Urf. von 1225 bei Mone, I. 407. *se ratione communitatis, quod vulgo gemeinwerke dicitur, jus pascuandi nemus-que secandi habere* —. Urf. von 1227 bei Gudenz, syl. p. 151. *dicebant ratione habitationis et communione, quod dicitur Almeina, exactionem solvissse*.

und waren bloße Pertinenzien jenes Besitzthums. Dieses gilt aber nicht bloß hinsichtlich der mit dem Gebrauche der Mark und mit der Marknutzung zusammenhängenden, sondern auch in Ansehung aller übrigen genossenschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten, insbesondere auch hinsichtlich der öffentlichen. Denn die Gemeindeverfassung hat ursprünglich in aller und jeder Beziehung auf Feld- oder Markgemeinschaft beruht (§. 34—40).

Daß der Gebrauch der gemeinen Mark und die Marknutzung Zugehör des Hauses und Hofes im Dorfe oder des Bauerngutes selbst gewesen, ist bereits schon bemerkt worden, und wird in der Folge mehr noch hervortreten. Dasselbe gilt, wie wir sehen werden, in Ansehung der übrigen genossenschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten. Da nämlich die Dorfgemeinde eine Dorfmarkgenossenschaft also eine Feld- und Markgemeinschaft gewesen ist, so müssen nothwendiger Weise auch die genossenschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten auf Feld- und Markgemeinschaft beruht haben.

Daher waren nur die in Feld- und Markgemeinschaft lebenden Bauern eines Dorfes vollberechtigte Genossen, also nur die eigentlichen Bauern, Nachbauern oder Nachbarn, die Gemeindeglieder, Huber u. s. w., nicht aber die Weisassen (§. 41 ff. 54 ff.). Die Dorfweisassen konnten zwar ebenfalls in Grund und Boden angefallen sein. Da sie jedoch bloße Hinterlassen entweder der eigentlichen Bauern oder der Dorfgemeinde selbst, also deren Schutzverwandte gewesen sind (§. 60 ff.), so konnten sie natürlicher Weise keine Dorfmarkgenossen, also auch nicht Vollberechtigte sein.

Darum hatten nur die eigentlichen Bauern und die übrigen vollberechtigten Genossen, insbesondere auch die Inhaber von Nutzungsrechten⁸⁾, Zutritt zu den Gemeindeversammlungen, waren daselbst stimmberechtigt, aktiv und passiv wahlberechtigt u. s. w., in früheren Zeiten eben sowohl wie in späteren, z. B. in Fulda, Hessen, im Eichsfeld, in der Schweiz, in Preussen u. a. m.⁹⁾.

8) Urk. von 1735 bei Wyß, Schweiz. Landr. 3te Ber. in Zeitschr. I, 31 Not. 33. „Die Gemeindegossen von Untersträß, so an den Gemeindegerechtigkeiten Theil haben, sollen in den die Gemeind angehenden Sachen allein zu mehrern haben“.

9) Eichsf. Br. II, 55. Thomas, I, 246. Sternberg, I, 6, 10 u. 16.

Sie mußten sogar bei Strafe in den Gemeindeversammlungen erscheinen („so einer die Gemeinschaft“, — d. h. die genossenschaftliche Versammlung (§. 41) — „offt angelegt Gebott nicht „besucht, ist gleicher gestalt, als vorgemelt, gestrafft worden“¹⁰). Die Beisassen dagegen waren in der Regel von allem Antheile an dem Dorfbregimente ausgeschlossen und nur ausnahmsweise wurden sie, z. B. bei Verlesung neuer Gesetze, zu den Gemeindeversammlungen beigezogen¹¹).

Erst seitdem sich an der Seite der alten Dorfmarkgemeinde, aus den Beisassen und aus anderen nicht vollberechtigten Ansiedlern in der Dorfmark, eine neue weitere Gemeinde gebildet oder die alte Dorfmarkgemeinde sich selbst zu einer weiteren sogenannten politischen Gemeinde umgestaltet hatte, erst seit dieser Zeit erhielten auch die ehemaligen Beisassen als neue Ortsbürger und als Mitglieder der politischen Gemeinde Zutritt zu den Versammlungen dieser neuen Gemeinden.

§. 82.

Was von dem Zutritt zu den Gemeindeversammlungen gilt auch von der Gerichtsfolge, also insbesondere auch von dem Rechte und der Verbindlichkeit vor Gericht zu erscheinen. Denn auch diese Rechte und Verbindlichkeiten beruhten auf dem Genuße von Wasser und Weide, oder auf der Ansässigkeit in der Gemeinde, also auf der Feld- und Markgemeinschaft. (solche drei gericht solten suchen alle die in der gemarke und dorfen sich gebrauchen wasser und weide¹²). Das alle die, die wasser und weide niessent zu Dorckeim bei der gemeinde, uf dieselben

Sartmann, p. 334 u. 335. Urk. von 1601 bei Bluntshli, II, 65. „holtz vnnd veld wunn vnnd weid verwürkt vnnd an der Gmeind weder zuo meeren noch zuo mindren haben. Urk. von 1670, eod. p. 66 aber nützit se mehren noch se minderen. — — Urk. von 1681, eod. p. 66 in die Gmeind gehen. Preuss. Landr. II, tit. 7 §. 18 u. 20.

10) Erbacher Tr. p. 128.

11) Sternberg, I, 6, 7 Rot. u. 16. Landbuch von Uri, art. 100.

12) Grimm, I, 487. §. 2.

tag sollen sin in dem fronhof¹³⁾. Es soll vf diesen heutigen ding dag hie sein ein iglieher so in diesem bezirk begüttet¹⁴⁾. Da nun auch die Dienste und Leistungen, wie wir sogleich sehen werden, auf der Feld- und Markgemeinschaft geruht haben, so wurde nicht selten die Gerichtsfolge auch von der Entrichtung jener Leistungen abhängig gemacht, z. B. in der Wetterau (da wart gefragt, wer mee tzu dem Mertinsdinge gehorte? da wart geweyset, wer in ire geschosse vnd bede gehorte, der gehorte auch tzu dem Mertinsdinge)¹⁵⁾.

Die Angelegenheiten der Weissen gehörten zwar ebenfalls vor die Dorfmarkgenossen, eben so wie die Angelegenheiten der in der Dorfmark angefessenen Wittwen und Waisen¹⁶⁾. Allein so lange sie bloße Schutzgenossen gewesen sind, bedurften sie daselbst eines Vertreters. Mit dem Schutzverhältnisse hat sich jedoch in späteren Zeiten auch die Nothwendigkeit einer Vertretung wieder verloren. (§. 61.) Und dann erhielten auch die Weissen dieselben Rechte und Verbindlichkeiten hinsichtlich der Gerichtsfolge, welche die vollberechtigten Genossen von je her gehabt haben.

Auch das Eigenthum und die sonstige Berechtigung an der gemeinen Dorfmark hat, wie wir gesehen haben, der Gesamtheit der Dorfmarkgenossen, also der Gesamtheit der vollberechtigten Bauern, Nachbarn und anderen Gemeinbsleuten gehört. Die Weissen hatten daran ursprünglich nirgends auch nur den aller geringsten Antheil. Eben so waren nur allein die Bauern, Hubner, Großgütler u. s. w., und zwar in ihrer Eigenschaft als Dorfmarkgenossen vollberechtigte Rugnießer der Almenden und der anderen ungetheilten Güter der Gemeinde. Im Eichsfeld z. B. hatten nur allein die Gerechtigkeitsbesitzer und Gerechtigkeitsmänner oder die Besitzer der Gerechtigkeitshäuser, auf welchen die Gerechtigkeit oder das Nachbarrecht ruhte, ein Beholzigungs-, Mast- und Weiderecht in den Gemeinde-Waldungen und Weiden, und die Schäfereigerechtigkeit nebst dem Hordenschlage, nicht aber die Neubauern,

13) Grimm, I, 783.

14) Grimm, II, 169.

15) Grimm, III, 425—426.

16) Grimm, I, 487 §. 2.

Häusler und Einmüthlinge¹⁷⁾). Die Weisassen hatten auch in jenen Gemeinden, in welchen denselben späterhin eine Berechtigung zugestanden worden war, keine volle Berechtigung. Und auch diese verbannten sie meistens nur dem guten Willen der Gesamtheit der vollberechtigten Genossen, deren Hintersassen sie waren. Als daher in neueren Zeiten der Unterschied zwischen Groß- und Kleingütlern in Baiern, zwischen Hubnern und Weisassen im Großherzogthum Hessen, zwischen Gemeinbsleuten und Weisßhern in Kurhessen u. a. m. aufgehoben und die Einen wie die Anderen für Orts- oder Gemeindebürger erklärt worden waren, da entstanden allenthalben Streitigkeiten, indem die neuen Orts- oder Gemeindebürger gleiche Berechtigung in der gemeinen Mark und gleiches Recht an dem Mark Eigenthum in Anspruch nahmen, während die alten Dorfmarkgenossen dieses leugneten und fast allenthalben die Gemeindegüter und Almenden als ihr Privateigenthum vindicirten, in Baiern eben sowohl wie in den beiden Hessen u. a. m.¹⁸⁾.

§. 83.

Endlich ruhten auch die Dienste und Leistungen, die Gemeinbedienste und Steuern eben sowohl wie die öffentlichen, auf den betreffenden Dorfschaften, und waren sammt und sonders Lasten der Feld- und Markgemeinschaft. Von den großen Marken und auch von den grundherrlichen Dorfmarken ist dieses bereits schon nachgewiesen worden¹⁹⁾. Dasselbe gilt aber auch bei den gemischten und freien Dorfmarkgemeinden. Denn nur die in Feld- und Markgemeinschaft befindlichen und daher Wasser und Weide und die übrigen Marknutzungen genießenden Leute hatten Fron- und andere Dienste zu leisten, Steuern zu entrichten, insbesondere auch Kriegsdienste zu thun und die Kriegslasten zu tragen, z. B. in der Abtei

17) Hartmann, Prov. R. des Eichsfeldes, p. 334—339 u. 342.

18) Bair. Regierungsbl. von 1803 p. 1026, und von 1805 p. 729. Gröbner Er. p. 353, 357 und 358. Sternberg, I, 60, 64 ff, 77 ff, 109 u. 110.

19) Meine Gesch. der Markenverf. p. 185. ff. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 215. ff.

Prüm. (sciendum est, quod et mansi S. Petri et S. Paulini faciunt nobis corvadas et alia jura minuta, quia habent communionem in pascuis, aquis, nec non in terminis nostris²⁰). Sciendum est, quod omnes homines, villas et terminos nostros inhabitantes, tenentur nobis curvadas facere; non solum mansionarii, verum et scararii id est ministeriales, et haistaldi id est qui non tenent a curia haereditatem, quia communionem in pascuis et aquis nostris²¹). Eben so in der Pfalz, wo auch die Edelleute und Priester, also die Grundherrschaft selbst, belehnen, steuer- und frondpflichtig waren, wenn sie ihre Felder selbst bauten und daher Antheil an den Marknutzungen hatten. (wan sie—die herren von Schonau—die selber bawen, also dass sie keinen hofmann bey uns sitzen haben, so mogen sie wasser und weyde gebrauchenn mit demselben viehe damit sie es bawenn, und wan sie das thun, so sollent sie davonn bede und steuer geben, und fronen als eyn ander gemeinsman²²). In einem ungedruckten Weisthum im grünen Buche von Dürkheim heißt es: „seind die Eble, Priester zu Weg und Steg zu fröhnen schuldig“. Und später heißt es: „Haben derowegen Abell vnd Priesterschaft die waldt, wasser vnd waibt zugebrauchen, wie ein anderer Gemeinßmann zu Dörsheim, jedoch müssen sie jederzeit die nottorfft fordern, sie sind der Herr vnd gemein frondfrey, zu weg vnd steg aber zu fröhnen schuldig“. Und in einem daselbst befindlichen Vertrage von 1495: „so Priester vnd Eble fröhnen zu weg vnd steg, sollen sie auch gehorsamb sein“. In einem ungedruckten Weisthum von Merxstatt in der Pfalz: „Lundherr Hans zu Rotenstein hat auch in Merxstetter gemarken 12 morgen wiesen. so er selbst in handen. Davon gibt er in die gemeindt zu schatzung 2 Pf. iarlichen“. In einem ungedruckten Weisthum von Dackenheim in der Pfalz: „Closter Henningen. Muß auch der hofmann, so lang er es in handen 2 Den. vom morgen zu Bed geben“. Im ungedruckten

20) Caesarius §. 1 ad Nr. XXV bei Hontheim, I, 673.

21) Registr. Prüm. Nr. I bei Honth. I, 664. und Beyer, I, 145. Vgl. noch Caesarius ad Nr. XXV bei Honth. I, 671 u. 672. vgl. oben §. 39.

22) Grimm, I, 458—459. Dipl. von 1227 bei Gudon, syl. p. 151. Vgl. oben §. 52.

Weisthum von Großarlbach: „Graff von Welterburg. Darvon zum „zieh bißhero ein halben Kron Thaler zue schazung geben worden.“ Im ungedruckten Weisthum von Heppenheim auf der Wiese: „Spital zum heil. Geist. „Daruon bißhero geistliche steuer entricht“. — „Kirche zue „Krieffheim. Daruon würdt geistliche steuer entricht“. Ungedrucktes Weisthum von Flomersheim: „ab vorberürten güetern würdt Thurf. „Pfalz von Fleckensteins hoffman in nahmen des Jundherrn zue „der gemeinen beth gereicht vñ vngewür ein Thaler“. Ähnliche Bestimmungen in den ungedruckten Weisthümern von Heßheim, Weintershheim, Zelle und Harrheim, Ottersheim und Immesheim, Röttenbach, Obersülzen, Weisenheim am Sand, u. a. m. In manchen Gemeinden hatte sich jedoch die Steuerpflichtigkeit der Grundherren schon verloren, z. B. nach dem ungedruckten Weisthum von Heppenheim auf der Wiese. („Linken zue Speyer. Weiß man von „keiner schazung oder beschwerden so daruon alhie gereicht worden“). Jedenfalls verordnet noch eine kurpfälzige Verordnung vom 18. April 1788, daß nur ansässige und zu Bürgern angenommene Leute, welche eine eigene Haushaltung haben, ein Recht auf die Almenden und auf die zum Umroben vertheilten Weydstücke haben und daher auch sie nur allein „mit allen herrschaftlichen und gemeinen Abgaben belastete Bürger“ sein sollten. Auch in der Schweiz, im Elsaß, im Rheingau, in der Wetterau, in Hessen, im Eichsfeld und in den Mühlhausenschen Dörfern, in Westphalen, im Fürstenthum Fulda, im Odenwald, in Baiern, in Schleswig Holstein, u. a. m. waren alle diejenigen, welche Wunne und Weide, Holz und Feld genossen und sich daher in Feld- und Waldburgenschaft befanden, fröñ-, steuer- und kriegsdienstpflichtig (alle die gen Kiburg gehörent vñ wunn vñ weid da niessent, das sie ouch mit stüren, bruchen, reissen vñ diensten gen Kiburg dienen söllent, mit denen so ouch dahin gehörent, by denen sie denn gesessen sind vñ wunn vñ weid mit inen niessent, sy syent yementz eigen oder nit²³⁾). Quod quivis inhabitantium in ipso districtu de Hardt utens aqua vel pascuus ipsis solvere debeat precarias sive exactiones²⁴⁾). Item wer gen Dietlicken oder Rieden buwen will, der soll mit jnen

23) Grimm, I, 22 §. 33.

24) Grimm, II, 672.

„für vund sold geben“²⁵). „Alle diejenigen, die in unser Graf-
schaft Henneberg seßhaft, und sich gemeinen Wunn und
„Weiden, Steg und Weg und anderer Gemeinde neben
„andern Inwohnern gebrauchen und freuen, die sollen auch
„mit Steuer, Folg, Frohn und Reis, auch in Weg und
„Steg machen, und andere obliegenden nachbarlichen
Beschwernissen, zu Vergleichung des Genieß, neben anderen
„der Gemeinde ein gemein Mitleiden tragen“²⁶). Daher
mußte z. B. im Stifte Honowe bei Straßburg, so lange dieses
die ganze Almende benutzte, das an den Schirmvogt zu entrich-
tende Schirmgelt („die Bette oder Sture“ oder das „Schirm-
„gelt“) von dem Stifte selbst bezahlt werden und erst dann von
der Gemeinde, nachdem dieser die Hälfte der Almende zum Genuße
überlassen worden war. („und umb das das die Stifte der gemeind
„zulies den halben nieß der almenb, dagegen mustent aber die-
„selbe gemeinde geben die zwenzig pfunde dem Vogte (welche vor-
her „sin Schirmgelt“ genannt worden ist —), „und wurdent
„donoch geheissen bette oder stüre, die davor die Stifft gap“)²⁷).

Was von der Dienstpflicht gilt, gilt auch von der Beherberg-
ung und Verpflegung des Heeres, von den Kosten der Ausrüstung
der ausgewählten Mannschaft und von der Stellung der Heer-
wagen sammt den dazu nöthigen Pferden, Fuhrleuten und sonsti-
gen Knechten. Denn auch die Kriegslasten waren Lasten der
einzelnen Ämter und Gemeinden, und wurden unter die vollbe-
rechtigten Gemeindebürger vertheilt²⁸). So ruhten z. B. im Oben-
walde alle Kriegslasten auf den einzelnen Gemeinden und in diesen

25) Offn. von Dietikon, §. 8 bei Schauberg, I, 112.

26) Henneberg. Landesordn. von 1539, IV, tit. 1. c. 1. Vgl. noch Tyroler
Landesordn. IV, tit. 2. Grimm, I, 76 §. 18, u. 823, II, 677 u. 680,
III, 495. Sternberg, I, 9, 23, 26 u. 64. Hartmann, p. 336 u. 342.
Thomas, I, 228, 229 u. 238. Bluntschli, I, 413 u. 414. Wigand,
Provinzialr. von Paderborn II, 218. Erbacher Er. p. 353, 357—359
u. 367. Weisth. von Altenmünster, in M. Boic. X, 370. Fald,
Handb. III, 2. p. 626. Bodmann, II, 772 u. 773. Urf. von 1586
§. 6 bei Lori, p. 416. Meine Einleitung, p. 89—92, u. 279.

27) Schilter zu Königshoven, p. 1143 u. 1144.

28) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 501. ff, 518. ff.

auf den Hubengutsestherrn. Die Kriegslasten wurden daher in jeder Gemeinde auf die einzelnen Hufen vertheilt. Und bis zur Auflösung des Deutschen Reiches hat sich die Zahl der sogenannten Kriegsfußmänner nach der Anzahl der Hubengüter gerichtet²⁹⁾. Eben so im Stifte Fulda. Daher war daselbst, z. B. im Dorfe Salzschlirf, die Stellung der Mannschaft und des im Felde nothwendigen Geschirres in folgender Weise bestimmt, „daß die vier „hufe sollen halten vier armbrüst, und die vier lehin vier bauder, „der fronhof ein armbrust und ein bauder, und die mole ein armbrust und ein bauder, und die hintergüter sollen haben traggeschirre“³⁰⁾.

Was aber von der Verpflegung des Heeres bemerkt worden ist, hat in früheren und späteren Zeiten ganz in derselben Weise auch von der Beherbergung und Verpflegung der Landes- und Schirmherrn und ihrer Beamten gegolten. Denn auch diese Lasten haben auf diejenigen geruht, welche Wasser und Weide genossen. (das die nachpaurn, welche wasser und weide geniessen, ein jeder mit zu solcher kost thun und dieselbigen nach anzahl bezalen helffen sollen³¹⁾). Wan myn herr von Fulda rydet in des landes noit, was er da verthut, das sollen alle die gelden, die in sym gericht sitzen unde sin wasser vnd weide nutzen³²⁾. Mein her von Ziegenhain hat drie leger im jar uff des dorffs und des gerichts kosten³³⁾. Desgleichen sollen ihm sämtliche einwohner des bannes — schuldig sein³⁴⁾. wann unsere gnädige Herrn die Rheingraffen, der ein Obrister — und soll das die gemeine bezahlen³⁵⁾.

Sehr häufig ruhten sogar die grundherrlichen Beten und Steuern nicht auf den einzelnen Bauerngütern, vielmehr auf der ganzen hörigen Gemeinde. Und bei der Vertreibung von grund-

29) Erbacher Fr. p. 358 u. 366.

30) Grimm, III, 376.

31) Grimm, III, 439.

32) Grimm, III, 363. vgl. p. 362

33) Grimm, III, 335—336.

34) Grimm, I, 776.

35) Weisthum von Rebberesheim bei Koenigsthal, I, 2. p. 63. vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 426—429, 430—434.

und vogteilichen Abgaben hatte sodann jede hörige Gemeinde, die dadurch verursachten Kosten zu tragen³⁶⁾.

Jedenfalls ruhten die Gemeinbedienste und Steuern und die öffentlichen Lasten und Steuern auf der Dorfmarkgenossenschaft, also am Niederrhein auf den Honnschaften. Die auf das ganze Land gelegten Schatzungen wurden daher auf die einzelnen Honnschaften vertheilt und in diesen von den Honnen erhoben³⁷⁾. Eben so im Fürstenthum Fulda, wo die Steuern in jeder einzelnen Gemeinde von dem Gemeindevorsteher erhoben und an das landesherrliche Amt abgeliefert worden sind³⁸⁾. In gleicher Weise pflegten auch im Fürstenthum Vaireuth die von dem Landesherrn ausgeschriebenene Steuern in jeder einzelnen Gemeinde durch vier sogenannte Steuermeister vertheilt und erhoben zu werden³⁹⁾. In der Schweiz wurden in manchen Gemeinden eigene sogenannte Steuermeister („Stürmeiger“) gewählt, welche die öffentlichen, von dem Vogte begehrten Steuern unter die Gemeindeglieder zu vertheilen und von ihnen zu erheben hatten⁴⁰⁾. In Baiern hatten die Ortsvorsteher, die sogenannten Führer oder Vierer, für die Steuererhebung das Vermögen der Bauern den umherreitenden Rentmeistern anzugeben⁴¹⁾. Und wenn sich in einer Gemeinde Anstände über die Steuerpflichtigkeit oder über die Vertheilung der Steuer erhoben, so hatten darüber die Gemeindevorsteher zu entscheiden. (wer da buwt eigen oder erb, dass der sol mit in stüren vnd dienen, nach der vieren erkanntnuss⁴²⁾).

§. 84.

Dienst- und Steuerfrei sind daher alle diejenigen gewesen, welche in keine Feld- oder Markgenossenschaft aufgenommen worden oder aus derselben wieder ausgetreten waren. Dahin ge-

36) Meine Gesch. der Fronhöfe III, 336 u. 348.

37) Pacomblet, Archiv, I, 212—213, 221, 241 u. 278—279.

38) Thomas, I, 201, 237 u. 265.

39) Lang, I, 44—47.

40) Offn. von Brütten bei Grimm, I, 145.

41) Steuerordnung von 1507 bei Krenner, XVI, 245.

42) Grimm, I, 29.

hörten insbesondere alle Arten von Dorfbefassen und in späteren Zeiten auch die Grundherrschaft, der hohe Adel eben sowohl wie der niedere.

Da nämlich die Befassen bloße Hinterlassen der eigentlichen Bauern und Gemeindeglieder oder der Gemeinde selbst waren, so sind sie natürlicher Weise keine vollberechtigten Dorfmarkgenossen gewesen. Sie hatten vielmehr entweder gar keinen Antheil an den Marknutzungen oder wenigstens keine volle Berechtigung, und aus demselben Grunde auch keine Verbindlichkeit irgend etwas zu den Gemeinde- und öffentlichen Diensten und Steuern beizutragen. Außer den bereits erwähnten Nebenabgaben (§. 60.) hatten sie demnach keine weiteren Steuern zu entrichten und auch keine anderen Lasten zu tragen, z. B. in Hessen, im Odenwalde, im Fürstenthum Fulda u. a. m.⁴³⁾, insbesondere auch nicht im Lande Delbrück. Daher erklärt es sich, warum daselbst die sogenannten Zuläger, d. h. die späteren Colonisten, welche neue Hausstätten mit Zuschlägen, allein nicht das volle Bürgerrecht erhalten hatten, nicht zu den „gemeinen Landschatzungen“ für das Städt beizutragen brauchten, die von solchen Zuschlägen zu tragenden Schatzungen vielmehr „dem Lande“ bleiben sollten, indem das Land die Zuläger als seine Hinterlassen dem Stifte gegenüber vertreten mußte⁴⁴⁾.

Alle Dienste und Steuern lasteten demnach auf den vollberechtigten Genossen. Daher kommt es, daß, nachdem die ursprünglich sehr unbedeutenden Lasten mehr und mehr gesteigert und zuletzt sogar zu einer sehr drückenden Last geworden waren, die Bauern und anderen Gemeindeglieder in manchen Hessischen Gemeinden lieber Beisitzer geworden wären, wenn sie es nicht für eine Ehre gehalten hätten, Gemeindeglieder zu bleiben, und im Dithmarschen die Meenthaber hin und wieder sogar noch Geld dazugaben, um nur ihre Meenten und mit diesen auch die damit verbundenen Lasten loszuwerden, indem diese weit größer als Gewinn und Ehre geworden waren⁴⁵⁾.

43) Sternberg, I, 9 u. 18. Erbacher Er. p. 357, 359 u. 377. Thomas, Fulda. R. I, 218 u. 240

44) Delbrücker Er. o. I, §. 18.

45) Sternberg, I, 8 u. 9. Michelsen in Zeitschr. VII, 99.

Erst seit dem veränderten Schutzverhältnisse kamen die Beisassen auch in dieser Beziehung in ein direktes Verhältniß mit der Gemeinde und mit der öffentlichen Gewalt. Daher wurden nun auch die Beisassen, wenigstens die Rötter und anderen Hausbesitzer, wenn auch nur als Handfröhner und nach einem sehr geringen Maßstabe zu den Gemeinde- und öffentlichen Steuern beigezogen, z. B. im Fürstenthum Fulda, in Westphalen u. a. m.⁴⁶⁾, insbesondere auch in den Fränkischen Fürstenthümern, in Hessen, sodann in Baiern und im Dithmarschen.

In der Instruction für die Landrenovatoren für die Fränkischen Fürstenthümer von 1746 heißt es im §. 40 p. 56. von den Söldengütern: „Hat Gemeind-Recht, so viel Huth, Waid und andere „*commoda* anbelangt, wie ein anderer Gemeinds-Mann dß Orts, „muß hingegen mit der Gemeind in allen Fällen, wie auch in „*March*-, „*Nacht*- und „*Winter-Quartieren* als ein Söldner heben „und legen.“ Zu Birgel in Hessen sollten auch die besitzlosen (die ungeerbten oder einleiftigen) Leute an die öffentliche Gewalt Steuern entrichten, jedoch weit weniger als die Huber oder die geerbten Leute („wan ehn sagt sin recht nemen wil, so sullen die „*eynleiftigen* zu iglichem saybtsdinge geben fünffzehen pfennige; so sollen die hubenere geben zu den 15 pfennige von „der herren zinse, daz iz fünff schillinge pfennige werden“) ⁴⁷⁾.

In Baiern wurden die Lehen und Sölden schon im Jahre 1445 bei einer Landsteuer angezogen, jedoch niederer besteuert als die Höfe und Huben. („von einem Hof 9 Sch. dl. von einer Huben 5 Sch. dl. von einem Lehen 4 Sch. dl. von einem „*Biertel* oder halben Lehen 40 dl. von einem halben Biertel 20 dl. „von einem Zuchert Acker auch 20 dl. von einer Sölden 12 dl.“) ⁴⁸⁾. Eben so im Jahre 1501 („auf einen jeden Hof 28 Kreuzer, eine „Hub 15, und eine Sölden 10 Kreuzer“) ⁴⁹⁾, wiewohl die Prälaten gegen diese Söldneranlage protestirt hatten ⁵⁰⁾. Auch im

46) Thomas, I, 218 u. 240. Klöntrup, v. Schatz, §. 3, 5, 8, 10, 11 u. 25 p. 147.

47) Grimm, I, 518. vgl. 517.

48) Krenner, Abt. Hbl. IV, 125, vgl. 124 u. 126.

49) Krenner, XI, 542.

50) Krenner, XI, 536 ff.

Jahre 1512 wurden wieder die Lechner, Sölbner und Rößler besteuert und nachher noch öfter. („auf einen ganzen Hof 24 dl., „auf einen halben Hof oder Huben 24 dl., auf einen Lechner „oder Viertheil 10 dl., und auf eine Sölden oder Rößler 6 dl.“⁵¹⁾). Die Tagelöhner, welche gar keinen Grundbesitz hatten (welche ganz nicht burgerlich begütert), waren auch in späteren Zeiten noch steuerfrei⁵²⁾. Indessen sollten doch auch die Lärhäusler bei den Hofanlagen und fourageanlagen beigezogen werden⁵³⁾, und daher nur die bettelarmen Häusler ganz steuerfrei sein⁵⁴⁾.

Im Dithmarschen endlich sollten in späteren Zeiten auch die Rößner und sogenannten Inlieger besteuert werden und „nicht „allein die gewöhnliche Bauerschuld erlegen, sondern auch zu Kirchen, Wegen und Steegen und dergleichen Ausgaben Zulage thun“⁵⁵⁾.

Je länger sich nun die alte Dorfmarkverfassung in den einzelnen Territorien erhalten hat, desto länger hat sich auch die Steuerfreiheit der verschiedenen Arten von Weisassen erhalten. Seitdem jedoch die Dorfmarkgenossenschaften durch die Beiziehung der in Grund und Boden angesessenen Weisassen erweitert oder an der Seite der alten Genossenschaft neue größtentheils aus alten Weisassen bestehende sogenannte politische Gemeinden gebildet worden waren, (§. 56, 58 u. 67) seitdem hörte auch die Steuerfreiheit der ehemaligen Weisassen auf. Und in unseren Tagen hat die neue Steuerverfassung vollends dieser wie jeder anderen Steuerfreiheit den Untergang gebracht.

§. 85.

Ursprünglich, so lange sie noch selbst den Grund und Boden bauten oder von ihrem Fronhose aus bauen ließen, waren auch die Grundherrschaften mit den übrigen freien und hörigen Grund-

51) Krenner, XVIII, 434. Vgl. noch Schmeller, III, 236—237.

52) Mandat von 1748 §. 29 in BrDSamml. von 1771, p. 566.

53) Mand. von 1756 in Generalien Samml. von 1771 p. 207.

54) Steuermandat von 1794 §. 14 in Generalien Samml. V, 93.

55) Mandat von 1607 bei Michelsen, Urth. p. 390—391. Vgl. noch oben §. 72.

beführen in Feld- und Markgemeinschaft und hatten daher mit den Rechten auch die Verbindlichkeiten der Dorfmarkgenossen. Insbesondere mußten auch sie wie andere Untertanen ihrer Grund- und Landesherrschaft fronen, rathen und steuern⁵⁶⁾. Frühe schon fingen jedoch einzelne Grundherrschaften an aus der Feld- und Dorfmarkgenossenschaft auszuschneiden und sich dadurch auch von den darauf ruhenden Lasten zu befreien⁵⁷⁾. Zur Regel ward dieser Zustand indessen erst dann, als die Grundherrschaften sich einer rittermäßigen Lebenart befleißigten und es daher unter ihrer Bürde hielten, ihre Fronhöfe selbst zu kultiviren oder vom Fronhofe aus bauen zu lassen. Deun nun erst wurden die Dorfmarkgemeinden wahre Bauerngemeinden, was sie vordem nicht waren. (§. 53.)

Zwar bezog sich diese Dienst- und Steuerfreiheit zunächst nur auf die Freiheit von Gemeinde-Diensten und Lasten, und späterhin erst, seitdem die ursprünglich sehr unbedeutenden öffentlichen Dienste und Steuern sich zu mehren begannen und nun ebenfalls auf die Dorfmarkgemeinschaften gelegt zu werden pflegten, auch auf diese. Die geistlichen und weltlichen Grundherrschaften, ohne deren Zustimmung keine landesherrlichen Steuern weder von ihnen selbst noch von ihren Hinterlassen erhoben werden konnten, benutzten nämlich ihre Stellung als Landstände dazu, alle von ihnen bewilligten Steuern auf ihre Hinterlassen zu legen. Und da nach dem hergebrachten Rechte die Steuern ohnedies auf den Feld- und Markgemeinschaften zu ruhen pflegten, zu welchen nun die Grundherrschaften nicht mehr gehörten, so fehlte es ihren Bestrebungen auch nicht an einem rechtlichen Schein. Auf diese Weise wurden denn auch noch die öffentlichen Dienste und Steuern auf den ohnedies schon nur zu schwer belasteten Bauern- und Bürgerstand geladen. Der Grundbesitz der geistlichen und weltlichen Grundherrschaften oder des Adels blieb dagegen allenthalben steuerfrei. (*exceptis bonis ab antiquo liberis, videlicet domibus ecclesiarum et ecclesiasticarum personarum aut mili-*

56) Lang, I, 47. Grimm, I, 749. die ritter und die edellute sture und helfe tunt. Vgl. oben §. 52 u. 53.

57) Meine Einleitung p. 189, 208, 209, 236 f. 239—242. Meine Gesch. der Fronhöfe IV, 382—384.

tarium, quae prius non fuerunt villanorum aut alias exactionabilia) ⁵⁸⁾.

Diese Steuerfreiheit war jedoch ursprünglich bloß eine persönliche Freiheit der Grundherrschaft, die nur so lange dauerte als sie selbst das Gut bewohnten und auf eigene Rechnung bauen ließen. Ihre Pächter dagegen, so wie ihre Erbbeständer, Emphyteuten oder die sonstigen Inhaber ihrer Fronländereien waren daher dienst- und steuerpflichtig. (dienen vnd bedien als andere gutere, want er (b. h. juncker Franecke) die nit selber astet oder buwet ⁵⁹⁾). „Zuncker von Oberstein. Mehr in dieser gemachten acht morgen, aber so sie selber bauen lassen, darvon dahero weder beth oder schatzung geben ⁶⁰⁾. Von hievor geschriebenen einkommen der Stifter Kloster auch anderer salt kein schatzung gehn Hefheim. Die erbbestender vnd emphyteuten müssen von der erbsgerechtigkeit schatzung fron vnd wacht leisten auch bedt vnnnd zue begebenheit Commis geben“ ⁶¹⁾. „Zuncker Wolfgang Blich von Lichtenberg ein behausung vnd hoffstatt. Von vorgemelter behausung vnnnd gütern würdt von den Emphyteuten wegen der erbesserung bedt vnnnd schatzung entricht⁶²⁾.“ „Item weisen wir unsere herrn von Otterburg hie ihren setelhof mit seinen begrif vnd zugehör frey ledig eigen aller beschwernus vnd dienstes, wan sie denselben ohn iren costen haben, so seint sie nimant schuldig dauon vß zu thun, wan si ihn aber verleien forder in ein frembde hant, derselbe soll binen vnd gemeinschaft haben gleich ein anderer gemeinsmann⁶³⁾.“ Erst seit der Einführung allgemeiner Steuern, seit dem 16. und 17. Jahrhundert, entstand auch noch die Realfreiheit der Fronländereien, wonach nicht bloß die Grundherrschaft selbst, sondern auch ihre Beamten und Diener und alle übrigen Inhaber des

58) Grimm, II, 672. Vgl. noch I, 504, 505, 511, 540 §. 18, II, 677 u. 680.

59) Grimm, III, 495.

60) Ungebrudtes Weisthum von Merstatt in der Pfalz.

61) Ungebrudtes Weisthum von Hefheim.

62) Ungebrudtes Weisthum von Zelle, Haffheim und Miern.

63) Grimm, I, 790. vgl. noch Röntrup, v. Adel §. 2 und Schatz, §. 7, Th. I, 43 u. III, 148.

Fronhofes steuerfrei sein sollten ⁶⁴). Wenigstens sollten seit dieser Zeit die herrschaftlichen Diener und sonstigen Inhaber von Fronländereien nur noch bei solchen Nothfällen beizusteuern verbunden sein, bei welchen auch die Ritter und Edelleute selbst steuerpflichtig geblieben waren. (dar closter soll haben vier man, ein meiger, ein Keller, ein ohsener, oder wer in dem hofe sitzt, er hab das gut und gülte oder erbeite es nit, und sont die viere lidig sin vor bette, vor gewerf, vor schetzunge, vor usziehende, vor enger, vor stüre on ein ding, obe ein übermacht von herberge von eime kunige oder von enderen kumbere, davon ein stat oder ein dorf verburnet möhte werden oder verherret, was zu den zween dingen die ritter und die edellute stare und helfe tunt, das sont dieselbe mit ime gehorsam sin zu tande ⁶⁵).

In unseren Tagen ist zwar auch die Steuerfreiheit der geistlichen und weltlichen Grundherrschaften verschwunden, nichts desto weniger aber doch noch Manches bis auf die jetzige Stunde geblieben, was ohne jene historischen Motive nicht erklärt und nicht gerechtfertigt werden könnte. Dahin gehört die Steuerfreiheit der Standesherrschaften für sie selbst, für ihre Familie und ihre Schloßgebäude, sodann die Einquartirungsfreiheit für die von ihnen bewohnten Schlösser ⁶⁶), endlich die Freiheit der Standesherrschaften und der anderen Grundherrschaften von Gemeindeumlagen, in so fern sie nicht selbst Vortheile aus dem Gemeindeverbande ziehen ⁶⁷).

Auch die ausschließlich auf den Häusern ruhende Einquartirungslast, wie dieselbe hie und da heute noch besteht, ist offenbar nur der Rest einer bereits untergegangenen Gemeindeverfassung. So lange nämlich nur allein die Haus- und Hofbesitzer Gemeindeglieder waren, so lange mußten sie als Vollberechtigte auch alle Pflichten erfüllen. Seitdem jedoch die Dorf-

64) Müntrop, v. Abel, §. 2 u. 3, u. Schatz, §. 7.

65) Grimm, I, 749.

66) Bundes-Akte von 1815, art. 14. Bayerisches IV. Verf. Edikt. §. 12 u. 53.

67) Bair. IV. Edikt §. 55. Gesetz über die Gemeindeumlagen von 1819, art. II, Nr. 3 u. 5, art. III, Nr. 1 u. 2. im Bair. Gesetzbl. von 1819, p. 89.

markgemeinden sogenannte politische Gemeinden und außer den Hausbesitzern auch noch andere Leute Gemeindeglieder geworden sind, seitdem ist es nicht allein ein Gebot der Billigkeit, sondern auch der Gerechtigkeit, daß auch die Gemeinbelasten von sämtlichen Gemeindegliedern getragen werden müssen.

§. 86.

Auch die Ausmärker oder sogenannten Forensen waren, da sie in den auswärtigen Gemeinden keinen Antheil an den Marknutzungen und an den übrigen Gemeinberechtigten hatten (§. 65), ursprünglich ebenfalls Dienst- und steuerfrei, indem es in früheren Zeiten ohne Rechte auch keine Verbindlichkeiten gegeben hat. Daher sagt noch das ungedruckte Weisthum von Bernersheim in der Pfalz: „Andere ausgesessene in Pfaltz verschäßen sich an irem Orth, geben aber daruon ihre beeth vnd schulbige gulden.“ Da jedoch viele Ausmärker ihre in einer fremden Gemeinde besessenen Ländereien selbst gebaut haben, also auch zu Marknutzungen berechtigt waren (§. 65), so hat sich bei dem Verfall der alten Dorfmarkverfassung die Sitte gebildet, daß die Ausmärker in der Regel schon dienst- und steuerpflichtig sein sollten. Und viele im 16. und 17. Jahrhundert abgefaßte Lagerbücher und Weisthümer sprechen schon diesen neuen Grundsatz aus. Das ungedruckte Weisthum von Hefheim in der Pfalz: „Die außershalb geseffene begüte in der gemarck zue Hefheim findt nit wenig vnd mehrentheils von Gerolzhaim, geben iärlich gehn Hefheim von den güetern ihre beeth vnd schazung.“ Das Weisthum von Weisenheim am Sand: „Etliche inwohner zue Erpolzhaim Hartenburgischer Obrigkeit haben güeter in Weisheimer gemarck daruon geben sie beedt vund schazung.“ Das Großkarlbacher Weisthum sagt: „Die von Biffersheim vnd Kirchheim Westenburgischer Obrigkeit so güeter in Carlenbacher gemarcken ligen haben, müssen von denselben beedt vnd schazung entrichten.“ Das Weisthum von Heppenheim auf der Wiese: „Die ihenige bawersleuth so in frembten Herrschafften geseffen vnd in Heppenheimer gemarcken begüetet geben daruon ihr schulbige beeth vnd schazung.“ Das Weisthum von Werstatt: „Wiewohl auch noch etliche benachbarte mehr güetter deren man nit egypt-

„sich wissens in Mergstatter gemachten ligen haben, geben sie „doch ihr gebührende schätzung vnnb beth.“ Das Weisthum von Bernersheim: „Etliche Obersteinische lehbeygen zue Gunthheim „wohnhaft vnd in Bernersheimer gemachten güeter haben, geben „daruon ihre gebührliche schätzung gehn Bernersheim.“ Ähnliche Bestimmungen in den ungedruckten Weisthümern von Oberfölszen, Flomersheim, Röttenbach, Ottersheim und Immesheim, Zelle, Harrheim und Nivern.

2. Marknutzungen.

a. im Allgemeinen.

§. 87.

Die Marknutzungen waren ursprünglich sehr ausgedehnt und bedeutend. Denn sie erstreckten sich, zumal in den freien Dorfmarken, auf alle Arten von Nutzungen, auf Weide, Heide, Wasser und Waldungen eben sowohl, wie auf Jagd, Fischerei, Salz und auf andere Mineralien. Erst seit der Entstehung und Ausbildung der Regalien hat sich dieses in mancher Beziehung geändert. Je weiter daher die Urkunden und Weisthümer hinaufreichen oder je älteres Recht ihnen zu Grunde liegt, desto größere und ausgedehntere Rechte pflegen den vollberechtigten Dorfmarkgenossen eingeräumt zu werden. Nach dem Wendhagenschen Bauernrechte z. B., welches zwar erst im Jahre 1731 niedergeschrieben worden ist, welches aber uraltes germanisches Recht enthält, hatten die vollberechtigten Bauern noch „zu genießen: Salz, „Malz, Holz, Wasser in der Weide, das Honig in der Heyde“⁶⁸⁾. Und in dem Grußenheimer Weisthum vom Jahr 1320 heißt es „wunne und weide, wasser und wege und alle frige n.uz“⁶⁹⁾, d. h. alle andere freie Nutzung.

Auch war diese Berechtigung ursprünglich, — sehr häufig auch noch in späteren Zeiten, in derselben Dorfmark ganz gleich,

⁶⁸⁾ Spangenberg, Beitr. p. 203.

⁶⁹⁾ Grimm, I, 674.

in freien Dorfmarken eben sowohl wie in hörigen und in gemischten. Von freien und gemischten Dorfschaften finden sich nicht wenige Beispiele in der Schweiz, im Rheingau, in Westphalen u. a. m. (*Quod omnes in confinio quolibet residentes equale jus in nemoribus, pascuis, et aquis, secundum morem regionis habere deberent*) ⁷⁰⁾. *Ut allodium stipele plena et libera fungatur potestate in pecoribus pascendis in dicta marka sine omni impedimento et in seisura lignorum qua alter quisque fungitur mansionarius* ⁷¹⁾. dass ein jeglicher so jnnwendig Etters gesessen jst. daruff soll vnd mag tryben einer als der ander ⁷²⁾. Der sol vnd mag bruch holtz in der gemein merck howen einer als der ander ⁷³⁾. Aber auch bei hörigen Dorfschaften in der Schweiz, in Baiern u. a. m. galt derselbe Grundsatz der Gleichheit. (wer zu Mure husshablich ist gesin, der hat als vyl recht vnd teyl als eijn anndrer ⁷⁴⁾). *In pratis, pascuis et sylvis quemadmodum alii homines prediorum nostrorum pro se et suis animalibus habeant communionem* ⁷⁵⁾. Nur in jenen gemischten Dorfschaften, in welchen freie Genossen neben Hörigen und Unfreien wohnten, findet man öfters in früheren wie in späteren Zeiten, daß die Freien größere Marknuzungen hatten als die Hörigen und die Unfreien, in der Art jedoch, daß auch unter den Freien wieder und unter den Unfreien die Anthteile eines jeden gleich waren. So war es schon im 9. Jahrhundert in der Abtei Lorsch u. a. m. ⁷⁶⁾. Eben so in Meggen im Kanton Lucern noch im 13. bis 16. Jahrhundert. Die daselbst in dreizehn Ehefschafteshoffstätten angefessenen freien Leute durften je fünf Kühe auf die Almend treiben, die hörigen Genossen ob Kühen oder

70) Dipl. von 1279 bei Bodmann, I, 441.

71) Dipl. v. 1242 bei Seibert, II, 1 p. 282.

72) Offn. von Kloten §. 43 bei Schauberg, I, 192.

73) Grimm, I, 79, §. 46. Vgl. noch Dipl. von 890 bei Neugart I, 485. und oben §. 23. L. Burgund. add. I, tit. 1, c. 6. L. Romana Burg. XVII, 4.

74) Grimm, I, 44.

75) Dipl. von 1273 bei Meichelbeck, II, 2 p. 73.

76) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 340, 352, 378—380.

ob dem Bach aber nur je zwei Rüge ⁷⁷⁾). Die gleiche Berechtigung findet man übrigens in manchen Gemeinden, — offenbar gegen das ursprüngliche Recht —, sogar dann, wenn daselbst mehrere Arten von Genossen neben einander, neben den eigentlichen Bauern auch noch gleichberechtigte Hintersiedler und Hüttner wohnten, wie dieses im Fürstenthum Fulda der Fall war. Daher erhielten daselbst bei der Vertheilung von gemeinen Gründen auch die Hintersiedler und Hüttner gleiche Theile mit den Bauern ⁷⁸⁾).

§. 88.

Der Maßstab der Berechtigung war in früheren und späteren Zeiten die Größe des Besitzthums eines Genossen oder die Größe des Hauses und Hofes im Dorfe oder, was im Resultate dasselbe war, das Bedürfniß eines jeden Genossen, zuweilen auch die Größe des Gewerbes („eim ietlichen nach dem er gwerb oder „guetter hat holz gaeben“) ⁷⁹⁾ oder die Größe der Leistung des Berechtigten. (vnnnd soll man alle wuchen iedem souil burdina geben, souil er vierteil haber ze vogthaber gibt) ⁸⁰⁾. In der Regel diene indessen als Maßstab der Berechtigung die Größe des Besitzthums (*Quicumque agrum aut colonicas tenent, secundum terrarum modum vel possessionis suae ratam, sic silvam inter se noverint dividendam* ⁸¹⁾). *Sylvarum, montium, et pascuorum unicuique pro rata suppetit esse communio-* nem) ⁸²⁾. Daher hatte nach dem Weisthum von Weintersheim „ein ganzer bawer zwey theil am gemeinen holz, vnd der ein- „spenner“ (d. h. der halbe Bauer) nur „halb so viel.“ Oder es entschied die Größe der Wohnung im Dorfe (*qui jus cedendi*

77) Egeffer, Rechtsg. von Lucern, I, 504.

78) Thomas, I, 217, 223—224, 227—228. u. 254.

79) Holzordnung von Opfikon §. 2 bei Schauberg, I, 134.

80) Grimm, I, 127.

81) L. Burgund. 67. L. Wisigoth. VIII, 5 c. 2.

82) L. Burgund. ad l, 1 §. 6 L. Romana Burg. XVII, 4. vgl. noch St. Galler Urf. aus 9. sec. im Cod. trad. nr. 399 p. 235. Urf. von 1302 bei Kopp, eibg. Urf. p. 59—60. „vmb das gemeinmerch „das das niemen niesen sol wer in dem Dorf ze kuffnach gessen ist „denne als vil er ligender guetern da het.“ — Holzordn. von Opfikon §. 2 cit.

ligna ratione domorum suarum in ipsa marcha — unicuique marchioni juxta modum domus sue legitimam portionem)⁸³⁾. Oder, was im Grunde genommen dasselbe ist, es entschied das Bedürfniß eines jeden Dorfmarkgenossen. So weit es nämlich das Bedürfniß eines jeden erheischt hat, so weit durfte er es auch befriedigen, so weit war er also berechtigt die gemeine Mark zu benutzen. (den wald ziemlich brauchen zu seiner notdurft und mit weiter⁸⁴⁾). Die mögen den wald niesen vff die hofstetten nach jr notturfft⁸⁵⁾. Aber die gueter sullent dauon ir notdurft haben ze husen vnd ze brennende vnd ze solichen dingen, du dien guetern notdurftig sin, also Bau- und Brennholz und was sonst noch für den eigenen Bedarf nothwendig war)⁸⁶⁾.

Die Nutzungsrechte waren demnach ursprünglich in jeder Dorfmark nicht nur ganz gleich, sondern in der That auch ganz unbeschränkt. Da sie sich nämlich nach der Größe des Besitzthums oder nach der Größe des Bedürfnisses richteten, ein Besitzthum aber ursprünglich eben so groß war wie das andere, so ist auch das Bedürfniß und mit diesem die Berechtigung eines jeden Genossen nicht bloß ganz gleich, sondern auch noch ganz unbeschränkt gewesen. So lange nämlich die Bevölkerung gering, die gemeine Mark aber groß und hinreichend ergiebig war, die Marknutzung also zur Befriedigung des Bedürfnisses aller Genossen hinreichte, so lang war auch jedes Nutzungsrecht ganz unbeschränkt, eine Beschränkung der Berechtigung auch gar nicht nothwendig. Seitdem jedoch durch spätere Ansiedelungen, Veräußerungen und Theilungen die ursprüngliche Gleichheit verschwunden, dadurch aber, insbesondere durch die Vermehrung der Bevölkerung und durch die damit zusammenhängende Verminderung des Ertrages der ungetheilten Mark, eine Befriedigung der Bedürfnisse aller Genossen unmöglich geworden war, seit dieser

83) Dipl. von 1303 bei Kindinger, M. B. II, 300.

84) Grimm, I, 676.

85) Grimm, I, 390.

86) Grimm, I, 180. Vgl. noch Meine Gesch. der Feudalste, III, 212 u. 213.

Zeit sind denn auch mehrere Beschränkungen nothwendig geworden.

§. 89.

Diese Beschränkungen bestanden nun hauptsächlich in der Beschränkung der Anzahl der Dorfmarkgenossen, in der Fixation der Nuzungsrechte und in der Einführung einer Art von Forst- und Feldpolizei.

Die Beschränkung der Anzahl der Dorfmarkgenossen, geschah in dreifacher Weise, zunächst durch Erschwerung der Ansäßigmachung mittelst des Verbotes neue Häuser zu bauen, wie dieses seit dem 16. und 17. Jahrhundert in der Schweiz, in der Abtei Prüm u. a. m. öfters vorzukommen pflegte⁸⁷⁾. Auch sollten in den Grundherrschaftlichen Dorfschaften auf den Almenden, da man zu verschwenderisch mit denselben umgegangen war, neue Häuser nur noch mit Zustimmung des Grundherrn gebaut werden. (quod ego frater Nic. abbas han betrachtet wie man die Almende wölte zu vast vberhusen vnd han das inen abgeschlagen, das die von Roggwil furbasserhin nit söllend lassen die hofstett vf der almende buwen, denn mit gunst wissen vnd willen vnsers gotshus⁸⁸⁾).

Eine weitere Erschwerung der Ansäßigmachung geschah seit dem 15. und 16. Jahrhundert durch Einführung von Einzugs- geldern oder durch deren Erhöhung in jenen Gemeinden, in welchen sie früher schon bestanden hatten. (§. 78.)

Endlich suchte man auch zumal seit dem 16. und 17. Jahrhundert noch durch Abschließung der Dorfmarkgenossenschaften die Anzahl der Dorfmarkgenossen und dadurch die Marknuzung selbst zu beschränken: Dieses geschah theils durch Fixation der Haus- und Hofstätten, theils durch Fixation der Nuzungsrechte auf eine bestimmte Anzahl. Wie nämlich schon in früheren Zeiten die Anzahl der Bauerngüter z. B. in Roggwil auf 72 Schuppen und in der Grafschaft Werbenfels auf 72 Lehengüter fixirt worden war, so wurden zumal seit dem 16. und 17. Jahrhundert

87) Bluntschli, II, 74 u. 75. Meine Gesch. der Fröndste III, 200.

88) Grimm, I, 178. vgl. noch p. 672, 674, u. III, 832.

v. Maurer, Dorfgesetzgebung. I. Bd.

auch die vollberechtigten Haus- und Hoffstätten und Bauernhöfe auf eine bestimmte Anzahl festgesetzt, z. B. im Odenwalde auf 3, 7, 8, 9 oder 11 Hubengüter, zu Loßheim in Württemberg auf 18 Hoffstätten, zu Schönfeld in Baiern auf 26 Lehen und in der Zachenau auf 36 Bauerngüter, zu Stäfa im Kanton Zürich auf 105 Hoffstätten u. s. w., und durch diese Fixation die Benutzung der gemeinen Dorfmark ein für alle Mal bestimmt. (§. 18.) In anderen Gemeinden suchte man denselben Zweck durch Fixation der ursprünglich illimitirten Nutzungsrechte auf eine bestimmte Zahl zu erreichen. So lange nämlich die Nutzungsrechte bloßes Zugehör des Bauernhofes waren, so lange richtete sich die Anzahl der Nutzungsrechte nach jener der Bauernhöfe und der Bauerngüter. Seitdem aber die Nutzungsrechte von den Bauernhöfen und Gütern getrennt werden durften, seitdem mußten auch sie auf eine bestimmte Zahl reducirt werden, wenn ihre Vermehrung bis ins Unendliche verhindert werden sollte. Man theilte daher den jährlichen Ertrag der ungetheilten Mark in eine bestimmte Anzahl von gleich großen Nutzungstheilen, z. B. in 8, 16, 23, 28, 30, 32 bis 54 und 109 sogenannte Gemeinbenutzen, Reinen, Meenten oder Rechtsamen. Und ohne neue Veranlassung, wie dieses z. B. in Michelbach in Oberhessen der Fall war, wurde auch in späteren Zeiten ihre Anzahl nicht mehr vermehrt. (§. 27.) Daher erklärt es sich, warum öfters die Anzahl der Häuser und Haushaltungen von jener der Nutzungsrechte verschieden gewesen ist. So findet man im 18. Jahrhundert z. B. in Ringwyl 26 Firsten aber nur 24 halbe Gerechtigkeiten, in Schwerzenbach 30 Feuer aber nur 13 Gerechtigkeiten, in Dachsen 25 Haushaltungen aber nur 14½ Gerechtigkeiten, und in Maschwanden 54 Häuser und 90 Haushaltungen aber nur 54 Gerechtigkeiten⁸⁹⁾.

§. 90.

Allein durch diese Beschränkung der Anzahl der Dorfmarkgenossen und der Nutzungsrechte wurde noch keineswegs Alles erreicht, was man zu erreichen gedachte. Durch die Erschwerung der Ansäßigmachung wurde nämlich diese zwar schwerer, aber doch

89) Wyz, schweiz. Landg. 3. Per. in Zeitsch. I, 28 Not. 31.

nicht unumgänglich gemacht. Mit jeder neuen Ansäßigmachung entstand vielmehr wieder eine Marktberechtigung. Die Abschließung der Dorfmarkgenossenschaften hat denselben im Ganzen genommen sogar mehr Nachtheil als Nutzen gebracht. Wie nämlich jede nach Außen hermetisch geschlossene Genossenschaft oder Gesellschaft den Keim des Todes in sich selbst trägt, und daher früher oder später der Genossenschaft selbst den Untergang zu bringen pflegt, so hat auch die erwähnte Abschließung den abgeschlossenen Dorfschaften nach und nach den Untergang gebracht. Sie sanken in vielen Gemeinden zu bloßen Privatgemeinden herab oder sie haben sich in anderen Gemeinden unter den neuen Personal-, Bürger- oder politischen Gemeinden gänzlich verloren. (§. 67 ff.) Am aller wenigsten wurde aber durch diese Abschließung die ursprüngliche Gleichheit wieder hergestellt.

So wie man nämlich in früheren Zeiten durch neuen Erwerb, durch Veräußerung und Theilung das ursprüngliche Verhältniß und dadurch auch die Marknuzung und sonstige Berechtigung vermehren oder vermindern konnte, so auch jetzt noch durch den Erwerb mehrerer Bauernhöfe oder mehrerer Nuzungsrechte und durch ihre Theilung. Da nämlich diese Nuzungsrechte nach der Größe des Gutes oder des Bedürfnisses bestimmt zu werden pflegten, so kamen nicht selten gleich bei der ersten Fixation oder wenigstens im Laufe der Zeit mehrere Nuzungsrechte in eine und dieselbe Hand. Im Kanton Bern z. B. erhielten im Dorfe Nychigen 14 Bauern 43 Gemeindennuzungen und acht halbe Bauern oder Tagwener 10 Nuzungstheile, und im Dorfe Mühldorf acht Bauern 16 Rechtstheile⁹⁰⁾. Zu Remagen besaßen drei Bauernhöfe ein jeder drei Beholzungsrechte oder sogenannte Holzmarken (*tria forestiforia que vulgus Holzmarken nominat*), und zwei andere Bauernhöfe ein jeder zwei Holzmarken, also im Ganzen genommen fünf Bauernhöfe 13 zu ihnen gehörige Holzmarken⁹¹⁾. Zu einem in der Villa Gulle im Stifte Wehlar gelegenen Fronhofe mit drei Mansen gehörten 5 Märkerrechte (*curiam in villa Gulle sitam, cum tribus mansis terre arabilis, quinque sectionibus*

90) Renaud in *Zeitschr.* IX, 42 u. 45.

91) Dipl. von 1168 bei Lacomblet, Urth. I, 299.

lignorum, que vulgariter merkerrecht dicuntur)⁹²⁾. In Sandhofen in der alten Pfalz hatte die Grundherrschaft (die Abtei Schönaue) eine doppelte Marknutzung (was man alment von der gemeyn hye geit, da geit man in (d. h. den Herren von Schönaue) als vill als zweyen mannen)⁹³⁾. In der Dorfmark von Dalheim erhielt das Kloster Albenburg jedes Mal vier Fuder Holz, so oft die übrigen Dorfmarkgenossen ein Fuder erhielten⁹⁴⁾. Auch in Westphalen hatte in manchen Bauerschaften ein Hof- oder Erbbesitzer zwei Wahren und manches adelige Haus sogar 6 und mehr Wahren⁹⁵⁾. Und auch in den Alpmarken durfte ein Genosse so viele Weiden oder Alprechte erwerben als er immer nur wollte⁹⁶⁾.

In gleicher Weise dauerte auch die Theilung der Bauerngüter und der Nutzungsrechte in halbe, viertels u. s. w. Bauerngüter und Gerechtfame nach wie vor fort, (§. 17 u. 27), mit ihr also auch die Ungleichheit in der Berechtigung. Meistentheils richtete sich zwar auch bei getheilten Bauerngütern die Größe der Berechtigung nach der Größe des Besitzthums, so daß demnach das halbe Bauerngut auch eine halbe Berechtigung, das viertels Bauerngut nur eine viertels Berechtigung u. s. w. gehabt hat. (zu einer hub gehört III fuder holtzrecht vnd zü ainer schüposs zwey fuder holtzrecht⁹⁷⁾). Dass ein Hof 24, ein Hueb 12 Schaf⁹⁸⁾. Einem ganzen Bauern 24, einem halben 12 Stück Schaaf⁹⁹⁾. Und dieser Maßstab der Größe des Besitzthums ist auch dann noch beibehalten worden, als der gesammte Gemeindenußen in eine bestimmte Anzahl von gleich großen Nutzungsstheilen getheilt worden war. In der Gemeinde Schnottwyl

92) Dipl. von 1316 bei Wigand, Weßl. Beitr. I, 269.

93) Grimm, I, 459.

94) Dipl. von 1280 bei Guden, II, 220.

95) Klontrup, v. Währe §. 6, Thl. III, p. 275.

96) Meine Gesch. der Markensv. p. 40.

97) Grimm, I, 107.

98) Bair. Polizei O. von 1616, III, tit. 14 art. 4.

99) Bair. Mandat vom 12. März 1762 §. 19 in Generalien Samml. von 1771, p. 456. Vgl. noch Offn. von Reinau §. 13 bei Schauberg, I, 155 und oben §. 17 u. 19.

im Kanton Solothurn z. B. wurde die Größe des Gutes für eine ganze Rechtsame auf 8 Zucharten in jeder Zelg und auf 10 Mäder Matten festgesetzt, für $\frac{3}{4}$ Rechtsame auf 6 Zucharten in jeder Zelg und $7\frac{1}{2}$ Mäder Matten, für $\frac{1}{2}$ Rechtsame auf 4 Zucharten in jeder Zelg und 5 Mäder Matten und für $\frac{1}{4}$ Rechtsame auf 2 Zucharten in jeder Zelg und $2\frac{1}{2}$ Mäder Matten; $\frac{1}{8}$ Rechtsame aber sollten alle diejenigen erhalten, welche nur ein geringeres Besitzthum hatten¹⁾. Da jedoch auch die Inhaber von halben Bauerngütern oder von halben Rechtsamen mit zur vollberechtigten Gemeinde gehört (§. 51.), also Antheil an dem Dorfregiment gehabt und daher auch zu den Gemeindeversammlungen Zutritt gehabt haben, so lag schon hierin, in der theilweise gleichen Berechtigung der Halbbauern und Vollbauern eine Ungleichheit in der Berechtigung, welche in jenen Territorien um so größer geworden ist, in welchen, wie z. B. im Fürstenthum Fulda, die Inhaber von halben Bauerngütern auch noch gleiche Nutzungsrechte wie die Inhaber der ganzen Bauerngüter erhalten hatten. (§. 87.)

§. 91.

Mit der Ungleichheit dauerte indessen auch die Unbeschränktheit der Berechtigung in jenen Gemeinden fort, in welchen das Bedürfniß der Genossen der Maßstab ihrer Berechtigung geblieben war. Um nun auch dergleichen unbeschränkte Berechtigungen noch auf ein bestimmtes Maß zu reduciren, wurden sie auch der Quantität nach fixirt.

In manchen Gemeinden geschah dieses mittelst einer jährlichen Vertheilung der Nutzungsrechte. In Sandhofen z. B. sollten sich diejenigen, welche eine ganze oder halbe Bauerschaft in Anspruch nehmen zu können glaubten, jedes Jahr vor Sanct Georgi bei der Gemeinde melden²⁾. In Oberwinterthur trat jedes Jahr um Sanct Martinstag zu dem Ende die Gemeinde

1) Renaud in Zeitschr. IX, 43—44.

3) Grimm, I, 461.

zusammen, berathschlagte und entschied über den Holzhieb und über die Vertheilung des gehauenen Holzes³⁾.

Meistentheils wurde jedoch die Berechtigung eines jeden Genossen ein für allemal auf ein bestimmtes Maß fixirt und bestimmt, wie viel Bauholz, wie viel Brenn- und anderes Holz ein jeder erhalten solle, wie viel Stück Vieh ein jeder halten und auf die Gemeinweide treiben dürfe u. s. w., wie dieses gleich nachher weiter ausgeführt werden soll.

Endlich suchte man auch noch auf dem Wege der Forst- und Feldpolizei die Art und Weise der Benutzung der gemeinen Mark möglichst zu reguliren.

§. 92.

Die Art und Weise der Benutzung der gemeinen Dorfmark war verschieden in den verschiedenen Zeiten.

Ursprünglich, so lange sich die Gemeindenuzung noch nach dem Bedürfnisse des Einzelnen richtete, also ganz unbeschränkt war, so lange war auch die Art und Weise der Benutzung noch an keine Regel gebunden. Jeder Dorfmarkgenosse durfte sich vielmehr Bau- und Brennholz in den Gemeinde-Waldungen holen, wann und wo er nur wollte, und so viel als er jedesmal nothwendig hatte, z. B. zu Egert im Kanton Zug noch im 14ten Jahrhundert. (Ouch sind wir harkomen, das wir ein gemeinholz haben heisset Bannegk. da sond wir inn howen wo wir wend — und sol uns das nieman weren⁴⁾). In Baiern war der Holzhieb noch im 15ten und 16ten Jahrh. so gut wie ganz frei. („Wie ferr die gmain gat in die saß, so „soll man ein slegel nemmen, und soll in tragen in den wald, „und soll in lassen walgen, als verr der schlegel herab walgt, als „verr mag einer wohl hauen im selber on schaden“⁵⁾). Und die- weil auch bissher die Dorff-Gemain, in gemainem Holzschlagen ain grosse Vnordnung gebraucht, vil jungs Holz, was am pesten zu khlieben gewest, yeder seines Gefallens zu

3) Grimm, I, 127.

4) Grimm, I, 160. Vgl. noch p. 168.

5) Grimm, III, 654 §. 61.

scheitern, und andern nider gehauen, und also iren Holzschlag maistails erödet) ⁶⁾. In Rüsnach sprachen die Dorfleute sogar das Recht an, den Gemeinewald verwüsten („daz gemeinmerch als wuestilich niessen“) zu dürfen ⁷⁾. Im Lande Delbrück besaß das Recht des freien Holzhiebes sogar noch bis zum Anfang des 18ten Jahrh., und die Waldbnutzung war daselbst so bedeutend, daß die Hausherrn davon eine Holzabgabe entrichteten und das Holz auch noch nach Neuhaus und Salzkotten liefern mußten ⁸⁾. Eben so war auch die Benutzung der Gemeinweide u. s. w. ursprünglich ganz unbeschränkt. Denn sie richtete sich allzeit bloß nach dem Bedürfniß. Eine Erlaubniß zur Benutzung der gemeinen Mark oder eine Holzanzweisung war demnach ursprünglich nicht nothwendig.

Seitdem jedoch die Nutzungsrechte mehr und mehr beschränkt worden waren, und wegen des entstehenden Holzmangels die Verwüstung der Waldungen verboten worden war ⁹⁾, seitdem machte sich auch das Bedürfniß einer Oberaufsicht geltend. Und da die Gemeinden, wie wir sehen werden, wenigstens die freien und gemischten und auch viele hörige Gemeinden, von je her das Recht gehabt haben über die Benutzung der gemeinen Mark zu verfügen, und daher über die Gemeinweide, über den Holzhieb und über die Einzäunung der Felder und Wälder Anordnungen zu treffen, so hat sich eine solche Oberaufsicht allenthalben gebildet.

In den freien Gemeinden führte die Gemeinde selbst die Oberaufsicht. Es durfte daher ohne ihre Erlaubniß in der gemeinen Mark kein Holz gehauen und kein Heu gemäht werden. (wer höwet oder mägt jn der allment e ein gemeind das erlopt ist buess I R. Wer ouch höwet jn den rechten wisen e die gemeind das erlopt ist buess I R. ¹⁰⁾). So ein gemeind

6) Urk. von 1557 bei Zori p. 348.

7) Urk. von 1302 bei Kopp, eidg. Urk. p. 58 u. 59.

8) Rechte des Landes Delbrück §. 4. und Verord. von 1725 bei Wigand, Provinzialr. v. Bad. II, 396, III, 32 u. 69.

9) Urk. von 1302 bei Kopp, eidg. Urk. p. 61.

10) Offn. von Riber und Rattmenhaffte §. 12 u. 13 bei Schauberg, I, 2. Vgl. noch §. 28 eod.

eim buwholz vssgeit vnnd er verbuwet das nit¹¹⁾. Und es waren insgemein die Gemeindevorsteher, an welche man sich zu dem Ende zu wenden und von ihnen die nöthige Erlaubniß einzuholen hatte. (So einer buwen wil sol er den geschwornen ein bu anzoëgen die soellen jm zimlich buholz gaeben souil die nothurft erfordert, ess moechte aber einer, ein unnoetigen bu anschlahen, die geschwornen werent jm vas der gmeind hoelzer kein holz zuo gaeben schuldig¹²⁾. Soll ein jeder das geert zur zünung — ohne erlouptnuss der vier geschwornen daryn faren¹³⁾. Nach des dorfmeisters und der besten rath¹⁴⁾. Eben so wurde es in den gemischten und auch in vielen hõrigen Gemeinden gehalten. Von einer gemischten Gemeinde sagt es das Weisthum von Kappel (sie sollent ouch holz nit houwen unerlout des heimbürgen und sol der heimbürger mit ime gon, oder wen er das heisset, vnd sol ime zeugen was er houwen sol)¹⁵⁾. Von Peitingau in Baiern, also von einer grundherrlichen Gemeinde, sagt es eine Urkunde von 1557¹⁶⁾. Eben so wurde es auch in den grundherrlichen Gemeinden im Elsaß gehalten: („daß Bürgermeister vnnd Gemeinde zu radtt „wurden, einen Haw Börnholz außzugeben in dem jungen Waldbtt“¹⁷⁾. Daher durften sobann auch die herrschaftlichen Beamten kein Holz hauen ohne eine solche Anweisung von Seiten der Gemeinde. (Es sol och ein amptman vnd ein vorster nit holtz howen vntz das sich ein bursami erkenn, wann sy howen sont)¹⁸⁾. Sogar die Grundherrschaft selbst pflegte an diese Beschränkung gebunden zu sein. (Wann sy, d. h. die Herrn von Mur, dis bwholtz howen wollen, sollichs den innhabern vermelder zwölff hoffstatten zuvor antzeigen,

11) Grimm, I, 111 §. 13. Vgl. noch Holzordnung von Opfikon §. 6 bei Schauberg, I, 135 u. Sternberg, I, 7—8, 21, 28 u. 64.

12) Holzordn. von Opfikon §. 3 bei Schauberg, I, 135.

13) Offn. von Dübendorf §. 5 bei Schauberg, I, 110. Vgl. noch §. 7 eod.

14) Grimm III, 738 §. 2.

15) Grimm, I, 419.

16) Lortz, p. 348.

17) Bodmann II, 656.

18) Grimm, I, 101.

vnd dann den how inn der selben dartzu verordnetem bysin thun, vnd on dero vorwüssen nutzit howen lassen¹⁹⁾. Meistentheils hatten sich jedoch die Grundherrn in den hörigen Gemeinden das Recht der Obaraufficht vorbehalten. Daher war in solchen Gemeinden die Erlaubniß der Grundherrn selbst oder ihrer Beamten nothwendig. (ist er aber holtz notdürftig zue der brücke oder zue der mühle, sol er solches anzeigen einem meier, und solches hawen oder führen mit wissen und willen eines meiers)²⁰⁾. In vielen hörigen Gemeinden hatten jedoch beide, die Grundherrn oder die grundherrlichen Beamten und die Gemeinden mit einander die Erlaubniß zu erteilen. (wer ein ehoffstatt buwen wil, dem sol der meygr und die gebursami nit versagen, so vil holtzes als er bedarf zu dem buwe)²¹⁾. Wer bawen wolte, derselb soll kommen voir scholtheiss, heimbürger vnd geschworen, vnd sein platz vnd baw besehen lassen vnd darnach sollen sie isme, der also bawwen will, holtz geben —. Item wanne das die hofleute zu Cr. gezawholtz vonnöten haben, sollen sie vor scholtheis, heimbürg vnd geschworne zu Cr. kommen vnd so soll man inen das geben nach staden vnd gelegenheit des waldds²²⁾. Item de nemoribus seu lignis petendis, dividendis pro edificiis necessariis, debent peti a sculteto et centurione et hii deviso edificio futuro providebunt²³⁾. In anderen grundherrlichen Gemeinden durften die Genossen ihren Holzbedarf auch in späteren Zeiten noch ohne Anweisung holen. Ober es genügte wenigestens, wenn sie nur in der gemeinen Mark mit lauter Stimme dem Bannwart oder Förster gerufen hatten. („Aber die seßhaftig sind inwendig etters zu Huningen, die suchen „wol und nemend ir notdurft in holz und in almende, also doch, „das si mit luter stimm rieffen sollend dem banwart zu inen, und „nemend des si bedörfrend. Und keme dan der banwart nit, wo „si dann in offner straß komend mit dem, so si fierend, umb das

19) Grimm, I, 63.

20) Grimm, I, 676. Bgl. II, 174.

21) Grimm, I, 35.

22) Grimm, III, 818.

23) Grimm, III, 823.

„so het si ein bannwart nit zu ruegende“) ²⁴). „Wenn er by holz
 „hewt, so ruft er, bieweil er dz hfeit, so heit er dem forster, bundt
 „wann der hinderst wagen kompt, da der vorderst gestanden hat,
 „so ist er dem forster entfahren“) ²⁵). Wieder in anderen grund-
 herrlichen Gemeinden durfte die Gemeinde ausnahmsweise das
 Bau- und Brennholz dann anweisen, wenn es der herrschaftliche
 Beamte nicht thun wollte. (Wer ouch das ain Keller dehainem
 von hass oder von vyendschaft wegen zimmerholz oder brenn-
 holtz nit geben welt, als vor beschaiden ist, so mugent im es
 die hüber vnd die schüposser geben an ainen Keller²⁶). Und
 es durften auch die berechtigten Genossen ohne alle Anwei-
 sung Holz holen, wenn der herrschaftliche Beamte die Erlaubniß
 ohne Grund verweigert hatte. (vnd die grossen soend ein bu-
 meister (d. h. den herrschaftlichen Beamten) bitten, daz er ai
 lasse howen ihr ehasti ze teken oder ze zimbren. erlobt er
 inen daz nit, so soend si doch howen. were aber daz
 ieman anders huwe, so sol ein bumeister nach iagen). Also
 nur dann, wenn der berechnigte Genosse ohne Erlaubniß mehr
 Holz hieb als er für seinen Bau nothwendig hatte, konnte ihn
 der Baumeister verfolgen²⁷).

Es pflegten zu dem Ende die gemeinen Wäldungen, Weiden,
 Wiesen und Felder gebannt oder verbannt, d. h. für den
 gemeinen Zutritt geschlossen und auf die Uebertretung des Bannes
 Strafen gesetzt zu werden. (wer da houwet in der verbannten
 almend, der bessert jeden bureu II sz. d.²⁸). Und ehe die
 gebannten Wäldungen, Weiden, Wiesen und Felder wieder geöffnet
 worden waren, durften sie von niemand weder zur Beholzigung
 noch zur Viehweide oder zum Heumachen betreten werden²⁹).

24) Grimm, I, 651.

25) Grimm, II, 174.

26) Grimm, I, 107—108.

27) Grimm, I, 164 Vgl. noch später §. 102.

28) Grimm, I, 417. Vgl. Grimm, I, 107. Ordnung u. Bann über der
 Gemeind Dübendorff Stiller von 1592 bei Schauberg, I, 109 ff. Offn.
 von Riber und Rättmenhaffe §. 29, eod. I, 3.

29) Offn. von Riber u. Rättmenhaffe §. 12 n. 13 bei Schauberg, I, 2.
 Offn. von Rheinau §. 12 bei Schauberg I, 155.

Von einer Obergewalt der öffentlichen Gewalt war aber ursprünglich nirgends die Rede, also auch von keiner Erlaubniß oder Anweisung von Seiten der öffentlichen Gewalt und der öffentlichen Beamten.

§. 93.

Ihrer rechtlichen Natur nach waren diese Nutzungsrechte, wie wir gesehen haben, von jedem anderen Nutzungsrechte dadurch verschieden, daß dieselben nicht Rechte an einer fremden Sache, vielmehr in so fern an der eigenen Sache gewesen sind, als die gemeine Mark der Gesamtheit der Genossen und keinem Dritten gehört hat (§. 34). Dieses war aber nicht bloß bei freien und gemischten Gemeinden der Fall, sondern in ganz gleicher Weise auch bei hörigen. Dem Grundherrschaft gehörte zwar allenthalben der Grund und Boden, wenigstens das echte Eigenthum an demselben. Nachdem indessen die Gemeinde gebildet und ihr von dem Grundherrschaft eine gemeine Mark angewiesen worden war, so gehörte sodann die gemeine Mark und das Verfügungsrecht darüber der Dorfmarksgemeinde. Und nur bei Verfügungen über das Eigenthum mußten auch die Grundherrschaft noch beigezogen werden (§. 30 u. 34). Die Nutzungsrechte der Gemeindegensassen beruhten demnach auch in hörigen Gemeinden keineswegs auf einer Uebersetzung von einem Dritten und am allerwenigsten auf einer Concession der Gemeinde selbst. Sie beruhten vielmehr wie die ganze Gemeindeverfassung auf Feld- und Marksgemeinschaft. Sie waren bloßes Zugehör von Haus und Hof in dem Dorfe. Jeder Genosse hatte dieselben in seiner Eigenschaft als Gemeinder d. h. als Mitglied der Feldsgemeinschaft oder der Dorfmarksgemeinde. (*ratione universitatis jus habere*)³⁰⁾. Da jedoch das Recht über die gemeine Mark selbst zu verfügen und dieselbe zu verwalten nicht von den Einzelnen, vielmehr nur von der Gesamtheit der Genossen ausgeübt werden konnte, so hatten diese von den Rechten der Gesamtheit verschiedenen Nutzungsrechte der Einzelnen, über welche jeder Einzelne verfügen konnte, wenigstens einige Ähnlichkeit mit den Römischen Servituten, insbesondere mit

30) Dipl. von 1230 bei Günther, II, 167.

dem Römischen Nießbrauch. Und diese Ähnlichkeit hat seit der Aufnahme des Römischen Rechtes die Anwendung des fremden Rechtes auf diese von Römischen Servituten wesentlich verschiedenen Nutzungsrechte wenigstens gar sehr erleichtert.

Von eigentlichen Servituten und anderen Rechten an einer fremden Sache waren diese genossenschaftlichen Nutzungsrechte indessen wesentlich auch noch dadurch verschieden, daß dieselben keine auf einem besonderen Rechtstitel beruhende Sonderrechte eines Einzelnen, also keine *jura singulorum* gewesen sind. Daher konnte auch über sie von der Gemeinde nach Mehrheit der Stimmen verfügt werden, während über wohlervorbene Sonderrechte der Einzelnen nur mit ihrer Zustimmung, also einhellig und nicht nach Mehrheit der Stimmen von der Gemeinde verfügt werden durfte. Erst seit Einführung des Römischen Rechtes wurden öfters auch die genossenschaftlichen Nutzungsrechte als *jura singulorum* behandelt und daher bei Gemeindebeschlüssen Stimmeneinhelligkeit erfordert. Da nämlich die Gemeinde eine wahre Genossenschaft war, bei welcher daher die genossenschaftlichen Rechte des Einzelnen zwar berücksichtigt werden mußten, so weit es die Rechte der übrigen Genossen möglich machten, so hatte vor Einführung des Römischen Rechtes der Einzelne wohl ein Widerspruchsrecht und konnte in gewissen Fällen sogar das Zustandekommen eines Gemeindebeschlusses verhindern. (das recht hätte der wald, und wäre so gemein und fry, wenn es nur eim mann nit lieb wäre, so dürfen die übrigen nichts erlauben, und habs der einig mann zu wehren³¹). In der Regel mußte jedoch der Einzelne sich dem von der Mehrheit gefaßten Beschlusse unterwerfen. Nicht einmal die Theilung der gemeinen Mark konnte der Einzelne vor Einführung des Römischen Rechtes begehren, wenn die Mehrheit sie nicht wollte³²). Die Mehrheit der Stimmen hatte vielmehr zu entscheiden.

Nichts destoweniger hat es doch auch nach Deutschem Rechte von je her schon Nutzungsrechte gegeben, welche nicht auf Feld- und Markgemeinschaft beruht haben.

31) Grimm, I, 400. Vgl. noch L. Salica, tit. 45 de migrantibus. Meine Einleitung, p. 141 f. Röntrup, v. Markgenossen §. 13 p. 318.

32) Röntrup, v. Marktheilung §. 3 p. 328.

Besondere Nutzungsrechte.

§. 94.

Zu diesen besonderen Nutzungsrechten, welche nicht auf Feld- und Markgemeinschaft beruht haben, gehörten vor Allem in den h[ö]rigen Gemeinden die Nutzungsrechte der Grundherrschaft und der herrschaftlichen Beamten, sodann aber auch die eigentlichen Servituten, deren es von je her auch schon vor Aufnahme des R[ö]m. Rechts in Deutschland viele gegeben hat, ferner die Nutzungsrechte der Pfarrer und Schullehrer, der Weisassen, der armen Leute u. a. m. Denn auch ihre Berechtigung hat insgemein nicht auf Feld- und Markgemeinschaft, vielmehr auf einer Bewilligung der Gemeinde, oder auf Vertrag oder Herkommen beruht, und in h[ö]rigen Gemeinden öfters auch auf der Gnade des Grundherrn.

Die Grundherrschaft hatten sich allenthalben, hie und da z. B. in der Abtei Muri sogar vertragsmäßig³³⁾, gewisse Nutzungsrechte in der gemeinen Dorfmark vorbehalten. Namentlich war dieses im Stifte Honowe bei Straßburg der Fall. („Do nun der „menige zu Honowe vil wurden, do was notdurfftig das sie ouch „almenden und gebrauch hettent, das sie sich und jr vihe möchtent „betragen, also wart ein ordnung gemacht durch Probst, Dechan „und die ganze Stifft, das sie voruß noment und behieltent, „vier orte“ (nun werden die Vorbehalte aufgezählt) „das überige „lieffent sie ligen in almenb wise, und gobent do denselben in- „wonern zu nieffen dieselbe almende zum halben teil, und der „Stifft behalten, das ander halb teil der almenb“)“³⁴⁾). Auserwärts hatten die Grundherren sich gewisse bestimmte Mark- nutzungen vorbehalten (was ein propst holtzes bedarf zu dem hoff, es hy zu buwen oder zu fridend in des gotzhus welden, das hatt im nyeman zu weren)³⁵⁾, insbesondere die Schafweide u. a. m.³⁶⁾). Auch gewisse Vorrechte pflegten sie sich vorzu-

33) Grimm, I, 62.

34) Schiller zu Rönigshoven p. 1143.

35) Grimm, I, 815. Vgl. noch I, 101.

36) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 32.

behalten, z. B. das Recht der Vorhut in den Waldbungen, in welchem Falle sodann die Gemeinden nur die Nachhut haben sollten, z. B. zu Dürkheim³⁷⁾, dann das Recht der Vorlese in den Weinbergen, z. B. zu Haltingen bei Hünningen³⁸⁾ u. a. m. Öfters waren die Grundherren auch zehentfrei („zehensfrei“), z. B. in St. Goar bei der Schweinemast³⁹⁾, oder es sollte ihnen ein Korbchen voll der besten Trauben geliefert werden, z. B. im Bisthum Basel („ein hengelin trublen der besten, die sie in allen bann von „ieberman gemeinlich schniden“)⁴⁰⁾.

Und dieselben Nutzungsrechte und Vorrechte, welche sich die Grundherren vorzubehalten pflegten, hatten auch die Pächter ihrer Hofländerelen⁴¹⁾ und die übrigen Inhaber der Fronhöfe, welche in späteren Zeiten auch Deconomiehöfe genannt worden sind⁴²⁾. Insbesondere hatten auch sie das Recht der Vorlese in den Weinbergen. („Doch hand alle, die des Bischofs von Basel güter bu- „went, die fryheit, das sie mögent vorlesen“)⁴³⁾.

Die Rechte der Grundherren beruhten auf Eigenthum, meistens auf echtem Eigenthum. Sie pflegten zwar, wegen der Konkurrenz mit den Nutzungsrechten der Gemeinden, auf ein bestimmtes Maß festgesetzt zu sein. Kraft des den Grundherren zustehenden echten oder vollen Eigenthums, gehörten ihnen jedoch alle die nach Befriedigung der Dorfgemeinde übrig gebliebenen Nutzungen, der sogenannte Übernuß. (were sach das da vber- nutz wurde das na semlicher vbernutz unserm gotzhus zu geburte⁴⁴⁾). und wer es, das übrige eckern in den welden

37) Grimm, I, 787. „und wer es, das edern darin werden, so sol unser „her der apt ein besondern hirtten han, und sol vorfaren, und die „von Dorfeim ein gemeinden hirtten han, und nach faren“ —.

38) Grimm, I, 820.

39) Bisthum bei Hofmann, de scabinor. demonstr. p. 150. Bgl. später §. 113.

40) Grimm, I, 820—821.

41) Bair. Fr. II, c. 8 §. 14 Nr. 4. Bgl. oben §. 52.

42) Steiner, Seligst. p. 405.

43) Grimm, I, 820.

44) Grimm, I, 179.

würden, die die von Dorkheim nit bedorften, mag unser her der apt verkaufen ⁴⁵⁾).

Außer diesen Nutzungsrechten in den Gemeindewaldungen und sonstigen Gemeindeländereien pflegten sich die Grundherrschaften auch noch für ihre ausschließliche Nutzung Ländereien zumal Waldungen vorzubehalten, welche Forste oder Kammerwaldungen genannt worden sind, während man die den Gemeinden gehörigen Waldungen zum Unterschiede von ihnen Gemeindewaldungen oder auch Hofwaldungen ⁴⁶⁾ und Rechtsamewaldungen genannt hat ⁴⁷⁾. Zuweilen hatten die Grundherrschaften sich gar keine Nutzungsrechte in den Gemeindewaldungen vorbehalten, diese vielmehr ausschließlich den Inhabern der Bauernlesen überlassen, und dann pflegte man die Waldungen Lehenwaldungen zu nennen. Auch in ihnen sind zwar die Grundherrschaften die eigentlichen Eigenthümer geblieben. Mit den Nutzungsrechten hat sich jedoch nach und nach auch die Bedeutung des Eigenthums gänzlich verloren ⁴⁸⁾).

95.

Außer den Grundherrschaften selbst pflegten auch die herrschaftlichen Beamten einige Vorrechte z. B. das Recht der Vorlese in den Weinbergen ⁴⁹⁾ und gewisse Nutzungsrechte in den gemeinen Dorfmarken, insbesondere in den Gemeindewaldungen zu haben, z. B. die herrschaftlichen Kellner und Meier ⁵⁰⁾, die herrschaftlichen Bögte und Meier, z. B. in Rüffenach ⁵¹⁾, die herrschaftlichen Schultheiße ⁵²⁾, Amtleute ⁵³⁾, und die anderen

45) Grimm, I, 787. Vgl. noch Urf. v. 1460 bei Schoepflin II, 324. Meine Gesch. der Fronhöfe III, 212.

46) Grimm, II, 546—547.

47) Stettler, Rechtsgef. von Bern, p. 116.

48) Stettler p. 116 u. 117.

49) Grimm, I, 322.

50) Grimm, I, 101 u. 107.

51) Urf. von 1302 bei Rapp, eidgenöss. Urf. p. 60.

52) Grimm, I, 460.

53) Grimm, I, 162.

untergeordneten Diener⁵³⁾, insbesondere auch die herrschaftlichen Förster⁵⁴⁾, die Bannwarte⁵⁵⁾ und die anderen herrschaftlichen Forstgehilfen, z. B. die Weibel⁵⁶⁾. Ihre Berechtigung beruhte weder auf Eigenthum noch auf Feldgemeinschaft, vielmehr auf einer Concession des Grundherrn, dessen Stellvertreter sie waren. Daher pflegte zuweilen auch ihnen der Ueberruß, d. h. die nach Befriedigung der Dorfgemeinde noch übrig bleibenden Nutzung, überlassen zu werden. (und was vbrigs holz ist, donn in die hüben vnd schüpossen dauor geschriben ist, das sol dem keller vnd den hoflütten warten vnd belieben vnd nieman anders)⁵⁷⁾.

Außer den herrschaftlichen Beamten hatten insgemein auch die Gemeindebeamten, z. B. die Gemeinde Schultheiß⁵⁸⁾, die Zenner⁵⁹⁾, die Gemeinde Förster⁶⁰⁾, die Bannwarte⁶¹⁾, die Weibel⁶²⁾ u. a. m. Nutzungsrechte in der gemeinen Dorfmark erhalten. Und auch dergleichen Berechtigungen pflegten nicht auf Feld- und Markgemeinschaft, vielmehr auf einer Concession der Gemeinde zu beruhen.

§. 96.

Nicht wenige Nutzungsrechte auf fremdem Grund und Boden sind in früheren und späteren Zeiten, auch schon vor der Annahme des Römischen Rechtes, wahre Servituten, wenn auch nicht dem Namen doch ganz gewiß der Sache nach, gewesen, im Stifte Freising z. B. schon seit dem 9ten Jahrhundert⁶³⁾. Dergleichen Berechtigungen auf fremdem Grund und Boden waren natürlich von

53) Grimm, III, 649 §. 27.

54) Grimm, I, 35, 108, III, 832.

55) Grimm, I, 815.

56) Offn. von Schwommendingen, §. 22 u. 27 bei Schauberg, I, 121.

57) Grimm, I, 107.

58) Grimm, I, 460.

59) Grimm, II, 569.

60) Grimm, I, 35 u. 101.

61) Offn. von Dübendorf §. 24 bei Schauberg, I, 103.

62) Offn. von Schwommendingen §. 22 bei Schauberg, I, 121.

63) Meichelbeck, I, 85.

den Gemeinbenutzungen wesentlich verschieden und bestanden zuweilen neben einander in einer und derselben Gemeinde. So hatte z. B. die Gemeinde Ober- und Nidersteinmaur außer der „Wün vnnnd Weid inn Holtz vnnnd Fäld“ der gemeinen Dorfmark auch noch Nutzungsrechte in den herrschaftlichen Wäldungen, welche sie keiner Feld- und Markgemeinschaft, vielmehr der Gnade der Herrschaft verdankte („die Hochwäld vnnnd Fronwäld vß gnaden n „gelassenn vnnnd vnns dieselben bruchen lassennbt“) ⁶⁴⁾.

Vergleichen nicht auf Feld- und Markgemeinschaft beruhende Nutzungsrechte waren natürlicher Weise nicht auf die vollberechtigten Dorfmarkgenossen beschränkt. Es konnten vielmehr in jenen Dorfmarken, in welchen neben der Gemeinmark auch noch herrschaftliche Wäldungen lagen, sämtliche Bewohner des Dorfes in den herrschaftlichen Wäldungen Beholzigungsrechte haben, während in der Gemeinmark nur die angeseffenen Leute — die Dorfmark- oder Gemeinde-Genossen — berechtigt waren, z. B. in Wellhausen im Kanton Thurgau. (dass niemand kein brennholtz hauen soll jn dem gemein merck, den die hausräuchin hand auf den erbgüeteren, wol jn der herren holtz mag den das gantz dorf wol hauen ⁶⁵⁾). Es mag auch das gantz dorf, welche nicht erbgüter habind, ja der herren holtz auch wol hauen ⁶⁶⁾). Aus demselben Grunde gehörten solche Berechtigungen bald Einzelnen bald aber auch ganzen Gemeinden.

Sehr häufig hatten nämlich ganze Gemeinden oder auch mehrere Gemeinden solche Berechtigungen in fremden Gemeinbewäldungen. (es liegen auch in bemeltem bezirck etliche eigene, unter anderen der Genheimer eigene Wald, darinnen haben wir vier gemeinden gleich als in vnserem gemeinen walde ohne einigen vnderschied wasser vnd weid zue gebrauchen. — die vier gemeinden sollen sowohl in ihren gemeinen als auch in angedeuteten hohen eichenen wälden ohne vnderschied das laub zu holen macht haben) ⁶⁷⁾). Sehr viele Berechtigungen

64) Offn. von Ober- u. Nider-Steinmaur S. 85 bei Schauberg, I, 96.

65) Grimm, I, 256.

66) Grimm, I, 253.

67) Grimm, II, 186.

dieser Art sind nun zwar auf alter Feld- und Markgemeinschaft beruhende gegenseitige Weiderechte gewesen (§. 11.). Sehr viele haben indessen auch auf einer besonderen Berechtigung, (auf einem besonderen Rechtstitel), also nicht auf Feldgemeinschaft beruht. Noch häufiger waren jedoch die Berechtigungen der Gemeinden in herrschaftlichen Waldungen. So hatten z. B. in Baiern viele Dorfschaften das Beholzungsrecht in den landesherrlichen Waldungen⁶⁸⁾. Eben so in der Mark Brandenburg⁶⁹⁾, im Rheingau⁷⁰⁾, u. a. m. Und diese und andere Nutzungsrechte auf fremdem Grund und Boden beruhten meistens auf Verträgen, auf Verjährung oder auf anderen Rechtstiteln, oder auf dem Herkommen⁷¹⁾, oder auch auf der Gnade des Grundherrn⁷²⁾. Und im letzten Falle waren sie nicht selten bloße Präkarieen.

§. 97.

Auch die Pfarrer und Schullehrer hatten allenthalben gewisse Nutzungsrechte in der gemeinen Dorfmark erhalten, in der Schweiz eben sowohl wie in Sachsen, Hessen, Fulda, Baiern, in der Pfalz u. a. m. Gleich bei der Stiftung einer Kirche oder Schule pflegten sie nämlich statt der Besoldung außer anderen Emolumenten auch auf Holz- und Weidenutzungen in den herrschaftlichen oder Gemeindewaldungen angewiesen zu werden⁷³⁾. Ihre Berechtigung beruhte demnach nicht auf Feld- und Markgemeinschaft, vielmehr auf einer Concession entweder der Grundherrschaft oder der Gemeinde selbst⁷⁴⁾. Wiewohl nun die Pfarrer und

68) Urk. von 1440 in M. B. XXV, 39. f.

69) Urk. von 1369 bei Gercken, Fragm. March. I, 83.

70) Grimm, I, 537.

71) Grimm, I, 62. dipl. von 1263 bei Meichelbeck, II, 42. Thuisson Friedrich Sachsse, die Nutzungsrechte der Bürger am Gemeindegute im Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach. Weimar. 1859. p. 6—24.

72) Grimm, I, 178, II, 290. Offn. von Steinmauer §. 85 bei Schaumberg, I, 96.

73) Stettler, Gemeinde- u. Bürgerrechtsverh. in Bern p. 12. Thomas, I, 240. Weiske, pract. Untrf. III, 83 u. 84. Vgl. noch §. 62.

74) Rathserkenntniß von Zürich aus 15ten sec. bei Schaumberg, I, 137.

Schlichter keine Dorfmarkgenossen, also keine wirkliche Gemeindeglieder waren, so hatten sie dennoch fast allenthalben eine volle Berechtigung in der gemeinen Dorfmark, z. B. in dem Erzstifte Trier⁷⁶⁾, hie und da sogar eine doppelte, in der Pfalz z. B. bei Holzanweisungen Anspruch auf eine doppelte Bürgergabe. Eben so durften auch sie ihr selbstgezogetes Vieh mit dem Gemeindegliedern auf die Weide hinausgehen lassen, u. s. w. Hie und da war ihnen jedoch nur die Berechtigung der Handwerker und der übrigen Weisassen eingeräumt worden, z. B. in Zürich⁷⁷⁾.

§. 98.

Die Weisassen hatten, da sie bloße Hinterlassen entweder der Bauern und Hubner oder der Gemeinde selbst, also keine Dorfmarkgenossen gewesen sind, (§. 60 u. 61.) an und für sich gar keine Berechtigung in der gemeinen Dorfmark. Und bis auf unsere Tage haben sich Spuren dieses ursprünglichen Rechtes erhalten. In der Gemeinde Frickhofen im Nassauischen z. B. pflegten noch im 18ten Jahrhundert die in ungetheilte Gemeinschaft befindlichen Felder jährlich bloß unter die eingeseffenen Bauern verloost, die Weisassen dagegen von allem Antheil ausgeschlossen zu werden⁷⁸⁾. Eben so haben die Weisassen im Kanton Uri in der Regel keinen Antheil an den Marknutzungen gehabt⁷⁹⁾. Meistentheils erhielten jedoch auch die Weisassen in späteren Zeiten durch die Gnade des Grundherrn oder der Gemeinde einen, wenn auch nur sehr geringen Antheil an der Marknutzung. Und da man in früheren Zeiten noch keine Stallfütterung kannte, also keine Viehzucht und auch kein Ackerbau ohne Marknutzung möglich war, so erwuchs jener Antheil nach und nach zu einem Rechte. Und man nannte sodann das von der vollen Berechtigung der Bauern verschiedene Nutzungsrecht der Weisassen und Tagelöhner oder Tagwoner ein

76) Synodal Statut von 1678 c. 4, §. 8—14 bei Harzheim, X, 76 u. 77.

76) Rathserkenntniß aus 15tem sec. bei Schauberg, I, 137.

77) Gramer, Bepl. Nöfl. 115, p. 354 u. 364.

78) Landbuch von Uri, art. 96, 97, 99. 182. u. 335 §. 11.

Tauwener Recht und eine Tauwener Rechtsame, z. B. im Schnottwyl (Solothurn) und Rychigen (Bern)⁷⁹). Im Fürstenthum Sulda durften die Dorfsbeisassen eine Geisse oder ein Schwein oder ihr sonstiges Rothvieh auf die Gemeine Weide hinaustreiben⁸⁰). Eben so in Baiern. („Es sollen vnser vnd vnserer Landsassen Schergen füran den armen Leützn nit verbieten noch wören, nach Ostern auff die Gmain zetreiben, auff das den armen leüten, jr Wayd vnd bsuche nit genommen werde“)⁸¹). In der Pfalz sollten die Beisassen und Tagelöhner eine Kuh oder zwei Geissen oder zwei Schweine hinaustreiben dürfen⁸²). In der Schweiz insgemein eine Kuh oder ein Schwein und hie und da auch noch ein Kalb⁸³), in Zürich zwei Kühe und ein Kalb, oder zwei Kühe und ein Roß, zwei Schweine, fünf Hühner vnd einen Hahn, aber keine Gänse⁸⁴), in Rempten eine Kuh und ein Kalb⁸⁵), in Sachsen die Rödther 2 Kühe oder zwei Pferde⁸⁶), u. s. w. Auch hatten die Lechner und Söldner in Baiern das Recht Brennholz zu holen⁸⁷). Eben so die Rödther in Westphalen (die kötter haben auss der gemarcken alle vier hochzeit einen wagen holtz, espen oder bircken, vnd fort dürre stöcke zu koppen, sprocker zu lesen, moss zu pflücken, sonst nit weiters)⁸⁸). Anderwärts durften die Rödther nur dürres Holz mit einem Hammer abschlagen, wie die Barbenhauer nur mit einer Barbe. (coitter, der sall nemen eyn ruyten up sinen halss ind eynen hultzen hammer daer by,

79) Renaud in Zeitschr. IX, 44, 45 u. 48.

80) Thomas, I, 218.

81) Bair. Landsordn. von 1553, IV, tit. 20, art. 1. Vgl. Bair. Polizeiordn. von 1616, III, tit. 14, art. 1.

82) Janson, Ehurpfälz. Bro. I, 385.

83) Hoff Nobel von Greifenberg und Offn. von Regikon §. 18 bei Schauberg, I, 55. Offn. von Weilen bei Bluntschli, I, 259. Vgl. noch Landbuch von Uri, art. 96 u. 98. Appenzell. Landb. J. R. art. 174. Frey in krit. Zeitschr. II, 195. f.

84) Rathserkenntniß aus 15ten sec. bei Schauberg, I, 137. vgl. noch Regensperger Herrschaftsrecht von 1538, art. 117 bei Beckhauß, I, 214.

85) Hagenmüller, I, 219.

86) Pufendorf, IV, observ. 108.

87) Bair. Forstordn. von 1616, art. 15 u. 16.

88) Grimm, III, 16.

dae myt mach hee gain in den wald, wat he myt dem hammer aff magh sclain, sunder groin holtz, maegh hee myt im heym draghen⁸⁹⁾). Im Kanton Uri erhielten auch die Weisassen Almendgärten und Rütinen, jedoch nie länger als auf Lebenszeit⁹⁰⁾. In Württemberg durften die Weissher in vielen Gemeinden „Wohn, Weid, Wasser und andere Commobilitäten gleich wirklichen Burgern „geniessen“⁹¹⁾. Aber auch für die armen Leute pflegte gesorgt und ihnen Almendgärten oder einzelne Bäume auf der Almend oder Rütinen, z. B. im Kanton Uri⁹²⁾, anderwärts aber Brennholz angewiesen zu werden, z. B. in Baiern⁹³⁾, in der Pfalz am Rhein⁹⁴⁾, und anderwärts am Rhein⁹⁵⁾, in der Schweiz⁹⁶⁾, u. s. w., und in vielen Gemeinden auch Bauholz. (vnd dorffte ein eyn armman uss dem hofte zu sime buwe, der sol ess nemen mit der gemeynnden willen⁹⁷⁾). Holtz hauen dem armen mann zu seinem feuer —. thut einem armen mann bauens noth, so soll er zu den herrn gehen vnnndt soll ihnen holtz heischen zu seiner notturfft, die herrn sollen es ihme auch geben⁹⁸⁾).

Alle diese Berechtigungen der Weisassen beruhten jedoch nirgends auf Feld- und Markgemeinschaft, vielmehr auf Concessionen der Grundherrschaft oder der Gemeinden, z. B. in den Kantonen Schwyz⁹⁹⁾ und Uri¹⁾, oder auch auf Verträgen und auf dem Herkommen. Und es mußte dafür öfters, wenn die Concession von der Gemeinde herrührte, außer dem bereits erwähnten Weisassen- oder Schutzelde (§. 60.), auch noch ein sogenanntes Holzgeld, Ofenholzgeld, Viehgelde oder Ziegengeld an

89) Grimm, II, 686. Vgl. oben §. 56.

90) Landbuch, art. 335 §. 11.

91) Gen. Refr. von 1679. Reyscher, Pr. R., §. 760. Rot. 7.

92) Landbuch, art. 104 u. 108.

93) Instruktion von 1512 bei Krenner, XVIII, 334.

94) Grimm, I, 452.

95) Grimm, II, 174.

96) Grimm, I, 142, §. 28. u. 253 a. G.

97) Grimm, II, 11.

98) Grimm, II, 174.

99) Landbuch von Schwyz, p. 79 u. 144.

1) Landbuch von Uri, art. 96, 97 u. 335 §. 11.

die Gemeinde entrichtet werden, z. B. in Oberhessen²⁾, im Kanton Schwyz („Doch soll einer (d. h. Hinterfäß) geben von einem „Ross zwen schillig, von einem Rinderhoup ein schillig, vund von „einer gehß ober von eim schaff dry haller“³⁾, und im Kanton Uri⁴⁾).

§. 99.

Daß die Ausmärker oder Forensen nicht in Feld- und Markgemeinschaft mit den Dorfmarkgenossen gewesen sind, und daher gar keinen oder wenigstens nur einen sehr geringen Antheil an den Marknutzungen gehabt haben, ist bereits schon bemerkt worden (§. 65.). Auch von den Marknutzungen der Zimmerleute, Wagner, Schmiede, Fassbinder, Dreher und anderen Handwerker und Gewerbsleute ist schon die Rede gewesen (§. 59.).

Sehr häufig wurde die Markberechtigung für gewisse Gegenleistungen gestattet, z. B. das Beholzungsrecht für das Halten des Baseltieres oder für den Zehnten, u. s. w. (Es sol ouch ain ieglicher hüber, der ye „denn hyn Wilhelms im turn hüb ze „Wörle inne hett, den hofflütten allen vassel han, und darumb hat dieselb hub holzrecht —. Dez gotzhus gut von Rinow git ainem vorster allen zehenden vnd darumb hät dasselb güt holzrecht“⁵⁾). Wenn die Gemeinde selbst den Wucherstier zu stellen hatte, erhielt sie dafür, z. B. zu Rychigen im Kanton Bern, einen eigenen Gemeindennutzungsstheil⁶⁾).

Aus einer zarten Rücksicht für die Kindbetherinnen erhielten dieselben, und zwar ohne Unterschied ob sie der Gemeinde angehörten oder ihr fremd waren, eine Holzabgabe und zwar bei der Geburt eines Mädchens eine einfache, und bei der Geburt eines Knaben eine doppelte. („wer vnder den obgenannten herren „vnd vögten sitzet, er sye eigen man oder hinterfäß, wirtt im „ein knab, so sol man im zwen farren holz geben, wirtt im ein

2) Sternberg, I, 9, 17 u. 19.

3) Landbuch von Schwyz, p. 144.

4) Landbuch von Uri, art. 96 u. 98.

5) Grimm, I, 107.

6) Renaud in Zeitschr. IX, 45.

„tochter, so sol man im ein farren holz geben⁷⁾. „Wär aber, ob „den egenanten keller von sinem ewib ein kind (d. h. ein Mäd- „chen) wurb, so sol man im aber geben vffer dem egenannten „holz ein fuder holz, wirt aber im ein knab, so sol im werden „zwey fuder holz“⁸⁾. Eine weitere Holzabgabe erhielten hie und da junge Brautleute zur Feier ihrer Hochzeit. Man nannte daher diese Gabe ein Brautholz⁹⁾.

Endlich kommen auch in ganz alten Zeiten noch Holzabgaben bei Todesfällen vor, um den Leichnam gehörig bewachen, ursprünglich vielleicht auch noch verbrennen zu können, z. B. in der alten Öffnung von Thalwohl im Kanton Zürich. (Item hant die zwelf hofstett daz Recht: wa vf derselben hofstat dehein Mentsch stirbet, es si frow Man Iung Alt frömd heimsch, dann sol der antman der selben hofstat so vil holtz geben daz derselben lich erlich gewachet werd)¹⁰⁾. Ein schöner Gebrauch, der offenbar in vorchristliche Zeiten hinaufreicht. Daher fehlt auch jene Bestimmung in der späteren Öffnung vom Jahre 1572 bei Grimm. (I, 62.)

b. Beholzigungsrechte.

§. 100.

Jeder vollberechtigte Dorfmarkgenosse war berechtigt das für ihn nothwendige Holz in der gemeinen Dorfmark zu holen, wie dieses auch in den großen Marken, denen die Dorfmarken in aller und jeder Beziehung nachgebildet worden sind, hinsichtlich der Markgenossen der Fall war. Daher galt dieses, wie in den großen Marken, so auch in den Dorfmarken in Ansehung des nöthigen Bau- und Brennholzes (*communione in lignis recipiendis solummodo ad eorum aedificia necessariis et ad*

7) Grimm, I, 78 u. 79 §. 43.

8) Grimm, I, 96. vgl. noch I, 10, 101, 107, 137, 141 §. 21, u. 845.

Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 213—214.

9) Grimm, III, 78.

10) Bluntschli, I, 260.

ignem¹¹⁾. Weist die gemein, ein hausman zu M. hat macht sein vrbar bauholtz vnd feuerholtz, wes der arm man not hatt¹²⁾. Welr gnoss oder gast het ein ehafti in dem hof, wil er die ehafti bezimbren, daz holtz sol er hoewen in des hofs gemein march, vnd sol auch nit me hōwen, denn er zu siner ehafti bedarf¹³⁾. alle die zu Peytigo sitzent, die mugent wol holz hawen, wenn sy sein durfent¹⁴⁾. *lignorum succisiones*¹⁵⁾. *lignorum incisiones*¹⁶⁾. *cesura lignorum*¹⁷⁾. Dasselbe galt auch hinsichtlich des für die Pflüge, Zäune, Weinberge, für Bretter und für das sonst noch nothwendige Holz. (die gnossen hand fryheit ze howen pfluggeschirr, tachtung (b. h. die Dachbedeckung) vnd was sy ze nottdurft bedorffen¹⁸⁾. so die wingarten buwent in den selben höltzern holtzen vnd stekken als vil sy bedurffend¹⁹⁾. darumb sol inen vss dem hard geben werden was sy bedorffennt zū dem pflüggeschir²⁰⁾. der arme man soll macht haben sein pflugholtz zu hauen zu seiner notturfft. Der arme man der eins steckenbaums vonnöthen hat, der soll zum forster gehen vnnndt ihme heissen, soll ihme der forster auch geben²¹⁾. Ob ein armer man ein breder baum von nöten were, so solle er den dem amptman zu H. heischen²²⁾.

Es war demnach immer das Bedürfniß, welches entschied. Und da die Berechtigung, wie wir gesehen haben, auf Feld- und Markgemeinschaft, also auf dem Hause und Hofe geruht hat (§. 81.), so entschied streng genommen nur das Bedürfniß des Hauses und

11) Dipl. v. 1263 bei Meichelbeck, II, 42.

12) Grimm, II, 139.

13) Grimm, I, 164.

14) Grimm, III, 651 §. 34. Vgl. noch I, 35, 123, 390, 537, 651 u. 676.

Offn. von Schwommenbingen §. 11 bei Schauberg I, 118.

15) Dipl. von 890 bei Neugart, I, 485.

16) Dipl. von 1057 bei Meichelbeck, I, 516. Vgl. p. 448.

17) Dipl. aus 9ten Jahrh. bei Zeuss, trad. Wis. p. 74.

18) Grimm, I, 168.

19) Grimm, I, 96.

20) Grimm, I, 115.

21) Grimm, II, 174.

22) Grimm, II, 139. Vgl. noch I, 142 §. 23 u. 453.

Hofes, oder mit anderen Worten die Größe des Besitzthums und das Bedürfniß des Inhabers desselben. (wölche die achtzehnen hofstetten inhabenn die mögen den wald niessen vff die hofstetten nach jr notturfft²³). dass sie den wald nienan zue bruchen sollen dann zue iren gueter bauen und nothdurften²⁴). Zu den rechten hueb-haüssern ein gebührend nothdurfft zubauwen und zubrennen²⁵). Es entschied also im Grunde genommen immer die Größe des Hauses und Hofes, wie dieses auch manche Weisthümer ausdrücklich sagen²⁶).

Weiter als das Bedürfniß und der eigene Bedarf hat jedoch die Berechtigung niemals gereicht. Daher mußte der Berechtigte das aus der gemeinen Mark erhaltene Holz selbst verbrauchen. (wenn man ein how vassgitt so sol man nieman geben denn dem er es zuo hasle bruchen wil vnd soles es niena anderswahin fueren²⁷). Denn verkaufen durfte er es nicht. (soll keiner gewalt haben, synen houw zu verkouffen, sonnders ein jeder das holtz jun syner husshaltung selbs bruchen, by der buoss²⁸). Und huewe einer — und er unterstünde das holz zu verkaufen oder aust zue uerschlaichen, so haben sy die gerechtigkeit und ihr alt herkommen, dass sy das holzzer hauen mugen wa sy es finden²⁹). den wald ziemlich brauchen zu seiner notdurft vnd nit weiter, und kein holz verkaufen³⁰). Aus demselben Grunde sollte auch kein Holz für unnöthige Gebäude abgegeben werden, wie dieses gleich nachher gezeigt werden soll.

Hinsichtlich des eigenen Bedarfs bestand jedoch ursprünglich gar keine Beschränkung. Erst im Laufe der Zeit wurden gewisse Beschränkungen nothwendig, wie dieses bereits im Allgemeinen bemerkt worden ist.

23) Grimm, I, 390.

24) Grimm, I, 399. Vgl. p. 398.

25) Offn. von Schwommendingen §. 11 bei Schauberg, I, 118.

26) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 212. f.

27) Offn. von Riber und Mättmenhaffe §. 28 bei Schauberg, I, 3.

28) Holzordn. von Dübendorf §. 4 bei Schauberg, I, 110.

29) Grimm, I, 399.

30) Grimm, I, 676. Vgl. noch I, 10 u. 63. Meine Gesch. der Fronhöfe III, 212 f.

§. 101.

Die Hauptbeschränkungen der Beholzigungsrechte bestanden in der Fixation des Holzquantums und in der Einführung einer strengeren Forst- und Dorfpolizei.

Um die Wäldungen zu schonen wurde das Holzquantum für das Brennholz fast allenthalben, öfters auch für das Bauholz fixirt, in den verschiedenen Gemeinden jedoch nach einem sehr verschiedenen Maßstabe. Die Inhaber von halben Bauerngütern oder Schuppösen hatten indessen auch nach der Fixation noch meistens nur eine halbe Berechtigung. Vom Brennholz sagen dieses sehr viele Weisthümer. (daz zu einer hub gehört III fuder holtzrechtz vad zü ainer schüposs zway fuder holtzrecht³¹⁾. Quisquis coheredum in marka jus habentium carratam lignorum id est unum Fuder Holzis secuerit³²⁾. kein erb sol auss den gemarcken mehr haben dann ein feuer vnd eine miste³³⁾. vnnnd soll man die VI wuchen alle wuchen iedem souil burdina geben, souil er vierteil ze vogthaber gipt³⁴⁾.

Aber auch das Bauholz wurde nicht selten fixirt. So sollten z. B. in Oberhessen für den Bau eines jeden neuen Wohnhauses ein für allemal acht Eichen Stämme, für den Bau einer Scheuer aber nur vier Stämme und auch für jeden neuen Heubau nur für den Bau geeignete Stämme gegeben werden³⁵⁾. Ähnliche Bestimmungen finden sich in Seligenstadt. (debet dare unicuique oppidano novam domum aedificanti 7 ligna, ad orreum novum 4 ligna et ad restaurationem veteris domus 3 ligna³⁶⁾). Das Ehehaftrecht von Peitingau in Baiern verfügt: wenn das dorf zu Peytigo verprunne oder der sonst zymmern wollte, der soll einen herrn darumb bitten, so soll im ein herr derlauben feiln vnd spang und vier reiser, die soll er schneiden zu

31) Grimm, I, 107.

32) Dipl. von 1280 bei Guden, II, 220.

33) Grimm, III, 16.

34) Grimm, I, 127.

35) Sternberg, I, 28.

36) Weisthum von 1329 bei Steiner, p. 385. Vgl. Rinblinger, §5r. p. 421.

prettern und zu laden, und daraus soll ainer machen stuben und kammer, und das soll khain herr nicht versagen³⁷⁾. Anderwärts sollte gar nur ein einziger Stamm abgegeben werden (wer ein hofstatt hat, dem sol man ein eich 'gen in dem hardt³⁸⁾, oder sonst ein bestimmtes Maß Holz. (Wölte och ain gotzhus man vff des gotzhus gueter ain bachofen setzen, den sol man och ain karren mit holtz in des gotzhus höltzer laussen hown³⁹⁾. die gemeind hat das recht, wellicher zu Embrach husen well, dem soll der vogt ein vfrichty vss dem hardt geben⁴⁰⁾.

Nur allein das für Pflüge, Zäune und andere Bedürfnisse nothwendig Holz blieb meistens unbeschränkt und richtete sich daher auch in späteren Zeiten noch nach dem Bedürfnisse, wiewohl auch in dieser Beziehung in manchen Gemeinden gewisse Schranken gesetzt worden sind. (ainen ieglichen genossen zünerholtz zu ainem halben hus, vnd die hüber vnd die schüposser zv dem andern halbtayl⁴¹⁾. Soll ein jeder das geort zur zünung, zuo der zyt, das er synen holz houw daraus thuot, och darvas nemmen, — vnnd soll man zuo der zünung allein kerngerten vnd thörn houwen⁴²⁾. in jegkliche nacharten Reben zwo Burdin Schajen, d. h. Pfähle ober Zaunpfähle⁴³⁾.

§. 102.

In sehr vielen Dorfgemeinden blieb indessen auch in späteren Zeiten noch das unbeschränkte Bedürfnis der Maßstab der Berechtigung. Um jedoch die Waldungen möglichst zu schonen wurde auch in diesem Falle das Bedürfnis einer gewissen Controle unterworfen.

37) Grimm, III, 651. §. 35.

38) Grimm, I, 138.

39) Grimm, I, 142 §. 22.

40) Grimm, I, 114.

41) Grimm, I, 107.

42) Holzordn. von Dübendorf §. 5 bei Schauberg, I, 110.

43) Offn. von Fahr §. 6 bei Schauberg I, 80.

Ohne Holzanweisung sollte kein Bauholz und meistens auch kein Brennholz mehr geholt werden dürfen, wie wohl die Freiheit Brennholz zu holen in vielen Gemeinden noch längere Zeit, im Lande Delbrück z. B. bis ins 18. Jahrhundert gedauert hat. (§. 92.) Bei der Holzanweisung sollte nun einer Seits zwar das Bedürfnis des Berechtigten, andererseits aber auch die Erhaltung des Waldes berücksichtigt werden. (die so des gotzhus gütter innhand vnnnd buwenndt, denen mogent sy buwholtz vnnnd brennholtz dar inn erlauben zimlich vnd nach gelegenheit der sach, ienach dem einer der selben gütter innhat, doch das die holtzter dadurch nit gewüst werdint⁴⁴⁾). Vnd man sol allweg zu einem mayer gan, das er in wyse, wa man howen solle, daz das holtz nit gewuest werd⁴⁵⁾. Wer zimberholtz velt on vrlob ain abbtz, der ist verfallen I gulden für jeden stumppen und X \mathcal{R} zu bues. Item brenholtz je der stumpf III \mathcal{S} und der fräfel V \mathcal{R} ⁴⁶⁾.

Uebrigens war auch beim Pflugholz, bei Steden- und Bretterbäumen und bei anderem nothwendigen Holz hie und da eine Anweisung nothwendig. (Der arme man, der in der Wiedenmark sitzt vnnndt eins steckenbaums vonnöthen hat, der soll zum forster gehen vnnndt ihme heissen, soll ihme der forster auch geben⁴⁷⁾). dass keiner unter der ganzen Gemain, weder Scheitter- Zimmer- Schneid- oder ander Holz, ohne des verordneten Holzwarts Wissen oder Willen nit abhauen, sonder mit dem Looss, und an wellichen Ort der Holwart ime dasselbig zaiget, sich benügen lassen⁴⁸⁾). Wenn jedoch die Holzanweisung ohne hinreichenden Grund verweigert worden war, durfte der Berechtigte auch ohne Anweisung das nöthige Bauholz Pflug- und Bretterholz holen. (es sey dan sach, dass ein man der bauwen will, der sall gehen zu dess hern meyer vnnnd sall begehren zu steuwr seines bauwes ein first, ein

44) Grimm, I, 123.

45) Grimm, I, 142 §. 22.

46) Offn. von Rheinau §. 2 bei Schauberg, I, 154. Vgl. noch Grimm, I, 35, 168, 213, 390, II, 139.

47) Grimm, II, 174. Vgl. noch I, 115.

48) Urk. von 1557 bei Zori p. 348.

padt vnd ein steill, wannehe der meyer ihme vrlaub gibt dieselbe stuck zu hauwen, so hauwet er sie im nahmen dess grundthern. Wann aber der vrlaub ohne erhebliche vrsach nicht kompt, so sall er dieselbe stuck doch hauwen mogen sonder bouss; so er aber weiter darin hauwen wurd, weist der scheffen denselben in dess hern hand sich zu vergleichen ⁴⁹). Ob ein armer man ein breder baum von noten were, so solle er den dem amptman zu H. heischen, gibt er innen im nit, so soll er sein akts schleiffen vnd mach den doch hauen ⁵⁰).

Vor der Holzanweisung sollte das Bedürfnis geprüft und die Nothwendigkeit des Bau- und Brennholzes bescheiniget werden, z. B. im Stifte Fulda ⁵¹). Insbesondere sollte die Nothwendigkeit eines Baues zuvor nachgewiesen und für unnöthige Gebäude kein Holz abgegeben werden; z. B. in der Gemeinde Oppikon („Bud so einer buwen wil sol er den geschwornen sin bu anzoügen die soellen im zimlich buholz gaeben souil die nothurft erfordert, eß moechte aber einer, ein unnoetigen bu anschlahen, die geschwornen werent im vß der gmeind hoelzer kein holz zu gaeben schuldig“ ⁵²). Daher sollte vor der Anweisung des Bauholzes der Bau von dem Ortsvorstande beſichtigt werden, z. B. in Rickenbach im Kanton St. Gallen (wenn ain insess zu R. buwen vnd darzuo zimerholtz gern haben vnd höwen welt, der sol zum ersten zuo aim vogt vnd den vier gesetzten mann gon, vnd si bitten den bauw zebesehen, ob es ain nothurft sy zebuwen oder nit, vnd ist es ain nothurft, was im dann obgerürter wise zum buw zehowen beschaiden vnd erloupt wirdt, das mag er dann howen vnd hinweg füren ⁵³). Eben so in Oberwending an der Mosel (ob notturft beuwe weren, von weme man das holtz fordern soll? das soll man fordern an dem schultis von wegen der heren, vnd dem heimbürger von der gemeynde wegen, die zweene sollen vff die plätzen

49) Grimm, II, 272. Vgl. oben S. 92.

50) Grimm, II, 139.

51) Thomas, I, 229, 230 u. 232.

52) Holzordn. §. 3. bei Schauberg, I, 135.

53) Grimm, I, 213.

gaen, da die heren ader huyssman buwen wellen, mit eym geschworen zymmerman vnd die platz besichtigen, als dan soll ime der schultheis vnd heimbürger nach noit des buwes holtz erlauben⁵⁴⁾. de nemoribus seu lignis petendis, diuidendis pro edificiis necessariis, debent peti a sculteto et centurione et hii de viso edificio futuro providebunt⁵⁵⁾. Eben so zu Krust an der Mosel u. a. m. (wer zu Cr. bawen wolte, derselb soll kommen voir scholtheisz, heimbürger vnd geschworen, vnd sein platz und baw besehen lassen vnd darnach sollen sie ihme, der also bawen will, holtz geben nach gelegenheit des baws vnd vrbar des waldt)⁵⁶⁾.

Dies führte nach und nach zu einer regelmäßigen Besichtigung der Gebäude und zu einer Bau- und Dorfpolizei, wie dies schon anderwärts nachgewiesen worden ist⁵⁷⁾. So war es insbesondere in den Dorfschaften in Franken („ein amptmann „und ein erbares gericht sollen zu allen Martinsgericht zeiten „allhie zu Hoffstetten im Dorff umbgehen und die wüsten baw „besichtigen““)⁵⁸⁾, in der Wetterau u. a. m.⁵⁹⁾, insbesondere auch in der alten Grafschaft Erbach. (Von Besichtigungen der Bow. — Es soll Niemand leichtlich gestat werden, mher than ein Behausung vf ein Guth zu machen, damit jn der Herschaft das Holtz nit vergeblich verbaut, vnd der Vnderthan jn unnützen Kosten geführt werdt⁶⁰⁾. Jeder Bauer mußte seine Wohnung in baulichem Stande, unter Dach und Fach, erhalten, sonst sollte er gestraft werden. (Item sollen alle hofestede, die da horen in daz erbe, gebuwet sin, also daz sie haben slüsse und dache, wo die hofestede nit gebuwet sin, so verluset man ze iglichem saytsdinge fünff schillinge pheninge, riechte er sie nit, so stigent sie off fünffzehen schil-

54) Grimm, II, 498.

55) Grimm, III, 823.

56) Grimm, III, 818.

57) Meine Gesch. der Marktenverf. p. 130—132.

58) Grimm, III, 549.

59) Grimm, III, 480 u. 888. Meine Gesch. der Fränkische, III, 213.

60) Erbacher Zr. p. 76 u. 98.

linge phennige⁶¹⁾. Erstlich sollen die Hofstat vnd Housen in guetem Aet, Bawe vnd Besserung vnderhalten, vnd on Vorwissen vnd Verwilligung der Herschafft nit verendt werden⁶²⁾. Und der Prüffstein, ob das Dach im gehörigen Stande sei, war in der Wetterau ein Viertels Krug („viertelgen croge“), in Franken sogar ein Gespann Esel. Wenn nämlich jener Krug durch das in dem Dache befindliche Loch gesteckt werden konnte, ohne einen Halm in dem Strohdach zu berühren, sollte der Hausherr bestraft werden. („so er den crogt durch das Dache magt froyhe stoßen, des keyn halme den crog beroret, ist der herre des huss verfallen“ —)⁶³⁾. In Franken dagegen mußte das Loch in dem Dach so groß sein, daß ein Gespann Esel hineingeworfen werden konnte. („und wann ein bruch oder loch in einem Dach befunden wird, so groß oder weit, daß man ein gespann esel möchte hineinwerffen, soll er solches verbüssen“⁶⁴⁾).

§. 108.

Zur besseren Beaufsichtigung der Gemeindewaldungen wurden regelmäßige Holzhiebe und Holztag e eingeführt und die Forstpolizei mehr und mehr ausgebildet.

Es wurden regelmäßige Holzhiebe angeordnet, das bei jedem Hiebe an die Gemeindeglieder zu vertheilende Holz genau bestimmt und der Waldgrund sodann in Zuschlag gelegt (zum ersten soellent sy jerlich ein houw vss gen, vnd eim ietlichen, nach dem er ein gwerb oder guetter hat, holz gaeben, demnach soellent sy den houw jnschlahen vnd kein fech drin lassen, biss dass holz der mass erwachet das das fech darin kein schaden me duon mag⁶⁵⁾). Man sol vss den höltzern geben dry howe vnd sol ainem yeden zu yeglichem how geben dry burdinen holtz⁶⁶⁾). Es sollen der meyer keller vnd

61) Grimm I, 519.

62) Erbacher Landr. p. 100.

63) Grimm, III, 480.

64) Grimm, III, 549.

65) Holzordn. von Opfeln §. 2 bei Schauberg, I, 134.

66) Grimm, I, 142 §. 28.

gotzhusslutt vmb sannt Martistag vor oder nach vngeuarlich zesamen komen vnnd ze rath werden, in wellichem holtz man die houw uss geben welle, — vnnd soll man die VI wuchen alle wuchen iedem souil burdina geben u. [s. w. ⁶⁷⁾], man soll die Holzhoüw allwegen 14 tag vor oder nach Martini vssgöben darby es dann belyben, vnnd dasselbig jar, wyter kein holtz mehr vssgeben werden ⁶⁸⁾.

Auch wurden zum Holen von Brennholz frühe schon bestimmte Holztage angeordnet, entweder für bestimmte Wochentage oder auch nur für einige wenige Tage im Jahr. (in quo nemore villani tribus tantum diebus ante nativitatem domini potestatem habent excidendi ligna ⁶⁹⁾ — duas dies dictas Walbage in septimana, quibus poterunt deducere seu secare ligna non novicia dicta Uhrholz ⁷⁰⁾).

Endlich hat sich auch frühe schon in den einzelnen Gemeinden eine wahre Forstpolizei gebildet, welche von der späteren landesherrlichen wesentlich verschieden und auch in späteren Zeiten noch von ihr unabhängig war. Diese Forstpolizei lag in den Händen des Gemeindevorstandes, welcher jedoch einige Gemeindeglieder beiziehen sollte. In den grundherrlichen Dorfschaften übte sie öfters die Grundherrschaft allein, oder es stand ihr wenigstens ein Oheraufsichtsrecht zu ⁷¹⁾. Danach sollte, wie wir gesehen haben, ohne Anweisung kein Holz mehr gefällt und von dem angewiesenen Holze keines verkauft werden. Wie in den großen Marken mußte ferner das angewiesene Bau- und Brennholz binnen einer gewissen Frist aufgearbeitet und aus dem Walde weggeführt werden. Wer dem nicht nachkam wurde gestraft, erhielt bis er es gethan kein anderes Holz angewiesen, und das angewiesene Holz fiel hie und da wieder an die Gemeinde zurück. (Ein jetlicher soll synen jar houw so jme gegeben wirt, biss

67) Grimm, I, 127.

68) Ordnung über der Gemeind Dübendorff Hölzer §. 1 bei Schauberg, I, 109.

69) Jura curiae in Berse aus 13. Jahrh. bei Grimm, I, 693.

70) Weisthum von 1329 bei Steiner, Abtei Seligst. p. 385. u. Rindlinger, Hdr. p. 421. Vgl. noch Hess. Grebenorden. tit. 23, §. 2, p. 50.

71) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 29, 30 u. 214.

vff S. Georgen tag aller dinge vss dem holtz gethon habenn, wellicher aber das nit thete, so jst das holtz der Gmeind widerumb heim gefallen, vnd ein Gmeind jme dasselbig jar wyter kein ander holtz zegeben schuldig⁷²⁾. Ess sol ouch ein ietlicher sin theil holtz vff dass lengst bis Sant Joergen tag vss dem holtz gefuort haben by der buoss⁷³⁾. Das ein ieglicher der recht in der allment hat, mag weingartholz darin hauen, stifel und drudel, und sol das in einem monat zu nutz, so er sauberst vermag und gebürlich ist, ufhawen und vf haufen legen; tunt er das nit, so ist er der einung schuldig, das ist 10 \mathcal{E} heller, und mag darnach ein iglicher, der in die Alment gehört, solch holtz zu seinen handen nehmen⁷⁴⁾. Vnnd wellicher zu ieder wuchen sinen houw nit abhouwen, dem ist man füro nit schuldig zegēben biss der houw von im abgehoven wirt⁷⁵⁾. Das Bauholz insbesondere sollte binnen einer gewissen Frist von ein bis drei Jahren verbaut werden. Denn verfaulen lassen durfte man es nicht, in grundherrlichen Dorfschaften eben sowenig, wie in freien und gemischten. Von grundherrlichen Dorfschaften reden folgende Weisthümer (wer ein ehofstatt buwen wil, dem sol der meygr und die gebursami nit versagen, so vil holtzes als er bedarf ze dem buwe, lat er aber dasselbe holtz fulen in dem walde, so solle man im enkeines anders geben, vnd sol esz gebessern dem gericht, das er sümig gewesen ist an dem buwe⁷⁶⁾. Wer ein hus vff des gotshus hoffstatt buwen welte, dem sol man holtz geben zu siner notdurfft, der das vertrösten mag, das er das verbuwen vnnd nit erfulen lassen welle⁷⁷⁾. Da aber der bauwman innerhalb jähr vnndt tagh solche erlaubte holtzer nicht selbst verbauwen wurd, soll er neben der boussen des hauwes halben mit dem ehrw.

72) Ordn. der Gmeind Dübendorf Hölzer §. 3 bei Schauberg, I, 110.

73) Holzordn. v. Opfikon §. 2. bei Schauberg, I, 134.

74) Grimm, I, 453.

75) Grimm, I, 127.

76) Grimm, I, 35.

77) Grimm, I, 126.

hern zu vergleichen schuldigh sein ⁷⁸). Vnnd wann einer anfahet bauwen, vnnd holtz füert, so ist er drey schilling nit schuldig, wann er aber das nit thutt, so ist er drey schilling verfallen, das mag er also verziehen bis an das drit jar, so soll er anfahen ze bauwen oder mit willen über werden ⁷⁹). Von freien Dorffschaften reben: (so eine gmeind ein buwholz vssgit, vnnd er verbuwet das nit inn jars frist, der verfallt zu buss der gmeind ein pfund haller ⁸⁰). Vnnd welcher solches nimmet, und das nicht verbauet, dazu man es ihm geben hat, den hat ein schultheis von Behrungen von wegen u. gn. h. und auch der gemeinde halben darum zu strafen ⁸¹). vnd soll solliche holtze bynnem eyne joir verbauwet werden ⁸²).

Um die Wäldungen zu schonen durfte kein Holzberechtigter einen neuen Stamm hauen, ehe der bereits gehauene heimgeführt war. (kein andern mehr abhauen, er hab dan den selben stam heymgeführt) ⁸³). Aus demselben Grunde sollten die Stämme so nieder als möglich an der Erde abgehauen werden. (dass keyner keynen stam hoer abhauen sal, dan knies hoch von der erden ⁸⁴). Das Holtz auf dem Poden genau abhauen ⁸⁵). Gewisse Holzarten sollten gar nicht, andere wenigstens nicht zum Brennen, vielmehr bloß zum Hausbau gehauen werden. (das niemand kein eisendrudel oder aichen reifstangen gross oder kein in der allment hawen soll — das niemant eichen holz hawen sol uber das er in seinem eignen baw und zu seiner notturft bedarf ⁸⁶).

Endlich sollte auch nach jedem Holzhiebe der Waldgrund wieder gesäubert, in Zuschlag gelegt und für die Nachpflanzung der

78) Grimm, II, 272.

79) Grimm, I, 390. Vgl. noch Meine Gesch. der Fröhen, III, 212—213.

80) Grimm, I, 111 §. 13.

81) Grimm, III, 896.

82) Grimm, II, 498.

83) Grimm, I, 537.

84) Grimm, I, 537.

85) Urk. von 1557 über Peitingau §. 5. u. 6 bei Lori p. 348.

86) Grimm, I, 453. Vgl. noch II, 174.

gefüllten Bäume gesorgt werden. (Er sol auch zu gewöhnlicher zeit, als dann die ordnung vermag die gemeinen Huber darzu halten, dass sie die ausgegebenen Heiſw wiederum säuberind, einschlahind, aufbringend und pflanzind, und zu jeder Zeit in guetem schirm haltind, und ob jemand sich ungehorsam darinnen erzeigen wurde, denselben unverzogenlich den Herren Pflerern leiden und anzeigen⁸⁷⁾). Derselben Holtz Sleg verschonen, dass das jung Holtz seins Gewächs nit verhindert werde⁸⁸⁾. Wenn einer einen holzhau hat, den kann er 4 jahre zumachen, doch also dass das grobe viehe dafür weiche, gänse und schweine dadurch gehen können⁸⁹⁾. Daher das Sprüchwort: „Das Holz muß pfleglich gehalten werden“⁹⁰⁾).

Auf jede Art von Zuwiderhandlung gegen diese und ähnliche forstpolizeiliche Anordnungen wurden Strafen gesetzt, wie dieses aus dem bereits Bemerkten und aus vielen anderen Stellen hervorgeht. (wellicher ouch dem andern sin how vss howen oder sunst wyter howe dann im zehowen geben were, der ist von iedem stumpen zegēben verfallen III β hr.)⁹¹⁾. Auch sollten die Forsttrevel, wie wir sehen werden, nicht bloß von den Forstbeamten und Dienern sondern auch von den Dorfmarktgenossen selbst gerügt werden. (und so er (der Hueber) iemand sieht oder höret holtz hawen, so sol er luegen, ob er ein waldgenoss sei oder nit; ist er kein waldgenoss oder huber, so sol er im wagen und pferd nemen, oder sein geschirr, und dasselbig dem meier überantworten und liefern, oder in machen geloben sich mit dem meier zu stellen, auch gebot und verbot zue geding und ring gehorsam sein⁹²⁾). Vnd sol ye einer den andern rügen. vnd wer es, das einer die rügung verfieng vnd solichs nit rügen wolt, herfur man das von ime, so sol in

87) Schwemmenbinger Offn. §. 8 bei Schauberg, I, 117.

88) Urf. v. 1493. in M. B. IX, 307.

89) Grimm, III, 107 §. 43. Bgl. noch HolzOrdn. von Oppfön §. 2 bei Schauberg, I, 134. und Meine Gesch. der Freyhöfe, III, 214—215.

90) Eichenhart, Sprüchw. p. 259. Hillebrand, Rechtsprüchwörter, p. 60. Graf und Dietherr, Rechtsprüchwörter p. 130.

91) Grimm, I, 127.

92) Grimm, I, 676.

der heimburger fürnemen mit recht vor dem gericht was recht darumb sy ⁹³).

c. Raß- und Weiderecht.

§. 104.

Die vollberechtigten Dorfmarkgenossen hatten das Hut- und Weiderecht, und zwar das Raß- und Weiderecht in der gemeinen Dorfmark und auch auf den Feldern das Recht der Weide.

Die Grasweide in den Feldern und Wäldern (*pascua publicalia tam in arboreis quam in gramineis*) ⁹⁴) pflegte man öfters die rauhe Weide zu nennen (die gemeind haben ihr rawweudt zu suchen vff Otterburger wäldt und feld biss in die waldtmark) ⁹⁵). So wie man denn auch von rauhem Futter im Gegensatz des Getreides gesprochen hat ⁹⁶). In Baiern, in der Schweiz und im übrigen südlichen Deutschland, in Hessen u. a. m. nannte man die Grasweide in Wäldern und Feldern den Bluem, Blumbuch, Blumenbesuch, Blumenbesuch und die Blumenweide ⁹⁷). Die Grasweide in den Wäldungen dagegen nannte man die Wonne oder Bunne von dem althochdeutschen Wunna, altgothisch *vinja*, *νομή* oder *nemus* d. h. also Weide in dem Walde ⁹⁸). Daher ist so oft von „Wonne und Waide“ ⁹⁹), von „Wonne und Waide“ ¹), von „Wonne und

93) Grimm, I, 417.

94) Urk. von 1135 bei Schoepflin, I, 203 u. Würdtwein, nov. subs. VII, 79.

95) Grimm, I, 779. Vgl. noch p. 780 u. 782.

96) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 274.

97) Urk. v. 1493 u. 1554 in M. B. VII, 326, IX, 305 u. 306. Mandate von 1762 §. 2 und von 1770 in Bair. Verordn. Samml. von 1771, p. 462 u. 466. Schmeller, I, 236. Cramer, Weßlar. Nebenst. 23, p. 102 u. 104. Grimm, R. A. p. 521.

98) Grimm, R. A. p. 521. Graff, I, 882. Schulze, Goth. Glossar p. 433.

99) Urk. von 1455 bei Heider p. 692.

1) Urk. von 1504, in M. B. X, 211.

„Weide“²⁾ und von „Wonne und Weide“³⁾, das heißt von Wald- und Feldweide die Rede. (wün vnnnd weid jnn holtz vnnnd fald)⁴⁾. Schmeller⁵⁾ und nun auch Rothing⁶⁾ verstehen zwar unter Wunn ein bebautes oder angeführtes oder als Wiese gepflegtes Land. Da jedoch das Wort Wunne immer nur von Waldungen gebraucht wird, also nicht wohl auf kultivierte Wiesen und Felder bezogen werden kann, da ferner Wunne immer mit Weide zusammengestellt und von „gemain Wunn und Waid suchen“⁷⁾ und von „Waid und Wunn nehmen“⁸⁾ u. s. w. gesprochen wird, dieses aber nur auf Weiden bezogen werden kann, so halte ich die erste Ansicht für richtiger, zumal da auch die folgende Erwägung noch dafür spricht.

Dasselbe nämlich was Wonne und Weide sind auch die *pascua in buco et plano* gewesen⁹⁾. Daher heißt es in einer alt deutschen Uebersetzung statt dessen ganz richtig „Wunn un Weiden „up hoch un Platt.“ Denn *buco* von *buca*, d. h. Baumstamm oder Klotz, Französisch *bûche*, bedeutet offenbar ein waldiges Hochgebirg oder einen Hochwald, und im Gegensatz davon *platum* die Ebene oder das Feld. *Pascua in buco et plano* sind daher Wald- und Feldweiden oder Wunne und Weide. In anderen Urkunden heißt es statt dessen *cum herbis et foliis in monte et in plano*¹⁰⁾, oder *cum alpibus et pascuis* d. h. Berg- und Thalweiden¹¹⁾, ferner *tam in montibus quam in planis*¹²⁾ dann in *montanis et planis*¹³⁾, oder in *bosco et in plano*¹⁴⁾

2) Tiroler Landesordnung, IV 2. u. 3. Grimm, I, 76 §. 18 u. 46.

3) Grimm, III, 580. Hohenloher Landr. tit. 19 § 1 p. 115. Noch viele Beispiele bei Haltaus p. 2126—2129. Schmeller, IV, 93—95.

4) Offn. von Steinmaur §. 53 bei Schauberg. I, 95.

5) Wrtb. IV, 91, 94 u. 95.

6) Landbuch von Schwyz, p. 295.

7) Krenner, Eöhl. VII, 504. Lori, BergR. p. 115.

8) Krenner, VI, 36.

9) Dipl. von 1323 bei Westphalen, III, 1612 vgl. mit 1613.

10) Urk. von 1139 bei von Mohr, *codex diplomaticus* I, 160 u. 164.

11) Urk. von 1139 bei Mohr, I, 160.

12) Urk. von 1026 bei Mohr, I, 121.

13) Urk. von 1040 u. 1061 bei Mohr, I, 125 u. 134.

14) Urk. von 1193 bei Lacomblet, Urkb. I, 374. Urk. von 1148 u. 1251 bei Mone, Zeitschr. I, 96 u. 127.

ober auch „die almeind an holz vnd an velb“¹⁵⁾. Die Interpretation des Wortes „Wunn“ durch „Winnung“ und „Hennwindung“, wie sie sich bei Westphalen findet, ist ohne alle Frage unrichtig. Eben so wenig bedeutet aber planum eine Waid, wie dieses Mone meint¹⁶⁾.

Das Hut- und Weiderecht hatte statt theils in der gemeinen Dorfmark, theils in der bereits angebauten Feldmark. Das Weiderecht in der gemeinen Mark erstreckte sich nicht bloß auf die Gemeindewaldungen¹⁷⁾, sondern auch auf die übrigen Gemeindeländereien, also insbesondere auch auf die unvertheilten Brüel und Bruche oder Sumpfwiesen¹⁸⁾, auf die Moore, Heiden und auf alle andern sogenannten öden Gründe¹⁹⁾.

Jeder vollberechtigte Genosse hatte dazu ein Recht, welches ihm ohne Zustimmung der Gemeinde weder durch Einzäunung, noch durch Veränderung eines Waldes in Feld, Wiese oder Weinberg, noch auf irgend eine andere Weise entzogen werden durfte. (damit vnnsrer weidgang nüt merklich geschwecht werde, so sol keiner vsserhalb den zelgen kein riet wäder in holtz noch feld inschlachen vnd zu wisen machen, so es aber einer inn zelgen in schluge oder vss äkeren wisen machte u. s. w.²⁰⁾). Zu dem andren alsdann sondere personen im hof T. vff polnūw wingarten ingeschlagen, das sich die gemeind als beschwert vor vns erklagt, namlich das inen dar durch die weid wurde entzogen)²¹⁾.

Eine besondere Art von Weide war die Alpweide in den Alpen. Die Alpen sind zwar meistens, wie wir gesehen haben, in die Hände von Alpgenossenschaften oder auch als Eigenalpen gänzlich ins Privateigenthum übergegangen. In vielen

15) Urk. von 1383 bei Kurz u. Weissenbach, Beiträge zur Gesch. von Kargau, I, 150.

16) Zeitschr. I, 397.

17) Grimm, I, 782.

18) Grimm, I, 458 u. 523. Vgl. Schmeller, I, 257.

19) Offn. von Zellanden bei Grimm, I, 29. „was einer nit mag schriben noch geschöwen, da hand die hussgenossen all recht zu weiden.“

20) Grimm, I, 133.

21) Grimm, I, 135.

Alpenländern sind jedoch auch noch Almend Alpen übrig geblieben, z. B. in Uri und Schwiz, welche sodann der gemeinen Nutzung ganz in derselben Weise offen standen, wie die Almenden überhaupt. Auch ihre Benutzung war jedoch theils durch das Herkommen theils durch Gemeindebeschlüsse geregelt ²²⁾.

Das Weiderecht in der gemeinen Mark hatte meistentheils das ganze Jahr hindurch statt. Denn die gemeine Mark sollte nicht in Bann gelegt werden. (aber die hölzer sont kein ban haben) ²³⁾. Anderwärts pflegten jedoch zu gewissen Zeiten auch die gemeinen Waldungen für den gemeinen Zutritt geschlossen und insbesondere nach einem Holzhiebe in Zuschlag gelegt zu werden, bis das junge Holz dem Vieh aus dem Maul gewachsen war. (§. 92. u. 103.)

§. 105.

Die Weide auf der Feldmark war das Recht eines jeden Dorfmarkgenossen („Auch ist gebeilet, das ehn iglicher mercker „mag off den andern faren“) ²⁴⁾. Sie dauerte auch nach der Theilung der Feldmark in einzelne Loosgüter noch fort ²⁵⁾. Die Weide auf der Feldmark war von jener auf der gemeinen Mark wesentlich verschieden und wurde daher von je her nach ganz anderen Grundsätzen behandelt, wiewohl auch sie ihren historischen Grund in der ehemaligen Feld- und Markgemeinschaft hat und als ein Rest dieser Gemeinschaft betrachtet werden muß.

22) Landbuch von Uri, art. 383 ff., insbesondere 386, 392 u. 393. Landb. von Schwiz, p. 40, 41 u. 177. Meine Einleitung, p. 306—314. Meine Gesch. der Markenverf. p. 36—48.

23) Grimm, I, 824.

24) Grimm, I, 502.

25) Urk. von 849 bei Neugart, I, 263. — ut pascua communia in a gris habeamus. Grimm, I, 133. Es ist och gar eigentlich berett, nach dem wisen, acker vnd holtz, vff dem hof T. geteilt, der weidgang von nieman geeignet, köst noch verköst sölle werden, sonder der gemeind sin und keiner persson me dar von zustan denn der andren. — Als wir dann den hof T. vnder uns geteylt, sond äker, wisen vnd holtz vnverendert beliben, wie es das loss yedem gäben hat, vnd damit unnser weidgang nüt merklich geschwecht werde u. s. w.

Die Feld- oder Ackerweide war entweder eine Brachweide oder eine Stoppelweide, welche in der Schweiz auch Stroffelweide²⁶⁾ oder Stoffelweide genannt worden ist²⁷⁾. Nach der alt hergebrachten Drei- oder Vierfeldbewirthschaft pflegte nämlich jede Gemeinde jedes Jahr den dritten oder vierten Theil der Feldmark zur Viehweide liegen zu lassen. Und diesen unangebauten dritten oder vierten Theil der Feldmark nannte man insgemein das Brachfeld und die Weide darauf die Brachweide. Jeder vollberechtigte Dorfmarkgenosse hatte auf diese Brachweide ein Recht, welches ihm weder durch Einzäunung noch auf eine sonstige Weise entzogen werden durfte²⁸⁾. Zum Einzäunen oder Einfangen der Brachfelder (ein infang vff der brach), um das Land für die Gemeinweide zu schließen, war man nur dann berechtigt, wenn es entweder von der Gemeinde erlaubt²⁹⁾ oder wenn das Feld eingesät worden war. (Es ist jr alt har kommen, dass niemant nüz jn der braach jn zünen sol, er wolle dan schmalsath buwen, vnd der so solichs buwen welt, sol seinem nechsten an stössigen, nebethalb schaller weid geben³⁰⁾. Im letzten Falle mußte jedoch, wie dieses heute noch in Baiern geschieht, ein Fußsteig für die Fußgänger freigelassen und über die Einzäunung selbst ein Steg gemacht werden. (Als bald er dan der ackher zugesät, so soll er die gassen paid verzäunen, und sol ein gute stigel machen, dass ein jeglicher man oder frau mit einem sack wol darüber steigen mag)³¹⁾.

Im nördlichen Deutschland nannte man hin und wieder das zur Weide bestimmte Brachfeld Dreischland und die Weide darauf die Dreischbehütung³²⁾. In Baiern, Schwaben u. a. m. wurde dieser Theil der Feldmark die Trat genannt. (*quando campi utriusque ville sibi oppositi sine semine jacent, quod vulgo dicitur Trat — ager utriusque ville sine cultura jacet,*

26) Offn. von Wiedikon § 22 bei Schauberg, I, 18 Grimm, I, 78 §. 33.

27) Walder Hofrobel, §. 35 bei Pestaluz, I, 178.

28) Grimm, III, 654 §. 58 u. 62.

29) Grimm, I, 78 §. 34 u. p. 133.

30) Offn. von Wiedikon bei Schauberg, I, 53 Not. 5.

31) Grimm, III, 654 §. 62.

32) Hagemann, Landwirthsch. p. 559.

*ad ambarum villarum pascua debeat pertinere*³³). Das in der Trat, d. h. in der Brache liegende Feld stand demnach, wie es in den Urkunden und Weisthümern zu heißen pflegt, dem Viehtrieb oder der Viehtrift offen³⁴). Unter Trieb und Trift ist zwar, wie unter Weidgang, im engeren Sinne nur die Befugniß zu verstehen, das Vieh über ein fremdes Grundstück treiben zu dürfen. Im weiteren Sinne versteht man aber darunter nicht bloß das Recht das Vieh zu treiben, sondern auch noch das Weidrecht selbst³⁵).

Das in Trat liegende und daher zum Viehtrieb und zur Weide bestimmte Feld ward öfters mit Graben, Steinen, Säulen und anderen Grenzmarken umgeben (in quolibet tertio anno immediate illius prati quedam pars eius tunc fossis et lapidibus terminate distincta singulis annis custodiri debeat et falcari)³⁶). Und diese Grenzmarken pflegte man Triebgraben und Tribsäulen zu nennen³⁷). Gegen den gemeinen Viehtrieb selbst und gegen die Gemeinweide durfte jedoch die Trat eben so wenig wie das Brachfeld und das Gemeinland selbst geschlossen werden. (dhein tradt und gemain weder in den Veldern noch sunst sol zu Angern aufgefangen werden. Es sullen die von Diessen darauf alle Trade und gemain, die sye ze Angern eingefangen und verzewnet haben, furbas also offner und unverzewnet lassen)³⁸). Einen Anger nannte man nämlich in Baiern jedes eingefriedete und dadurch gegen die Viehtrift geschlossene, vom Besitzer nach Belieben als Grasplatz oder als Acker oder Gehölz benutzte Grundstück³⁹).

Die Weide auf den Brachfeldern oder auf den in der Trat

33) Dipl. von 1269 in M. B. XII, p. 416 u. 417.

34) Grimm, III, 654 §. 56. Schmeller, I, 502.

35) Grimm, I, 133 u. 780. M. B. VIII, 573. Schmeller, I, 470 u. 502. Haltaus, p. 2127. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 30.

36) Dipl. von 1269 in M. B. XII, 417.

37) Schmeller, I, 470.

38) Urk. von 1431 in M. B. VIII, 274. Vgl. noch Bair. Landesordn. von 1553, IV, tit. 16, art. 6. Bair. Landr. von 1616, tit. 28, art. 10. wo man jedoch aus den Trachfeldern Traidfelder gemacht hat.

39) M. B. VIII, 272 u. 273. Schmeller, I, 79 u. 80.

liegenden Feldern ist demnach von der Grasweide im Walde eben so verschieden gewesen wie von jeder anderen Weide. Daher wird öfters „Trat, Won vnd Walb“ oder „Tratt, Wunn vnnb Walb“, d. h. Brach-, Wald- und Feld-Weide neben einander genannt⁴⁰⁾.

Mit der Trat oder dem Tratsfelde hängt einiger Maßen zusammen die Egart, Egartt, Edgart, Egärt, Egert, Egerten oder Egerden, worunter in Baiern, im Elsaß und in der Schweiz diejenigen Felder verstanden werden, welche, nachdem sie mehrere Jahre gepflügt worden, zu Graswuchs und zur Weide liegen gelassen und daher als Wiesen (Wissflecken oder Edgärten)⁴¹⁾ betrachtet zu werden pflegen. Im Landgerichte Miesbach z. B. und wo sonst noch im Bairischen Gebirge die Egerten Wirthschaft eingeführt ist, werden heute noch die Felder nach dreijähriger Bebauung sechs Jahre lang zur Egert liegen gelassen. Und auch diese Egerten durften nicht für den gemeinen Viehtrieb geschlossen werden (vnd sol die selb Egerden jm vnd den von Wiedikon allweg offen sin⁴²⁾). er sol haben ahte rinder, die sollent gon uff die egerden zu weide⁴³⁾). Wenn jedoch diese Egerten aus der Feldgemeinschaft ausgeschlossen und in Sondereigenthum übergegangen waren, wie dieses in Baiern geschehen ist, so durften natürlicher Weise auch sie eingefangen und eingezäunt, und dadurch für die Gemeinweide geschlossen werden⁴⁴⁾.

In den Marschgegenden, z. B. in der Grafschaft Hoya, wo die Felder nicht gedüngt werden, pflegen die Ländereien, in ähnlicher Weise wie in Miesbach, immer vier Jahre nacheinander gebaut und sodann wieder vier Jahre nicht gebaut und während dieser Zeit zur Viehweide benutzt zu werden⁴⁵⁾.

40) Mehrere Urkunden von 1395 und 1445 bei Heider, p. 692, 780, 781 u. 782. Schmeller, IV, 94.

41) Vertrag von 1553 §. 5 und von 1557 §. 5 bei Lori, p. 329 u. 348.

42) Offn. von Wiedikon §. 21 bei Schauberg, I, 18.

43) Grimm, I, 674. Schmeller, II, 70.

44) Lori, p. 329 u. 348

45) Hagemann, Landw. p. 559.

§. 106.

Von der Weide auf den in der Brache oder in der Trut u. s. w. liegenden Feldern und Wiesen wesentlich verschieden war die Weide auf den angebauten Feldern und Wiesen. Für sie hat allenthalben eine offene und eine geschlossene Zeit, eine sogenannte Bannzeit bestanden. Und nur während der offenen Zeit durfte sie ausgeübt werden. Die offene Zeit begann bei Feldern, wenn die Sommer- und Winterfrüchte eingethan, die Felder also geleert und geräumt waren, — daher der Name Stoppelweide, — bei Wiesen aber nach der Heuerndte. Während der geschlossenen Zeit sollten die Felder und Wiesen eingezäunt sein („daß die „Felder jährlich zu rechter und gewöhnlicher Zeit eingemacht „und versribet werden, auf daß mit Abfrähung des Korens, item „an den zehenmad Garben, Rabach, Wismöbern, und anderm „bestoweniger Schaden geschehen möge, auch darneben verbotten „seyn, in die Felder amich Vieh oder Roß nicht zu schlagen, bis „daß die gemeinen Hirten darein treiben“⁴⁶). Erstlich der Winter- „Esch wenn die zu Herbst besähet vnd gebawen hat, so sollen sie „acht Tag vor alb nach Sant Gallen Tag in allem Fried ligen „vnd behüt werden. Item zum andern die Sommer- „Esch sollen „auff Sanct Jörgen Tag auch im ganzen Fried liegen. Wann „ein Esch besähet wird, so soll man kein Vieh vnggehalten darein „nit thun, es sey dann einer ganzen Gemaind Will vnd Raht. „Nach Sanct Walpurgen Tag soll ein jeglicher Esch meniglichen „verpaunen seyn“⁴⁷). Die Gemeinde pflegte die Zeit zu bestim- „men, wann das Vieh auf die Weide getrieben werden dürfe. („Item wann die Esch lár sind, vnd der Keller, ein ganze Ge- „maind, vnnb die gemainen Nachbarn erkennen, daß „man darinn triben soll, so mag man dann darin treiben vnd „vor nit, alsdann soll auch ein Gemaind ein gemeinen Hirten „dingen der alls Viehe miteinander an Gassen auftreiben“⁴⁸). „Denn niemand sollte vor oder nach der Sichel oder Sense („vor

46) Urf. von Peitingau von 1553 §. 4 bei Zori p. 329.

47) Ordnung des Pfälzischen Gerichts bei Heider, p. 805.

48) Heider p. 805.

„der segens und nach der segens“) auf die Weide treiben, außer wenn die Gemeinde selbst dahin trieb⁴⁹⁾. Die Gemeinde sollte indessen vor der Erndte in der Regel keine Weide gestatten. („Wir theilen auch, das kein Dorff in der Zente leyn banweide „vor der erne machen sal, war aber, das daruber eyn banweide „gemacht wurde vor der erne, die nehesten, die dan daran stissen, „die das erlangen mochten, die sollen zw ine faren“) ⁵⁰⁾. Meistentheils war jedoch die geschlossene Zeit für die Felder, zumal aber für die Wiesen ein für allemal bestimmt. Sie begann insgemein auf St. Georgentag, daher das Sprichwort: „die Wiese „geht in das Heu zu St. Georgentag“ ⁵¹⁾. Oder sie begann auf Walpurgistag und ging bis St. Gallus oder Michaelis. (die Güter bann haben von S. Jörgentag his uf S. Gallentag verbannen sin, also das nieman dem andern sol varen uf sin matten, noch uf sin acker, noch uf sot als uf mot) ⁵²⁾. Während der offenen Zeit war aber jeder Genosse berechtigt sein Vieh auf die abgeräumten Felder und Wiesen zu treiben. Denn ohne Zustimmung der Gemeinde durfte dieses Recht keinem entzogen werden ⁵³⁾. Sogar die geschlossenen Güter sollten für die Stoppelweide geöffnet werden. („Das alle beschlossnen guetter die in jr Zelgen ligent in die Stroffel weid söllent gehen“) ⁵⁴⁾. Denn auch die Feldweide sollte allen Genossen gemein und für den Eigenthümer selbst keine Sonderweide sein. („es sol auch keiner „kein weide besunder han, wan er ein mahl darin gefart, vnd der „noch mehr darin fahrt, so mag dan ein ieflicher darin fahren“) ⁵⁵⁾. Für die Weide mußte indessen (wahrscheinlich für die Stoppelweide auf den herrschaftlichen Feldern) zuweilen eine Abgabe entrichtet

49) Hagenmüller, I, 219. Urk. von 1553 §. 4 bei Lori p. 329. Grimm, III, 654 §. 57.

50) Grimm, III, 554.

51) Eisenhart, Sprüchwörter p. 258. Hillebrand, Rechtsprüchw. p. 87.

52) Grimm, I, 824. Vgl. nach III, 655 §. 66. Bair. Landr. von 1616, tit. 25, art. 1. Heider, p. 805.

53) Grimm, I, 78 §. 33.

54) Offn. von Wiedikon §. 22 bei Schauberg, I, 18.

55) Offn. von Wülflingen. Grimm, I, 137.

werden, welche man, wenn es eine Roßweide war, Roßbann zu nennen pflegt⁵⁶).

Die Ordnung, in welcher die verschiedenen Vieharten auf die Stoppelfelder und Wiesen getrieben werden durften, war insgemein bestimmt, damit nicht die Weide für das eine oder das andere Vieh ungenießbar gemacht werde. Meistentheils hatte das Rindvieh („das gehörnte Vieh“) den Vortritt. Dann folgten die Schaafe, sodann die Schweine und Ziegen und zuletzt erst die Gänse und das übrige Federvieh⁵⁷). In der Mark vor Kirchburg eröffneten die Schweine den Zug. Dann folgten die Kühe und zuletzt die Schafe⁵⁸).

§. 107.

Das Hut- und Weiderecht hing mit der Feldgemeinschaft zusammen, und durfte als genossenschaftliche Angelegenheit nicht einzeln ausgeübt werden. Daher war das Einzelnhüten oder das sogenannte Privat- oder Strichhüten von je her verboten⁵⁹). Nur die Grundherrschaft, und auch diese nicht allenthalben⁶⁰), durften ihren eigenen Hirten und ihre eigenen „Sonderherden“ haben⁶¹). Alle übrigen Dorfmarkgenossen dagegen mußten ihr Vieh mit dem gemeinen Hirten auf die Weide hinaustreiben. („ohne den gemeinen Hirtin soll niemand sein Viehe austreiben“⁶²). Niemand „mac sinen eigen herter gehaben wan diu gotes hūser unde herren die eigen wise hant. unde swer ein man ist der dri huoben hat

56) Notitia censuum bei Schannat, hist. Fuld. I, 29. ad herbam solvendam XXX denarii quo est apud Fresones rosbannare, scilicet ut equi commune pabulum habeant in prato post abscissionem foeni. — ad rosbannum XXX denar.

57) Hohenlohesches Landr. tit. 19 §. 2 p. 115. Preuss. Landr. I, tit. 22, §. 128—130.

58) Meine Gesch. der Markenverf. p. 147.

59) Hartmann, Prov. R. des Eichsfeldes, p. 344 u. 345. Meine Einleitung, p. 151—152.

60) Hartmann p. 345.

61) Grimm, II, 471. Meine Einleitung, p. 151, 217. Meine Gesch. der Gerichte, III, 31.

62) Heider, p. 806.

„unde daz wifemat daz da zuo gehoeret, der mac haben einen „schafhirten“⁶³). Wan hirt und swein ufgefert vnd der arman „sin vihe nit uftribt, vindet es der banwart vff der allmend, so „sol es der banwart nemen, in moffen also fund er es zu schade „gon“⁶⁴). Daz nieman keinen sunbern hirtē sal han an keinerleige „Sehe, dan ein gemeinen hirtē“⁶⁵). Darnach weist man niemand „keinen eigenen hirtē, dann einem geseffenen ritter“⁶⁶).

Das Recht einen eigenen Hirten zu haben mußte von den Gemeindefleuten besonders erworben werden⁶⁷). Daher waren die Gemeindefleuten die rechten Hirten und hießen zuweilen auch so⁶⁸).

Jede Gemeinde mußte deshalb ihre eigenen Dorf- oder Gemeindefleuten haben, im Stifte Lindau und in der Schweiz eben sowohl wie in Baiern, in der Pfalz, in Westphalen und in den übrigen Theilen von Deutschland⁶⁹). In den größeren Gemeinden pflegte man für jede Viehmart einen eigenen Hirten zu halten, also besondere Gemeindefleutler für die Gemeindefleutler⁷⁰), besondere Kuhhirten⁷¹), Pferdehirten („Rosshütter“)⁷²), Schweinehirten („Seuwhirten“)⁷³), besondere Rasthirten für die Rast-

63) Schwäb. Br. W. c. 179. Vgl. noch Sächs. Br. II, 54 §. 2. Ruprecht von Freising, I, 141. Reichshner p. 49.

64) Grimm, I, 420.

65) Urf. von 1323 bei Boehmer, Frkf. Urf. I, 472.

66) Grimm III, 417 §. 23. Vgl. noch I, 784, 787. Freiheitrecht von Westhofene §. 14 bei Steinen, I, 1578. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 31 u. 215.

67) Gable, §. 526. Eisenberg und Stengel, Beiträge VI, 73.

68) Schwäb. Landr. Mpt. von St. Mang in Füßen c. 215.

69) Heider. p. 805. Grimm, I, 134, 419, 420, 721, 784 u. 787. Lortz, Lehr. p. 329 §. 4, 349 §. 9 u. 364 Rechte und Freiheiten von Westhofen bei Steinen, I, 1578, 1724 u. 1725.

70) Grimm, III, 818, 824, 463 Rot. Hohenloher Landr. III, 19 §. 2 p. 115.

71) Wendthagensches Bauernrecht bei Spangenberg, Beitr. p. 203. Elgger Herrschaftsr. art. 17 bei Bestaluz, I, 280.

72) Urf. von 1441 in M. B. VIII, 279.

73) Elgger Herrschaftsr. art. 18. Grimm, I, 127. Wendthagensches Bauernr. I. c.

(Schweine⁷⁴), Gänsehirtin u. s. w.⁷⁵). In den kleineren Gemeinden, und wo es sonst noch zweckmäßig schien, waren aber alle Vieharten in einer Dorfheerde vereinigt, z. B. in Bettingau in Baiern, „Roß, Rindt, Khalb, Schaff, Schwein oder Ganaß“⁷⁶).

Mit diesen Gemeindegirten mußten nun aber auch, wie bereits bemerkt worden ist, alle Dorfmarktgenossen ihr Vieh auf die Weide gehen lassen. Sie waren dazu nicht bloß berechtigt, sondern sogar verpflichtet. (Die man ne sal sin ve nicht to hus laten, dat deme hirtten volgen mach, ane söge die verkeene tien, die seluen sal man bewaren, dat se nicht ne schaden⁷⁷). als Sancte Georjen messe kumet, so sol man allez vihe uz triben, tae swin diu junge ziehen, unde daz dem hirtten nicht gevolgen mae: daz sol man in tuon, daz ez den linten iht schaden tuo⁷⁸). Nyemand sol viech haben er sol es austreiben wann sand jörgen tag kumpt u. s. w.⁷⁹). Nur das unreine mit einer ansteckenden Krankheit behaftete Vieh sollte zu Hause bleiben. (so yemant brüchig fäch hat, der sol es für keinen hirtten schlachen sonder im stal behalten oder sunst hinweg thun. Item keybig oder bräschhaft fäch hat, sol es im stal oder in geschlossnen wäden ätzen vnd trenken vnd nienen triben, da das gesund fäch wandlet)⁸⁰). Denn das Einzelnhüten war nicht erlaubt. Und wer sein Vieh anderswohin als vor den Gemeindegirten trieb, der wurde gestraft und mußte dazu noch den vollen Hirtenlohn entrichten. (Swer sin vihe tribet anderswä wan vur den gemeinen herten, der sol dem herten sin vollez lön geben, unde dem rihter sechs phenninge⁸¹).

Jedes Gemeindeglied mußte nämlich dem Gemeindegirten sei-

74) Hess. Grebenordn. tit. 24, §. 5, p. 54.

75) Grimm, I, 127.

76) Urk. von 1557 §. 5 bei Lori p. 349. Vgl. p. 329 §. 4. Paderborn. BrD. über das Halten der Ziegen in Pab. Landes-BrD. IV, 38.

77) Sächs. Zr. II, 54 §. 1.

78) Schwäb. Zr. W. c. 179.

79) Ruprecht von Freising, I, 141. Vgl. Reichsner, p. 49.

80) Grimm, I, 134.

81) Schwäb. Zr. W. c. 179. Vgl. Ruprecht von Freising, I, 141. Reichsner, p. 49.

nen Lohn geben, gleichviel ob es von seinem Hut- und Weiderecht Gebrauch machte oder nicht. Denn der Gemeindsmann mußte diesen Lohn sogar dann entrichten, wenn er gar kein Vieh gehalten hatte. (Svar man aver deme hirde lon louet von deme houe vnde nicht von deme ve, dat lon ne mvt nieman vnthaldden durch dat dat dorp nicht hirdelos ne bliue⁸²). „Wo man aber dem Hirten lohnet von der Hube, vnd nicht von dem Vihe, daß soll der Mann, der auff der huben sijet, den lohn geben, ob er schon nit Vihe hat“⁸³). „Ach hat ein hirt das recht, wer geseffen ist in dem dorff vnd einem hirtten nit für triipt, es syen kue, oder schwin bz der doch dem hirtten sinen lon sol geben, ob er sin nit enberen will“⁸⁴). In späteren Zeiten hat man jedoch einen Unterschied zwischen dem ständigen und nicht ständigen Hirtenlohn gemacht, und zur Entrichtung des Letzteren nur diejenigen angehalten, welche ihr Vieh wirklich mit der gemeinen Heerde hinausgehen ließen⁸⁵). Auch waren hievon weder der Adel noch die Geistlichkeit ausgenommen, wenn sie ihr Vieh mit der gemeinen Heerde laufen ließen. („Gleicher weis so die Geistlichen vnd der Adel, mit Stätten oder Gerichten, Wunn vnd Waid gebrauchen, vnd ihr Vihe für den gemainen Hirten treiben, sollen sie mit Vnterhaltung der Herdttschafft, mit Stätten vnd Gerichten, gebührlich Witleyden tragen“)⁸⁶). „wannehe daß viehe thue vundt schwein außgehen, sein die hirden schuldigh des hern viehe in der Burgh zu suchen vnnndt auß vnnndt in zu treiben, des soll man nehmen in haußgebacken brot, vundt vier theilen darauff machen vnnndt jedem hirden ein viertheil darauff geben, vnnndt darmit soll der her nur halben lohn geben. So aber der her den hirden das brot wurdte entziehen willen, so sollen sie bleiben stehen vff der mullenbrucken vnnndt daselbst ins horn blasen oder ruffen, kompt daß gesindt mit dem viehe, er nemts, kommen sie nit, so soll der hirt mit der gemeinde viehe aufffahren

82) Sächs. Er. II, 54 §. 3.

83) Reichsner p. 49. Vgl. Ruprecht von Freising, I, 141.

84) Offn. von Dübendorf §. 62 bei Schauberg, I, 107. Vgl. noch Tiroler Landesordn. B. 4, tit. 2. Grimm, I, 134 u. 721.

85) Thomas, I, 241.

86) Tiroler Landesordn. B. 4, tit. 3.

„dankt des hern gesindt nachkommen lassen. alsdann soll der her auch ganzen lohn geben“⁸⁷). Nur die Gemeindevorsteher waren in manchen Gemeinden ganz oder theilweise frei von dem Hirtenlohn (geht der hirt mit dem sack vmb, so hat der zenner zehn schaff ledig⁸⁸). Der Hirtenlohn bestand meistens in Früchten und wurde daher, da diese an einem bestimmten Tage zusammen getragen oder vielmehr zusammen geschüttet zu werden pflegten, Hirtenschütt genannt⁸⁹).

Die Gemeinden oder die Gemeinde Vorsteher hatten die Gemeinbehirten zu ernennen und wieder zu entlassen. (wen die bursami darzu erwelt, der hirt sol im och seines vechs hüten⁹⁰). Es soll auch ein gmeind erwellen einen voster vnd ein hirtten⁹¹). Alsdann soll auch ein gemaind ein gemeinen hirtten dingen⁹²). Die dorffmeyer hand gewalt vorster vnd hirtten so setzent vnd so entsetzent⁹³). Nur in manchen grundherrlichen Gemeinden hatte der Grundherr die Ernennung, aber auch in ihnen meistens nur mit Zustimmung der Gemeinde. (der herr in dem hoff sol hüten vnd banwarten setzen mit der gebursami⁹⁴).

Der Gemeinbehirte hatte das Vieh auf die Weide zu treiben, es daselbst zu hüten und für das ihm anvertraute Vieh zu haften. (So aber der hirt yemannt sin fäch verlure, sol er das by sunnenschin einem zu hus vnd hof verkünden, im oder sinen botten das helfen suchen, wa er aber nieman da heim funde, sin rut zu wortzeichen an die hustür stellen; vnd so der das fäch verloren hat, es suchen wil, sol im der hirt bis an den triten tag helfen, lat er aber e dar von, so ist der hirt oder sine botten och ledig, wo aber der hirt an obgemelten stucken sämig wär, vnd als dann von dem verlornen fäch wäder zopf

87) Grimm, II, 272—273.

88) Grimm, II, 569.

89) Thomas, I, 240.

90) Grimm, I, 101.

91) Grimm, I, 89.

92) Heider p. 805. Vgl. noch Fori p. 364.

93) Offn. von Riber vnnb Rättmenhaffe §. 24 bei Schauberg, I, 3.

94) Grimm, I, 815.

noch zagen zeigen könnte, sol er das nach bekantnis hiderber lut bezalen⁹⁵⁾.

§. 108.

Wenn das Vieh Schaden that, durfte dasselbe gepfändet werden. Die Art und Weise der Pfändung war genau vorgeschrieben. Allenthalben mußte das zu pfändende Vieh mit der größten Schonung behandelt werden⁹⁶⁾. Denn um die Viehzucht hat sich nicht bloß ursprünglich, sondern auch in späteren Zeiten noch die ganze Feld- und Landwirthschaft gebreht, indem auch in späteren Zeiten noch, nachdem bereits alle Spuren des früheren Nomadenlebens verschwunden waren, der Viehstand den Hauptreichtum des Landmanns gebildet hat. Zumal die im Frevel getroffenen Zuchthengste, Stiere und Eber sollten mit allen ihnen gebührenden Rücksichten behandelt, insbesondere nicht geschlagen, vielmehr nur „mit ein schwarzen Hut vñ ein Stecken geleit⁹⁷⁾“, oder mit einer dünnen Gerte („Summerlatten“)⁹⁸⁾ oder gar nur mit dem Rockermel verjagt werden. („Gat der eber oder der phar oder der „schel beheim gnossen ze schaden, so sol er in vñ triben mit einr „haslin sumerlatten, die des jars gewachsen ist. het er da latten „nit, so sol er in vñtriben mit dem rechten ermel vñ sim gut in „daz nechst⁹⁹⁾“). „Welcher ein Schulten Gutt hatt, dem da einen

95) Grimm, I, 134—135 Vgl. I, 420. Sächs. Landr. II, 48 §. 1 und 54 §. 4—6. Schwäb. Pr. W. c. 179. Ruprecht von Freising, I, 141. Meißner, p. 49.

96) Grimm, I, 420, III, 719. Offn. von Dilsenborn §. 52 bei Schauberg, I, 106. Meine Einleitung, p. 150—151. Wilsa in Zeitschr. I, 285 ff.

97) Grimm, I, 321.

98) Die Summerlatten, Sumerlat oder Sumlatt war eigentlich ein Sproß, Zweig oder Schößling von einem Jahr. Ruprecht von Freising, ed. Wessertieder §. 49 u. 51. — „mit ruten oder mit einer sumerlatten die in einem jar gewachsen ist. — mit einem schußling der in einem jar gewachsen ist.“ Vgl. meinen Ruprecht von Freis. p. 262. Hofrecht von Abligenschwil im Geschichtsfreund, VI, 63. — „mit einr sumerlatten, die des jars gewachsen „ist,“, d. h. mit einem frisch gewachsenen Haselschößling. Vgl. noch Homeyer, über das Germanische Loosen, p. 17.

99) Grimm, I, 163.

„Stier oder Beehr gehöret zu halten, der dan ins Korn ginge, den soll man nicht schlagen, noch werffen, sondern jagen sie über die Boer und lassen sie gehen“) ¹⁾). Außer den Stieren und Eber sollten indessen hie und da auch die Mutterschweine dieselbe Auszeichnung genießen. („Item, so eine schneweiße Sauhe mit neun schneweißen Rodden ohn einige Flecken ins Korn gehen thäte, die soll man nicht werffen oder schlagen sondern sie über die Boer jagen und lassen sie gehen“) ²⁾ Am aller besten mußten jedoch die Eber und Stiere nach dem Wendhagenschen Bauernrechte behandelt werden. („Ich frage: wann in dieser Bauerschaft einen ein Bulle oder Bähre zu weit ins Korn gieng, wie es damit soll gehalten werden, ob man sie hegen oder schlagen? Antw. Wenn von beyden eins im Korn gieng, derselbe soll sie fürder treiben, wollte denn der andere sie nicht leiden, der sollte es eben so machen, auf daß sie ihre Nahrung haben, oder er treibe sie in dem Stall, und gebe ihnen satt zu essen, daß sie dasselbe verrichten können, worzu sie bestellt seyn“) ³⁾).

§. 109.

Der Wucherstier, Eber, Hengst oder Weiden, der Widder und der Geisbock, ja sogar der Gänserich, Enderich und Hahn mußte der Gemeinde für ihre Gemeindeheerde gestellt werden. In den grundherrlichen Gemeinden gehörte dieses zu den Pflichten der Grundherrschaften oder der herrschaftlichen Beamten oder der sonstigen Inhaber des Fronhofes oder des Schulden Gutes. („das der inder hof sol han ein vasertrut, das der burfami nütz vnd from ist“) ⁴⁾. Wir hand och daß recht zu dem obern kelnhof, das er sol han ein bock, der sol gän vnder vnser vech, ob wir geiß hie

1) Bochumsches Land- oder Stoppelrecht §. 32 bei Sommer II, 25. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 11—12.

2) Bochumsch. Land- u. Stoppeln. §. 35. Vnder Heyden Recht §. 14. „En Schnee mitte Jaselugge mitt ihren seven schne witten jungen Beer-ferden“ 1c.

3) Spangenberg, p. 200.

4) Grimm, I, 100.

„hettint“⁵⁾). „Ein Keller sol han dien gnossen ein Eber“⁶⁾). „Item soll der Kirchspielmann finden in dem Fronhof zu Sulzbach einen „farren, rüstpferd, eber, ganfer, antracher, ob der kirspelman das „bedürfen würde“⁷⁾). In den freien oder gemischten Gemeinden dagegen hatte entweder der Pfarrer, oder der Inhaber eines bestimmten Gemeinbelandes oder die Gemeinde selbst den Wucherstier, Hengst, Eber u. s. w. zu halten. In Dübendorf z. B. der Pfarrer („welcher jr kirchherr by jnen ist, das der jnen sol haben, „ob sy sin bedürfen, einen meyden (oder meidan d. h. Zucht- „hengst“⁸⁾). „Einen stier, vnd ein wuocher schwin, dz juen nüzlich „sy“⁹⁾). In dem Dorfe Kloten der Inhaber eines bestimmten Brüels („wellicher ye zuo zytten den Brül inhat der soll der „gmeind zuo Clotten ein wuocher kind haben durch das ganz „jar das der gmeind nüzlich seye vnd jm eerlich u. s. w.“¹⁰⁾). Im Dorfe Rychigen u. a. m. die Gemeinde selbst, und diese erhielt sodann dafür einen besonderen Gemeinbenutzungstheil, oder einen sogenannten Hengstacker, eine Bullenwiese oder einen sonstigen Antheil an den Gemeinländereien¹¹⁾).

§. 110.

Der Maßstab der Weideberechtigung war das Bedürfnis. Jeder Dorfmarkgenosse durfte demnach im Sommer so viel Vieh auf die Weide treiben (einschlagen oder sömmern), als er mit dem auf seinen Feldern erzeugten Futter den Winter über ernähren (seien, seyen, oder in der Pfalz auch seigen, wintern oder überwintern) konnte. („das nieman inschlahe vff der brach“, (d. h. auf die Brache treibe)¹²⁾), „denn als vil er seyen — (d.

5) Grimm, I, 101.

6) Hofrecht von Walters im Gesichtsfreund, IV, 70.

7) Grimm, I, 573. Vgl. noch I, 43, 76 §. 20—22, 321, 821, II, 154, III, 818. Hochmisch. Land- oder Stoppelrecht §. 32. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 10—11.

8) Stalder, II, 193.

9) Offn. §. 52 bei Schauberg, I, 106.

10) Offn. zu Kloten §. 77—99 bei Schauberg, I, 197.

11) Renaud, in Zeitschr. IX, 45. Hagemann, Landwirtschaft p. 550.

12) Schmeller III, 439. über die Worte einschlagen und Einschlag.

h. erziehen oder ernähren) — „will“¹³⁾. — „das niemant nut in-
„schlahe in holz noch in velb, denn das er mit dem pflug und
„mit der segesen nutzen mag vnd auch zu iren gütern gehört“¹⁴⁾.
„Da sol dhelner mer vech sämmeren, dan er gewintere n
„mag“¹⁵⁾. „Es soll ouch niemmandt inn dem hoff meer vichs
„sämmern. dann er gwintere n mag“¹⁶⁾. „Niemandt mer vff die
„gut triben vnd schlachen, dann so viel er gewintert hat“¹⁷⁾.
„So soll er aber nicht mehr vichs den summer haben, dan er den
„winter ausgeführt hat“¹⁸⁾. Was sy dann auf und bey ihren
„Gütern überwintern“¹⁹⁾. Daher durfte kein fremdes Vieh
mit hinausgetrieben werden, sondern nur das eigene selbst gezogene
Vieh eines jeden Genossen. (ouch soll nieman kein frömbdes
vich haben²⁰⁾. Die von U. söllent ir vich, vnd nit frömbdes
vich triben in die höltzer²¹⁾).

In späteren Zeiten wurde jedoch das früher unbeschränkte, d.
h. bloß nach dem Bedürfnisse bestimmte Weiderecht beschränkt. In
vielen Gemeinden pflegte nämlich die Gemeinde selbst jedes Jahr
über die Benutzung der Weide zu verfügen²²⁾. In anderen Ge-
meinden wurde die Anzahl des von einem jeden hinauszutreibenden
Viehes ein für alle Mal bestimmt. So durfte z. B. in
Schwommendingen jede Hube 12 Stück Vieh hinaustreiben, wobei
aber, wie anderwärts auch, das junge Vieh nicht mitgezählt zu

13) Stalber, II, 368. über das Wort sein.

14) Grimm, I, 179

15) Hofrobel von Greifenberg §. 14 bei Schauberg, I, 54. Vgl. über die
Worte sämmern und wintern. Stalber, II, 377 u. 454.

16) Balber Hofrobel §. 38 bei Pestaluz, I, 178.

17) Offen. von Kilchberg bei Grimm, I, 206.

18) Grimm, III, 655 §. 67.

19) Urf. von 1580 bei Fori p. 408. Vgl. Bair. Er. II, c. 8. §. 14 Nr.
3. Preuf. Landr. I, tit. 22 §. 90–92. Meine Gesch. der Fronhöfe,
III, 215.

20) Grimm, I, 33.

21) Grimm, I, 36. Vgl. noch Grimm, I, 120 u. 179. Bair. Landr. von
1616, III, tit. 14. art. 2. Bair. Er. II, c. 8, §. 14 Nr. 4. Preuf.
Er I, tit. 22 §. 91.

22) Grimm, I, 78 §. 33.

werden pflegte²³⁾. Zu Löß durfte jeder, gleichviel ob reich oder arm, drei Stück Vieh auf die Gemeinmark treiben. Wollte er mehr hinaustreiben, so mußte er von jedem weiteren Stück der Gemeinde einen Zins geben²⁴⁾. Anderwärts ist von 4 Kühen und 6 Schweinen die Rede²⁵⁾, oder von 5 Ochsen²⁶⁾, von 30 Schaaßen²⁷⁾, von 20 Schaaßen, vier alten Gänsen und einem Gänserich²⁸⁾ u. s. w. Allein auch in jenen Gegenden, in welchen die Anzahl des Viehes fixirt worden war, durfte kein fremdes Vieh mit hinausgetrieben werden. Wer also die einem jeden Genossen zustehende Anzahl nicht besaß, konnte nicht mehr als er hatte auf die Gemeinweide schicken. (Ob aber einer sein Zahl Vieh nit hätte auf die Weyd zutreiben, der soll sein Zahl nit ersetzen mit Frömdem oder anderem Vieh)²⁹⁾.

§. 111.

Mit der Benützung der Feldmark hängt auch das Recht Vieh halten zu dürfen zusammen. Denn wer keinen Antheil an der Feldmark und an deren Benützung hatte, sollte auch kein Vieh halten dürfen. („Es soll ouch keiner kein Säm, Hünner, „Gänß nach Enten, sonst keinerley sech daruf haben“)³⁰⁾. Daher durften z. B. in der Pfalz bis auf unsere Tage die armen Leute, welche keinen Grundbesitz hatten, kein Vieh halten. Eben so wenig im Eichsfeld die Einmiethlinge³¹⁾, und in Baiern die Häusler und Tagelöhner, welche ohne allen Grundbesitz waren³²⁾. Wenn jedoch die Bauern nichts dagegen hatten oder die Umstände

23) Offn. von Schwommenbingen §. 11 u. 35 bei Schauberg I, 118 u. 122. Vgl. noch Grimm, I, 133. Bair. Fr. II, c. 8 §. 13 Nr. 2.

24) Grimm, I, 133.

25) Grimm, I, 438 u. 440.

26) Grimm, I, 784.

27) Grimm, II, 471, III, 824.

28) Grimm, III, 475 §. 8.

29) Offn. von Schwommenbingen, §. 35.

30) Offn. von Klotten §. 87 bei Schauberg, I, 197.

31) Hartmann, p. 337.

32) Mandat vom 24. März 1762 §. 17 u. 18 in Grl. Samml. von 1771, p. 456. Mandat von 1775 §. 5. bei Mayr, Grl. S. II, 906.

es nothwendig machten, so sollte „die Obrigkeit ex officio ein Aug zu thun und dergleichen Leuten zu ihrer oder ihrer Kindern nöthigen Unterhalt ein Stück Vieh gestatten“³³⁾. Andernwärts durften aus demselben Grunde diejenigen, welche kein Weiberecht hatten, kein anderes Vieh, als einen Hund, eine Katze und einen Hahn halten (§. 59.).

In den meisten Territorien war es ganz genau bestimmt, wer Vieh, insbesondere wer Schaafe, Gänse, Hühner und Tauben halten, und wie viel ein jeder halten durfte. In der Abtei Seligenstadt sollte der Abt „nit mehr dan vierzig Hemmel und Schaafe „und achtzig Gense“ halten. Auch sollte sich das Kloster „in „haltung und Ziehung der Tauben einschränken“³⁴⁾. Im Stifte des heiligen Kreuzes zu Mainz: „Item verbietten wir geß und „gens zucht anders dann in den hussen“³⁵⁾. Nach der Dorfordnung von Oberreischheim in Unterfranken von 1553 §. 4 war es den Bauern verbotzen „Dauben fliegen zu lassen oder Enten zu „ziehen oder halten“³⁶⁾. In Baiern war vorgeschrieben: „das „ain Hof vierundzwainzig, ain Hub zwelffe, vnd ain Lehner oder „Söldner der zu bawen hat achte, aber die Söldner die nit ze „bawen haben viere vnd nit mehr haben mögen“³⁷⁾. Oder: „einen ganzen Bauern 24, einen halben 12 und einen Baußöldner „oder Lehner 8 Stück Schaafe“³⁸⁾. In Sachsen durften die Ganzhühner 12 Paar Tauben halten, die Halbhühner aber nur 6 Paar und die übrigen Dorfbewohner gar keine³⁹⁾. In Hessen „darff „keiner Tauben im Flug halten, welcher nicht eine halbe Hufe, „oder an deren Stelle 15 Acker andern Landes in der Feldmark

33) Mandat vom 12. November 1762 §. 13. Grl. Samml. von 1771, p. 464.

34) Urk. von 1528 bei Steiner, p. 364.

35) Würdtwein, diocoes. Mog. I, 316.

36) Wigand, Wehl. Beitr. III, 188.

37) Bair. Landspol von 1516 p. 44. Bair. Landsordn. von 1553, IV, tit. 20, art. 4. u. Bair. Polizeiordnung von 1616, III, tit. 14, art. 4.

38) Bair. Mandat vom 12. März 1762, §. 19. in Samml. von 1771, p. 456. Vgl. noch Grimm, III, 829.

39) Curtius, Gurf. R. I, 271.

„hat. Wer 30 Acker oder eine Hufe Lands besitzt, hält 12 Paar. „Wer aber drey viertel Hufen hat, neun Paar, und eine halbe „Hufe sechs Paar“ ⁴⁰⁾. In der Grafschaft Ohaun und Kyrburg durften nur die Pfarrer Tauben, sogenannte Feldschwinger halten ⁴¹⁾. In der alten Mark war das Recht Tauben zu halten sehr häufig ein Vorrecht der Rittergutsbesitzer ⁴²⁾, meistens jedoch ein Recht der Dorfmarkgenossen, nicht aber der Fremden, deren Tauben also getödtet werden durften ⁴³⁾. Und auch anderwärts waren nur allein die Grundbesitzer berechtigt, Taubenschläge oder Taubenhäuser zu besitzen. („es soll oder magh auch „kein man zu Gruft ein daubhausz halten, er hab dann ein huebe „landts“) ⁴⁴⁾. In der Regel wurden jedoch die im Felde getroffenen Tauben als wilde Thiere betrachtet. Sie waren daher jedermann gemein und durften wie jedes andere Wild eingefangen und getödtet werden. („Tauben — Pfawen vnd ander Federspiel, das „nicht grimmet ist, fleuget es zu Felde, es ist gemein“ ⁴⁵⁾. „vnd darumb siud sie gemein, das wer sie erwischet der behelt sie mit recht“ ⁴⁶⁾).

§. 112.

Die Maßgerechtigkeit oder das Maßrecht ist von je her als eine Unterart des Weidrechtes betrachtet worden. Was demnach von dem Weidrecht bemerkt worden ist, gilt auch von dem Maßrechte. Nur hatte dasselbe nicht das Gras, vielmehr die Waldfrüchte zum Gegenstande. Man nannte daher die Waldfrüchte Eckern, von dem Gothischen *akran*, d. h. Frucht ⁴⁷⁾. Meistentheils verstand man darunter die Früchte von Eichen und Buchen.

40) Greben Ord. tit. 29, § 1 p. 69.

41) Landesordnung von 1754 §. 9 bei Balg, V, 238.

42) Eisenberg u. Stengel, Beitr. I, 87.

43) Eisenberg und Stengel, IV, 136. Vgl. noch Preuss. R. I, tit 9, p. 112.

44) Grimm, III, 818.

45) Sächs. Weichbild, art. 119.

46) Glosse zu Sächs. Weichbild, art. 119—121.

47) Schulze, Goth. Glossar. p. 16.

(„ein Gädter, es sey von Nichel oder Biechel“⁴⁸). Zu den vollen Etern gehörten jedoch auch alle übrigen Arten von Walbfrüchten. („so ein voller Etern ist, also daß Eicheln, Bucheckern, Hahn-
„potten, Schlehen, Hasselnuß, Holtzapfel, und wes sich das Viehe
„nähren soll“⁴⁹). „die Nichel, Nuß, Hagenpußen vnd Schlehen“⁵⁰),
„Etern, eichel, appel und biern“⁵¹). Man nannte diese Walb-
früchte auch den Ackeram, Akrum, Agram, das Ackerich,
Seäderich, Seädter, Achrent⁵²), und in Baiern insgemein
den Dehel, Dechel oder Tschel⁵³).

Von den Früchten wurde auch das Rastrecht selbst zuweilen
Dehel genannt. („jrrung wegen der Greniz, geiaidts, holzschläg,
„Dechels vnd anderem“)“⁵⁴). Aunderwärts nannte man das
Rastrecht einen Dehem (usum glandium, qui dicitur dehem)⁵⁵),
Dehtem, Dehtum, Deichtem⁵⁶) oder einen Tchemen⁵⁷),
offenbar von dem Zehnten (decimae porcorum), welcher für das
Rastrecht entrichtet werden mußte. Meistentheils wurde aber das
Rastrecht pastio⁵⁸), pastus porcorum⁵⁹), saginatio porcorum⁶⁰)
und sagina genannt⁶⁰). Das Rastrecht reicht bekanntlich in sehr
frühe Zeiten hinauf, denn schon in den alten Volksrechten ist von
ihm die Rede. In den herrschaftlichen Waldungen hatten

48) Bair. Forstordn. von 1616, art. 8.

49) St. Goar, Weisth. §. 14 bei Hofmann, scab. demonstr. p. 150.

50) Bair. Forstordn. von 1616, art. 10.

51) Grimm, I, 493 §. 10.

52) Grimm, I, 179. Schmeller, I, 25.

53) Schmeller, I, 361 Bair. Forstordn. von 1616, art. 9.

53a) Hund, Bair. Stammh. I, 67.

54) Dipl. von 1296 bei Haltens, p. 221.

55) Weisth. aus 13ten Jahrh. bei Lacomblet, Arch. I, 251. dehtem
Weisth. von 1492 und Urkunde von 1342 bei Rit, I, 132, 148, 149
u. 154. — deichtem — dehtum —. Schmeller, I, 362. — Deichel —
Dehem — Dehtem und Dehtum.

56) Dipl. von 1140 u. 1503 in M. B. XXV, 104 u. 572.

57) Capit. C. M. de villis, c. 25.

58) Dipl. von 855 bei Kindinger, M. B. II, 22.

59) Dipl. von 948 bei Meichelbeck, I, 444 u. 448.

60) Viele dipl. von 1007, u. 1008 bei Fink, geöffn. Arch. von 1823, §.
VI, p. 165, 443, 444, 447, 449 u. 451—462.

es natürlicher Weise die Grundherrn selbst und außer ihnen nur diejenigen, welche das Recht hergebracht oder in irgend einer Weise erworben hatten, in den Gemeindefürsorge dagegen hatten es alle vollberechtigten Dorfmarkgenossen und in den grundherrlichen Gemeinden auch noch die Grundherrn⁶¹⁾, und die herrschaftlichen Beamten, so weit es für ihren eigenen Gebrauch nothwendig war. („Weiter erkennet man einem Oberamtmann oder „Burggrafen oder wer zu der Zeit das Schloß Rheinfels von „wegen U. Gn. F. und Hrn innen hat und bewohnet. daß er in St. Goars Wald so viel Schwein in Eckern oder Wast zu „treiben habe, als er zur nothdürftigen Haushaltung zu ver- „brauchen hat, und nicht mehr, auch keine daraus zu verkauffen“)⁶²⁾. Dessen hatte die Grundherrschaft die Vorhut und die Gemeinde die bloße Nachhut („und wer es, das eckern darin werden, so sol „unser her der apt ein besondern hirtten han, und sol vorfaren, „und die von Dorfkeim ein gemeinden hirtten han und nach- „faren“)⁶³⁾.

Die Anzahl der Schweine, welche jeder Dorfmarkgenosse hinaustreiben lassen durfte, war öfters bestimmt. (pastus porcorum XXXV⁶⁴⁾). „intheuven in den Wolde zwelff Schweine vnd nen „Beer“)⁶⁵⁾. Wo dieses nicht der Fall war entschied das Bedürfnis eines jeden Genossen (pascua porcorum, quando illi opus fieret⁶⁶⁾). „Wann eyne eckern in dem gericht wurde, so mogen „iglicher gerichtsherre also viele swyne, als er selbst für sich in „sime huse hait, in die welde des gerichtes geene laszen, darzu „eyn iglicher nachgebure in demselben gericht also viele er in sime „huse bedarf, oder of siener misten zuhet“)⁶⁷⁾. Jeder Genosse durfte demnach so viele Schweine hinaustreiben, als er selbst erziehen und ernähren konnte („hant recht ze varen mit irem vich „klein vnd groß in die wald als vil sie in ir husern erziehen

61) Grimm, I, 695, 787, III, 516.

62) Weisthum von St. Goar §. 14 bei Hofman, p. 151.

63) Grimm, I, 787.

64) Dipl. von 855 bei Rindlinger, M. B. II, 22.

65) Speller Wolbe Ordele bei Piper, p. 159.

66) Dipl. von 825 in Meichelbeck, I, 257.

67) Grimm, III, 516.

„mögent“⁶⁸). „Auch was ein armer man erziehet in seinem huse über jar von schweinen, es sei lügel oder vil, hat auch recht „zu gen“⁶⁹). „Omnes homines, habitantes in territorio, plenum jus habeant adigendi et impellendi ad glandes silvarum omnes porcos, quos in suis curiis aut in domibus nutrierunt“⁷⁰). Fremde Schweine durften daher nicht mit hinausgetrieben werden. („und keiner soll kein recht haben fremde schwin herin zu nemen“⁷¹). „Und sol nieman beheim schwin kouffen in das achrent so da achrent wurde“⁷²). Nur dann, wenn ein Genosse gar keine eigene Schweine hatte, durfte er sich eine gewisse Anzahl kaufen oder leihen und diese sodann mit der gemeinen Heerde hinausgehen lassen. („were es aber, das einer keine hette, so mag er „sechs schwein kaufen und nit mer und dingt ander leut schweine“⁷⁴). quilibet memorati territorii, porcos non nutriens, viginti quinque porcos emere poterit, et non ultra, in dictis silvis et glandibus depascendos“⁷⁵). Und in grundherrlichen Gemeinden hatte der Grundherr ein Recht auf den Zehnten von den fremden Schweinen. („wers abir, das das eckern also groisß würde, das sie „fremde swyne zu hinc darinne nemen würden, solte ehne jeglichen gerichtsherrn dauon der dhende werden“⁷⁶).

Da jedoch die Waldfrüchte nicht in jedem Jahre geriethen, also nicht immer eine volle Raft, öfters vielmehr nur eine halbe oder Viertels Raft, eine sogenannte Sprangmaft⁷⁷), oder gar nur für die zur Zucht bestimmten sogenannten Faseltschweine eine Fasel- oder Laufmaft vorhanden war, so pflegte jedes Jahr zur Eckernzeit die Gemeinde zusammen zu treten, um über die Art und

68) Grimm, I, 179.

69) Grimm, I, 695.

70) Grimm, I, 765. Vgl. noch I, 438, 441, 752, 773 u. 825. Reichner, II, 933.

71) Grimm, I, 120.

72) Grimm, I, 179.

74) Grimm, I, 695.

75) Grimm, I, 765. Vgl. noch I, 752, u. 825. Bair. Forstordn. von 1616, art. 12. Thürbraunschweig. Forstord. von 1628, c. 5, §. 2 u. 3. Paderbornsche Holzordn. von 1669, art. 28.

76) Grimm, III, 516.

77) Grimm, III, 294.

die Zeit der Benutzung zu verfügen. Schon zur Zeit Karls des Großen sollte im September jedes Jahres in den königlichen Villen Bericht erstattet werden, ob Eichelmast vorhanden sei oder nicht⁷⁸⁾. Und in späteren Zeiten pflegte die Gemeinde selbst den Vorrath des Mastobstes zu untersuchen und sodann das Weitere über die Benutzung zu bestimmen. (wenn aichlen werdentt, so sol niemantt kein schütten noch lesen, e das ein gemeind eins wirtt, wie man die ding bruchen welt⁷⁹⁾). Wann ein Eckern im St. Goars Walden seye, so soll der Vogt oder schultheiss zu St. Goar, und der Vogt zu Pfaltzfeld einen Tag ernennen und beyde Gerichte bescheiden, ungeferlich im September den Eckern im Wald zu besichtigen, alsdann sollen beyde Gerichte im Wald bey dem Brückenschlag zusammenkommen, sich unterreden, wie viel Schwein einem jeden Burgern nach des Eckern Gelegenheit anzutreiben, aufgesetzt werden sollen⁸⁰⁾. Im Interesse der Forstpolizei war jedoch öfters die Zeit zur Ausübung des Mastrechtes ein für alle Mal bestimmt. Und dann durften außer dieser Zeit die Schweine nur mit Zustimmung des Forstmeisters hinausgetrieben werden. („vnd keine swyne fallen in den „walt geen nach sant Walpurgens tag ane des forstmeisters „willen“⁸⁰⁾). Hier und da war auch bestimmt, daß bei nicht voller Mast das Vieh nach dem Verhältnisse der Markzahl ausgetrieben werden solle. („ist er (d. h. der Eckern) aber nit soll, so „triben sie nach marczal“⁸¹⁾).

§. 113.

In vielen grundherrlichen Dorfschaften mußte, wie wir gesehen haben, für den Genuß der Weide und der übrigen Marknutzungen eine Abgabe an den Grundherrn entrichtet werden. (§. 30.) Dieser Weidezins hieß im Stifte Honowe bei Straß-

78) Capit. C. M. de villis, c. 25.

78a) Grimm, I, 120.

79) St. Goar Weisth. §. 14 bei Hofman, p. 150. Vgl. noch p. 151. Bair. Forstordn. von 1616, art. 8.

80) Grimm, I, 502.

81) Grimm, I, 518.

burg eine Wunne ude ⁸²⁾, offenbar bezwegen, weil derselbe für die Wunne und Weide entrichtet werden mußte. Ein eben solcher Zins kommt nun auch bei dem Rastrechte vor. („man muß geben „von iglichem swine 13 heller ⁸³⁾. und sol von ieglichen swine „geben einen pfennig und nicht me“ ⁸⁴⁾. Diesen Rastzins pflegte man nun das Rastgeld, den Rastschilling ⁸⁵⁾, den Rasthafer ⁸⁶⁾, das Eckergeld ⁸⁷⁾, Acher- oder Michelgeld ⁸⁸⁾, oder Bedeme und vedema zu nennen ⁸⁹⁾.

Sehr häufig bestand diese Abgabe in einem Thierzehnten. Schon die Westgothen kannten einen Schweinezehnten (*decimae porcorum*) als Gegenleistung für die von dem Grundherrn gestattete Schweinemast. (*pro glandibus decimam consequatur — decimam juxta consuetudinem solvat*) ⁹⁰⁾. Das Auszehnten nannte man *decumare porcos* ⁹¹⁾, in späteren Zeiten aber Dechen, Dächten, vielleicht auch achten ⁹²⁾ und verbehemem, d. h. verzehnten. („so dechen sie jegliche Sau — alle Heerdschwein „dächten und dechen — wann die Schweine gedecht seyn“ ⁹³⁾. „daz er sin swin, die er herzogen hat uf dem hofe und sin eigin „sint, jun uns schlähen sol in dein selben walt, und sol die „verbehemem“) ⁹⁴⁾. Auch in späteren Zeiten findet man nämlich diesen Schweinezehnten noch in Franken ⁹⁵⁾ und in Baden nach

82) Schiller zu Königsbaven, p. 1150.

83) Grimm, I, 773.

84) Grimm, I, 825.

85) Wehner h. v. p. 350. Wiefand, h. v. p. 722. Paderborn. Holzordn. von 1669, art. 28 u. 30.

86) Hess. Grebenordn. tit. 24, §. 4 u. 9, p. 54.

87) Urtheil von 1503 bei Dahl, Lorsch. Urth. p. 52.

88) Schönauer Lagerbuch von 1571 bei Dahl, p. 76.

89) Grimm, III, 863 *porcos possunt pascere in nemore sine sallario, quod vocatur teutonice vedeme — emolumentum porcorum, scilicet vedemam, — de pastu porcorum scilicet vedema.*

90) L. Wisigoth. VII, 5, c. 1, 2, 3 u. 4.

91) L. Wisig. l. c. c. 1.

92) Grimm, II, 60. soll die schwein achten nach der besserung. —

93) St. Gear Weisth. §. 14 bei Hofmann. p. 150, 151 u. 152.

94) Grimm, I, 441.

95) Grimm, III, p. 516

dem Hofrechte von Raftabt („Wer es aber, daz er sin swin liege „losen in unser welde, so sol er unserm herren behemen geben“⁹⁶). Später heißt es in demselben Hofrechte (p. 441). „Da sol er keinen zehenden von geben — daz sol er verzeihen — und sol die verbeheemen“, so daß demnach behemen, verbeheemen und verzehnten oder den Zehnten geben abwechselnd und als völlig gleichbedeutend gebraucht worden ist. Besonders häufig kommt aber dieser Schweinezehnte auch im späteren Mittelalter noch am Mittelrhein und am Niederrhein vor. Außer Zweibrücken und St. Goar auch noch in Jülich und Berg, in Jülpich u. a. m., wo derselbe insgemein Dehem, Dehtem, Dehtem, Dehtum und Deichtem genannt worden ist⁹⁷). Daß von dieser Zehntabgabe das Mastrecht selbst diesen Namen verhalten hat, ist bereits schon bemerkt worden (§. 94 u. 112). Erwähnt muß aber noch werden, daß in späteren Zeiten der Natural Thierzehnte meistens in Geld angeschlagen und sodann in eine Geldleistung verwandelt worden ist, wie dieses auch bei anderen Naturalleistungen der Fall war⁹⁸). Dieses Zehntgeld nannte man in St. Goar Dehgelt oder Dehs geld⁹⁹), in Hildesheim Tegetlosinghe d. h. Zehntbloßung (in recompensam decimarum reditus qui vulgariter dicuntur Tegetlosinghe¹), in Baden den Dom, Dahin oder das Dichman= (offenbar Dehemen=) Gelt²), und an der Saar den Döme³). Im Resultate ist demnach das Dehgelt dasselbe gewesen, was anderwärts Mastgeld und Mastschilling genannt worden ist.

d. Jagd, Fischerei und Bienenfang.

§. 114.

Mit der Feld- und Markgemeinschaft hängt auch die ehe-

96) Grimm, I, 439. Dieselbe Stelle kommt später noch einmal vor.

97) Rib, I, 132, 148, 149 u. 154. Lacomblet, I, 251. Schmeller I, 362.

98) Meine Gesch. der Ironhöfe III, 284 ff.

99) St. Goar Weisth. §. 14. Grimm, I, 585.

1) Dipl. von 1308 bei Haltaus, p. 2146.

2) Haltaus, p. 221.

3) Grimm, II, 60. darnach soll der kellner den döme ansetzen vnd heischen.

malige Jagd- und Fischereifreiheit und der freie Bienenfang zusammen. Die Jagd und Fischerei und der Bienenfang war nämlich das Recht eines jeden echten Eigenthümers, also das Recht eines jeden Markgenossen, und zwar nicht bloß auf seinem eigenen Grund und Boden, sondern auch in der ganzen Feld- und Waldmark, also in der getheilten und ungetheilten Dorfmark. (§. 40.) Von diesem freien Bienen- und Vogelfang verstehe ich auch die bekannte Stelle in dem bairischen Volksrechte (*nullus de alterius silva aves tollere praesumat, nisi ejus commarchanus fuerit, quem calasneo* (andere Mpte. *Calesneo*) *dicimus*)⁴⁾. Denn die *commarchani* waren offenbar Markgenossen. Sie hatten als freie Markgenossen auch den freien Vogelfang und, wie wir sehen werden, auch den freien Bienenfang. (§. 117.) Und damit stimmt auch Grimm's Ableitung des Wortes *calasneo* von dem angelsächsischen *lāsve* und altenglischen *leasow* (*pascuum*), also *calasneo* (*compascens*) überein⁵⁾. Die freie Büsch- und die freie Fischerei und der Bienenfang bildeten daher ursprünglich die Regel, nicht bloß in den Gemeinde Wäldungen und in den ungetheilten Dorfmarken, sondern auch, wenigstens zur offenen Zeit, in den Feldmarken. Und auch der Honig Genuß gehört ursprünglich mit zu den Marknutzungen (§. 87.) Erst mit der Einzäunung oder Abmarkung der einzelnen Felder und Grundherrschaften wurde die Jagd- und Fischereifreiheit auf die eingezäunten oder abgemarkten Felder und Grundherrschaften beschränkt⁶⁾. Und mit dem echten Eigenthum haben die Bauern in späteren Zeiten auch diese Freiheit meistens, wenn auch nirgends ganz spurlos, verloren. Nur in den freien kleiner Grundherrschaft, vielmehr bloß einer Vogtei unterworfenen Gemeinden hat sich jene Freiheit, öfters sogar bis auf unsere Tage erhalten. Vor Allem gilt dieses von der freien Jagd und Fischerei⁷⁾.

4) L. Bajuvar. 22 §. 11.

5) Grimm, Gr. II, 735. *Meine Einleitung*. p. 157. *Recht bei Portz*, XV, 334.

6) *Meine Einleitung*, p. 152 ff. *Meine Gesch. der Markenverfassung*, p. 153 ff. *Meine Gesch. der Fränkische III*, 43 ff.

7) *Meine Gesch. der Fränkische III*, 33—47.

§. 115.

Die freie Jagd hatten nämlich in den freien keiner Grundherrschaft unterworfenen Dorfgemeinden auch in späteren Zeiten noch alle in Grund und Boden angeessenen Leute, also auch die vollberechtigten Gemeindsleute und Bauern, z. B. in der Herrschaft Daun und Kyrburg (wer bey unss sitzt und wohnhaftig ist, der hat macht und freyheit zu gebrauchen wasser und weydt, fischen und jagen gleich ein ander Gemeinds mann⁸). Auf dem Schwarzwalde. (die, die inn das gericht gehörent, hand recht zu jagen vnnnd zu fähen allerhandt wildtprechtz, es syen vogel, aichhürn, schwin, beren, fuchs oder wölff, ohn allein roth wild, dass sind hürsch, hinden vnnnd reher, dass sollent sie nit vāhen⁹). In der Landvogtei Schwaben die Freien auf der Leutkircher Heide und die übrigen in Grund und Boden angeessenen Bauern. Eben so in den Bairischen Alpen und in Tirol. (Wasser und die jagd ist gemein)¹⁰). In Kleinheubach, wo die Herren von Rieneck die Vogtei über Wasser und Weide hatten, war wenigstens der Vogel- und Wildfang frei. („Auch so weisen sie deß Wildfangß halben, daß „der frey seye, ob ein Nachbar im Dorf Hasen fing, ober „ein Feldthuhn, ober Vögel im Waldt, daß er niemandt „darumb nichts schuldig were“)¹¹). Erst mit dem echten Eigenthum haben die freien Bauern das Jagdrecht verloren. Denn auch dieses Recht gehörte zu den dem echten Eigenthümer (dem Grundherrn) vorbehaltenen Rechten, und wurde demnach ein abschließliches Recht der Grundherrn.

Indessen ist doch auch in den grundherrlichen Gemeinden nicht jede Spur der ehemaligen Jagdfreiheit verschwunden. Denn auch in den grundherrlichen Gemeinden ist den Gemeindsleuten noch das Recht einen Hasen oder ein Schwein zu fangen geblieben, z. B. in Hessen (Item kan auch ein burger oder

8) Reddesheimer Weisth. von 1514 bei Koenigsthal, I, 63.

9) Grimm, I, 384.

10) Grimm, III, 739. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 44—46.

11) Weisthum von 1454 in Abhandl. über bei Karl bei Willenberg, II, 2.

burgerakint ein hasen gefahen mit einem hunde, oder kann ein swein gefahen, das sol ime kein herre weren, so fern das er den sweins kop meinem hern von Ziegenhain schicket)¹²⁾ Anderwärts hatten sie das Recht einen Hasen oder Fuchs zu jagen, z. B. im Nalbacher Thal an der Saar. (vnd dabei so hat ein jeder inwoner des tals Nalbach die macht ein hasen oder fuess zu jagen)¹³⁾ Oder für den eigenen Gebrauch einen Hasen zu fangen, z. B. auf dem Hundsrück u. a. m. (der arme man, so in dem bezirck sitzt mit feür vndt flam, der hat wasser vndt weit zu gbrauchen, ein hasen zu fangen vnd ein fisch zu fangen in sein haus zu gebrauchen zue seiner notturft, wird man aber gewahr das er fisch oder hasen verkaufft, so ist er den gerichtsherrn verfallen vor 8 $\frac{1}{2}$ ℔ heller, doch mit gnaden¹⁴⁾). Anderwärts den freien Vogel- und Wildfang ohne die hohe Jagd, z. B. in Sulzbach (auch hat der kirchspelman die freiheit sich zu gebrauchen des vogels in der luft und wildfangs aussgescheiden hohe wild, schwein, hirsch und desgl. stehen dem herrn zu¹⁵⁾), in Tritenheim u. a. m. (das die inwohner des dorffs jerlich wasser vnd weide, dartzu wildt vnd zam binnen diesem bezirkh, aussgenommen verpodtene geil und schlagende netz vnd hochwilde, nutzen und gebrauchen)¹⁶⁾. Allein auch in jenen grundherrlichen Gemeinden, in welchen es kein freies Jagdrecht mehr gegeben hat, konnten sich die Grundholden wenigstens von der Strafe befreien, wenn sie das getöbtete Wild an die Herrschaft abliefern. („Wan einer kheme vnnd hett ein stuck wilds vmbracht, ess seye ein hirtz, rehe oder wild schwein, der sall dass schaffen zu Bollendorf vnder die linde vnndt sall aushauwen dem jäger sein recht vnnd sall darnach drey theylen darauss machen, dauon scheint dem hern abt zwo theilen vnndt dem vogt die

12) Grimm III, 336.

13) Grimm, II, 26.

14) Grimm, II, 143. vgl. noch II, 30 u. 321.

15) Grimm, I, 573.

16) Grimm, II, 324 Not.

drit theil, der solches nit thet, ist meinem hern die bouss schuldigh) ¹⁷⁾).

§. 116.

Was von der Jagd gilt in ähnlicher Weise auch von der Fischerei.

In den freien keiner Grundherrschaft, sondern nur einer Vogtei unterworfenen Dorfgemeinden hatte sich meistens die freie Fischerei als ein Recht der Dorfmarkgenossen erhalten. So zu Schontra in Franken (darnach wissen die nachgebur zu recht, das sie macht haben zu fischen bis an die krommen strassze ¹⁸⁾). Zu Ramsbach in der Abtei Hornbach (Item weiset der scheffen eyn frey wasser, darein iglicher armer man dasselbs zu fischen macht katt ¹⁹⁾). Zu Dornstetten im Schwarzwalde (das ein yegklicher, der in das waldgericht gehört, hat recht in die wasser zu gan, die inn der obgen. witraichi ligendt vnnd darinn visch zu fahen, das er inn seinem hus isszet; er soll ouch kheinem verhhoffen ²⁰⁾). In der Schweiz (die gantz gmeind zuo Dietlicken hat die grechtigkeit das sy jnn dem Bach genant der Altenbach, mit storberen vnnd mit zeinen wol fischen mögendt als dick vnnd als fil sy welent) ²¹⁾, in der Herrschaft Daun und Kyrburg u. a. m.

Aber auch in vielen grundherrlichen Gemeinden hat sich die freie Fischerei als ein Recht der Gemeinbsleute erhalten, z. B. in Sulzbach. (auch hat der kirchspelman die freiheit sich zu gebrauchen des fisches in dem wasser) ²²⁾. Zu Welmich, wo bloß der Salmenfang ausgenommen war; (Item im Rein der marck, bussen salmenfangh, mag jeder fischen) ²³⁾. In

17) Grimm, II, 272.

18) Grimm, III, 887.

19) Grimm, II, 37.

20) Grimm, I, 383.

21) Offn. von Dietlikon §. 19 bei Schauberg, I, 114 vgl. noch Offn. von Dübendorf §. 18 u. 64 eod. p. 101 u. 107.

22) Grimm, I, 573.

23) Grimm, III, 743.

Kirchborch in Westphalen hatte zwar der Abt als oberster Erbgenosse und Grundherr die Fischerei in dem durch das Dorf fließenden Wasser, nach ihm aber auch noch die übrigen Erbgossen und ihre Meier (darinne vischen, unde der nae dan alle erffigenoten unde ere meyer), diese jedoch nur für ihren eigenen Gebrauch und ohne Fischkorb (ensollen nenne vischkorue leggen). Außerdem gab es daselbst aber auch noch ein gemeines Wasser, in welchem die ganze Bauerschaft fischen durfte (hedde de bursscop geholden vor ere gemeyne water). Endlich durfte auch noch jeder Erbgenosse und Bauer auf seinem eigenen Grund und Boden fischen (up eyn jyden syner tunstede mochte vischen so were also syn tunstede uthwisede — so vere synes houes tunstede uthwisede) ²⁴). Auch in Sandhofen gehörte zwar die Fischerei im Allgemeinen der Grundherrschaft von Schönau, allein die „Ziegelgruben hörte der Gemeindt zu. Was man darin „Fisch mage gefangen, da hatt hebermann recht zu“ ²⁵). Anderwärts durften die Gemeindsleute erst nach der Herrschaft fischen. („Deswegen sollen kirspelsleuth macht haben nach beschehenem „man strich mit der handt vnd fillen zu fischen, sollen aber denen „großen nicht nachgehen, wan einem doch einer in die Hand „lieffe, soll er die hand fest zu halten, daß der sich ihme „nicht entlauffen könne“) ²⁶). Wieder in anderen Gemeinden durften sie für ihren eigenen Gebrauch fischen, die gefangenen Fische aber nicht verkaufen. („Die arme leut haben alwegen einen hasen zu fahen vnd fisch mit dem zirbel zu fahen, sonern „sie solches nit verkaufen“) ²⁷). „Und in den wassern allen mugent sy vischen, daran durffent sy weder herren noch nymannt „fürchten: und waz einer in den wassern visch vacht, die soll er „nicht verkaufen, aber er mag sy wohl vereren seinen nachgepauern“ ²⁸). „Wir erkennen der Gemeinde vndt inwohnern dieses

24) Weisth. von Kirchborch bei Wigand, Provinzialr. von Paderb. III, 6 u. 7.

25) Grimm, I, 461.

26) Grimm, II, 613.

27) Grimm, II, 30.

28) Grimm, III, 647. §. 7.

„Dorffs wasser vnd weybe, den fisch vff dem sand, daß wilbt
 „vff dem lande, was der arm man des kriegen kan in nuß vndt
 „notturfft seiner nahrung“²⁹⁾. Im Stifte Fulda durften die
 Dorfnachbarn jede Woche zwei Mal einige Fische fangen („ein
 „yber nachbar hat die Freiheit jerlichen alle mitwochen und frei-
 „tage vor drei pfennige fisch fangen, das sal im nymand weren“^{29a)}).
 In sehr vielen Gemeinden durften die Dorfmarkgenossen nur mit
 einem Hamen, mit einem Garn oder mit Angeln u. s. w. fischen,
 oder so weit man mit einem Hammer werfen konnte, so weit man
 den Glockenklang hörte u. s. w. („Item auch sol ein bürger oder
 „burgerkint von Auel mit einem hamen fischen soweit der
 „glocken clang clenget oder schillet, das sol ime kein herre
 „wehern.“³⁰⁾. „Jeder huber, so darin gessen, hat macht, mit
 „hebgar, zerbeln vnd angeln one der hern erleubnuß zu fischen“³¹⁾.
 „Doch mit vorbehalt eim jedern huyßman im tael seßhaftig bei
 „dem fischer ongeengt oder gehrret, mit zerbelen oder mit garren
 „(a. Mpc. heßgar, mit kuppen vnd mit cleyenen rüssen, vnd
 „nit mit andern gezaumen), so fer er gewaden kan, zu fischen
 „vnd achter oestern byß zu s. Remigius tag moge ein jeder in-
 „woner des tals in dem wasser der Bremts fischen“³²⁾. „Der
 „arme man habe mit einem fischhammen in die Bließ zu gehen
 „vnd ein fisch zu fahen, aber kein legengeschir zu legen“³³⁾. „Da
 „wisent sich die menner, so ferre einer mit eym huffhamer
 „vnder arme obenbig vnd nyebewindig, der brucken gewerffen
 „maigt, das sie macht haben mit eym hamen zu fischen“³⁴⁾. „Die
 „scheffen, daß die hobsleut macht haben zu fischen bey irem junder,
 „ein hobman mit sex karr, die er also inzulegen hatt, daß er
 „stehe mit einem Foh im wasser vnd mit dem andern
 „vff dem landt. Ein scheffen aber hat zu fischen mit sieben

29) Grimm, II, 321. Vgl. noch p. 143.

29a) Grimm, III, 377.

30) Grimm, III, 336.

31) Grimm, II, 46.

32) Grimm, II, 26—27.

33) Grimm, II, 29. Vgl. noch p. 30.

34) Grimm, III, 472. Vgl. Bair. LandesOrdn. von 1553, V, tit. 9.
 art. 14.

„satt in gleicher gestalt“³⁵⁾. In anderen Gemeinden endlich durften zwar Fische gefangen, diese aber erst, nachdem sie der Herrschaft angeboten worden, weiter verkauft werden. („wan ein-
 „her hoffmann theme vff daß wasser vnnndt sing ein hecht, ein
 „salm oder ein presant fisch, den soll er tragen zu Bollenborn
 „in die burg, vnnndt soll dem amtmann den feil bieten vmb ein
 „zimblischen pfenningh, daß er werth ist, gibt er ihme nit daruor
 „waß er werth ist, hat er macht den zu tragen vff alle die ort,
 „daß er seines fisch genießten kan“) ³⁶⁾.

Außer diesem einem jeden Gemeindegenuß zustehenden Rechte war das Recht zu fischen auch noch mit einzelnen Gewerben verbunden. Die Müller z. B. durften das Mühlwasser meistens auch noch zum Fischen gebrauchen. („wenn der müller
 „die mule gehenbt, mag er vff den schußsteden drehen mit dem
 „bevel, damit er die mul gehauen, ein wurff nauff vnnnd
 „ein nab thun, vnnnd als weyt er wurfft, hat er macht on
 „eintrag so weyt zu fischen“) ³⁷⁾. Und fast allenthalben durfte man wenigstens für die Kranken und Kindbetherinnen so viele Fische fangen, als man für ihren Bedarf nothwendig hatte ³⁸⁾.

Das Recht Krebse zu fangen hat auch in den Dorfmarken, wie in den großen Marken, mit zu der Fischerei gehört. Im Dorfe Untermessing im ehemaligen Fürstenthum Eichstätt z. B. durften fremde Beute für ihren eigenen Gebrauch, die Eingefessenen aber auch noch für den Verkauf im Dorfe Fische und Krebse fangen. („lām ein gast und sieng ein essen krebs oder fisch, so soll
 „ers hintragen in die daffern und darin essen, daran er nit fre-
 „belt; wolt er sie anderswo tragen, soll mans ihm nehmen und
 „darum püssen. Item wer visch fāht, der soll sie zum ersten
 „tragen gen hof, nachmals in die daffern, darnach in die pad-
 „stuben, und zum lezten in den pfarhof, und so man sie an der

35) Grimm, II, 569. Vgl. noch Witten Mühlen Recht bei Mascov, p. 6, 25 u. 41. Grimm, R. A. p. 249.

36) Grimm, II, 272.

37) Grimm, III, 892. Vgl. noch Gr. II, 568. Bairische LandesOrdn. von 1553, V, tit. 9, art. 14.

38) Reine Gesch. der Fronhöfe, III, 34.

„end keinem kaufen wolt, soll man sie tragen unter die linden
 „oder für die kirchen und sollen sie da feil haben, und was man
 „dafür gibt sollen sie nehmen, und kein visch noch krebß vom
 „Dorf tragen“) ³⁹⁾.

§. 117.

Auch der Genuß des Honigs, natürlich von wilden Bienen, hat, wie wir gesehen haben, in früheren Zeiten zu den Marknutzungen gehört. Ueber den freien Bienenfang selbst findet man zwar in den alten Volksrechten und Urkunden außer einigen Andeutungen so gut wie nichts. Die Volksrechte reden wohl von dem Bienenfang, meistens jedoch nur von dem Bienenfang auf dem eigenen Grund und Boden und von der Verfolgung des entflohenen Bienenschwarms auf fremdem Besizthum ⁴⁰⁾. Und dieselben Bestimmungen findet man auch wieder in den späteren Rechtsbüchern ⁴¹⁾. Wer aber das Recht wilde Bienen zu occupiren gehabt habe, wird mit Bestimmtheit nirgends gesagt. Offenbar war indessen ursprünglich auch dazu nur der Markgenosse berechtigt. Denn auch die Bienenzucht hat mit dem Besizze von Grund und Boden und daher mit der Feld- und Markgemeinschaft zusammengehangen. Ohne Zweifel ist dieses der tiefere Sinn des zu den Marknutzungen gehörenden Genusses des wilden Honigs. Eben dahin deutet das Bairische Volksrecht, indem es den Bienenfang mit dem freien Vogelfang zusammengestellt und, nachdem es von dem Bienenfang gesprochen, fortfährt *pari modo de avibus sententia subiacetur, ut nullus de alterius silva aves tollere praesumat, nisi ejus commarcanus fuerit* ⁴²⁾, so daß demnach das Recht der Markgenossen auf den Vogelfang „*pari modo*“ auch auf den Bienenfang bezogen werden kann. Damit stimmt überein, was die alten Volksrechte und Rechtsbü-

39) Grimm, III, 631. Meine Gesch. der Markenvrf. p. 155. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 33.

40) L. Bajuvar. XXII, 8—10. L. Wisigoth. VIII, 6 c. 1.

41) Schwäb. Fr. W. c. 301. ed. Laßb. c. 365. Anrecht von Freising, II, 46. Vgl. noch Wißen Mühlen R. bei Mascov, p. 11 u. 29.

42) L. Bajuvar. XXII, 11. vgl. oben §. 114.

her vorschreiben. Die in der gemeinen Mark oder auf fremdem Grund und Boden getroffenen Bienenschwärme sollten nämlich jedermann gemein sein und daher, wie jedes andere Wild, als „ein wilder Wurm“ von jedem Genossen eingefangen werden dürfen. (*si signata non fuerit, tunc quicumque invenerit, iure naturali habeat sibi*⁴³⁾). „Fliegt ein Bienenschwarm aus eines Mannes Haus oder Hoff zu seinem nachbawren, er ist den Schwarm neher zu behalten, denn jener, der im nachfolget, wenn die Bin ist ein wilder wurm⁴⁴⁾. „Ist aber das er (ein Impp) aus dem flug kumbt das er sein nicht mer sieht, so ist er gemain. vnnnd wer in bindet des ist er.“⁴⁵⁾ Ganz entschieden geht indessen der Zusammenhang des Bienenfangs mit der Selbstgemeinschaft aus dem neumünsterschen Kirchspiels- und den bordschholmischen Amts-Gebrauchen hervor, indem nach ihnen das ganze Dorf, also die Dorfgemeinde für den auf der Feldmark entstandenen Schaden haften, und auf der gemeinen Mark jedermann, d. h. jeder Markgenosse, den Bienenfang haben sollte. Denn derjenige, der überhaupt keinen Zutritt zur gemeinen Mark hatte, konnte natürlicher Weise auch nicht diese Berechtigung in der Gemeinen Mark haben. („Auf welchem Feltmark ein Imme außgehauen wirt, dafür stehet daß ganze Dorf, und muß andtworten, entweder den Thäter schaffen oder auch bruchen. Sonsten ist landtsittlich, wan einer ein Imme entfleucht, und wirt uf den Unterbusch oder der Erden gefunden, so gehöret selbige dem Finder, darumb, daß den Unterbusch den Unterthanen zu gebrauchen gemein ist“)⁴⁶⁾. In späteren Zeiten ist jedoch der Bienenfang nebst der Zeidelweide fast allenthalben ein Recht der Grundherrn geworden⁴⁷⁾. Zwar haben die Nürnberger Zeidler auch in späteren Zeiten noch eine aus hof- und markgenossenschaftlichen Elementen gemischte Genossenschaft gebildet, welche ihr eigenes Zeidelgericht

43) Rothar. II. c. 324. Vgl. Andr. Sanon. XI, 1. und Meier, compendium juris Cimbrii, c. X bei Westphalen, IV, 1731.

44) Sächf. Reichsb. art. 120.

45) Ruprecht von Freising, II, 46.

46) Art. 61 bei Pauly p. 114 u. 115.

47) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 454, III, 36 ff. u. 40.

hatte. Allein diese Zeibler standen in keinem Zusammenhang mit einer eigentlichen Dorfmarktgemeinde. In vielen Gemeinden erhielt jedoch in späteren Zeiten noch der Finder seinen Theil an den gefundenen Vienen. Und nur der andere Theil gehörte dem Grundherrn. („Fundß vnd prundts halber, in deme „der wald gemein seye, also dem grund vnd vogtherrn den binen- „fundt zum halben zu haben gebühre“⁴⁸). „Wan einer theme „vnnbt fundt eine biege“ (d. h. Bege, Pine oder Viene)⁴⁹), „so soll er gahn zu meines hern meger vnnbt soll sagen, da „hain ich eine begge funden, scheint meinem hern half vnnbt der „ihn funden hat, half“⁵⁰).

Wie dem nun aber auch sei, so müssen sich jedenfalls viele Gemeinden mit der Vienenzucht beschäftigt haben, indem ganze Dorfschaften in Baiern den Namen Zeidlarn (Zeiblar, Zeiblarn, Zeiblarern, Eiblare, Cidelara, Eibelare und Eibelere⁵¹) oder auch Eibelhalm) geführt haben⁵²). Sogar ein Gau und ein Gericht hat den Namen pagus Cidelaregeune⁵³) und comecia Zeitlarn erhalten⁵⁴).

e. Genuß des Wassers.

§. 118.

Wasser und Weide war für die Viehzucht ganz unentbehrlich. Um die Viehzucht hat sich aber ursprünglich die ganze Markenverfassung gedreht. Daher wurde von je her Wasser und Weide zur Almende gerechnet. („das wasser zwüschen der weide und

48) Grimm, II, 265.

49) Schwäb. Fr. W. art. 301. Not. Stalder, I, 153.

50) Grimm, II, 272. Vgl. noch I, 815, II, 11, 60 Nassau Weilburg. Forstordnung §. 16. Herzogl. Coburg. Walb-, Forst- und JagdOrdn. von 1633, art. 6.

51) M. Boic. III, 114, 115, 127, 135, 158, IV, 519, VI, 379. XIV, 361. Seisfried, Gesch. der ständig. Gerichtsb. in Baiern, I, 114, 115, 133, 219, II, 31 u. 32.

52) M. B. IV, 225. Vgl. Schmeller, IV, 226.

53) Dipl. v. 1150 in M. B. III, 109.

54) Dipl. von 1275 in M. B. VI, 372.

„dem werde, wan dasselb instendig wurt, so ist es des dorffs „alment“⁵⁵⁾. „Das wasser und weyde vnd vogel geweide der „heren von Schonawe eigen ist, und der gemeind richlichenn „almennde als ferre die market des dorffs Sandhoffen reichet“⁵⁶⁾. „Wasser und die Jagd ist gemein“⁵⁷⁾. Auch pflegt in fast jedem Weisthum außer der Weide das Wasser der Gemeinde zugesprochen zu werden, wenn auch nicht immer als Eigenthum, doch jedenfalls die Nutzung desselben.

Die Nutzung des Wassers war ursprünglich ganz unbeschränkt. Jeder Genosse konnte dasselbe für seinen eigenen Gebrauch und so weit sein Gebrauch reichte benutzen wofür er nur wollte. Aber eben diese unbeschränkte Freiheit führte frühe schon zu gewissen Beschränkungen, um allen Genossen den gleichen Gebrauch möglich zu machen. Auch erstreckte sich das Nutzungsrecht ursprünglich auf jede Art von in der gemeinen Mark befindlichem Wasser, auf Brunnen und Quellen eben sowohl wie auf Bäche und Flüsse. Von Brunnen rehet. („so sollen die gemeind zu Alsenzbruck forder „denselben bronnen sonder vnser herrn v. D. schaden in ihrem eigen „nen costen baw vnd wesen ewiglich halten, vnd sollen vnser herrn „von D. vnd die ihren darzu vnd die gemeind zu Alf. Darnach „zu ihr aller notturfst zu gebrauchen macht haben“)“⁵⁸⁾. Von Quellen und anderem fließenden Wasser, dem sogenannten Wasserlauf rehet (*communione in silvis et fontium*⁵⁹⁾, *oium pascuis, fontibus, aquis, aquarumque decursibus*⁶⁰⁾. Von Bächen und Flüssen („alle, die in die grafschaft zu Penthigo gehörent, den soll man kein wasser nicht wergen, weder den Lech, „den Wulpach, die Ammer, die Nlach, noch die Ach, und in den „wassern allen mugent sy vischen ic.“⁶¹⁾). Späterhin ist zwar das Eigenthum an dem Wasser meistens auf die Grundherrn

55) Grimm, I, 461.

56) Grimm, I, 457.

57) Grimm, III, 739.

58) Grimm, I, 792. Vgl. noch Hohenloher Landr. III, tit. 19, §. 1, p. 115.

59) Dipl. von 948 bei Meichelbeck, I, 444.

60) Dipl. von 955 u. 956 bei Meichelbeck I, 444—446.

61) Grimm, III, 647 §. 7. Meine Einleitung, p. 91.

und das Eigenthum an den öffentlichen Flüssen und Strömen auf den Staat übergegangen⁶²⁾. Auf die hergebrachten Nutzungsrechte der Gemeinden hat dieses jedoch keinen Einfluß gehabt.

Die Hauptnutzungen bestanden in dem Gebrauche des Wassers zur Bewässerung, zur Schiffarth, zum Holzstöcken und zum Mühlenbetriebe. Daher wurden diese Rechte fast allenthalben durch das Herkommen oder durch die Gemeinden selbst regulirt. Über die Bewässerung der Felder und Wiesen findet man fast allenthalben Bestimmungen, (ein jeder hat gewalt zu dem selben bach vnnnd wasser, einen Spatten stich oder pflugs fury (d. h. Furche) durch sin wissenn zu machen)⁶³⁾. Zumal über die Bewässerung der verschiedenen Arten von Wiesen in den Alpen. („Wenn och daz zit kumt, daz man die wiesen wëßern sol, „so sol der meyer daz wasser des ersten dry tag vnd dry nâcht „habn vff des hoffß wiesen vnd sol darnach die gebursami och dry „tag vnd dry nâcht habn“⁶⁴⁾. „Die hus wis sol also gewässert „werden, das zwen teyl ob dem weg das wasser ein tag vnd „nâcht, vnnnd zwen teyl vnnnder dem weg zwen tag vnnnd nâcht „nemen vnd bruchen, vnd es also der ordnung nach sond lassen „vmgan. Die geßß wis da sond die dry vordren teyl“ u. s. w. — „Die lûchel wis da sond die teyl ob dem graben u. s. w.“⁶⁵⁾. Man durfte zu dem Ende auch Pfähle in das Wasser schlagen und andere Vorrichtungen, insbesondere auch Uferbefestigungen machen („ein jeder fur dem seinen die bach zu uberpfaelen, „damit das wasser zu winnen und ein jeder naechpar durch den „anderen zu wässeren mit gewöhnlichen sloßeren und mit dem „minsten schaden“⁶⁶⁾. Welche Menschen hatt Erff und Guht, dar „ein Water an flithet, de mag vor dem sienen wehren und schlech- „ten an dem sienen wen er das Water mechtig is biß an das Rit- „tel von dem Water, dar eme dat noit is, dan er sol nit schlechten „dar em dat nit nodig is, damit er einem andern schaden dauw“)⁶⁷⁾.

62) Meine Gesch. der Fronhöfe III, 28—30.

63) Offn. von Steinmaur §. 35 bei Schauberg, I, 94.

64) Grimm, I, 74. Vgl. noch III, 892.

65) Grimm, I, 131. Vgl. noch II, 498 Andr. Sunon. XII, 4.

66) Grimm, II, 674.

67) Rhuerrecht von 1471 bei Steinen, I, 1700. Vgl. noch Rhuerrecht von

Auch die Holzflößerei und die Schiffarth ward nach und nach geregelt. („Die grosse und kleine bach hat die herrschaft das recht allein zu fischen, die unterthanen aber ihr holz darin zu flößen, jedoch mit gewisser einschränkung“⁶⁸). „Noch weisen die scheffen ein gemeinen floßgraben“⁶⁹). Eben so der Gebrauch des Wassers zum Mühlenbetrieb. („wenn der muller sein mulgraben sege will vnd befind reysig oder anders, das ime das wasser hindert, hat er macht dasselbig rauf zu hawen, doch soll ers vff ein rein legen vnnb nichts lassen hinweg fließen. — An der Strew soll ein mehr haben zwolff schue an der weyte vnnb drey ueldt, an der Solzen sechs schue vnnb zwuch feld. Auch hat ein jeder gewalt, vonn Walpurgis byß auff Bartholomei zu wyffern, nemlich alle gepannte feyerabend zu mittag zuzuschlahen vnnb zu wyffern byß vff den gebanten feyertag zu mittag wider auff zu prechen. Vnnb wann der multer nach der Zeit ein wannb zu synndt, die hat er macht auff zuthun, vnnb soll die prether an einen rein legen vnnb keins zu hawe“) ⁷⁰). Auch das Recht eine Mühle anzulegen war ursprünglich das Recht eines jeden echten Eigenthümers ⁷¹). Mit dem echten Eigenthum ist es aber späterhin meistens auf die Grundherrschaft übergegangen. Nicht wenige Dorfgemeinden haben jedoch auch in späteren Zeiten noch ihre eigenen Mühlen behalten ⁷²).

Zur gleichen Vertheilung des Wassers hatte man in manchen Gemeinden einen eigenen sogenannten Wässerer, Wassermann oder Wasserherren angestellt. Einen solchen Wassermann hatte z. B. Roggwil im Kanton Bern („es sollent die

1542, eod. p. 1704 und Offn. von Dietlikon §. 18 u. 19 bei Schauberg, I, 114.

68) Grimm, I, 444—445.

69) Grimm, III, 699 ff.

70) Grimm, III, 892. Vrgl. noch I, 783, III, 135 §. 14 u. 738 §. 1. Hess. Grebenordn. tit. 38, §. 3. Ehehaft R. von Hahnbach art. 22 bei Fint, I, §. 4. p. 370. Andr. Sunon, XII, 4.

71) Vgl. Dipl. von 1007 u. 1008 bei Fint, geöffn. Arch. von 1823, §. VI, p. 443—462.

72) Grimm, III, 891. Hessische GrebenOrdn., tit. 46, §. 1, p. 118.

„von Roggwil einen wasserman haben in irem kotten, der das „wasser leite vnd wise vff die agter allenthalben gelichlich, das „nieman da beheien voruß da beschehe an geuerbe⁷³⁾. In Dürkheim in der Pfalz hatte man einen Wiesenwässerer. (§. 179.) Wasserherren findet man aber heute noch im schönen Wiesenbthal in der fränkischen Schweiz. Dasselbst pflegt nämlich heute noch jede Gemeinde alle zwei Jahre eine eigene Behörde, sogenannte Wasserherren, zu ernennen, welche nach einer bestimmten althergebrachten Ordnung für die Wiesenbewässerung zu sorgen hat. Die Bewässerung beginnt daselbst am 1. Mai und dauert bis zum 24. August. Sie wird alle Sonnabende von 2 Uhr Nachmittags bis Sonntag Nachmittags 2 Uhr vorgenommen und ist so eingerichtet, daß jedes Tagwerk auf zwei Stunde Bewässerung Anspruch machen kann. Jene Wasserherren haben auch für die Unterhaltung der Wassergraben zu sorgen und diese, wenn sie nicht vor- schriftsmäßig von den Eigenthümern selbst unterhalten werden, auf deren Kosten herstellen zu lassen. Anderwärts sollte dieses Alles der Dorfmeister selbst besorgen, z. B. zu Partschins in Tirol („der „Dorfmeister soll das wasser theilen jedem mann nach seiner noth- „durft“⁷⁴⁾). Entstandene Streitigkeiten hatten die erwähnten Wassermänner und Wasserherren, hie und da aber auch die Gemeinde selbst zu entscheiden. („whiere aber sach, das ein ungewöhnlich „fluß oder wässerei angestellt were, so soll man die nachparrn dar- „leiden und das besichtigen“⁷⁵⁾). Dies führte nach und nach zu einem eigenen Wasserrecht⁷⁶⁾, zu einem Mühlenrecht⁷⁷⁾, an der Ruhr zu dem sogenannten Ruhrrecht⁷⁸⁾, zu Ruhrdorf an der Donau zu einem Urfarrecht⁷⁹⁾, zu Weissenau bei Mainz und bei Neuwied am Niederrhein zu einem Fahresrechte⁸⁰⁾

73) Grimm, I, 177. Vgl. noch p. 178.

74) Grimm, III, 738. §. 1.

75) Grimm, II, 674.

76) Grimm, I, 131.

77) Grimm, II, 628.

78) Urf. v. 1471 u. 1542 bei Steinen, I, 1700—1705.

79) Grimm, III, 699 ff.

80) Fares Recht zu Weissenau von 1492 bei Guden, V, 1084. Grimm, I, 620.

und zu eigenen Wassergerichten z. B. zu Ruzdorf an der Donau bei Wien („man sol brew pantalbing haben in dem jar „von desselben vrsars wegen“). Eben so an der Ruhr u. a. m. Im Ober-Simmenthal im Kanton Bern bestand ein eigenes Schwellengericht zur Aburtheilung der Streitigkeiten über den Schwellenbau und über die Schwellenpflicht, d. h. über die Verbindlichkeit Dämme von Grundbalken an dem Flusse anzulegen⁸¹⁾. In Niederdeutschland endlich gab es eigene mit Deichgreben und Deichgeschwornen besetzte Deichgerichte, welche über Deichangelegenheiten erkannten. Hier und da kommen auch eigene Mühlgerichte vor, z. B. im Bisthum Passau⁸²⁾.

f. Andere Marknutzungen.

§. 119.

Weitere Marknutzungen bestanden in dem Gebrauche der Gemeinbewege und Stege, der Gemeinde Brücken und der öffentlichen Plätze. Denn sie befanden sich sammt und sonders in ungetheilter Gemeinschaft und durften daher von jedem Gemeinbegliebe benutzt werden, wie dieses aus unzähligen Urkunden und Weisthümern hervorgeht. (in uilla qualibet quedam communia, wie uidelicet et platee⁸³⁾. „Doch das sy iren nachpuren vnd anderen stäg vnd wäg, zu ir noturft volgen lassint⁸⁴⁾. „Zurent dien Ziln ist ein alment, da süllent die gnosfen vffrent der Alment steg vnd weg han^{84a)}. daß sich die gemeindte der wälb, — strassen, weg vnd steg, wie man alterß herkommen ist, zue ihrer zimblichen nottburfft haben zue gebrauchen“⁸⁵⁾. „ein jedermann soll hebben einen frien weg van sinem herde bis an

81) Stettler, Rechtsgef. von Bern, p. 59 u. 60 Not. 2. Vgl. Stalder, II, 363.

82) Urk. von 1472 in M. B. 31, p. 516.

83) Andr. Sunon. IV, 1.

84) Grimm, I, 131.

84a) Hofrecht von Walters im Geschichtsf. IV, 68.

85) Grimm, II, 159.

„dat hohe altar unbeschert und unbesloet und unbekümmert ⁸⁶⁾. „Item es sind drei weg zu E., die sollen unverzaint, unvergraben, „unverpelzt und unverackert bleiben, ainer für das badhaus, der „ander für den ainer, der dritt für die weinpressen“ ⁸⁷⁾. *Cum pascuis, viis et inviis communionem in silvis, cum exitibus et redditibus* ⁸⁸⁾. „wan ein stat sy ober ein dorf, dem es not tu an „stegen vn an wegen, daz sie wol ab mogen scheiden ir gemeinde“ d. h. ihr Gemeinland ⁸⁹⁾.

Die Gemeinbewege, d. h. die Wege und Stege, wurden allenthalben von den dem Staate gehörigen Land-, Heer- oder Königsstraßen unterschieden. („als die lantstrass von der steig har—, „da sond alle die mit iren guten dar an“ (d. h. an die lantstrass) „stoffent inen selb stäg vnd wäg geben“) ⁹⁰⁾. Sie führten nach ihrer verschiedenen Bestimmung die Namen Rothwege, Kirchwege, Besuchwege, Leichwege, Fochwege, Mistwege, Bauwege, Holzwege, Karrenwege, Schlittenwege, Triftwege, welche in Baiern auch Runterwege genannt wurden, sodann Vicinalwege, ehehafte Wege, Richtpfade, u. s. w. ⁹¹⁾, in der Schweiz auch Einigenn, d. h. Verbindungswege, und Brachwege ⁹²⁾. Wie bei den Königsstraßen, so pflegte auch bei ihnen die Breite der Straße, hie und da sogar auf eine sehr eigenthümliche Weise bestimmt zu sein. („ein „kertweg ofte notweg soll so wiet sin, dat ein mann hen vare „met einer boden lych up einem wagen oft einer karren, oft einer „bruit, dat eine vrowe ga beneven tho beiden siden unbeschmit orer „hoecken. Item ein iudweg offte dreffweg, dar men henne

86) Grimm, III, 30.

87) Grimm, III, 642. §. 15.

88) Dipl. von 948 bei Meichelbeck, I, 444. Vgl. noch p. 445. Dipl. von 1007 u. 1008 bei Zinzl, geöff. A. von 1823, §. VI, p. 443 — 462.

89) Kaiserrecht, II, 73.

90) Grimm, I, 131. Vgl. noch Sächs. Pr. II, 59 §. 3. Schwab. Pr. W. c. 312. Ruprecht von Freising, I, 146. Grimm, III, 27 u. 47.

91) Grimm, I, 131—132, III, 28, 47 §. 56—58 u. 133 §. 4—6 u. 11. Besten Recht tho Schwelm und Hochumsches Stoppelrecht bei Sommer, p. 20, 21 u. 25. Rechtsb. Kaiser Ludw. c. 141. Schmeller, IV, 44.

92) Offn. von Steinmauer, §. 20, 31, 43 ff. bei Schauberg I, 93.

„weiden und misten soll, soll wesen 7 voet wiet. Item ein richtspat soll man halben by alder gewonheit“⁹³). Ein Roethweg soll so weith seyn, so da ein todter Leichnam auff einem Wagen oder Karren käme gefahren und deme eine Brauth oder eine andere Frau mit einer Heuten begegnen thäte, daß die „unbesleitt dabey herkommen könne“⁹⁴). Ein gemeiner Hellenweg soll so weit und so breit seyn, daß ein mann mit einem wesebaum zwerch dadurch reiten kann. Ein weg dadurch man korn und heu fährt soll so weit sein, daß 3 pferde voraus, und 2 hinten mit einem knecht dabei unbeschädigt durchgehen können“⁹⁵). „Daß einer mit einem zwerch vor sich habenden s. g. Wiesenbaum schubhindert die Straß oder Fahrweg passiren könne“⁹⁶). „daß ein leichweg so weit und raum soll sein, daß 3 pferde in einer rige gehen können für den wagen, und an jeder seith des wagens buiten rades ein mann, der das ließ und wagen vor dem soll halten und wahren kann. Daß der jockweg so weit soll sein, daß zu beiden seithen buiten rades ein mann mit einer forke gehen kann und halten, damit das korn nicht umfalle. Daer ein leich und jockweg zu samen gehen, dha soll der weg so weith sein, daß einer dem andern weichen kann, und das leich unbesperrret nach der kirch kommen kann“⁹⁷). „die eptiffin von Andlau sol ein straß haben zue der kirchen also weit, daß uf jeder seiten ein ritter neben ir mag gehen“⁹⁸).

§. 120.

Auch die Baumpflanzungen auf den öffentlichen Plätzen und auf dem Gemeinland gehörten nebst dem darauf gewachsenen Obste der Gemeinde. („Wann einer auf der Gemeinheit pflanzet, dadurch erwirbt er für sich kein Recht noch künftige Ansprach an das implantatum, sondern bleiben die anwachsenden Bäume

93) Grimm, III, 28. vgl. p. 47. §. 56—58.

94) Hochumfches Stoppelrecht §. 26. Vgl. noch Wenker Heyde Recht §. 8 bei Sommer p. 11 u. 25.

95) Grimm, III, 106. §. 40 u. 41.

96) Delbrücker Fr. VII, §. 10.

97) Grimm, III, 133 §. 4—6. Vgl. noch Grimm, R. A. p. 552 f.

98) Grimm, I, 675.

„und darab kommenden Früchte gleichfalls gemein“⁹⁹). „Und wann „opssbeweme of der plagen stunden, so soll das opss, so darauff „gewachsen were, gemein sein“¹⁾). Dasselbe gilt insbesondere auch von den auf den Almenden gepflanzten Kirsch- und Rußbäumen im Kanton Uri²⁾, und wahrscheinlich auch im Kanton Schwiz. Denn die Kirschen galten daselbst offenbar nur deswegen als Gemeines Obst, weil die Kirschbäume auf dem ungetheilten Gemeinland standen. Um jedoch zu Baumpflanzungen aufzumuntern, wurde es späterhin gestattet, die Kirschen zu mehrern und dadurch ein ausschließliches Recht sie zu sammeln zu erwerben³⁾). Im Kanton Uri war es sogar jedem Bürger von Alters her gestattet, Bäume auf die Almend zu pflanzen, ursprünglich so viel er wollte, späterhin aber nicht mehr als sechs, welche sein Privateigenthum bleiben sollten und daher Eigenbäume genannt worden sind⁴⁾). Anderwärts sollte der Früchtertrag wenigstens auf eine Reihe von Jahren den Pflanzern und ihren Erben gehören, z. B. in Baar im Kanton Bern u. a. m.⁵⁾). Eben daselbst besteht seit uralten Zeiten die schöne Sitte, daß jeder Dorfgenosse, so oft ihm ein Kind geboren wird, auf der Almend 12 Obstbäume pflanzen muß, welche später dem Kinde selbst zur Pflege übergeben werden. Daher besteht auch die Barer Almend aus einem Walde von Obstbäumen⁶⁾). Eine ähnliche Sitte bestand in Hartenburg bei Dürkheim in der Pfalz, auf der Stammburg der Fürsten von Leiningen. Bei jeder Geburt eines jungen Herren pflegte nämlich eine Linde gepflanzt zu werden. Und heute noch sind daselbst die uralten Linden eine Zierde der schönen Ruine.

In den Hessischen Gemeinden mußten alle Bauern und alle junge Eheleute bei ihrer Niederlassung und Verheirathung eine bestimmte Anzahl Obst- oder andere Bäume anpflanzen und die gepflanzten Bäume gehörig pflegen. Auch sollten daselbst in jeder

99) Delbrück. Er. VII, §. 9.

1) Grimm, II, 688. Vgl. noch Hess. Grebenordn. tit. 12, §. 9. p. 32.

2) Landbuch von Uri, art. 347 u. 348.

3) Landbuch von Schwiz, p. 87. Meine Einleitung, p. 111. f.

4) Landbuch von Uri, art. 173, 174 u. 346.

5) Renaud in Zeitschr. IX, 25. Vgl. noch Delbrück Er. VII, §. 9.

6) Renaud I. c. p. 26. Not.

Gemeinde, wo möglich sogar von jedem einzelnen Bauer, Baum-
schulen angelegt und die jungen Bäume sodann an öffentliche
Plätze und Wege oder auch in Wäldungen verpflanzt werden ⁷⁾.
Zu Großweier am Oberrhein sollte von jedem Einwohner des
Dorfes jährlich ein Baum, ein sogenannter „Wildfang“, das ist
„ein wilder stamm,“ auf den Almenden gepflanzt und das darauf
folgende Jahr gezwiegt werden ⁸⁾. Endlich war in manchen Ge-
meinden die Anpflanzung neuer Fruchtbäume sogar bei Strafe
geboten. („auch Aepfel-, Nuß- und Birnbaume zu pflanzen bei
„zwei Mark Strafe gehalten seyn“) ⁹⁾.

§. 121.

Die gemeinen Weiden waren, wie wir gesehen haben, für die
Biehweide bestimmt. Sie sollten vom Vieh geezt oder abgeezt
werden. Das Mähen und Heuen war öfters sogar ausdrück-
lich verboten. („Es sol ouch in unserm Rieth niemmen kein gras
„mengen nach schniden“ ¹⁰⁾. „so man Gras ausgibt, soll niemand
„keines dorren, ob ihmand Gras dorret, als viel neue Heller, als
„Gebund er dorret, soll er den Markter geben“) ¹¹⁾. In Uri war
das Heuen in den Rühweiden und in den Alpen in der Regel
verboten ¹²⁾. In vielen Gemeinden war jedoch auch das Heuen
auf den Almenden gestattet und es gehörte sogar mit zu den ge-
wöhnlichen Marknutzungen. (*communione in marchis foenum
secandum et pascua habenda* ¹³⁾). *Licebit tondere fenum in
almenda ville* ¹⁴⁾. „Auch war es, das die herrn ire wiesen und
„weide hewen, so sollent sie der gemein alment auch hewen“ ¹⁵⁾.

7) Grebenordn. tit. 12, §. 4—8, 12 u. 13.

8) Dorfordnung bei Mone, Anz. V, 307.

9) Hofsprache von Lüdinghausen §. 4. bei Sommer p. 246. und bei Nie-
fert, Hofr. von Loen, Anz. IV.

10) Offn. von Steinmayer, §. 47 bei Schauberg, I, 95.

11) Bellersheimer Weisth. bei Cramer, Wezlar. Abz., III, 158.

12) Landbuch von Uri, art. 339 u. 342.

13) Dipl. von 948 bei Meichelbeck, I, 444. vgl. p. 471. *de pratis
carradas* XV.

14) Dipl. von 1268 bei Gudon, syl. p. 256.

15) Grimm, I, 458.

Und zumal das Wildheu sammeln (das sogenannte Wildheuen)¹⁶⁾ und das Plaggenmähen war unter gewissen Beschränkungen gar sehr verbreitet¹⁷⁾.

Wie in den großen Märkten, so gehörte auch in den Dorfmarkten die Benutzung der Torfgruben, der Lem-, Mergel-, Thon- oder Ziegelgruben, sodann der Stein- und Sandgruben, der Kalk- und Steinbrüche, Erzgruben u. s. w. zu den Rechten der Dorfmarktgenossen, welche jedoch im Laufe der Zeit mehr und mehr beschränkt und an die Beobachtung gewisser Formen gebunden worden sind¹⁸⁾.

§. 122.

Auch neue Gebäude durften die Dorfmarktgenossen, wenn es ihr Interesse erheischte, auf der gemeinen Markt aufführen. Und Spuren von diesem Rechte haben sich in den Allgäuer Alpen bis auf unsere Tage erhalten. Es sollten nämlich in dem Gaue Kettenberg alle Dörren, Badestuben, Küchen („Kuchinen“) und andere feuergefährliche Gebäude entfernt von den übrigen Wohnungen („von allen andern Zimmern“) gebaut werden. Wer aber hiezu keinen Bauplatz hatte, der durfte diese Gebäude auf die gemeine Markt setzen („welches aber hiezu kein Hoffstatt hett, mag demselben „vff ein Gemeind gebawen“) ¹⁹⁾. Meistentheils war jedoch hiezu die Zustimmung der Gemeinde²⁰⁾, und in grundherrlichen Dorfschaften außerdem auch noch die Zustimmung des Grundherrn nothwendig. („die heußer und gardten of der gemeindt rugt der „scheffen ²¹⁾. „Waer auch, daz man ainen anschlagt, er hiet ains

16) Landbuch von Glarus, §. 200. Landbuch von Uri, art. 339. ff.

17) Klöntrup, III, 72—77. Piper, p. 97—102.

18) Schwommenbinger Offn. bei Schauberg, I, 133. Grimm, I, 461. Landbuch von Uri, art. 99 u. 275. Hess. GrebenOrdn. tit. 23, §. 12. Piper p. 104—110. Brauner, Böhmische Bauernzustände p. 240 u. 241. vgl. Meine Gesch. der Markenverf. p. 160—162.

19) Kettenberg. Landsordn. p. 28.

20) Landbuch von Uri, art. 335 §. 2. Landbuch von Schwyz, p. 185. Brauner, I c, p. 216 ff.

21) Grimm, III, 832.

„dorffs gemain eingebangen mit zimmer oder mit pawe“ u. f. w.²²⁾. „Es sol och nieman buwen noch dichen vff die almennde an eines „appetes orloup“²³⁾.

Daß die Gemeinde selbst berechtigt war über die gemeine Mark zu verfügen und daher auch Gebäude auf dieselbe zu errichten, versteht sich von selbst. Und die meisten Gemeindehäuser sind auf Gemeindegründen oder Almenden erbaut worden. Eben so die Pfarr- und Schulhäuser, die Hirtenhäuser und Dorffschmieden, die Gemeinde-Mühlen, Wirthschaften, Dörr- und Backhäuser, Ziegelhütten, u. f. w., welche sodann von den einzelnen Genossen wie von der Gesamtheit benutzt werden durften und da, wo Bannrechte bestanden, sogar benutzt werden mußten. („vff der „bannerhofstert sulle ein backhaus stehen der ganzer gemeinen zum „brauch vnb gutem“²⁴⁾. „Es hat die gemeindt ein mühel alhie, „derowegen wissen wier, daß wier seindt verbandt in vnserer mühlen zue mahlen“²⁵⁾. „die Mühlen statt stehet der gemeinen zu“²⁶⁾).

Eine weitere Nutzung der Gemeindegünde, z. B. der Gemeinde-Acker, Gärten und Wiesen, bestand in deren Verpachtung. Eben so pflegten auch die auf denselben stehenden Gemeinde-Mühlen und Wirthschaften verpachtet zu werden. Das Pachtgeld wurde sodann zur Bestreitung der Gemeindeausgaben verwendet und was übrig blieb unter die Gemeindeglieder vertheilt²⁷⁾. Dasselbe gilt von dem Erlöse aus den verkauften Gemeinde-Früchten, Hölzern und anderen Vorräthen. Was nicht zur Befriedigung der Gemeindebedürfnisse nothwendig war, wurde

22) Rechteb. Kaiser Ludwig, c. 137. vgl. noch c. 138 u. 140. Vgl. Balr. Landr. von 1616, tit. 25, art. 5.

23) Grimm, I, 672. vgl. I, 178, 674, III, 136 §. 16. Ringische HoltzgerichtsOrdn. von 1590 §. 63. Osnabrückische HolzgerichtsOrdn. von 1671, art. 9.

24) Grimm, II, 689.

25) Grimm, II, 154.

26) Reddersheim. Weisthum bei Koenigsthal, I, 2. p. 63. vgl. Grimm, II, 502, III, 818. Hess. GrebenOrdn. tit. 38 u. 46, §. 1, p. 90 u. 118. Sternberg, I, 6., Thomas, I, 209 u. 234. Schauberg. I, 133. Brauner p. 219—224.

27) Sternberg, I, 7 u. 64. Hess. GrebenOrdn. tit. 46 §. 7 u. 8, tit. 47 §. 1. Brauner, p. 224—227.

unter die Gemeindegossen vertheilt und in früheren Zeiten meistentheils vertrunken. („dat is der bure gemene to verdrincken“²⁸⁾. „solt geben der gemein vor ein weinkauff ein güldenn zu uerdrinckenn. — ein ortsgülden zu vertrincken der gemein“) ²⁹⁾.

§. 123.

Die ungetheilte Mark war ursprünglich für das wirthschaftliche Interesse der Gemeindegossen, nicht aber zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse bestimmt. Daher waren die Dorfmarkgossen berechtigt, ihre Feldwirthschaft unter Anderem auch dadurch zu erweitern, daß sie sich einzelne Marknutzungen oder Marktstücke für ihre gesonderte ausschließliche Benutzung aneigneten. Die Berechtigung hiezu bestand ursprünglich allenthalben, in allen Deutschen Landen. Sie hängt mit den ältesten Ansiedlungen, also mit der ersten Kultur des Grund und Bodens zusammen. Und in manchen Territorien hat sie sich bis in das 17. und 18. Jahrhundert erhalten. („daß die Marktgenossen wegen ihrer Wrechten, Hegen und Zäune in der gemeinen Markt ihnen „ansehnliche Plätze, welche sie ihr Ort-Land und Hagen-Recht „nennen, zugeeignet, das darauf vorhandene Holz aufgeschnåbdet „und zu ihrem Besten geheget und gebrauchet, ja wohl gar mitten „in der Markt sichere Derter bepflanzen und zu ihren Plaggenmatt verthåbiget“³⁰⁾. „Und wie in einigen Aemtern ein Gewohnheits-Recht ist, daß diejenige Eigenthümer, so an der Gemeinheit „Gründe liegen haben, sich einen gewissen Raum über ihre Grenzen „auf der Gemeinheit bergestalt mit Ausschluß anderer zueignen, „welchen Raum man einen Anschuß zu nennen pflegt, worauf die

28) Sächf. Er. III, 64, §. 11.

29) Grimm, I, 802. vgl. noch Grimm, I, 10, 788, III, 501, §. 6. Sächf. Landesordn. von 1482 und Generalbefehl von 1609 in G. A. I, 8, II, 1362. Erbacher Landr. p. 124. Not. Sternberg, I, 8, 21 u. 64. Meine Gesch. der Markenverf. p. 275—278.

30) Entwurf der Osnabrückischen HolzgerichtsOrdn. von 1671, art. 8. Verthåbigen oder verthebigen ist gleichbedeutend mit defensors in der L. Bayovar. XII, §. 10 (XI, 6 §. 2.) Vgl. Grimm, R. A. p. 66. Meine Einleitung, p. 150.

„Eigenthümer denen übrigen Mark-Interessenten keine Nutzung, „besonders mit Pläggen-Mähen gestatten“) ³¹⁾.

Die Marknutzungen, welche man sich in dieser Weise anzueignen pflegte, bestanden meistens in dem Rechte zu Heuen oder Pläggen zu mähen, öfters auch in dem ausschließlichen Beholzigungs- oder Mast- oder Weidrechte, oder auch in dem Rechte solche Markstücke roben, einsäen und anpflanzen und in sein Sondereigen ziehen zu dürfen. Man nannte die ausgeschiedenen Markstücke Ortland oder auch, wenn dieselben mit dem Bauernhofe zusammenhingen, Anschläge und Hofesfrieden. Wenn sie aber getrennt von dem Bauernhofe mitten in der gemeinen Mark lagen, so nannte man sie Sundern und, wenn sie umzäunt waren, Hagen, Einfänge, Weifänge, Anger, comprehensiones, septa, Zuschläge, Zaunrichtungen u. s. w., Kampe aber oder Weidekampe dann, wenn sie mit einem Graben umgeben worden waren ³²⁾.

Meistentheils wurde jedoch jenes Recht frühe schon in der Art beschränkt, daß es ohne Zustimmung der Gemeinde nicht mehr ausgeübt werden durfte. Und in grundherrlichen Gemeinden war außerdem auch noch die Zustimmung des Grundherrn nothwendig. So in der Schweiz. („Es sol ouch niemand ruchenwaldt vnd „allmeind inuachen ane erloben gunst wissen vnd willen eins „herren von Einsidlen eins vogts vnnnd der waldbluten“ ³³⁾). „Das „nieman keinen invang noch keinen ruchen walt mag noch ensol „inne han ane mines herren des abtes hand vnd willen“ ³⁴⁾). Insbesondere auch in Schwiz ³⁵⁾. Eben so in Baiern. („Wir ordnen „vnd wollen, das füran keiner vnser pfleger, richter, castner, vor- „ster, landsätz, noch jemand ander mer, in vnserm Land ze Bayern, „weder in Dörffern noch anderßwo, ainichen gmainen grund auf- „sahen, hinlassen, oder solchs jemand zu thun bewilligen oder ge-

31) Dorfordnung von Minden, Ravensberg, Leddenburg u. Lingen von 1755 §. 47. bei Wigand, Provinzl. R. von Minden, II, 382.

32) Kinklinger, R. B. II, 6—8. Piper p. 117—120. Brem. Wörterb. II, 731. Meine Einleitung, p. 183—188 u. 217—218.

33) Grimm, I, 153 §. 9.

34) Grimm, I, 151.

35) Landbuch von Schwiz, p. 161 u. 185.

„statten soll, es bschehe dann mit der Grundtherrn vnd Gmain
 „desselben orts, so tail daran haben, sonderm zugeben, wissen vnd
 „bewilligen“³⁶). Sodann am Rhein, in der Wetterau, in West-
 phalen u. a. m. (qui almeindam preter voluntatem civitatis
 sibi attraxerant.³⁷). „Nieman sol eigendom maken in der bur-
 „mark sonder consent der burschafft“³⁸). Wer aber ohne diese Zu-
 stimmung Gemeinland in Besitz nahm, um es als Sondereigen
 („sunderlich eigen“) auf seine Erben zu bringen³⁹), der mußte
 es wieder herausgeben und wurde dazu noch gestraft. Und um
 dergleichen widerrechtliche Besitznahmen zu verhindern, sollte die
 Gemeinde jedes Jahr den gemeinen Nutzen besichtigen („den ge-
 „meinen nutz besehen“) ⁴⁰) und hie und da ein Verzeichniß über
 die zur Privatnuzung hingeegebenen Almendländereien, z. B. in
 in Uri ein sogenanntes Rütibuch, geführt werden⁴¹).

§. 124.

Anderwärts hat sich zwar das alte Recht längere Zeit, jedoch
 beschränkt auf einen kleinen Raum, so weit nämlich der Hammer-
 wurf reichte, erhalten.

Der Wurf mit einem Hammer, mit einem Pflugeisen oder mit
 einer Pflugschaar, mit einer Sichel, mit einem Beile oder mit
 einem Har- oder Haerhammer, d. h. einer kleinen Handart oder
 Baare u. s. w., hat nämlich seit uralten Zeiten zur Messung der
 Größe eines Raumes gebient⁴²). Man bediente sich dieses Maßes
 z. B. zur Bestimmung des Rechtes zu fischen („so weit als sy von
 „der Mul mit ainem hamer werfen mögen“) ⁴³). Ferner zur Be-

36) Bair. Landsordn. von 1553, IV, tit. 19. art. 1. Vgl. Rechtsb. Rfr.
 Ludw. c. 137 u. 140. Bair. Landr. von 1616, tit. 25, art. 5 u. 6.

37) Dipl. von 1277 bei Huden, syl p. 270.

38) Westermold. Landrecht X, 3. Vgl. noch Urk. von 1323 bei Boehmer,
 Frankf. Urk. I, 472.

39) Kaiserrecht, II, 56, u. 73.

40) Kaiserrecht, II, 56.

41) Landbuch von Uri, art. 335 § 4 u. 8.

42) L. Bajuvar. XII, §. 10, XVII, §. 2 (XI, c. 6, §. 2., XVI, c. 1, §. 2).
 Grimm, R. A. p. 55 ff. vgl. oben §. 65.

43) Bair. Landsordn. von 1553, V, tit. 9, art. 14. Bair. Rr. von 1616,

Stimmung des Weiberechtes („die soll nit vorder hebbē up ter „weide dan ein manne, die binnen den hoff steit, die den hec post „in synen arm helt und werpen mach mit einen pluechfolter“⁴⁴⁾). Eben so um zu bestimmen, wie weit die Hühner auf das Feld gehen durften („der soll uff den first stan, vund sol mit dem rechten arm griffen vunder dem lingen vund sol das har in die „rechten hand nemen, vund sol ein sichlen nemen by dem spiz in „die lingen hand, vund als ver als er wirft also ver sond syn „hüner gau“⁴⁵⁾). „Item da Huchner im Korn Schaden thun, soll „man mit barveden Füßen auff zwey scharffe Zauhnsacken klimmen und werffen zwischen den Weinen her, so weith haben „die Huchner Recht und nicht weiter“⁴⁶⁾. „Dar twe naber bey „einander want, und des einen velt vor des andern habe hen geit, „und des manns hoener dem andern schaden doitt, so mag hei stiegen op den tun und leren dat angesichte int dem habe, und nemen ein ploigfolter und werpen dat tûschen sinen beenen „hen op dat velt, so fer mögen die hoener gan, gant sie ferder, „so mag men sie doitt schlaen“⁴⁷⁾. Anderwärts war das Recht der Hühner in folgender Weise bestimmt: „Wie weit ein Huhn „Macht hat, seine Nahrung zu suchen? Ein Huhn soll Macht „haben, über einen 9 Ehrden Zaun seine Nahrung zu suchen, „wanns aber todt geschlagen wird, so soll der Todtschläger dem „jenigen dem das Huhn gehöret über dem Zaun werfen, und so „viel Kräuter dabey, daß es könnte einem Edelmann zu Tische „getragen werden“⁴⁸⁾. „Sofern derjenig, dem der schade durch „die hōener geschehen, dieselbe hōener auf seinem lande und korn „bekommen und kriegen kann, soll ihnen den kropf uffschneiden,

IV, tit. 9, art. 14. Grimm, III, 472 u. 892. Urk. von 1306 bei Künig, Reichsarch. pars. spec. cont. 3, p. 213, Nr. 117. Vgl. S. 65.

44) Hofr. von Luttingen, VI, 6 bei Lacomblet, I, 201.

45) Offn. von Jellanden, bei Grimm, I, 29. Fast dieselben Worte in Offn. von Rilsberg bei Grimm, I, 206. und Offn. zu Schwarzenbach, eod. I, 217 u. 218.

46) Boßum. Stoppelt. §. 44 bei Sommer p. 26. Dieselbe Bestimmung im Denker Heyde Recht §. 23, eod. p. 15.

47) Grimm, III, 30 Aehnlich das Westerwold. Landb. IV, 2.

48) Wendhagen. Bauernrecht bei Spangenberg, p. 201.

„und das gefressene Korn auf sein Land schmeißen, und die höhere
 „darnach demjenigen, dem sie zugehörig, wieder zuschießen lassen“⁴⁹).
 Ähnliche Bestimmungen findet man hinsichtlich der Gänse, Enten
 und Tauben, wiewohl ihr Recht noch beschränkter zu sein pflegte
 als jenes der Hühner. („Gänse haben kein Recht, dann so sie
 „mit dem Hals zwischen zwei Planken herkönnen reichen; gingen
 „sie weiter soll man sie mit Halsen auf dem Stuck an den Orth
 „hängen, ist der Orth zu kurz soll er einen weissen Stock splietten
 „und hängen sie mit den Halsen darzwischen“⁵⁰). „de Endte mat
 „se durch den thun nit den Schnabel kann winnen undt werfen,
 „wider hefft sey kein Recht“⁵¹). „Wie weit eine Endte Gerech-
 „tigkeit hat? von ihres Herren Hoff zu gehen? Nicht weiter als
 „unter dem Schrat Staden. Wie weit eine Taube Gerechtig-
 „keit hat? Eine Taube hat nicht weiter Gerechtigkeit, als auf der
 „Hecke, wird sie todt geschossen und fällt ins Haus, so gehört sie
 „dem, der sie gehabt hat, fällt sie aber herauß, so mag sie derselbe
 „hinnehmen, der sie geschossen hat“⁵²).

Des Hammerwurfes hat man sich ferner auch zur Be-
 stimmung des Tropfenfalles auf der gemeinen Mark bedient.
 („Dessen Besitzer zum Tropfenfall soweit von dem Gemeinde-
 „grunde sich zueignen können, als wie weit derselbe auf seinen
 „rechten Fuß an dem Graben stehend, mit der rechten Hand un-
 „ter dem linken Beine her ein Plugeisen auf den gemei-
 „nen Grund werfen könne“⁵³). Eben so zur Bestimmung
 derjenigen Strecke Landes, welches man sich von der gemeinen
 Mark zueignen durfte, um darauf zu heuen oder Plaggen zu
 mähen, oder um daselbst ein ausschließliches Beholzungs- oder
 Mastrecht auszuüben oder Dorf zu stechen, oder auch Anpflanz-
 ungen darauf zu machen. Und das Recht dieses zu thun nannte
 man das Hammerwurfs- oder Baarenwurfsrecht, das
 Anschuß- oder Ortlandsrecht und, da das in Besitz genom-

49) Grimm, III, 133. §. 2.

50) Voßum. Stoppelt. §. 45. Vgl. Venker Heyde Recht, §. 21. Grimm,
 I, 205. III, 30. Wendhausen. Bauernr. bei Spangberg, p. 201.

51) Venker Heyde Recht, §. 22.

52) Wendhausen. Bauernr. p. 201. Ähnlich das Venker Heyde R. §. 24.

53) Delbrücker Br. VII, 4.

neue Markstätt insgemein eingezäunt zu werden pflegte, das Hagen- oder Zuschlagsrecht⁵⁴⁾. „Soweit einer mit seiner rechten Hand unter dem linken Beine/ her mit einem langen Pflugeisen werfen kann, so er den einen Fuß im Graben haltet, kann er die Mark mit Torf und Plaggemath verthädigen“⁵⁵⁾. „Die Bauern so ihre Kämpfe an gemeinen Marken liegen haben, sollen mit dem Plaggenmeyer von ihrem Grunde aus der Mark so weit zu genießen haben, als ein Hausmanns knecht mit einem Haarhaemer unter dem linken Beine her schmelzen kann“⁵⁶⁾. „Wann einer wollte einen neuen Hagen pflanzen, da niemahls keiner gestanden — der soll in die Schmiede mit dem Pflug fahren, und schlagen das förder Pflug Eisen aus, und nehmen mit der linken Hand das förder Dehr, und stecken dem Forger dadurch, so weit er dem werffen kann, da soll er dem Hagen hinpflanzen“⁵⁷⁾. „es wird gemeinlich dafür gehalten, daß einer von seinen Wrechten und Kämpfen bis so weit, als etwa ein Mann haltend in der linken Hand einen Ast vom Baume, mit einem Pflug Eisen oder Hand Hammer unter dem linken Beine heran zu werffen vermag, es wohl verthädigen und besetzen könne“⁵⁸⁾.

Anderwärts und insbesondere für diejenigen Bauernhöfe und Kämpfe, welche in der Feldmark lagen, ist dieses Recht so bestimmt worden, daß in der Entfernung eines Hammerwurfes kein Anderer Plaggen mähen oder eine sonstige Marknutzung ausüben dürfe. („Da einer den erbkamp hat im Felde liegen, und jemand im Felde daselbst plaggen oder heide mehen wollte, soll soweit von dem Kampfe mit den plaggen mehen verbleiben, als ein Hausmanns knecht, wann er seinen rechteren Fuß auf des

54) Entwurf der Osnabrück. Holtzger. Ord. von 1671, art. 8. Dorfordnung des Fürstenth. Minden von 1755, §. 47. Delbrücker Fr. VII, §. 3. — Haltans, p. 789—790. Piper, p. 117—120. Estor, bürgerl. Rechtsgl. III, 657 u. 658.

55) Grimm, III, 105. §. 30.

56) Grimm, III, 134. §. 8.

57) Bendsagen. Bauerr. bei Spangberg p. 201.

58) Entwurf der Osnabrück. Holtzgerichts Ord. von 1671, art. 8.

„grabens borth gemelbtes kampfes gesezet, mit seiner rechteren „hand under dem linkeren beine mit einem haerhaemer schmitthen „kann“ ⁵⁹). „Dat van eens Mans Erven offte graben jederman „so veern van dor moot blyven, als man met een haerhaemer „onder den lichter been door werpen offte schmyten kann, ende „van de Marken soo wyt als men met een Winbelroor affreiken „kan“) ⁶⁰).

Statt des Hammerwurfes wurde der Raum zuweilen auch nach dem Fluge eines Vogels oder einer Henne gemessen („sol „sie mit dem Zimmer van anderer leuth grunde so weit verplei- „ben, als eine zahme feldhenne in einem stöge in der lengde flie- „gen kann“) ⁶¹).

Wer sich jedoch dieses Hagen- oder Ortlandrechtes einmal bedient und die Anschüsse, Sundern und Einfänge mit seinem Bauernhofe vereinigt hatte, der durfte dieses Recht nicht aber- mals ausüben und sich dadurch zuletzt die ganze gemeine Markt aneignen („daß derjenige, der an seinen Hagen, Brechten oder „Bäumen schon etwas zugeschlagen hat, sich an denselben Orten „kein anderes Hagenrecht oder Ortland mehr gebrauchen solle“) ⁶²). Die Anschuß- oder Ortlandsgerechtigkeit bezog sich demnach nur auf die alten Marktgründe und hatte bei den neuen Zuschlügen nicht mehr statt ⁶³). Daher kam das Recht selbst nach und nach außer Gebrauch, oder es wurde hie und da auch mit den Ham- merwurfsrechte selbst ausdrücklich abgeschafft ⁶⁴). Die älteren An- schüsse und Sundern sind jedoch nach wie vor Sondereigen („egen“ und „egen gut“) geblieben ⁶⁵).

59) Grimm, III, 134, §. 9. Vgl. noch §. 15 u. 18. und Landurtheil aus 16. Jahrb. bei Rindlinger, R. B. II, 7—8.

60) Englische Hollings Instruction von 1590 §. 58.

61) Grimm, III, 136. §. 16.

62) Entwurf der Osnabrücksch. Holzgerichtsordn. von 1671, art. 8.

63) Englische Hollings Instruction von 1590 §. 62. Delbrücker Landr. VII, §. 2—5.

64) Delbrücker Landr. VII, §. 4. Dorfordnung des Fürst. Minden von 1755, §. 47. Mascov, not. juris Osnabrug, c. VII, §. 7 p. 240. Vgl. noch Bair. LandsO. von 1553, V, tit. 9. art. 14. Bair. Landr. von 1616, IV, tit. 9, art. 14.

65) Absprache von 1502 bei Rindlinger, R. B. II, 8.

Mit dem Rechte sich einzelne Markstücke aneignen zu dürfen hängt auch das Recht auf der gemeinen Mark zu roden zusammen, worüber nun noch Einiges bemerkt werden muß.

§. 125.

Unter Roden versteht man das Recht die Mark zu lichten und den Boden urbar zu machen. Mann nannte es daher *culturam facere*, *ad culturam scindere* ⁶⁶⁾, *ad agriculturam perducere* ⁶⁷⁾, *exartum facere* ⁶⁸⁾, *exartare* ⁶⁹⁾, *sartare*, *essartare*, *assartare* ⁷⁰⁾, französisch *essarter* ⁷¹⁾, *stirpare* ⁷²⁾, *exstirpare* ⁷³⁾, *mundare* ⁷⁴⁾, *emundare* ⁷⁵⁾; *novare* ⁷⁶⁾ *novellare* ⁷⁷⁾ *riutan*, *rüten*, *errüten* ⁷⁸⁾, *raden* ⁷⁹⁾, *reuten*, *reißen* oder *brechen* ⁸⁰⁾ oder *rawmen* oder *rawttn* ⁸¹⁾ und späterhin *rotten* oder *roden*. Das gerodete Land oder das Rodtland nannte man daher *cultura* ⁸²⁾, *exartus*, *exartum*, *exartes* ⁸³⁾, *sartus*, *sartam*,

66) L. Wisigoth. X, 1, c. 9.

67) Dipl. Caroli M. bei Baluz, II, 720.

68) L. Burgund. tit. 13.

69) L. Bajuvar. XVII §. 2 (XVI, 1, §. 2.) L. Burgund. add. I, tit. 1. §. 1. Dipl. von 779 bei Neugart, I, 68.

70) Du Cange, h. v.

71) Beaumanoir ch. 24, p. 124. cout. de Troyes, art. 177.

72) Capit. Caroli M. de villis, c. 36. Cod. Lauresham. I, 317 u. 382.

73) Cod. Lauresh. I, 69, Dipl. von 1057 bei Meichelbeck. I, 516.

74) L. Bajuvar XVII §. 2 (XVI, 1, §. 2).

75) Dipl. Caroli Calv. bei Lauriere, gloss. I, 422. Sibi locum et licentiam dari ad exartandi sive concidendi, atque emundandi tanti spatii terram.

76) Dipl. von 1126 bei Schoepflin, Alb. Dipl. I, 206.

77) Dipl. von 1274 bei Gudem, II, 960.

78) Landbuch v. Schwyz p. 49 u. 161.

79) Grimm, I, 502.

80) Grimm, II, 16.

81) Grimm, III, 658.

82) L. Wisig. X, 1, c. 9. Sodann nannte man aber auch jedes kultivirte Land *cultura*. Dipl. von 632 bei Mabillon, re Dipl. p. 464. cum silvas, culturas vel prata — Cap. Caroli M. de villis, c. 37.

83) L. Burgund. tit. 13, 41. §. 1, 54 §. 2 u. 67. L. Bajuvar. XVII §. 1 u. 2. (XVI, 1, §. 1 u. 2.) Dipl. Caroli M. bei Baluz, II, 720.

essartum, assartum ⁸⁴), stirpum ⁸⁵), stirpatum ⁸⁶), stirpatum ⁸⁷), terra novalis, novalia, novalis, agri novalis ⁸⁸), novellatio ⁸⁹), terra novaria ⁹⁰), geriute, ninrlute, niurlute, niurriute, niulende, nugelende, niuulenti, Raut, Reut, Gereut, Neureut, Neugereut ⁹¹), später Rottland oder Neubruch und in der Schweiz die Rüti, Rütinen ⁹²), das Grüt, das Rüteli, Rütli und Grütli ⁹³), woher der in der Schweizergeschichte so berühmte Ort am Walbstättersee seinen Namen erhalten hat. Und es pflegte von je her das Rottland von dem längst kultivirten Lande, also exartus vom ager ⁹⁴), das Rottland von dem Artland ⁹⁵) und von dem Artacker, d. h. von der terra arabilis ⁹⁶), und die Rüti und Rütinen von dem Eigen unterschieden zu werden ⁹⁷).

Das Roden in der gemainen Mark (in silva communi) war von je her erlaubt ⁹⁸). Es war erlaubt, so weit man es für sein eigenes Bedürfnis nothwendig hatte. Denn für fremden Gebrauch wurde es niemals gestattet. (tantum exartent, quantum podent in eorum compendio, et ad eorum opus quid ibidem manunt — et alios extraneos non habeant licentiam dare ⁹⁹). Auch durften natürlicher Weise die Verbindungswege

84) Cartularium Rhemens. bei Baluz, II, 720. Si novalia, quae sarta vocant. Spelmann, h. v. Du Cange, h. v.

85) Cod. Lauresh. I, 384, 416, II, 160.

86) Cod. Lauresh. I, 332.

87) Du Cange, h. v.

88) Cod. Lauresh. III, 292 u. 310. Dipl. von 1057 bei Meichelbeck, I, 516. Dipl. v. 1126 bei Schoepflin, I, 206. Dipl. von 1274 bei Guden, II, 959 u. 960.

89) Dipl. von 1274 bei Guden, II, 960.

90) Cod. Lauresh. I, 331

91) Schmeller, II, 479, III, 158, 163 u. 164. Grimm, II, 16. u. R. M. p. 524.

92) Landbuch von Uri, art. 335 u. 336.

93) Landbuch von Schwiz, Glossar. h. v. Stalder, II, 295.

94) L. Burgund. tit. 67. L. Baju. XVII. §. 1 u. 2 (XVI, 1, §. 1 u. 2.)

95) Urk. von 1490 bei Mencken, I, 790—792.

96) Rone, V, 262 u. 270.

97) Landbuch von Uri, art. 335. §. 3.

98) L. Burgund. tit. 13.

99) Dipl. von 779 bei Neugart, I, 68.

in der Mark nicht gerodet werden ¹⁾. Von solchem verbotswürdigen Roden redet auch eine Urkunde von 819 (*illi, qui iniuncto eandem commarcam ultra, quod debuerunt, extirpaverunt contra legem*) ²⁾. In derselben Weise blieb auch im späteren Mittelalter noch das Recht zu roden ganz unbeschränkt. Noch im Jahre 1190 hat im Kirchspiele Neumünster ein Bauer namens Gottschalk durch Ausrodung von Wäldungen seine Aeder erweitert ³⁾. Und in der Schweiz, in Baiern und Westphalen geschah es noch weit später ⁴⁾. Nur den unfreien und hörigen Colonen war das Roden in früheren Zeiten verboten. (*et nullam aliam astitatorem sive ad exstirpandum sive in essura ligni*) ⁵⁾. In späteren Zeiten war es jedoch auch ihnen gestattet, nur ist zu dem Ende natürlicher Weise die Erlaubniß des Grundherrn oder der grundherrlichen Beamten und, wenn dieser der Landesherr war, die Erlaubniß des Landesherrn oder der landesherrlichen Beamten nothwendig gewesen. (*Si quis comprovincialium novales in eis novare voluerit, permisso trium forestariorum hoc expleat*) ⁶⁾. „er soll esz nit roden, anc laube cyns forstmeisters“ ^{6a)}. Item weist der scheffen, dass niemand kein nugelende uf soll reissen oder brechen ohn verhengnus eins abts oder seiner amptleude ⁷⁾. Das nieman keinen invang noch keinen ruchen walt mag noch ensol inne han anc mines herren des abtes hand vnd willen ⁸⁾.

1) L. Burgund. add. I, c. 1, §. 1.

2) Ried I, 17.

3) Visiones Godeschalci bei Langebeck, scriptor. p. 364. Fald, Handb. III, 2 p. 464.

4) Dipl. aus 13. Jahrh. bei Bluntshilf, I, 88 *proprietas meam, quam labore proprio de incultis silvis extirpavi*. Beisthum von Kirchbuchen bei Bigand, Provinz. von Paderb. III, 8 in grunden, demen doch myt plogen nicht ernen kann, mach hey uthroden, — so mochte se laten rodenn unde uthdon. Grimm, III, 658. wer an den zwey pergn icht rawmen oder rawttn wolt, dem sol das nyemandt weren, vnd sol sein recht algn seyn.

5) Dipl. von 863 in Cod. Lauresh. I, 69.

6) Dipl. von 1126 bei Schoepflin, I, 206.

6a) Grimm, I, 502.

7) Grimm, II, 16.

8) Grimm, I, 151., vgl. noch 153 §. 9. Wigen Wühlen Recht bei

Auch sollte in keiner Gemeinde mehr ohne Zustimmung der Gemeinde selbst gerodet werden dürfen, weder in den freien noch in den grundherrlichen und in den gemischten Dorfmarken⁹⁾ Außerdem mußte von jedem Rottlande entweder an den Grundherrn oder an die Kirche der Zehnte gegeben werden. (si in communibus passuis, que almeinde vulgari vocabulo nuncupantur, agri colantur aut vinee, de culturis eisdem et in eis nascentibus decimo persolvuntur abbati)¹⁰⁾. Dieser Zehnte wurde daher zuweilen auch Waldmarkzehnte¹¹⁾ oder Almentzehnte (decimae de Almeinda)¹²⁾, insgemein jedoch Rovalzehnte, Rottzehnte und Neubruchzehnte genannt¹³⁾.

Hie und da durfte das Rottland nur eine Zeit lang benutzt werden und mußte sodann wieder für die gemeine Mark liegen bleiben, z. B. zu Meggen in der Schweiz (waz man rüttet vsser den hegern, der sol ez drie roeb niessen, darnach sol ers laussen ligen)¹⁴⁾. Eben so die Rütt und die Rüttinen im Kanton Uri¹⁵⁾. Anderwärts sollte außerdem nur ein sehr kleines Stück gerodet werden dürfen, z. B. in der Schweiz und in Baiern. (das ein ieder sin holtz so vff die ächer stossend, vmb meer nutz es echeren wille zwolff schrit wit solle rüten, darbi soll es beliben, wo aber einer witer denn die 12 schrit gerut, soll der selbige selliche rüte zwen nutz vff ein anderen bruchen vnd buwen, vnad demnach wider ligen vnnd zu holtz werden lassen¹⁶⁾). „Daß niemanden hinfüro ainich Reutten weiter auf-

Mascov, p. 44—45. Dipl. von 1275 bei Günther, II, 411. Struben, rechtl. Bed. IV, Nr. 109. vgl. oben §. 30—32.

9) Grimm, I, 153 §. 9. Kaiserrecht, II, 56. Landbuch von Schwyz p. 161. Landbuch von Uri, art. 335 §. 1. Bair. Landes Ordn. von 1553, IV, tit. 19, art. 1. Singlische Holzger. Ordn. von 1590, §. 63. Osnabrück. Holzgr. Ordn. von 1671, art. 9.

10) Grimm, I, 765.

11) Erbacher Landr. p. 373. Meine Gesch. der Grondhöfe, III, 211.

12) Urk. von 1235 bei Würtwein, chron. Schönan, p. 73. Grimm, I, 765.

13) Grimm, III, 658. und R. A. p. 524. Bair. Landesordn. von 1553, IV, tit. 16, art. 7. Bair. Landr. von 1616, tit. 28, art. 13.

14) Geschichtsf. VI, 74. Grimm, I, 165.

15) Landbuch v. Uri, art. 335 §. 1, 4 u. 18.

16) Grimm, I, 138.

„zufassen, einzugeinen, oder mit der Hauen umzureißen gestattet, oder nachgesehen werde, dann so vil ainer zu zweyen Mehen Roggen, Haber oder Gersten ze seen nottürfftig sein wurde, dieselb Kent in mag er zwey jar nach einander prauchen und reissen, aber das dritt jar soll er es widerumb aufstuen“¹⁷⁾. Das zum Roden aus der gemeinen Mark ausgeschiedene Land, die Rütli und die Rütlinen, mußte hie und da auch binnen einer gewissen Frist gerodet werden, sonst fiel es wieder an die gemeine Mark oder an die Almend zurück, z. B. im Kanton Uri¹⁸⁾.

Das urbar gemachte oder sonst aus der gemeinen Mark ausgeschiedene Land mußte eingezäunt, ummurt oder mit einem Graben umgeben werden, z. B. in Schwyz¹⁹⁾ und in Uri²⁰⁾. Daher ist auch bei Rottländlerereien sehr häufig von Einfängen, Beisängen, Kampen, Zaunrichtungen und Zuschlägen die Rede. (I bifangum, quem pater meus propriis in silva²¹⁾). „Welcher wylche, (d. h. Wiese), kamp vnd garden der syn in vorlebenen tydt genommen vth die menen Marke van Handorpe“²²⁾. Wahrscheinlicher Weise sind sogar die meisten alten Einfänge, Lampe, septa, comprehensiones u. s. w. auf solchen Rottländlerereien entstanden, ohne daß jedoch hieraus mit Lacomblet²³⁾ u. A. gefolgert werden darf, daß alle Einfänge und comprehensiones mit solchen Rodungen zusammen hängen²⁴⁾.

17) Urk. von 1553 bei Lohr p. 329.

18) Landbuch von Uri, art. 335 §. 12.

19) Urk. von 1339 bei Ropp, Gesch. II, 1. p. 300. „Were ouch baz ieman, er were Rich oder Arm, Korn oder Roggen geseget hete uf den gemein merkin, das sol er ensunders beschlachen von den Ratten. Das sol im nieman ehen, noch ouch sine Heg brechen.“ vgl. Landbuch von Schwyz, p. 214.

20) Landbuch von Uri, art. 335, §. 4.

21) Cod. Laurens. I, 389.

22) Urk. von 1492 bei Goldschmidt, Gesch. der Grafschaft Lingen, p. 571. Vgl. noch Piper, p. 121. Meine Einleitung p. 183 ff.

23) Urb. I, 4.

24) Stadtrecht von Frauenfeld von 1331 §. 8 bei Schauberg, II, 118 — „swer dem andern freuelich in sinem Roelgarten, oder in sinem homgarten alder in uang schaden thut“ — wo beim Zwang gewiß an kein Rottland zu denken ist.

Uebrigens wurde in Westphalen zwischen Zaunrichtungen und Zuschlägen ein Unterschied gemacht. („Eine Zaun Richtung ist eigentlich dieses. Wenn einer seinen alten Zaun niederreisset, und die neuen Zaun Pfüle ehliche Fuß oder Schritt weiter von seinem Grunde an eine andere Stelle uff die gemeine Mark setzet, und also das seinige weitem und verbessert. Von Zuschlägen: Dieses sey, wenn jemand an seinen Garten oder Kämpfen ehliche Ruthen in die Länge, in die Breite zuschläget, und in die Bawrechtung bringet²⁵⁾. „So verue het geene alsoo uut der Boshen offte Marken genomen woort, grotis als een Noode landes, soo sal het geachtet worden voor eenen toeschlag. „Maer ist minder off alleenlic so groot, sal het voor eenen Tuinrichtinge geachtet“²⁶⁾. Ein in Besitz genommenes und eingezäuntes größeres Marktstück nannte man demnach einen Zuschlag, ein kleineres dagegen eine Zaunrichtung. Auch die Zuschläge und Zaunrichtungen waren indessen verboten, wenn sie ein gewisses Maß überschritten. („so jemandt einige ungepürliche oder ungewöhnliche Zuschläge oder Bezäunung thäte“) ²⁷⁾.

§. 126.

Eine weitere in früheren Zeiten sehr verbreitete Benutzung der gemeinen Mark bestand darin, daß die Kulturfähigen oder auch bereits kultivierten Gemeindegüter zur Privatnutzung auf ein Jahr oder auf mehrere Jahre unter die Gemeindeglieder verteilt zu werden pflegten. Man nannte diese zur Privatnutzung hingegebenen Gemeinländereten Markfelder²⁸⁾, Gemeinmarkgüter, z. B. in Schwiz Gemeinmerküeter²⁹⁾, zu Reggen im Kanton Lucern Gemeinmerch oder Gemeinmerchgüter³⁰⁾, so- dann Almentäcker, z. B. in Blandenloch in Baden und in

25) Entwurf der Osnabrück. Holzgr.Ord. von 1671, art. 9.

26) Eingische HoltingeInstruction von 1590, §. 63.

27) Boshumsches Landrecht §. 56 bei Sommer, p. 28.

28) Wigand, Archiv, II, 2, p. 144 u. 145.

29) Landbuch von Schwiz, p. 225 u. 226.

30) Grimm, I, 165.

Weissenburg³¹⁾, Almentgärten, z. B. in Gersau³²⁾, in Schwiz, Uri u. a. m.³³⁾, Almentweinberge, z. B. in Weissenburg, Coblenz u. a. m.³⁴⁾, Almenthanggärten, z. B. in Uri³⁵⁾, oder auch ganz allgemein Gemeintheile, z. B. in Appenzell Gmündsthal³⁶⁾ und im Eichsfeld Kahltheile, weil sie zum Anbau der Gartengewächse benutzt zu werden pflegten³⁷⁾. Zu diesen zur Sondernutzung hingegebenen Gemeinländereien gehörten offenbar auch viele Wildfelder z. B. im Speßhard³⁸⁾, viele Egarten, die Wild- oder Schiffelländereien an der Mosel, die Butenfelder in Mecklenburg, die Heideeländereien, Drieschländereien, u. a. m. von denen Landau handelt³⁹⁾. Unrichtig ist es jedoch, was Landau behauptet, daß diese Ländereien immer Gemeindeländereien gewesen seien. Die Egartenwirthschaft und die Driesch- oder Dreischbeutung z. B. findet sich auch sehr häufig auf Privatländereien (auf Sondergütern). Und in Baiern gibt es auf dem Gemeinlande gar keine Ergarten mehr, sondern nur noch auf den Sondergütern in den Baierschen Alpen. (§. 105.) Sehr wahrscheinlich sind auch die Wechselgüter oder Wechselgrundstücke im Eichsfeld und in Fulda ursprünglich solche Gemeindeländereien gewesen⁴⁰⁾. Jedenfalls gehören dahin die sogenannten Hauberge im ehemaligen Fürstenthum Siegen.

Hauberge nennt man die in jenem Lande sehr ausgedehnten Niederwaldungen, welche sich heute noch in ungetheilter Gemeinschaft der Haubergsgenossen befinden. Das Hau-

31) Rone, Zeitschr. I, 444. Grimm, I, 765.

32) Geschichtsfreund, VII, 146.

33) Landbuch von Schwiz, p. 161. Landbuch von Uri, art. 164, 335 §. 9—16 u. 338.

34) Grimm, I, 765. Urk. von 1110 bei Günther, I, 167.

35) Landbuch, art. 335, §. 14.

36) Tobler, p. 227.

37) Hartmann, p. 341.

38) Behlen, der Speßhard, II, 20. Von ihnen verschieden sind die Wildhuben in der Schweiz, welche nicht in Markgemeinschaft befindliche herrenlose Huben gewesen zu sein scheinen. vgl. oben §. 49.

39) Landau, Territorien, p. 177 ff.

40) Hartmann, Provinzialr. des Eichsfelds, p. 89. Thomas, III, 137.

bergsländ ist in Bezirke (Haubergsbezirke) eingetheilt, und für die einzelnen Bezirke besteht eine Umtriebszeit von 15 bis 20 Jahren. Jeder Bezirk ist nämlich in eine gleiche Anzahl Haue oder Schläge eingetheilt, von denen jedes Jahr ein Hau zum Abtrieb gelangt. Im März und April erfolgt die Abholzung des zum Abtrieb bestimmten Haues. Nach Beendigung der zur Holznutzung nöthigen Arbeiten wird der Rasen im Hauberge abgeschält, verbrannt und die Asche als Dünger über den ganzen Hau ausgebreitet. Hierauf folgt an einem bestimmten Tage die Aussaat des Winterroggens. Ende August wird der Roggen geschnitten und darauf der Hau wieder geschlossen, um bis zu seinem in 15 bis 20 Jahren wieder erfolgenden Abtrieb von den Haubergsgenossen als Viehweide benutzt zu werden. Die Haubergswirthschaft ist demnach eine mit Felbbau verbundene Niederwalbwirthschaft. Das Eigenthum des Haubergslandes gehört, und zwar in ungetheilter Gemeinschaft, der gesammten Haubergsgenossenschaft. Die einzelnen Genossen haben nur einen ideellen Antheil an dem Hauberge, der sie berechtigt in dem jährlichen Haue nach Maßgabe ihres ideellen Antheiles ein Stück Land zum Holzabtriebe und zur Roggenbestellung zugetheilt zu erhalten. Nach beendigter Ernte hört das Nutzungsrecht des Einzelnen auf und der Hau wird wieder als Gemeinland von sämmtlichen Genossen benutzt ⁴¹⁾).

Sehr merkwürdig ist auch die Benutzung der gemeinen Mark von den Bauerngemeinden in Rußland. Kein Bauer hat nämlich Sondereigen. Die Bauern besitzen und bauen vielmehr den Grund und Boden in Gemeinschaft. Und sie befinden sich dabei, wie man sagt, sehr wohl ⁴²⁾).

§. 127.

Meistentheils geschah die Vertheilung dieser Gemeinländereien mittelst Verloosung. Daher findet man in früheren und spä-

41) E. von Bodelschwingh, Leben des Ober-Präsidenten Freiherrn von Vinke. Berlin 1853 I, 69 u. 70. Note. Akenbach, die Haubergs Genossenschaften des Siegerlandes, Bonn, 1863, p. 3—7.

42) A. Koschelow bei Bodenstedt, russische Fragmente, II, 47—132.

teren Zeiten in allen Ländern Germanischen Rechtes so viele Loos-
güter, *sortes*, *lobber*, *Lüz*, *Lüz*, *Luffen* u. s. w. ⁴³⁾. So wurden
z. B. die Gemeindewiesen in Oberhessen in manchen Gemein-
den auf ein Jahr, in anderen Gemeinden aber auf 12 Jahre ver-
theilt ⁴⁴⁾. Auch auf der Insel Usedom wurden die Gemeindewie-
sen bis auf unsere Tage jährlich zur Nutzung durchs Loos unter
die Bauern vertheilt ⁴⁵⁾. Und auch in Baiern hat es solche
Looswiesen (Lufanger und Lufwiesen) gegeben ⁴⁶⁾. Noch häufi-
ger wurden aber einzelne Theile der gemeinen Mark als Acker-
land auf ein Jahr oder auf mehrere Jahre unter die Gemeindeg-
lieder vertheilt, z. B. in manchen Gemeinden des Erzstiftes Trier
(*ubicumque in isto banno communes campi coluntur*) ⁴⁷⁾.
In Peitingau in Baiern geschah dies im 16. Jahrhundert noch
immer nur auf ein Jahr. („Der gemainen Loß halben, wölliche
„vormalen ordennlich vmbgangen, und mer nicht dann zwah und
„zwainzig Häuser auf ein jar an der Gemein gehabt“) ⁴⁸⁾.
Eben so in der Gemeinde Frickhofen im Nassauischen noch im
18. Jahrhundert ⁴⁹⁾. Auch in der Schweiz geschah die Verthei-
lung in manchen Gemeinden nur auf ein Jahr. Von einer sol-
chen Vertheilung eines Theiles der Gemeinmark verstehe ich auch
die Verfügung in der Holzordnung von Opfikon, art. 5: „Wan
„ein gmeind jm gmeinmerch etwas zebuwen uss gibt, sol es nach
„dem die frucht abgeschnitten werdent wider hys liggen, vnd nit für
„eigen geteilt Sunder zuo der alment gehören ⁵⁰⁾. Anderwärts
z. B. in Oberägeri im Canton Zug geschah es auf 10 Jahre ⁵¹⁾,
in Appenzell aber ⁵²⁾ und in Uri lebenslänglich ⁵³⁾, in Ger-

43) Schmeller, II, 504, 505 u. 531. Vgl. Meine Einleitung p. 6 — 7,
79 — 80, 278 u. 279. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 20 — 203.

44) Sternberg, I, 123 u. 128.

45) Homeyer, über das germanische Loosen, p. 29.

46) Schmeller, II, 504.

47) Weisth. aus 13. Jahrh. II, c. 4 bei Lacomblet Arch. I, 312.

48) Urk. von 1553, §. 3 bei Lori, p. 328. Vgl. p. 348.

49) Gramer, Wehl. Abst. 115, p. 354 u. 364.

50) Schauberg, I, 135.

51) Renaud in Zeitschr. IX, 25. Not.

52) Tobler, p. 227.

53) Landbuch von Uri, art. 335 §. 9 u. 11.

sau auf Lebenszeit der Besitzer und seiner Kinder ⁵⁴⁾. In Oberhessen pflegten zu Fronhausen, Roth, Wenkbach und Argenstein die Gemeinfelder von 10 zu 10 Jahren unter die Gemeindeglieder vertheilt zu werden, zu Stauffenberg dagegen erhielt jeder Ortsbürger nur zwei Aecker, diese jedoch auf Lebenszeit ⁵⁵⁾. In der Pfalz am Rhein, auf dem Hunsrück und hie und da auch im Nassauischen geschah die Vertheilung ebenfalls auf ein Jahr, noch häufiger jedoch auf 3, 4, 9, 12, 14, 18 oder 20 Jahre. Und man pflegte daselbst die verloosten Gemeinfelder Loosgüter, z. B. Sickingische, Leiningische, Hanau Lichtenbergische Loosgüter zu nennen ⁵⁶⁾. Anderwärts in der Pfalz wurden die Almentäcker auf Lebenszeit verliehen. Die Erben konnten sich aber im Besitz erhalten, wenn sie eine kleine Abgabe an die Gemeinde entrichteten ⁵⁷⁾. Eine ähnliche Vertheilung der Gemeingüter hatte in der alten Grafschaft Hohenlohe statt, wo diese Güter Bürgergemeinrechte, Guzen und Holzlauben genannt worden sind. („Die sogenannte Bürger-Gemeinrechte, Guzen, Holzlauben und „dergleichen, die sollen auch vor das zukünftige ihre Eigenschaft „behalten, und daher von keinem Besitzer eigen gemacht, und auf „die Erben gebracht werden können, sondern der ganzen Gemeinde „eigenthümlich verbleiben, und nur allein der Genuß nach je „den Orts Herkommen von einem Bürger zu dem andern walzen“ ⁵⁸⁾).

Das Eigenthum an solchen Loosgütern und Markländereien gehörte demnach der Gemeinde oder richtiger gesagt der Gesamtheit der Genossen, dem jedesmaligen Besitzer aber der bloße Genuß. Nach Ablauf der zur Sondernutzung bestimmten Zeit fiel daher das Loosgut wieder an die Gemeinde zurück ⁵⁹⁾ und wurde sodann immer von Neuem wieder vertheilt. Auch durften die Besitzer solcher Alment-Felder und Gärten diese nicht veräußern oder

54) Altes Eherecht im Geschichtsfreund VII, 146.

55) Sternberg, I, 11 und 121.

56) Meine Einleitung p. 6—7.

57) Anhang Nr. 2.

58) Hohenloher Landr., tit. 19, §. 3 p. 116.

59) Altes Eherecht von Gersau im Geschichtsfreund VII, 146. Landbuch von Uri, art. 335, §. 9 ff.

verpfänden ⁶⁰⁾. Und wenn jene Ländereien nicht vorschriftsmäßig benutzt wurden, sollten sie alsbald wieder an die Gemeinde zurückfallen, also wieder zu Alment werden ⁶¹⁾. In Blandenloch in Baden sollten die Almentäcker am St. Johannistage von ihren Besitzern angebaut sein, sonst durfte sie jeder andere Einwohner in Besitz nehmen und anbauen ⁶²⁾. In Sandhofen war jeder Bauer berechtigt in der gemeinen Alment so viele Furchen zu machen, als er sich getraute in acht Tagen zu bestreichen. Wenn er aber in diesen acht Tagen nicht geackert was er gefurcht hatte, so durfte jeder andere Bauer das Land in Besitz nehmen und ackern. Auch sollte das Land dreimal in neun Jahren befruchtet werden, sonst durfte es jeder andere in Besitz nehmen und anbauen ⁶³⁾.

In sehr vielen Territorien, z. B. in der Pfalz, im Nassauischen, im ehemaligen Fürstenthum Siegen, und im Hohenlohschen, auf dem Hundsrück, in Hessen, im Eichsfeld und in der Schweiz hat sich die Sitte, die Gemeinländereien auf diese Weise zu benutzen, bis auf unsere Tage erhalten. In den meisten Territorien sind jedoch die bei der Theilung erhaltenen Ackerlose frühe schon in derselben Weise, in Sonderreigen der einzelnen Besitzer übergegangen, wie die Erbpacht aus der stillschweigend verlängerten Zeitpacht hervorgegangen ist. In Peitingau geschah dieses schon im Laufe des 16. Jahrhunderts. Daher sollten daselbst in späteren Zeiten die gemeinen Löße oder gemeinen Flecken nur dann noch an die Gemeinde zurückfallen und sodann über dieselben zu Gunsten anderer Gemeindeglieder verfügt werden, wenn dieselben nicht vorschriftsmäßig gebaut worden waren. („Ob aber ainer oder mer sollichs nit thuen oder halten wurden, der oder dieselben sollen one alle Ein und Widerred darvon entsezt, und derselb Flecken ainem andern gelassen werden“) ⁶⁴⁾.

60) Landbuch von Schwyz, p. 161 u. 185. Landbuch von Uri, art. 335, §. 15 u. 17. Anhang Nr. 2.

61) Landbuch von Schwyz, p. 161. Landbuch von Uri, art. 335 §. 11—13.

62) Rone, Zeitschr. I, 444.

63) Grimm, I, 459 u. 462.

64) Urk. von 1553, §. 3 bei Lori p. 329. Vgl. noch p. 348.

Das Bestreben dergleichen von der Gemeinde erhaltene Ackerlose in Sondereigenthum zu verwandeln, findet sich übrigens allenthalben in ganz Deutschland. Offenbar sind darauf auch die vorhin erwähnten Bestimmungen des Hohenloher Landrechtes und des Kaiserrechtes (II, 65 und 73) zu beziehen.

§. 128.

In sehr vielen Territorien ist jedoch die Theilung der gemeinen Feldmark gleich ursprünglich auf immer geschehen, z. B. zu Löß im Kanton Zürich, zu Roggwil im Kanton Bern ⁶⁵⁾ u. a. m. In den meisten Territorien weiß man aber nicht, wann und wie die ersten Verloosungen vorgenommen worden sind. Nach dem alten Dithmarschen Landrechte von 1447 und 1480 ist schon damals, also schon im 15. Jahrh., alles Ackerland aus der Gemeinschaft herausgenommen und in Sondereigenthum übergegangen gewesen. Und im 16. Jahrhundert hat es im Dithmarschen sogar schon Gemeinden gegeben, welche ihre gemeine Mark schon ganz vertheilt, also gar keine gemeine Mark (Menemark) mehr hatten. Ja sogar die Erinnerung an die ursprüngliche Gemeinschaft war schon im 15. und 16. Jahrhundert hin und wieder gänzlich verschwunden ⁶⁶⁾. Eben so in vielen anderen deutschen Territorien. Nichts desto weniger ist es doch mehr als bloß wahrscheinlich, daß auch im Dithmarschen wie im übrigen Deutschland ursprünglich Feld- oder Markgemeinschaft stattgehabt hat, und daß die ursprüngliche Verloosung nur auf eine Reihe von Jahren erfolgt, späterhin aber nicht mehr wiederholt worden, und so nach und nach erst das ursprünglich zeitliche Besitzthum in erbliches Sondereigen übergegangen ist.

Allein auch in jenen Gemeinden, in welchen die gemeine Feldmark entweder gleich ursprünglich auf immer getheilt oder die ursprünglich zeitweise Verloosung später unterlassen worden und so das zeitliche Besitzthum erst nach und nach in ein erbliches Eigen übergegangen ist, erhielten sich nach wie vor noch lange

65) Grimm, I, 133 u. 177.

66) Dithmarsch. Landr. von 1539, art. 156. Michelsen, altbithm. Rechtsquellen p. 154, und 380—382 und Michelsen in Zeitschr. VII, 94 ff.

Zeit Spuren der ehemaligen Marktgemeinschaft. Diese Spuren zeigten sich nicht bloß bei der Aufeinanderfolge der Saaten, bei der Abwechslung der Bau- und Ruhejahre, bei der Einzäunung der Felder, beim Pflügen, Säen und Erndten und bei anderen Verfügungsrechten über das aus der gemeinen Mark ausgeschiedene Sondereigen, welche Rechte, wie dieses bereits bemerkt worden ist, der Gemeinde auch in späteren Zeiten noch geblieben sind. (§. 40.) Jene Spuren zeigten sich außerdem auch noch darin, daß der jedesmalige Besitzer eines Marktstücks dieses wieder für die Gemeinde Mark liegen lassen mußte, wenn es von der Gemeinde verlangt wurde. („wer gemeinmerch inne hat in dem hof ze Meggen, „wennne ein vogt vnd die genossen uber ein koment, das er das „fulle lassen ligen, das er kein recht darzu ine haben sol“) ⁶⁷⁾. Eben so sollte das zur Kultur hingeebene Gemeinland binnen einer gewissen Frist kultiviert werden, sonst ward es wieder zur Almend und fiel sodann an die Gemeinde zurück ⁶⁸⁾. Und das als Bauplatz hingeebene Gemeinland wurde wieder zur Almend, wenn die darauf zu setzenden Gebäude nicht binnen einer gewissen Frist gebaut worden oder wieder verfallen oder auch nur baufällig geworden waren ⁶⁹⁾. Auch sollte das als Sondereigen erhaltene Gemeinland binnen einer gewissen Frist z. B. von 10 Jahren eingefangen oder eingeschlagen, d. h. eingezäunt oder eingefriedet, im Unterlassungsfalle aber wieder Alment werden. („welcher eyn gütt zehenn jar vnd IX loubryshnen vnein- „gefangen ligen lat, das dann dem nach eyn almennd „sy vnerfordertt vnnb ansprechig“ ⁷⁰⁾. Denn erst durch die Einzäunung wurde dasselbe aus der gemeinen Mark ausgeschieden, also dadurch erst wirkliches Sondereigen. („Ouch sol man wissen, alle die gueter, die wir verkouft hant vsser diesem hof, die gemeinmerch waren, das man du inrent stekken haben sol, das si dar vsse nieman etzen noch treten, noch kein howen haben sullen“ ⁷¹⁾. „Sunder

67) Grimm, I, 165.

68) Landbuch von Uri, art. 335 §. 3, 12 u. 17.

69) Landbuch von Uri, art. 335 §. 2, 6. 7.

70) Grimm, I, 158 §. 34, vgl. Landbuch von Uri, art. 335, §. 4. Landbuch von Schwiz. p. 161.

71) Grimm, I, 165, vgl. noch p. 164 u. 166.

„Howe, die uns weder treten noch ehen sullen, wan dz si sul-
 „len inrent ir stecken beliben“ ⁷²⁾. Daher sollten die bereits
 in Sondereigen übergegangenen Felder wieder als Armenb liegen
 bleiben, wenn es der Besitzer versäumt hatte, die Korn- und
 Habersfelder vorschriftsmäßig einzuzäunen ⁷³⁾.

Für das erhaltene Loosgut mußte man in vielen Gemeinden
 jährlich einen Zins entrichten, z. B. in Peitingau in Baiern für
 die als gemeine Loße erhaltenen Gärten ein sogenanntes Loß-
 Garten-Geld und für die erhaltenen Wiesen und Baupläze
 einen Wiesen- und Hofstatt-Zins ⁷⁴⁾. Eben so im übrigen
 Baiern, in Hessen u. a. m. ⁷⁵⁾. In Schwiz wurde dieser Zins
 Gemeinmerkelt genannt ⁷⁶⁾.

§. 129.

Die Tagelöhner und die anderen sogenannten armen
 Leute erhielten in vielen Gemeinden, außer den anderen Mark-
 nuzungen, von denen schon die Rede gewesen ist (§. 98), auch
 noch Almentstücke auf kürzere oder längere Zeit zum Anbau und
 zur Benützung angewiesen z. B. in Uri ⁷⁷⁾, im Dorf Rychigen
 im Kanton Bern u. a. m. ⁷⁸⁾. Anderwärts wurde denselben we-
 nigstens ein Bauplatz auf der Almente angewiesen. Durch solche
 Anweisungen sind z. B. im Odenwalde die sogenannten Alment-
 häuser der Tagelöhner entstanden ⁷⁹⁾.

Endlich haben nicht selten auch die Gemeinde-Beamten und
 Diener statt des Gehaltes einen Theil der gemeinen Mark zur

72) Hofrecht von Walters im Geschichtsfreund, IV, 68

73) Offn. v. Rorbas bei Grimm, I, 90. „Item die Korn vnd Haber zelt,
 „wellicher der vffer ist, der soll da vermachon, wo er das nit thete, so
 soll er den ader lassen ligen zu der allment.“

74) Urk. von 1553, §. 3 und von 1557 a. G. bei Lori p. 329 u. 349.

75) Bair. Landr. von 1616, tit. 25, art. 6. Hess. Grebenordn. §. 46,
 Nr. 9.

76) Landbuch von Schwiz, p. 226.

77) Landbuch, art. 335 §. 11.

78) Renaud in Zeitschr. IX, 29. Not.

79) Erbacher Landr. p. 100.

Benutzung erhalten, z. B. in Valern die Schöbelen ⁸⁰⁾, in der Schweiz die Meier, Weibel und Dorfscherer, („Meyers güter, — Weibel Wißen, — Scherers güter ⁸¹⁾), und die Förster ein „Vorsterlehen ⁸²⁾“. Eben so im Elsaß die Büttel („darumb hat der Büttel sein viertel land“) ⁸³⁾.

3. Schließung der Mark nach Außen.

§. 130.

Die Schließung der Mark nach Außen ist wie bei den großen Marken so auch bei den kleineren Dorfmarken eine Folge der ursprünglichen Feld- und Markgemeinschaft ⁸⁴⁾. Wie bei den großen Marken so war es nämlich auch in den kleinen Marken verboten, ohne Erlaubniß der Dorfmarkgemeinde, Marknutzungen aus der Dorfmark auszuführen oder außerhalb der Mark zu veräußern. Dies gilt von freien Gemeinden ebensowohl wie von grundherrlichen und gemischten. Nur war in grundherrlichen und gemischten Dorfschaften außer der Erlaubniß der Gemeinde auch noch die Zustimmung des Grundherrn nothwendig.

Die Ausfuhr von Holz aus der Dorfmark und der Verkauf außerhalb der Mark war verboten in freien Gemeinden ebensowohl („Item es soll seyn man in dem gezirt holtz hauwen, zu verlauffen oder vffer dem lande zu füren“) ⁸⁵⁾, wie in grundherrlichen Gemeinden („Es sol ouch nieman des gotzshuß holz von St. Blässi jeman geben noch verkouffen, wan mit des gotzshuß vnd der gebursami wüssen und willen“ ⁸⁶⁾). „Item eyn apt mit der gemeynde semplich hait macht, zu erleubin bumholz zu hauwen und hß der marcken zu füren, vnd ir lehnere ane den andern. ⁸⁷⁾ aber kein holz sollent sy vffert disem twing abfueren

80) Urf. von 1553, §. 2 u. von 1557, §. 2 bei Zori, p. 328 u. 347.

81) Offn. von Dietlikon u. Rieden §. 17 u. 27 bei Schauberg, I, 113.

82) Grimm, I, 101.

83) Grimm, I, 727.

84) Meine Gesch. der Markenverf. p. 179—184.

85) Grimm, II, 126.

86) Grimm, I, 33.

87) Grimm, I, 522.

„one der meyers erlouptnuß ⁸⁸⁾). Und sol auch beheim holz ver-
 „kouffen noch usz dem ban füren wand ze winacht“) ⁸⁹⁾). Denn das
 Holz mußte in der Dorfmark selbst verbraucht werden. (§. 100.)
 Daher war der Verkauf des Holzes unter den Genossen in
 der Mark selbst nicht verboten („und kein Holz verkaufen, dan
 „und jeder hueber dem andern“ ⁹⁰⁾). „Es soll auch niemand kein
 „stecken, nach kein gerten auß dem gemeinmerck hauen, er wol es den
 „auf die erbgüter brauchen. Es sol auch ein keller noch niemand
 „der erbgüter hat, kein Holz verkauffen noch geben, den einem, der
 „noch auf den erbgütern sitzt, aus dem gemeinmerck“) ⁹¹⁾.

Aus demselben Grunde durften auch Häuser, Scheunen, Spei-
 cher und andere Gebäude nicht aus der Dorfmark verkauft wer-
 den. („Item so einer in der gemeind einem vßerhalb der ge-
 „meind ein hus zu kouffen gipt, der sol sein burgrecht verwürckt
 „haben ⁹²⁾). Es sol nyemant dhain zymmer aus der margt kauf-
 „fen oder geben on unser gunst und willen ⁹³⁾). das nyemant
 „kein haws noch Zimmer daselben in dem Dorf nicht von dan-
 „nen füre in chain ander Stat, Margt, Dorf, noch weiler“ ⁹⁴⁾.
 „Welcher vß der Gemeint holz huß, schüren spicher oder
 „anders buwt, der sol gar nit gwalt haben, daß selbig vßfert
 „deren von Opfiken gerichtten zuo Verkauffen“) ⁹⁵⁾. Denn die
 Häuser und übrigen Gebäude waren damals noch alle von Holz
 und wurden daher zu den Mobilien gerechnet („das hüser farend
 „gut ist ⁹⁶⁾). es sigent hüser oder ligende gütter“) ⁹⁷⁾.

88) Grimm, I, 168.

89) Grimm, I, 823. Vgl. noch I, 10. III, 574. Schwommenbinger Ord-
 nung von 1497 bei Schauberg, I, 123. Urf. von 1302 bei Kopp, eib.
 Urf. p. 60. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 217.

90) Grimm, I, 676.

91) Grimm, I, 256.

92) Grimm, I, 99 §. 15.

93) Weisthum von Altenmünster in M. B. X, 371.

94) Urf. von 1388 in M. B. XI, 540.

95) Holzordn. von Opfiken §. 4 bei Schauberg, I, 135. Vgl. noch Grimm,
 I, 696.

96) Grimm, I, p. 45 §. 10.

97) Grimm, I, 79. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe II, 149. III, 217.

Dasselbe Verbot gilt von der Ausfuhr des Dängers oder Mistes, des Grohes, Heues und sonstigen Futters, sodann von Bienen und anderen Erzeugnissen der Dorfmark. („Das tainer „vffer gemainden dhain holtz how, zuo verkouffen noch zuo hüser, „das vffer den gemainden gemacht vnd gefürtt ist, ouch weder „straw, noch myst vffer dem hof verkouffen sol“⁹⁸⁾. ist auch ver- „botten welcher aufer dorff stro, boesenn, schaub oder mist ver- „kauft, der ist versprochen der gemein ein pfund heller“⁹⁹⁾. si sol- „lent ouch weder hēw noch strōw ab vnd von den güttern führen „off andere gueter denn mit vnserm willen“¹⁾. daß kein Stro oder „hey, vom Herbst an biß saned Georgen Tag, aus dem Dorf „verkauft, und im Jar durchaus ainiges Fuetter, Mist „jemandt anderen Fremdben außer des Dorffs zuverkauft- „sen oder zu uerthauschen gestatt werden soll“²⁾. „Stroh be- „treffent ist verbotten bey straff 10 Pf. keines außershalb zue „führen“³⁾. „Alle gestreue, die in der markt werden, sollen uff der „markt bleiben“⁴⁾. Wenigstens sollten diese Erzeugnisse der Markt vor der Veräußerung den Dorfmarktgenossen angeboten werden. („Ob jemand Mist außershalb der Markt verkauft und dasselbige „nicht zuvor den Burgern feil gebotten“?)⁵⁾. Denn auch diese Marktungenossen sollten der Dorfmarkt nicht entzogen werden, wenigstens nicht ohne Zustimmung der Gemeinde und in grundherr- lichen Dorfschaften außerdem noch nur mit Zustimmung des Grundherrn.

Dasselbe gilt endlich auch noch von dem Verkaufe der in der Dorfmarkt gefangenen Fische und Krebse. Denn auch sie durften außershalb der Dorfmarkt erst dann verkauft werden, wenn sie zu- vor den Genossen feil geboten worden waren. („Item wer visch „fäht, der soll sie zum ersten tragen gen hof, nachmals in die daf- „tern, darnach in die padstuben, und zum letzten in den pfarhof,

98) Grimm, I, 235.

99) Grimm, I, 800. f.

1) Grimm, I, 177.

2) Urk. von 1557 §. 7 bei Lori p. 849.

3) Ungebrudtes Weisthum von Obersalzgen in der Pfalz.

4) Dorfordnung von Jingersheim §. 31 bei Wone, Zeitschr. I, 13.

5) St. Georger Klagefragen von 1640 bei Hofmann, p. 146.

„und so man sie an der end keinem kaufen wollt, soll man sie tragen unter die linden oder für die kirchen und sollen sie da sell haben, und kein visch noch trebs vom dorf tragen“) 6).

§. 131.

In gleicher Weise sollten auch die in der Dorfmark gezogenen Früchte und Thiere so viel immer nur möglich in der Mark selbst verzehrt oder die Produkte wenigstens darin verarbeitet werden.

Daher durften die in der Mark gemästeten Schweine nicht außerhalb der Mark verkauft werden („und soll kein Schwein, welches im St. Goarer Wald gemästet wird, außerhalb der Mark verkauft werden“) 7). Auch sollten die Metzger, welche die in der Mark gemästeten Schweine schlachteten und nicht aus der Mark verkauften, Mastgeld frei sein. („was Metzger zu St. Goar vor Schweine im St. Goars Wald in Eckern jederzeit haben, daß dieselbige, so sie zu St. Goar schlachten, Dachsgeld frey seyen, und solches sollen sie bey ihrem Eyb behalten, nicht anders zu veräußern“) 8).

Aus demselben Grunde sollten auch die in der Dorfmark gewachsenen Feldfrüchte und Weine in der Mark selbst gemahlen, gebacken, gegessen und vertrunken werden, was sodann in vielen Dorfmarken zu Bannrechten geführt hat. Denn die Bannrechte haben zwar in den grundherrlichen Gemeinden, wie wir gesehen haben, in der Grundherrschaft ihren Ursprung, in den freien und gemischten Gemeinden jedoch in der Markenverfassung⁹⁾. Daher sollten die Wirth in der Regel nur im Dorfe selbst gewachsenen Wein schenken. („Vnnd ob es wehre, das ein würdt, einer mehr wein schenken wollte, soll der oder dieselben kein wein ausserthalb des dorffs kauffen fürter zu uerschenken, es wehre den das er im dorff nit kauffmansguth finden möchte. welcher das überführe, verbricht ein pfund heller zue Boen“) 10). „Von den Würtzen.

6) Grimm, III, p. 631. Vgl. noch p. 456 und oben §. 100.

7) St. Goarer Weisth. bei Hofmann, p. 150. Vgl. noch p. 151.

8) St. Goarer Weisth. I. c. p. 151—152.

9) Meine Geschichte der Markenverf. p. 181, 269. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 64 u. 65. Vgl. oben §. 122.

10) Ungebranntes Weisthum von Heppenheim auf der Biese in der Pfalz.

„Seindt dieselbige schuldig, wo sie im dorff wein fehl finden nit „außerhalb zue kauffen“¹¹⁾).

Auch war jeder in der Dorfmark angefassene Mann, der Wasser und Weide gebrauchte, verbunden den Bannwein zu trinken. („Und solichin banewyne soll allermennelichen dringken nach „moge vnd macht, er sy paffe ader leyhe, burgmann ader ander, der sich wasser vnd weyde geprucht“¹²⁾). „were gessen sy an dem „gerichte zu Luternbach, vnd nuetz wasser vnd weyde, daß der „uusers hern bauwin drinken sulle“¹³⁾). „und sal des jedermeniglich, burgman, hubener und ander, die wasser und weide im ampt „nutzen, trinken, und wer den also trinct dem sal man wasser „oder weide nicht verpieten“¹⁴⁾). Und manche Grundherrn wußten ihren Bannwein sehr geschickt auszubeuten. Eine alte Chronik erzählt in dieser Beziehung: „anno eodem (1540) zwang Georg „Paffner, ein Edelmann im Elsaß, seine Bauren, daß sie seinen „Wein in der Frohn vergebens musten austrinken, damit er den „guten Wein, so desselbigen Jahrs wuchs, möcht fassen, sie musten „alle Wochen drehmahl zum Wein gehen und bezahlten nicht mehr „dem Edelman dann Käß und Brod. Wann nun die Bauren voll „waren, schlugen sie einander, da nam der Junder den Frevel von „ihnen, und bekam also mehr Geld vor den Wein, als wann er „ihn verkaufft hätte“¹⁵⁾). Indessen waren die in der Mark angefassenen Leute zu dem Trinken des Bannweins nicht bloß verpflichtet, sondern auch dazu berechtigt. Und wenn der Bannwein zu Ende war durften auch die übrigen Gemeindsleute ihren eigenen Wein schenken. („Darnach wer es, das derselb wein nit auß „wer oder ginge zu rechter zeitt, so möchten sie hydermann, der seßhaftig in dem dorffe-esse, geben sein theill nach dem als „er der almen den genüßt. den sol yederman bezalen, als vill „inne geburt. Darnach wan derselb wein außkomet, so mag yederman wein schenken, der sein tramet zu gessen“¹⁶⁾).

11) Ungedrucktes Weisthum von Großkarlbach.

12) Grimm, III, 359.

13) Grimm, III, 362.

14) Grimm, III, 367.

15) Antiquitates Palatinae in Monumenta pietatis et literar. viror. p. 268—269.

16) Grimm, I, 458.

Denn sein eigenes Gewächs durfte, wie heute noch in der Pfalz, jedermann selbst ausschütten ¹⁷⁾). In denjenigen Gemeinden, in welchen es keinen Bannwein und also auch keine Bannherbergen gab, durfte jeder seinen eigenen Wein ausschütten. („Von den „Würten. Steht ledem frey den seinigen wein, doch mit erlaub- „nus des schultheißen zu uerschütten vnd daß vngelt der gebühr „zue reichen, mag auch abstehn, wan er wil. Im Fall aber einer „in der gemein wein kauffen wurdte, muß er ein jhar lang dar- „bey pleiben. ist sonst alhie kein bann herberg. kan auch „keiner getrunken werden wüth zu sein. mag auch den wein „geben wie er wil vnd hatt kein ordnung weiters.“ ¹⁸⁾).

Auch die Bannmühlen und Bannbackhäuser mußten von allen Genossen, welche eigenen Rauch hatten und Wasser und Weide genossen, benutzt werden, in den grundherrlichen Dorfschaften ebensowohl wie in den freien und gemischten. („daß eine „bannmüle sy zu S., dae soelle allermellich, wer zu S. wonet „oder hus reuchet, malen. — Daß ein bannbackhus sy zu S. da solle „allermellich, der zu S. wonet oder hus reuchet, auch backen. — vmb daß „sie zu den bannmülen vnd bannbackhuse also gedrongen sin, dar- „umb sollen die dru gerechte wasser vnd weide gebruchen ¹⁹⁾). Ohne „bannbackhuse in dem dorff Winzingen, da sal auch hederman zu „backen wer in unsem gericht geessen ist“ ²⁰⁾). „Ein mulen so „iebes haus darin rauch aufgeht, oder welche alhier zusammen zu „gang gedrongen vnd gezwungen seyn, dieselbige sollen auch auf „die mulen zu mahlen gezwungen seyn ²¹⁾). „Item were zu Er. „wasser vnd weib nugt, der soll zu Er. in des h. abts z. R. „muelen malen, derogleichen auch in des jehgemelten herrn back- „haus backen ²²⁾). „Item es sollen alle, die so zu Sch. seßhaft „sind, bey dem Müller zu Schwommenbingen mahlen“ ²³⁾).

17) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 469—470.

18) Ungedrucktes Weisthum von Merstatt in der Pfalz.

19) Grimm, II, 184 u. 185.

20) Grimm, II, 502.

21) Grimm, II, 718.

22) Grimm, III, 818.

23) Offn. von Schwommenbingen §. 37 bei Schauberg, I, 122. Vgl. noch über Bannmühlen Grimm, II, 155, 569, III, 645 u. 834. und Hess. Grebenordn. tit. 38, §. 1 u. 2 p. 90. und über Bannbackhäuser Grimm, II, 155, 157, III, 834. f.

Auch sollten die aus Dorfmarkprodukten verfertigten Waaren ursprünglich gar nicht oder wenigstens erst dann ausgeführt und außerhalb der Dorfmark verkauft werden dürfen, wenn sie zuvor in der Markt selbst feilgeboten worden waren. („Er, (der Ziegler) soll auch seinen gwerb, hinder der Stifft nimmer „verändern, sonder den der Stifft zum ersten anbieten“) ²⁴⁾. Aus demselben Grunde sollten die in der Dorfmark angesessenen Handwerker nur für die Gemeinbsleute oder für sie wenigstens vor allen anderen und wohlfeiler arbeiten. So durften z. B. die Wagner, Schühler und Köhler zu Sachsenheim in der Pfalz nur für diejenigen arbeiten, welche in der Almend angesessen waren ²⁵⁾. Der Dorfschmied zu Schönsfeld u. a. m. in Baiern sollte jedem Bauer eine Pflugschar umsonst machen und im Uebrigen emsig und zu wohlfeilen Preisen für die Bauern arbeiten ²⁶⁾. Anderwärts durften die Dorfschmiede nur so viele Kohlen im Walde brennen und die Dorfschuster nur so viele Baumrinden holen, als sie für den Bedarf ihrer Dorfnachbarn nothwendig hatten ²⁷⁾. Die Ziegler zu Schwommendingen in der Schweiz hatten die Gemeinbsleute mit dem nöthigen Ziegel Bedarf umsonst zu versorgen. („Er soll auch der Stifft, dem Köhlhof, und den Huebren, die ziegel „so sie ieder zeit mangellbahr, werden und gefallen lassen“) ²⁸⁾. Die Ziegler zu Baar sollten für die Gemeinbsleute um einen sehr geringen Preis arbeiten ²⁹⁾. Die Müller zu Schwommendingen mußten die Gemeindeglieder vor allen Anderen bedienen. („er soll aber ihnen vor mangellichen mahlen, und dem Kellner vor „der Gepaursamme“) ³⁰⁾. Eben so die Müller im Stifte Fulda u. a. m. („ein yder möller sol dem heimschen malen vor einem „fremden“) ³¹⁾. Auch die Bäcker und anderen Gewerbsleute soll-

24) Schwommendinger Offn. bei Schauberg, I, 133. Bgl. noch oben §. 100.

25) Grimm, I, 453—454.

26) Grimm, III, 628. Schmeller, I, 6.

27) Grimm, I, 499.

28) Schwommendinger Offn. bei Schauberg, I, 133.

29) Renaud in Zeitschr. IX, 25 Not.

30) Offn. §. 37 bei Schauberg, I, 123.

31) Grimm, III, 377. Bgl. noch Grimm, II, 569. und oben §. 58 u. 99.

ten die Gemeinde-Genossen gehörig bedienen („den luten sal auch „der becker gerechtschafft dune nach wylsthum der scheffen“) ³²⁾. „Item wer fail hat prott, fleisch oder salz, oder was ain mann „fail hat, der in dem dorff zu Poytigo geseffen ist, und ein ander „geseffen mann gen im rhöm, oder sein pot, und wollt gern kauffen „prott, fleisch oder ander ding, daß er fail hat, und daß diser im „noch seinem poten nicht peiten wolt, so mag derselbig maun — „pfant nemen und mag im sein keller oder gaden außstossen. und „mag daraus nemen prott oder wein, oder was er fail hat“ ³³⁾.

§. 132.

Eine weitere Folge der Feld- und Marktgemeinschaft und der damit verbundenen Ausschließung aller nicht Genossen ist das hie und da bestehende Verbot des Verkaufs von Grundstücken an Fremde, z. B. zu Rotenschnbach in Sachsen. („sulcher acker vnde „Wesen in keine ander Dorfschafft noch vñ wenigen besessen luthen „nicht verkouffenn noch czuwenden sollen, uf daz daz Dorff mit „samt den selben in volkendidem Wesen blibe“) ³⁴⁾. Sodann das weit verbreitete Vorkaufsrecht der Dorfmarkgenossen und die Dorfmarklösung. Die Bauerngüter mußten nämlich, ehe sie an Fremde veräußert werden durften, zuvor den Dorfmarkgenossen oder den Gemeinden selbst angeboten werden, und diese hatten sodann das Vorkaufsrecht in freien Gemeinden ebensowohl wie in grundherrlichen. („Item begäbe es sich, das etlicher vnder „vns die güter so er zu T. hat eins teils oder gar verkoffen wolte; „so vor dann vnnsere herren mit koffen wend, sol er die einer gemeind des ersten anbieten ³⁵⁾. „Vnd welicher sinen win- „garten verkoffen wil, sol den anbieten vnd gen, wie hie vor in „der offnung von andren güteren im hof T. gemeldet ist ³⁶⁾. Wer „erbschafft verkauffen wolt, der sol sie zu dem ersten bieten den

32) Grimm, II, 302. Vgl. noch II, 157, u. III, 819.

33) Grimm, III, 650 §. 31.

34) Urf. von 1490 bei Mencken, I, 792.

35) Grimm, I, 133 f.

36) Grimm, I, 135.

„rechten erben, darnach den hubeuern, wolten es die hubener mit lauffen, so sol erß bieten dem gotshuß“) 37).

Wenn nun aber das Bauerngut verkauft wurde, ehe es den Dorfmarkgenossen angeboten worden war, so hatten diese, wie in den großen Marken die Markgenossen, das Recht das an einen Fremden veräußerte Gut binnen einer gewissen Frist zu retrahiren. („Wellicher eyn gutt in der wallstatt verkouffte vnerbottenn we vor stat (§. 30.), so mag dem nach der nechst vnnnd yedes nechsten frund dem selbenn kuffer das gut wol abziehen bis zum nechsteu gericht; aber eym frömbdenn hatt eyn yeder waltman eyn jor sechs wuchen vnnnd dry tag zil vnnnd maß, als dann aber inn syn hand ziehen“) 38). Und dieses Näherrecht nannte man die Dorfmarklösung, z. B. in der Grafschaft Hohenlohe und im Stifte Fulda 39), oder die Lösung und Marklösung z. B. in Württemberg 40), anderwärts das Abtriebsrecht, z. B. in der Pfalz 41), das Näherrecht z. B. in Oberhessen 42), im Allgäu u. a. m. das Anfallrecht, oder Zugrecht 43), im Eichsfeld das Retractrecht ex capite incolatus 44), in der Schweiz insgemein das Zugrecht, z. B. zu Baar, Berg, Zug und Aegeri im Kanton Zug u. a. m. 45), in früheren Zeiten wohl auch die Nachbarlösung oder das Nachbarrecht.

In jenen Dorfschaften nämlich, in welchen die Bauerschaften Nachbarschaften, die Dorfmarkgenossen also Nachbarn, vicini, voisins, Fürgenossen, Fuhrgenossen oder Furchgenossen genannt worden sind (§. 40 u. 43), in jenen Dorfschaften hat man ursprünglich wohl auch die Marklösung eine Nachbarlösung oder

37) Grimm, II, 21. Vgl. noch I, 158 §. 30. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 73—75.

38) Grimm, I, 158 §. 31.

39) Hohenlohe. Landr. tit 5, §. 11 u. 12. Thomas, I, 242 u. 245

40) Landtsordnung von 1552 p. 25. und von 1567. p. 38.

41) Grimm, I, 461.

42) von Zangen, Beitr. zum teut. R. I, 64. ff.

43) Kettenberg. Landsordn. p. 21. Not.

44) Hartmann, p. 295.

45) Gröninger Amtsrecht, art. 4 bei Besaluz, I, 60. Renaud, Staats- u. Rechtsgesch. von Zug p. 56.

Marklösung nur noch in den Städten und außerdem noch in jenen Dorfschaften, z. B. in der Schweiz, im Allgäu, im Stifte Fulda, in Oberhessen u. a. m., bis auf unsere Tage erhalten, in welchen die Gemeinde selbst eine Genossenschaft geblieben ist. In den übrigen Dorfschaften dagegen ist mit der Genossenschaft auch dieses Recht verschwunden, oder es hat sich daselbst das Nachbarrecht im neueren Sinne des Wortes gebildet, sich also zu etwas ganz anderem gestaltet, als es ursprünglich war. Und nur in dieser Bedeutung findet man noch das Nachbarrecht in den meisten Lehrbüchern über das Deutsche Privatrecht erwähnt. Die Nachbarn in diesem neueren Sinn, als Inhaber an einander stoßender Grundstücke, werden auch Förschgenossen, *consulcanoi* ⁵³⁾ und Rainingenossen genannt ⁵⁴⁾.

Die Dorfmarklösung hing mit der Markgemeinschaft zusammen und kam daher hauptsächlich nur bei Grundstücken zur Anwendung. Da jedoch auch die Ausfuhr der in der Mark gezogenen und verarbeiteten Produkte und Thiere verboten, die Mark also auch in dieser Beziehung nach außen geschlossen war (§. 130 u. 131), so wurde das Vorkaufs- und Retractrecht auch auf jene Thiere und Produkte ausgedehnt. Im Kanton Schwiz hatten die Landleute ein Zugrecht auf alles außer Landes verkaufte Getreide, Gras, Heu, Streu, Holz, Dünger, Kälber und Käse ⁵⁵⁾. In Bayonne hatten die Stadtnachbarn einen Retract bei den auswärtig verkauften Schiffen ⁵⁶⁾. Und im Kanton Schwiz durfte dieses Zugrecht nicht bloß gegen Fremde, sondern sogar gegen die Weisassen ausgeübt werden ⁵⁷⁾.

§. 133.

Auch das Recht der Dorfmarkgenossen auf den erblosen Nachlaß hängt mit der alten Feld- und Markgemeinschaft zusammen.

53) Urf. von 1277 bei Guden, syl. p. 263.

54) Urf. von 1380 in Mon. Boic. X, 283. Schmeller, III, 94.

55) Landbuch der Mark, art. 82, 88, 89, 90 u. 94 bei Rothing, Rechtsquellen von Schwiz, p. 143, 145, 146 u. 148. Waldblattordnung, art. 146, 329 u. 335 bei Rothing, p. 215 u. 239.

56) Cout. Bayonne, tit. 5, art. 43.

57) Waldblatt-Ordnung, art. 129 u. 326 bei Rothing, p. 215 u. 239.

Ursprünglich, und so lange die ganze Feldmark noch in ungetheilter Gemeinschaft sämmtlicher Genossen gewesen ist, hat es offenbar gar kein Erbrecht am Grund und Boden gegeben. Das Loosgut fiel nämlich beim Tode des Besitzers und, wenn es nur auf eine Reihe von Jahren verliehen worden war, schon früher an die Dorfmarkgenossenschaft zurück, und wurde von dieser sodann neuerdings vertheilt oder an einen anderen Genossen verliehen. Mit dem Privateigenthum entstanden jedoch auch die Beschränkungen der genossenschaftlichen Rechte. Zuerst erhielten nämlich die Söhne des Besitzers und der Mannsstamm ein Successionsrecht an dem Loosgute, d. h. an der terra oder an der terra salica. Die verschiedenen Texte des Salischen Volksrechtes verordnen in dieser Beziehung: *de terra vero nulla in muliere hereditas non pertinet, sed ad virilem sexum qui fratres fuerint tota terra perteneunt*, oder *de terra vero salica nulla in muliere hereditatis transeat porcio, sed ad virilis sexus tota terra propriaetatis suae possedeant*⁵⁸). Noch zur Zeit Chilperichs war es jedoch streitig, welche Rechte den Dorfmarkgenossen geblieben seien. Denn unter dem Voritze dieses Königs wurde entschieden, daß außer den Söhnen auch noch den Töchtern, Brüdern und Schwestern ein Erbrecht vor den Markgenossen (*vicini*) zustehen solle. (*placuit atque convenit, ut si quis cumque vicinos habens (wenn er in Feldgemeinschaft war) aut filios aut filias post obitum suum superstitutus fuerit, quamdiu filii advixerint, terra habeant, sicut lex Salica habet. Et si subito filios defuncti fuerint, filia simili modo accipiant terras ipsas, sicut et filii si vivi fuissent aut habuissent. Et si moritur, frater alter superstitutus fuerit, frater terras accipiant, non vicini. Et subito frater moriens, frater non derelinquerit superstitem, tunc soror ad terra ipsa accedat possidenda*⁵⁹). Beschränkt auf den erblosen Nachlaß dauerte übrigens

58) Pardessus, *Loi Salique*, p. 33, 64, 111, 153, 185, 216, 259 u. 318. Vgl. Marculf. II. 12. *ut de terra paterna sorores cum fratribus portionem non habeant*. Vgl. noch app. Marculf. c. 49. und Capit. Longob. von 813 bei Pertz, III, 191.

59) Chilperici Reg. edictum von 561, c. 3 bei Pertz, IV, 10. *Meine Einleitung*, p. 8.

das Recht der Markgenossen nach wie vor fort. Denn erst seit der weiteren Ausbildung der Grundherrschaft und der öffentlichen Gewalt wurde es anders. In den Grundherrschaften trat nämlich der Grundherr, in den landesherrlichen Territorien aber der Inhaber der öffentlichen Gewalt an die Stelle der Markgenossenschaft und nahm demnach den erblosen Nachlaß zu sich, wie ich dieses hier als bekannt voraussetzen darf⁶⁰). Nichts desto weniger ist jedoch in den Städten und in vielen Landgemeinden auch in späteren Zeiten noch das alte Recht der Genossenschaft auf den gesamten erblosen Nachlaß geblieben, z. B. in der Schweiz, („und „das überbleibend Haab und Gut, so sich keine rechte Erben befunden, soll derselben Gemeind, da der Abgestorbene gewohnet, zubienem“) ⁶¹), im Schwarzwald u. a. m. („Und ist, das er „ein ellenber (d. h. fremder) mann ist und im nieman nachvolget, „so soll die gebursame da er stirbt in begraben, und ist das er „uß übrigs guts da lat, so dis alles ußgericht wirt, das sol die „gebursame gehalten jar und tag, und ist das heman finer rechen erben kompt, dem sol man es gen, und ist das nieman kompt, „so sol man es anlegen mit des herren rat und gevallen“) ⁶²). Anderwärts blieb wenigstens noch ein Erbrecht an der erblosen Heerwette und Gerade ⁶³). Auch in Schwyz finden sich noch Spuren des alten genossenschaftlichen Erbrechtes der Landgemeinde, welche heute noch eine wahre Markgemeinde ist, indem daselbst zu Gunsten Dritter nicht erbberechtigter Personen nur mit Zustimmung der Erben und mit Genehmigung der gemeinen Landleute über den Nachlaß verfügt werden darf ⁶⁴). In vielen anderen Dorf-

60) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 52 u. 350. ff.

61) Landbuch des Hochgerichts Klosters vom Anfang des 17. Jahrh. Chur. 1833, p. 10. Engelberger Hofrodel aus 13. sec. bei Grimm, I, 2. — „wer an liperben stirbet, de wir den erben sullen, vnd sun die „gnosjami lieplich mit uns dem vorgeschribnem apte vnd gopphus lan „tegbingen.“

62) Grimm, I, 362.

63) Rydeshoff Bradel Gerechtigkeit bei Sommer, p. 54. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 52.

64) Landbuch von Schwyz, p. 170. — „das soll dann an vnser gemeinen „Laundlüt gebracht werden, ob die semlich gmächt nachlassen vnd „bestätten.“

-schaften schimmert zwar das alte Recht der Genossen und der Genossenschaft noch durch, die genossenschaftliche Idee wurde jedoch nicht mehr verstanden, z. B. in mehreren freien und grundherrlichen Dorfschaften der Kantone Zürich und Thurgau in der Schweiz. („Nücht ouch ieman frömden in den hoff vnd stirbt in dem selben hoff an elich liberben, so erbt in der nechst sin nach gepur“⁶⁵). „Welch mentich in dem twinghof ze W. seßhaft ist vnd an sant Felix vnd sant Regulen Zürich gehört, — stürbe er an elich lib- erben vnd hette kein nachen frund der inn billich erbt, so sol in sin nechster nach gebur der ouch an sant Felix vnd sant Regulen gehört erben, wurden aber sin nach geburen darinn kössig, so sol man daz vsmessen mit der snur, vnd welich dar inn mit dem was der nechst ist, der sol fürfaren mit dem „er“⁶⁶). „Item wer, das ain goßhusmentich von tods wegen ab- gieng vnd keinen geboren frund hinder im verließ, so soll vnd mag man einen faden binden an des abgegangenen mentichen her- berg türnagel vnd den strecken an des nesten gotzhus- mentichen hus, der daby wönet vnd seßhaft ist, der selb goß- husmentich sol vnd mag dieselben gatzhusgüter erben, die der abgegangenen mentich vor beßessen hat“⁶⁷). Hett er ander erben „nüt, so sölt es e der nächst der güt by im hett erben“⁶⁸). Denn daß hierbei neben einander liegende Grundstücke vorausge- setzt werden, also an das Nachbarrecht im neueren Sinne des Wor- tes gedacht worden ist, fällt wohl von selbst in die Augen. Dieses ist aber, wie wir gesehen haben, kein genossenschaftliches Recht mehr gewesen.

65) Grimm, I, 80. vgl. Öffnung von Obernhausen von 1393 bei Schau- berg, Beiträge zur Zürich. Rechtsgesch. II, 227—228. Grimm, I, 47 §. 26.

66) Grimm, I, 87—88. vgl. Grimm, I, 146. Öffnung von Kloten bei Bluntzli, I, 310.

67) Grimm, I, 246. vgl. Grimm, I, 141 §. 17.

68) Grimm, I, 100. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 52.

4. Genossenschaftliche Verbindlichkeiten.

a. im Allgemeinen.

§. 134.

Auch die Gemeinde-Dienste und Leistungen ruhten, wie wir gesehen haben, auf der Feldgemeinschaft. Daher waren immer nur die Dorfmarkberechtigten zum Tragen der Lasten, und zwar je nach dem Maßstabe ihrer Berechtigung, verpflichtet. Denn die Rechte und Verbindlichkeiten standen sich allzeit gleich⁶⁹⁾. Wenn daher die halben Bauerngüter oder die Schuppösen, wie es insgemein der Fall war, nur eine halbe Berechtigung hatten, so hatten sie auch nur eine halbe Verpflichtung, z. B. bei Leistungen an den Förster u. s. w. („ain jetliche huob sol ain vorster zwo vesen-
„garben geben vnd zwo habergarben, vnd ain schuopsis ain vesen-
„garb vnd ain habergarb“) ⁷⁰⁾. Aus demselben Grunde sollten z. B. in der Schweiz u. a. m. die Inhaber von vollen Bauerngütern vier Pferde halten und als sogenannte Vollspanner mit vier Pferden fröhnen. („jeder, der eine Rechtfame habe, solle 4
„Pferde halten, damit er der Regierung und einer Nachpar-
„schaft ein tauwen verrichten könne“) ⁷¹⁾. Die Inhaber von halben Bauerngütern dagegen hatten nur zwei Pferde zu halten und daher als sogenannte Halbspänner nur mit zwei Pferden zu fröhnen. Diejenigen endlich, welche noch weniger Zugvieh oder gar keines hatten, brauchten nur Handdienste zu leisten und wurden deshalb Handfröhner oder Tagelöhner, Tagwer, Tauw-
ner u. s. w. genannt, z. B. in der Schweiz („einer der da seß-
„hafft ist (also ein in Grund und Boden angeessener Mann ist),
„vnd ist er ein tauwuer, so sol er dem vogt des jahrs ein tauwen
„thun, vnd im damit han gedienet, hatt er aber einen zug (d. h.

69) Westphal. L. Pr. R. I, 256 u. 261. ff. Hagemann, Landwirtschaftler.
§. 55 a. E. u. §. 95 Not. 2. Preuß. Landr. II, tit. 7. §. 29 u. 44.
Wys, Schweiz. Landg. 3te Per. in Zeitschr. I, 31. Not. 35. Vgl. noch
§. 83 u. 107 oben.

70) Grimm, I, 214. Vgl. oben §. 51 u. 56.

71) Urk. von 1649 bei Renaud in Zeitschr. IX, 37. Not.

„wenn der in Grund und Boden angeessene Tagwer Zugvieh hatte, so sol er im einen tag ehren, vnd hat ihm auch damit gebienet“) ⁷²⁾. Diese Lantwoner waren demnach wirkliche in Grund und Boden angeessene Bauern, d. h. Halbbauern. (§. 56.) Denn die Tagwer oder Tagelöhner, welche bloße Beisassen waren, hatten ursprünglich, wie alle anderen Beisassen, gar nichts zu leisten, indem sie als nicht Berechtigte auch nicht verpflichtet waren. Erst seit ihrem veränderten Schutzverhältnisse wurden auch die Beisassen dienst- und steuerpflichtig, wie dieses bereits schon bemerkt worden ist. (§. 84.) Mit der Dienstpflicht erhielten sie aber auch Rechte an den Marknutzungen. Denn die Rechte und Verbindlichkeiten blieben sich in aller und jeder Beziehung stets gleich. („ob nicht gleiche meierhöfe, ganze, halbe, viertelhöfe, kottstetten, gleiche dienste — und alle andere beschwernisse dem Landesherrn abzutragen schuldig? Daß gleiche spänne gleiche dienste, und alle gleiche beschwernissen tragen sollen, gleichfalls halbe erbe und kottstetten“) ⁷³⁾. Das Weisthum von Weinstersheim in der Pfalz sagt: „Andere gemeine breuch. Welchen man Einspennigen nennt der hatt nur zwey pferdt zu halten, vnd so er drey hest, muß er drey malter Rauchhabern geben vnd also vor ein ganzen bawern zue rechnen. Der ein gantzer bawer genent würdt, hatt souiel pferdt zu halten als er will, muß auch derwegen drey malter Rauchhabern geben. Es hatt auch ein gantzer bawer zwey theil am gemeinen holtz vnd ein Einspenniger halb so uiel. Hergegen muß auch ein gantzer Bauwer zwey theil wo von nöten in der gemein zulegen“) ⁷⁴⁾. Ueberhaupt richtete sich der Maßstab der Belastung allzeit nach jenem der Berechtigung. Daher war in jenen Gemeinden, in welchen die Größe des Besitzthums oder die Größe des Gewerbes der Maßstab der Berechtigung war, das Besitzthum oder das Gewerbe auch der Maßstab für die Belastung. („bedarff man dann mer, so sol man das anlegen nach heydermans guett vnd gewerb“) ⁷⁵⁾. In jenen Gemeinden dagegen, in welchen

72) Grimm, I, 138.

73) Rietberger Landr. §. 46 bei Grimm, III, 107.

74) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 577 u. 578.

75) Offn. von Riber- und Rättmenhaffe §. 25 bei Schauberg, I, 3. Vgl. noch oben §. 88.

ohne Rücksicht auf die Größe des Besitzthums oder des Gewerbes die Berechtigung ganz gleich war, da war es auch die Belastung z. B. im Stifte Fulda ⁷⁶). Nur allein die Ortsvorstände, die Schöffen und anderen Gemeindebeamten und Diener, und in grundherrlichen Dorfschaften auch noch die herrschaftlichen Beamten und Diener pflegten ganz oder wenigstens theilweise dienst- und steuerfrei zu sein. („dehein schultheisze noch dehein kelter sol de-
 „heime herren dienen, noch hette noch sture geben sunder, noch mit
 „dem gemeinde“ ⁷⁷). „Es sol unbesteuret beleiben meiner Frauen
 „Amptleut, ain Wainprobst, ain Taefernar, ain Kelanaer, ain
 „Zinsmaister, ain Brew, ain Ehoch, ain Pfister, ain Ziegler, ain
 „Weber, ain Drescher in allen Steuern unbesteurt beleiben“ ⁷⁸).

§. 135.

Eine ganz eigenthümliche Verbindlichkeit war die Pflicht der Gastfreundschaft. Sie war in früheren Zeiten, wie heute noch im Orient, äußerst verbreitet und sogar bei Strafe geboten ⁷⁹). Sie hängt offenbar mit der Nomadenwirthschaft zusammen. Je mehr man sich daher von dieser entfernte, desto mehr hat sich auch jene schöne Sitte verloren. Dennoch haben sich auf dem Lande, und zwar in ganz Deutschland noch einzelne Spuren sogar bis auf unsere Tage erhalten. In früheren wie in späteren Zeiten durfte nämlich jeder Reisende drei oder vier Trauben, d. h. einige wenige schneiden und essen, und anderwärts noch mehr (Si quis super tres uvas de vinea aliena tulerit — si usque tres tulerit nulla sit ei culpa ⁸⁰). „Hab er drie oder
 „füre in sine Hand gesniden, vnd die geessen, darumb ist er nit
 „ein Bosewicht; hette er abir in sinen Busen, in sine erine, in
 „sinen Schoiß, obir in sinen Rogiln druben geschniden“ ⁸¹).

76) Thomas, I, 224, 227, 228 u. 237.

77) Grimm, I, 823. Vgl. noch I, 504, II, 569.

78) Weisth. von Altenmünster in M. B. X, 370. Vgl. noch oben §. 107.

79) Meine Einleitung, p. 165—167. Meine Gesch. der Markenswerf. p. 193 u. 194.

80) L. Rothar. c. 301.

81) Rheingauischer Oberhof bei Bodmann, II, 672.

„Ein vorbeigehender Fremder mag trauben essen so viel er will, aber er soll keine in den sack stoßen. — Einen einheimischen aber sollen sie (die Banwart) pfenden. Kommt ein graf geritten, dem soll der Banwart einen hut voll geben; einem ritter was an dreien schoffen steht, einem priester drei trauben und einer tragenden Frau drei, nämlich dem kind eine und ihr zwei“ ⁸²⁾. Eben so durfte jeder Vorübergehende drei Äpfel, drei Birn, drei Ruben u. s. w. nehmen und essen ⁸³⁾. Daher die Bauernregel in der Pfalz: eine Rübe ist keine; zwei sind Eine. Drei ist ein Rübenbieb. Der Reisende durfte ferner den hut oder Handschuh voll Nüsse pflücken ⁸⁴⁾. Auch Fische durfte er für seinen Bedarf fangen, er mußte sie jedoch auf der Stelle fieden und essen („queme ein frembder man vber hundert meile here, ober wo he her queme, vnd wolt ein male hie fischen, der mocht ein hamen entnemen vmb ein mercker, vnd mocht in die bach ghen fischen, vnd was hie vonn fischen finge, mocht he ein feur machen vff dem staden vnd mocht die fisch do fieden vnd do inne essen, vnd hie sal sie auch nit auß der marg bra-genn“) ⁸⁵⁾. Auch Waltharius auf seiner Flucht machte von diesem Rechte sich Fische zu fangen Gebrauch ⁸⁶⁾.

Allein nicht bloß für sich selbst, auch für seine mähden Thiere durfte der Reisende sorgen. Denn er durfte sie, in früheren wie in späteren Zeiten, vor jedem Felde rasten und am Wege hin weiden lassen, das nöthige Futter für sie schneiden, wenigstens zwei bis drei Garben für sie nehmen und, wenn er übernachtete oder wenigstens mehrere Stunden verweilte, während dieser Zeit sein Vieh auf die Gemeinweide treiben. (*Viator si necesse habuerit, duos in agro manipulos, aut si multum tres, equis suis tollat, quos in eodem agro aut in proxima villa depascat* ⁸⁷⁾). „Were es sach, das ein fremd man queme faren mit

82) Grimm, I, 183. Vgl. noch Grimm, R. A. p. 554.

83) Schmeller, I, 409.

84) Grimm, R. A. p. 401 u. 523.

85) Grimm, III, 656.

86) Waltharius, v. 420—424.

87) *Juramentum* von 1085 bei Pertz, IV, 59. Vgl. noch Schf. Br. II, 68. Schwab. Br. W. c. 173. Ruprecht von Fulda, I, 184.

„seinem geschir vnd flech, das ine die nacht in der marg betrete, „der mocht sein nachtruge da nemen, vnd mocht sein flech die nacht „off die gmein weibe treiben“⁸⁸⁾. Queme eyn Schwab, ein Bayer, „oder were der were, der mocht da (auf eyn almende) weyden „von einer none Zeit zu der andern, das sol ime nyeman we- „ren“⁸⁹⁾. „Dat de fromde Fohrman, so dar kompt fahren, als „dieselbe welcke Garven utnimbt undt vor demselben Stücke halben „thut dar sin Perdt etwas gefubert datt overige op dat Stück „wider werpen wirbt, sall forder kein Klage over gahn undt nit „betalt werden. So ein Reuter keme reiten, und hebbe ein meude „Perdt, so sall hey vor ein Stücke reiten undt rücken sein Speir „aus, undt spebben dar in een oder twee Garven undt riden „darmit an dat negste Wertschuß undt drinken eine Masse oder „twee undt rücken dan voirt“⁹⁰⁾. Item ein reisender Mann der „über Feld kömpt reiten, der magh so viel Garven auffnehmen „als er in einem vollen Rennen, mit seinen Klauen auffnehmen „kann und anderster nicht. Item ein Fuhrmann der über Wegh „kömpt gefahren, der magh drey Garven gegen dem Stück fordern „und die Orthe in dem Wegh liegen lassen. Wenn er die Orthe „auff das Stück wurffe, oder die Garven auf sein Voer soll er „umb die Brüche und Schaden angehalten werden“⁹¹⁾. Wenn der „Abt von Brüm durch den Wald von St. Goar ritt, durfte sein „Reitknecht eine Ruthe hauen, um sein Roß damit zu treiben. („ob es Sach wäre, daß der Abt von Brüm käme geritten, durch „St. Goars Wälden, so möcht sein Saymer Knechte einer, eine „Ruthe hauen, die weder Eichen, noch Buchen wäre, und seinen „Saymer damit treiben“⁹²⁾).

Endlich durften die fremden Fuhrleute auch, wenn sie durch einen Wald fuhren, so viel Holz nehmen als sie zur Ausbesserung ihres Geschirres nothwendig hatten. („Wehre es sach, daß ein „Mann dadurch (durch den Vorsche Wald) mit seinem Geschirr „führe, so mag er umb sich sehen; sihet er dann ein Stamm, da-

88) Grimm, III, 457.

89) Grimm, I, 460.

90) Vender Heyden Recht §. 10 u. 11 bei Steinen, I, 1811.

91) Voßumer Land- oder Stoppelrecht §. 1 u. 47 bei Sommer p. 23.

92) Weisth. bei Hofmann, p. 150.

„mit er seinem Geschürz zu Hülf kommen mag, den mag er abhauen und sein geschürz damit machen, und daß Altholz wieder auf den Stamm legen; und wer es aber, das es ihm das Alt geliebt, und mit ihm führt, so soll er 3 Wormbser Pfennig auf den Stamm legen“⁹³⁾.

Der Reisende durfte demnach einige Trauben, Äpfel, Birn, Rüsse, Fische u. s. w. für sich, das nöthige Futter für seine Thiere, und zur Ausbesserung seines Geschirres das nöthige Holz ungestraft nehmen. Allein was er nicht auf der Stelle gebrauchte mußte er zurücklassen. Denn, wenn er etwas mitnahm ohne das Geld dafür zurück zu lassen, so wurde er als Dieb betrachtet und als solcher bestraft.

b. Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung.

§. 136.

Wie bei anderen Genossenschaften, insbesondere auch bei den großen Markgenossenschaften, so waren auch die Dorfmarkgenossenschaften verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen. („Auch were es sach, daß ihr eineß daß ander ahnruffte, so solt je eineß dem andern behülfflich sein, teglicheß vff seinen Costen“)⁹⁴⁾. Diese Verbindlichkeit erstreckte sich auf alle und jede Vorfällenheit im Leben und sogar noch bis in den Tod. Auch hängt hiemit die Haftung der Gemeinde (die sogenannte Gesamtbürgschaft) zusammen.

Bei jeder Noth mußte nämlich der Genosse dem Genossen zu Hilfe eilen. Wenn z. B. ein neu aufgenommener Bürger von einem fremden Herrn in Anspruch genommen wurde, sollte die gesamte Gemeinde zu seinem Beistande zusammenrücken und dafür sorgen, daß die Sache vor Gericht ausgetragen werde. Der nachfolgende Herr sollte zu dem Ende zuerst aufgefordert werden und, wenn er nicht wollte, mit Gewalt dazu genöthiget werden. Vor Gericht sollte aber der in Anspruch genommene Mann von

93) Lortcher Beisth. bei Dahl p. 54.

94) Beisthum von Kleinheubach in Abh. über die Mark bei Mütenberg, II, 2. vgl. Meine Gesch. der Markens. p. 188—189.

dem Inhaber der öffentlichen Gewalt, wie in anderen Fällen, geschützt und vertreten werden. („Wär aber, ob ain herr hernach, kün, des er gewesen wär, und in wolte vaden, so soll derselbig, mann, den sein herr vaden will, die nachpaurn anruffen, und welcher dann das geschrey zu Peytigo höre, derselb soll, an ein glockhen schlagen und soll jedermann zulaufen, und sullent vier mann ober sechs zu dem herrn schicken, die sullent in piten, ob er in well ausgeben auf recht. Will er, in den ausgeben auf recht, so sullent sy in ausnehmen, so soll, in der herr, der die grasschaft zu Peytigo innhat, retten auf recht, als sein aigen mann.“ (Vorher hieß es: „beschirmen und retten mit dem rechten, als sein aigen mann.) „Wolt in aber sein herr nicht ausgeben auf recht, so sullent die, von Peytigo im den nemmen mit gewalt auf recht“). Wer den Glockenschlag hörte und nicht zu Hilfe eilte wurde gestraft. („Wär, aber, ob einer die glockhen hörte und nicht zu lieffe, der wär einer, herrschaft schuldig 65 pfundt“). Und wenn der nachfolgende Herr oder sein Diener bei dieser Gelegenheit gefangen genommen oder mißhandelt werden sollte, so brauchte dafür niemand zu büßen. („Und ob das wär, daß die von Peytigo denselben herren ober, seinen knecht etwo fingen oder schlügen, darumb sind sy thainen, herrn nichts schuldig“) ⁹⁵).

Der Genosse mußte ferner dem Genossen helfen einen Verbrecher zu verhaften und dem Gerichte zu überliefern. Und wenn auch der zu Verhaftende bei der Verfolgung getödtet worden sein sollte, so hatte dieses keine weiteren Folgen, da die Genossen zur Verfolgung berechtigt und sogar verpflichtet waren, („der sol, denselbigen antaften, vnd handtvast machen, und er ihm zu gewaltig würde, sol er seine nachbarn zu hülfe rufen, vnd nemen, ihn dann handtvast, und bringen ihn dann dem hoffs schultheiß. — „Und ob derselbe gewundt oder todtgeschlagen würde, sollen die, jenigen, den solchen überkommen, darumb nit gebrüchtet haben“) ⁹⁶). Die Gerichtsfolge selbst beruhte nämlich auf dem Genuße von Wasser und Weide, d. h. auf der Feld- und Markgemeinschaft der Dorfmarkgenossen. (§. 82.) Und zu der Gerichtsfolge ge-

95) Grimm, III, 652, §. 40 u. 41. Vgl. unten §. 202.

96) Grimm, III, 12. Vgl. I, 182—183.

hätte nicht bloß die Pflicht die Verbrecher zu verfolgen und die Dorfmarktrebel zu rügen (§. 103.), sondern auch die Verbindlichkeit vor Gericht zu erscheinen, um daselbst als Urtheilsfinder, als Zeuge und als Eidhelfer dem Genossen zu seinem Rechte zu verhelfen.

Die Verbindlichkeit der Dorfmarktgenossen vor dem Dorfmarktgerichte zu erscheinen, um daselbst genossenschaftliche Streitigkeiten abzurtheilen und nöthigenfalls auch die Genossen zu berathen, darf ich als bekannt voraussetzen. Denn es findet sich diese Verbindlichkeit bei allen Arten von Genossenschaften. Dasselbe gilt von dem Rechte und der Verbindlichkeit Zeugniß für den Genossen abzulegen und dessen Eidhelfer zu sein. Auch waren die Dorfmarktgenossen hiezu nicht bloß bei den Dorfmarktgerichten berechtigt und verpflichtet, sondern auch bei allen übrigen Gerichten, insbesondere auch bei den öffentlichen, so oft der Genosse ihres Zeugnisses oder ihrer Eideshilfe daselbst bedurfte. Daher findet man in früheren wie in späteren Zeiten Dorfmärker oder Dorfnachbarn als Zeugen und als Eidhelfer bei allen Arten von Gerichten, bei welchen die Genossen selbst Zutritt hatten, zumal bei Streitigkeiten über den Grund und Boden. So wurden in allen Theilen des Fränkischen Reiches die Dorfnachbarn (*vicini circa manentes* und *vicini pagenses*) als Zeugen ⁹⁷⁾ und als Eidhelfer ⁹⁸⁾ bei gerichtlichen Verhandlungen beigezogen, gen, insbesondere auch in Baiern bei Streitigkeiten über Grundstücke. (*ille homo, qui hoc testificare voluerit, commarchanus ejus debet esse, et debet habere — similem agrum*) ⁹⁹⁾ und bei Veräußerungen und Eraditionen von Grundstücken. (*per consensum — atque confinitimorum nostrorum consensum* ¹⁾). Zur Fränkischen Zeit durften demnach die Zeugen und Eidhelfer nur aus demselben Dorfe genommen werden. Man nannte sie daher zuweilen *hamedii*, weil sie aus demselben

97) Form. Andegav. c. 31—33. App. Maroulf. c. 46. Form. Lindengr. c. 106 u. 108. Form. Baluz. c. 9.

98) Form. Andegav. c. 28, 29 u. 49. Vgl. noch Watzl., D. Urfsch. II, 268.

99) L. Bajuv. XVII, 2, (XVI, 2.)

1) Dipl. von 763 in M. B. IX, 7.

ham (ham, hamedium, hameau) oder Dorfe sein mußten²⁾. Bei Streitigkeiten unter benachbarten Dorfschaften nahm man deshalb die Zeugen und Eidhelfer aus beiden Dörfern in gleicher Zahl³⁾. Und dergleichen Beweise nannte man *dilinguae*, gleichsam *bilinguae*, d. h. *duorum lingua probationes*⁴⁾. Eben so wurden auch in späteren Zeiten noch bei Streitigkeiten über den Besitz von Grund und Boden die Nachbarschafts Genossen als Zeugen und als Eidhelfer beigezogen, in Friesland (*suethena* werde, d. h. Zeugniß der Nachbarn; *swethonat* oder *swethnat*, d. h. Grenzgenossen oder Nachbarn)⁵⁾, in England (*sex homines de legalioribus totius villae — duodecim legales homines de visneto*)⁶⁾ und in Frankreich. (*en presence de deux tesmoins de la paroisse en laquelle la chose est assise*⁷⁾. *Telles enquestes doivent estre faictes par les voisins du lieu ou les parties furent nées*)⁸⁾. Auch in Gothland wurden die Kirchspielleute beigezogen bei Veräußerungen von Grundstücken⁹⁾, bei der Errichtung von Zäunen (c. 33, §. 1.), bei Streitigkeiten über das Leben oder die Vaterschaft eines Kindes (c. 14 §. 9 u. c. 23 §. 2.), bei Freilassungen (c. 16 §. 2) bei Streitigkeiten über Thiere (c. 52 §. 2 u. c. 57 §. 2.) und bei anderen unbedeutenden Händeln (c. 51, §. 3 u. 4.) Die alte Sitte die Nachbarn als Zeugen beizuziehen ist hie und da sogar dann noch geblieben, nachdem schon die Idee der Genossenschaft untergegangen oder nicht mehr verstanden worden war. Allein man verstand nun unter

2) Henschel, v. hamedii, III, 620.

3) Urf. von 710. bei Mabillon de re dipl. VI, Nr. 29, p. 483. fuit judicatum, ut sex homines de Verno et sex de Latiniaco — debirent conjurare. —

4) Placitum von 680 bei Mabillon, l. c. VI, Nr. 11 p. 470. tam ipso quam hamedia sua dilinguas eorum derexissint. d. h. *dilinguae probationes de hamediiis* oder *testimonia per incolas villae* vgl. Dreyer, Nebenstunden, p. 378.

5) Brokmerbrief §. 78 bei Richthofen, p. 162 u. 1061. *Wiarba, Wilt.* der Brodmänner p. 60 u. 61.

6) Fleta, II, 12 §. 13, 17 u. 18. Vgl. meine Freisiegel, p. 5.

7) La Marche, art. 273.

8) anc. cout. de Normandie, tit. 117. Vgl. noch Cout. de Lodunois, ch. 15, art. 4. anc. cout. de Touraine, ch. 14, art. 4.

9) Guta Lagh, c. 38, §. 1 u. 9.

denselben nicht mehr Genossen einer Nachbarschaft, vielmehr Inhaber von benachbarten Grundstücken ¹⁰⁾. Endlich mußten auch die Testamentszeugen in der Dorfmark angesessene Leute, also Dorfmarkgenossen sein, z. B. in der Schweiz u. a. m. („die „Inwendig Etters gefessen sind. Die söllend vor niemandem „vermachen. Der vß wendig gefessen ist. wann sy als wytt vnd „breit hand. vnd daß von alter an sy kommen ist“) ¹¹⁾.

§. 137.

Allein nicht bloß bei Gericht und bei der Gerichtsfolge, auch bei allen übrigen Vorfällenheiten des Lebens sollten sich die Dorfmarkgenossen gegenseitig unterstützen. Die Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung zeigte sich sogar bei der Ehe und selbst nach dem Tode noch bei dem Begräbnisse.

So verordnet das seinem Inhalte nach uralte Wendhagensche Bauernrecht, daß „einer dem andern behülflich seyn solle. Insbesondere „wann er (der Bauer) verreisen würde, zu Fuß oder „zu Pferde, und daß er nicht könnte zu Hauße kommen, so sollen „ihm seine Nachbarn zu Hülffe kommen, 5 Meile zu Pferde und „3 zu Fuß“ ¹²⁾. Sodann: „Wann einer seines Nachbarn Vieh „sähe umkommen, wie sollte er thun, daß solch Vieh gerettet „würde? Derselbe soll seine eigene Arbeit anstehen lassen, sie sey „so eilig als sie wolle, und thun bei dem Viehe, wie er es selbst „gern wollte“ ¹³⁾. Im Fürstenthum Dettingen Wallerstein sollte jeder Bauer dem anderen „im Fall der Noth, einen halben Tag „mit ganzer Mehn umsonst zu ackern, zu fahren, oder sonst in „andere weg ihme darmit zu dienen schuldig seyn“ ¹⁴⁾. Anderwärts sollten sie beim Graben-, Weg- und Zaunmachen u. s. w. einander helfen. („Wo gütter an ein straß stossend, die selben „sollend ein anderen helfen Steg vnd Weg bessern vnd in Eren „halten. Füre, wo zwen in gütteren da graben sind, an ein an- „deren stossend, da sollend beid theill ein anderen helfen, den

10) Die neue Cont. de Touraine, art. 159.

11) Offn. zu Klotten §. 42 bei Schanberg, I, 192.

12) Spangenberg, p. 203 u. 204.

13) Spangenberg p. 200.

14) Alte Bauernordnung bei (Bang) Materialien zur Otting. Gesch. I, 111.

„graben machen“¹⁵⁾. Sy sollend die Gefabenn vund Einigen „ouch die wasser Rünß vund bäch ein anderenn helffenn jnn Gerenn „habenn vund machenn“¹⁶⁾. Et quand on leve gros bois d'une „maison, chacun voisin qui est requis, doit aller aider“¹⁷⁾.

Sogar auf die ehelichen Pflichten erstreckte sich diese gegenseitige Hilfe und Aushilfe. So verordnet das Bentzer Hebräer Recht¹⁸⁾. „Item, so wise ic oft vor Recht, so ein gut man „seiner Frauen ihr Fraulich Recht nicht don könne, datt dar over „klagde, so soll er sey upnehmen undt dragen sey over seven „Erffthuine undt bitten dar sinen negsten Rabern datt er „siner Frauen helffe, wann er aber geholffen is, soll „hey sie weder upnehmen undt briggen sei weder tho Huß und „sitten sey sachte dael, undt setten er en gebraten Hon vor, undt „eine Kanne Winß.“ Ähnliche Bestimmungen enthält das Bochumer Land- und Stoppelrecht §. 52. Und das Wendhagensche Bauernrecht sagt: „Wann ein Ehemann seiner Frauen ihre hege „und pflüge nicht thun könnte, da sie mit zu frieden wäre, wie „ers anfangen sollt, daß sie ihre gebührl. pflüge haben möchte? „Der soll seine Frau auf den Rücken nehmen, und über einen „9 ahrigen Zaun tragen, und so er sie darüber kriegt, so soll er „der Frau an einen schassen, der ihr ihre pflüge thun kann, da sie „mit zufrieden ist“¹⁹⁾. Diese jedenfalls sehr eigenthümliche Sitte scheint indessen uralt und schon aus dem Orient mitgebracht worden zu sein. Denn schon die alt indischen Gesezbücher enthalten ähnliche Vorschriften. Die Gesezbücher Menu's²⁰⁾ und Dajnavalkya's²¹⁾ enthalten nämlich die späterhin wieder abgeschaffte Bestimmung, daß ein kinderloser Mann seinem Bruder oder einem anderen Verwandten den Auftrag geben dürfe, mit seiner Frau, von der er keine Kinder hatte, einen Sohn erzeugen zu

15) Offn. von Begison, §. 48 u. 49 bei Schauberg, I, 59.

16) Offn. von Steinmaur §. 43 bei Schauberg, I, 94.

17) Cout. de Bretagne, art. 89. Vgl. noch Bochumer Landr. §. 40 bei Sommer, p. 26. Offn. von Mättmenhaffe §. 46 bei Schauberg, I, 518; §. 27 bei Steinen, I, 1814.

19) Spangenberg, p. 203.

20) Menu, IX, 59 ff. u. 141 ff. vgl. die allgemeinen Bemerkungen vom B Jones, VI, Emirti, 1.

21) Sanskrit und Deutsch von Adolf Friedrich Stenzler, II, 127 u. 128.

lassen. Bei den Hindus konnte nämlich nur allein der Sohn das Todtenopfer bringen, durch welches der Verstorbene in einen höheren Himmel erhoben oder aus der Hölle befreit wurde. Ein solcher aus Auftrag oder mit Erlaubniß des Mannes erzeugter Sohn hatte aber dieselben Rechte wie der leibliche Sohn. Und sehr wahrscheinlich hatte die erwähnte Sitte der deutschen Bauern einen ähnlichen im Laufe der Zeit nur vergessenen historischen Grund. Ueberhaupt scheint man einen sehr großen Respekt vor den ehelichen Pflichten gehabt zu haben. Denn das Wendhagensche Bauernrecht schreibt vor: „Wann ein Ehemann nebst seiner Frau sein Guth befehen wollte, und bekäme eine Lust bey ihr zu schlaffen, käme aber einer mit ein Fuder Heuf drauf zu-„gefahren, wie sich der verhalten soll? Wenn einer drauf zufah-„ren kommt, so soll er stille halten, und die Zwillle untersetzen, „bis solches vollendet, wann er es aber nicht abwarten kann, so „soll er so weit umhin fahren, als man ein Pferd absehen kann, „auf daß solches nicht verhindert würde“ ²²⁾.

Auch die Pflicht der Nachbarschaft (*voisiné*) eine Ladung abzunehmen, wenn die Partei selbst nicht zu Hause war hängt offenbar mit der Pflicht der Genossen zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung zusammen. (*adjournera — en parlant aux personnes, s' aucune y a, residants au dit domicile, sinon au voisiné et à yssue de la grande messe paroohiale*) ²³⁾. Eben so die Verbindlichkeit eine Vormundschaft zu übernehmen ²⁴⁾, oder Rasende in Verwahrung zu nehmen und sie der Obrigkeit zu überliefern, wenn keine Verwandten vorhanden waren ²⁵⁾. Erst seitdem die Idee der Genossenschaft untergegangen war nahm man statt der Nachbarschafts Genossen in der Nähe wohnende Nachbarn ²⁶⁾.

22) Spangenberg, p. 202.

23) *Cout. de Normandie*, art. 590. *Arrest du parlement de Rouen* von 1555 bei Richebourg, *contumier general*, IV, 149. ensemble au *voisiné*, et à l' issue de la grande messe paroissiale.

24) *Cout. d' Orleans*, art. 183. *Arreste de la cour de Normandie*, art. 21 bei Richebourg, IV, 161.

25) *Cout. de Normandie*, art. 151.

26) *Ordonance pour la procédure civile*, tit. II, art. 4 und *C. proc.* art. 68.

Die Pflicht zur gegenseitigen Hilfe blieb sogar bis in den Tod. Denn bei Strafe mußten die Genossen einander begraben („Ist auch ein gebott wann ein mennsch voon diesem jammerthal „verschiebe. es sei juncg oder alt, arm oder reich, so sollen die „drei nechsten menner oben vnnb vnnben den toden leichnam für- „derlich ohne einigen manngel begraben, vnnb wer daz gebott „übertrette, der hatt versprochen der gemein drey schilling heller, „die fallen verdrincken die gehorsam vnnb bei dem begrabnus sein „gewest“) ²⁷⁾. „Item wan ein lich ist, so sollent zwen die nechsten „nachgeburen graben, und darnach vier die nechsten den böm ma- „chen vnd zu kirchen tragen, oder der nechste zu kirchen führen der „da fürung hat ²⁸⁾. Auch sollten die Genossen mit einander zur „Leiche gehen, sich also die letzte Ehre erweisen. („Welcher auch „mit der Nachbarschaft nicht zu Begräbnus geht, sondern muth- „williglich außen pleibt, der wird auch vmb 5 Schilling, das ist „ $\frac{1}{4}$ fl. an Gelt gestrafft“) ²⁹⁾. Im Stifte Denabruck waren sie sogar verpflichtet den Todten auszukleiden, das Grab zu machen und die Leiche bis zum Kirchhofe zu fahren. Sie hatten daselbst aber auch schon den Brautwagen zu fahren. Als die Idee der Genossenschaft zu schwinden begann nannte man die Bauern, welche jene Verpflichtung hatten, Rothnachbarn. In mehreren Gemeinden ist jedoch jene Pflicht bis in die letzten Zeiten eine Bauerschaftslast geblieben, welche der Reihe nach herum- ging ³⁰⁾. Auch in dem Dorfe Stansstad in Unterwalden sollten die Dorfleute mit zur Leiche und nach der Leiche mit in die Kirche gehen. Und sie erhielten für diesen Gang aus dem Nachlasse des Verstorbenen eine kleine Belohnung ³¹⁾.

§. 138.

Auch die Armenpflege war Sache der Gemeinde. Sie war im Grunde genommen nur eine Folge der allgemeinen Pflicht der Genossen einander gegenseitig zu unterstützen.

27) Grimm, I, 801—802.

28) Grimm, I, 417. Vgl. noch I, 361—362.

29) Erbacher Landr. p. 124.

30) Röntrup, III, 10—11.

31) Urk. von 1496 in Geschichtsfreund, I, 318.

Zunächst hatte zwar jede Familie für ihre armen und hilflosen Verwandten zu sorgen, sie zu ernähren und nöthigenfalls sie, wenn es arme Kinder waren, auch noch zu erziehen. Nach germanischem Rechte war jedoch dazu nicht die gesammte Blutsverwandtschaft, vielmehr zunächst nur die Vatermagen, Vatermark oder Vatermarch, nicht aber die Muttermagen, Muttermark oder Muttermarch verpflichtet. So in den Kantonen Uri, Schwiz, Appenzell, Glarus, Zürich u. a. m., wie nach dem nordischen Rechte. („Vater- und mutterlose Waisenkinder, welche ohne einiges Vater- oder Muttergut in der Armuth leben, sollen aller- vorberst von den nächsten Anverwandten vom Vatermarch und zugleich von dem Erblinien-Stamm der Nothdurft nach versorgt und erzogen werden. Sollten aber diese Verwandten selbst arm und nicht vermöglich genug seyn, so mögen die Verwandten von Vater- und Muttermarch bis in dritten, und im äußersten Nothfalle bis in vierten Grad dafür angelegt werden“) ³²⁾. Und noch bis auf die jetzige Stunde werden in den beiden Kantonen Appenzell außer Roden und inner Roden, sodann in Glarus und Uri zu dem Ende sogenannte Verwandtschaftssteuern von der erbfähigen Verwandtschaft erhoben ³³⁾. Ursprünglich hing jedoch jene Verbindlichkeit nicht mit der Blutsverwandtschaft, vielmehr mit der Familiengenossenschaft zusammen. Daher hörte sie mit dem Austritte aus dieser Genossenschaft wieder auf. (*Si eum cognatio sua deserat, — deinceps ei nec victum det nec pacem*) ³⁴⁾.

Erst wenn keine zur Unterstützung der Armen verpflichtete oder geeignete Verwandtschaft vorhanden war, hatte die Gemeinde selbst für ihre Armen zu sorgen. Diese Verbindlichkeit hing mit dem Wesen der Genossenschaft aufs Innigste zusammen und war deshalb ursprünglich gewiß allenthalben verbreitet. Dahin deutet noch die Vorschrift Karls des Großen, daß jeder Grundherr seine

32) Landbuch von Glarus, I, §. 94. vgl. §. 95. Landbuch von Uri art 101. Landb. von Schwiz, p. 180, 181 u. 186. Landb. von Appenzell A. R., art. 125. und Appenzell. J. R. art. 122. Bluntfli, II, 220. Frey in krit. Zeitschr. II, 193. Michelsen in Granien S. 2. p. 128—147.

33) Die Landbücher I. c.

34) L. Eadmundi, c. 1. L. Henrici, c. 88, §. 12.

Armen selbst ernähren solle (*de mendicis qui per patrias discurrunt volumus, ut unusquisque fidelium nostrorum suum pauperem de beneficio aut de propria familia nutriet, et non permittat aliubi ire mendicando*³⁵). Unusquisque de suo beneficio sua familia nutrire faciat, et de sua proprietate propria familia nutriet)³⁶). Denn was hier von den Grundherrschaften gesagt ist, hat offenbar in den freien und gemischten Dorfschaften auch von den Gemeinden gegolten. Jedenfalls ist es von den Rugianern, einem Slavischen Volksstamme bekannt, daß sie schon vor ihrem Uebertritte zum Christenthum, für ihre in Noth gerathenen Genossen gleichsam als erbberichtigte Familienglieder gesorgt haben. (*conversi sunt Rugiani ad fidem anno domini 1168. quamvis tam diu in errore perseverabant plus omnibus Sclavis, erant tamen hospitalis, parentes honorantes, nullum sinebant esse egenum inter se, sed omnes fovebant eum, tanquam curam haeredis agentes*)³⁷). Und nach dem nordischen Rechte, welches sich auch in dieser Beziehung freier von der Hierarchie und dem kanonischen Rechte zu erhalten gewußt hat, ist jene Verpflichtung der Gemeinde ununterbrochen bis auf unsere Tage geblieben³⁸). Auch in Island war die Armenpflege zunächst Sache der Verwandtschaft, dann aber der Gemeinde. Der Geistlichkeit wurde jedoch ein gewisser Einfluß auf die Armenpflege eingeräumt^{39a}). Eben so in England, wo heute noch der sehr empfehlenswerthe Grundsatz gilt, daß nur arbeitsunfähige Arme aus öffentlichen Mitteln unterstützt, arbeitsfähige Arme dagegen zur Thätigkeit angehalten werden sollen³⁹).

35) Capit. von 806, c. 9 bei Pertz, III, 144. Capit. V von 806, c. 10 und Capit. lib. I, c. 118 bei Baluz.

36) Cap. von 806. c. 8. bei Pertz, p. 145. und bei Baluz. Cap. V von 806, c. 19 Capit. lib. I, c. 126. vgl. Meine Gesch. der Fränk. K. 1, 314, III, 97.

37) Chron. Slav., c. 32 bei Lindenbrog, scriptor. septentr. p. 262.

38) Michelsen in Granien, §. 2. p. 147 ff., §. 3. p. 68 ff.

38a) Konrad Maurer, in krit. Vierteljahrschrift VII, 226—228.

39) Die englische Armenpflege von Dr. L. G. Krieck. Herausgegeben von R. Freiherr von Nitzthofen Berlin. 1868, p. 8 ff.

Der Grund nämlich, warum wir in unseren Volksrechten, Rechtsbüchern und Weisthümern nichts mehr über diese nationalen Einrichtungen finden, ist offenbar in dem Umstande zu suchen, daß das Armenwesen in Deutschland, wie in den südlichen und westlichen Staaten Europa's, frühe schon an die Kirche übergegangen ist. Von je her beschäftigten sich nämlich die Geistlichen und die Synoden selbst mit der Versorgung der Armen und Nothleidenden, und wurden von der weltlichen Gesetzgebung in ihren Bestrebungen unterstützt. Schon die Römischen Kaiser haben in dieser Beziehung begonnen ⁴⁰). Ihre Verordnungen sind in die Capitularien der Fränkischen Könige ⁴¹) und später in das kanonische Recht übergegangen. Und Karl der Große vollendete durch seine Anordnungen was bereits die Römischen Kaiser nicht ohne Erfolg begonnen hatten ⁴²). Dadurch kam denn die gesamte Armenpflege in die Hände der Kirche, so daß schon Agobardus im 9. Jahrhundert sagen konnte, daß die Kirche die Priester und die übrigen Diener der Kirche und zu gleicher Zeit auch noch die Masse von Armen und die von allen Seiten zusammen strömende Menge von Fremden zu ernähren habe. (*ipsa ecclesia de suo pascat praedicatores suos, et choros ministrorum, turbasque pauperum, ac multitudinem confluentium peregrinorum*) ⁴³). Zumal die Klöster pflegten durch reichliche Spenden von Almosen und durch eine liebevolle Pflege der Kranken für die Armen und Dürftigen zu sorgen, und wurden dadurch in wahre Armen- und Waisenhäuser verwandelt. Da sie jedoch keinen Unterschied machten zwischen den Dürftigen, welche eine Unterstützung verdienten, und denen, welche keine verdienten, so hat ihre Wohlthätigkeit die Arbeitscheuen begünstigt und daher meistens zu noch größerer Armuth und zum Bettel geführt.

40) L. 42 §. 9 u. 46 §. 3 C. de episcopis (I, 3.) Nov. 131, c. 10.

41) Capit. lib. II. c. 29.

42) Capit. III, von 814, c. 9. Capit. lib. V, c. 182. lib. VI, c. 136. lib. VII. c. 375 u. 419. Capit. add. III, c. 82, add. IV c. 89 u. 90.

43) Agobardi opera, p. 281. Vgl. noch über die kirchliche Armenpflege vom 13. bis 16. Jahrhundert Mone, Zeitschr. für Gesch. des Ober- rheins, I, p. 130—148.

Die Reformation brachte die Armenpflege wieder in die Hände der Gemeinden zurück, und macht daher auch in dieser Beziehung Epoche.

Mit der Aufhebung der Klöster und mit der Vertheilung und Zersplitterung der Güter der geistlichen Korporationen versiegte nämlich die bisherige Versorgungsquelle der Armen. Und da nicht schleunig genug, wenigstens nicht allenthalben für Arbeit gesorgt werden konnte, die meisten Armen auch an das Arbeiten nicht mehr gewöhnt waren, so wurden nun Land und Leute, wie in England und in anderen Staaten Europas ⁴⁴⁾ auf eine so beunruhigende Weise durch einheimische und fremde Bettler und durch vagabundirende Diebe und Räuber in Anspruch genommen, daß von Regierungswegen dagegen eingeschritten werden mußte.

Die Reichsgesetzgebung verordnete schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts und nachher noch öfter, „daß eine jede Stadt und Commune ihre Armen selbst ernähren und „unterhalten“ solle ⁴⁵⁾. Und die neu entstandene landesherrliche Gesetzgebung folgte bald dem von der Reichsgesetzgebung gegebenen Anstoße und Beispiele.

In fast allen Deutschen Territorien, auch in den rein katholischen, erschienen nämlich seit dem 16ten Jahrhundert Gesetze und Verordnungen gegen das Betteln, und fast allenthalben wurde es den einzelnen Gemeinden zur Pflicht gemacht selbst für ihre Armen zu sorgen. So wurde auf der Tagsatzung zu Baden in der Schweiz im Jahre 1551 der im Jahre 1563 erneuerte Beschluß gefaßt, „daß jeder Ort, auch jeder Flecken und jede Kirchhore „seine armen Leute selbst nach eines jeden Orts Vermögen erhalten „solle“. Und in vielen Kantonen wurde dieser Beschluß nicht nur promulgirt, sondern auch noch durch die Kantonal-Gesetzgebung erläutert und erweitert, z. B. in Bern, Solothurn, Zürich, Uri, im Thurgau, Basel u. a. m. ⁴⁶⁾. Im Kanton Bern insbesondere ist seit dem Anfange des 16ten Jahrhunderts bis ins 18te eine

44) Roscher, Gesch. der Englisch. Volkswirtschafts. p. 7 u. 8.

45) Reformation guter Polizei von 1530, tit. 34 §. 1. Polizeiordnung von 1577, tit. 27, §. 1.

46) Renaud in Zeitschr. IX, 62. Landbuch von Uri, art. 102—110. Rathsverordnung von 1608 bei Dörs, Gesch. von Basel, VI, 809 u. 810.

Reihe von Verordnungen über diesen Gegenstand erschienen. Am berühmtesten wurde die Bettelordnung von 1690. Denn sie hat in Bern selbst Epoche gemacht⁴⁷⁾, und auch noch in anderen Kantonen Nachahmung gefunden, z. B. in Solothurn, wo die Bettelordnung vom März 1702 nach ihrem Vorbilde entworfen worden ist. Auch im Stifte Osnabrück sollten die Armen eines jeden Kirchspieles vom Kirchspiele selbst unterhalten werden⁴⁸⁾. Eben so sollten in Baiern „die starcken Bettler, Stationirer, Kermesirer, Landstirger, vnd ander verdecktlich müßiggeend personen nit mer „also in den Stetten, Märcktn, vnnb auff dem Land allenthalben „hin vnd wider haufiren vnd petln, auch sonderlich auff iungft „gehaltuen Reichstagen beschlossen worden, das ain jede Obrigkeit „fürscheidung thun soll, damit ain jede Stat, Commun oder gegent „ir petler selbs vnderhalt“⁴⁹⁾. Ähnliche Verfügungen gegen die Bettler erschienen in der Pfalz. Eigens angestellte Bettelvögte sollten gegen sie einschreiten, jede Gemeinde aber für die wirklich Armen und Kranken sorgen⁵⁰⁾. Auch im Bisthum Würzburg lag die Armen- und Almosenpflege in den Händen der Gemeinde und ihrer Vorsteher, und sogenannte Armen- oder Bettelvögte sollten gegen die Straßenbettler einschreiten⁵¹⁾. Ähnliche Verfügungen im Bisthum Speier⁵²⁾. Und heute noch gehört die Armenpflege mit zu den Angelegenheiten der Gemeinen z. B. in Baiern⁵³⁾.

47) Stettler, Gemeinde- u. Bürgerrechtsvrtl. in Bern, p. 46 ff. Stettler, Rechtsg. von Bern, p. 121. ff.

48) Klöntrup, I, 88.

49) Bair. Landso. von 1553, VI, tit. 5, art. vgl. noch art. 4. u. 6. Bair. Landr. von 1616, V, tit. 5, art. 1, 4, 5. Bettel Mandat von 1770, §. 16 in Grl. Samml. von 1771, p. 425. Mandat von 1775 §. 1 in Grl. Samml. II, 910. Bettelordnung von 1780, §. 15, eod. II, 951. Mandat von 1798 §. 1, eod. VI, 116.

50) AlmosenOrdnungen von 1582 u. 1600 bei Janson, Churpfälz. VerD. I, 28, 30 ff. u. 44—47.

51) Kirchenordnung von 1693, §. 111 und AlmosenOrdnung von 1732 §. 4 u. 10 in der Samml. der Wirtzb. LandesverD. I, 446 u. II, 63.

52) Verordn. von 1722 §. 7, von 1726 §. 15. u. 39, und von 1741 in Sammlung der Speier. Gef. II, 26, 83 u. 207.

53) GemeindeGef. von 1818 §. 94 u. 101.

Auch in den einzelnen Städten und Dörfern erschienen seit dem 16ten Jahrhundert Gesetze und Verordnungen über die Armenpflege. In Hamburg z. B. wurde im Jahre 1527 für das St. Nicolai Kirchspiel und im Jahre 1528 auch für die drei übrigen Kirchspiele ein sogenannter gemeiner Kasten (ein Armenkasten oder Gotteskasten) errichtet und zur Verwaltung der darin niedergelegten Armengelber zwölf Vorsteher aus der Gemeinde (die Vorsteher der gemeinen Kasten oder der Armenkasten) erwählt⁵⁴). In der Pfalz sollten in jeder Gemeinde zur Erhaltung und Unterstützung der Armen des Ortes Armenkassen angelegt und diese den jedes Jahr von der Gemeinde zu wählenden Almosenpflegern zur Verwaltung und Verrechnung übergeben werden⁵⁵). Ebenso in Jülich, Berg, Cleve und Mark, wo diese Almosenpfleger auch Armenpfleger und Diaconen genannt worden sind⁵⁶). In Zürich wurde zu dem Ende ein Almosenamt und zu Schaffhausen ein Spenndamt errichtet⁵⁷).

Zumal aber über die Spitäler, über die sogenannten Armen-, Kranken- und Pestilenz-Häuser sind Vorschriften in Menge erschienen, für ganze Territorien z. B. die Pfalz, wie für einzelne Gemeinden z. B. für Augsburg, Straßburg, Worms, Baden, Bretten, Bruchsal, Deidesheim u. a. m.⁵⁸).

Nach allen diesen und ähnlichen Gesetzen und Verordnungen erstreckte sich indessen die Verbindlichkeit der Gemeinde bloß auf die armen Ortsbürger, keineswegs auf alle in der Dorfmark sich aufhaltenden Armen, wohl aber auf die Gemeinde-Bürger ebenso wohl wie auf die Beisassen, indem auch diese im weiteren Sinne des Wortes zur Gemeinde gehört haben. In vielen Gemeinden

54) Lappenberg, Programm zur 3ten Secularfeier der Hamburg. Brf. p. 31. f. u. 36. f. Nachtrag zum neuen Abdruck der Hamb. Verfass. p. 36. ff. Recesß von 1529 art. 128.

55) Almosenordnungen von 1582 u. 1600 bei Janson, I, 28 u. 30–50.

56) Kirchenordnungen bei Sneathlage, p. 39, 100 u. 160.

57) Simlerus, Regiment der Eydgenossenschaft, p. 490.

58) von Stetten, Gesch. von Augsb. II, 66. Mone, Zeitschr. I, 129 ff. II, 237 ff. Pfälzische Almosen Ordnungen von 1582 u. 1600 bei Janson, Ehurpfälz. Brd. I, 28 u. 41 ff. Remling, über das Spital zu Deidesheim. Speier 1847.

wurde jedoch auch für die durchreisenden Armen Sorge getragen. Zu dem Ende wurde in Basel ein eigenes Armenhaus, die elende Herberge, und in Schaffhausen ein sogenanntes Seclamt errichtet ⁵⁹⁾, und in der Pfalz sollten die Almosenpfleger des Ortes auch für sie sorgen ⁶⁰⁾.

§. 139.

Die Dorfmarkgenossen sollten übrigens nicht bloß die einzelnen Genossen sondern auch die Gesamtheit der Genossen, d. h. die Gemeinde selbst auf jegliche Weise, nöthigenfalls sogar mit Waffengewalt unterstützen. Wenn daher die Dorfmark oder die Gemeinde selbst angegriffen oder beschädiget, oder zur Nachtheile gegen den inneren oder äußeren Feind aufgefordert worden war, so mußte die gesammte Genossenschaft sogar bewaffneten Beistand leisten. Erst wenn dieser nicht genügte, durfte der Vogt und der Grundherr und zuletzt erst das Reich selbst um Hülfe ersucht werden. („Wäre es, das die mark beschädigt würde und die macht „all zu groß wäre, daß die schützen und märker nit gewehren könnten, so soll der märker es an den faid bringen, und soll der faid „den märkern darzu thun mit den werken und nit mit den worten, „und die beschirmen, daß die märker bei recht bleiben. Wäre es „aber, das der faid mit den märkern nit gewehren könnte, so soll „der faid klagen einem abt — da sollen sie solche gewalt steuren „und wehren, daß mark und märker bei recht bliben. Wäre es „aber, daß die feindschaft also groß wäre, so soll der faid anrufen „den hübner, die sollen helfen des abts wegen und solche gewalt „haben. Wäre aber die feindschaft so groß, daß der faid und hübner den abt nit herbringen möchten, so sollen sie anrufen das „römische reich ihnen zu helfen“) ⁶¹⁾. Überhaupt sollten die Genossen der Bauerschaft Bestes möglichst fördern („und soll de gemeyne Bawr beste helfen vorderen wes sie kan und mach“), alles zur Anzeige bringen, was der Bauerschaft nachtheilig sein konnte („hort hie wath dat der gemeyne Bawr angehet, idt sy bynnen

59) Simlerus, p. 490.

60) AlmosenOrdn. von 1582 u. 1600 bei Janson, I, 28 u. 45.

61) Grimm, I, 573. Vgl. Meine Einleitung, p. 331.

„ober butthen landß fall hie anbringen“) und die Gemeinde auf jegliche Weise unterstützen. („und na allem vermugen helpen „weren“) ⁶²⁾.

Damit hängt denn auch die Haftung der Gemeinde, die sogenannte Gesamtbürgschaft zusammen. Jede Gemeinde haftete nämlich für die in der Dorfmark vorgefallenen Marktfrevel. Daher sollten dieselben von jedem Genossen gerügt, verfolgt und abgeurtheilt werden. War aber der Thäter unbekannt, so haftete sodann die Gemeinde selbst für den Schaden und für die Buße, bis sie im Stande war den Thäter zur Haft oder wenigstens zur Anzeige zu bringen. Und noch in vielen späteren Forst- und Holz-Ordnungen findet sich diese Haftung ausgesprochen, z. B. in der Holsteinschen Holzordnung von 1741 §. 9. „wegen dessen, so ohne „Ausweisung gehauen wird, ein jeder in dessen Distrikt es geschehen, den Thäter zu verschaffen schuldig, oder in Entstehung „dessen, auch selbst dafür die Brüche zu erlegen gehalten sein soll.“ Die Holstein Plönische Holz- und Jagdordnung von 1741: „eine „jede Dorfschaft, auf deren jedern die Stämme der gestohlenen Bäume vorhanden soll den Thäter, falls er nicht schon „bekannt ist, ausmachen, in Entstehung dessen aber insgesammt „dieselben nach obgesetzter Tare bezahlen.“ Mecklenburgische Forst- und Waldordnung von 1706 §. 28: „widrigenfalls der Schulz „und die ganze Dorfschaft auch den Thäter nicht ausmachen „könnte, soll die ganze Gemeine vor das Gestohlene zusammen „Erfattung thun“. Die Oldenburgische Forstordnung art. 12: „Daferne aber sothane Diebe nicht ausgeforschet werden können, alsdenn soll das nächstgelegene Dorf, woselbst der Diebstahl „geschehen, davor haften und solche Brüche erlegen“ ⁶³⁾. Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in Frankreich ⁶⁴⁾. Anderwärts sollte die Gemeinde auch noch für den Vollzug der Strafserkenntnisse haften, bis der verurtheilte Marktfrevler die Buße bezahlt hatte, z. B. in der Mörlar Mark („Item welcher Mörder „auch Ueberfahung halbeenn dieser Ordnung berugt ist, denn sollenn

62) Bauersprache von Herbitz bei Sommer, p. 17.

63) Vgl. Dreyer, Miscell. p. 87—89.

64) Merlin, rep. v. voisinage §. II, Nr. 1. in fine.

„keine Gemeinde darunter er gegessen ist, schuldig sein zu Bezahlung der Bußenn zu bringenn, wo das aber nach der beschenn ruge nitt geschehe, so sollen dieselbig Gemeinn als lang der Margt verstoffenn vnnb entsezt sein, bis daß solch Bußenn volthomlich ausgericht werenn“⁶⁵). Zu den Marktfreveln, für welche die Gemeinde haften mußte, gehörte insbesondere auch das Ausheuen der Bienen⁶⁶).

In den meisten Bauer- und Dorfschaften ist jedoch mit dem Verfall der Genossenschaft auch diese genossenschaftliche Haftung bis auf wenige Reste verschwunden⁶⁷), wenn nicht von Polizei wegen, wie dies öfters der Fall war, eine ähnliche Haftung wieder eingeführt worden war. So wurde z. B. in der Mark Brandenburg zu wiederholten Malen Kraft landesherrlicher Polizei verordnet, daß die Gemeinden, wenn sie nicht bei einem in den Wäldungen oder Heiden entstandenen Feuer zu Hilfe eilten, den Schaden ersetzen und gestraft werden, und nur dann ganz straffrei sein sollten, wenn „sie den Theter machten vnd den zu Haften brächten“⁶⁸).

Die Haftung der Gemeinden erstreckte sich indessen noch viel weiter als auf bloße Marktfrevel. Im Rheingau z. B. hafteten die Dorfgemeinden auch dann, wenn ein verhafteter Missethäter entwichen war oder wenn „eine Gemeinde einen ihrer Burger nicht als Zeugen folgen lassen“ wollte⁶⁹). Zu Ingersheim mußte die Gemeinde die Kosten der Hinrichtung tragen, wenn der Verbrecher von der Gemeinde oder von einem Gemeindegossen angeklagt

65) Schasemann, p. 17.

66) Pauly, Neumünster. Kirchspielgebr. p. 114 u. 115. Vgl. oben §. 117.

67) Das Recht der Gemeinde auf eine Geldbuße bei Marktfreveln und bei Diebstählen in der Dorfmark, neben der herrschaftlichen (öffentlichen) Strafe, hängt offenbar mit der alten genossenschaftlichen Haftung zusammen. Zur fränkischen Zeit erhielt die Gemeinde einen Theil der verfallenen Buße, späterhin eine Geldbuße neben der herrschaftlichen Strafe, gleichsam als Ersatz für die Haftung. vgl. die Dorfordnung von Allen Glan im Anhang, Nr. 4. a., §. 22.

68) Holzordnung von 1566 und Edict von 1705 bei Mylius, IV, 642 u. 788.

69) Rheingauer Landr. §. 16 u. 24 bei Grimm, I, 540.

worden war. In jedem anderen Falle aber sollte der Ankläger selbst den Richter bezahlen⁷⁰). Anderwärts hatten die Gemeinden immer auf ihre Kosten die missthetigen Leute verwahren und hinrichten zu lassen. Dafür sollten sie aber auch das nachgelassene Vermögen des hingerichteten Verbrechers erhalten, wie schon zur Fränkischen Zeit einen Theil der verfallenen Buße („der „misthetig mensch soll dem zender geliefert vnd von ime tag vnd „nacht versorgt vnd mit hilff der gemein vnderhalten werden, dar- „nach sol der zender den misthetigen in stoß lassen schlagen, darin „sol in die gemein versorgen, vnd wosern er nach gestalt seiner „misthat durch die 14 scheffen verurtheilt wirdet, so soll die ge- „meind den lassen rechtfertigen. — Vorters weisen wir alle die „guter, die daß misthetig mensch verlassen hat, sie seind beweglich „oder vnbeweglich, der gemeinden zu“) ⁷¹). Die Gemeinden hafteten ferner für den entstandenen Kriegsschaden und mußten denselben ersetzen⁷²). Auch die Steuern, Kriegsdienste und anderen Gemeinde- und öffentlichen Lasten, hie und da sogar die grundherrlichen Beten und Steuern ruhten, wie wir gesehen haben, auf der gesammten Gemeinde. Diese hatte daher für die Vertheilung und Erhebung der Steuern und für die Stellung der nöthigen Mannschaft zu sorgen. (§. 83) Die Gemeinden hatten ferner für die von ihnen angestellten Beamten und Diener zu haften und daher den von denselben verursachten Schaden zu ersetzen. („Item setzt aber das „dorff einen amptman mit eines herrn willen, und daß derselbig „amptman die steur und dienst hat eingenommen, und sy einem „herrn nicht außrichte, so ist das dorff sy wider schul- „dig zu geben einer herrschaft“) ⁷³). Endlich hatten die Gemeinden auch noch für die in ihrer Dorfmark vorgekommenen Todtschläge und wahrscheinlich auch für die übrigen Verbrechen zu haften.

70) Dorfordnung von 1484, §. 17 bei Rone, Zeitschr. I, 13. „so sol der „nachrichter bestellt werden uff des clegers costen, wurt er aber von der „gemeyn oder eins ingeleffen zu Ingeßrheim wegen berechtigt, so sol die „gemeyn den costen tragen.“

71) Grimm, II, 323. Vgl. Chlothacharii decret. c. 1. bei Pertz, III, 11, — 12. Meine Einleitung, p. 163—165.

72) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 506.

73) Chastrecht von Bettingau §. 26.

Wenn nämlich bei den Franken ein Verthnam gefunden worden, der Thäter aber nicht bekannt war, so mußten die Genossen (*vicini*) der Dorfmark, in welcher derselbe gefunden worden, den Todten vergelten, d. h. das volle Wergeld entrichten. (*legibus satisfacere* oder die *compositio* entrichten), oder schwören, daß sie weder selbst den Todschlag begangen hätten, noch wüßten, wer der Thäter sei. (*quod neo occidissent nec sciant qui occidisset*)⁷⁴). Ähnliche Bestimmungen findet man bei den Westgothen⁷⁵), und auch in späteren Zeiten noch in Schlesiens. (*nec condemnabuntur in capite interfecti, vel occisi, quod fuerit inventum in terminis eorum*)⁷⁶). *Quod si solutio capitis super viciniam ceciderit, qui sunt de illa vicinia solvant* ⁷⁷). *Quod si universitas vicinie condemnata fuerit, vel in communi solutione capitis* ⁷⁸); sodann bei den Polen⁷⁹), Angelsachsen, Dänen und Schweden. Meistentheils hatten jedoch die Gemeinden, wenn sie den Todtschläger nicht stellen konnten, nur eine Buße zu entrichten, welche in Schweden nicht immer das volle Wergeld erreichte⁸⁰), in England aber das Wergeld noch weit überstieg⁸¹). Mit der alten Verfassung ist jedoch auch diese Haftung der Gemeinde frühe schon untergegangen. Bei den Westgothen wurde sie ausdrücklich abgeschafft⁸²). In dem fränkischen Reiche dagegen hat sie sich ohne je förmlich abgeschafft worden zu sein mit der alten Verfassung selbst nach und nach verloren.

S. 140.

Jede Bauerschaft oder jede Dorfschaft bildete nämlich ursprünglich, auch im Fränkischen Reiche, eine *Immunität*. Ich finde zwar diesen

74) Chlodovechi Reg. Capit. leg. Sal. add. c. 9. bei Pertz, IV, 4. L. Sal. tit. 75 bei Pardessus, p. 188 u. 332.

75) arg. L. Wisigoth. VI, tit. 1. c. 8.

76) Dipl. von 1221 bei Stenzel, Urff. p. 280.

77) Dipl. von 1253 bei Stenzel p. 331 f.

78) Dipl. von 1261 bei Stenzel, p. 349. Vgl. noch p. 25.

79) Roepell, Gesch. Polens, p. 616.

80) Wille, Strafe. p. 217, u. 218. Dreyer, Miscell. p. 96 u. 97.

81) L. Edwardi confess. c. 15. Fleta, I, c. 24 §. 3.

82) L. Wisig. VI, tit. 1, c. 8.

Grundsatz hinsichtlich der Bauerschaften nirgends ausgesprochen. Er folgt jedoch aus der Natur der Dinge von selbst. Da nämlich jeder Fronhof, wie wir gesehen haben, Immunität hatte und gerade darin seine Freiheit bestand, so mußte dieselbe Freiheit auch dem ganzen Dorfe zustehen, wenn dasselbe von Fronhofbesitzern, d. h. von freien Dorfmarkgenossen bewohnt war. Der Grund jener Immunität der Fronhöfe lag nämlich in ihrer Einzäunung⁸³⁾. Da nun auch das bewohnte Dorf selbst eingezäunt und dadurch aus der Feldgemeinschaft ausgeschieden und in Frieden gelegt werden sollte (§. 15.), so erhielt nothwendiger Weise das ganze Dorf Immunität. Bei den freien Dörfern verstand sich dieses von selbst, indem sie bloß von freien Dorfgenossen, also von wirklichen Fronhofbesitzern, welche sämmtlich Immunität ihrer Fronhöfe hatten, bewohnt waren. Dasselbe gilt jedoch auch von den grundherrlichen und gemischten Dörfern. Denn auch sie sollten eingezäunt und dadurch in Frieden gelegt, also aus der Feldgemeinschaft ausgeschieden werden. In den Städten hat sich diese alt hergebrachte Freiheit auch in späteren Zeiten noch erhalten und wurde in der Form von Privilegien auch für die ganze Stadtmark noch ausdrücklich anerkannt und bestätigt. Die Städte hatten aber ursprünglich kein anderes Recht als die Bauerschaften. Denn in den alten Stadtrechten sollte im Ganzen genommen kein neues Recht geschaffen werden. Es sollte das alt hergebrachte Recht vielmehr nur bestätigt und erweitert, dadurch aber gegen weitere Anfechtungen gesichert werden. Auf dem Lande ist jedoch mit dem freien Grundbesitze auch jene Freiheit fast allenthalben verschwunden. Seitdem nämlich die Bauernhöfe keine Frohnhöfe mehr waren, seitdem hatten sie auch die Freiheit der Frohnhöfe nicht mehr. Und nur wenige Bauernhöfe haben sich auch in späteren Zeiten noch im Besitze jener Immunität erhalten⁸⁴⁾. Seitdem aber die einzelnen Bauernhöfe jene Immunität nicht mehr hatten, seitdem hatten sie auch die Dörfer nicht mehr. Dennoch haben sich auch in späteren Zeiten noch einzelne Dorfschaften innerhalb ihres Etters als geschlossene Freistaate gerirt und keinem Fremden den Zutritt

83) Meine Einleitung, p. 216 — 217. Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 293. ff.

84) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 246—249, u. 384. ff.

gestattet um daselbst gerichtliche Handlungen vorzunehmen. Als sich z. B. im Jahre 1458 der Graf Simon von Thierstein im Dorfe Pratelen unter der Linde niederlassen und sich mit seinem Gegner schlagen wollte, wurde ihm bemerkt, „Gnädiger Herr, laßt mich in Pratelen ungehindert; man möchte wähnen, ihr habet hier zu richten.“ Worauf der Graf erklärte, „das wär mir leid, vergönne mir Stroh, und ich will außer dem Etter stuhlen“⁸⁵⁾). Und ursprünglich hatten gewiß alle Dorfgemeinden eine wahre und volle Immunität, wie in England die Freispflegen. Sie waren daher insbesondere auch frei von dem Zutritte der öffentlichen Beamten. Dafür hafteten sie aber auch für die in ihrer Dorfmark begangenen Verbrechen. Sie mußten nämlich die Verbrecher, wie dieses auch bei den Grundherrschaften in Deutschland und bei den Freispflegen in England der Fall war⁸⁶⁾, entweder die öffentlichen Beamten ausliefern oder für sie die gesetzliche Buße entrichten. Während nun in England aus diesem Verfahren die Anklage Jury hervorgegangen und diese einer der Grundsteine der Englischen Freiheit geworden⁸⁷⁾, ist in Deutschland mit dem alten Verfahren meistens auch jene Haftung wieder verschwunden. Nur die Haftung der Gemeinden für die in der Mark begangenen Markfrevel ist, wie wir gesehen haben, auch in späteren Zeiten hie und da noch geblieben oder von Polizeiwegen wieder eingeführt worden, während die mit diesen Lasten verbundenen Rechte und sonstigen genossenschaftlichen Freiheiten längst unter dem Einflusse der grund- und landesherrlichen Polizei verschwunden sind.

c. Gemeinde-Dienste und Leistungen.

§. 141.

Die Gemeinde-Dienste sind von den grund- und landesherrlichen Diensten wesentlich verschieden. Denn die Gemeinbedienste

85) Zeugenaussage von 1458 bei Joh. Müller, f. Wrte. XXVI, 380. Not. 1205.

86) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 505 ff., 525 ff. IV, 400—402.

87) Meine Freispflege, p. 31—38.

haben in der Feld- und Markgemeinschaft ihren Grund, die grundherrlichen dagegen in der Grundherrschaft und die landesherrlichen in der öffentlichen Gewalt, also in dem alten Königsdienst⁸⁸⁾. Klar und deutlich tritt dieser Unterschied zumal in den gemischten Dorfschaften, in welchen freie und hörige Colonen nebeneinander wohnten, hervor. Allein auch in den grundherrlichen Dorfschaften werden die einer Dorfmarkgemeinde zu leistenden Gemeinbedienste streng von den einem Grund- oder Landesherrn zu leistenden grund- und landesherrlichen Diensten unterschieden⁸⁹⁾.

Unter Diensten hat man ursprünglich, wie wir gesehen haben, alle Arten von Leistungen verstanden, die Geld- und Naturalleistungen ebensowohl wie die eigentlichen Frondienste⁹⁰⁾. Erst seitdem die Geld- und Naturalleistungen, deren es ursprünglich nur wenige gegeben hat, sich mehrten, fing man an die eigentlichen Gemeinbedienste von den übrigen Leistungen und Abgaben der Gemeindeglieder zu unterscheiden. Und man nannte sodann die Gemeinbedienste im engeren Sinne des Wortes Gemeindefronen oder Scharwerke⁹¹⁾, oder auch Nachbarpflichten, Reibedienste, Gemeindefwerke, Bauereinigungen u. s. w.⁹²⁾.

Die Einen wie die Anderen ruhten, wie wir gesehen haben, auf der Feld- und Markgemeinschaft. Denn nur die in Feld- und Markgemeinschaft befindlichen, also Wasser und Weide und die übrigen Marknutzungen genießenden Leute hatten Fron- und andere Dienste zu leisten, Steuern zu entrichten und die übrigen Gemeindeflasten zu tragen. („Welches jahrs die von Dieffen den Weg „für sant Martin treiben, und dem Brost sein Wismad helfen ver- „sorgen mit Zeun und mit Gehägern, so sollen ihn darzu helfen „alle die bey ihm im Markt sizent, auch Wasser und Waidt mit „ihn suchen⁹³⁾). Wer ouch acher oder weiden het in den hoef, wil „er die nissen, so soll ers zunen, wegen vnd stegen vnschendlich ze

88) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 375.

89) Delbrücker Landr. c. 9, §. 3, zumal lit. a., t. und u.

90) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 375 bis 378.

91) Grimm, III, 643 §. 26.

92) Hagemann, Landw. p. 485.

93) Urf. von 1441 in M. B. VIII, 297.

„erden vnd ze ernen“) 94). Diese Dienste und Leistungen können daher nicht mit Danz⁹⁵⁾, Hagemann⁹⁶⁾ u. a. als persönliche Verbindlichkeiten betrachtet werden. Sie waren vielmehr wahre Reallasten, welche als Reihedienste von den Grundbesitzern der Reihe nach geleistet werden mußten. Jedenfalls waren nur die vollberechtigten Genossen dienst- und beitragepflichtig, also in der Regel weder die Vassallen noch die Grundherrschaften, die Grundherrschaften und Rittergutsbesitzer wenigstens nur dann, wenn sie Antheil an den Marknungen hatten. Denn alle Grundherrschaften, welche ihr Vieh mit der gemeinen Heerde auf die gemeinen Weiden hinausgehen ließen oder Antheil an den Waldnutzungen hatten, oder welche einen anderen Vortheil aus dem Gemeinde-Verbande zogen, mußten auch, und zwar nach dem Verhältnisse des Nutzens, zu den Gemeinde-Diensten und Leistungen beitragen⁹⁷⁾. Und so ist es auch z. B. in Baiern bis auf unsere Tage geblieben⁹⁸⁾.

Die Gemeinde-Dienste und Abgaben waren natürlich der Gemeinde zu leisten und hatten bloß Gemeindeangelegenheiten zum Gegenstand. Da sich nun die Gemeindeangelegenheiten in früheren Zeiten mehr oder weniger um die Landwirthschaft herumgedreht haben, die Dorfmarkengenossenschaften also wesentlich Wirthschafts-Genossenschaften waren, so sind auch die Gemeinde-Angelegenheiten in der Hauptsache landwirthschaftliche Angelegenheiten und die Gemeinde-Dienste und Leistungen daher landwirthschaftliche Dienste und Leistungen gewesen. Sie hingen nämlich ursprünglich, wie wir sogleich weiter sehen werden, mehr oder weniger mit der Landwirthschaft oder wenigstens mit denjenigen Anstalten zusammen, welche die Landwirthschaft zu erleichtern und zu befördern bestimmt waren. Erst seit der Vermehrung der Gemeindeangelegenheiten selbst wurden auch sie vermehrt und auf andere Gegenstände ausgedehnt, welche ihrem ursprünglichen Zweck fremd waren.

94) Grimm, I, 164. Bgl. noch S. 83. oben.

95) Handb. S. 491, p. 194.

96) Landw. p. 465.

97) Westphal, L. Pr. R. I, Nr. 8. §. 4. p. 95. Hagemann, p. 139; 160 u. 470. Bgl. noch oben S. 53, 83—85, u. 107.

98) Bair. Gesetz über die Gemeinde Umlagen von 1819, art. II, Nr. 3 u. 5, art. III, Nr. 1 u. 2.

§. 142.

Die Gemeinde Dienste und Fronen hatten ursprünglich bloß landwirthschaftliche Angelegenheiten der Gemeinde zum Gegenstand. Dahin gehörten vor Allem die Anlegung und Unterhaltung der Gemeinde-Wege und Stege⁹⁹⁾, die Anlegung und Reinigung der Dorfgraben¹⁾, die Reinigung der Bäche und Flüsse für die Bewässerung der Wiesen zum Holzflößen und für die sonstige Benutzung des Wassers für Mühlen u. s. w.²⁾, die Reinigung der Dorfbrunnen³⁾, die Anlegung und Unterhaltung der Gemeinde-Brücken, Dämme, Wuhren, Wehren und sonstigen Uferbauten, und Aufwürfe⁴⁾, insbesondere auch die Anlegung und Unterhaltung der für den Betrieb der Landwirthschaft in früheren Zeiten ganz unentbehrlichen Dorf-, Feld-, Wald- und Wiesen-zäune.

Man bediente sich nämlich, wie heute noch in den Vairischen Alpen, der Zäune und Hecken, zumal der lebendigen Zäune und Bäume oder auch der Graben nicht bloß zur Bezeichnung der Grenzen⁵⁾, sondern auch zum Schutze des Landes gegen Beschädigungen jeder Art, zumal gegen Beschädigungen des umherweidenden Viehes, um diesem den Zutritt zu wehren. Und gerade in dieser Beziehung war das Zaunwesen von der allerhöchsten Wichtigkeit für die Landwirthschaft wegen der Art wie diese der Viehzucht wegen in früheren Zeiten betrieben werden

99) Grimm, I, 164, 204, 205, 207, 824, III, 643 §. 26. Offn. von Weßikon §. 18 und Offn. von Dietlikon §. 24 bei Schauberg, I, 55. Rot. u. 114. Hess. GrebenOrdn. XI, c. 4, 5, 6, u. 9.

1) Offn. von Riber- u. Mättmenhase §. 25 und Offn. von Dietlikon §. 18 u. 23 bei Schauberg, I, 3 u. 113. Hess. GrebenOrdn. XI, c. 7.

2) Grimm, II, 688. Offn. von Riber- u. Mättmenhase §. 33 u. 34, und Offn. von Dietlikon §. 19 bei Schauberg, I, 4 u. 114. Delbrücker Landr. c. 9 §. 3 lit. v.

3) Hohenloß. Landr. tit. 19 c. 1.

4) Hess. GrebenOrdn. XI, c. 7 u. 9. Hohenloß. Landr. tit. 19 c. 1. Delbrücker Landr. c. 9, §. 3. lit. 11. Urk. von 1543 bei Blumer, Rechtsg. I, 381.

5) Heider, p. 356. Offn. von Steinmaur §. 5 bei Schauberg, I, 92.

mußte. Man nannte dergleichen Zäune, weil sie Sicherheit und Ruhe, also Schutz und Frieden geben sollten, die Einfriedung, den Fried, Friedhag, Friedzaun⁶⁾ und Gefriedhag oder Gefriedhag⁷⁾. Anderwärts z. B. in der Schweiz nannte man sie auch Efaden, Gefaden oder Ehesfaden⁸⁾, zuweilen auch Efalden oder Gefalden⁹⁾, Baden oder Epsfaden¹⁰⁾, und in Lindau die Pfatten oder Pfattzäune¹¹⁾, vielleicht von *Fad*, *Bad*, *Efad*, *Epsfad*, *Pfatt* oder *Pfad*, *πάτος*, d. h. Fußpfad oder Fußsteig, so daß demnach die Epsfaden und Pfatten eingezäunte Fußwege zu sein scheinen. Und in fast allen Gemeinden findet man bis ins Einzelne gehende Vorschriften über das Zaunwesen. Es sollten nämlich nicht bloß die Dörfer selbst eingezäunt und dadurch in Frieden gelegt und geschützt werden¹²⁾, sondern seit den ältesten Zeiten¹³⁾ auch die Gärten und Weinberge¹⁴⁾, die Wiesen¹⁵⁾, die einzelnen Felder, Güter und Wiesen, zumal wenn sie an die Almend oder an die Viehwelbe stießen („wo man vnnnd weyden gegen einandern gelegen sind vnnnd an einander stoßent“)¹⁶⁾, die Wäldungen¹⁷⁾ und insbesondere auch die

6) Grimm, I, 88, III, 640 §. 18. Offn. von Wänigen §. 6. Offn. von Diedikon §. 9 u. 11 und Offn. von Steinmaur §. 20 bei Schauberg, I, 8, 16 u. 93. Heider, p. 356 u. 370. Schmeller, I, 603 u. 604.

7) Grimm, I, 205.

8) Grimm, I, 77 §. 30, 90 u. 91. Offn. von Steinmaur §. 20 ff. und von Schwommenningen §. 17. bei Schauberg, I, 93, 94 u. 119.

9) Offn. von Wänigen §. 6 bei Schauberg, I, 8 u. p. 93. Not.

10) Grimm, I, 8.

11) Haltungs, p. 1476 u. 1477.

12) Grimm, I, 91, III, 627. Vgl. oben §. 15.

13) Cap. von 817. c. 13 bei Pertz, III, 216. *ancingas legitimas — claudere*, — *Prato arpennem I claudere*, — *Et vineas plantare, cludere* —. L. Baju. I, 13 §. 1. (I, 14 §. 2.)

14) Grimm, I, 90. Heider, p. 803.

15) Offn. zu Fahr §. 9 bei Schauberg, I, 81. Grimm, I, 118, III, 476 §. 14.

16) Landbuch von Schwiz, p. 135—136. Vgl. noch Grimm, I, 78 §. 31, 32 u. 34, p. 88, 117, III, 476 §. 14. Heider, p. 306. Zori p. 329 §. 4.

17) Heider, p. 803.

einzelnen Feldstücken, Eschen und Zelgen, nachdem sie eingesäet waren oder in der Brache lagen¹⁸⁾. Meistentheils war die Zeit der Einzäunung ein für allemal bestimmt. So sollte z. B. zu Fahr in der Schweiz das Winterfeld oder das Herbstkorn um St. Martinstag, das Sommerfeld aber oder der Sommerhaber um St. Walpurgentag und die Wiesen auf St. Gertrudentag eingezäunt werden¹⁹⁾; zu Flaach in der Schweiz die Kornzelg auf St. Martinstag und die Haberzelg auf Ostern²⁰⁾; im Stifte Lindau die Winteresch nach St. Gallentag und die Sommeresch auf St. Georgentag²¹⁾, und man nannte daselbst die Einzäunung der Eschen die Eschpfatten²²⁾. Zu Schwanheim in der Wetterau sollte die Winterfrucht zwischen St. Michael und St. Martin und das Sommerkorn im Mai eingezäunt werden. Man nannte daher die Zäune die Herbstzäune und Malzäune²³⁾. In Baiern wurde das Korn in manchen Gemeinden auf St. Michaels-tag eingezäunt und der Haber auf St. Walpurgistag²⁴⁾, anderwärts das Rodenfeld auf St. Gallentag und das Haberfeld auf St. Georgentag²⁵⁾, und in Oesterreich vor St. Georgentag²⁶⁾. Auch pflögte die Größe und Stärke der Zäune genau bestimmt und vorgeschrieben zu sein, daß jeder Zaun auch eine Durchgangsthüre, ein Thürli²⁷⁾, ein Hofthürli²⁸⁾, ein Friedthor²⁹⁾ oder, wie heute noch im Bairischen Gebirge, ein Fallthor (Fallenthor)³⁰⁾ haben solle. Hinsichtlich der Größe und Stärke eines Zaunes war im Stifte Lindau vorgeschrieben, „daß

18) Grimm, I, 91, 522, III, 642 §. 18. Heider, p. 306 u. 805 und §. 105. oben.

19) Offn. zu Fahr §. 9 u. 10 bei Schauberg, I, 81.

20) Grimm, I, 91.

21) Heider, p. 805.

22) Heider, p. 356.

23) Grimm, I, 522.

24) Grimm, III, 627.

25) Grimm, III, 642 §. 18.

26) Grimm, III, 719.

27) Offn. von Oetlikon, §. 25—27 bei Schauberg, I, 114.

28) Grimm, I, 204, u. 205.

29) Heider, p. 370. Schmeller, I, 604.

30) Grimm, I, 117, 118 u. 119.

„ein Pfattzaun seyn soll so hoch, daß er einen zimlichen Mann vnder die Böhlen gange, vnd so stark gemacht vnd geflochten, wann ein zimlicher Mann daruff standt, daß di nit niderbrechen, vnd so dick, daß kein Schwein dadurch schlieffen möge“³¹⁾. In der Wetterau „ist geweißt, daß der Friede soll gemacht werden, also hoch und fest, daß zwey gespannte perbe nit können darüber kommen, und das solle geschehen vor Walburge“³²⁾. Nach dem Delbrücker Landrechte (VII, §. 2) „muß ein Wall um einen Zuschlag oder Kamp, worauf eine todte Hecke gesetzt wird, wenigstens drey Wäßen und zwey Erre Zaun, deren jede ungefähr eine Wanne hat, hoch und dermaßen stark eingerichtet seyn, daß selbiger von einem starken Mann 3 Fußstöße aushalten, und dennoch in ohnverläßnem Stande verbleiben könne.“ Das Rietberger Landrecht schreibt vor „Wie hoch ein wehrhafter Zaun sein soll? Wenn man eine barde mit dem helft einer ellen lang nehme, daß man über den zaun auf die erde reichen könne. Auch soll er so stark seyn, daß ein gewaffneter mann dreimal mit einem fuß dagegen laufen könne; da er das aussteht, ist er stark genug“³³⁾. Hinsichtlich der Gartenzäune schreibt das Vestenrecht zu Schwelm vor: „ein jedermann soll sinen garden tünen seß, vnde haben die erd, geschehe em dan schaden, dat over den thuin sprünge offte floege, dat mag hie doet schloen“³⁴⁾. Nach dem Guta Bagh endlich sollten die Zäune, wie heute noch in Schweden, dritthalb Ellen hoch und mit Bändern gebunden sein³⁵⁾. Einen solchen Zaun nannte man einen friedbaren Zaun oder einen friedbaren Pfattzaun³⁶⁾, einen wehrhaften Zaun³⁷⁾ oder einen Zaun der Werrschafft ist³⁸⁾. Um nun die friedbaren Zäune in gehörigem Stande zu erhalten waren allenthalben Zaunbesichtigungen vorgeschrieben³⁹⁾, welche auch

31) Heider, p. 805. Vgl. 277 Nr. 11.

32) Grimm, III, 476 §. 14.

33) Grimm, III, 106 §. 36.

34) Grimm, III, 30.

35) Schildener p. 57 u. 230.

36) Heider, p. 277 Nr. 11, 306 u. 805. Grimm, I, 204 u. 205.

37) Grimm, III, 106 §. 36.

38) Grimm, I, 90.

39) Grimm, I, 90 u. 204 III, 642 §. 18.

Gefadenbeschaue⁴⁰⁾, Pfattenschau⁴¹⁾ und Hagschau genannt worden sind⁴²⁾. Im Stifte Lindau wurde jedoch ein Unterschied zwischen Pfattenschau und Hagschau gemacht, und unter dem Pfattenschau die Besichtigung der mangelhaften Zäune, unter Hagschau dagegen die Besichtigung und Begräumung der überwachsenen und die Straße hindernden Bäume, Gesträuche und Hage verstanden⁴³⁾. Auch waren daselbst zur Beaufsichtigung der Zäune und Pfatten eigene geschworne Pfattenschäzer aufgestellt⁴⁴⁾, während die Zaunbesichtigung anderwärts von den Dorfmaiern⁴⁵⁾, von den Gemeindegeschwornen⁴⁶⁾ oder von anderen Ortsvorständen⁴⁷⁾ oder von dem Weibel vorgenommen zu werden pflegte⁴⁸⁾. Wenn der Zaun oder Graben nicht stark genug war, sollte eine Mauer aufgeführt werden⁴⁹⁾.

Zu diesen ursprünglichen mehr oder weniger bloß mit der Landwirthschaft zusammenhängenden Diensten und Fronen kamen in späteren Zeiten auch noch andere Gemeindefronen hinzu, z. B. zur Herstellung und Unterhaltung von Gemeindehäusern, Schulhäusern, Hirtenhäusern, Forsthäusern, Bachhäusern und anderen der Gemeinde gehörigen Gebäuden⁵⁰⁾, insbesondere auch zur Unterhaltung der Dorfmühlen⁵¹⁾, sodann Botendienste⁵²⁾, Tag- und Nachtwachen⁵³⁾, insbesondere auch zur Bewachung der öffent-

40) Offn. von Steinmaur §. 44 bei Schauberger, I, 94.

41) Heider, p. 803 u. 813.

42) Heider, p. 10 u. 813.

43) Heider, p. 10, 813 u. 814.

44) Heider, p. 277 Nr. 11 u. 805.

45) Offn. von Steinmaur §. 44 bei Schauberger I, 94.

46) Grimm, I, 90.

47) Grimm, III, 642 §. 18.

48) Grimm, I, 204.

49) Grimm, I, 88.

50) Thomas, I, 327.

51) Grimm, II, 569.

52) Delbrücker Landr. c. 9 §. 3. lit. t. Thomas, I, 327.

53) Sammlung der hochfürstl. würzburg. Landesverordn. I, 637. II, 439. Thomas, I, 328.

lichen Gebäude ⁵⁴⁾, endlich Fronfahren bei dem Auf- und Abzuge der herrschaftlichen Beamten und Diener ⁵⁵⁾ u. s. w.

§. 143.

Außer den Diensten und Fronen waren die Gemeindegossen in gewissen Fällen auch noch Naturalleistungen schuldig, z. B. für den Unterhalt der Gemeinde-Hirten, Schäfer und Feldschützen, bestehend insgemein in Früchten ⁵⁶⁾. Die Erhebung dieser Leistungen geschah meistens durch die Hirten und Schäfer selbst, indem sie mit dem Sack oder Stab in der Hand von Haus zu Haus herumgingen ⁵⁷⁾. Anderwärts geschah sie durch die Ortsvorstände („darumb sol der Heimbürg dem wein vnd dem „hirten helfen iren lon semeln“) ⁵⁸⁾. Dofers auch mittelft Zusammentragens oder Zusammenschüttens der Früchte, weshalb der Hirtenlohn selbst der Hirtenschütt genannt worden ist. (§. 107.) Andere Naturalleistungen der Nachbauern kamen vor bei der Beherbergung und Verpflegung der Herrschaft ⁵⁹⁾, bei Kriegsrequisitionen ⁶⁰⁾, bei der Stellung eines Pferdes für den Herrendienst ⁶¹⁾, und bei anderen Leistungen für den Grund-, Vogtei- oder Landesherrn. Auch die Ehaftschmieden und die anderen Inhaber von Ehaftsgewerben hatten Anspruch auf gewisse in Getreide bestehenden Leistungen, welche von jedem Gemeindegliede entrichtet werden mußten, gleichviel ob die Gemeindeglieder sich von den Ehaftbesitzern bedienen ließen oder nicht ⁶²⁾.

§. 144.

Alle diese und ähnliche Dienste und Naturalleistungen erscheinen zwar in manchen Gemeinden als Dienste und Leistungen

54) Blumer, I, 381.

55) Thomas, I, 320. ff.

56) Thomas, I, 240. f.

57) Grimm, II, 569.

58) Grimm, I, 419.

59) Grimm, III, 439.

60) Grimm, III, 580. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 505 ff.

61) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 384. f. u. 414 ff.

62) Schmeller, I, 6. Vgl. noch 59 u. 131.

der Gemeinde selbst, z. B. die Verbindlichkeit die Gemeinde-Wege und Stege oder die Dorfzäune machen zu lassen („Kirweg „und steg sol die burtschaftt gemein machen“⁶³⁾ „so sal die gemeyne daselbs die bezunen vnd bespdyden“⁶⁴⁾), oder für den Herrendienst ein Pferd zu stellen („wan eyn fahrt reysen wil mit „eyne künige über das gebirge oder mit den herren, so ist das „dorff schuldig eynen seymen“)“⁶⁵⁾). Eben so die Dienste und Leistungen zur Beherbergung und Verpflegung der Herrschaft auf ihren Hof- und Heerfahrten und auf ihren anderen Amtstreisen. („uff des Dorffs und des gerichts kosten“⁶⁶⁾). Das sal auch das „Dorff geben, der arm als der reich“⁶⁷⁾). Ferner die Pflicht der Gemeinde die in den Krieg ziehende Mannschaft zu verpflegen und zu unterhalten. („Die gemeinde soll seiner gnaden nach- „ziehen drei tag vnd drei nachten vñ der gemeinden kosten“)“⁶⁸⁾). Sodann die Pflicht der Gemeinde die Gefangenen zu bewachen⁶⁹⁾ und nöthigenfalls für die Untersuchungs- und Exekutionskosten zu haften⁷⁰⁾, den in der Gemeinde gestorbenen fremden Mann („ellenden mann“) zu begraben⁷¹⁾, bei Kriegsrequisitionen zu haften⁷²⁾ u. s. w.

Im Grunde genommen waren jedoch auch diese und ähnliche der Gemeinde selbst obliegenden Verbindlichkeiten mehr eine Last der einzelnen Genossen, als der Gemeinde selbst. Denn die Einzelnen standen damals der Gesamtheit der Genossen noch nicht so entgegen, waren von ihr noch keineswegs so verschieden, wie dieses späterhin, seitdem die Genossenschaft eine Korporation geworden, der Fall war. Sämmtliche den Gemeinden obliegenden

63) Grimm, I, 419. Vgl. III, 643 §. 26.

64) Grimm, I, 522.

65) Grimm, I, 518. vgl. I, 497 §. 10, III, 474 §. 4.

66) Grimm, III, 335—336.

67) Grimm, III, 543. Vgl. Meine Gesch. der Fränk. St., III, 413 ff. 426—427.

68) Grimm, II, 353. Vgl. Meine Gesch. der Fränk. St., III, 501 ff.

69) Grimm, I, 519, II, 323.

70) Grimm, II, 318 u. 323.

71) Grimm, I, 362.

72) Grimm, II, 325, 353 u. 354.

Verbindlichkeiten waren vielmehr Lasten der Einzelnen und wurden zunächst auch von den einzelnen Genossen getragen. Wenn z. B. von den Gemeinde= Wegen und Zäunen die Rede war, so hatten diese dennoch die einzelnen Nachbauern anzulegen und zu unterhalten ⁷³). Eben so war es bei der Beherbergung und Verpflegung, und bei den Kriegsrequisitionen. Denn erst wenn die Last für den Einzelnen zu groß war, wurde sie unter sämtliche Genossen vertheilt. („Da moegent sie leger nemen — vnd des morgens so sie off berechent, so sollent die gemeyne daselbs eyne clode liden, also abe eyne nachbure me schades geschiet were dan dem andern, das sollent sie vnder sich geliche belegen, also das eyner nyt me beschwert werde dan der ander“ ⁷⁴). Eben so wurde es insbesondere auch bei der Stellung eines Pferdes für den Herrendienst gehalten. Der Herr wählte sich nämlich aus sämtlichen Pferden der Gemeinde eines aus. Dieses wurde geschätzt und nur, wenn es nicht in Natur wieder zurückgegeben werden konnte, der Schätzungspreis von der Gemeinde ersetzt. („Alle die pferde, die dan zu dem falletor uß gene, ane eynes amptmans pfert, die pferde sal man alle tryben, unde sal eyn sayde darumb gene und sal sie wol beschen: und welches pfert der sayt angriffet, daz sal er nemen zu eyne seymmer, unde leyn anders. — Wan der seymmer geforn ist, so sollen die sieben scheffen das pfert schetzen off hyren eyd, also zu nemen unde zu geben, als iz des tages wert were. Weriß auch sache, daz der sayt den saymer verlore von sinen schulden, oder verkute oder verkeuffte, so were hym daz Dorff leynen seymmer nimmerme schuldig zu geben. Weriß sache, daz der seymmer wibber queme, begerte sie der arme manne wibber, wan er iz wibber über sin swelle gene ließe, als manchen dag daz pferd uß were gewest, als manchen schilling pfennige were man iz hym schuldig; zuget das pferbt ult wibber, so sulde man iz hym bezalen, als iz hym die scheffen hetten geschepet“ ⁷⁵).

73) Grimm, I, 419 u. 522.

74) Grimm, II, 454. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 501 ff. 506.

75) Grimm, I, 518—519. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 385, 415 ff.

§. 145.

Wenn die Gemeinde-Dienste und Naturalleistungen zur Versorgung der Angelegenheiten der Gemeinde nicht hinreichten, oder wenn sie für die einzelnen Genossen zu drückend oder zu lästig waren, so konnten zu dem Ende auch die Almenden beigezogen werden, z. B. zur Anlegung und Unterhaltung von Gemeinde Wegen und Stegen („wan ein stat sy, oder ein dorf, dem es „not tu an stegen vn an wegen, daz sie wol ab mogen scheiden „ir gemeinde“) ⁷⁶⁾ und zur Bestreitung der sonstigen Gemeindeangelegenheiten ⁷⁷⁾. In vielen Gemeinden war der Genuß von Wasser und Weide gerade deshalb von dem Grundherrschaften zugestanden worden, um der Gemeinde die Leistung solcher Dienste zu erleichtern ⁷⁸⁾.

Da jedoch die Almenden ursprünglich mehr zur Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der einzelnen Genossen, als zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse bestimmt waren (§. 123), so war ihre Beiziehung eben nicht häufig. Es wurden vielmehr die Genossen selbst mit Diensten und Naturalleistungen, nöthigenfalls auch mit Geldbeiträgen, mit sogenannten Gemeinde-Umlagen und Steuern in Anspruch genommen.

Jede Gemeinde war nämlich berechtigt von den Gemeindegliedern Geldbeiträge und Steuern zu erheben, so oft es ihr zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse nothwendig schien. („Daß „ain Gemein alle jar ein merere Steuer unter ihnen anlegen, und „den armen gemainen Mann — darmit beschweren müssen“) ⁷⁹⁾. Das Recht der Besteuerung war jedoch, da es ein Ausfluß der Feld- und Marktgemeinschaft war, ursprünglich auf die vollberechtigten Genossen beschränkt. Daher konnte Kaiser Rudolf der Gemeinde Egenburg befehlen die Hörigen des Klosters Zwettl steuerfrei zu lassen ⁸⁰⁾. Und aus demselben Grunde sollte die Landgemeinde von Uri die Hörigen des Klosters Wettingen und

76) Kaiserrecht, II, 73. Vgl. Grimm, I, 419.

77) Sternberg, I, 7, 8 u. 64.

78) Grimm, II, 188, 353, III, 500.

79) Urk. von 1557 §. 3 bei Zori, p. 348.

80) Urk. von 1279 bei Boehmer, regest. von 1246 bis 1313 p. 99.

auch die herrschaftlichen Güter der Äbtissin von Zürich nicht besteuern⁸¹⁾. Von einer landesherrlichen Zustimmung zu einer solchen Besteuerung war indessen ursprünglich keine Rede. Nur in den grundherrlichen Dorfschaften mußte außer der Gemeinde auch noch die Grundherrschaft zustimmen. („was sunst von ainer Gemaindt wegen schwers gehandelt würdt, es wer mit Steuern oder ander, daß daffelb mit der Herrschaft und Gemaindt Vorwissen solle geschehen“⁸²⁾).

Die Bedürfnisse der Dorfgemeinden waren ursprünglich nicht groß und daher auch solche Geldbeiträge sehr selten. Am frühesten kommen sie vor als Beiträge zur Beherbergung und Verpflegung der Herrschaft („das die nachpaurn, welche wasser und weide genießten, ein jeder mit zu solcher kost thun und dieselbigen nach anzahl bezalen helfen sollen“⁸³⁾), oder zur Verköstigung und Verpflegung der herrschaftlichen Beamten auf ihren Umritten („Wär aber, daß ein pfleger selbbritt ritt, und käme er selbschafft oder selbacht, so soll man hinter und für sich in das Dorf greifen, und das mahl verbringen, daß ein genügen da sei“⁸⁴⁾). In manchen Bairischen Hofmarken sollte die Herrschaft das eine Mal von dem Ortsvorstande und das andere Mal von der Gemeinde verköstigt werden. („der paur, so daffelbig jar das ainen und dorfrecht hat, der soll jeder herrschafft sammt seinen Dienern und pferden, auch dem procurator und amtleuten das erst muel und mal am Dorfrecht zu geben schuldig sein und das andere mal die gemain zu geben schuldig sein“⁸⁵⁾). Solche Geldbeiträge kommen ferner vor als Beisteuern zu den Kosten der Hof- und Heerfahrten⁸⁶⁾. Sodann als Beisteuern für den Hirtelohn („wann man das Hüertlon anlegt“⁸⁷⁾) oder die

81) Dipl. von 1234 bei Eschubi, I, 130. Mandamus vobis — quatenus ab hominibus claustrum de Wettingen in valle Uraniae constitutis nullam prorsus exactionem vel precariam requiratis. Noch andere Beispiele bei Bluntzli, Bundesr. I, 27. Rot.

82) Urk. von 1564 bei Lori, p. 364.

83) Grimm, III, 439. vgl. noch p. 336.

84) Grimm, III, 626. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 270, 271 u. 285.

85) Grimm, III, 640. §. 1. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 270.

86) Urk. von 1156 bei Lori, p. 4. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 418 ff.

87) Urk. von 1557 §. 4 bei Lori p. 348.

Klaunensteuer oder Hirtenpfund erhebt)⁸⁸⁾, für den Unterhalt der Dorfschullehrer⁸⁹⁾, für Schulbauten und für andere Gemeinbeangelegenheiten⁹⁰⁾, insbesondere auch als Beisteuern zu den Zehrungskosten und zu den übrigen amtlichen Ausgaben der Gemeinde-Vorsteher und Diener⁹¹⁾.

Die Erhebung solcher Gemeinde-Umlagen und Steuern geschah öfters nach gleichen Theilen⁹²⁾, meistens aber nach dem Verhältnisse des Grundbesitzes oder der Nahrung und des Vermögens⁹³⁾. Daher wurden die Gemeinde-Umlagen und Steuern zuweilen auch Nahrungssteuern oder Nahrungs-schick, Fleckensschick und Schicksteuern („Schicksteuer“) genannt⁹⁴⁾. In manchen Gemeinden geschah indessen die Steuererhebung auch nach Klassen in der Art, daß die Bauern einen ganzen Beitrag, also z. B. 24 kr. leisten mußten, die Halbbauern und Hintersiedler dagegen nur einen halben, also 12 kr., und die bloßen Häusler und Hüttner, seitdem sie überhaupt besteuert zu werden pflegten, gar nur einen Viertelsbeitrag also 6 kr.⁹⁵⁾

Jedenfalls waren die Gemeinde-Einnahmen ursprünglich nicht sehr bedeutend. Das gesammte Einkommen der Dorfgemeinden bestand nämlich in dem Bürgeraufnahmsgelbe (§. 74), welches jedoch nicht allenthalben bestand und z. B. im Dithmarschen schon im Jahre 1560 wieder abgeschafft worden ist⁹⁶⁾. Zu dem Aufnahmsgelbe kamen noch die Marktrevel Bußen in manchen Gemeinden ganz, in anderen Gemeinden wenigstens theil-

88) Benßen, Rotenburg p. 382. Vgl. noch Tiroler Landsordn. IV, tit. 2 u. 3.

89) Thomas, I, 240 u. 241.

90) Sternberg, I, 9. Altenhofelauer Weisthum von 1570 art. 48 in Granien I, 55.

91) Urk. von 1557. §. 3. u. 4. bei Lori, p. 348.

92) Thomas, I, 217, 218, 240 u. 241.

93) Fald, III, 2 p. 626, 629 u. 630. Thomas, I, 241. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 503.

94) Urk. von 1505 bei Kuchenbecker, anal. Haas. VII, 55. Fald, III, 2 p. 626 u. 630.

95) Thomas, I, 240.

96) Richelsen, Urkb. p. 251 ff.

weise, sodann der erblose Nachlaß, in manchen Gemeinden auch noch der Nachlaß der hingerichteten Uebelthäter und der Erlöb aus dem Verlaufe und aus der Verpachtung der Gemeinde-Gründe und Früchte. (§. 122, 133 u. 139.) Alles Uebrige wurde mit Gemeinde-Diensten und Naturalleistungen bestritten und nöthigenfalls durch Gemeindesteuern gedeckt.

Da jedoch die Gemeinde-Ausgaben ursprünglich von sehr geringem Belange waren, so reichten in der Regel die gewöhnlichen Einnahmen und Leistungen zur Befriedigung der Gemeindebedürfnisse hin. Wenigstens war von Gemeinde Umlagen und Steuern gewiß nur sehr selten die Rede. Meistentheils blieb sogar noch ein kleiner Ueberschuß, welcher unter den Genossen vertheilt und in früheren Zeiten vertrunken zu werden pflegte. (§. 122)

5. Rechte und Verbindlichkeiten der Dorfmarkgemeinden als kirchliche Genossenschaften.

§. 146.

Die Dorfmarkgemeinden pflegten ursprünglich zu gleicher Zeit auch religiöse Genossenschaften, wahre Parochialgemeinden zu sein. (§. 48.) Die Worte Pfarrei und Kirchspiel waren daher ganz gleichbedeutend mit Bauerschaft und Nachbarschaft, woraus jedoch aus den bereits angegebenen Gründen nicht gefolgert werden darf, daß jede Dorfmarkgenossenschaft zu gleicher Zeit auch eine Parochialgemeinde und umgekehrt jede Kirchengemeinde eine Dorfmarkgemeinde gewesen sei. Aus dieser ursprünglich so innigen Verbindung der kirchlichen mit der weltlichen Gemeinde erklären sich nun die Rechte und Verbindlichkeiten, welche die Dorfmarkgenossen in ihrer Eigenschaft als Kirchengenossen gehabt haben.

Eine Dorfmarkgemeinde, auch wenn mehrere Dörfer in der Mark angesiedelt waren, pflegte nämlich ursprünglich nur eine einzige Hauptkirche zu haben, in welche sämmtliche Markgenossen eingepfarrt waren. So in der Mark Gerau eine Hauptkirche zu Großgerau, in der Mark Alten Haxlau eine Hauptkirche zu Altenhaxlau, eben so in den Marken von Winkel, Wizingen u. f.

w. immer nur eine Hauptkirche. (§. 48.) Insbesondere ist auch die bei Kellterbach am Main frei auf dem Felde stehende St. Martinskirche ehemals die Hauptkirche für die Dörfer Schweinheim und Kellterbach gewesen ⁹⁷⁾). Diese Hauptkirchen bildeten den Mittelpunkt für die in größerer oder geringerer Entfernung umher wohnenden Parochianen und wurden daher Pfarrkirchen oder Kirchspiellkirchen ⁹⁸⁾), die Dörfer aber, in welchen die Pfarrkirche stand, Pfarrdörfer oder Kirchdörfer genannt. Wenn mehrere in derselben Mark liegende Dörfer zu einer Pfarrei oder zu einem Kirchspiele gehörten, wie dieses z. B. bei der Pfarre Waltenhofen in der Nähe von Hohenwangau ⁹⁹⁾), bei der Kirchgemeinde Laufen in der Schweiz ¹⁾), bei Pfronten, Winkel u. s. w., insbesondere auch bei mehreren Kirchspielen im Dithmarschen der Fall war, so bildeten auch sie, so lange sie in ungetheilter Feld- und Marktgemeinschaft blieben, eine einzige Dorfmarktgemeinde, also eine kirchliche und zu gleicher Zeit auch eine Mark-Genossenschaft. Aus den früher bereits schon angegebenen Gründen wurden indessen sehr häufig auch in anderen Marken liegende und keine eigene Kirche besitzende Dorfschaften in irgend eine fremde Kirche eingepfarrt und dann hatte natürlicher Weise die Dorfmarktgemeinde mit der Parochialgemeinde durchaus nichts gemein. (§. 48.)

§. 147.

Die Pfarreien pflegten gleich bei ihrer Stiftung mit Grundbesitz oder mit Zehnten und anderen Renten, insbesondere auch, wie z. B. die Pfarrei Wedinghausen in Westphalen, mit Roval- oder Rottzehnten dotirt zu werden ²⁾). Bei der Anlegung eines Dorfes oder, wenn zur Zeit der Erbauung einer Kirche das Dorf selbst schon beistand, bei Errichtung einer neuen Pfarrei, pflegte

97) Wend, I, 39.

98) Urk. von 1389, 1418 u. 1426 bei Westphalen, II, 393, 2294 u. 2322. Urk. von 1580 bei Lori p. 408.

99) Urk. von 1614 bei Lori p. 459. „Dreyen Gemarkinden der Pfarr, Waltenhofen als Horner, Bruner und Waltenhofen.“

1) Grimm, I, 108 vgl. mit 103.

2) Dipl. von 1182 u. 1185 bei Wilschand, Archiv, VI, 177 u. 182.

nämlich auch für die Pfarrei ein Ackerloos mit dem dazu gehörigen Antheil an den Gemeinbenutzungen ausgeschieden und die Pfarrei damit dotirt zu werden. (§. 97) Schon im 8ten Jahrhundert waren im Stifte Salzburg über fünfzig von freien und unfreien Colonen bewohnte Pfarreien und zwar von diesen selbst in Grund und Boden dotirt worden (*de ecclesiis parrochiales que de barscalcis una cum seruis sive de eorum territorio dotate sunt* ³). Nach einer Verordnung Ludwigs des Frommen sollte jede Dorfkirche einen Mansus als Kirchengut erhalten ⁴). Und auch bei den späteren Dorfanlagen im 13ten und 14ten Jahrhundert pflegte noch z. B. in Schlessien ein Ackerloos für die Kirche angewiesen zu werden. (*contulimus mansum liberum in villa ecclesie Sti Nicolai* ⁵). *Damus pro ecclesia mansum, pro pascuis pecorum mansum* ⁶). „In den Dörffern, welche 50 Hueben haben werden, sollen sie eine Kirche bauen, zu welcher Wier zwei Hueben geben, also, das eine jede zwei sonderliche Hueben habe“ ⁷). Eben so wurden in der Mark Brandenburg bei den neuen Dorfanlagen im 13ten Jahrhundert allzeit eine oder mehrere (ein, zwei, drei bis vier) sogenannte Pfarrhufen für die Kirche ausgeschieden ⁸). Dies ist meistens der Ursprung der Pfarrgüter, mit welchen heute noch so viele Pfarreien versehen sind und welche von dem jedesmaligen Pfarrer entweder verpachtet, oder vom Pfarrhofs aus gebaut zu werden pflegen. Und wie dem Grundherrn, so mußten die Bauern insgemein auch dem Pfarrherrn die nöthigen Ackerdienste, sowohl Hand- als Spanndienste leisten, sehr häufig z. B. in Baiern und auch in dem Freidorfe Trochtelfingen bis auf unsere Tage ⁹).

Da die Dorfmarkgemeinden zu gleicher Zeit Kirchengemeinden waren, so sind öfters auch die Kirchenvorstände zu gleicher Zeit

3) *Congestum Arnois in Juvavia* p. 26—28.

4) *Vita Hludovici Imp.* c. 28 bei Pertz, II, 622.

5) Dipl. von 1274 bei Böhme, dipl. Betr. der Schles. R. II, 64.

6) Dipl. von 1279 bei Böhme, II, 65.

7) Lischowpe u. Stenzel, Urff. p. 344. Vgl. noch Lischowpe u. Stenzel, p. 171. f.

8) Wohlbrück, Gesch. von Lebus, I, 402, 403 u. 406—409.

9) Lang, *Remoires*, I, 35.

Gemeindevorsteher gewesen. Im Dithmarschen z. B. die Schließer (Schlüter, Glüttere, olavigeri) und die Kirchspielsgeschworne (jurati)¹⁰). Sie hatten außer der Verwaltung des Kirchengutes und außer der Erhebung der kirchlichen Abgaben und Zehnten, weswegen sie auch Beschließer des Kirchengutes (olavigeri) genannt worden sind, auch noch die Verwaltung der Gemeindegangelegenheiten, die Ortspolizei und die Gerichtsbarkeit in geringeren Sachen¹¹). Aus demselben Grunde wurden die Gemeindeversammlungen in der Kirche¹²), oder vor derselben oder auf dem Kirchhofe gehalten (coram tota parochia in cimiterio villae Brügge¹³). Im Dithmarschen nannte man den Platz auf dem Kirchhofe, auf welchem sich die Gemeinde zu versammeln pflegte, den Kring, d. h. Kreis¹⁴). Und noch in unseren Tagen wurden die Gemeindeversammlungen, z. B. im Freidorfe Trochtelfingen, nach dem Gottesdienste auf dem Kirchhofe gehalten¹⁵). Auch sollten die Vorladungen in der Kirche geschehen („das ein geschworne meher sol und mag von all ander meher wegen das „gericht in der kirchen bi zwen schilling pfenning verkunden“)“¹⁶). Eben so sollten die öffentlichen Bekanntmachungen und Aufforderungen in der Kirche geschehen („dri sünitag nach einandern hie „zu Gynsiblen inn der kirchenn verkünden vnnnd erbyeten lassen“)“¹⁷). Man nannte daher solche Aufforderungen den Kirchenruf, z. B. im Kanton Glarus den Aufruf zur Rechnungsablage¹⁸). Auch in Baiern wurde der Tag der Rechnungsablage der Pächte, der Kirchenprobste und der Kirchenverwalter auf der Kanzel verkündet¹⁹). Endlich sollten auch die Gemeindebeschlüsse in der Kirche, z. B. in „der Pfarrkirche zu Niederhosen“ bei Hörschwangau,

10) Viele Urkunden bei Michelsen, Urkb. p. 25, 26, 27, 28 u. 29.

11) Dahlmann, Neocorus, I, 361, II, 542

12) Elger Herrschaftsrecht, art. 4, §. 11 bei Pestaluz, I, 263.

13) Dipl. von 1349 bei Westphalen, II, 184.

14) Dahlmann, Neocorus II, 327 u. 591.

15) Lang, Memoiren, I, 31.

16) Grimm, I, 421.

17) Grimm, I, 158 §. 30.

18) Landbuch von Glarus, I, §. 115.

19) Bair. Landesordnung von 1616, tit. 9. art. 2 u. 5.

bekannt gemacht werden ²⁰). Und in Gothland sollte sogar das entlaufene Vieh zur Kirche gebracht und daselbst darüber verhandelt werden ²¹).

Wie andere Dorfmarkgenossen (§. 136.), so hatten auch die Kirchspielleute die Verbindlichkeit Zeugniß für die Genossen abzugeben und ihre Eidhelfer zu sein, im Dithmarschen z. B., um sie von Verbrechen zu reinigen (*pro delicto fuerit ineusatus, cum duodecim testibus — suis uicinis et de eadem parochia, se si poterit excusabit*) ²²), und die übrigen „Kardnehmenden Eede“ zu schwören ²³). Daher konnte auch daselbst ein Kirchspiel (*tota communitas parochie*), d. h. die Kirchspielsgemeinde versprechen, daß die Geschlechter des Kirchspiels keinen Raub mehr begehen würden, und auf diese Weise den öffentlichen Frieden verbürgen ²⁴).

§. 148.

Die Dorfgemeinde hatte ferner ursprünglich den Pfarrer, den Meßner oder Sakristan und die übrigen Kirchenbiener insbesondere auch die Kirchengeschwornen zu wählen. Das Recht ihren Pfarrer zu erwählen wurde der Gemeinde Cappelen in Westphalen noch im 12ten und 13ten Jahrhundert mehrmals bestätigt ²⁵). Auch hatten dieses Wahlrecht die Bauern zur Zeit des Bauernkrieges noch nicht vergessen. Denn sie verlangten in ihren vorgebrachten Beschwerden, „ein ganze gemeyn sol ein Pfarher selbst erwelen „vnd thesen““ ²⁶). Nach kanonischem Rechte hatten jedoch die Gemeinden, ausgenommen wenn ihnen das Patronatrecht zustand,

20) Urk. von 1580 bei Loxi, p. 408.

21) Guta Lagh. c. 52. Schilbener, p. 78, 122. f. u. 242.

22) Dipl. von 1265 bei Michelsen, Urkb. p. 12.

23) Dithmarsch. Landr. von 1567, art 13, §. 1. Vgl. Dithmarsch. Landr. von 1447 §. 50 bei Michelsen, p. 19.

24) Dipl. von 1286 bei Michelsen, Urkb. p. 14

25) Dipl. von 1150, 1213 u. 1217 bei Mörser, Den. Gesch. II, 292. III, 239 u. 244.

26) Die 12 Hauptartikel aller Bauerschaft art. 1. bei Bensen, p. 515. Vgl. die 19 Artikel der Bauern im Innthal art. 1. bei Dethle, p. 496.

keinen Antheil mehr an der Ernennung des Pfarrers. Und auch ihr Patronatrecht wurde als eine Usurpation betrachtet. (In iis personis, seu communitatibus vel universitatibus, in quibus id jus plerumque ex usurpatione potius quaesitum praesumi solet) und daher durch das Concil zu Trient großen Beschränkungen unterworfen²⁷⁾. In der reformirten Kirche wurde indessen das freie Wahlrecht der Gemeinden wieder hergestellt. Eben so gestand Luther den Gemeinden ein Recht der Zustimmung und der Verwerfung des ihnen gesetzten Pfarrers zu. Ein eigentliches Wahlrecht wollte er ihnen aber nicht mehr zugestehen, seitdem ihn der Aufstand der Bauern erschreckt hatte²⁸⁾. Auch reden noch viele Weisthümer von dem Rechte der Gemeinden den Messner oder Sakristan zu erwählen und ihn seines Amtes wieder zu entsetzen. („die gnossami von Adelgeswile die sullen einen sigristen „kiesen, der inen ir kilchen schaz behuete, wand er ir ist, dem sol „ein lupriester das sigristen ampt liehen mit aller der rechtung „so darzu hoeret²⁹⁾). Die genossen die ze Weggen in die kilchenn „hoerent einen sigersten sezent vnd entsezend³⁰⁾. Das gericht „der burschafft sol setzen einen mesener vff den tag, so man heim- „burge und banwart setzt. er sol ouch sweren der kirchen dz „beste und dz wegs zu thun und iren nuß zu bessern und iren „schaden zu wenden und den herren gehorsam sin und ouch dem „kirspe l“³¹⁾. Und in vielen protestantischen Gemeinden ist auch in späteren Zeiten noch der Gemeinde das Recht den Küster oder Messner zu ernennen, oder wenigstens ein Widerspruchsrecht gegen den von dem Patron Ernannten geblieben, z. B. in Cleve und Mark, zu Rotenburg, in Preussen u. a. m.³²⁾.

§. 149.

Auch die Verbindlichkeiten der Dorfmarktgenossen hängen in mehrfacher Beziehung mit diesem ursprünglichen Stande der Dinge

27) Sess. XXV, de reformat. c. 9.

28) Luthers Werke, XVI, 84. Richter in Zeitschrift für Deutsch. Recht, IV, 39 u. 40.

29) Grimm, I, 163.

30) Grimm, I, 166.

31) Grimm I, 419.

32) Cleve. u. Märk. lutherische KirchenOrdn. §. 137 bei Enethlage, p. 163. Benßen, Rotenb. p. 378. Preuss. Landr. II, tit. 11. §. 560 u. 562.

zusammen. Jeder Dorfmarkgenosse war z. B. gehalten auch seinen kirchlichen Verbindlichkeiten nachzukommen, unter Anderem mit zur Procession zu gehen. („Item so man mit den crützen gat, so sol yß iedem hufz ein mensch mit gon, das da opfferbar ist. Beschickh das nit, so verfellet derselbe der kirchen ein pfunt wachs, vnd daran sol man nützit schencken“) ³³⁾; ferner die Feiertage zu halten („Feyertag zue halten. Ein ieder gemeinßman er sey „wer er wolle der soll die Feuertag halten, sonderlich wann sie „der Pfarrer verkündten thut. Es soll auch keiner kein pferdt „einspannen zue fahren weder an die müehl oder anderßwo, niemand außgeschieden bey Peen der fünff schilling pfenning. Es „sollen auch die weyber vnd magt nit graßen bey vorgemelter „Boen“) ³⁴⁾). Auch sollten sie, wie wir gesehen, einander begraben und mit einander zur Leiche gehen. (§. 137.). Und die Gemeinde strafe jeden, der diesen Verbindlichkeiten nicht nachkam. Eben so war die kirchliche Baulast ursprünglich eine Hauptverbindlichkeit der *filiæ ecclesiae* ³⁵⁾, und des *populus plebis* ³⁶⁾, also der Parochianen oder der Gemeinde. Späterhin wurde sie nach kanonischem Recht mehr eine Last des Zehntherrn und des Patrons, und die Parochianen sollten nach dem Tridentinischen Concil nur noch zu freiwilligen Beiträgen aufgefordert werden. (*parochianos omnibus remediis opportunis ad praedicta cogant*) ³⁷⁾. Dennoch hat sich auch in späteren Zeiten noch in fast allen Territorien irgend ein Antheil der Gemeinden an der kirchlichen Baulast erhalten. So sind die Gemeinden z. B. im Erzstifte Trier zu Hand- und Spanndiensten verbunden gewesen ³⁸⁾; in Preussen ebenfalls zu Hand- und Spanndiensten und außerdem noch zu einem Kostenbeitrag, wenn das Kirchenvermögen nicht hinreicht ³⁹⁾, eben so in Sachsen zu Hand- und Spanndiensten und außerdem noch zu

33) Grimm, I, 417.

34) Ungebrucktes Lagerbuch von Weisenheim am Sand, in der Pfalz.

35) Capit. von 825, c. 8, von 856. c. 9, und von 876. c. 11. bei Pertz, III, 249, 438 u. 531.

36) Capit. von 875. c. 16 bei Pertz, III, 525.

37) Sess XXI, c. 7. Vgl. Eichhorn, Kircheng. II, 807. Not. 34.

38) Synodal Statut von 1678, c. 4 §. 16 bei Harzheim, X, 77.

39) Preuss. Landr. II, tit. 11, §. 714—720.

einem Kostenbeitrag⁴⁰⁾; auch in Hessen zu Hand- und Spanndiensten und zur Herbeischaffung des Baumaterials⁴¹⁾ u. a. m. Im Erzstift Köln hatte die Gemeinde den Thurm und die sonstigen Nebengebäude, der Pfarrer den Chor und der Zehntherr oder, wenn keiner vorhanden war, die Gemeinde das Schiff zu unterhalten⁴²⁾. In Summern hatte das Kirchspiel die Hälfte der Kirche, den Korner, d. h. den Kornboden, die Ringmauer um den Kirchhof, den Thurm und die Glocke zu unterhalten, die andere Hälfte der Kirche aber der Abt von St. Maximin und der Pfarrer den Chor⁴³⁾. Im Eichsfeld hatte die Gemeinde den Kirchturm, die Orgel, die Glocken und die Uhren im Kirchthum zu unterhalten⁴⁴⁾. In Pommern war vorgeschrieben, „daß bey Aufbaung „und Besserung der Kirchen denen Kirchspiels Verwandten ein „Kirchen Schoß auferlegt“ werden solle⁴⁵⁾. In der Pfalz hatten manche Gemeinden den Kirchenbau ganz allein zu bestreiten, z. B. die beiden Gemeinden Heiligenstein und Weichtersheim bei Speier. Denn streitig war nur der Antheil einer jeden dieser Gemeinden an der Baulast. Auch sollten beide Gemeinden den Zaun um den Kirchhof machen. („den zun umb den kirchoff“)⁴⁶⁾. Meistentheils hatten jedoch die Gemeinden in der Pfalz nur einen bestimmten Antheil an jener Last. So bestimmt z. B. das ungedruckte Weisthum von Weisenheim am Sand in der Pfalz: „Die Kirch würdt vom Stifft Neuwhaussen als collator „in baum erhalten, darzue die Gemeindt fröhn. Kirchthum ist die „Gemeindt zuerhalten vnnnd zue baumen schuldig, außgen hinden „die sehl so auß den kirchen gefellen bezahlt werden. Muren vmb „den Kirchhoff ist auch die gemeindt zu erhalten schuldig.“

Das Weisthum von Großkarlbach: „Den Kirchenthurn vnnnd glocken, außgeschieden die sehl welche aus sonderlichen hiezue „gehörigen gefellen von etlichen güettern gekaufft, erhelt die Ge-

40) Weber, R. R. II, 748 ff.

41) Lebderhose, R. R. p. 437.

42) Synodal Statut von 1662, tit. VII, c. 1 §. 3 bei Harzheim, IX, 1035.

VerOrdn. von 1715 §. 2. in Samml. der Köln. BrOrd. II, 34.

43) Weisthum bei Koenigsthal, I, 2. p. 65.

44) Hartmann, Eichsfeld p. 428.

45) Landtags Abschied zu Stettin von 1616 bei Westphalen, II, 1855.

46) Urf. von 1364 bei Mone, Zeitsch. V, 323.

„mein, wie auch die Kirchhofs mauern“. Das Weisthum von Hegheim: „Den thurn vund die kirchmauern ist die gemeindt „zue bawen vnd zue erhalten schuldig“. Das Weisthum von Beintersheim: „Der Thurn, darinnen die Glocken, die kirchenmauer von der gemein gebawt vnd erhalten worden.“ Das Weisthum von Glomersheim: „Kirch vnd pfarrhaus würdt „in nahmen Churffl. Pfalz vom Amtmann zue Pfederßheim gebawt vnd erhalten, muß die gemeindt darzue frönen, der Thurn „soll wie an allen Orten, wie auch die Kirchhofsmaur von der „gemein gebawt werden.“ Das Weisthum von Heppenheim auf der Wiese: „Die gemeindt den kirchenthorn, darinn „die glockenhrwerck vnd glockenseyl außgeschieden ein seyl so die „inwohner etlicher heußer an die große glock wan es nöthig zu „bestellen. Item auch die gemeindt die mauren vmb den kirchhoff zu machen schuldig.“ Das Weisthum von Merstatt: „Den kirchenthorn die gemeindt vf den notfall zue bawen vnd „zuerhalten schuldig.“ Weisthum von Bernersheim: „Den „thurn aber die gemein vfrechts zue halten, mit glocken vnd sehlen „zue bestellen schuldig.“ Das Weisthum von Obersülzen: „Den kirchenthorn, wie auch die kirchhofsmauern vnnb daran das „thor, item glocken vnnb seyl ist die gemein zu erhalten vnd was „nothwendig zue bawen schuldig.“ In Baiern endlich sollten die Pfarrgemeinden „zum nothwendigen Kirchenbau mit Geld oder „Scharwerk“ beitragen⁴⁷⁾. Auch die Verbindlichkeit den neu ernannten Pfarrer abzuholen hat mit zu den Gemeinbediensteten gehört⁴⁸⁾.

§. 150.

Außer der Armenpflege und der Ortspolizei gehörte endlich auch die Sittenpolizei ursprünglich, ehe sie an die Kirche übergegangen ist, mit zu den Angelegenheiten der Gemeinde. Und auch in späteren Zeiten haben sich hin und wieder, z. B. in Schweden, wenigstens noch Spuren davon erhalten⁴⁹⁾. Selbst

47) Geistliche RathsOrdnung von 1779 §. 28 in Meyr, Grl. S. II, 1142.

Bgl. noch Bair. Landesordn. von 1616, I, tit. 9. art. 14.

48) Overbed, Medit. VII, 26. ff. Hartmann, Eichsfeld p. 395 ff.

49) Schildener, Guta Lagh, p. 123 u. 136.

die Sendgerichte sollten nicht ohne Mitwirkung der weltlichen Gemeinden gehalten werden, indem z. B. die weltlichen Sendschöffen aus der Gemeinde genommen und nur auf ihre Rüge in altgermanischen Formen verfahren werden sollte, wie dieses jedoch hier nicht weiter ausgeführt werden kann.

Je mehr sich jedoch die Kirche unabhängig von dem Staate gemacht und in ihren Bereich gezogen hat, was nur entfernt mit der Kirche zusammenhing, desto mehr wurden auch die Parochialgemeinden von den Dorfmarkgemeinden geschieden und die Rechte und Verbindlichkeiten der Parochianen von jenen der Gemeindeglieder und Nachbarn unterschieden. Die den Pfarrern zustehenden Marknungen beruhten demnach, jedenfalls seit dieser Zeit, nicht mehr auf Feld- und Markgemeinschaft. (S. 97.) Ebenso wenig die Parochialdienste und Lasten. Von den Gemeindelasten galt von nun an kein Schluß mehr auf die Parochiallasten und umgekehrt durfte aus der Verpflichtung zur Leistung der Parochiallasten nicht mehr eine Verbindlichkeit zu den Gemeindelasten gefolgert werden. Zu jenen mußten unter Anderen auch die Häusler, Söldner und die übrigen Weisassen beitragen, zu den letzteren aber bloß die vollberechtigten Gemeindeglieder.

Nur im Norden Europas und allenthalben wo sonst noch das kanonische Recht weniger Einfluß erhalten, hat sich auch in späteren Zeiten noch eine innigere Verbindung der Parochial- und Dorfmarkgemeinde, hin und wieder sogar bis auf unsere Tage erhalten ⁵⁰⁾. Und im Dithmarschen besorgen die Schließer und Kirchspielgeschwornen heute noch als Kirchen- und Gemeinde Vorsteher mit den kirchlichen zu gleicher Zeit auch die weltlichen Angelegenheiten der Gemeinde. Auch hat sich die protestantische, insbesondere die reformirte Kirche auch in dieser Beziehung wieder mehr dem ursprünglichen Stande der Dinge genähert, indem sie zwar nicht der Dorfmarkgemeinde, wohl aber der Pfarrgemeinde das Recht ihren Pfarrer zu wählen, die Sittenpolizei zu handhaben, und ihre kirchlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen, zugestanden hat.

50) Schildeker p. 123.

6. Eigenthümliche Strafen gegen ungehorsame Bauern.

§. 151.

Daß die Bauern, wenn sie zu bestimmten Fron- oder anderen Diensten, insbesondere auch vor Gericht und zu den Gemeindeversammlungen geladen waren, bei Strafe erscheinen mußten, ist bereits schon bemerkt worden, und wird gelegentlich noch öfters bemerkt werden. (§. 81, 175, 193.). Ganz eigenthümlich waren jedoch in manchen Gemeinden die Strafen gegen diejenigen, welche den Gemeindeverbindlichkeiten überhaupt nicht nachkamen. Ähnlich den gegen ungehorsame Schöffen angewendeten Strafen⁵¹⁾, und ähnlich der Römischen interdictio aquae et ignis, sollte nämlich den ungehorsamen Bauern der Gebrauch des Feuers, des Wassers, der Weide und der Hirten verboten, ein Graben vor dem Thore aufgeworfen, das Thor selbst zugespäht, der Eimer über dem Brunnen weggehauen und der Backofen so lange zugemacht werden, bis dieselben ihre Gemeindeverbindlichkeiten erfüllten. („Ich frage: wann nun einer in dieser Bauerschaft erfunden würde, der diesen Artikel nicht nachlebte und in der Bauerschaft nicht thäte, was sich eignet und gebühret, was die Bauerschaft thun soll, daß er wieder zum Gehorsam gebracht würde? Antwort. Dem soll man einen Graben vor dem Thore aufwerffen, das Thor zuspählen, dem Eymern über dem Brunnen weggehauen, und dem Backoffen zumachen, kein Feuer leihen, Kuh und Schweinehirten verbietthen und in solche Noth bringen, daß er thun muß, was Recht und Gemäß ist“)⁵²⁾). Bei den Holtingen in der Grafschaft Ringen sollte den ungehorsamen Bauern der Backofen eingeschlagen, der Brunnen zugeteicht oder verstopfet und derselbe ein Jahr lang seiner Markgerechtigkeit verlustig sein. („De gemeinen Buerhen erkennen, so we dem Holtinghe alhir vngheorsam wer vnd nicht erscheune, demseluen solle vnd mogen de gemeine Buerhen den backauen inslaen vnd de püttenn dickenn, vnd soll daer tho syner gerechticheitt jnn der marcke eyn jaer

51) Grimm, I, 700. Meine Gesch. der Frondhöfe, III, 90.

52) Wendhagensch. Bauernr. bei Spangenberg, p. 203.

„vorlustigh synn“) ⁵³⁾. Das Auslöschen des Feuers auf dem Herde galt, wie wir gesehen haben, als Zeichen, daß der Bewohner des Hauses sein Gemeinderecht verloren habe und in der Gemeinde nicht mehr geduldet werden solle. (§. 80.) Das erwähnte Verbot des Feuers, des Wassers u. s. w. war demnach eine einstweilige Entziehung des Gemeinderechtes auf so lange, bis der Ungehorsame seinen Verbindlichkeiten nachkam.

53) Protokoll von 1562 bei Piper p. 177—179.

Geschichte

der

Dorfsverfassung

in

Deutschland.

Von

(Pfeiler)

Georg Ludwig von Maurer,

Staats- und Reichsrath, Mitglied der Akademien der Wissenschaften in München und in
Berlin, der Königl. Societät in Göttingen, der gel. Gesellschaften in Athen, Jassy, Darmstadt,
Biebraden u. a. m.

Zweiter Band.

Erlangen.

Verlag von Ferdinand Enke.

1866.

Druck von Junge & Sohn in Erlangen.

Inhaltsverzeichnis.

VI. Das Dorfregiment.

1. Im Allgemeinen. §. 152 -159 p. 1—22.

Gemeinde Angelegenheiten:

1) in der gemeinen Mark. §. 152. p. 1—3.

2) in der getheilten Feldmark. §. 153. p. 3—6.

3) Markumgänge. §. 154. p. 6—10

4) Gemeinsame Angelegenheiten im Dorfe selbst. §. 155 p. 10—15.
insbesondere Bau- und Dorfpolizei, Gewerbepolizei, Straßenpolizei,
Marktpolizei §. 155. p. 11—15.

5) Steuern, Fron- und andere Dienste. §. 156 p. 15—17.

6) Dorffrieden und Dorfgerichtsbarkeit §. 157. p. 17. f.

Elbßregiment ohne Gemeindecuratel. §. 158. p. 18—19.

Antheil am Dorfregiment. §. 159. p. 19—20.

Rechtsverhältniß der Gemeindebeamten zur Gemeinde selbst. §. 159 und 166.
p. 20—22 u. 45. ff.

2. Gemeindevorsteher.

Benennung. §. 160. p. 22—30.

Diese Benennungen waren gleichbedeutend. §. 161. p. 30—32.

Anzahl. §. 162. p. 32—34.

Sie sind genossenschaftliche Beamte. §. 163. p. 34—38.

In vielen Gemeinden neben den Gemeindebeamten noch herrschaftliche oder
pflichtliche Beamte. §. 163 p. 35—37.

Zahl der Gemeindevorsteher. §. 164. p. 38—44.

Aus Weisungen wählbar. §. 164. p. 43—44.

Das Amt eines Gemeindevorstehers wird eine Gemeindefast. §. 165. p.
44—45.

Kompetenz. Feld-, Wald-, Bau-, Feuer- und Dorfpolizei. Bannrecht. Ge-

Leitsrecht. Einnahme und Verrechnung der Gemeindegefälle. Oberbefehl der bewaffneten Bürgerschaft. Aufsicht über Maß und Gewicht. Hunnenwein. (vinum hunicum.) §. 166. p. 45—60.

Die Gemeindevorsteher standen unter den öffentlichen und grundherrlichen Beamten. §. 167. p. 60. ff.

Die genossenschaftlichen Gemeindevorsteher verschwinden entweder ganz oder sie sinken zu Boten herab. §. 167. p. 61. ff.

3. Gemeinderath.

Im Allgemeinen. §. 168. p. 65.

Der Rath stand an der Seite von Schultheiß und Gericht und war von diesem verschieden. §. 168 u. 171. p. 66 u. 73.

Großer und kleiner Rath. §. 168. p. 68.

Spätere Veränderungen. §. 236 p. 263. ff.

Kompetenz. §. 169, p. 68. ff.

Der Rath war eine genossenschaftliche Behörde. §. 170 p. 70. ff.

Art und Zeit der Entstehung des Rathes. §. 171 p. 72. ff.

4. Dorfgemeinde.

Im Allgemeinen. §. 172. p. 76.

Benennung. §. 172 p. 77.

Wer hat Zutritt? §. 173. p. 77. ff.

Ort der Versammlung. §. 174. p. 81—83.

Verufung der Versammlung. §. 175. p. 83—85

Art der Verufung. §. 176. p. 85.

Art der Verhandlung. §. 176 p. 86.

Die Mehrheit der Stimmen entscheidet. §. 176 p. 86. f.

Angelegenheiten, welche vor die Gemeinde gehörten :

1) die Angelegenheiten der Feld- und Markgemeinschaft. §. 177. p. 87—90.

2) alle übrigen Angelegenheiten der Gemeinde. §. 178. p. 90—91.

3) das Bannrecht mit der gesetzgebenden Gewalt und der Selbstbesteuerung, also eine vollständige Autonomie. §. 178. p. 91—95.

Die Feld-, Holz- und anderen Markfrevel Strafen gehören der Gemeinde. §. 178 p. 95.

Bergehen der Gemeinde. §. 178. p. 95.

5. Untergeordnete Gemeinde-Beamte und Diener.

Alimentsvögte, Feuerschauer, Wassermänner, Weinmeister, Schuldeputirte, Gemeindecinnehmer, Kirchenvorsteher u. s. w. §. 179. p. 95—98.

Feldmesser, Steinseher, Feldgeschworne, Feldschützen, Siebner. §. 179 p. 97.

Hirten und Schäfer, Feld- und Waldschützen, Förster. §. 180. p. 99—102.

Boten. §. 181. p. 102—103.

Ernennung. §. 182. p. 104—110.

Schaft. §. 183. p. 111—113.

Aufgaben der Gemeindebeamten. §. 184. p. 113—115.

6. Dorfgerichte.

Die Dorfgerichte bestehen neben den Herrschaftsgerichten. §. 185. p. 115—117.

Dorfgerichte in freien, gemischten und grundherrlichen Gemeinden. §. 186. p. 117—123.

Gerichtsbesetzung und Name. §. 187. p. 123—128.

Bisigding. §. 187. p. 127.

Der Trager des Rechts und die Urtheilsfinder. §. 188. p. 128—129.

Kompetenz. §. 189. p. 130—136.

Uebertrag von Grund und Boden. (Gewere). §. 189. p. 131—133.

Strafen. §. 189. p. 135—136.

Dorfgerichte für specielle Zwecke. §. 190. p. 137—141.

Berufung. §. 191. p. 141—143.

Oberhof. §. 192. p. 143—145.

Verfahren. §. 193. p. 145—152.

7. Das Dorfrecht.

Autonomie der Dorfschaften. §. 194. p. 152—154.

Entstehung und Ausbildung der Dorfrechte. §. 195. p. 154—158.

Benennung. §. 196. p. 158—159.

Ihr Inhalt. §. 197. p. 160—161.

Untergang der Autonomie. §. 198. p. 161—165.

VII. Die Grundherrschaft in den Dorfmarken.

In den grundherrlichen Dorfschaften. §. 199. p. 165—167.

In den gemischten Dorfschaften. §. 199. p. 167—168.

VIII. Die öffentliche Gewalt in den Dorfmarken.

Immunität. §. 200. §. 168—171.

Die Dorfschaften stehen unter der öffentlichen Gewalt. §. 201. p. 172—174.

Huldigung. §. 201. p. 174.

Unabhängigkeit der öffentlichen Gewalt. Königsdienste und Steuern. Königsbann und Blutbann. Schirmgewalt und Geleitsrecht mit Marktpolizei.

Oberaufsichtsrecht. Rechnungswesen. Obervormundschaft des Staates. Bannrecht. Landesherrliche Polizei und Gesetzgebung. §. 202. p. 174—183.

Beamte der öffentlichen Gewalt. §. 203. p. 183—186.

Die Dorfvorsteher und Dorfgerichte stehen unter der öffentlichen Gewalt. §. 204. p. 186. f.

Stellen der Gewalt der öffentlichen Beamten. §. 204. p. 187.

Bereinigung des Amtes eines Gemeindevorstehers mit jenem des öffentlichen Beamten. §. 204. p. 187.

IX. Veränderungen in der Dorfverfassung.

1. Im Allgemeinen. §. 205. p. 188—191.

2. Einfluß der Grundherrschaft. §. 206—210. p. 191—202.

Die alten freien Dorfschaften waren unabhängige Freistaaten. §. 206 p. 191.

Die Grundherrschaft das Erak der genossenschaftlichen Freiheit:

1) im Allgemeinen. §. 207 p. 192—194.

2) in grundherrlichen Gemeinden. §. 208 p. 194—200.

3) in gemischten Gemeinden. §. 209 p. 200.

Kampf mit der Grundherrschaft. §. 210 p. 201.

3. Einfluß der öffentlichen Gewalt. §. 211—219. p. 202—217.

Im Allgemeinen. §. 211 p. 202.

Beschränkung der Marknutzung. §. 212. p. 203—204.

Forstpolizei in den Gemeindewaldungen. §. 213 p. 205 bis 207.

Aufsicht:

1) über die Gemeindegüter. §. 214 p. 207.

2) über die Benutzung des Wassers. §. 214 p. 207—208.

3) über die Gemeinde-Wege und Stege. §. 214 p. 209.

Gemeinde- und Gewerbspolizei. §. 215 p. 209.

Die Gemeinden und die Gemeindebehörden stehen unter der Curatel der öffentlichen Gewalt. §. 216 p. 210—212.

Verändertes Schutzverhältniß. §. 217. p. 212.

Landesherrliche Gesetzgebung über Dorfmark-Angelegenheiten. §. 218. p. 212—215.

Kampf mit der Landesherrschaft. §. 219 p. 215—217.

4. Einfluß des fremden Rechtes. §. 220—222. p. 218—226.

Im Allgemeinen. §. 220 p. 218—220.

Die Grundlage der Dorfmarkverfassung wird verändert. §. 221 p. 220 ff.

Die Dorfmarkgenossenschaft wird eine moralische Person. §. 221. p. 220.

Syndici. §. 221 p. 221.

Einfluß des römischen Rechts auf die Ausbildung der Gemeindecuratel. §. 221 p. 221.

Die Almenten werden Korporationsgüter. §. 221. p. 221. ff.

Die Almenten erhalten römische Benennungen oder werden römisches Eigenthum oder res publicae im römischen Sinn. §. 221. p. 223.

Die Natur der Gemeindennutzungen wird geändert. §. 222 p. 224—226.

Jura singulorum. §. 222 und 234. p. 225—226, 258 u. 260.

5. Einfluß der Reformation. §. 223—228. p. 226—242.

Im Allgemeinen. §. 223. p. 226 f.

Wahl der Geistlichen. §. 223. p. 227. f.

Kirchenzucht. §. 224. p. 228—232.

Armenpflege. §. 225. p. 232.

- Verwaltung des Kirchenvermögens. §. 225 p. 232. ff.
 insbesondere in den protestantischen Gemeinden. §. 225. p. 234. ff.
 Einfluß auf die Gemeindecuratel. §. 226 p. 236. f.
 Schulwesen. §. 227 p. 237. ff.
 Einfluß auf die Untergrabung der Dorfmarkverfassung. §. 228. p. 241.
 Einfluß auf die Entstehung der politischen Gemeinden. §. 228 p. 241—242.
 6. Einfluß der neueren Philosophie. §. 229 und 230. p. 243—247.
 Im Allgemeinen. §. 229 p. 243.
 Nationalökonomie. §. 229 p. 243. f.
 Die neueren Verfassungstheorien. §. 230 p. 244—247.
 7. Politische Gemeinden an der Seite oder an der Stelle der alten
 Dorfmarkgemeinden. §. 231—236. p. 247—265.
 Im Allgemeinen. §. 231. p. 247—249.
 Politische Gemeinden an der Seite der alten Dorfmarkgemeinden. §. 232
 und 233. p. 249—256.
 Beide Gemeinden wesentlich von einander verschieden. §. 234. p. 257—260.
 Politische Gemeinden treten an die Stelle der alten Dorfmarkgemeinden.
 §. 235. p. 260—263.
 Mit dem allgemeinen Ortsbürgerrechte entsteht eine Repräsentation der Ge-
 meinde. §. 236 p. 263—265
 8. Hauptveränderungen in der Dorfmarkverfassung. §. 237—242. p.
 265—282.
 a. im Allgemeinen. §. 237 p. 265.
 b. Die Dorfgemeinde wird eine moralische Person. §. 238 u. 239. p.
 266—270.
 c. Die Natur der Gemeindegüter und der Nutzungsrechte wird verändert.
 §. 240 p. 270—276.
 d. Die Natur und der Umfang der Gemeindeangelegenheiten wird ver-
 ändert. §. 241 p. 276—279.
 e. Mit der Dorfmarkverfassung gehen auch die genossenschaftlichen Elemente
 und Rechte verloren. §. 242. p. 279—282.
 9. Neue Gesetzgebung.
 a. im Allgemeinen. §. 243—245 p. 282—289.
 Ihr Zusammenhang mit der alten Dorfverfassung. §. 243 p. 282—284.
 Unkenntnis der alten Dorfverfassung. §. 244 p. 284—286.
 Das Ortsbürgerrecht in seinem Verhältnis zum Staatsbürgerrecht. §. 245.
 p. 286—289.
 b. Die Dorfgemeinden:
 1) als Corporationen. §. 246. p. 289—291.
 2) als politische Gemeinden. §. 247. p. 291—293.
 3) als Realgemeinden. §. 248. p. 293—299.
 4) Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinden. §. 249. p. 299—300.

- a. **Gemeindebürger und Gemeindebürgerrecht.**
 Im Allgemeinen. §. 250. p. 300—301.
 Bestimmungen der einzelnen Gemeindeordnungen. §. 251 und 252. p. 301—310.
 Benennung. §. 253. p. 310.
 Ortsbürger und Weisassen. §. 254. p. 311—315.
 Eine engere und weitere Gemeinde. §. 255 p. 315.
 Rechte der Bürger und Weisassen und der übrigen Gemeindeangehörigen.
 §. 256. p. 315—320.
 Erwerb des Bürger- und Weisassenrechtes. §. 257. p. 320—324.
 Aktives Bürgerrecht. §. 258 p. 324—327.
 d. **Gemeindevermögen.** §. 259 p. 327—331.
 e. **Rufungsrechte.** §. 260 p. 331—336.
 f. **Dorffregiment.**
 1) Gemeindeangelegenheiten. §. 261 p. 336—338.
 2) Gemeindevorstand. §. 262. p. 338—339.
 3) Gemeindevorsteher. §. 263. p. 339—344.
 4) Gemeinderath, Bürgerausschuß und Gemeindeversammlung. §. 264. p. 344—349.
 5) Untergeordnete Gemeindebeamte und Diener. §. 265. p. 349—352.
 6) Dorfgerichte. §. 266 p. 352—353.
 7) Autonomie der Gemeinden und Dorfrecht. §. 267. p. 353—355.
 g. **Öffentliche Gewalt in den Landgemeinden.** §. 268. p. 355—358.
 h. **Schluß.** §. 269. p. 358—364.

X. Reichsdörfer.

1. **Im Allgemeinen.** §. 270—274. p. 364 bis 374.
 Reichsdörfer und Freidörfer. §. 270 p. 364—365.
 Ursprung der Reichsdörfer. §. 271. p. 365—367.
 Freie Reichsdörfer. §. 272. p. 368.
 Grundherrliche Reichsdörfer. §. 273. p. 369—371.
 Gemischte Reichsdörfer. §. 274. p. 371—374
 2. **Dorfmarkgemeinde.** §. 275—277. p. 374—380.
 Im Allgemeinen. §. 275. p. 374—376.
 Bürger und Weisassen. §. 275. p. 375.
 Rechte und Freiheiten der Reichsdörfer. §. 276. p. 376—379.
 Genossenschaftliche Rechte und Verbindlichkeiten. §. 277 p. 379—380.
 3. **Dorffregiment.** §. 278—281 p. 380—390.
 Gemeindeangelegenheiten. §. 278. p. 380—382.
 Gemeindevorstand. §. 279. p. 382—384.

Gemeinderath. §. 280. p. 384—385.

Gemeinde. §. 280. p. 385.

Untergeordnete Gemeindediener. §. 280. p. 385—386.

Dorfgerichte und Dorfschaft. §. 281. p. 386—390.

Autonomie. §. 281. p. 390.

4. Grundherrschaft in den Reichsdörfern.

Hofhöfe. §. 282. p. 390—391.

Hofhofgerichte. §. 282. p. 391—395.

Doppeltes Rechtsverhältniß der Reichsleute. §. 282. p. 395.

Kampf mit den Grundherren. §. 282. p. 396.

5. Öffentliche Gewalt in den Reichsdörfern. §. 283—287. p. 397—405.

Sie standen unter der Reichsvogtei. §. 283. p. 397—399.

Reichsleute. §. 284. p. 399—401.

Huldigung. §. 285. p. 401.

Ministerdienst, Reichsteuer, Reichsdienst. §. 286. p. 402—403.

Mutbann. §. 287. p. 404.

Reichsschutz. §. 287. p. 405.

6. Untergang der Reichsdörfer und ihrer Freiheiten. §. 288—290. p. 405—412.

Die Reichsdörfer wurden vom Reiche veräußert. §. 288. p. 405—408.

Die Pfandinhaber haben dieselben Rechte wie früher Kaiser und Reich. §. 288. p. 408.

Der Rechtsidee nach blieben die verpfändeten Reichsdörfer reichsunmittelbar. §. 289. p. 408—409.

Die landesherrlichen Beamten haben die Reichsfreiheit untergraben. §. 289. p. 409—411.

Fruchtlose Beschwerden über diese Neuerungen. §. 290. p. 411—412.

Anhang.

1. Weisthum von Dadenheim. p. 412—414.

2. Almentordnung von Glomersheim von 1574. p. 414.

3. Weisthum von Heppenheim auf der Wiese. p. 414—416.

4. Dorfordnung von Alten Glan:

a. Gemeines Recht und Ordnung des Dorfs Altenglan von 1581 und 1630. p. 416—424.

b. Hufenweisthum von Glan von 1630. p. 424—428.

5. Dorfordnungen von Winsweiler und Bersweiler von 1556, 1602 und 1628. p. 428—443.

a. Gemeindeordnung von 1556. p. 428—435.

- b. GemeindeOrdnung von 1602. p. 435—442.
 - c. GemeindeOrdnung von 1628. p. 442—443.
 - 6. Weisthum von Neunkirchen und Balborn. p. 443—446.
 - 7. Weisthum von Rittesheim. p. 446—450.
 - 8. Weisthum von Erlenbach. p. 450—451.
 - 9. Lagerbuch von Rodenhäusen von 1574. p. 451—460.
 - 10. Lagerbuch von Imweiler von 1574. p. 460—466.
 - 11. Lagerbuch von Unterweiler und Gerweiler von 1574. p. 466—471.
 - 12. Lagerbuch von 1574 über den Hof Wasserbach. p. 471.
 - 13. Lagerbuch von Rabenbach von 1574. p. 472—475.
 - 14. Lagerbuch von Mannweiler von 1574. p. 475—478.
 - 15. Lagerbuch von Dornbach von 1574. p. 478—480.
 - 16. Lagerbuch von Ruzweiler (Ruzweiler) von 1574. p. 480—481.
 - 17. Späteres Lagerbuch von Rodenhäusen, Imweiler, Unterweiler, Rabenbach, Mannweiler und Ruzweiler. (Ruzweiler). p. 481—487.
 - 18. Kanzelgericht zu Oberbeerbach in Hessen von 1498. p. 487—490.
 - 19. Königlich Bairische Entschließung vom 7ten October 1850, die Einführung von protestantischen Kirchenvorständen betr. p. 490—497.
-

VI. Das Dorfregiment.

1. Im Allgemeinen.

§. 152.

Auch das Dorfregiment hat wie die ganze Gemeindeverfassung auf Feld- und Markgemeinschaft beruht. Dies gilt nicht bloß von den Personen, welche dabei thätig, sondern auch von den Angelegenheiten, welche dem Dorfregimente unterworfen waren.

Die Gemeindeangelegenheiten waren nämlich ursprünglich wahre Dorfmarkangelegenheiten. Denn sie bezogen sich theils auf die ungetheilte Mark theils aber auch auf die getheilte und auf das Dorf selbst. Daher wurde zu ihnen alles dasjenige gerechnet, was die Benutzung, Erhaltung und Veräußerung der ungetheilten Mark betrifft, in vielfacher Beziehung aber auch die Benutzung und Erhaltung der getheilten Feldmark, und die Erhaltung des Dorfes und des Friedens im Dorfe und in der Dorfmark. Jede Dorfgemeinde, (die *Burschaft*¹⁾ oder die gemeine Bürger=*schaft*²⁾, die *Gemeine*, *communio*, *communitas* u. s. w. §. 41.), welche eine eigene aus der großen Mark ausgeschiedene Dorfmark hatte, welche also eine wirkliche Dorfmarkgemeinde war, jede solche Gemeinde ist demnach berechtigt gewesen, sämtliche Angelegenheiten der ungetheilten Mark selbst zu besorgen und alles, was in dieser Beziehung nothwendig war, zu ordnen

1) Grimm, I, 419 f.

2) Grimm, I, 540 §. 19.

und zu verordnen. („Desgleichen mag jeder flecken vnd dorf zu-
 „sammenkommen, und ihre marke berichten, als zum wald und
 weib, holz und trifft, weg und steg, und anders zu thun, als
 „dies des noth ist im lande und in ihren marken³⁾. vnd iglich
 „statt vnd dorf ir abgescheiden markt halt, die moent sie bestellen
 „zu allem irem nothe, so wann sie die welde offent, so sin sie
 „inen allen offen“) ⁴⁾. Es gehörten dazu alle Anordnungen und
 Verfügungen über die Benutzung der Gemeinländereien durch die
 Genossen (§. 123 u. 126), insbesondere auch über das Roden
 der gemeinen Mark (§. 125.), und über die Benutzung der Ge-
 mein Wäldungen und Weiden (§. 92, 102 104), welche nach
 und nach zu einer eigenen Feld- und Forstpolizei in der
 Gemeinde geführt haben. Sodann die Anordnungen und Ver-
 fügungen über den Gebrauch und die Verwendung des in der
 Dorfmark geschlagenen Holzes und der aus demselben gezimmer-
 ten Gebäude (§. 102, 103 u. 130), über den Gebrauch und die
 Verwendung der in der Dorfmark gezogenen Früchte und Thiere,
 über die Verarbeitung und Verweidung der aus Dorfmarkpro-
 dukten verfertigten Waaren und über das damit zusammenhängende
 Gewerbswesen (§. 131), welche nach und nach zu einer Gemeinde
 Bau- und Gewerbspolizei und zu Baunrechten geführt
 haben. Zu den Gemeinbeangelegenheiten gehörte ferner die An-
 legung und Unterhaltung der Gemeinde-Brücken, Dämme, Wuh-
 ren, Wehren und sonstigen Uferbauten⁵⁾, der Feldwege und
 Stege („Kirweg und steg soll die burschaft gemein machen“) ⁶⁾.
 Die Anlegung und Unterhaltung der eigentlichen Straßen, der
 Land- oder Königsstraßen, war nicht Sache der Gemeinde, viel-
 mehr des Inhabers der öffentlichen Gewalt. Denn die Landstra-
 ßen gehörten nicht der Gemeinde, sondern dem König oder we-
 nigstens dem Inhaber der öffentlichen Gewalt⁷⁾. Auch die An-
 legung und Unterhaltung der verschiedenen Zäune an den Wegen

3) Grimm, I, 539. §. 1.

4) Grimm, I, 534.

5) Blumer, I, 381.

6) Grimm, I, 419.

7) Grimm, I, 415. Vgl. Meine Einleitung zur Gesch. der Mark.-Verf.
 p. 90 u. 91.

und Stegen und wo sie sonst noch in der gemeinen Mark notwendig waren, gehörte mit zu den Angelegenheiten der Gemeinde⁸⁾. Eben so die Veräußerung und Vertheilung der gemeinen Mark selbst (§. 34). Die Vertheilung der Gemeindegrenze geschah insgemein nach dem Maßstabe der Berechtigung (*prout nunc juris habet in silva*⁹⁾, *juxta modum domus sue*¹⁰⁾. Und viele gemeine Marken sind auf diese Weise und mit ihnen öfters auch die alten Feldgemeinschaften selbst früher schon verschwunden, in Westphalen z. B. schon im 13ten u. 14ten Jahrhundert¹¹⁾, im Dithmarschen aber wenigstens schon im 15. Jahrhundert. (§. 128). Auch leben nicht wenige alte schon längst untergegangene Dorfschaften nur noch in den Namen der mit Feld, heim, hausen, ingen u. s. w. endenden Feldfluren und Feldgemannen fort¹²⁾.

§. 153.

Auch die Angelegenheiten der bereits getheilten und in Sondereigen übergegangenen Feldmark gehörten, wie wir gesehen haben, in vielfacher Beziehung zu den Angelegenheiten der Gemeinde (§. 40 u. 120), und waren demnach den Anordnungen der Gemeinde und dem Dorfregimente unterworfen. Dahin gehörten insbesondere die Anordnungen über die Aufeinanderfolge der Saaten und über die Abwechselung der Bau- und Ruhejahre. Daher galt in manchen Dorfschaften die Dreifelderwirthschaft, in anderen die Vierfelderwirthschaft¹³⁾. Es gehörten dahin ferner die Anordnungen über das Pflügen, Säen und Erndten. („ind wannier dat he die meer besaet, so sall die gemeint lebich liggen,

8) Grimm, I, 418 u. 420.

9) Dipl. von 1275 bei Günther, II, 411.

10) Dipl. von 1303 bei Rindlinger, R. B. II, 300.

11) Dipl. von 1248 bei Mörser, Osnabr. Gesch. III, 376. f. Schaumann, Niederf. Volk, p. 290. Rot. 110. Vgl. nach Duncker. Gesamtmitg. p. 170. Rot. 3.

12) Meine Einleitung zur Geschichte der Mark, 2c. Brfr. p. 174.

13) Urk. von 1552 u. 1557 bei Lortz, p. 328 ff., u. 347 ff. Haggemüller I, 219.

„die mogen die van L. dan weiden, ind wannreir dat he die ge-
 „meint besaet, so soll die meer lebich liggen vnd die mogen sy
 „ouch dan weyden ¹⁴⁾. Ez sol nieman in dhainem Dorf, in dhai-
 „nen esch nicht shneiden an der nachgepawern rat und willen ¹⁵⁾.
 „Item wann man schnydhenn vnnnd heüwen will, sollennt die ge-
 „schwornen die frucht beschouwenn, vnnnd dann ein Gmeindt ha-
 „benn, wann vnnnd zu welleicher Zyt man schnyden alb huuwenn
 „sölle oder welle ¹⁶⁾. wenn der meyer vnd die gebursami über ein
 „koment vnd ze rat werdent daz es ze herbst zit vnd zimlich ist
 „ze lesen, so sol u. s. w. ¹⁷⁾. und das der schultheisz sniden und
 lesen erlouben sol mit der geburen wille“) ¹⁸⁾. Sodann die Ein-
 zäunung der einzelnen Felder und Feldsturen zum Schutze dersel-
 ben gegen den Zutritt von Menschen und Vieh und die Zaun-
 visitation ¹⁹⁾, welche jedoch in Baiern im Jahre 1801, — man
 sollte es kaum glauben! — als verbotswidrige Kulturbeschränkung
 aufgehoben worden ist ²⁰⁾. In den Weingegenden pflegen in-
 dessen heute noch die Weinberge zur Zeit der Reife der Trauben
 in Bann gelegt, d. h. für den gemeinen Zutritt, ja sogar für
 die Eigenthümer selbst verboten und die Weinlese erst dann er-
 laubt zu werden, wenn der Bann wieder aufgehoben und die Zeit
 zur Weinlese bestimmt worden ist. Es gehörten zu den Ge-
 meinbeangelegenheiten ferner alle Beschädigungen der Felder
 und der Feldzäune durch Ueberackeru und Abpflügen, durch
 Fahren und Reiten, oder durch Anlegung von neuen Ha-
 gen und Zäunen, oder durch Schweine, Gänse, Hühner,
 Tauben oder andere Thiere. („so imandt von der bawr schaden
 „geschege, lebde oder freige, idt were am bawwenn, an graben
 „oder sunst ahn thüne ^{20a)}. daß an die buirsprach gehörig, wanche

14) Rechte des hofs vom Luttingen VI, 5 bei Lacomblet I, 201.

15) Rechtsb. Kaiser Ludw. c. 142.

16) Offn. von Steinmaur §. 52 bei Schauberg, I, 95.

17) Grimm, I, 322.

18) Grimm, I, 823 vgl. noch p. 820 §. 1. und Guta Lagh. c. 59. Schil-
 tener, p. 81.

19) Vgl. oben §. 142. Weisthum von Weintersheim in Meiner Gesch. der
 Fronhöfe, III, 578 u. 579. Schmid zum Bair. Landr. von 1616,
 tit. 25, art. 1.

20) Thurbair. Regr. Bl. von 1803. p. 58.

20a) Bauersprache von Herbise bei Sommer p. 16.

„einer dem andern sein land abbauwet, item die Wende ufstreibet, item die Zeun zu nahe setzet, auch Verhinderung an seinen gewontlichen wege do sagenbe²¹⁾). Daher die beschränkenben Verfügungen über das Recht Vieh, insbesondere Tauben, Hühner, Gänse und Enten zu halten, und die Bestimmungen über den von denselben auf dem Felde verursachten Schaden (§. 111 u. 124). Auch das Töbten der Hausthiere insbesondere des bei jeder Landwirthschaft so nothwendigen treuen Wächters des Hauses und der Heerde, des Hundes, ward mit zu den Gemeindeangelegenheiten gerechnet, und der Werth des erschlagenen Hundes auf eine ganz eigene alterthümliche Weise ermittelt. („Dem getöbtenen Hund soll man bey dem schwanze aufhängen, daß ihm die Nase auf die Erde stehet, und soll mit rothen Weizen begossen werden, bis er bedeckt ist, das soll seine Besserung seyn^{21a)}). der arm man soll den hund bey dem schwanz aufhängen, das der hund mit der nase auf der erden aufstehet, und der den hund erschlagen, soll ihm mit magen oder waizen anschütten, so hat er den hund bezahlt“) ²²⁾). Ein ähnliches Recht bestand auch hinsichtlich der Katzen, welches man zu Erlenbach in der Schweiz das Katzenrecht zu nennen pflegte ²³⁾). Es gehörten ferner dazu die Baumpflanzungen an den Wegen und auf den öffentlichen Plätzen, und hie und da auch auf den Feldern und in den Wäldern (§. 103 u. 120). Eben so die Weideangelegenheiten auf der Feldmark z. B. die Ertheilung der Erlaubniß zur Weide. („Es soll auch niemandt in einem Esch schneiden, noch mit seinem Vieh darein treiben, dann mit der Nachbarn rath und wilsen“) ²⁴⁾). Sodann die Festsetzung der Weidezeit, wenn diese

21) Protokoll von 1568 bei Piper, p. 200. Vgl. noch Wendhagen. Bauerrrecht bei Spangenberg p. 201 u. 202. Sächs. Landr. II, 27 §. 4. Ruprecht von Freising, I, 130.

21a) Wendhagen. Bauerr. bei Spangenberg p. 200.

22) Grimm, III, 715. Vgl. noch Glosse zum Sachsenspiegel, III, art. 49. und Grimm in Zeitschr. für gesch. R. I, 336 u. 337 und R. A. p. 668. ff.

23) Mone, Anz. V, p. 42. f.

24) Bair. Landr. von 1616, tit. 24, art. 2. Vgl. noch Urf. von 1553 § 4 bei Lori, p. 329.

nicht bereits durch das Herkommen bestimmt war, die Verfügung über die Art und Weise, wie die Weide ausgeübt werden sollte u. dgl. m. (§. 105–107). Aber auch noch in anderer Beziehung hatte die Gemeinde ein Obergewaltungsrecht über die Feldmark und in gewissen Fällen sogar ein Verfügungsrecht über dieselbe. In vielen Gemeinden durfte nämlich zum Nachtheile der Weide keine Veränderung, selbst nicht von dem Eigenthümer vorgenommen, z. B. kein Acker in eine Wiese, und kein Weidland in einen Acker oder in eine Wiese verwandelt, kein Brachfeld eingezäunt, kein Feld unangebaut liegen gelassen und zuweilen sogar das Ackerfeld wieder zur gemeinen Mark oder zur Almende gezogen werden. §. 21, 22, 40, 105, 128.) Wenn jedoch eine Wiese zu Wald liegen gelassen worden war, so war sodann auch dieser Wald wieder der Forstpolizei unterworfen. Er durfte daher ohne Zustimmung des Forstmeisters nicht wieder gerodet werden, um abermals wieder in Feld oder Wiese umgewandelt zu werden. („wo eyn man halt wiesen, die inne sin hube gehören, dye mag „er alwege halben das sye icht zu walde werdent; verhenget aber „er, das isz zu walde wirdet, vnd das also stark wirdet, das esz „zwene oxsen mit eyne joche nit nyder mogen gedruken, so sall „er esz nit raden ane laube eyns forstmeisters“ ^{24a}).

Das Dorfregiment hat sich demnach nicht bloß auf die ungetheilte Mark erstreckt, sondern auch über die getheilte. Da jedoch die einzelnen Genossen größere Rechte in der getheilten Mark hatten, als in der ungetheilten, also die Feldmark von dem Dorfregimente unabhängiger war, als die gemeine Mark, so war meistentheils genau vorgeschrieben, was zur Feldmark und was zur gemeinen Mark gehören sollte, um möglichst genau die Grenze zwischen beiden zu bestimmen. (§. 22.)

§. 154.

Eine Hauptangelegenheit der Gemeinde waren auch die feierlichen Markungänge zur Besichtigung der Feld- und Waldmarken, um dieselbe gegen Beeinträchtigung jeder Art zu bewahren. Diese Grenzbegehungen reichen in sehr frühe Zeiten hinaus. Denn sie

24a) Grimm, I, 502.

hängen wahrscheinlicher Weise schon mit den heidnischen Umfahrten und Umzügen um die Felder mit heiligen Wagen und Götterbildern zusammen ²⁵). Wenigstens waren sie auch in späteren Zeiten noch öfters mit religiösen Ceremonien und mit geistlichen Umgängen und Umritten verbunden, z. B. in Franken in der alten Grafschaft Wertheim („wann die armen lute zu Ottingen „jars mit dem cruz umb den fluor ritten“) ²⁶); in der Abtei Münster im Elsaß („der kilwart — sol och den ban umgan mit „dem heiltum ze inganc mit dem meigen“) ²⁷), in Sachsen, Schwaben, Westphalen u. a. m. ²⁸). Und auch in jenen Gemeinden, in welchen die Grenzbegehungen in späteren Zeiten aufgehört haben, dauerten wenigstens noch die geistlichen Umzüge fort, z. B. in Fulda, Westphalen, Holstein und Schleswig ²⁹). Auch nahmen sie meistens noch ihren Zug nach den alten Markgrenzen. Große Berühmtheit hat zumal der Umritt mit dem heiligen Blut zu Weingarten am Bodensee erlangt. Die halbe Bevölkerung zog daselbst bewaffnet und zu Roß um die Felder, welche der Priester durch das voranggetragene heilige Blut weihte und vor Schaden bewahrte ³⁰). Meistentheils dauerten aber auch die Grenzbegehungen selbst mit mehr oder weniger Feierlichkeiten hier und da sogar bis auf unsere Tage fort.

Man nannte in früheren und späteren Zeiten diese Grenzbegehungen *marcham circumducere* und *praeire* (*marcham Wirzburganensium circumduxit. — in eodem loco alii testes praeire et circumducere. — Haec loca circumducebant et praeibant juramento astricti* ³¹). *Isti sunt, qui eandem marcham circumdlexerunt — praefati loci terminus ab eis fuit circumductus atque limitibus distinctus* ³²), *sobann terminatio-*

25) Grimm. Myth. 2. A. I, 96.

26) Grimm, III, 570.

27) Urk. von 1339 bei Schoepflin, Als. dipl. II, 166.

28) Meine Einleitung, p. 224—226.

29) Thomas I, 244. Kinkelinger, M. B. II, 22 Not. m. Müllenhoff, Sagen und Märchen, p. XXI, u. 597.

30) Literaturblatt von Menzel vom 1. Jänner 1844, Nr. 1 p. 3.

31) *Notitia de finibus Wirceburg.* bei Echard, Fr. Or. I, 674.

32) Dipl. von 890 bei Hund, metr. Sal. I, 165.

nem condicere, terminationem peragraré und terminationem demonstrare et assignare³³⁾, determinare³⁴⁾, ferner popularis circuitio oder Landleite '(requisivi cum populari circuitione, quae dicitur landleita, quamplures mansos, agros et prata, silvarum quoque marchas)³⁵⁾, johann incessio populi³⁶⁾, die Vereisung (pireisa) und, wenn sie zu Pferd mittelst eines Umrittes geschah, cavallicare (Haec sunt nomina eorum qui, cavallicaverunt illam commarcam et fuerunt in ista pireisa³⁷⁾, „den „bezirk des bans berissen“³⁸⁾, cavallicando circumduxit, hoc est in ipsa marca de superiori via)³⁹⁾, die Flur umreiten⁴⁰⁾, die Mark umgehen, untergehen, Umgang, Untergang u. s. w. („Den ban „umgan“⁴¹⁾ „den bann undergan“⁴²⁾ „„undergenge geschehen, die be- „stodt und besteynt sin sollen — die undergenge und margsteine gezeigt „und gewisen — mit uren Anstößern eyn undergang gegangen vnd be- „stehnet haben — ir margste vndergangen haint“⁴³⁾, sambt dero gemeind „einen gemeinen gang gegangen“) ⁴⁴⁾. „Die mark umbgeen, die „markstein, loch und zeichen besichtigen und hanthaben“, z. B. zu Jüngerstheim⁴⁵⁾, „die Loch begehen“ oder „die Gemarkung be- „gehen“, z. B. im Hochstifte Speier. Man nannte daher daselbst die Grenzbegehung eine Loch begängniß oder eine Gemarkungsbegehung⁴⁶⁾.

33) Dipl. aus 11. Jahrh. bei Meichelbeck, I, 2. p. 525 u. 526.

34) Dipl. von 1011 bei Schannat, Buchon. vet. p. 327 in nostri presentia circumduci et determinari.

35) Gesta Marcuardi bei Schannat, cod. prob. hist. Fuld. p. 189 — 190.

36) Dipl. von 1094 bei Johannis, rer. Mog. III, 68. incessione populi terminum ejusdem loci hoc modo praetitulavimus.

37) Dipl. von 819 bei Ried, I, 18.

38) Grimm, II, 14.

39) Dipl. aus 10. Jahrh. bei Meichelbeck, I, 428.

40) Grimm, III, 570.

41) Urk. von 1339 bei Schoepflin, Als. dipl. II, 166.

42) Grimm, I, 655 §. 7.

43) Urk. von 1431 u. 1474 bei Dahl, Forsch, p. 86 u. 93.

44) Grimm, I, 588.

45) Dorfordnung von 1484 §. 10 bei Mone, Zeitschr. I, 12.

46) Verordnung von 1653 §. 25 und von 1737 in Sammlung der Speierschen Ges. und Landesverordn. I, 42 u. II, 170. Verordnung

Die Grenzbegehungen mußten zu bestimmten Zeiten wiederholt werden. In Treisa in der Grafschaft Riegenhain z. B. wurde die Gemarkung jedes Jahr am St. Georgentage von dem Bürgermeister, von zwei Vorstehern, den jüngsten Bürgern und einer Anzahl Schulknaben begangen und dabei insbesondere auch die Felshüter und Hirten beigezogen⁴⁷⁾. Im Eichsfeld sollte der Schulze die Ortsgemarkung jedes Jahr mit der Jugend männlichen Geschlechts umgehen und derselben die Grenzen und Male der Gemarkung gewissenhaft anzeigen. Über den Befund sollte eine Verhandlung aufgenommen und diese von dem Schulzen, Gerichtsschöppen und Vorsteher unterschrieben werden⁴⁸⁾. Zu Ingersheim bei Besigheim sollte die Mark jedes Jahr umgangen und zu dem Ende 5 bis 6 Knaben und eben so viele von der Gemein beigezogen werden⁴⁹⁾. Zu Liesdorf an der Saar sollte es alle Jahre nach beendigtem Jahrgedinge geschehen⁵⁰⁾. Anderwärts mußten die Gemeinden alle zwei Jahre ihre Dorfmarken umgehen, um die Markzeichen und Grenzmale zu besichtigen, z. B. im Stifte Fulda⁵¹⁾. Im Hochstifte Speier sollten die Gemeinemarken ursprünglich alle Jahr, späterhin aber alle 2 bis 3 Jahre begangen und dabei junge Leute beigezogen werden⁵²⁾. Und in Dürkheim in der Pfalz sollte der Umgang alle 7 Jahre statt haben. Nach einer Urkunde von 1580 in dem Dürkheimer grünen Buch „sollen die Ächter alle sieben Jahr wie von Alters mit fliegenden Fahnen, Trommen und Pfeiffen, in den Pfingstfeuertagen, die ganz gewarck so viel zu dem Flecken gehört die Mark und Lochstein besichtigen, jeder Theil den halben Costen geben, was für Mangel befunden, in Gemein verbessert werden.“

vom 29. August 1755, art. 5 §. 11 im Memoire pour la commune de Deidesheim contre les communes de Hart et Gimmeldingen: Spire. 1812 p. 89.

47) Kulenkamp, Gesch. von Treisa, p. 140—141.

48) Hartmann, p. 352.

49) Dorfordnung von 1484 §. 10.

50) Grimm, II, 14.

51) Thomas, I, 243.

52) Verordn. von 1653 §. 25, von 1737 u. 1787 in Sammlung cit. I, 42, II, 170 u. IV, 396.

In den grundherrlichen Gemeinden sollten auch die herrschaftlichen Beamten den Umgang mitmachen ⁵³⁾ und in den gemischten Gemeinden, welche mehreren Grundherrschaften gehörten, sämtliche grundherrlichen Beamten („wenn man den bann will undergan, so sond die zween meier vorhin gan mit spießen und schiltten“) ⁵⁴⁾. Endlich sollte in jenen Gemeinden, welche einer Vogtei unterworfen waren, auch noch der Vogt beigezogen werden, um den Umgang schützen und schirmen zu können, z. B. in Dürkheim. In einer Urkunde von 1495 im grünen Buch heißt es: „Bei dem Vmbgang zu sibem iharen soll ein Abbt die seinigen darbei haben, mit gleichen costen die Gemarchen vertreten, den Fauth anruffen, darbei zu sein, vnd sie bei ihrem herthommen zu handthaben.“ Und in einem späteren Weisthum: „Item das ein Fauth zu Dörckheim zu den sibem iharen, wann man den Vmbgang thut von einem Abbt vnd der gemain darzu erfordert worden, sie bei ihrem herthommen zu handt haben.“

Diese Markungänge haben sich in vielen Gemeinden bis auf unsere Tage erhalten, z. B. in Dürkheim, in Eufel, in Westphalen u. a. m., und insbesondere auch die Flurumritte in Baiern ⁵⁵⁾. Man pflegte dabei insgemein auch Knaben beizuziehen und liefen an Ort und Stelle, z. B. in der Pfalz, eine Ohrfeige oder Maulschelle zu geben, oder sie, z. B. in Baiern, an den Ohren zu zupfen, um ihnen was sie gesehen, recht einzuprägen. In unseren Tagen ist jedoch auch diese uralte Sitte abgeschafft worden oder wenigstens außer Gebrauch gekommen.

§. 155.

Auch die gemeinsamen Angelegenheiten des Dorfes selbst, die Gemeinde-Steuern und Fronen und die Erhaltung des Friedens im Dorfe und in der Dorfmark gehörten zu den Angelegenheiten der Gemeinde.

Dahin gehörte insbesondere die Anlegung und Unterhaltung

53) Grimm, II, 14.

54) Grimm, I, 655, §. 7.

55) Döllinger, Samml. der Bair. Verordn. VIII, 1238—1239.

der Dorfwege, der Brücken und der öffentlichen Plätze im Dorfe, der Gemeinbehäuser, der Gemeinbehirtenhäuser, Gemeinbeschnieden, der gemeinschaftlichen Flachs-, Hanf- und Obstbörthäuser, der Pfarr- und Schulhäuser, der Gemeinde-Bachhäuser, Mühlen, Ziegelhütten u. s. w., welche insgemein auf den Almenden oder Gemeinbegründen erbaut zu werden pflegten⁵⁶⁾, ferner die Aufsicht über die Fußpfade im Feld⁵⁷⁾, sodann die Dorfbrunnen („Item den Dorfbrunne sol man machen als von altar hartomen ist“⁵⁸⁾), die Dorfzäune und Dorfschetter (§. 15, 142, 149.) u. dgl. m. Eine weitere Gemeindeangelegenheit war, wie wir gesehen haben, die Baupolizei und die Dorfpolizei überhaupt. Zur Schonung der Gemeinbewaldungen sollte nämlich für unnöthige Gebäude kein Holz abgegeben und daher ohne Genehmigung der Gemeinde kein neues Haus, keine neue Scheune und kein anderes neues Gebäude erbaut werden. („Das dann fürer kein hus dar of witter soll gebuwen werden, — dem ist ein schür ze machen nachgelassen“⁵⁹⁾). Eben so wenig ein neues Zimmer, ein Stöden-, Nahrungs- oder Austraghaus, ein Nebenbau, Gadem, Tagelöhner- oder Almenthaus⁶⁰⁾. Auch sollten bereits erbaute Häuser ohne Erlaubnis nicht wieder abgebrochen werden. („Darzu soll auch keiner zu Zell kein huß abbrechen ohne laube“⁶¹⁾). „Daz nyemant kein Haus noch Zimmer dafelben in dem Dorf nicht abprech“⁶²⁾. Aus demselben Grunde sollten die Wohn- und Oekonomiegebäude in baulichem Stande erhalten und zu dem Ende die Gebäude von Zeit zu Zeit besichtigt werden. (§. 92, 102, 103.). Mit der Baupolizei hing auch die Feuerpolizei und die Besichtigung der Feuerstätten, die sogenannte Feuerbeschau zusammen. („jeder mann soll einen schornstein habenn

56) Vgl. §. 119–122 oben. Brauner, Böhmische Bauernzustände, p. 193–195 u. 215 bis 224. Dorfordnung von Ingersheim §. 11 bei Rone, Zeitschr. I, 12.

57) Weisthum von Dadenheim, im Anhang Nr. 1.

58) Grimm, I, 419.

59) Grimm, I, 135.

60) Bair. Dorfordnung von 1616, art. 41, 42 u. 44. Bair. Landr. von 1616. tit. 25, art. 9. Erbacher Landr. p. 100.

61) Grimm, III, 574.

62) Urk. von 1388 in Mon. B. XI, 540.

„inn seinem haus, vnnb were bez nitt hatt, der hatt der gemein
 „versprochen ein pfund heller. Item es ist auch ein ordnung
 „hie, wann einer sein feuer nitt verwaret, daz es schadenn thutt,
 „der ist der gemein verfallen fünf güldenn“ ⁶³⁾. „Wann man
 „aber die Feuerstätten besieht“ ⁶⁴⁾. Desgleichen die Löschanstalten
 und die Feuerordnung überhaupt („so für vßgat, das es in dem
 „firspel brynnnet, vnd wer es weiß, vnd nit darzu gat vnd hilffet
 „löschen, herfert man das, der bessert der burschafft II sz. den.
 „Er sol ouch ein geschirre mit im tragen darmit er löschet“ ⁶⁵⁾.
 „Es soll ein jeder Heimbürger sampt einem gerichtsmann jährlich
 „umgehen von haus zu haus die liberne Aimer und Latern be-
 „sichtigen, ob die recht gehalten und vorhanden“) ⁶⁶⁾. Auch die
 Aufsicht über das Brod, Fleisch und den Wein gehörte zu den
 Gemeindeangelegenheiten ⁶⁷⁾. Ebenso die Aufsicht über die Metzger
 und über die zu schlachtenden Schweine, Rinder, Schafe und
 Geißen, sodann über die Wirthen, Bäcker und anderen Handwerker
 und Gewerbsleute ⁶⁸⁾, also die gesammte Gewerbs- und Orts-
 polizei.

Zu der letzteren gehörte unter Anderem auch die Aufsicht und
 die Leitung der Vergnügungen, z. B. bei den Kirchweihfesten, bei
 denen es oft nur zu lebhaft zuing. In den Ortschaften des
 Hochstiftes Fulda waren zu dem Ende feierliche Kirchweihtänze,
 der sogenannte Kirchweihplan eingeführt. Vor Aufführung
 des Planes machte nämlich der Schultheiß, den Dorffpieß in der
 Hand, in Begleitung der beiden Plagknechte und von Ruff, beim
 landesherrlichen Amte die Anzeige, bat um die Erlaubniß den
 Tanz anfangen zu dürfen und brachte ihm eine Probe des Ge-
 tränkes. Der Beamte antwortete in einer kleinen Rede, warnte
 gegen Zwiste und Thätlichkeiten. Und dann zogen Schultheiß

63) Grimm, I, 800.

64) Urk. von 1557 bei Pori, p. 348 §. 4. Vgl. noch Hess. Grebenorden.
 tit. 10.

65) Grimm, I, 417.

66) Großweirerer Dorfordnung bei Mone, Anz. V, 307. Vgl. noch
 Feuerordnung der Dorfsleute von Glarus von 1470 bei Blumer, I, 381.

67) Erbacher Landr. p. 76.

68) Grimm, I, 416, 417, 507, II, 22, III, 377. Vgl. noch §. 59 u. 131.

und Platzknechte wieder ab. Am Tage der Kirmes selbst wurde der Plan in folgender feierlichen Weise ausgeführt. Der Schultzei eröffnete den Zug. Ihm folgten in erster Reihe die beiden Platzknechte und nach ihnen die übrigen plansfähigen Bursche mit ihren Mädchen paarweise. An der Dorf-Linde oder Tanne angekommen, tanzten sie um diese herum. Nach den drei ersten Tänzen oder, wie man zu sagen pflegte, nach den ersten Reihen, ermahnte nun auch der Schultzei zur Ordnung und Ruhe, und gebot unter freiem Himmel den Frieden, worauf sodann das eigentliche Fest seinen Anfang nahm. Für die Ordnung beim Tanze hatten die Platzknechte, die sogenannten Kirchweihbursche zu sorgen, deren Amt jährlich unter den plansfähigen Burschen der Reihe nach wechselte. Für seine Bemühung pflegte der Schultzei ein gewisses Maas Wein und von jedem Platzknechte einen Kuchen zu erhalten⁶⁹). Auch in den Gemeinden des Landes Schwiz pflegte für solche Vergnügungen eine Tanztili, d. h. Tanzbiel auf öffentliche Kosten unterhalten zu werden⁷⁰). Eben so hatten die Dörfer in der Pfalz ihren eigenen Tanz Plan, z. B. Dackenheim⁷¹). Anderwärts, z. B. nach dem Wendhagenschen Bauerrechte, war es an den jährlich zu haltenden Bauertagen Sitte, „ein alter Brauch, daß ein jeder sich mag lustig erzeigen und mit seiner Ehefrau einen Ehren tanz thun“⁷²).

Zu der unter der Gemeinde stehenden Ortspolizei gehörte ferner die Straßenpolizei, z. B. die Anordnung der Ausleitung des Mistpfuhles auf die Straße. („Von außleitung des „Pfuls. Es soll keiner nit yber, sonder vnder d' erdten seinen „pful mit verborgenem Randel, doch ohne schaden der gemein vf „die gaß wenden, bei straff eines halb Pfund hellers“)“⁷³). Sodann die Aufsicht über das Spiel („wer spiel heltt ober thutt, der soll gehaltenn vnd gestrafft werden vff leibs straff“)“⁷⁴). Die Wasser-

69) Thomas, I, 213—216.

70) Landbuch von Schwiz, p. 294.

71) Anhang Nr. 1.

72) Spangenberg, p. 204.

73) Angebr. Weisthum von Weintersheim in der Pfalz. Vgl. über Eichsfeld Hartmann, p. 353.

74) Grimm, I, 801. Vgl. Dorfordnung von Ensborn in Mon. B. 24, p. 237.

polizei („Welcher wasser holet yber der gemein brunnen mit „einem Kuebel, oder darüber weschte, das hierdurch das wasser „vnsauber wurde, hatt verbrochen 5 hr. Der gemein gehörig“) ⁷⁵⁾, also auch die Aufsicht über die Waschplätze u. dgl. m. („es soll „auch keiner frauen oder magd kein graß vff- dem pfuel zu weschen „zugelassen werden“) ⁷⁶⁾. Insbesondere auch die Aufsicht über Maaß und Gewicht, und in jenen Dorfgemeinden, welche schon Wochen- oder Jahrmärkte hatten, die damit und mit dem Eigenthum am Grund und Boden zusammenhängende Marktpolizei. („alle gewicht vnd massen hat die gemeinde zu besehen“) ⁷⁷⁾. „Daz „die gemein gerechtigkeit hatt darüber zu eichen“ ⁷⁸⁾. „De buimester „sall licken alle maten, scheppel, verdel, becker und ellen, vort alle „gewichte, und sall die breunen met dem gewontlichen tecken“ ⁷⁹⁾. Ebenso nach dem Dürtheimer grünen Buch: „anno 1509 haben „die Achter ju beisein des Fauths von Graue Emichs wegen vff „dem Rhathaus bei den offenen wärthen alle wein, maßen vnd „thanten besichtigt, allen Krämern ihre Ell, wie die inn der mau- „wer der kelter verzeichnet, das gewicht probirt, das verbessert. „Item der mäß mit firntzell, vnd darunder ein Abschied gemacht.“

In den grundherrlichen Dorfschaften hatte jedoch öfters die Grundherrschaft entweder gemeinschaftlich mit der Gemeinde zu handeln („alles was man mit heiter und halven scheppelle, becker, „mathe und punden, tho verkopen uthmetten und wegen mhote, „habt ein Abdisse mit derselven buer tho ordineren jaten und tho „straeffen“) ⁸⁰⁾; oder sie hatte eine mit der Gemeinde konkurrirende Gerichtsbarkeit. („vff dem forsttag erkennet man auch v. gn. herru „maß vnd gewicht, so fern v. gn. h. die darstellt, sonst hat die „gemeindt die maaß vnd gewicht“) ⁸¹⁾. In den meisten grundherrlichen Dorfschaften ist aber die Aufsicht über Maaß und Ge-

75) Ungebr. Weisthum von Oberfulzen von 1509.

76) Grimm, I, 801

77) Grimm, I, 622.

78) Grimm, I, 801.

79) Grimm, III, 28.

80) Ordnung von Hebditz bei Sommer, p. 17. Vgl. noch Resten Recht zu Hagen §. 13 bei Steinen, I, 1275.

81) Grimm, I, 623.

wicht nebst der Marktpolizei ganz an die Grundherrschaft übergegangen⁸²⁾).

§. 156.

Uebrigens gehörte zu den Gemeindeangelegenheiten außer der eigentlichen Dorfpolizei auch noch die Anlegung von Gemeinde-Steuern und die Vertheilung und Erhebung der öffentlichen, sodann die Anordnung von Gemeinde-Diensten und die Vertheilung der öffentlichen, insbesondere auch die Auswahl und Stellung der bewaffneten Mannschaft für das Heer, die Aufsicht und der Oberbefehl über die bewaffnete Mannschaft und die Bewahrung der Waffenvorräthe der Gemeinde. Denn auch das Steuer- und Dienstwesen mit Einschluß des Heerwesens war, wie wir gesehen haben⁸³⁾ und später noch weiter sehen werden, ursprünglich Sache der Gemeinde und stand in jeder Gemeinde unter den Gemeindevorstehern, an dem einen Orte unter den Heimbürgern, Bauer- und Bürgermeistern, an dem anderen Orte aber unter den Dorfmeistern, Honnen, Centenern u. s. w.

Daher findet man in so vielen Dorfweisthümern und Lagerbüchern Bestimmungen über die Leistung der Gemeinde-Dienste und Fronen eben sowohl wie der öffentlichen Dienste. In dem ungedruckten Weisthum von Beintersheim heißt es: „Fron. Alle „Inwohner vnd ganze gemeindt zue Benterßheim seindt allein der „Churfl. Pfalz ins Dirmsteiner Ambt mit aller fron, volg, schatzung vnd andern Dienstbarkeiten zugethan. -- Von der Gemein fron. „Wann die gemein frönen vnd einer zue spath kommen „würdt, der soll die vnnachleßig ein baß zue straff geben, so einer „ein halben tag gar auß pleiben würdt, der soll die straff „doppel geben.“ Weisthum von Hefßheim: Fron vnd Dienstbarkeit belangent. „Die inwohner vnd ganze gemeindt zue Hefßheim seindt allein der Churfl. Pfalz mit fron, volg, schatzung, „Commissen vnnnd andern beschwerungen ins Dörmsteiner Ambt „zugethan, vnnnd muß ein ieder büttel vermög weisthumbs geloben „vnd schweren, des Armen als den Reichen in den fron diensten

82) Grimm, II, 261. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 469—471, III, 65. ff.

83) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 463 ff, 475 ff, 485, 486, 496 ff, 498 ff, IV. 392 ff. Vgl. noch oben S. 83 u. 145.

„zue halten.“ Weisthum von Bermersheim: „Alle inwohner seindt „Churfl. Pfalz mit aller begebenlicher fron, huet, wacht, Reysen „vnd andern servituten würcklich verbunden, der schultheiß aber „allerdings fron frey, der hüttel aber mit der Herrn fron ge- „freyet“ ⁸⁴⁾. Aehnliche Bestimmungen finden sich in den unge- druckten Weisthümern von Weisenheim am Sand, Dackenheim, Flomersheim und Großkarlbach in der Pfalz, zu Cappel in der Ortenau ⁸⁵⁾ u. a. m.

Insbefondere findet man auch Bestimmungen über die von jeder Gemeinde zu stellenden Reisswagen. Weisthum von Hesseheim: „Vff begehren Churfl. Pfalz muß die gemein ein „halben Reyswagen mit zweyen pferbten vnnnd darzue ein knecht „geben.“ Weisthum von Dackenheim: „Die gemeindt zue Dackenheim ist schuldig ein halben wagen vnnnd ein pferdt neben einem „nachgenger zue den von Rotenbach vnnnd Sülzen, welche örter „zwey guter wagen pferdt vnd ein fuhrmann vß ihren costen zue „ordtnen schuldig.“ Weisthum von Großkarlbach: „Reys- „wagen. Darzue hat die gemein vß eruordern vnserß gnetigten „Churfürsten vnd Herrn bißweylen ein pferdt vnd theils mit andern „benachbarten am Reyswagen geben, nachdem es bißweylen die not- „turfft eruordert vnd geordnet worden.“ Weisthum von Weisenheim am Sand: „Vom Reyswagen muß die gemeindt weils- „mahls vß ernanten Churfl. Pfalz einen Reisswagen daran vier pferdt „vnnnd die fuhrknecht geben. Also seindt auch die Inhaber der Werß- „weyler güeter vermög weisthumbs schuldig einen Reyswagen mit „seinem zuegehör zustellen. Gleichfalls die possessores der Enden- „bacher erbsgüeter einen Reyswagen mit pferbten.“ Aehnliche Bestimmungen in den Weisthümern von Beintersheim, Merstatt, Heppenheim auf der Wiese, Obersülzen, Ottersheim und Immesheim in der Pfalz ⁸⁶⁾.

Ferner Bestimmungen über die Steuern und Schatzungen. Weisthum von Zelle, Harrheim und Ribern: „An ob- „gemelten Orten der dreyer Dörffer seindt darin alle inwohner „allein der Churfl. Pfalz die erbhuldigung alle fron, volg, mu ster- „ung, schatzung, Commiß auch ander dergleichen Dienstbarkeit

84) Vgl. noch Meine Gesch. der Fröndse, III, 521 ff.

85) Grimm, I, 418.

86) Vgl. noch Meine Gesch. der Fröndse, III, 518—520.

„schulbig.“ Weisthum von Heppenheim auf der Wiese: „Alle inwohner zue Heppenheim seindt der Churfl. Pfalz mit aller Fron, volge, schazung, gebott vnd verbotten auch allen andern Leibs seruituten zugethan vnd ins Dürmsteiner Ambt gehörig.“ Ähnliche Bestimmungen in den Weisthümern von Ottersheim und Immesheim, Merstatt, Vermersheim, Oberfülzen und Röttenbach in der Pfalz. Und außer den gewöhnlichen Beten, Steuern und Schazungen auch noch Bestimmungen über außerordentliche Steuern, z. B. über die Erhebung eines Umgeldes vom Wein in den Gemeinden von Beintersheim, Großkarlbach, Merstatt, Oberfülzen, Röttenbach, Weisenheim am Sand, u. a. m. in der Pfalz, nach den Weisthümern dieser Dorfschaften.

§. 157.

Endlich gehörte zu den Gemeindeangelegenheiten auch noch die Bewahrung des Dorffriedens und die damit verbundene Gerichtsbarkeit in allen Angelegenheiten der Gemeinde und der Gemeindeglieder selbst.

Wie in den großen Marken, so gehörte nämlich auch in den Dorfmarken die Erhaltung des Friedens in der Mark mit zu den Angelegenheiten der Gemeinde. („Item ob zwen mit einander zu krieg khämen, und einer dem andern nicht fried wolt geben, so mugent in die nachgepaurn wol biten, daß er fried geb. Wolt er aber nicht fried geben, so mugen die nachgepaurn wol reden mit einem amtmann (d. h. Boten), daß er im fried piet⁸⁷⁾). Den Dorffrieden, das Leuten in gemeiner Markhache „und abgehauene Holz berührend“⁸⁸⁾. „Item ein ieder die bannzeun vnd Dorffrieden halten solle bey straff 5. hr.“⁸⁹⁾). Im Norden, z. B. in Gothland, nannte man den Dorffrieden einen Kirchspielsfrieden, eigentlich einen „Mannhelg“ d. h. eine Mannheiligkeit oder einen Mannfrieden⁹⁰⁾; indem das Wort

87) Grimm, III, 648 §. 13.

88) Urk. von 1580 bei Cramer, Weßlar. N. III, 150.

89) Ungebr. Weisthum von Oberfülzen von 1509. Vgl. noch Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 309.

90) Schilbener, Guta Lagh, p. 10, 11 u. 142. Vgl. noch Wilda, Strafr. p. 225.

helg außer heilig auch noch frid bedeutet hat⁹¹⁾). Für die Erhaltung dieses Friedens und für die damit verbundene Haftung erhielten die Kirchspielleute, wie in Deutschland die Dorfgemeinden, einen Theil der wegen eines Dorffriedbruchs verfallenen Buße⁹²⁾). Ohne Gerichtsbarkeit konnte nun aber dieser Dorfmarttfriede nicht aufrecht erhalten werden, wiewohl derselbe nöthigenfalls auch mit bewaffneter Hand gehandhabt werden mußte. (§. 139). Daher hatte ursprünglich auch jede Dorfgemeinde ihre eigene Gerichtsbarkeit oder wenigstens das Recht, solche Gerichte zu bestellen. Und diese Dorfgerichte waren, wie wir sehen werden, wahre Dorfmarttgerichte, wie in den großen Marken die Märkergerichte.

§. 158.

Jede Dorfgemeinde hatte demnach in aller und jeder Beziehung das Recht, die Angelegenheiten der Gemeinde selbst zu ordnen und zu handhaben. Denn es gehörte zu dem Dorfregimente nicht nur alles dasjenige, was wir zur Dorf-, Feld- und Forstpolizei oder zur Verwaltung zu rechnen pflegen, sondern auch noch die gesammte Gesetzgebung, das Recht der Besteuerung, das Heerwesen und die Gerichtsbarkeit in allen Angelegenheiten der Gemeinde ohne Ausnahme. Auch galt dieses nicht bloß von den freien Gemeinden, sondern auch von den gemischten und ursprünglich auch von den grundherrlichen⁹³⁾). In den grundherrlichen Gemeinden mußte zwar, bei allen Verfügungen über die Substanz der Sache und so oft das echte Eigenthum oder sonstige Rechte der Grundherrn in Frage waren, die Grundherrschaft beigezogen werden, z. B. wenn Almenden veräußert, darauf gebaut oder sonst zu Gunsten von Fremden darüber verfügt werden sollte⁹⁴⁾). Auch war dasselbe in den gemischten Gemeinden hinsichtlich der hörigen Gemeindeglieder der Fall. (§. 32.) Allein eine eigentliche Gemeinde Curatel hat

91) Jhne, v. helg, p. 848.

92) Guta Lag, VIII, §. 11, vgl. II, §. 5 und IV, §. 3.

93) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 208 ff, IV, 462. ff.

94) Grimm, I, 156 §. 19, 178, 524, 672 u. 674. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 30. ff., u. 209. und oben §. 30—32, 93, 123, 125, 145.

doch auch nicht in den grundherrlichen Gemeinden und noch weit weniger in den gemischten bestanden. Eben so wenig lag aber eine solche Bevormundung der Gemeinden in den Rechten der öffentlichen Gewalt. Sämmtliche Gemeinden, die grundherrlichen und gemischten eben sowohl wie die freien, haben zwar, wie wir sehen werden, unter der öffentlichen Gewalt oder unter einer Vogtei gestanden, allein nur so weit als dieses zur Ausübung der Rechte der öffentlichen Gewalt nothwendig war. In die inneren Angelegenheiten der Dorfmarkgemeinde durfte sich auch die öffentliche Gewalt nicht mischen. Denn jede Gemeinde bildete ursprünglich eine Immunität und war daher in der Regel sogar frei von dem Zutritt der öffentlichen Beamten. (§. 140.) Die Gemeinden hatten demnach die freie Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten und das Recht die zu dem Ende nothwendigen Anordnungen zu treffen. Sie regierten sich, im eigentlichen Sinne des Wortes, selbst. Das Dorfregiment war daher, wie heute noch in England, ein Selbstregiment (selfgovernment). Erst seit den ungeliebten Zeiten des dreißigjährigen Krieges ging die Selbstständigkeit der Gemeinden, mit dieser aber auch ihr Wohlstand zu Grab.

Dennoch haben sich in manchen Territorien auch in späteren Zeiten noch Spuren der alten Freiheit, hie und da sogar bis auf unsere Tage erhalten, z. B. in der Grafschaft Mark in Westphalen, wo die Angelegenheiten der Dorfgemeinden auf regelmäßigen Erbtagen oder Bauersprachen von den Beerbten berathen, und die gefaßten Beschlüsse von den von jeder Bauerschaft selbst gewählten Bauerrichtern ausgeführt worden sind**).

§. 150.

Antheil an dem Dorfregimente hatten nicht bloß die Gemeinde-Beamten und Diener und die gesammte Gemeinde selbst, sondern auch die vollberechtigten Genossen einzeln ohne die Gesamtheit. Denn es waren die Gemeindeglieder nicht bloß berechtigt, sondern sogar verpflichtet, alle Zuwiderhandlungen gegen die Gemeindeordnung, alle Dorf-, Feld-, Forst- und sonstigen Markt-

*) Herz, Leben des Freiherrn vom Stein, I, 26. Vgl. Bauersprache von Herbitz bei Sommer, p. 16 und Meine Gesch. der Franzosen, IV, 462—464.

frevel zu rügen⁹⁶⁾, die im Frevel getroffenen Menschen und Thiere zu pfänden⁹⁷⁾, überhaupt im Interesse der Gemeinde zu handeln und die Gemeinde auf jegliche Weise zu unterstützen, also auch durch Nothilfe und andere Hülfe zur Handhabung des Dorffriedens beizutragen. („Item wan man sturmet, so sol ein jeglicher, der das hört, „louffen gon Cappel zu der kirchen, er sy wes herren er welle, mit „sinem gewere und da einem heimbürgen gehorsam sin“⁹⁸⁾). Eine ganz besondere Verpflichtung zur Besorgung der Angelegenheiten der Gemeinde hatten jedoch die Gemeinde-Beamten und Diener. Ihnen war, wie wir sogleich sehen werden, die Besorgung der laufenden Geschäfte übertragen. Nur die wichtigeren Angelegenheiten, insbesondere bei Verfügungen über das Eigenthum der Gemeinländereien oder über die Substanz der Sache überhaupt mußte die Gemeinde selbst beigezogen werden.

Über die rechtliche Natur des Verhältnisses der Gemeinde-Beamten und Diener zur Gemeinde selbst habe ich in den älteren Quellen keine bestimmte Auskunft, wahrscheinlich aus dem Grunde gefunden, weil es unseren Altvordern selbst nicht ganz klar war, — weil sie selbst nicht weiter darüber nachgedacht haben. Offenbar waren aber auch die Gemeindebeamten, wie in den großen Marken die Marktbeamten⁹⁹⁾, nur Stellvertreter und Bevollmächtigte der Gemeinde. Denn alle Gewalt, die Verwaltung eben sowohl wie die Gerichtsbarkeit ruhte in den Händen der Gemeinde selbst. Daher handelten die Gemeindevorsteher nur namens der Gemeinde, wie die Marktbeamten und die herrschaftlichen Beamten namens der Markgemeinden und der Herrschaft („als „ein zender van wegen vnd befelh der gemeynen¹⁾. ein heimberger hebt die buissen von wegen der grunthern vnd gemeinden. — Das soll man fordern an dem schulthis von wegen „der heren vnd dem heimbürger von der gemeynde wegen²⁾. Denselbigen soll ein heimbürger rauhe foder geben von

96) Sächf. Landr. III, 86 §. 1. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 90, vgl. später §. 193.

97) Ruprecht von Freising, I, 130 und oben §. 108.

98) Grimm, I, 418

99) Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 273 u. 274.

1) Grimm, II, 335.

2) Grimm, II, 498.

„wegen der gemeinden³⁾. Ob dieselbige heimbergen jemandts „fiengen von der gemeindt wegen“⁴⁾. Sie waren der Gemeinde rechnungspflichtig. („Darnach sollen die heimberger der „Gemeine berechnen und soll das die gemeine bezahlen“⁵⁾. „Da nun die vierer ires Einnemmens und Ausgebens in Beysein „einer ganzen Dorff-Gemain jerlichen Rechnung thain“)“⁶⁾. Die Prozesse wurden namens der Gemeinde von den Gemeindevorstehern geführt⁷⁾, die Gemeindevorsteher daher vor Gericht geladen, um daselbst die Gemeinde zu vertreten⁸⁾. Und auch die Haingerichte und die anderen Dorfmarkgerichte wurden im Namen der Gemeinde von dem Ortsvorstande gehegt. („Erstlich ist je „und allerwegen durch den Hainberger des Dorffes ein solch Gericht, in der Nachparrn Namen, gehegt“)“⁹⁾.

Auch stimmt hiemit das alte kanonische Recht überein, nach welchem auch die Vorsteher der Kirchen und Stifter bloße Verwalter des Kirchen- und Stiftungsvermögens gewesen sind. (quod cum episcopus et quilibet praelatus ecclesiasticarum rerum sit procurator et non dominus)¹⁰⁾. Endlich ist auch nicht einzusehen, warum die Gemeindebeamten eine von den übrigen Beamten verschiedene Stellung gehabt haben sollten, welche aber ohne alle Frage bloße Stellvertreter und Bevollmächtigte, die Marktbeamten die Stellvertreter der Markgemeinde und die herrschaftlichen Beamten die Stellvertreter ihrer Herrschaft gewesen sind¹¹⁾. Jedenfalls kann ich die Ansicht von Albrecht¹²⁾ nicht theilen, welcher die Gemeindevorsteher in ihrer äußeren Erscheinung nicht für bloße Stellvertreter, vielmehr für identisch mit der moralischen Person, also für die moralische Person selbst hält, und

3) Grimm, III, 820.

4) Meibersheimer Weisth. bei Koenigsthal, I, 2, p. 63

5) Meibersh. Weisthum I. c. p. 63.

6) Urk. von 1557 §. 4 bei Lohr p. 348. Vgl. noch Benzen, Not. p. 378.

7) Urk. von 1585 bei Lohr p. 415.

8) Urk. von 1602 bei Lohr, p. 443.

9) Haingerichtsordnung im Erbacher Landr. p. 122.

10) c. 2 X, de donationibus, III, 24. Vgl. Weiske, gr. II, III, 95.

11) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 88 ff.

12) Gewere p. 255--257.

den Satz aufstellt, daß die Eigengewere, also das Eigenthum an den Gemeindegütern in den Händen der Vorsteher liege. Dieser Ansicht widerspricht außer dem vorhin Bemerkten auch noch der Umstand, daß die alten Dorfmarkgemeinden noch keine von den einzelnen Genossen so verschiedene moralische Personen, vielmehr Genossenschaften im germanischen Sinne des Wortes gewesen sind, wonach die Gesamtheit der Genossen die Universitas gebildet hat, die Gemeindegüter also noch keine den einzelnen Genossen fremde Korporationsgüter gewesen sind, (§. 34 u. 41), von einer Identität der Gemeindevorsteher mit der Gemeinde als einer Korporation, und von einem Innehaber der Gemeindegüter als Korporationsgüter durch die Vorsteher demnach noch keine Rede sein konnte. Da jedoch das wahre Rechtsverhältniß in der Übergangszeit von dem alten Recht zu dem neuen nicht ganz klar und bestimmt war, so hat es diese Unbestimmtheit den Gemeindevorstehern in manchen Städten möglich gemacht, sich nach und nach größere Rechte anzumäßen, welche sie ursprünglich nicht hatten.

2. Gemeindevorsteher.

§. 160.

Die Benennung der Dorfvorsteher war in den verschiedenen Territorien und Gemeinden sehr verschieden.

Als Bevollmächtigte der Gemeinde und als deren Geschäftsführer nannte man sie zuweilen die Anwalten oder Ewalten z. B. zu Dübendorf im Kanton Zürich¹³⁾, oder *procuratores* z. B. in Genf¹⁴⁾, Vollmächte z. B. hie und da im Vithmarschen¹⁵⁾, oder auch ganz allgemein die Führer, z. B. zu Moosinning, Greilsparg u. a. m. in Baiern. („alle zwei Jahre sollen „die Fürer abgesetzt, und an denselben statt andere nämlich ein „Bauer und ein Eölbner verordnet werden“¹⁶⁾); woraus zu glei-

13) Offn. § 14, 21 u. 25 bei Schauberg, I, 400.

14) *Libertates* von 1387 §. 23.

15) *Neocorus*, II, 541.

16) *Ehehaftrecht* von Greilsparg §. 4 bei Seyfried, I, 232 Vgl. noch §. 1 u. 2 und Grimm III, 662.

der Zeit folgt, daß die Führer nicht immer auch Vierer waren)¹⁷⁾. Dasselbe sind auch die Führer gewesen, z. B. zu Hausen an der Grenze von Schwaben¹⁸⁾ und die Dorf Führer zu Flaach in der Schweiz¹⁹⁾. Aus demselben Grunde nannte man sie Amtleute, Ammänner, Dorfs Ammanne und Gerichts ammanne z. B. in der Schweiz, in den Allgäuer Alpen und hier und da auch in Baiern²⁰⁾, oder officiiati in parochiis, officiales in parochiis, oder auch bloß officiiati und Amtmänner z. B. in den Kirchspielen in und um Köln²¹⁾. Sodann Pfleger z. B. zu Fischbach in der Pfalz²²⁾, oder Hagenpfleger zu Hausen in Baiern²³⁾, und Gemeindevorpräsidenten z. B. in den freien Gemeinden im Kanton Zug²⁴⁾.

Insgemein führten aber die Dorfvorsteher als Vorsteher der Gemeinde den Namen Meister, nämlich Bauermeister, z. B. hier und da in Hessen, in den Stiftern Würzburg und Fulda u. a. m.²⁵⁾, Burmeister, Burmeistere oder Burmester nach Sächsischem Recht, in Oldenburg u. s. w.²⁶⁾, oder magistri vicinorum z. B. in den Kirchspielen in und um Köln²⁷⁾, welche öfters aber auch in Köln bloß Meister oder magistri, oder auch, wie wir gesehen, Amtleute oder officiiati, genannt

17) Vgl. Schmeller, I, 558 u. 631.

18) Urk. von 1564 bei Lori, p. 364.

19) Grimm, I, 94

20) Grimm, I, 217. III, 659. Landb. von Glarus I, §. 4, 10 u. 270. Rettenberg. Landesordn. p. 7 u. 29.

21) Glaser, Schreinspraxis, p. 53 u. 61—63. Schiedspruch von 1258 in Securis p. 78 u. 79. Urk. von 1218 bei Ennen, Quellen, II, 74. et officialibus S. Martini. — Urk. von 1226, eod. II, 110. officiales, qui vulgo amtmanni uocantur — S. Petri.

22) Grimm, I, 775.

23) Urk. von 1564 bei Lori, p. 364.

24) Renaud, Rechtsg. v. Zug p. 29.

25) Sternberg, I, 122 u. 130. Sammlung der Würzburg. BrD. I, 417, 418, 663, II, 439 u. 672. Ropp, Hess. BrD. I, 321. Thomas, I, 201.

26) Sächs. Ed. I, 1, §. 4, 68 §. 2, II, 13 §. 1 u. 2, 55, III, 86. Halem, II, 196 u. 197.

27) dipl. von 1200 bei Föhne, Gesch. der Köln. Geschlechter. I, 192.

worden sind ^{27a)}; sodann Kirchspielsmeister (magistri parochiarum ebenfalls in den Kirchspielen in Köln ^{27b)}; ferner Dorfmeister z. B. in der Pfalz, hin und wieder in Schwaben, in Franken, Sachsen und in Tirol ²⁸⁾, oder magistri villarum ²⁹⁾. Sodann Hagemeister in den sieben freien Hagen in der Grafschaft Ravensberg ³⁰⁾, oder Heimolsmeister z. B. zu Greußen, und Heymolmeister zu Frankenhäusen ³¹⁾. Oder auch Burgermeister z. B. in der Wetterau, im Rheingau, an der Mosel, in der Pfalz, in Hessen, in der Abtei Seligen-

27a) Lambert, deutsche Städte-Verfassung, II, 214 unterscheidet die officiiati von den magistris, indem die magistris von den officiiati gewählt worden seien. Allein Amtmann (officiatus) ist wie Meister (magister) eine ganz allgemeine Benennung, welche bei jeder Art von Vorstandschaft, also auch von einem Gemeindevorstand gebraucht wird. Und die von Lambert angeführten Stellen beweisen nicht das Gegentheil. In den Kirchspielen in Köln hatten nämlich die abgehenden Gemeindevorsteher ihre Nachfolger zu wählen. In manchen Urkunden werden nur die abgehenden Vorsteher Amtleute (officiati), die neu zu wählenden Vorsteher aber Meister (magistri) (Ennen, Quellen zur Gesch. von Köln, I, 235, 244, 261, 272, 289) in anderen Urkunden aber auch beide, die abgehenden und die neu gewählten Vorsteher Amtleute oder officiiati genannt (Quellen, I, 243 „Dat eyn evelig virdeint amtmā seye zwene amtmā“. Es ist hier wie p. 235 von dem Gemeindevorsteher von St. Brigitten die Rede eod. I, 247—248. Nos officiiati deserviti parochiae — super electione novorum officiatorum. — Und diese novi officiiati werden in derselben Urkunde später magistris genannt vgl. noch eod. I, 276 u. 282) zum Beweise, daß auch die neu gewählten Gemeindevorsteher Amtleute oder officiiati genannt worden sind.

27b) Urk. von 1174 bei Ennen, Quellen, I, 570.

28) Urk. von 1539 bei Würtwein, monast. Pal. V, 100. Intelligenzbl. des Rheinfreies von 1828 p. 332. Dorfordnung von Ingersheim §. 9 bei Mone, Zeitschr. V, 12. Samml. der Würzburg. BrD. I, 417 u. 637. dipl. von 1483 bei Schoettgen et Kreysig, II, 653. Grimm, III, 738 u. 894.

29) Juramentum von 1085 bei Pertz, IV, 59. dipl. von 1486 bei Schoettgen et Kreysig, II, 655.

30) Urk. von 1541, 1582 u. 1608 in Wiganbt, Arch. V, 386 ff., VI, 282 f.

31) Statut von 1556 art. 27 und von 1558 art. 81 bei Walch, I, 250 u. VII, 96.

Stadt, in den Stiftern Fulda, Speier und Würzburg, im Westerwald, in Westphalen u. a. m.³²⁾, in den Kirchspielen in Adln magistri civium parochiae^{32a)}, in Soest magistri burgensium oder Burrichter³³⁾, in Welschbüllig an der Mosel burgimagistri³⁴⁾ und zu Gogle in der Mark Brandenburg, wo man die Verwaltung des Dorfes einen Magistrat genannt hat (villicationem villae videlicet civium magistratum) nannte man sie magistri civium villae³⁵⁾.

Als Vorsteher einer Honnschaft heißen sie an der Saar und an der Mosel, zumal aber am Niederrhein Honnen³⁶⁾ oder auch Kirchhonnen d. h. Kirchspielshonnen³⁷⁾, Johann Hunnen³⁸⁾, hunones³⁹⁾. Hun⁴⁰⁾ und Hund⁴¹⁾. Erst seitdem ihre wahre Bedeutung untergegangen und nicht mehr verstanden worden ist, ließ man in dem berühmten Hungerichte, welches im Bliescasteller Amte noch im 16. Jahrhundert gehalten worden ist, den Hunnellen, als wenn er ein Hund wäre. („solcher hun, wenn man „den Uebelthäter hinrichten will, muß drehmall wie ein Hundt

32) Grimm, I, 451, 488, 507, 509, 617, 619, III, 374, 811 ff. Weisthum von Altenhadelau art. 50 in Cranien, I, 55. Hofrecht von Westhoven bei Steinen, I, 1575 ff. Sammlung der Speirisch. BrD. IV, 54. Bobmann, I, 263 u. 491. Thomas, I, 201.

32a) Urf. von 1177 bei Ennen, Quellen, I, 576.

33) Urf. von 1283 bei Seibert, II, 1 p. 496 electus in magistrum burgensium qui burrychtere vulgariter appellatur.

34) Weisth. aus 13. Jahrh. bei Lacomblet, I, 384.

35) dipl. von 1226 bei Gerden, Stiftshist. p. 430.

36) Urf. von 1437 u. 1438 bei Guden, II, 1282 u. 1284. Urf. von 1369 §. 7 bei Lacomblet, Arch. I, 282. Jülicher Polizei Ordn. p. 70. Sammlung der Churcölln. Verordn. II, 397 u. 399.

37) Landrecht von Jülich von 1537, VII, 1 bei Lacomblet, Arch. I, 118.

38) Jülicher Weisthum bei Lacomblet, Arch. I, 249. Cölln. Schützenordnung von 1772 in Samml. der Churcölln. BrD. II, 392, 393, 397 u. 399. Reocorus, II, 45.

39) dipl. von 1065 bei Würdtwein, monast. Palat. IV, 208. dipl. von 1272 bei Lacomblet, Urkb. II, 371. dipl. von 1311 bei Guden, II, 1004.

40) Grimm, I, 796.

41) Grimm, II, 28, 30 u. 32.

„auß der Ußweiler Hecken bellen, wann mann den Armen zum „Galgen führt“⁴²⁾).

Als Vorsteher einer Heimschaft nannte man sie Heimberger, Heimbürger, Haimbungen, Heimborgen, Hainberger, Heimrath oder auch, wie wir gesehen haben, Heimolsmeister. Heimberger z. B. am Rhein und an der Mosel, in der Ortenau, in der Wetterau und in Franken⁴³⁾. Heimbürger z. B. am Ober- und am Niederrhein, insbesondere auch im Elsaß und in der Pfalz, sodann an der Mosel, in der Abtei Seligenstadt, in Hessen, Franken u. s. w.⁴⁴⁾. Heimbürgones z. B. in der Abtei Seligenstadt⁴⁵⁾. Haimbungen oder Heimborgen z. B. in Sachsen⁴⁶⁾, insbesondere auch in den Dörfern um Erfurt Heymburgen oder Heymbürgen⁴⁷⁾, dann in der Wetterau⁴⁸⁾. Hainberger des Dorfes z. B. im Odenwald⁴⁹⁾. Und Heimrath zumal in den Niederlanden⁵⁰⁾. Die älteste Wortform ist wohl heimburgo, welches nach den alten Glossen einen Tribunus oder Vorsteher bedeutet⁵¹⁾.

Als Vorsteher der Dorfgemeinde heißen sie zuweilen Dorfgemeiner z. B. zu Meresdorf⁵²⁾, Ortsvorstand, Orts-

42) Weisth. bei Rone, Anz. V, 42. Grimm, I, 796 f.

43) Grimm, I, 417, 518, 594, 595, II, 468. III, 412 u. 554.

44) Grimm, I, 504, 505, 616, 651, 728, 749. II, 139, 495, III, 559, 820, 823, 824 u. 830. Urk. von 1539 bei Würdtwein, mon. Pal. V, 100. Ropp, I, 321 u. 322. Grandidier, hist. de l'egl. de Straßb. II, 46 Not. f. Rone, Anz. V, 306 u. 307 und Rone, Zeitschr. I, 113. der jedoch irrthümlicher Weise die Heimbürger für Rentmeister oder Gemeindevorsteher hält.

45) Weisthum von 1329 bei Steiner, Seligst. p. 386. Weisth. von 1339 bei Rindlinger, Hbr. p. 423.

46) Die den Visitatoren ertheilte Instruktion von 1527 bei Richter in Zeitschrift für D. R. IV, 46 u. 54.

47) Michelsen, Mainzer Hof zu Erfurt, p. 27 u. 43.

48) Grimm, III, 433.

49) Erbacher Landr. p. 122.

50) Haltaus, p. 866.

51) Graff, III, 177.

52) Dorfsebn. von 1550 bei Haltaus, p. 242.

53) Thomas, I, 201.

herr oder Dorfherr z. B. im Stifte Fulda⁵⁴⁾ oder auch Hauptmann z. B. in Baiern, insbesondere zu Pfronten in den Bairischen Alpen und zu Sonthofen u. a. m. in den Allgäuer Alpen⁵⁴⁾, oder Obmann z. B. in Bayern⁵⁵⁾ und als Vorsteher eines Kirchspieles Schlüter oder Schließer (claviger) (§. 147).

Als Vorsteher der Dorfgerichte wurden sie sehr häufig Richter oder Unterrichter genannt, z. B. zu Garmisch, Mittenwald u. a. m.⁵⁶⁾, oder Dorfrichter und *judex villae*⁵⁷⁾, Johann Bauerrichter (Bawrrichter, Burrichter, Buren Richter, Buirrichter, u. s. w.), zumal in Westphalen⁵⁸⁾, ferner Vogt und *advocatus villae*⁵⁹⁾, oder Dorfsvogt⁶⁰⁾ und schon in sehr frühen Zeiten Graf (*comes loci*⁶¹⁾ *grafio loci*⁶²⁾, in späteren Zeiten aber Greffe, Grebe, Dorfgreffe, Dorfgrebe und Dorfgrebe, z. B. im Stifte Naumburg, insbesondere aber in Hessen⁶³⁾. Öfters heißen die Gemeindevorsteher auch *major*, das französische *maire*, z. B. in der Schweiz⁶⁴⁾, *Meier* oder *villicus* z. B. am Rhein und an der Saar⁶⁵⁾, Dorfmeier z. B.

54) Kettenberg. Landesordn. p. 7. Bair. Landr. von 1616, p. 714.

55) Steuerer Ordn. von 1507 bei Krenner, XVI, 245. Bair. Landr. von 1616, p. 670 u. 714.

56) Schwäb. Landr. W. c. 311. Ruprecht von Freising, I, 142. Grimm, III, 660, 661 u. 662.

57) Ruprecht von Freising, I, 142. dipl. von 1303 bei Würdtwein, mon. Pal. III, 279.

58) Hofsprache von Herbitz und Felsenrecht von Schwelm bei Sommer, p. 16 u. 20. Grimm, III, 27 u. 28.

59) dipl. von 1303 bei Würdtwein, mon. Pal. III, 279.

60) Grimm, I, 247.

61) L. Burgund. tit. 49, c. 1.

62) L. Sal. tit. 52, c. 2.

63) Urf. von 1452 bei Bernhard, antiquit. Naumburg. p. 78 u. 79. Hess. Greben Ordnung von 1739. Sternberg, I, 6, 10 u. 122.

64) Ekkehardi, *casus S. Galli*, c. 3 bei Pertz, II, 103. — *maiores locorum*.

65) dipl. von 1182 bei Würdtwein, nova subsid. XII, 113. Grimm, II, 9, 10 u. 18.

in der Schweiz⁶⁶⁾, Heimeier des Dorfs z. B. an der Saar⁶⁷⁾, oder auch Schultheiß und Dorfschultheiß z. B. in Hessen⁶⁸⁾ und in der Wetterau⁶⁹⁾, dieses jedoch meistens nur in grundherrlichen Dorfschaften oder in den gemischten.

Nach ihrer Anzahl nannte man sie sehr häufig die Vierer, die Orts Vierer, Vierer des Dorflecken, oder Dorfs Vierer z. B. in Baiern, Schwaben, insbesondere auch in der Grafschaft Dettingen, in Fulda, in der Schweiz, in Oesterreich u. a. m.⁷⁰⁾, sodann die Fünfer z. B. in Schwaben (§. 5), die Sechser z. B. in der Schweiz und in Schwaben⁷¹⁾, die Achter z. B. in Dürkheim⁷²⁾, die Zehener (decani) z. B. im Elsaß und an der Mosel⁷³⁾, oder die Legeber z. B. in Westphalen⁷⁴⁾, die Zwölfer z. B. im Stifte Fulda und in Sachsen⁷⁵⁾ und die Sechzehner z. B. in einigen Freidörfern in Schwaben⁷⁶⁾.

Mit dem Zahlenverhältnisse hängt auch der zumal an der Mosel, in der Eifel, in der Abtei Prüm und am ganzen Nieder-

66) Grimm, I, 77 §. 24, 29, 30, 40 u. 44, p. 114 u. 134. Offn. von Steinmaur, §. 44 u. 45 bei Schauberg, I, 94.

67) Grimm, II, 28.

68) Eternberg, I, 10 u. 122.

69) Grimm, III, 493.

70) Bair. Landr. von 1616, p. 690, 714 u. 770. Urkunden bei Lori, p. 328, 347 u. 443 u. p. 328 heißt es sogar: „Zuesamibt vier „Vierern“. Thomas, I, 202 u. 203. Siebenkees, Beitr. III, 129. Grimm, I, 130, 132, 177, 179, 211, 213, 215, 216, 217. III, 692. Offn. von Rheinau §. 29 bei Schauberg, I, 152. Schreiben des Grafen von Dettingen an die Vierer der Gemeinde Golburghausen von 1483 bei Meynisch, über Truhten, p. 25. Schmeller, I, 631, welcher jedoch nicht ganz richtig die Vierer von den eigentlichen Gemeindevorstehern unterscheidet und sie für bloße Gemeindebevollmächtigte hält.

71) Offn. von Nider- und Mättmenhause §. 21 bei Schauberg, I, 2. Siebenkees, Beitr. III, 129.

72) Meine Gesch. der Markenverf. p. 286 u. 297 ff.

73) Weisthum zu Dreyß bei Ludolff, III, 264. Grimm, I, 700.

74) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 114

75) Thomas, I, 202. Grimm, III, 895 u. 896.

76) Siebenkees, III, 129.

rhein, also im alten Frankenland sehr verbreite Titel Zenner zusammen⁷⁷⁾ oder Zender^{77a)}, Centener⁷⁸⁾, Zendner⁷⁹⁾, Zentener⁸⁰⁾, centurio⁸¹⁾, und centenarius⁸²⁾, desgleichen Centgrafe z. B. in der Wetterau⁸³⁾, oder Centgreve⁸⁴⁾ und verderbt Eingrese, Zinggrave oder gar Zinßgrave⁸⁵⁾. Unter Centenarius und Centgraf pflegt man zwar insgemein einen dem Gaugrafen untergeordneten öffentlichen Beamten oder einen Landrichter zu verstehen. Öfters kommt indessen jene Benennung auch in der Bedeutung eines Gemeindevorstehers vor, und scheint sodann so viel als einen Zehener (zehaning)⁸⁶⁾, oder decanus bedeutet zu haben⁸⁷⁾. Und da auch die Dörfer zuweilen Gaue genannt worden sind und heute noch in Baiern manche Dörfer so heißen, so konnte auch der Ortsvorsteher selbst Gaugraf oder Bograf genannt werden, wie dieses z. B. in Hessen der Fall war⁸⁸⁾. Über mehreren Centenern oder Zendern stand zu-

77) Grimm, II, 569.

77a) Grimm, II, 28, 31, 323, 325, 326, 331, 334, 335. III, 838.

78) Grimm, II, 266 u. 358. Weisthum aus 13. Jahrh. bei Lacomblet, Arch. I, 340.

79) Grimm, II, 358 u. 359.

80) Weisthum bei Lacomblet, I, 255 u. 256.

81) Weisthum bei Lacomblet p. 379. dipl. von 1274 bei Guden, II, 959. dipl. von 1259, 1275 u. 1297 bei Günther, II, 294 f., 403 u. 515 f. Urk. von 1230 bei Guden, I, 508 centurio de Grinda et omnes villani ibidem.

82) Weisthum bei Lacomblet p. 364.

83) Grimm, III, 473 u. 476.

84) Grimm, III, 450 Not.

85) Grimm, III, 482—485.

86) Graff, V, 630.

87) Dafür spricht insbesondere auch der Umstand, daß zuweilen Zehener und Zender abwechselnd und daher als gleichbedeutend gebraucht wird. Vgl. die Weisthümer von Dreis von 1453 und 1588 bei Ludolf, observat. forens. III, 264 und bei Grimm, II, 334. Meine Einleitung, p. 139—140. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 115.

88) Ropp, I, 321. Gruppen, discept. forens. p. 1077 ff. Vgl. Meine Einleitung, p. 55—56 und vorhin Note 63.

weisen wieder ein Oberzenner⁸⁹⁾ oder ein Oberster Zender⁹⁰⁾.

Eine ganz allgemeine Benennung der Gemeindevorsteher war endlich auch noch der Name Geschworne z. B. in der Schweiz⁹¹⁾, Eidgeschworne z. B. in Hessen⁹²⁾, in Baiern der Baur, der das Ainen hat⁹³⁾, sodann Rätthe z. B. in den Gemeinden des Kantons Glarus⁹⁴⁾ und zumal in Friesland der Name Altermann, Alderman, OIderman, albirmon⁹⁵⁾ und einmal sogar Buralbirmon, d. h. Bauer Altermann⁹⁶⁾. In Niedersachsen und Thüringen kommen zwar ebenfalls Altermänner, Altirmanne, OIdermenne und OIdenlúde vor. Allein sie waren in späteren Zeiten wenigstens nichts anderes als Kirchenvorsteher oder sogenannte Kirchenälteste⁹⁷⁾. Möglich wäre es jedoch, daß sie in früheren Zeiten ebenfalls Gemeindevorsteher gewesen und erst seit dem Untergange der genossenschaftlichen Elemente in den Gemeinden zu bloßen Kirchenvorstehern herabgesunken sind. Der Titel Gemeindepäsident zu Baar, Negeri und Menzingen im Kanton Zug datirt offenbar erst aus neueren Zeiten⁹⁸⁾.

§. 161.

Alle diese Benennungen waren übrigens ganz gleichbedeutend und wurden daher abwechselnd in einer und derselben Gemeinde gebraucht. Zu Dübendorf in der Schweiz werden sie abwechselnd Anwalten, Ewalten, Geschworne, Fuierer und Fierer,

89) Grimm, II, 570. Vgl. oben §. 39.

90) Grimm, III, 838.

91) Offn. von Steinmaur, §. 52 und Offn. von Dübendorf §. 5 bei Schauberg, I, 95 u. 110.

92) GrebenOrdn. p. 4 u. 5. Ropp, I, 322.

93) Grimm, III, 640 §. 1. Vgl. §. 49.

94) Landbuch von Glarus, I, 114. Blumer, I, 381.

95) Richthofen, p. 598 u. 599. Samelmann, Oldenburg. Chron. p. 456.

96) Richthofen p. 541 §. 43 u. 598.

97) Haltaus, p. 19—20.

98) Renaud, Rechtsg. v. Zug, p. 12 u. 29.

b. h. Führer und Vierer genannt⁹⁹). In Baiern Führer, Fierer, Fuierer, Vierer, Dorfsvierer, Hauptleute und Obleute („Obleute oder Führer“¹⁾), „Vierer oder Obleut“²⁾), „die Vierer, Haupt- vnd Obleut oder jr verweiser“³⁾), „Vierer, Haupt- vnd Obleut“⁴⁾), und hie und da auch Halgenpfleger („die Halgenpfleger zu „Hausen sollen sein wie Führer in ainem andern Dorff“⁵⁾). In Hessen abwechselnd Greben, Vorsteher, Heimbürger, Dorfschultzen, Richter und Eidgeschworne⁶⁾). Zu Löß und Naach im Kanton Zürich bald Dorfmeister bald Dorfvierer oder Dorffhrer⁷⁾). Zu Petershausen im Kanton Thurgau Amman oder Dorfsvogt⁸⁾). In den Kirchspielen in und um Aöln-officiati, Amtleute und magistri vicinorum parochiae⁹⁾). Zu Altenhaslau in der Wetterau abwechselnd Heimbürger, und Bürgermeister¹⁰⁾). Zu Glabach bei Coblenz abwechselnd Heimbürger und Burgemeister¹¹⁾). In der Pfalz Heimbürger, Dorfmeister und Burgemeister¹²⁾). Im Hochstifte Würzburg Bauermeister, Bürgermeister und Dorfsmeister¹³⁾). In der Abtei Seligenstadt Heimbürger, heimburgo, villicus und Bürgermeister (eligere villicum seu heimburgonem¹⁴⁾). Zu Polch am Niederrhein und zu Oberwen-

99) Offn. §. 14, 21, 25, 48 bei Schauberg, I, 100, 102, 103, 105, 108 u. 110 §. 5.

1) Krenner, XVI, 245.

2) Bair. Landr. von 1616, p. 690.

3) Bair. Landpot. von 1512, Blatt 3.

4) Bair. Landr. von 1616, p. 714. Vgl. noch Lori, p. 328 u. 347–349 u. Schmeller, I, 631.

5) Lori, p. 364.

6) Grebenordn. p. 4, 5 u. 6. Ropp, I, 322.

7) Grimm, I, 92, 94, 130, 132 u. 134.

8) Grimm, I, 247.

9) Glasen, Schreinspr. p. 48, 53 u. 61–63.

10) Granien, I, 30, 44 §. 4 u. 55 §. 50.

11) Grimm, I, 616–618.

12) Urk. von 1539 bei Würdtwein, mon. Pal. V, 100.

13) Samml. der Virzb. BrD. I, 417, 418, 637, 663, II, 439 u. 672.

14) Urk. von 1339 bei Kindlinger, Hbr. p. 423. Weisthum bei Steiner, Seligsf. p. 386 und Grimm, I, 504, 507 u. 509.

dig an der Mosel centurio und Heimbürger¹⁵⁾. Im Erzstifte Trier abwechselnd centurio, Centener, centenarius und burgimagister¹⁶⁾. Ferner centurio eben so viel als hunno oder Hunne¹⁷⁾. Hune oder Hund abwechselnd mit Zender, Heimberger und Heimeier z. B. an der Saar¹⁸⁾. Centurio gleichbedeutend mit centenarius („centenarii qui et centuriones“)¹⁹⁾ und Centgräf und Gogräf dasselbe was Heimbürger, Bauermeister und Burgemeister z. B. in Hessen und in der Wetterau²⁰⁾. Endlich Dorfgemeiner eben so viel als Bürgermeister. („Erstlich sollen „zween Dorffsgemeiner erwöhlet werden, die man Bürgermeister nennt“)²¹⁾.

§. 162.

Eben so verschieden wie die Benennung der Gemeindevorsteher war auch ihre Anzahl.

In sämtlichen Dorfgemeinden, auch in den allerkleinsten findet man wenigstens einen Heimbürger, z. B. im Elsaß, an der Mosel und in Franken²²⁾, einen Zender²³⁾ oder einen Centener oder Centener, z. B. an der Mosel²⁴⁾, einen Dorfmeister z. B. in Tirol²⁵⁾, einen Hagemeister z. B. in den Hagen in der Grafschaft Ravensberg²⁶⁾, einen Dorfmeier, Bauermeister, Bürgermeister u. s. w. Man findet aber auch zwei Heimberger oder zwei Bürgermeister z. B. im Stifte Fulda²⁷⁾, zwei Meister

15) Urk. von 1275 bei Günther II, 403. Grimm, II, 495, vgl. III, 823.

16) Weisthum aus 13. Jahrh. bei Lacomblet, I, 340, 364, 379 u. 384.

17) Altes Glossar bei Suhm., p. 199. centurio, hunno.

18) Grimm, II, 28 u. 30—32.

19) Walafridus Strabo, c. 31.

20) Ropp, I, 321.

21) Dorfseordn. v. 1550 bei Haltaus, p. 242.

22) Grimm I, 651. 749, II, 495, III, 554 u. 823.

23) Grimm, II, 323, 325 u. 326.

24) Grimm, II, 266. Lacomblet, Arch. I, 229 u. 255.

25) Grimm, III, 738.

26) Wigand, Arch. V, 386 ff., VI, 282.

27) Thomas, I, 201 u. 202.

Amtleute oder Bauermeister (magistri, officiiati oder magistri vicinorum) in den Kirchspielen in und um Rön^{27a)}, zwei Bauermeister oder zwei Dorfmeister z. B. zu Freinsheim, Hefenheim u. a. m. in der Pfalz nach den ungedruckten Weisthümern, zwei Dorfmeister z. B. in der Schweiz²⁸⁾, zwei Schlüter z. B. im Dithmarschen²⁹⁾ u. s. w. In größeren Dorfgemeinden findet man zuweilen auch drei Dorfmeister z. B. in der Schweiz³⁰⁾, drei Heimbürgen z. B. an der Mosel³¹⁾, zwei bis drei Bauermeister oder Dorfmeister z. B. in Franken³²⁾, und noch häufiger vier Bauermeister oder vier Bürgermeister, die sogenannten Vierer z. B. im Stifte Fulda³³⁾, vier Bürgermeister in Weissenheim am Sand nach einem ungedruckten Weisthum, vier Dorfmeister z. B. in der Schweiz³⁴⁾, vier Anwalten oder Erwalten oder vier Geschworne z. B. in Dübendorf in der Schweiz³⁵⁾, vier Schlüter z. B. im Dithmarschen³⁶⁾. Dahin gehören auch die in Baiern und in der Schweiz sehr verbreiteten Vierer oder Dorfvierer, welche man auch die „vier Verordneten“³⁷⁾ oder „die vier Gesezten Mann“ genannt hat³⁸⁾. Neun Heimbürger z. B. im Elsaß³⁹⁾, zwölf Bauermeister, die sogenannten Zwölfer z. B. im Stifte Fulda⁴⁰⁾. Sodann die Sechser und Sechzehner in der Schweiz und in Schwaben, fünf, acht oder zehn

27a) Ennen, Quellen, I, 235, 243, 244, 248, 276, 289. Fahné, I, 192 Rot.

28) Grimm, I, 123 Bluntschli, I, 415. Offn. von Riber u. Rättmenhase §. 21. Offn. von Wepikon §. 7. Offn. von Dietlikon §. 10 bei Schauberg, I, 2, 52 Rot. 7 u. 112.

29) Reocorus, II, 540.

30) Hofrobel von Greifenberg §. 7 bei Schauberg, I, 52.

31) Weisthum zu Retterath bei Günther, IV, 598.

32) Benfen, Rotenb. p. 378.

33) Thomas, I, 201, 202 u. 203.

34) Grimm, I, 130, 132 u. 134.

35) Offn. §§. 5, 14 u. 21 bei Schauberg, I, 100.

36) Reocorus, II, 540.

37) Grimm, I, 217.

38) Grimm, I, 213.

39) Grimm, I, 728. „Der heimburger sollent nün sin“.

40) Thomas, I, 202.

Bauer- oder Bürgermeister, die sogenannten Fünfer, Achter, Zehener, Zender, Centener, Centenarien, Centgreven u. s. w., von denen bereits die Rede gewesen ist.

§. 163.

Die Gemeindevorsteher waren genossenschaftliche Beamte und jede Dorfgemeinde hatte ursprünglich ihren eigenen genossenschaftlichen Vorsteher.

Von den freien keiner Grundherrschaft, sondern nur einer Vogtei unterworfenen Gemeinden versteht sich dieses von selbst. Denn die Ortsvorsteher waren niemals öffentliche Beamte. Sie mußten daher, da sie als freie Genossenschaften keinen öffentlichen Beamten und natürlicher Weise auch keinen grundherrlichen haben konnten, einen von ihnen selbst gewählten genossenschaftlichen Vorsteher haben. So hatten z. B. die freien Gemeinden an der Mosel einen selbstgewählten Heimbürger oder centurio oder Zentener⁴¹⁾. Die freien Gemeinden in Oldenburg einen der Reihe nach gewählten Bauernmeister (Burmester)⁴²⁾. Die freien Gemeinden in der Schweiz zwei oder vier Dorfmeier oder Dorfvierer⁴³⁾, oder vier Anwalten oder Ewalten oder Geschworne⁴⁴⁾. Die freien Gemeinden in Franken einen oder mehrere Heimbürger⁴⁵⁾. Im Dithmarschen jedes freie Kirchspiel zwei oder vier Schlüter⁴⁶⁾. In Tirol jedes freie Dorf einen Dorfmeister⁴⁷⁾. Am Niederrhein jede freie Gemeinde einen Honnen oder Hunnen⁴⁸⁾.

In gleicher Weise mußten auch die gemischten Gemeinden ihren eigenen genossenschaftlichen Vorsteher haben. Da nämlich

41) Grimm, II, 495, III, 823. Meibersheimer Weisthum bei Koenigsthal, I, 2. p. 62. Lacomblet, Arch. I, 214, 215 u. 229.

42) Halem, II, 196.

43) Grimm, I, 130 u. 131. Offn. von Rieder- und Wäldtenhaffe §. 21 und Offn. von Dietlikon §. 10 bei Schauberg, I, 2 u. 112.

44) Ordn. von Dübendorf §. 14, 21 u. 25 bei Schauberg, I, 100 ff. u. 110 §. 5.

45) Grimm, III, 554 u. 559.

46) Reocorus, II, 540.

47) Grimm, III, 738.

48) Lacomblet, I, 210 ff., 217 u. 229 ff.

in den gemischten Gemeinden entweder mehrere Grundherrn, oder neben den hörigen Bauern auch noch freie Leute ansässig waren, die Gemeinden also aus Freien und Hörigen oder aus den Hörigen verschiedener Grundherrschaften bestanden haben, so konnte der allen diesen freien und hörigen Gemeindegliedern gemeinsame Gemeindevorsteher nur ein von der Gemeinde selbst erwählter, also ein genossenschaftlicher Beamter sein. In der That finden wir auch in allen gemischten Gemeinden genossenschaftliche Gemeindevorsteher, z. B. in Baiern von der Gemeinde selbst gewählte Bierer, Führer oder Halgenpfleger⁴⁹⁾, in der Ortenau, im Elsaß und auf dem Hundsrück einen oder mehrere Heimbürger⁵⁰⁾, in Franken einen Dorfmeister⁵¹⁾, in der Schweiz einen oder mehrere Dorfmeier⁵²⁾, in den gemischten Gemeinden an der Mosel einen Zender⁵³⁾ u. s. w.

Aber auch viele grundherrliche Dorfgemeinden hatten ihren eigenen genossenschaftlichen Beamten. Viele grundherrliche Gemeinden hatten z. B. in der Pfalz einen oder mehrere Bürgermeister oder Dorfmeister⁵⁴⁾, an der Saar einen Meier⁵⁵⁾, an der Mosel, am Mittelrhein u. a. m. einen oder mehrere Heimbürger⁵⁶⁾, in Baiern einen Baur der das Ainen und Dorfsrecht hat⁵⁷⁾ oder mehrere Führer des Dorfs⁵⁸⁾, in Sachsen einen Burmeister⁵⁹⁾, u. s. w.

Daher findet man so häufig in einer und derselben Gemeinde neben dem herrschaftlichen Beamten auch noch einen genossenschaftlichen Gemeindevorsteher z. B. im Bisthum Würzburg einen

49) Lohr, p. 328. 347 u. 364.

50) Grimm, I, 417 u. 749, II, 139.

51) Grimm, III, 894.

52) Grimm, I, 77 §. 24.

53) Grimm, II, 323.

54) Grimm, I, 451. Ungedruckte Lagerbücher von Weissenheim am Sand, von Dadenheim u. a. m. vgl. oben §. 11.

55) Grimm, II, 9, 11 u. 18.

56) Grimm, III, 823, 824, u. 830.

57) Grimm, III, 640 §. 1, 18 u. 25. Ähnlich den Einungern oder den späteren Straßherren in Ulm. vgl. Jäger, Ulm, p. 278. ff.

58) Ehehaftrecht von Greißberg bei Seisried, I, 232.

59) Urk. von 1490 bei Mencken, I, 790 u. 792.

Bauernmeister, Bürgermeister oder Dorfmeister noch im 18. Jahrhundert neben dem herrschaftlichen Schultheiß⁶⁰⁾, welchem jedoch die Bürger- und Bauernmeister untergeordnet waren⁶¹⁾. Einen oder mehrere Heimbürgen neben dem herrschaftlichen Schultheiß z. B. an der Mosel, Lahn und am Ober- und Mittel-Rhein, auf dem Hundsrück, in der Wetterau u. a. m.⁶²⁾. Einen Bauernmeister neben einem Gerichtsschulzen zu Bollershausen im Hannöverschen⁶³⁾. Einen Dorfmeister neben einem herrschaftlichen Schultheiß z. B. in Sachsen⁶⁴⁾, oder einen magister villarum neben einem scultetus⁶⁵⁾. Einen Dorfmeister neben einem Ganerben-schultheiß z. B. in Franken⁶⁶⁾. Einen Bürgermeister neben einem Schultheiß z. B. im Westerwald, auf dem Hundsrück, im Rheingau, in Hessen, in der Pfalz u. a. m.⁶⁷⁾. Einen oder mehrere Bauer- oder Bürgermeister neben einem Schultheiß z. B. im Stifte Fulda⁶⁸⁾. Mehrere Bürgermeister neben einem herrschaftlichen Schultheiß in Obereisensheim in Unterfranken⁶⁹⁾. Zwei Bürgermeister neben einem herrschaftlichen Schultheiß zu Freinsheim, einen Bürgermeister neben einem Schultheiß zu Großkarlbach, zwei Bürgermeister oder zwei Dorfmeister neben einem Schultheiß zu Heßheim, vier Bürgermeister neben einem Schultheiß zu Weisenheim am Sand. Ebenso so zu Vermersheim, Kallstadt, Herrheim, Bobenheim, Rödrringen u. a. m. immer neben einem herrschaftlichen Schultheiß einen Dorfmeister, welcher jedoch in dem ungedruckten Gerichtsbuche von Rödrringen Dorffmei-

60) Samml. der Würzb. BrD. I, 417, 418, 637, 663, II, 672.

61) Samml. der W. BrD. II, 439.

62) Grimm, I, 521, 524, 619, 620, II, 139, III, 816 u. 818. Weisth. bei Koenigsthal, I, 2. p. 62. Urk. von 1468 bei Günther, IV, 598. Dorfordnung von 1599 bei Mone, Anz. V, 307.

63) Struben, rechtl. Verh. V, Nr. 23.

64) Urk. von 1483 bei Schöttgen et Kreysig, II, 653.

65) Dipl. von 1486 bei Schöttgen et Kreysig, II, 655.

66) Grimm, III, 894. Geographisches Lexikon von Franken, V, 569.

67) Grimm, I, 451, 488, 616, 619, II, 187. Urk. von 1515 bei Bodmann, I, 491.

68) Thomas, I, 201 u. 202.

69) Dorfordnung von 1553 §. 7, §. 13, 32, 45 u. 46 bei Wigand, Bepl. Beitr. III, 188 ff.

ßer genannt wird ⁷⁰). In Baiern neben dem Bauern, der das Ainen hat oder neben den Fürern des Dorfs ein Hofmarschrichter ⁷¹). Einen Zender neben dem herrschaftlichen Amtmann oder Vogt z. B. an der Mosel ⁷²). Einen Zenner neben dem herrschaftlichen Meier z. B. an der Mosel ⁷³). Einen Centgräfen neben einem Schultheiß z. B. in der Wetterau ⁷⁴). Einen Hun, Hunne oder Hund neben einem Schultheiß z. B. an der Saar ⁷⁵). Einen *centurio* neben einem *scultetus* ⁷⁶). Die Amtleute, oder *officiati* in den Kirchspielen in und um Köln neben dem Schultheiß ⁷⁷). Die Vierer neben einem herrschaftlichen Schultheiß z. B. in der Schweiz, im Stifte Fulda u. a. m. ⁷⁸) oder neben einem herrschaftlichen Ammann z. B. in der Schweiz ⁷⁹). Die Achter neben einem herrschaftlichen Schultheiß in Dürkheim ⁸⁰). Die Zehener neben einem herrschaftlichen Schultheiß z. B. zu Dreis im Erzstifte Trier ⁸¹). Die Zwölfer neben einem Schultheiß z. B. in Sachsen, Fulda u. a. m. ⁸²). Einen *villious* neben einem *scultetus* ⁸³). Einen Meier neben einem Schultheiß ⁸⁴). Einen oder mehrere Dorfmeier neben einem herrschaftlichen Vogt oder Untervogt z. B. in der Schweiz ⁸⁵). Einen oder zwei Meier neben

70) Nach ungedruckten Weisthümern und Lagerbüchern der Pfalz. Und Baldbordnung von 1560 in Meiner Gesch. der Markenverf. p. 485.

71) Grimm, III, 640, §. 1, 3 u. 18. Eheastr. von Greißberg bei Seifried, I, 231. ff.

72) Grimm, II, 371. ff.

73) Grimm, II, 569.

74) Grimm, III, 473 u. 476.

75) Grimm, II, 28, 30 u. 32.

76) Dipl. von 1297 bei Günther, II, 515.

77) Glasen, Schreinspr. p. 61—63.

78) Offen. von Rheinau §. 29 bei Schauberg, I, 152. Thomas, I, 202 u. 203.

79) Grimm, I, 176.

80) Meine Gesch. der Markenverfassung p. 297. ff.

81) Weisthum bei Lubloff, III, 264.

82) Grimm, III, 895 u. 896. Thomas, I, 202. f.

83) Dipl. von 1182 bei Würdtwein, nova subsid. XII, 113.

84) Grimm, II, 9, 10 u. 18.

85) Offen. von Riber- und Rättmenhaste §. 20 u. 21. Offen. von Wän-ingen §. 4, 6. 9 u. 12 bei Schauberg, I, 2 u. 7.

den gerichtlichen Beamten in den Freidörfern in Schwaben⁸⁶⁾.

In vielen grundherrlichen Gemeinden wurden jedoch die genossenschaftlichen Gemeindevorsteher von den herrschaftlichen Beamten verdrängt und ersetzt, oder beide Ämter, das Amt eines Bauernmeisters und eines Dorfschulzen, mit einander vereinigt⁸⁷⁾, oder auch gleich ursprünglich der grundherrlichen Gemeinde ein herrschaftlicher Vorstand gesetzt. Daher findet man in früheren und in späteren Zeiten in sehr vielen Gemeinden keinen eigenen Gemeindevorsteher. Der herrschaftliche Beamte besorgte vielmehr außer den herrschaftlichen auch noch die Angelegenheiten der Gemeinde, z. B. in vielen Gemeinden in Schwaben, im Elsaß, in der Pfalz, in der Wetterau, in Thüringen, in der Schweiz u. s. w.⁸⁸⁾. Dahin gehören insbesondere auch die im 13. u. 14. Jahrhundert in Schlessen und in der Mark Brandenburg nach Deutschem Recht angelegten Dörfer. Denn neben dem Erbschultheiß kommt daselbst kein anderer genossenschaftlicher Dorfbeamter mehr vor⁸⁹⁾. Auch kann aus jenen Dorfanlagen mit voller Gewißheit geschlossen werden, daß damals auch in den grundherrlichen Dörfern in Deutschland, in der Regel wenigstens, kein anderer Dorfbeamter mehr neben dem herrschaftlichen Schultheiß bestanden hat. Denn bei jenen Dorfanlagen hatte man ja gerade das Bild der Deutschen Dörfer jener Zeit vor Augen.

§. 164.

Als genossenschaftliche Beamte wurden die Gemeindevorsteher von der Gemeinde und zwar ursprünglich gewiß allenthalben gewählt.

Bei freien keiner Grundherrschaft unterworfenen Gemeinden verstand sich dieses gewissermaßen von selbst. In den freien Gemeinden an der Mosel wurden die Heimbürger, Centener und

86) Siebenkees, Beitr. III, 129.

87) Hartung, de scultetis, heimburgis et scabinis paganiciis, c. XI §. 10. Struben, rechtl. Heb. V, Nr. 23.

88) Grimm, I, 322, 510, 516, 652. III, 618, 624 u. 644. Stettin, Gemeinde- u. Bürgerrechtsverhältnis, p. 34.

89) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark: u. Verf. p. 266. ff.

Centurionen von der Gemeinde gewählt. Sie hießen daher auch die gekorenen Heimburger. („myt eynem gekoren vnd gesworen „heimburger, den den gemeynde kuyßt“⁹⁰). de centurione eligendo per oommunitatem dixerunt)⁹¹). Eben so wurde der Bürgermeister von Westhofen in Westphalen von der Gemeinde gewählt. („Da hebben de Borger eene vrye Koor evnen Borgemeister myt „den Erven te kessen“)⁹²). Desgleichen die Vierer zu Schwarzenbach in St. Gallen („man solle alle jar in jedem dorff gemeinlich „vier erbar mannen zu viereren erwellen vnd setzen“)⁹³). Auch die beiden Dorfmeier in Dietlikon und Niesen in der Schweiz wurden von der Gemeinde gewählt⁹⁴). Eben so die vier Rathsherrn in den freien Gemeinden des Kantons Glarus von jeder Tagwen oder Ortschaft⁹⁵), die Bauermeister und Bauergeschworenen in Oldenburg von der Bauerschaft⁹⁶), die Dorfmeister und Bauermeister in den freien Gemeinden des Stiftes Würzburg von der Gemeinde⁹⁷), die Dorf Greben und Schultheiße in Hessen von der Gemeinde⁹⁸) u. s. w. Zu Nieder- und Mättmenhasle, welche mit einander eine einzige Dorfgemeinde bildeten, hatte Niderhasle zwei Dorfmeier und zwei Fürsprechen, Mättmenhasle aber zwei Dorfmeier zu wählen und diese Sechsmann bildeten den Gemeindevorstand⁹⁹). Zu Meibersheim in der Herrschaft Kyrburg sollte jedes Jahr ein Heimberger von der Gemeinde unter den Schöffen gewählt werden und der andere Heimberger von den Schöffen aus der Gemeinde. („Item die gemeindt hant „jahrs Macht einen Heimberger zu suchen under den Schöffen, „und die Schöffen einen under der Gemeind“)¹). Zu Rickenbach

90) Grimm, II, 495.

91) Grimm, III, 823.

92) Freiheit von Westhofen §. 5 bei Steinen, I, 1575.

93) Grimm, I, 216.

94) Offn. §. 10 bei Schauberg, I, 112.

95) Blumer, I, 381. Landbuch von Glarus, I, §. 10 u. 114.

96) Salem, II, 196.

97) BrD. von 1691 in Sammlung der Würzb. BrD. I, 417—418.

98) Sternberg, I, 6. u. 10.

99) Offn. §. 21 bei Schauberg, I, 2.

1) Weisthum bei Koenigsthal, I, 2. p. 62.

im Kanton St. Gallen wurden die Vierer gemeinschaftlich von der Gemeinde und dem Vogte gewählt. („ains herren vogt, vnd „ain ganz gemaindt vnder jnen vier mann vffsetzend, vnd die alle „jar erwellendt, — sollen die vierer, so von ain vogt vnd den „nachpuren erwelt vnd geordnet sind“) ²⁾). Zu Hartheim in der alten Grafschaft Wertheim hatte der Schirmvogt einen Heimbürgen zu setzen und den anderen die Gemeinde zu wählen. („auch „wann man heimbürger setzen soll, der soll einer vnserß herrn „obgenannt sin, vund der ander, wen die gemeinde koset oder der „mehrter theil vnter ihne“) ³⁾). In den Kirchspielen in und um Köln hatten die abgehenden Amtleute, wie wir gesehen, die neuen Bauermeister zu wählen. Nach den angeführten Urkunden beruhte jedoch dieses Wahlrecht auf neueren Beschlüssen der Amtleute jener Gemeinden ^{3a)}). Früher hatte wohl auch in den Kirchspielen zu Köln die Gemeinde das Wahlrecht. Wenigstens war dieses im Niedrich der Fall ^{3b)}).

Auch in gemischten Gemeinden konnte es nicht wohl anders sein. Zu Cappel in der Ortenau wurde der Heimberger von der Gemeinde gesetzt. („mann sol ouch ein heimbergen setzen alle jar „vff den nechsten sonnentag nach winachten. man mag ouch keinen lenger gezwungen heimbürger zu sin wan ein jar“) ⁴⁾). Eben so der Dorfschultheiß zu Neuenhain in der Wetterau. („so setzet die „gemeyn alle jare einen dorffschultheiß under ine“) ⁵⁾). Eben so der Heimbürger zu Jegenheim im Elsaß, wo jedoch der herrschaftliche Meier den Gewählten in sein Amt einzusetzen oder zu investiren hatte („ouch sont die burger desselben tages kiesen ein heim-

2) Grimm, II 211.

3) Grimm, III, 559.

3a) Es heißt in allen im §. 160 angeführten Urkunden, „Wir ambslabe „gemeyne — haim dat gesat inde geordeneprt.“ Oder: „wir vird- „einde amtmann — hain virbragin eyne Rüren also“ — Nos officii deserviti parochiae — concordavimus super electione —. Nos officii parochiae statuimus —. quod officii sancti alban ordinaverunt et statuerunt — bei Ennen, Quellen, I, 235, 243, 244, 247, 261, 271 f., 276, 282 u. 289.

3b) Urk. bei Ennen, Quellen, I, 224.

4) Grimm, I, 417. vgl. p. 419.

5) Grimm, III, 493.

„burghe, und sol ime der meiger das ambacht lihen und sol der heimburge dem meiger geben zwene fester epfele“) 6). Auch zu Neumagen an der Mosel sollte der Zender von der Gemeinde und erst dann von den Gerichtschöffen gewählt werden, wenn die Gemeinde sich nicht einigen konnte. („Item zu wissen, abe die gemein vndrechtig wurde ein zender zu kiesen vnd sich nit oberein verdragen kunden nach aldem herkomen, alßdan so sullen die sieben scheffen die vndrechtigkeit brechen vnd sei sullen dan einen zender kiesen“) 7). Zu Bubenheim an der Mosel, wo drei verschiedene Grundherrn ansäßig waren, sollte zwar ebenfalls die Gemeinde den Heimbürgen wählen, jedoch nur mit Zustimmung der drei Grundherren. Wenn indessen eine Grundherrschaft keinen Bevollmächtigten (keinen Rumper) zur Wahl geschickt hatte, so sollte die Zustimmung der beiden anderen Grundherren hinreichen 8).

Aber auch in vielen grundherrlichen Gemeinden hatte die Gemeinde selbst ihren genossenschaftlichen Gemeindevorsteher zu wählen, z. B. zu Kerlich bei Coblenz den Heimbürger („wene der hoebner alßdan kussset, der soll heimburg sein“) 9). Zu Embrach im Kanton Zürich die vier Dorfmeier. („Item sy hannd ouch das recht vier dorffmeyer zü erkiesen, des dorffs vnnnd ganzer gemeind sachen zü verwallten, die sollent dem bropst schweren“) 10). Zu Hege in der Probstei Embrach die beiden Dorfmeier 11) und zu Greifenberg in der Schweiz die drei Dorfmeier 12), zu Herbise in Westphalen den Bauerrichter („alle jair wirdt ein buirrichter vnnn der gemehne Bawr erwelet“) 13). Zu Ebenhausen in Baiern die Vierer („Erstlichen haben sye die Recht, daß sye unter ihnen Vierer wöhlen sollen“) 14). In den Dorffschaften in Fran-

6) Grimm, I, 749.

7) Grimm, II, 326.

8) Grimm, III, 824.

9) Grimm, III, 830.

10) Grimm, I, 114.

11) Grimm, I, 123.

12) Hofrobel §. 7 bei Schauberg, I, 52.

13) Bauersprache bei Sommer, p. 16.

14) Ehechaft der von Ebenhausen bei Schmeller, I, 631.

ten den Bauernmeister und Dorfmeister¹⁵⁾, in Dürkheim die Richter¹⁶⁾ u. s. w. In anderen grundherrlichen Gemeinden z. B. zu Geispolzheim im Elsaß hatte der Schirmvogt gemeinschaftlich mit der Gemeinde den Heimbürgen zu setzen, wenn sie aber nicht einig werden konnten, der grundherrliche Meier ihn zu ernennen¹⁷⁾. Anderwärts z. B. zu Glabbach bei Coblenz sollte der eine Heimbürger von der Grundherrschaft ernannt, der andere aber, der auch Burgemeister genannt wurde, von der Gemeinde gewählt werden¹⁸⁾. Wieder in anderen grundherrlichen Gemeinden hatte zwar die Gemeinde den Gemeindevorsteher zu erwählen, der von der Gemeinde Gewählte mußte jedoch von dem Grundherrn oder dem herrschaftlichen Beamten in das Amt eingesetzt werden, z. B. zu Marlei im Elsaß. („so soll das Dorflute zusammen gon und „sollent kiesen einen heimbürger — Die soll ein schultheiß setzen“, d. h. in das Amt einsetzen oder investiren)¹⁹⁾. Eben so wurde zu Ingmarsheim im Elsaß der heimburgius von der Gemeinde gewählt (electio villanorum) und von dem herrschaftlichen Meier in sein Amt eingesetzt (eadem officia debet villicus abbatissae illis hominibus concedere)²⁰⁾. Anderwärts sollte der von der Gemeinde gewählte Gemeindevorsteher von Seiten der Grundherrschaft oder des herrschaftlichen Pflegers bestätigt werden, z. B. zu Garnisch, Wittenwalb und in anderen in der Grafschaft Werdenfels gelegenen Dorfschaften. („wir süllen ain richter vnnbter uns „selber erwelen, mit aineß pflegers willen — so sol in ain pflieger „dan bestättn ain jar“)²¹⁾. Wieder in anderen grundherrlichen Gemeinden sollte der Heimbürge zwar nicht von der Gemeinde, wohl aber von den Gerichtschöffen gewählt und sodann von der Grundherrschaft bestätigt werden, z. B. in der Abtei Seligenstadt.

15) Benfen, Notb. p. 378.

16) Meine Gesch. der Markenverf. p. 300.

17) Grimm, I, 707 §. 26.

18) Grimm, I, 616 u. 617.

19) Grimm, I, 728.

20) Dipl. von 1178 bei Würdtwein, nova subsid. X, 70. Vgl. noch Grimm, I, 749.

21) Grimm, III, 659.

(scabini in ultimo iudicio veris debent eligere villicum sive heimbargonem, quem D. Abbas debet confirmare.)²²⁾.

In sehr vielen grundherrlichen Gemeinden hatten jedoch die Grundherrn selbst das Recht den Gemeindevorstand zu ernennen, entweder gleich ursprünglich sich vorbehalten oder in späteren Zeiten erworben, z. B. die Vierer zu Wynau und zu Roggwil im Kanton Bern. („unser gozhus hat ouch die frygheit vnd recht: sami ze setzen ein amman vnd die vierer. — Item wenn wir die vierer setzen, so söllent si verheissen vnd geloben“)²³⁾. Eben so die Heimbürgen zu Netterath²⁴⁾ und zu Treis im Erzstifte Trier²⁵⁾ u. a. m.

Seit dem Verfall der Gemeindeverfassung, insgemein seit dem 16ten Jahrhundert, kam das Recht die Gemeindebeamte zu ernennen in den meisten Territorien in die Hände der Gerichtsherrn, entweder in die Hände der Grundherrn oder der Landesherren, z. B. zu Rodenhausen, Jmsweiler und Gunterweiler in der Pfalz u. a. m.²⁶⁾.

Ursprünglich konnten nur vollberechtigte Gemeindeglieder, also nur in Grund und Boden in der Gemeind angeessene Leute, zu Gemeindevorstehern gewählt oder ernannt werden. Dies ist offenbar der Grund, warum in dem Kirchspiele zu St. Alban in Köln kein Handwerker Gemeindevorsteher (officiatus) werden konnte. (quod nulli piscatores, pistorum, coloratores, calcifolii, carnifices, neque fabri erunt nec esse debent in officio predieto officii)^{26a)}. Und von den Schöffen im Riebrich zu Köln wird dieses ausdrücklich gesagt. (scabinus seu senator debet esse hereditatus infra parochiam de Niederig et residens in eadem)^{26b)}. Seitdem sich jedoch die Weisassen gehoben, Grundbesitz erworben

22) Weisthum bei Steiner, p. 386. Urk. von 1339 §. 4 bei Rindlinger, Hör. p. 423. Grimm, I, 504. „ein heymburger den man yme kuset in deme meyegebdinge“.

23) Grimm, I, 179. vgl. p. 176.

24) Weisthum bei Günther, IV, 598.

25) Dipl. von 1341 bei Gudon, II, 1083.

26) Anhang. Nr. 9, 10, 11. Preuss. Nr. II, tit. 7, §. 47. Struben, rechtl. Beh. V, Nr. 23.

26a) Urk. bei Ennen, Quellen, I, 272.

26b) Urk. bei Ennen, Quellen, I, 224.

und eine höhere Stellung errungen hatten, seitdem sollten auch sie in den Gemeindevorstand erwählt werden dürfen, hie und da sogar in einer bestimmten Anzahl erwählt werden müssen. So sollten z. B. im Stifte Fulda zu den Vierern zwei Bauern und zwei Hüttner gewählt werden²⁷⁾, in Baiern aber, z. B. zu Ebenhausen, zu den Vierern zwei Bauern und zwei Söldner²⁸⁾ und zu Greilsparg zu den Fürern ein Bauer und ein Söldner²⁹⁾. Und zu Opfikon in der Schweiz sollten zum Schirme von Holz und von Feld zwei Bauern und ein Tagelöhner (Tagnauer) gewählt werden³⁰⁾.

§. 165.

So lange die Gemeinden sich einer gewissen Selbständigkeit zu erfreuen gehabt haben, stand auch das Amt eines Gemeindevorstehers in Ansehen und wurde selbst von vornehmen Leuten gesucht. Mit der Selbständigkeit der Gemeinden sank jedoch auch das Ansehen ihrer Vorstände. Das Vorsteheramt, weit entfernt gesucht zu werden, ward vielmehr von nun an eine wahre Last, und zwar im eigentlichen Sinne des Wortes eine Gemeindeflast, welche der Reihe nach von jedem Grundbesitzer getragen werden mußte. So das Amt eines Honnen in manchen Gemeinden des Herzogthums Berg („Das Honnamt in jeder Hondschaft gehet „umb vom einem hove zu dem andern““³¹⁾). Eben so das Amt eines Zenners in Niederweis in der Abtei Prüm, wiewohl daselbst das Wahlrecht noch durchschimmert. („Item erkennen die schessen, „daß die zennerey vnder des junderen leud umb solt gehn und „die andern im dorf sollen den kiesen““³²⁾). Eben so bei dem Amte eines Bauerrichters zu Herdike in Westphalen. („alle jair „wirdt ein Buirrichter vonn der gemehne Baror erwelet, und dat „na gemehnem umbgange und Rige der jnwonner des Dorfes““³³⁾).

27) Thomas, I, 202.

28) Ehehaft von Ebenhausen bei Schmeller, I, 631.

29) Ehehaftrecht bei Eifried, I, 233.

30) Holzordn. von 1549 art. 1. bei Schauberg, I, 134.

31) Urk. von 1555 bei Lacomblet, Arch. I, 293.

32) Grimm, II, 569.

33) Bauersprache bei Sommer, I, 16.

Auch das Bauer- oder Bürgermeisterramt im Stifte Fulda wechselte alle zwei Jahre nach einer festgesetzten Reihe²⁴⁾, und das Bauerrichteramt in der Grafschaft Rietberg alle Jahre. („In jeder Baurtschaft 2 Baurrichter, welche alle jahr, da alle Unterthanen solches officium ohnentgeltlich zu übernehmen verbunden, nach der Reihe abgewechselt werden“) ²⁵⁾. Und noch bis auf unsere Tage wechselte in Ostfriesland das Bauerrichteramt nach einer gewissen Ordnung jährlich unter den Heerdbesitzern²⁶⁾.

Hie und da ließ man sich sogar, wie von anderen Lasten, so insbesondere auch von diesem Amte förmlich befreien. In Rainz z. B. ließen sich die Weber schon im Jahre 1099 zur Belohnung für die bei dem Bau der St. Stephanskirche geleisteten Dienste von dem lästigen Amte eines Heimbürgen befreien und sich die erlangte Freiheit auch später noch öfters bestätigen²⁷⁾. Und zu Angermund im Herzogthum Berg besoldete der Herzog einen für sein Schloß angestellten Werkmeister außer der Kost und Kleidung auch noch damit, daß er ihn von allen öffentlichen und Gemeindelasten, insbesondere auch von dem Schöffen- und Huntamte befreite. („Ind darzo en sal he, dwyle he leift, van dem hove geyn „huntsampt noch scheffensampt hoeden noch verwairen noch darzo „verbonden syn“) ²⁸⁾.

§. 166.

Als genossenschaftliche Beamte hatten die Gemeindevorsteher nur die Angelegenheiten der Gemeinde, nicht aber jene der Herrschaft zu besorgen. Daher findet man in den grundherrlichen und gemischten Gemeinden so häufig neben und über den genossenschaftlichen auch noch herrschaftliche Beamten in einer und derselben Gemeinde. (§. 163.) Indessen hatten doch diese Gemeindevorsteher nicht alle Gemeindeangelegenheiten, vielmehr nur die laufenden Geschäfte und die minder wichtigen Dorfangelegenheiten

34) Thomas, I, 201.

35) Protokollarischer Regierungsbericht aus dem 18ten Jahrhundert bei Wigand, Arch. V, 152. f.

36) Biarda, Billkuren der Brodmänner, p. 15.

37) Bodmann, II, 720.

38) Urk. von 1392 bei Sacomblet. Arch. I, 286. f.

zu besorgen. Dies gilt von den Dorfmeiern eben sowohl wie von den Heimbürgern, Bauer- und Burgermeistern, Honnen, Zentnern, Bierern, Zwölffern u. s. w.

Die zwei Dorfmeister zu Dietlikon im Kanton Zürich sollten daher verheissen vnd versprechen, „des dorffs nutz zefördern vnd synen schaden zuo wenden, noch irem besten vermögen, vnd „was für die kompt, des sy bedunckt, das sy nit gewalt noch „macht haben möchten, das sollen sy bringen an ein ganz gemeine“³⁹⁾. Die vier Dorfmeister zu Embrach hatten die Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten („Des dorffs vnd „ganzer gemeind sachen zü verwallten“) und die unter den Gemeindsleuten entstandenen Streitigkeiten gütlich zu vergleichen („vff stös die lüt gütlich ober rechtlich zu entscheiden“) ⁴⁰⁾. Sie hatten demnach die gesammte Verwaltung und von der Rechtspflege, wie heute noch in Baiern, die Vergleichsverhandlung. Die drei Dorfmeister zu Greifenberg hatten alle Gemeindeangelegenheiten zu besorgen („dess Dorffs Nutz vnd Ehr, sinen nutz zefürdern vnd „Schaden zewarnen vnd wenden“), insbesondere auch die Feldangelegenheiten. („Die dorff Meyer sollend zu gebietten haben, „Steg, Weg, vnd die Ehesaden zemachen. — Die Eesaden vnd „die zünen wol zemachen. — Die Ehesaden beschawen“) ⁴¹⁾. Die zwei Dorfmeister zu Hege sollten „der gemeind nutz fürdern vnd „schaden wennnen, alle ehasften sachen in holz vnd veld by des „bropsfts büssen gebietten vnd alle die so büßwirdig erfunden „werdent dem probst leiden“, d. h. anzeigen, zur Anzeige bringen. Sie hatten demnach in aller und jeder Beziehung für den Nutzen der Gemeinde zu sorgen, insbesondere auch die Forst- und Feldfrevel zur Anzeige zu bringen, und daher eine Aufsicht über die Wabungen zu führen, diese „in guttem schutz vnd schirm zu halten“ und den berechtigten Bauern das nöthige Bau- und Brennholz anzuweisen ⁴²⁾. Der Dorfmeister zu Nestenbach hatte die die Dorf- und Feldpolizei nebst der Gerichtsbarkeit in Wasser-, Weg- und Steg-, Zaun- und anderen Dorfmarkangelegen-

39) Offn. §. 10. bei Schauberg, I, 112.

40) Grimm, I, 114.

41) Hofrobel §. 7, 10 u. 21 bei Schauberg, I, 52.

42) Grimm, I, 123. Ueber das Wort leiden vgl. Stalder, II, 165.

heiten⁴³⁾. Auch die Dorfmeier zu Wäningen sollten die Dorf- und Feldpolizei besorgen, insbesondere also die Grenzen umgehen, die Zäune besichtigen, und die gefundenen Mängel und Frevel zur Anzeige und zur Strafe bringen. („Die Dorffmenger söllend „off dem Wehg abent die Schnöten umhgan vnd da die fridheg „schowenn by einer esalben. vund was esalben sy findent söllend „sy melden an dem Wehgen gericht by iren eyden“⁴⁴⁾). Eben so die Dorfmeier oder die Geschwornen zu Ober- und Nider-Steinmaur. Auch sollten sie die Strafsgelder einziehen und gemeinschaftlich mit der Gemeinde die Zeit der Frucht- und Heuerndte bestimmen. („Die geschwornenn Dorffmeyer söllent umb die einigen „vund Esaden gan vund die eigentlich beschouwenn, vund welliche „dann nit wärschafft vund gut gmacht wordenn ist, als dann die „so die Esaden besächen habent, sollent sy die vngehorsammen „an den Grichten leiden vund angebenn. — Also wann man „die Einigen beschouwet, vund wellicher dann vngehorsam erfundenn wirt, söllendt die Dorfmeyer von jedem die buß obstatth „inziehen, vnd wellicher sin buß nit geben ald bezalenn weltte, „sollent die geschwornen gwalt haben imme ein pfandt zu neimmen. — Item wann man schnydenn vund heüwen will, söllent die geschwornen die frucht beschouwenn, vund dann ein Gmeindt „habenn, wann vund zu wellicher zyt man schnyden ald heuwenn „sölle oder welle, vund was dann das mer ist oder wirt, „darby soll es blyhenn“⁴⁵⁾). In Altorf hatten die Dorfmeier insbesondere auch die Aufsicht über den Stier und über den Eber⁴⁶⁾. Die vier Dorfmeier oder Dorfvierer zu Löß hatten die Aufsicht über die Feld- und Waldmark, und den daselbst z. B. durch das Vieh verursachten Schaden zu schätzen („ist dann der schad so „groß, die Dorfmeyer den besächen vnd schetzen lassen“), sodann die erkannten Strafen beizutreiben, die Zeit des Holzhiebes festzusetzen und die Zeit der Erndte zu bestimmen. („Item der älteren „halb, so korn haber oder ander frucht tragent, sond die Dorfvierer

43) Grimm, I, 77 §. 24, 29, 30, 40 u. 44.

44) Offn. §. 6, vgl. noch §. 9 u. 12. bei Schauberg, I, 8.

45) Offn. §. 44, 45 u. 52 bei Schauberg, I, 94.

46) Grimm, I, 12. §. 13.

„zu der zit der ernn besichtigen, vnd wie die noturft vordert das „schneiden, bis vff komlichs zit, verbieten oder erloben“) ⁴⁷⁾.

Die Dorfmeier hatten nämlich, wie alle anderen Gemeindevorsteher, das Recht in Dorfmarkangelegenheiten zu gebieten, z. B. zu Nieder- und Wättmenhasle zu gebieten, daß die Wege und Stege gemacht, und die Bäche und der Wasserlauf in Ordnung gehalten werden. („Die Dorffmeyer hand auch recht zuge- „bieten steg vnd weg vnd wasserrinnsen zemachen“) ⁴⁸⁾. Und auf die Zuwiderhandlungen gegen ihre Gebote durften sie hie und da allein, anderwärts aber mit Zustimmung der Gemeinde, Selbstbußen, sogenannte Einungen setzen. („Item die dorffmeyer „hand gewalt die einung ze setzen vnd ze entsetzen“) ⁴⁹⁾. Eben so die Dorfmeier zu Neftenbach u. a. m. („Es sollent auch alle „esaden beslossen werden, wenn die dorffmeyer das gebietend- „Duch sollent alle hoffstetten vnd büntten der andern frid geben, „vnd das mögent sy auch gebieten, vnd wie sy es gebietend „da gehörrt die büß dem vogt“) ⁵⁰⁾.

Dieses Bannrecht der Dorfmeier war jedoch kein Königsbann. Denn die Dorfmeier waren keine belehnte Richter, d. h. keine öffentliche Richter, eben so wenig wie die Bauernmeister⁵¹⁾. Sie saßen daher auch in Strassachen nicht unter Königsbann zu Gericht⁵²⁾, vielmehr als genossenschaftliche Beamte im Namen und aus Auftrag der Gemeinde. (§. 159.) Ihr Bannrecht war demnach ein eigentlicher auf Dorfmark Angelegenheiten beschränkter Dorfbann, welcher sich hauptsächlich im Bannen der Waldungen, der Weiden, Wiesen und Felder zu äußern pflegte. (§. 92.)

Was von den Dorfmeiern bemerkt worden ist, gilt in derselben Weise auch von den Heimbürgern und Heimbergern. Sie hatten, wie die übrigen Gemeindevorsteher, für die Aufrechterhaltung des Dorffriedens zu sorgen und das dazu nothwendige Geleits- und Bannrecht, z. B. zu Glabbach bei Coblenz

47) Grimm, I, 130–131, 132 u. 134.

48) Offn. §. 25. vgl. noch §. 34 bei Schauberg, I, 3.

49) Offn. von Nieder- und Wättmenhasle, I. o. §. 24. vgl. noch §. 22.

50) Grimm, I, 77, §. 30 u. 31.

51) Glossen zum Schf. Landr. II, 13.

52) Schf. Landr. I, 2, §. 4, II, 13 §. 1–3, III, 64 §. 11.

(„Dieſſe zwen heimbürger haben zugleich oder ihrer einer hat „macht frey geleyde zu geben, auch alle gepott, groſſ vnd „klein, hohe vnd nieder, gegen menniglich“) ⁵³⁾. Auch zu Obermen-
 dig an der Mosel hatte der Heimbürger das Bannrecht und
 zwar, da es eine grundherrliche Gemeinde war, nicht bloß namens
 der Gemeinde, sondern auch noch namens der Grundherrschaft
 („Gebot vnd verbot ſollen geſchehen von wegen der heren
 „von S. Florin vnd der gemeyn den durch eynen heimbürger
 „von irentwegen, der ſolle thun alle gewonliche gebot vnd
 „verbot“) ⁵⁴⁾. Die beiden Heimberger zu Meddersheim in der
 Herrſchaft Kyrburg hatten namens der Gemeinde zu handeln und
 waren der Gemeinde rechnungspflichtig. („ob dieſelbige Heimbergen
 „jemandts fiengen von der gemeindt wegen — ſo ſol ein Schult-
 „heiß ghen zu dem Heimbürger des Dorffs und ſollen beſtellen,
 „daß —, darnach ſollen das die Heimbürger der Gemeine berechnen
 „und ſoll das die Gemeine bezahlen“) ⁵⁵⁾. Eben ſo der Heim-
 burger von Obermen- dig an der Mosel ⁵⁶⁾. So oft die Gemeinde
 als Geſamtheit auftrat und als ſolche zu handeln hatte, ſtanden
 die Heimbürger an ihrer Spitze („Wir heimberger und ganze ge-
 „mein des Dorffes zu N., wir thun ſämmtlichen kund und be-
 „kennen“ ⁵⁷⁾). Ein heimburge und die gemeine ſollend alle jar ein
 „hanwart welen“ ⁵⁸⁾. Wenn man daher etwas von der Gemeinde
 begehrte, mußte man ſich zu dem Ende an die Heimbürgen wen-
 den, z. B. zu Heimbach im Weſterwald. („alßdan mogen die
 „herren die heimbürgen anruffen vnd ſie vmb hülff pitten“ ⁵⁹⁾.
 Eben ſo zu Mörfcheid und Obermen- dig ⁶⁰⁾, zu Meddersheim u.
 a. m. ⁶¹⁾. Die Heimbürger hatten theils auf Verlangen des
 Grund- oder Vogteiherrn oder eines Andern, theils auch von

53) Grimm, I, 618.

54) Grimm, II, 497.

55) Weisth. bei Koenigsthal, I, 2, p. 63.

56) Grimm, III, 820 u. 821. Vgl. noch §. 159. oben.

57) Grimm, I, 594.

58) Grimm, I, 651. Vgl. noch III, 823 u. 824.

59) Grimm, I, 620.

60) Grimm, II, 139 u. 498.

61) Weisth. bei Koenigsthal, I, 2. p. 63.

Amtswegen die Gemeinde zu versammeln und die Gemeindeglocke leuten zu lassen⁶²). Bei stattgehabten Verbrechen hatten sie den ersten Angriff und die ganze Gemeinde mußte ihnen dabei helfen und den Verbrechern nachsehen, z. B. zu Obermendig an der Mosel („Wann das also geschehe vnd ein heimburger das gewahr wurd, „dann soll der am dritten tag die glock anziehen vnd seine gesellen „sollen auf die soir folgen vnd sollen denselbigen herin fordern, „daß der seinen frewel verthebige vnd soll ein jeder nachbar „folgen“)“⁶³). Ebenso in der Pellenz ober Pfalz an der Mosel⁶⁴). In grundherrlichen Gemeinden sollten die Heimburger bei allen Anordnungen über die Marknutzungen beigezogen werden und sodann gemeinschaftlich mit den herrschaftlichen Beamten die Angelegenheiten der Gemeinde besorgen. („wanne der hinderwalt edler „hat — vnd wan man den diemen am schneiten ist, so sollen die drei „schultheissen vnd ein heimborger bei einander sein vnd das thun „nach altem herkomen“)“⁶⁵). Die Heimburger hatten ferner die Gemeindegefälle, hie und da auch die öffentlichen Steuern einzunehmen⁶⁶), sodann die Gemeindegefälle zu verrechnen und zum Nutzen der Gemeinde zu verwenden, z. B. zu Schwanheim in der Wetterau („und was der gemeynde davon („von alman“) gesellen, das sal man in genwortikeit eyns apts vnd eyns sauts „ober irer amptluden mit den heymburgern berechnen, vnd in „gemeyn nuß der gemeynde Sweynheim wenden vnd keren“)“⁶⁷). Eben so zu Obermendig an der Mosel. („ein heimberger hebt die „huissen von wegen der gruntherrn vnd gemeynden“)“⁶⁸). Zu Großweilher am Oberrhein („Die Heimburger allwegen der Dörffer „gefell, einkommen und vßgaben verwalten und nach vßgang irs „jars dem Vogt erbare Rechnung beßhalbten zu thun schuldig und „verbunden“)“⁶⁹), woraus jedoch nicht mit Mone gefolgert wer-

62) Grimm, II, 139, 495, III, 821. Bair. Landr. von 1616 p. 690.

63) Grimm, III, 821.

64) Urk. von 1348 bei Günther, III, 518.

65) Grimm, II, 139.

66) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 392. ff

67) Grimm, I, 524.

68) Grimm, II, 498.

69) Dorfordnung von 1599 bei Mone, Ang. V, 307.

den darf, daß die Heimbürger bloße Rentmeister gewesen seien. Aus der von Mone selbst beigebrachten Dorfordnung geht ja hervor, daß die Heimbürger die ganze Feldpolizei nebst der Aufsicht über die Almenden und das Recht die Almenden Matten zu verleihen, sodann die Feuerpolizei und die gesammte Dorfpolizei mit dem Rechte die Gemeindefronen zu besorgen gehabt haben, daß dieselben also auch in diesem Dorfe die Gemeindevorsteher gewesen sind. Außer der Dorf- und Feuerpolizei hatten die Heimbürger auch noch die Baupolizei und die Forstpolizei, und daher die Besichtigung der Gebäude und die Anweisung des nöthigen Bauholzes, z. B. zu Obermendig und zu Krust an der Mosel⁷⁰⁾. In Dürkheim wurde der Heimberger, nach dem grünen Buch, regelmäßig beigezogen, so oft von der Dorf- oder Feldpolizei, und insbesondere auch von der Wühlenbesichtigung die Rede war. Auch hatten die Heimbürger die vorgefallenen Frevel zu rügen⁷¹⁾, und die benachbarten Dorfschaften von wichtigen Ereignissen in Kenntniß zu setzen, z. B. in Franken („ob ein dorff ichts anginge, „die sollen iren heymbergen senden zu dem nechsten dorff dabey, „und derselbe das aber in demselben dorff dem heymbergen sagen““)⁷²⁾. Endlich stand auch die Bürgerschaft, wenn sie als bewaffnete Mannschaft auszog, unter dem Oberbefehle der Heimbürger, z. B. in der Ortenau („Item wan man reysen zucht, oder ziehen wil, „so sol es ein heimburger gebieten. — Item wan man sturmet, „so sol ein jeglicher, der das hört, louffen gon Cappel zu der kirchen „mit sinem gewere und da einem heimburgen gehorsam sin““)⁷³⁾, im Westerwald u. a. m. („und sollen die nachbaren der gemeinde „off den glockenschall den heymburgen nachfolgen““)⁷⁴⁾.

Dieselbe Funktion wie die Heimbürger hatten auch die Hainberger z. B. im Obenwalde. Sie waren gleichfalls Vorsteher

70) Grimm, II, 498. III, 818 u. 823.

71) Weisthum von Retterath bei Günther, IV, 598. Haselauer Weisth. in Cranien, I, 30 u. 44.

72) Grimm, III, 554.

73) Grimm, I, 418.

74) Grimm, I, 620. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 469 ff. 475. ff.

der Dorfmarksgemeinde und hatten als solche auch die Verwaltung und Verwendung des Gemeindevermögens, über welche sie vor versammelter Gemeinde Rechnung ablegen mußten⁷⁵⁾. Eben so die Heimolmeister in Frankenhausen und Greußen⁷⁶⁾ und in den Niederlanden der Heimrath⁷⁷⁾.

Auch die Vierer hatten die Angelegenheiten der Gemeinde zu besorgen. Die Vierer zu Wynau z. B. hatten die Feuerchau, die Besichtigung der Bäche, sodann das Bannrecht und das Aufsichtsrecht in Vieh-, Weide-, Holz- und Zaun-Angelegenheiten. („Die vierer söllent das für beschöwen und verbieten, es sige die „stein oder die türli für den ofen ze tun. — Die vierer söllent „den bach besehen in dem Dorff vnd söllent den gebieten, das si „den (bach) rument —. die vier hant och by der buß ze bieten „denen die da nit wellent huetten des vichs —. die vier söllent „gebüten ze zunnen vnd darnach mit den nachpuren die zun besehen by der buß. — Es söllent auch die vier daruf achten, „das nieman in der zelg weyde weder roß noch rind, tue oder „ander vich gebunden oder lidig by der alten buß, ist X den. Es „söllent ouch die vier daruff achten, das nieman inschlahe vff „der brach denn als vil er seyen wil. Item es söllent ouch die „vier darauf achten das nieman nüt inschlahe in holz noch in „velb, denn das er mit dem pflug vnd mit der segesen nutzen „mag“) ⁷⁸⁾. Sie hatten demnach die gesammte Dorf-, Feld- und Waldpolizei. Die Führer des Dorfes Greilspurg sollten „mit dem geschwornen Amtmann vom Haus zu Haus gehen, die „Feuerstätte ob sie versorgt und verwart, auch sauber, vor Schaden zugewarten gehalten, besichtigen. — Auch sollen die Bäume, Gräben und Märk überall zu Dorf und Feld, so oft es vonnöten, „durch erwelte Führer und Amtmann besichtigt werden“) ⁷⁹⁾. Eben so hatten die Vierer zu Schwarzenbach im Kanton St. Gallen die Aufsicht über das Feuer, über die Wege, Stege, Wassergänge und Bäume, sodann über das Vieh und über den durch Menschen

75) Erbacher Landr. p. 122 u. 355.

76) Balch, I, 250 §. 81 u. VII, 96, §. 27.

77) Haltaus, p. 866.

78) Grimm, I, 179.

79) Ehehaftrecht §. 1 u. 2 bei Seisfried, I, 232.

oder Vieh verursachten Schaden. Sie sollten insbesondere dann einschreiten, wenn der Schaden durch Ueberzäunen, Uebermähen, Ueberschneiden, Ueberackern u. dergl. mehr entstanden war, und hatten überhaupt die Gemeinde in aller und jeder Beziehung zu vertreten und für sie zu sorgen. („Die Vierer sollend in ihrem „Dorff nuß und ehr betrachten, ihren schaden warnen und wenden, auch alles das so den Dörffern angelegen und vonnöthen, „es seye mit fridhagen, stäg vnd wegen, mit feür und wassergängen, mit unfribbar vech und rossen, darburch und dem Dorff, „ald innwohnern, auch biberben leuthen schaden beschäche und be- „gegenen möchte, sollend allwegens die vier erwellten personen zu „den sachen aigentlich vffsehen vnd nachfrag haben —. Item, „welcher einen fridhag unerlaupst der viereren uffbreche, darburch „dann schaden beschäche —. Item wie einer einen überschnydt, „überzündt, oder über offen marchen ehrte, ald übermeyer, und „den zmal dieselbigen, denen der schaden beschächen, sollend die „vier verordneten sy umb den schaden berichten —. Item wann „einer in wifen oder im veld mit seinen rossen ald vech schaden „thäte und zufügte, den ze mal sollend die vier verordneten den „schaden schäzen ⁸⁰⁾. Ähnliche Bestimmungen findet man hinsichtlich der Vierer zu Roggwil ⁸¹⁾, zu Rickenbach u. a. m. in der Schweiz ⁸²⁾, zu Moosinning, Peitingau u. a. m. in Baiern ⁸³⁾, im Stifte Fulda u. a. m. ⁸⁴⁾. Auch sollte in Baiern ohne ihr Wissen und Willen die Sturmglocke nicht angeschlagen werden ⁸⁵⁾. Zu Peitingau sollten die Vierer insbesondere auch den fälligen Zins und die Gemeindesteuern erheben und verrechnen, die Feuerstätten befehen und „den Rügen die Horn und den Gännsen die „Fletten“, d. h. die Flügel oder Schwungfedern abschneiden ⁸⁶⁾. Und dieselbe Funktion wie die Vierer oder Führer hatten auch

80) Grimm, I, 216—217.

81) Grimm, I, 177.

82) Grimm, I, 211 u. 213.

83) Grimm, III, 662. Lori, p. 328 u. 348. Krenner, XVI 245.

84) Thomas, I, 202—203.

85) Landpot von 1512, Bl. 5.

86) Lori, p. 348.

die Halgenpfleger zu Hausen in Baiern. („die Halgenpfleger „sollen sein wie Föhrer in ainem andern Dorff“) ⁸⁷⁾.

Daselbe was die Dorfmeier, Heimburger und Bierer gewesen sind, waren auch die vier Anwalten oder Ewalten zu Dübendorf in der Schweiz. Sie hatten die gesammte Dorf- und Feldpolizei und das Recht die hierauf bezüglichen Anordnungen zu machen oder das Bannrecht. („d3 jr anwalten gewalt „hand Bann ze machen by einer buos wie hoch vnd wie dick sy „wellent ⁸⁸⁾.

Auch die Bauermeister und Bürgermeister hatten die Gemeindeangelegenheiten zu besorgen und die Steuern zu erheben, z. B. in Welschbillig im Erzstifte Trier, sodann in den Gemeinden der Stifter Fulda und Würzburg, in der Pfalz, im Rheingau, in Hessen, Westphalen u. a. m. ⁸⁹⁾. Insbesondere hatten sie auch das Bannrecht z. B. die Bürgermeister zu Ober-eisensheim in Unterfranken ⁹⁰⁾, ferner die Aufsicht über Maß und Gewicht u. dgl. m. z. B. im Rheingau, „die Mangel oder „gebreden an Gewicht, Elen, Maß, Mißbad, Fleisch oder dergleichen vff zu heben vnnnd straffen“ ⁹¹⁾. In Oldenburg hatten die Bauermeister die Aufsicht auf Deiche, Dämme, Graben, Wege und Stege ⁹²⁾. Sie hatten überhaupt das Interesse der Gemeinde zu besorgen, z. B. in Weissenheim am Sand in der Pfalz. („Bier „Bürgermeister werden jhärlich vff Martini mit Pflichten angenommen der Gemein ihren nutzen zue furdern vnd darüber lechlich gebürliche Rechnung zu thun“) ⁹³⁾. Eben so die Dorfmeister und magistri villae, welche namens der Gemeinde

87) Urf. von 1564 bei Lort, p. 364.

88) Offn. §. 14, 21 u. 25 bei Schauberg, I, 100 ff., 108 u. 110.

89) Weisthum bei Lacomblet, Arch. I, 384. Grimm, I, 451. Thomas, I, 201. Kopp, I, 321—322. Bodmann, I, 263, 491 u. 492. Das Recht von Westhofen bei Steinen, I, 1575 ff. Samml. der Würzburg. Brd. I, 417, 663, II, 439.

90) Dorfordnung von 1553 §. 32 bei Wigand, Westl. Beitr. III, 193.

91) Dorfrecht von Niederheimbach und Drechtlinghausen bei Bodmann, II, 656.

92) Salem, II, 196.

93) Ungebr. Weisthum.

zu handeln und insbesondere auch die Gemeindeversammlungen zu berufen und sodann die Beratungen zu leiten hatten⁹⁴). Ferner die Dorfrichter⁹⁵), die Dorfgreven und Dorfgrafen⁹⁶) und die Honnen.

Honnen oder Hunnen hießen nämlich die Vorsteher der Honnschaften oder Hundschaften, wie man die Bauerschaften am Niederrhein u. a. m. zu nennen pflegte. Die Honnen hatten demnach, wie die Heimbürger, Bauer-, Dorf- und Bürgermeister, die Dorfmarkgemeinde zu vertreten und in ihrem Namen z. B. die Gefälle zu erheben und sonst noch für die Gemeinde zu handeln⁹⁷); bei Streitigkeiten über die Gemeindewaldungen, Viehtriften oder bei sonstigen Markangelegenheiten gemeinschaftlich mit den Kirchspielsleuten zu handeln⁹⁸); die Holz-, Grenz- und anderen Frevel zu rügen („Item dese selve twa hontschaffen ge-
„dent twee honnen — dye sullen wroegen soe wat wroechberich
„98“)“⁹⁹); ferner die Verbrecher an die öffentlichen Richter auszuliefern („denselbigen mißthetigen man sol man antworten gehn
„A. an des hunden gadern — vnd soll der hundte den ant-
„worten an die Buchenstaube“), bei peinlichen Hochgerichten namens der Gemeinde die Leittern für den Galgen zu besorgen („vnd soll der hundt die leitter besorgen“)“¹); kurz alles dasjenige zu besorgen, was zur Dorf- und Feld- oder Dorfmarkpolizei gehört hat²). Wie andere Gemeindevorsteher hatten auch die Hunnen die Steuern und anderen Gefälle, insbesondere auch die Weinbeden, wo diese hergebracht waren, zu erheben (§. 83.), weshalb man denn den Wein selbst einen Hunnenwein oder Hundsw Wein („Hunßwin“³), vinum hunicum)⁴) oder vinum

94) Juramentum von 1085 bei Pertz, IV, 59. Dipl. von 1483 u. 1486 bei Schöttgen, u. Kreysig, II, 653 u. 655.

95) Schwäb. Landr. W. c. 311. Ruprecht von Freising, I, 142.

96) Ropp, I, 321. Grimm, III, 450 u. 451.

97) Urk. von 1438 bei Guden, II, 1284.

98) Dipl. von 1311 bei Guden, II, 1004.

99) Urk. von 1369 §. 7 bei Lacomblet, Arch. I, 282.

1) Grimm, II, 30.

2) Lacomblet, Arch. I, 229—234.

3) Urk. von 1408 bei Günther, IV, 127.

4) Dipl. von 1271 bei Guden, IV, 914. Vgl. Lacomblet, I, 233—324.

hunicum consuale ⁵⁾ genannt haben soll. Andere leiten den Namen Hunnenwein von dem alten Hunnen Volke ab, indem dieses die ersten Weinpflanzungen am Rhein gemacht haben soll. Wieder andere halten den Hunnenwein im Gegensatz des weißen Frankenweins für einen rothen Wein u. dgl. m. ⁶⁾. Für verschieden halte ich jedoch nur so viel, daß der Weinbau schon seit dem dritten Jahrhundert in Gallien und am Rhein bekannt gewesen ⁷⁾, also nicht erst durch Karl den Großen dahin gebracht worden ist, und daß der Hunnenwein dem Franzwein (*vinum francicum* oder auch *vinum latinum* genannt) ⁸⁾ entgegen gesetzt und dieser fremde Wein als eine bessere Sorte betrachtet worden ist, z. B. in der Pfalz (*duas aras vini nobilis, d. h. vom besten Gewächse, — et III aras hunatici vini, d. h. von einer gemeineren Sorte*) ⁹⁾, zu Weinsheim bei Kreuznach (*unam karratam vini Frankonici vel due karrate hunici*) ¹⁰⁾, in der Wetterau („zweierlei win, hunisch und frenfisch, deme burggreven frenfischen win und sinen knechten hunischen“) ¹¹⁾. *de carrata vini frankonici quatuor col, de carrata vero vini hunici duo tantum*) ¹²⁾; im Rheingau u. a. m. (*unam carratam vini hunnici, cum dimidia vini francilis melioris crementi*) ¹³⁾. *Carrata vini hunici pro una marca denarior. colon. Item carrata vini franci*

5) Dipl. von 1310 bei Gudenz, III, 59.

6) Vgl. Bodmann, I, 204—205. und Bär, Beiträge zur Mainzer Geschichte, II, 86—99.

7) Aurelius Victor, de Caesaribus, c. 37. Eutropius, breviar. c. 11.

8) In Landshut wird der Frankenwein als die schlechtere Sorte von dem *vinum latinum*, dort wohl italienischem Wein unterschieden. Stadtrecht von Landshut von 1279 §. 21 bei Gaupp, deutsche Stadtrechte, p. 155. — *vinum franconicum leviori foro urnam ad decem vendet denarios, et urnam latini ad viginti*. Auch im Rechnungsbuch des Klosters Albersbach ad an. 1296 in Quellen zur Bair. Gesch. I, 446. wird das *vinum latinum* gebacht.

9) Dipl. von 1295 bei Würdtwein, nov. subs. XII, 265.

10) Güterverzeichnis aus 13tem sec. bei Krenner, orig. Nassa. II, 224.

11) Grimm, III, 487.

12) Urf. von 1265 bei Boehmer, Frankf. Urkb. I, 136.

13) Dipl. von 1204 bei Bodmann, I, 204.

et boni pro duabus marcis Colon. ¹⁴). Carratam vini nobilis u. s. w. ¹⁵). Der Hunnenwein ist demnach, wie es mir scheint, aus einer älteren in dem rauheren Deutschen Klima ausgearteten Traubenart bereitet und als die gemeinere und geringere und daher wohlfeilere Weinsorte Hunnenwein oder, von der Hunn- oder Bauerschaft, Bauernwein genannt worden, während der sogenannte Frankenwein aus einer besseren, erst seit Karl dem Großen oder noch später aus Frankreich eingeführten Traubenart bereitet zu werden pflegte. Für diese Erklärung des Hunnenweins spricht auch eine altdeutsche Glosse, welche vulgari, d. h. gemein, durch huni übersetzt ¹⁶).

Dasselbe was von den Honnen gilt auch von den Zentnern oder Zentnern. Als Gemeindevorsteher hatten auch sie die Angelegenheiten der Gemeinde zu besorgen, z. B. die Markfrevel zu rügen und die ausgepflügten Marksteine wieder zu setzen ¹⁷); gemeinschaftlich mit der Gemeinde die Grenzberichtigungen vorzunehmen ¹⁸) und über die Gemeindewaldungen und Weiden zu verfügen ¹⁹); ferner die Bau- und Forstpolizei ²⁰) und die Angelegenheiten der Hirten und Schäfer zu besorgen ²¹), die öffentlichen Gefälle zu erheben ²²) u. s. w. Insbesondere hatten sie auch die Verbrecher zu verhaften, zu bewahren und sodann an das Hochgericht abzuliefern. („ob eyn undebich mensche in eyne der dorfere „gefangen wurde, von dem man richten sulbe, in welchem dorfe „daz geschee, daz soll der Zentener bez dorfes in die erste „nacht halben, und bez anderen dages antworten eyne Zentener bez anderen dorfes nehest da hy gelegen —. Und als der funffte

14) Dipl. von 1323 bei Bodmann, I, 204.

15) Dipl. von 1291 bei Bodmann, I, 205.

16) Suhm, symb. p. 376.

17) Grimm, II, 28, 31, 332 u. 382.

18) Dipl. von 1274 bei Guden, II, 958. ff. dipl. von 1275 bei Günther, II, 402. ff.

19) Dipl. von 1259 u. 1297 bei Günther, II, 294 u. 515.

20) Grimm, III, 823.

21) Grimm, II, 569.

22) Urk. von 1339 bei Günther, III, 407. Grimm, II, 84.

„Zentener yn die funffte nacht gehalten halt, so sol er und „die gemeinde yn an daz hogerichte antworten“²³⁾.

Auch die Dorf Centgrafen, Centgräfen, Centgreven und Einggrefen waren Gemeindevorsteher und hatten daher mit den übrigen Gemeindeangelegenheiten insbesondere auch die Weideangelegenheiten und die Dorfgerichtsbarkeit zu besorgen²⁴⁾. Eben so die Sechser, welche z. B. in Riber- und Mättmenhaffe die Marksteine setzen, die Wege und Stege besichtigen und mit dem Intervogte die entstandenen Streitigkeiten entscheiden sollten²⁵⁾. Die Ächter in Dürthheim hatten die vollständige Feld- und Waldmarktpolizei, sodann die Ortspolizei und insbesondere auch noch die Marktpolizei²⁶⁾. Die Zwölfer im Stifte Fulda hatten ebenfalls die Angelegenheiten der Gemeinde zu besorgen²⁷⁾. Und auch die Zehener standen an der Spitze der Gemeinde und mußten daher für die Gemeinde und gemeinschaftlich mit derselben handeln, so oft dieses das Gemeinde Interesse erheischte, z. B. wenn dem Landesherrn der Hulbigungseid zu leisten war²⁸⁾.

Auch die Gerichtsammanne, Hauptleute, Obleute und anderen Gemeindevorsteher hatten die Angelegenheiten der Gemeinde zu besorgen und die Gemeinde, wo es nothwendig war, zu vertreten²⁹⁾. In den Dörfern in der Oberpfalz hatten die Hauptleut und Vierer insbesondere auch „alle viertl jahr „in den heusern feurschauz zu halten“³⁰⁾. Eben so die Schließer im Dithmarschen³¹⁾.

Sämmtliche Gemeindevorsteher hatten demnach die Angelegenheiten der Gemeinde, wenigstens die minder wichtigen und die laufenden Geschäfte zu besorgen und zwar nicht allein in den

23) Weisthum von Kirchberg bei Lacomblet, Arch. I, 255. Vgl. noch Grimm, II, 266, 325. f. u. 331.

24) Grimm, III, 450. Rot., 473, 476 u. 484 §. 5, 7 u. 12.

25) Offn. §. 21 bei Schauberg, I, 2.

26) Meine Gesch. der Markenverf. p. 298—301.

27) Thomas, I, 201, 202 u. 203.

28) Weisthum von Dreyß bei Ludoltz, III, 264.

29) Kettenberg. Landesordn. p. 7 u. 29. Bair. Landr. von 1616, p. 690.

30) Ehegatr. von Hahnbach art. 16 bei Fink, I, 4, p. 368.

31) Neocorus, II, 542. Vgl. §. 147.

freien Gemeinden und in den gemischten, sondern meistentheils auch in den grundherrlichen Dorfschaften. (§. 163.). Da jedoch nicht jede grundherrliche Ortschaft eine Dorfmarkgemeinde gebildet und auch nicht jede grundherrliche Gemeinde einen eigenen genossenschaftlichen Gemeindevorsteher gehabt hat, so findet man, zumal in späteren Zeiten, viele Dörfer und sogar Dorfgemeinden, welche unmittelbar unter dem grundherrlichen Beamten gestanden haben. In solchen grundherrlichen Gemeinden stand nun der herrschaftliche Beamte an der Spitze der Gemeinde. Er hatte außer den grundherrlichen Angelegenheiten auch noch das Dorfregiment zu besorgen. Er war daher, z. B. zu Langenerringen in Schwaben, nicht bloß Richter in herrschaftlichen Angelegenheiten, sondern zu gleicher Zeit auch noch Vorstand der Dorfgemeinde, (der „Gepurschafft“ oder „Gemainde“) und hatte als solcher die Aufsicht über die Wirths, Bäcker, Schuster, Schmiede und über die anderen Handwerker, so wie über die Flurschützen und Hirten („esshayen vnd hirtten“), und das Recht die Nachthüter zu ernennen. („Wenn ouch die gepurschafft bedarf ains nachthüters, so sol in der Richter ainen setzen, der ainen maiden „hat“). Indessen bildete doch die Dorfgemeinde auch in diesem Falle eine wahre ziemlich unabhängige Genossenschaft, welche z. B. ihre Dorfschützen und Flurschützen selbst zu ernennen hatte und sogar Verordnungen machen durfte, an welche auch der Herrschaftsrichter gebunden war. („Waz ouch die gepurschafft alle ir „der merer tail ainnung setzend, wer dieselben gesagte überuert, „dießelben puz mag der richter wol nemen“). Der Herrschaftsrichter durfte sogar ohne Zuziehung der Bauerschaft gar nichts verfügen. („Es sol auch der richter nihtes setzen noch erlaben. „an der gepurschafft willen oder ir bez merern tails“)³²⁾. In solchen grundherrlichen Gemeinden war demnach die Hofgenossenschaft nicht von der Dorfmarkgenossenschaft getrennt, die Eine vielmehr mit der Anderen gänzlich verschmolzen. (§. 8.) Der Fronhofbeamte war zu gleicher Zeit Dorfmarkbeamter und hatte daher dieselbe Kompetenz, welche in anderen Gemeinden der Gemeindevorsteher gehabt hat, nämlich, wie wir gesehen haben, die

32) Grimm, III, 643—646. Vgl. oben §. 163.

gesammte Orts-, Markt-, und Feldpolizei³³⁾, insbesondere auch das Kommando der Bürgerschaft, wenn diese als bewaffnete Macht auftrat, z. B. der herrschaftliche Schultheiß zu Kommersheim, Prüm, Salzschlirf u. a. m.³⁴⁾.

§. 167.

Die Gemeindevorsteher standen, wie wir später noch weiter sehen werden, unter den herrschaftlichen Beamten, nämlich in sämtlichen Gemeinden, auch in den freien und gemischten, unter den öffentlichen oder landesherrlichen Beamten, und in grundherrlichen und gemischten Gemeinden außerdem auch noch unter den grundherrlichen Beamten. So standen z. B. die Zender an der Mosel unter dem herrschaftlichen Amtmann³⁵⁾, die Bauer- und Bürgermeister im Hochstifte Würzburg unter dem herrschaftlichen Schultheiß³⁶⁾, die Heimbürger am Oberrhein unter dem herrschaftlichen Schultheiß³⁷⁾, die Bauer- und Bürgermeister im Stifte Fulda unter dem herrschaftlichen Schultheiß³⁸⁾, die Vierer und Obleute in Baiern unter den Landgerichten und in den Hofmarken außerdem auch noch unter den Hofmarkrichtern³⁹⁾.

Mit der Grund- und Landesherrschaft selbst stieg auch die Gewalt ihrer Beamten. Und je weiter auf der einen Seite die Kompetenz dieser grund- und landesherrlichen Beamten ausgedehnt ward, desto mehr ist auf der anderen Seite der Wirkungskreis der Gemeindevorsteher beschränkt oder auch gänzlich verdrängt worden. So wie nämlich die alten Gemeindebeamten in England, die Constabler, nachdem ihnen ihre Kompetenz mehr und mehr entzogen und an andere Behörden übertragen worden war, zu bloßen Fronboten im alten Sinne des Wortes herabgesunken

33) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 469. ff., III, 64. ff.

34) Grimm, II, 519, III, 375, 830 u. 832.

35) Grimm, II, 325.

36) Samml. der Wirzb. BrD. II, 439.

37) Großweihertor Dorfordnung bei Rone. Anz. V, 306.

38) Thomas, I, 200 u. 201.

39) Patr. Landr. von 1616, p. 690.

sind ⁴⁰⁾, so auch in vielen Gemeinden Deutschlands die Heimbürger, Bauernrichter, Honnen und anderen Gemeindevorsteher. Nachdem die Dorfmarkgerichtsbarkeit, wie es öfters geschah, mit der grundherrlichen oder auch mit der landesherrlichen Gerichtsbarkeit, z. B. im Stifte Münster mit den landesherrlichen Gogerichten vereinigt worden ⁴¹⁾, und auch die Besorgung der Gemeindegangelegenheiten mehr und mehr an die grundherrlichen oder landesherrlichen Beamten übergegangen war, so wurden die genossenschaftlichen Gemeindevorsteher entweder gänzlich verdrängt und durch grund- oder landesherrliche Ortsvorsteher ersetzt, oder beide Stellen mit einander vereinigt, oder es sanken die Gemeindevorsteher zu ganz unbedeutenden Beamten, meistens zu bloßen Fronboten und Feldschützen herab. Von dem ersten Falle ist bereits schon die Rede gewesen. (§. 163 u. 166.) Das Letztere war aber unter Anderen hinsichtlich der Honnen am Niederrhein der Fall, wo den Honnen außer dem Botendienste nur noch die lästige Pflicht, die herrschaftlichen Gefälle beizutreiben und zu Herrendiensten aufzubieten, und zwar bis zur Französischen Besiznahme des Landes geblieben ist. Im Amte Hückerwagen im Herzogthum Berg z. B. „hat jede Hondschaft in statt des „hotten einen Honnen“, und im Amte Bornfeld „ist ein gemeiner „Beisen-Bot, darzu hat ouch jede Hondschaft seinen eigenen Honnen, der das gelt hebet und gebott thuet“ ⁴²⁾. Auch nach der Donner Schützenordnung von 1772 waren die Honnen oder Hunnen bloße Feldschützen und Boten, welche die Rühren und Geldbußen, zumal jene wegen Feldfrevel auf dem Lande einzunehmen hatten, wie die Kürmeister und Rentmeister in der Stadt ⁴³⁾. Eben so wurden sie in der Jülich und Bergischen Polizeiordnung von 1563 p. 65. unter den Boten und Gerichtsdienern genannt. („unsere Ambtleut, Böggt, Schultheissen, Richter „Scheyffen, Boden, Fronen, Honnen vnd andere unsere Beuelch-

40) Meine Freipflege, p. 20—22.

41) Gerichtsschein von 1488 bei Kindlinger, M. B. II, 347.

42) Urf. von 1555 bei Lacomblet, Arch. I, 292 u. 293. Vgl. noch p. 212, 221, 241. f., 278 f. u. 289 a. G.

43) Schützenordn. §. 12, 16 u. 17 in Sammlung Chur. Göltn. BrOrdn. II, 392, 393, 397 u. 399.

„haber“). Auch der Hun, welcher bei dem Hungerichte im Bliesscaßter Amt wie ein Hund bellend mußte, war schon ein bloßer Bote, welcher daher auch die Schöffen vorzuladen hatte („solcher hun gebeut den 21 schöffen, wenn man einen hinrichten will, zuesam.“) ⁴⁴⁾

Wie die Honnen so sind in manchen Gemeinden auch die Centener zu Boten herabgesunken, z. B. die drei Centener zu Zell, Merle und Punderich im Hamme an der Saar. Daher wurden sie in späteren Urkunden selbst Gerichtsboten genannt: („dye dri centener von Puenderig, von Celle vnd von „Merle“ in einer Urkunde von 1339 ⁴⁵⁾ verglichen mit einer anderen Urkunde von 1472 ⁴⁶⁾), wo dieselbe Stelle heißt: „die dry Gerichtsboden zu Zelle, zu Merle vnd zu Punderich“). Auch die Bauermeister sind in manchen Gemeinden zu bloßen Boten herabgesunken, z. B. in Halle. (dictus schultetus iudicio presidebit, cui assidebit nuncius ipsius ecclesie qui Burmeister vulgariter nuncupatur) ⁴⁷⁾. Eben so die Bauerrichter, welche z. B. im Stifte Münster bei den landesherrlichen Gogerichten das Amt eines Fronboten zu verrichten hatten („want des Buerrichters offft Bronen Getuch, vor „twe Manne staen sall“) ⁴⁸⁾. Auch bei den Märkergerichten in Westphalen hatten die Buerrichter aus den zu der Mark gehörigen Bauerschaften die Forstfrevel zu constatiren, im Namen des Holzrichters die Vorladungen zu machen und sodann für den Vollzug des gesprochenen Urtheiles Sorge zu tragen ⁴⁹⁾. Eben so sind auch die Heimburger nach und nach verdrängt und ihr Amt z. B. zu Seligenstadt an die Rentmeister übertragen

44) Grimm, I, 796. Vgl. noch oben §. 160. und Halkaus, p. 956. und Grimm, R. A. p. 756 u. 766.

45) Günther, III, 407.

46) Günther, IV, 617.

47) Dipl. von 1212 bei Ludewig, rel. Mpt. V, 26. Vgl. Halkaus p. 109.

48) Gerichtsschein von 1488 bei Rindlinger, R. B. II, 350 vgl. noch p. 347 u. 348.

49) Protokoll der Alberger Mark von 1554 bei Rindlinger, R. B. II. 381, 383 u. 386.

worden („und was durch heimburger bisher ausgerichtet ist, das soll hinfürther durch Baw und Rentmeister versehen und ausgerichtet werden“) ⁵⁰⁾. Oder sie sind z. B. zu Straßburg, Speier, Worms, Mainz u. a. m. zu bloßen Fronboten herabgesunken ⁵¹⁾. Desgleichen die Heimoldsmeister zu Frankenhäusen und Greußen ⁵²⁾, wie ich dieses jedoch hier nicht weiter verfolgen kann, indem es mit der Entstehung und Ausbildung der städtischen Verfassung zusammenhängt.

In sehr vielen Gemeinden haben sich indessen die alten gewissenschaftlichen Gemeindevorsteher bis ins 18. Jahrhundert, hier und da sogar bis auf unsere Tage als wirkliche Vorsteher der Gemeinden erhalten, z. B. die Heimberger im Nassauischen ⁵³⁾, die Voigte und Oberheimbürgen in den Erfurter Ortschaften ⁵⁴⁾, die Bauermeister und Bürgermeister im Hochstifte Würzburg ⁵⁵⁾, die Bauermeister, Bürgermeister, Vierer und Zwölfer im Stifte Fulda ⁵⁶⁾, die Bürgermeister im Hochstifte Speier ⁵⁷⁾, die Bürgermeister und Dorfmeister in der Pfalz, die Vierer in Hohenjollern Hechingen ⁵⁸⁾, in Baiern u. s. w. In Baiern suchte man in den Jahren 1783 und 1784 die Dorfsführer, Ob- oder Hauptleute wieder neuerdings zu heben. Man nahm ihnen die lästigen Gerichtsbieners Verrichtungen wieder ab und versah sie mit einer neuen Instruction, in welcher man ihnen die Beforgung der Gemeindeangelegenheiten neuerdings einschärfte, insbesondere die Beforgung der Einnahmen und Ausgaben gegen jährliche Rechnungsablage, und die Verwaltung der Orts- und Feldpolizei, nämlich die Sorge für die Gemeinbehölzer, für die

50) Neue Ordnung von Seligenstadt von 1527 bei Steiner, Seligst. p. 371.

51) Grandidier, II, 46. Schiller zu Königshoven, p. 701 u. 1156. und index. Würdtwein, dioeces. Mog. I, 22 u. 29.

52) Balch, I, 250 art. 81 u. VII, 96 art. 27.

53) Veröfentlichung der Gesetze u. s. w. im Nassauischen, II, 156—158.

54) Instruction vom 26. Mai 1730. Sachsse, Sächs. Pr. R. §. 621.

55) Samml. der Würzb. BrD. I, 663, II, 672.

56) Thomas, I, 201—203.

57) Samml. der Speirer Gef. IV, 54.

58) Gemeindeordnung von 1833 §. 44.

Gemeinswege und Stege, die Feuerschau, die Zaun- und Mühlenbesichtigung, die Aufsicht auf die Ringlung der Schweine, Beschlagung der Weidenschaften und Haltung des Geilviehes, die Aufsicht auf das Betragen der Ehehaftschmiede, Müller, Bader und anderen Handwerksleute, und auf das lieberliche Gefindel, die Sorge für Nachtwachen und für den Unterhalt armer Personen ⁵⁹⁾. Und im Jahre 1802 wurde bei Gelegenheit der Organisation der Landgerichte jene Instruktion von 1784 neuerdings bestätigt ⁶⁰⁾.

Alein mit dem genossenschaftlichen Elemente ist auch die Wirksamkeit dieser Gemeindevorsteher mehr und mehr geschwunden. Je mehr nämlich die grund- und landesherrlichen Beamten ihre Amtsgewalt ausgedehnt und die Genossenschaften selbst möglichst untergraben haben, desto mehr mußte auch das Ansehen der Gemeindevorsteher und ihre Amtsgewalt dahin schwinden. Und zuletzt durften sie nicht einmal mehr ihre Gemeinden versammeln, um sich mit ihnen über ihre eigenen Angelegenheiten zu berathen. Das Recht eine Gemeindeversammlung zu berufen hatten vielmehr nur noch die herrschaftlichen Beamten z. B. im Stifte Fulda die herrschaftlichen Schultheißer ⁶¹⁾. Und in Baiern bedurfte zu dem Ende die Gemeinde sogar dann einer obrigkeitlichen Erlaubniß, wenn sie gegen den ihr vorgesetzten herrschaftlichen Beamten eine Beschwerde vorzubringen hatte. („ordnen vnd wollen wir, wo „fürterhin in einem Dorff die Underthanen ein gemeine Beschwerde haben wider ihr Obrigkeit oder Grundherrschaften, daß „die Vierer oder Obleut jedes orts zu der Obrigkeit sollen gehn, „vnd derselben die Beschwerden, welche die Gemein klagen thue, „mit kürz entdecken, vmb abstellung derselben, oder da die Obrigkeit dessen, was sie gehandelt oder fürgenommen, berechtigt zu „sein vermainte, vmb erlaubnuß einer Zusammenkunfft,

59) Instruktion vom 19. Mai 1784 in Meyr, GrL. S. II, 1474—1480. Vgl. noch Mandate von 1780 u. 1783 in Mayr, I, 389—391 u. 447—450.

60) Verordnung, die Einrichtung der Landgerichte betr. vom 24. März 1802, §. 14—16, p. 260.

61) Thomas, I, 200 ff. u. 246.

„daß sich die Vierer mit einer Gemein vnderreden
 „mögen, gütlich bitten. Und so das beschicht, sol die Obrig-
 „keit den Vierern vergunnen ein Zusammenkunfft, doch in
 „beysein einer von der Obrigkeit hierzu erküßten vn-
 „parteyischen Person“) ⁶²⁾. Auch die rentmeisterische In-
 struction von 1669 verordnet noch: „Dorfsgemeinde soll ohne Bey-
 „sehn der Amtleuten nicht gehalten werden“ ⁶³⁾.

3. Gemeinderath.

§. 168.

In wichtigeren Gemeindeangelegenheiten durften die Gemeinde-
 vorsteher nicht allein handeln. Sie mußten vielmehr die Gemeinde
 selbst oder einen zu dem Ende gebildeten Gemeinderath beiziehen.
 Der Gemeinderath ist daher für die Dorfsgemeinden und für ihre
 beschränkteren Verhältnisse dasselbe gewesen, was für die Städte
 der Stadtrath. Man nannte ihn, wie wir sogleich sehen werden,
 einen Rath oder consilium, oder auch einen Ausschuß.
 Und die Gemeinderäthe nannte man consiliarii ⁶⁴⁾, in den Ge-
 meinden des Kantons Glarus abwechselnd Rathsherrn, Tag-
 wensräthe und Rathsglieder ⁶⁵⁾, Rathsvorsteher zu
 Weindhr bei Ehrenbreitstein ⁶⁶⁾, zuweilen auch consules ⁶⁷⁾,
 oder auch, wie wir sogleich sehen werden, Gemeindebevoll-
 mächtigte, am häufigsten aber Geschworne oder jurati.

Einen solchen Gemeinderath findet man in Erbach, Lorch,
 Weisenheim, Hattenheim, Rauenthal, Winkel und in anderen

62) Bair. Landr. von 1616 p. 690.

63) Generalien Samml. von 1771, p. 557. Nr. 115. Vgl. noch Mandat
 vom 19. Mai 1784 §. 3 und von 1795 in Meyr, Erl. S. II, 1475,
 u. V, 34 f.

64) Dipl. von 1453 bei Bodmann, I, 475.

65) Landb. von Glarus, I, §. 4, 73, 183, 269 u. 270.

66) Grimm, I, 604.

67) Dipl. von 1453 bei Bodmann, I, 475. Erbach in stuba domus
 consulum. Dipl. von 1323 bei Michelsen, Dithmarsch. Urth. p. 24.
 consules et universitas parrochie.

größeren Dörfern des Rheingaus. Der Gemeinderath stand selbst an der Seite des genossenschaftlichen Gemeindevorstehers, des Bürgermeisters, nicht an der Seite des herrschaftlichen Schultheiß. („Bürgermeister vnd Rath zu Estuil vnd Burgermeister Rath „vnd Gemein zu Rauenthal“⁶⁸). Wir Schultheisse, Burgermeister, die Geschworne vnd die ganze Gemein zu Ruwen- „dorff“⁶⁹). Schultheissen, Burgermeistern vnd Rathe zu Rü- „deßheim“⁷⁰). Neben dem Schultheiß stehen vielmehr die Schöffen. („Scholtes, Scheffen, Burgermeister vnd ganze „gemeynde von Hattenheim“⁷¹). Daher war Schultheiß und Gericht, oder scultetus et scabinus verschieden von dem Rath (consilium) und von den Rathsheuten, welche consiliarii oder de consilio genannt worden sind. Und beide standen neben einander in einer und derselben Gemeinde⁷²). Eben so stand zu Krust in der Abtei Lach am Niederrhein ein Rath (die Geschwornen) an der Seite des Heimbutgen und neben ihnen der Schultheiß mit seinen Schöffen. („Schultheiß, 14 Scheffen, Heimburge vnd „Geschworen sampt der ganzen Gemeinden“⁷³). Zu Cappel in der Ortenau hatte der Heimberg zwölf Richter oder die Zwölf an der Seite und neben ihnen stand noch Schultheiß und Gericht⁷⁴). Eben so standen in Dürkheim die Aelter neben dem Schultheiß und den Schöffen⁷⁵). In Obereisensheim im Rheingau standen an der Seite des herrschaftlichen Schultheiß, welcher die Gerichtsbarkeit zu besorgen hatte, ein Bürgermeister und die Vierundzwanzig⁷⁶). Auch die Honnen am Niederrhein hatten einen Rath (Geschworne) zur Seite und neben ihnen stand noch Schultheiß und Gericht. („unsen Schultissen, Honnen, Ge-

68) Urk. von 1518 bei Bodmann, I, 491. Vgl. noch p. 493

69) Urk. bei Bodmann, I, 263.

70) Urk. von 1515 bei Bodmann, I, 491.

71) Urk. von 1415 bei Bodmann, I, 475.

72) Dipl. von 1453 bei Bodmann, I, 475.

73) Grimm, III, 816 vgl. noch p. 818.

74) Grimm, I, 416, 417, 418 u. 420.

75) Meine Gesch. der Markenvrf. p. 297—301.

76) Dorfordnung von 1553, §. 8, 13, 45, 56, 57, 59, 63 u. 64 bei Wigand. Weßlar. Beitr. III, 189 ff.

„schworen ind Gemeinden der vor schr. Kirspele“) 77). Eben so hatten im Dithmarschen die Schläter in kleineren Gemeinden z. B. zu Båsen 10 Geschworne und in den großen Kirchspielen 20 Geschworne zur Seite 78). Und diese Kirchspielsgeschwornen nannte man auch die Bauerschaftsbevollmächtigten 79). In den Bauerschaften in Oldenburg standen an der Seite des Bauernmeisters zwei Bauerngeschworne 80). Zu Peitingau in Baiern hatten die Vierer einen Rath zur Seite, bestehend ursprünglich aus, 4, 6 oder 8 erbaren, verständigen und weisen Männern, späterhin aber aus zwölf. („Es sollen auch Rat haben, und darein erwelen und setzen von den weisesten und erbergesten, vier, sechs oder acht Man“ 81). Und nach der Urkunde von 1553: „erslich ordnen wir, daß jerlichen aus der Gemein und Nachperschaft zu Peittingau Zwölff erber, taugennlich und verstenndige Menner zuesamdt vier Vierern erwöllet“) 82). In den freien Gemeinden Negeri, Baar und Nenzingen im Kanton Zug stand an der Seite des Gemeindepräsidenten ein Gemeinderath, welcher z. B. in Baar aus 12 Mitgliedern bestand 83). Eben so hatte zu Pfronten der Hauptmann einen Rath von Zwölfen oder die Zwölfer zur Seite 84). Im Hochstifte Speier sollte in jeder Dorfgemeinde an der Seite des Bürgermeisters ein „gemeiner Ausschuß“ stehen, in welchen „alljährlich drei taugliche Männer von und aus der Gemeinde“ gewählt werden sollten 85). Ein Bürgermeister und Rath kommt auch vor zu Herbststein in Hessen 86), ein Borgemeister und Rath zu Westhoven in Westphalen 87). In anderen Gemeinden stand

77) Urf. von 1438 bei Guden, II, 1284.

78) Neocorus, II, 540.

79) Verordn. von 1701 im Corpus Constit. Holsat. II, 886.

80) Halem, II, 196.

81) Urf. von 1438 bei Lori, p. 147.

82) Lori p. 328. Fast dieselben Worte in Urf. von 1557 eod. p. 347.

83) Renaud, Rechtsg. von Zug, p. 12 u. 29. Blumer, I, 377.

84) Meine Gesch. der Markenvrf. p. 37 u. 282.

85) Samml. der Speir. Gesch. IV, 54.

86) Grimm, III, 374.

87) Recht von Westhoven §. 5 bei Steinen, I, 1576.

ein Gemeinderath an der Seite des herrschaftlichen Beamten, z. B. zu Sasbach in der Ortenau die Zwölf („die Zwölff“ oder die „Zwölffer“) an der Seite des herrschaftlichen Amtsmanns ⁸⁸⁾.

In den meisten Dorfgemeinden hat sich jedoch kein eigener Gemeinderath gebildet. Die Gemeindevorsteher besorgten vielmehr die minder wichtigen Gemeindeangelegenheiten allein und in den wichtigeren Angelegenheiten mußte die ganze Gemeinde beigezogen werden. Auch ist es eine eigenthümliche Erscheinung, daß gerade in den freiesten Dorfgemeinden, z. B. im Kanton Zug, die Gemeinderäthe zu keinem großen Ansehen gelangt sind, indem dieses dem demokratischen Geiste der Gemeinden widersprach, welche vielmehr das Heft selbst in der Hand behalten wollten ⁸⁹⁾. Nur in sehr wenigen Dorfgemeinden hat sich neben dem Gemeinderath, welchen man sodann den Kleinen Rath zu nennen pflegte, noch ein zweiter, der sogenannte große Rath gebildet, z. B. in dem Dorfe Dürtheim noch ein Rath der Vier und Zwanziger neben dem Rath der Acht ⁹⁰⁾, zu Elgg noch ein Rath der Einlif oder Elf neben dem aus drei Räthen bestehenden Kleinen Rath ⁹¹⁾.

Uebrigens waren doch auch jene Gemeinden, welche keinen Gemeinderath und keinen selbständigen Ausschuß hatten, berechtigt für bestimmte Zwecke eigene Ausschüsse zu bilden, z. B. in Baiern ⁹²⁾.

§. 169.

Dieser Gemeinderath mußte nun in allen wichtigeren Angelegenheiten von den Gemeindevorstehern beigezogen werden oder er hatte auch hie und da selbständig gewisse Angelegenheiten zu besorgen.

Das Erste war der Fall zu Cappel in der Ortenau. („Ein heimburger sol ouch nüt thun oder lassen one der zwölffer

88) Grimm, I, 413.

89) Renaud, Rechtsg. von Zug, p. 29.

90) Meine Gesch. der Markenvf. p. 294, 297—305.

91) Elgger Herrschaftsrecht, art. 2, 6 u. 7 §. 6 bei Pfälz, I, 260.

92) Bair. Landr. von 1616, p. 690.

„wissen und willen“) ⁹³⁾. Eben so zu Behrungen in Franken („den freyhotten hat ein beamer und schultheissen anzunehmen „und zu sehen mit wissen der zwölffer“) ⁹⁴⁾. Zu Partschins in Tirol durfte der Dorfmeister in wichtigeren Angelegenheiten nicht ohne der Besten Rath und Willen handeln ⁹⁵⁾. Im Dithmarschen sollten die Kirchspielsgeschwornen oder Bauerschaftsbevollmächtigten bei Rechnungsablagen, Collecten und Einquartirungen beigezogen werden ⁹⁶⁾. Zu Sasbach in der Ortenau sollte der herrschaftliche Amtmann bei der Aufnahme neuer Gemeindeglieder die Zwölf beiziehen ⁹⁷⁾. Zu Peitingau in Baiern sollten die Vierer mit den Zwölfen „gemeiner Dorffschafft das „Bößt und Ruzlichest so uil müglich handeln, auch Schaden „wenden und verhietten“ ⁹⁸⁾. Im Hochstifte Speier sollten in jeder Dorfgemeinde von den drei Bevollmächtigten „alle und „jede das gemeine Haushaltungswesen betreffende Angelegenheiten „mit eingesehen, allen Holz- und Gras-Versteigerungen oder sonstigen Gaben-Austheilungen und Accords-Verabredungen beige- „wohnet und die besfallige Protokollen oder Registern mit „unterschrieben“ werden ⁹⁹⁾. Kurz der Gemeinderath mußte in allen wichtigeren Angelegenheiten beigezogen werden und hatte sodann gemeinschaftlich mit den Gemeindevorstehern zu handeln.

In anderen Gemeinden dagegen sollte zwar der Gemeinderath in wichtigeren Gemeindeangelegenheiten ebenfalls beigezogen werden. Er hatte aber außerdem auch noch manche Angelegenheiten selbständig zu besorgen. Dies war z. B. in Dürkheim der Fall. Denn daselbst waren offenbar die Aelter die alten Gemeindevorsteher. Sie hatten daher dieselbe selbständige Kompetenz wie anderwärts die Vierer, Bauer- und Bürgermeister u. a. m. Allein zur Berathung durften sie sich nicht allein, vielmehr nur unter dem Vorstehe des herrschaftlichen Schultheiß versammeln ¹⁾.

93) Grimm, I, 418.

94) Grimm, III, 895.

95) Grimm, III, 738 §. 2 u. 5.

96) BrD. von 1701 im Corpus Constit. Holsat. II, 886.

97) Grimm, I, 413.

98) Urf. von 1553 u. 1557 bei Lori, p. 328 u. 347.

99) Samml. Speier. Ges. IV, 54.

Sie wurden daher nach und nach zu einem bloßen Gemeinderath. Eine ähnliche selbständige Kompetenz hatten die Fünfer zu Trochtelfingen, die Vierer zu Windsfeld und Dittenheim und die Sechzehner zu Obermögersheim in Schwaben, denn auch sie waren die alten Gemeindevorsteher. Allein die Leitung ihrer Versammlungen hatten ebenfalls wieder besondere herrschaftliche Vorsteher, in Trochtelfingen die zwei Sechser, in Windsfeld und Dittenheim der Maier und in Obermögersheim die zwei Mäler²⁾. Diese Vierer, Fünfer und Sechzehner bildeten demnach zu gleicher Zeit auch den Gemeinderath. Eben so hatte zu Elgg im Kanton Zürich der kleine Rath zwar die Gemeindeangelegenheiten zu besorgen. Allein Rathssitzungen durften nur mit Erlaubniß des herrschaftlichen Vogtes und unter dessen Vorsitz gehalten werden³⁾. Dasselbe war in einigen Ortschaften im Hochstifte Fulda hinsichtlich der Vierer und Zwölfer der Fall, indem dieselben gemeinschaftlich mit dem herrschaftlichen Schultheiß die Gemeindeangelegenheiten besorgen sollten⁴⁾. Auch in den Kirchspielen in und um Röhren hatten die Burmeister oder Gemeindevorsteher (*magistri vicinorum*, *officiales* und *officiati* in *parochiis* oder Amtmänner) gewisse Angelegenheiten der Gemeinde selbständig zu besorgen. Sie bildeten aber zu gleicher Zeit auch den Gemeinderath. (*qui plebejum* (*plebeum*) in *parochiis consilium et regimen hactenus obtinebant*)⁵⁾. Eben so die Vierundzwanziger in Willingen⁶⁾.

§. 170.

Der Gemeinderath war eine genossenschaftliche Behörde, welche aus Auftrag und im Namen der Gemeinde zu handeln, dieselbe zu berathen und in gewisser Beziehung auch zu

1) Meine Gesch. der Marktenbrf. p. 294, 297—305.

2) Siebenkees, Beitr. III, 128—129. Lang, Memoiren, I, 30 u. 31.

3) Elgger Herrschaftsrecht, art. 7 §. 1, 2 u. 4.

4) Thomas, I, 202—203 vgl. mit p. 200 u. 201.

5) Dipl. von 1259 in *Securis* p. 25 u. 83. Ennen, Quellen zur Gesch. von Röhren, II, 410 und Lacomblet, II, 258.

6) Urf. von 1225 bei Mone, I, 408. *Decretum est de communi consensu partium et auctoritate illorum XXIV, per quos civitas regebatur.* —

vertreten hatte. Daher nannte man die Mitglieder des Gemeinderaths bald Rätthe, Gemeinderätthe, consiliarii oder consules, bald aber auch Bevollmächtigte oder Bauerschaftsbevollmächtigte. Sie wurden, wie die übrigen genossenschaftlichen Behörden, von der Gemeinde insgemein auf ein Jahr gewählt, z. B. in Peitingau in Baiern ⁷⁾, zu Elgg in der Schweiz ⁸⁾, in den Gemeinden des Kantons Glarus ⁹⁾, im Hochstifte Speier ¹⁰⁾, in Dürkheim u. a. m. ¹¹⁾. In gemischten Gemeinden war die Wahl in so fern beschränkt, als aus jeder der verschiedenen in der Dorfmark begüterten Grundherrschaften eine gewisse Anzahl gewählt werden mußte. Zu Cappel in der Ortenau z. B. sollten immer acht Hintersassen der „Herren von „Straßburg und des pfalzgrafen“ sodann zwei Hintersassen des Junkers von Bach und zwei andere des Junkers Heinrich Rödber in den Rath der Zwölfer gewählt werden, beim Abgange eines Mitgliedes aber die Zwölfer sich selbst, jedoch nach demselben Maßstabe ergänzen. („vnd wan ir einer abgat so sollent die „zwölffer einen andern ziehen an des abgangenen zwölffers stat „vnder dem herren, da der vnder gehört hatt, der da abgangen „ist“) ¹²⁾. Zu Westhoven in Westphalen mußte der Rath theils aus der erbgeessenen Bürgerschaft theils aus der Gemeinde gewählt werden („oec hebben de borger eene vrhe koor — eenen Raecht unt den Erven und dero Gemeinte“) ¹³⁾. Am Eigenthümlichsten hat sich jedoch im Laufe der Zeit die Verfassung der Freidorfer in Schwaben gestaltet. Es wurden nämlich auch zu Trochtelfingen die Fünfer, zu Obermögersheim die Sechzehner und zu Bindersfeld und Dittenheim die Vierer von der Gemeinde gewählt. Die herrschaftlichen Vorsteher aber blieben es beständig. Denn ihre amtlichen Gerechtsame ruhten erblich auf ihrem Hause oder auf ihrer Familie. So war z. B. in Trochtelfingen der eine

7) Lör p. 147, 328 u. 347.

8) Elgger Herrschaftsrecht, art. 2 §. 2 u. 3. art. 4 §. 11 und art. 6.

9) Landb. I, §. 4 u. 73.

10) Samml. der Speir. Ges. IV, 54.

11) Meine Gesch. der Markendrf. p. 300.

12) Grimm, I, 418.

13) Recht von Westf. §. 5 bei Steinen, I, 1575.

Sechser immer der Fürstlich Wallersteinsche Forstmeister daselbst und der andere Sechser der dortige Bader Storch¹⁴⁾).

§. 171.

Die Zeit wann die Gemeinderäthe entstanden liegt völlig im Dunkeln. Sie treten meistens erst im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts hervor. Man könnte daher leicht auf den Gedanken gerathen, sie für bloße Nachbildungen der Stadträthe zu halten. Dem ist jedoch nicht so. Dasselbe Bedürfnis, welches in den Städten zur Bildung eines Stadtrathes an der Seite des Gemeindevorstehers geführt hat, dasselbe Bedürfnis hat offenbar auch in den Dorfgemeinden, je nach dem Bedürfnisse des Ortes in früheren oder späteren Zeiten zu demselben Ziele geführt. Daher ist der Gemeinderath so häufig gleichzeitig mit dem Rechte einen Jahrmarkt zu haben entstanden. Das Dorf Peitingau z. B., welches ursprünglich keinen Gemeinderath gehabt, hat diesen im Jahre 1438, und zwar gleichzeitig mit der Marktgerechtigkeit erhalten. („und sol nu fürbas Peitengaw ain Markt heißen „und sein, und einen freyen jarmarkt haben. — Sy sollen auch „Rat haben, und darein erwelen und setzen u. s. w.“)¹⁵⁾. Mit der Marktgerechtigkeit ist nämlich der Verkehr, mit diesem aber auch die Kompetenz des Gemeindevorstandes erweitert worden. Mit dem vermehrten Geschäftsbrange ist daher eine neue Behörde zur Berathung und Unterstützung der alten nothwendig geworden. Aus dem Umstande, daß die Gemeinderäthe später als die Stadträthe hervorgetreten sind, kann aber ihre spätere Entstehung eben so wenig gefolgert werden, als aus der späteren Erwähnung der Dorfgemeinden auf ihre spätere Entstehung geschlossen werden kann. Die meisten alten Dörfer sind nämlich, da sie auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß gehabt haben, ganz unbemerkt im Laufe der Zeit entstanden und sehr viele Dörfer eben so unbemerkt auch wieder verschwunden, so daß dieselben nur noch in den Namen der Dorffluren und Feldgewannen heute noch

14) Siebenkees, III, 129. Lang, Mem. I, 30.

15) Lori, p. 147.

fortleben ¹⁶⁾. Eben so unbemerkt wie die Dorfgemeinden selbst haben sich nun aber auch die Gemeinderäthe, je nach dem Bedürfnisse einer Gemeinde in früheren oder späteren Zeiten selbständig gebildet. Die Zeit ihrer Entstehung kann zwar nicht nachgewiesen werden. Daß sie aber wenigstens in vielen Gemeinden, in sehr frühe Zeiten hinaufreichen, geht schon aus dem Umstande hervor, daß ihrer bereits in den Weisthümern Erwähnung gethan wird, deren Inhalt bekanntlich in sehr frühe Zeiten hinaufreicht.

Ihre selbständige Entstehung ist, wie ich glaube, doppelter Art. Die ältesten Gemeinderäthe haben sich entweder an der Seite der genossenschaftlichen Gemeindevorsteher oder an der Seite eines grundherrlichen oder öffentlichen Beamten gebildet. Erst in späteren Zeiten kam hiezu auch noch die landesherrliche Verleihung. An der Seite des genossenschaftlichen Gemeindevorstehers hat sich der Gemeinderath offenbar in den alten freien und gemischten Gemeinden, hie und da wohl auch in den grundherrlichen gebildet. Der Gemeinderath war sodann eine Art von Repräsentation der Gemeinde oder ein Gemeindeauschuß, welcher in gewissen Fällen statt der Gesamtgemeinde beigezogen werden mußte und sodann die Gemeinde selbst zu vertreten hatte. Dahin rechne ich alle die vorhin erwähnten Räthe, Geschwornen und Gemeindebevollmächtigten, welche an der Seite eines genossenschaftlichen Gemeindebeamten gestanden haben, gleichviel ob diese den Titel Bürgermeister, Heimbürger, Honne, Hauptmann oder Schlüter, oder wie z. B. in Peitlingau Bierer und im Kanton Zug Gemeindepräsident geführt haben.

An der Seite des herrschaftlichen Beamten hat sich ein Gemeinderath zuweilen in jenen grundherrlichen und vogteilichen Gemeinden gebildet, welche gar keinen eigenen Gemeindevorstand gehabt haben, in welchen vielmehr der herrschaftliche Beamte selbst der Gemeindevorsteher war. Dies war z. B. zu Aspizheim bei Alzei in der ehemaligen Pfalz der Fall. Dasselbst bestand neben dem Schultheiß und Gericht noch ein Rath und die

16) Meine Einleitung, p. 173 u. 174.

Gemein. Die gerichtlichen Angelegenheiten besorgte Schultheiß und Gericht, die wichtigeren Gemeindeangelegenheiten aber der Rath und die Gemein. Einen eigenen genossenschaftlichen Gemeindevorsteher hatte die Ortschaft jedoch nicht. Der herrschaftliche Schultheiß war vielmehr zu gleicher Zeit auch Gemeindevorsteher und besorgte in dieser Eigenschaft die minder wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde und den Vollzug der von dem Rath und der Gemein gefaßten Beschlüsse¹⁷⁾. Auch zu Elgg im Kanton Zürich stand der herrschaftliche Vogt an der Spitze der Gemeinde. Die Gemeindeangelegenheiten wurden jedoch von dem kleinen Rath besorgt und dieser in wichtigeren Angelegenheiten noch von dem großen Rath berathen und unterstützt¹⁸⁾. Allein auch in jenen grundherrlichen oder auch gemischten und freien Gemeinden, welche eigene genossenschaftliche Vorsteher gehabt haben, hat nicht selten der herrschaftliche oder öffentliche Beamte den Vorsitz bei den Versammlungen der Gemeindevorsteher entweder gleich ursprünglich gehabt oder im Laufe der Zeit erst erhalten. In diesem Falle kam der herrschaftliche oder öffentliche Beamte ebenfalls entweder gleich ursprünglich oder erst im Laufe der Zeit an die Spitze des Vorregiments und die genossenschaftlichen Gemeindevorsteher wurden seine bloßen Rathgeber, welche wohl unter der Aufsicht des herrschaftlichen oder öffentlichen Beamten, welcher in diesem Falle der eigentliche Gemeindevorsteher war, gewisse Geschäftszweige selbständig besorgen, im Uebrigen aber als Gemeinderath den herrschaftlichen oder öffentlichen Beamten in seiner Eigenschaft als Gemeindevorstand berathen sollten. Dieses war namentlich in Dürkheim hinsichtlich der Achter der Fall. Die Achter waren selbst ursprünglich genossenschaftliche Gemeindevorsteher. Sie haben sich aber unter dem Voritze des herrschaftlichen Schultheiß zu einem wahren Gemeinderath umgestaltet. Eben dahin rechne ich auch die Fünfer zu Trochtelfingen, die Vierer zu Windsfeld und Dittenheim und die Sechzehner zu Obermögersheim. Denn auch sie waren, wie wir gesehen haben, die alten Gemeindevorsteher mit einer selbständigen Kompetenz. Sie haben sich aber ebenfalls

17) Grimm, I, 801 u. 802.

18) Elgger Herrschaftsrecht, art. 1 §. 4, art. 2, 6 u. 7.

unter dem Vorſitze der herrſchaftlichen Beamten, der beiden Sechser zu Trochtersingen und der Meier in den übrigen Freidörfern zu einem Rathe der Fünfer, Vierer und Sechzehner, oder zu einem ſogenannten Fünfergericht, Vierergericht und Sechzehnergericht umgebildet¹⁹⁾. Auch in jenen Gemeinden im Hochſtifte Fulda, in welchen die Vierer und Zwölfer neben einem herrſchaftlichen Schultheiß ſtanden und gemeinſchaftlich mit ihm die Gemeindeangelegenheiten beſorgten, haben die Vierer und Zwölfer unter dem Vorſitze des Schultheiß einen wahren Gemeinderath gebildet. Und daſſelbe ſcheint auch hiñſichtlich der Zwölfer in Behrungen der Fall geweſen zu ſein, indem dieſelben in gewiſſen Fällen von dem herrſchaftlichen Schultheiß beigezogen werden mußten und ſodann ebenfalls eine Art von Gemeinderath gebildet haben²⁰⁾.

Dieſes iſt der Urfprung der alten Gemeinderäthe, wie dieſe ſich ſelbſtändig je nach dem Bedürfniſſe einer jeden einzelnen Dorſchaft in früheren oder ſpäteren Zeiten gebildet haben. Von dieſen alten Gemeinderäthen verſchieden waren nun diejenigen Räthe, welche einer landesherrlichen Verleihung ihren Urfprung verdanken. Sie ſind natürlich erſt in ſpäteren Zeiten entſtanden, als ſchon ſelbſtändig gebildete Gemeinderäthe vorhanden waren. Denn ſie ſind begreiflicher Weiſe nach irgend einem bereits beſtehenden Vorbilde mit einem Male gebildet und durch eine landesherrliche Verleihung ins Leben gerufen worden. Dieſes war z. B. bei Peitingau in Baiern der Fall. Als dieſes im Jahre 1438 zu einem Markt erhoben ward, erhielt es auch alle Rechte der Oberbairiſchen Städte und Märkte („ſo geben wir den Inwohnern daß Pehtengaw alle die Recht, die unſer „Etet und Markt in obern Baiern haben“)²¹⁾. Zu dieſen Rechten gehörte aber auch, wie wir geſehen haben, ein eigener Gemeinderath, woraus zu gleicher Zeit folgt, daß damals auch die übrigen Städte und Märkte in Oberbairern ſchon einen Gemeinderath gehabt haben müſſen.

19) Siebenkees, III, 128—129.

20) Grimm, III, 895.

21) Lvi, p. 147.

4. Dorfgemeinde.

§. 172.

Die eigentliche Machtvollkommenheit in Dorfmarkangelegenheiten ruhte, wie wir gesehen haben, in der Gemeinde selbst (§. 158 u. 159.) Die Gemeindevorsteher und selbst die Gemeinderäthe waren nur die Bevollmächtigten der Gemeinde zur Besorgung der minder wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde. Für wichtigere Angelegenheiten hatten sie kein Mandat. Daher mußten die wichtigeren Angelegenheiten an die Gemeinde gebracht werden. So war es zu Embrach in der Schweiz („Item der „sachenn, deren sy — die Dorffmeyer — nit gewallt für sich selbst „habent, söllent sy lassen an ein gemeind langen“) ²²⁾. Eben so zu Dietlikon und Rieden („vund was für die — die zwen Dorff „Meyer — kompt, des sy bedunctj, das sy nit gewalt noch macht „haben möchten, das söllen sy bringen, an ein ganz gemeine“) ²³⁾. Ferner zu Obereisensheim („den vierundzwanzigen und ganzer „gemein“) ^{23 a)}. Auch in Dürkheim wurde zur Erledigung der wichtigeren Angelegenheiten die ganze Gemeinde berufen, eine Zeit lang sogar dann noch, als schon der Rath der Vier und Zwanziger entstanden war. Späterhin seit dem 16ten Jahrhundert wurde jedoch die Gemeinde selbst nicht mehr berufen. Die wichtigsten Angelegenheiten wurden seit jener Zeit im großen Rathe, im Rathe der Vier und Zwanziger, berathen und entschieden, und dabei außer den Aetern der Zutritt nur noch den Grundherren, d. h. den in der Mark ansässigen Adelligen und Priestern gestattet ²⁴⁾. Und auch zu Elgg in der Schweiz pflegte in schwierigen Fällen außer dem großen und kleinen Rathe noch die gesammte Gemeinde berufen zu werden und sie mußte sodann auf dem Rathhause erscheinen. („söllend die Rät vund die

22) Grimm, I, 114—115.

23) Offn. §. 10 bei Schauberg, I, 112.

23 a) Dorfordnung von 1553, §. 59 u. 64 bei Wigand, III, 198 u. 200.

24) Meine Gesch. der Markenverf. p. 298, 300, 303 u. 304. und oben §. 53.

„Einliß, vund die ganz gemeind vß ietlichem huß der hußvater vff dem Rathuß erschinen“) ²⁵⁾.

Die Gemeindeversammlungen wurden öfters zu gleicher Zeit mit den Dorfmarktgerichten gehalten und führten daher auch den Namen Baur- oder Burgerichte, Heingerichte u. s. w. Insgemein nannte man sie jedoch Bauertage z. B. in dem Wendthagenschen Bauerrechte ²⁶⁾. Tagwenversammlungen im Kanton Glarus ²⁷⁾, Baursprache oder Buirsprache, Buirsprake u. s. w. z. B. in der Grafschaft Rügen ²⁸⁾, Hagensprache z. B. in der Grafschaft Ravensberg (§. 46.), Kirchensprache z. B. in Arnheim ²⁹⁾, das Kirchspielrecht im Lande Hadeln ³⁰⁾, Bauernköhre z. B. in Braunschweig Wolfenbüttel ³¹⁾, die Gemeind z. B. in der Schweiz, in Schwaben u. a. m. ³²⁾, die Gemeinschaft u. s. w. (§. 81.).

§. 173.

Zutritt zu den Gemeindeversammlungen hatten nur die vollberechtigten Genossen, also die Gemeindeglieder, Nachbarn, Bauern, Großgütler u. s. w., nicht aber die Häusler, Köter, Selbner und die übrigen bloßen Weisassen (§. 81.). Auch waren die Frauen, Kinder und die Dienstboten von der Versammlung ausgeschlossen ³³⁾. Denn nur die selbständigen Haus- und Hofbesitzer, oder die selbständigen Hausväter („vß ietlichem huß der hußvater oder meister“) ³⁴⁾ durften den Gemeindeversamm-

25) Elgger Herrschaftsrecht, art. 7. §. 6 bei Pestaluz, I, 267. f.

26) Spangenberg, p. 199.

27) Landb. I, §. 243.

28) Urk. von 1586 bei Piper, p. 200 u. 201.

29) Hallmann, Städtewesen, III, 608.

30) Hadelser Landrecht, I, tit. 1. „wann Kirchspiel-Recht gehalten, — und „für Kirchspiel-Recht gesucht.“

31) Stiffer, p. 478 u. 479.

32) Elgger Herrschaftsrecht, art. 3 u. 7. §. 1. Dorfrechte von Albelmannsfelden und Weisingen bei Wader, IX, 365 f. u. X, 552.

33) Grimm, II, 155. Thomas, I, 246. Vgl. noch oben §. 58.

34) Elgger Herrschaftsrecht, art. 1. §. 3, art. 2 §. 2, art. 7 §. 6 a. G. bei Pestaluz, I, 260. Deffn. von Ermatingen bei Grimm, I, 244. „wan man an ain gemaind lüth, so sol vß ieglichen hauß, darinn ain

lungen bewohnen und in manchen Gemeinden, wenn mehrere Haushaltungen in einem Hause beisammen wohnten, sogar nur die ältesten Hausväter oder die am meisten Berechtigten³⁵⁾, anderwärts nur die Altsassen z. B. zu Rotenscherbach in Sachsen die Altsessenn³⁶⁾ und zu Kirchborch in Westphalen die Deltsetten, welche auch die oeldesten Bur und die oldesten Gebür genannt worden sind³⁷⁾. Daher mußten sich z. B. zu Elgg bei den jährlichen Eidesleistungen zwar alle Einwohner in der Kirche versammeln, nach geleistetem Eide aber die Hausleute, Knechte und Söhne sich wieder entfernen („so gat der her sampt allenn hußlütenn Dienstknechten, „sünen vß der kilchen“). Bloß die Hausväter sollten zurückbleiben zur Beforgung der Angelegenheiten der Gemeinde. Und bei Gemeindewahlen hatten auch diese nicht gleiches Stimmrecht. Es sollten vielmehr die ältesten Hausväter, während die übrigen in der Kirche warteten („die wyl die hußvätter jan „der kilchen wartend“), mit dem herrschaftlichen Vögte und mit den Räten bei Seite treten und mit diesen die Gemeindebeamten wählen³⁸⁾.

Auch in jenen Gemeinden, in welchen sich zwei Gemeinden, eine engere und eine weitere Gemeinde, neben einander gebildet, hat ursprünglich dasselbe gegolten. Denn ursprünglich hatte die weitere, aus Beisassen und anderen nicht vollberechtigten Dorfhintersassen bestehende Gemeinde keinen Antheil am Dorffregimente. Dieses blieb vielmehr nach wie vor in den Händen der Inhaber der berechtigten Grundstücke oder anderwärts in den Händen der Besitzer von Gemeinderechtigkeiten, also in den Händen der eigentlichen Bauern, Gemeindsleute, Großgütler u. s. w., oder der Rechtamebesitzer, Meenthaber u. s. w. Darum nannte man die engere Gemeinde zuweilen auch die herrschende, die weitere aber

„mansnam ist, unverziehen an ain brugl kommen vnd lösen was der „mere sey“ —.

35) Ordnung von Regensberg von 1681 bei Bluntschli, II, 66. Vgl. oben §. 25.

36) Urk. von 1490 bei Mencken, I, 790.

37) Weisthum bei Wigand, Paderb. III, 5, 6 u. 7.

38) Elgger Herrschaftsrecht, art. 4. §. 11 bei Pestaluz, I, 263.

die beherrschte Gemeinde. Und in vielen Gemeinden ist es so bis auf unsere Tage geblieben, z. B. in Oberhessen und Baiern, wo nur allein die Gemeindegente, Bauern und Großgütler zu den Gemeindeversammlungen Zutritt gehabt haben. Eben so im Dithmarschen und in der Schweiz, wo nur die Meenthaber und Rechtjambesitzer bei den Gemeindeversammlungen erscheinen durften³⁹). In anderen Gemeinden, in welchen die weitere Gemeinde manche aber nicht alle Rechte erworben hatte, wie z. B. in Westhofen, wo aus der erbgeessenen Bürgerchaft der Bürgermeister, aus der Gesamtgemeinde aber der Gemeinderath erwählt werden sollte, — auch in solchen Gemeinden haben sich zweierlei Gemeindeversammlungen gebildet, von denen die Einen von der Gesamtbürgerchaft, die Anderen aber nur von der erbgeessenen Bürgerchaft besucht werden durften. Wieder in anderen Gemeinden ist das Dorfregiment nach und nach an die weitere Gemeinde übergegangen und der alten Dorfmarkgenossenschaft nur noch das Eigenthum an der gemeinen Mark und die Verwaltung darüber ganz oder theilweise geblieben. Und auch in diesem Falle haben sich zweierlei Gemeindeversammlungen gebildet, von denen aber nur die Versammlungen der Gesamtgemeinde noch einen öffentlichen Charakter gehabt haben, die Versammlungen der alten nun zu einer bloßen Privatgemeinde herabgesunkenen Vollbürgerchaft aber bloße Privatversammlungen gewesen sind. (§. 66—72.)

Zu allen Gemeindeversammlungen hatten die Gemeindevorsteher Zutritt und in jenen Gemeinden, welche einen Gemeinderath hatten, auch dieser. Daher handelten die Gemeindevorsteher in allen wichtigen Angelegenheiten gemeinschaftlich mit der Gemeinde und in jenen Gemeinden, welche einen Gemeinderath hatten, die Gemeindevorsteher mit dem Rath oder den Geschworenen und mit der Gemeinde. („Burgermeister und ganze gemeynde von Hattenheim⁴⁰). Nos consules et universitas parrochie⁴¹). „Wy Slutere unde Menheide der Kerpspele⁴²). Slutere, Houet-

39) Vgl. z. B. das Aufbuch der Dorfgemeinde Schnottwyl von 1805 und Renaud in Zeitschr. IX, 64.

40) Bodmann, I, 475.

41) Dipl. von 1323 bei Michelsen, Dithmarsch. Urkb. p. 24.

42) Urk. von 1434 bei Neocorus, II, 535. f.

„lube vnde gemene kerspellelube“⁴³). Ein heimburge und die ge-
 „meine“⁴⁴). Nos centurio et universitas⁴⁵). „Burgermeister,
 „Rath vnd Gemein zu Rauenthal“⁴⁶). Heimburge vnd geschwo-
 „ren sampt der ganzen gemeinden“⁴⁷). Honnen, Geschworen ind
 „Gemeinten der vorsch. Kirspele“⁴⁸). Der burgemeister und rath
 „zu Herbstein und ganz gemein daselbst“⁴⁹). Nos clauigeri jurati
 et tota communitas parrochiarum⁵⁰). „Durch den rath vund
 „gemein überkommen ist“⁵¹). Nos jurati et universitas parochie⁵²).
 „Burmeister, Schosßherrn, Alttseffenn dorneft by gancze gemeine
 „des Dorffs“⁵³).

Zuweilen wurde auch noch das Gericht oder die Schöffen zur
 Verhandlung beigezogen, z. B. in Dürkheim⁵⁴). Daher treten
 Schultheiß und Gericht so oft gemeinschaftlich mit den Gemeinde-
 vorstehern, Gemeinderäthen und Gemeinden auf, um gemeinschaft-
 lich mit einander zu berathen und zu handeln. („Schultheiß, vier-
 „zehn scheffen, heimburge vnd geschworen sampt der ganzen ge-
 „meinden“⁵⁵). Scholtes, Scheffen, Burgermeister vnd ganze ge-
 „meinde“⁵⁶). Seind mit dem gericht vnd rath gesteinett wordenn⁵⁷).
 „Scultotus. centurio. scabini et universitas ipsius ville“⁵⁸), wo
 der centurio neben dem scultotus steht, wie anderwärts der Bur-
 germeister neben dem Schultheiß). Späterhin, seitdem dieses im
 großen Rathe regelmäßig geschah, hat sich neben der Rathsbank
 auch noch eine Schöffenbank gebildet.

43) Urk. von 1527 bei Michelsen, p. 104.

44) Grimm, I, 651.

45) Dipl. von 1259 bei Günther, II, 294.

46) Bodmann, I, 491. vgl. 493.

47) Grimm, III, 816. f.

48) Guden, II, 1284.

49) Grimm, III, 374.

50) Dipl. von 1341 bei Michelsen p. 25.

51) Grimm, I, 801. vgl. 802.

52) Dipl. von 1323 bei Michelsen p. 23.

53) Urk. von 1490 bei Mencken, I, 790.

54) Meine Gesch. der Marktenverf. p. 299 u. 305.

55) Grimm, III, 816.

56) Bodmann, I, 475.

57) Grimm, I, 800.

58) Dipl. von 1297 bei Günther, II, 515.

§. 174.

Der Versammlungsort war in früheren Zeiten unter freiem Himmel, z. B. unter der Dorflinde in Oberheffen⁵⁹⁾, an der Brücke z. B. in Ermatingen⁶⁰⁾, auf dem Kirchhofe nach dem Gottesdienste z. B. zu Trochtelfingen⁶¹⁾, auf dem Marktplatze, z. B. in Dürkheim auf dem Oberrn Markt⁶²⁾, oder sonst unter freiem Himmel, z. B. die Versammlungen der freien Hagen in der Grafschaft Ravensberg. („im Holtischen Bruche uf gewöhnlicher „hat durch die sämmtliche Hagers“)“⁶³⁾, wie heute noch die Landgemeinden in Appenzell. Hier und da auch in der Kirche selbst, z. B. zu Elgg in der Schweiz⁶⁴⁾. In grundherrlichen Gemeinden wurden die Gemeindeversammlungen öfters auch in den Fronhöfen gehalten, z. B. in früheren Zeiten in Dürkheim⁶⁵⁾, oder in anderen herrschaftlichen Gebäuden, z. B. zu Dreis an der Mosel „im Echternacher Hofe obersten Saal, da man das Jahrgebing „pfleget zu halten““⁶⁶⁾. In späteren Zeiten wurden die Gemeindeversammlungen meistens in den Gemeindefhäusern gehalten.

Solche Gemeinde- oder Rathhäuser findet man nämlich frühe schon auch in den Dörfern, z. B. zu Langenlonsheim auf dem Hundsrück und zu Speicher an der Mosel ein Rathhaus⁶⁷⁾. Eben so zu Erbach im Rheingau ein Rathhaus (stuba domus consulum⁶⁸⁾). Anderwärts im Rheingau ein Kugelhaus⁶⁹⁾. Zu Dürkheim ein Rathhaus oder die Stuben⁷⁰⁾,

59) Sternberg, I, 7. Not.

60) Grimm, I, 243 u. 244.

61) Lang, Mem. I, 31.

62) Grimm, I, 787. Meine Gesch. der Markenverf. p. 303.

63) Urf. von 1541 bei Wigand, Arch. V, 386.

64) Elgger Herrschaftsrecht, art. 1 §. 3 u. 5, art. 3 u. 4 §. 11.

65) Meine Gesch. der Markenverf. p. 298.

66) Feisthumb bei Ludolf, III, 264.

67) Grimm, II, 155 u. 333.

68) Urf. von 1450 u. 1453 bei Bodmann, I, 461 u. 475.

69) Bodmann, I, 216.

70) Meine Gesch. der Markenverf. p. 302.

zu Aspizheim bei Alzei ein gemeines Haus und Stub⁷¹⁾, zu Stäfa im Kanton Zürich ein Gemeindehaus⁷²⁾, in den Kirchspielen in und um Köln ein Gebuirhaus, Burgerhaus oder Amtleutenhaus, (*domus civium, domus civium parochie, domus parochialis oder parochianorum oder vicinorum, domus officiatorum oder officialium*)⁷³⁾. In den Dörfern Kleinenbroch und Büttchen am Niederrhein ein Spielhaus („in dem huys, genant dat spelhuys“)⁷⁴⁾ und zu Polch an der Mosel ein *theatrum villae*, welches auch Spielhaus und gemeines Haus genannt worden ist. (§. 37.).

Diese Gemeindehäuser oder Rathshäuser waren ursprünglich wohl nur für die Sitzungen der Gemeindevorsteher und des Gemeinderaths bestimmt, während die Gemeinde selbst sich auf einem daranstoßenden freien Plage, z. B. auf dem Marktplage, auf dem Kirchhofe u. s. w. zu versammeln pflegte. Daher lagen die alten Gemeindehäuser so häufig an dem Marktplage oder an einem anderen freien Plage, z. B. das Gebuirhaus der Brigiden Pfarre zu Köln auf dem alten Markt, das Amtleutenhaus von St. Apostolen daselbst an dem Apostolen Kirchhofe, das Amtleutenhaus zu St. Columben auf der Brücke an St. Columben, das Gebuirhaus der Albans Pfarre an der Marktpforte u. s. w.⁷⁵⁾, das Rathhaus zu Dürtheim an dem Markte u. s. w. Da wo indessen die Gemeindehäuser geräumig genug waren, wurden sie auch zu den Gemeindeversammlungen benutzt, z. B. zu Langenlonsheim („wenn die gemein uf dem rathauß besammen ist“)⁷⁶⁾, zu Erbach im Rheingau (*in presentia totius communitatis ejusdem ville Erbach in stuba domus consulum*)⁷⁷⁾, zu Elgg in der

71) Grimm, I, 801.

72) Bluntzli, II, 79.

73) Dipl. von 1264, 1290, 1291 u. 1298 bei Glasen, *Schreinspraxis*, p. 38, 40, 41 u. 45. Dipl. von 1258 in *Securis*, p. 75. Urk. von 1375 in *Securis*, p. 109. „Dat de Amptluide in de Gebuirhuysen“ x. Kölner Kronik, fol. 285. a. „Do gingen aff die gericht in den „gebure huysseren“.

74) Weisthum bei Lacomblet, *Arch.* I, 280 u. 284.

75) Glasen, *Schreinspr.* p. 36. f., 38, 40 u. 41.

76) Grimm, II, 155.

77) Bodmann, I, 475.

Schweiz („vnnnd die gang gemeind vß ietlichem huß der hußvater, „vß dem Rathuß erschinen“) ⁷⁸⁾, in dem Spielhause zu Büttchen ⁷⁹⁾, in dem Gemeindehause zu Stäfa, zu Polch u. a. m.

§. 175.

Die Gemeindevorsteher hatten ursprünglich das Recht die Gemeindeversammlungen zu berufen. Und es bedurfte zu dem Ende keiner Erlaubniß weder des grundherrlichen noch des öffentlichen Beamten. (*magistrum villae viator appellat, qui convocatis civibus suis* ⁸⁰⁾). „Ob die Burgermeister zu radt „wurden, die Glocß vß den Hoff zu leüdtten, vnnnd also die Gemeinden zusammenkommen“) ⁸¹⁾. In jenen Gemeinden jedoch, welche keinen genossenschaftlichen Gemeindevorsteher hatten, in welchen vielmehr der herrschaftliche Beamte der Gemeindevorsteher war, — in jenen Gemeinden hatte natürlicher Weise dieser die Gemeinde zu berufen, z. B. zu Elgg der herrschaftliche Vogt ⁸²⁾. Außerdem waren aber auch in solchen Gemeinden, welche einen eigenen genossenschaftlichen Gemeindevorsteher hatten die herrschaftlichen Beamten, die grundherrlichen ebensowohl wie die landesherrlichen, berechtigt, so oft sie es für nothwendig hielten, entweder die Berufung der Gemeindeversammlung von den Heimbürgern oder sonstigen Gemeindevorstehern zu begehren ⁸³⁾, oder zu dem Ende selbst die Gemeinde zu berufen, z. B. zu Bonstetten der Vogt („da soll eyn vogt ganze gemeynd samlen“) ⁸⁴⁾; in der Grafschaft Bingen der Droft („vnnnd der Droft diesen Tag zur Vuirsprach beramet“) ⁸⁵⁾, und im Hochstifte Fulda in den vogteilichen Ortschaften der Vogteiherr oder sein Beamter und in den übrigen Gemeinden der landesherrliche Schultheiß ⁸⁶⁾.

78) Elgger Herrschaftsrecht, art. 7, §. 6 bei Pestaluz. I, 268.

79) Zacomplet, I, 280.

80) Juramentum von 1085 bei Pertz, IV, 59.

81) Gerichtsordn. von Niederheimbach von 1529 bei Bodmann, II, 656.

82) Elgger Herrschaftsrecht, art. 7, §. 1 u. 6.

83) Grimm, II, 139.

84) Offn. §. 15 bei Schauberg, I, 11.

85) Urk. von 1586 bei Piper, p. 200.

86) Thomas, I, 246.

In späteren Zeiten, seitdem die Gemeindefreiheiten in Verfall und die Gemeinden mehr und mehr in Abhängigkeit von den grund- und landesherrlichen Beamten gerathen waren, hatten nur noch die grund- und landesherrlichen Beamten das Recht die Gemeindeversammlungen zu berufen. Sogar die Gemeinden selbst durften sich nicht mehr ohne Erlaubniß der herrschaftlichen Beamten oder der Herrschaft selbst und nur noch in deren Beisein versammeln, in Württemberg schon nicht mehr nach der Landesordnung von 1495⁸⁷⁾, zu Weihingen am Neckar aber nicht mehr seit dem Jahre 1590 und in Adelmansfelden in Schwaben nicht mehr seit 1680⁸⁸⁾. Selbst die Gemeindevorsteher, wenn sie sich mit ihrer Gemeinde berathen wollten, bedurften zu dem Ende einer obrigkeitlichen Erlaubniß, z. B. in Baiern⁸⁹⁾, und noch früher zu Elgg in der Schweiz. („Es söllenn ouch die dry so zu klainen „Räten vonn der gmeind geseht sind, weder allein noch mit den „Einlifen, noch mit der gmeind, gar keinen Rat, wederr samlen, „leuten, bieten, noch haltenn, deß herren vogt — habe dann das „erlaupt, vnnnd sigind beid daby“)“⁹⁰⁾).

Die Zusammenberufung geschah meistens mit der Glocke z. B. in der Pfalz, auf dem Hundsrück, im Rheingau, in Oberhessen, im Stifte Fulda, in der Schweiz u. a. m.⁹¹⁾, anderwärts durch das Horn z. B. zu Nesselbrunn in Oberhessen⁹²⁾, oder auch von Haus zu Haus durch den Weibel oder durch einen anderen Boten⁹³⁾, oder von der Kanzel herab („ober die „Ganzell diesen Tag zur Buirsprach beramet“)“⁹⁴⁾, das alt

87) Reyscher Pr. R. III, 428. Not. 10. Vgl. noch LandesOrdn. von 1552 p. 54. und von 1567, p. 17.

88) Dorfordnung von Weihingen und Adelmansfelden bei Mader, IX, 366 u. X, 552.

89) Bair. Landr. von 1616 p. 690. Vgl. oben §. 167.

90) Elgger Herrschaftsrecht, art. 7. §. 4.

91) Grimm, I, 243, 244, 801, II, 139. Sternberg, I, 7. Not. Voßmann, II, 656. Thomas, I, 246. Dorfordnung von Eberfeld von 1746 §. 3.

92) Sternberg, I, 7. Note.

93) Elgger Herrschaftsrecht art. 3 u. 7 §. 1.

94) Urk. von 1586 bei Piper, p. 200.

adramire, gothisch hramjan, ushramjan, d. h. befestigen, festsetzen, bestimmen⁹⁵). Einen Tag zum Erscheinen bestimmen hieß also so viel als vorladen⁹⁶). Das Zeichen zur Zusammenberufung war jedoch verschieden, je nachdem der kleine oder der große Rath oder die gesammte Gemeinde erscheinen sollte, z. B. in der Schweiz, in Oberhessen u. a. m.⁹⁷). In manchen Ortschaften versammelte sich aber die Gemeinde auch regelmäßig zu gewissen Jahreszeiten ohne alle Ladung, z. B. zu Baar im Kanton Zug jedes Jahr an Weihnacht und Ostern⁹⁸).

§. 176.

In der Versammlung mußte jedes Gemeindeglied bei Strafe und zwar in eigener Person erscheinen. („soll mann mit der „glockenn vier zeichenn leuttenn, vnnd wer daz vberfüre vnd ver- „acht vnnd nitt quem der soll ann seinem leib vnnd gutt gestrafft „werden“) ⁹⁹).

Die Leitung der Versammlung hatte in der Regel der Gemeindevorsteher, z. B. der Dorfmeister, Buirrichter u. s. w.¹). Wenn aber ein herrschaftlicher Beamter, z. B. der Vogt die Versammlung berufen hatte, so hatte dieser auch die Verhandlung zu leiten. („da soll eyn Vogt ganze gmeynd samlen, vnd darumb

95) Grimm, R. A. p. 844. Meine Gesch. des altgerm. Gr. Brf. p. 46 u. 90. Schulze, Goth. Gloss. p. 143.

96) Form. Lindenbrog c. 168. quem per suam festucam ante nos visus fuit adramisse. App. Marculf. c. 2 per suam fistucam visus fuit adramire. Wonach Grimm l. c., welcher behauptet, es werde dabei eines Symboles nirgends gedacht, zu berücksichtigen sein dürfte.

97) Elgger Herrschaftsrecht, art. 7 §. 1 bei Pestaluz, I, 266. Sternberg, I, 7. Not.

98) Statuten von Baar von 1843, art. 19 Nr. 5. Vgl. Renaud in Zeitschr. IX, 94.

99) Grimm, I, 801. Vgl. I, 244, II, 139 Thomas, I, 246. Wensen, Rothenb. p. 381. Vgl. oben §. 81.

1) Juramentum von 1085 bei Pertz, IV, 59. Urk. von 1586 bei Piper, p. 201.

„vnder jnen eyn umbfrag haben u. f. w.“²⁾). Eben so der Schultheiß und Landvogt in Franken³⁾).

Jeder vollberechtigte Genosse war stimmberechtigt und auch zur Abgabe seiner Stimme verpflichtet. Wer sich weigerte in der Gemeinde zu stimmen wurde bestraft⁴⁾). Ursprünglich hatte jeder Genosse nur eine einzige Stimme. Seitdem jedoch die Gesamt-Gemeindennutzungen in eine bestimmte Anzahl von Nutzungstheilen getheilt und mehrere Nutzungstheile ganz oder theilweise in denselben Händen vereinigt worden waren, seitdem hat sich in manchen Gemeinden der Grundsatz gebildet, daß ein Genosse so viele Stimmen haben solle, als er Nutzungstheile besaß⁵⁾).

Ursprünglich wurde allenthalben nach Mehrheit der Stimmen entschieden. Da nämlich die Dorfmarkgenossenschaften keine Korporationen im Sinne des Römischen Rechtes und auch keine Societäten waren, also die Rechte der Genossen, selbst die Nutzungs- und sonstigen Rechte an der gemeinen Mark keine Rechte an einer fremden Sache, folglich keine Sonderrechte oder jura singulorum gewesen sind, so konnten auch sehr wohl sämtliche Angelegenheiten der Genossenschaft nach Mehrheit der Stimmen entschieden werden. Und die Minderheit der Genossen mußte sich den Beschlüssen der Mehrheit unterwerfen, was jedoch in gewissen Fällen das Widerspruchsrecht der Einzelnen nicht ausgeschlossen hat (§. 34 u. 93.) Der Grundsatz selbst war allgemein anerkannt, in den Rechtsbüchern eben sowohl wie in den Weisthümern. („Svat so die burmeister schept des dorpes vromen mit willore „der merren meine der bure, dat ne mach die mynre deil nicht „weberreden“). vnd was der mertheil wil sol der minderteil vol- „gen“), was die gmeind ansicht zethund, des dorffs halb, daselbst

2) Offn. von Bonstetten §. 15 bei Schauberg, I, 11.

3) Bensen, Rothenb. p. 378.

4) Bensen, p. 381.

5) Holzordnung von Bucheggberg und Kriegsfelden (Solothurn) von 1758, art. 1 bei Renaud in Zeitschr. IX, 94.

6) Sächs. Landr. II, 55. Vgl. Schwäb. Landr. W. c. 311. Ruprecht von Freising, I, 142.

7) Offn. von Mättenhäse § 22 bei Schauberg, I, 3.

„sol daß minder theil dem Meren. ervolgen⁸⁾. so mögenbt sy mit „einer gmeind ein mers machen, vnnb sol der mehrteil den min- „dern theil zwingen⁹⁾, was der merteil dar inne tätt, das soll „der minderteil volgen¹⁰⁾. die minstmänige solle den meinsten fol- „gen¹¹⁾. was darvmb das mer wirtt, dem sol menigklichs gestragr „nachgan¹²⁾. Was vnder den gnossen das meer beschließen würd, „das sol der minder teil halten“) ¹³⁾. Daher hat man das Stim- me recht selbst das Recht „ze mehrn und ze mindern“ genannt. (§. 81.)

§. 177.

In welchen Fällen die Gemeinde berufen werden mußte war in den einzelnen Gemeinden verschieden bestimmt. Allenthalben galt jedoch der Grundsatz, daß dieses nur bei wichtigeren Angelegenheiten und in schwierigeren Fällen zu geschehen habe.

Vor Allem waren es die wichtigeren Angelegenheiten der Feld- und Markgemeinschaft, welche vor die gesamte Gemeinde gebracht werden mußten. Denn jede Dorfgemeinde war ursprünglich eine Dorfmarkgenossenschaft oder eine Dorfmarkt- gemeinde. Vor die Gemeinde gehörten demnach alle Verfügungen über die Almenten und Gemeindeländereien, der Verkauf derselben, ebensowohl wie die Vertheilung und jede andere Veräußerung¹⁴⁾, die Verpachtung und Verlosung auf kürzere oder längere Zeit, das Recht Gebäude darauf zu setzen oder sonst darüber zu ver- fügen, die Erlaubniß zum Roden der Gemeinländereien und zu jeder anderen Benutzung derselben. (§. 32, 34, 122, 125, 152.) Zur Zuständigkeit der Gemeinde gehörten ferner alle Verfügungen

8) Hofrobel von Greifenberg §. 26 bei Schauberg, I, 55.

9) Offn. von Dietlikon und Nieden §. 10 bei Schauberg, I, 112.

10) Grimm, I, 78. §. 33 u. 34.

11) Bodmann, II, 656.

12) Grimm, I, 114 f.

13) Grimm, I, 168. Vgl. noch den Züricher Ratheschluß von 1622 bei Bluntzli, II, 57.

14) Urk. von 1258 bei Mone, I, 411. „Das dieselben Almeinde nieman „verköffen sol noch en mag mit recht ane gemeinen rat und willen „aller der geburshafte.“ Urk. v. 1251, eod. I, 410.

über den Holztrieb, insbesondere auch über die Zeit des Holztriebes, sodann über den Holzverkauf und über die Ausfuhr des Holzes aus der Mark. („Item eyn apt mit der gemeynde semplich hat „macht, zu erlauben burgholz zu hawen vnd vß der marken zu „führen, vnd ir feyner ane den andern¹⁵⁾). Es sollen der meyer, „keller vnnnd goshußklütt zesamen komen vnnnd rath werden, in „wellichem holz man die houw vßsgeben welle¹⁶⁾. Wurde aber „die burtschaft einmuetig etwas daruß zu verkaufen, des mügen „sie auch thun¹⁷⁾. Sond vnnser dorfvierer mit der gemeind „überkomen, wenn man howen well, vnd was man sich dann „vereint, dem sol gelebt werden¹⁸⁾. wannhe die gemeyn zu R. „den walt vßdehlt vnd heut“)¹⁹⁾.

Selbst neue Häuser zu bauen konnte die Gemeinde erlauben und auch verbieten²⁰⁾. Die Gemeinde hatte ferner über die Benutzung der Felder und Wälder zu verfügen und daher Verfügungen über die Einzäunung der Felder und Wälder, so wie über die Einfänge zu erlassen. (Wer ouch das die gebursamß behainest „berüßt vmb ein infang vff der brach, was denn der merteil he „über ein kompt, das sol der minder teil ouch volgen“)²¹⁾. Sie hatte insbesondere auch für die Weide eine offene und geschlossene Zeit festzusetzen²²⁾ und auch im übrigen die Benutzung der Gemeinweide, den Viehtrieb oder Weidgang anzuordnen²³⁾, in welcher Beziehung z. B. zu Löß in der Schweiz die sehr weise Verfügung getroffen worden ist, daß jeder Genosse, gleichviel ob reich oder arm, eine gleiche Anzahl Viehes umsonst hinaustreiben dürfe („es „mag ein heider, er sy rich oder arm, seins fächs trü hopt vff „vnnser gemeinwert schlachen“), für das weiter noch hinauszutreibende Vieh aber einen Zins entrichten mußte, „damit die ar-

15) Grimm, I, 522 vgl. 524 u. 6.

16) Grimm, I, 127.

17) Grimm, I, 399 f.

18) Grimm, I, 130 f.

19) Grimm, III, 830. Vgl. noch oben §. 92.

20) Grimm, I, 135. Vgl. oben §. 155.

21) Grimm, I, 78 §. 34. Vgl. noch 130 u. 133 und oben §. 105.

22) Grimm, I, 130.

23) Heider, p. 805. Bair. Landr. von 1616. tit. 24, art. 2.

„men nüt von den richen übervorteilt werbint“²⁴). Auch über die Nutzung der Eichen zur Schweinemast hatte die Gemeinde zu verfügen („wenn aichen werdenntt, so sol niemantt kein schitten noch lesen, e das ein gemeind eins wirtt, wie man die ding bruchen welt“) ²⁵). „Wo man an den gemeinen Hölzern die Aichel poffen vnd klaben wolte, sol es damit gehalten werden, was der mehrer theil auß der Gemein mit jedes Orts Obrigkeit schliessen würdet“) ²⁶). Die Gemeinde hatte ferner die Zeit der Frucht- und Heuerndte und der Weinlese zu bestimmen („das nieman meigen sol, & daz sin du gebursami gemeinlich ze räte wirt“²⁷). vff den Surbwißen soll niemand machgen, biß ein gemeind zuo W. deß zuo rat wirt“²⁸). „Ez sol nieman in dhainem dorf, in dhainem esch nicht sneiden an der nachgeparern rat und willen“²⁹). Wenn er — der Meyer — vnd die gebursami über ein komet vnd ze rät werdent daz es ze herbst zit vnd zimlich ist ze lesen“) ³⁰). Kurz alle wichtigeren Angelegenheiten der getheilten und ungetheilten Dorfmark gehörten zur Kompetenz der Gemeinde. („iglich statt vnd dorf ir abgescheiden mark hait, die mogent sie bestellen zu allem irem noße, so wann sie die welde offent, so sin sie inen allen offen, vnd sal nyman das holz vß dem Rhngawe furen“³¹). Jeder flecken vnd dorf mag zusammenkommen, und ihre marke berichten, als zum wald und weid, holz und trifft, weg und steg, und anders zu thun, als diß des noth ist im lande und in ihren markten“³²). Insbesondere bezieht die Gemeinde auch über die ge-

24) Grimm, I, 133

25) Grimm, I, 120.

26) Bair. Forstordnung von 1616 art. 8. Vgl. oben §. 112.

27) Grimm, I, 74.

28) Offn. von Wänigen §. 4. Vgl. §. 7 bei Schauberg, I, 7. Vgl. noch Offn. von Steinmaur §. 52 bei Schauberg, I, 95 und oben §. 166.

29) Kr. Ludwigs Rechtsh. c. 142. Vgl. Bair. Landr. von 1616, tit. 24, art. 2.

30) Grimm, I, 322. Vgl. I. 820.

31) Grimm, I, 534.

32) Grimm, I, 539 §. 1.

theilte Markt ein Oberaufsichtsrecht und in gewissen Fällen das Recht über dieselbe zu verfügen, wenn z. B. die Felder nicht vor-
 schriftsmäßig gebaut worden waren u. s. w. (§. 40, 127, 128). Selbst die Bauerngüter durften in manchen Gemeinden nicht ohne Zustimmung der Bauerschaft veräußert werden, weil auch die Gemeinde ein Interesse dabei hatte, daß die Güter nicht in ungeeignete Hände kamen. („es ist zu merken, daß nindert keiner ist, „er hab erbrecht auf seinem gut, vnd wem er daß verkaufen wil, „der soll es ainem auf dem land zu kaufen geben, vnd in keinen „markt nicht zogen werden, vnd soll es auch verkauffen nach der „herrschaft rat, vnd der acht mann, vnd auch der nachpauru „willen, also, daß des hiesfür kein abgang da nicht sei“)³³⁾. Auch gehörten zur Zuständigkeit der Gemeinden die Anordnungen und Verfügungen über die Wege und Stege³⁴⁾ und über die für die Landwirthschaft so wichtige Wiesenbewässerung³⁵⁾, ferner die Aufsicht darüber, also auch die Besichtigung der Wege und Stege, der Bannzäune und der Marken überhaupt. („die Nachpauru haben „die Baanzäun, Weg vnd Steg jährlich besichtigt, daruff das „Haingericht gehalten“)³⁶⁾).

§. 178.

Außer den Angelegenheiten der Feldgemeinschaft gehörten aber auch alle übrigen Gemeindeangelegenheiten vor die Gemeinde, wenn sie ihrer Wichtigkeit wegen nicht von den Gemeindevorstehern allein besorgt oder entschieden werden konnten³⁶⁾. Dahin gehörte in vielen Gemeinden die Aufnahme neuer Gemeindeglieder³⁷⁾, sodann die Wahl der Gemeindevorsteher (§. 164), des

33) Grimm, III, 900.

34) Grimm, I, 131—132 u. 539 §. 1. dipl. von 1303 bei Würtwein, monast. Palat. III, 279 u. 280. quam almeindam cum ipsa via villani contulerunt.

35) Grimm, I, 131.

35a) Erbacher Landr. p. 124. Vgl. Hofrecht von Walters im Geschichtsb., IV, 72. Vgl. überhaupt oben §. 152—155.

36) Thomas, I, 246 und oben §. 172.

37) Grimm, I, 128 u. 133. Vgl. §. 77.

Gemeinderathes (§. 170) und der übrigen untergeordneten Gemeindebeamten und Diener, wie dieses alsbald nachgewiesen werden soll. Es gehörte dahin ferner die hie und da übliche jährliche Fidesleistung der gesammten Einwohnerschaft, z. B. zu Elgg³⁸⁾, insbesondere auch die dem neuen Grund- oder Vogteiherrn zu leistende Huldigung, z. B. zu Dreis in der Abtei Echternach³⁹⁾, und die Vogteihuldigung im Stifte Fulda⁴⁰⁾. In der Gemeindeversammlung wurden auch die Weisthümer und die grund- und landesherrlichen Gesetze und Verordnungen publicirt. („Ordnung vndt wegsthumb des fleckens Langenlonsheim, so man ein jedes jahrs vor ganzer gemein publiciret“) ⁴¹⁾.

Die Gemeinde hatte ferner ein Bannrecht und die damit zusammenhängende gesetzgebende Gewalt in allen Gemeindeangelegenheiten und das Recht der Selbstbesteuerung. Das Recht der Gemeinde in Dorfmarkangelegenheiten zu bannen, d. h. bei Strafe zu gebieten und zu verbieten, verstand sich gewissermaßen von selbst. Denn da es schon die Gemeindevorsteher, also die Bevollmächtigten der Gemeinde hatten, (§. 166), so mußten es die Gemeinden selbst, von denen jene ihre Vollmacht erhielten, um so viel mehr noch haben. Auch war dieses Recht ausdrücklich anerkannt z. B. zu Ober- und Niedersteinmaur in der Schweiz. („Und so wyt dießer umbtreiß belangt was dar innenn ist, da hat ein Gemeindt nach altem Hartthomenn gebiethen“) ⁴²⁾. Eben so zu Dietlikon („Item ein Gmeind hat den gewalt, daß sy jr holz, veld wun vund weid, by einer buoß verbannen mögent, wer da den Ban brech“) ⁴³⁾. Im Kanton Schwyz („wo wier die allten laubdtwerinen hannd, oder sunst bannen vund in Friden gelegt, das die nieman Rüten, wüsten noch howen soll“) ⁴⁴⁾. Ferner zu Aspizheim in der Pfalz.

38) Elgger Herrschaftsrecht, art. 3 u. 4 §. 11 bei Pestaluz, I, 262.

39) Weisthum bei Ludoltz, III, 264–265.

40) Thomas, I, 246.

41) Grimm, II, 153. Ähnliche Bestimmungen in vielen ungebrudten Weisthümern der Pfalz. Thomas, I, 246. Sternberg, I, 7. Not.

42) Offn. §. 11 bei Schauberg, I, 93.

43) Offn. §. 11 bei Schauberg, I, 113.

44) Landbuch von Schwyz p. 49. vgl. p. 286.

(„Item ist auch ein gebott der gemeinen, wann u. f. w.“)⁴⁵⁾. Zu Krust in der Abtei Lach u. a. m.⁴⁶⁾. Jede Gemeinde durfte daher ihre Felder und Wälder, Feldfluren und Eschen, Wiesen und Weiden verbannen, d. h. den Zutritt bei Strafe verbieten. (§. 92 u. 106). Die in Bann gelegten Felder, Wiesen, Weiden und Wälder nannte man Bannfelder, Bannwiesen, Bannhölzer, Bannwälder, Bannweiden, verbannte Almennten^{46a)}, verbannte und beschlossene Esche⁴⁷⁾, im Hai oder Gehai liegende Hölzer, Haireiser, Haiwiesen u. f. w.⁴⁸⁾ und die gebannten Wälder im Kanton Glarus gebahnte Wälder oder Bahnwälder⁴⁹⁾ und jene im Kanton Schwyz Landweri und Landwerinen⁵⁰⁾. Sie mußten während der Bannzeit mit Zäunen versehen werden. Daher nannte man solche Zäune Bannzäune⁵¹⁾. Die auf die Übertretung solcher Gebote gesetzte Buße nannte man ebenfalls einen Bann⁵²⁾, einen Holzbann u. f. w.⁵³⁾, noch öfter aber, weil sie auf einer Einigung oder Uebereinkunft der Gemeinde beruhte, eine Einung oder Einigung („Es mögent ouch die von R. ein einung setzen „vff die stroffelweide, es sye über holz oder in velde, als denn „he der merenteil über ein kompt⁵⁴⁾. Item was ouch einung „gen die Dorffmeyer segen, söllent sy tuon mit der geburfsam „wissen⁵⁵⁾. Das Dorf hat das recht, daz si alle ir einung von „swaden, von friiden vnd von graben selber vnder in vffsetzen, vnd

45) Grimm, I, 801 f.

46) Grimm, III, 818

46a) Schmeller, I, 176.

47) Heider, p. 804.

48) Schmeller, II, 128 u. 129.

49) Landb. I, §. 182 u. 189.

50) Landb. von Schwyz, p. 49, 268 u. 286. Vgl. noch oben §. 92 u. 106.

51) Erbacher Landr. p. 124. Vair. Landr. von 1616, tit. 25, art 1.

52) Offn. von Dietlikon §. 11. Hofrecht von Walters im Geschichtsfv., IV, 72.

53) Ordnung vnd Bann über der Gemeind Hölzer bei Schauberg, I, 109 u. 110.

54) Grimm, I, 78 §. 33.

55) Offn. von Rättmenhölle §. 22 bei Schauberg, I, 3.

„inneren sülñ⁵⁶⁾. Es sol och der Meier kein Ban machen „ober Holz vnd ober velt, noch ein kein einung vff setzen vber „kein Ding, won mit der gnossen zwen Teil willen:⁵⁷⁾ Nec aliquam einungam facient (villani), nisi de fratrum consilio et assensu⁵⁸⁾. Und je nachdem der Frevel bei Tag oder bei Nacht, an den Feldfrüchten an dem Obste, an den Trauben, Wiesen, an Gänsen u. s. w. begangen worden ist, nannte man die Buße eine Tag- oder Nachteinigung, eine Fruchtteinigung, Obsteinigung, Traubeneinigung, Wieseneinigung, Gänseinigung u. s. w.⁵⁹⁾.

Dieses Bannrecht der Gemeinde erstreckte sich aber außer den Angelegenheiten der Feld- und Marktgemeinschaft auch noch auf alle übrigen Angelegenheiten der Gemeinde. Denn was eine Gemeinde nach Mehrheit der Stimmen im Interesse der Gemeinde beschlossen hatte, galt für die Gesamtheit als Gesch. („swaz der „richter sezet mit der merern menge der geburen, daz mac der „minner teil nicht widerreden“) ⁶⁰⁾. Daher findet man in so vielen Dorfschaften nicht nur Anordnungen über das Halten von Pferden, Schweinen, Gänzen und anderen Thieren ⁶¹⁾, sogenannte Herbstordnungen über das Lesen der Trauben ⁶²⁾, Anordnungen über die Wiesenbewässerung ⁶³⁾, Forst- und Holzordnungen über die Benutzung und Bewirthschaftung der Ge-

56) Grimm, I, 74.

57) Hofrecht von Walters im Geschichtsfbd., IV, 72. Vgl. noch Grimm, I, 419 – 420. Weisthum von St. Goar. bei Hofmann, p. 148. Haltaus, p. 307–308.

58) Dipl. von 1268 bei Gudon, svl. p. 256.

59) Grimm, I, 802.

60) Schwäb. Landr. W. c. 311. Vgl. Sächs. Lr. II, 55. Ruprecht von Freis., I, 142. Offn. von Neftenbach §. 33 bei Grimm I, 78 u. 108. „Was vnder den gnossen das meer beschließen würd, das sol der „winder teil halten.“ Dorfrecht zu Meggen bei Segeffer, Rechtsg. von Lucern, I, 509. Gerichtsordn. von Niederheimbach bei Bodmann, II, 656.

61) Grimm, I, 127. Vgl. noch oben §. 111.

62) Grimm, I, 820.

63) Grimm, I, 131. Offn. von Nider und Mättmenhasle §. 30–33 bei Schauberg, I, 3.

meindewahlungen ⁶⁴⁾ u. s. w., sondern auch Anordnungen über das Gewerbswesen, z. B. über die Ziegelbrennereien ⁶⁵⁾, über das Mühlenwesen ⁶⁶⁾, über die Weinschenken, Bäcker, Metzger, Fäßbender und andere Handwerker ⁶⁷⁾, Verordnungen über die Dorfpolizei, z. B. eine Feuerordnung in Glarus ⁶⁸⁾, das Verbot Spiel zu halten oder um Geld zu spielen, z. B. in der Schweiz und in der Pfalz ⁶⁹⁾ u. s. w., insbesondere auch Anordnungen in Straffachen oder sogenannte Einungen über Weg und Stieg, über Zeit, Ort und Umfang der Marknutzung, über Zeit der Erndte und des Heumachens und über andere Marktangelegenheiten ⁷⁰⁾. Und die von einer Gemeinde angeordneten und angeordneten Geldstrafen gehörten der Gemeinde ganz oder wenigstens theilweise ⁷¹⁾.

Die Gemeinden hatten demnach eine vollständige Autonomie mit dem Rechte der Gesetzgebung und der Selbstbesteuerung, wie dieses bereits bemerkt worden ist (§. 145.). Von einer landesherrlichen Zustimmung war hiebei nirgends die Rede. Nur war in den grundherrlichen Gemeinden die Beziehung und Zustimmung des Grundherrn nothwendig, so oft über die Substanz der Sache verfügt oder eine Anordnung getroffen werden sollte, bei welcher derselbe interessirt war. („beschert uns „gott ein ecker vnd ein gmiß, das sollen die margherren verbieten mit der marglüt wissen vnd willen - das die margherren

64) Holzordnung von Dübendorf von 1592 und von Opfikon von 1549 bei Schauberg, I, 109 u. 134.

65) Schwommenbinger Offn. bei Schauberg, I, 133.

66) Grimm, I, 35—36. Bodmann, II, 656.

67) Bodmann, II, 656. Meine Gesch. der Markenverf. p. 242 ff. u. 306 ff.

68) Blumer, I, 384.

69) Grimm, I, 109 §. 2 u. 801.

70) Offn. von Riber- u. Mättmenhasle §. 22, von Bonstetten §. 15., von Steinmaur §. 11 u. von Schwommenbingen §. 19 bei Schauberg, I, 3, 11, 93 u. 120. Grimm, I, 78 §. 33, III, 738 §. 2.

71) Grimm, I, 78 §. 33, 89, 92, 94, III, 738 §. 2. Ehefchaftrecht von Greilsparg §. 1 u. 2 bei Seyfried, I, 231. Offn. von Dietlikon §. 4, von Steinmaur §. 86 u. 87., von Dietlikon §. 11., und von Schwommenbingen §. 19. bei Schauberg, I, 14, 96, 113 u. 120. Elgger Herrschaftsrecht, art. 4. §. 11.

„und die marglüt ducht und zu rath wurden“) ⁷²⁾. Daher wird das Recht der Autonomie in manchen Dorfrechten einer Verleihung des Grundherren zugeschrieben, und es mag auch öfters auf einer solchen Verleihung beruht haben ⁷³⁾.

Da die Gemeinden frei und selbständig handeln konnten und auch in allen wichtigeren Angelegenheiten selbst zu handeln pflegten (§. 173.), so konnten sie auch ein Verbrechen begehen und dafür gestraft werden. („betert en burjcap der anderen“) ⁷⁴⁾. Und der Gemeindevorstand mußte sie auch bei ihren Vergehen vertreten. („ire burmeister mut vor sie alle wedden“) ⁷⁵⁾.

5. Untergeordnete Gemeinde-Beamte und Diener.

§. 179.

Die laufenden Geschäfte pflegten sammt und sonders, ursprünglich gewiß allenthalben und ohne alle Ausnahme, von den Gemeindevorstehern besorgt zu werden. Erst, seitdem sich in manchen Gemeinden die Geschäfte vermehrt, wurden einzelne Zweige des laufenden Dienstes ausgeschieden und besonderen Gemeindebeamten zugewiesen. So kamen in jenen Gemeinden, in welchen sich sehr ausgebehnte Almenden befanden, zur Verwaltung derselben eigene dem Gemeinderathe rechnungspflichtige Beamte vor z. B. in der Gemeinde Kappel im Kanton St. Gallen eigene Gemeinds Verwalter, Almeinsvögte und andere Verwalter der Almenden ⁷⁶⁾. Zur Besorgung der Feuerpolizei findet man eigene sogenannte Feuerherrs in Hessen ⁷⁷⁾, eigene Feuer-

72) Grimm, I, 414. Dipl. von 1268 bei Guden, syl. p. 256. vgl. oben §. 30–32, 38, 122, 125.

73) Offn. von Rheinau §. 24 u. Rechnung von Martellen §. 1. bei Schauberg, I, 152 u. 154.

74) Sächf. Landr. III, 86 §. 2.

75) Sächf. Landr. III, 86, §. 2.

76) Protokolle von 1801, 1802, 1822, 1830 in den Rechten von Kappel auf den Almenden. St. Gallen 1847, p. 73–76.

77) Grebenordn. tit. 10 §. 7, tit. 49.

meister im Stifte Fulda⁷⁸⁾, Feuerschauer („Fürschower“) in der Schweiz⁷⁹⁾ und in Baiern eigene Obleute⁸⁰⁾. Sodann eigene Weinschäfer, Fleischschäfer, Brotschauer („Brottschower“) oder Brodbeseher, z. B. im Odenwald und in der Schweiz⁸¹⁾, Geschworne Weineicher und Fruchtmesser, z. B. im Odenwald und in der Pfalz⁸²⁾, oder Mutter, sogenannte Mitterer, wie man sie heute noch in der Pfalz, offenbar von dem Fruchtmaße (Mutt) zu nennen pflegt⁸³⁾. Eigene Wassermänner oder Wasserherrs in Oberfranken und in der Schweiz (§. 118.) und Wiesbewässerer in der Pfalz z. B., zu Dürkheim („anno 1526 „haben die achter ein wiesenwässern angenommen, das er „nemlich soll verbunden sein zu wässern, wann es not ist, der „Rinnen vndt wassers zu warten, item wann ein schaden befunden in dem Cappes Flecken, vñ der Almenbt Gänns, oder „nacht waiden, soll er es für vier der Gemein bringen⁸⁴⁾). Neben dem Wiesenwässerer gab es in Dürkheim auch noch einen sogenannten Bachknecht. („anno 1487 haben die Achter bestellt „vnd angenommen Michael den Kuchirten zu einem Bachknecht „vndt behüeter der gesäeßten waiden, das er nemlich die wanden „allenthalben wässern, wa es not ist die Gräben seggen vndt aufheben, auch weher schlagen, das wasser sein lauff haben möge, „zu nutz dem viche, vndt der Gemein zum besten; Wa auch wendden abghehen, die mit hülff der Achter wider setzen, dem Allen „getreuwlich fürstehen, bei den Ayden, er der Gemein gethan „habe“)“⁸⁵⁾. Sodann eigene Berordnete der Gemeinde zur Beauffichtigung der Weinwirths z. B. in der Schweiz⁸⁶⁾, oder Weinmeister, wie man sie in der Wetterau nannte⁸⁷⁾.

78) Thomas, I, 202 u. 203.

79) Elgger Herrschaftsrecht, art. 4. §. 11 bei Pestaluz, I, 264.

80) Grimm, III, 643 §. 22.

81) Erbacher Landr. p. 76. Elgger Herrschaftsrecht, art. 4 §. 11 u. art. 13 u. 14.

82) Erbacher Landr. p. 74. Grimm, I, 802.

83) Grimm, I, 787. Vgl. Schmeller, II, 653 über das Fruchtmaß.

84) Dürkheimer grünes Buch.

85) Grünes Buch.

86) Grimm, I, 89.

87) Altenhäfeler Recht §. 50 in Gran. I, 55.

Eigene Obleute zur Beaufsichtigung der Gemeinde Scharwerke z. B. in Baiern ⁸⁸⁾. Feldschöpfen für Feldbesichtigungen, Güterabschätzungen u. s. w. z. B. im Stifte Fulda ⁸⁹⁾. Wüstmeister zur Aufsicht über die Wüstungen im Stifte Fulda ⁹⁰⁾. Eigene Schuldeputirte zur Beaufsichtigung der Dorfschulen z. B. in Fulda ⁹¹⁾. Baumeister („Bauweisterr“) oder Bauwäner zur Besorgung des Bauwesens, z. B. in der Wetterau, im Stifte Fulda und in der Schweiz ⁹²⁾, und neben ihnen hie und da auch noch Feldbaumeister („Feldbauweisterr“) zur Besorgung der Zäune, Graben, Wasserläufe, Brücken, Wege und anderen Baulichkeiten in der Feld- und Waldmark ⁹³⁾. Sogeannte Feldstüpler zur Aufsicht über den Feld- und Weinbau und über die gehörige Bestellung der Felder und Weingärten z. B. in Württemberg ⁹⁴⁾. Geschworne Sachverständige zur Vor- nahme der Grenz-, Flur- und Feldbesichtigungen und der Güter- schätzungen und zur Vermessung, Versteinung und Vermarkung der Ländereien. Man nannte sie Meisser, Feldmesser, Land- messer, und Steinseker in den ungedruckten Weisthümern von Flomersheim, Großkarlbach, Zell, Harrheim und Nisern- heim in der Pfalz, in beiden Hessen u. a. m. ⁹⁵⁾, Landscheider und Feldgeschworne im Solms'schen Landrecht (II, 30.) u. a. m., Feldschöpfen im Fürstenthum Fulda ⁹⁶⁾, geschworne Un- tersänger, Meisser und Steinseker zu Groß- und Klein- Jüngersheim ⁹⁷⁾, Schieder, Feldschieder, Siebner und Gemeindefiebner in den Fürstenthümern Würzburg ⁹⁸⁾ und

88) Grimm, III, 643 §. 26.

89) Thomas, I, 205 ff.

90) Thomas, I, 203.

91) Thomas, I, 203.

92) Altenhäfeler Recht §. 16, 46 u. 47 in Gran. I, 55. Thomas, I, 202 u. 203. Elgger Herrschaftsrecht, art. 22. Grimm, I, 162 u. 163.

93) Elgger Herrschaftsrecht, art. 4 §. 11 u. art. 10.

94) Würtb. Landsordn. von 1567 p. 96 f.

95) Estor, Rechtsigel. III, §. 1650 u. 1651.

96) Thomas, I, 205 f.

97) Dorfordnung von 1484 §. 9 bei Mone, Zeitsch. I, 12.

98) Verordn. von 1753 in Samml. der Würzb. Landesverordn. II, 640.

Ansbach u. a. m. in Franken. Das Collegium der Siebner nannte man Sibnerei⁹⁹⁾ und ihre Gerichte Siebnereigerichte und Steinergerichte¹⁾. Gemeinde Einnehmer, Säckelmeister und Bedesetzer zu Erhebung der Gemeinde-Einkünfte und zu deren Verrechnung, z. B. in der Wetterau, im Stifte Fulda, in der Pfalz u. a. m.²⁾, oder zur Erhebung der Steuern eigens gewählte sogenannte Steuermeister („Stürmeiger“) z. B. in der Schweiz³⁾ in jenen Gemeinden, in welchen die Steuern nicht von den Gemeindevorstehern selbst erhoben zu werden pflegten. (§. 83 u. 166). Endlich kommen zur Versorgung der kirchlichen Angelegenheiten, außer dem Mesner, Sakristan und dem Küster, welchen man in Elsaß auch Kilwart oder Kirwart genannt hat⁴⁾, auch noch Kirchenvorsteher, Kirchenpfleger, Kirchenväter, Altermänner und Kirchengeschworne vor⁵⁾, Johann Kirchen Älteste⁶⁾, Heiligenpfleger^{6a)}, Kilchenpfleger⁷⁾, Heiligenmeister⁸⁾ Kirchnermeister⁹⁾.

§. 180.

Außer den so eben genannten Gemeindebeamten, deren Amt in vielen Gemeinden ein bloßes Ehrenamt war, kommen in fast allen Gemeinden auch noch niedere Beamten und Diener vor, welche zur Versorgung des untergeordneten Dienstes in der Feld-

99) Schmeller, III, 186.

1) Ansbach. Hofrathsordnung von 1730, c. II, §. 18.

2) Altenhaßelauer Recht §. 49 u. 50 in Gran. I, 55. Grimm, III, 420. Thomas, I, 203.

3) Grimm, I, 145.

4) Urk. von 1339 bei Schoepflin Als. dipl. II, 166 u. 167. Grimm. I, 674 u. 678. Scherz, gloss. p. 784.

5) Haltaus, p. 19, 20 u. 1088.

6) Altenhaßelauer Recht §. 46 in Granien, I, 55.

6a) Benjen, Rotenb. p. 378. Dorfordnung von Ingersheim §. 9 bei Wone, Zeitschr. I, 12,

7) Elgger Herrschaftsrecht, art. 16.

8) Thomas, I, 202.

9) Stalder, II, 100. Vgl. noch oben §. 147.

und Waldmark und im Dorfe selbst bestellt und von der Gemeinde besoldet waren.

Den untergeordneten Dienst in der Feld- und Waldmark hatten die verschiedenen Feld- Waldschützen und die Gemeindejörster und, was die Viehweide insbesondere betrifft, die Gemeinde-Hirten und Schäfer zu besorgen. Daß jede Gemeinde verbunden war, einen oder auch mehrere Gemeinde-Hirten und Gemeinde-Schäfer zu halten, ist bereits schon bemerkt worden. (§. 107.) Bemerkt muß aber noch werden, daß die Oberaufsicht über sämtliche Viehheerden oder Schäferereien einer Gemeinde öfters wieder einem einzigen höheren Beamten übertragen worden ist, welchen man im Stifte Fulda den Oberschafmeister genannt hat ¹⁰⁾.

Die Feldschützen nannte man, da ihnen die Bewachung einer Feldflur oder eines Esches übertragen war, Flurschützen z. B. im Stifte Fulda, in Mülhausen, in der Pfalz, u. a. m. ¹¹⁾ oder Flurer z. B. in Baiern ¹²⁾ oder auch Fluerhaie und Eschaie und, wenn sie zur Aufsicht über die Wiesen, Fischwasser und Brücken bestellt worden waren, Wischaie, Fischhaie und Bruckhaie ¹³⁾. Ein sehr verbreiteter Name für die Feldschützen war auch, da sie den Feldbaun und die gebannten oder in Bann gelegten Weinberge zu hüten hatten, Bannwart, z. B. im Elsaß, im Schwarzwald, in der Schweiz u. a. m. („custo-„des campi, qui dicuntur Banwarten“ ¹⁴⁾). „Man sol zwene ban-„warte han, die des bannes hüten“ ¹⁵⁾). Wenn sie bloß für die Erndtzeit bestellt waren, nannte man sie Erndtbannwarte ¹⁶⁾, Reb- bannwarte aber dann, wenn sie nur die Weinberge zu hüten hatten ¹⁷⁾. Ihres Amtes war es die Felder, Wiesen,

10) Thomas, I, 203.

11) Thomas, I, 242. Grasshof, p. 249.

12) Grimm, III, 628. u. 629.

13) Rechtsb. Kaiser Ludw. c. 143. Grimm, III, 645. Schmeller, II, 128. Graff, IV, 761.

14) Grimm, I, 693.

15) Grimm, I, 368. Vgl. noch I, 163, 418, 650, 651, 704, 728, 820.

16) Grimm, I, 675.

17) Grimm, I, 182.

Weiden, Weinberge u. s. w. zu hüten, das im Frevel gefundene Vieh zu pfänden und die entdeckten Frevel bei den Bauerngerichten zu rügen („der banwart sol behuten veld, won vnd weib, „und sol och darvmb rügen, wen er findt darin ze schaden gon „lüt oder vich¹⁸⁾). wan der banwart vindet vihe zu schaden gon, „das vihe sol er in thun, der banwart sol daz vihe nit widerge- „ben, des das vihe ist, der schowe dan dem armen man sin scha- „den¹⁹⁾). Die rügung sol ein banwart thun by geschwornem eide „vff daz nehte gericht zu sungichten, vor einem gemeinen buren „gericht²⁰⁾). Der banwart soll dz vihe, dz er nympt, dz zu scha- „den gangen ist, nit lenger behalten wan übernacht, es sigen „gens oder ander vihe²¹⁾). Die selben banwart sollent schweren „und globen, getrumlich zu hüten, und die beffrungen und einun- „gen zu rügen und sagen“²²⁾). Die Rebbanwarte zu Truam am Bielersee in der Schweiz sollten schwören „die reben zu hüten „dem armen wie dem reichen, so lang der bann währet, niemand „zu lieb noch zu leid, keinen Dieb zu helen und selber nichts zu „entwenden. Sie sollen bei keiner hausröche im gericht schlafen. „übernimmt sie der schlaf, so sollen sie ihren spieß zwischen den „arm und einen kieselstein unter ihr haupt legen und so schlafen, „nach dem schlafe aber aufstehen und hüten wie vorher“²³⁾). Die Flurschützen und Bannwarte mußten den entdeckten Schaden dem Beschädigten auf der Stelle anzeigen, sonst hafteten sie selbst für den Schaden²⁴⁾). Das Zeugniß der geschwornen Feldschützen, Eschaie, Wißhaie u. s. w. hatte volle Beweis kraft²⁵⁾). Daher überließ man es in späteren Zeiten, als bereits die Bauerngerichte eingegangen waren, den Feldschützen die gesetzliche Buße

18) Grimm, I, 652. vgl. 651.

19) Grimm, I, 418 f.

20) Grimm, I, 419.

21) Grimm, I, 420.

22) Grimm, I, 820. Vgl. noch p. 814.

23) Grimm, I, 182.

24) Offn. von Dübendorf §. 23 u. 24. und von Schwommenningen §. 20 bei Schauberg, I, 103 u. 120. Grimm, I, 182.

25) Rechtsb. Rfr. Ludw. c. 142 u. 143. Bair. Landr. von 1616. tit. 24 art. 2 u. 3. Grimm, I, 419 u. 820.

von den im Frevel getroffenen Leuten gleich bei der Pfändung selbst zu erheben, z. B. frühe schon in Baiern ²⁶⁾).

Dasselbe, was die Feldschützen für die Felder, Wiesen und Weiden, waren die Waldschützen für die Gemeindewaldungen. Sie hatten die Aufsicht über die Waldungen mit dem Rechte und der Pflicht die Holzfrevel zu constatiren und zu rügen. Außerdem hatten sie aber auch noch die Holzhiebe anzuordnen und die einzelnen Holzlose anzuweisen ²⁷⁾. Man nannte sie auch Holzhaie z. B. in Baiern und in der Schweiz ²⁸⁾, Holzwarde ²⁹⁾, custodes silvarum ³⁰⁾, Baunwarde u. s. w. („der bannwart sol „och by sinem eid all tag fröh vff stan so der tag an den himel „gat, vnd sol holz vnd veld beschowen verhueten vnd vergomen „(von dem Gothischen gaumjan, d. h. beschauen und hüten) ³¹⁾. „Dz nieman dhein schad beschehe, wer aber dz er dheimerley vichs „jemans guot an schaden funde so sol er rueffen mit luter stimm, „dri stund das man jm helse dz vich vstriben, kunt dann nieman „der jm hilffet, so sol er es selber vstriben“) ³²⁾.

Auch Förster wurden die Waldschützen öfters genannt. Denn so lange es noch keine Forstkultur gab waren die Gemeindeförster von den übrigen Feld- und Waldbhütern durchaus nicht verschieden. („ein vorster, der vnser holz vnd feld vergome, vnd „alle morgen, ê die sunn vf gat, bede korun vnd haber zelgen „besäch, so er etlich sach am schaden fint, das selbig inthun ³³⁾. „Ein vorster, der vns sol hüten wisen, affter, holz vnd och veld ³⁴⁾. „Findt in der forster und ist er goteshausman, so sol er in rue- „gen für 6 Den., und ist er ein ungenosß, so sol er in pfenden, „wo er in begrift uf dem eigen ³⁵⁾. Das Forster ampt wer das

26) Urk. von 1557 §. 5 bei Lori p. 349.

27) Urk. von 1557 §. 1 bei Lori, p. 348.

28) Grimm, III, 651 §. 37 u. 38. Ordnung von Dübendorf bei Schauberg, I, 110.

29) Lori, p. 348.

30) Dipl. von 1296 bei Wüldtwein, nov. subs. XII, 268.

31) Grimm, Gr. IV, 658 u. 699. Schulze, Goth. Gloss. p. 108. Stalder, I, 430, f.

32) Offn. von Dübendorf §. 22., vgl. §. 23 u. 24 bei Schauberg, I, 103.

33) Grimm, I, 134.

34) Grimm, I, 101. Vgl. p. 115.

35) Grimm, I, 675.

„hat sol holz vnd velds gomen vnd färbieten vnd sol pſenden „geben“) ³⁶⁾. Wer ſich der Pfandung widerſetzte wurde geſtraft („wer dem vorſter ein pfaund fräffenlich vorhielti, ſo er inn pſenden weſte der iſt ein fräffel verfallen“) ³⁷⁾. Auch das im Frevel gefundene Vieh ſollte gepfändet und im Pfandſtalle ³⁸⁾ oder im Fronhofe ³⁹⁾ oder in der Wohnung des Heimbürgen ⁴⁰⁾ ſo lange bewahrt werden, biß der Schaden geſchätzt und erſetzt worden war.

§. 181.

Für den untergeordneten Gemeindebedienst in dem Dorfe ſelbſt waren allenthalben Boten angeſtellt, zur Beſorgung der amtlichen Bekanntmachungen und Vorladungen, und des Vollzuges der Gemeindebeſchlüſſe und der Gebote der Gemeindevorſteher. Man nannte ſie Boten (precones) ⁴¹⁾, Büttel („Budel“ oder „Butel“) ⁴²⁾, Dorfs-Knechte ⁴³⁾, Schergen ⁴⁴⁾, Weibel zumal in der Schweiz ⁴⁵⁾, Amtmänner z. B. in Baiern ⁴⁶⁾ und Rödder Greben z. B. in Heſſen ⁴⁷⁾. Außer dem untergeordneten Dienſte in dem Dorfe ſelbſt mußten ſie jedoch öfters auch noch die Feld- und Waldmark hüten („derſelben matten ſoll „ein büttel hüten“) ⁴⁸⁾. Und zumal die Weibel waren nicht ſelten zu gleicher Zeit auch die Förſter. („Der Weibel ſoll ſchweeren die Hölzer, und was dem giſſt zugehörig iſt wohl zu

36) Offn. zu Knonau §. 13 bei Schauberg, I, 77.

37) Grimm, I, 125.

38) Grimm, I, 134.

39) Grimm, I, 671.

40) Statute von Mülhauſen bei Graſſhof, p. 249.

41) Grimm, I, 693.

42) Grimm, I, 516, 728 u. 787.

43) Grimm, I, 516. Heſſ. Grebenordn. tit. 48 u. 49 p. 123 u. 127.

44) Grimm, III, 738 §. 5.

45) Grimm, I, 253.

46) Grimm, III, 900.

47) Grebenordn. tit. 49, p. 127 u. 132.

48) Grimm, I, 727.

„vergaumen, auch die Ehefaden treulich zubesehen, und in „holz und feld sein best und wegstes zuthun, auch alle, die, so „wieder den Rodel, im Holz und sonst etwas handeln wurden, „bey seinem Eid einem Probst und Pflegeren zuleiden“, d. h. anzeigen oder anklagen ⁴⁹⁾. „Es soll ein Weybel alle tag ausgahn „zu eingehendem Mochen so der Morgen- oder Tag-stern aufgah, „und soll gahn durch Holz, und durch feld zu Schw., und sol „beschauen ob jemandt kein schad beschehen wäre“ ⁵⁰⁾. „Es sol „auch ein jeglicher der das weibelamt in hat, über den berg forster sehn, und wen er darin ergreiffet der nicht der güter hat, „den mag er pfenden“ ⁵¹⁾.

Umgekehrt mußten aber auch die Feld- und Waldschützen die Gemeinbedienste anlagen („wan ein bannwart gebüt, von „hufz zu hufz, wege oder stege zu machen oder buren werd“) ⁵²⁾, und wenn es nothwendig war, noch andere Botendienste thun („ein bannwart soll wenn es der twingherr begert über fisch in „dem see, um botschaft auf Nidau oder Erlach, zu gebot stehen“) ⁵³⁾. Auch die Förster mußten nöthigenfalls die Vorladungen machen und noch andere Botendienste verrichten ⁵⁴⁾. Und wenn in einer grundherrlichen Gemeinde kein Förster und kein Weibel vorhanden war, so mußte sodann der herrschaftliche Beamte selbst die jenen obliegenden Botendienste thun. („ob es sich begeben wurde daß „kein Weybel und Forster wäre, soll er“ — d. h. der Rähnhoffer oder Keller — „der Gstift Hölzer wohl verwahren, Holz und „feld behüeten und alles das thun, so einem Weybel und Forster „von amtswegen zuthun gebühret biß ein anderer Weybel und „Forster wiederum gesetzt und gewehlet werden mag“) ⁵⁵⁾.

49) Schwommenbinger Offn. §. 17 bei Schauberg, I, 119. Vgl. Stalder, II, 165.

50) Schwommenbing. Offn. §. 20. Vgl. noch §. 21 u. 22.

51) Grimm, I, 253.

52) Grimm, I, 418.

53) Grimm, I, 182. vgl. p. 814.

54) Grimm, I, 34.

55) Schwommenbing. Offn. §. 6 bei Schauberg, I, 117.

§. 182.

Auch die untergeordneten Gemeindebeamten und Diener wurden meistentheils von der Gemeinde gewählt, in den freien Gemeinden ebensowohl wie in den grundherrlichen und in den gemischten.

In den freien bloß einer Vogtei, sei es nun der landesherrlichen oder einer anderen Vogtei unterworfenen Gemeinden hatte insgemein die Gemeinde selbst ein ganz freies Wahlrecht. So erwählten viele freie Gemeinden in der Schweiz u. a. m. ihren Gemeinde-Förster, Hirten, Weibel u. s. w. („es soll auch „ein gmeind erwellen einen voster vnd ein hirtten“) ⁵⁶⁾). In Baiern wurden die Eschhaien und Wieshaien von jeder Bauerschaft erwählt ⁵⁷⁾). Zu Andelfingen hatte die Gemeinde ihren Förster zu wählen, der Vogt aber ihn in sein Amt einzusetzen („den voster „sol ein bursami erwellen, vnd sol es ein herr“ — der Graf von Habsburg, dem die Vogtei zustand — „lihen“) ⁵⁸⁾). Zu Dübendorf sollte die Gemeinde ihren Weibel erwählen, ihn aber ohne Wissen und Erlaubniß des Obervogtes nicht wieder entlassen. („Die Gmeind soll einen weibel wie von alter her erwellen „vnnnd nemmen, doch den selbigen ohne der Obervögten „wüßsen vnnnd erlaubnuß zevrlouben nit gvalt haben“) ⁵⁹⁾). Zu Rickenbach in der Abtei St. Gallen hatte der Vogteiherr das Recht den Gemeindeförster auf ein Jahr zu ernennen. War jedoch die Gemeinde nicht mit demselben zufrieden („wer dann, das der „voster den nachpuren nit gefellig wurde“), so durfte ihn die Gemeinde entlassen und dem Vogteiherrn vier Candidaten zur Auswahl vorschlagen („so mögen sy den abthun, vnd aim herren „vier erber knecht fürsclahen, das er jnen vnder denselben ainen „andern voster gebe“). Fand der Vogteiherr unter ihnen keinen der ihm gefiel, so durfte auch er wieder der Gemeinde vier Candidaten vorschlagen, aus welchen diese den Förster wählen durfte.

56) Grimm, I, 89. vgl. p. 134. u. oben §. 107.

57) Rechtsh. Kfr. Ludw. c. 143. Bair. Landr. von 1616, tit. 24 art. 3.

58) Grimm, I, 101.

59) Ordnung von 1592 §. 12 bei Eschauberg, I, 110.

Konnte man sich aber gar nicht vereinigen, so hatte sodann der Vogteiherr das Recht den Gemeindebeamten zu ernennen⁶⁰). In anderen freien Gemeinden durfte zwar die Gemeinde den Gemeindebeamten erwählen. Sie mußte ihn aber der Vogteiherrschaft zur Annahme präsentiren, z. B. zu Elgg den Weibel⁶¹). Oder der Vogt hatte gemeinschaftlich mit dem Rath die Gemeindebeamten zu wählen und sie sodann in ihr Amt einzusetzen, z. B. zu Elgg die Baumeister, Feuerschauer, Brodschauer, Fleischschäger, Hirten u. s. w.⁶²). Wieder in anderen freien Gemeinden sollten die Gemeindevorsteher, jedoch nicht ohne Zustimmung der Gemeinde, z. B. in Tirol die Dorfmeister, den Schergen ernennen⁶³). In anderen freien Gemeinden durften die Gemeindevorsteher ganz allein, z. B. die beiden Dorfneier zu Nieder- und Mättmenhasle den „Vorster vnd hirtten setzen vnd entsetzen“⁶⁴). Und zu Dübendorf sollten die vier regierenden Ewalten die vier Ewalten des vorigen Jahres zu sich nehmen und mit ihnen gemeinschaftlich den Bannwart ernennen⁶⁵).

Auch in den gemischten Gemeinden stand meistens der Gemeinde selbst das Wahlrecht zu, z. B. zu Gappel im Schwarzwalde das Recht den Bannwart zu setzen⁶⁶). Anderwärts, z. B. zu Erbolzheim im Elsaß war ursprünglich das Wahlrecht getheilt, indem die Gemeinde einen Bannwarten wählen durfte und eine der daselbst ansässigen Grundherrschaften den anderen. Späterhin hat man sich jedoch dahin verglichen, daß die Gemeinde namens der Herrschaft beide Bannwarte wählen solle. („also daß wir die „beyden bannwarten an statt und namen unserer herren küssen „sollen“)“⁶⁷). Zu Bubenheim an der Mosel hatten zwar die drei daselbst ansässigen Grundherren das Recht den Schützen zu ernennen.

60) Grimm, I, 213—214.

61) Elgger Herrschaftsrecht, art. 19 bei Pestaluz, I, 283.

62) Elgger Herrschaftsrecht, art. 4 §. 11, art. 10, 11, 13, 14, 17, 18 u. 22.

63) Grimm, III, 738 §. 5.

64) Offen. §. 24 bei Schauberg, I, 3.

65) Offen. §. 21 bei Schauberg, I, 102.

66) Grimm, I, 419.

67) Grimm, I, 721.

Sie sollten dabei jedoch auch die Gemeinde zu Rath ziehen. („doch „mitt rade der gemeinden“) ⁶⁸⁾.

Aber auch in sehr vielen grundherrlichen Gemeinden hatte die Gemeinde ein ganz freies Wahlrecht. So hatten z. B. in der Schweiz und im Elsaß sehr viele grundherrliche Gemeinden das Recht den Baunwart zu erwählen („du gnossami von „Abelgeswile sol einen bauwart kiesen“ ⁶⁹⁾). Ein heimburge und „die gemeine sollend alle jar ein bauwart welen“ ⁷⁰⁾). In Baiern wählte jede Bauerschaft ihren Eschhai und Hirten („Wenn „die gepurschafft eschhagen vnd Hirten nimpt“) ⁷¹⁾). In der Pfalz wählten die Gemeinden ihren Flurschützen. („Gemeine Flurh Schützen. Solche werden von der gemein gesezet vnd angenohmen, „wie auch von derselben besolt nach gelegenheit der zeit“) ⁷²⁾). Anderwärts hatte jede grundherrliche Gemeinde zu wählen, ihren Förster ⁷³⁾, den Büttel ⁷⁴⁾, den Weibel ⁷⁵⁾, den Gerichtsboten (preco) ⁷⁶⁾ u. s. w. Meistentheils hatte jedoch die Grundherrschaft oder der grundherrliche Beamte den von der Gemeinde Gewählten in das Amt einzusetzen oder zu investiren, z. B. den gewählten Förster („alle jar ze wienachten sol man „erwellen ein vorster, vnnd dem licheit der meyer das vorsterampt, „an des goshuuss statt, mit der gebursami rat und willen“ ⁷⁷⁾). „Dieselben vorster soud die hofflüt kiesen, by ir end, denen sol es „denn ains byschops phleger lihen“) ⁷⁸⁾). Eben so den Baunwart. („Du gnossami sol einen bauwart kiesen, dem sol ein buwmeister lihen das ampt mit aller der rechtung so dar zu hoeret“ ⁷⁹⁾). „Die banleut sollen kiesen zwene bauwarten und sol inen der mei-

68) Grimm, III, 824.

69) Grimm, I, 163.

70) Grimm, I, 651. vgl. noch p. 652, 704, 728 u. 749.

71) Grimm, III, 645.

72) Ungebrudtes Weisthum von Werstatt.

73) Grimm, I, 35, 103 u. 115.

74) Grimm, I, 727 u. 728.

75) Grimm, I, 253.

76) Grimm, I, 693.

77) Grimm, I, 35.

78) Grimm, I, 103.

79) Grimm, I, 163.

„ger das dan verleihen ⁸⁰⁾. Sollenť kiesen vier bannwarte, die „soll ein schultheiß sehen ⁸¹⁾. Sont die burger zwene banwarten „kiesen, und sol in min frowen meiger in das banwarttum sehen ⁸²⁾. Villani de communi consilio eligere debent duos custodes campi, qui dicuntur banwarten, quos scultetus locare teneatur ⁸³⁾. Den Eschhai und Hirten. („Wenn die gepurschaft „schhagen vnd hirtten nimpt, die sol lihen in dem obern dorf des „richters mair, vnd in dem nideren dorf des Renners hof, wer „dann mair daruff ist“ ⁸⁴⁾. Den Büttel („und sollen ihn“ — d. h. den büttel — „das Dorff kiesen und soll ihn der schultheiß sehen“ ⁸⁵⁾, den Weibel („einen weibel wellen, und sollen ihm das weibels „amt die herren lihen“) ⁸⁶⁾, den Boten (Villani de communi consilio eligere debent preconem, quem scultetus locabit) ⁸⁷⁾ u. s. w. Insbesondere wurden auch in Franken die Gemeinbediener, Hirten u. a. m. von der Gemeinde gewählt und von dem herrschaftlichen Vogte belehnt ⁸⁸⁾. Oder es hatte anderwärts die Grundherrschaft oder der herrschaftliche Beamte das Recht, den von der Gemeinde Gewählten zu bestätigen („Ein heimbürge „und die gemeine sollend alle jar ein banwart welen. Ein meiger „sol den banwart bestätigen“) ⁸⁹⁾. Wieder in anderen Gemeinden durfte der herrschaftliche Beamte den von der Gemeinde Gewählten, wenn er ihm nicht gefiel, verwerfen. Und es mußten sodann bis zu drei neue Candidaten gewählt werden, aus welchen der herrschaftliche Beamte einen nehmen mußte („so kiesenť die „hueber einen banwart, ist, das er deme kellner nicht gefellet, so „sollenť sie kiesen unz an den dritten, und sol under den dreien „einen wellen, welchen er wil“) ⁹⁰⁾. Anderwärts hatten die Ge-

80) Grimm, I, 704.

81) Grimm, I, 728.

82) Grimm, I, 749.

83) Grimm, I, 693.

84) Grimm, III, 645.

85) Grimm, I, 727 vgl. p. 728.

86) Grimm, I, 253.

87) Grimm, I, 693.

88) Bensen, Notend. p. 378.

89) Grimm, I, 651.

90) Grimm, I, 690.

meinden ein bloßes Präsentationsrecht und die Grundherrschaft oder der herrschaftliche Beamte das Recht den Präsentirten zu ernennen. („wenn der Herr zu Gr. sinen weibel setzen will, so „sol dan die Gmeind dem selben Herren dry Mann fürsclachen, „under den selben drehen Mannen sol der Herr sinen weibel vß- „ziehen“) ⁹¹⁾. *Officium nemorarii seu forstarii debet domina abbatisa ad presentationem villici et villanorum concedere et ordinare*) ⁹²⁾. In anderen Gemeinden war die Gemeinde berechtigt, einen oder mehrere Beamten zu erwählen und die Grundherrschaft den anderen zu ernennen. So wurden z. B. im Elsaß und in der Pfalz die Feldschützen ernannt (*villani de comuni consilio eligere debent duos custodes campi et officiales curie debent eligere tercium*) ⁹³⁾. „Der apt zu Limpurg sol kiesen „drei schützen und die von Dorkeim drei, vß den selben sechs „sollent unser her der apt und die gemeinde von Dorfheim zwen „kiesen“) ⁹⁴⁾. Eben so die Bannwarte im Elsaß („min herre „der abbet sol einen banwart kiesen, unde die burgere einen, und „sol der schultheisse in die ambacht lihen“) ⁹⁵⁾. Die Waldschützen in der Pfalz u. a. m. ⁹⁶⁾. Wieder in anderen Gemeinden sollte der grundherrliche Beamte gemeinschaftlich mit der Gemeinde z. B. den Förster erwählen („daz der meiger vnd die „huber ze Hoengg ellii jar kiesen sülent vnd erwellen einen vor- „ster“). Wenn sie sich jedoch nicht einigen konnten, so hatte die Grundherrschaft selbst den Förster zu ernennen. („wend sie aber „—zwen vorster in mishellung erwellent, so sol der probst denn „ze mal einen vorster geben“) ⁹⁷⁾. Ober die Grundherrschaft wählte gemeinschaftlich mit der Gemeinde, mit dem grundherrlichen Meier und mit dem Vogt. („Das forster Ampt — sol min frow von „Schennis mit einem vogt. vnd einem meyer vnd mit der Weren

91) Hoftobel von Gryffenberg §. 6 bei Schauberg, I, 52.

92) Dipl. von 1260 bei Neugart, II, 232.

93) Grimm, I, 693.

94) Grimm, I, 788.

95) Grimm, I, 670.

96) Dipl. von 1296 bei Würdtwein, nob. subs. XII, 268.

97) Grimm, I, 9. vgl. noch p. 814 u. 815.

„hand der guossen zuo Rnuonow besetzen“) ⁹⁸⁾. Anderwärts sollte der Grundherr oder der herrschaftliche Beamte das Ernennungsrecht haben, er sollte jedoch dabei den Willen der Gemeinde berücksichtigen („so hat kein probst keinen amtmann nicht zu setzen, nur es sei der armen leut will vnd pet, vnd um wen sie pitten“) ⁹⁹⁾. Es gab indessen auch sehr viele Gemeinden, in welchen der Grundherr oder herrschaftliche Beamte berechtigt war ganz allein, ohne den Rath oder den Wunsch der Gemeinde berücksichtigen zu müssen, den Gemeindebeamten oder Diener zu ernennen, z. B. den Förster¹⁾, den Bannwart²⁾, den Froubannwart³⁾, den Weibel⁴⁾, den Büttel⁵⁾, den Mutter oder Mitterer⁶⁾.

In den grundherrlichen Gemeinden durfte übrigens kein Gemeindebeamter oder Diener ernannt oder gewählt werden, der nicht selbst hofhörig, also der Grundherrschaft Unterthan war, z. B. kein Bannwart („man sol ouch zwene bannwarte han, und sond die gotshuslüt sein“) ⁷⁾, kein Weibel („es soll das weibelamt niemand in haben, dann einer, der ein rechter hoffjünger und gotshausmann ist“) ⁸⁾, kein Förster („das man behainem das vorster ampt lihen sol, denn der in den hoff gehört“) ⁹⁾. Indessen sollte die Grundherrschaft doch auch keinen ihrer gebrödeten Diener ernennen („die dreu gotscheuffer sollen einen schutzen setzen na irem willen, doch bit rade eins heimburgen vnd gemein, der niect vom irem brode vndt kleidern en sy vndt ein birue man vß dem dorff sy“) ¹⁰⁾.

Wenn man keinen tauglichen Förster finden konnte, so

98) Offn. der Vogtei Rnonau §. 13 bei Schauberg, I, 77.

99) Grimm, III, 900. vgl. I, 650.

1) Schwommending. Offn. §. 6 bei Schauberg, I, 117.

2) Grimm, I, 180, 699 u. 709.

3) Grimm, I, 707.

4) Grimm, I, 180. Schwommending. Offn. §. 6 bei Schauberg, I, 117.

5) Grimm, I, 693, 707 §. 25 u. 787.

6) Grimm, I, 787.

7) Grimm, I, 368.

8) Grimm, I, 253.

9) Grimm, I, 103.

10) Grimm, III, 824.

mußten sodann einstweilen „die Keller, die Huober vnd die „Schupfer das Holz besorgen vnd behüten“¹¹⁾, oder das Forstamt war in diesem Falle an den Besitz einer bestimmten Hube oder Schuppe gebunden. („Wenn man nit vorster vindet, „wer ye denn hie schupfer inne hett, die man nempt Bilgrinschupfer, der sol sich dez vorsterampt vnderziehen“)“¹²⁾. Anderwärts sollte der Meier das Amt des Forsters übernehmen, wenn man sich bei der Wahl nicht einigen konnte. („zerhullen sy aber „aller dingen, so sol der meyr vorster sin, vnz das sy eines vorsters über einkomen“)“¹³⁾. Auch hatte in manchen Gemeinden der herrschaftliche Beamte das Recht die Stelle des Bannwarts selbst zu übernehmen und dann war natürlicher Weise die Gemeindewahl beseitigt. („were es aber, daß ein schultheiß, nun „oder hernach bannwart sein wolte, das mag er wohl thun nach „unsern alten gewohnheiten“)“¹⁴⁾.

Wer übrigens das Ernennungsrecht hatte, hatte insgemein auch das Recht den Ernannten wieder seines Amtes zu entsetzen, also die Gemeinde selbst oder der Gemeindevorsteher. („Die Dorfmeyer hand gewalt vorster vnd hirtten ze setzen vnd ze entsetzend“)“¹⁵⁾, oder der Grundherr oder sein herrschaftlicher Beamte¹⁶⁾. In gleicher Weise hatte die Gemeinde u. s. w. das Strafrecht. („Daz die genossen ainen vorster vmb mißtätig sachen, „die von des vorster ampts wegen vff louffen, straaffen mügen „nach ir erkantnuß“)“¹⁷⁾. Das ein vorster inn den höllheren mißhuti, vund das des Goghushluth vund keller das bekannten, das „sol der vorster bessern mit dem besten haupt“)“¹⁸⁾.

11) Grimm, I, 103.

12) Grimm, I, 103.

13) Grimm, I, 35.

14) Grimm, I, 721.

15) Offn. von Rieber u. Mättmenhaffe §. 24 bei Schauberg, I, 3.

16) Grimm, I, 814. Schwommen ding. Offn. §. 17 bei Schauberg, I, 120.

17) Grimm, I, 108.

18) Grimm, I, 125.

§. 183.

Außer den Marknuzungen (§. 95.) und außer dem Besitze und Genuße eines Grundstückes (§. 129.) hatten die Gemeindebeamten und Diener auch noch gar mancherlei Bezüge in Naturalien und Geld. Der Bachknecht zu Dürkheim erhielt 2 Gulden an Geld und ein Paar Stiefel, und gewisse Pfandgebühren. („Bachknechts Lohn. Sein Lohn ist gewesen 2 fl vnd ein Par „stüffel. Vnd da er jemand finde, der in die Bach schlege, mit „fischen vnd Anderen Geschäften, das solte er fürbringen, jedem „5. Heller abgenommen werden“) ¹⁹⁾. Der Bannwart zu Herzogenbuch in der Schweiz erhielt jedes Jahr einen grauen Rock, ein Paar neue Schuhe, das Frühstück („Früßpiß“) so oft er in den Wald ging und einen Antheil an den Windbrüchen („des „hoffs bannwart ist das recht ein grower roß zu dem jar vnd zwen „nuw schuch, vnd früßpiß in dem hoff als enn andern knecht so „er zu holz gat. Und sint die gefell vnd die wintbrüch sin, ob „einem fuder, dar mit sol er sin schuch bessern“) ²⁰⁾. Der Nebenbannwart zu Twann in der Schweiz durfte in jedem Weinberge drei Trauben essen und Birnen so viel als er wollte. Auch durfte er noch eine Hand voll Birnen mitnehmen. („Der bannwart mag drei trauben in dem nächsten stücke reben, wo ihn „essenslust antkomt nehmen und hernach in demselben stücke und „in gleichem jahre nichts mehr. — birnen mag er essen so viel er „will und mit sich nehmen so viel er in seiner hand vorn an der „brust tragen mag“) ²¹⁾. Anderwärts hatten die Bannwarte einen Antheil an den Geldbußen ²²⁾. Eben so die Eschhaie in Baiern ²³⁾. Meistentheils erhielten aber die Gemeindebeamten und Diener gewisse Naturalbezüge theils von der Herrschaft theils von den Gemeindegliedern oder auch von der Gemeinde selbst, bestehend in Früchten, in Heu, Brod, Wein, Geld u. s. w., z. B. die Wei-

19) Dürkheim. grünes Buch.

20) Grimm, I, 815.

21) Grimm, I, 183. Vgl. oben §. 135.

22) Grimm, I, 419 u. 814.

23) Lortz p. 349 §. 5.

bel in Schwommendingen („was man einem Weybel von der „Stift Zürich gibt, es seye an Kernen, Brot, Pfennigen und „Wein — die Zürichberger gebend jährlich einem Weybel 1 Viertel Haber — .. Item von jeglicher Hueb gibt man einem „Weibel ein garb dunkels, und ein Garb Haber, und von den „schüpfossen von jeder auch ein Dünklein-Garb und ein Häberinn „Garb —. Item es soll von jetlicher Hueb ihm gegeben werden „1. Burdj Heuws von der besten Wießen, und die Burdj soll „also groß seyn, daß sie zwen mit ihm zuheben hand, und so er „die Burdj auf sich nimt, salt er darmit auf die Wief, so hat er „die Burdj verlohren, gahet er aber mit der Burdj 3 Schritt außert „die Wießen, so hat er die Burdj gewonnen —. Item ein Kellner „soll ihm geben 1 Fuder Heuws von der stadtwießen, mit der be- „scheidenheit, daß der weybel selb ander mit 8 Rindren, die wagen „ziehnd gan soll auf die Wießen, und soll ein Fuder Heu machen „so groß, als er mit 8 Rindren dannen führen mag. — Item „es soll ein Kellner einem Weybel geben zu Sun gichten 1. „Mütt Kernen, und zu Wiehnächten auch 1. Mütt Kernen „für seinen lohn, und je von 100 Garben dunkels und habers „1. garb. Item ein jetlicher, der ein Fürstatt hat, soll ihm „geben 1. Brott am Heiligen Abend zu Wiehnächten“) ²⁴⁾. Eben so die Flurer in Baiern („dem flurer sollen sie geben von „26 lehen von jedem lehen vier garb beederlei“) ²⁵⁾. Die Hirten u. s. w. (§. 107.) Sehr reichlich pflegten insgemein die Förster bedacht zu sein. Der Förster zu Birmensdorf erhielt am St. Andreas Abend Geld für zwei Sohlen („man sol dem vorster an „sant Anderes abende jetwederm ein schilling pfening geben, für „zwo solen“). und außerdem noch Fruchtgaben von den Gemeindegliedern und von der Herrschaft, sodann die Windbrüche und anderes Holz. („Dis ist der vorster lon. — jegliche fürstatt güt „dem vorster ein dinklin garbe, vnd der meyerhof vier garben, „windbrück vnd schnebruch in den hölzern, vnd das holz, das jar „vnd tag in dem holz gelit“) ²⁶⁾. Der Förster zu Laufen erhielt einen Sterbfall und den Zehnten. („Es sol ainem vorster von

24) Schwommb. Offn. §. 23—29 bei Schauberg, I, 121. Vgl. noch Eigger Herrschaftsrecht, art. 10 bei Pestaluz, I, 283.

25) Grimm, III, 628.

26) Grimm, I, 34 u. 35.

„ainem man ze val werden die best kapp, baz best gürtelgewand
 „mit täschen vnd mit messer, vngeuärllich II hosan II schüch alb
 „II stiuel. — Darzû wirt ainem vorster von ainer fromen ze val
 „II schüch, 1 hüll, vnd die gurtel vnd baz gurtelgewand, vñgenomen
 „die schlüssel. — Dez goßhus güt von Rinow git ainem vorster
 „allen zehenden“) ²⁷⁾. Meistentheils erhielten aber auch die Förster
 reichliche Fruchtlieferungen, z. B. zu Rickenbach („ain jetliche
 „huob sol aim vorster zwo vesengarben — d. h. Dinkel oder Spelt —
 „geben, vnd zwo habergarben vnd ain schuopis ain vesengarb vnd
 „ain habergarb, vnnnd ain manßmad hōwachs in Thurow vier
 „pfennig“) ²⁸⁾; zu Wulfsingen „an dem heiligen abend zu wie-
 „nacht ein viertel kernen“) ²⁹⁾ und zu Andelfingen außer dem
 Vorsterlehen auch noch „Vorstergarben“ ³⁰⁾ und öfters einen
 Antheil an den Strafgebern ³¹⁾.

§. 184.

Das Amt dieser Gemeinde-Beamten und Diener muß sehr einträglich gewesen sein. Denn sie mußten selbst wieder von ihrem Amte eine Abgabe entweder an die Gemeinde oder an die Grundherrschaft oder an beide zugleich entrichten. Diese Abgabe wurde zuweilen an die Gemeinde und zwar am Tage der Einsetzung ins Amt entrichtet, z. B. im Elsaß („und wenn man den banwart „setzt, so sol er den hubern geben XVI maß wins und acht brot“) ³²⁾. Meistentheils wurde aber diese Abgabe an den herrschaftlichen Beamten oder an die Herrschaft selbst entrichtet und zwar entweder für die erhaltene Investitur oder für die Ernennung selbst. Für die erhaltene Investitur z. B. im Elsaß, in der Schweiz und in Baiern („unde sol der schultheisse in die ambacht lihen, „unde sullent sie — d. h. die Banwarte — ime geben einen halben schillinc“) ³³⁾. „Denen vorstern sol es denn ains byschofs

27) Grimm, I, 106 u. 107.

28) Grimm, I, 214.

29) Grimm, I, 138.

30) Grimm, I, 101.

31) Grimm, I, 101.

32) Grimm, I, 650.

33) Grimm, I, 670.

„pfleger liden, vnd sond die dem pfleger sin recht da von tun“³⁴⁾. „Auch soll ein pfleger einen hirtten, einen flurer leichen jedem um „drei pfennig“³⁵⁾. Für die erhaltene Ernennung selbst sollte z. B. im Elsaß „jeweber banwart dem meiger sechs pfenninge „und ein viertel wins von eime saze“ geben“³⁶⁾. In der Schweiz sollten „die banwarten hegllicher ein viertel wins geben, wenn er „gesetzt wirt“³⁷⁾, und anderwärts die Förster (nemorarii seu forstarii) einen sogenannten Ehrschaz entrichteten³⁸⁾. Ähnliche Bestimmungen zu Marlei im Elsaß („Die banwart zu M., so sie „gesetzt werdent, dye sollent gen dem schultheissen nündhalb unge „und zwen pfenning von dem bannwarthum“)“³⁹⁾. Ofters bestand die Abgabe sogar in einer jährlichen Leistung an den Grundherrn oder an den herrschaftlichen Beamten. So sollte zu Wiesenbängen der Förster dem Meier geben „hundert aher vff ostran vnd „ainen zhyger zü wyhänächten, der sol gelten ob viertthalben schilling heller“⁴⁰⁾. Zu Neukilch sollte „der waghel unnserm herren „von dem waghelthum jerlichen geben ain mutt kernen und ain „mutt haber. — Der vorster ze N. sol unnserm herren jerlichen „geben ain mutt kernen und ain mutt haber. — Der vorster ze „Erg. soll unnserm herren geben vom vorsterthumb drei mutt „haber. welcher herrtter ist zu N., sol unnserm herren da von „geben sin mutt habern, u. s. w.“⁴¹⁾. Die Bannwarten zu Grefweiller im Elsaß „sollen dem meiger geben alle jar vier „viertel halb rücken und halb gersten oder halb habern“⁴²⁾. Nicht selten mußten die Gemeindebeamten und Diener am Tage ihrer Einsetzung ins Amt nicht nur den herrschaftlichen Beamten, sondern zu gleicher Zeit auch noch der Gemeinde („Geburfami“) eine Abgabe entrichten, z. B. die Bannwarte im Schwarzwalde

34) Grimm, I, 103.

35) Grimm, I, 629.

36) Grimm, I, 699.

37) Grimm, I, 815.

38) Dipl. von 1260 bei Neugart, II, 232.

39) Grimm, I, 728.

40) Grimm, I, 144.

41) Grimm, I, 295.

42) Grimm, I, 704.

und im Elsaß. („Die zwen bannwarten sollen dem schultheiß ein „fiertel lorns geben, also das gute zeit herkommen ist, und vier „schilling pfenning unsern herren“) ⁴³⁾.

6. Dorfgerichte.

§. 185.

Jede Dorfgemeinde hatte für die Erhaltung des Dorffriedens, eigentlich des Dorfmarkfriedens, zu sorgen. Ohne Gerichtsbarkeit war dieses aber nicht möglich. Darum hatten ursprünglich wohl alle Dorfgemeinden, wenigstens die freien, ihre eigene Gerichte, welche von den grundherrlichen eben so verschieden waren wie von den öffentlichen. (§. 49 u. 157.) Jedes dieser Gerichte hatte nämlich einen anderen Gegenstand, die öffentlichen Gerichte die öffentliche Gewalt, die grundherrlichen die Angelegenheiten der Grundherrschaft und die Gemeindeggerichte die Feld- und Marktgemeinschaft und die damit zusammenhängenden Angelegenheiten. Sie konnten demnach sehr wohl neben einander bestehen und haben auch in früheren wie in späteren Zeiten öfters neben einander bestanden. In den Gebaurschaften und Kirchspielen in und um Köln bestand z. B. in der Gebaurschaft von der Weiherstraße ein Bauergericht (buir gedinge oder Baurgedinge) zur Entscheidung der Feldmarkangelegenheiten neben dem herrschaftlichen Gerichte des Abtes von St. Pantaleon und dessen Schultheiß ^{43 a)}, und in den verschiedenen Kirchspielen ein Gericht der Kirchspielsvorsteher (officials parochiarum) neben dem landesherrlichen Gerichte des Erzbischofs ^{43 b)}. Im Dorfe Cappel in der Ortenau hatten die Bischöfe von Straßburg einen Schultheiß mit Richtern zur

43) Grimm, I, 721. vgl. p. 368.

43 a) Ordnung von 1240 §. 45, 47, 49 u. 51 bei Ennen und Ederß, Quellen zur Geschichte von Köln, II, 210. Not., u. 216 ff. Urk. bei Elafen, Schreinspraxis, p. 61.

43 b) Schiedspruch von 1258 Nr. 18 in Quellen, II, 382.

Ausübung der ihnen daselbst zustehenden Gerichtsbarkeit⁴⁴). In demselben Dorfe hatten aber auch die Markgrafen von Baden ein Hubgericht über die zu ihrer Grundherrschaft gehörigen Hubgüter⁴⁵). Außer den in jenes Schultheissen- und Hubengericht gehörigen Hintersassen hatten aber auch noch zwei andere Grundherrschaften, die Junker von Bach und die Junker Rödber, Grundholden in jener Gemeinde, von denen jedoch nicht gesagt ist, ob dieselben ebenfalls ihre eigenen grundherrlichen Gerichte gehabt haben oder nicht⁴⁶). Sämmtliche in jenem Dorfe angesessenen freien und hörigen Bauern bildeten nun aber eine einzige Bauerschaft. („Burschafft“) mit einem eigenen aus einem „Heimberg und zwölf „Richtern“ bestehenden Bauerngerichte („buren gerichte“ oder „gerichte der burschafft“), welches die Dorfmarkangelegenheiten zu besorgen und zu entscheiden hatte⁴⁷). Eben so stand im Odewalde in jeder einzelnen Gemeinde neben und über dem Dorfmarkgerichte, welches man Hein- oder Haingericht nannte, ein herrschaftlicher Schultheiß⁴⁸). In Hiltartshausen in Franken nannte man das Dorfmarkgericht ein Ruggericht und das neben ihm stehende Herrschaftsgericht ein Freigericht⁴⁹). Im Bussfelder Thale hatten mehrere Gemeinden eine von dem Niedergerichte der Ganerben von Bussfel ganz unabhängige Gerichtsbarkeit in Dorfmarkangelegenheiten⁵⁰). Zu Norbach in Hessen stand das Heimbουργengericht neben dem landesherrlichen Centgerichte und neben dem Vogteigerichte der Herren von Benhausen⁵¹). Zu Neftenbach in der Schweiz hatte ein aus einem Vogt, aus Hausgenossen als Urtheilsfindern und aus einem Weibel bestehendes Herrschaftsgericht die niedere Gerichtsbarkeit unter sich, die Markangelegenheiten der Gemeinde („gebursamty“) wurden aber von dem Dorfmeier oder unter dessen Vorsitz von der Gemeinde

44) Grimm, I, 415 u. 416.

45) Grimm, I, 420—422.

46) Grimm, I, 418.

47) Grimm, I, 417—420.

48) Erbacher Landr. p. 68 u. 125.

49) Benjen, Rotenb. p. 381 u. 382.

50) Westphal, Pr. R. I, 248. ff.

51) Grimm, III, 328. Ropp, I, 321, II, 141.

entschieden ⁵²⁾). Auch im Rheingau hat es zu Vorch, Rüdesheim, Algesheim u. a. m. neben den herrschaftlichen Gerichten noch eigene Dorfmarkgerichte, sogenannte Haingerichte gegeben ⁵³⁾. Und dieses war auch dann der Fall, wenn die Dorfmarkgemeinde aus mehreren Dörfern bestand. Die Gemeinden Drehtingshausen, Ober- und Niederheimbach z. B. bildeten eine einzige Markgemeinde („die Burgermeister der Gemeinden fragen, ob nit Drehtingshausen, Niedern vnd Obernheimbach, so ferr vnser gericht „geet, ein vnuerscheiden Gemein sein sollen an Wald, Wasser, „Weyd, Weg vnd Steg. wurdtt geantwurdtt. ja“). Daher hatten daselbst die Bürgermeister über die Angelegenheiten jener Dorfmarkgemeinde zu erkennen. („Weytter fragen sie, so sie die Burgermeister bedeücht Mangel sein, oder gebrechen an Gewicht, Elen, „Maß, Mißbad, Fleisch oder dergleichen, ob sie nit Macht haben, „sollichß vff zu heben vnnnd straffen, wurdtt geantwurdtt, ja“). Neben ihnen stand aber auch noch das Gericht des herrschaftlichen Amtmanns mit seinem Buddel ⁵⁴⁾. Eben so lagen die beiden Dörfer Grawelbach und Hanrode in der Dorfmark von Reichenbach an der Bergstraße und bildeten daher eine einzige Dorfmarkgemeinde mit einem eigenen Dorfmarkgerichte, welches den Namen Heingericht führte („das die beyde pflege Grawelbach „vnd Hanrode inn der gemarck zu Reichenbach ligen, vnd haben „von iren voraltern gehört, das Grawelbach vnd Hanrode zwey „Dorfflin gewest vnd gein Reichenbach ins heyngericht gangen „sind“). Neben und beziehungsweise über diesem Dorfgerichte standen aber auch noch drei herrschaftliche Gerichte in jener Gemeinde, von denen das Eine den Pfalzgrafen, das Andere den Herren von Erbach und das Dritte den Herren von Ulner gehört hat ⁵⁵⁾).

§. 186.

Die freien Gemeinden hatten ursprünglich wohl sammt und sonders ihre eigene genossenschaftliche Dorfmarkgerichtsbarkeit.

52) Grimm, I, 75 §. 2—5. 10—17 u. §. 40.

53) Bodmann, I, 458, 470, 472, 489, II, 654. f.

54) Gerichtsordn. von 1529 bei Bodmann, II, 655—656.

55) Grimm, I, 475—476.

Denn wie andere freie Genossenschaften so mußten auch sie einen eigenen von der öffentlichen Gewalt unabhängigen genossenschaftlichen Vorstand mit einer zur Erhaltung der Genossenschaft selbst ganz unentbehrlichen genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit haben. Solche genossenschaftliche Gemeindevorsteher mit dem Vorsitze bei genossenschaftlichen Dorfmarkgerichten waren nun ursprünglich die Dorfgrafen (*grafiones loci* und *comites loci*), die Lungreben oder *tungini* u. a. m., in späteren Zeiten aber die Bauermeister, Dorfmeister, Bürgermeister, Dorfgreven, Centener, Honnen, Heimbürger u. s. w. Daher waren sie auch in späteren Zeiten noch keine belehnte Richter, wie die Glosse zum Sachsenspiegel II, 13. sagt, d. h. keine öffentliche von der öffentlichen Gewalt abhängige Richter. Und wenn sie zu Gericht saßen, so saßen sie nicht unter Königsbann⁵⁶⁾. Sie saßen vielmehr „außer Königsbann“, wie die Glosse zum Sachsenspiegel II, 12. sagt, und zwar, wie wir gesehen haben, im Namen und aus Auftrag der Gemeinde. (§. 159.) Viele freie Dorfgemeinden haben nun auch in späteren Zeiten noch ihre eigene genossenschaftliche Dorfgerichtsbarkeit behalten, z. B. in Töß⁵⁷⁾, in Nieder- und Mättmenhasle⁵⁸⁾, zu Baar, Egeri und Zug⁵⁹⁾, in Hessen⁶⁰⁾, in Oldenburg⁶¹⁾ u. a. m. In anderen freien, der landesherrlichen Vogtei oder einer anderen Vogtei unterworfenen Gemeinden erhielt, bei der weiteren Ausbildung des Vogteiwesens, der Vogt entweder den Vorsitz bei den Dorfgerichten z. B. in den freien Gemeinden in Franken der Landvogt⁶²⁾, in den Bauerschaften der Grafschaft Ravensberg der herrschaftliche Vogt, und zwar je nach den Umständen der landesherrliche oder grundherrliche Vogt (der Vogt „des Fürst und Herr, obere andere gutsherren“)⁶³⁾.

56) Sächf. Landr. I, 2 §. 4, III, 64.

57) Grimm, I, 134.

58) Offen. §. 21 bei Schauberg, I. 2.

59) Renaud, Rechtsg. von Zug p. 37 u. 42 und in Zeitschr. IX, 19 u. 20.

60) Grimm, III, 328.

61) Salem, II, 196.

62) Benfen, Rotenburg p. 379.

63) Hausgenossen Gerechtigkeit von 1569 bei Wigand, Archiv, V, 389.

Oder es mußte der Vogt zu den Dorfgerichten wenigstens beigezogen werden, z. B. zu Nieder- und Mättmenhasle der Untervogt⁶⁴⁾. Oder es ist die genossenschaftliche Dorfmarkgerichtsbarkeit durch die Vogteigerichte gänzlich verdrängt und mit diesen vereinigt worden, z. B. zu Bonstetten⁶⁵⁾, zu Binzikon⁶⁶⁾, zu Dübendorf⁶⁷⁾ u. a. m. in der Schweiz, ebenso in der Vogtei Hahnbach in der Oberpfalz⁶⁸⁾ u. a. m.

Wie die freien so hatten gewiß auch die gemischten Gemeinden ursprünglich ihre eigene genossenschaftliche Dorfmarkgerichtsbarkeit. Da nämlich in gemischten Gemeinden die Gemeinde aus den Hörigen der verschiedenen Grundherrschaften und aus landesherrlichen Vogtleuten und anderen freien Leuten zu bestehen pflegte, so war bei ihnen ein eigenes genossenschaftliches Dorfgericht um so mehr wahres Bedürfnis, als die markgenossenschaftlichen Angelegenheiten von den grundherrlichen eben so verschieden waren wie von den öffentlichen, zur Aburtheilung der Dorfmarkangelegenheiten also sonst gar kein Gericht und für die Gemeindeglieder jedenfalls kein gemeinschaftliches vorhanden gewesen wäre. Auch findet man noch in späteren Zeiten in solchen gemischten Gemeinden eigene Dorfmarkgerichte, z. B. zu Reichenbach in der Pfalz⁶⁹⁾, zu Birnheim in der Abtei Lorsch⁷⁰⁾, zu Cappel in der Ortenau⁷¹⁾, zu Kirchborch in Westphalen⁷²⁾ u. a. m. Auch zu Hanfschuchshausen, Dossenhausen u. a. m. in der Pfalz, wo die Grundherrschaft eigene Vogtei-, Hub- oder Hofgerichte besaßen⁷³⁾, hat offenbar ursprünglich ebenfalls ein eigenes Dorfmarkgericht für die genossenschaftlichen Gemeindeangelegenheiten bestanden. Seitdem jedoch die Grundherrschaft oder die öffentliche Gewalt an die Pfalzgrafen

64) Offn. §. 21 bei Schaumberg, I, 2.

65) Offn. §. 4 u. 15 bei Schaumberg, I, 11 u. 13.

66) Offn. §. 48 bei Schaumberg, I, 50.

67) Offn. §. 1 bei Schaumberg, I, 98 u. 108.

68) Ehehaftrecht art. 23 bei Fink, I, §. 4 p. 371.

69) Grimm, I, 475.

70) Dipl. von 1268 bei Guden, syl p. 255. Vgl. oben §. 9.

71) Grimm, I, 417 u. 418.

72) Weisthum bei Wigand, Provkr. von Paderb. III, 5. ff.

73) Wibber, I, 255 b. 267.

gekommen war, seitdem sind auch die genossenschaftlichen Dorfgerichte verschwunden und die aus Schultheiß und Gericht bestehenden Dorfgerichte sammt und sonders landesherrliche Gerichte geworden. Indessen hat es doch auch gemischte Gemeinden gegeben, in welchen es ursprünglich schon für markgenossenschaftliche Angelegenheiten keine genossenschaftliche Gerichte gegeben hat, z. B. zu Hausen in Baiern. Dasselbst hatten vielmehr die grundherrlichen Richter der drei in jener Dorfmark angethene Grundherrschaften auch über die Angelegenheiten der Dorfmark zu erkennen⁷⁴⁾.

Auch in den grundherrlichen Gemeinden hat nicht selten ein eigenes genossenschaftliches Dorfgericht bestanden, indem die Hofgenossenschaft von der Dorfmarkgenossenschaft wesentlich verschieden war, also jede Genossenschaft ihr eigenes Gericht haben konnte, öfters auch wirklich gehabt hat. (§. 8, 9 u. 49). Eine eigene Dorfmarkgerichtsbarkeit in grundherrlichen Gemeinden findet sich z. B. zu Frankenstein an der Bergstraße⁷⁵⁾, zu Hiltartshausen in Franken⁷⁶⁾, im Bussfelder Thale⁷⁷⁾, zu Krust in der Abtei Lach⁷⁸⁾, zu Adelmansfelden in Schwaben⁷⁹⁾ u. a. m. Und dann gehörten auch die Geldstrafen der Gemeinde. (§. 178.) Je mehr aber das genossenschaftliche Element durch die Grundherrschaft verdrängt ward, desto mehr kam auch in Dorfmarkangelegenheiten alle Gewalt, insbesondere auch das Recht die Gemeindebeamten zu ernennen und die Dorfgerichtsbarkeit selbst an die Grundherrschaft. Zuerst ließ man zwar die Dorfgerichte noch durch die Gemeindevorsteher, jedoch namens des Grundherrschaften verwalten, z. B. zu Hege im Stifte Embrach („alle ehafften sachen in holz vnd veld sonnd by des bropsts büßzen gepetten worden. — Die „Dorffmeyer sond alle ehafften sachen in holz vnd veld by des „bropsts büßzen gepietten, vnnnd alle die so büßzwirdig erfunden „werbent dem bropft leiden)⁸⁰⁾). Ober die grundherrlichen Gerichte

74) Zori, p. 363 ff.

75) Grimm, I, 481.

76) Venssen, Rotenb. p. 381.

77) Westphal, Pr. R. I, 248.

78) Grimm, III, 818.

79) Dorfsoordn. bei Rader, reichsritt. Rag. IX, 379.

80) Grimm, I, 121 u. 123.

Schritten erst dann ein, wenn die Gemeinden nicht strafen wollten, z. B. zu Frankenstein an der Bergstraße. („wer solch verbott „verbricht soll die gemein straffen, wo aber die gemein „nicht straffen will, mögen beyde jundern von ihrentwegen „straffen lassen“, d. h. durch „beyder jundern schultheiß“ und Gericht“) ⁸¹⁾). Nach und nach wurden jedoch die genossenschaftlichen Gemeinde-Beamten und Gerichte gänzlich verdrängt und herrschaftliche Beamte und Gerichte traten an ihre Stelle. (§. 163 u. 167.) Daher haben sich auch, wie wir gesehen haben, die Bauer- und Bürgermeister, Heimbürger und anderen Gemeindebeamten in den letzten Jahrhunderten in sehr vielen Gemeinden verloren und nur noch in jenen Gemeinden erhalten, in denen sich noch, wenn auch nur schwache Spuren von markgenossenschaftlichen Elementen erhielten. Eben so haben sich auch die Dorfmarkgerichte in manchen grundherrlichen Gemeinden bis in spätere Zeiten erhalten. Und nur der Vorſitz ist an die herrschaftlichen Beamten übergegangen, z. B. in Hilckartshausen in Franken, wo seit dem 16. Jahrhundert der Meister des Hospitales zum heiligen Geist zu Rotenburg den Vorſitz bei dem Rugggericht der Gemeinde geführt hat ⁸²⁾. Meistentheils wurde jedoch die Dorfmarkgerichtsbarkeit mit der Fronhofgerichtsbarkeit in der Art verbunden und verschmolzen, daß entweder die Dorfgerichte grundherrliche Gerichte geworden und die Fronhofgerichte mit ihnen zu einem Gerichte verbunden worden, oder daß die Fronhofgerichte an die Stelle der Dorfgerichte getreten und sodann beide mit einander vereinigt worden sind. In beiden Fällen waren es nun aber grundherrliche Gerichte, welche außer den grundherrlichen Angelegenheiten auch noch über Dorfmark Angelegenheiten zu erkennen hatten, z. B. in der Abtei Rheinau ⁸³⁾, zu Großweihër am Oberrhein ⁸⁴⁾, zu Speckbach im Elſaß ⁸⁵⁾, zu Orliton in der Schweiz ⁸⁶⁾, im Stifte Lindau, wo die Dorf- und Feldgerichtsbarkeit mit unter dem Hirtenstab be-

81) Grimm, I, 481.

82) Bensen, p. 379 u. 381.

83) Offn. §. 21 bei Schauberg, I, 151.

84) Mone, Anz. V, 306 u. 307.

85) Grimm, I, 652 f.

86) Grimm, I, 73 u. 74.

griffen worden ist, worüber das herrschaftliche Pfalzgericht zu erkennen hatte⁸⁷⁾ u. a. m. Auch fielen sodann die Geldstrafen, die sogenannten Markfrevel, an den Grundherrschaften („all büffen vnd „fräfel sind des bropfts“)⁸⁸⁾. Und wenn auch die Einungen und Strafen nach wie vor an die hörige Gemeinde fielen, so verdankte sie dieses jetzt nur noch der Gnade des Grundherrn („und was die armen lüt von einungen und von straffen und „von buessen innemend das hand sy von tugenden und von „gnaden von ainem abbt und von ain gotthuß“)⁸⁹⁾). In vielen grundherrlichen Gemeinden ist es jedoch niemals zu einer eigenen genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit gekommen, und dann wurden natürlicher Weise gleich von Anfang an auch die Dorfmarkangelegenheiten bei den grundherrlichen Gerichten verhandelt und entschieden, z. B. im Erzstifte Köln. (Quod si colonus courtis in H. in pecoribus educendis uel receptandis seu lignis succidendis aliquid deliquerit ad similitudinem parium suorum corrigetur⁹⁰⁾). In einem wie in dem anderen Falle waren es aber die Genossen (pares und compares), und keineswegs die grundherrlichen Beamten selbst, welche das Urtheil zu finden hatten⁹¹⁾. Übrigens hat es auch Dorfgemeinden gegeben, welche außer der Dorfmarkgerichtsbarkeit auch noch die übrige niedere Gerichtsbarkeit im Dorfe erworben haben. Dieses war z. B. in Opfikon der Fall, ohne daß jedoch nachgewiesen werden kann, ob die Gemeinde vorher schon eine genossenschaftliche Dorfmarkgerichtsbarkeit gehabt hat oder nicht⁹²⁾.

Auch in Baiern sind die Dorfgerichte, deren es im späteren Mittelalter sehr viele gegeben hat, grundherrliche Gerichte gewesen⁹³⁾, ohne daß man nachzuweisen vermag, ob dieselben ur-

87) Haltaus, p. 926 f. Vgl. noch meine Gesch. der Fronhöfe, II, 470.

88) Grimm, I, 121. Vgl. noch p. 9u. 123.

89) Offn. von Rheinau §. 24 u. 29 bei Schauberg, I, 152.

90) Dipl. von 1195 bei Lacomblet, Urkb. I, 383.

91) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 94 u. 109 ff.

92) Urbar der Grafschaft Kyburg bei Schauberg, I, 134 Not. „Suo Op-
„siden an der Glatt, da sind die kleine Gricht die gepursame. sy hands
„in kurzen jaren mit dem Zehend erkoufft.“

93) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 99.

ursprünglich genossenschaftliche Dorfmarkgerichte gewesen sind oder nicht. Wahrscheinlicher ist jedoch das Erstere, indem ursprünglich auch in Baiern Dorfmarkgenossenschaften mit genossenschaftlicher Gerichtsbarkeit bestanden haben ⁹⁴⁾, und auch in dem Rechtsbuche Kaiser Ludwigs cap. 139 und 142 sich noch Spuren einer Dorfmarkgerichtsbarkeit vorfinden und auch die verschiedenen Erklärungen der Bairischen Landesfreiheit noch einen Unterschied zwischen den Hofmark- und Dorfgerichten machen ⁹⁵⁾. Jedenfalls sollten auch im späteren Mittelalter noch die Dorfmarkstreitigkeiten nicht von den grund- oder landesherrlichen Gerichten, vielmehr von den Gemeinden selbst entschieden werden. Wenn nämlich mehrere Dörfer über Gemeinländereien („umb ain gemain“) oder über eine gemeine Mark in Streit geriethen, sollte der Streit durch die benachbarten Dörfer entschieden werden ⁹⁶⁾. Streitigkeiten dieser Art unter den Dorfnachbarn einer Dorfschaft selbst sollten aber durch eine sogenannte Kundschaft („huntschaft“) von den ältesten Genossen (von den „eltesten und den besten nachgepawern“ oder von den vicinis, wie sie das alte Bairische Volksrecht nennt), nach Besichtigung des streitigen Ortes entschieden werden ⁹⁷⁾. Und dasselbe Verfahren sollte auch bei Streitigkeiten über die Breite der Landstraßen und Wege eintreten ⁹⁸⁾.

§. 187.

In vielen Gemeinden wurde die Dorfmarkgerichtsbarkeit von der Gemeinde selbst in den gewöhnlichen Gemeindeversammlungen ausgeübt, z. B. auf den vier Mal im Jahre zu haltenden Bauertagen nach dem Wendhagenschen Bauernrechte ⁹⁹⁾;

94) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 170 u. 171.

95) Erklär. der Landesfreiheit von 1508, 1516 u. 1553, art. 11—13. Vgl. Hund, II, 401.

96) Rechtsb. Kfr. Ludw. c. 136. Vgl. Schwäb. Landr. W. c. 384. u. Laßb. c. 377. IV. Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. pag. 179.

97) Rechtsb. Kfr. Ludw. c. 137 u. 140. Vgl. Ruprecht von Freising, II, 45.

98) Rechtsb. R. Ludw. c. 141.

99) Spangenberg, p. 199, 200—202 u. 204.

griffen worden ist, worüber das herrschaftliche Pfalzgericht zu erkennen hatte⁸⁷⁾ u. a. m. Auch fielen sodann die Geldstrafen, die sogenannten Markfrevel, an den Grundherrschaften („all büffen vnd „fräfel sind des bropfsis“)“⁸⁸⁾. Und wenn auch die Einungen und Strafen nach wie vor an die hörige Gemeinde fielen, so verbannte sie dieses jetzt nur noch der Gnade des Grundherrn („und was die armen lüt von einungen und von straffen und „von buessen innemenend das hand sy von tugenden und von „gnaden von ainem abbt und von aim gotzhuß“)“⁸⁹⁾. In vielen grundherrlichen Gemeinden ist es jedoch niemals zu einer eigenen genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit gekommen, und dann wurden natürlicher Weise gleich von Anfang an auch die Dorfmarkangelegenheiten bei den grundherrlichen Gerichten verhandelt und entschieden, z. B. im Erzstifte Köln. (Quod si colonus courtis in H. in pecoribus educendis uel receptandis seu lignis succidendis aliquid deliquerit ad similitudinem parium suorum corrigetur⁹⁰⁾. In einem wie in dem anderen Falle waren es aber die Genossen (pares und compares), und keineswegs die grundherrlichen Beamten selbst, welche das Urtheil zu finden hatten⁹¹⁾. Übrigens hat es auch Dorfgemeinden gegeben, welche außer der Dorfmarkgerichtsbarkeit auch noch die übrige niedere Gerichtsbarkeit im Dorfe erworben haben. Dieses war z. B. in Opsikon der Fall, ohne daß jedoch nachgewiesen werden kann, ob die Gemeinde vorher schon eine genossenschaftliche Dorfmarkgerichtsbarkeit gehabt hat oder nicht⁹²⁾.

Auch in Baiern sind die Dorfgerichte, deren es im späteren Mittelalter sehr viele gegeben hat, grundherrliche Gerichte gewesen⁹³⁾, ohne daß man nachzuweisen vermag, ob dieselben ur-

87) Haltans, p. 926 f. Vgl. noch meine Gesch. der Fronhöfe, II, 470.

88) Grimm, I, 121. Vgl. noch p. 9u. 123.

89) Offn. von Rheinau §. 24 u. 29 bei Schauberg, I, 152.

90) Dipl. von 1195 bei Lacomblet, Urkb. I, 383.

91) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 94 u. 109 ff.

92) Urbar der Grafschaft Kyburg bei Schauberg, I, 134 Not. „Zuo Op-
„siden an der Blatt, da sind die kleine Gricht die gepursame. sy hands
„in kurzen jaren mit dem Zehend erkoufft.“

93) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 99.

früher ursprünglich genossenschaftliche Dorfmarkgerichte gewesen sind oder nicht. Wahrscheinlicher ist jedoch das Erstere, indem ursprünglich auch in Baiern Dorfmarkgenossenschaften mit genossenschaftlicher Gerichtsbarkeit bestanden haben⁹⁴⁾, und auch in dem Rechtsbuche Kaiser Ludwigs cap. 139 und 142 sich noch Spuren einer Dorfmarkgerichtsbarkeit vorfinden und auch die verschiedenen Erklärungen der Bairischen Landesfreiheit noch einen Unterschied zwischen den Hofmark- und Dorfgerichten machen⁹⁵⁾. Jedenfalls sollten auch im späteren Mittelalter noch die Dorfmarkstreitigkeiten nicht von den grund- oder landesherrlichen Gerichten, vielmehr von den Gemeinden selbst entschieden werden. Wenn nämlich mehrere Dörfer über Gemeinländereien („umb ain gemain“) oder über eine gemeine Mark in Streit gerietten, sollte der Streit durch die benachbarten Dörfer entschieden werden⁹⁶⁾. Streitigkeiten dieser Art unter den Dorfnachbarn einer Dorfschaft selbst sollten aber durch eine sogenannte Rundschaft („Runtschaft“) von den ältesten Genossen (von den „eltesten und den pesten nachgepawern“ oder von den vicinis, wie sie das alte Bairische Volksrecht nennt), nach Besichtigung des streitigen Ortes entschieden werden⁹⁷⁾. Und dasselbe Verfahren sollte auch bei Streitigkeiten über die Breite der Landstraßen und Wege eintreten⁹⁸⁾.

§. 187.

In vielen Gemeinden wurde die Dorfmarkgerichtsbarkeit von der Gemeinde selbst in den gewöhnlichen Gemeindeversammlungen ausgeübt, z. B. auf den vier Mal im Jahre zu haltenden Bauertagen nach dem Wendhagenschen Bauernrechte⁹⁹⁾;

94) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 170 u. 171.

95) Erklär. der Landesfreiheit von 1508, 1516 u. 1553, art. 11—13. Vgl. Hund, II, 401.

96) Rechtsb. Kfr. Ludw. c. 136. Vgl. Schwäb. Landr. W. c. 384. u. Laßb. c. 377. IV. Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. pag. 179.

97) Rechtsb. Kfr. Ludw. c. 137 u. 140. Vgl. Ruprecht von Freising, II, 45.

98) Rechtsb. R. Ludw. c. 141.

99) Spangenberg, p. 199, 200—202 u. 204.

auf den Bauersprachen („Buirsprachen“) in der Grafschaft Lingen¹⁾; in den Bauerklören in Braunschweig Lüneburg²⁾; in den gewöhnlichen Gemeindeversammlungen zu Töb (,der „gmeind soll zugehören zu straffen“)³⁾, zu Offingen in der Schweiz⁴⁾, zu Frankenstein an der Bergstraße⁵⁾, in den Dorfschaften des Rheingaus⁶⁾, in den Bauerschaften von Oldenburg⁷⁾ u. a. m. In anderen Gemeinden war es nicht die Gemeinde selbst, welche die Urtheile fällte, sondern der Gemeinderath z. B. in den Gemeinden des Kantons Zug⁸⁾ u. a. m.

In vielen Gemeinden bestanden aber auch eigene Dorfgerichte zur Aburtheilung der streitigen Dorfmarkangelegenheiten. Diese Gerichte waren demnach wahre Dorfmarkgerichte und wurden zuweilen auch Marketinge, d. h. Markengerichte genannt⁹⁾. Insgemein nannte man sie aber, wenigstens in früheren Zeiten, Dorfgerichte („in einem Dorffgericht da der Bawermeister „richtet““¹⁰⁾). Diese Benennung hat jedoch nach und nach eine doppelte, ja sogar eine dreifache Bedeutung erhalten. Ursprünglich hat man nämlich einzig und allein Dorfmarkgerichte darunter verstanden. Und auch in späteren Zeiten wird das Wort noch in jener Bedeutung gebraucht. Da indessen auch die Fronhofgerichte öfters auf den Bezirk eines einzigen Dorfes beschränkt waren, so pflegte man sie ebenfalls Dorfgerichte zu nennen. Und je mehr die alten Dorfmarkgerichte von ihnen verdrängt worden sind, desto mehr gewöhnte man sich daran, die herrschaftlichen Gerichte eines Dorfes ebenfalls Dorfgerichte zu nennen. Von diesen genossenschaftlichen und grundherrlichen Dorfgerichten verschieden waren aber auch die auf den Umfang einer Gemeinde beschränkten öffent-

1) Urk. von 1586 bei Piper, p. 200 u. 201.

2) Landesordnung von 1647 bei Stifter, p. 479.

3) Grimm, I, 134.

4) Grimm, I, 98 §. 14.

5) Grimm, I. 481.

6) Grimm, I, 539 §. 1 u. 19.

7) Salem, II, 196.

8) Renaub, Rechtsg. von Zug, p. 37.

9) Westphalen, Mon. Cimb. IV, 928—930 u. praef. p. 109. f.

10) Glossa zum Sächs. Br. II, 12.

lichen oder landesherrlichen Gerichte, welche man z. B. in der Pfalz und im Rheingau gleichfalls Dorfgerichte zu nennen pflegte.

In vielen Gemeinden führten die Dorfmarkgerichte den Namen Bauerngerichte, im Stifte Paterborn z. B. Burgerichte. Sie bestanden aus einem Richter, welcher den Vorsitz führte, und die ältesten Bauern („die oelbesten, obesten gebür, oder oelbesten „bur“) oder die sogenannten Altsassen („oeltsetten“) wiesen das Recht¹¹⁾. Zu Gappel nannte man jenes Gericht ein Burengericht oder das Gericht der Burschaft, und es bestand aus dem Heimberg und zwölf Richtern¹²⁾. In den Kirchspielen in und um Köln wurde es das Burgericht, Buirgebing oder Baurgebing genannt und unter dem Vorstehe der Gemeindevorsteher (Geburmeistere. officiiati in parochiis) gehalten¹³⁾. In der Grafschaft Lingen führten die Dorfmarkgerichte von der Gemeindeversammlung, in welcher sie gehalten zu werden pflegten, den Namen Bauersprachen („Buirsprachen“ oder „Buirsprachen“). Ein Richter oder Buirrichter führte den Vorsitz, und die aus der Bauerschaft genommenen Urtheilsfinder nannte man „Bisitzere“, d. h. Beisitzer. Diese Dorfmarkgerichte sind übrigens nicht mit den grundherrlichen Gerichten zu verwechseln, welche ebenfalls Bauersprachen genannt zu werden pflegten. Und auch von den Holtingen oder Holzgerichten werden sie ausdrücklich unterschieden¹⁴⁾. In den in der Raesfelder Mark gelegenen Kirchspielen nannte man jene Gerichte Burgerichte oder Kerken-spraken¹⁵⁾. Dorfrecht nannte man das Dorfmarkgericht zu Partschins in Tirol, und der Dorfmeister hatte dabei den Vorsitz¹⁶⁾. Honnendinge¹⁷⁾, Honnelgedinge¹⁸⁾ oder Hun-

11) Privilegien von 1326 §. 6. u. Weisthum von Kirchborchen bei Wiggand. Pabr. III, 3 u. 5. ff.

12) Grimm, I, 417, 418 u. 419.

13) Schiedspruch von 1258 in Securis, p. 78 bei Lacomblet, II, 250. und Ennen, Quellen, II, 392. Ordnung der Gebaurschaft in der Weiherstraße von 1240 §. 45 u. 47 in Ennen, Quellen, II, 210. Not. u. 216.

14) Zwei Urf. von 1586 bei Piper, p. 199—201.

15) Grimm, III, p. 168 u. 169.

16) Grimm, III, 738 §. 2, 3 u. 4.

17) Grimm, II, 33.

18) Grimm, II, 279, 313 u. 332.

belgebirge und Honbelgebirge¹⁹⁾ nannte man wahrscheinlich jene Dorfmarkgerichte, in welchen ursprünglich ein Honne den Vorsitz geführt hat. Aber auch sie sind meistens grundherrliche Gerichte geworden. Anderwärts wurden die Dorfmarkgerichte Ruggerichte genannt, z. B. zu Hiltartshausen in Franken, wo der herrschaftliche Beamte den Vorsitz führte und 12 aus der Gemeinde gewählte Richter das Urtheil fanden²⁰⁾. Eben so zu Adelsmannsfelden in Schwaben²¹⁾ und zu Beihingen am Neckar, wo der herrschaftliche Schultheiß den Vorsitz zu führen und 6 aus der Gemeinde genommene Bürger das Urtheil zu sprechen hatten²²⁾. Das Ruggericht zu Großkarlbach in der Pfalz bestand aus dem herrschaftlichen Schultheiß und aus mehreren aus der Gemeinde genommenen Schöffen²³⁾.

Dasselbe was in Franken und Schwaben die Ruggerichte waren in Niedersachsen die Tuchten von Tucht d. h. Beschuldigung, Bezüchtigung²⁴⁾. Heingerichte oder Haingerichte nannte man jene Gerichte im Rheingau, zu Reichenbach an der Bergstraße²⁵⁾, zu Dreis²⁶⁾ und zu Polch an der Mosel²⁷⁾, sodann im Odenwalde, wo der Hainberger des Dorfes den Vorsitz zu führen und die Nachbarn das Urtheil zu finden hatten²⁸⁾. Zu Seligenstadt nannte man das Dorfmarkgericht ursprünglich das Heimgerede oder Burgerding²⁹⁾. In Hessen und im Stifte Naumburg hatte der Dorfgreffe den Vorsitz bei dem Dorfmarkgerichte und die Nachbarn („Nochwere“) wiesen das Recht³⁰⁾. Zu Herbitz mußte der herrschaftliche Amtmann in

19) Grimm, II, 313.

20) Benjen, p. 379 u. 381.

21) Dorfrecht bei Rader, IX, 379.

22) Vogtbuch bei Rader, X, 590.

23) Ungebr. Weisthum.

24) Lüneburger-Gellische Polizei Ordnung von 1618 bei Stifter p. 478 479. Vgl. Dähnert, plattdeutsch. Wörterb. p. 496.

25) Grimm, I, 475. Vgl. oben §. 185.

26) Grimm, II, 334 u. 338.

27) Urk. von 1356 bei Hontheim, II, 195 f.

28) Erbacher Landr. p. 122 u. 123.

29) Arg. der neuen Ordnung von 1527 bei Steiner, Seligst. p. 371.

30) Urk. von 1452 bei Bernhardt, ant. Naumb. p. 78.

Dorfmarkangelegenheiten zwei bis drei Dorfnachbarn beiziehen („2 oder 3 von der buwr oder Nabern“) ³¹⁾. In der Gegend von Mühlhausen und Buttschäd nannte man die Dorfmarkgerichte, weil sie auf den eingehägten Dorfbann beschränkt waren, Haegemale ³²⁾ und in der Schweiz Kettergerichte, weil sie auf den Dorfäcker beschränkt waren ³³⁾. Zu Erbach im Rheingau wurden sie Wizzigbinge genannt (*iudicium ville, quod in wlgari dicitur Wizzintafding* — *solenne placitum, quod est Wizzintafding* — ³⁴⁾). Wizzig oder wizzlich heißt nämlich so viel als gesetzlich. Daher wird von „wizzlichen lyffs eruen“ und von „wizzlicher geboert“, d. h. von gesetzlichen Leibeserben und von gesetzlicher Geburt gesprochen ³⁵⁾. Wizzigbinge waren demnach *placita legitima* oder *judicia legitima*, wie sie auch öfters genannt werden (*in legitimo iudicio suo, quod dicitur wizzehdenc*) ³⁶⁾. Daher haben alle regelmäßig in gewissen gesetzlich bestimmten Terminen zu haltenden Gerichte, die sogenannten ungebotenen Gerichte diesen Namen geführt, die Dorfgerichte eben sowohl, wie die ungebotenen Gerichte des Burggrafen zu Köln, welche Wizzichgebinge, Wizzgebinge, wizzliche Dinc, Wizzehdinc, Wizzehdinc und wizzehdenc ³⁷⁾, und die Gerichte des Vogtes im Kloster Suesteren, welche Witdinc genannt worden sind ³⁸⁾. Jedenfalls kann aber das Wort Wizzigding nicht, wie es Manche wollen ³⁹⁾, von wize oder wize, d. h. Strafe abgeleitet werden

31) Bauersprache bei Sommer, I, 2. p. 16.

32) Haltaus, p. 776. Ruß und Schwarz, norddeutsche Sagen, p. 213. Vgl. Meine Einleitung zur Mark. u. Brf. p. 174. Meine Gesch. der Fronhöfe. IV, 3—5.

33) Stettler, Rechtsg. von Bern, p. 58 u. 59.

34) Bodmann, II, 655.

35) Urk. von 1410 bei Kremer, Beitr. zur Fällsch. und Berg. Gesch. I, 59.

36) Dipl. von Gläsen, Schreinspraxis, p. 47. und noch andere Urkunden eod. p. 54 u. 72. und Fäyne. I, 9.

37) Zwei dipl. von 1169 in Securis, p. 23 u. 24 und bei Lacomblet I, 302 u. 303. dipl. von 1187 bei Gläsen, p. 72. vgl. noch p. 47 u. 54.

38) Grimm, III, 862. die *iudicii, qui vulgariter witdinc vocatur*.

39) Haltaus, p. 2126. Scherz, gloss. v. witzgeding und wizzideg, p. 2051 u. 2052. Gaupp, die deutsche Städtegründung, p. 272 — 277.

und daher ein Strafgericht bedeuten, indem eine solche Benennung auf Dorfgerichte gar nicht und auf Burggrafen- und Vogtei-Gerichte wenigstens nur theilweise passen würde.

§. 188.

Die Gemeindevorsteher hatten meistens den Vorsitz bei diesen Dorfmarkgerichten, öfters aber auch, wie wir gesehen haben, die herrschaftlichen Beamten. Weder die Einen noch die Anderen hatten jedoch das Urtheil zu finden. Sie waren vielmehr, wie bei anderen Gerichten, bloß Frager des Rechtes, z. B. die Bürgermeister im Rheingau („dann so fragen die Bürgermeister der Gemeinden 2c.“) ⁴⁰⁾, die Centgrafen in der Wetterau („zum ersten wardt gefragt und angestellt durch die Centgrafen“) ⁴¹⁾, die Heimbürger in der Ortenau („ein heimbürger sol ouch nüt thun oder lassen ohne der zwolffer wissen und wilsen“) ⁴²⁾, die Heimbürger zu Mühlhausen ⁴³⁾, die Dorfmeister in Tirol ⁴⁴⁾, die Vuirrichter in Westphalen ⁴⁵⁾, die Dorfgreffen im Stifte Naumburg ⁴⁶⁾ u. s. w. Oefters wird zwar den Gemeindevorstehern selbst das Urtheil zugeschrieben, z. B. den Dorfmeiern in der Schweiz ⁴⁷⁾, den Eingrefen in der Wetterau ⁴⁸⁾, den Bauermeistern im Sachsenspiegel ⁴⁹⁾ u. a. m. Allein ursprünglich durften auch sie nicht, so wenig wie andere Germanische Richter, das Urtheil allein finden, wie dieses übrigens auch aus den Quellen selbst hervorgeht. So heißt es z. B. von dem Bauermeister im Sachsenspiegel „klaget he dat — dan burmeistere

40) Bodmann, II, 655 u. 656.

41) Grimm, III, 473 f.

42) Grimm, I, 418.

43) Grasshof, p. 249 u. 250.

44) Grimm, III, 378 §. 2.

45) Piper, p. 200.

46) Bernhard, ant. Naumb. p. 78.

47) Grimm, I, 78. §. 40. vgl. §. 29 u. 44.

48) Grimm, III, 484 §. 5 u. 12.

49) Sächf. Landr. I, 13 §. 2, II, 13 §. 1—3, III, 86 §. 1. Glossen zum Sächf. Lr. II, 12.

„unde den buren ⁵⁰⁾). Daher sollte auch die dem Bauernmeister verfallene Wette von der Bauerngemeinde vertrunken werden. („dat is der bure gemene to vertrinkene“) ⁵¹⁾). Erst seit dem Untergange des alten Verfahrens sind auch die Urtheilsfinder verschwunden. Es sind nämlich in vielen Gemeinden die alten Dorfgerichte selbst zwar geblieben, die Urtheilsfinder aber verschwunden, und dann haben die Dorfvorsteher allein das Urtheil gefunden, wie dieses in den Dorfschaften im Busseler Thale der Fall war ⁵²⁾). Oder es sind die Dorfgerichte selbst verschwunden und grundherrliche oder öffentliche Gerichte an ihre Stelle getreten und dann sind mit den alten Gerichten insgemein auch die alten Urtheilsfinder verschwunden. Allein auch in jenen Gemeinden, in welchen die Urtheilsfinder nicht gänzlich verschwunden sind, haben sie wenigstens eine andere Bestimmung erhalten, z. B. im Stifte Fulda, wo die Feldschöffen in den letzten Zeiten nur noch für die Besichtigung der Felder, für Gütertaxationen und dgl. m. gebraucht worden sind ⁵³⁾).

Nur in ganz unbedeutenden Angelegenheiten scheint man schon frühe den Ortsvorstehern allein eine Strafgewalt eingeräumt zu haben, z. B. den Burgermeistern im Rheingau das Recht bei unrechtem Maß und Gewicht zu strafen ⁵⁴⁾). Auch überließ man es den Dorfvorstehern die entstandenen Streitigkeiten gütlich zu vergleichen, z. B. den Dorfmeiern in der Schweiz ⁵⁵⁾). Und in den freien Dorfgemeinden im Kanton Zug bestanden sogar Einzelrichter, die sogenannten Einiger, zur Schlichtung der ganz geringfügigen Handel ⁵⁶⁾).

50) Sächs. Pr. I, 68 §. 2. Vgl. dipl. von 1085 bei Pertz, IV, 59. und oben §. 186.

51) Sächs. Pr. III, 64 §. 11.

52) Westphal, Pr. R. I, 248.

53) Thomas, I, 205 f.

54) Bodmann, II, 656.

55) Grimm, I, 114.

56) Renaud, Rechtsg. von Zug, p. 37 u. 42.

§. 189.

Die Dorfmarktgerichte hatten in allen Angelegenheiten der Dorfmark zu erkennen und zu strafen, und außerdem bildeten sie auch noch in manchen Gemeinden den Gemeinderath, z. B. zu Saspach die Zwölf⁵⁷⁾, die Burmeister in den Kirchspielen in Köln und zu Cappel der Heimbürger mit den zwölf Richtern. (§. 168, 169 u. 170.)

Zu ihrer Zuständigkeit gehörten vor Allem die Streitigkeiten über Angelegenheiten der Feld- und Waldmark und die sogenannten Markrügen und Markfrevel, welche man hie und da auch Einfahrtsfälle genannt hat⁵⁸⁾. Zu Löß in der Schweiz gehörten dahin alle Gebrechen der Dorfmark, der Zäune, Gräben, des Baurechtes u. dgl. m. („solche der gemeind straff soll allein „berüren die esaden, burecht vund was brüchiger züne greben „off thun vnd verglich mengel“) ⁵⁹⁾. In der Grafschaft Rügen alle Ackerbeschädigungen, Zaunverletzungen, Wasser- und Wege-Verhinderungen, die Anlage neuer Wege u. dgl. m. („daß an „die Wuirsprach gehörig, wenehe einer dem andern sein Land ab- „baumet, item die Wende uftreibet, item die Zeun zu nahe sezet, „auch Verhinderung an seinen gewontliken Wege do sagende — „an ihrem gewöhnlichen Fluß und Lauffe verhindert, — daß ein „ungewöhnlicher Weg durch sein grom Land geleet und der olber „Weg verfalle“) ⁶⁰⁾. Nach dem Wendhagenschen Bauernrechte alle durch Gänse, Enten, Hühner und Tauben auf dem Felde verursachten Beschädigungen, die Tödtung von Hunden, die Anlage neuer Hagen und Zäune und andere Beschädigungen des Feldes durch Abpflügen u. s. w. ⁶¹⁾. Zu Westhofen in Westphalen die Angelegenheiten der gemeinen Heerde und der Weide, die Anlage neuer Kämpfe oder neuer Wege u. s. w. ⁶²⁾. Zu Kirchborchon in Westphalen alles was Holz, Wasser, Fischerei

57) Grimm, I, 413.

58) Westphal, d. Pr. R. I, 248.

59) Grimm, I, 134.

60) Urk. von 1586 bei Piper p. 200 u. 201.

61) Spangenberg, p. 200—202.

62) Freiheit Recht §. 14—16 bei Steinen, I, 1578.

und Ackerbeschädigung betrifft. („dat were vom holte, water, „disscherigge unde ackere wat se des wüsten“) ⁶³⁾. In Nestenbach in der Schweiz alle Streitigkeiten über Dorfmarkangelegenheiten, insbesondere auch über den Wasserlauf, über die Wege und Stege u. s. w. („Were ouch, das yeman mit dem andern stöffig wurde, „der gütter zu R. hette, es were vmb vndergeng, vmb wasser- „rünffe, vmb steg vnd wege oder vmb marchen“) ⁶⁴⁾. Eben so im Rheingau („Klagt jemand um wasserlose oder um ein jöck- „weg — wolte der bellagte nicht räumen, so soll der kläger ru- „fen, und es an die gemeine burgerschaft rügen“ ⁶⁵⁾. Im Oden- wald alle Streitigkeiten über die Bannzäune, über Wege und Stege, über den durch das Vieh verursachten Schaden, oder wenn Einer dem Andern sein Vieh eintrieb u. dgl. m. ⁶⁶⁾. In Fran- ken die Streitigkeiten über den Viehtrieb, über das Ueberackern, Uebermähen, über die Bewässerung, über Holzfrevel, über den Hirtenlohn, über die Klauensteuer u. s. w. ⁶⁷⁾. Auch in der Oberpfalz das Ueberackern, Ueberzäunen, Uebermähen, Ueberhauen und Ueberteiben des Viehes, sodann das Abhüten der Weiden, die Viehdiebstähle, Grenzstreitigkeiten, die Bewässerung u. s. w. ⁶⁸⁾. In Rüeggisberg in der Schweiz die Entscheidung ob jemand auf den Gotteshaus Gütern mehr Vieh weiden und sömmern dürfe, als er gewintert ⁶⁹⁾. In Dssingen in der Schweiz u. a. m. alle Feld-, Garten- und Waldfrevel. („so einer in der gemeind mit „holz oder am ops mit rossen, stieren, kuen vnd andren vech „schaden thete, so hatt ein gemeind den selben an ein pfund zu „straffen“) ⁷⁰⁾.

Außer den eigentlichen Marktstreitigkeiten und den Marktfre- veln gehörte vor die Dorfmarkgerichte auch noch der Uebertrag

63) Weisth. bei Wigand, Paberb. III, 8.

64) Grimm, I, 78 §. 40.

65) Grimm, I, 540. §. 19.

66) Erbacher Landr. p. 122—124.

67) Benken, p. 379, 381 u. 382.

68) Ehehaftrecht der Vogtei Hahnbad, art. 22 u. 23 bei Fink, I, §. 4. p. 370 u. 371.

69) Art. von 1354 bei von Mohr, Regesten, I, Rüggisb. p. 12.

70) Grimm, I, 98 §. 14. Vgl. noch Sächs. Landr. III, 86.

des Grundbesitzes vor Gericht ⁷¹⁾, und die Eintragung der Besitzveränderungen in das Gerichtsbuch. Denn alle Veränderungen im Grundbesitz mußten geweret, d. h. unter den Schutz und Schirm und unter die Gewere des Gerichtes gesetzt und daher Bann und Friede gewirkt werden ⁷²⁾. Aus demselben Grunde sollten in den Kirchspielen zu Köln die Uebertragungen von Grund und Boden in dem Gemeindehause vor den Gemeindevorstehern und Amtleuten in die Schreinsbücher eingetragen werden. (*quod cum aliquis propter bona, sive haereditatem ad se legitime devolutam petit scripturam sibi fieri super bonis hujusmodi in domo civium vel parochiali, ipsi officiales quod pro scribendis haereditatibus in chartis, in domo civium vel parochiali —*) ⁷³⁾. Nach der Eintragung haftete die Gemeinde für den ruhigen Besitz. Sie mußte daher den in den Besitz Eingewiesenen gegen jeden Angriff schützen und vertheidigen. (*nostrum est illi succurrere et defendere contra quemlibet impetentem*) ⁷⁴⁾. Diese Haftung der Gemeinden bei Güterüberträgen, bei Pfandverschreibungen u. dgl. m. findet sich auch anderwärts und sie hat sich z. B. in der Pfalz am Rhein bis auf unsere Tage erhalten.

Die Gemeinde konnte jedoch nur den Dorffrieden wirken, also auch nur so weit schützen als der Dorfbaun selbst reichte. Daher ließ man sich die Besitzübertragung öfters auch noch durch den öffentlichen Richter, also durch den Grafenbann (*bannum*

71) Dorfrecht zu Siglingen Nr. 4 bei Mone, Anz. VIII, 467. „welcher „ein gut keuffen oder verkeuffen will, das sol er thun vor dem „schultessen; so sol der keuffer das Gut entspahen mit 2 maß „win, und der verkeuffer das gut uff geben auch mit zweyen „massen win.“ Weisthum von Retterath bei Günther, IV, 599. „Der „Schultys sal eme den Palme lieuern vnd geuen, der Baldt sal eme „Banne vnd freden gebeden.“ —

72) Grimm, I, 480, 481, 484 u. 488.

73) Landum von 1258 in *Securis* p. 75 u. 80. bei Lacomblet, II, 246 u. 251 Nr. 32. *Ennen Quellen*, II, 384 u. 394. Nr. 32.

74) *Traditiones et leges* aus dem 12. Jahrhundert in *Materialien zur Statistik des niederrhein. Kreises* I, S. 12, p. 493. *Ennen, Quellen*, I, 223—224. und *Glasen, Schreinspr.* p. 11 u. 55.

oomitis) bekräftigen, um den Königsfrieden und durch ihn um so größere Sicherheit zu erlangen ⁷⁵⁾). Die öffentliche Gewalt haßte sodann in derselben Weise wie dieses von der Gemeinde bemerkt worden ist. Sie mußte daher den ruhigen Besitz schützen und schützen und nöthigenfalls für die Versehen ihrer Beamten haften. Daher erklärt es sich auch, warum Beschädigungen von Grund und Boden in der Regel mit unbedeutenden, und erst dann mit schweren Strafen belegt worden sind, wenn das Land vor Gericht, d. h. vor einem öffentlichen Gerichte übertragen und Friede darüber gewirkt, d. h. der Grafenbann nachgesucht und erhalten worden war ⁷⁶⁾). Denn erst von jenem Momente an stand jener Grund und Boden unter dem Königs-Bann und Frieden, war also ein Friedbruch daran möglich.

Zur Zuständigkeit der Dorfmarkgerichte gehörten ferner alle unbedeutenden Handel und Streitigkeiten unter den Gemeindegenußten z. B. in Baiern („daß man in dhainem „Dorfgericht hoehher richte weder umb gelt, noch umb dhainerlay „sache, dann umb zwen und sibenzig pfenning“) ⁷⁷⁾). Eben so nach dem Wendhagenschen Bauernrechte („wann etwan Streit, oder sonst was vorgehen sollte, daß man dasselbe am Bauertage „fügl. vortragen soll, aber ohne der Obrigkeit Scha= „den“) ⁷⁸⁾), also durfte auch die öffentliche Gewalt nöthigenfalls noch einschreiten. Die Heimbürgen Gerichte zu Norbach in Hessen erkannten bis zu 5 Schillingen („wer zu clagen hat, der sal erst „kommen vor ehnen heymbürgen, ist es vndir fünf schillinge, so „sulde der heimburge richten“) ⁷⁹⁾). Auch durften die Bürgergerichte in Köln nur bis zu 5 Schillingen erkennen (cum tamen in domo officialium non possit iudicium exerceri, nisi de 5 solidis et infra.) ⁸⁰⁾, und die Burrichter in Soest nur bis zum

75) Traditiones et leges cit. §. 4 u. 5. Ennen, Quellen, I, 223. Vgl. Glaser, Schreinspr. p. 54 u. Glaser, das ebele Gölle, p. 31.

76) Sächf. Landr. III, 20 §. 3. Schwäb. Landr. W. c. 231.

77) Rechtsb. Kr. Ludw. c. 139. Reformation des Bair. Landr. von 1518 p. 3.

78) Spangenberg p. 204.

79) Grimm, III, 328 f.

80) Landum von 1268 in Securis, p. 74 f., vgl. p. 75 u. 80 bei Lacombet, II, 246 u. 251 Nr. 36. Ennen, Quellen, II, 384 u. 395. Nr. 36.

Betrage von 6 Denaren⁸¹⁾. Auch zu Siglingen war die höchste Buße, worauf das Dorfgericht erkennen durfte, 5 Den. und 11 Pfund⁸²⁾. Eben so gehörten alle unbedeutenden Streitigkeiten nach dem Sachsenspiegel vor den Bauerrichter⁸³⁾, in Franken u. a. m. vor die Dorfgerichte⁸⁴⁾ und im Eiderstädtischen und im Dithmarschen vor die Kirchspielgenossen⁸⁵⁾.

Auch über unrichtiges Maß und Gewicht und über falschen Verkauf, d. h. über den Betrug im gewöhnlichen Verkehr hatten nach dem Sachsenspiegel die Bauerrichter zu erkennen⁸⁶⁾, im Rheingau die Bürgermeister⁸⁷⁾, in Soest die Burrichter⁸⁸⁾, zu Schwelm die Buimeister⁸⁹⁾, zu Herbitz die Bauermeister⁹⁰⁾, und zu Westhoven der Burgermeister⁹¹⁾. Dasselbe gilt von unbedeutenden Diebstählen⁹²⁾ und von anderen unbedeutenden Beschädigungen („welcher bei nächtlicher Zeit im „feldt an frucht, gras, obst, weintrauben und andern schaden „thun würde, dieweilen es ein diebisches ansehen hat“),⁹³⁾ so: dann von unbedeutenden Verwundungen⁹⁴⁾, von dem Gewerbeswesen und von den gegen Mehger, Hirten, Feldschützen, Büttel, Wächter und andere Gewerbsleute und Gemeinbediener zu erkennenden Polizei- und Disciplinar-Strafen⁹⁵⁾ und von allen Polizeistrafen überhaupt. („welche unter der prebigt, oder auff:

81) Emminghaus, mem. p. 118.

82) Dorfrecht bei Mone, Anz. VIII, 467.

83) Sächs. Landr. II, 13 §. 2.

84) Bensen, p. 379.

85) Dreyer, vr. Abh. III, 1492. ff. Russe, fragment. rer. Dithmar bei Westphalen, IV, 1480.

86) Sächs. Landr. II, 13 §. 3.

87) Bodmann, II, 656.

88) Emminghaus, p. 118.

89) Grimm, III, 28.

90) Bauersprache bei Sommer I, 2 p. 16 u. 17.

91) Steinen, I, 1578.

92) Sächs. Landr. II, 13, §. 1 u. 2. Schwäb. Landr. W. c. 149. Laßb. c. 174.

93) Grimm, I, 489.

94) Sächs. Kr. I, 68 §. 2. Grimm, II, 337.

95) Grimm, I, 488 u. 507.

„halb gewöhnlicher tagezeiten, in wirthshäusern oder sonsten bei dem wein sitzen. — welcher wirth unter dem kirchenamte oder predigt, dergleichen auch bei nächtlicher weile über gewöhnlich „tagezeit wein gebe, oder gästung hielte“) 96).

Die Strafen, auf welche die Dorfgerichte erkennen durften, bestanden in der Regel in bloßen Geldstrafen, deren Maximum meistens bestimmt war z. B. zu Fßß („der gmeind soll zugehören ze straffen von dryß schillingen biß uff sechs vnnnd von sechs schillingen vnnß uff nün“) 97). In Valern war das Maximum der Buße, auf welche die Dorfgerichte erkennen durften, 12 Pfennig 98), in Franken 72 Pfennige 99) und im Barmste des Stiftes Freising 70 bis 72 Pfennig 1). Die Bauerngerichte durften aber auch auf Strafen an Haut und Haar erkennen, welche nach den Spiegeln halb mit drei halb mit 5 Schillingen gelöst werden durften 2). Auserwärts durfte, zumal bei Feld-, Garten- und Obstfreveln so wie bei Fisch- und Wildddiebstählen u. dgl. m. auf Geigen und Fibern, auf Schandkörbe, Korbpranger und sogenannte Schnellen und Brechen 3), bei lieberlichem Lebenswandel auch auf das Schwemmen 4), in gewissen Fällen sogar auf Todesstrafe erkannt werden, welche nur zu oft im Bollzuge eine wahrhaft barbarische war. Nach dem Wendhagenschen Bauernrechte sollte man demjenigen, der eine Paat Weibe 5) ab-

96) Grimm, I, 489 §. 6 u. 10. vgl. noch §. 1—5.

97) Grimm, I, 134.

98) Rechtsb. Rfr. Zubw. c. 139. Reformation des Bair. Landrechts von 1518, p. 3.

99) Benfen, p. 379.

1) Oberbair. Archiv, III, 296 u. 297.

2) Sächs. Fr. II, 13 §. 1. Schwäb. Fr. W. c. 149. Ruprecht von Freising, I, 113.

3) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 269—270.

4) Dieses Schwemmen bestand darin, daß die mit Stricken gebundene Person in das Wasser hinuntergelassen und an einer anderen Stelle wieder herausgezogen wurde. Auf diese Weise wurden zu Basel im Jahre 1581 drei lieberliche Weibspersonen zuerst ans Halsseisen gestellt und sodann im Rhein geschwemmt. S. Ochs, Gesch. von Basel. IV., 487. Eben so einige unbändige Bedersbuben im Jahre 1538 Ochs, VI, 508.

5) Paat ist wohl dasselbe was im Stifte Lindau die Patte. Paat Weibe also eine Grenzweide oder Jaunweide. vgl. §. 142.

geschält hatte, „den Bauch aufschneiden und nehmen seine Gedärme, und lassen ihm dem Schaden bewinden, kann er das verwinden, so kann es die Weide auch verwinden“ ⁶⁾. Zu Oberursel sollte man dem Baumschäler „einen Darne vsz sinem libe ziehen, vnd den an den baume binden, vnd iue omb den baume furen, so lange der Darne vszgeet“ ⁷⁾. Eine ähnliche Bestimmung findet sich in! der Eichelberger Mark ⁸⁾. Wer freventlicher Weise einen Wald anzündete („wer die marg freuelich anstiesze. — ob der wald von jemand freffentlich angestochen wird. — wann soll weren die welbe anzustossen“), dem sollte man zu Oberursel und Dreieich Hände und Füße binden und ihn drei Mal in das dichteste Feuer werfen. War er sodann noch am Leben, so sollte er damit gebüßet haben. („dem soll mann bynden hende und fusze, und soll hne legen drywerbe vor das fuwer, da isz aller grost ist“ ⁹⁾). Den soll man drü male am dicksten in das fire werfen, komet er darusz, so hat er damit bebuszet“ ¹⁰⁾. Wer in der Dreieich Eschen brannte, dem sollte der Forstmeister „binden sin hende uff sinen rucke vnd sin beyne zu hauff, vnd eynen phale kuschen sin beyne geslagen, vnd eyn fuer vor sin fusse gemacht, und das soll also lange bernen bis hme sin solen verbrenten von sinen fuszen, vnd nit von sinen schuwen“ ¹¹⁾. Wer zu Niedermending an der Rosel einen Markstein beschädigte („der markstein aussoere oder grube“) „den soll man gleich den gürtel in die erden graben vnd soll ihm mit eime pflugh durch sein herz fahren“ ¹²⁾. Und im Stifte Fulda sollte derjenige, welcher die Gränzmarke an einem Ader weggepflügt hatte bis an den Hals in die Erde gegraben und ihm sodann mit einem Pfluge über den Kopf gefahren werden ¹³⁾.

6) Spangenberg, p. 201

7) Grimm, III, 489. Vgl. die etwas verschiedene Fassung des spätern Weisthums bei Stiffler, Beil. p. 41.

8) Grimm, I, 565.

9) Grimm, I, 499.

10) Grimm, III, 489. Vgl. Stiffler, p. 42.

11) Grimm, I, 499.

12) Grimm, II, 494.

13) Thomas, I, 259.

§. 190.

Aus den gewöhnlichen Dorfgerichten, an welche als an die ordentlichen Richter im Dorfe alle Dorfmark Streitigkeiten gebracht werden mußten, kommen in manchen Gemeinden auch noch besondere Gerichte für bloß specielle Zwecke vor.

Dahin rechne ich in den Dorfgemeinden im Kanton Zug die sogenannten Einiger (§. 188) und in Zug selbst den aus 24 bis 80 Mitgliedern bestehenden großen Rath, welcher daselbst in possierlicher Weise die Sittenpolizei zu handhaben hatte ¹⁴⁾. Im Ober-Simmenthal im Kanton Bern das Schwellengericht zur Entscheidung der Streitigkeiten über die Schwellenpflicht ¹⁵⁾. In Schwiz der sogenannte Gassenrath, bestehend aus den ersten sieben Landmännern, welche durch die Gasse kamen, zur Entscheidung der kleinen Schuldsachen ¹⁶⁾. Simlerus ¹⁷⁾ nennt dieses Gericht ein Gastgericht, wiewohl es nicht bloß für Fremde bestimmt war. Ein wahres Gastgericht ist aber das Ort- oder Gassengericht zu Altdorf im Kanton Uri, welches daselbst heute noch besteht. Es besteht aus 6 Männern, welche der Richter des Landes durch den Großweibel zusammenrufen läßt und denen der Richter präsidirt. Es spricht über Streitigkeiten, welche an Marktagen oder bei anderen Anlässen zwischen zwei Fremden oder zwischen einem Fremden und Einheimischen entstehen, wenn beide Theile unverzügerten Entscheid wünschen, oder die Sache keinen Verzug leidet ¹⁸⁾. Ein eben solches Gassengericht wie in Schwiz hat auch zu Elze in Schwaben bestanden ¹⁹⁾. Das Gastengericht zu Appenzell war aber kein Dorfgericht ²⁰⁾.

Eben dahin gehören offenbar auch die Siebner- oder Steinergerichte zur Aufsicht über die Grenz- und Markungssteine

14) Renaud, Rechtsg. von Zug, p. 37—39.

15) Stettler, Rechtsg. von Bern. p. 59.

16) Joh. v. Müller, Gesch. der Schw. I, c. 15, p. 324.

17) Regiment der Eidgenossenschaft, ed. Leu, p. 562.

18) Landbuch von Uri, I, 41 u. 42.

19) Begehn, Landvogtey in Schwaben, II, 139.

20) Simlerus, p. 565.

im Fürstenthum Ansbach ²¹⁾, die Mark- oder Geschcidgerichte zur Entscheidung der Grenzstreitigkeiten in den Kantonen Basel und Schaffhausen ²²⁾, die Weidegerichte zu Haarheim in der Wetterau zur Besorgung der Weideangelegenheiten ²³⁾, die Weinberggerichte („Bergtåding“) zu Enzersdorf bei Wien zur Besorgung der Weinbergsangelegenheiten ²⁴⁾ und die Alpenräthe zur Besorgung der Alpenangelegenheiten ²⁵⁾.

Dahin rechne ich ferner die Zehentgerichte, welche in manchen Gemeinden bestanden haben. Zu Hayna im Hennebergischen hatte nämlich das Zehentgericht mit nichts Anderem als mit den verschiedenen Arten von Zehnten und den dabei vorgefallenen Freveln zu thun. Es stand unter dem Centrichter wurde jedoch von dem herrschaftlichen Schultheiß präsidirt. Alle zehentpflichtigen Leute („alle hausgenossen, so zehend pflichtig seynd“) mußten bei dem Gerichte erscheinen, die Zehentfrevel rügen und das Urtheil finden. Der untergeordnete Diener des Gerichtes hieß Zehner. Er hatte den Zehnten zu sammeln und wurde von der Herrschaft, jedoch „mit wissen und willen der mænner“, d. h. der Zehentpflichtigen ernannt ²⁶⁾. Auch zu Schontra in Franken hat ein aus vier Männern bestehendes Zehentgericht bestanden, welches die Zehentangelegenheiten zu besorgen und zu entscheiden hatte. Die vier Männer wurden von dem Grundherra und dem Pfarrer ernannt ²⁷⁾.

An diese Zehentgerichte reihen sich die Sendgerichte und die Kanzelgerichte zu Oberbeerbach in Hessen und im Entlibuch in der Schweiz an. Diese Gerichte sind zwar geistliche Gerichte gewesen. Da sie jedoch unter Anderem auch, und zwar durch weltliche Schöffen aus der Gemeinde, über die Einkünfte, welche die Geistlichkeit zu beziehen, zu entscheiden und die darüber

21) Hofrathsordnung von 1730, c. II, §. 18.

22) Wyß, Schweizerische Landgemeinden, 3te Pr. in Zeitschr. I, 14. Not. 8.

23) Grimm, III, 473.

24) Grimm, III, 706 §. 1 u. 5. vgl. oben §. 12.

25) Meine Gesch. der Markenvrf. p. 37, 42, 45—47.

26) Grimm, III, 581—585.

27) Grimm, III, 889.

entstandenen Streitigkeiten zu schlichten hatten, so muß ihrer dennoch, wenn auch nur ganz kurz, Erwähnung gethan werden. In dem Sendgerichte zu Simmern hatten die Sendschöffen die verschiedenen Abgaben und Leistungen der Bauern und Hinterlassen, der Schmiede, Müller und anderen Handwerker, so wie der Ortsgeistlichen, Glöckner u. s. w. zu constatiren, sodann zu entscheiden, wie weit die Last des Kirchenbaus der Gemeinde und wie weit sie der Kirche oder dem Pfarrer selbst obliege, und wie weit das Zehntrecht der Kirche reiche²⁸⁾. Eben so bei den meisten übrigen Sendgerichten²⁹⁾. Und auch die erwähnten Kanzelgerichte hatten über nichts Anderes zu erkennen, als über die geistlichen Zehnten und über die anderen Einkünfte der Geistlichen³⁰⁾. Da das Kanzelgericht von Oberbeerbach völlig unbekannt ist, so theile ich das sehr interessante bis jetzt noch ungedruckte Weisthum vom Jahre 1498 in der Anlage vollständig mit³¹⁾. Von diesen Zehnt- und Kanzelgerichten verschieden waren die geistlichen Chorgerichte zu Freising³²⁾, die Kirchengerichte in Baiern³³⁾, die Chorgerichte im Kanton Bern³⁴⁾, zu Rapperschwil u. a. m.³⁵⁾. Ebenso das Gericht des Burdekans in Köln³⁶⁾. Auch diese Gerichte bestanden zwar öfters aus mehreren weltlichen Mitgliedern der Gemeinde unter dem Vorsitze eines Geistlichen. Allein ihre Competenz war beschränkt auf geistliche Angelegenheiten, zu denen freilich im Mittelalter alle Ehe-, Testaments- und Wucherstreitigkeiten, Mord, u. s. w. und die gesammte Sittenpolizei gehört hat. Der Burdekans in Köln mit der Pfarrgeistlichkeit (plobani) hatte außer den Ehe-, Testaments- und Ehestreitigkeiten, auch noch

28) Weisthum bei Koenigsthal, I, p. 64—67. Grimm, II, 147. f.

29) Vgl. Haltaus, p. 1680. f. Richard Dove in der Zeitschrift, XIX, 321. ff. Derselbe über die fränkischen Sendgerichte. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 233—236.

30) Segeffer, Rechtsgef. von Lucern, I, 593.

31) Anhang Nr. 18.

32) Urk. von 1455 in Mon. Boie. 20 p. 463—466.

33) Entsch. von 1293 bei Oefele, scriptor II, 119 b,

34) Stettler, Gemeinde und Bürgerrechtsw. p. 42.

35) Stadtrecht von Rapperschwil, tit. 1. Haltaus, v. Chorgericht, p. 207.

36) Schiedspruch von 1258 Nr. 20 bei Lacomblet, II, 245 u. 260. und Securia, p. 75 u. 79. Ennen, Quellen, II, 382 Nr. 20,

über Meineid, über falsches Maß und über betrügerische Verkäufe zu entscheiden und wie in Sinobalgerichten die Sittenpolizei zu handhaben. (*iudicare de usuris, periuriis, adulteriis, matrimoniis et spectantibus ad matrimonia, de falsis mensuris et de omni eo, quod vulgariter meincoif dicitur et quod in synodis accusari consuevit*)^{36a)}.

Am häufigsten findet man in den einzelnen Gemeinden eigene Holzgerichte oder Holzmarkgerichte, welche entweder neben dem Dorfgerichte bestanden, oder auch in jenen Gemeinden noch vorkommen, in welchen das genossenschaftliche Dorfgericht bereits untergegangen war. Neben dem Dorfgerichte kommt noch ein eigenes Holzgericht vor in den Gemeinden der Grafschaft Lingen, neben der Buirsprache nämlich noch ein Holting oder Holzgericht³⁷⁾. Eben so zu Iserlon ein von dem herrschaftlichen Richter und von dem Bürgermeister verschiedener eigener Holzrichter und Vorsteher der Holzmark mit einem eigenen Holzknecht³⁸⁾. Desgleichen in Oppenheim ein eigenes Gericht für den gemeinschaftlich mit Dienheim besessenen Feldbezirk³⁹⁾. Eben so zu Sasbach in der Ortenau ein eigenes von den Zwicklern verschiedenes Markgericht mit zwei Markknechten zur Besorgung der Angelegenheiten der Waldmark⁴⁰⁾, ferner zu Schwanhcim u. a. m. (§. 11.). Aber auch in solchen Gemeinden, in welchen die Dorfgerichte bereits untergegangen waren, haben sich zuweilen noch eigene Holzgerichte erhalten, z. B. zu Godelsheim im Waldeckischen für die Waldungen, welche dem Grundherrschaftlich mit der Gemeinde gehört haben. („gehoilgenen „den junderen vnd dorffschaft in gemein zustendich“). Für jenes Holzgericht erwählte die Gemeinde einen Holzgreben, einen Richter, einen Fronboten und einen Holzknecht. („zum holzgreben einhellig erwehlet — zum richter gesetzt — zum frohen „nen — holzknecht gewesen“). Zum Urtheilfinden wurden vier

36a) Schiedspruch von 1258 Nr. 20 bei Lacomblet, II, 245 u. 250. bei Ennen, Quellen zur Gesch. von Köln, II, 382 u. 392. f.

37) Piper, p. 199 u. 200. Vgl. oben §. 187.

38) Steinen, I, 1070.

39) Bibber, III, 62.

40) Grimm, I, 413 u. 414.

„Urtheilweiser“ aus den Genossen ernannt, welche sich jedoch, ehe sie das Urtheil sprachen, mit dem gesammten Umstande zu berathen pflegten („diese vier manne haben sich mit dem ganzen „umstande wol bedacht, vnd mit rath vnd bedenden der gemeine „wiedder in die stuben ins gericht komen, vnd vor recht gewei- „setzt“). In diesen Holzgerichten wurden auch die neuen Anordnungen von der Gemeinde gemeinschaftlich mit dem Holzgreben verabrebet. („jundern vnnbt Dorffschafft willigenn sampt vnd be- „sonders — haben der holzgrebe vnd ganze gemeine sich verspro- „chen vnd bewilliget — bewilliget die gemeine“) ⁴¹⁾. Diese Gemeinde-Holzgerichte hatten demnach dieselbe Einrichtung und dasselbe Verfahren wie die großen Märkergerichte, von denen bereits anderwärts das Nöthige bemerkt worden ist. Auch im Rheingau haben sich in manchen Gemeinden noch bis auf unsere Tage eigene Orts-Haingeraden und Haingerichte erhalten ⁴²⁾. Diese Partikular Haingerichte, wie sie zum Unterschiede von dem General Haingerichte für den ganzen Rheingau genannt worden sind, bestanden aus zwei in der Gemeinde angeessenen vom Adel und aus zwei Gemeindebürgern, dann aus dem Ober- und Unterschultheiß. Sie hatten die Angelegenheiten der Gemeinbewaldungen, zu denen auch Wasser, Weide, Wege und Stege gehört haben, zu besorgen. Sie standen jedoch unter der Aufsicht des General Haingerichtes und unter der Oberaufsicht des Landesherrn, und wurden in der letzten Zeit sogar im Namen des Landesherrn geheget ⁴³⁾. Besonders berühmt war das Haingericht zu Lorch, welches unter dem Namen der Schuljunckerschaft bekannt ist. Es wurde unter dem Voritze des Domprobstes von Mainz mit den zu Lorch begüterten Adelligen geheget und hatte die Angelegenheiten der Lorchter Waldungen zu besorgen ⁴⁴⁾.

§. 191.

Berufungen von Dorfmarkgerichten an eine höhere Instanz hat es ursprünglich wohl keine gegeben. Denn wenn die gesammte

41) Grimm, III, 77—79.

42) Bodmann, I, 458, 470, 489, II, 654. Vgl. oben §. 54. Meine Einleitung. p. 193—194.

43) Köhler, von der alten Waldmark und Haingerathe im Rheingau, p. 54 u. 55.

44) Köhler, p. 55.

Gemeinde das Urtheil gefunden hatte, war in Dorfmarkangelegenheiten, da alle Machtvollkommenheit in der Gemeinde selbst geruht hat (§. 158 u. 172.), eine weitere Berufung gar nicht mehr möglich. Dasselbe muß aber auch dann der Fall gewesen sein, wenn der gesammte Umstand das Urtheil zu finden hatte, so wie auch in dem Falle, wenn eigens ernannte Schöffen das Urtheil fanden, indem auch sie sich mit den umherstehenden Bürgern berathen und diese jedenfalls das gefundene Urtheil schelten und dadurch die Sache in den gewöhnlichen Formen des Germanischen Verfahrens auf der Stelle erlebigen durften. Eine Berufung von den Dorfmarkgerichten an die versammelte Gemeinde war zwar möglich. Ich habe aber keine gefunden. Eben so wenig hat es ursprünglich in Dorfmarkangelegenheiten eine Berufung an die öffentlichen Gerichte gegeben. Denn die Angelegenheiten einer Dorfmark waren den öffentlichen Gerichten ganz fremd. An den Grundherrschaften konnte man sich aber nur in grundherrlichen Gemeinden und auch in ihnen nur dann wenden, wenn das Dorfgericht selbst ein grundherrliches Gericht war. Denn von einem genossenschaftlichen Dorfmarkgerichte konnte man sich offenbar auch in grundherrlichen Gemeinden nicht an den Grundherren wenden, weil ein solches Dorfgericht seine Vollmacht von der Gemeinde erhalten hat, also kein Ausfluß der Grundherrschaft war.

Da jedoch die Dorfmarkgerichte unter der Aufsicht der öffentlichen Gerichte gestanden haben, wie dieses auch bei den grundherrlichen Gerichten der Fall war, so hat sich auch bei ihnen nach und nach eine Berufung an die öffentlichen Gerichte und zwar ganz in derselben Weise gebildet, wie bei den grundherrlichen Gerichten⁴⁵⁾, zuerst nämlich eine bloße Beschwerde wegen verweigerter Rechte („wöltend sich aber die Dorffmeyer nit darzu fügen, „so sol es inen ein vogt gebietten“)⁴⁶⁾, und zuletzt auch noch eine wahre Berufung. Diese Berufung ging zu Restenbach in der Schweiz von dem Dorfmeier an den Vogt oder an die sogenannte Oberhand („Item was vrteilen zu R. stöffig werdent, das sol

45) Meine Gesch. der Fränk. IV, 416—418.

46) Grimm, I, 78 §. 40.

„man ziehen für die oberhand“) ⁴⁷⁾. In der Grafschaft Erbach im Odenwalde ging sie von den Haingerichten an die Zent, d. h. an das Zent- oder Landgericht ⁴⁸⁾, in der Grafschaft zum Bornheimer Berg in der Wetterau von den Dorfs Eingreifen an das Landgericht ⁴⁹⁾, in den Freidörfern in Schwaben von den Dorfsgerichten an den Schutz- und Schirmherrn ⁵⁰⁾ und in der Pfalz von den Dorfgerichten an die landesherrlichen Ämter und von diesen an das landesherrliche Hofgericht zu Heidelberg. Das ungedruckte Weisthum von Weisenheim am Sand enthält zwei solche Erkenntnisse dieses Hofgerichtes von den Jahren 1488 und 1493. Und im Jahre 1468 appellirte die Gemeinde Hockenheim in einer Almendangelegenheit an das Hofgericht zu Heidelberg ⁵¹⁾. Ja sogar bis an die Reichsgerichte konnten dergleichen Alment- und anderen Gemeindestreitigkeiten gebracht werden, z. B. in Schwaben „gen Rottwil an das landgericht“ ⁵²⁾.

Hinsichtlich des Verfahrens galt auch bei diesen Berufungen das altgermanische Recht. Daher mußte die Berufung auf der Stelle („im Fußtapfen“) ergriffen ⁵³⁾ und das Erkenntnis des Dorfgerichtes durch Boten an das Obergericht gebracht werden ⁵⁴⁾.

§. 192.

Von den Berufungen verschieden war das Rechtsholen bei einem Oberhofe. Und es hat auch Dorfschaften gegeben, welche zu dem Ende einen Oberhof hatten. So war Grünstadt in der Pfalz der Oberhof für Heppenheim an der Wiese ⁵⁵⁾, Roden-

47) Grimm, I, 78 §. 41 vgl. §. 40 u. p. 134. vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 228.

48) Erbacher Landr. p. 69. vgl. 79 u. 85.

49) Grimm, III, 484 §. 12.

50) Siebenkees, III, 130.

51) Rone, Zeitschr. I, 398.

52) Grimm, I, 398 u. 403.

53) Erbacher Landr. p. 69.

54) Grimm, I, 78 §. 41, III, 485 §. 12. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 239. ff.

55) Anhang, Nr. 3.

hausen der Oberhof von Mannweiler⁵⁶⁾ und Freinsheim in der Pfalz der Oberhof von Großkarlbach, von Dackenheim und von Obersülzen. Einselthum und Stetten in der Pfalz waren die Oberhöfe oder Überhöfe von Zelle, Hartzheim und Riefenheim, und Zelle wieder der Überhof von Einselthum und Stetten⁵⁷⁾. Auf diese Weise hat Obersülzen seine Gerichtsordnung von Freinsheim erhalten. („Ordnung der clagen vff begehren „der Sülzer von Schultheiß vnnb Gericht zue Freinsheim zue „Thomen“)“⁵⁸⁾. Eben so hatte Wehen im Herzogthum Nassau seinen Oberhof zu Bleidenstatt⁵⁹⁾, Schwellingen seinen Oberhof bei dem Stadtrath zu Heidelberg⁶⁰⁾, Groß- und Klein Jngersheim seinen Oberhof bei dem Rath zu Bessigheim⁶¹⁾. Bei jenen Oberhöfen wurde indessen nicht bloß das Recht, sondern auch das Maß und Gewicht, insbesondere auch das Kornmaß und die Weineiche geholt. Es heißt in dieser Beziehung im Weisthum von Großkarlbach: „Obern Hoff. Hatt das Gericht alhie ihren Obern Hof „zu Freinsheim, dahin unsere Vorfahren vor Alters durch unsere „Genedige Obrkeit sind gewissen worden, haben auch vnderschied- „liche Urtheile vndt Entscheid daselbst bei Gericht abgehohlt. Anno „1624 hat das Gericht alhie wider ein Viertel Eich im Obern Hof „eichen lassen den der hiesige stauff durch die Soldaten anno 1621 „ist genommen worden. kost ein Geltgulben.“ Manche Oberhöfe waren jedoch auf einzelne specielle Gegenstände beschränkt, z. B. auf die Angelegenheiten des Steinseßens. Im ungedruckten Weisthum von Zell, Hartzheim und Riefenheim heißt es in dieser Beziehung: „Vom Steinseße. Ersilichen der Überhose dieses steinseß „ist bey den Messern zue Einselthum vnd Stetten, deßgleichen „haben dieselbige den Überhof bey den Zellern.“

Vergleichen Dorfoberhöfe können nun, wenn sie nicht mit grundherrlichen Einrichtungen zusammenhängen, wie dieses z. B.

56) Anhang, Nr. 14.

57) Ungedruckte Weisthümer dieser Orte

58) Weisthum von Obersülzen.

59) Grimm, I, 560.

60) Mone, Zeitschr. I, 398.

61) Dorfordnung von 1484 §. 7 bei Mone, I, 12.

bei dem Oberhofe zu Dürkheim der Fall war ⁶²⁾, ihren historischen Grund nur entweder in der Abstammung des gerichtlich untergeordneten Tochterdorfes, oder in einem freien Übereinkommen oder in einer sonstigen Anordnung haben. Für das Erstere spricht die auch in anderer Beziehung gebliebene Abhängigkeit der Tochterdörfer von ihrem Stamm- oder Mutterdorfe ⁶³⁾, für das Letztere aber das so eben erwähnte Weisthum von Großkarlbach.

§. 193.

Hinsichtlich der Zeit und des Ortes des Verfahrens gelten auch bei Dorfmarkgerichten dieselben Grundsätze, wie bei allen übrigen Germanischen Gerichten. Es gab gebotene und ungebotene Dorfgerichte ⁶⁴⁾. Ungebrücktes Weisthum von Heppenheim an der Wieße: „Item es soll alle ihar ein jeglicher inwohner „oder begueter zue Heppenheim vf Dinstag nach St. Pauli befeh- „rung tag bey seinem eydt zue Heppenheim sein zue vngewotten „dingen dem fôrster sein Obrigkeit vnd gerechtigkeit helfen wey- „sen, wie das hernach volget. welcher inwohner nit da ist, er „habe dan ehehaffte sache zue recht genugsam, verbricht acht schilling „heller, halb dem fôrster oder seiner gnaden schultheiß, das andert „halb theil der gemeinde. Item welcher aber nit zue Heppenheim „vnnnd da beguettet ist, pleibt der auß ohne ehehaffte vrsache zue „recht genug, der verbricht das erste mahl acht schilling heller, das „dritte mahl zwölff schilling heller, ist darzue in vnserß gnebigsten „herrn straff gefallen, oder sein fürstlich gnaden mag die guetter „der Vngehorsamen in der marken zue Heppenheim nemen. Doch „sollen Prelaten, Priester vnd Edelleuth darin nit begriffen sein.“ Die ungebundenen Dorfgerichte nannte man im Rheingau Wizzigdinge oder Wizzintafdinge (§. 187.) In Mühlhausen sollten sie vier Mal im Jahre gehalten werden ⁶⁵⁾. Die Ruggerichte zu Hiltartshausen zwei Mal im Jahre ⁶⁶⁾ und auch die Ehehast- oder

62) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 236.

63) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 178 u. 179.

64) Dorfrecht zu Siglingen Nr. 1 u. 2. bei Rone, Anzeiger, VIII, 467.

65) Grasshof, p. 249.

66) Bensen, p. 381.

Dorfrechte in Baiern zwei Mal im Jahre⁶⁷⁾. Sie wurden öfters auf einen Montag gehalten und hießen daher der geschworne Montag, z. B. am Niederrhein und an der Mosel⁶⁸⁾. Wer unter der Zeit ein Gericht nothwendig hatte, der mußte es bezahlen, z. B. zu Siglingen dem Gericht ein Mahl geben („dem gericht ein möl geben“)⁶⁹⁾. Daher nannte man dergleichen gebotene Gerichte auch gekaufte Gerichte oder Kaufgerichte⁷⁰⁾.

Die Einen wie die Anderen sollten öffentlich unter freiem Himmel gehalten werden, z. B. unter der Dorflinde in Franken⁷¹⁾, in Westphalen⁷²⁾, in Niedersachsen⁷³⁾ und zu Mühlhausen unter der Sanct Kilians Linde („di male“ — so nannte man von der alten Markstatt das Gericht selbst — „die male sal man zu „rechte sitze vndir sente kilianis linden“) ⁷⁴⁾. Zu Rüdesheim bei dem Rußbaum, zu Winkel und zu Eltwil aber unter der Linde⁷⁵⁾. Anderwärts in Franken vor der Dorfschmiede⁷⁶⁾, oder auch vor der Kirche z. B. zu Krust⁷⁷⁾. Vor dem Kirchhofe zu Hattenheim, vor den Fleischscharen (anto maoella) zu Desterich u. s. w.⁷⁸⁾. In späteren Zeiten wurden auch die Dorfgerichte in Häusern gehalten, z. B. zu Speicher an der Mosel auf dem Rathhause⁷⁹⁾. Eben so zu Großkarlbach und Dirmstein in der Pfalz auf dem Rathhause⁸⁰⁾ und zu Gobbelsheim im Waldeckischen sogar in einem Privathause. („Diese vier manne haben sich vs Lips Knipschilden „Deele — (d. h. auf der Diele) — „mit ganzen umstande wol

67) Ehehaftrecht von Greißberg bei Seisfried, I, 231.

68) Grimm, I, 622, III, 830. Weisthum von Retterath bei Günther, IV, 599. dipl. von 1274 bei Gudon, II, 958. ff.

69) Dorfrecht §. 1 bei Rone, Anzeiger, VIII, 467.

70) Dorfordnung von Jügersheim §. 16 bei Rone, Zeitschr. I, 12.

71) Benjen, p. 379.

72) Grimm, III, 169. „dat burgericht wirt gehalten — an der linden“.

73) Stiffler, I, 478.

74) Grasshof, p. 249.

75) Bodmann, II, 654 u. 655.

76) Benjen, p. 379.

77) Grimm, III, 818.

78) Bodmann, II, 654 u. 655.

79) Grimm, II, 333.

80) Ungebrudtes Weisthum von Großkarlbach.

„beachtet und wieder in die Stuben ins gerichtete Kommen — in „dies Knipschilben vnderster Stuben“⁸¹⁾). In grundherrlichen Dorfschaften wurden sie häufig auf dem Fronhofe gehalten, z. B. die Bauerngerichte in der Grafschaft Ravensberg auf dem herrschaftlichen Hofe zu Rade⁸²⁾, und die Frevelgerichte zu Dirmstein auf dem Obern Schloß. („Die Freuel wirdt an tho „zu Dirmstein im Oberschloß getheidiget“⁸³⁾).

Über die Einrichtung des Sitzungsortes habe ich nichts weiter gefunden, als daß in Niedersachsen an dem Sitzungsorte unter der Linde ein steinerner Tisch gestanden habe⁸⁴⁾. Die Einrichtung wird man sich aber in derselben einfachen Weise zu denken haben, wie jene der Fronhofgerichte⁸⁵⁾.

Das Verfahren selbst war äußerst einfach. Von einer Schrift war ursprünglich gar keine Rede. Nur das Resultat der gerichtlichen Verhandlung wurde niedergeschrieben und dieses nicht einmal immer. Daher findet man von Dorfmarkgerichten nur verhältnismäßig sehr wenige Urtheilsbriefe und Gerichts Protokolle fast gar keine. Aus demselben Grunde mußte bei einer Berufung das mündlich gesprochene Urtheil durch Boten an das Obergericht gebracht und über dessen Inhalt daselbst mündliche Auskunft gegeben werden⁸⁶⁾. Erst in späteren Zeiten wurden auch in den Dorfschaften Gerichtsbücher eingeführt oder regelmäßige Gerichtsprotokolle geführt, und in diese sodann die Verhandlungen und Erkenntnisse kurz eingetragen. So hatten seit dem 15ten und 16ten Jahrhundert viele Dorfschaften in Württemberg, in Hessen u. a. m.⁸⁷⁾ ihre eigenen Gerichtsbücher. Eben so in der Pfalz z. B. Erlenbach, Flomersheim und andere Ortschaften mehr. Rndrringen in der Pfalz besitzt seit dem Jahre 1663 regelmäßige geführte Gerichts-Protokolle. Eben so die Bauer

81) Grimm, Gr. III, 77 u. 79.

82) Hausgenossengerichtigkeit von 1569 bei Wigand. Arch V, 389.

83) Ungebrudtes Weisthum von Großkarlsbach.

84) Etisser, p. 478.

85) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 175—179.

86) Grimm, I, 78 §. 41, u. III, 485 §. 12.

87) Grimm, I, 481.

sprachen in der Grafschaft Lingen⁸⁸⁾. Anderwärts wurden die wichtigeren Erkenntnisse in die Weisthümer und Lagerbücher aufgenommen, z. B. in mehreren Dorfschaften der Pfalz.

Ein eigentliches Vorverfahren hat es in der Regel außer der Pfändung keines gegeben. (§. 180.) Wer sich der Pfändung widersetzte wurde gestraft. Der Frevler durfte in diesem Falle sogar verhaftet werden. („Die Frevler solle er — der Bannwart — „fangen und die nacht durch in der twingherrn schlosse behalten „und hüten“⁸⁹⁾). Und es fand zu dem Ende eine Racheile statt („Is aber daz di man daz phant wil were so suln sy ime nach- „volge mit mi albin herzechine. Bigriphin sy yn dan damite. so sulen „sy yn wure vor den hemborgen die sal dan nach mi richteri „sende. — volge mit geschrege — — nach volge mit geschreige“⁹⁰⁾. „Der forster mag dem wagen nachgeen“⁹¹⁾). Wer das Geschrei der Nachfolgenden hörte, mußte zu Hilfe eilen, sonst wurde er gestraft. Wenn der fliehende Frevler bei der Racheile von einem Bannwart oder Förster getödtet ward, so wurden diese zwar nicht gestraft, allein vor der Blutrache waren sie dennoch nicht sicher. („Der bannwart soll in das Dorf laufen und hülfe anrufen. Die „so ihn hören und nicht zu hülfe kommen, sollen dreifach gestraft „werden. Macht der bannwart den frevler leiblos so „soll er deshalb weder land noch herschaft verloren haben, er soll „sich aber vor des todten freunden hüten“⁹²⁾). Auch durften die nacheilenden Beamten nicht in die Wohnung des Frevlers eindringen. Denn diese war und blieb ein heiliges Asyl. In seiner Wohnung durfte sogar der Frevler den eingedrungenen Beamten ungestraft tödten. („volget er — (der Förster) — „ihm „aber nach in seinen hoff, kert sich dann der margman vmb, vnd „schlecht den förster an seinen kopf zu tode, so soll weder gericht „noch rath darnach me gon“⁹³⁾). und mag ime nachvolgen unz in „den hof; wil der forster nit abston, wann er in den hof kompt,

88) Zwei Gerichtsprotokolle von 1586 bei Ulper, p. 199 u. 200.

89) Grimm, I, 182.

90) Grasshof, p. 249—251.

91) Grimm, I, 422. vgl. noch p. 414.

92) Grimm, I, 182—183. vgl. oben §. 159.

93) Grimm, I, 414.

„schlecht er ine mit einer art zu tod, und fellest er uff das lehen, „so bedarf er ine nit bessern, fellest er aber hinuß, so sol er ine „bessern“) ⁹⁴⁾.

Der Sitzungstag wurde öfters in der Kirche von der Kanzel herab verkündigt, z. B. in der Grafschaft Rügen („über „die Cantzell diesen Tag zur Vuirsprach beramet“ ⁹⁵⁾), also eine **adramitio**). Meistentheils bediente man sich jedoch zu dem Ende der Glocke, z. B. zu Krust, Mühlhausen u. a. m. ⁹⁶⁾. Zuweilen wurde aber auch das Gericht durch den Bannwart oder Flurschützen zusammengeboten, z. B. zu Gappel in der Ortenau („wan ein „heimburger wil ein buren gericht haben, so sol ein banwart das „gericht gebieten den zwelffen, vnd sol in dz der heimburger „heiffen“) ⁹⁷⁾. Auch die Parteien wurden auf Befehl des vor-
sitzenden Richters vorgeladen. (Der heimburger sol auch dem für- „gebieten, ab dem der arman clagt“) ⁹⁸⁾.

Auf die geschehene Vorladung mußten die Urtheilsfinder eben-
sowohl wie die Parteien und die gesammte Gemeinde bei Strafe
erscheinen, wenn sie nicht durch gegründete Ehehaften entschuldiget
waren. Die Urtheilsfinder („vnd welcher arman in dem kirspel
„sitzt, dem er gebut, hett er ein kintbetter, oder ein deiff das er
„bachen wil, so hat ime ein heimburger zu erlauben daheim zu
„bliben“) ⁹⁹⁾. Die Parteien. („Wer es ouch, das einem arman
„fürgebotten wer an das obgen. gerichte; ist dan der arman an
„sinem herren werck, oder herren not, oder libß not, oder begriffe
„in das gebot nit daheim so man ime furgebütt, so sol ime das
„bott nit schaden. Wer er aber daheim, vnd wolt sollichem gebott
„nit nachkomen oder gehorsam sin, so bessert er der burschafft
„II sz. Den.“) ¹⁾. Die gesammte Gemeinde. („Zum Andern wen
„auf bestimpten tag zu rechler tag zeitt das Rug Gericht durch
„Schultheiffen vndt Gericht besetz ist, würdt durch die Glock der

94) Grimm, I, 422. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe. IV, 246 ff.

95) Piper, p. 200.

96) Grimm, III, 818. Grasshof, p. 249.

97) Grimm, I, 417 u. vgl. noch p. 418.

98) Grimm, I, 418.

99) Grimm, I, 417. Vgl. noch Erbacher Landr. p. 123.

1) Grimm, I, 418.

zu ihrer Kenntniß gelangten Feld- und Waldfrevel zu dem Amte der Feld- und Waldschützen und der Förster (§. 180). Aber auch die Gemeindevorsteher selbst waren dazu verbunden, die Honnen und Centner ebensowohl wie die Heimbürger und die Dorfmeier u. a. m. („Die Heymberge sollen ausgehen und sollen rügen vmb „den zugefügten frevel“) ¹⁰⁾.

Dieses Rügeverfahren galt insbesondere auch in den grundherrlichen Gemeinden, selbst in jenen, in welchen die Dorfmarkgerichtsbarkeit mit der grundherrlichen vereinigt worden, also an die grundherrlichen Gerichte übergegangen war. Denn auch in den grundherrlichen Gemeinden blieb das Rügeverfahren nach wie vor eine Angelegenheit der Gemeinde. Daher mußten die Rügen entweder von den Gemeindevorsteher selbst bei dem herrschaftlichen Gerichte angebracht werden, z. B. von den Nachbauern und Hubern im Elsaß, an der Bahn u. a. m. ¹¹⁾, oder es mußte die Gemeinde einen Vorsprecher bestellen, und durch diesen im Namen der Gemeinde „alle Beschwerden und Mängel des Dorfs „mündlich fürbringen“ lassen, z. B. zu Grelspurg in Baiern ¹²⁾. Meistentheils wurden jedoch auch die grundherrlichen Gemeinden von ihren Gemeindevorstehern hierbei vertreten, also die Feld- und Waldfrevel bei den herrschaftlichen Gerichten von den Heimbürgern gerügt, z. B. zu Ketterath an der Mosel („die dry Heymbbungen sollent roegen Wette vnd Bruchten, der „Scheffen sal darober wysen na Rechte“) ¹³⁾, oder von den Honnen am Niederrhein („dye twey honnen sullen wroegen soe mat wroech- „berich ys“) ¹⁴⁾. Anderwärts sollten die Gerichtsschöffen die Rügen vorbringen, z. B. zu Dreis an der Mosel. („Der richter „vermahnt die schöffen und hofsleute auf ihre Eide, ob etwas

10) Weisthum von Altenhahelau in Granten, I, 30 u. 44. Grimm, I, 123, u. 417. a. G. Offn. von Wäningen §. 6 u. von Steinmaur §. 44 bei Schauberg, I, 8 u. 94. Vgl. noch oben §. 166.

11) Grimm, I, 623, 653 u. 676.

12) Ehehaftrecht §. 3 bei Seifried, I, 231. Vgl. noch Grimm, III, 639 §. 1.

13) Weisthum bei Günther, IV, 598.

14) Weisthum von Kleinbroch u. Bättchen §. 7 bei Lacomblet, Arch. I, 282.

sich ein ihrem Bedürfnisse entsprechendes Dorfrecht bilden und dieses mittelst ihrer genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit, verbunden mit neuen autonomen Bestimmungen auch noch weiter fortbilden zu können. Die alten Dorfschaften, diejenigen wenigstens, welche wahre Dorfmarkgenossenschaften waren, haben wohl auch ursprünglich sammt und sonders ihr eigenes mehr oder weniger vollständiges Dorfrecht gehabt. Von den freien und gemischten Dorfschaften darf dieses ganz unbedenklich angenommen werden. Aber auch die meisten grundherrlichen Dorfschaften haben ihr eigenes, wenn auch mit Hofrecht gemischtes Dorfrecht gehabt. Schon die Spiegel setzen in jeder Dorfschaft ein Dorfrecht voraus¹⁷⁾. Auch von Bärtemberg ist es bekannt, daß in früheren Zeiten sehr viele, wo nicht alle Dorfgemeinden ihr eigenes Recht gehabt haben¹⁸⁾. Eben so war es in Baiern, Westphalen, Friesland, Tirol, in der Schweiz u. a. m. Die alte Tiroler Landesordnung von 1603 (IV, tit. 2.) setzt noch in jedem Dorfe eine Gemeinde Ordnung voraus („Alle die im Land gessen sind, vnd in Land Reissen vnd „Stewren vnd andern nachbarlichen Rechten, Mitleyden tragen, „sie sollen vnd mögen sich der Gemainden, nach einer jeden „Gemaind Ordnung, wol gebrauchen“). Eben so hatten noch im 16ten Jahrhundert die meisten Bauerschaften im Dithmarschen ihre eigenen Bauerschaftsbeliebungen oder Dorfrechte („indeme dat „in deme Lande de alderen-meesten Burschoppe ehre eigene be- „leuninghe“)¹⁹⁾. Und im Herzogthum Oldenburg konnten noch im Jahre 1774 von 52 Bauerschaften Bauerbriefe eingesandt werden²⁰⁾, woraus folgt, daß daselbst wenigstens 52 Bauerschaften ihr eigenes Dorfrecht gehabt haben. Der Grund, warum wir verhältnißmäßig so wenige Dorfrechte besitzen, ist offenbar in dem Umstande zu suchen, daß nur die wenigsten alten Rechte niedergeschrieben worden sind, was aber nicht niedergeschrieben wird, meistentheils für die Nachwelt verloren ist. Andere und zwar die meisten grundherrlichen Dorfrechte sind nach und nach in

17) Sächs. Kr. III, 79. §. 1 u. 2. Schwäb. Kr. W. c. 134.

18) Bgl. außer der Sammlung von Reyscher noch Fischer, Gesch. der Erbfolge, II, 131. ff, 202, 204, 257, 258, 263, 269, 272 u. 276.

19) Urk. von 1547 bei Michelsen, Urkb. p. 156.

20) Salem, II, 197.

„ruchbar wäre, daß sie das vorbrächten“) ¹⁵⁾. Sehr häufig überließ man es aber den Bütteln, Weibeln, Feldschützen und Boten die zu ihrer Kenntniß gelangten Frevel bei den herrschaftlichen Gerichten zu rügen ¹⁶⁾. Und in dieser Form hat sich das Rügeverfahren in vielen Gemeinden bis auf unsere Tage erhalten, wenn man es nicht vorzog den Feldschützen selbst zu überlassen, die gesetzliche Buße ohne alles Urtheil von den im Frevel getroffenen Leuten zu erheben, das gerichtliche Verfahren in dergleichen Dorfmarkangelegenheiten also ganz eingehen zu lassen.

Dies ist in der Hauptsache die Geschichte des Untergangs des gerichtlichen Verfahrens bei den einst so selbständigen Dorfmarkgerichten. Meistentheils wurde mit dem Untergange der von den grundherrlichen und öffentlichen oder landesherrlichen Gerichten verdrängten genossenschaftlichen Dorfgerichte (§. 167 u. 186) das alte nationale Verfahren zu einer leeren Form, bis auch diese Form noch nach und nach verschwand. Trotz der Ungunst der Zeit haben sich aber dennoch manche Dorfmarkgerichte oder wenigstens Spuren von ihnen bis auf unsere Tage erhalten, worauf ich später wieder zurückkommen werde.

7. Das Dorfrecht.

§. 194.

Wie andere Genossenschaften mit eigener Gerichtsbarkeit, so hatten auch die alten Dorfmarkgenossenschaften ihr eigenes Recht, z. B. das Kirchspiel St. Columba in Köln sein Geburrecht ^{16a)}, und wenn sie auch keines besaßen, so befanden sie sich wenigstens in der Lage, sich ein solches zu bilden. Jede Dorfgemeinde hatte nämlich das Bannrecht, mit Diesem aber, wie wir gesehen haben, eine vollständige Autonomie (§. 178.) Sie befand sich daher in der Lage

15) Grimm, II, 337. vgl. noch p. 334.

16) Grimm, I, 76 §. 12. vgl. oben §. 180.

16a) Ennen, Quellen, I, 265. *jus commune, quod dicitur Gebur regth.* vgl. Urk. von 1233 bei Lacomblet, II, 100. Wilkoer sive Buerkoer —.

sich ein ihrem Bedürfnisse entsprechendes Dorfrecht bilden und dieses mittelst ihrer genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit, verbunden mit neuen autonomen Bestimmungen auch noch weiter fortbilden zu können. Die alten Dorfschaften, diejenigen wenigstens, welche wahre Dorfmarkgenossenschaften waren, haben wohl auch ursprünglich sammt und sonders ihr eigenes mehr oder weniger vollständiges Dorfrecht gehabt. Von den freien und gemischten Dorfschaften darf dieses ganz unbedenklich angenommen werden. Aber auch die meisten grundherrlichen Dorfschaften haben ihr eigenes, wenn auch mit Hofrecht gemischtes Dorfrecht gehabt. Schon die Spiegel sehen in jeder Dorfschaft ein Dorfrecht voraus¹⁷⁾. Auch von Württemberg ist es bekannt, daß in früheren Zeiten sehr viele, wo nicht alle Dorfgemeinden ihr eigenes Recht gehabt haben¹⁸⁾. Eben so war es in Baiern, Westphalen, Friesland, Tirol, in der Schweiz u. a. m. Die alte Tiroler Landesordnung von 1603 (IV, tit. 2.) setzt noch in jedem Dorfe eine Gemeinde Ordnung voraus („Alle die im Land gessen sind, vnd in Land Reisen vnd „Stewren vnd andern nachbarlichen Rechten, Mitleyden tragen, „sie sollen vnd mögen sich der Gemainden, nach einer jeden „Gemaind Ordnung, wol gebrauchen“). Eben so hatten noch im 16ten Jahrhundert die meisten Bauerschaften im Dithmarschen ihre eigenen Bauerschaftsbeliebungen oder Dorfrechte („indeme dat „in deme Lande de alderen-meesten Burschoppe ehre eigene be- „leuinghe“) ¹⁹⁾. Und im Herzogthum Oldenburg konnten noch im Jahre 1774 von 52 Bauerschaften Bauerbriefe eingesandt werden²⁰⁾, woraus folgt, daß daselbst wenigstens 52 Bauerschaften ihr eigenes Dorfrecht gehabt haben. Der Grund, warum wir verhältnißmäßig so wenige Dorfrechte besitzen, ist offenbar in dem Umstande zu suchen, daß nur die wenigsten alten Rechte niedergeschrieben worden sind, was aber nicht niedergeschrieben wird, meistentheils für die Nachwelt verloren ist. Andere und zwar die meisten grundherrlichen Dorfrechte sind nach und nach in

17) Edkf. Tr. III, 79. §. 1 u. 2. Schwäb. Tr. W. c. 134.

18) Vgl. außer der Sammlung von Reyscher noch Fischer, Gesch. der Erbfolge, II, 131. ff, 202, 204, 257, 258, 263, 269, 272 u. 276.

19) Urk. von 1547 bei Nischelsen, Urkb. p. 156.

20) Halem, II, 197.

Hofrechte übergegangen und später mit diesen selbst entweder untergegangen oder in das spätere Landrecht übergegangen. Sehr viele alte Dorfrechte mögen aber auch noch im Staube der Archive modern, bis auch für sie die Stunde ihrer Erloßung dereinst schlägt. So besitzen z. B. die meisten Dorfschaften in der Pfalz am Rhein heute noch ihre alten ungedruckten Dorfweisthümer, Dorfordnungen, Gerichtsbücher und Lagerbücher, in welchen alle ihre Rechte und Verbindlichkeiten verzeichnet sind. In der Anlage theile ich einige derselben mit. Von großem Interesse sind zumal die Dorfordnungen von Alten Glan, von Windsweiler und von Bersweiler. Von noch größerem Interesse ist zwar das sehr ausführliche Weisthum von Großkarlbach. Es ist jedoch zu weitläufig, als daß es hier vollständig mitgetheilt werden könnte.

§. 195.

Die Grundlage der alten Dorfrechte war allenthalben altes Herkommen. So heißt es z. B. in dem ungedruckten Dorfweisthum von Erlenbach in der Pfalz: „Aufzug ausser dem „Gerichtsbuch zu Erlenbach, so man vnnserm gnedigsten Churfürsten vnnb herrn mit Recht daselbstigen weist vnnb von alter „herkomen ist.“ Im ungedruckten Mittesheimer Weisthum: „Daß ist der Gemeine zu Belsheim, genant Klein-Nideßheim „Weistumb vnd ein alt herkomen, gebrauch, gewohnheit „vnd Recht.“ Und in dem ungedruckten Weisthum von Ballhorn und Neunkirchen heißt es am Ende: „Solches weisthumb „haben die alten vff vns herbracht vnd allweg jährlich bei „jren eiden vnd pflichten mit recht mündlich geweist.“ Eben so „in Baiern z. B. zu Peitingau: „Daz bi iunoner des Dorffs „Peitingaw uns haben fürbringen lassen etliche ire Recht und „altz Herkommen“²¹⁾. In Franken z. B. zu Melrichstadt: „sollen einer ieder Dorffmarck an irem alten herkommen „vnnb gerechtigkeiten vnschweblich sein“²²⁾. In der Schweiz z. B. zu Nestenbach: „bis nachgeschriben recht gesagt gewonheit, freyheit, herkomen vnd ehafftig gehörtent zu dem dorff“²³⁾. In

21) Urk. von 1438 bei Lortz, p. 146—147.

22) Grimm, III, 893.

23) Grimm, I. 75. pr. u. §. 18.

Württemberg u. a. m.²⁴⁾). Erst in späteren Zeiten entstand die Sitte ein bereits ausgebildetes Dorf- oder Stadtrecht einem andern Dorfe mitzutheilen, wie dieses im Jahre 1514 zu Frauenzimmern in Württemberg der Fall war²⁵⁾). Allein auch solchen Dorfrechten lag meistens altes Herkommen zu Grund.

Fortgebildet wurde das alte Dorfrecht durch den Gerichtsgebrauch und durch autonomische Bestimmungen der Gemeinden selbst. Die über wichtige Rechtsfragen gefundenen Urtheile wurden in die Dorfweistümer und anderen das alte Dorfrecht enthaltenden Urkunden, öfters sogar mit Tag und Datum aufgenommen. So findet man in dem Weisthum zu Bruch ein Urtheil vom Jahre 1539²⁶⁾, in dem Weisthum zu Dreis zwei Urtheile, eines von 1429 und noch ein anderes von 1516²⁷⁾, in dem Weisthum von Obernaua ein Urtheil von 1462²⁸⁾, in der Oeffnung von Löß einen Spruchbrief ohne Datum²⁹⁾, in dem ungedruckten Weisthum von Großkarlbach in der Pfalz ein Erkenntniß des Oberhofes zu Freinsheim von 1596 über „die Messung des „Feldts“. Aber auch Gemeindebeschlüsse und sogenannte Dorfeinigungen findet man in allen Gemeinden, in den freien ebenso wohl wie in den gemischten und in den grundherrlichen Gemeinden. Von freien Gemeinden sagen dieses außer den Rechtsspiegeln³⁰⁾ auch noch viele Dorfweistümer und Öffnungen, z. B. die Öffnung von Löß („das wir inwoner zu Löß gemeinlich „über ein komen. — Wir hand uns och vereint, welcher vs vunsere „gemeind zücht, sich an andre ort hushablich setz, das der in „vunsere gemeinwert kein theil me sölle haben“)³¹⁾. Die Öffnung von Bonstetten enthält von der Gemeinde beschlossene Strafbestimmungen³²⁾ und die Bauerschaftsbeliebungen im Dithmarschen

24) Reyscher, Pr. R. I, 23. Not. 1.

25) Fischer, II, 199.

26) Grimm, II, 333.

27) Grimm, II, 335.

28) Grimm, III, 337.

29) Grimm, I, 130.

30) Sächf. Pr. II, 55. Schwäb. Pr. W. o. 311. Ruprecht von Freising, I, 142.

31) Grimm, I, 128 u. 133. vgl. noch p. 130 u. 132.

32) Schauberg, I, 11 §. 15.

enthalten nichts als solche Einigungen, wie schon der Name beweist³³⁾. Auch das Bauernrecht in Oldenburg besteht aus solchen Gemeindebeschlüssen oder aus sogenannten Röhren³⁴⁾. Dasselbe gilt von gemischten Gemeinden. So kommen z. B. in dem Weisthum von Aspizheim oder Gauaspizheim mehrere solche Gemeindebeschlüsse vor („Item ist auch ein gebott der gemeinen „wann ein mensch voon diesem jammerthal verschiebe u. s. w. — „Item ein gebott mitt rath der gemein, wissen vund willen „u. s. w. Geschehen im jar vierhundert neunzig eins“)“³⁵⁾). Aber auch in den grundherrlichen Gemeinden kommen Gemeindebeschlüsse vor³⁶⁾, sogar in jenen, welche keinen eigenen genossenschaftlichen Gemeindevorsteher hatten. Denn auch der herrschaftliche Dorfrichter durfte nichts ohne Zustimmung der Gemeinde beschließen, z. B. zu Langenerringen in Schwaben. („Es sol auch „der richter nictes setzen noch erlauben aun der gepurtschaft willen „oder ir bez merern tails. Waz auch die gepurtschaft alle ir der „merer tail ainnung setzen“ u. s. w.)“³⁷⁾). Auch die ungedruckten Weisthümer der ehemals grundherrlichen Dorfschaften Weisenheim am Sand, Dackenheim, Hefenheim, Beintersheim, Flomersheim, Heppenheim, Werstatt, Bermersheim, Harzheim, Sülzen u. a. m. enthalten unter vielem Anderen auch autonomische Verfügungen der Gemeinden selbst, das Weisthum von Großkarlbach z. B. eine Feldmesser- und Steinsetzer-Ordnung, eine Mühlenordnung, eine Bürgermeisterwahlordnung, eine Bachhausordnung, eine Ruggerichtsordnung, eine Almosen-Pfleger Ordnung, eine Wächter Ordnung, eine Weinstückerordnung, und eine Flur- und Weingarten Schützenordnung. Und ähnliche Verordnungen kommen auch in anderen Gemeinden vor. So heißt es in dem Lagerbuch von Weisenheim am Sand, nachdem das Weisthum von 1515 mitgetheilt war, wörtlich wie folgt: „Aufferhalb weisthumbs andere gemeine Ordnungen, wie „es mit Holz dürrer, Dorfgräben, heumgestrey nit in die Heuser „zulegen, Pfulrinden zue schleiffen, daß dorf zum Feuer lauffen

33) Michelsen, Urth. p. 359.

34) Halem, II, 196.

35) Grimm, I, 801 u. 802.

36) Offn. von Schwommenbingen §. 19 bei Schauberg, I, 120.

37) Grimm, III, 645. Vgl. oben §. 166.

„abgetheilt, niemandts vñ den Sonntag zue fahren, wehber vñ
 „mägt nit zue grasen anno 1544 vffgericht, zum ersten geordnet“
 u. s. w. Auch wird daselbst noch einer Gemeinde Backordnung
 erwähnt. Im Weisthum von Heßheim eine Schützenordnung und
 eine Feuerordnung. („Feuwer ordnung. Desßhalben ist die ganze
 „Gemeindt in vier Birtel getheilt, würdt alle jhar wider verändert
 „vñ vñ den fall es außserhalb brent, laufft ein Birtel so fünff-
 „zehn Personen, würdt bißweylen gemehrt, wan einer nit erscheint
 „würdt derselb vñder jñnen gestrafft“). Auch im Weisthum von Bein-
 tersheim findet sich eine Feuerordnung. Im Weisthum von Flomers-
 heim ein Weisthum über die Bäcker, eine Steinsekerordnung von
 1586, eine Ordnung über gemeine Flur- vñ andere Schützen,
 eine Feuerordnung und eine Ordnung, „wie es mit den Alment
 „Ackern soll gehalten werden von 1574“. Im Weisthum von
 Heppenheim auf der Wiese eine Mülเลอร์ordnung, eine Bäckerord-
 nung, eine Wekplerordnung und eine Feuerordnung. Im Weis-
 thum von Merstatt eine Backhausordnung, Bäckerordnung und
 eine Feuerordnung, und auch in dem Weisthum von Bermersheim
 eine Feuerordnung. Anderwärts kamen hiezu noch Anordnungen
 über das Viehhalten, über die Weinlese, über die Wiesenbewässer-
 ung, über das Gewerbswesen und über die Dorfpolizei überhaupt.
 (§. 178.)

In grundherrlichen Gemeinden kamen zu diesem Allem
 auch noch gemeinschaftlich mit der Grundherrschaft getroffene Ver-
 fügungen, z. B. zu Herbitte in Westphalen. („hadt ein Abbisse
 „tho Herbit mit derselven Buer tho ordnieren saten und tho
 „straessen“) ³⁸⁾, zu Ensborn in Oesterreich („hat mein Herr von
 „Ensborn mit frumen Leutten Rat ein richtige ordnung hie
 „im dorff“) ³⁹⁾.

Alle diese verschiedenen Bestandtheile, die alt hergebrachten
 Rechte, späteren Urtheile und Gemeinde-Verordnungen und Be-
 schlüsse und sonstigen Verabredungen wurden gesammelt und in
 die Gerichtsbücher, Weisthümer, Öffnungen und andere Dorfrechte

38) Statuten bei Semmer I, 2. p. 17.

39) Rechte Ordnung des Dorffs aus 15ten Jahrh. in Mon. Boic. 24, p.
 235—239.

eingetragen. Und sie zusammen genommen bildeten das spätere Dorfrecht. Daher enthalten die späteren Weisthümer und Öffnungen öfters Zusätze, welche sich in den älteren Urkunden noch nicht fanden. Öfters aber auch Auslassungen, z. B. in der Öffnung von Thalwyl⁴⁰⁾, weil man das antiquirte Recht nicht mehr aufnahm. Sehr merkwürdig sind auch in dieser Beziehung die Dorfweisthümer und Lagerbücher in der Pfalz, indem dieselben von Zeit zu Zeit erneuert, und sodann alle neueren Urtheile und Gemeindebeschlüsse nebst den herrschaftlichen Verfügungen eingetragen worden sind. Das Weisthum von Großkarlbach z. B. wurde zuletzt noch einmal im Jahre 1628 renovirt, und alle bis dahin erschienenen Urtheile, Gemeindebeschlüsse und herrschaftlichen Verordnungen mit den älteren Weisthümern zusammen geschrieben, wodurch dasselbe zu einem nicht unbedeutenden Bande in folio herangewachsen ist. Das durchaus schön geschriebene und mit gemahlten Anfangsbuchstaben versehene Original befindet sich im Kreisarchive zu Speier.

§. 196

Man nannte dergleichen das Dorfrecht enthaltenden Urkunden sehr häufig selbst Dorfrechte, z. B. in Tirol⁴¹⁾. Eben so in Baiern, wo dieselben aber noch öfter Ehehaftrechte genannt worden sind. („Ehehaft- oder Dorfrecht“)⁴²⁾. In Württemberg wurden sie meistens Dorfrechte genannt, zuweilen aber auch Ehehaften, z. B. das Dorfrecht und Ehehafte von Leinshofen⁴³⁾, oder Herkommen und Brauch oder Gebrauch, z. B. das Recht der Dörfer Seifen, Beuren und Urbach⁴⁴⁾. Auch in der Schweiz nannte man sie Dorfrechte und Ehaffty, aber auch Freiheiten u. s. w.⁴⁵⁾. Freiheiten auch in Westphalen, z. B. zu

40) Vgl. die alte Offnung bei Bluntshü, I, 280. mit der späteren bei Grimm, I, 62. und oben §. 99.

41) Grimm, III, 738.

42) Ehehaft. von Greißberg von 1561 bei Seifried, I, 231.

43) Filscher, II, 240.

44) Filscher, II, 181, 238 u. 276.

45) Grimm, I, 75, pr u. §. 18.

Wesphoven ⁴⁶⁾ und zu Herbise, wo sie aber auch Statuten, Ordnungen, Bauerrechte und Plebisciten genannt worden sind ⁴⁷⁾. Gemeinordnungen oder Ordnungen der Gemeinden nannte man sie insgemein in der Pfalz, z. B. zu Alten Glan, Versweiler, Winsweiler u. a. m., und in Franken, daselbst aber auch Gemeinrechte, z. B. zu Hilfkartshausen ⁴⁸⁾. In Obenbürg Bauernrechte, Bauerbriefe, Rulla (Rollen) und Bauerköhren ⁴⁹⁾. Im Dithmarschen Bauerschaftsbeliebungen, z. B. die Beliebung der Bauerschaft Stelle von 1581 ⁵⁰⁾ und die Beliebung der Bauerschaften Tonsbüttel und Röst von 1585 ⁵¹⁾, oder Kirchspielsbeliebungen, z. B. zu Melbörf mehrere von den Jahren 1541, 1542, 1546, 1547, 1549 und 1555 ⁵²⁾. Dorfrügen z. B. im Dorfe Plauen bei Dresden ⁵³⁾. Bergrechte z. B. zu Menzingen im Kanton Zug, weil daselbst die Dorfleute die Leute vom Berg hießen ⁵⁴⁾. Und in Unterwalden hießen die Dorfrechte Urthjrecht, weil die Dorfschaften selbst Urthj oder Uerthenen genannt worden sind ⁵⁵⁾. Bei weitem die meisten alten Dorfrechte findet man aber in den Dorfweisthümern und Öffnungen, in den alten Gerichtsbüchern, Dorfbüchern, Fleckenbüchern, Statutenbüchern und Lagerbüchern, deren es z. B. in Württemberg und in der Pfalz in vielen Gemeinden gegeben hat, sodann in den Vogteibüchern, z. B. in dem Vogteibuch von Weisingen am Neckar ⁵⁶⁾, und bei grundherrlichen Dorfschaften in den alten Hof- und Dingroteln und in anderen Hofrechten.

46) Steinen, I, 1575 ff.

47) Sommer, p. 16 u. 17.

48) Benßen, p. 381.

49) Salem, II, 196—197.

50) Michelsen, alt Dithmar. Rechtsg. p. 334—336.

51) Michelsen, Urk. p. 358. f.

52) Michelsen, altbüb. Rechtsg. p. 231—244.

53) Haubold, p. 30.

54) Renaud, Rechtsg. von Zug p. 42. Vgl. Blumer, Rechtsg. I, 377. not. 6.

55) Urk. von 1496 im Geschichtsbüch., I, 318. Vgl. oben §. 46.

56) Rader, X, 546.

§. 197.

Ihren Hauptinhalt bildeten die dorfmarkrechtlichen Bestimmungen. In dieser Beziehung standen die Dorfrechte der freien Gemeinden jenen der gemischten und grundherrlichen ganz gleich. Im Uebrigen waren sie aber sehr von einander verschieden. In den Dorfrechten der freien Gemeinden kommen nämlich keine hofrechtlichen, vielmehr bloß markgenossenschaftliche Bestimmungen vor, z. B. in dem Dorfrechte zu Partschins von 1380⁵⁷⁾ und in dem alten Gerichts Gehafft zu Pfunds von 1303⁵⁸⁾. Ebenso in den Öffnungen von Nieder- und Mättmehasse, von Binzikon, von Ober- und Nieder Steinmaur, von Dübendorf, Dietlikon und von Nieten u. a. m. in der Schweiz⁵⁹⁾. In den Bauerschaftsbeliebungen von Tonsbüttel, Röst und von Stelle im Dithmarschen⁶⁰⁾ u. a. m. In den Dorfrechten der gemischten Gemeinden kommen neben den dorfmarkrechtlichen Bestimmungen auch noch hofrechtliche vor, z. B. zu Reftenbach in der Schweiz, zu Saspach und Gappel in der Ortenau u. a. m.⁶¹⁾. Daher wird auch das Dorfrecht von Saspach ein Recht genannt, „die der hoff vnd das Margrecht hat“⁶²⁾. Die Dorfrechte der grundherrlichen Gemeinden waren aber meistens ein Gemisch von Hofrecht und Dorfmarkrecht und von willkürlichen Bestimmungen der Grundherrschaft, z. B. das Dorfrecht von Greilspurg in Baiern⁶³⁾, noch mehr aber die Dorfordnungen von Seunfeld, von Adelmanusfelden und von Buttenhausen und das Vogtrecht von Beihingen⁶⁴⁾ u. a. m. Daher wurden auch solche Dorfrechte zuweilen Hof- und Dorfrechte

57) Grimm, III, 738. und Zeitschrift für Tirol und Vorarlberg, III, 141—145.

58) Zeitschr. für Tirol, III, 64 u. 132. f.

59) Schauberg, I, 1, 41, 92, 98 u. 111.

60) Michelsen, Urkb. p. 358. Derf. Rechtsqu. p. 334.

61) Grimm, I, 74. ff, 415 ff, 412—414.

62) Grimm, I, 412.

63) Seifried, I, 230. ff.

64) Mader, VI, 200 ff, IX, 345. ff, X, 546. ff. und XI, 489. ff. Vgl. noch Grimm, I, 43 ff, 73 ff, 490. ff.

genannt („das ist des hoves vnd des dorfs recht“) ⁶⁵⁾. Indessen hat es doch auch grundherrliche Dorfordinungen gegeben, welche keine hofrechtlichen, vielmehr nur ortspolizeiliche, also dorfmarkrechtliche Bestimmungen enthielten. Die Ordnung des Dorfes Ensdorf z. B. enthält bloß Verfügungen über die Gewerbs-, Feuer- und sonstige Ortspolizei, insbesondere auch das Verbot in seinem Hause spielen zu lassen. („Daz nyemant hie im dorff gessen „sol lassen spynen in seym hauß, außgenomen pretspill und „kartenspiel“ ⁶⁶⁾), denn zumal das Bret- oder Zabelspiel war damals eben so beliebt, als verbreitet ⁶⁷⁾.

§. 198.

Alle Dorfmarkgemeinden, auch die grundherrlichen, hatten demnach ursprünglich eine vollständige Autonomie, d. h. das Recht ihre inneren Angelegenheiten selbständig zu ordnen. Denn von einer landesherrlichen Zustimmung war niemals und von einer Zustimmung des Grundherrn nur dann die Rede, wenn über seine Rechte verfügt werden sollte. (§. 158 u. 178.) Das jedem Grund- und Vogteiherrn zustehende Bannrecht ⁶⁸⁾ führte jedoch frühe schon zu einer wahren Gesetzgebung in grundherrlichen und vogteilichen Angelegenheiten, und diese machte sich sodann auch in den Angelegenheiten der grundherrlichen und vogteilichen Gemeinden geltend. Schon die vorhin erwähnte Dorfordnung von Ensdorf aus dem 15. Jahrhundert beruht im Grunde genommen auf solchen einseitigen Anordnungen des Grundherrn, wiewohl wenigstens der Form nach die Gemeinde noch beigezogen worden war. Darum heißt es darin öfters: „sunst alle spil verpewt mein herr von Enßdorff“. — „So hat mein herr von „Enßdorff vor offen rechten öffentlichen lassen berueffen“ u. dgl. m. ⁶⁹⁾. Die älteste mir bekannte Dorfordnung, welche von einem Grund- und Vogteiherrn allein erlassen worden ist, ist die Dorf-

65) Grimm, I. 73. u. 74.

66) Mon. Boic. 24, p. 235 u. 239.

67) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 191.

68) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 61 ff. 67.

69) Mon. Boic., 24 p. 237 u. 239.

ordnung zu Ingersheim am Neckar von 1484, welche der Pfalzgraf bei Rhein als Erbherr, Oberherr und Vogteiherr ohne Zuziehung der Gemeinde erlassen und sich im §. 32 das Recht „diz ordnung zu myndern und zu meren“, ausdrücklich vorbehalten hat⁷⁰⁾. In den Jahren 1553 und 1557 machten die drei Grundherrschaften von Weitingau Verträge über die Angelegenheiten der Dorfmark und publicirten dieselben als Dorfordnung ohne die Gemeinde selbst beizuziehen. („daß wir ettliche fürfallenden irrung „und Beschwerdten halben, so sich ein Zeit her zwischen gemainer „Dorffschafft zu Weitingau erhalten, nachuolgende Ordnung „fürgenommen, gemacht und beschloffen haben“)⁷¹⁾. Dasselbe thaten die drei Grundherrschaften von Hausen im Jahre 1564⁷²⁾. Auch die Dorfordnung der Gemeinde Niederorschel von 1565 beruht auf einem Vertrage zwischen den Grafen von Schwarzburg und den Herrn von Bülkingslöwen, von Knorr und von Wüningeroberode⁷³⁾. Anderwärts sollten die Grund- und Vogteiherrschaften beigezogen werden, wenn eine örtliche Satzung oder ein Dorfrecht gemacht werden sollte, z. B. zu Osterdingen u. a. m. in Württemberg⁷⁴⁾. Seit dem 16. u. 17. Jahrhundert machten aber die Grund- und Vogteiherrschaften die Dorfordnungen ganz allein. Anfangs ließen sie sich zwar noch die Annahme und Befolgung des von ihnen gegebenen Dorfrechtes von ihren Hinterlassenen versprechen, z. B. als im Jahre 1559 die Dorfordnung von Sennfeld publiciert ward. („Dorffsordnung zu Sennfeld. So die Eiden von „Berlichingen und von Adelsheim ihren Hinterlassenen vnd „Inthanen daselbst verordnet, die es auch also angenommen „vnd also zu halten bey ihrem Gelübb, Pflichten vnd Eiden „versprochen“)⁷⁵⁾. Eben so heißt es in einer von den Herren von Helmstatt und von Massenbach als gemeinen Dorfvögten von Obereisensheim in Unterfranken ihren Unterfranken im Jahre 1553 gegebenen Dorfordnung. „Solche ordnung

70) Mone, Zeitschr. I, 10. ff.

71) Lori, p. 328 u. 347.

72) Lori, p. 363. ff.

73) Hartmann, Provinzialr. des Eichsfeldes, p. 340.

74) Reyscher, Pr. R. I, 20 u. 21. not. 2. u. 3.

75) Mader, VI, 200.

„sy auch der ganzen gemein verkunden und furlesen haben lassen, „die sy also zu Dank angenommen, und derselben sambt und „sonder gehorsamblich zu geleben, bewilligt, zugesagt und „versprochen“⁷⁶⁾). Späterhin hielt man indessen auch dieses nicht mehr für nothwendig. Und so erschienen denn die meisten neueren grund- und vogteiherrlichen Dorfrechte und Dorfgerichtsordnungen ohne alle auch nur formelle Beziehung der Gemeinde. So die Dorfgerichtsordnung von Schwabmühlhausen in Baiern von 1570, welche von Hans Lucas Welser erlassen worden ist⁷⁷⁾). Eben so das Vogtbuch oder die Polizeiordnung zu Bethingen von 1590⁷⁸⁾, die Edelfinger Dorfordnung von 1601⁷⁹⁾, Die Polizei- und Dorfordnung von Abelmanssfelden von 1680⁸⁰⁾, die Dorfordnung von Buttenhausen von 1601, 1736 und 1788⁸¹⁾ u. a. m.

Aber auch die öffentliche Gewalt machte sich mehr und mehr auch in den Dorfmarkangelegenheiten geltend. So wurde schon im Jahre 1400 eine „Ordnung vnd gerechtigkeit des walts von „Weißheim durch ein Burggrauen zue Altzen vnd Grauen zue Lein- „ingen ratificiert vnd confirmirt“ und die Ratifikationsurkunde in das Dorfweisthum von Weissenheim am Sand aufgenommen. Und derselben Gemeinde ist im Jahre 1490 auch noch eine „Ordnung „des Meßens vom Ambt zuelomen“ und auch diese Verordnung in das Dorfweisthum aufgenommen worden⁸²⁾). Das Erbrecht von Fritzenhausen in Württemberg wurde im Jahre 1493 „mit Gunst „Wissen vnnnd Willen“ des Grafen Eberhard von „Schult- „haß, Richtere vnnnd gannß gemeinde“ errichtet⁸³⁾). Eben so wurde das Dorfrecht von Reinsenhofen in Württemberg im Jahre 1506, „vff zulassen“ der Herzogin Elisabeth von „Ambtmann

76) Dorfordnung von 1553 bei Wigand, Wehl. Beitr. III, 200.

77) Urk. von 1570 bei Lori, p. 390. f.

78) Waber, X, 546 ff.

79) Zeitschrift des historischen Vereins für das Württembergische Franken von Schönkuth, IV, 89. ff.

80) Waber, IX, 345. ff.

81) Waber, XI, 489. ff.

82) Vgl. noch Anhang, Nr. 4. a. Nr. 42. und Anhang Nr. 5. o. am Ende.

83) Zschger, II, 232.

„vnnb Richtere des Dorffs“ und „mit etlichen von der gemeind beschloffen“⁸⁴⁾. Das Bergrecht von Menzingen im Jahre 1517 von dem Stadt- und Amtsrathe, also von der Obrigkeit gutgeheißen⁸⁵⁾. Die Dorfgerichtsordnung von Schwabmühlhausen von 1570 von dem Herzog von Baiern confirmirt⁸⁶⁾. Die Beliebung der Bauerschaft Stelle im Jahre 1581 von dem Landvogte und seinen Rätthen bestätigt. („mit tholatum vnd bestebigung des „Landtvogts — vnd sinen thogeordneten Rethen“)⁸⁷⁾. Auch die Dorfordnung von Wins- und Bersweiler wurde im Jahre 1628 amtlich bestätigt. Und zuletzt verfügte die Landesherrschaft auch in Dorfmarkangelegenheiten ganz allein ohne Zuziehung der Gemeinde. So findet sich schon in dem öfters erwähnten Weisthum von Großkarlbach eine Verfügung des Kellers von Dirmstein von 1564 über die bessere Beobachtung „der vßgegangenen „Policcyordnung“ und eine neue Messer- und Steinseker Ordnung des Oberamtes Alzei von 1620. Und beide Verordnungen sind wörtlich in dem Dorfweisthum aufgenommen. Seit dem 17. und 18. Jahrhundert wurden aber auch ganze Dorfordnungen von der Landesherrschaft ganz allein erlassen, z. B. in Württemberg die Kommun-Ordnungen von 1702 und 1758, in Preußen die Dorf- und Ackerordnung von 1702, in Hessen die Grebenordnung von 1738, im Fürstenthum Minden und in den damit verbundenen Grafschaften Ravensberg, Tecklenburg und Riegen die Dorfordnung von 1755 u. a. m.

Öfters widersezten sich jedoch die Gemeinden gegen diese Neuerungen und brachten ihre Beschwerden an das Reichskammergericht. Und auch die Grund- und Vogtei- und die Landesherrn suchten für ihre Anmaßungen eine Stütze bei Kaiser und Reich. So wendeten sich die Herrn von Helmstatt und von Massenbach, nachdem sie im Jahre 1553 als gemeine Dorfbögte von Ober-eisensheim in Unterfranken eine Dorfordnung erlassen hatten, im Jahre 1570 an den Reichstag zu Speier und erwirkten daselbst

84) Fischer, II, 240.

85) Renaud, Rechtsg. von Zug, p. 42.

86) Lort, p. 390 u. 391.

87) Michelsen, Rechtsqu. p. 334 u. 335.

eine Kaiserliche Bestätigung. Sie präsentirten diese sodann dem Reichskammergericht, „damit sie sich hinfürter darnach auch gnediglich zu richten hetten.“ Das Reichskammergericht gab aber den Bescheid „,wofern glaublich Anzeige gethan würde, daß die Gemeine solche angenommen habe, und genehm halte, dann ferner „darauf ergehen solle, was Recht sey.“ Allein schon im Jahre 1571 änderte das Reichskammergericht wieder seine Ansicht und erließ wegen angeblicher Annahme und Befolgung der vom Kaiser confirmirten Ordnung ein scharfes Mandat, gegen welches sich die Gemeinde beim Reichskammergericht beschwerte. Wie so vieles Andere blieb aber die Sache dort liegen⁸⁸⁾. Eben so hatten die Herrn von Gemmingen als Grund- und Vogtsherren von Michelsheld ihren Unterthanen im Jahre 1566 eine Dorfordnung gegeben und dieselbe vom Kaiser bestätigen lassen. Die Bauern weigerten sich jedoch diese neue Dorfordnung anzunehmen und brachten ihre Beschwerde an das Reichskammergericht. Es wurden auch mehrere Schriften gewechselt. Sodann hatte aber die Sache das gewöhnliche Schicksal der Prozesse des Reichskammergerichtes, — sie blieb liegen⁸⁹⁾.

VII. Die Grundherrschaft in den Dorfmarken.

§. 199.

Daß von einer Grundherrschaft nur in grundherrlichen und in gemischten Gemeinden die Rede sein kann, bedarf kaum einer Erinnerung. Eben so darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß auch die grundherrlichen Dorfmarkgemeinden von den Hofgemeinden wesentlich verschieden waren. (§. 8 ff u. 49).

Jede Dorfmarkgemeinde, auch die grundherrliche, beruhte

88) Bigand, Deplar. Beitr. III, 184 u. 185.

89) Bigand. I. c. III, 201—203.

nämlich, wie wir gesehen haben, auf ungetheilter Dorfmarkgemeinschaft. Auch in den grundherrlichen Dorfschaften pflegte jedem Hause und Hofe, außer den dazu gehörigen Feldern auch ein gewisser Antheil an der ungetheilten Dorfmark, ohne welchen in früheren Zeiten keine Landwirthschaft möglich war, zugetheilt zu werden. Das Eigenthum an Grund und Boden gehörte zwar in der getheilten Mark ebensowohl wie in der ungetheilten dem Grundherrschaft, und der Colone hatte auch an der ungetheilten meistens in Waldungen bestehenden Mark kein anderes Recht, als ihm an der getheilten — an seinem Hause und Hofe im Dorfe und an den dazu gehörigen Feldern, eingeräumt worden war. Allein zwischen solchen Gemeindevaldungen und anderen herrschaftlichen Waldungen, den sogenannten Forsten, bestand der große Unterschied, daß die herrschaftlichen Waldungen durch Einforstung für die gemeine Nutzung geschlossen, also in den Dorfmarkverband nicht aufgenommen waren, während die Gemeindevaldungen sich im Gemeindeverbande befanden und daher für die gemeine Benutzung offen standen. Die Hofgemeinde dagegen beruhte auf dem Hofverbande und hatte an und für sich mit der Feld- und Markgemeinschaft gar nichts gemein. Daher standen beide Genossenschaften ganz unabhängig neben einander in einer und derselben Dorfmark, und eine jede von ihnen hatte eigene Vorsteher und eigene Gerichte. Die Gemeindevorsteher und die Dorfmarkgerichte waren genossenschaftliche, von der Dorfmarkgemeinde abhängige Behörden zur Besorgung und Entscheidung der Angelegenheiten der Dorfmark. In ihrem Wirkungskreise waren sie ganz unabhängig von der Grundherrschaft und von den herrschaftlichen Beamten. Denn jede Gemeinde regierte sich selbst und von einer Gemeindecuratel war ursprünglich keine Rede. Es gab nicht einmal eine Berufung von den Dorfmarkgerichten an die Grundherrschaft und an die herrschaftlichen Gerichte. Die Fronhof-Beamten und Gerichte dagegen waren grundherrliche von der Grundherrschaft abhängige Beamte zur Besorgung und Entscheidung der grundherrlichen Angelegenheiten. Daher ging auch von ihnen eine Berufung an die Grundherrschaft selbst. (§. 158, 159, 163, 164, 186, 191.) Dieser Unabhängigkeit ungeachtet standen dennoch die grundherrlichen Gemeindevorsteher und Behörden in mehrfacher Beziehung unter den Grundherrschaften und unter der Aufsicht der

grundherrlichen Beamten⁹⁰⁾. In allen wichtigeren Angelegenheiten mußte die Grundherrschaft beigezogen werden. (§. 158.) Auch wurde das Bannrecht, welches den Grundherrn hinsichtlich ihrer Grundholden zustand, öfters auf Gemeindeangelegenheiten ausgedehnt. („vnrchte wege sollen beyder junkern schultheiß bey „einer poen verpieten, wer solch verbott verbricht soll die „gemein straffen“)⁹¹⁾. Dadurch ward aber das dorfmarktgenossenschaftliche Element mehr und mehr untergraben, bis zulezt die genossenschaftlichen Gemeinde-Beamten und Gerichte gänzlich verdrängt und durch herrschaftliche Beamte und Gerichte ersetzt worden sind. Dann bestand aber natürlich kein Unterschied mehr zwischen den Dorfmarkt- und Hofgenossenschaften, beide waren vielmehr gänzlich mit einander verschmolzen. (§. 163, 167, 186.)

Noch unabhängiger als in den grundherrlichen Gemeinden standen die Dorfmarktgenossenschaften in den gemischten Gemeinden neben den Hofgenossenschaften. Auch war der Einfluß der Grundherrschaften und der herrschaftlichen Beamten auf die Dorfmarktangelegenheiten in den gemischten Gemeinden ursprünglich nicht sehr groß. Da nämlich in einer und derselben Dorfmarkt öfters zwei, drei, vier bis zehn und zwölf und mehr Grundherrschaften ansäßig waren, die meisten oder wenigstens viele von ihnen aber ihre eigene grundherrlichen Beamten und Gerichte hatten, so daß sich in Baiern, Franken, im Elsaß, in der Ortenau, im Rheingau, an der Mosel u. a. m. öfters in derselben Gemeinde zwei, drei, vier und mehr grundherrliche Beamten und Gerichte und eben so viele Hofrechte fanden⁹²⁾; da ferner jeder hörige Colone nur seiner eigenen Grundherrschaft und den herrschaftlichen Beamten und Gerichten dieser Grundherrschaft unterworfen war, die Freien in der Dorfmarkt angesessenen Bauern aber unter gar keiner Grundherrschaft, vielmehr direkt unter der öffentlichen Gewalt standen, so konnte in den gemischten Gemeinden der Einfluß einer jeden Grundherrschaft auf die gemeinsamen Angelegenheiten der Dorfmarkt eben nicht groß sein. Da indessen bei wichtigeren Angelegenheiten der Dorfmarkt die hörigen Colonen ihren

90) Schwommendinger Offn. §. 6, 7, 8, 17 u. 18 bei Schauberg, I, 117

91) Grimm, I, 481. Vgl. oben §. 198.

92) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 97—106, IV, 275 u. 276.

Grundherrschaften beiziehen oder dessen Zustimmung einholen mußten (§. 32), so hatte dieser auch in gemischten Gemeinden einen gewissen Einfluß auf die Angelegenheiten der Dorfmark. Es war dieses aber mehr ein indirekter als ein direkter Einfluß. Dieses änderte sich jedoch, seitdem die verschiedenen in einer Dorfmark angehörenden Grundherrschaften anfangen sich zu einer gemeinschaftlichen herrschaftlichen Beamtung zu vereinen, z. B. zu Frankenstein zu einer gemeinschaftlichen Schultheiß („beider jundern schult-„heiß“) ⁹³⁾, in Franken öfters zu einem sogenannten Ganerben-schultheiß (§. 163), zu Wabern und Zennern in Hessen zu einem Sammttrichter ⁹⁴⁾ u. s. w., oder zu gemeinschaftlichen Fronhofgerichten, wie dieses z. B. in Bayern, in Franken, in der Pfalz u. a. m. öfters der Fall war ⁹⁵⁾, und seitdem die Grundherrschaften auch über Dorfmarkangelegenheiten Verträge abschlossen und diese ohne die Gemeinden beizuziehen als Dorfverordnungen publicirten (§. 198.). Denn seit jener Zeit wurden die Dorfmarkgenossenschaftlichen Elemente auch in vielen gemischten Gemeinden mehr und mehr untergraben und zuletzt die genossenschaftlichen Gemeinde-Beamten und Gerichte gänzlich verdrängt.

VIII. Die öffentliche Gewalt in den Dorfmarken.

§. 200.

Jede Dorfmark bildete ursprünglich eine Immunität. Dies lag, wie wir gesehen haben, in der Natur der Dinge. Die Immunität der Dorfmarken reicht daher hinauf bis in die ältesten Zeiten. Ursprünglich beruhte nämlich die Immunität weder auf einer königlichen noch auf einer landesherrlichen Verleihung. Auch

93) Grimm, I, 481.

94) Ropp, II, 175 u. 176.

95) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 103—105.

die grundherrlichen und gemischten Dorfmarken bildeten, der öffentlichen Gewalt gegenüber, wahre Immunitäten. Denn sie befanden sich in einer ganz ähnlichen Lage wie die zu einem Fronhofs gehörigen Ländereien ⁹⁶⁾.

Die Immunität der Dorfmark gab Freiheit von dem Zutritt der öffentlichen Beamten. Diese durften daher erst dann einschreiten, wenn sie entweder von der Nachbarschaft oder Bauerschaft aufgefordert worden waren ⁹⁷⁾, oder im Falle der Notheile bei erhobenem Gerüfste bei handhafter That ⁹⁸⁾, oder in anderen bringenden Fällen, in welchen sie jedoch den verhafteten schädlichen Mann an die Gemeinde ausliefern mußten („den mag ein „herr wol sachen, und mag in dem nachpauern antwurttten“) ⁹⁹⁾. In der Regel gebührte nämlich der erste Angriff und das Recht den schädlichen Mann in der Dorfmark zu verhaften den Gemeindebeamten, wie in den Fronhöfen den herrschaftlichen Beamten. Sie hatten entweder namens der Gemeinde allein oder gemeinschaftlich mit der Gemeinde den Missethäter zu verhaften („ob dieselbige Heimbergen jemandts fiengen von der „gemeindt wegen“) ¹⁾, und ihn in das Gefängniß zu bringen und daselbst bis zur Ablieferung an den öffentlichen Beamten zu bewahren. („den sal der Heymburge in des Heymburgen Ampte „dat gescheidt vnd syne Gemeinde antworten in vnsers Herrn „van Trire Besten zu Meiene, vnd sal yn da halben bis „an den dritten Dach sa fall in des Greuen Amptmann (der „vogteiliche Beamte) da holen vnde halben bis an dat gerichte“ ²⁾. „In demselben hoiff sey ein stoek — vnd ob eyn mißthebiger grifsen wurde, soll man darin liebern vnd die gemeinde den „hueten biß an den dritten tag“) ³⁾. Das Zeichen zur Gerichtsfolge gab der Gemeindevorsteher, und die ganze Gemeinde

96) Meine Besch. der Fronhöfe, IV, 382 ff. vgl. noch oben §. 140 u. 158.

97) Grimm, I, 573, III, 648 §. 13. Vgl. noch oben §. 139.

98) Sächs. Ur. II, 71. §. 5. Grimm, III, 647 §. 8, 9 u. 11.

99) Grimm, III, 648 §. 11.

1) Reddersheimer Weisth. bei Koenigsthal, I, 2. p. 62 f.

2) Urf. von 1348 bei Günther, III, 518.

3) Grimm, II, 497. Vgl. noch II, 266. und oben §. 166.

mußte sodann bei Strafe nachsehen und zur Handhabung der öffentlichen Ordnung mitwirken. (dat der gesworen vnd gekoren „hemburg her, so man der herre uoyt het von aller gewalt „weghen, bey yn dem gericht gescheghe, dat hey eyne floede luben „sal so gesynnen des herren oder syner knechte, und sal na vol- „ghen bey gewalt helfen sturen al so wyde vnd land as dat ge- „richt ys ⁴⁾). Auch were es sach, daß das vnfertig Mensch ent- „ging oder entränne, so solten die Dorff alle drey nach sol- „gen, daß das vnfertig Mensch wider käme in das Gericht“ ⁵⁾). Die verhafteten Verbrecher sollten jedoch, wie bemerkt, an den öffentlichen Richter ausgeliefert werden ⁶⁾).

Die alten Dorfschaften waren demnach für die nicht bei handhafter That verfolgten Verbrecher wahre Freiungen, in welchen die dahin geflüchteten Missethäter ein Asyl fanden, bis sie vor Gericht gestellt werden konnten. Denn nur die bei handhafter That ergriffenen Verbrecher mußten sogleich ausgeliefert werden ⁷⁾. Sollte daher ein in ein herrschaftliches Dorf geflohener Missethäter gegen jede Auslieferung sicher sein, so mußten bei seiner Aufnahme auch die Gemeindevorsteher (die Vierer) beigezogen werden. („wenn ein man rhombt, der sichtig ist hmb erbar sach, „vnd rufft den richter darzue an, so sol im der richter die freierung „leichen vnd sol bie vüerrer darbei haben“) ⁸⁾). Späterhin hat sich jedoch dieses Asylrecht in den Dörfern fast allenthalben verloren. Nur ausnahmsweise findet man es auch in späteren Zeiten noch z. B. in dem Dorfe Brixenstadt in Franken. Dasselbst wurde noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts, im Jahre 1740, von drei lebigen Burschen Gebrauch davon gemacht, indem dieselben wegen einer Schlägerei und unvorsächlichen Tödtung bis

4) Grimm, II, 497. Vgl. noch III, 821. und oben §. 166.

5) Weisthum von Kleinheubach in Abthl. über die Mark bei Willenberg, II, 2.

6) Grimm, II, 30 u. 331. III, 694. Sächs. Fr. II, 71. §. 5. Vgl. oben §. 140 u. 166.

7) Sächs. Fr. II, 71 §. 5.

8) Grimm, III, 692.

zur Entscheidung der Sache ihre Sicherheit in Brixenstadt gesucht und auch gefunden haben ⁹⁾).

Die öffentlichen Beamten und die Inhaber der öffentlichen Gewalt selbst mußten sich aber, da sie in der Regel keinen Zutritt in die Dorfmarken hatten, bei allen Vorfällen an die Gemeindevorsteher wenden, z. B. wenn sie die Nachteile der Gemeinde in Anspruch nahmen („alsdan mogen die gedachten herren „die heimbürgen anruffen vnd sie vmb hülff pitten, vnd „sollen die nachparen der gemeinde vff den glockenschall der heym- „bürgen nachfolgen“) ¹⁰⁾; wenn sie eine Gemeindeversammlung begehrten („Johann R. amptman zu W. hat gefragt den heim- „burger vnd die gemein zu W., er hab seinen knecht von W. „zu der gemein gein W. geschickt vnd von wegen seines gn. hern „vnd juncfern der wilbgrauen vnd ampts halber heut die glock „zu leuden vnd die gemein beieinander zu bescheiden „z.“) ¹¹⁾, wenn der Vogteiherr seine Abzug begehrte („so soll „ein schultheiß ghen zu dem heimberger des Dorffs und „sollen bestellen, daß unsere gnädige Herrn essen und trincken und „Abens habe“) ¹²⁾; wenn derselbe seinen Bannwein begehrte u. s. w. („Was man dem juncfer von banwein zuwelse? Es soll „ein Diener von wegen des juncfern dem heimburger an- „sagen, daß er stelle wagen vnd pferde z.“) ¹³⁾).

Die Dorfmarkgemeinden waren demnach frei von dem Zutritt der öffentlichen Beamten. Auch durften sich diese nicht in die Angelegenheiten der Gemeinden mischen. Denn alle Machtvollkommenheit in Gemeindeangelegenheiten ruhte in der Gemeinde selbst. (§. 158, 172, 191). Sogar ein Refurs an die öffentliche Gewalt hatte ursprünglich nicht statt. Das Dorfregiment war vielmehr im eigentlichen Sinne des Wortes ein Selbstregiment.

9) Joh. Limnaei jus publicum Imperii Romano-Germanici, IV, 775.

Dacherröden, Staatsr. der Reichsdörfer, I, 258 u. 259.

10) Grimm, I, 620.

11) Grimm, II, 139. Vgl. II, 495.

12) Rebbersheimer Weisth. bei Konigsthal, I, 2. p. 63.

13) Grimm, III, 821.

§. 201.

Nichts desto weniger standen die Dorfschaften sammt und sonders unter der öffentlichen Gewalt, also ursprünglich unter der Könighchen Gewalt und direkt unter dem Königsfrieden. Hierauf bezieht sich die noch in den Rechtsbüchern enthaltene Bestimmung, daß die Dörfer binnen ihren Zäunen und Graben den steten Königsfrieden haben sollten ¹⁴⁾. Späterhin, seitdem die öffentliche Gewalt an die Reichsfürsten gekommen waren, standen aber die Dörfer unter diesen. Dieses gilt von den freien Dorfschaften ebensowohl, wie von den grundherrlichen und den gemischten.

Von den freien Dorfschaften versteht sich dieses gewissermaßen von selbst. Denn wie die Vollfreien und die anderen keiner Grundherrschaft unterworfenen Freien, also auch die freien Colonen, Bargilden und Biergelben direkt unter dem Schutze der öffentlichen Gewalt und der öffentlichen Gerichte standen ¹⁵⁾, so auch die von freien Colonen und Vollfreien bewohnten Dorfschaften. Denn nur hinsichtlich der Angelegenheiten der Dorfmark hatten sie Immunität, in jeder anderen Beziehung standen sie demnach direkt unter der öffentlichen Gewalt und unter den öffentlichen Beamten und Gerichten. Dieses waren ursprünglich die Gau- und Centgrafen und die Gau- und Centgerichte und, nachdem die gau- und centgräflichen Rechte an die Landesherrn, in anderen zumal geistlichen Herrschaften aber an die Vögte übergegangen waren, die landesherrlichen und vogteilichen Beamten und Gerichte. So standen die freien Dorfgemeinden im Stifte Fulda unter den landesherrlichen Aemtern und Oberämtern ¹⁶⁾, in

14) Sächs. Br. II, 66 §. 1. „Iewelf Dorp bynnen siner grune unde sine „tune.“ Schwäb. Br. W. c. 205. „Ieglich Dorf in sinem zane.“ Vgl. noch Ruprecht v. Freis. I, 163.

15) Dipl. von 1168 bei Leuckfeld, ant. Poelders. p. 255. quod comites de liberis hominibus, qui vulgo bargildi vocantur, in comitiis habitantibus statutam justitiam recipere debent. Dipl. von 1090 u. 1096 bei Mösler, Den. Gesch. II, 267. f. u. 273. Biergeldon de illo placito — omnes bargildi ad praedictum placitum pertinentes. Vgl. noch dipl. von 1097 bei Wigand, Arch. III, 1 p. 135. Rot. Sächs. Landr. III, 80. §. 1. Meine Gesch. der Fränk. St. II, 20 ff.

16) Thomas, I, 198 u. 199.

Etrol unter dem landesherrlichen Gerichte zu Meran ¹⁷⁾, in Baiern unter dem Landgerichte und dieses unter dem Bisthum ^{17a)}, im Obenwald unter dem Zent- oder Landgerichte ¹⁸⁾, in den Gemeinden Eß, Ober- und Nider Steinmaur, Dübendorf, Dietlikon, Rieden u. a. m. in der Schweiz unter der Vogtei ¹⁹⁾.

Aber auch die grundherrlichen Gemeinden standen unter der öffentlichen Gewalt. Da nämlich die hörigen und unfreien Leute unter der öffentlichen Gewalt und unter den öffentlichen Gerichten gestanden haben ²⁰⁾, so mußten nothwendiger Weise auch die grundherrlichen Gemeinden unter ihnen stehen. Daher standen sie in der Schweiz unter der Vogtei ²¹⁾, an der Bergstraße unter der landesherrlichen Zent ²²⁾, an der Mosel unter der Vogtei ²³⁾ und in Baiern unter den landesherrlichen Pflegern und Landrichtern ²⁴⁾.

Dasselbe gilt endlich auch von den gemischten Gemeinden. Denn was von den freien und hörigen Gemeinden gilt, muß auch von solchen Gemeinden gelten, in welchen Freie und Hörige oder Hörige verschiedener Grundherrschaften neben einander in derselben Gemeinde ansäßig waren. Daher standen die Freidörfer Trochtelfingen, Obermögersheim, Dittenheim und Windsheim in Schwaben unter der landesherrlichen Vogtei ²⁵⁾. Eben so das Dorf Reichenbach an der Bergstraße unter der Zent Heppenheim ²⁶⁾. Das Dorf Cappel in der Ortenau unter der landesherrlichen Vogtei des Bischofs von Straßburg ²⁷⁾. Das Dorf Neftenbach

17) Grimm, III, 738 §. 4.

17a) Rechtsb. Afr. Ludw. c. 139.

18) Erbacher Zr. p. 68, 69, 85, 125 u. 355.

19) Grimm, I, 129 §. 7. Offn. von Steinmaur §. 13. 54—59 u. 91, von Dübendorf, §. 1 ff., von Dietlikon §. 1—5 bei Schauberg, I, 93, 98 u. 111.

20) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 505 ff., IV, 392 ff.

21) Grimm, I, 124. 145. Offn. von Wänigen §. 1 bei Schauberg, I, 6.

22) Grimm, I, 480 u. 481.

23) Grimm, III, 811 u. 812.

24) Zori p. 147.

25) Siebenlees, III, 130.

26) Grimm, I, 476.

27) Grimm, I, 414 - 417.

in der Schweiz unter der Vogtei²⁸⁾. Die Dörfer Neuenhain, Wilbach, Wicker, Maryheim u. a. m. unter der Vogtei der Herrn von Königstein²⁹⁾.

Diese Unterthänigkeit unter die öffentliche Gewalt wurde durch die Huldigung anerkannt. Und jede Gemeinde war schuldig und verbunden den Huldigungsseid zu leisten, z. B. in der Schweiz („Item die gemeind sol einem vogtherren sweren im „trüm vnd warheitt zuo leisten sinen nuß ze fürdrent vnd schaden „ze wendent, im als jrem vogtherren, gehorsam vnd gewerttig „zuo sinde, — ouch jr jegklicher den andern vmb all fräfflinen „einem vogtherren, oder sinem vnderuogt zuo leident“)“³⁰⁾. Eben so in der Abtei Echternach („Ich schwöre und gelobe meinem ehrwürdigen Herrn getreu und hold zu seyn, Ihrer Ehrwürden Best „zu werben und Argst zu warnen, als ein getreuer Unterthan“)“³¹⁾. In Württemberg und in der Pfalz der Erbhuldigungsseid³²⁾. Im Stifte Fulda mußte da, wo eine Vogtei bestand, die Vogteihuldigung und da, wo keine bestand, die allgemeine Landeshuldigung geleistet werden³³⁾. Auch mußte der Huldigungsseid von sämtlichen Gemeindegliedern, von den vollberechtigten eben sowohl wie von den Beisassen geleistet werden, z. B. zu Elgg auch von den bloßen Hausleuten, Knechten und von den großjährigen Söhnen der Bürger. (§. 173.)

§. 202.

Die öffentliche Gewalt durfte sich ursprünglich, wie wir gesehen haben, nicht in die Dorfmarkangelegenheiten mischen. Sie war demnach beschränkt auf die Angelegenheiten der öffentlichen Gewalt selbst. Dahin gehörten nun außer den Königsdiensten

28) Grimm, I. 75 §. 2, 4, 5 u. 41.

29) Grimm, III, 492, 493, 494, 495.

30) Offn. von Nider und Mättmenhaffe § 56 bei Schauberg, I, 5.

31) Weisth. zu Dreiß bei Ludolff, III, 265.

32) Württb. Landesordnung von 1552, p. 77 u. 78. Pfälz. Landesordnung tit. 3.

33) Thomas, I, 246 u. 247.

und Steuern insbesondere noch der Königs- und Blutbann und das mit diesem zusammenhängende Schutz- und Bannrecht.

Daß und in wie fern die vollfreien und hörigen Leute den alten Königsdiensten und den daraus hervorgegangenen landesherrlichen Unterthanen Diensten und Steuern unterworfen waren ist schon in früheren Werken auseinander gesetzt worden. Und auch in diesem Werke (§. 83) wurde bereits nachgewiesen, daß jene Dienste und Leistungen sammt und sonders Lasten der Dorfmarkengemeinde gewesen sind. Daher und da die öffentlichen Beamten keinen Zutritt zu den Dorfmarken hatten, mußte die bewaffnete Mannschaft einer jeden Dorfschaft unter ihrem Gemeindevorsteher ausrücken. (§. 166.) Und aus demselben Grunde sollten auch die öffentlichen Steuern von den Gemeindevorstehern erhoben werden ³⁴). Da jedoch die öffentlichen Dienste und Steuern niemand Anderem als der öffentlichen Gewalt zu leisten waren, so standen auch die bewaffneten Dorf- und Bauerschaften wieder unter der öffentlichen Gewalt und die öffentlichen Steuern mußten natürlicher Weise an die öffentlichen Kassen abgeliefert werden.

Auch der Königsbann und der Blutbann in der Dorfgemeinden gehörte der öffentlichen Gewalt, also z. B. in Baiern und Tirol dem Landesherrn und den landesherrlichen Gerichten³⁵), zu Töb in der Schweiz den Grafen von Riburg, welchen die Vogtei daselbst zustand ³⁶), in den Dörfern Bütchen und Kleinbroich den Grafen von der Dück³⁷), in Groß- und KleinJungersheim den Pfalzgrafen bei Rhein, welche daselbst Vogtherrn waren und in dieser Eigenschaft jedes Jahr ein besonderes Vogteigericht („ein sunder vogtygericht“) entweder selbst halten oder durch ihre Amtleute halten lassen sollten ³⁸). Insbesondere gehörte auch in den vorhin erwähnten Freidörfern in Schwaben der Blutbann

34) Meine Gesch. der Fränk. IV, 392. ff. vgl. oben §. 83, 166 u. 167.

35) Grimm, III, 647 §. 8—12. u. 738 §. 1.

36) Grimm, I, 129 u. 134.

37) Urk. von 1369 §. 9 bei Lacomblet, Arch. I, 282.

38) Dorfordnung von 1484 §. 1 u. 2. bei Rone, Zeitschr. I, 11. vgl. über den Blutbann noch Meine Gesch. der Fränk. III, 68 ff., IV, 397 ff., 438 ff.

mit zur landesherrlichen Vogtei. Er wurde jedoch so nachlässig verwaltet, daß die Bauern lange Zeit glaubten, daß die Freiheit der Bewohner der Freidörfer darin bestehe, daß sie sich nach Belieben herumprügeln und sogar ungestraft todt schlagen dürften³⁹⁾. Wegen der den Dorfschaften zustehenden Immunität hatten jedoch die öffentlichen Beamten in der Regel auch zur Ausübung des Blutbanns keinen Zutritt in die Dorfmark. Die darin ergriffenen Missethäter mußten vielmehr, wie wir gesehen haben, an die öffentlichen Beamten und Gerichte ausgeliefert werden.

Mit der öffentlichen Gewalt hing auch die Schirmgewalt und das Obergerichtsrecht über die Dorfmarken zusammen. Die Pflicht der öffentlichen Gewalt die Dorfschaften und die darin angehörenden Leute gegen Gewalt jeder Art zu schützen und zu schirmen ist öfters ausgesprochen, z. B. in der Offnung von Dietlikon und Nieden („er sol die Dörfer Dietlikon vnd „Nieden wer darinne gefassen vnd huzhablich ist, ouch, syn eigen „mouß vnd brot isset, vor allem übrigen gewalt handthaben, vnd „schirmen — füro soll er sy schirmen, das sy nieman stüren „noch reissen söllent, denn mit im, wenn er reissen welt“)⁴⁰⁾. Eben so in dem Weisthum von Meddersheim bei Zweibrücken („wer ein obrigster Herr zu Kyrburg ist, den weisen wir vor „einen obristen Herrn und Faudt des Dorff und Gemarken „Meddersheim“)⁴¹⁾, zu Peitingau in Baiern⁴²⁾, in dem Weisthum von Sulzbach in der Wetterau u. a. m.⁴³⁾. Die Pflicht zu schützen und zu schirmen bezog sich zunächst auf gewaltsame Angriffe und auf andere Gewaltthätigkeiten. („es whiere sach das „sich daeselbst gewaltsache begieben, darin sollen die amtsleuth „ein auffehens haben und die gewäldighe hand wegen uns „gn. herren abschaffen“)⁴⁴⁾. Sie bezog sich aber auch auf die Schirmung und Vertretung vor Gericht, wenn ein in der

39) Siebenkees, III, 132—145.

40) Offn. §. 3, vgl. §. 4 u. 5 bei Schauberg I, 111.

41) Koenigsthal, I, 2 p. 62.

42) Grimm, III, 653 §. 40

43) Grimm, I, 573.

44) Grimm, II, 674.

Gemeinde ansässiger Mann von einem Fremden in Anspruch genommen worden war. („wann ainer ist, der gen Pöytigo vart, „er sey ains herrn in Bayern oder in Schwaben, so hat derselbig „paursmann alle die recht, die ainer hat, der all sein tag zu „Pöytigo geseffen ist, und denselben soll ein herr, der die grafschafft „zu Pöytigo innhat, beschirmen und retten mit dem rechten, als sein aigen mann“) ⁴⁵⁾.

Mit der Schirmgewalt hing auch das Geleitsrecht zusammen. Zwar hatten auch die Gemeindevorsteher (§. 166) und in grundherrlichen Gemeinden auch noch die Grundherren und die herrschaftlichen Beamten ein Geleitsrecht ⁴⁶⁾. Allein neben und über diesem auf die Gemeinde und beziehungsweise auf die Grundherrschaft beschränkten Geleitsrechte hatten auch die Inhaber der öffentlichen Gewalt noch das Recht des sicheren Geleites („sie „han gewist, daß er geleit habe zu geben vff allen den guten zu „H., sie sin weiß sie sin, — auch hat vnser herre oder die sinen „von sinen wegen frembden leuten, wem er will, geleit zu geben „zu H.“) ⁴⁷⁾. Und mit dem Geleitsrechte war auch das Recht einem Fremden den Aufenthalt in der Gemeinde zu gestatten oder zu verbieten verbunden. („Auch haben sie vnserm herren „gewist, daß er frembden leuten zu verbieten habe, vund die vff „zu halten“) ⁴⁸⁾. Eben so die Pflicht die Dorfmärkte und Kirchweihen zu schützen und die gesammte Marktpolizei. („wie man die zwo kirchweihung zu Runderkirk vnd die kirchweihung zu Diebern handthaben soll? — wer vß die kirche komme, „der wöge freyen lauf haben vnd treiben vnd frey sein, er ver- „brech es dann mit hand oder mund, — so soll er alsdaun des „schirmherrn vogt anruffen der soll ihme von stund an hülff vnd „beystand thun ⁴⁹⁾ „das ein sawdt zu Menecke sal komen vff einen „kirbabent gein Sch. selbdrutte, vnd sollen schirmen vnd schawern „darin vnd hinaussen, wo des not ist biß vff den kirbwenkeltag

45) Grimm, III, 652 §. 40. Vgl. noch oben §. 136.

46) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 65, 66 u. 67.

47) Grimm, III, 559.

48) Grimm, III, 559.

49) Grimm, II, 192. §. 13.

„zu mittetage ⁵⁰⁾. Auch hat vnser herre alle mårkte zu h. zu „schützen vnd zu schirmen.“ ⁵¹⁾

Eben so war auch das Oberaufsichtsrecht der öffentlichen Gewalt allenthalben althergebracht. In Württemberg sollten nach der alten Landesordnung die „Ober vnd Vnderamptleut in „ihrer Amptung Dörffer vnd Flecken auffsehen“ ⁵²⁾. Und in Braunschweig Wolfenbüttel sollten nach der Landesordnung von 1647 „die Beamten und Gerichtsherrn die Oberaufsicht über alle „in den Bauer-Röhren gemachte Ordnungen behalten“ ⁵³⁾. In Gemäßheit dieses Oberaufsichtsrechtes wohnten nun die öffentlichen Beamten der Besichtigung von Maß und Gewicht bei z. B. in Dürkheim der Vogt. („anno 1509 haben die Richter „zue Dürkheim jnn beisein des Fauths, von Graue Emichs wegen, „vff dem Rhatthauß bei den offenen würtzen alle wein maßen vndt „thanten besichtigt vnd geeiche gerecht befunden.“ Und an einer anderen Stelle. „anno 1509 haben die jn beisein des Fauths „von Graue Emichs wegen vf dem Rhatthauß bei den offenen „würthen alle wein Maßen vnd thanten besichtigt, allen Crämern „ihre Ell, wie die jnn der Raumer der Kelter verzeichnet, das „gewicht probirt, das verbessert. Item der Maß mit Firntzell, „vnd darunder ein Abschied gemacht.“) ⁵⁴⁾. Und in vielen Gemeinden ging die Besichtigung von Maß und Gewicht nebst dem Rechte die gefundenen Gebrechen zu strafen ganz auf die Vogtei- und Landesherrn über. („wir wissen zu recht, daß die eich, maas „und gewicht in den Dörffern in diese centh gehörig, jedes jahr „durch den centhgraffen sollen besichtigt werden und wo sie un- „richtig befunden, soll mans im centhgericht rügen und strafen ⁵⁵⁾. „Auch hat vnser herre vnrecht gewicht, vnrecht maß, vnrecht fleisch, „vnrecht elen zu bussen“) ⁵⁶⁾. Dasselbe gilt von der übrigen Orts- polizei, z. B. von der Besichtigung der Rinder, Schafe, Geißen,

50) Grimm, III, 536.

51) Grimm, III, 559. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 432 ff.

52) Landtsordn. von 1567 p. 88.

53) Etisser p. 479.

54) Dürkheimer grünes Buch.

55) Grimm, I, 479. §. 11.

56) Grimm, III, 559. Vgl. noch III, 649, §. 25, 891. Meine Gesch. der Fronhöfe. IV, 434 ff.

Schweine und des übrigen Schlachtviehs und von der Aufsicht über die Bäcker, Metzger und Wirthe ⁵⁷⁾). Mit der Ortspolizei war auch die Gewerbspolizei verbunden. Daher übten nun die landesherrlichen Behörden auch eine Aufsicht über diese. Sie be-
sichtigen z. B. die Ortsmühlen u. s. w. („Ein amptman oder vort
„hat auch macht von wegen vnnsers genebigen herren von Wirz-
„purg die mul zu befehen als offft ine bedunckt vonn nothen“) ⁵⁸⁾).

Die Oberaufsicht erstreckte sich aber nicht bloß auf die Ver-
waltung der Gemeinbeangelegenheiten, sondern auch auf die
Gemeindegerichte, z. B. in den Dörfern der Grafschaft Er-
bach ⁵⁹⁾). Und daraus ist nach und nach ein Refkurs an die
öffentlichen Gerichte bis hinauf zu den Reichsgerichten hervor-
gegangen, welchen man ursprünglich nicht kannte. (§. 191.)

Auch die Gemeindegüter und Almenten, insbesondere die
Gemeindewaldungen standen unter der Aufsicht der landes-
herrlichen Behörden und Ämter. Allein die landesherrlichen Forst-
beamten hatten dabei ursprünglich ein bloßes Aufsichtsrecht und
die Leitung des forstwirtschaftlichen Betriebes. Denn in die
Verwaltung selbst durften auch sie sich nicht mischen ⁶⁰⁾). Erst
durch die im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts erschienenen
Forstordnungen ist nach und nach die freie Verwaltung der Ge-
meinden mehr und mehr beschränkt und unter die Obervormund-
schaft des Staates gestellt worden. So sollten z. B. im Hochstifte
Speier seit dem 17. Jahrhundert keine Gemeindewaldungen und
Heiden und auch keine anderen Gemeindegüter und Almenten
mehr ohne Erlaubniß der landesherrlichen Behörden verkauft, ver-
pfändet oder sonst veräußert ⁶¹⁾ oder gerottet werden ⁶²⁾).

Auch über das Rechnungswesen der Gemeinden erstreckte
sich die Oberaufsicht der öffentlichen Gewalt. Die öffentlichen
Beamten waren zwar anfangs weit entfernt sich in das Gemeinde-
rechnungswesen selbst förmlich zu mischen oder auch nur eine

57) Grimm, I, 416 u. 417.

58) Grimm, III, 891.

59) Erbacher Landr. p. 68, 124, 125 u. 355.

60) Sternberg, I, 8, 20, 21, 25 u. 27.

61) Verordnung von 1653 §. 16 in Sammlung der Speierischen Gesetz-
und Landesordn. I, 42.

62) Brordn. von 1724 in Sammlung, II, 42.

Vorlegung der Gemeinderechnungen zu begehren. Sie beschränkten sich vielmehr darauf, die Gemeinden zu einer regelmäßigen Rechnungsführung anzuhalten, z. B. in der Landschaft von Zürich ⁶³⁾. Seit dem 16. Jahrhundert wurde jedoch die Rechnungsablage immer häufiger und häufiger von den öffentlichen Beamten begehrt, in ihrer Gegenwart vorgenommen und zuletzt ihnen selbst von den Gemeindebehörden gestellt. Dieses geschah anfangs zwar noch in Gegenwart der Gemeinde, z. B. in Baiern („da nun die verordneten Vierer ihres Einnemmens und Ausgebens „der Fürstlichen Obrigkeit Schongau in Bespahn einer ganzen „Dorff Gemain jerlichen Rechnung thain“) ⁶⁴⁾. Eben so in der Grafschaft Erbach ⁶⁵⁾ u. a. m. Späterhin, seit dem Ende des 16. Jahrhunderts, wurden aber die Gemeinden nicht einmal mehr beigezogen, z. B. schon nach der Großweihrerer Dorfordnung von 1599 nicht mehr. („Die heimburger allwegen der dörfker gefell, „einkommen und vsgaben verwalten und nach vsgang irs jars „dem Vogt erbare Rechnung deßhalb zu thun schuldig“) ⁶⁶⁾. Nach dem Weisthum von Weisenheim am Sand in der Pfalz („Burgermeister. Deren vier angenommen, der Gemein ihren „nußen zue fürdern vnd darüber leztliche gebürliche Rechnung „vor dem Pfalz Keller zuthun“). Eben so im Stifte Fulda u. a. m. ⁶⁷⁾. Und zuletzt ward den Gemeinden der Zutritt sogar förmlich versagt.

Um ihr Oberaufsichtsrecht geltend zu machen durften die öffentlichen Beamten, die landesherrlichen eben sowohl wie die vogteilichen, die Gemeindeversammlungen berufen und sodann den Vorsitz dabei führen. Und zuletzt hatten sie nur allein noch das Recht jene Versammlungen zu berufen. Die Gemeinden selbst durften sich seitdem ohne Erlaubniß der öffentlichen Beamten nicht mehr versammeln. (§. 167 u. 175. Auch zur Niederlassung in einer Gemeinde und zur Aufnahme in den Gemeindeverband war die Zustimmung der öffentlichen Gewalt notwendig und zuletzt entschied sie auch hierüber ohne Zuziehung der

63) Urf. von 1563 bei Bluntschli, II, 92.

64) Urf. von 1557 §. 4 bei Lori, p. 348. Kreittmayr, II, p. 755.

65) Erbacher Landr. p. 355.

66) Mone, Anz. V, 307.

67) Thomas, I, 236.

Gemeinde. (§. 77.) Dasselbe gilt von der Veräußerung der Almenten und von der Veräußerung der ungetheilten Dorfmark überhaupt. Außer dem Grundherrschaft pflegte auch noch der Schirmherr beigezogen zu werden ⁶⁸⁾, und zuletzt verfügte die Schirm- oder Landesherrschaft über das Gemeindevermögen ohne auch nur die Gemeinde zu fragen. So hat sich denn aus jenem Obergerichtsrechte im Laufe des 16., 17. und 18. Jahrhunderts eine wahre Obervormundtschaft des Staates gebildet, welche man ursprünglich nicht kannte (§. 158), welche aber mehr als alles andere zur Untergrabung der Selbstständigkeit der Gemeinden beitrug, bis diese zuletzt sogar spurlos verschwand.

Von nicht minderem Einfluß auf die Untergrabung der Selbstständigkeit der Gemeinden war indessen das Bannrecht, welches auch der öffentlichen Gewalt in den Dorfmarken zustand. Dieses Bannrecht der öffentlichen Gewalt oder das Recht zu gebieten und zu verbieten bestand allenthalben, z. B. in der Wetterau („eyn her von Epstein habe zu gebieten und zu verbieten als eyn „oberster herr und saubt über wasser und weyde nach altem herkommen“) ⁶⁹⁾. „Wysset einen herren zu Konigstein vor einen „obersten herren vber wunne vber wat, zu gebieden zu verbieden, „vnd vber alle vnrecht gewalt, das ime das justee zu straffenn, „vnd ist Dorffegericht sodye“) ⁷⁰⁾. Eben so in Hessen („landgraff zu Hessen — habe auch gebot und verbot zu machen, hoch „und nieder, über wasser und wand“) ⁷¹⁾, in Franken u. a. m. („daß vnser gnediger herre oberster herre vnd faut si im selbe „vnd im dorffe, über wasser vnd über walde, vnd habe zu gebieten vnd zu verbieten vff allen gütern in dem Dorffe“) ⁷²⁾. zu „einem herrn vnd vord zu H. in Dorffe vnd in Felde, vnd was „er oder sin gewalt do gebiete, das solle man thun, vnd was „sie verbieten, das solle man lassen“) ⁷³⁾. Zwar war dieses Bannrecht der öffentlichen Gewalt ursprünglich beschränkt auf die

68) Grimm, I, 524 a. E.

69) Grimm, I, 562. vgl. noch p. 561.

70) Grimm, III, 492. Vgl. noch p. 495 496 u. 497.

71) Grimm, I, 478 §. 1.

72) Grimm, III, 558 f.

73) Grimm, III, 562. Vgl. noch p. 539, 541, 549, 561, 565, 567 u. 569. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 438 ff.

Angelegenheiten der öffentlichen Gewalt selbst. Denn in die Angelegenheiten der Dorfmark durfte sie sich nicht mischen. In dieser Beziehung hatten vielmehr die Gemeindevorsteher und die Gemeinden selbst das Recht zu Gebieten und zu verbieten, — überhaupt eine selbständige und vollständige Autonomie. (§. 166 u. 178.) Nach und nach wurde jedoch das Bannrecht der öffentlichen Gewalt auch auf die Angelegenheiten der Dorfmark ausgedehnt und zu einem Rechte der landesherrlichen Polizei und der Gesetzgebung in Gemeindeangelegenheiten erweitert. Anfangs begnügte sich zwar die öffentliche Gewalt noch mit der bloßen Bestätigung der von den Gemeinden getroffenen Anordnungen. Späterhin verfügte sie aber ganz allein ohne Zuziehung der Gemeinde. Und so entstand denn schon seit dem Ende des 15. und seit dem 16. Jahrhundert das Recht der landesherrlichen Gesetzgebung nicht nur in Forstfachen und in den Angelegenheiten der ungetheilten Dorfmark, z. B. über die Benutzung der Almenten in Zürich⁷⁴⁾, sondern auch in allen übrigen Angelegenheiten der Gemeinden, insbesondere auch in jenen der Alpen⁷⁵⁾. Denn auch die Alpgenossenschaften besaßen ursprünglich ihre eigene und selbständige Autonomie⁷⁶⁾. Da sie jedoch wie die übrigen Markgenossenschaften unter der öffentlichen Gewalt standen, so wurden auch die Alpsatzungen öfters unter Mitwirkung der öffentlichen Gewalt von den gemeinen Alpgenossen berathen und beschlossen, z. B. in der Abtei St. Gallen wurden sie öfters vor die landesherrlichen Gerichte gebracht und sodann gerichtliche Urkunden darüber ausfertigt⁷⁷⁾. Aus dieser landesherrlichen oder gerichtlichen Bestätigung der Alpsatzungen ist aber später das Recht der landesherrlichen Gesetzgebung in Alpfachen hervorgegangen, z. B. eine Verordnung des Abtes von St. Gallen von 1665 u. a. m.⁷⁸⁾. Und so wurde

74) Rathserkenntniß aus 15. sec. bei Schauberg, I, 136 ff.

75) Tiroler Landsordnung, B. 4. tit. 2—6. Vgl. noch oben §. 198.

76) Meine Gesch. der Markenverf. p. 43—47.

77) Urk. von 1494 und 1583 in Rechte der Gemeinde Kappel auf die Almenden Steinthal u. s. w. p. 47 u. 53. Und noch viele andere vor Gericht gemachte und bestätigte Alpsatzungen, eod. p. 58.

78) Rechte der Gemeinde Kappel p. 59. Vgl. noch Tiroler Landsordnung B. 4. tit. 5.

denn auch durch die landesherrliche Gesetzgebung die ursprüngliche Selbstständigkeit der Gemeinden und ihre Autonomie mehr und mehr untergraben und zuletzt gänzlich vernichtet.

§. 203.

Die öffentliche Gewalt und die damit verbundene öffentliche Gerichtsbarkeit lag ursprünglich in den Händen der Königsbeamten, welche mit der Handhabung des Königsbannes und des Blutbannes beauftragt waren. Dieses sind ursprünglich die Gau- und Centgrafen gewesen und in den geistlichen Herrschaften die Bögte. Späterhin, nachdem die öffentliche Gewalt in die Hände der Landes- und Schirmherrschaften übergegangen war, hatten die landesherrlichen und vogteilichen Beamten die öffentliche Gewalt und die öffentliche Gerichtsbarkeit zu handhaben und zu besorgen. Sie wurden ebenfalls noch Centgrafen und Bögte, insgemein aber Landrichter, Pfleger, Amtleute u. s. w. genannt.

Für die einzelnen Gemeinden waren insgemein keine eigene öffentliche Beamten bestellt. Die Dorfschaften pflegten vielmehr unter den gewöhnlichen landesherrlichen oder vogteilichen Beamten und Gerichten zu stehen, in deren Amtsbezirke sie lagen. Sehr häufig erhielten aber auch die einzelnen Dorfschaften ihren eigenen öffentlichen Beamten, entweder vom Kaiser selbst da, wo diesem die Schirmgewalt zustand, z. B. zu Andenne bei Namur ⁷⁹⁾, oder von dem Immunitäts- oder Landesherrn übertragen, wenn dieser die öffentliche Gewalt erworben hatte, wie dieses in den Willen Herbe, Loncins und Mandervelt in den Ardennen der Fall war ⁸⁰⁾. Daher findet man in so vielen Gemeinden neben dem Gemeindevorsteher auch noch einen öffentlichen Beamten,

79) Dipl. von 1101 bei Miraens, II, 368—369. *advocatiam villae — reddidi, ea cum conditione, ut ibi nullus omnino advocatus esset, nisi ille tantum, qui eam specialiter de manu Imperatoris teneret.*

80) Dipl. von 1098 bei Miraens, II, 368. *Dedimus in eadem Aquensi ecclesia tres advocatias, videlicet super idem praedium, quod praediximus Harve, et super alia duo loca, Loncins et Mandervelt, quae pertinent ad praefatam S. Mariae Aquensis ecclesiam, ea ratione, ut ejusdem Aquensis ecclesiae praepositus easdem advocatias tres potestative teneant. etc.*

neben einem Dorfmeier noch einen Vogt, z. B. in der Schweiz⁸¹⁾, neben zwei Heimbergern noch einen Amtmann oder Schultheiß, z. B. zu Meddersheim in der Herrschaft Kyrburg⁸²⁾, neben dem Bauer-, Bürger- oder Dorfmeister noch einen landesherrlichen Schultheiß, z. B. im Stifte Würzburg u. a. m. (§. 163). In den grundherrlichen Gemeinden aber neben dem grundherrlichen Beamten auch noch einen öffentlichen, z. B. Orlikon neben dem Gotteshaus Amtmann noch einen Vogt⁸³⁾, zu Geinsheim neben dem grundherrlichen Schultheiß noch einen Vogt (Fauth)⁸⁴⁾, zu Frankenstein und Zwingenberg neben einem grundherrlichen Schultheiß noch einen Centbeamten⁸⁵⁾ u. s. w., also mit dem Gemeindevorsitzer drei verschiedene Beamten neben einander, z. B. zu Schwanheim einen Vogt, einen grundherrlichen Schultheiß und einen Heimburger⁸⁶⁾, zu Ketterath einen Vogt (Baidt), einen grundherrlichen Schultheiß (Schultys) und drei Heymburgen⁸⁷⁾, zu Birgel einen Vogt (Fayt), einen grundherrlichen Scholttheiß und mehrere Heymberger⁸⁸⁾, zu Marlei im Elsaß einen freien Vogt, einen herrschaftlichen Schultheiß und 9 Heimburger⁸⁹⁾, und zu Wäningen zwei Vögte, einen grundherrlichen und einen Schirmvogt neben einem Dorfmeier⁹⁰⁾. Und in den gemischten Gemeinden findet man gar außer dem Gemeinde- und öffentlichen Beamten auch noch eine mehr oder weniger große Anzahl von grundherrlichen Beamten, z. B. zu Neuenhain in der Wetterau neben dem Gemeinde- oder Dorfschultheiß auch noch einen vogteilichen Schultheiß und mehrere grundherrliche Schultheiße⁹¹⁾, zu Mörscheid auf dem Hundsruß

81) Grimm, I, 75 §. 2. ff. u. §. 24 ff.

82) Weisthum bei Koenigsthal, I, 2 p. 62 u. 63.

83) Grimm, I, 73.

84) Grimm, I, 491 u. 492.

85) Grimm, I, 479 §. 15 u. 480 u. 481.

86) Grimm, I, 521, 523 u. 524.

87) Weisthum bei Günther, IV, 598.

88) Grimm, I, 516 u. 517.

89) Grimm, I, 728.

90) Offn. §. 1, 4, 6 u. 9 bei Schauberg I, 6.

91) Grimm, III, 493.

einen Heimbörger und drei Schultheiße⁹²⁾). Da nun jeder dieser Beamten seine eigene Gerichtsbarkeit hatte, so fanden sich öfters in einer und derselben Gemeinde ueben den Fronhof- und Dorfmarkengerichten auch noch öffentliche Gerichte, also dreierlei Arten von Gerichten (§. 49, 157, 185, 186), und in jenen Gemeinden, in welchen mehrere Grundherrschaften mit eigener Gerichtsbarkeit anständig waren, eine nicht unbedeutende Anzahl von Fronhofgerichten neben dem Dorfgerichte und neben dem öffentlichen Gerichte des Ortes. Da nun jedes Gericht wieder sein eigenes Recht hatte, so findet man öfters in einer und derselben Gemeinde außer dem Dorfrechte und dem Landrechte auch noch eine mehr oder weniger große Anzahl von Hofrechten, und daher jene große Verschiedenheit der Rechte in einer und derselben Gemeinde, ja sogar in einem und demselben Hause, welche leider heute noch z. B. in Mittelfranken besteht⁹³⁾).

Den öffentlichen Richtern eines Dorfes wurde meistens theils nur ein Theil der öffentlichen Gewalt, nicht selten bloß die niedere Vogtei übertragen, öfters aber auch die hohe Vogtei mit dem Blutbann. Daher findet man so viele Dorfschaften, welche lange Zeit ihre eigene peinliche Gerichte gehabt haben. Das Amt selbst wurde öfters nur auf eine Reihe von Jahren oder auch lebenslänglich übertragen, noch öfters aber zu Lehen gegeben oder auch als freies Eigen hingegen. Auf diese Weise entstanden denn eine Menge von Lehens- und anderen Vogteien, über welche wie über anderes Eigen und Lehen verfügt werden durfte, welche jedoch zuletzt meistens wieder von den Inhabern der öffentlichen Gewalt im ganzen Lande, das heißt von den Landesherren erworben worden sind, z. B. im Rheingau⁹⁴⁾), in der Pfalz u. a. m. So gehörte z. B. die Vogtei zu Spiesheim bei Alzei ursprünglich zur Raugrafschaft. Später kam sie jedoch theilweise an die Grafen von Sponheim-Bolanden, von diesen an die Grafen von Nassau und im Jahre 1579 an die Pfalzgrafen. Der andere Theil kam aber an die Truchseffe von Alzei

92) Grimm, II, 139.

93) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 275 u. 276.

94) Bodmann, II, 684—696.

und sodann von diesen an die Pfalzgrafen bei Rhein⁹⁵⁾. Die Vogtei zu Diebelnheim bei Alzei gehörte ursprünglich den Grafen von Leiningen. Von diesen kam sie an die Herren von Hohenfels und von diesen zuletzt an die Pfalzgrafen bei Rhein⁹⁶⁾.

§. 204.

Wie die Gemeinden selbst, so standen natürlicher Weise auch die Dorfmark-Beamten und Gerichte unter der öffentlichen Gewalt und unter den öffentlichen Beamten und Gerichten. Desters hatten die öffentlichen Beamten sogar Antheil an der Ernennung der Gemeindevorsteher (§. 164) oder sie hatten diese wenigstens zu beeidigen und in ihr Amt einzusetzen⁹⁷⁾. Hinsichtlich der Dorfmarkangelegenheiten hatten die Gemeindebeamten zwar ursprünglich eine von der öffentlichen ganz unabhängige Gewalt. Denn als genossenschaftliche Behörden waren sie von niemand abhängig und niemand anderem verantwortlich als der Gemeinde selbst. Die öffentlichen Beamten hatten in Dorfmarkangelegenheiten gar keine Gewalt und nicht einmal freien Zutritt in der Gemeinde. Die Unterwürfigkeit der Gemeinde Beamten und Gerichte bezog sich demnach einzig und allein auf die Angelegenheiten der öffentlichen Gewalt. Da nun aber die öffentlichen Beamten in dieser Beziehung ein Obergaufsichtsrecht über die Gemeinde-Beamten und Gerichte und ein Bannrecht gehabt haben, so benutzten sie dieses um sich auch in die Gemeindeangelegenheiten zu mischen. Die Folge dieses Umsichgreifens der öffentlichen Beamten und Gerichte war, wie wir gesehen haben, die Entstehung einer Gemeindecuratel und einer Berufung an die Gerichte der öffentlichen Gewalt. Die öffentlichen Beamten sollten ferner, und zwar bei eigener Verantwortlichkeit, darüber wachen, daß die Dorfrichter ihre Kompetenz einhielten. („Es soll auch der Dorfrichter nit „höher zupuessen haben, dann vmb zwelf pfenning, Welcher

95) Wibber, III, 46—48.

96) Wibber, III, 50—51.

97) Grimm, III, 811 u. 812.

„Landrichter in seinem Gericht anderst wissenntlich darüber ge-
 „statt, der soll von uns, oder vnsern Vichtumben, Statthaltern,
 „vnd Rätthen nach vngnaden gestrafft werden“) 98). Oefters
 erhielten die öffentlichen Beamten auch die Vorstandschaft des Ge-
 meinderathes, z. B. zu Dürkheim in der Pfalz, zu Elgg in der
 Schweiz, in vielen Dörfern im Stifte Fulda und in den Frei-
 dörfern in Schwaben. (§. 169.) Oder sie erhielten Zutritt zu
 den Sitzungen der Gemeindeggerichte, öfters sogar den Vorsitz bei
 denselben, z. B. in vielen Gemeinden in Franken und Westphalen.
 (§. 186.) In jenen Gemeinden aber, in welchen keine eigene
 Dorfgerichte bestanden, wurden öfters auch die Dorfmarkstreitig-
 keiten vor die öffentlichen Gerichte gebracht und daselbst entschie-
 den, z. B. in der Abtei St. Gallen die Alpstreitigkeiten 99).

Allenthalben ist mit der landesherrlichen Gewalt auch die
 Gewalt ihrer Beamten gestiegen. Daher wurde auch allenthalben
 die Kompetenz der Gemeindevorsteher mehr oder weniger be-
 schränkt, und nicht selten wurden diese selbst sogar gänzlich ver-
 brängt. (§. 167.) Oder es wurde das Amt des Gemeindevor-
 stehers mit jenem des öffentlichen oder landesherrlichen Beamten
 vereinigt, z. B. im Rheingau ¹⁾, oder wenigstens die Dorfmark-
 gerichtsbarkheit mit der landesherrlichen oder vogteilichen Gerichts-
 barkheit verbunden, wie dieses insbesondere auch in Westphalen,
 im Rheingau, in der Pfalz und in Baiern öfters der Fall war.
 (§. 167 u. 186.) Daher erklärt sich die sehr ausgedehnte Kom-
 petenz der Dorfgerichte im Rheingau, in der Pfalz und in Baiern.
 Denn es fanden sich darin auch einzelne Theile der öffentlichen
 Gewalt.

98) Reformation des Bair. Landr. von 1518 p. 3. Vgl. Gesch. d. Kr.
 Ludw. c. 139.

99) Spruchbriefe von 1655, 1675 u. 1846 in Rechte der Gemeinde Kappel,
 p. 55, 56–57 u. 57 ff.

1) Bodmann, II, 680.

IX. Veränderungen in der Dorfverfassung.

1. Im Allgemeinen.

§. 205.

Die ersten Hof- und Dorfanlagen hängen mit den ersten Ansiedelungen, also mit der ersten Kultur des Grund und Bodens zusammen. Sie reichen daher bis in vorhistorische Zeiten hinauf. Die ursprünglichen Ansiedelungen waren, wie ich als bekannt voraussetzen darf, entweder Dörfer mit Feld-, Wald- und Weidgemeinschaft oder Hofanlagen mit Wald- und Weidgemeinschaft, jedoch ohne Feldgemeinschaft. Die Grundlage der alten Dorfverfassung war demnach allzeit ungetheilte Gemeinschaft entweder der gesamten Dorfmark oder wenigstens der Waldmark. Seit undenklichen Zeiten hat es zwar auch schon Einzelhöfe und andere Ansiedelungen gegeben, welche entweder niemals in Feld- oder Waldgemeinschaft gewesen oder frühe schon wieder aus derselben ausgeschieden sind ²⁾. Es hat daher frühe auch schon Dörfer gegeben, welche keine gemeine Mark, also auch keine ungetheilte Gemeinschaft, weder eine Feld- noch eine Waldmark-Gemeinschaft gehabt haben. Allein solche Dörfer waren im germanischen Sinne des Wortes gar keine Gemeinden. Denn Dorfgemeinden waren und hießen immer nur diejenigen Dörfer, welche eigentliche Markgenossenschaften gewesen sind. (§. 1, 21, 41 u. 166.) Alles dasjenige nun, was zur Auflösung der Feld- und Markgemeinschaft geführt oder auch nur zu ihrer Untergrabung mitgewirkt hat, hat demnach auch zur Untergrabung der alten Dorfverfassung und zuletzt zu ihrem Untergang, wenigstens in vielen Gemeinden geführt.

Die Grundbesitzer, wenigstens die großbegüterten geistlichen und weltlichen Grundherren, waren von je her berechtigt durch Einhegung oder Einzäunung ihres Besitzthums aus der Feld- und Waldmarkgemeinschaft auszuschneiden. Zumal die grund- und

2) Meine Einleitung, p. 181—191, 217 u. 251 ff. vgl. noch oben §. 1—3

landesherrlichen und die königlichen Wäldungen wurden schon frühe durch Einforstung gegen die gemeine Benutzung geschlossen und dadurch aus der Markgemeinschaft ausgeschieden³⁾. Daher gibt es heute noch in Preußen, Baiern, im Königreich Sachsen und Hannover, in Baden, Sachsen Weimar u. a. m. viele herrschaftliche Wäldungen und andere Kammergüter, welche in keiner Ortsmarkung liegen, welche also zu keiner Gemeinde gehören⁴⁾. Je mehr nun dieses Ausscheiden aus der Feld- und Waldmarkgemeinschaft zunahm, was mit der immer weiteren Verbreitung des Sondereigens und der Sondergüter zusammenhängt, desto mehr haben sich auch die Dorfmarkgemeinden vermindert oder wenigstens verändert⁵⁾. Zumal in den gemischten Dorfmarken, in welchen mehrere Fronhöfe mit oder ohne eigene Fronhofgerichte neben einander bestanden, hat die Abmarkung der Fronhöfe nicht selten zum Untergang der alten Markgenossenschaft selbst geführt. Durch die Abmarkung eines Fronhofes trat nämlich dieser aus der Gemeinschaft heraus und wurde zu einer selbstständigen Hofmark. Fast alle Rittergüter, Hofgüter und Freigüter hatten ihre eigene Gemarkung und gehörten daher in keinen Gemeindeverband. Und nach vielen Gemeindeordnungen besteht diese Exemption heute noch fort, z. B. nach den Landgemeindeordnungen für die Preussische Provinz Westphalen §. 4—9., des Königreichs Sachsen §. 20., von Baden §. 3 u. 154—156., von Kurhessen §. 5., von Sachsen Weimar §. 3., von Hohenzollern Sigmaringen §. 3 und von Lippe §. 5. Wenn nun sämtliche in einer Dorfmark gelegene Fronhöfe mit den dazu gehörigen Ländereien abgemarkt worden sind, so ist die alte Markgemeinschaft gänzlich gelöst worden. Und es traten sodann die abgemarkten Hofmarken an die Stelle der alten Dorfmark. Es konnte jedoch auch

3) Meine Einleitung, p. 150, 216—218.

4) Vgl. das Bair. Gemeinde-Edikt von 1818 §. 4 mit der Verordnung, die Gemeinde Umlagen betr., vom 22. Juli 1819, art. II, Nr. 3 in Gesetzbl. p. 88. Sodann die Gemeindeordnungen und Gemeinde-Edikte für die Provinz Westphalen, §. 4 u. 5. von Hannover §. 45 u. 47. Baden §. 3 u. 153. Sachsen Weimar §. 3 und des Königreichs Sachsen §. 20.

5) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 27 ff. vgl. noch oben §. 40, 62 u. 63.

bloß der Haupt-Grundherr oder der Obermärker von der Dorfmarkgemeinde abgefunden, und sein Besitzthum abgemarkt, und sodann die Feldgemeinschaft unter den Bauern allein fortgesetzt werden, wie dieses z. B. in der Gemeinde Frickhofen im Nassauischen hinsichtlich der Gernbacher Gemarkung der Fall war, wo, nachdem die Freiherrn Voigt von Elspe als Obermärker abgefunden worden, die ungetheilte Feldgemeinschaft bis ins 18. Jahrhundert fortgebauert hat *). Allein eine solche Ausscheidung aus der Dorfgemeinde hat auch der Gemeinde selbst großen Nachtheil gebracht. Durch die Ausscheidung der Grundherren verloren nämlich die Gemeinden eine Hauptstütze für ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Denn Gemeinden, welchen ein oder mehrere Grundherren angehören, vermögen natürlich eine ganz andere Selbstständigkeit zu bewahren, als Gemeinden, welche dieser Stütze entbehren. Dazu führte die Ausscheidung der Grundherren aus dem Gemeindeverbande auch noch zu ganz verschiedenen Interessen. Die Interessen der Grundherren und der Gemeinden standen sich seitdem meistens sogar feindselig gegenüber. Und zuletzt hat das Interesse der Grundherren allenthalben gesiegt und der Unabhängigkeit der Gemeinden den Untergang gebracht. Daher ist auch in unseren Tagen noch die Ausscheidung der Grundherren aus dem Gemeindeverbande nicht rathsam. Denn dieselben Gründe werden allzeit wieder zu demselben Resultate führen. Wer daher unabhängige und selbständige Gemeinden will, muß auch die Einverleibung der Grundherren in den Gemeindeverband wollen.

Auch durch die Entstehung der Ungleichheit des Besitzthums ist frühe schon der Grund zur Untergrabung des Standes der Freien und der freien Dorfmarkgenossenschaften gelegt ¹⁾ und dadurch jedenfalls die althergebrachte Gleichheit der Berechtigung vernichtet worden. (§. 88—91.).

Mehr noch haben die zunehmenden Theilungen der gemeinen Marken zum Untergang der alten Dorfmarkgemeinden beigetragen. Denn mit der gemeinen Mark war auch die Grundlage der alten

6) Gramer, *Weslar. Nebenst.* 115, p. 323, 324 u. 351—354. Vgl. noch oben §. 38.

7) *Meine Einleitung*, p. 203 ff.

Verfassung, hin und wieder sogar frühe schon die Erinnerung an die ehemalige Gemeinschaft verschwunden. (§. 128.)

Ganz vorzüglich ist aber die alte Dorfmarkverfassung untergraben und zuletzt gänzlich vernichtet worden durch den steigenden Einfluß der Grundherrschaft und der öffentlichen Gewalt, durch die Anwendung des fremden Rechtes, durch die Reformation und die neuere Philosophie und durch die durch sie hervorgerufene Richtung der neueren Zeit, durch die Entstehung von politischen Gemeinden an der Seite oder an der Stelle der alten Dorfmarkgemeinden und zuletzt noch durch die neue Gesetzgebung. Es muß daher hiebon noch im Einzelnen gehandelt werden.

2. Einfluß der Grundherrschaft.

§. 206.

Grundherrliche Dorfschaften hat es ursprünglich nicht viele gegeben. Die freien Dorfschaften bildeten vielmehr die Regel. (§. 4 u. 5.) Die Freiheiten der alten Freidörfer waren aber sehr groß. Denn jedes Freidorf bildete einen fast ganz unabhängigen Freistaat. Wer sich eine klare Idee von den alten Freidörfern und von den Freien, d. h. keiner Grundherrschaft unterworfenen Bauern machen will, der gehe nach Dithmarschen, nach Friesland, nach Jever und in die übrigen Theile des Großherzogthums Oldenburg, und er wird daselbst heute noch einen sehr wohlhabenden und gebildeten Bauernstand finden, der eben weil er nie hörig war, eher mit dem freien Bürgerstande in unseren Reichsstädten verglichen werden kann, als mit dem Bauernstande im übrigen Deutschland. Und fast noch lehrreicher sind die erst in neueren Zeiten bekannter gewordenen Zustände von Ungarn. Denn was daselbst heute noch der niedere Adel, die sogenannten Cortes oder der Bauernadel ist, welcher eigentlich die Nation bildet, das waren auch in Deutschland die alten Landebelleute und in Dänemark und Norwegen die Adelhonden und Adelsmänner, nämlich vollfreie Bauern⁸⁾. Und wie in Ungarn der Bauernadel (die Cortes) noch bis auf unsere Tage Zutritt hatte

8) Meine Einleitung, p. 12 ff. vgl. oben § 58.

zu den Comitatsverhandlungen und wenigstens als Zuhörer auch zu den Reichstagen, so hatten auch die Deutschen vollfreien Bauern Zutritt zu den alten Landtagen, und in manchen Territorien als vierter Stand auch zu den späteren Landständen. Daher nun, daß die alten vollfreien Bauern selbst Edelleute gewesen sind, ist es zu erklären, warum es im Mittelalter in fast allen Dorfschaften so viele Edelleute gegeben hat, welche meistens erst seit den Kreuzzügen oder auch noch später ausgestorben oder verborben sind. Hin und wieder hat es jedoch auch in späteren Zeiten noch Dörfer voll Edelleuten gegeben, welche zwar von Rittersart, aber durch die Umstände genöthiget waren, nun selbst hinter dem Pfluge zu gehen ⁹⁾. Und so wie in Spanien der freie Bauer als Edelmann auch hinter dem Pfluge seinen Degen nicht ablegte, so trug auch der Deutsche Bauer seine Wehre, zwar nicht hinter dem Pfluge, aber doch auch außer dem Dienste bis in die unseeligen Zeiten des 30 jährigen Krieges ¹⁰⁾.

§. 207.

Nach und nach hat sich jedoch dieses Alles geändert. Schon das Aussterben des alten Bauernadels seit den Kreuzzügen war zwar für die Grundherrschaft, nicht aber für die genossenschaftliche Freiheit der vollfreien Bauern ein Gewinn. Denn die durch Erbschaft vermehrten Besitzungen der überlebenden Vollfreien (der Edelleute) sind nun zu kleinen Herrschaften herangewachsen. Je mehr nun aber die überlebenden Edelleute an Macht und Ansehen gewannen, desto mehr haben sie sich auch über die übrigen Vollfreien erhoben, und sich mehr und mehr von ihnen getrennt. Dazu kam die fortwährende Zerstückelung der einzelnen ursprünglich ganz gleichen Leosgüter. Denn so wie diese schon in den alten großen Marken zur Ungleichheit geführt und zu deren Untergang wesentlich beigetragen hat ¹¹⁾, so hat sie auch in den einzelnen Dorfmarken zum Untergang der alten Freien und zum

9) Lang, I, 42, u. 47. Wigand, die Dienste, p. 4 Rot.

10) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 494—495.

11) Meine Einleitung, p. 203 ff.

Untergang der freien Dorfverfassung selbst geführt. Viele alte freie Leute, welche sich nicht zum Ritterstande erheben konnten oder wollten, sanken in Folge jener Zersplitterung in eine Klasse zu dem hörigen Bauernstande herab. (§. 53.) Nicht wenige haben zwar auch unter diesen Umständen noch ihre althergebrachte Freiheit zu bewahren und nach und nach sogar noch weiter fortzubilden gewußt. Daher finden wir bis ins 15. und 16. Jahrhundert in fast ganz Deutschland noch freie Bauern, hin und wieder sogar noch freie Bauerngemeinden. Lagen nun dergleichen freie Gemeinden an einer für den Handel und die Gewerbe günstigen Stelle, und wußten sie das Marktrecht mit freiem Geleite zu erwerben, so haben sie sich insgemein auch in späteren Zeiten erhalten und unter günstigen Umständen ihre alt hergebrachte Freiheit auch noch weiter fortgebildet und sich zu freien Stadtgemeinden erhoben. Meistentheils mußten jedoch die freien Bauern, durch den Drang der Umstände genöthiget, ihre Freiheit zum Opfer bringen, und bei irgend einem Großen oder bei der Kirche als Hörige oder als Vogtleute den andermwärts verlorenen Schutz wieder suchen. Diese Hingaben der schutzlosen Freien in den Schutz der geistlichen oder weltlichen größeren Grundherren haben schon unter den Karolingern begonnen. Sie dauerten aber auch im 12. Jahrhundert und später noch fort, die Hingaben der freien Männer (*virī libere conditionis*)¹²⁾, wie der freien Frauen (*quaedam mulier libere conditionis cum omni cognatione*)¹³⁾. Und so sind denn nach und nach fast alle freien Bauerschaften grundherrliche oder gemischte Dorfschaften geworden, oder wenigstens der landesherrlichen Vogtei unterworfen worden. (§. 4–7.) Denn auch die einer landesherrlichen Vogtei unterworfenen freien Bauern, zu denen in Baiern auch die ludeigenen Bauern gehört haben, wurden nach und nach mit den grundherrlichen Bauern in einen Stand herabgedrückt. Von ihrer ehemaligen Freiheit ist daher auch ihnen weiter nichts als die Erinnerung und auch diese nicht immer geblieben.

12) Dipl. von 1118 u. 1123 bei Wigand, Archiv, III, 100 u. 102.

13) Dipl. von 1171 bei Wigand, Arch. III, 90. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 69 ff.

Die Grundherrschaft verbunden mit der landesherrlichen Vogtei ist aber, wie wir sehen werden, als das eigentliche Grab der Dorfmarkgenossenschaftlichen Freiheit zu betrachten.

An und für sich stand zwar die Grundherrschaft der Dorfmarkgenossenschaft durchaus nicht im Wege. Die Eine konnte daher sehr wohl neben der Anderen bestehen. Auch haben in sehr vielen Gemeinden beide neben einander bestanden. Und die Dorfverfassung der grundherrlichen Gemeinden war sodann eben so frei, wie die Verfassung der freiesten Dorfschaften ¹⁴⁾. Durch die eingetretene Mischung der freien und hörigen Bauern ist öfters sogar der hörige Bauernstand selbst und zwar in derselben Weise gehoben worden, wie auch der Ritterdienst der hörigen Ministerialen durch ihre Verschmelzung mit dem freien Ritterstande gehoben worden ist. Auch die hörigen Dorfgemeinden erhielten nämlich durch jene Vermischung eine freiere Stellung, wie dieses unter Anderem schon aus ihrem in den Hof- und Dorfrechten enthaltenen freieren Gewohnheitsrechte hervorgeht.

Wiewohl nun an und für sich die Grundherrschaft der Dorfmarkgenossenschaft keineswegs entgegen stand, so hat sie nichts desto weniger doch von Anfang an schon die Keime enthalten, welche früher oder später zur Untergrabung der genossenschaftlichen Freiheit und zuletzt zu ihrem Untergang führen mußten und allenthalben auch wirklich dazu geführt haben. Daher hat sich jene Freiheit auch nur in solchen Gemeinden erhalten, in welchen entweder gar keine Grundherrschaft aufgekommen ist, oder in denen die Grundherrschaft wenigstens nicht das Uebergewicht erlangt hat ¹⁵⁾.

§. 208.

Die Grundherrschaft waren in den grundherrlichen Gemeinden Eigenthümer, wenigstens echte Eigenthümer der Dorfmark. Als Grundherrschaft waren sie aber meistens auch Fronhofherrschaft, die Dorfmarkgenossen also ihre hofhörigen Leute und als solche abhängig von dem Hof- und Grundherrschaft. Diese Abhängigkeit

14) Meine Einleitung, p. 293 f. vgl. oben §. 8, 9. 34—38, u. 158.

15) Meine Einleitung, p. 287—289 u. 292.

des Grund und Bodens und der in der Dorfmark angehörenden Bauern hat nun nach und nach zur Untergrabung aller markgenossenschaftlichen Elemente und zuletzt zum Untergang der Selbständigkeit der Gemeinden selbst geführt.

Die grundherrlichen Dorfmarkgemeinden hatten nämlich ursprünglich sehr bedeutende und zwar ganz selbständige Nutzungsrechte an der Dorfmark, wiewohl das Eigenthum, wenigstens das echte Eigenthum oder das sogenannte Obereigenthum daran dem Grundherrschaftlichen gehörte. Die Dorfmarkgemeinden durften daher über die Nutzung der Almenten und Gemeindeländereien frei und selbständig verfügen. Nur bei Verfügungen über die Substanz der Dorfmark sollten die Grundherrschaftlichen von der Gemeinde beigezogen werden. Auch durften die Grundherrschaftlichen nicht ohne Zustimmung der Gemeinde über die Dorfmark verfügen. Denn die Almenten, gleichviel ob Gemeindewaldungen oder sonstige Gemeindeländereien, wurden jederzeit von dem Sondereigenen der Grundherrschaftlichen, insbesondere auch von ihren herrschaftlichen Forsten unterschieden¹⁶⁾. Je mehr nun aber die Grundherrschaftlichen ihre doppelte Eigenschaft als Eigenthümer der Dorfmark und als Herrn der in derselben angehörenden hörigen Leute geltend machten, desto mehr wurden die Rechte der Bauern, der Gemeindevorsteher und der Dorfgemeinde selbst beschränkt und zuletzt beide Genossenschaften, die Dorfmark- und die Hofgenossenschaft mit einander verschmolzen. Dann war es aber um die Freiheit und Selbständigkeit der Einzelnen eben sowohl wie der Gesamtheit geschehen.

Die Grundherrschaftlichen beschränkten nämlich die Bauern mehr und mehr in ihren hergebrachten Nutzungsrechten in der gemeinen Dorfmark. Daher beschwerten sich die Bauern während des Bauernkrieges „der beholzung halben, dann vnser herrschafftten „haben ihn die hölzer alle allein geahnet vnd wann der arm „man was bedarff müß ers vmb zweygelt kauffen, ist vnser meynung“ u. s. w.¹⁷⁾. Auch die Bauern der Herrschaft Hohenlohe

16) Grimm, I, 461. Vgl. noch oben §. 30, 31, 32, 152, 177, 178 u. 199.

17) Hauptartikel aller Bauerschaft von 1525 art. 5. bei Benjen, p. 518. Vgl. noch Vertrag zu Renschen, art. 5, eod. p. 548.

verlangten wieder den freien Gebrauch ihrer Waldungen und wollten deshalb die herrschaftlichen Forstknechte nicht mehr dulden¹⁸⁾. Eben so die Bauern im Neckarthale und im Odenwalde¹⁹⁾. Sogar das Eigenthum an den den Gemeinden gehörigen Feldern, Wiesen und Wäldern suchten die Grundherrschaften an sich zu ziehen oder wenigstens die ausschließliche Verfügung darüber zu erlangen, z. B. zu Gernsheim in Hessen („Auch rügend „die gemein zu Gernsheim das der winkel einer gemeind ist „und entzogen von herrn gewalt“)²⁰⁾. Eben so in der Herrschaft Geroltsfeld²¹⁾ u. a. m. Und in vielen Gemeinden verfügten die Grundherrschaften auch über die Substanz der Dorfmark ganz allein ohne die Gemeinde selbst beizuziehen²²⁾. Daher die Beschwerden der Bauern („wir seyn beschwert das etlich haben ihn „zugeahnet, wysen dergleichen ecker, die dann einer gemein zugehören, die selbigen werden wir wider zu vnsern gemeynen hantzen nemen, es sey dann sach das mans redlich erkaufft hat²³⁾. „Ist für billich eracht, wo sich kundlich erfindet, das .einer jm „selb hat zugeignet Wisen, ecker oder almend, die einer gemein „gehören, daß er dieselben sol der gemeind, der er das entzogen „hat, wider zustellen, er hab dann solichs redlich erkaufft“)²⁴⁾. Selbst in die Gemeinde Schäfereien wurden Eingriffe gemacht. Daher baten die Bauern der Herrschaft Hohenlohe, daß ihnen die „gnedig hern gestatten wollen jr jeden schaff zu haben vnd souil „vnd er dero neren moge“²⁵⁾.

Aber auch der Wirkungskreis der Gemeindevorsteher ward mehr und mehr beschränkt. Mit dem Steigen der Grundherrschaft stieg nämlich auch die Gewalt ihrer Beamten. Und je weiter die Zuständigkeit der grundherrlichen Beamten ausgedehnt ward, desto

18) Bauernbeschwerden von 1525 bei Dechtle, p. 259.

19) Beschwerden von 1525 art. 5 bei Dechtle, p. 273 und bei Bensen p. 527.

20) Grimm, I, 482.

21) Grimm, I, 398—403.

22) Viele Stellen in Meiner Einleitung, p. 294—297.

23) Bauern Artikel art. 10 bei Bensen, p. 519.

24) Vertrag zu Renschen, art. 10 bei Bensen, p. 550.

25) Bauernbeschwerden bei Dechtle, p. 259.

mehr ist der Wirkungskreis der Gemeindevorsteher beschränkt oder auch gänzlich verdrängt worden. (§. 163 u. 167.) Allein auch in jenen Gemeinden, in welchen die Gemeindevorsteher nicht gänzlich verdrängt und durch grundherrliche Beamte ersetzt worden sind, wurde ihre Selbständigkeit mehr und mehr untergraben (§. 164.) oder ihr Wirkungskreis wenigstens beschränkt. Die grundherrlichen Gemeinden und Behörden haben nämlich unter der Grundherrschaft und unter der Aufsicht der grundherrlichen Beamten gestanden (§. 199.). Dieses Aufsichtsrecht wurde nun dazu benutzt, sich mehr und mehr in die Angelegenheiten der Gemeinden zu mischen und zuletzt diese selbst ohne Zuziehung der Gemeinden zu besorgen. So kam die Ortspolizei, welche ursprünglich der Gemeinde gehört hat, nach und nach in die Hände der Grundherrschaft. Zuerst sollten die herrschaftlichen Beamten bei Ausübung derselben von den Gemeindevorstehern beigezogen werden und beide gemeinschaftlich mit einander z. B. die Gebäude besichtigen, das nöthige Bauholz, Zaunholz u. s. w. anweisen („wer bawen wollte, derselb soll kommen voir scholtheiß, heimbürger, vnd geschworen, vnd sein platz vnd baw besehen, lassen vnd darnach sollen sie ihme, der also bawen will, holz geben —. wanne das die hoffleute gezawholz vonnöden haben, sollen sie vor scholtheiß, heimbürg vnd geschworne kommen vnd soll man inen das geben nach staden vnd gelegenheit des walts.“²⁶⁾ De nemoribus seu lignis petendis, diuidendis pro edificiis necessariis, debent peti a sculteto et centurione et hii de viso edificio futuro providebunt)²⁷⁾. Und zuletzt besorgten die herrschaftlichen Beamten Alles allein ohne die Gemeindevorsteher beizuziehen und ohne sie auch nur um ihre Meinung zu fragen. Eben so sollte das, ursprünglich den Gemeindevorstehern, Bannrecht nicht mehr namens der Gemeinde von den Gemeindevorstehern allein, vielmehr nur noch mit Zustimmung der Grundherrschaft und der herrschaftlichen Beamten und zu gleicher Zeit auch namens der Grundherrschaft ausgeübt werden („Gebot vund verbot sollen geschehen, von wegen der heren von S. Florin vund der gemeyn-

26) Grimm, III, 818.

27) Grimm, III, 823.

„den zu Obermendig durch einen heimburger von irentwegen u. s. w.)²⁸⁾. Auch die übrigen Angelegenheiten der Gemeinden, welche ursprünglich die Gemeinden selbst und ihre Beamten ganz selbständig und unabhängig zu besorgen hatten, kamen mehr und mehr in die Hände der Grundherrschaft. Anfangs sollten zwar noch die Gemeindebeamten beigezogen werden. (§. 30—32 u. 166.) Aber zuletzt geschah auch dieses nicht mehr. Sogar über die Gemeindegüter selbst verfügte die Grundherrschaft ganz allein. Und so ist denn das ursprünglich bloße Aufsichtsrecht nach und nach zu jener drückenden und lästigen Obervormundschaft der Grundherrschaft erweitert worden, welche bis auf unsere Tage wie ein Alp auf den grundherrlichen Gemeinden gelastet hat²⁹⁾. Das Amt der Gemeindevorsteher sank aber sodann zu einem bloßen Botendienste herab (§. 167.), und seine wahre Bestimmung wurde zuletzt gar nicht mehr verstanden. So wird z. B. in der Grafschaft Rietberg in einem Regierungsberichte aus der Mitte des 18. Jahrhunderts die Bauersprache in einer Weise definiert, daß man annehmen muß, ihre wahre Bedeutung sei damals schon längst untergegangen, ja sogar gänzlich aus der Erinnerung verschwunden gewesen. Es heißt nämlich daselbst: „Worinnen bestehet die sogenannte Bauersprache? Solche bestehet darin, daß, wan von Obrigkeits wegen einer ganzen Bauerschaft, oder Gemeinheit etwas zu befehlen ist, dasselbe denen in jeder Bauerschaft wohnenden 2 Bauern per Decretum schriftlich zugeschiedet werde; diese sagen solches ihren Nachbarn, und sodann der eine Nachbar dem Anderen, mithin das Obrigkeitliche Befehl geschwind durch die ganze Bauerschaft troullirt.“ Zur Bescheinigung, „daß es der Obrigkeitliche Befehl seye, und die Bauer Sprach von denen Bauerrichtern herkomme, wird von diesen ein gewisses darzu angeschafftes Zeichen Pricken genannt überliefert, was der eine Unterthan dem anderen bey Ueberbringung des Befehles einhändigen muß.“³⁰⁾ Das Amt der Bauerrichter und der übrigen

28) Grimm, II, 497.

29) Meine Geschichte der Fronhöfe, III, 60, 165, u. 192. vgl. oben §. 158.

30) Wigand, Archiv, V, 152.

Gemeindevorsteher z. B. in der Pfalz u. a. m. bestand aber so-
dann nur noch in dem Vollzuge der herrschaftlichen Befehle und
in der Anzeige der in ihrer Gemeinde vorgefallenen Frevel. Der
erwähnte Regierungsbericht aus dem 18. Jahrhundert sagt in die-
ser Beziehung: „In jeder Baurtschaft befinden sich zwei Baur=
„richter, welche alle Jahr, da alle Unterthanen solches officium
„ohnentgeltlich zu übernehmen verbunden, nach der Reihe abge=
„wechselt werden. Ihr officium bestehet darinnen, daß sie die in
„ihrer Baurtschaft vorkommende Excessen bey denen Frühlings- und
„Herbst- Gerichten den zeitlichen Rentmeistern zur Bestrafung
„schriftlich eingeben, und bey haltenen Gerichtern persönlich er=
„scheinen müssen“³¹⁾. Das Amt eines Bauerrichters war dem-
nach auch in der Grafschaft Rietberg, wie anderwärts mehr eine
wahre Gemeinbelast geworden, welche wie jeder andere Fronbienst
nach der Reihe der Häuser getragen werden mußte. (§. 167.).

Der Sieg der Grundherrschaft über die Genossenschaft hat aber
nicht bloß den genossenschaftlichen Beamten, sondern auch den genos-
senschaftlichen Dorfmarkgerichten den Untergang gebracht. Je mehr
nämlich die Dorfmarkgenossenschaft mit der Hofgenossenschaft verbun-
den und beide mit einander verschmolzen worden sind, desto mehr
wurden auch die Dorfmarkgerichte mit den Fronhofgerichten zu einem
einzigen Gerichte und zwar in der Art verbunden, daß entweder die
alten genossenschaftlichen Dorfgerichte von grundherrlichen Gerichten
ersetzt worden und sogar dem Namen nach, wie z. B. die Heimbur-
gen Gerichte in Hessen untergegangen sind³²⁾, oder in der Art,
daß die alten Dorfgerichte zwar dem Namen nach geblieben, in
der That aber grundherrliche Gerichte geworden sind, wie dieses
in Baiern, hie und da in der Pfalz, in Preussen u. a. m. der
Fall war³³⁾. In manchen grundherrlichen Gemeinden hat sich
jedoch auch in späteren Zeiten noch die Dorfmarkgerichtsbarkeit
erhalten, hie und da sogar unter dem Voritze des Gemeindebe-
amten selbst, z. B. im Bussfelder Thale in Franken³⁴⁾. Meisten-

31) Wigand, V, 152 u. 153.

32) Kopp, Hess. Gr. I, 322.

33) Preuß. Landr. II, tit. 7. §. 46 ff. u. 79 ff. Meine Einleitung, p. 295
—297. vgl. oben §. 186, 187 u. 193.

34) Westphal, Pr. R. I, 248.

theils ist jedoch wenigstens der Vorſitz bei dem Dorfgerichte an einen herrſchaftlichen Beamten übergegangen, z. B. in den Bauerſchaften in der Herrſchaft Nietberg an den herrſchaftlichen Rentmeiſter³⁵⁾ und zu Hiltartshauſen in Franken an den Spitalmeiſter zum heiligen Geiſt zu Rotenburg³⁶⁾.

Vollendet ward aber der Untergang der genoffenſchaftlichen Freiheit und Selbſtändigkeit der grundherrlichen Gemeinden durch die Ausdehnung des grundherrlichen Bannrechtes auf die Angelegenheiten der Dorfmarkgemeinde. Denn mit der Entſtehung einer herrſchaftlichen Geſetzgebung in Gemeindeangelegenheiten war es mit der Autonomie der Gemeinden und mit aller genoffenſchaftlichen Freiheit völlig zu End. (§. 198 u. 199.)

§. 209.

Günſtiger für die genoffenſchaftliche Freiheit war die Lage der gemiſchten Gemeinden. Zwar hatte die Grundherrschaft auch in den gemiſchten Gemeinden Einfluß auf die Angelegenheiten der Dorfmark. Dieſer Einfluß war jedoch naturgemäß, da er ſich unter mehrere Grundherrn vertheilte, weit geringer als bei den grundherrlichen Gemeinden. Schon das verſchiedene Intereſſe der verſchiedenen Grundherrn mußte ſolchen Gemeinden zu ſtatten kommen. Dazu kam noch das größere Bedürfniß der gemiſchten Gemeinden eigene genoffenſchaftliche Beamten und Gerichte zu haben. (§. 186.) Denn eben dieſes größere Bedürfniß gab den genoffenſchaftlichen Behörden eine größere Selbſtändigkeit. Es erleichterte ihnen nicht bloß die Selbſterhaltung, ſondern machte es ihnen auch möglich unter günſtigen Umſtänden ihre eigenen Rechte und die genoffenſchaftlichen Freiheiten überhaupt noch zu erweitern. (§. 49.) Seitdem jedoch die verſchiedenen in einer Dorfmark anſäßigen Grundherrn ſich zu einigen begannen, einen gemeinſchaftlichen herrſchaftlichen Beamten annahmen und die über die Dorfmarkangelegenheiten unter ſich abgeſchloſſenen Verträge als Dorfordnungen publicirten, ſeitdem war es auch in den gemiſchten Gemeinden um die genoffenſchaftliche Freiheit und um die Autonomie der Gemeinden geſchehen. (§. 199.)

35) Bericht aus 18. Jahrß bei Wigand, V, 153.

36) Benſen, Rotenb. p. 379 u. 381. Vgl. noch oben §. 187.

§. 210.

Seit dem Untergang der genossenschaftlichen Freiheit und der damit zusammenhängenden selbständigen Autonomie begannen die Beschwerden der Bauerngemeinden über ihre Grundherrschaft, und die Streitigkeiten über die gegenseitigen Rechte und Verbindlichkeiten, über die Beholzigungs- und Weide-Berechtigungen und über die übrigen aus der Feld- und Markgemeinschaft hervorgegangenen Rechte. Und da diesen Beschwerden nicht abgeholfen wurde, so kam es seit dem 14. und 15. Jahrhundert zu Aufständen. Die Aufstände wurden zwar unterdrückt, und die beim Reichskammergerichte eingereichten Beschwerden blieben meistens liegen ³⁷⁾. Die Streitigkeiten dauerten daher fort, in vielen Gemeinden bis auf unsere Tage.

Wiewohl nun nicht geleugnet werden kann, daß ein großer Theil der Schuld der fortwährenden Kämpfe den überspannten Begehren der Bauern beizumessen ist, so gehört denn doch auf der anderen Seite auch der weit verbreitete Glauben, als könne mit der Wiederherstellung der alten Grundherrschaft und der damit verbundenen Patrimonialgerichtsbarkeit auch die alte Eintracht wieder hergestellt worden, zu den großen Irrthümern unserer Zeit. Die ehemalige Harmonie der Grundherrschaft mit ihren hörigen Gemeinden hatte vielmehr in der zwischen beiden bestehenden Hofgenossenschaft und in der davon unabhängigen Dorfmarkgenossenschaft ihren Grund, indem nach der Ersteren beide zusammen die Genossenschaft und darum ein harmonisches Ganze gebildet, die markgenossenschaftlichen Freiheiten aber die zur Versorgung der eigenen Angelegenheiten nothwendige Selbständigkeit gegeben haben. Daher wird auch nur mit der Wiederbelebung der seit den drei letzten Jahrhunderten zu Grabe getragenen genossenschaftlichen Elemente, wie in anderer so auch in dieser Beziehung wieder die alte Eintracht zurückkehren ³⁸⁾.

Meistentheils sind die Bauerschaften in diesen Kämpfen un-

37) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 522 ff. vgl. oben §. 198.

38) Vgl. Wigand, Provinzialr. von Paderb. II, 300—301. Meine Einleitung, p. 433 ff. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 495—522. vgl. oben §. 49.

terlegen. Und es haben sich sodann die genossenschaftlichen Freiheiten selbst nach und nach, öfters sogar spurlos verloren, oder sie sind, wie z. B. die Nachbarlosungen, weil sie nicht mehr verstanden wurden, zuletzt etwas ganz Anderes geworden, als sie ursprünglich waren. (§. 132.)

3. Einfluß der öffentlichen Gewalt.

§. 211.

Die Dorfschaften, die freien sowohl wie die grundherrlichen und die gemischten, standen sammt und sonders unter der öffentlichen Gewalt. (§. 201.) Die öffentliche Gewalt hatte jedoch einen ganz anderen Gegenstand und durfte sich ursprünglich in die Dorfmarkangelegenheiten gar nicht mischen. Wegen der bestehenden Immunität hatten die öffentlichen Beamten in der Regel nicht einmal Zutritt in die Dorfmark. (§. 200 u. 202.) Dennoch lagen auch in der öffentlichen Gewalt schon die Keime (das mit der Schirmgewalt verbundene Bannrecht), welche bei weiterer Entwicklung ebenfalls zum Untergang der genossenschaftlichen Freiheit mitwirken mußten.

Ursprünglich waren die Dorfmarkgemeinden eben so frei und unabhängig von aller Oberaufsicht der öffentlichen Gewalt, wie dieses hinsichtlich der großen Marken der Fall war. Die Einen wie die Anderen standen zwar unter der öffentlichen Gewalt, allein mehr wegen des Schutzes in ihren Rechten als zum Zweck der Ueberwachung und der Bevormundung. Denn in die genossenschaftlichen Angelegenheiten der Dorfmark sollte sie sich ja nicht mischen. Erst seitdem die landesherrliche Schirmgewalt sich zu einer wahren landesherrlichen Polizei ausgebildet hatte, entstand auch noch eine Oberaufsicht von Seiten des Staates, welche nach und nach zu einer sehr lästigen und drückenden Bevormundung³⁹⁾ erweitert worden ist. Und das der öffentlichen Gewalt zustehende Bannrecht vollendete die Unterwerfung der Gemeinden unter die landesherrliche Gewalt.

39) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 60, 165, 192. vgl. oben §. 202.

§. 212.

Zunächst führte das landesherrliche Oberaufsichtsrecht zu Beschränkungen der Art und Weise der Benutzung der Feld- und Waldmark und der darin hergebrachten Nutzungsrechte. Ursprünglich hatte nämlich jede Gemeinde über die Benutzungsart und über die Marknutzungen selbst zu verfügen. Späterhin verfügten aber darüber die landesherrlichen Beamten, anfangs zwar noch unter Zuziehung der Gemeinde, zuletzt aber auch ohne die Gemeinde. So verfügten die landesherrlichen Beamten über das Mastrecht in den Gemeindewaldungen und zogen dabei eine Zeit lang noch die ältesten Interessenten oder andere erfahrene Leute bei, z. B. in Braunschweig und Paderborn („so sollen unsere Beamte und Forstbediente, auch die Ältesten der interessirten Leute mit Zuziehung und Bewilligung ihrer Guts Herren die Mast bey rechter bequemer Zeit besichtigen und sich vereinbaren“⁴⁰). „Welche (Unsere Beamten) dann nebst Unsern Holzbedienten und einigen des Gehölzes erfahrenen alten Leuten die Mast besichtigen“⁴¹). Auch nach der alten Tiroler Landesordnung war zum Ausroden der gemeinen Mark („Aufsteckung der Gemaind“) und zum Verkaufe von Gemeinland außer der „Bewilligung der Oberkeit“ auch noch die Zustimmung der Gemeinde (das „Vorwissen der Gemainschaft“) nothwendig⁴²). Späterhin handelten aber die landesherrlichen Beamten und Landesherrschaften ganz allein. So wurde in Hessen von der Landesherrschaft und den landesherrlichen Behörden allein das Beholzigungs- und Mastrecht in den Gemeindewaldungen, so wie die Feld- und Waldweide geordnet⁴³). Auch erschienen daselbst landesherrliche Garten- und Baumpflanz-Ordnungen⁴⁴). Zu Württemberg findet man schon in der Landes-

40) Kurbraunschweigische Forstordnung von 1628, c. 5 §. 4—6. Wigand, Handb. p. 723.

41) Paderborn. Holzordnung von 1669, art. 26 in Paderb. Landes Brd. I, 176.

42) Tirol. Landesordn. B. 4, tit. 4.

43) Hess. Greben Ordn. tit. 45 u. 46 §. 3—6 p. 109 u. 118.

44) Hess. Greben D. tit. 12 u. 13, p. 31 u. 33.

ordnung von 1552 (p. 47, 48 u. 68 ff.) Anordnungen über die Benutzung der Gemeinweiden durch Schafe und anderes Vieh, über den Anbau der Felder und Weinberge u. s. w. Eben so in Baiern schon in der Landesordnung von 1553 Bestimmungen über die Benutzung der Gemeinweiden durch Schafe, Schweine und anderes Vieh, über Bienen- („Impen“-) Zucht ⁴⁵⁾ und sogar über den Anbau der Felder selbst, wenn z. B. „jemand ainen „ober mer äcker wolte vnangebaut liegen lassen, das solle nit ge- „statt, sonder wo solchs bey ainem oder mern vermerckt wirdet, „sollen der oder dieselben durch die Obrigkeit zum anpaw vermög- „werden“ ⁴⁶⁾. Ähnliche Bestimmungen in der Württembergischen Landesordnung von 1552 p. 48. Auch war in der Bairischen Landesordnung von 1553 p. 123 angeordnet, wie die angebauten Felder eingezäunt („verfrißt“) werden sollten. Späterhin kamen dazu auch noch Anordnungen über die Gänseweide und über den Gänstrieb ⁴⁷⁾ und eine ganze Masse von sogenannten Kultur Mandaten über die Kultur der öden Gründe, der einmägigen Wiesen und Brachfelder, über das Landkulturwesen überhaupt, über die Bienenzucht, Landgärtnerei, Pferdezuucht u. dgl. m., z. B. mehrere landesherrliche Mandate von 1762 und 1770 ⁴⁸⁾, wodurch zwar für die Kultur gesorgt, aber nicht wenig in die althergebrachten Rechte der Gemeinden und der Gemeindegüter eingegriffen worden ist. Zuletzt wurde sogar die Einzäunung der Saatzfelder und das den Kleingütlern und anderen Berechtigten auf den Brachfeldern zustehende Weiderecht als verbotswidrige Kulturbeschränkung ohne weiters abgeschafft ⁴⁹⁾. Und über die Art und Weise, wie die Gemeindegüter benutzt werden sollten, entschied ohnedies die landesherrliche Regierung ⁵⁰⁾.

45) Bair. LandesO. p. 120—123.

46) Bair. LandesO. p. 117.

47) Bair. Mandate von 1762 in Verordn. Sammlung von 1771, p. 462 u. 464.

48) Verordn. Samml. p. 453—464, 471—474 u. 585 ff. Und viele andere Mandate in Meyer's Generalien Sammlung.

49) Bair. Regierungsbll. von 1803 p. 58, 230 u. 231.

50) Kreittmayr, II, c. 1, §. 6 Nr. 2.

§. 213.

Auch die Benutzung der Waldmark insbesondere wurde großen Beschränkungen unterworfen. Schon in den im Laufe des 16. Jahrhunderts erschienenen Gemeinde Forstordnungen wurde der landesherrlichen Polizei ein Aufsichtsrecht in den Forstangelegenheiten der Gemeinde und eine Mitwirkung bei Bestrafung der Forstfrevel eingeräumt⁵¹⁾. Die landesherrlichen Forst- und Landesordnungen gingen aber bei dieser Einmischung in die Angelegenheiten der Gemeinde noch weiter. Die ältesten landesherrlichen Forstordnungen beschäftigten sich zwar noch ausschließlich mit den landesherrlichen Wäldungen, z. B. die Hessische Forst- und Jagdordnung Philipps des Großmüthigen von 1532 und die alte Württembergische Forst- und Holzordnung, welche in der Württembergischen Landesordnung von 1552 (p. 71 u. 71.) neuerdings bestätigt worden ist.

Auch die Bairische Rentmeisteramtes-Instruktion von 1512 spricht noch bloß von den landesherrlichen Forsten und verordnet hinsichtlich ihrer sehr zweckmäßig, „daß die Forstmeister mit Fleiß „darob seyen, damit Uns die Förste und Wälder nicht geschwen- „det werden, keinen Auffang erlauben an den Enden, da ietzt „Holz steht oder da in künftigen Zeiten Holz wachsen möchte“; und sehr wohlwollend für die armen Leute, — „daß das alte lie- „gende Holz, Windfälle, Affterschläge und Gipfel zu einzig von „den armen Leuten ausgeführt und ihnen gegeben werde, dadurch „das geschlachte grün und gut stehende Holz nicht verwüftet, son- „dern zu großer Nothdurft Landen und Leuten gespart und ge- „hant werde“; und daß alle Forstmeister Forstbücher halten sollen u. dgl. m.⁵²⁾. Allein die im 16. Jahrhundert erschienenen Landesordnungen und auch manche Forstordnungen jener Zeit gingen schon weiter. So enthalten schon die Bairischen Landesordnungen von 1516 und 1553 Verfügungen zur Erhaltung nicht bloß der grund- und landesherrlichen, sondern auch der Gemeinde-

51) Holzordnung von Dübendorf von 1592, §. 15 u. 16 und von Opfikon von 1549, §. 8 u. 9. bei Schauberg, I, 111 u. 136.

52) Krenner, Eb. hl. XVIII, 334 f.

Waldungen, insbesondere über das Schlagen von Bauholz oder sogenanntem Zimmerholz, über die Anlegung von Holzschlägen und über das Pechlen⁵³⁾. Zumal aber die im 17. und 18. Jahrhundert erschienenen landesherrlichen Forstordnungen haben die freie Verwaltung der Gemeinden mehr und mehr beschränkt und unter die Vormundschaft des Staates gestellt. Seitdem sich nämlich aus den erwähnten Elementen eine Forsthoheit gebildet hatte, machten die Landesherrn und die übrigen Inhaber der öffentlichen Gewalt ihr Obergaufsichtsrecht auch in den Gemeindewaldungen mehr und mehr geltend und bestimmten schon im 17. Jahrhundert aus wirthschaftlichen Rücksichten, wie die Nutzungsrechte in den Gemeindewaldungen ausgeübt werden sollten, z. B. in der Württembergischen Forstordnung von 1614, und in den verschiedenen Holzordnungen des Niederrheinischen Fürstenthums Hessen von 1629 §. 19, 20 u. 21, und von 1659 §. 4 u. 11, sodann in den Forst- und Holzordnungen von 1682 §. 11 und von 1688 §. 8⁵⁴⁾. Auch die Bairische Forstordnung von 1616 enthält in art. 76, 77 u. 79. Verfügungen über die Gemeindewaldungen, wonach unter Anderem die Dorfgemeinden Forstknechte oder Holzhaien halten und wenn sie dazu zu arm waren, die Vierer des Dorfes die Aufsicht pflegen sollten. Und späterhin kamen dazu noch eine ganze Masse von sogenannten Generalien über das Forstwesen von 1620, 1650, 1683, 1690, 1726, 1730, 1764 u. 1770⁵⁵⁾. Noch entschiedener trat aber die Forsthoheit in den Forstordnungen des 18. Jahrhunderts hervor. Denn von nun an war die Herrschaft der landesherrlichen Förster in den Gemeindewaldungen entschieden. Ohne ihre Anweisung durfte auch in den Gemeindewaldungen kein Holz mehr gefällt werden, z. B. in Hessen, Fulda, Oesterreich u. a. m.⁵⁶⁾. Sogar die Nothwendigkeit des Bau- und Brennholzes mußte, ehe eine Holz-

53) Landpot von 1516 p. 25. Landordnung von 1553 p. 118 u. 119.

54) Vgl. Sternberg, I, 45 u. 46.

55) Bair. Generalien Sammlung von 1771, p. 465—467.

56) Hessische Verordnungen von 1711 u. 1718. Grebenordn. von 1738, tit. 23 u. 46 §. 3 u. 4. Vgl. Sternberg, I, 46 ff. Wald-, Holz- u. Forstordnung für die Oesterreich. Vorlande von 1788. §. 14 u. 18. Thomas, I, 230, 232 u. 233.

anweisung erfolgte, von den landesherrlichen Behörden bescheiniget werden ⁵⁷⁾). Ohne Wissen und Willen der landesherrlichen Beamten sollten z. B. im Lande Delbrück keine fruchtbaren Bäume gefällt werden ⁵⁸⁾). Ohne Erlaubniß der landesherrlichen Ämter durfte z. B. in Fulda aus der Dorfmark kein Holz mehr ausgeführt werden ⁵⁹⁾). Sogar für die Nachpflanzung der Bäume und für die Anlegung der Gehege in den Gemeindewaldungen sollten z. B. in Hessen die landesherrlichen Beamten sorgen ⁶⁰⁾). Denn die Bewirthschaftung und Verwaltung der Gemeindewaldungen stand nun unter der Aufsicht und Leitung der landesherrlichen Forstbehörden. Ohne sie durfte nichts mehr geschehen. Meistentheils verfügten sie sogar ganz allein. Die Selbständigkeit der Gemeinden war demnach auch in dieser Beziehung dahin.

§. 214.

Auch die übrigen Gemeindegüter standen unter der Aufsicht der landesherrlichen Behörden und ohne Genehmigung der Landesherrschaft durften sie weder vertheilt noch veräußert werden, nach den alten Landesordnungen und Landrechten freilich nur mit Zustimmung der Gemeinden, später aber auch ohne ihren Consens, z. B. in Tirol, Baiern u. a. m. ⁶¹⁾). Und nur zu oft verfügten die landesherrlichen Behörden über die Gemeindegüter wie über anderes Staatsseigenthum ohne oder auch gegen den Willen der Gemeinden.

Seit der Entstehung einer landesherrlichen Polizei kam auch die Regulirung des Wassers und der Nutzungsrechte daran in die Hände der Landesherrn und der landesherrlichen Behörden. Es erschienen daher landesherrliche Verordnungen

57) Thomas, I, 230 u. 232.

58) Verordnung von 1725 bei Wigand, Provinzialr. von Paderborn, II, 396, 397, 414 u. 415, III, 32.

59) Thomas, I, 233.

60) Hess. Grebenordn. tit. 46 §. 5.

61) Tiroler Landsordn. B. 4. tit. 4. Bair. Landsordn. von 1553, IV, tit. 19. art. 1. Bair. Landr. von 1616, tit. 25, art. 5. Kreittmayr, II, c. 1, §. 6 Nr. 2--6. p. 754—760. Gillebrand, Pr. R. p. 141. und oben §. 202.

über die Bewässerung der Wiesen und über das Bewässerungsrecht überhaupt ⁶²⁾, über die Benutzung des Wassers zur Flachsbereitung ⁶³⁾, zum Holzflößen ⁶⁴⁾, zum Fischen und Krebsen, zur Mühlenanlage, über den Wasserlauf und dessen Aenderung u. f. w. ⁶⁵⁾. Daher in allen Ländern die landesherrlichen Verordnungen über die Ausübung der Fischerei und des Krebsens und die sogenannten Fischordnungen z. B. in Baiern ⁶⁶⁾, in Württemberg ⁶⁷⁾, in Hessen u. a. m. ⁶⁸⁾. Eben so die landesherrlichen Mühlenordnungen z. B. in Baiern, Hessen u. a. m. ⁶⁹⁾. Zur Handhabung der Wasserpolizei und zur Entscheidung der darüber entstandenen Streitigkeiten errichteten die Vogtei- und Landesherrn zuweilen eigene sogenannte Wassergerichte. In der Regel wurden jedoch auch die Fischerei ⁷⁰⁾, Mühlen- und anderen Wasserstreitigkeiten von den ordentlichen landesherrlichen Gerichten entschieden, z. B. von den landesherrlichen Amtleuten, Centgrafen u. a. m. ⁷¹⁾. Und für die regelmäßige Besichtigung der Mühlen waren insgemein geschworne Müller oder sogenannte Wassergrafen angestellt ⁷²⁾, welche auch Mühlgrafen genannt worden sind ⁷³⁾.

62) Hess. Grebenordn. tit. 26, §. 4 u. 11, tit. 38, §. 3. Bair. Mandat von 1762 §. 5 in Generalien Samml. p. 463.

63) Grebenordn. tit. 26, §. 8.

64) Württemberg. Landsordn. von 1552, p. 66 u. 67.

65) Hess. Grebenordn. tit. 26, §. 13.

66) Urk. von 1480 in Mon. Boic. IX, 300. Bair. Landsordn. von 1553, V, tit. 9. Bair. Landr. von 1616, IV, tit. 9.

67) Landsordn. von 1552, p. 66 u. 67., und in der späteren Landesordnung.

68) Hess. Grebenordn. tit. 26, p. 60.

69) Rechtsh. Kaiser Ludw. c. 336—344. Bair. Landpot von 1516, p. 54 u. 55. Reformation des Bair. Landr. von 1518, p. 130 u. 131. Bair. Landsordn. von 1553, V, tit. 8. „Ordnung des Mühlwerch.“ Bair. Landr. von 1616, IV, tit. 8. „Ordnung des Mühlwerchs.“ Hess. Grebenordn. tit. 26, §. 12 u. tit. 38.

70) Zwei Urkunden von 1441 in Mon. Boic. VIII, 272—282.

71) Grimm, III, 587 f. u. 588. Not. Grimm, R. Q. p. 832 u. 833.

72) Bair. Landpot von 1516, p. 56. Bair. Landsordn. von 1553, p. 146.

73) Mandat von 1780 §. 10 in Meyr, GrL. S. I, 390.

Auch die Gemeinde- Wege und Stege kamen unter die Aufsicht der landesherrlichen Polizei. Es erschienen daher landesherrliche Verordnungen über den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Wege und Stege, z. B. in Baiern, Hessen, Tirol u. a. m.⁷⁴⁾.

§. 195.

In gleicher Weise kam die gesammte Gemeindepolizei, insbesondere auch die Gewerbspolizei, welche früher den Gemeinden selbst gehört hat, unter die landesherrliche Polizei und unter die landesherrlichen Behörden, und wurde durch landesherrliche Verordnungen geordnet. So die Baupolizei⁷⁵⁾, die Feuerpolizei⁷⁶⁾ und die übrige Dorfpolizei⁷⁷⁾. Eben so insbesondere auch die Bierpolizei, welche in Baiern schon sehr alt ist, indem daselbst schon seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts vollständige Bierordnungen erschienen sind, über das Brauen und Schenken des Sommer- und Winterbiers, über den Biersatz, über die Befichtigung des Biers („Pier Bschau“) über die von den landesherrlichen Behörden zu ernennenden Bierbeschauer („Pier „Bschauer“) u. dgl. m.⁷⁸⁾. Ferner die Polizei über die Metzger und über das Schlachtvieh, z. B. in Baiern, wo schon seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts ziemlich vollständige Metzger- und Fleischordnungen vorkommen⁷⁹⁾. Die Aufsicht über Maß und Gewicht⁸⁰⁾. Die Markt- und Victualienpolizei⁸¹⁾. Die Ge-

74) Bair. Landsordn. von 1553, p. 112. Hess. Grebenordn. tit. 11, p. 29. Tiroler Landsordn. B. 4, tit. 1.

75) Hess. Grebenordn. tit. 20, p. 46.

76) Bair. Landsordn. von 1553, p. 111. Hess. Grebenordn. tit. 10 p. 25.

77) Thomas, I, 198, 199 u. 207 ff.

78) Bair. Landpot von 1516, p. 36 u. 37. Landsordn. von 1553 p. 86—90. Bair. Landr. von 1616, III, tit. 2.

79) Bair. Landpot von 1516, p. 47 u. 48. Landsordn. von 1553, p. 135 139.

80) Bair. Landpot von 1516, p. 56. Reformation des Bair. Landr. von 1518, p. 4. Bair. Landsordn. von 1553, p. 139 bis 140.

81) Bair. Landpot von 1516, p. 49 u. 50. Bair. Landsordn. von 1553, p. 69—72.

werbspolizei, z. B. in Baiern landesherrliche Verordnungen über die „Leinweber, Wollwürchen, Foder und andere Handtwecher „aufm Land“⁸²⁾, insbesondere auch über „die Större auffm Land „so das Flickwerk treiben“, d. h. über diejenigen Stubenarbeiter die in der Wohnung des Bestellenden gegen Kost und Taglohn ihr Handwerk treiben⁸³⁾. Sodann die Mühlenbesichtigung u. s. w. (Vgl. S. 202.)

§. 216.

Auch die Gemeinden selbst und die Gemeinde Behörden kamen unter die Tutel der öffentlichen Gewalt. Ohne Zustimmung der landesherrlichen Behörden durfte kein Mitglied mehr in die Gemeinde aufgenommen werden. (§. 77.) Die Gemeinberechnungen wurden zuerst in ihrer Gegenwart und zuletzt sogar von ihnen selbst unter Zuziehung der Gemeinde oder auch ohne sie beizuziehen gestellt. (§. 202.) Auch die früher so selbständigen Gemeinderäthe und Gemeindeversammlungen kamen mehr und mehr unter die Herrschaft der landesherrlichen Beamten, und die Gemeindeversammlungen zuletzt ganz außer Gebrauch. Die Gemeinden durften sich ohne Zustimmung der landesherrlichen Beamten nicht mehr versammeln, nur noch in Gegenwart des landesherrlichen Beamten berathen, und hin und wieder nur noch unter ihrem Vorfige verhandeln. (§. 167, 169, 171, 175 u. 204.) Sogar die Sturmglocke durften sie ohne Erlaubniß nicht mehr anziehen. („one vnser Amptlüt wissen vnd willen niemand die „sturm anschlahen, leüten oder zuthun anrichten, es were dann „ob feür außgienge“)“⁸⁴⁾.

Auch die Gemeindebeamten und Gerichte kamen mehr und mehr in Abhängigkeit von der öffentlichen Gewalt. In manchen Gemeinden erhielten die Inhaber der öffentlichen Gewalt Antheil an der Ernennung der Gemeindebeamten. (§. 164 u.

82) Bair. Landpot von 1516, p. 51 bis 53. Landsordn. von 1553, p. 129 ff.

83) Landpot von 1516, p. 53. Bair. Landsordn. von 1553, p. 131. Bair. Landr. von 1616, p. 615 u. 616. Schmeller, III, 655.

84) Württemberg. Landsordn. von 1552, p. 54.

204.) Allenfalls wurden aber die Gemeindebeamten in ihrer Kompetenz mehr und mehr beschränkt und zuletzt entweder gänzlich verdrängt und durch landesherrliche Beamte ersetzt, oder wenigstens zu ganz unbedeutenden Beamten herabgedrückt. Denn auch in jenen Gemeinden, in welchen sie sich dem Namen nach bis auf unsere Tage erhalten haben, ist ihnen, wie wir gesehen, meistentheils nichts als ein lästiger Botendienst mit der Pflicht die Steuern beizutreiben und die Frevel zu rügen, oder wenigstens ein nur äußerst beschränkter und unbedeutender Wirkungsbereich geblieben. (§. 167, 193 u. 204.) In gleicher Weise sind auch die Dorfmarkgerichte von den landesherrlichen Gerichten in ihrer Kompetenz mehr und mehr beschränkt und zuletzt gänzlich verdrängt und ersetzt worden. (§. 167, 185, 186, 193 u. 204.) Die alten Dorfmarkgerichte sind aber sodann entweder gänzlich verschwunden oder sie sind in jenen Gemeinden, in denen sie sich erhalten haben, landesherrliche Gerichte geworden, wie z. B. die Rügegerichte hin und wieder in der Pfalz und in Württemberg⁸⁵⁾, dann die aus Schlichte und Gericht bestehenden Dorfgerichte in der Pfalz u. s. w. Oder sie kamen wenigstens in völlige Abhängigkeit von den landesherrlichen Gerichten, indem die landesherrlichen Beamten Zutritt oder sogar den Vorsitz erhielten und auch von den Dorfgerichten eine Berufung an die landesherrlichen Gerichte eingeführt ward. (§. 185, 191, 202 u. 204.) Auch zogen die landesherrlichen Gerichte mehr und mehr die Angelegenheiten der Dorfmark und die darüber entstandenen Streitigkeiten vor ihr Forum, z. B. Streitigkeiten über die gemeinen Wälden, Alpen, Triften, über die Benutzung des Wassers u. s. w.⁸⁶⁾. Und zur Entscheidung der Wasserstreitigkeiten wurden in manchen Territorien, wie bereits bemerkt worden ist, eigene landesherrliche Gerichte niedergelegt. Nichts desto weniger haben sich doch in manchen Gemeinden, in grundherrlichen Dorfschaften eben sowohl (§. 208), wie in manchen freien und gemischten Gemeinden, die Dorfmarkgerichte bis auf

85) Ungebrucht. Weisthum von Großkarlbach. Württemberg. Landsordn. von 1567, p. 232. ff.

86) Thomas, III, 236 f. und oben §. 204 u. 214.

unsere Tage erhalten, z. B. zu Oberägeri und Baar im Kanton Zug⁸⁷⁾, die Haingerichte im Rheingau und Odenwalde, die Hagemale in der Nähe von Buttschäd u. s. w.

§. 217.

Mit dem Siege der landesherrlichen Beamten und Gerichte war auch der Sieg der landesherrlichen Vogtei über die Gemeinden entschieden. Je mehr sich nämlich die landesherrliche Vogtei unter dem Titel einer landesherrlichen Polizei über alle Verhältnisse verbreitete, und je mehr alle Gewalt zu schützen an die Landesherrschaft überging, gewissermaßen zu einem landesherrlichen Monopol ward, desto mehr hat sich auch das Schutzverhältniß der Gemeinde-Bürger und Beisassen geändert. Seitdem nämlich die Gemeinden, weil sie keine selbständigen Gerichte mehr hatten, nicht mehr selbst schützen konnten, seitdem bedurften die vollberechtigten Bauern ebensowohl wie die Beisassen, welche selbst bloße Schutzverwandte und Hintersassen waren, (§. 60), mehr und mehr des Schutzes der öffentlichen Gewalt. Sie kamen demnach in ein ähnliches Verhältniß zur öffentlichen Gewalt, wie die Grundherrschaften und ihre Hintersassen. Die Folgen dieses veränderten Schutzverhältnisses waren sich daher auch ganz gleich. So wie die hörigen Hintersassen in ein direktes Verhältniß zur öffentlichen Gewalt kamen, und zu den alten Lasten noch neue hinzukamen, die Grundherrschaften selbst aber mehr und in Abhängigkeit von der Landesherrschaft geriet⁸⁸⁾, eben so wurden nun auch die Beisassen in den Dorfgemeinden steuerpflichtig (§. 84), und die Gemeinden selbst kamen mehr und mehr im Verfall.

§. 218.

Vollendet ward die Unterwerfung der Gemeinden unter die landesherrliche Gewalt durch die mit dem Bannrechte zusammenhängende landesherrliche Gesetzgebung, Denn durch sie wurde die Autonomie und mit ihr alle Selbständigkeit der Ge-

87) Renaud in Zeitschr. IX, 19 u. 20.

88) Meine Gesch. der Fränkische, IV, 488 ff., u. 515 ff.

meinden vollends untergraben. Anfangs sollten zwar die landesherrlichen Behörden den Gemeinden zur Verhandlung über zu treffende Anordnungen bloß beigezogen oder die von der Gemeinde erlassenen Verordnungen ihnen zur Bestätigung vorgelegt werden. Späterhin verfügten und verordneten aber die landesherrlichen Beamten oder die Landesherrn selbst auch in Dorfmarkangelegenheiten ganz allein. So wurden zu Reggen und Einsiedeln die Vögte zur Verhandlung über die Angelegenheiten der Dorfmark beigezogen und sodann gemeinschaftlich mit ihnen darüber verfügt. („wer gemeinwerch inne hat in dem hof ze Reggen, wenne „ein vogt vnd die genossen über ein kommt das er das „sulle lassen ligen“⁸⁹⁾). Es sol ouch niemant behein einung nit „machen noch setzen das die dry teil angange, denn ein herr „von von Einsiedeln ein vogt vnd die walblute gemeinlich“⁹⁰⁾). Auch die Forstordnung von Dübendorf von 1592 wurde unter Mitwirkung des landesherrlichen Vogtes erlassen⁹¹⁾. In der Pfalz und in der Schweiz, in Baiern, Württemberg u. a. m. pflegten die Anordnungen der Gemeinden der Landesherrschaft zur Genehmigung vorgelegt zu werden. (§. 198 u. 202.) Auch nach der Braunschweig Lüneburgischen Landesordnung von 1647 bedurften die in den Bauerkören gemachten Ordnungen der Gerichts- und landesherrlichen Bestätigung⁹²⁾ u. a. m. Und seit dem Ende des 15. Jahrhunderts⁹³⁾, zumal aber seit dem 16. und 17. Jahrhundert verfügten in vielen Territorien die Landesherrn und die landesherrlichen Beamten auch in Dorfmarkangelegenheiten ganz allein ohne Zuziehung der Gemeinde. So finden sich in den ungedruckten Weisthümern der Pfalz eine Menge solcher Verordnungen z. B. zu Zelle, Hartheim und Niefernheim eine Schützenordnung „von Fauth vnd Gericht „geordtent“ vom Jahre 1578; zu Großkarlbach eine Verfügung des Kellers von Dirmstein vom Jahr 1564 über die Be-

89) Grimm, I, 165.

90) Grimm, I, 156, §. 19.

91) Schauberg, I, 109.

92) Stifter, p. 479.

93) Eine Verordnung des Burggrafen von Alzei von 1497 für Heppenheim im Anhang, Nr. 3.

obachtung der Polizeiordnung eine Bürgermeistervorordnung vom Jahr 1590 „von Churf. Pfalz Amtman vsericht in Großkarlsbach“, und eine neue Messer- und Steinsegerordnung des Oberamtes Alzei von 1620; zu Röttenbach eine „Ordnung des Burggrafen zu Alzei von 1593 über die Messer und Steinseger“; und zu Dackenheim eine „Ordnung der Wingerl und Ackersleuth vom Jahr 1600 von Amtleut und Schultheiß und Gericht.“ Zumal aber die seit dem 16. und 17. Jahrhundert in fast sämtlichen Territorien erschienenen Landes- und Polizeiordnungen sind voll von Bestimmungen über die Dorfverwaltungsangelegenheiten und über die Ortspolizei in den Gemeinden. So enthalten in Baiern die Landpote von 1516, 1520 und 1533, die Neuverklärung, Leutterung, Pesserung und Satzung vber etliche Landpot von 1542 und die Landesordnungen von 1554 und 1616, außer den bereits schon erwähnten Bestimmungen, auch noch Ordnungen über den bei Hochzeiten, Kindtaufen und Leichen, bei der sogenannten Tobtenbesingung („Tobtn bsingknuß“) zu machenden Aufwand, sogenannte Kirchtagordnungen über den Besuch der Kirchweihen; Dienstboten- oder sogenannte Ehehaltenordnungen; ferner Anordnungen über die herumziehenden Spielleute, Schalksnarren, Bettler und Zigeuner, sodann über Juden, Spieler u. s. w. Eben so findet man in der Pfalz am Rhein in der Polizeiordnung von 1578 und in der Landesordnung von 1582 Anordnungen über den Besuch der Predigten über die Hochzeiten, Kirchweihen, über die Mummereien und anderen heidnischen Mißbräuche, über Schalksnarren, Landfahrer und anderes Lottergesind, sodann Apotheker-, Bäcker-, Mehger- und Fleischordnungen und andere Handwerksordnungen, sodann Bestimmungen über den Erwerb des Dorfrechtes u. a. m.⁹⁴⁾. Auch die Württembergischen Landesordnungen von 1552 und 1567 enthalten eine Grund- und Herbstordnung für das ganze Land, sodann Anordnungen über die Wirte und das Gastgeben, über die sogenannten Feldstüpler zur Aufsicht über den Garten- und Feldbau, über die Gewerbe in den Dörfern, über die Felddiebstähle,

94) Janson, Materialien zu einem Gesetzbuche für die Churfürstlichen Lande, I, 26, 28 u. 29. Vgl. die Churfürstliche Landesordnung von 1700.

über das Spielen u. s. w. Und ähnliche Bestimmungen findet man in sämtlichen Polizei- und Landes-Ordnungen jener Zeit. Eben so in den seit dem 17. und 18. Jahrhundert erschienenen landesherrlichen Dorfordinungen. (§. 198.)

Meistentheils wurden bei Abfassung dieser landesherrlichen Polizei- und Landes- und Dorfordinungen die althergebrachten Rechte der einzelnen Dörfer zu Grund gelegt, z. B. bei der Dorfordnung von Ingersheim vom Jahre 1484⁹⁵⁾. Sie wurden aber durch landesherrliche Verfügungen theils ergänzt theils modificirt und öfters auch die Lokalrechte und Gewohnheiten für das ganze Land generalisirt. Damit war aber die selbständige Autonomie der Gemeinden und ihr Selbstregiment völlig dahin.

Der Untergang der Autonomie und des Selbstregimentes der Gemeinden geht Hand in Hand mit dem Untergang des öffentlichen Lebens überhaupt. Denn erst, seitdem das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland dahin schwand, ist die Obervormundschaft des Staates möglich, ja gewissermaßen nothwendig geworden, und seit dieser Zeit ist sie auch wirklich erst entstanden. Diese Zeit war zwar verschieden in den verschiedenen Territorien. Sie fällt jedoch meistentheils in das 17. Jahrhundert, in die unseeligen Zeiten des dreißigjährigen Krieges.

§. 219.

Indessen war denn doch der Sieg der landesherrlichen Vogtei nicht so leicht, als man insgemein glaubt. Denn in sehr vielen Gemeinden kam es zum Kampfe mit der mehr und mehr um sich greifenden und alle Selbständigkeit untergrabenden Landesherrschaft.

Diese Kämpfe begannen in den freien und gemischten Gemeinden schon sehr früh. Im 11. und 12. Jahrhundert wurden sie genährt durch die damals günstigen Umstände und unterstützt nicht allein von den Kaisern gegen die emporstrebenden Landesherrn, sondern auch von den Landesherrn selbst gegen ihre gleich-

95) Mone, Zeitschr. I, 11—13.

Die in der That lebenden Vasallen und Landsassen. Daher ist es den Dorfgemeinden gelungen, nicht nur ihre alten Freiheiten zu bewahren, sondern sich auch noch zu neuen Freiheiten zu erheben. Und andere Dorfschaften waren auf dem Wege sich zu freien Stadtgemeinden zu erheben, z. B. die Dorfschaft Monre in Thüringen. Darum wird in der That daselbst schon im 13. Jahrhundert ein *plebiscitum* genannt⁹⁶⁾. Jedenfalls erklärt sich daher das schnelle Aufkommen der alten Städte in jenen Zeiten, ohne daß man die Existenz von solchen freien Genossenschaften auch nur anzunehmen hat. Aber auch in späteren Zeiten dauerten noch jene Freiheiten, wie in den großen Marken, so auch in den Dorfmarken fort⁹⁷⁾. Nicht wenige im 14. und 15. Jahrhundert mit den Grund- oder Landesherren entstandene Streitigkeiten wurden zu Gunsten der Dorfschaften entschieden, z. B. zu Langenrungen in Schwaben und in mehreren Dorfschaften im Rinzgithale auf dem Schwarzwalde⁹⁸⁾. Auch Kößing in Niederbayern wußte noch in späteren Zeiten große Freiheiten zu bewahren. Denn es sollte kein Erbrechtgut ohne der „Nachpaurn Willen“ verkauft, kein Bauer gestöck oder geplöck und kein Amtmann oder Scherge ohne der „armen Leut Will vnd Bet“ von der Herrschaft gesetzt werden, und kein armer Mann der Herrschaft „Scharwerch“ schuldig sein⁹⁹⁾. Meistentheils sind jedoch die Bauerschaften unterlegen. Daher kam es so häufig zu Aufständen. Allein auch das Loos dieser Bauern-Aufstände, welche vom 14. bis ins 16. Jahrhundert einen großen Theil von Deutschland verheert haben, war sehr verschieden. Während dieselben in der Schweiz zur reichsunmittelbaren Freiheit geführt und auch die Bauern im Dithmarschen ihre Freiheiten bis ins 16. Jahrhundert zu bewahren gewußt haben, kamen die Bauern im übrigen Deutschland um fast alle ihre Freiheiten, und die wenige Freiheit, die ihnen hie und da noch geblieben ist, ging ebenfalls noch seit dem

96) Grimm, III, 618.

97) Meine Gesch. der Markenverf. p. 446. ff.

98) Grimm, I, 397 ff., III, 643 ff.

99) Grimm, III, 899 u. 900.

17. und 18. Jahrhundert zu Grab ¹⁾). Wieder andere Dorfschaften suchten den bei ihrem Landesherrn verlorenen Schutz bei einem auswärtigen Fürsten. Allein auch sie mußten sich meistens wieder ihrem alten Landesherrn unterworfen, und ihre Verfassung hat sodann an Freiheit ebenfalls nicht gewonnen. So haben sich im 15. Jahrhundert die beiden Dorfschaften Albaxen und Stahle in der Abtei Korbei dem Herzoge von Braunschweig als ihren Schutzherrn unterworfen. Allein schon seit dem Jahre 1535 mußten sie sich wieder dem Abte unterwerfen und ihm Herbstbede entrichten. Da sie jedoch nach wie vor die Schutzherrschaft Braunschweigs anerkannten und sich auch im 17. Jahrhundert noch ihren Schutzbrief erneuern ließen, so mußten sie nun außer der erwähnten Herbstbede auch noch und zwar bis auf unsere Tage einen Schutzhäfer an Braunschweig entrichten ²⁾). Andere Dorfschaften suchten den bei ihrer Landesherrschaft verlorenen Schutz bei dem Reiche selbst. So suchten die Burg Friedbergischen Dörfer Groß- und Kleinkarben und Raichen einen Schutz- und Schirmbrief bei Kaiser Friedrich III. und erhielten ihn auch im Jahre 1442. Seitdem jedoch das Reich selbst sich nicht mehr schirmen konnte, konnte es auch jene Dörfer nicht mehr schützen. Als sich daher jene Dörfer, gestützt auf ihren Schirmbrief, im 18. Jahrhundert zur Reichsunmittelbarkeit erheben wollten, wurden sie in einen langwierigen Prozeß verwickelt und mußten sich zuletzt dennoch wieder ihrer alten Landesherrschaft unterwerfen ³⁾). Am längsten hat der Widerstand der Dorfgemeinden gegen das Umsichgreifen der landesherrlichen Forstbehörden, meistens sogar bis auf unsere Tage gedauert. Und mehr oder weniger dauert derselbe heute noch fort. Auch ist es in frühern und spätern Zeiten mehr als einer Gemeinde, z. B. in Hessen, auf dem Rechtswege gelungen ihre alt hergebrachte Freiheit und Selbstständigkeit gegen die Forstgewalt zu behaupten ⁴⁾).

1) Meine Gesch. der Fränkische, IV, 523 ff. vgl. oben §. 49 u. 158.

2) Wigand, Provinzlr. von Paderborn II, 246.

3) Wader, Nachrichten von der Burg Friedberg, I, 323, 324, II, 283.

4) Sternberg, I, 49—51 u. 60.

4. Einfluß des fremden Rechts.

§. 220.

Daß das fremde und insbesondere das Römische Recht auch auf Dorfmarken und Dorfmarkgenossenschaften angewendet worden ist, bedarf kaum einer Erwähnung. In den meisten Dorfschaften erhielt es jedoch erst in späteren Zeiten Einfluß, meistens erst im 17., hie und da sogar erst im 18. Jahrhundert ⁵⁾.

Um die Benützung der Gemeindegüter oder der gemeinen Dorfmark bekümmerten sich nämlich lange Zeit niemand anders als die Betheiligten selbst. Die Bauern haben sich aber von je her durch ihr Festhalten an dem Althergebrachten ausgezeichnet. Sie haben sich daher auch so lange als möglich gegen die Anwendung eines ihnen völlig unbekannten Rechtes gesetzt. Und was sie bei diesen Bestrebungen vor Allem begünstigt hat, das war der Umstand, daß das Römische Recht selbst nur wenige unmittelbar anwendbare Bestimmungen enthält und daher in dieser Beziehung nur wenig bearbeitet worden ist, und daß auch in den wenigen Schriften, welche, wie das *jus georgicum* von Keyser und das Dorf- und Bauernrecht von Rlinger u. a. m., von dem Bauernrechte handeln, nur sehr wenig über diese Verhältnisse vorkommt. Dennoch hat das Römische Recht Einfluß erhalten und wesentlich zur Umgestaltung des Grundcharakters der gemeinen Marken und der Marknutzungen so wie der Dorfmarkgenossenschaften selbst beigetragen. Auch hat die Ähnlichkeit der Marknutzungen mit den Römischen Servituten (§. 93.), und die im Laufe der Zeit veränderte Bestimmung der Gemeindegüter, wie wir sehen werden, die Anwendung des fremden Rechtes nicht wenig erleichtert.

Was indessen ganz vorzüglich zur Erhaltung der germanischen Dorfmarkgenossenschaften und der mit ihnen verbundenen Gemeindefändereien beigetragen hat, das war die Art und Weise, wie das fremde Recht seit den Glossatoren bearbeitet und in die-

5) Vgl. über den Einfluß des Römischen Rechtes Wetse, über Corporationen nach römischen und teutschen Rechtsbegriffen, p. 113 ff.

der Materie selbst germanisirt worden ist. Man brachte es näm-
 lich immer nur so weit zur Anwendung, als es zu den einheimi-
 schen Verhältnissen paßte. Was sich dagegen mit den germani-
 schen Einrichtungen nicht zu vertragen schien, das ließ man bei
 Seite und wendete das Römische Recht nur so weit an, als es
 zur Ergänzung des einheimischen Rechtes nothwendig war. So
 stellte z. B. Beyer (med. spec. 54, 3.), indem er von dem
 Unterschiede einer universitas oder Corporation und einer socie-
 tas handelte, ein Bild von der Corporation auf, welches zwar
 weder weder Römisch noch Deutsch, aber doch einer Deutschrecht-
 lichen Genossenschaft ähnlicher war als einer Römischen Corpora-
 tion. Dasselbe ist aber auch schon vor Beyer und nach ihm noch
 öfters bis auf unsere Tage geschehen. Und da man vergleichen
 weder im Römischen noch im Deutschen Rechte begründeten
 Theorien als gemeines Recht darzustellen pflegte, so ist dadurch
 nothwendiger Weise etwas Unbestimmtes und Schwankendes in
 diese Materie gekommen. Sogar über den Begriff einer Corpora-
 tion konnte man sich lange Zeit nicht vereinigen, und selbst in
 vielen heutigen Lehrbüchern über das Römische und Deutsche Recht
 ist man über jenen Begriff noch nicht einig. Zu diesem schwan-
 kenden Wesen hat übrigens auch der Umstand nicht wenig beige-
 tragen, daß das Römische Recht selbst keinen genügenden Begriff
 aufgestellt hat, ja nicht einmal einen allgemeinen technischen Na-
 men für eine juristische Person kennt. Die gewöhnliche Bezeich-
 nung ist zwar universitas und corpus. Allein diese Worte kom-
 men auch noch in einer anderen Bedeutung vor. Daher suchten
 schon die alten Praktiker nach einem solchen Begriff und nach ei-
 ner solchen Benennung. Während Durandus in seinem *spo-
 culum iuris* die universitas oder Corporation eine persona ima-
 ginaria genannt hat, nannte sie Carpzov (II, 36, dec. 6.)
 eine persona imaginaria non habens corpus nec animam.
 Späterhin definirte man dieselbe wieder anders. Und seit dem
 18. Jahrhundert nannte man sie insgemein eine moralische,
 mystische oder juristische Person. Erst dem Herrn von
 Savigny gebührt jedoch das Verdienst, sie sehr richtig als ein
 vermögensfähiges und Vermögen besitzendes Rechts-
 subject bezeichnet zu haben, welches man auch eine juristische

Person nennen kann⁶⁾). Daß aber bei diesem schwankenden Zustande Römische Bestimmungen auch auf die Germanischen Dorfmarkgenossenschaften angewendet werden konnten und wirklich angewendet worden sind, wird man um so begreiflicher finden, wenn man erwägt, daß auch nach den fremden in Deutschland recipirten Rechtsquellen die Dorfgemeinden zuweilen schon, wie in Deutschland selbst, *commune*⁷⁾, *communitas* und *το κοινόν* genannt worden sind⁸⁾).

§. 221.

Durch die Anwendung des fremden Rechtes ist nun die Grundlage der alten Verfassung mehr oder weniger untergraben und sogar wesentlich verändert worden. Der markgenossenschaftliche Grundcharakter wurde jedoch nirgends gänzlich verdrängt. Auch ist die neue Theorie meistens erst seit dem 17ten und 18ten Jahrhundert in die Praxis und aus dieser in die Landesgesetzgebung übergegangen. Die wesentlichsten durch das fremde Recht veranlaßten Veränderungen sind etwa folgende.

Die alten Dorfmarkgenossenschaften wurden als Römische *universitates* und *corpora* behandelt und daher selbst *personae fictae*, *mysticae* und *imaginae* oder moralische, mystische und juristische Personen genannt, was sie, wie wir gesehen, ursprünglich nicht waren, z. B. in Baiern⁹⁾, in Preußen¹⁰⁾, in Oberhessen seit der Grebenordnung von 1739¹¹⁾).

Wie andere Römische Corporationen bedurften sie nun zu ihrer Rechtsbeständigkeit der Anerkennung von Seiten des Staates, was ursprünglich gleichfalls nicht nothwendig war, indem sich die Germanischen Genossenschaften vielmehr ganz unabhängig von der öffentlichen Gewalt Kraft engeren Rechtes und

6) von Savigny, System des Röm. R. II, §. 85, 86, u. 90. Vgl. noch Weiske, Corporationen I. c. p. 121, 133 u. 162.

7) L. 25. D. de appel (491.) c. 10. X, de foro competent. (II, 2.)

8) L. 1. §. 1 D. de appel. (49, 1.) Vgl. oben §. 41:

9) Kreittmayr, I, c. 3, §. 1 Nr. 1, II, c. 1 §. 6 Nr. 1, V, c. 30 §. 1.

10) Preuß. Landr. II, tit. 6 §. 81 ff. u. tit. 7 §. 19.

11) Sternberg, I, 48. Vgl. noch Hagemann, §. 94 ff. und oben §. 34.

durch eigene Kraft zu bilden pflegten ohne einer weiteren Anerkennung zu bedürfen. Die Römische Ansicht ist jedoch in allen Staaten zur Geltung gekommen, in Ansehung der Bildung solcher Corporationen ebensowohl wie hinsichtlich ihrer Auflösung¹²⁾.

Mit den Römischen Corporationen kamen auch die Syn-
dici nach Deutschland, wo man sie vorher gar nicht gekannt hat. Sie sollten als Anwälte der moralischen Personen diese vor Gericht vertreten. Die älteren Praktiker erblickten in dem Dasein eines Syndicus ein Hauptmerkmal einer Corporation. Nichts desto weniger findet man sie nur in verhältnißmäßig sehr wenigen Dorfgemeinden¹³⁾. Und in neueren Zeiten sind sie meistentheils auch in jenen Landgemeinden wieder abgeschafft worden, in denen sie bis dahin bestanden.

Auch auf die weitere Ausbildung der Gemeindefuratel hatte das Römische Recht Einfluß. Es wurden nämlich die Gemeinden den Minderjährigen gleichgesetzt (*universitas cum pupillo pari ambulat passu*)¹⁴⁾. Und unter diesem Vorwande wurde den Gemeinden nach und nach ihre früher ganz selbständige Verwaltung fast gänzlich entzogen¹⁵⁾.

Die Almenten und gemeinen Marken wurden nun gleichfalls nach den Grundsätzen des Römischen Rechtes über *res universitatis* behandelt, das Eigenthum daran also nicht mehr der Gesamtheit der Genossen und überhaupt nicht mehr den Einzelnen vielmehr der *universitas* selbst oder der Corporation zugeschrieben¹⁶⁾. Als Corporationsvermögen erhielten aber die Gemeinde-

12) Bair. Landr. V, c. 30 §. 3. Preuß. Landr. II, tit. 6 §. 25, 26 u. 189 u. tit. 7. §. 19. v. Savigny, II, §. 89 u. 98. Holzschuher, Theorie des gem. Civilrechts, I, 266.

13) Helmback, particular. Pr. R. §. 352 Not. 2. Wiesand, jurist. Handb. p. 1049.

14) Carpzov, opus decis. illust. Saxon. decis. 26 Nr. 14 p. 54. Vgl. noch Wernher, observ. forest. III, Nr. 74, VII, Nr. 73, XIII, Nr. 264 in tom. I, p. 552, II, p. 220, 241 u. 242.

15) Bair. Landr. II, c. 1, §. 6 Nr. 3. V, c. 30, §. 4. v. Savigny, II, §. 96 u. 100.

16) Schilter, praxis jur. Roman. IV, §. 10—13. Bair. Landr. II, c. 1. §. 6. und Kreittmayr ibid. Landrecht von Erbach, p. 352. Sternberg, I, 27. v. Savigny, II, §. 91 u. 98.

güter, theilweise wenigstens, auch eine andere Bestimmung, und ihre Benutzung wurde sodann den Einzelnen gänzlich entzogen. Es pflegten nämlich die Gemeindegüter nun in zwei verschiedene Bestandtheile geschieden zu werden. Die Einen sollten ausschließlich für die allgemeinen Zwecke der Corporation bestimmt, ihre Benutzung also dem Einzelnen entzogen sein. Man nannte sie Kammereigüter. Die Anderen dagegen sollten noch wie vor von den einzelnen Gemeindegliedern benutzt werden dürfen. Dies waren die sogenannten Bürgergüter, wozu die Bürger- oder Gemeindevahlungen, die Gemeindevelden und Almenen, die Gemeinde-Bege und Stege, Brunnen u. s. w. gerechnet zu werden pflegten ¹⁷⁾.

Aber auch bei der Benutzung und Theilung der Gemeindegüter zeigten sich die Folgen dieser großen Veränderung. So lange nämlich das Eigenthum an der gemeinen Mark der Gesamtheit der Dorfmarkgenossen gehört hat, so lange hatten nur die Genossen, also die Großgütler, die Gemeindevleute und die eigentlichen Bauern eine volle Berechtigung und, wenn es zur Theilung des Gemeindevermögens kam, sie nur allein einen Antheil, nicht aber die Kleingütler und die anderen sogenannten Beisassen. Seitdem jedoch die gemeine Mark zu einem Vermögen der Corporation, die Gemeinde selbst aber zu einer moralischen Person geworden war, und nachdem auch die Kleingütler und die anderen Beisassen zu der Gemeinde gerechnet worden sind, seitdem erhielten auch diese ihren Antheil an den Markausungen und, wenn es zur Theilung kam, ihren Antheil an dem Eigenthum. Da jedoch viele Gemeinden sich noch ihres althergebrachten Rechtes bewußt waren, so kam es, zum Theile noch im 19. Jahrhundert, zum Kampfe zwischen den Groß- und Kleinbegüterten in Baiern, zwischen den Gemeindevleuten und Beisassen in Kurheffen und zwischen den Hubnern und Beisassen im Großherzogthum Hessen, indem die Großbegüterten, Gemeindevleute und Hubner die Gemeindegüter als ihr Privateigenthum in Anspruch nahmen.

17) Bair. Landr. II, c 1, §. 6 und Kreittmayr, II, c. 1, §. 6 Nr. 1 u. 2. Hartmann, Provinzialr. des Eichsfelds p. 336. Eichhorn, Pr. R. §. 372 u. 378. v. Savigny, II, §. 91, p. 288.

(§. 82.) Endlich fiel jetzt auch beim Erbischen einer Corporation als des eigentlichen Rechtssubjectes das Corporationsvermögen nach Römischen Recht als vakantes Gut (*bonum vacans*) an den Staat ¹⁸⁾, während dasselbe nach Deutschem Recht unter die bisherigen Mitglieder vertheilt wurde.

Anderwärts wurden die Gemeinländereien seit der Anwendung des fremden Rechts wenigstens *res universitatis* genannt, wenn sie auch noch nach Deutschem Recht beurtheilt werden und daher der „ganzen Gemeind“ zustehen sollten ¹⁹⁾, was jedenfalls zu Mißverständnissen geführt hat.

In anderen Territorien wurde den Dorfmarkgenossen ein Miteigenthum an der gemeinen Mark im Sinne des Römischen Rechtes beigelegt, und daher dem Einzelnen das Recht die Theilung zu begehren zugestanden, während nach Deutschem Recht nur die Mehrheit der Genossen, nicht aber der Einzelne die Theilung begehren konnte. Und auch dieser Grundsatz des Römischen Rechtes ist in manche Gesetzgebungen übergegangen z. B. in die Osnabrückische Verordnung vom 4. Juni 1785 ²⁰⁾, in das Preussische Landrecht ²¹⁾ und in andern Gesetze mehr.

Wieder in anderen Ländern endlich wurden die Gemeindegüter als *res publicae*) im Sinne des römischen Rechts oder als herrenloses Gut betrachtet und daher als Regalien den Landesherrn zugesprochen. Und diese verfügten sodann auch über die Gemeinbeländereien wie über ihr anderes Staatsgut ²²⁾. Gegen diese ganz unbegründete Lehre von der Regalität der Gemeindegüter und der herrenlosen Sachen überhaupt hat sich indessen schon Struben (rechtliche Bedenken, IV, Nr. 109. p. 279 ff.) erklärt.

Jedenfalls ward man durch die Bekanntschaft mit dem Römischen

18) Anmerkungen zum Bair. Landr. II, c. 1. §. 6 Nr. 2, V, c. 30, §. 9
Preuß. Landr. II, tit. 6, §. 192.

19) Hohenloher Landrecht, tit. 19.

20) Altonrup, v. Markttheilung §. 3. p. 328. Vgl. oben §. 93.

21) Pr. Er. I, tit. 17 §. 1 ff., u. §. 317 ff.

22) Renaud in Zeitschr. IX, 84—86. Weiske, pract. Unterf. III, 74—76 u. 99. Brauner, Böhmische Bauernzustände, p. 206. vgl. oben §. 30.

schen Recht mit der Theilbarkeit des Grundeigenthums vertrauter und daher auch zur Theilung aller Gemeinschaften geneigter. Je mehr aber die gemeinen Dorfmarken getheilt wurden, desto mehr schwand die alte Grundlage der Dorfverfassung und eine neue ward sodann wahres Bedürfnis.

§. 222.

Auch die Natur der Gemeindennutzungen wurde seit der Anwendung des fremden Rechtes wesentlich verändert. Da nämlich das Eigenthum an den Gemeindegütern nicht mehr der Gesamtheit der Genossen, vielmehr der Corporation selbst gehören sollte, so wurden nun auch die Marknutzungen als Rechte an einer fremden Sache, insgemein als Servituten ²³⁾, oder als Precarien betrachtet ²⁴⁾, oder wenigstens als von der Gemeinde verwilligte, also auf bloßer Verwilligung oder Concession der Gemeinde beruhende Rechte ²⁵⁾. Während wieder Andere, zumal in neueren Zeiten, sämtliche Nutzungsrechte als einen Ausfluß des Gemeindegütern zu betrachten pflegen ²⁶⁾. Allein vielleicht nirgends hat das in Deutschland so beliebte Generalisiren so großen Nachtheil gebracht als gerade in dieser Materie. Denn nach der richtigeren Ansicht herrscht auch jetzt, seit der Anwendung des fremden Rechtes, die aller größte Verschiedenheit in den Formen, unter welchen dergleichen Nutzungsrechte vorzukommen pflegen ²⁷⁾. In jenen Gemeinden nämlich, in welchen die Gemeindegüter wahre res universitatis im Sinne des Römischen Rechtes geworden, nichts desto weniger aber daran den Gemeindegliedern Nutzungsrechte geblieben sind, in jenen Gemeinden können diese Nutzungsrechte nichts anderes als Servituten an

23) Giesebert in dem ungedruckten peric. IV, stat. angeführt von Michelsen in Zeitschr. VII, 98. Renaud in Zeitschr., IX, 95—100 Eichhorn, Pr. R. §. 372.

24) Carpzov, P. II, 5, def. 14. von Enbe, verm. jur. Abh. I, Nr. 10.

25) Thibaut, Pand., I, §. 221. Vgl. oben §. 93.

26) Raurenbrecher, D. Pr. R. §. 171. Bradenhoeft bei Weiske, Rechtslex. IV, 529.

27) Mittermaier, Pr. R. I, §. 129. Weiske, pract. Unters. III, 191—202.

einer fremden Sache sein ²⁸⁾). Dasselbe gilt dann, wenn die Gemeindegüter in das Eigenthum des Staates übergegangen sind. Denn auch in diesem Falle wurde die ehemalige Markberechtigung zu einer Servitut an einer fremden Sache. (§. 29.) Meistentheils beruhen aber dergleichen Nutzungsrechte auf dem Herkommen, auf Landrechten, Statuten oder auch auf Verträgen, und dann entscheiden diese auch über die Natur der Berechtigung ²⁹⁾). Wenn diese aber keine Norm geben und die Gemeindegüter auch nicht wahre *res universitatis* im Römischen Sinne geworden sind, dann müssen die Gemeindennutzungen heute noch, wie es mir scheint, als genossenschaftliche Privatrechte an einer in ungetheilte Gemeinschaft befindlichen Sache betrachtet werden. Da nämlich die gemeine Mark für die Genossen, wegen der unter denselben bestehenden Feld- und Markgemeinschaft, keine fremde, vielmehr eine in ungetheilte Gemeinschaft besessene Sache ist, so können die ihnen daran zustehenden Nutzungsrechte keine Rechte an einer fremden Sache sein. Da sie jedoch diese Rechte in ihrer Eigenschaft als Dorfmarkgenossen besitzen, so sind diese Rechte genossenschaftliche Rechte und zwar genossenschaftliche Privatrechte, weil es von den Rechten der Gesamtheit — der Genossenschaft selbst — verschiedene Rechte der einzelnen Genossen sind, über welche daher jeder Einzelne verfügen kann, über welche aber nach dem heutigen gemeinen Rechte nicht ohne Zustimmung des Einzelnen von der Gesamtheit verfügt werden darf.

Die Nutzungsrechte der Gemeindeglieder sind nämlich nun, seit der Anwendung des Römischen Rechtes auf Gemeindeangelegenheiten, wahre Sonderrechte der Einzelnen (*jura singulorum*) geworden, was sie vordem nicht waren. (§. 34, 93 u. 176.) Es kann darum über sie nicht mehr wie in früheren Zeiten nach Mehrheit der Stimmen entschieden werden. Es ist vielmehr Stimmeneinhelligkeit nothwendig, weil Sonderrechte den Betheiligten nicht ohne ihre Zustimmung entzogen werden können ³⁰⁾). Sehr streitig ist es jedoch bis auf die jetzige Stunde,

28) Hagemann, pract. Erbrtr. IV, 279.

29) Runde, D. Pr. R. §. 181. b.

30) Bair. Landr. V, c. 30 §. 8. Eichhorn, §. 372 u. 373. Renaud in Zeitschr. IX, 88, 89, 92 u. 93.

in welchen Fällen Einhelligkeit nothwendig sein und in welchen die Mehrheit der Stimmen entscheiden solle, da das Römische Recht darüber nur sehr wenige Bestimmungen enthält³¹⁾ und das kanonische Recht selbst sich in einzelnen Fällen zu Gunsten der major et sanior pars entscheidet, wenn die Einzelnen ihr Recht (*aliquam redditum portionem*) aufgeben sollen, und daher der Mehrheit der Stimmen den Vorzug gibt (*obtineat sententia plurimorum*)³²⁾. Wozu kommt, daß sogar der Begriff eines Sonderrechtes nicht einmal feststeht, indem es außer der sehr vagen Analogie des Westphälischen Friedens (art. V §. 52.) und der Deutschen Bundes Akte von 1815 (art. 7.) gemeinrechtlich an einer gesetzlichen Bestimmung fehlt und die Partikularrechte gar sehr von einander abweichen³³⁾.

5. Einfluß der Reformation.

§. 223.

Die Reformation macht nicht nur in religiöser Beziehung Epoche, sondern auch in politischer. Die größere Religionsfreiheit konnte natürlicher Weise nicht ohne Rückwirkung auf die politische Freiheit, sogar nicht in den katholischen Ländern sein. Ganz vorzüglich war dieses aber in den protestantischen Territorien hinsichtlich des Kirchenregiments der Fall. Abweichend hierin von den Grundsätzen der katholischen Kirche, nach welchen die Laien von jeder Mitwirkung an dem Regimente ausgeschlossen sind, wurden nämlich die einzelnen protestantischen Gemeinden wieder zur selbstthätigen Theilnahme an dem Kirchenregimente nach dem Muster der ältesten kirchlichen Einrichtungen berufen.

31) v. Savigny, II, §. 90 u. 97—100. v. Holzschuher, Handb. I, 267, 269 u. 270.

32) c. 4. X de his, quae sunt a majori parte capituli (III, 11.) Vgl. noch c. 1. X. eod.

33) Pfeiffer in Zeitschr. IX, 456—460. Zachariä, deutsch. Staatsr. III, 263 ff. Weiske, über Gemeindegüter, p. 22—29. Sachse, die Nutzungsrechte der Bürger am Gemeindegute im Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach. Weimar 1859, p. 6—24.

Die Reformatoren selbst forderten diese Theilnahme schon bei der Anstellung der Geistlichen und bei der Kirchenzucht. Späterhin wurde sie aber auch noch auf die Armenpflege, auf die Verwaltung des Kirchengutes und auf das Schulwesen ausgedehnt.

Schon Luther selbst hatte das althergebrachte Wahlrecht der Geistlichen wieder für die Gemeinden in Anspruch genommen³⁴⁾. Und nach der auf der Homberger Synode im Jahre 1526 erlassenen Kirchenordnung ward ihnen in der That auch das Recht ihre Geistlichen zu ernennen und zu entsetzen eingeräumt³⁵⁾. Die Bewegungen des Bauernkrieges haben jedoch die Einführung eines freien Wahlrechtes fast allenthalben wieder rückgängig gemacht. In den meisten protestantischen Gemeinden, z. B. in Württemberg, Sachsen, Preußen u. a. m. wurde ihnen nämlich bloß noch das Recht vorbehalten mit ihren Einwendungen gegen die Person, die Lehre und den Wandel der von dem Landesherrn ernannten oder von einem Patrone präsentirten Geistlichen gehört zu werden, das Wahlrecht also auf ein bloßes Widerspruchsrecht beschränkt³⁶⁾. Und auch dieses Widerspruchsrecht wurde ihnen in vielen Ländern wieder entzogen. z. B. im Eichsfeld³⁷⁾. Anderwärts wurde zwar noch ein Wahlrecht gelassen, dieses jedoch in der Art beschränkt, daß entweder die Gemeinde die Candidaten zu wählen, der Magistrat aber aus den Gewählten zu ernennen hatte, wie dieses z. B. in Braunschweig der Fall war, oder in der Art, daß der Magistrat, der Kirchenconvent oder der Kirchenvorstand z. B. in Hannover, öfters in Preußen u. a. m., oder auch der Patron z. B. in Mecklenburg Strelitz die Candidaten vorzuschlagen, die Gemeinde aber

34) Luther de instituendis ministris ecclesiae ad senatum Pragensem, und Grund und Ursach aus der Schrift, daß eine christliche Versammlung oder Gemeinde habe alle Lehre zu urtheilen, und Lehrer zu berufen und abzusetzen. Vgl. Richter, Kirchenrecht S. 48.

35) Reformatio eccles. Hass. c. 15 bei Schmincke, mon. Hass. II, 625. Kopp, Hess. Gr. I, 206.

36) Württemberg. Kirchenordnung von 1559. Sächsishe Kirchenordn. von 1580. Preuss. Landr. II, tit. 14. §. 329 ff.

37) Hartmann, p. 391 ff.

aus den Vorgesetzten zu wählen hatte ³⁸). Nur in den reformirten Gemeinden ist das freie Wahlrecht auch in späteren Zeiten noch, meistens bis auf unsere Tage geblieben, z. B. nach den älteren Kirchenordnungen von Jülich und Berg, und von Cleve und Mark, sodann in Hanau, Cassel und auch in vielen reformirten Gemeinden in Baiern diesseits des Rheins. Indessen ist doch auch manchen lutherischen Gemeinden ein freies Wahlrecht zugestanden worden, z. B. in der Hessischen Herrschaft Schmalkalden schon im Jahre 1648 ³⁹), in Cleve und Mark im Jahre 1687 ⁴⁰), und im Jahre 1835 auch wieder in der Preussischen Rheinprovinz und in Westphalen.

§. 224.

Auch für die Kirchenzucht wurde die Beiziehung und Mitwirkung der Gemeinde schon von den Reformatoren begehrt ⁴¹), diesem Begehren auch in Hessen bereits schon im Jahre 1526 in der Homberger Synode entsprochen. Nach den Beschlüssen dieser Synode sollte jede Gemeinde wöchentlich einmal unter dem Vorstände des Bischofs, d. h. des Ortspfarrers, zusammentreten, um die Aufführung der Gemeindeglieder und der Geistlichen selbst zu untersuchen und was tadelhaft war zu bestrafen. Man nannte diese Zusammenkünfte den Convent (conventus hebdomadarius) ⁴²). Auch die Excommunication sollte nicht ohne Zustimmung der Gemeinde ausgesprochen ⁴³), streitige Ehesachen allein

38) Eichhorn, Kirchenrecht, I, 758—761. Richter, §. 167 Not. 9. Preuss. Landr. II, tit. 11, §. 324 u. 353. ff.

39) Nebenrecess vom 14. April 1648, art. 1 bei Meiern, *acta pacis Westphal.*, V, 684.

40) Clevische und Märkische lutherische Kirchenordn. von 1687, c. 1, §. 5—7 bei Senehlage, die älteren Presbyterial-Kirchenordnungen, p. 123—125.

41) Sendschreiben an die Nürnberger Geistlichen in Corp. Reform. III, 965. Melanchthon, de abusibus emend. eod. IV, 542. Vgl. Richter, §. 213 und Hößling, Grundr. evang. luth. Kirchenverfassung, p. 62—64.

42) Cap. 15 bei Schmiede, II, 619 ff.

43) Cap. 15—17.

nach dem Wort Gottes entschieden und auch hiebei in schwierigen Fällen in der heiligen Schrift erfahrene Männer aus der Gemeinde beigezogen werden ⁴⁴⁾). Da jedoch Luther selbst bei dem wahrgenommenen traurigen Zustande der damaligen Gemeinden nicht den Muth hatte sich für ein selbstständiges Kirchenregiment der Gemeinden zu erklären und daher die Beschlüsse der Homberger Synode nicht billigte, so kam das Selbstregiment in den lutherischen Gemeinden fast nirgends zur Ausbildung. In Hessen wurden zwar im Jahre 1539 eigene Presbyterien zur Förderung der Sittenzucht errichtet und das Amt der Kirchenältesten auch in den Presbyterialordnungen von 1630 und 1667 wieder bestätigt ⁴⁵⁾). Allein das Recht den Kirchenbann auszusprechen und die Ehesachen zu entscheiden wurde theils den Superintenden ten theils einem aus Geistlichen und Weltlichen bestehenden Collegium unter dem Voritze des Statthalters und seit dem Jahre 1610 einem Consistorium oder Kirchenrath übertragen ⁴⁶⁾). Aehnlich den Hessischen Presbyterien waren in Württemberg die Kirchenconvente, welche im Jahre 1642 eingeführt worden sind. In Jülich, Berg, Cleve und Mark wurde auch in den lutherischen Gemeinden die Kirchengucht mit dem Rechte den Kirchenbann auszusprechen und die ehelichen Streitigkeiten gütlich beizulegen den Presbyterien übertragen ⁴⁷⁾). In den übrigen protestantischen Territorien wurden zur Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit, zu welcher auch die Ehesachen gerechnet worden sind, eigene Consistorien oder Kirchenräthe errichtet und sodann die Gemeinden gar nicht mehr beigezogen ⁴⁸⁾).

Nur in der reformirten Kirche hat sich auch in späteren Zeiten noch eine mehr oder weniger einflußreiche Mitwirkung der Gemeinden erhalten. In jenen Territorien nämlich in wel-

44) Cap. 14. Vgl. Kopp, I, 206 u. 207 und von Rommel, Philipp der Großmüthige, I, 154. ff., II, 114 ff.

45) Sammlung Hess. Landesordn. I, 109 ff., II, 45 u. 434 ff.

46) Kopp, I, 215 u. 216.

47) Jülich-Berg. lutherische Kirchenordn. cap. 2. Clevische u. Märkische lutherische Kirchenordn. von 1687, §. 106, 147 ff. 152 u. 169. bei Smetlage, p. 71 u. 153 ff.

48) Eichhorn, R. Ges. IV, §. 553 u. 556. Richter, §. 30, 213 u. 214.

Wen die Presbyterialverfassung eingeführt worden ist, hatten die Presbyterien unter dem Vorsthe des Predigers die vollständige Kirchenzucht mit dem Rechte den Kirchenbann auszusprechen und die ehelichen Streitigkeiten in Güte zu schlichten. So in Jülich, Berg, Cleve und Mark⁴⁹). Eben so in Hannover, Braunschweig und Bückeburg⁵⁰). Aber auch in jenen Territorien, in welchen die Presbyterialverfassung nicht eingeführt worden war, hatten die reformirten Gemeinden Antheil an der Kirchenzucht. Im Kanton Bern z. B. wurden durch das Mandat von 1559 für jedes Kirchspiel sogenannte Ehorgerichte angeordnet, bestehend aus dem Pfarrer und sechs „der fürnehmsten „und erbarsten Personen“, welche gewissermaßen an die Stelle der Sendgerichte treten, die Sittenpolizei und unter der Oberleitung des Oberehegerichtes die Ehegerichtsbarkeit besorgen sollten⁵¹). Ähnliche Einrichtungen wurden schon im Jahre 1525 in Zürich, im Jahre 1529 in Schaffhausen, sodann in Basel, St. Gallen, Glarus u. a. m. getroffen. Die daselbst errichteten Ehorgerichte, bestehend außer den Ortsgeistlichen aus einigen Mitgliedern des großen und des kleinen Rathes, nannte man auch Ehegerichte und Consistorialgerichte⁵²). In Appenzell. Außer Roden und in Zürich stand die Sittenpolizei, wozu auch die ehelichen Streitigkeiten gehörten, zunächst unter den sogenannten Ehegaumern („Egoumern“), bestehend aus dem Ortspfarrer und aus den Ortsvorstehern. Wichtigere Fälle mußten sie jedoch in Appenzell an das Ehorgericht und in Zürich an den Obervogt verweisen⁵³). In der Pfalz endlich bestanden zwar ebenfalls Kirchenvorsteher und Kirchenältesten in den reformirten Gemeinden ebensowohl wie in den lutherischen.

49) Jülich-Bergische reformirte Kirchenordn. §. 74 ff. 133 ff. u. 152. Clevische u. Märkische reformirte Kirchenordn. §. 72 ff., 135 ff. u. 153. bei Smetlage, p. 41 ff. u. 102 ff.

50) Spangenberg bei Pippert, Annalen des Kirchenr. II, 42—45.

51) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältnisse in Bern, p. 42. Stettler, Rechtsg. von Bern, p. 119.

52) Simlerus, Regiment der Eydgenossenschaft, p. 477, 478, 526, 566 u. 594. Landbuch von Glarus, §. 33 u. 34.

53) Simlerus, p. 566. Bluntschli, II, 56 u. 91.

Alein ihre Wirksamkeit war äqual null. Zur Handhabung der Kirchenzucht und des Kirchenregimentes überhaupt wurde daselbst schon seit den Kirchenrathsordnungen von 1556 u. 1564 ein eigener reformirter Kirchenrath bestellt und dieser auch in der Religionsdeclaration von 1705 §. 41. wieder bestätigt⁵⁴⁾. Eben so erhielten auch die Lutheraner gegen das Ende des 17. Jahrhunderts ein von dem reformirten Kirchenrathe ganz unabhängiges lutherisches Consistorium, welches gleichfalls in der Religionsdeclaration von 1705 §. 51 bestätigt worden ist. Zur Entscheidung der ehelichen Streitigkeiten wurden aber in der Pfalz sogenannte Ehegerichte errichtet, welche jedoch nichts Anderes als eine Abtheilung des weltlichen Hofgerichtes waren⁵⁵⁾. Ähnliche Einrichtungen wie in der Pfalz wurden seit dem Anfange dieses Jahrhunderts auch in Baiern getroffen. Nach einer Verordnung vom 21. December 1806 sollte nämlich für sämtliche protestantischen Gemeinden in Baiern ein Consistorium zu München bestehen, dieses jedoch mit der Landesdirektion verbunden sein⁵⁶⁾. Im Jahre 1808 wurde zwar die Errichtung neuer selbständiger Consistorien versprochen, allein nur ein General-Consistorium als eine mit dem Ministerium des Innern verbundene Sektion errichtet. Erst seit der im Jahre 1818 publicirten Verfassung wurden zwei protestantische Consistorien und ein Oberconsistorium wirklich errichtet. Die protestantischen Ehe Streitigkeiten wurden in Baiern zuerst, im Jahre 1806, an das Hofgericht zu München⁵⁷⁾, im Jahre 1809 aber an die gewöhnlichen Civilgerichte und im Jahre 1810 an die Appellationsgerichte als erste Instanz gewiesen. Erst im Jahre 1822 sind jedoch auf den Antrag des Oberconsistoriums eigene aus Protestanten bestehende Senate sowohl bei den Appellationsgerichten als bei dem Oberappellationsgerichte gebildet worden⁵⁸⁾. An die Errichtung von Presbyterien oder Kirchenvorständen

54) Janson, I, 4, 5 u. 193.

55) Ehegerichtsordnungen von 1559, 1582 u. 1610 bei Janson, I, 4, 27 u. 50.

56) RegierungsbL. von 1807, p. 82.

57) Regröbl. von 1807, p. 82.

58) Regröbl. von 1822, p. 1314.

den wurde indessen von Seiten der Staatsregierung gar nicht gedacht, außer in München auch nirgendes eines errichtet, der Errichtung eines Kirchenvorstandes in München aber auch kein amtliches Hinderniß in den Weg gelegt. Und so bestand dieses Kirchencollegium, ohne ausdrücklich anerkannt worden zu sein, bis zum Jahre 1850, in welchem die im Anhang Nr. 19 beige-fügte Königliche Entschließung erfolgte. Seit dem Jahre 1826, also seit 40 Jahren, habe ich selbst die Ehre Mitglied des Kirchenvorstandes in München zu sein.

§. 225.

Von der Theilnahme der Gemeinden an der Armenpflege ist bereits schon gehandelt worden (§. 138). Hier ist demnach nur noch über die Verwaltung des Kirchenvermögens Einiges zu bemerken.

Schon seit dem 4. Jahrhundert stand die Verwaltung des gesammten Kirchengutes unter dem Bischof⁵⁹⁾. Die unmittelbare Verwaltung sollte aber ein von dem Bischof aus der Geistlichkeit gewählter Oekonom führen. (*ex proprio clero oeconomum sibi constituat*)⁶⁰⁾. Späterhin wurden zu dem Ende aus der weltlichen Gemeinde sogenannte Provisoren, Kirchenväter, Altermänner oder Kirchenälteste genommen. (*laici parrochialium ecclesiarum provisores, seu vitrici, qui altirmanni vulgari vocabulo nuncupantur*)⁶¹⁾. Man nannte diese weltlichen Provisoren auch Kirchenvorsteher, Kirchenpfleger, Heiligenpfleger, Heiligenmeister, Juraten, Kirchgeschworne (Kerkschworne, *jurati ecclesiae*), Diaconen, Bechleute, Kirchenpröbste, Kirchenverwalter, Altarleute, in Paderborn auch geschworne Templer (Templerer und Tempelleren)⁶²⁾, und in Jülich und Berg Kirchhonnenn und

59) Concil. Antioch. von 341, cap. 24 u. 25 in c. 5 C. X, qu. 1 und c. 23 C. XII, qu. 1.

60) Concil. Chalcedon. von 451, c. 26. Concil. Hispal. II von 619 c. 9 und Concil. Tolet. IV von 633, c. 48, in c. 21 u. 22 C. XVI, qu. 7.

61) Concil. Magdeburg. von 1266, c. 23 bei Hartzheim, III, 802.

62) Weisthum von 1370 bei Bigand, Paderb. III, 7, 10 u. 11.

Brudermeyster (Kirchhotten und Broidermeyster)⁶³). Nach kanonischem Recht wurden sie von dem Kirchenoberen ernannt. Weistenthails ist auch dieses Ernennungsrecht in das Partikularrecht übergegangen, z. B. in Gotha. („ein weltlich Altermann, den „by selbin Dechin vnde Capittel setzen vnde entsetzen sullen“)⁶⁴). Sie und da haben indessen auch die Gemeinden das Ernennungsrecht hergebracht, z. B. im Erzbisthum Bremen das Recht die Kirchengeswornen (*jurati ecclesias*) zu wählen. Der Pfarrer mußte jedoch zustimmen und bei großer Nachlässigkeit der Kirchengeswornen hatte er auch noch das Recht sie wieder zu entsetzen⁶⁵).

Dieses war der Zustand der Verwaltung des Kirchenvermögens vor der Reformation. Und im Ganzen genommen ist es auch in den katholischen Gemeinden seit der Reformation so geblieben. In Baiern z. B. wurden nach wie vor in jeder Gemeinde sogenannte Zechleute, Kirchenpröbste oder Kirchenverwalter bestellt, welche das Kirchenvermögen zu verwalten, die Gelber, Kleinodien und Urkunden in dem sogenannten Zechschrein niederzulegen und jedes Jahr Rechnung zu stellen hatten. Nur sollte nun auch die weltliche Gewalt bei der Bestellung derselben mitwirken und bei der Rechnungsablage außer dem Ortspfarrer auch noch der landesherrliche Beamte, Landrichter, Pfleger u. s. w. und die Gemeinde selbst beigezogen werden⁶⁶). Eine ähnliche Stellung erhielten die Zechpröbste oder Kirchenväter in Oesterreich⁶⁷), die Heiligenpfleger und Heiligenmeister im Hochstifte Würzburg⁶⁸). Und im Bisthum Speier wurden die Heiligen-

63) Landrecht von Jülich von 1537, VII, 1. bei Lacomblet, Arch. I, 118. Vgl. Halkaus, p. 19 u. 1088 u. Eichhorn, Kirchengr., I, 765 ff., II, 770—778.

64) Urf. von 1384 bei Tenzel, hist. Goth. II, 213.

65) Lambeccius rer. Hamburg. lib. II, ad ann. 1281, p. 71.

66) Bair. Landpot von 1516, p. 37 u. 38. Landesordnung von 1553 p. 40 u. 41. Landesordnung von 1616, B. I, tit. 9, art. 1, 2, 3, 5, 11, 12 u. 14. Schmeller, IV, 219 u. 220. Kreittmayr zum Bair. Landr. I, c. 7, §. 42.

67) Müller, Lexikon des Kirchengr. III, 453—472.

68) Kirchenordnung von 1693, §. 125 ff. in Sammlung der Würzburg. Landesord. I, 448.

pfleger und Kirchenjuraten von der Gemeinde allein gewählt⁶⁹⁾.

In den protestantischen Gemeinden erhielten nun aber die Gemeinden allenthalben, freilich unter der Oberaufsicht des Staates, einen mehr oder weniger bedeutenden Antheil an der Verwaltung des Kirchenvermögens und das Recht die Kirchenvorsteher, Kirchenältesten, Diaconen und Kirchen- oder Kirchenpfleger zu wählen. Dies gilt von den Heiligenpflegern oder Verwaltern des Kirchenvermögens in Franken ebenso wohl⁷⁰⁾, wie von den Kirchenpflegern in der Schweiz⁷¹⁾, von den Kirchenjuraten in Hannover, von den Kirchenvorstehern in Preußen u. a. m.⁷²⁾. Am bedeutendsten war jedoch dieser Antheil in den reformirten und in jenen wenigen lutherischen Gemeinden, in welchen eigene Kirchencollegien errichtet worden sind, welche man Presbyterien, Collegien der Diaconen oder Kirchenconvente zu nennen pflegt. Denn während in den lutherischen Gemeinden die Kirchenvorsteher in der Regel auf die ihnen speciell übertragenen Geschäfte beschränkt zu sein pflegten, hatten jene Kirchencollegien die Kirchengemeinden in ihren kirchlichen Angelegenheiten selbst zu vertreten. Sie waren demnach berechtigt ohne besondere Erlaubniß der Kirchenoberen die Gemeinde zu versammeln und Namens derselben bei den Kirchenoberen ihre Rechte zu wahren⁷³⁾. Diese Presbyterialverfassung hat sich nun in der reformirten Kirche wahrscheinlich nach dem Vorbilde der Waldensischen Gemeinden gebildet, zuerst in Strassburg, ganz vorzüglich aber seit dem Jahre 1536 in Genf. Von hier aus verbreitete sich diese Verfassung nach Frankreich, Schottland und England, und mit den aus jenen Ländern geflüchteten Reformirten auch nach Deutschland, insbesondere nach Jülich, Cleve, Berg, Mark, Hannover, Braunschweig und Bückeburg⁷⁴⁾.

69) Verordn. von 1686 u. 1752 in Sammlung der Speirer Gesetze, I, 61 u. III, 120.

70) Benzen, Rotenburg, p. 378.

71) Elger Herrschaftsrecht, art. 16 bei Besaluz, I, 279.

72) Müller, Perikon, III, 472 ff. u. 511. Preuß. Landr. II, tit. 11, §. 550 ff. u. 618 ff.

73) Eichhorn, Kirchenr. I, 765—767.

74) Jülich-Berg. reform. Kirchenordn. §. 58 und Clevisch-Markische reform.

In den lutherischen Gemeinden fand jene Verfassung nur dann Eingang, wenn dieselben, wie z. B. in Jülich, Berg, Cleve und Mark⁷⁵⁾, unter Reformirten zerstreut lebten, und daher außer Stand waren ihr Kirchenregiment in derselben Weise einzurichten wie in anderen lutherischen Gemeinden. Erst in neueren Zeiten, zumal seit der Vereinigung der bisher getrennten lutherischen und reformirten Kirchen, sich auch die lutherischen Gemeinden den reformirten gleichgesetzt und in den einen wie in den anderen unter dem Namen von Presbyterien, Kirchenconventen, Kirchenältesten, Kirchenvorständen u. s. w. Kirchencollegien eingeführt und diesen die Vertretung der kirchlichen Angelegenheiten nebst der Kirchengucht übertragen worden, in Preussen 1817, in Nassau 1818, in Baden 1821, in Württemberg 1824, im Großherzogthum Hessen 1832, in Sachsen Weimar 1851, u. s. w. und nach Jahre langem Kampfe in der Kirche selbst auch in Baiern durch eine Königl. Entschließung vom 7. October 1850, welche ich in der Anlage Nr. 19 beifüge⁷⁶⁾).

Der Einfluß der Reformation auf die Verwaltung des Kirchengutes war demnach sehr groß in den katholischen Territorien eben sowohl wie in den protestantischen, und in diesen wieder größer in den reformirten als in den lutherischen. Auch ist hinsichtlich der Verwaltung lange Zeit noch ein Unterschied unter den verschiedenen Confessionen, sogar in einem und demselben Lande geblieben. Denn erst in unseren Tagen sind auch in dieser Beziehung die verschiedenen Confessionen einander gleichgestellt und einer jeden Kirchengemeinde die freie Verwaltung ihres Kirchenvermögens, jedoch unter der Oberaufsicht des Staates und der Kirchenoberen überlassen worden. In Baiern geschah dieses seit dem Jahre 1818. Mit dem Gemeindevermögen überhaupt wurde nämlich auch das Kirchen- und Stiftungsvermögen einer jeden Gemeinde zur Verwaltung übergeben und verordnet, daß zu

Kirchenordn. §. 56 bei Smetlage, p. 38 n. 99. Spangenberg bei Pippert, Annal. II, 42—45. Vgl. Richter, §. 31.

75) Jülich-Berg. luther. Kirchenordn. cap. 2 n. Clevisch-Mark. luther. Kirchenordn. §. 103 ff. bei Smetlage, p. 71 n. 153.

76) Vgl. Richter, §. 173 Not. 4 und §. 304.

dem Ende ein besondere Kirchenverwaltung für jede Confession, bestehend aus dem Pfarrer, dem Gemeindevorstande und aus einigen Mitgliedern derselben Confession niedergelegt werden solle⁷⁷⁾. Für die protestantischen Kirchengemeinden in Baiern bestehen also seit dem Jahre 1850 zwei verschiedene kirchliche Collegien, eine Kirchenverwaltung zur Verwaltung des protestantischen Kirchenvermögens, und ein protestantischer Kirchenvorstand, welcher die protestantische Gemeinde in allen kirchlichen Angelegenheiten zu vertreten und die Kirchengucht zu handhaben hat.

§. 226.

Den aller größten Einfluß übte jedoch die Reformation auf die öffentliche Gewalt selbst, indem sie zur Vermehrung der weltlichen Gewalt mehr als alles Andere beitrug. Es ist bekannt, welchen Einfluß sie auf die fürstliche Gewalt (auf die landesherrliche Gewalt in Deutschland) geübt hat und daß diese erst seit der Reformation und seit dem westphälischen Frieden zu einer selbständigen — souveränen Gewalt geworden ist. Daher wenigstens die Deutschen Fürsten sich nicht über die Reformation und über ihre Folgen beschwerten sollten! Allein auch auf die weitere Ausbildung der Gemeindecuratel übte die Reformation einen sehr bedeutenden Einfluß. Die bis dahin meistens sehr schlechte Verwaltung des Kirchenvermögens diente nämlich als Veranlassung schon gleich bei den ersten reformatorischen Bewegungen, die nicht bloß religiöser sondern sehr bald auch politischer Natur waren, von Seiten der weltlichen Gewalt auf eine bessere Verwaltung und insbesondere auch darauf zu bringen, daß von den Zehleuten, Kirchenproßten, Kirchenpflegern und anderen Verwaltern des Kirchengutes jedes Jahr nicht bloß den Pfarrern, sondern auch den landesherrlichen Beamten Rechnung gestellt werde. In Baiern ward dieses schon im Jahre 1516 und später noch öfter verord-

77) Bair. Gemeindeordnung von 1818, §. 24, 34, 59, 94, 99, 102, 105, 123, 128 u. 131. Gesetz über die Verfassung der Gemeinden von 1834, §. 12, 21 u. 22 im Gesetzb. p. 121.

net ⁷⁸⁾, in Zürich in den Jahren 1528 und 1530 ⁷⁹⁾, in der Herrschaft Regensburg im Jahre 1538 ⁸⁰⁾ u. s. w., in einem Lande früher im anderen etwas später. Auch wurde die Verwaltung der geistlichen Güter hie und da ganz neu durch weltliche Gesetze geordnet, z. B. im Jahre 1576 in der Pfalz durch eine sehr weitläufige geistliche Güterverwaltungs Ordnung ⁸¹⁾. Eben so im Fürstenthum Fulda u. a. m. ⁸²⁾. Diese Oberaufsicht des Staates wurde später auch noch auf die übrigen Gemeindegüter ausgedehnt, z. B. in Zürich seit dem Jahre 1563 ⁸³⁾. Und so hat denn auch die Reformation in Verbindung mit dem Römischen Rechte nicht wenig zur weiteren Ausbildung der Gemeindecuratel beigetragen. Je mehr nun im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts das öffentliche Leben und mit diesem das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten selbst in Deutschland dahin schwand, desto mehr ward auch die Obervormundschaft des Staates erweitert, welche nur zu oft und zu tief in das freie Walten der Gemeinden und selbst in ihr Eigenthumsrecht eingegriffen und zuletzt jede Selbstständigkeit der Gemeinden untergraben hat. Nur in den freien Gemeinden der Schweiz und wo sich sonst noch mit einer freieren Verfassung auch noch größeres Interesse für Gemeinde-Angelegenheiten erhalten, hat sich auch die Gemeindeverwaltung frei von jener drückenden Bevormundung gehalten oder sie hat diese Freiheit nach und nach wieder errungen.

§. 227.

Auch das Schulwesen und die wissenschaftliche Bildung überhaupt ging seit der Reformation aus den Händen der Kirche in jene der Laien über und wurde eine Angelegenheit der öffentlichen Gewalt und der Gemeinde. Um die Schulen aus jenem

78) Bair. Landpot von 1516, p. 37 u. 38. Bair. Landsordn. von 1553, p. 40—42. Bair. Landsordn. von 1616, B. I, tit. 9, art. 2 ff.

79) Bluntschli, II, 91.

80) Herrschaftsrecht, art. 90 bei Pestaluz, I, 207.

81) Janſon, I, 6—25.

82) Thomas, II, 122 ff.

83) Bluntschli, II, 91 u. 92. Vgl. jedoch oben §. 202, 208, 211, 216 u. 221.

beflagenswerthen Zustände, in welchen sie durch die Klöster gekommen waren, zu erheben, bedurfte man vor Allem besserer Lehrer. Man dachte demnach zunächst an die Verbesserung der höheren Behraufstalten, an die Anlegung guter Gymnasien und Universtitäten. So in Württemberg, Sachsen, Hessen, Bern u. a. m.⁸⁴⁾, insbesondere auch in Baiern und in anderen katholischen Ländern. Die Bairische Landesordnung von 1563 verordnet schon, daß die in manchen Städten, Märkten und Flecken abgetommenen lateinischen Schulen wieder hergestellt und für die gehörige Besoldung der Lehrer gesorgt werden solle. Und die Landes- und Polizeiordnung von 1616 fügt dem noch bei, daß die hie und da auf dem Lande sich findenden schlechten lateinischen Schulen lieber ganz abgeschafft werden sollten. („Wann aber auß „vündtlicher angahl vnd oberfluß der schlechten lateinischen Schuelen auß dem Landt, nit allein in Dörffern, sonder auch in „schlechten Märkten, wegen der Jugend, die allda wenig lernen, „vnd nur zum Bettel vnd Störzeren gezogen werden, also sollen „solche lateinische Schuelen in den Dörffern gar abgestellt sein“)“⁸⁵⁾ Allein auch an die Deutschen Schulen oder an die eigentlichen Volksschulen ward frühe schon Hand angelegt, nicht bloß in den protestantischen, sondern auch in den katholischen Ländern. Schon im Laufe des 16. und noch häufiger im 17. Jahrhundert erschienen in allen protestantischen Territorien landesherrliche Verordnungen, welche auf Kosten der Gemeinden die Errichtung von Dorfschulen, die Anschaffung eigener Schulhäuser und, was die Hauptsache war, die Anstellung tüchtiger Lehrer anordneten. In vielen Ländern geschah dieses in eigenen Schulordnungen oder Instruktionen z. B. in der Landschaft Basel durch eine Rathsinstruktion von 1540⁸⁶⁾, in Pfalz Neuburg durch eine Schulordnung von 1556⁸⁷⁾, im Kanton Bern durch die Land-

84) Vgl. Schäfer's Geschichte der öffentlichen Unterrichtsanstalten des Kantons Bern. 1829.

85) Bair. Landes- u. Polizeiordn. von 1616, B. III, tit. 10, art. 1. p. 583 f. Vgl. noch Bair. Landesordn. von 1553. B. IV, tit. 10, art. 1 p. 106.

86) Ochs, Gesch. von Basel, VI, 432 f.

87) Hantz, Lyc. Heidelberg. orig. et progress. p. 59—65.

schulordnungen von 1616 u. 1676, in Magdeburg und Hanau durch die Schulordnungen von 1658, in Preußen durch eine Schulordnung von 1713, in Braunschweig durch eine Schulordnung von 1738 u. f. w.⁸⁸⁾. Meistentheils geschah es jedoch in den Kirchenordnungen, z. B. in der Nürnberger Kirchenordnung von 1533, in jener von Pommern aus den Jahren 1525 und 1568, in der Kurfürstlichen Kirchenordnung von 1588, in der Coburgigischen Kirchenordnung von 1626, in der Württembergischen Kirchenordnung von 1660, in den reformirten und lutherischen Kirchenordnungen von Jülich, Berg, Cleve und Markt aus den Jahren 1662 und 1687, in den Kirchenordnungen von Hessen Cassel, Darmstadt, Gotha, Lippe, Magdeburg, Nassau u. a. m.⁸⁹⁾. Aber auch in den katholischen Ländern kam nun das Schulwesen mehr oder weniger in die Hände der weltlichen Gewalt und der Gemeinden. Im Herzogthum Westphalen sollten nach einer erzbischöflichen Verordnung von 1656 allenthalben auf dem Lande und zwar auf Kosten der Gemeinden („aus einer jeden Gemeinden Mittelen“) Schulen errichtet, tüchtige Schulmeister angestellt und diese gehörig besoldet werden. („denen Schulmeistern ein erträglicher Unterhalt vermacht und „gereicht werden“) ⁹⁰⁾. Und auch für die übrigen Theile des Erzstiftes Köln erschienen in den Jahren 1715 und 1770 Verordnungen über die Anlegung von Schulen, über die Ernennung der Schulmeister und über deren Obliegenheiten ⁹¹⁾. Im Bisthum Würzburg sollten zwar die Schulmeister nach der Kirchenordnung von 1693 noch unter der Geistlichkeit stehen, allein bei ihrer Anstellung und bei Schulvisitationen die Gemeindevorsteher und noch andere Leute aus der Gemeinde beigezogen werden ⁹²⁾. Durch mehrere spätere Verordnungen von 1701, 1741, 1743 und

88) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältn. in Bern, p. 42 u. 43. Derselbe, Rechtsg. von Bern, p. 119 Eßor, bürgerl. Rechtsgel. I, §. 350.

89) Eßor, bürgerl. Rechtsgel. I, §. 350. Senehlage, p. 36, 97 u. 149.

90) VerOrdn. von 1656 in Sammlung der Erzstift Köln. BrD.-II, 400 f.

91) Köln. BrD. Samml. II, 35 u. 55.

92) Kirchenordn. von 1693 §. 142 u. 149 in Sammlung Würzburg. Landesverordnungen I, 451.

1752 wurden aber die Volksschulen mehr und mehr den landesherrlichen Anordnungen und Behörden untergeordnet ⁹³⁾. Im Bisthum Speier hatte jede Gemeinde drei Candidaten für die Stelle eines Schulmeisters zu präsentiren und das bischöfliche Vicariat Einen aus den Präsentirten zu ernennen. Auch standen die Schulmeister unter den landesherrlichen Aemtern ⁹⁴⁾. Im Eichsfeld waren die Gemeinden zum Schulbau verpflichtet ⁹⁵⁾. Auch in Baiern enthält schon die Landes- und Polizeiordnung von 1616 Anordnungen über die Deutschen Schulen. Sie sollten nicht ohne landesherrliche Genehmigung und zwar nur in den Städten, Märkten und in den größeren Dörfern errichtet und von den landesherrlichen Beamten visitirt werden ⁹⁶⁾. Aber späterhin blieben die Deutschen und lateinischen Schulen Gemeindeanstalten, die jedoch nicht ohne Zustimmung der Staatsgewalt errichtet werden durften und wie andere Gemeindeanstalten neben der Aufsicht der Gemeinde auch noch unter jener der landesherrlichen Beamten standen ⁹⁷⁾. In den meisten Territorien dauerte es jedoch auch seit der Reformation noch lange Zeit bis auch die Dörfer Volksschulen erhielten. In der schönen Pfalz am Rhein hatte in der Mitte des 16. Jahrhunderts noch kein einziges Dorf einen Dorf- oder Landschullehrer. Und manche Dörfer erhielten erst im 17. Jahrhundert ihren ersten Schullehrer, Altlughheim z. B. erst im Jahre 1610 ⁹⁸⁾.

Zu den Anordnungen über das Schulwesen gehört auch der Schulzwang, welcher auch in den Dorfschulen frühe schon eingeführt worden ist, z. B. in der Grafschaft Ohaun und Kyrburg ⁹⁹⁾.

93) Sammlung der Wirzb. LandesO. I, 519, II, 244, 347 u. 621.

94) Verordnungen von 1739 u. 1759 in Sammlung der Speirer Gesetze u. VerOrdn. II, 190, 191, 192, III, 223.

95) Hartmann, p. 461.

96) Landes- u. PolizeiO. von 1616 B. III, tit. 10, art. 3, p. 585.

97) Rentmeister, Instruktion von 1669 Nr. 92 in General. Samml. p. 555. Bair. Landr. V, c. 23, §. 1. lit. e, f, g u. n. Gemeinde Edikt von 1818, §. 101.

98) Haub, Geschichte der Bedarfsschule in Heidelberg. p. 17.

99) Landesordnung von 1754, II, §. 4 bei Walch, V, 230. — „Daß

Gleichen Schritt mit dem Schulwesen ging auch die Sorge für die armen Schüler. In der Pfalz sollten sie in jeder Gemeinde mit Betten und Wohnungen versehen, und außerdem noch von den Almosenpflegern unterstützt werden. Auch sollten in Heidelberg auf der Neckarschule 36 arme Knaben freigehalten werden ¹⁾. In Basel und Zürich wurden die armen Schüler gespeiset und sonst noch unterstützt ²⁾. In Würzburg sollten 50 arme Schüler jede Woche mit Brod und Geld unterstützt werden ³⁾. Und auch in Baiern sollten die armen Schüler aus dem Gemeinde Almosen unterhalten, das Singen vor den Häusern aber nur noch den fleißigen armen Schülern, jedoch nicht mehr bei Nacht, sondern nur noch bei Tage gestattet werden ⁴⁾.

§. 228.

Die Reformation hat indessen nicht bloß zur Erweiterung der Rechte der Gemeinde geführt, sie hat auch nicht wenig zur Untergrabung der alten Dorfmarkverfassung und zur Entstehung der neuen politischen Gemeinden beigetragen.

Die Reformation hat nämlich schon dadurch, daß sie die individuelle Freiheit begünstigte, nicht wenig zur Auflösung aller Genossenschaften und insbesondere auch der Dorfmarkgenossenschaften beigetragen. Je mehr daher der reformatorische Geist in einer Gemeinde überwog, desto mehr ward auch zur Theilung der alten Dorfmarkgemeinschaften geschritten, mit dieser aber die alte Dorfmarkverfassung selbst untergraben.

Noch weit folgenreicher war jedoch die Mitwirkung der Reformation zur Entstehung der politischen Gemeinden. Schon der durch sie hervorgerufene freiere Verkehr hat, wie wir gesehen haben, neue Ansiedelungen in fremden Gemeinden zur

„alle Kinder vom sechsten Jahr bis zu ihrer Confirmation — wenigstens eine Stunde lang alltäglich zur Schule geschickt werden.“

1) Verordn. von 1582 u. 1600 bei Janſon, I, 28 u. 44.

2) Eimlerus, p. 490 u. 491.

3) Almosen Ordn. von 1732 §. 6 in Sammlung der Wirtzb. BrD. II, 64.

4) Landsord. von 1553, B IV, tit. 10, art. 2 p. 106. Lands- u.

Policeiordn. von 1616, III, tit. 10, art. 2, p. 584.

Folge gehabt. Noch einflußreicher ward aber seit der Aufhebung der Klöster die Vermehrung der Armen in den einzelnen Gemeinden (§. 78 u. 138). Da nämlich jede Gemeinde nun selbst für ihre Armen sorgen und daher ihre Ansiedelung zulassen mußte, so entstand in vielen Gemeinden neben den alten in Grund und Boden angeessenen und in Wald und Weide berechtigten Dorfgenossen eine mehr oder weniger große Anzahl von Hintersassen oder Beisassen, welche ganz besitz- und mittellos waren. In vielen Gemeinden half man sich nun durch Vertheilung der Almten unter die neuen Ansiedler und unter die Armen. Dies geschah im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts in vielen Dorfgemeinden des Kantons Bern ⁵⁾. In anderen Gemeinden suchte man den armen Hintersassen dadurch zu helfen, daß man ihnen in der gemeinen Mark Holz-, Weide- und andere Berechtigungen zugestand. Auch dieses geschah in vielen Gemeinden des Kantons Bern ⁶⁾. Allein durch die Vertheilung der Almten wurden die alten Dorfmarkverfassungen untergraben und durch die Ertheilung von Marknutzungen an die Hintersassen in jeder Gemeinde persönliche Marknutzungen an der Seite der althergebrachten dinglichen Berechtigungen geschaffen. Zwar wurden diese persönlich berechtigten Hintersassen anfangs noch nicht Bürger genannt. Da dieselben jedoch in der ungetheilten Mark berechtigt waren und jedenfalls in der Gemeinde geduldet und ernährt werden mußten, also mit zu der Gemeinde gehörten, so gewöhnte man sich daran sie ebenfalls Bürger, jedoch zum Unterschiede von den alten Realberechtigten persönliche Bürger zu nennen. Und so ist denn im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts in sehr vielen Gemeinden an der Seite des Realbürgerrechtes oder des alten Dorfmarkgemeinderectes ein persönliches Bürgerrecht ins Leben getreten ⁷⁾, woraus seit der Französischen Revolution das politische Gemeindebürgerrecht hervorgegangen ist.

5) Stettler, Bürgerrechtsverh. in Bern, p. 44 u. 52—54.

6) Stettler, p. 53 u. 54.

7) Stettler l. c. p. 50 u. 53—55. Stettler, Rechtsq. p. 122—124.

6. Einfluß der neueren Philosophie.

§. 229.

Eben so einflußreich wie die Reformation und in ihren Folgen noch viel weiter reichend war die seit dem 18. Jahrhundert zur Herrschaft gelangte neuere Philosophie. Denn sie hat der neuen Zeit eine ganz neue von allem Bestehenden ablenkende Richtung gegeben und in dieser negirenden Richtung hat sie auch zur Untergrabung der alt hergebrachten Dorfmarkverfassung nicht wenig beigetragen.

Der erste Anstoß zu den neueren Forschungen kam zwar ebenfalls von der Reformation, indem sie die Zeit geistig anregte, und zur Prüfung und freien Forschung, zunächst zwar nur in Sachen der Religion, sehr bald aber auch in allen übrigen Zweigen des menschlichen Wissens, die erste Veranlassung und den Anstoß gab. Allein jene negative Richtung erhielt die neuere Zeit erst durch die neueren philosophischen Forschungen.

Zum besseren Verständnisse der heiligen Schrift ward nämlich auf das Studium der Alten hingewiesen. Das Studium der Alten führte aber zu neuen historischen und philosophischen Forschungen, welche nach und nach alle Zweige des menschlichen Wissens umfaßten. So wurde denn unter Anderem auch die Nationalökonomie frühe schon Gegenstand freier Forschungen. Und der durch diese Forschungen angeregte Trieb zur Thätigkeit führte bald auch zur Anwendung der neuen Theorien. Dazu kam, daß die althergebrachte mit der alten Verfassung zusammenhängende Dreifelderwirthschaft mit reiner Brache bei der tagtäglich sich mehrenden Bevölkerung nicht mehr genügte. Man fing daher an die Brache anzubauen, das Weidland dem Pfluge zu unterwerfen, und zu dem Ende die Almenten mehr und mehr zu vertheilen, indem der als Gemeinweide nur wenig benutzte Boden durch die Vertheilung zu einem ungleich höheren Ertrage gebracht werden kann⁸⁾. Dem dadurch entstehenden Mangel an Futter für eine größere Viehzucht, die doppelt nothwendig wird, wenn

8) Vergl. über die Gemeinheitstheilungen in der Mitte des 18ten Jahrhunderts Stein bei Pers, I, 207 u. 208.

das Brach- und Weidland angebaut werden soll, also ein größeres Bedürfniß an Dünger entsteht, — diesem Futtermangel suchte man durch Bepflanzung der Brache mit Futterkräutern, durch Einführung der Stallfütterung und durch Anpflanzung der Felder mit Kartoffel, Rüben u. dgl. m. zu begegnen, indem dadurch die Produktionskraft der Felder nicht bloß erhalten, sondern sogar noch vermehrt ward. Durch die Abschaffung der Dreifelderwirthschaft wurde aber den Dorfgemeinden der landwirthschaftliche Charakter und durch die Vertheilung der Almenten die Grundlage der alten Dorfmarkverfassung entzogen.

§. 230.

Das Studium der Alten führte aber auch zum Sturze der bis dahin herrschenden scholastischen Philosophie und seit dem 17. und 18. Jahrhundert zu Forschungen über das gegenseitige Verhältniß der Fürsten zu ihren Unterthanen und über die gesellschaftliche Verfassung überhaupt, welche der neueren Zeit ihre vorherrschend verneinende und zerstörende Richtung gegeben und auch zur Umgestaltung der Gemeindeverfassung wesentlich beigetragen haben.

Das Streben nach Auflösung der alten ungetheilten Gemeinschaften ist zwar schon alt. Es begann schon gleich mit den ersten Verlosungen und mit dem Entstehen eines Sondereigenthums überhaupt. Eben so sind die großen Marken durch allmähliges Abtheilen und Ausscheiden der kleineren Dorf- und Hofmarken immer kleiner und kleiner geworden, und durch weitere Theilungen in unseren Tagen fast gänzlich verschwunden. Und auch die kleineren bis jetzt noch bestehenden Feld- und Markgemeinschaften werden bald ebenfalls nur noch in der Erinnerung bestehen.

Den Anfang dazu haben längst schon die Stadtgemeinden gemacht. Der durch Handel und Gewerbe gesteigerte Geldreichtum führte daselbst zum Siege über den Grundbesitz. Seit dem Siege der den beweglichen Besitz repräsentirenden Zünfte über die auf den Grundbesitz basirten alten Geschlechter sind aber die Bürgerschaften in den Städten etwas ganz Anderes geworden, als sie ursprünglich als Markgenossenschaften

waren, wiewohl das persönliche Element noch nicht ganz überwiegend hervortrat. Dies geschah erst seit dem 18. Jahrhundert, seit der durch die neuere Philosophie gänzlich veränderten Richtung der Zeit. Ganz im Gegensatz gegen die genossenschaftliche Freiheit und genossenschaftliche Gebundenheit geht nämlich die Richtung der neueren Zeit mehr auf das Persönliche, auf die persönliche Freiheit und auf eine möglichst große persönliche Ungebundenheit. Sie hat zwar zu manchem Guten, aber auch zu jenem Egoismus geführt, welcher heut zu Tage fast allem Besseren störend entgegentritt. Und diese Richtung der Zeit hat nach und nach auch die Selbst- und Markgenossenschaft untergraben, — ihr an vielen Orten frühe schon den Untergang gebracht. Man betrachtete nämlich die Dorfgemeinden von nun an nicht mehr als Markgenossenschaften, vielmehr im Sinne des Römischen Rechtes und der neueren Philosophie als moralische Personen und als Staatsanstalten, welche wie der Staat selbst und wie jede andere Maschine, abgesehen von allem Bestehenden, a priori construirt werden könnten und so auch construirt zu werden pflegten.

Was aber diese veränderte Richtung der Zeit zumal noch begünstiget hat, das war der Umstand, daß seit der Reformation die Anzahl der Weisassen und Weisiger und seit dem 18. Jahrhundert auch ihr Reichthum sich bedeutend vermehrt hatte. In früheren Zeiten gab es nämlich nur wenige in den Dorfmarken angeessene Weisassen. Die Einwohnerschaft bestand vielmehr einerseits aus eigentlichen Gemeindsleuten und Bauern, andererseits aus Häuslern, Kotern, Selbnern und sogenannten Einliegern und anderen besitzlosen Leuten. Die alte Verfassung hatte demnach noch nichts Verlegendes für das Rechtsgefühl. Denn das Gefühl der Ungleichheit hat damals in den Dörfern noch gar nicht bestanden. Seitdem jedoch die Feuerstellen der Weisassen sich vermehrt hatten und die Häusler, Selbner u. a. m. nicht selten, wo nicht die Reichsten, doch wenigstens eben so reich als die Gemeindsleute und Bauern geworden waren, seitdem wollten auch die Weisassen, — wie früher schon die reich gewordenen Zünfte in den Städten —, nicht mehr hinter den vollberechtigten Bauern zurückstehen, sich nicht mehr dem Regimente der Gemeindsleute und Bauern unterwerfen. Sie verlangten vielmehr, die Weisiger

in Oberhessen schon seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ⁹⁾, wie die Häusler in Böhmen noch in der Mitte des 19. ¹⁰⁾, gleichen Antheil an dem Gemeinderegimente und gleiche Berechtigung an den Gemeindenußungen. Auch verweigerten sie die Entrichtung des bis dahin üblichen Beisassen- oder Schutzelbes. Denn sie verlangten in aller und jeder Beziehung die Gleichstellung mit den vollberechtigten Bauern.

Seitdem nun noch die Lösungsworte von persönlicher Freiheit und Gleichheit ertönten, der Staat und die Gemeinde auf freiem Vertrage beruhen sollten, der Wille der freiwillig zusammentretenden Individuen jedoch nur von Personen ausgehen, keineswegs aber von Grundstücken und deren zufälligen Besitzern abhängen kann, seitdem mußte der Grundbesitz in den Verhältnissen zum Staate und zur Gemeinde gleichgültig, der Einfluß des Grundbesitzes als eines angeblichen Restes aus der Feudalzeit sogar verhaßt, die Persönlichkeit aber des Einzelnen wie des Staates und der Gemeinde zur Hauptsache werden. Da nun außerdem noch die Entwicklung der menschlichen Kräfte und der Nutzen des Einzelnen wie des Ganzen (das öffentliche Wohl) als das Ziel aller Bestrebungen dargestellt zu werden pflegte, was aber die Erreichung dieses hohen Zieles hemmte oder auch nur zu hemmen schien, beseitigt werden sollte, und auch schon die Nothwendigkeit der Steuervermehrung zur Vermehrung der steuerpflichtigen Familien nöthigte, so mußte das alte ehrwürdige Institut der Feld- und Markgemeinschaft fast allenthalben einer solchen Richtung der Zeit und den höheren national ökonomischen Anforderungen weichen.

Schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ward in Holstein u. a. m. der alte gemeinschaftliche Verband gelöst und später erst erkannt, was man verloren. Vor Allem war es aber die französische Revolution, welche, jener modernen Theorie über die Persönlichkeit des Einzelnen und des Ganzen huldigend, das Gemeinderecht als ein einer moralischen oder öffentlichen Person zustehendes, außer aller Verbindung mit Grund und Boden stehendes öffentliches Recht aufgefaßt und in das wirkliche

9) Sternberg, I, 60 u. 61.

10) Beilage zu Nr. 243 der allg. Zeitung vom 31. August 1849, p. 3756.

Leben eingeführt hat. Daher sehen wir seit dieser Zeit und unter ihrem allgewaltigen Einflusse auch in Deutschland die alten selbstgenossenschaftlichen Gemeinheiten mehr und mehr schwinden, an ihre Stelle aber sogenannte bürgerliche oder politische Gemeinden treten, in welchen außer den Haus- und Hofbesitzern, — den Großbegüterten eben sowohl wie den Kleinbegüterten —, auch noch alle übrigen männlichen, sei es durch Geburt oder durch neue Aufnahme zu dem Bürgerrechte gekommenen Personen als gleichberechtigte Gemeindeglieder erscheinen. Wir sehen ferner seit dieser Zeit die Verbindung der ungetheilten Feld- und Waldmark mit dem Hause und Hofe im Dorfe, als wäre sie etwas rein Zufälliges, sich mehr und mehr lösen, das Eine ohne das Andere veräußern, ja sogar die Theilung oder sonstige Veräußerung der Gemeindegüter auf jegliche Weise begünstigen. Und wo auch das wirkliche Leben sich über die herrschenden Theorien zu erheben und die ungetheilte Gemeinschaft zu erhalten gewußt hat, da pflegte nun dennoch das Gemeindegut, als einer moralischen oder öffentlichen Person angehörnd, mehr und mehr den Charakter eines öffentlichen Gutes anzunehmen, und die Hauptbestimmung desselben nicht mehr die Privatnutzung der einzelnen Genossen, vielmehr der Nutzen der Gemeinde als einer öffentlichen Anstalt, also ein öffentlicher Zweck zu sein, welcher insbesondere die Armen, Schulen, Kirchen, Wege und die anderen Bedürfnisse der Gemeinde zum Gegenstand hatte. Auch pflegten nun die Marknutzungen selbst immer häufiger als wahre Servituten oder als sonstige Rechte an einer fremden Sache behandelt zu werden, was sie, wie wir gesehen, ursprünglich nicht waren. Und diese aus der Richtung der Zeit hervorgegangenen, wenn auch irrigen Ansichten, sind nur zu häufig in die neueren Gesetze über das Gemeindegut übergegangen und finden in jener Richtung ihre Erklärung und ihre Entschuldigung.

7. Politische Gemeinden an der Seite oder an der Stelle der alten Dorfmarkgemeinden.

§. 231.

Ursprünglich hat es in jeder Dorfmark (abgesehen natürlich

von den Hof- und anderen Genossenschaften, welche außer aller Verbindung mit der Dorfmark waren) nur eine einzige Gemeinde, nämlich eine Dorfmarkgemeinde gegeben. Da jedoch auch die in der Dorfmark angefahrenen Häusler, Selbner, Rödter, Tagelöhner und die anderen Weisassen Angehörige der Gemeinde gewesen und hie und da auch, zum Unterschiede von der vollberechtigten Bürgerschaft, die Gemeinde genannt worden sind, so hat sich frühe schon an der Seite der vollberechtigten engeren oder herrschenden Gemeinde auch noch eine weitere nicht vollberechtigte Gemeinde gebildet. (§. 66 ff.) Durch den seit dem 16. Jahrhundert vermehrten Verkehr vermehrte sich auch die Bevölkerung und der Reichthum der neuen Ansiedler. Die zahlreicher und reicher gewordenen Weisassen wollten sich daher nicht mehr dem Regimente der engeren Gemeinde, — der alten Dorfmarkgemeinde —, unterwerfen. Sie verlangten vielmehr und erhielten auch hin und wieder einen mehr oder weniger großen Antheil an dem Dorfregimente. In manchen Gemeinden wurden sie nämlich in die Dorfmarkgemeinde selbst aufgenommen und diese daher durch ihren Beitritt erweitert. In anderen Gemeinden dagegen schieben die alten Vollbürger mit der gemeinen Mark ganz oder theilweise aus, behielten sich den Genuß und die Verwaltung der gemeinen Mark ganz oder theilweise vor, und überließen sodann der Gesamtgemeinde die Besorgung der übrigen Dorfangelegenheiten. Die weitere Gemeinde wurde in diesem Falle zur herrschenden Gemeinde, sie verlor jedoch meistens, wenn nämlich die gemeine Mark ganz ausgeschieden worden war, ihren markgenossenschaftlichen Charakter. Aus diesen weiteren Gemeinden sind nun in neueren Zeiten viele politische Gemeinden hervorgegangen. (§. 66 - 72, 228).

Wieder in anderen Gemeinden endlich sind die Dorfmarkgemeinden selbst, ohne daß die Vollbürger mit der gemeinen Mark ausgeschieden waren, in politische Gemeinden übergegangen. Die politische Gemeinde ist sodann ganz an die Stelle der alten Dorfmarkgemeinde getreten. Sie hat aber, — da nun die Gemeinde außer den Vollbürgern auch noch aus den alten Weisassen bestand —, den markgenossenschaftlichen Charakter gänzlich verloren. Diese Umwandlung der Dorfmarkgemeinden in politische Gemeinden datirt jedoch erst aus ganz neuen Zeiten, im Ganzen ge-

nommen erst aus den Zeiten der Französischen Revolution (§. 229 u. 230.)

Von jenen Gemeinden, in welchen schon in früheren Zeiten die Beisassen in die Dorfmarkgemeinde aufgenommen und diese durch ihren Beitritt erweitert worden war, ist bereits schon das Nöthige bemerkt worden. (§. 56, 58 u. 67.) In jenen Gemeinden nämlich, in welchen sich ein persönliches Bürgerrecht ausgebildet hatte, hörte die Markverfassung auf die Grundlage der Dorfverfassung zu sein. Diese Gemeinden waren demnach gewissermassen die Vorläufer der politischen Gemeinden, von denen gleich nachher die Rede sein wird. In jenen Gemeinden dagegen, in welchen das Bürgerrecht nach wie vor auf Grundbesitz beruhte, blieb auch die Bürgerschaft eine Dorfmarkgemeinde. Die Erweiterung der Gemeinde hatte demnach in diesem Falle keinen Einfluß auf die Fortbildung der Verfassung.

Wichtiger und sogar von höchster Wichtigkeit für die weitere Ausbildung der Verfassung waren die beiden anderen Fälle, von denen daher nun noch im Einzelnen die Rede sein muß.

§. 232.

In jenen Gemeinden, in welchen die engere Gemeinde — die alte Dorfmarkgemeinde — mit der ungetheilten Mark ausgeschieden, die weitere Gemeinde aber nun zur herrschenden Gemeinde geworden, in welchen demnach an die Seite der alten Dorfmarkgemeinde die weitere als Gesamtgemeinde getreten war, in jenen Gemeinden nannte man nun die alte Dorfmarkgemeinde eine Realgemeinde oder eine Nutzungs-, Rechtsame- oder Meenthaber-Gemeinde, oder auch eine Holz-, Moos- oder Alment-Gemeinde, die neue Gesamtgemeinde dagegen eine Bürgergemeinde, eine persönliche Gemeinde oder eine Ortsbürgergemeinde und späterhin eine politische Gemeinde. Und die Mitglieder der Realgemeinde nannte man, wie in früheren Zeiten die Mitglieder der Dorfmarkgemeinde, Gemeinsleute, Gemeinder, Rechtsamebesitzer, Meenthaber u. s. w., die Mitglieder der weiteren oder Gesamtgemeinde aber Bürger, persönliche Bürger und Ortsbürger, z. B. zu Schnottwyl, Rydigen und

anderwärts in der Schweiz, in Schwaben, Sachsen u. a. m.¹¹⁾. Die Ausscheidung beider Gemeinden begann hin und wieder schon im 16. und 17. Jahrhundert. Die Art der Ausscheidung war jedoch verschieden in den verschiedenen Gemeinden.

In manchen Gemeinden wurde die alte Dorfmarkgemeinde oder die Genossenschaft der Begüterten oder der Reichen, die Rittersherzogheit oder Rittersherzoge, wie man sie in Köln genannt hat, mit der gemeinen Mark ganz ausgeschieden, der Gesamtgemeinde aber das Dorfregiment überlassen. In diesem Falle sank die alte Dorfmark- oder Realgemeinde zu einer bloßen Privatgemeinde oder Ganerbschaft herab, und die Gesamtgemeinde wurde, da sie das Dorfregiment erhielt, die herrschende Gemeinde, jedoch ohne allen markgenossenschaftlichen Charakter (§. 69).

In anderen Gemeinden dagegen schied die Altbürgerschaft oder die Realgemeinde nur mit einem Theile der gemeinen Mark aus und überließ den anderen Theil nebst dem Dorfregiment der Gesamtgemeinde. In diesem Falle konnten zwar beide Gemeinden wahre Markgemeinden bleiben, die alte Realgemeinde sank aber nichts desto weniger zu einer bloßen Privatgemeinde herab und die Gesamtgemeinde wurde die herrschende.

In beiden Fällen sank demnach die alte Dorfmark- oder Realgemeinde zu einer Privatgemeinde herab, während sie früher mit dem privatrechtlichen auch noch einen öffentlichen Charakter (das Dorfregiment) verbunden hatte. (§. 67, 68, 152 ff.)

Der von Renaud gemachte Unterschied zwischen der eigentlichen Gemeinde und der Markgenossenschaft ist, wie wir gesehen, eben so unhistorisch, als die Unterscheidung Bluntschli's zwischen reinen Markgenossenschaften ohne öffentlichen Charakter (den alten großen Marken) und Dorfgemeinden mit einem privatrechtlichen und zugleich öffentlichen Charakter. (§. 13). Erst seitdem sich an der Seite der alten Dorfmarkgemeinde eine neue Gemeinde gebildet hatte, welche nicht in Feld- und Markgemeinschaft befindlich, vielmehr in der ungetheilten Mark nur berechtigt war, und nun unter dem Einflusse des Römischen Rechtes und der neueren Theorien die alte Idee einer Feld- und Markgemein-

11) Renaud in Zeitschr. IX, 19, 58 ff., 64. Not. und 65. Not. Heimbach, part. Pr. R. S. 350. Bgl. noch oben S. 68—72.

schaft verdrängt worden und dafür die Idee einer moralischen Person entstanden und diese auf die neue Ortsgemeinde angewendet worden war, erst seit dieser Zeit nahm die neue Ortsgemeinde mehr und mehr einen vorherrschend öffentlichen, die alte Realgemeinde dagegen einen bloß privatrechtlichen Charakter an. Und so ist denn in manchen Gemeinden schon im Laufe des 17ten und 18ten Jahrhunderts das Dorfregiment ganz oder theilweise in die Hände der Orts- oder Bürgergemeinde, der späteren politischen Gemeinde gekommen, während die alte Realgemeinde eine bloße Privatgemeinde geworden ist. Zur Regel ward jedoch dieser neue Zustand der Dinge erst seit der französischen Revolution, durch welche die Ideen einer neuen Zeit, wie diese im Laufe des 18ten Jahrhunderts in aller Stille herangereift waren, gewaltsam zum Durchbruch kamen. Zu den Ideen der neuen Zeit gehört nämlich vor Allem auch das Ausscheiden alles Oeffentlichen von dem Privatrechtlichen, was nach Germanischem Recht so mannichfaltig und so innig verbunden zu sein pflegte. Damit verbunden war denn der Haß gegen Alles, was einem Privilegium auch nur entfernt gleichjah und das Bestreben des Gleichmachens aller Verhältnisse. Diese seit der französischen Revolution auf alle Verhältnisse angewendeten Ideen führten denn auch zu einer mehr oder weniger gewaltsamen Umgestaltung der Gemeindeverfassungen. Denn ganz frei von diesen Bestrebungen der Zeit ist keine Gesetzgebung seit dem 19ten Jahrhundert geblieben.

§. 233.

Nach den Ideen der Neuzeit erschienen nämlich die alten Dorfmark-, Real- oder Nutzungs-Gemeinden als privilegierte Genossenschaften, weil das Dorfregiment ausschließlich in ihren Händen lag und dieses Vorrecht auf Grundbesitz oder auf dem Inhaber eines Nutzungsrechtes, also auch einer privatrechtlichen Grundlage beruhte. Da nun die neueren seit der französischen Revolution erschienenen Gesetze sammt und sonders von einer Trennung des öffentlichen Rechtes von seiner privatrechtlichen Grundlage und von der Idee der Gleichheit aller Staatsbürger ausgingen, so wurden auch die Orts- oder Bürgergemeinden politisch emancipirt. Den Real- oder Nutzungsgemeinden ward

nämlich ihr öffentlich rechtlicher Charakter, da er, wie bemerkt auf einer privatrechtlichen Grundlage beruhte, also als ein nicht mehr zeitgemäßes Vorrecht erschien, gänzlich entzogen, und dieser auf die Bürgergemeinden übertragen. Die Bürgergemeinden wurden demnach nun die wahren öffentlichen oder politischen Gemeinden und insgemein auch so genannt, während die Realgemeinden, da ihnen nur noch ihr privatrechtlicher Charakter geblieben war, zu bloßen Privatgemeinden herabsanken.

Hätten nun die damaligen Gesetzgeber die politischen Gemeinden streng von den Privatgemeinden geschieden und, während sie den politischen Gemeinden alles zum öffentlichen Rechte Gehörige zugewiesen, den Realgemeinden ihr hergebrachtes Privatrecht gelassen, und sie darin geschützt, so würden sie den Bedürfnissen der Zeit Rechnung getragen und auch in privatrechtlicher Beziehung kein Unrecht gethan haben. Allein um dieses thun zu können, waren gründliche rechtshistorische Kenntnisse nothwendig, diese aber waren vielleicht zu keiner Zeit seltener als gerade damals.

Am richtigsten noch wurden jene Verhältnisse in Württemberg geordnet, wo noch bis an das Ende des 18. Jahrhunderts in vielen Dörfern der alte Realverband (die Dorfmarkgenossenschaft) fortbestanden hatte¹²⁾. Als nämlich auch in den Württembergischen Landen den Realgemeinden ihr öffentlicher Charakter entzogen und die Personal- oder Bürgergemeinden allein als politische Gemeinden anerkannt werden sollten, da suchte man den Realgemeinden wenigstens ihr Vermögen zu erhalten und zu sichern. In den verschiedenen über die Gemeindeverfassung erschienenen Gesetzen und Verordnungen wurde daher ein Unterschied gemacht zwischen dem wirklichen Gemeindeeigenthum (dem Eigenthum der Bürgergemeinde) und den Gemeinheitsgütern (den Gütern der Realgemeinde), sodann zwischen den persönlichen Gemeindennutzungen (oder bürgerlichen Nutzungen) und den Realgemeinderechten. Und jeder Gemeinde sollte bleiben was ihr gehörte, der Bürgergemeinde das Gemein-

12) Vgl. das sehr interessante Gutachten der herzoglichen Regierung, die künftige Behandlung der Gemeindennutzungen betr., vom 23. März 1797 in den Württembergischen Jahrbüchern von 1844, p. 316.

beeigenthum nebst den bürgerlichen Nuzungen, der Realgemeinde dagegen das Gemeinheitsgut mit den Realgemeinderechten¹³⁾.

In der Schweiz war zwar in dem Gesetze über die Organisation der Municipalitäten vom 13. November 1798 noch für die alten Realgemeinden gesorgt, indem für die verschiedenen Gemeindegüter eigene Verwaltungskammern eingesetzt worden sind. Mit der Mediationsakte vom Jahre 1803 wurde jedoch die alte Gemeindeverfassung wieder hergestellt. In vielen Dorfschaften, z. B. in dem Amtsbezirke Burgdorf und Fraubrunnen, trat daher wieder eine weitere Ortsbürgergemeinde und innerhalb dieser eine Real- oder Nuzungsgemeinde als bevorrechtete Genossenschaft ins Leben. Und wie vor dem Jahre 1798 besorgte daselbst die Gesamtheit der Schupposen- und Güterbesitzer außer der Verwaltung ihres Privateigenthums, der Rechtssamewaltungen und sonstigen Almenten, auch wieder die öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere die Armenpflege und das übrige Dorfregiment. Die meisten Real- oder Nuzungsgemeinden besaßen jedoch nicht mehr die Kraft, ihre politische Bedeutung wieder zu erringen. In diesen Gemeinden blieb daher die Ortsbürgergemeinde nach wie vor emancipirt, also die herrschende Gemeinde, die alte Dorfmarktgemeinde oder Realgemeinde dagegen eine bloße Privatgemeinde. Und seit dem Jahre 1831 ist dieses in der ganzen Schweiz wieder zur Regel geworden. Die Einwohner- oder Ortsgemeinden sind nämlich seit der Gesetzgebung von 1831 als die eigentlich politischen Gemeinden zu betrachten, welche außer der Verwaltung der eigentlichen Gemeindegüter auch noch die öffentlichen Angelegenheiten der Ortsgemeinde, also das Dorfregiment zu besorgen haben. Die alten Realgemeinden dagegen, nun Bürgergemeinden genannt, sollten nur noch das Eigenthum der sogenannten

13) Rescript vom 6. Juli 1812, Art. 3, 7 u. 8. Revidirtes Gesetz über das Gemeinde- Bürger- und Besizrecht vom 4. December 1833, Art. 6 u. 48 49—51. Ministerial-Erlaß vom 8. November 1843. Vgl. Fr. Biber, die Realgemeinderechte, ihre Entstehung u. s. w. Stuttgart, 1844, p. 19—48. Kepscher, W. Tr. R. III, 440—447. Renaud und Römer in Zeitschr. IX, 72—74 u. XIII, 94 ff. und Weiske, über Gemeindegüter, p. 48—68.

Bürgergüter, d. h. der Rechtamewaldungen und der anderen ehemaligen Almenten und deren ausschließliche Verwaltung be-
 sitzen, außerdem aber auch noch die Armenpflege und das Vor-
 mundschaftsweisen unter sich haben. Die Bürgergemeinden
 sollten demnach im Ganzen genommen den Einwohnerge-
 meinden untergeordnet, in mancher Beziehung ihnen aber
 auch wieder coordinirt sein. Da jedoch die neuen Verfassun-
 gen und Gemeindegesetze seit 1798 unterlassen hatten, zur Sicher-
 ung der Privatrechte der alten Real- oder Nutzungsgemein-
 den Anordnungen zu treffen, und nicht einmal bestimmt worden
 war, was denn unter Bürgergut im Gegensatz von Gemeindegut
 verstanden werden sollte, so waren fortwährende Streitig-
 keiten zwischen den persönlichen oder Ortsbürgern und den Real-
 bürgern oder Rechtamebesitzern über die Benutzung der ehemali-
 gen Almenten, die öfters, z. B. bei den Streitigkeiten der Klauen-
 männer gegen die Hornmänner im Kanton Schwyz, bis zu
 Thätlichkeiten gesteigert worden sind, die traurigen aber natür-
 lichen Folgen dieses Unterlassens¹⁴⁾. Auch nach der Verfassung
 von 1848 blieben die politischen Gemeinden von den Realgemein-
 den geschieden. Die Letzteren wurden nun Corporationsge-
 meinden und ihre ausschließlichen Güter Corporationsge-
 nossengüter oder auch Genossengüter, die Güter der po-
 litischen Gemeinden aber Gemeindegüter genannt. Auch
 wurde nun in den einzelnen Gemeinden, z. B. in Ober-Egeri im
 Kanton Zug im Jahre 1851, durch Uebereinkunft der politischen
 Gemeinde mit der Corporationsgemeinde festgesetzt, welche Güter
 Gemeindegüter oder ausschließliches Corporationsgenossengut sein
 sollten. Da jedoch die Beitragspflichtigkeit der Corporationsge-
 meinde zu den sogenannten politischen Ausgaben der politischen
 Gemeinde nicht genau genug regulirt zu werden pflegte, so dauerten
 die Streitigkeiten zwischen beiden Gemeinden nach wie vor
 fort. z. B. in der Gemeinde Ober-Egeri¹⁵⁾.

14) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsvhl. in Bern, p. 56—68 und
 88—100. Renaud in Zeitschr. IX, 69—71 u. 74. Vgl. noch oben
 §. 82.

15) Zeitschrift für schweizerisches Recht von Ott, Schnell und Wyß, VI,
 Rechtspflege, p. 9—12.

Auch in Oberhessen wurden die alten Real- oder Nutzungsgemeinden zu Personal- oder politischen Gemeinden erweitert. Denn die kurhessische Gemeindeordnung vom 23. Oktober 1834 §. 20 u. 27 kennt als Gemeindeglieder nur noch Ortsbürger und Beisitzer, und gesteht ohne auf Grundbesitz zu sehen den ersteren allein das Recht zur Mitwirkung bei öffentlichen Angelegenheiten zu. Damit war aber die politische Bevorrechtung der alten Gemeindeglieder aufgehoben und den Real- oder Nutzungsgemeinden der Charakter einer öffentlichen Gemeinde entzogen. Zur Sicherung der Privatrechte der alten Vollbürger war jedoch so gut wie gar nichts geschehen. Es wurde zwar in jener Gemeindeordnung noch von besonderen nicht jedem Ortsbürger zustehenden Nutzungsrechten gesprochen, allein nicht mehr zwischen den verschiedenen Arten von Gemeindevermögen unterschieden (§. 24, 67, 70 u. 84.) Die althergebrachten Rechte der Gemeindeglieder erschienen daher als gehässige Vorrechte, und wurden wie andere Privilegien allenthalben angefeindet. Die Gemeindeglieder wollten natürlich ihre Rechte nicht so leicht aufgeben. Dies führte zu zahllosen Streitigkeiten und zu großer Verstimmung. Als Privilegien am Gemeindevermögen wurden dazu noch diese Streitigkeiten bis zum Jahre 1837 im Administrativ Wege verhandelt, bis denn seit diesem Jahre wenigstens wieder der Rechtsweg gestattet worden ist ¹⁶⁾.

In Baiern wurden die älteren Verhältnisse vielleicht am allerwenigsten berücksichtigt. Die Leerhäusler und Tagelöhner wurden zwar schon seit längerer Zeit bei ihrer Ansässigmachung und zwar mit vollem Rechte begünstigt, dafür aber auch den Steuern unterworfen. (§. 61 u. 84.) Gleichgesetzt wurden sie den Großbegüterten hinsichtlich der Benutzung und Vertheilung der Gemeindegüter jedoch erst seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts in den unter dem Einflusse der neueren Ideen erlassenen Gesetzen und Verordnungen. Und da hierauf die Großbegüterten die Gemeinde-Wahlungen und die anderen Gemeindeglieder als ihr Privateigenthum in Anspruch nahmen und sich, um ihre herge-

16) Renaud in Zeitschr. IX, 75—76. Weiske, über Gemeindegüter, p. 69—85.

brachten Rechte geltend zu machen, an die Gerichte wendeten, so erschienen mehrere Verordnungen, welche sämtliche Streitigkeiten der Großgütler mit den Kleingütlern über den Genuß der Gemeinderechte, so wie über die Eigenschaft eines Gemeindegliedes und über die Qualität der Gemeinschaft und über den Maßstab der Vertheilung der Gemeindegünde an die Administrativ Stellen verwiesen, bei welchen jedoch die Großgütler meistens unterlagen¹⁷⁾. Noch weit entschiedener wurde aber aller Unterschied zwischen den Groß- und Kleingütlern in den zur Organisation des Gemeindegewesens erschienenen Edikten und Verordnungen aufgehoben. Denn nach ihnen sollten Gemeindeglieder alle Einwohner sein, welche in der Markung besteuerte Gründe besaßen oder besteuerte Gewerbe ausübten, also auch die bloßen Hausbesitzer und die Gewerbsleute ohne allen Grundbesitz. Nur allein die Inleute und Miethsleute sollten nicht Gemeinde Mitglieder sein. An der Benutzung und Vertheilung der Gemeindegünde sollten aber im Zweifel alle Gemeindeglieder gleichen Antheil haben, dabei jedoch das Herkommen berücksichtigt werden¹⁸⁾.

Die Folgen dieser Bestimmungen waren fortwährende Streitigkeiten zwischen den Großgütlern mit den Kleingütlern und, da bei den Kultursbehörden die Großgütler meistens unterlagen, große Verstimmlung unter denselben. Dieß veranlaßte denn die Gesetzgebung, wenigstens hinsichtlich der Vorfrage, ob Gemeindegüter vertheilt werden sollten, den Großbegüterten der Gemeinde wieder einen größeren Einfluß zu gestatten¹⁹⁾.

17) Verordn. vom 12. December 1803 in Regiergbl. p. 1025. BrD. vom 25. October 1804 in Agrbl. p. 934. BrD. vom 13. Februar 1805 in Regbl. p. 729. und BrD. vom 22. Februar 1808 in Regbl. von 1808, I, p. 854.

18) Gemeinde Edikt von 1808, §. 3—5 u. 27 ff. im Regbl. p. 2406. Gemeinde Ordnung von 1818, §. 11—13, 17, 18, 19, 25 u. 26 im Gesetzbl. p. 49. Gesetz vom 1. Juli 1834 §. 2 ein Gesetzbl. p. 111.

19) GemeindeOrdnung v. 1818 §. 25. Gesetz vom 1. Juli 1834 §. 6 im Gesetzbl. p. 113.

§. 234.

Beide Gemeinden sind durchaus von einander verschieden und wie wohl sie in früheren Zeiten nicht immer streng von einander geschieden worden sind, so müssen sie doch auch heute noch in jenen Territorien, in welchen die Gesetzgebung nicht entgegensteht, von einander unterschieden und nach verschiedenen Grundsätzen behandelt werden.

Die alte Dorfmark- oder Realgemeinde war nämlich nun eine bloße Privatgemeinde ohne allen öffentlichen Charakter geworden. Das ausschließliche Dorfregiment hatte sie daher zwar verloren, das Eigenthum an der alten gemeinen Mark, an den Almenten und anderen Gemeindegründen, und die Nutzungsrechte daran aber behalten. So in der Schweiz, hie und da in der Pfalz, in Westphalen und in anderen Theilen von Deutschland²⁰⁾, insbesondere auch in Sachsen, wo daher auch in späteren Zeiten noch die sogenannten Commungüter steuerpflichtig blieben, die eigentlichen Gemeindegüter aber als Corporationsgüter, d. h. als Güter der politischen Gemeinde, wie anderwärts die Kämmergeüter²¹⁾, steuerfrei sein sollten²²⁾. Auch haben manche neuere Gesetzgebungen, z. B. in Württemberg, Weimar, Coburg, Meiningen u. a. m., wie wir sehen werden, den Realgemeinden die Nutzungsrechte an den Gemeindegütern und Almenten ausdrücklich zugesichert. Streitig ist es nur, wem das Eigenthum daran zustehen soll, ob der Realgemeinde oder der politischen Gemeinde? Manche betrachten nämlich die alte gemeine Mark als Eigenthum der politischen Gemeinde und halten daher die Realgemeinderechte für dingliche Rechte an einer fremden Sache²³⁾. Und diese Ansicht ist auch in das Partikularrecht über-

20) Schenk, Statistik des Kreises Siegen, §. 62 und oben §. 68 u. 69.

21) Klüber, öffentl. R. des L. Bundes §. 327.

22) Steuerabschreiben von 1561 u. 1628 im G. R. II, 1372 u. 1410. Generalbefehl von 1609, eod. II, 1362. Vrgl. noch Weiske, praktische Unterf. III, 177 ff.

23) Meyßner, B. Pr. R. §. 764. Not. 10 u. 15. Gerber, D. Pr. R. §. 51.

gegangen ²⁴⁾). Andere dagegen sprechen das Eigenthum der Realgemeinde selbst zu ²⁵⁾ und zwar offenbar mit Recht, indem die Real- und Nutzungsgemeinden nichts anderes als die alten nur auf bloße Privatgemeinden herabgesunkene Dorfmarkgemeinden, die politischen Gemeinden dagegen neu entstandene Rechtssubjekte sind, der Eigenthums Uebertrag aber nicht präsumirt wird. Und auch diese Ansicht ist in manche Partikularrechte übergegangen ²⁶⁾). Wollten daher die politischen Gemeinden das Eigenthum in Anspruch nehmen, so müßten sie den Eigenthums Uebertrag durch einen Privatrechtstitel nachweisen. Die Gemeindeglieder in Oberhessen ²⁷⁾, die Großgütler in Baiern ²⁸⁾, die Hubengutbesitzer im Odenwald ²⁹⁾ u. a. m. hatten demnach an und für sich nicht so unrecht, als sie das Eigenthum der ungetheilten Gemeindeglieder und Dorfmarken ausschließlich in Anspruch nahmen, und eben so wenig die Gerichte, als sie ihnen dieses Eigenthum zusprachen, wie dieses in Oberhessen der Fall war ³⁰⁾. Nur hätten jene Gemeindeglieder und Großbegüterten ihre Ansprüche nicht als Einzelne, vielmehr als Gesamtheit der berechtigten Genossen oder als Realgemeinde geltend machen sollen, da die ungetheilte Dorfmark, so wie das Gemeindevermögen überhaupt, von je her nicht den Einzelnen, vielmehr der Gesamtheit oder der Dorfmarkgemeinde gehört hat. (§. 34.) Auch folgt aus dem Umstande, daß die Realgemeinden bloße Privatgemeinden sind, daß die politischen Gemeinden nicht über die Realgemeinderechte, da diese nun Sonderrechte (*jura singulorum*) geworden sind, verfügen können und, wenn Streitigkeiten zwischen beiden Gemeinden entstehen und nicht Partikularrechte wie z. B. in Baiern entgegen stehen, nicht die Verwaltungsstellen, sondern die Gerichte zu entscheiden haben ³¹⁾).

24) Weimarsche Landgemeindeordn. von 1840 §. 30 u. 32.

25) Weishaar, §. 308. Renaud und Römer in Zeitschr. IX, 86. XIII, 101—103.

26) Landgemeindeordnung für das Königreich Sachsen von 1838, §. 19 u. 55.

27) Sternberg, I, 7, 21, 23, 25 u. 59.

28) RegierungsBl. von 1803. p. 1026 und vom Jahr 1805, p. 729.

29) Erbacher Landr. p. 354 u. 357. Vgl. noch oben §. 82, 221 u. 233.

30) Sternberg, I, 60.

31) Renaud und Römer in Zeitschr., IX, 86 u. 87. und XIII, 100 u.

Das ausschließliche Recht die gemeine Mark zu benutzen und darüber zu verfügen stand vielmehr von je her und steht heute noch nur den Real- und Nutzungsgemeinden selbst zu. Nur die Mitglieder einer Realgemeinde hatten demnach und haben heute noch Zutritt zu den Privatgemeindeversammlungen. (§. 71, 72 u. 173.) Sie nur allein durften und dürfen heute noch über die Benutzung und Veräußerung der Almente verfügen, also auch ihre Vertheilung beschließen. So wie denn auch sie nur allein Antheil an den Nutzungen haben und bei ihrer Vertheilung einen Antheil erhalten. Durch die Vertheilung der Almenten und anderen Gemeindegüter sind übrigens in neueren Zeiten viele Realgemeinden z. B. in der Schweiz, in Baiern, in Württemberg u. a. m. gänzlich verschwunden ²¹⁾).

Das Dorfregiment selbst, welches in früheren Zeiten den Realgemeinden zugestanden hatte, ist nun aber auf die politischen Gemeinden übergegangen. Außerdem hatten die politischen Gemeinden auch noch eigenes Gemeindevermögen und eigene Nutzungsrechte, die sogenannten bürgerlichen Nutzungen erworben. Dessen ist nämlich gleich bei der ersten Auseinandersetzung der beiden Gemeinden ein Theil der Capitalien z. B. zu Stäfa im Kanton Zürich, oder auch ein Theil der gemeinen Mark selbst, z. B. zu Oppau in der Pfalz, zu Iserlon in Westphalen u. a. m. an die politische Gemeinde abgetreten worden. (§. 68.) Außerdem wurden vom Staate oder auch von Privaten für das Schul- oder Armenwesen der politischen Gemeinde gewisse Summen angewiesen oder auch zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse ein Theil des Wald- oder Moorgrundes ausgeschieden, z. B. in der Schweiz und in Schwaben ²²⁾). Außer diesem mehr oder weniger bedeutenden Gemeindevermögen gelangten die politischen Gemeinden auch noch zu eigenen Nutzungsrechten. Ursprünglich waren zwar die Leisassen und anderen Ortsbürger wie von dem Dorfregimente so auch von der Benutzung der Almente ganz aus-

101. Reyscher, W. Pr. R. §. 764 Not. 14. Königl. Sächsische Landgemeindeordnung von 1833, §. 55 u. 56. vgl. noch oben §. 222 u. 223.

82) Renaud in Zeitsch. IX, p. 93 Not.

33) Renaud u. Römer in Zeitsch. IX, 66 u. XIII, 98 u. 99.

geschlossen. Da man ihnen jedoch fast allenthalben gewisse Nutzungen, hin und wieder gegen Erlegung eines Holz- oder Viehgelbes gestattete, so wurden die anfangs precären Nutzungen nach und nach zu einem Rechte. (§. 98, u. 111.) Die Nothwendigkeit die Armen zu unterstützen und zu ernähren führte bei der Vermehrung der den Gemeinden zur Last fallenden Armen seit der Sacularisation der Klöster und seit dem 30 jährigen Kriege zu noch weiteren Berechtigungen in der ungetheilten Feld- und Waldmark. (§. 228.) Endlich führten die zwischen den Ortsbürgern und den Gemeindsleuten entstandenen Streitigkeiten zur Regulirung der den Ortsbürgern zugestandenen Nutzungen an der Almente. Und diese den Ortsbürgern nach und nach zugestandenen und geregelten Nutzungen pflegte man im Gegensatze zu den althergebrachten dinglichen Marknutzungen der Gemeindsleute persönliche oder bürgerliche Nutzungen oder auch Gemeindennutzungen zu nennen³⁴⁾. Ueber dieses Gemeindevermögen und über diese bürgerlichen Nutzungsrechte hatte nun die politische Gemeinde und zwar, wie die Realgemeinde über ihr Vermögen, nach Mehrheit der Stimmen zu verfügen, ausgenommen dann, wenn die Rechte der Realgemeinde oder der einzelnen Genossen (*jura singulorum*) in Frage waren. Denn diese konnten und können heute noch nur mit Zustimmung der Berechtigten entzogen werden. Es war und ist demnach zu dem Ende Einhelligkeit der Stimmenenden nothwendig. Endlich war auch noch für jede dieser beiden Gemeinden eine besondere Aufnahme nothwendig. (§. 68 u. 76.)

§. 235.

In vielen und zwar in den meisten Gemeinden hat sich indessen keine zweite Gemeinde an der Seite der alten Dorfmarktgemeinde gebildet, die neue politische Gemeinde ist vielmehr ganz an die Stelle der alten Dorfmark- oder Realgemeinde getreten. Auch in jenen Gemeinden pflegten zwar schon in früheren Zeiten die Beisassen mit zur Gemeinde

34) Stettler, Rechtg. von Bern, p. 124. Renaud in Zeitschr. IX, 65. Reyscher, B. Pr. R. §. 763.

gerechnet, ihnen gewisse Nutzungsrechte eingeräumt, sie zuweilen auch zu den Gemeindeversammlungen beigezogen, ihnen jedoch nicht alle Rechte der Gemeindeglieder, insbesondere noch kein Antheil an dem Dorffregimente eingeräumt zu werden. Im Ganzen genommen hat sich demnach die alte Verfassung daselbst, meistens sogar bis auf unsere Tage erhalten. Nichts desto weniger ward doch auch in diesen Gemeinden den Besitzern der Weg zur Erringung des Vollbürgerrechtes mehr und mehr angebahnt. So lange nämlich die Staatsverfassung ihrem Wesen nach auf Grundbesitz und die Gemeindeverfassung auf Markenverfassung, also gleichfalls auf Grundbesitz gebaut, die Anzahl der Besitzlosen im Staate und in den einzelnen Gemeinden aber nur noch gering und jedenfalls ihre Wirksamkeit ohne allen Einfluß war, so lange war jene Grundlage der früheren Staats- und Gemeindeverfassung und das damit verbundene aristokratische Wesen den Verhältnissen angemessen. Seitdem jedoch an der Seite der Grundbesitzer ein, öfters weit gebildeterer und reicherer Gewerbs- und Handelsstand und auch noch der Stand der Gelehrten entstanden war, seitdem mußte das ausschließliche Bürgerrecht der Grundbesitzer als ein unberechtigtes Vorrecht erscheinen, welches sich die durch Bildung und Reichthum zu Einfluß und Unabhängigkeit gelangten besitzlosen Besitzern nicht mehr gefallen lassen wollten. Zumal in jenen Gemeinden, in welchen die Berechtigung in der gemeinen Mark von dem Besitze eines Bauernhofes unabhängig geworden war, trat das Bedürfniß zu Reformen tagtäglich mehr in den Vordergrund. Da nämlich die Gemeindeberechtigung und Verpflichtung auf dem Nutzungsrechte oder auf der Gerechtsame haftete anstatt auf den Grundbesitz selbst vertheilt zu werden, so führte das historische Recht nicht selten zu dem Unrechte, daß die Besitzer und Äbter, wiewohl sie bedeutenden Grundbesitz erworben hatten, hie und da in den Besitz von ganzen Bauernhöfen gelangt waren, an den Gemeinde-Rechten und Verbindlichkeiten keinen Antheil, also auch zu den Gemeindeversammlungen keinen Zutritt hatten, während die besitzlosen Rechtsame Besitzer und anderen Gemeindeglieder und Meenthaber nach wie vor die herrschende Gemeinde bildeten, also das Dorffregiment führten, und hie und da sogar die reicheren und in Grund und Boden angelegenen Besitzern besteuerten. Es

ist daher begreiflich, welchen Einfluß die Reformideen, welche sich im Laufe des 18. Jahrhunderts unter dem Einflusse des Römischen Rechtes und der neueren philosophischen Theorien gebildet hatten, gewinnen mußten. Sie kamen ja einem wirklichen Bedürfnisse entgegen. Statt nun aber selbst zu reformiren, ließ man der Verstimmlung ihren freien Lauf. Und so kam es denn, wie gewöhnlich in solchen Fällen, statt zur Reform nun zur Revolution!

Der Kampf hatte frühe schon in den durch ihren freien Verkehr emporgekommenen Städten begonnen. Seit dem 17. und 18. Jahrhundert dehnte sich aber jener Kampf auch auf die Dorfgemeinden und seit dem Jahre 1789 auf den ganzen Staat aus. Denn dasselbe Bürgerrecht, das frühe schon in den Städten, später aber in vielen Dorfgemeinden auf alle Ortsbewohner ausgedehnt worden war, wurde seit dem Jahre 1789 zuerst in Frankreich, sodann aber auch in den übrigen Staaten zu einem Gemeingute aller Einwohner des Reiches. Dieses allenthalben eingeführte allgemeine Staatsbürgerrecht führte nun seinerseits wieder weiter, — zur Reform des Gemeindebürgerrechtes, indem die alte mehr oder weniger noch auf Feld- und Markgemeinschaft gebaute aristokratische Gemeindeverfassung nicht mehr zu dem allgemeinen Staatsbürgerrecht paßte. Und so hat denn das allgemeine Staatsbürgerrecht allenthalben zur Einführung von politischen Gemeinden geführt, welche nicht an die Seite der alten Dorfmarkgemeinde, vielmehr an ihre Stelle getreten sind. Statt nämlich das öffentliche Recht von dem Privatrechte zu scheiden und in diesem Sinne zu reformiren, statt dessen hat man meistens mit dem Bade auch das Kind selbst ausgeschüttet. Denn ohne alle Berücksichtigung der älteren Rechtsverhältnisse hat man fast allenthalben der politischen Gemeinde auch diejenigen Rechte und Berechtigungen an der gemeinen Mark übertragen, welche nur die Real- oder Dorfmarkgemeinde rechtlich in Anspruch zu nehmen hatte.

Mit am Verständigsten waren noch die Reformen, welche man seit den dreißiger Jahren im Dithmarschen vorgenommen und auch glücklich zu Stand gebracht hat. Die auch dort nothwendig gewordenen Reformen erfolgten nämlich in den einzelnen Bauerschaften nach vorausgegangener Verständigung unter den

Meenthabern und den übrigen Bethöilligten, wie es den örtlichen Verhältnissen einer jeden Bauerschaft angemessen war. In vielen Gemeinden, in welchen sich gar keine Gemeindegründe (keine gemeine Mark) mehr vorfanden, hörte natürlicher Weise die alte Meentverfassung ganz auf, in anderen Dörfern dagegen, in welchen sich die alte gemeine Mark erhalten hatte, sollte die bisherige Genossenschaft der Meenthaber eine bloße Privatgemeinde bilden, und dieser die noch unvertheilten Gemeindegründe als Privateigenthum bleiben. Allenthalben sollte jedoch die neue Bauerschaft aus allen in der Dorfmark angehörenden und besteuerten Leuten bestehen und ein jeder von ihnen Antheil an dem Dorffregimente und daher Zutritt zu den Gemeindeversammlungen haben. Der Bauerschaft ward wieder ihre vollständige Autonomie in Gemeindeangelegenheiten und das Recht alle Gemeindebeamten frei aus ihrer eigenen Mitte zu wählen zugestanden. Nur trat nun eine Bauerschaftsclasse an die Stelle der früheren Meenthaberclasse ²⁴).

§. 236.

Nach der alten auf Feld- und Markgemeinschaft gebauten Dorfverfassung hatte jeder vollberechtigte Gemeindsmann Antheil an dem Dorfbregerment und daher Zutritt zu allen Versammlungen der Gemeinde. Eine Vertretung der Gemeindegente war noch kein Bedürfnis. Daher findet man auch nur sehr selten in den alten Dorfmarkgemeinden einen großen Rath neben dem Kleinen (§. 168.) Denn der große Rath hatte von je her die Bestimmung die ganze Gemeinde zu vertreten, z. B. zu Elgg in der Schweiz. („was dann der vogt vund die kleinen Rät sampt „den Einliken (die dann iun namen vnd an statt für „die ganzen gemeind alwegen da sitzend) mit einannbren in „Rats wyß beschließend“) 20). Mit dem allgemeinen Ortsbürgerrechte war aber dieser allgemeine Zutritt nicht mehr verträglich. Denn es waren nun der vollberechtigten Bürger zu viele und

35) Reichel in Zeitschr. VII, 106 u. 107.

36) Elgger Herrschaftsrecht, art. 7 §. 6 bei Befehlsh., I, 267. Vrgl. oben §. 168.

darum ihre Vertretung durch einige wenige aus und von der Gemeinde Gewählte nothwendig geworden.

Schon die Helvetische Constitution von 1798 hatte ein allgemeines Helvetisches Staatsbürgerrecht mit einer demokratischen Repräsentation eingeführt und dieselbe Grundlage sollten nun auch die Gemeinden in der Schweiz erhalten. Es erschienen daher im Canton Bern am 13. November 1798 und am 13. und 15. Februar 1799 mehrere Gesetze, nach welchen jeder Helvetische Staatsbürger sich ungehindert und ohne ein Einzugs- oder Eintrittsgeld zu entrichten in jeder Gemeinde niederlassen und durch die bloße Niederlassung das Ortsbürgerrecht erwerben konnte; die Gemeindeverwaltung aber durch eine Municipalität nach Französischem Zuschnitt besorgt und diese in einer Generalversammlung aller aktiven Gemeindebürger gewählt werden und je nach der Bevölkerung aus 3 bis 11 Mitgliedern bestehen sollte. Die Mediationsakte vom Jahre 1803 führte in den Jahren 1803 und 1804 zu neuen Anordnungen, durch welche statt der Municipalitäten wieder die alten Gemeindevorsteher, wie diese vor der Revolution von 1798 bestanden hatten, eingeführt worden sind. Allein durch die Gesetzgebung vom Jahre 1831 wurde wieder der Grundsatz der freien Repräsentation ausgesprochen und verordnet, daß alle Gemeindeangelegenheiten von den Gemeindevorgesetzten und von den Gemeinderäthen besorgt und diese in den Gemeindeversammlungen von sämtlichen Einwohnern gewählt werden sollten ³⁷⁾.

Noch entschiedener tritt die Idee einer Repräsentation der Gesamtgemeinde in Baiern hervor. Nach dem Gemeinde-Edikt vom Jahre 1808 ³⁸⁾ sollten zwar in den kleineren Märkten und Dorfgemeinden, in den sogenannten Ruralgemeinden, die Gemeindeangelegenheiten noch von der versammelten Gemeinde selbst besorgt und keine beständigen Repräsentanten oder Vertreter ernannt werden. Allein in den größeren Märkten und Städten sollte jede Gemeinde durch einen aus 4 bis 5 Mitgliedern bestehenden Municipalrath vertreten und dieser durch Wahlmänner gewählt werden. Nach der Gemeindeverordnung

37) Stettler, geschichtl. Entwicklung der Gemeinerechtsverhältnisse in Bern, p. 56—62 u. 88 ff. Vgl. Bluntschli, II, 380, 382, 384 u. 386.

38) Reglergsbl. von 1808, II, 2405 ff.

vom Jahre 1818 ³⁹⁾ soll aber die Gemeindeverwaltung bestehen in den größeren Märkten und Städten aus einem Magistrat (bestehend aus einem oder zwei Bürgermeistern, aus 2 bis 4 rechtskundigen Räten und aus 6 bis 12 Bürgern), sodann aus einem aus Gemeindebevollmächtigten bestehenden Ausschuss und aus Distriktsvorstehern, und in den Ruralgemeinden (Landgemeinden) aus einem Gemeindevorsteher, einem Gemeinde- und Stiftungs-Pfleger und aus einem aus drei bis fünf Gemeindebevollmächtigten bestehenden Gemeinde Ausschuss. Auch nach dem revidirten Gemeinde Gesetz vom Jahre 1834 ⁴⁰⁾ blieb es im Ganzen genommen bei diesen Bestimmungen. Nur wurde wieder den Großbegüterten ein größerer Einfluss gestattet, eine eigene Kirchenverwaltung für das Kirchenvermögen jeder Confession gebildet und bei Ansfähigmachungen neuer Gemeindeglieder der Gemeinde ein Veto eingeräumt.

Und ähnliche Bestimmungen findet man auch, wie wir sehen werden, in anderen neueren Gesetzen über die Gemeindeverfassung.

8. Hauptveränderungen in der Dorfverfassung.

a. Im Allgemeinen.

§. 237.

Viele alte Dorfschaften sind bereits in früheren oder späteren Zeiten ganz untergegangen und leben nur noch in den Namen der mit *feld*, *heim*, *hausen* *ingen* u. s. w. endenden Feldfluren und Feldgewannen fort ⁴¹⁾. Dadurch wurde nun zwar nicht die Grundlage der alten Dorfverfassung, wohl aber die gleiche Berechtigung der Dorfmarkgenossen verändert und auch noch zu anderen Veränderungen der Grund gelegt, indem die eingegangene Feldmark mit einer anderen Dorfmark vereinigt zu werden pflegte.

39) Gesetzbl. von 1818, p. 49. Vgl. die §. 45 bis 119.

40) Gesetzbl. p. 109. ff. Vgl. §. 6, 12 u. 23

41) Meine Einleitung, p. 173 u. 174.

Durch größeren Erwerb konnte sich in einem solchen Falle ein Grundbesitzer über den anderen und zuletzt zum Grundherrschaft des ganzen Dorfes erheben. Die Grundherrschaft war aber, wie wir gesehen haben, das Grab der genossenschaftlichen Freiheit. (§ 207 ff.) Die Grundlage der alten Dorfverfassung selbst wurde indessen dadurch noch nicht, sie wurde vielmehr erst dann verändert, wenn die gemeine Mark, sei es nun durch Theilung oder auf sonstige Weise, wie z. B. in Westphalen, im Dithmarschen u. a. m. gänzlich verschwunden war. (§. 128 u. 152.) Denn Dorfschaften ohne eine gemeine Mark sind keine Dorfmarkgenossenschaften und daher nach germanischen Ideen gar keine Dorfgemeinden mehr gewesen. Allein auch in denjenigen Dorfschaften, in welchen die gemeine Mark bis auf unsere Tage geblieben ist, hat sich dennoch, wie wir gesehen haben, die alte Dorfmarkverfassung unter dem Einflusse des Römischen Rechtes, der öffentlichen Gewalt, der Reformation und der neueren philosophischen Theorien nach und nach gänzlich verändert. Und die neueren Gesetzgebungen haben die alte Grundlage vollends untergraben. Die Hauptveränderungen in der Dorfmarkverfassung sind nun folgende.

b. Die Dorfgemeinde wird eine moralische Person oder Corporation.

§. 238.

Durch die Anwendung des Römischen Rechtes wurde die Dorfgemeinde ihrer innersten Natur nach verändert. Ursprünglich war sie nämlich eine Dorfmarkgemeinde, nun wurde sie aber eine moralische oder juristische Person oder eine Corporation, welche zu ihrer Rechtsbeständigkeit der Anerkennung von Seiten des Staates bedurfte. (§. 221.) Da jedoch in vielen Gemeinden der markgenossenschaftliche Grundcharakter nicht ganz verdrängt und verwischt werden konnte, so haben sich nun, wie dieses schon von Weiske⁴²⁾ u. A., nur in einem etwas verschiedenen Sinne bemerkt worden ist, zwei verschiedene Arten von Gemein-

42) Practische Untersuchungen, III, 167 ff.

ketten oder Corporationen gebildet, eine römischrechtliche und eine deutschrechtliche, welche wesentlich von einander verschieden waren und heute noch unterschieden werden müssen. Der Unterschied zwischen beiden ist zwar scheinbar nicht groß. In seinen Consequenzen geht er aber dennoch sehr weit.

Nach Römischem Recht ist nämlich das Rechtssubject für das Vermögen der Gemeinde die Corporation selbst, nach Deutschem Recht dagegen die Gesamtheit der Genossen. Bei der Römischen Corporation stehen daher die Mitglieder derselben als dritte Personen der Corporation als dem eigentlichen Rechtssubjecte gegenüber. Das Corporationsvermögen gehört demnach der Corporation, nicht aber den einzelnen Mitgliedern, welche an und für sich als Einzelne (*singuli*) gar keine Ansprüche weder auf das Eigenthum noch auf die Nutzung desselben haben. Auch ist das Eigenthum an den Corporationsgütern von anderem Eigenthum durchaus nicht verschieden. Und die Aneignung oder Beschädigung einer *res universitatis* wird als eine Aneignung und Beschädigung einer fremden Sache weit strenger bestraft, als nach Deutschem Rechte. Bei der Deutschen Corporation dagegen besteht das Rechtssubject aus der Gesamtheit der Mitglieder. Die Gemeindegüter gehören daher der Gesamtheit oder den zu einer Gesamtheit vereinigten Mitgliedern, und die Einzelnen haben daran Eigenthums- und Nutzungsrechte, nicht als Dritte Einzelne (*singuli*), sondern in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Genossenschaft selbst. Man pflegt daher das Eigenthum, da es in ungetheilter Gemeinschaft geblieben ist, wenn auch nicht ganz richtig (§. 34.), ein Gesamteigenthum zu nennen. Und die Aneignung oder Beschädigung eines solchen Gemeindegutes wird nicht als eine Aneignung und Beschädigung einer fremden Sache betrachtet, da die Gemeindegüter für die Mitglieder keine fremde Sachen sind. Wenn diese daher auch kein Recht zu einer solchen Handlung haben und darum strafbar erscheinen, so sind sie doch jedenfalls minder strafbar, als die Mitglieder einer Römischen Corporation⁴³⁾. Beim Erlöschen des Rechtssubjectes endlich fällt das Corporationsvermögen

43) Vgl. Brauner, Böhmische Bauernzustände, p. 237 u. 238.

nach Römischen Recht als vakantes Gut an den Staat, nach Deutschem Recht wird dasselbe aber unter die bisherigen Mitglieder vertheilt ⁴⁴⁾). Auch hinsichtlich des Ein- und Austrittes aus einer Corporation besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Römischen und Deutsch rechtlichen Corporationen, indem bei den letzteren der Erwerb eines berechtigten Hauses und Hofes oder eines Gemeinbenutzens wesentlich nothwendig ist, während bei den Ersteren die Aufnahme in die Gemeinde allein schon hinreicht. Auch kann eine Römische Corporation kein Verbrechen begehen, wohl aber eine Deutschrechtliche. Ferner ist bei Römischen Corporationen in vielen Fällen Stimmeneinhelligkeit nothwendig, während bei Deutschrechtlichen Gemeinheiten allzeit Stimmenmehrheit, sogar bei Theilungen und anderen Veräußerungen der Gemeindegüter hinreicht u. s. w.

Man findet zwar diesen Unterschied zwischen beiden Arten von Gemeinheiten oder Corporationen nirgends streng durchgeführt. Und zumal die neueren Gesetzgebungen vermengen und verwechseln sie nur zu oft, indem sie ihre Bestimmungen theils aus dem Römischen Rechte theils aus dem Deutschen entlehnen. Da indessen auch manche neuere Gesetze noch den Deutschen Begriff zu Grund legen und das Eigenthum an den Gemeindegütern der Gesamtheit der Genossen beilegen, wie dieses z. B. in Baden und Sachsen und auch nach Französischem Recht der Fall ist ⁴⁵⁾, so ist es auch heute noch von praktischem Interesse beide Arten von Corporationen von einander zu unterscheiden. Diejenigen Gesetze und Verordnungen nämlich, bei welchen das Römische Recht überwiegenden Einfluß erhalten hat, werden nach Grundsätzen des Römischen Rechtes zu beurtheilen sein, während diejenigen Gesetze, in welchen die Gemeindegüter ihre Deutsch-

44) Vrgl. Anmerkungen zum Bair. Landr. II, c. 1, §. 6 Nr. 2 und V, c. 30 §. 9. Preuß. Landr. II, tit. 6 §. 192.

45) Vrgl. Bad. Landrecht art 542. Babilch. Gesetz über die Verfass. der Gemeinden von 1831, §. 53. Königl. Sächs. Landgemeinbeordn. von 1838 §. 55 u. 72 vrgl. mit Sächs. Städteordnung von 1832 §. 22. Weimar. Städteordnung von 1838 §. 40. Code Nap. art. 542. Vrgl. Weiske, pract. Untersf. III, 149 u. 172.

rechtliche Natur behalten haben, nach Grundsätzen des Deutschen Rechtes beurtheilt werden müssen.

Was nun die Frage betrifft, zu welcher von beiden Arten von Gemeinheiten oder Corporationen die Dorfgemeinden gehören, so ist dieses zunächst eine factische Frage. Im Zweifel wird jedoch, nach dem jetzigen Stande unseres gemeinen Rechtes, ihre Römisch rechtliche Natur präsumirt werden müssen. Eine andere Frage ist es aber, welcher Standpunkt, ob der Römische oder Deutschrechtliche bei einer neuen Gesetzgebung einzunehmen sei? Und da glaube ich denn, daß in jenen Gemeinden, in welchen das alte Verhältniß noch klar und die Natur der Gemeindegüter noch durch keine entgegenstehende Gewohnheit oder Gesetzgebung verändert worden ist, auch bei neuen Gesetzen der Deutschrechtliche Standpunkt zu Grund gelegt werden muß, weil die Zweckmäßigkeit allein die Verletzung bestehender Rechte nicht rechtfertiget, vielmehr auch die Gesetze vor Allem gerecht sein müssen.

§. 239.

Was so eben von den Dorfgemeinden im Allgemeinen und von den Dorfmarkgemeinden insbesondere bemerkt worden ist, gilt auch von den politischen Gemeinden. Sie haben sich sammt und sonders erst unter dem Einflusse des Römischen Rechtes und der neuen Theorien gebildet und sind daher in der Regel als moralische oder juristische Personen oder als Corporationen zu betrachten und nach Grundsätzen des Römischen Rechtes zu behandeln. Da jedoch auf sie zuweilen die markgenossenschaftliche Natur übergegangen und z. B. in Baden, Sachsen u. a. m. auch in den neueren Gesetzen ihre Deutschrechtliche Natur beibehalten worden ist, so sind auch sie sodann ausnahmsweise nach Grundsätzen des Deutschen Rechtes zu behandeln.

Was nun aber die Realgemeinden betrifft, welche sich öfters noch neben den politischen Gemeinden erhalten haben, so wird heut zu Tage unter Beseler, Thöl, Dunker, Pfeiffer, Römer u. a. sehr darüber gestritten, ob auch sie noch als moralische oder juristische Personen zu betrachten seien oder nicht²⁰⁾. Zunächst

46) Vgl. über die Literatur Heimbach, part. Pr. R. §. 350 Not. 3.

dürfte indeffen auch dieses eine factische Frage und daher in jedem einzelnen Falle zu untersuchen sein, ob die Realgemeinden früher schon, als sie noch Dorfmarkgemeinden waren, ihre Deutschrechtliche Natur geändert haben oder nicht. Denn wenn nachgewiesen werden kann, daß sie in früheren Zeiten ihre Deutschrechtliche Natur bewahrt haben, so haben sie diese auch heute noch als Realgemeinden behalten, da der Umstand allein, daß sie Privatgemeinden geworden sind, ihre rechtliche Natur noch nicht ändern kann. Wenn jedoch ihre rechtliche Natur nicht nachgewiesen werden kann, so werden sie sodann in diesem Zweifel, also in der Regel, als juristische Personen betrachtet werden müssen. Denn seit Einführung des Römischen Rechtes haben in der Regel alle Genossenschaften die Natur von juristischen Personen öfters sogar von Römischen Corporationen angenommen. Dasselbe muß demnach auch von den von den alten Dorfmarkgemeinden abstammenden Realgemeinden gelten. In so weit kann daher der Ansicht von Römer ⁴⁷⁾ beigestimmt werden, nicht aber darin, daß er die Existenz der Germanischen Genossenschaften ganz leugnet. Seine dagegen vorgebrachten Gründe sind sämmtlich aus dem Römischen Rechte entlehnt. Sie passen demnach wohl für die späteren Zustände, welche sich unter dem Einflusse des Römischen Rechtes gebildet haben, nicht aber für die früheren, welche von dem Römischen Rechte und dessen Grundsätzen ganz unabhängig sind. Wenn nun aber die Realgemeinden in einem einzelnen Falle als juristische Personen betrachtet werden müssen, so gelten sodann auch von ihnen dieselben Grundsätze wie bei anderen juristischen Personen ⁴⁸⁾.

c. Die Natur der Gemeindegüter und der Nutzungsrechte wird verändert.

§. 240.

Auch die Natur der Gemeindegüter und der Nutzungsrechte daran wurde wesentlich geändert. Die Gemeindegüter wurden

47) Zeitschr. XIII, 103—117.

48) Vrgl. von Savigny, II, §. 86 ff. Römer, I. a. p. 113—117.

nämlich, wie wir gesehen haben, nun entweder als Corporationsgüter (*res universitatis*) oder als *res publicae* im Sinne des Römischen Rechtes oder gar als herrenloses Gut oder als Römisches Miteigenthum behandelt, und in jedem dieser Fälle gehörte sodann das Eigenthum nicht mehr der Gesamtheit der Genossen, wie dieses in früheren Zeiten der Fall war. (§. 221.) Meistentheils wurden sie jedoch als Corporationsgüter oder als *res universitatis* nach Römischem Rechte behandelt. Das Eigenthum daran gehörte demnach nun der Corporation selbst oder der *universitas*. Auch erhielten sie als Corporationsgüter nun eine ganz andere Bestimmung. Und diese veränderte Bestimmung hat umgekehrt wieder die Anwendung des Römischen Rechtes nicht wenig erleichtert.

Ursprünglich gehörten nämlich die ungetheilten Gemeindegüter und deren ausschließliche Benutzung den vollberechtigten Genossen. Diese ließen zwar zuweilen auch die Almenten zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse beiziehen, was um so weniger Anstand haben konnte, als die Vollberechtigten auch alle Lasten und Steuern zu tragen hatten. Da jedoch die Gemeindebedürfnisse ursprünglich sehr gering und die Almenten mehr zur Befriedigung der wirthschaftlichen Bedürfnisse der einzelnen Genossen, als zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse bestimmt waren, so kam ihre Beiziehung nicht häufig vor. (§. 122, u. 145.) Dieses veränderte sich aber seitdem die Dorfmarkgenossenschaften ihren ursprünglichen Charakter von Wirthschaftsgenossenschaften verloren und die Gemeindebedürfnisse sich in Folge des vermehrten Verkehrs und der erweiterten Competenz der Gemeinden ebenfalls bedeutend vermehrt und zuletzt sogar einen ganz anderen Charakter angenommen hatten. Die Dorfmarkgemeinde war nämlich ursprünglich, wie wir gesehen haben, hauptsächlich eine Wirthschaftsgemeinde, die zwar nicht ohne öffentliche Elemente gewesen ist, aus welcher sich jedoch erst nach und nach eine wahre politische Gemeinde herausgebildet hat. Je mehr nun aber die öffentliche Eigenschaft der Gemeinden hervortrat und die wirthschaftliche zurücktrat, desto mehr haben sich bei dem mittlerweile vermehrten Verkehre auch die Gemeindebedürfnisse vermehrt. Statt nun diese mittelst Gemeindeumlagen zu decken, fand man es bequemer zu dem Ende die Gemeindegüter selbst in Anspruch zu nehmen, in-

dem man sie verpachtete oder Holz aus den Gemeinbewaldungen verkaufte u. s. w. Dadurch erhielten sie nun aber eine ganz andere Bestimmung. Statt, wie früher, für die Privatnutzung der Genossen, also für einen Privatzweck bestimmt zu sein, nahmen sie nun den Charakter eines öffentlichen Gutes an und erhielten die Bestimmung ausschließlich für den Nutzen der Gemeinde als einer öffentlichen Anstalt, also für einen öffentlichen Zweck zu dienen⁴⁹⁾. Man behandelte sie daher mehr und mehr als einer öffentlichen Anstalt oder Corporation gehörige Güter und wendete die Grundsätze des Römischen Rechtes über *res universitatis* auf dieselben an.

So hat demnach die durch das Römische Recht veränderte Natur der Gemeindegüter zu einer veränderten Bestimmung derselben geführt und umgekehrt eben diese veränderte Bestimmung wieder die Anwendung des Römischen Rechtes gar sehr erleichtert. Je mehr nun noch die Gemeinden selbst die Natur von politischen Personen, von Corporationen und von politischen Gemeinden annahmen, desto mehr wurde die historische Bedeutung der Gemeindegüter vergessen. Man hielt die ausschließliche Benützung der altherberechtigten Genossen für ein unbegründetes Vorrecht. Daher verlangten nun sämtliche Mitglieder der politischen Gemeinde Antheil an den Gemeinbenutzungen oder man zog auch hier und da sämtliche Nutzungen zum Besten der Gemeindefasse ganz ein und gestattete niemand mehr eine Privatnutzung. Da jedoch die Privatnutzung der Gemeindegüter in den meisten Gemeinden im Interesse der Landwirthschaft selbst nicht ganz entbehrt werden konnte, so lange noch die Gemeinweiden und Wiesen für die Viehzucht und den Ackerbau ganz unentbehrlich waren, so fing man an zwei verschiedene Arten von Gemeindegütern von einander zu unterscheiden.

Es pflegten nämlich die Gemeindegüter und das Gemeindevermögen überhaupt in zwei verschiedene Bestandtheile geschieden zu werden, in Gemeindevermögen, welches ausschließend für die allgemeinen Zwecke der Corporation bestimmt ist, und in Gemeindevermögen, an welchem den Gemeindegürgern die Nutzung zusteht.

49) Vgl. oben §. 230 und Preuss. Landr. II, tit. 6. §. 71.

Das Erstere nannte man Kämmerergut, *patrimonium universitatis*, Gemeindegut im engeren Sinne des Wortes, Grundstock- oder Stammvermögen der Gemeinde oder auch Gemeindefondergut⁵⁰⁾. Und an dergleichen Gemeindeföndereien gehörte das Eigenthum ganz entschieden der Corporation selbst, nicht aber den einzelnen Gemeindegliedern und auch nicht mehr der Gesamtheit der Genossen. Man rechnete dazu außer den Gemeindegütern und Kapitalien auch noch alle Einnahmen, welche in die Gemeindefasse fließen, z. B. Thor- und Pflasterzölle, Geldbußen u. s. w.⁵¹⁾. Denn Gemeindefassen existiren überhaupt erst, seitdem die Gemeinden juristische Personen und Corporationen geworden sind, indem die Einkünfte, welche zur Bestreitung der Gemeindeföndnisse nicht nothwendig waren, in früheren Zeiten vertrunken oder unter die Gemeindeglieder vertheilt zu werden pflegten. (§. 122 u. 145).

Das Gemeindevermögen, welches den Gemeindebürgern zur Nutzung verblieb, nannte man Bürgergut, Almentgut, Genossengut, Corporationsgenossengut, oder auch *res universitatis in specie*⁵²⁾. Auch an diesem Gemeindevermögen gehört das Eigenthum streng genommen, so wie sich nun einmal unser gemeines Recht unter dem Einflusse des Römischen Rechtes gebildet hat, der Corporation, nicht aber den Gliedern der Gemeinde, auch nicht ihrer Gesamtheit. Und dieses ist auch in viele Lehrbücher und Partikularrechte übergegangen⁵³⁾. Da jedoch diese Ansicht dem historischen Rechte durchaus widerspricht, auch der Natur der Almenten und Gemeinweiden nicht angemessen erscheint, so haben Viele das Eigenthum an solchen Gemeindegütern, entweder das Gesamteigenthum oder das Miteigenthum, der Gesamtheit der Gemeindebürger, den Einzelnen aber, wenn auch nicht gerade ideelle Theile wie beim Miteigenthum, doch jeden-

50) Vgl. Mittermaier, D. Pr. R. §. 128. Not. 3.

51) Kreittmayr, II, c. 1, §. 6 Nr. 1. Thomas, I, 217, 235 u. 236. Hartmann, p. 336.

52) Kreittmayr, II, c. 1, §. 6 Nr. 1 u. 2. vgl. oben §. 233.

53) Kreittmayr, II, c. 1, §. 6 Nr. 2. von Savigny, II, §. 91, p. 288. Mittermaier, §. 129. Hillebrand, p. 140.

falls Eigenthumsrechte daran zugeschrieben ⁵⁴⁾). Und auch diese Ansicht ist in manche Partikularrechte übergegangen ⁵⁵⁾). Jedemfalls wird im einzelnen Falle das Herkommen und der Besitzstand genau zu erforschen sein. Und wenn in einem einzelnen Falle die Anwendung des Römischen Rechtes auf diese Art von Gemeindevermögen nicht speciell nachgewiesen werden kann, so dürfte sodann in diesem Zweifel die Deutschrechtliche Natur anzunehmen und daher der Gesamtheit der Bürger das Eigenthum zuzusprechen sein. Zu dieser zweiten Art von Gemeindevermögen pflegte man nun zu rechnen die Gemeinde- oder Bürgerwaldungen und die sogenannten Gemeinhölzer, d. h. diejenigen Waldungen, deren Holz jährlich unter die einzelnen Bürger vertheilt wird, sodann die Gemeindeweidn oder die gemeinen Hutn und Tristen, die Bürgerjagden, welche von allen Bürgern benutzt werden, während die Gemeindejagden zum Vortheil der Gemeindeklasse verpachtet zu werden pflegen, ferner die Gemeinde-Bege und Stege, die Gemeinde-Brunnen und Gemeindewasser überhaupt, die Gemeinde-Bäder, Tanzhäuser, Schiesshütten, die gemeinen Backofen, Marktplätze, Begräbnißplätze u. s. w. ⁵⁶⁾).

Mit der Natur der Gemeindegüter selbst hat sich natürlich auch die Natur der Nutzungsrechte, welche die Gemeindebürger daran haben, wesentlich geändert. Auch wurden sie nun wahre Sonderrechte der Einzelnen (*jura singulorum*), was sie vordem nicht waren, wie dieses Alles bereits schon bemerkt worden ist. (§. 222 u. 234.)

Was bisher von der veränderten Natur der Gemeindegüter und der Nutzungsrechte daran bemerkt worden ist, gilt in ganz gleicher Weise von den Dorfmarkgemeinden wie von den

54) Puchta im Rechtsler. III, 79. Eichhorn, D. Pr. R. §. 372. Dunder, Gesamteig. p. 178.

55) Preuß. Landr. I, tit. 17, §. 1. ff., 311. ff. II, tit. 6 §. 72, tit. 7 §. 19. ff. Oesterreich. bürgerl. Gesetzb. §. 288. Brauner, Böhmische Bauernzustände, p. 202 u. 217. Vgl. noch Sachsen-Weimar. Landgemeindeordn. von 1840 §. 29. mit dem was später noch im §. 246 bemerkt werden wird.

56) Bair. Landr. II, c. 1, §. 6. und Kreittmayr ibid. von Savigny II, 288. Thomas, I, 217, 221 ff. u. 234. Hartmann, p. 336 u. 341.

politischen Gemeinden. Denn wiewohl beide Gemeinden wesentlich von einander verschieden waren und eine jede Gemeinde ihre besonderen Eigenthums- und Nutzungsrechte gehabt hat (S. 234.), so galt denn doch hinsichtlich der Natur des einer jeden gehörenden Vermögens durchaus keine Verschiedenheit. Nur in Ansehung der heut zu Tage neben den öffentlichen Gemeinden hie und da noch bestehenden Realgemeinden besteht noch einiger Streit, welcher jedoch nach dem bereits Bemerkten nicht schwer zu schlichten sein dürfte.

In jenen Gemeinden nämlich, in welchen die Realgemeinden juristische Personen oder sogar Corporationen geworden oder aus früheren Zeiten geblieben sind, in jenen Gemeinden ist auch ihr Vermögen als Gemeinheitsgut oder als Corporationsgut zu betrachten. Und die Nutzungsrechte der einzelnen Genossen sind sodann als dingliche Rechte an einer fremden Sache, nämlich als Rechte an dem Eigenthum einer juristischen Person oder Corporation zu betrachten, und sie können wie andere dingliche Rechte erworben und auch wieder veräußert werden, es müßte denn der Besitzstand oder das Herkommen entgegen stehen. Dieses nehmen als Regel an Renaud, Reyscher und Römer⁵⁷⁾. In jenen Gemeinden dagegen, in welchen die Realgemeinden ihre alte markgenossenschaftliche Natur erhalten haben, also keine juristische Personen oder Corporationen im Sinne des Römischen Rechtes geworden sind, was in jedem einzelnen Falle nach Partikularrecht⁵⁸⁾ oder nach dem Herkommen und Besitzstande beurtheilt werden muß, in jenen Gemeinden sind auch die Almenten keine Gemeinheits- oder Corporationsgüter der Realgemeinde geworden, diese sind vielmehr sodann in ihrem Gesamteigenthum oder wenigstens in ihrem Miteigenthum geblieben. Das Letztere nehmen als Regel an von Savigny (II, 289. Not. o.), Duncker⁵⁹⁾, Pfeifer⁶⁰⁾ u. a. m.

57) Reyscher. Würt. Pr. R., §. 281, 745 u. 764. Renaud und Römer in Zeitschr. IX, 97. ff. u. XIII, 118, 119 u. 123.

58) Preuß. Landr. II, tit. 7 §. 24. ff.

59) Gesamteigenthum, p. 187. f.

60) Pfeifer, Die Lehre von den juristischen Personen, p. 49. Not. 4. Bgl. noch oben §. 33, 34, 234, 238, 239.

d. Die Natur und der Umfang der Gemeindeangelegenheiten wird verändert.

§. 241.

Eine nothwendige Folge der durch das Römische Recht, durch die Reformation, durch die Grundherrschaft und die öffentliche Gewalt und die neueren Theorien herbeigeführten Veränderungen war auch die Umgestaltung der Gemeindeangelegenheiten selbst, sowohl ihrer Natur nach als hinsichtlich ihres Umfangs.

Ihrer Natur nach waren die Gemeindeangelegenheiten ursprünglich Dorfmarkangelegenheiten und, da sich in früheren Zeiten Alles um die Landwirthschaft herumbrehte, die Dorfmarkgemeinden also ihrer Wesenheit nach wahre Wirthschaftsge nossenschaften waren, hauptsächlich landwirthschaftliche Angelegenheiten. Die ursprünglich nur wenigen Gemeindeangelegenheiten bezogen sich daher sammt und sonders auf die Benutzung, Erhaltung und Veräußerung der Dorfmark, der ungetheilten Mark eben sowohl wie der getheilten, insbesondere also auf die Anlegung und Unterhaltung der Dorf-, Feld- und Wiesenäune und der Gemeindewege und Stege, auf die Benutzung des Wassers zur Wiesenbewässerung und für die Dorfmühle, auf die Reinigung der Bäche und Flüsse und der Dorfgraben, auf die Anordnungen über das Pflügen, Säen und Erndten, auf die Anordnungen über die Aufeinanderfolge der Saaten und über die Abwechselung der Bau- und Ruhejahre, über die Festsetzung der geschlossenen und offenen Zeit für die Rast und Weide, über die Gemeindehirten und Schäfer, über die Feld- und Walbschützen, über die Zucht- und Wucher- oder Geilthiere, über die Flachs-, Hanf- und sonstigen Dörren, über die für die Landwirthschaft nothwendigen und daher in der Gemeinde gebuldeten Gewerbe u. s. w. Sogar die Feld- und Forstpolizei, die Bau-, Feuer- und sonstige Ortspolizei, die Straßen- und Wasserpolizei und die Gewerbs- und Marktpolizei hing mit der Aufsicht über die Dorfmark zusammen und ging aus derselben hervor. (§. 141, 152—158, 166, 177 ff.). Seitdem jedoch die Gemeinden in Corporationen und in politische Gemeinden umgewandelt worden, und die Almenten und die übrigen Gemeindegüter Corporationsgüter geworden waren, und

seitdem die neueren nationalökonomischen Forschungen zur Aufhebung der alten Feldwirthschaft und zur Vertheilung der Almenten selbst geführt haben, seitdem mußten auch die Gemeinbeangelegenheiten ihren markgenossenschaftlichen und landwirthschaftlichen Charakter verlieren. Denn seitdem die Gemeinden Römische Corporationen und politische Gemeinden geworden waren, seitdem konnten sie natürlicher Weise keine Dorfmarkgemeinden mehr sein. Und auch die Almenten und die übrigen Gemeindegüter änderten nun, seitdem sie Corporationsgüter geworden waren, ihre alte Natur. Denn sie nahmen den Charakter eines öffentlichen Gutes an und erhielten darum auch eine ganz andere Bestimmung. Statt nämlich wie früher dem Nutzen der Genossen, also einem Privatzzweck zu dienen, sollten sie nun für den Nutzen der Gemeinde, also für einen öffentlichen Zweck bestimmt sein. (§. 230 u. 240). Die Gemeinbeangelegenheiten waren demnach öffentliche Angelegenheiten geworden, denn statt mit der Dorfmark und Landwirthschaft hatten sie es nun mit dem öffentlichen Wohle der Gemeinde zu thun. Eben so weit und in ihren Folgen noch weiter reichte aber die durch die neueren Forschungen herbeigeführte Aufhebung der alten Dreifelderwirthschaft und die Vertheilung der gemeinen Mark selbst. Denn durch die Aufhebung der alten Feldwirthschaft und durch die landesherrlichen Anordnungen über den Anbau der Brachfelder und über die Kultur der Wiesen und öden Gründe, wie dieses in Baiern schon in den Jahren 1762 und 1770 und nachher noch öfter geschehen war, wurde nicht nur der landwirthschaftliche Charakter der Dorfgemeinden geändert, sondern in der That selbst das alte Band, welches die Gemeinde hauptsächlich zusammenhielt, gänzlich zerrissen. Denn alle die Anordnungen über die Aufeinanderfolge der Saaten, über die Abwechselung der Bau- und Ruhejahre, über das Pflügen, Säen und Erndten, über die Anlegung und Unterhaltung der verschiedenen Bäume u. s. w. fielen nun von selbst weg. Sie hatten theils keinen Gegenstand, theils keinen Werth mehr, und erschienen darum nur noch als lästige Beschränkungen. Der Einzelne war daher nun von der Gesamtheit der Genossen gleichsam emancipirt. Unter diesen Umständen wird man es deshalb begreiflich finden, wie im Jahre 1803 in Baiern die Zaunrichtungen selbst und die damit verbundenen Zaunvisitationen als verbots-

wibrige Kulturbeschränkungen betrachtet und daher gänzlich abgeschafft werden konnten⁶¹⁾. Mit der Vertheilung der gemeinen Dorfmark hörte aber die Dorfmarkverfassung ganz auf und die Gemeindeangelegenheiten konnten darum auch keine Dorfmarkangelegenheiten mehr sein. Die Natur der Gemeindeangelegenheiten hatte sich demnach gänzlich geändert. Daher handeln auch die neueren Gemeindeordnungen hauptsächlich nur noch von der Verfassung und Verwaltung der Gemeinden als öffentlicher Corporationen und von den Dorfmark- und landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist darin fast gar nicht mehr die Rede, wie-wohl auch heute noch die Landwirthschaft bei den Dorfgemeinden die Hauptsache ist.

Allein auch der Umfang der Gemeindeangelegenheiten hat sich bedeutend verändert. Er hat sich auf der einen Seite vermehrt, auf der anderen Seite aber bedeutend vermindert. Vermehrt haben sich nämlich die Angelegenheiten der Gemeinde seitdem die Armenpflege, das Schulwesen, die Kirchengucht und die Verwaltung des Kirchenvermögens an die Gemeinden gekommen war, seitdem der vermehrte Verkehr zu vermehrter Bevölkerung und zu neuen Ansiedelungen geführt hat, seitdem die neuen Ansiedelungen und die vermehrten Ansprüche der alten und neuen Beisassen zu politischen Gemeinden, diese aber wieder zu neuen Bedürfnissen geführt haben, und seitdem die Lasten der Grund- und Landesherrschaft und der Kirchengemeinden mehr und mehr auf die meistentheils hörig gewordenen Landgemeinden gelegt worden und dadurch die ursprünglich sehr unbedeutenden Gemeindeumlagen, Gemeinbedienste und Naturalleistungen eine fast unerschwingliche Größe erreicht hatten. (§. 138, 142, 149, 223—228, 240.) Vermindert haben sich dagegen die Gemeindeangelegenheiten in demselben Verhältnisse, als sich die Freiheit und Selbständigkeit der Gemeinden unter dem Einflusse der Grundherrschaft und der öffentlichen Gewalt fast gänzlich verloren, und die landesherrliche Polizei mit der Orts- und Gewerbspolizei auch noch die gesammte Gemeindeverwaltung an sich gezogen und den Ge-

61) Bair. Regierungsbl. von 1803, p. 57 u. 58. Vgl. noch oben S. 212 u. 229.

meinden selbst nur noch die, nun von der Grund- und Landesherrschaft aufgelegten, Lasten zu tragen überlassen hat. (§. 206—219).

- e. Mit der Dorfmarkverfassung gehen auch die genossenschaftlichen Elemente und Rechte verloren.

§. 242.

Alle Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeindeglieder beruhten ursprünglich auf Feld- und Markgenossenschaft. Sie waren daher markgenossenschaftliche Rechte und Verbindlichkeiten. Dies gilt von dem Antheile an dem Eigenthum an der gemeinen Dorfmark ebensoviel wie von der Marknutzung, von dem Antheile am Dorfregimente wie von der Gerichtsfolge und von den Diensten und Leistungen der Gemeindeglieder, insbesondere auch von den Steuern, von den Gemeindegeldern und Steuern eben sowohl wie von den öffentlichen Diensten und Steuern. (§. 81—86, 141, 152). Auch die Gemeindevorsteher endlich und der Gemeinderath und die Dorfmarkgerichte waren genossenschaftliche Beamten und Behörden. (§. 163, 164, 170, 185). Mit der Dorfmarkgenossenschaft selbst wurden jedoch auch diese genossenschaftlichen Elemente nach und nach untergraben und zuletzt gänzlich vernichtet, zuerst unter dem Einflusse der Grundherrschaft und der öffentlichen Gewalt, später aber auch noch unter dem Einflusse des Römischen Rechts und der neueren Theorien.

An und für sich stand zwar die Grundherrschaft und auch die öffentliche Gewalt der Dorfmarkgenossenschaft durchaus nicht im Wege. Die Eine konnte daher sehr wohl neben und über der Anderen bestehen und hat auch lange Zeit neben und über der Anderen bestanden. Nichts desto weniger haben doch beide von Anfang an schon die Keime enthalten, aus welchen der Untergang aller genossenschaftlichen Freiheit und Selbständigkeit der Gemeinden hervorgegangen ist. In den grundherrlichen Gemeinden war es nämlich die mit der Dorfmarkgenossenschaft vereinigte Hofgenossenschaft, allenthalben aber die in der Grundherrschaft und in der öffentlichen Gewalt liegende Schirm- und Banngewalt, welche alle genossenschaftliche Freiheit und Selbständigkeit

der Gemeinden untergraben und vernichtet hat. Das in der Schirmgewalt liegende Aufsichtsrecht führte nämlich zu jener drückenden Obervormundschaft und das Bannrecht auch in Gemeindeangelegenheiten zu einer gesetzgebenden Gewalt und zur Steuergewalt. Dadurch kam nun nach und nach alle Feld- und Waldpolizei, alle Gewerbs- und Dorfpolizei und zuletzt auch noch das Dorfregiment selbst in die Hände der Grund- und Landesherren, und den Gemeinden blieb nur noch die Pflicht zu gehorchen und zu bezahlen. (§. 205–219.) Unter diesen Umständen verloren natürlich auch die genossenschaftlichen Gemeindebeamten ihren alten Wirkungskreis. Sie wurden mehr und mehr von den grund- und landesherrlichen Beamten beschränkt und sodann entweder gänzlich verdrängt und durch grund- oder landesherrliche Ortsvorsteher ersetzt, oder sie sanken zu bloßen Boten und Feldschützen herab. (§. 163, 167, 199, 204, 208). Das Amt eines Gemeindevorstehers ward aber sodann zu einer wahren Gemeinbelast, welche wie jeder andere Frondienst der Reihe nach von jedem Grundbesitzer getragen werden mußte, und von welcher man sich, wie von anderen Lasten im Wege der Gnade befreien ließ. (§. 165 u. 209.) Auch die Dorfgerichte, welche wahre Dorfmarkgerichte waren, sind mit der genossenschaftlichen Freiheit und Selbstständigkeit ebenfalls verschwunden oder durch grund- oder landesherrliche Gerichte ersetzt worden. (§. 167, 186, 193, 204, 216.) Zwar haben sich in vielen Gemeinden, nicht bloß in freien und gemischten, sondern auch in grundherrlichen Gemeinden auch noch genossenschaftliche Gemeindevorsteher und Dorfgerichte bis ins 18. Jahrhundert und sogar bis auf unsere Tage erhalten. Allein auch sie findet man nur noch in solchen Gemeinden, in welchen sich überhaupt noch markgenossenschaftliche Elemente, wenn auch nur noch in wenigen und schwachen Ueberresten, erhielten. (§. 167 u. 186). So wie sich denn in jenen Gemeinden auch noch andere genossenschaftliche Rechte z. B. die Nachbarlosung oder das sogenannte Nachbarrecht in seiner ursprünglichen Bedeutung, (§. 132.) u. a. m. bis auf unsere Tage erhalten haben. Auch war die Wirksamkeit der genossenschaftlichen Behörden und Gerichte mit der genossenschaftlichen Freiheit meistens gänzlich verschwunden. Denn die Gemeindevorsteher sollten ohne Erlaubniß der grund- und landes-

herrlichen Beamten nicht einmal mehr ihre Gemeinben versammeln, um sich über Gemeindeangelegenheiten mit ihnen zu berathen. Und das alte nationale Verfahren ward nach und nach zu einer leeren Form. (§. 167, 193, 208, 216.)

Unter diesen Umständen wird man es daher sehr begreiflich finden, wie es möglich war, daß hie und da schon im 15., 16. und 17. Jahrhundert die Erinnerung an die ursprüngliche Genossenschaft in der Art verschwunden sein konnte, daß sogar die Verfasser der alten Landrechte und Landesordnungen, z. B. des Dithmarschen Landrechtes und der Tiroler Landesordnung u. a. m., die alte markgenossenschaftliche Grundlage der Gemeinben nicht mehr verstanden ⁶²⁾, daß man aus der alten Marklösung und aus dem Rechte der Dorfmarkgenossen auf den erblosen Nachlaß ein Nachbarrecht im neueren Sinne des Wortes machen konnte (§. 132 u. 133), daß man die wahre Bedeutung einer Bauersprache nicht mehr recht kannte (§. 208.), daß man die Größe der Berechtigung und der Belastung nicht mehr nach dem Maßstabe der Größe des Besitzthums oder des Bedürfnisses berechnete, vielmehr wie z. B. im Stifte Fulda den Hüttnern und anderen Kleinbegüterten ganz gleiche Rechte mit den Bauern und Großbegüterten einräumte ⁶³⁾, was bei einiger Kenntniß der älteren Verhältnisse nicht möglich gewesen wäre.

Vollendet ward jedoch die Vernichtung aller markgenossenschaftlichen Elemente erst durch die Umgestaltung der Dorfmarkgemeinben in Corporationen und politische Gemeinben unter dem Einflusse des Römischen Rechtes und der neueren Theorien. Denn dadurch ward auch noch die Grundlage der alten Genossenschaft und mit dieser die Genossenschaft selbst vernichtet, damit aber zu gleicher Zeit auch die innerste Natur der Gemeinbegüter und der Nutzungsrechte, so wie der Gemeindeangelegenheiten selbst gänzlich verändert, so daß sich nur in den sogenannten Realgemeinben noch einige schwache Ueberreste der ehemaligen Markgenossenschaften erhielten. (§. 237—241.)

Erst das Beispiel der Französischen Revolution und die Noth

62) Vgl. Michelsen in Zeitschr. VII, 94 ff. und altbühm. Rechtsquellen, p. 330—332. Tiroler Landesordn. B. 4 tit. 2—4. und oben §. 128.

63) Thomas, I, 227, 228 u. 237. Vgl. oben §. 87 u. 134.

der Zeit, um der seit der Revolution sich mächtig erhebenden Volksherrschaft mit mehr Nachdruck entgegenzutreten zu können, hat wieder den Blick auf die Gemeinden und auf deren Verfassung, — auf die Wiederbelebung der Gemeindeförpser — wie man es in Baiern genannt hat, gelenkt. Leider hatte man aber nicht mehr die nöthigen Kenntnisse weder von der untergegangenen Freiheit und Selbständigkeit der Gemeinden, noch von den genossenschaftlichen Rechten der Gemeindebürger selbst. Man construirte vielmehr auch die neuen Municipalitäten und Gemeinden unter dem Einflusse der neueren Theorien größtentheils a priori, wie damals jede andere Staatsanstalt. Daher haben denn die neueren Gesetze die alte Verfassung der Gemeinden vollends untergraben und vernichtet. Und die Gemeindeförpser harren immer noch auf ihre wirkliche Belebung — auf eine Wiedererweckung von den Todten!

9. Neue Gesetzgebung.

a. Im Allgemeinen.

§. 243.

Es ist schwer eine Uebersicht über den Inhalt der neueren Gemeindeordnungen zu geben, da dieselben von keinem bestimmten Princip ausgehen, oft planlos Altes und Neues mit einander vermengen und größtentheils von Verfassern herrühren, welche von den früheren Zuständen wenig oder gar nichts verstanden⁶⁴⁾.

Die neueren Gemeindeordnungen sind sammt und sonders unter dem Einflusse der neueren Theorien abgefaßt worden. Sie gehen daher meistentheils von der Idee eines allgemeinen Gemeindebürgerrechts aus. Nichts desto weniger ist jedoch diese Idee nirgends vollständig durchgeführt worden. Die meisten Gemeindeordnungen hängen vielmehr, wenn auch bewußtlos, die Einen mehr die Anderen weniger noch mit der alten Dorfmarkverfassung oder doch mit ihren Consequenzen zusammen. Daher sind sie

64) Ueber die neuere Gesetzgebung ist zu vergleichen Meiske über Gemeindegüter. Leipzig 1849 und dessen Sammlung der neueren deutschen Gemeindegesetze. Leipzig 1848., nach welchem Buche ich die einzelnen Gemeindeordnungen und Gesetze citiren werde.

samt und sonders voller Reminiscenzen an die alte Verfassung. Und ohne Kenntniß der alten ist das Verständniß der neuen Verfassung der Gemeinden gar nicht möglich. Als eine solche Reminiscenz an die alte Dorfmarkverfassung ist es unter Anderem auch zu betrachten, daß jede Gemeinde noch eine abgesonderte Gemarkung besitzen soll, und daß der Gemeindebezirk noch Gemarkung, Gemeindegemarkung, Markungsbezirk, Ortsgemarkung, Flurgemarkung, Flurbereich u. s. w. genannt zu werden pflegt, wie dieses nach den Gemeindeordnungen von Baden, Sachsen, Württemberg, den beiden Hessen, Sachsen Weimar, Hohenzollern Hechingen und Sigmaringen u. a. m. der Fall ist. Denn die Flurmarken und Marken überhaupt hängen mit der alten Dorfmarkverfassung zusammen und haben nur in Verbindung mit ihr einen tieferen Sinn und überhaupt eine Bedeutung.

Man kann die neueren Gemeindeordnungen, je nach ihrem größeren oder geringeren Zusammenhang mit der alten Dorfmarkverfassung, etwa in drei Klassen eintheilen. Die Einen, indem sie das allgemeine Ortsbürgerrecht annahmen und dem Grundbesitze entweder gar keinen oder wenigstens keinen ausschließlichen Einfluß mehr gestatteten, haben mehr oder weniger mit der alten Verfassung gebrochen. Dahin gehören die Gemeindeordnungen von Baiern, Württemberg, Baden, der beiden Hessen, Nassau, Sachsen Altenburg und Hohenzollern Sigmaringen, so dann die zur freien Stadt Frankfurt gehörigen Ortschaften und die Schweiz. Allein die meisten von ihnen anerkennen doch noch die hergebrachten Rechte, insbesondere die Realgemeinderechte und die Realgemeinden selbst. Auch gestatten Einige von ihnen den Höchstbesteuerten, z. B. bei der Theilung von Gemeindegütern, einen größeren Einfluß oder bei den Wahlen gewisse Vorrechte⁶⁵⁾. Daher haben auch sie nicht gänzlich mit der Vergangenheit gebrochen. Andere Gemeindeordnungen stehen gewissermaßen mit einem Fuße noch in der alten Verfassung. Sie huldigen zwar ebenfalls dem modernen Grundsatz eines all-

65) Die Baierschen Gemeindeordnungen von 1818 §. 25 u. 95 und von 1834 §. 6. Frankfurter Landgemeinbeordn. von 1824 §. 15. Kurheff. Gemeinbeordn. von 1834, §. 32, 38 u. 39. Sigmaring. Gef. über die Verfass. der Gemeinden von 1840 §. 27.

gemeinen Ortsbürgerrechtes. Da sie jedoch nur den in Grund und Boden ansässigen Gemeindegliedern, wie z. B. im Königreich Sachsen, in Oldenburg und im Fürstenthum Lippe, oder sogar nur den Meistbeerbten, wie z. B. in der Preussischen Provinz Westphalen und in Rheinpreussen, Antheil an dem Dorfregimente gestatten, oder z. B. in Sachsen Weimar nur den vollberechtigten Nachbarn das Recht Wohngebäude zu besitzen, und in Sachsen Meiningen nur allein den Nachbarn mit vollem Nachbarrecht Nutzungsrechte an dem Gemeindevermögen zugestehen, so haben sie wenigstens nicht mit der alten Verfassung gebrochen. Einige wenige neuere Gemeindeordnungen endlich haben die alte Markenverfassung sogar heute noch als Grundlage der Gemeindeverfassung beibehalten. Dahin gehört insbesondere die Gemeindeordnung von Schwarzburg Rudolstadt und das Aufbuch der Dorfgemeinde Schnottwohl von den Jahren 1806 und 1811.

§. 244.

Was indessen das Verständniß dieser Gemeindeordnungen ganz besonders erschwert: das ist der Umstand, daß ihre Verfasser meistens mit den früheren Zuständen entweder gar nicht oder nicht hinreichend vertraut waren, indem dieselben weder die Grundlage der alten Verfassung noch insbesondere die Deutschrechtliche Natur der Gemeinländereien gekannt und daher diese durch die Brille des Römischen Rechtes betrachtet haben. Auch sieht man es den meisten von ihnen an, daß sie nicht aus einer Hand und aus einem Gusse hervorgegangen sind, daß sie vielmehr unter mannichfaltigen Einflüssen spätere Zusätze erhalten haben, welche vielleicht dem Ideengang ihres ersten Verfassers ganz fremd waren. So werden z. B. in der Braunschweigischen Landschaftsordnung von 1832 §. 43. die Forensen sehr unrichtig Markgenossen genannt und als solche von den Gemeindegossen unterschieden, während nach der alten Verfassung die Gemeindegossen allein Markgenossen gewesen sind, die Forensen aber weder nach der alten noch nach der neuen Verfassung Markgenossen, vielmehr gerade umgekehrt Ausmärker gewesen und auch so genannt worden sind. Eben so wird daselbst (§. 47.) von Ortschaften ge-

prochen, welche aus verschiedenen Gemeinden bestehen, während gerade umgekehrt von Gemeinden hätte gesprochen werden sollen, welche aus mehreren Orten bestehen. Eben so unrichtig werden in der Sachsen Weimarschen Landgemeindeordnung von 1840 (§. 5, 14, 25 u. 45.) die Forensen oder Ausmärker Flurgenossen genannt und sogar als eine wahre Genossenschaft behandelt, in welche man erst nach Erlegung eines Flurnachbarrechtsgeldes durch einen Beschluß des Ortsvorstandes aufgenommen werden muß (§. 23 u. 57.), und mit welcher Flurgenossenschaft ein eigenes Flurgenossenrecht, d. h. das Recht Grundstücke in dem Ortsgemeindebezirke zu besitzen, verbunden ist (§. 23–26.) Denn Ausmärker oder Forensen nannte man ja von je her gerade diejenigen Grundbesitzer, welche nicht Markgenossen, also auch nicht Flurgenossen waren. Zwar pflegten auch die Ausmärker gewisse Rechte und Verbindlichkeiten in der Dorfmark zu haben, welche hier Flurgenossenrecht genannt werden. Allein da sie niemals zur Dorfmarkgenossenschaft gehört und auch unter sich selbst keine eigene Genossenschaft gebildet haben, so können sie auch heute noch nicht als eine Genossenschaft betrachtet werden, kein genossenschaftliches Recht haben, nicht Genossen heißen und auch kein Aufnahmsgeld entrichten müssen in eine Genossenschaft, die gar nicht existirt. Eben so unrichtig ist es endlich, um noch ein Beispiel anzuführen, wenn in dem Sachsen Meiningschen Edikte über die Verfassung der Landgemeinden von 1840 (§. 2, 9, 10, 14 u. 16.) von Ortsnachbarn mit und ohne Nachbarrecht gesprochen wird, als wenn es Ortsnachbarn geben könne, die kein Nachbarrecht haben. Man hat nämlich hier unter Nachbarrecht offenbar das Recht der Marknutzung verstanden und nicht bedacht, daß mit diesem Rechte zu gleicher Zeit auch das Stimmrecht in der Gemeindeversammlung verbunden war, und daß der Gemeindebürger nur deshalb Ortsnachbar genannt ward, weil er im Besitze eines Nachbarrechtes war. Wollte man daher diejenigen Gemeindeglieder, welche keine Marknutzung, aber dennoch das Stimmrecht haben sollten, dennoch Ortsnachbarn nennen, so mußte man nicht von einem ihnen nicht zukommenden Nachbarrechte reden, dieses vielmehr eine Marknutzung nennen. Oder man mußte die Gemeindeglieder, welche keine Marknutzung haben sollten nicht Ortsnachbarn, vielmehr

Ortsbürger u. s. w. nennen. Denn Ortsnachbarn ohne Nachbarrrecht ist eine sich selbst widersprechende Benennung.

§. 245.

Das allgemeine Orts- oder Gemeindebürgerrecht war dem alten Rechte eben so fremd wie das allgemeine Staatsbürgerrecht. Beide haben sich erst unter dem Einflusse der neueren Theorien gebildet und seit der Französischen Revolution weiter verbreitet. (§. 235). Der Anstoß zu diesen Veränderungen ging demnach von Frankreich aus. Um zur Einheit (*à l'union intime de toutes les parties de l'empire*) zu gelangen wurde durch das Gesetz vom 4. August 1789 art. 10. die alte Französische Provinzial-, Stadt- und Gemeinde-Versassung mit ihren besonderen Rechten und Privilegien abgeschafft und verordnet, daß alles zusammen zu einem gemeinsamen Rechte verbunden werden solle (*confondus dans le droit commun de tous les Français*). Dem zu Folge wurde nun Frankreich in Departemente und Bezirke, und diese wieder in kleinere Verwaltungsbezirke, in sogenannte Municipalitäten (*arrondissemens communaux*) oder politische Gemeinden getheilt⁶⁶). Zu gleicher Zeit wurde der alte Unterschied zwischen Bürgern und nicht Bürgern aufgehoben, alle Franzosen für Staatsbürger (*citoyens Français*) erklärt und verordnet, daß sich die Staatsbürger in jeder Gemeinde niederlassen und durch einen Aufenthalt von Jahr und Tag das Ortsbürgerrecht erwerben könnten (*Pour exercer les droits de cité dans un arrondissement communal, il faut y avoir acquis domicile par une année de résidence*), mit dem Ortsbürgerrechte aber zu gleicher Zeit auch den zur Ausübung der politischen Rechte nothwendigen politischen Wohnsitz (*domicile politique*) erwerben sollten⁶⁷). Das frühere Gemeindebür-

66) Die beiden Gesetze vom 14. December 1789 über die Bildung der Municipalitäten. Und die Versassungen von den Jahren III, und VIII der Republik art. 1.

67) *Loi sur la formation des municipalités* vom 14. December 1789, §. I Nr. 1 und 3. *Loi du 10. juin 1793, qui détermine le mode de partage des biens communaux* sect. II, art. 3. und die Con-

gerrecht ward hiedurch zu einem allgemeinen Staatsbürgerrechte, das neue Ortsbürgerrecht dagegen zu einer Unterabtheilung des Staatsbürgerrechtes gemacht. Eben so waren nun die Gemeinden selbst bloße Unterabtheilungen des Staates und bloße Verwaltungsbezirke geworden. Und es dauerte nicht lange, so wurden diese Gesetze der Französischen Revolution die Richtschnur der Deutschen Gesetzgeber bei ihren sogenannten Organisationen. Man erklärte in den verschiedenen Gemeindeordnungen und Gesetzen die Gemeinden für örtliche Verwaltungsbezirke, z. B. in Nassau §. 1 u. 2; für Gemeinde- oder Ortsgemeindebezirke z. B. im Königreich Sachsen §. 15, in Sachsen Weimar §. 3., Braunschweig §. 41., in der Preussischen Provinz Westphalen §. 3 und in der Preussischen Rheinprovinz §. 3.; für Unterabtheilungen des Staates oder des Staatskörpers, z. B. in Baiern ⁶⁸⁾, Oldenburg §. 17, und Nassau §. 2 u. 12; für die Grundlage des Staatsvereins oder des Staatsverbandes, z. B. in Württemberg und Sachsen Altenburg ⁶⁹⁾; für die Grundfeste des freien Staates, z. B. in Oesterreich ⁷⁰⁾; allenthalben aber für Staatsanstalten. Und man verordnete, daß alle Grundstücke, auch die einzeln gelegenen Besitzungen, welche früher in keinem Gemeindeverbande gestanden, mit einer Gemeinde vereinigt werden sollten, z. B. in den Gemeindeordnungen von Preussisch Westphalen §. 4. und von Rheinpreußen §. 4., von Baiern §. 4., Württemberg ⁷¹⁾, des Königreichs Sachsen §. 16., von Kurhessen §. 5., Braunschweig §. 41., Nassau §. 1 und von Hohenzollern Sigmaringen §. 3. Und in Baden, wo die abgesonderten Waldungen und Hofgüter eine besondere Gemarkung bilden durften, sollten sie wenigstens der polizeilichen Aufsicht

stitutionen von den Jahren III. und VIII. der Republik art. 2 und 6
 Codann Décret impérial du 17. janvier 1806 art. 1—4 im Bul.
 von 1806 Nr. 72 p. 216. und Merlin, rep. bourgeois. §. VI,
 p. 862.

68) Gemeindeordnung von 1808 §. 33 und von 1818 §. 22.

69) Würt. Gesetz über das Gemeindebürgerrecht von 1833, §. 1. Altenb.
 Grundgesetz von 1831 §. 100.

70) Gemeindegesetz vom 17. März 1849 §. 1.

71) Verwaltungsgebiß für die Gemeinden von 1822 §. 1.

wegen einer benachbarten Gemeinde zugetheilt werden ⁷²⁾). In Zusammenhang mit diesen Anordnungen steht die weitere Verfügung, daß nur Staatsbürger oder wenigstens nur Inländer Gemeindebürger werden können und zwar in der Art, daß entweder z. B. in Württemberg §. 1 u. 17., in Baden §. 40, im Großherzogthum Hessen §. 51., in Sachsen-Weimar §. 4., in Hohenzollern-Sigmaringen §. 1 u. 10., in Schwarzburg-Rudolstadt §. 7., in Baiern u. a. m. das Staatsbürger- oder Unterthanenrecht der Aufnahme ins Ortsbürgerrecht vorhergehen, oder in der Art, daß z. B. in Kurhessen §. 22, in Oldenburg §. 13 u. 74. u. a. m. die Aufnahme ins Ortsbürgerrecht der Aufnahme in den Unterthanenverband vorhergehen, oder wie in Sachsen-Altenburg §. 100 u. 109. gleichzeitig damit verbunden sein solle. Auch ist hie und da die Ausübung des Stimmrechtes in der Gemeindeversammlung von dem Besitze des Staatsbürgerrechtes oder des Unterthanenrechtes abhängig gemacht, z. B. in Baiern ⁷³⁾ und in Rheinpreußen §. 35. Und in Oesterreich sind Gemeindeglieder, welche die Oesterreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, wenigstens nicht wählbar ⁷⁴⁾. Auch sollten die Ortsbürger nicht bloß landesherrliche Unterthanen und Staatsbürger, sondern umgekehrt, auch jeder Unterthan und Staatsbürger wieder Mitglied irgend einer Ortsgemeinde sein, z. B. in Württemberg §. 1, Kurhessen §. 9, in Braunschweig §. 42, Nassau §. 2, Oldenburg §. 7 u. 17. u. a. m. Zu dem Ende war, wie in Frankreich, vorgeschrieben, daß die Staatsbürger sich in jeder Gemeinde niederlassen und dadurch das Ortsbürgerrecht erwerben könnten z. B. in Baden §. 17, Nassau §. 2., in der Schweiz (§. 236) u. a. m. Ausgenommen von der Verbindlichkeit in einen Gemeindeverband treten zu müssen sind öfters die Standesherrn, die Rittergutsbesitzer, die Staatsdiener, die ehemaligen Hoffkuchhörigen, die herrschaftlichen Meier u. a. m. z. B. in Preussisch-Westphalen, im Königreich Sachsen, in Sachsen-Weimar, Württemberg, Oldenburg, Lippe, Hohenzollern-Sig-

72) Gesetz über die Verfassung der Gemeinden von 1831, §. 3, 153 u. 154.

73) Gemeindeordn. von 1818 §. 74. Gemeindevahlordnung von 1818 §. 2, 5 u. 8.

74) Gemeindegesetz von 1849 §. 35. Nr. 5.

mingen u. a. m. (§. 205.) Daher nennt man in manchen Gemeindeordnungen diejenigen Staatsangehörigen, welche an einem Orte wohnen ohne dem Gemeindeverbande anzugehören, staatsbürgerliche Einwohner z. B. in Baden §. 2, 61–63 u. 67 und in Hohenzollern Sigmaringen §. 2. Auch sollen die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeindebürger nach manchen Gemeindeordnungen von dem Staatsbürgerrechte in so fern abhängig sein, als die Staatsbürger ihre Rechte und Verbindlichkeiten zunächst in ihrer Gemeinde als Ortsbürger ausüben und die Verbindlichkeiten der Orts- oder Gemeindebürger darin bestehen sollen, daß sie die allgemeinen Pflichten eines Staatsbürgers ganz vorzüglich auch in ihrer Gemeinde und gegen die Gemeindeglieder erfüllen, z. B. in Nassau §. 3.

Endlich wurde nun auch der Zweck der Gemeinde ein ganz anderer. Früher war derselbe ein landwirtschaftlicher und markgenossenschaftlicher, nun aber ein öffentlicher (§. 230), und zwar in doppelter Hinsicht, theils ein allgemeiner Staatszweck zur Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt, theils ein besonderer gesellschaftlicher Zweck zur Beförderung der besonderen Wohlfahrt der Gemeinde. So in Baden §. 78, Sachsen Altenburg §. 100 u. 114., Oldenburg §. 17, 70 u. 72. und in Baiern nach den Gemeindeordnungen von 1808, §. 7, 12 u. 33–35 und von 1818, §. 22. Denn „der Zweck der Gesellschaft legt“, wie das Gemeinde-Edikt von 1808 §. 33. sagt, „den Gemeinden zweierlei „Verbindlichkeiten auf, theils solche, welche sie als Glieder des „ganzen Staatskörpers zu erfüllen haben, theils solche, welche „in ihrer eigenen gesellschaftlichen Verbindung liegen.“

b. Die Dorfgemeinden 1) als Corporationen.

§. 246.

Die Dorfgemeinden sind nach der neuen Gesetzgebung Corporationen oder moralische Personen. Die meisten Gemeindeordnungen sprechen dieses ausdrücklich aus. z. B. die Preussische Landgemeindeordnung für die Provinz Westphalen von 1841 §. 1, die Baierschen Gemeindeordnungen von 1808 §. 7 u. 10 und von 1818 §. 1 u. 20., das Hannoversche Landesverfassungsgesetz v. Maurer, Dorfverfassung. II Bb.

von 1840 §. 54, das Sachsen Altenburgische Grundgesetz von 1831 §. 99 u. 100, die Oldenburgische Gemeindeordnung von 1881 §. 17, das Oesterreichische Gemeindegesetz von 1849 §. 74 u. 107. u. a. m. Andere schweigen, z. B. die im Uebrigen mit der Westphälischen ganz gleichlautende Gemeindeordnung für die Rheinprovinz von 1845 §. 1. Allein nach dem jetzigen Stande des gemeinen Rechts müssen auch diese Gemeinden als Corporationen betrachtet werden. Eine andere Frage ist es, ob dieselben als Römische oder als Deutschrechtliche Corporationen betrachtet werden müssen. Daß es nämlich auch heute noch Gemeinden gibt, welche Deutschrechtliche Corporationen sind, ist bereits schon bemerkt worden (§. 238). Außer den Landgemeinden in Baden und Sachsen sind noch dahin zu rechnen die Gemeinden von Tirol und Vorarlberg⁷⁵⁾ und von Schwarzburg Rudolstadt⁷⁶⁾. Andere sind offenbar ein Gemisch von beiden, z. B. die Landgemeinden von Sachsen Weimar. Denn da nach der Landgemeindeordnung von 1840 §. 29. das Gemeindevermögen „entweder der Gemeinde selbst oder den sämtlichen Gemeindegliedern „als solchen, oder doch den sämtlichen Nachbarn des Ortes in „dieser ihrer Eigenschaft zustehen“ soll, so werden die Gemeinden offenbar theils als Römische, theils als Deutschrechtliche Corporationen betrachtet. Da jedoch nach §. 30 „das Eigenthum an „dem Gemeindevermögen und in der Regel auch das Benutzungsrecht nur der ganzen Gemeinde, nicht den einzelnen Gliedern „der Gemeinde zustehen“ soll, so scheint man im Grunde genommen doch eine Römische Corporation im Sinne gehabt zu haben. Welche Art von Corporation in dem Sachsen Altenburgischen Grundgesetze von 1831 gemeint sei, wo in §. 99 u. 110 von einer Gesamtpersönlichkeit und von einer Personeneinheit im Rechtsinne geredet wird, ist schwer zu sagen. Indessen scheint man doch auch dort eine Römische Corporation vor Augen gehabt zu haben. Beim Schweigen der Gesetze muß aus den Umständen erforscht und ermittelt werden, zu welcher Art von Corporation sie gehören. Im Zweifel wird indessen eine Römische Corporation zu präsumiren sein.

75) Gemeindegesetz von 1819 §. 3.

76) Gemeindeverwaltungsordnung von 1827 §. 4.

In größeren aus mehreren Ortschaften bestehenden Gemeinden bildet oft jede einzelne Ortschaft wieder eine eigene Corporation. So in Oldenburg, wo jedes Kirchspiel wieder aus mehreren Corporationen oder Genossenschaften, welche man Bauerschaften nennt, zu bestehen pflegt. (art. 2, 135 ff. u. 143). Eben so in Baiern §. 6, Oesterreich §. 4, in Kurhessen §. 7 u. 8, Baden⁷⁷⁾, und in Hohenzollern Sigmaringen⁷⁸⁾, dann, wenn die einzelnen Ortschaften getrennte Gemarkungen oder besondere Almentgüter oder sonstiges eigenes Gemeindevermögen besitzen. Denn in diesem Falle haben sie ein Recht auf die besondere Benützung und Verwaltung ihres eigenen Gemeindevermögens. Und etwas Ähnliches ist die Verbindung mehrerer öfters ebenfalls wieder aus mehreren Ortschaften bestehenden Gemeinden in Rheinpreußen zu einer Bürgermeisterei⁷⁹⁾, und in der Provinz Westphalen zu einem Amte⁸⁰⁾.

2) Die Dorfgemeinden als politische Gemeinden.

§. 247.

Politische oder persönliche Gemeinden im Gegensatze der alten Dorfmarkgemeinden kann man nur diejenigen Landgemeinden nennen, in welchen das Ortsbürgerrecht nicht mehr auf Grundbesitz oder wenigstens nicht mehr ausschließlich darauf beruht, in welchen vielmehr nach dem Beispiele der französischen Municipalitäten auch noch andere als die in Grund und Boden angefessenen Ortsbürger zur Ausübung der politischen Gemeinderechte zugelassen werden. Dies ist nun, wie wir sehen werden, ganz entschieden der Fall in Baiern, wo die politischen Gemeinden auch bürgerliche Gemeinden genannt werden⁸¹⁾, ferner in Württemberg, Baden, in beiden Hessen, Nassau, Sachsen Altenburg, Hohenzollern Sigmaringen, in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften, in Tirol

77) Gesetz über die Verfassung der Gemeinden von 1831, §. 145 u. 147.

78) Ges. über die Verfass. der Gemeinden von 1840, §. 137 u. 139. und Ges. über das Gemeindebürgerrecht von 1837, §. 9 u. 10.

79) Gemeindeordn. von 1845, §. 7—9 u. 108 ff.

80) Landgemeindeordn. von 1841, §. 12—15 u. 106. ff.

81) Gemeindeordn. von 1818. §. 56, Gemeindeordnung von 1818 §. 3.

und Voralberg, in der Schweiz, und auch in Gesamtösterreich, wiewohl in dem Gemeindegesetz von 1849 das reale Princip vorherrschend ist. Daher sind daselbst sämtliche Gemeinden als politische Gemeinden zu betrachten und sie werden auch insgemein so genannt. Aber auch in Sachsen Meiningen, wo nur die Nachbarn mit vollem Nachbarrecht Nutzungsrechte an dem Gemeindevermögen haben und in Sachsen Weimar, wo nur die vollberechtigten Nachbarn Wohngebäude besitzen dürfen, müssen die Landgemeinden dennoch als politische Gemeinden betrachtet werden, indem auch dort, nämlich in Meiningen die Ortsnachbarn ohne Nachbarrecht und in Weimar auch die übrigen Einwohner, welche keinen Grundbesitz und auch kein eigenes Wohnhaus haben, alle übrigen Rechte, insbesondere auch das Stimmrecht bei Gemeinbewahlen, also die politischen Rechte auszuüben haben ⁸²⁾.

Dagegen können nicht als politische Gemeinden, wenigstens nicht in dem angegebenen Sinne, betrachtet werden die Landgemeinden im Königreich Sachsen, in Oldenburg und im Fürstenthum Lippe, indem in der Regel in Sachsen nur die in Grund und Boden ansässigen Gemeindeglieder stimmberechtigt sind ⁸³⁾, in Oldenburg aber nur diejenigen, welche einen Grundbesitz zu Eigenthums-, erblichem Nutzungs-, oder Nießbrauchsrechte haben ⁸⁴⁾ und im Fürstenthum Lippe nur diejenigen, welche eine Haus- oder Hofstätte im eigenthümlichen oder doch im erblichen Besitze haben ⁸⁵⁾. Noch weniger können in dem angegebenen Sinne die Dorfgemeinden in Rheinpreußen und Westphalen zu den politischen Gemeinden gerechnet werden, indem daselbst in der Regel nur die Meistbeerbten, also die Großbegüterten, die öffentlichen Geschäfte der Gemeinde besorgen und daher Antheil an dem Dorfregimente haben ⁸⁶⁾. Am aller wenigsten können aber die Dorfgemeinden in Schwarzburg Rudolstadt als politische

82) Sachf. Weimar. Landesgemeindeordn. §. 4, 6, 15 u. 16. Sachf. Meining. Edict über die Verf. der Landgemeinden, §. 2, 9 u. 14.

83) Landgemeindeordn. §. 28 u. 54.

84) Verordn. über die Verfass. der Landgemeinden §. 19 u. 20.

85) Landgemeindeordn. von 1841. §. 4 u. 8.

86) Landgemeindeordn. für Westphalen §. 2, 21, 40—42, 44 u. 53. und für die Rheinprovinz §. 2, 16, 33—35, 45 u. 49.

Gemeinden betrachtet werden, indem daselbst nur Diejenigen das Vollbürgerrecht mit allen politischen Rechten besitzen, welche das Eigenthum solcher Immobilien im Gemeindebuche erworben haben, mit denen nach dem Herkommen das Gemeinderecht verbunden ist⁸⁷⁾, so daß demnach heute noch jede Gemeinde daselbst als eine wahre Dorfmarktgemeinde betrachtet werden muß.

3) Die Realgemeinden.

§. 248.

Realgemeinden nennt man, wie wir gesehen haben, diejenigen Privatgemeinden, welche ehemals die Dorfmarktgemeinden selbst, also die herrschenden Gemeinden gewesen sind. Sie können daher nur in solchen Gemeinden vorkommen, in denen die Gesamtgemeinde eine politische Gemeinde geworden ist. Denn in jenen Gemeinden, in welchen die Gemeinde wie z. B. in Schwarzburg Rudolstadt heute noch eine Dorfmarktgemeinde ist, in solchen Gemeinden ist die herrschende Gemeinde selbst die Realgemeinde, also keine Privatgemeinde.

Die meisten neueren Gemeindeordnungen erwähnen zwar der älteren Rechtsverhältnisse, meistens jedoch nur in so allgemeiner und unbestimmter Weise, daß man im einzelnen Falle erst untersuchen muß, ob die alten Realgemeinden und die Realgemeinderechte wirklich anerkannt sind oder nicht, sodann wem das Eigenthum an dem Gemeindevermögen zusteht, ob der Realgemeinde oder der politischen Gemeinde, ob also die Realgemeinderechte bloße dingliche Rechte sind oder nicht u. dgl. m.

Diese Unbestimmtheit hat nun zu einer Menge von Streitigkeiten und zu Prozessen geführt, zwischen den Groß- und Kleinbegüterten in Valern, zwischen den Gemeindegleuten und Beisitzern in Kurhessen, zwischen den Hubnern und Beisassen im Großherzogthum Hessen, zwischen den Hubenbesitzern und Beisassen im Odenwald, zwischen den Horn- und Klauenmännern im Kanton Schwiz, zwischen der politischen Gemeinde und der Corporations-

87) Gemeindeverwaltungsordn. von 1827, §. 2, 5 u. 9.

und Vorarlberg, in der Schweiz, und auch in Oesterreich, wiewohl in dem Gemeindegesetz von 1849 das reale Princip vorherrschend ist. Daher sind daselbst sämtliche Gemeinden als politische Gemeinden zu betrachten und sie werden auch insgemein so genannt. Aber auch in Sachsen Meiningen, wo nur die Nachbarn mit vollem Nachbarrecht Nutzungsrechte an dem Gemeindevermögen haben und in Sachsen Weimar, wo nur die vollberechtigten Nachbarn Wohngebäude besitzen dürfen, müssen die Landgemeinden dennoch als politische Gemeinden betrachtet werden, indem auch dort, nämlich in Meiningen die Ortsnachbarn ohne Nachbarrecht und in Weimar auch die übrigen Einwohner, welche keinen Grundbesitz und auch kein eigenes Wohnhaus haben, alle übrigen Rechte, insbesondere auch das Stimmrecht bei Gemeindevahlen, also die politischen Rechte auszuüben haben ⁸²⁾).

Dagegen können nicht als politische Gemeinden, wenigstens nicht in dem angegebenen Sinne, betrachtet werden die Landgemeinden im Königreich Sachsen, in Oldenburg und im Fürstenthum Lippe, indem in der Regel in Sachsen nur die in Grund und Boden ansässigen Gemeindeglieder stimmberechtigt sind ⁸³⁾, in Oldenburg aber nur diejenigen, welche einen Grundbesitz zu Eigenthums-, erblichem Nutzungs-, oder Nießbrauchsrechte haben ⁸⁴⁾ und im Fürstenthum Lippe nur diejenigen, welche eine Haus- oder Hofstätte im eigenthümlichen oder doch im erblichen Besitze haben ⁸⁵⁾. Noch weniger können in dem angegebenen Sinne die Dorfgemeinden in Rheinpreußen und Westphalen zu den politischen Gemeinden gerechnet werden, indem daselbst in der Regel nur die Meistbeerbten, also die Großbegüterten, die öffentlichen Geschäfte der Gemeinde besorgen und daher Antheil an dem Dorfbudget haben ⁸⁶⁾. Am aller wenigsten können aber die Dorfgemeinden in Schwarzburg Rudolstadt als politische

82) Sachf. Weimar. Landesgemeindeordn. §. 4, 6, 15 u. 16. Sachf. Meining. Edict über die Verf. der Landgemeinden, §. 2, 9 u. 14.

83) Landgemeindeordn. §. 28 u. 54.

84) Verordn. über die Verfass. der Landgemeinden §. 19 u. 20.

85) Landgemeindeordn. von 1841. §. 4 u. 8.

86) Landgemeindeordn. für Westphalen §. 2, 21, 40—42, 44 u. 53. und für die Rheinprovinz §. 2, 16, 33—35, 45 u. 49.

Gemeinden betrachtet werden, indem daselbst nur Diejenigen das Vollbürgerrecht mit allen politischen Rechten besitzen, welche das Eigenthum solcher Immobilien im Gemeindebuche erworben haben, mit denen nach dem Herkommen das Gemeinderecht verbunden ist⁸⁷⁾, so daß demnach heute noch jede Gemeinde daselbst als eine wahre Dorfmarktgemeinde betrachtet werden muß.

3) Die Realgemeinden.

§. 248.

Realgemeinden nennt man, wie wir gesehen haben, diejenigen Privatgemeinden, welche ehemals die Dorfmarktgemeinden selbst, also die herrschenden Gemeinden gewesen sind. Sie können daher nur in solchen Gemeinden vorkommen, in denen die Gesamtgemeinde eine politische Gemeinde geworden ist. Denn in jenen Gemeinden, in welchen die Gemeinde wie z. B. in Schwarzburg Rudolstadt heute noch eine Dorfmarktgemeinde ist, in solchen Gemeinden ist die herrschende Gemeinde selbst die Realgemeinde, also keine Privatgemeinde.

Die meisten neueren Gemeindeordnungen erwähnen zwar der älteren Rechtsverhältnisse, meistens jedoch nur in so allgemeiner und unbestimmter Weise, daß man im einzelnen Falle erst untersuchen muß, ob die alten Realgemeinden und die Realgemeinderrechte wirklich anerkannt sind oder nicht, sobald man das Eigenthum an dem Gemeindevermögen zusteht, ob der Realgemeinde oder der politischen Gemeinde, ob also die Realgemeinderrechte bloße dingliche Rechte sind oder nicht u. dgl. m.

Diese Unbestimmtheit hat nun zu einer Menge von Streitigkeiten und zu Prozessen geführt, zwischen den Groß- und Kleinbegüterten in Baiern, zwischen den Gemeindegleuten und Besitzern in Kurhessen, zwischen den Hubnern und Besitzern im Großherzogthum Hessen, zwischen den Hubenbesitzern und Besitzern im Odenwald, zwischen den Horn- und Klauenmännern im Kanton Schwiz, zwischen der politischen Gemeinde und der Corporations-

87) Gemeindeverwaltungsordn. von 1827, §. 2, 5 u. 9.

gemeinde in Ober-Egeri im Kanton Zug u. a. m., welche bis auf die jetzige Stunde noch fortbauern. Die sehr verschiedenartigen Bestimmungen der neueren Gesetze können etwa auf folgende Sätze zurückgeführt werden.

Manche neuere Gesetze anerkennen ausdrücklich die alten Realgemeinden mit ihren Realgemeinderchten. Dahin gehören, wie wir gesehen haben, die Gesetze der Schweiz und von Württemberg. (§. 233). Namentlich in Württemberg soll heute noch jede Realgemeinde nach der auf dem Herkommen beruhenden Localverfassung behandelt werden und deshalb eine eigene von der persönlichen oder Bürgergemeinde verschiedene Gemeinde bilden. Daher wird mit dem Besitze eines berechtigten Grundstücks wohl das Realgemeinderrecht, nicht aber das persönliche Bürgerrecht erworben. Auch besitzt die Realgemeinde das Eigenthum an den ihr in unzertrennter Gemeinschaft zustehenden sogenannten Gemeinheitsgütern und ausschließliche Realgemeinderrechte daran. Endlich sollen auch die Realgemeindelaisten von den Gemeindelaisten der persönlichen Gemeinde verschieden sein⁸⁸⁾. Eben dahin gehören die Landgemeindeordnungen des Königreichs Sachsen und des Fürstenthums Lobenstein Ebersdorf. Denn die Eigenthums- und Nutzungsrechte der einzelnen Klassen der Gemeindeglieder an dem Gemeindegut und die Verwaltung desselben sind ausdrücklich vorbehalten und die besonderen Klassen sogar Gemeinden im engeren Sinne oder Altgemeinden genannt worden⁸⁹⁾. Eben dahin rechne ich das Edikt über die Verfassung der Landgemeinden von Sachsen Meiningen von 1840 §. 2, 10 u. 16. Denn die Nachbarn mit vollem Nachbarrechte, denen die Nutzung des Gemeindevermögens ausschließlich oder mit Bevorrechtung zustehen soll, und welche ausdrücklich als ein Verein anerkannt worden sind, bilden offenbar die alte Realgemeinde, welcher ihre althergebrachte Marknutzung vorbehalten worden ist. Wem aber das Eigenthum an dem Gemeindevermögen zustehen sollte, der erwähnten Realgemeinde oder der aus den übrigen Ortsnachbarn ohne Nachbarrecht

88) Gesetz über das Gemeindebürgerrecht von 1833, §. 6, 31 u. 57.

89) Landgemeindeordn. von Sachsen §. 6, 19, 55 u. 56. und die gleichlautende Reuß-Lobenstein-Ebersdorfer Landgemeindeordnung vom 1. Januar 1847.

bestehenden Ortsbürgern ist nicht entschieden. Ich würde es aber der Realgemeinde zuertheilen, da diese es in früheren Zeiten als Dorfmarktgemeinde gehabt hat, der Verlust des Eigenthums aber nicht präsumirt wird. Eben dahin rechne ich ferner die Gemeindeordnungen des Großherzogthums Hessen und der zur freien Stadt Frankfurt gehörigen Ortschaften. Denn wiewohl nach der Gemeindeordnung des Großherzogthums Hessen von 1821, §. 6, u. 93–95. der alte Unterschied zwischen Bürgern und Beisassen, so wie zwischen Alt- und Neugemeinden und zwischen engeren und weiteren Gemeinden für die Zukunft ganz wegfallen soll, so wird dennoch auch das althergebrachte Vollbürgerrecht noch in so fern berücksichtigt, als den Mitgliedern der früheren engeren Gemeinde, den sogenannten Gemeindegliedern oder Bürgern, ihr früherer Antheil an der Benutzung der Gemeindegüter und da, wo Almentloose bestehen, ihr ausschließlicher oder größerer Antheil an diesen Almentloosen lebenslänglich bleiben, und erst bei ihrem Tode der Genuß jener Gemeindegüter oder Almentloose den übrigen Ortsbürgern zufallen soll. Auch sollen die früheren Gemeindeglieder noch eine engere Gemeinde bilden und ohne ihre Zustimmung die Gemeindegüter nicht getheilt werden. Woraus folgt, daß nun das Eigenthum nicht mehr der engeren Gemeinde, vielmehr der Gesamtgemeinde gehört, daß demnach die engere Gemeinde wohl Nutzungs- und Verwaltungsrechte, aber kein Recht mehr hat, solche Gemeindegüter zu veräußern. Eben so nach der mit der Hessischen fast gleichlautenden Gemeindeordnung der zur freien Stadt Frankfurt gehörigen Ortschaften. Denn wiewohl auch nach ihr der frühere Unterschied zwischen Beisassen- und vollem Nachbar- oder Gemeinderecht für die Zukunft aufgehoben ist, so sollen dennoch die früheren Vollbürger ihren Antheil an der Benutzung oder an dem Ertrage der Gemeindegüter lebenslänglich behalten. Auch sollen die Almentloose in jenen Gemeinden, in welchen sie früher den Gemeindegliedern nach der Reihenfolge ihres Eintritts in das Gemeinderecht zur lebenslänglichen Benutzung überlassen zu werden pflegten, nach dem Herkommen beibehalten werden⁹⁰⁾.

90) Gemeindeordnung von 1824 §. 78. Gesetz über den Fortbestand der Almentloose in Frankfurter Landgemeinden vom 7. December 1830 §. 1.

Anderer Gesetze anerkennen zwar die Realgemeinden nicht ausdrücklich, sie stehen aber auch der Constitution solcher Privatgemeinden nicht im Wege. Dahin rechne ich die Landgemeindeordnungen für die Preussische Provinz Westphalen und für die Rheinprovinz. Denn sie schreiben vor, daß dasjenige Gemeindevermögen, welches bisher zur Benutzung einer besonderen Klasse von Gemeindegliedern bestimmt war, auch fernerhin noch nach dem Herkommen behandelt werden und die übrigen Mitglieder der Gemeinde darauf keinen Anspruch haben sollen. Auch hat diese besondere Klasse die in ihrem Interesse nothwendigen Lasten allein zu tragen⁹¹⁾. Es sind demnach die Eigenthums- und Nutzungsrechte der alten Realgemeinden vollständig vorbehalten worden. Und wiewohl der Realgemeinde selbst nirgends erwähnt worden ist, so wird dennoch nichts entgegenstehen, wenn sie sich förmlich als Privatgemeinden constituiren wollen. Dasselbe wird aber auch bei der Gemeindeordnung von Hohenzollern Sigmaringen anzunehmen sein. Denn auch in ihr werden die Realgemeinderechte anerkannt, insbesondere die Hoffstattrechte mit den dazu gehörigen Nutzungen, sodann die Nutzungsrechte an Almentgütern, welche mit den Häusern in unwiderstehlicher Eigenschaft verbunden sind, die mit einem Hause verbundenen Holzberechtigungen, und die Bürgerholzabgaben, welche nach Klassen (Bauern, Sölnern und Tagelöhnern) vertheilt sind. Alle diese Rechte jedoch nur so lange die dormaligen Besitzer leben oder in dem Güterbesitze keine wesentliche Veränderung vorgegangen ist. Auch gehört das Eigenthum an den Alment- oder sonstigen Gemeindegütern nicht den Realgemeinderechtigten, sondern der Gemeinde als Gesamtheit⁹²⁾. In diese Kategorie setze ich ferner auch die Gesetzgebung von Baden. Denn wiewohl sich darin nichts von Realgemeinderechten und noch weniger etwas von einer Realgemeinde selbst findet, so wurden dennoch die älteren Verhältnisse in so fern berücksichtigt, als die Genußtheile der im Besitze von Bürgergenüssen be-

91) Landgemeindeordn. für Westphalen von 1841 §. 24, 26, 34 u. 67. und für die Rheinprovinz von 1845 §. 17, 20, 30 u. 65.

92) Gesetz über das Gemeindegüterrecht von 1837 §. 6, 53 u. 109—114. Gef. über die Verfassung der Gemeinden von 1840 §. 58.

finnlichen Bürger, so lange diese leben, nicht geschmälert werden können und in den aus mehreren Ortschaften bestehenden Gemeinden jede Ortschaft, wenn sie besondere Alment- oder sonstige Gemeindegüter besitzt, mit dem Eigenthum und Genuß ihres besonderen Gemeindevermögens aus der Gesamtgemeinde auscheiden und dasselbe wie jede andere Realgemeinde getrennt verwalten darf⁹³⁾. Dasselbe wird aber auch von den Gemeindeordnungen von Baiern, Kurhessen und Hohenzollern Sigmaringen gelten müssen, wenn die einzelnen zu einer größeren Gemeinde vereinigten Ortschaften getrennte Gemarkungen oder besondere Almentgüter oder sonstiges eigenes Gemeindevermögen besitzen. Denn auch diese Ortschaften haben, wie wir gesehen, ein Recht auf die besondere Benützung und Verwaltung ihres eigenen Vermögens. (§. 246). Da jedoch auch sie nur hinsichtlich dieses besonderen Gemeindevermögens getrennt sind, während die Gesamtgemeinde die politischen Rechte auszuüben hat, so sind auch diese Ortschaften, wie die Realgemeinden, bloße Privatgemeinden, die Gesamtgemeinden dagegen die politischen Gemeinden. Dieses gilt insbesondere auch von den Bauerschaften in Oldenburg, wenn sie sich als besondere Genossenschaften oder Corporationen constituirt haben⁹⁴⁾. Auch sie haben die freie Verwaltung ihrer Corporationsgüter. Die politischen Rechte werden aber von der Kirchspielsgemeinde, zu der sie gehören, ausgeübt.

Wieder andere Gemeindeordnungen reden zwar weder von Realgemeinden noch von Realgemeinberechnungen. Sie enthalten jedoch Vorbehalte hinsichtlich der bevorrechteten Gemeindegenußungen und erkennen daher indirekt auch die Realgemeinden an. Dahin gehört das Oesterreichische Gemeindegesetz von 1849 §. 26, denn die Eigenthums- und Nuzungsrechte ganzer Klassen der Gemeinde sollen ungeändert bleiben. Dahin gehört ferner die Gemeindeordnung von Kurhessen. Denn sie schreibt in §. 24 u. 70. vor, daß die

93) Ges. über die Verf. d. Gemeinden von 1831, §. 145 u. 147. u. Ges. über die Rechte der Gemeindebürger von 1831, §. 63 u. 92.

94) Verordn. über die Verf. der Landgemeinden von 1831, §. 2, 126, 141 u. 143.

Gemeindennutzungen, welche bisher einzelnen Klassen der Gemeindeglieder zustanden oder Zubehör eines Hofes, Gutes oder Wohnhauses waren, auch ferner noch nach dem Herkommen behandelt worden sollen. Da jedoch nicht auch das Eigenthum an dem Gemeindevermögen vorbehalten, dieses vielmehr mit dem Gesamtvermögen der Gemeinde vermengt worden ist, so wurden diese Gemeindennutzungen (Realgemeinderechte) zu bloß dinglichen Rechten an einer fremden Sache. (§. 233 u. 234.) Dasselbe gilt von der Landgemeindevorordnung von Sachsen Weimar. §. 30 u. 32. Vgl. oben §. 246. Denn auch nach ihr sollen zwar die Nutzungsrechte, welche einer bestimmten Klasse (Genossenschaft) der Gemeindeglieder, z. B. den Anspanngutbesitzern, nach dem Herkommen zustehen, vorbehalten sein, das Eigenthum an dem Gemeindevermögen aber der Gesamtgemeinde gehören. Eben dahin gehört die Landschaftsordnung von Braunschweig von 1832 §. 48, nach welcher die an den Besitz gewisser Grundstücke geknüpfte Mitbenutzung, nicht aber das Eigenthum an den Gemeindegütern vorbehalten worden ist. Auch wird die Gemeindeordnung von Baiern in diese Kategorie gesetzt werden müssen. Zwar enthält das Gemeinde Edikt von 1808, auch hierin den Französischen Gesetzen über die Municipalitäten folgend, gar keinen Vorbehalt in Ansehung der alt hergebrachten Realgemeinderechte. Es gibt vielmehr nur im §. 27. die höchst eigenthümlich gefasste Vorschrift, daß „alle Gemeindeglieder Anspruch auf die „Gemeindegüter haben, die Benutzung aber nach dem zufälligen Bedürfnisse eines jeden Einzelnen bemessen“ werden solle. Die Gemeindeordnung von 1818 dagegen verweist hinsichtlich der Benutzung der Gemeindegüter und hinsichtlich der Gemeindefürsorge wieder auf das Herkommen und auf das partikuläre Ortsrecht. (§. 19 Nr. 3, §. 26, 30 u. 33.), behält also auch die bevorrechteten Nutzungsrechte (Realgemeinderechte), ohne sie jedoch zu nennen, nicht aber das Eigenthum an den Gemeindegütern den alten Realgemeinden vor. Daher war es in vielen Gemeinden den Großbegüterten möglich, sich bis auf die jetzige Stunde noch im Besitze ihrer althergebrachten Nutzungsrechte zu erhalten. Faktisch dauert demnach der alte Unterschied zwischen Groß- und Kleinbegüterten oder Söldnern und Leerhäuslern heute noch fort.

Und in gewissen Fällen wird jener Unterschied auch in den Gesetzen selbst noch anerkannt⁹⁵⁾.

Andere Gemeindeordnungen endlich nehmen nach dem Muster der Französischen Gesetze und des Bairischen Gemeinde-Edikttes von 1808 gar keine Rücksicht mehr auf die althergebrachten Rechte. Sie behandeln vielmehr alle Ortsbürger ganz gleich. So hebt das Gemeinde-Edikt von Nassau vom Jahre 1816 (§. 2 u. 3.) den Unterschied zwischen vollen und nicht vollen Gemeindegliedern, zwischen Begüterten und Nichtbegüterten, zwischen Bespannten und Nichtbespannten, zwischen Häuslern, Heppenleuten und Weisassen ganz auf, und stellt ihre Rechte und Verbindlichkeiten in aller und jeder Beziehung ganz gleich. Die Gemeindeordnungen dieser Art brechen demnach gänzlich mit der Vergangenheit. Denn sie nehmen den alten Dorfmarkgenossen mit einem Federzuge nicht bloß das Eigenthum, sondern auch noch die althergebrachte Benutzung der gemeinen Mark.

4) Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinden.

§. 249.

Unter Gemeinderecht versteht man insgemein, wie wir sehen werden, das den einzelnen Gemeindegliedern zustehende Recht. Ofters wird jedoch auch das Recht der Gemeinde selbst so genannt, und sodann das Recht der Gemeindeglieder als ein Nachbarrecht oder als ein Bürgerrecht oder Ortsbürgerrecht bezeichnet, z. B. in Sachsen Altenburg §. 110, in Württemberg §. 3 u. 46 u. a. m.

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinden sind sehr verschieden, je nachdem von den Corporations-, politischen, oder Realgemeinde-Rechten und Verbindlichkeiten die Rede ist.

In ihrer Eigenschaft als Corporationen haben nämlich auch die Gemeinden alle Rechte und Verbindlichkeiten der Corpo-

95) Gemeindeordn. von 1818 §. 25. und revidirtes Gemeinde Gesetz von 1834 §. 6.

rationen überhaupt. Manche Gemeindeordnungen sprechen bloß diesen Grundsatz im Allgemeinen aus, z. B. die Gemeindeordnungen von Baiern von den Jahren 1808 §. 7 u. 10 und von 1818 §. 1, 20 u. 22., die Landgemeindeordnung für die Preussische Provinz Westphalen von 1841 §. 1 und die Oldenburgische Verordnung über die Verfassung der Landgemeinden von 1831 §. 17. Andere Gemeindeordnungen zählen die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinden, wenn auch in einer nicht sehr empfehlenswerthen Weise, einzeln auf, z. B. das Grundgesetz von Sachsen-Altenburg vom Jahre 1831 §. 110. Auch der Bairische Entwurf von 1827 §. 14—16 hat den Versuch gemacht, die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinden aufzuzählen. Genügender ist dieses jedoch erst in dem Entwurfe von 1850 §. 16 geschehen.

Als politische Gemeinden haben sie, wie wir sehen werden, das gesammte Dorfregiment zu besorgen. Beide Eigenschaften entsprechen den verschiedenen Zwecken der Gemeinden, den besondern gesellschaftlichen Zwecken und den allgemeinen Staatszwecken, von denen bereits die Rede war. (§. 246.)

Die Realgemeinden endlich sind, wie wir gesehen haben, je nach den Umständen Römische oder Deutschrechtliche Corporationen oder wenigstens juristische Personen, und haben sodann auch die Rechte und Verbindlichkeiten jener Corporationen oder der juristischen Personen überhaupt. (§. 239.)

c. Gemeindebürger und Gemeindebürgerrecht.

§. 250.

Der alte Unterschied zwischen Groß- und Kleinbegüterten, zwischen Bürgern und Weisassen, zwischen Bauern und Söldnern u. s. w. ist in neueren Zeiten fast allenthalben ausdrücklich oder wenigstens stillschweigend aufgehoben und beiden Theilen gleiches Bürgerrecht eingeräumt worden. Ausdrücklich wurde jener Unterschied aufgehoben z. B. in Nassau der Unterschied zwischen Gemeinbegliedern und nicht vollen Gemeinbegliedern, zwischen Bespannten und Nichtbespannten, Begüterten und Nichtbegüterten, den Hausbesitzern und denen, welche keine eigene Wohnung haben, den sogenannten Heppenleuten, Weisassen u. s. w.

Sie wurden sammt und sonders für gleichberechtigte Ortsbürger erklärt, sobald sie sich in einer Gemeinde häuslich niedergelassen hatten oder darin ein bürgerliches Gewerbe für eigene Rechnung trieben.⁹⁶⁾ Eben so wurde in Baden der Unterschied zwischen Ortsbürgern und Schutzbürgern aufgehoben und beiden das Gemeindebürgerrecht ertheilt⁹⁷⁾. Auch im Großherzogthum Hessen wurde der Unterschied zwischen Gemeindefleuten oder Bürgern und Beisassen aufgehoben und die alten Beisassen erhielten ohne weiters das Ortsbürgerrecht in derjenigen Gemeinde, in welcher sie früher das Beisassenrecht erworben hatten⁹⁸⁾. Eben so wurde in den zur freien Stadt Frankfurt gehörigen Ortschaften der frühere Unterschied zwischen Beisassenrecht und vollem Nachbar- oder Gemeindefleutrecht aufgehoben und die früheren Beisassen sollten ohneweiters in derjenigen Gemeinde, in welcher sie aufgenommen waren, Gemeindeglieder oder Gemeindefleutleute sein⁹⁹⁾. Anderwärts wurde jener Unterschied stillschweigend aufgehoben z. B. in Baiern, wiewohl faktisch jener Unterschied hinsichtlich der Gemeindefleutnutzung hin und wieder noch fortbesteht. (§. 233 u. 248.)

Wer nun aber Gemeindefleut sein und worin das Bürgerrecht bestehen und wie dasselbe erworben werden solle, darüber besteht in den verschiedenen Gemeindeordnungen große Verschiedenheit.

§. 251.

Im Ganzen genommen gleichförmige Bestimmungen enthalten diejenigen Gemeindeordnungen, welche, indem sie das allgemeine Ortsbürgerrecht annehmen, dem Grundbesitz entweder gar keinen oder wenigstens keinen ausschließlichen Einfluß gestatten. In Nassau wird jeder als Ortsbürger betrachtet, der sich häuslich in einer Gemeinde niedergelassen hat oder darin ein

96) Gemeinde G. §. 2.

97) Gef. über die Verf. der Gemeinden §. 2 und Gef. über die Rechte der Gemeindefleutleute §. 89 u. 94.

98) Gemeindeord. von 1821, §. 54, 93 u. 99.

99) Gemeindeordn. von 1824, §. 40 u. 78.

bürgerliches Gewerbe für eigene Rechnung treibt, der also seinen festen Wohnsitz daselbst hat. Der Erwerb von Grundeigenthum allein gibt das Ortsbürgerrecht nicht. Wohl können aber auch Forenser Bürger einer Gemeinde werden und Gemeindegenuß ansprechen, wenn sie, wie nach altem Recht (§. 65), die Güter entweder selbst bauen und in der Gemeinde ihren Wohnsitz nehmen, oder sie durch einen Andern (durch einen Pächter oder Verwalter) bauen und das Gewerbe betreiben lassen, der seinen Wohnsitz im Gemeindebezirke nimmt. Alle Ortsbürger sollen gleiche Rechte und Verbindlichkeiten haben, und das Ortsbürgerrecht in dem Rechte auf Theilnahme an sämtlichen Gemeindegenußungen und gemeinnützigen Anstalten und in dem aktiven und passiven Wahlrecht bestehen ¹⁾. Auch in Braunschweig wird das Gemeindegürgerrecht mit den bloßen Wohnsitz erworben und es gibt insbesondere auch ein Anrecht auf jene Gemeindegüter, deren Mitbenutzung nicht an den Besitz gewisser Grundstücke geknüpft ist ²⁾. Eben so wird in Sachsen Meiningen das Gemeindegürgerrecht mit dem Wohnsitz erworben. Auch haben die Ortsbürger das aktive und passive Wahlrecht und alle übrigen Gemeindegerechte, nur nicht die Nutzung des Gemeindegewögens, indem diese bloß den Nachbarn mit vollem Nachbarrecht zusteht ³⁾. Im Großherzogthum Hessen haben alle Ortsbürger ein vollkommen gleiches Recht, insbesondere auch in Beziehung auf Theilnahme an dem Gemeindegewmögen. Auch wird das Ortsbürgerrecht ohne alle Rücksicht auf Grundbesitz entweder durch die Geburt oder durch Aufnahme erworben ⁴⁾. Eben so haben in den zur freien Stadt Frankfurt gehörigen Ortschaften alle Gemeindeglieder oder Gemeindegänner ein vollkommen gleiches Recht auf das aktive und passive Wahlrecht, auf die Benutzung der Gemeindegüter und insbesondere auch auf das Recht eine Ehe eingehen, ein Gewerbe betreiben und einen besondern Haushalt anfangen zu dürfen. Und dieses Gemeindegerecht wird durch Ge-

1) Bair. Gemeinde G. §. 2 u. 3.

2) Landschaftsordn. von 1832, §. 42, 48 u. 40.

3) Gemeinde G. von 1840, §. 2, 9 u. 14.

4) Gemeindeordn. §. 41—52 u. 93.

burt oder Aufnahme ohne alle Rücksicht auf Grundbesitz erworben⁵⁾). In Sachsen Altenburg werden zu den Wittgütern der Gemeinde außer den Gemeindegürgern mit vollem Bürger- oder Nachbarrechte auch noch die Schutzverwandten oder Schutzbürger und die Ausmärker oder Forenser und die sogenannten Handwerksbürger gerechnet. Das Gemeinde- oder Nachbar- oder Ortsbürgerrecht haben jedoch nur die eigentlichen Gemeindegürger, und dieses besteht in dem aktiven und passiven Wahlrecht, in der Theilnahme an den Gemeindegütern (soll wohl heißen — an der Benutzung der Gemeindegüter) und an den milden Stiftungen, in dem Rechte Grundbesitz zu erwerben und Gewerbe zu betreiben und in dem Anspruch auf Unterstützung im Falle der Hilfsbedürftigkeit. Auch wird dieses Nachbarrecht ohne Rücksicht auf Grundbesitz durch Geburt und Aufnahme erworben⁶⁾). Auch in Sachsen Weimar sind nur die Nachbarn wirkliche Gemeindegürger. Das Nachbarrecht gibt ihnen das Recht Wohngebäude und andere Grundstücke zu besitzen, Antheil an jenen Gemeindevonutzungen, welche den Ortsbürgern herkömmlich oder nach Gemeindebeschluß überlassen werden, sodann das Heimathsrecht und das aktive und passive Wahlrecht. Das Nachbarrecht kann nur durch Aufnahme erworben werden, setzt jedoch keinen Grundbesitz voraus. Als Angehörige der Ortsgemeinde werden aber auch noch betrachtet die Heimathsgenossen, welche ihr Heimathsrecht in der Gemeinde und insbesondere das Recht haben, an den öffentlichen Ortsanstalten Theil zu nehmen, sodann die Schutzgenossen, welchen bloß ein zeitiger Aufenthalt im Orte, während dieser Zeit aber der Genuß der öffentlichen Ortsanstalten und das Recht Nahrungserwerb zu betreiben zugesichert worden ist, und die Flurgenossen, Feldnachbarn, Ausmärker oder Forenser, welche das Recht haben Grundstücke in der Gemeinde zu besitzen⁷⁾). In Württemberg werden außer den Gemeindegürgern nur noch die Weisiger zur Gemeinde gerechnet. Die

5) Gemeindeordn. §. 23, 30—40 u. 78.

6) Grundgef. von 1831, §. 101, 102, 104 u. 106—109.

7) Landgemeindeordn. von 1840, §. 5—7, 10—14, 17—26, 31, 44, 45 u. 57.

bloße Schutzgenossenschaft soll keine Genossenschaft mit der Gemeinde des Aufenthaltsortes begründen. Auch soll das Gemeindefeizrecht nichts anderes als ein Heimathsrecht sein und mit demselben das Recht zur Verehelichung, zur häuslichen Niederlassung und zum Gewerksbetriebe und im Falle der Dürftigkeit ein Anspruch auf Unterstützung, mit dem Gemeindefeizrechte aber außerdem auch noch das aktive und passive Wahlrecht und die Berechtigung an den persönlichen Gemeindefeizungen verbunden sein. Den Feizigern steht nur dann ein Antheil an den Gemeindefeizungen zu, wenn sie dieses Recht aus früheren Zeiten hergebracht haben. Die Verpflichtung zu den Gemeindefasten soll jedoch beiden mit wenigen Ausnahmen ganz gleich sein. Auch werden beide Rechte ganz unabhängig von dem Besitze eines Grundgenthums durch Geburt oder durch Aufnahme erworben ⁸⁾. In Baden sind die Bewohner einer Gemeinde entweder Gemeindefeizger oder Einsassen. Aber nur die Bürger haben das aktive und passive Wahlrecht, Antheil an dem Gemeindefeiz- und Almentgute, das Recht Grundstücke zu erwerben, Gewerbe zu betreiben und durch Heirath eine Familie zu gründen, die Gemeindefeizanstalten zu benutzen und im Falle der Dürftigkeit Unterstützung anzusprechen. Auch wird das Bürgerrecht durch Geburt und Aufnahme erworben und dazu kein Grundbesitz erfordert. Die Einsassen dagegen sind bloße Gemeindefeizangehörige. Denn das Einsassenrecht ist nichts als ein Heimathsrecht und gibt nur das Recht einen erlaubten Nahrungszweig treiben, die öffentlichen Gemeindefeizanstalten benutzen und im Falle der Dürftigkeit Unterstützung anzusprechen zu dürfen ⁹⁾. In Kurhessen sind die Mitglieder der Gemeinde entweder Ortsbürger oder Feiziger. Die Feiziger haben das Recht selbständig ein Geschäft betreiben, einen eigenen Haushalt führen und heirathen zu dürfen. Die Ortsbürger haben aber außer-

8) Gef. über das Gemeindefeizger- und Feizigrecht von 1833, §. 1—3, 5—10, 13—18, 33, 45, 48, 51, 53—56 u. 62. vgl. das revivirte Gesetz über das Gemeindefeiz- und Feizigrecht vom 4. December 1853.

9) Gef. über die Rechte der Gemeindefeizger von 1831, §. 1, 2, 4—17, 44, 45 u. 70—73. Gef. über die Verfass. der Gemeinden von 1831, §. 2.

dem noch das Recht zur Mitwirkung bei öffentlichen Angelegenheiten. Das Recht an den Nutzungen des Gemeindevermögens Antheil zu nehmen muß jedoch noch besonders erworben werden. Auch können beide Rechte nur durch Aufnahme erworben werden, wobei jedoch auf Grundbesitz keine Rücksicht genommen wird. Nicht Mitglieder der Gemeinde sind die Gemeindeangehörigen und die Ortsgenossen ohne Heimathsrecht oder die Schutzgenossen. Die Gemeindeangehörigen haben ihr Heimathsrecht in der Gemeinde, d. h. das Recht in der Gemeinde zu wohnen und die Gemeinde Anstalten zu benutzen. Und die Schutzgenossen haben bloß das Recht auf eine gewisse Zeit oder in einem nicht selbständigen Verhältniß einen eigenen Haushalt, jedoch ohne Heimathsrecht zu haben ¹⁰). In Hohenzollern Sigmaringen sind die Bewohner einer Gemeinde entweder Gemeindebürger oder Beisitzer oder staatsbürgerliche Einwohner, allein nur die beiden Ersten sind Gemeindeangehörige, während die Letzten, zu denen auch die ehemaligen Hofschutzhörigen gehören, in gar keinem Gemeindeverband stehen. Das Gemeindebeisitzrecht gibt jedoch nichts, als das Heimathsrecht, das Gemeindebürgerrecht dagegen außerdem auch noch das aktive und passive Wahlrecht und die Berechtigung zur Theilnahme an den Gemeindevonutzungen. Beide Rechte werden durch Geburt erworben und das Bürgerrecht außerdem auch noch durch Aufnahme. Bei keinem von Beiden ist aber der Besitz eines Grundeigenthums notwendig ¹¹).

Ganz eigenthümliche Bestimmungen finden sich in Tirol, Vorarlberg, in Gesamt Oesterreich und in Baiern. Gleichverpflichtete Mitglieder einer Gemeinde sollen nämlich in Tirol und Vorarlberg alle diejenigen sein, welche in dem Umfange der Gemeinde besteuerte Gründe oder Häuser oder Grundzinse eigenthümlich oder pachtweise besitzen und diejenigen, welche in der Gemeinde ein Gewerbe oder einen Erwerb ausüben und zwar ohne Unterschied ob dieselben in der Gemeinde wohnen

10) Gemeindeordn. von 1834, §. 9—20, 24, 27, u. 33—35.

11) Ges. über die Verfass. der Gemeinden von 1840 §. 2. Ges. über das Gemeindebürger- u. Beisitzrecht von 1837 §. 1—6 u. 17—32.

oder nicht¹²⁾. In Gesamt Oesterreich sind Gemeindebürger diejenigen, welche dormalen von einem in der Gemeinde gelegenen Haus- oder Grundbesitz, oder von einem, den ständigen Aufenthalt in der Gemeinde geschlich bedingenden, Gewerbe oder Erwerbe einen bestimmten Jahresbetrag an directen Steuern zahlen, oder von der Gemeinde förmlich als solche anerkannt worden sind. Gemeindeangehörige dagegen sind diejenigen, welche von Gemeindegliedern geboren oder in den Gemeindeverband aufgenommen worden sind¹³⁾. In Baiern sollen nach der Gemeindeordnung von 1818 als wirkliche Gemeindeglieder (§. 11, 16, 17 u. 18), oder als aktive Gemeindeglieder (§. 19), Gemeindebürger (§. 62 und Gemeinde Wahlordnung von 1818 §. 2) oder Ortsbürger¹⁴⁾ nur diejenigen betrachtet werden, welche ihren ständigen Wohnsitz in einer Gemeinde aufgeschlagen oder daselbst ein häusliches Anwesen haben und darin entweder besteuerte Gründe besitzen oder besteuerte Gewerbe ausüben, so daß demnach auch die bloßen Hausbesitzer (nicht aber andere Grundbesitzer ohne Wohnsitz) und die Gewerbsleute ohne Grundbesitz, wenn sie von ihren Häusern und Gewerben Steuern entrichten, als wirkliche Gemeindeglieder betrachtet werden müssen. (§. 11, 12, 13 Nr. 4 u. §. 56.) Angehörige der Gemeinde sollen aber auch noch sein die Beisassen oder die Gemeindeangehörigen mit Ansässigkeit aus einem anderen als zum Bürgerrechte nothwendigen Ansässigkeitstitel, welche auch Schutzverwandte genannt werden¹⁵⁾, so dann die Heimathsangehörigen der Gemeinde ohne Ansässigkeit oder die ausschließend Heimathsberechtigten, ferner die Heimathsangehörigen anderer Gemeinden mit einem bloß vorübergehenden Wohnsitz oder Inleute oder Miethleute, endlich Gemeindeforensen¹⁶⁾. Die wirklichen Gemein-

12) Gemeindegef. von 1819 §. 1.

13) Gemeindegesetz vom 17. März 1849 §. 7—11.

14) Gesetz über Ansässigmachung von 1825 §. 7.

15) Gemeinde Gesetze von 1818 §. 13 Nr. 1, §. 62 u. 101 Nr. 1 und von 1834 §. 2 Nr. 1 u. §. 23. Gef. über die Ansässigmachung von 1825 §. 7.

16) Gemeinde Gef. von 1818 §. 13 und von 1834 §. 2.

beglieder haben das aktive und passive Wahlrecht, (das Stimmrecht setzt jedoch das Staatsbürgerrecht voraus), sodann Nutzungsrechte an den unvertheilten Gemeindegründen und einen Antheil bei ihrer Vertheilung, endlich gleiche Lasten und Verbindlichkeiten¹⁷⁾. Die Beisassen haben die mit der Ansässigkeit verbundenen Rechte der Heimath und der Verehelichung, Nutzungsrechte aber nur dann, wenn sie dieselben hergebracht haben¹⁸⁾. Die ausschließend Heimathsberechtigten haben Anspruch auf Wohnsitz und auf benötigte Unterstützung¹⁹⁾. Die Mietheleute, Inleute und Forensen haben außer dem Schutze keine Rechte, wohl aber sind sie der Gemeinde steuerpflichtig²⁰⁾. Die Aufnahme der Gemeinde und Beisassen oder Schutzverwandten soll nach Maßgabe der Gesetze über Ansässigmachung und Gewerbswesen erfolgen²¹⁾. Bei der Fassung des §. 11 der Gemeindeordnung von 1818, wonach die dort genannten Erfordernisse unbedingt zum Gemeindeglied machen, ist es jedoch möglich, so sonderbar es auch klingen mag, daß jemand Gemeindebürger sein kann ohne in der Gemeinde ansässig zu sein, indem die Gesetze über die Ansässigmachung von 1825 §. 1 u. 2 und von 1834 §. 2. eine Reihe persönlicher Erfordernisse zur Vorbedingung der Ansässigmachung machen, und zu dem Ende nur ein bestimmtes Maß von Grundbesitz zulassen. Ja es ist sogar möglich, daß ein wirklicher Gemeindebürger, wenn er zwar dem §. 11 der Gemeindeordnung, nicht aber dem §. 1 des Heimathsgesetzes genügt hat, nicht das Heimathsrecht in seiner Gemeinde besitzt, also im Falle der Verarmung keinen Anspruch auf Unterstützung hat, und daß er sodann, wenn er in seiner eigenen Gemeinde dem Almosen nachgeht oder wenn dessen ursprüng-

17) Gemeinde Ges. von 1818 §. 17—19 u. 25—35. und von 1834 §. 5 u. 6. Gemeinde Wahlordn. von 1818. §. 2, 5 u. 8.

18) Gemeindeordn. §. 26. Ges. über die Heimath von 1825 §. 1 u. 5. Ges. über die Ansässigmachung von 1825 §. 1 u. 8.

19) Ges. über die Heimath §. 5.

20) Gemeinde Wahlordn. von 1818, §. 7. Ges. über die Gemeinde Umlagen von 1819, art. 2 Nr. 4 u. 5 und art. 6.

21) Gemeinde Ges. von 1818 §. 101 Nr. 1 und von 1834 §. 23.

liche Heimath nicht ergründet werden kann, als ein heimathloser Landstreicher betrachtet und behandelt werden kann ²²⁾).

§. 252.

Andere Bestimmungen enthalten diejenigen Gemeindeordnungen, welche zwar ebenfalls das allgemeine Gemeindebürgerrecht annehmen, jedoch nur den Grundbesitzern die politischen Rechte einräumen. Nach der Landgemeindeordnung des Königreichs Sachsen sind Mitglieder einer Landgemeinde alle selbständigen Personen, welche entweder Grundstücke im Gemeindebezirke besitzen oder innerhalb desselben ohne Grundbesitz ihren bleibenden Wohnsitz haben. Ihre Rechte und Verbindlichkeiten sind im Ganzen genommen ganz gleich. Insbesondere sind dieselben sammt und sonders, auch die Gärtner und Häusler nicht ausgenommen, zu den Gemeindebeamten wählbar. Stimmberechtigt sind jedoch nur die in Grund und Boden ansässigen Gemeindeglieder. Also haben auch sie nur allein Zutritt zu den Gemeindeversammlungen. Erworben wird aber das Gemeinderecht durch Geburt, wenn dazu noch eine selbständige Niederlassung oder der Erwerb von Grundstücken hinzukommt, und durch Aufnahme. Zum Vollbürgerrechte wird aber allzeit Grundbesitz erfordert. Angehörige von Gemeindegliedern, welche noch keine Selbständigkeit erlangt und auch keinen Grundbesitz erworben haben, sind bloß Heimathsberechtigte, aber keine Mitglieder der Gemeinde ²³⁾. In Oldenburg ist jeder Landesunterthan, welcher in einem Kirchspiele geboren und seinen selbständigen Wohnsitz darin hat oder von dem Kirchspielsausschuß aufgenommen worden ist, Kirchspielsmitglied oder Kirchspielsgemeindeglied. Alle Kirchspielsmitglieder haben Antheil an dem Gemeindevermögen und an den Gemeindeanstalten und Anspruch auf Unterstützung im Falle der Hilfsbedürftigkeit. Zutritt zu den Kirchspielsversammlungen haben und stimmberechtigt sind je-

22) Ges. über die Heimath von 1825 §. 4 u. 5. Verordnung vom 28. November 1816 über die Bettler und Landstreicher §. 3 im Regierungsbl. p. 861.

23) Landgemeindeordn. von 1838 §. 24—28, 31, 42 u. 54.

doch nur diejenigen, welche einen Grundbesitz zu Eigenthums-, erblichem Nutzungs- oder Nießbrauchsrecht haben, in gewissen Fällen aber auch noch die Kirchspiels-Jorensen und eine bestimmte Anzahl derjenigen, welche keinen Grundbesitz haben. Auch darf von den Letzteren eine gewisse Anzahl in den Ausschuß gewählt werden ²⁴⁾. Im Fürstenthum Lippe sind nur die Besitzer einer Haus- und Hofstätte stimmberechtigte, also vollberechtigte Bürger. Alle übrigen Einwohner sind keine Bürger, vielmehr bloße Bewohner und Schutzverwandte ²⁵⁾. In der Preussischen Provinz Westphalen und in der Rheinprovinz gehören zu den Gemeindegliedern alle selbständigen Einwohner, sodann die Hausbesitzer, auch wenn sie Jorensen sind, und außerdem noch alle diejenigen, welche das Gemeinderecht besonders erworben haben. Sie haben Antheil an den Gemeindevorgängen und sind zu Geldbeiträgen und Diensten verpflichtet. Sie werden jedoch als bloße Gemeindeangehörige betrachtet. Denn das Gemeinderecht selbst, d. h. das Stimmrecht und die Theilnahme an den öffentlichen Geschäften der Gemeinde, haben in der Regel nur die Meistbeerbten ²⁶⁾.

Diejenigen Gemeindeordnungen endlich, welche das allgemeine Bürgerrecht gar nicht kennen, enthalten wieder andere Bestimmungen, welche im Ganzen genommen mit dem alten Dorfmarkgemeinderecht übereinstimmen. Dahin gehört insbesondere die Gemeindeverwaltungsordnung von Schwarzburg Rudolstadt. Nach ihr sind nur diejenigen wirkliche Gemeindeglieder, welche das Eigenthum solcher Immobilien erlangt haben, mit denen dem Herkommen zu Folge das Gemeinderecht verbunden ist. Alle übrigen Einwohner sind bloße Schutzverwandte oder Hausgenossen, welche außer dem Rechte der nothdürftigen Erhaltung im Verarmungsfall nur noch ein Heimathsrecht in Anspruch

24) Verordn. über die Verfass. der Landgemeinden von 1831, §. 7—14, 18—22, u. 41.

25) Landgemeindeordnung von 1841 §. 4 u. 8.

26) Landgemeindeordnungen für Westphalen §. 2, 3, 17, 20, 21, 24, 25, 27, 28, 40—44 u. 53. und für die Rheinprovinz §. 2, 3, 12, 15—18, 21, 22, 33—37, 45 u. 49.

nehmen können. Mit dem Bürgerrechte dagegen ist die volle Berechtigung und die Pflicht zur Tragung aller gemeinen Lasten verbunden, insbesondere auch ein Antheil an den Marknutzungen und das aktive und passive Wahlrecht. Durch Geburt und Aufnahme wird das Recht eines Schutzverwandten erworben. Der Erwerb des Gemeindebürgerrechts setzt aber außer der Geburt und Aufnahme, wie nach altem Recht (§. 79), auch noch den Erwerb eines berechtigten Grundstücks voraus²⁷⁾.

§. 253.

Es besteht demnach in den verschiedenen Gemeindeordnungen eine sehr große Verschiedenheit über die Frage wer Gemeindebürger sein, worin das Bürgerrecht bestehen, und wie dasselbe erworben werden soll. Nichts desto weniger stimmen dieselben doch auch in vieler Beziehung wieder mit einander überein.

Was zuerst den Namen betrifft, so wird allenthalben nur das volle Bürgerrecht ein Bürgerrrecht genannt, z. B. in Rheinpreußen, Württemberg und Baden; oder ein Ortsbürgerrecht z. B. in den beiden Hessen, in Sachsen Altenburg und Nassau; ein Gemeindebürgerrecht z. B. in Oesterreich, Württemberg, Nassau und Hohenzollern Sigmaringen; ein Gemeinderecht in Baiern, Rheinpreußen und Westphalen, in Sachsen Altenburg, in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften und in Schwarzburg Rudolstadt; ein Nachbarrecht in Sachsen Weimar und Altenburg; eine Kirchspielmitgliedschaft z. B. in Oldenburg; und hie und da auch noch ein volles Bürgerrecht oder ein volles Nachbarrecht, z. B. in Sachsen Altenburg. Und die vollberechtigten Gemeindeglieder nennt man Bürger, Ortsbürger, Gemeindebürger, wirkliche Gemeindeglieder, aktive Gemeindeglieder, Gemeindeglieder, Nachbarn und Ortsnachbarn. Nur in Sachsen Meinungen wird, freilich nicht ganz richtig, unter dem vollen Nachbarrechte bloß das Recht der Marknutzung verstanden. Daher werden daselbst diejenigen Bürger, welche keine Marknutzung, übrigens aber das

27) Gemeindeverwaltungsordnung von 1827, §. 1, 2, 5 u. 7—9.

aktive und passive Wahlrecht haben, Ortsnachbarn ohne alles Nachbarrecht genannt ²⁸⁾).

§. 254.

Was nun ferner die Ortsbürger selbst betrifft, so gibt es in jenen Gemeinden, in welchen das allgemeine Ortsbürgerrecht vollständig gilt z. B. in Nassau, Braunschweig, Sachsen Weiningen, im Großherzogthum Hessen und in den zu Frankfurt gehörigen Gemeinden, nur Ortsbürger und Ortsnachbarn, außer ihnen aber nur noch Forensen.

In den meisten Gemeinden, in jenen sowohl, welche dem allgemeinen Ortsbürgerrechte mehr oder weniger oder auch gar nicht huldigen, kommen jedoch neben den Gemeindebürgern auch noch Beisassen oder Beisitzer, Einsassen, Schutzbürger oder Schutzverwandte, Schutzgenossen, Hausgenossen, Heimathsberechtigte und Ausmärker oder Forensen entweder als Mitglieder der Gemeinde oder, was dasselbe sagen will, als Angehörige der Gemeinde vor, z. B. in Württemberg Gemeindebürger und Beisitzer; in Baden Gemeindebürger und Einsassen; in Kurhessen Ortsbürger und Beisitzer; in Hohenzollern Sigmaringen Gemeindebürger und Beisitzer; in Sachsen Weimar Nachbarn und als Angehörige der Ortsgemeinde Heimathsgenossen oder Schutzgenossen und Flurgenossen oder Feldnachbarn, Ausmärker oder Forensen; in Sachsen Altenburg Gemeindebürger und als Mitglieder der Gemeinde Schutzbürger oder Schutzverwandte, Ausmärker oder Forensen und Handwerksbürger; in Baiern wirkliche Gemeindeglieder oder Bürger und als Angehörige der Gemeinde Beisassen oder Schutzverwandte, Heimathsangehörige, Inleute oder Miethleute und Gemeindeforensen; in Oesterreich Gemeindebürger, Gemeindeangehörige und Fremde; im Königreich Sachsen in Grund und Boden angeessene Bürger und unangeessene Mitglieder der Gemeinde, zu welchen auch die Gärtner und Häusler gehören; in Oldenburg in Grund und Boden angeessene Kirchspielsleute

28) Ebdt über die Verfass. der Landgemeinden §. 2 u. 10. Vgl. oben §. 244, 248 u. 251.

im Fürstenthum Lippe mit einer Haus- und Hoffstätte angeessene Bürger und bloße Beiwohner und Schutzverwandte; in Rheinpreußen und Westphalen Meistbeernte und als Mitglieder der Gemeinde alle übrigen selbständigen Einwohner; endlich in Schwarzbürg Rudolfsstadt wirkliche Gemeindeglieder und Schutzverwandte oder Hausgenossen.

Alle diese Beisassen und Beisitzer, Einsassen, Schutzbürger, Schutzverwandten und Schutzgenossen, Hausgenossen, Heimathsgenossen und Heimathsberechtigten, unangesessenen Gemeindeglieder und Kirchspielsleute, Handwerksbürger, Flurgenossen, Feldnachbarn, Ausmärker und Forensen haben das mit einander gemein, daß sie zwar als Angehörige der Gemeinde oder als Gemeindeglieder mit zur Gemeinde gehören, daß sie jedoch das Bürgerrecht oder vielmehr das volle Bürgerrecht nicht haben. Nur allein die Gemeindeordnung von Kurhessen und die Landgemeindeordnung des Königreichs Sachsen unterscheiden noch weiter die Gemeindeangehörigen und die Angehörigen der Gemeindeglieder von den Beisitzern und von den unangesessenen Gemeindegliedern, verstehen darunter jedoch nichts anderes als Heimathsberechtigte, welche in Württemberg und Hohenzollern Sigmaringen zu den Beisitzern, in Baden aber zu den Einsassen und in Baiern, Sachsen Weimar u. a. m. zu den Angehörigen der Gemeinde gerechnet zu werden pflegen, und zwar nach der heutigen Gemeindeverfassung mit vollem Recht.

Nach der alten Verfassung nämlich, welche eine Dorfmarkverfassung war, gehörten nur die wirklichen Bauern, die Großbegüterten, Gemeinleute, Hubenbesitzer u. a. m. zu den vollberechtigten Dorfmarktgenossen. Sie allein hatten die Rechte, die Nutzungsrechte in der gemeinen Mark eben sowohl wie das Dorfregiment u. a. m., dem entsprechend aber auch alle Lasten zu tragen. Die Koter, Häusler, Selbner, Kleinbegüterten und anderen Beisassen und Beisitzer waren keine Marktgenossen. Auch die Ausmärker oder Forensen waren keine Marktgenossen, wiewohl sie in Grund und Boden angeessen waren. Sie waren vielmehr im eigentlichen Sinne des Wortes wahre Ausmärker, Ausmänner u. s. w. und wurden sogar Fremde oder extranei genannt. Als Nichtgenossen hatten sie auch ursprünglich gar keine Rechte in der Gemeinde, weder an der gemeinen Mark noch an dem Dorf-

regiment, aus denselben Gründen aber auch keine Pflichten und keine Lasten in der Dorfmark zu tragen. Denn die Rechte und Pflichten gingen stets Hand in Hand miteinander. Nach und nach erhielten indessen auch die Weisassen Nutzungs- und andere Rechte. Sie wurden aber sodann auch besteuert und wenigstens zu Handdiensten angehalten. Da dieselben Hintersassen entweder der Gemeinde oder der einzelnen Bauern, und daher jedenfalls Gemeindeangehörige waren, so wurden sie im weiteren Sinne gleichfalls zur Gemeinde gerechnet. Und nach und nach sind aus ihnen die weiteren Gemeinden hervorgegangen und die alten Dorfmarkgemeinden wurden nun engere Gemeinden genannt. Auch die Ausmärker waren in der Dorfmark weder berechtigt noch verpflichtet. Nur dann wenn sie ihr in einer fremden Dorfmark gelegenes Gut selbst bauten waren sie berechtigt ihr Vieh auf die gemeine Weide zu treiben. Und wenn sie daselbst ihren eigenen Rauch hatten oder das Gut durch einen Verwalter, Pächter oder durch einen anderen Hintersassen, der daselbst seinen Rauch hatte, bauen ließen, so waren sie sogar vollberechtigte Genossen. (§. 52 u. 65). Und in den meisten alten Dorfgemeinden sind ja die vollberechtigten Bauern solche Zeit- oder Erbpächter oder sonstige Hintersassen gewesen, in den grundherrlichen Dorfschaften alle, in den gemischten aber wenigstens sehr viele Bauern.

Dieses Alles hat sich nun aber geändert, seitdem die Gemeinden aufgehört haben Markgemeinden zu sein und seitdem der alte Unterschied zwischen Bauern und Selbnern, zwischen Groß- und Kleingütlern, zwischen Bürgern und Weisassen u. s. w., und insbesondere auch zwischen engeren und weiteren Gemeinden abgeschafft und die Gemeinden zu Unterabtheilungen des Staates und zu bloßen Verwaltungsbezirken gemacht worden sind. Denn es sollen nun, wie die meisten Gemeindeordnungen ausdrücklich vorschreiben, alle Einwohner eines Gemeindebezirkes zur Gemeinde und alle innerhalb des Bezirkes gelegenen Gebäude und Grundstücke zu dem Gemeindebezirk gehören. Sogar die einzeln gelegenen Besitzungen, welche früher keiner Gemeinde angehört haben, sollen nun mit einer angrenzenden Gemeinde vereinigt werden. Es werden daher nun, natürlich von dem Standpunkte der heutigen Verfassung die Sache betrachtet, mit vollem Rechte auch die Heimathsangehörigen und sogar die Inleute und Miethleute

mit zu den Gemeinbeangehörigen gerechnet und daher von der Gemeinde besteuert. Denn von den wirklichen Gemeindegliedern und Bürgern unterscheiden sie sich nur noch durch das geringere Maß von Rechten. Die Einen gehören aber eben so gut zur Gemeinde wie die Anderen. Daher hatte wohl das Württembergische Gesetz über das Gemeindebürger- und Weisitzrecht §. 10 vollkommenes Recht, daß es die Schutzgenossen nicht zur Gemeindegemeinschaft rechnete. Allein Gemeinbeangehörige sind sie demungeachtet doch und können daher auch von der Gemeinde besteuert werden. Ueberhaupt spielt die Besteuerung bei dem modernen Gemeinbewesen eine nicht unbedeutende Rolle. Sie hat sogar, mehr als man vielleicht glaubt, bei der Ausbildung des modernen Gemeinbewesens mitgewirkt. Denn um desto mehr Steuern erheben zu können, hat man alle Einwohner und alle Grundstücke in den Gemeindeverband gezogen, den Inhabern besteufter Gründe und den Betreibern eines besteuerten Gewerbes das volle Bürgerrecht gegeben, den Hoch- und Höchstbesteuerten aber größere Rechte eingeräumt, während nach der alten Verfassung die Steuer niemals ein Motiv zur Begründung genossenschaftlicher Rechte oder einer Genossenschaft selbst, vielmehr immer nur eine Folge derselben war. Auch entspricht heute noch die Benennung begütert oder großbegütert, beerbt oder meistbeerbte u. s. w. mehr der Idee eines Gemeindeverbandes, als ein an die Steuer erinnernder Name. Aus demselben Grunde nun aber, aus welchem alle Einwohner zur Gemeinde gehören, sollen auch alle in der Flurmark liegenden Häuser und Grundstücke, also auch jene der Forenser zur Gemeinde gehören, und daher von der Gemeinde besteuert werden können. Daher hatten wohl die Gemeindeordnungen von Sachsen Weimar und Braunschweig Unrecht, daß sie die Ausmärker Flurgenossen und Marktgenossen genannt haben, indem sie niemals Genossen waren und auch heute noch keine sind. (§. 244.) Allein zu den Gemeinbeangehörigen gehören sie dennoch mit Recht. Auch entspricht es dem alten wie dem neuen Recht, daß die Ausmärker oder Forenser das volle Gemeindebürgerrecht durch einen in der Gemeinde wohnenden Pächter oder Verwalter oder durch irgend einen anderen Bevollmächtigten ausüben lassen können, wie dieses in

Baiern ²⁹⁾, Oesterreich (§. 31), Sachsen Meiningen (§. 14), Nassau (§. 2), Schwarzburg Rudolstadt (§. 3) u. a. m. vorgeschrieben ist, während die Gemeindeordnung von Oldenburg §. 22 hierüber ganz eigenthümliche Bestimmungen enthält.

§. 255.

Der alte Unterschied zwischen engeren und weiteren Gemeinden ist zwar abgeschafft worden, meistens stillschweigend dadurch, daß den Beisassen das volle Bürgerrecht erteilt worden ist. Hier und da ist aber auch ausdrücklich, z. B. im Königreich Sachsen (§. 55) und im Großherzogthum Hessen (§. 6 u. 93), der Unterschied zwischen Alt- und Neugemeinden und zwischen engeren und weiteren Gemeinden abgeschafft worden. Dadurch jedoch, daß auch die neueren Gemeindeordnungen wieder zwischen Bürgern und Beisassen oder Beisigern und zwischen wirklichen Mitgliedern der Gemeinde und Gemeindeangehörigen u. s. w. unterscheiden, ist wieder der Grund zu neuen weiteren und engeren Gemeinden gelegt worden. Und es wird nicht lange dauern, so werden auch die Beisassen und Gemeindeangehörigen wieder Antheil an dem Dorffregimente und an den übrigen Rechten der Bürger begehren, und es wird sodann abermals der alte Kampf beginnen, der schon einmal mit dem Erwerbe des vollen Bürgerrechtes geendigt hat. Dies ist wenigstens der gewöhnliche Gang der Geschichte.

§. 256.

Was nun aber das Recht der Bürger und Beisassen und der übrigen Gemeindeangehörigen betrifft, so herrscht auch in dieser Beziehung große Verschiedenheit, in mancher Beziehung aber auch wieder eine gewisse Uebereinstimmung.

In jenen Gemeinden nämlich, in welchen wie z. B. im Großherzogthum Hessen, in Sachsen Meiningen, Braunschweig, Nassau und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften, das allgemeine Bürgerrecht vollständig besteht, in welchen es daher

29) Gemeindeordn. von 1818 §. 14 und von 1834 §. 3.

nur Bürger aber keine Weisassen gibt, in jenen Gemeinden haben alle Gemeindeglieder ganz gleiche Rechte und Verbindlichkeiten. Die Rechte sind, wie anderwärts auch, theils öffentliche in dem Stimmrechte und in dem aktiven und passiven Wahlrechte bei der Besetzung der Gemeindeämter bestehende Rechte, theils Privatrechte, bestehend in dem Rechte der Theilnahme an den Gemeindenußungen und an der Benutzung der öffentlichen Ortsanstalten, in dem Rechte ein Gewerbe zu betreiben und Grundbesitz zu erwerben, in dem Rechte der Verheirathung und des Heimathsrechtes, also in dem Rechte des Anspruchs auf Unterstützung im Falle der Verarmung:

In jenen Gemeinden, in welchen zwar ebenfalls das allgemeine Bürgerrecht besteht, in welchen jedoch auch noch auf den Grundbesitz und auf den Gewerbsbetrieb einige Rücksicht genommen und daher nicht allen Gemeindegliedern gleiches Recht eingeräumt worden ist, in jenen Gemeinden haben die Bürger selbst größere Rechte als die Weisassen und die übrigen Angehörigen der Gemeinde. Auch in diesen Gemeinden haben nämlich die Bürger selbst und die Nachbarn insgemein alle die vorhin erwähnten öffentlichen und Privatrechte, z. B. in Württemberg, Sachsen Altenburg und Hohenzollern Sigmaringen. Nur hinsichtlich der Gemeindenußungen bestehen hier und da einige Beschränkungen, indem z. B. in Baden §. 34 ff. und Kurhessen §. 241 das Recht auf die Gemeindenußungen auch von den Bürgern noch besonders erworben werden muß durch die Erlegung einer gewissen Einkaufssumme, welche noch neben dem für die Aufnahme ins Bürgerrecht zu entrichtenden Einzugsgelde erlegt werden soll. In Sachsen Weimar dagegen (§. 6 u. 31) haben die Ortsnachbarn nur Antheil an jenen Gemeindenußungen, welche ihnen herkömmlich zustehen oder nach Gemeindebeschluss überlassen worden sind. In Baiern endlich haben die Bürger zwar alle die angegebenen Rechte, sehr sonderbarer Weise jedoch in ihrer Eigenschaft als Bürger kein Recht auf die mit der Ansässigkeit und mit dem Heimathsrechte verbundenen Rechte. (§. 251.)

Unter sich sollen nun in den Gemeinden dieser Art die Rechte der Bürger ganz gleich sein, nichts desto weniger aber doch die Grundbesitzer und die höher Besteuernten noch in so

fern begünstigt werden, als die Ortsvorsteher und anderen Gemeindebeamten größtentheils aus den Hochbesteuerten oder Höchstbesteuerten gewählt werden müssen, z. B. in Baiern (§. 95) in Kurhessen (§. 32, 38 u. 39), im Großherzogthum Hessen (§. 24), in Hohenzollern Sigmaringen §. 27, in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften §. 15 und in Sachsen Meiningen §. 10, theilweise wenigstens aus den Nachbarn mit vollem Nachbarrechte, d. h. aus der Realgemeinde. (§. 248.) Auch wird bei Theilungen von Gemeindegütern in Baiern ein Hauptgewicht auf die Größtbesitzten gelegt ³⁰⁾.

Das Recht der Beisassen oder Beisitzer dagegen gibt in Württemberg (§. 2) und Hohenzollern Sigmaringen (§. 2) das Recht sich häuslich niederzulassen und ein Gewerbe zu treiben, ferner Antheil an der Benutzung der öffentlichen Ortsanstalten und im Falle der Dürftigkeit Anspruch auf Unterstützung aus der Gemeindekasse. Das Beisassen- oder Beisitzerrecht ist daher im Ganzen genommen nichts anderes als ein Heimathsrecht und wird auch in den Gemeindegesetzen von Württemberg und Hohenzollern Sigmaringen abwechselnd Gemeindebeisitz- und Heimathsrecht genannt. Dasselbe Recht haben in Baden (§. 70—72) die Einsassen und in Sachsen Weimar (§. 17 u. 18) die Heimathsberechtigten oder Heimathsgenossen. Ebenso haben in Sachsen Altenburg (§. 108) die Schutzbürger oder Schutzverwandten das Recht gewisse Gewerbe treiben zu dürfen, zu denen das wirkliche Nachbar- und Bürgerrecht nicht erfordert wird, sobald das Recht auf vollen Gemeindschutz und den Genuß der öffentlichen Ortsanstalten. Endlich haben in Baiern die Beisassen oder Schutzverwandten das mit der Anfähigkeit verbundene Recht der Verehelichung, des Gewerbsbetriebs und der Heimath, also auch Anspruch auf Unterstützung im Falle der Verarmung ³¹⁾. Eben so in Kurhessen (§. 20 u. 33) u. a. m. Nutzungsrechte an den Gemeindegütern haben die

30) Gemeindeordn. von 1818 §. 25 und von 1834 §. 6.

31) Gemeindeordn. von 1818 §. 13 und von 1834 §. 2. Ges. über die Heimath von 1825 §. 1, Nr. 2 u. §. 5. Gesetze über die Anfassung von 1825 §. 2 ff. u. 8 und von 1834 §. 2.

Beisassen und Schutzbürger in der Regel nicht, in Baiern §. 26 und Württemberg §. 53 jedoch dann, wenn sie dieses Recht aus früheren Zeiten hergebracht haben.

Neben den Beisassen und Beisitzern kommen noch vor Heimathsangehörige ohne Ansässigkeit oder ausschließend Heimathsberechtigte in Baiern ³²⁾ und heimathsberechtigte Gemeindeangehörige in Kurhessen §. 9 ff. Sie haben bloß Anspruch auf einen bleibenden Wohnsitz in der Gemeinde, auf Benutzung der öffentlichen Anstalten der Ortsgemeinde und auf Unterstützung im Falle der Verarmung.

Verschieden von diesen sind wieder die Inleute und Miethleute oder die Heimathsangehörigen anderer Gemeinden in Baiern ³³⁾, sodann die Schutzensossen ohne Heimathsrecht in Kurhessen §. 35, und die Schutzensossen in Sachsen Weimar §. 20. Sie haben bloß Anspruch auf einen vorübergehenden Wohnsitz in der Gemeinde und auf einen nicht selbständigen Betrieb eines Gewerbes und Antheil an der Benutzung der öffentlichen Ortsanstalten. In Sachsen Altenburg endlich (§. 107) kommen auch noch Handwerksbürger vor. Sie nehmen Theil an einer außerhalb ihres Wohnortes bestehenden Zunft und stehen zu dem Orte der Zunft (Zunft) in einer durch diese bedingten Beziehung und genießen kein persönliches Gemeinberecht.

In jenen Gemeinden ferner, in welchen nur die in Grund und Boden ansässigen Gemeindeglieder oder die Meistbeerbtten die politischen Rechte haben, werden meistentheils in den Gemeindeordnungen keine Beisassen oder Schutzbürger u. s. w. von den Bürgern ausgeschlossen. Die nicht in Grund und Boden angesessenen Gemeindeglieder und die nicht vollberechtigten Grundbesitzer sind jedoch nichts anderes als Beisassen, nur mit noch etwas größeren Rechten. Und im Fürstenthum Lippe (§. 8) werden sie auch Beiwohner und Schutzverwandte genannt. Im Königreich Sachsen z. B. (§. 28,

32) Gemeindeordn. von 1818 §. 13 Nr. 2 und von 1834 §. 2 Nr. 2. Gesetz über die Heimath §. 5.

33) Gemeindeordn. von 1818 §. 13 Nr. 3 und von 1834 Nr. 3.

31, 42, 54, 56 u. 58) haben alle selbständigen Gemeindeglieder ganz gleiche Rechte und Verbindlichkeiten. Sie haben insbesondere auch gleiche Nutzungsrechte an dem Gemeindevermögen und die übrigen vorhin erwähnten Privatrechte und können sogar zu den Gemeindeämtern gewählt werden. Stimmberechtigt sind jedoch nur die in Grund und Boden ansässigen Gemeindeglieder. In Oldenburg (§. 18, 20—22 u. 41.) haben alle Kirchspielsgemeindeglieder die erwähnten Privatrechte, insbesondere auch Antheil an dem Vermögen der Gemeinde, und ausnahmsweise auch aktives und passives Wahlrecht. In der Regel sind jedoch nur diejenigen Kirchspielsmitglieder stimmberechtigt und aktiv und passiv wahlfähig, welche einen Grundbesitz zu Eigenthums-, erblichen Nutzungs- oder Nießbrauchsrecht haben. Eben so haben in Oesterreich die Gemeindeangehörigen alle Privatrechte, insbesondere auch ein Recht auf die Benützung des Gemeindeguts, nur die Gemeindebürger aber, das aktive und passive Wahlrecht (§. 22 u. 23). Auch in der Preussischen Rheinprovinz (§. 2, 15—18, 21, 22, 35, 45 u. 49) und in Westphalen (§. 2, 10, 21, 24, 25, 27, 28, 42, 49 u. 53) nehmen alle selbständigen Gemeindeglieder Antheil an den gemeinsamen Rechten und Verbindlichkeiten, insbesondere auch an den Gemeindennutzungen. Stimmberechtigt und aktiv und passiv wahlberechtigt sind jedoch in der Regel nur die Meistbeerbten.

In Schwarzburg Rudolstadt endlich, wo heute noch jede Gemeinde eine Markgemeinde ist, haben nur die wirklichen Gemeindeglieder, d. h. diejenigen, welche das Eigenthum solcher Immobilien im Gemeindeflur erworben haben, mit denen dem Herkommen zu Folge das Gemeinderecht verbunden ist, den vollen Genuß der gemeinen Vortheile, insbesondere auch die Marknutzung und das aktive und passive Wahlrecht, und die Pflicht zur Tragung aller gemeinen Lasten, während die Hausgenossen und Schutzverwandten ein bloßes Heimathsrecht und mit diesem auch das Recht auf einen nothdürftigen Unterhalt im Verarmungsfall haben. Bei Publikationen von landesherrlichen Verordnungen sollen indessen auch die Schutzverwandten und Kleinhäusler zur Gemeindeversammlung beigezogen werden ^{33a)}).

33a) Gemeindeverwaltungsordn. §. 1, 2, 5, 9 u. 11.

In sämtlichen Gemeinden kommen auch noch Ausmärker oder Forensen und Ehrenbürger vor. Von den Forensen ist bereits die Rede gewesen. (§. 254). Die Ehrenbürger sind aber solche Bürger, welche nur die Rechte, nicht aber die Pflichten eines Ortsbürgers haben ³⁴).

§. 257.

Auch hinsichtlich des Erwerbes des Bürger- und Beisassenrechtes bestehen in den verschiedenen Gemeindeordnungen sehr verschiedenartige Bestimmungen, je nachdem in denselben ganz oder nur theilweise mit der Vergangenheit gebrochen worden ist.

Nach der alten Verfassung, nach welcher die Dorfschaften Markgenossenschaften waren, wurde nämlich das Bürgerrecht theils durch Aufnahme theils durch Geburt erworben. Allein die Hauptsache dabei war immer der Erwerb eines Hauses und Hofes oder einer Rechtshame. Denn ohne in Grund und Boden angefessen zu sein konnte man nicht Markgenosse werden. Daher wurde das Bürgerrecht öfters auch ohne förmliche Aufnahme bloß durch den Erwerb von Grund und Boden erworben. (§. 73.) Dieses hat sich nun Alles geändert, seitdem die Gemeinden politische und persönliche Gemeinden geworden sind, der Erwerb von Grund und Boden also nicht mehr nothwendig ist. Je nachdem nun aber die Verfassung einer Gemeinde noch mit der alten Verfassung zusammenhängt, je nachdem haben sich auch bei dem Erwerbe des Bürgerrechtes noch Spuren der alten Verfassung erhalten. In den persönlichen Gemeinden wird nämlich auf den Erwerb von Grund und Boden gar keine Rücksicht mehr genommen. Der Erwerb des Bürger- und Beisassenrechtes geschieht demnach durch Geburt oder Aufnahme, nach manchen Gemeindeordnungen auch sogar ohne Aufnahme und ohne Berücksichtigung der Geburt. In jenen Gemeinden dagegen, in welchen das allgemeine Stimmrecht nicht ganz durchgebrungen ist, welche demnach nicht rein persönliche Gemeinden geworden sind, in jenen Gemeinden wird

34) Bair. Gemeindeordn. von 1818 §. 16 und von 1834 §. 4. Kurhess. Gemeindeordn. §. 29. Württemberg. Verwaltungsgef. für die Gemeinden §. 46. Oesterreich. Gemeindegef. von 1849 §. 39.

das Bürger- und Weiszerrecht auch heute noch theils durch den Erwerb eines Grundbesitzes oder auch schon von Rechtswegen bei dem Eintritte gewisser gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen ohne besondere Aufnahme und ohne Berücksichtigung der Geburt erworben.

Durch Geburt geht das Bürger- und Weisassenrecht nach sehr vielen Gemeindeordnungen auf jedes eheliche und uneheliche Kind in derjenigen Gemeinde über, in welcher der Vater oder bei unehelichen Kindern die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes oder, wenn der Vater früher mit Tod abgegangen, zur Zeit seines Absterbens das Bürger- oder Weisassenrecht hatte, z. B. nach den Gemeindeordnungen und Gesetzen über das Gemeinde Bürger- und Weiszerrecht von Württemberg (§. 13 u. 14), von Baden (§. 6 u. 7), Oldenburg (§. 9 u. 10), Großherzogthum Hessen (§. 41), Hohenzollern Sigmaringen (§. 19 u. 20), Sachsen Altenburg (§. 104), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 30) u. a. m. In jenen Gemeinden, in welchen zum Bürgerrechte Grundbesitz nothwendig ist, muß natürlich auch noch der Besitz von Grund und Boden hinzukommen, z. B. in Oesterreich (§. 8 u. 9) und in Schwarzburg Rudolstadt (§. 2 u. 7). Andere Gemeindeordnungen gestatten den Erwerb durch Geburt nicht, wohl aber durch Aufnahme z. B. jene von Baiern (§. 101 Nr. 1), von Kurhessen (§. 34) Sachsen Weimar (§. 7) und des Königreichs Sachsen (§. 25).

Durch Aufnahme kann auch nach den meisten Gemeindeordnungen das Bürgerrecht erworben werden und da, wo es eines gibt, auch das Weisassen-, Weiszer- oder Weiszerrecht z. B. in Baiern (§. 101 Nr. 1), in Württemberg (§. 15), Kurhessen (§. 34), Großherzogthum Hessen (§. 46), Sachsen Altenburg (§. 104), Oldenburg (§. 9 u. 12), und in Baden (§. 15 u. 70), und außer dem Bürgerrecht auch noch das Einassenrecht. Nach anderen Gemeindegesetzen kann jedoch wohl das Bürgerrecht durch Aufnahme erworben werden, das Weiszerrecht jedoch bloß durch Geburt, z. B. in Hohenzollern Sigmaringen (§. 28). Als Vorbedingung der Aufnahme werden allenthalben gewisse Eigenschaften und Bedingungen vorausgesetzt, nämlich als persönliche Eigenschaften fast allenthalben die Großjährigkeit, z. B. im Großherzogthum Hessen (§. 46 u. 47), in v. Maurer, Dorfverfassung. II. Bb.

ben zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 36) u. f. w., anderwärts außerdem auch noch guter Leumund, z. B. in Württemberg (§. 18 u. 19), Baden (§. 18 u. 19), Kurhessen (§. 26), Oldenburg (§. 12), Hohenzollern Sigmaringen (§. 33, 34 u. 44), und als gesetzliche Bedingungen der Nachweis des gesetzlich bestimmten Vermögens und Nahrungszweiges, z. B. in Württemberg (§. 18, 20, 21 u. 24), Baden (§. 22 ff.), Kurhessen (§. 27 u. 28), Oldenburg (§. 12), Hohenzollern Sigmaringen (§. 32, 37 u. 44). Endlich wird auch noch erfordert die Erlegung eines Aufnahme- oder Eintrittsgeldes, welches auch Aufnahmegebühr z. B. in Württemberg (§. 29) genannt wird, oder Receptionsgeld z. B. im Großherzogthum Hessen (§. 50) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 38), oder Einzugs-geld z. B. in Kurhessen (§. 23), Einkaufsgeld z. B. in Tirol und Vorarlberg (§. 2), in Baden (§. 30), und in Hohenzollern Sigmaringen (§. 47), oder auch Nachbargeld z. B. in Sachsen Weimar (§. 7). In Baiern tritt der sonderbare Fall ein, daß wenn das Bürgerrecht durch Aufnahme erworben wird, die erwähnten Vorbedingungen ebenfalls vorhanden sein müssen, indem sodann die Gesetze über Ansfähigmachung zur Anwendung kommen sollen³⁵). Da jedoch das Bürgerrecht, wie wir sogleich sehen werden, auch ohne Aufnahme erworben werden kann, und dann nach der Bairischen Gemeindeordnung keine Ansfähigkeit nothwendig ist, so braucht sodann streng genommen auch auf jene Vorbedingungen keine Rücksicht genommen zu werden.

Nach sehr vielen Gemeindeordnungen erfolgt nämlich der Erwerb des Bürgerrechtes auch ohne Aufnahme und ohne Berücksichtigung der Geburt schon von Rechts wegen bei dem Eintritt gewisser Bedingungen, an welche das Bürgerrecht gebunden ist. Dieses geschieht durch eine häusliche Niederlassung oder durch den Betrieb eines bürgerlichen Erwerbes für eigene Rechnung oder durch eine selbständige

35) Gemeindeordn. von 1818 §. 101 Nr. 1 und von 1834 §. 23. vgl. mit den Gesetzen über die Ansfähigmachung von 1825 und 1834 §. 1, 2 u. 7.

Nahrung in jenen politischen oder persönlichen Gemeinden, in welchen dadurch allein schon das Bürger- und Besitzrecht erworben wird, z. B. in Nassau (§. 2), Sachsen Gotha (§. 21), und Meiningen (§. 2 u. 14). In jenen Gemeinden dagegen, in welchen die Eigenschaft eines Gemeindegliedes an den Erwerb von Grund und Boden oder an einen bleibenden Wohnsitz gebunden ist, geschieht es durch den Erwerb eines Grundbesitzes oder eines bleibenden Wohnsitzes, z. B. im Königreich Sachsen (§. 24 u. 25) in Rheinpreußen (§. 12) und Westphalen (§. 17). Eben so in jenen Gemeinden, in welchen die Eigenschaft eines wirklichen Gemeindegliedes an den Besitz von besteuerten Gründen oder Häusern oder an die Ausübung eines besteuerten Gewerbes gebunden ist, durch den Erwerb eines solchen Besitzthums oder Gewerbes, z. B. in Baiern (§. 11 u. 12), in Tirol und Vorarlberg (§. 1). Desgleichen dort, wo, wie nach altem Recht, der Erwerb einer Rechtsame, wie in Schnottmühl³⁶⁾, oder der Besitz von gehörig qualificirtem Grund und Boden allein schon das volle Bürgerrecht gibt, z. B. in Lippe (§. 4) und Schwarzburg Rudolstadt (§. 2).

Hie und da wird das Ortsbürgerrecht oder die Kirchspielsmitgliedschaft auch, wie hin und wieder schon nach altem Recht (§. 73), durch eine stillschweigende Aufnahme oder durch langjährige Duldung in der Gemeinde erworben, z. B. in Oesterreich (§. 12) und in Oldenburg (§. 9 u. 14), oder durch eine Anstellung im Staats- oder Gemeinbedienste z. B. in Oldenburg (§. 9 u. 11) und Oesterreich (§. 13), und bei Frauen durch Verheirathung z. B. in Oesterreich (§. 12) Oldenburg (§. 9 u. 13) und Baden (§. 5). In Baden, wo die Bürgertöchter schon ein angeborenes Bürgerrecht haben, sollen sie es jedoch erst dann antreten, wenn sie sich mit einem Bürger verheirathen.

Durch eine amtliche Anweisung, Zuthellung oder Zuweisung endlich kann nur das Heimathsrecht, nicht aber das Bürgerrecht und Besitzrecht ertheilt werden, z. B. in Baiern³⁷⁾,

36) Ruffsch von 1805 Renaud in Zeitschr. IX, 64 Not.

37) Ges. über die Heimath von 1825 §. 4.

in Württemberg (§. 33), Baden (§. 70), Hohenzollern Sigmaringen (§. 59) u. a. m. In Sigmaringen (§. 28) soll zwar auch das Beisizrecht durch Zuthellung erworben werden können, allein das Beisizrecht ist daselbst, wie wir gesehen haben, nichts als ein Heimathsrecht.

§. 258.

Das Recht zur Ausübung des Bürgerrechtes ist öfters noch von dem bereits erworbenen Rechte verschieden und muß daher noch besonders erworben werden, oder tritt wenigstens erst beim Dasein gewisser gesetzlich bestimmter Bedingungen und Eigenschaften von Rechtswegen ein. Dieses Recht zur Ausübung des Bürgerrechtes wird öfters das aktive Bürgerrecht genannt, z. B. in Württemberg (§. 45, 46 u. 62), in Hohenzollern Sigmaringen³⁸⁾ u. a. m. Auch in der Bairischen Gemeindeordnung von 1818 ist einmal und zwar im §. 19 von aktiven Gemeindegliedern die Rede. Nach dem Zusammenhange sind jedoch darunter alle wirklichen Gemeindeglieder zu verstehen. (§. 251.)

Das aktive Bürgerrecht setzt seinem Wortlaute nach allzeit eine thätige Theilnahme an Rechten voraus, bei deren Ausübung andere Gemeindeglieder sich passiv verhalten müssen. Jene Benennung wird daher in einem sehr verschiedenen Sinne gebraucht, meistens nur von der Ausübung der politischen oder Ehrenrechte, wobei z. B. die Frauen, Minderjährigen, die unter Curatel stehenden Leute, Verbrecher u. s. w. sich passiv zu verhalten haben. Und in diesem Sinne scheint auch die Bairische Gemeindeordnung, wegen der Bestimmungen des §. 19 Nr. 1 und 2, jene Benennung gemeint, diesen Sinn aber nicht klar genug ausgedrückt zu haben. Oefters wird jedoch jener Ausdruck auch von der Ausübung der erwähnten Privatrechte und Verbindlichkeiten, z. B. der Nutzungsrechte u. s. w. gebraucht. Der Eintritt in das aktive Bürgerrecht ist nämlich sehr verschieden, je nachdem das Bürgerrecht durch Geburt oder Aufnahme, oder

38) Gef. über das Gemeindebürgerrecht §. 3, 24 u. 70 und Gef. über die Verfassung der Gemeinden §. 10, 12 u. 13.

ohne alle Rücksicht auf die Geburt und Aufnahme schon von Rechtswegen bei dem Eintritt gewisser gesetzlich bestimmter Bedingungen oder persönlicher Eigenschaften erworben wird. Je nach Verschiedenheit dieser Fälle wird daher auch jene Benennung, wie wir sehen werden, in einem verschiedenen Sinne gebraucht.

Vermöge der Geburt ist nämlich in den persönlichen oder politischen Gemeinden jeder Bürger berechtigt an dem Orte Gemeindeglied zu werden, an welchem sein Vater und bei unehelichen Kindern die Mutter das Gemeinderecht hatte, z. B. in Württemberg (§. 13), Baden (§. 6), im Großherzogthum Hessen (§. 41), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 30 u. 34) u. a. m. Wer jedoch von diesem Rechte Gebrauch machen will, muß dieses beim Ortsvorstande erklären und die zur Ausübung des Bürgerrechtes (zum aktiven Bürgerrechte) gesetzlich vorgeschriebenen Erfordernisse nachweisen, z. B. in Baden (§. 11, 44 u. 45), im Großherzogthum Hessen (§. 42 u. 43), in Hohenzollern Sigmaringen (§. 24 u. 70), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 31) u. a. m. Anderwärts ist eine solche Erklärung nicht nothwendig, noch weniger also eine besondere Aufnahme ins aktive Bürgerrecht. Dieses tritt vielmehr von Rechtswegen ein, wie die gesetzlichen Erfordernisse zur Ausübung des Bürgerrechtes vorhanden sind, z. B. in Württemberg (§. 46) und in Oesterreich (§. 8 u. 9). Diese Erfordernisse sind nun zur Ausübung der politischen Rechte allenthalben Großjährigkeit, auch im Großherzogthum Hessen (§. 41 u. 44) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 30 u. 33); anderwärts außerdem auch noch guter Leumund, z. B. in Württemberg (§. 47), Baden (§. 10), in Hohenzollern Sigmaringen (§. 23); sodann der Nachweis des Besizes eines den Unterhalt einer Familie sichernden Vermögens oder Nahrungszweiges, z. B. in Baden (§. 10), Württemberg (§. 45), Hohenzollern Sigmaringen (§. 23 u. 70) u. a. m.; und hie und da auch noch die Entrichtung einer Eintrittsgebühr z. B. in Baden (§. 12) u. a. m. Hierauf erfolgt die Eintragung in das Verzeichniß der Gemeindeglieder, z. B. in das Gemeinderegister in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 31), in das Bürgerregister im Großherzogthum Hessen (§. 42) und in die Gemeinde Matrikel in Oesterreich (§. 20).

Wenn dagegen das Bürgerrecht durch Aufnahme erworben worden ist, so ist sodann zur Ausübung desselben, also zu dem activen Bürgerrechte, weiter nichts als der Nachweis der zur Aufnahme vorgeschriebenen Erfordernisse (§. 257) oder der Eintritt des Bürgerrechts nothwendig, z. B. in Oldenburg (§. 14), Hohenzollern Sigmaringen (§. 70), Baden (§. 17, 44 u. 45) u. a. m.; hie und da auch noch die Leistung des Bürgereides z. B. in Sachsen Weimar (§. 9) und die Eintragung in das Verzeichniß der Gemeindeglieder, z. B. in Kurhessen (§. 21 u. 33), im Großherzogthum Hessen (§. 54), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 40) und in Sachsen Weimar (§. 9) ins Nachbarbuch. Eine besondere Aufnahme ins Activbürgerrecht ist auch in Württemberg nicht nothwendig. (§. 46.) Unter dem Activbürgerrechte wird jedoch in diesem Falle die Ausübung der Ehrenrechte eben sowohl wie der Privatrechte verstanden, z. B. in Württemberg (§. 3 u. 45), in Hohenzollern Sigmaringen (§. 3 u. 70) und in Baden (§. 1. u. 44). Die politischen oder Ehrenrechte gehen jedoch wieder verloren, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen persönlichen Eigenschaften seit der Aufnahme ins Bürgerrecht wieder verloren gegangen sind, z. B. in Württemberg (§. 47), Sachsen Weimar (§. 15 u. 16) und Altenburg (§. 105), Oldenburg (§. 23) u. a. m.

Endlich wird in allen jenen Fällen, in welchen das Bürgerrecht ohne Rücksicht auf Aufnahme oder Geburt schon von Rechts wegen, beim Eintritt gewisser Bedingungen, an welche dasselbe gebunden ist, erworben wird, mit dem Bürgerrechte überhaupt auch das Recht der Ausübung jenes Rechtes, also das active Bürgerrecht erworben. Eine besondere Erklärung hierüber wird nirgends begehrt³⁹⁾. Dennoch kann bei der Niederlassung ein Einzugsgeld erhoben werden z. B. in Westphalen (§. 19) und Rheinpreußen (§. 14). In Baiern soll wohl nach den Gesetzen über die Ansässigmachung von 1825 und 1834 §. 7 eine Aufnahmegebühr erhoben werden, streng genommen

39) Vgl. die Landgemeindefordnungen für Westphalen §. 31 und für die Rheinprovinz §. 27. Die Bair. Gemeindefordn. §. 11 u. 12, GemeindeG. von Nassau §. 2.

aber nicht bei dem Erwerbe des Gemeindebürgerrechtes nach Vorschrift der Gemeindeordnung §. 11. Zur Ausübung der Ehrenrechte wird jedoch auch in diesen Fällen eine gewisse persönliche Befähigung, z. B. Volljährigkeit, guter Leumund, der Besitz des Staatsbürgerrechtes u. s. w. erfordert. Und mit dem Verluste der Befähigung soll auch das Stimmrecht und das aktive und passive Wahlrecht wieder verloren gehen, z. B. in Westphalen (§. 45—47), in Rheinpreußen (§. 38—40), in Baiern ⁴⁰⁾, im Königreich Sachsen (§. 29), in Nassau (§. 3), in Sachsen Gotha (§. 21—24) und Weiningen (§. 10 u. 14), in Schwarzburg Rudolstadt (§. 2): Auch versteht es sich von selbst, daß in jenen Gemeinden, in welchen das Stimmrecht noch an andere Eigenschaften z. B. an den Besitz von Grund und Boden, wie im Königreich Sachsen (§. 28), oder an den Besitz eines besonders geeigenschafteten Grundeigentums, wie in Lippe (§. 4) und in Schwarzburg Rudolstadt (§. 2), oder an die Eigenschaft eines Meistbeerbten, wie z. B. in Westphalen (§. 21, 42 u. 44) und Rheinpreußen (§. 16, 35 u. 37) gebunden ist, diese Eigenschaften nachgewiesen werden müssen, ehe das Stimmrecht ausgeübt werden darf. Zu dem Ende ist in Westphalen (§. 48) und Rheinpreußen (§. 41) vorgeschrieben, daß die Meistbeerbten in die Gemeinderolle eingetragen werden sollen. In Oesterreich ist außer dem Erwerbe von Grund und Boden noch eine förmliche Aufnahme nothwendig. (§. 8 u. 9.)

d. Gemeindevermögen.

§. 259.

Ueber das Vermögen der Gemeinde enthalten die meisten Gemeindeordnungen nur wenige und meistentheils ungenügende Bestimmungen. Allenthalben wird dasselbe indessen als Corporationsvermögen betrachtet und daher aus denselben Gründen, wie in früheren Zeiten (§. 240), in zwei verschiedene Bestandtheile geschieden. Im Königreich Sachsen ist das Gemeindevermögen

40) Gemeinwahlordnung von 1818 §. 2, 7 u. 8

entweder Stammvermögen, welches bloß zu gemeinsamen Zwecken verwendet und, unbeschadet nützlicher oder unnachtheiliger Veränderungen mit einzelnen Bestandtheilen, im Ganzen unvermindert erhalten werden soll, oder solches Gemeindevermögen, welches von den Gemeindegliedern zu ihrem unmittelbaren Privatvorteile benutzt werden darf. (§. 56—56.) In Baden (§. 53—55, 58, 85, 92, 110 u. 119) und in Hohenzollern Sigmaringen (§. 52—58, 88, 95 u. 113) ist das Gemeindevermögen entweder Gemeindegut, welches zur Bestreitung des Gemeindeaufwandes bestimmt ist und nur in außerordentlichen Fällen zu laufenden Bedürfnissen verwendet werden darf, und daher auch Grundstockvermögen genannt wird, oder es ist Almentgut, an welchem die Gemeindeglieder Nutzungsrechte haben. In Kurhessen wird dasjenige Gemeindevermögen, dessen Ertrag in die Gemeindefasse fließt und welches nur zur Bestreitung der Gemeindefausgaben bestimmt ist, Kammereivermögen oder sonderbarer Weise auch Ortsvermögen, das übrige Gemeindevermögen dagegen, woran die Gemeindeglieder Gemeindefausgaben haben, eben so eigenthümlicher Weise Gesamtvermögen genannt, und über das Eine wie über das Andere kann von der Gemeinde verfügt werden. (§. 24, 70, 80 u. 84.) Auch in der Preussischen Provinz Westphalen hat das Gemeindevermögen eine doppelte Bestimmung, entweder zur Bestreitung der Gemeindefauslagen oder zur Benutzung der einzelnen Gemeindeglieder und über beides kann von der Gemeinde verfügt werden. (§. 23, 24, 91 u. 93.) Eben so behält das Gemeindegesetz von Oesterreich (§. 74 u. 75) den von dem bürgerlichen Gesetzbuche §. 288 gemachten Unterschied zwischen Gemeindevermögen und Gemeindegut bei. Die Landgemeindeordnung von Sachsen Weimar schreibt vor, daß in der Regel alles Gemeindevermögen nur zum Besten der Gemeindefasse benutzt werden dürfe. Nur diejenigen Gegenstände des Gemeindevermögens, welche schon ihrer Natur nach, wie Wege, Brunnen und dergleichen zum öffentlichen Gebrauche bestimmt sind, oder deren Naturalnutzung z. B. an Brennholz, Obst, Gras, Weide herkömmlich den einzelnen Gemeindegliedern überlassen worden ist, dürfen in dieser Weise auch ferner benutzt werden. (§. 30 u. 21). Diese Gemeindeordnung unterscheidet demnach ebenfalls zwei verschiedene Bestandtheile, sie ver-

fügt nur, daß der eine Bestandtheil die Regel, der andere aber die Ausnahme bilden soll. In der Gemeindeordnung des Großherzogthums Hessen wird nur gelegentlich von dem Gemeindevermögen gesprochen, nämlich bei dem Verlaufe und der Verpachtung desselben und bei den Gemeindeausgaben, zu deren Bestreitung das Gemeindevermögen bestimmt ist. (§. 71, 82 u. 84). Die meisten Gemeindeordnungen enthalten aber gar keine Bestimmungen über das Gemeindevermögen. Und in den Bairischen Gemeindeordnungen werden sogar drei verschiedene Arten von Gemeindegütern von einander unterschieden, nach dem Gemeinde-Edikte von 1808 §. 14–31 nämlich das eigentliche Gemeindegut, sodann das Gemeindevermögen und die sogenannten Gemeindegünde. Das eigentliche Gemeindegut, welches die Gemeinde als nothwendiges Mittel zur Erreichung des gesellschaftlichen Zweckes besitzt, soll unveräußerlich sein. Das Gemeindevermögen dagegen, d. h. dasjenige Vermögen, welches zwar nicht zum gesellschaftlichen Zweck wesentlich nothwendig, dessen Rente aber ausschließlich zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse bestimmt ist, und die Gemeindegünde, welche zwar der Gemeinde gehören, aber von den einzelnen Gemeindegliedern benutzt werden, dürfen zur Zahlung der Gemeindefschulden veräußert und zur Beförderung der Kultur unter die Gemeindeglieder vertheilt werden. Und dieselben Bestimmungen, nur etwas unklarer, enthält auch wieder die Gemeindeordnung von 1818 §. 24 u. 25. Daß jedoch die Veräußerlichkeit oder Unveräußerlichkeit kein Eintheilungsgrund sein kann, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung, indem je nach den Umständen jede Art von Gemeindevermögen veräußerlich sein sollte. Weit richtiger ist daher die hergebrachte Eintheilung in Gemeindevermögen, dessen Genuß ausschließlich der Corporation zusteht, und solches Vermögen, woran die einzelnen Gemeindeglieder Nutzungsrechte haben. Noch richtiger würde es aber sein, wenn man das Gemeindevermögen nach seiner dreifachen Bestimmung (ähnlich wie in Oesterreich §. 21–23 und Sachsen Weimar §. 30 u. 31) eintheilen wollte, in Gemeindevermögen, welches ausschließlich für die allgemeinen Zwecke der Corporation, sodann solches welches für den öffentlichen Gebrauch also für den Gebrauch aller Einwohner bestimmt ist, wozu z. B. Brunnen, Wege u. s. w. gehören, endlich sol-

des Gemeindevermögens, an welchem nur allein den Gemeindegürgern die Nutzung zusteht, wozu z. B. die Almenten gehören.

Das Eigenthum an dem Gemeindevermögen, gleichviel wenn der Gebrauch und die Nutzung daran zusteht, wird in allen neueren Gemeindeordnungen der Gemeinde selbst zugeschrieben und zwar entweder der römischrechtlichen Corporation z. B. in Baiern ⁴¹⁾, in Oesterreich (§. 74), in Sachsen Weimar (§. 30) u. a. m., oder der deutschrechtlichen Corporation z. B. im Königreich Sachsen (§. 55), in Baden (§. 53 u. 92), und in Hohenzollern Sigmaringen (§. 52 u. 95. Vgl. noch oben §. 238). Nirgends wird mehr das Gemeindegut, wie dieses in früheren Zeiten wohl der Fall war (§. 221), als Staatsgut oder als herrenloses Gut behandelt, öfters sogar ausdrücklich vorgeschrieben, daß dasselbe kein Staatsgut sein und nicht als Staatsgut behandelt werden solle, z. B. im Königreich Sachsen (§. 63), in Hannover (§. 57), Sachsen Altenburg (§. 113) und in Braunschweig (§. 45). Eben so wenig darf das Gemeindevermögen mit dem Stiftungsvermögen und mit dem Vermögen anderer Corporationen vermengt werden, z. B. in Preussisch Westphalen (§. 26), in Rheinpreußen (§. 20), Oldenburg (§. 2 u. 135), und nach dem geltenden Rechte auch in Baiern ⁴²⁾, während daselbst nach dem Gemeinde-Edikte von 1808 §. 16 auch das Stiftungsvermögen zu dem Gemeindevermögen gehört hat.

Auch das Vermögen der Realgemeinden sollte allenthalben von jenem der politischen Gemeinden getrennt sein. Allein verhältnißmäßig nur sehr wenige neuere Gemeindeordnungen, z. B. in der Schweiz, Württemberg, Westphalen, Rheinpreußen u. a. m., haben das Eigenthum beider Gemeinden streng von einander geschieden. Die Meisten erklären vielmehr das Vermögen der Realgemeinden für Eigenthum der Gesamtgemeinde. (§. 233, u. 248). Im Zweifel wird jedoch auch der Realgemeinde das Eigenthum an ihrem Vermögen zuerkannt werden müssen. (§. 234 u. 248). Auch wird es nirgends der Gesamtgemeinde gestattet über die

41) GemeindeG. von 1808 §. 14 u. 25 und von 1818 §. 24—26.

42) Verfass. Urthe tit. IV, §. 10. Gemeindeordn. von 1818 §. 24.

Nutzungsrechte der Realgemeinde und der Realgemeindeglieder einseitig zu verfügen⁴³⁾).

Die heutigen weiteren Gemeinden besitzen bis jetzt noch nirgends eigenes Vermögen. Es kann daher auch von keinem Eigenthum der weiteren Gemeinde die Rede sein. Nutzungsrechte an dem Gemeindevermögen stehen jedoch hier und da, wie wir gesehen, auch den Beisassen und Beisigern zu, und den übrigen Angehörigen der Gemeinde wenigstens die Benutzung der öffentlichen Gemeinde-Anstalten, so wie der Gebrauch der Gemeinde-Brunnen, Wege und Stöge u. s. w.

e. Nutzungsrechte.

§. 260.

Die Gemeindennutzungen sind sammt und sonders ein Ausfluß des Gemeinderechtes. Denn sie setzen in der Person des Berechtigten die Eigenschaft eines Gemeindegliedes, meistens eines Gemeindegliedes selbst voraus. Im Übrigen enthalten jedoch die Gemeindeordnungen wesentlich verschiedene Bestimmungen.

Viele Gemeindeordnungen geben nämlich den Gemeindegliedern als solchen und zwar einem jeden ein ganz gleiches Gemeindennutzungsrecht. Die Nutzungsrechte sind sodann ein Ausfluß des persönlichen Gemeindegliederrechtes oder der Gemeindeangehörigkeit, und sie sind an keine weiteren Vorbedingungen gebunden, z. B. in Württemberg (§. 3), im Großherzogthum Hessen (§. 93), in Nassau (§. 3), im Königreich Sachsen (§. 27 u. 56), in Sachsen-Weimar (§. 6 u. 31), Oldenburg (§. 18), Schwarzburg-Rudolstadt (§. 5), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 78), in Oesterreich (§. 22 u. 23), und in Sachsen-Meiningen (§. 2) wenigstens alle Gemeindeglieder, welche das volle Nachbarrecht haben. Auch verweisen Einige der erwähnten Gemeindeordnungen hinsichtlich der näheren Auseinandersetzung auf die örtliche Verfassung und auf das Herkommen einer jeden Ortsgemeinde, z. B. die Landgerichtsordnungen des

43) Vgl. Landgemeindeordn. von Weimar §. 32.

Königreichs Sachsen (§. 27 u. 56) und von Sachsen Weimar (§. 31.).

Anderer Gemeindeordnungen setzen zwar ebenfalls die Eigenschaft eines Gemeindeglieds oder Gemeindegliedes in der Person des Berechtigten voraus, verweisen aber im Übrigen auf das Herkommen, welches daher zu entscheiden hat, welche Gemeindeglieder (ob alle Gemeindeglieder oder nur einzelne Klassen) zur Theilnahme an den Gemeindevorstellungen berechtigt sein sollen. Dahin gehören die Gemeindeordnungen von Baiern (§. 18, 19 u. 26), der Preussischen Provinz Westphalen (§. 24), der Rheinprovinz (§. 17), von Hannover⁴⁴⁾, von Baden⁴⁵⁾, Kurhessen (§. 70), Hohenzollern Sigmaringen⁴⁶⁾ u. a. m. Durch diese Verweisung auf das Herkommen wurde nun zwar das alte Recht hinsichtlich der Gemeindevorstellungen neuerdings bestätigt, nichts desto weniger aber die Natur dieser Rechte in so fern verändert, als dieselben nun, eben weil sie nicht mehr bloß als Ausflüsse des Bürgerrechtes betrachtet, vielmehr nach dem Herkommen beurtheilt werden sollen, wahre Sonderrechte (*jura singulorum*) geworden sind. Streng genommen dürfen daher die politischen Gemeinden nicht darüber verfügen, wenigstens nicht nach Mehrheit der Stimmen. Dieses pflegt jedoch nicht allenthalben beachtet zu werden, insbesondere auch nicht in Baiern, wo z. B. bei Theilungen von Gemeindegrenzen nach Mehrheit der Stimmen entschieden werden darf und sodann in der Regel gleiche Vertheilung eintritt. Diese Verweisung auf das Herkommen hindert jedoch nicht, daß das Nutzungsrecht in manchen Gemeinden noch besonders erworben werden muß, entweder durch Erlegung eines Einkaufsgeldes oder durch Entrichtung des nach einem mehrjährigen Durchschnitt zu berechnenden Betrages der jährlichen Almentnugungen oder gegen eine jährliche Abgabe, z. B. in der Provinz Westphalen (§. 25), in Rheinpreußen (§. 18), in Baden (§. 34—36, 63 u. 91), Kurhessen (§. 24), und Hohenzollern Sigmaringen

44) Landesverfassungsgef. §. 48.

45) Gef. über die Gemeinde Verfass. §. 54 u. Gef. über die Rechte der Gemeindeglieder §. 1 u. 44.

46) Gef. über die Gemeindeverfass. §. 53 und Gef. über das Gemeindegliederrecht §. 3 u. 109. ff.

(41—54 u. 58. Vgl. noch oben S. 256.). Auch finden sich in manchen Gesetzen noch andere Beschränkungen, welche auch das alte Recht schon gekannt hat, z. B. in Hohenzollern Sigmaringen (§. 93.) die Vorschrift, daß die Bürger nur dann von ihren Bürgerholzgaben verkaufen dürfen, wenn sie für ihre eigene Feuerungsbedürfnisse gedeckt sind und wenn es die Forstpolizeigesetze gestatten.

Die Gemeinbenutzungen bestehen theils in wirklichen Nutzungen an den unvertheilten Gemeindegütern, theils in einem Antheile bei ihrer Vertheilung.

Ueber die Theilung der Gemeindegüter finden sich in sämtlichen Gemeindeordnungen mehr oder weniger ausführliche Vorschriften, zumal in Baden, Hohenzollern Sigmaringen u. a. m. Denn die Gemeintheilungen wurden lange Zeit allenthalben begünstigt. Nur die Waldungen pflegen von der Vertheilung ganz ausgenommen zu sein, z. B. in Hohenzollern Sigmaringen (§. 95), oder wenigstens nur unter gewissen Voraussetzungen ihre Theilung zugelassen zu werden. So wurde z. B. in Baiern nach den Gemeindeordnungen von 1808 §. 24 u. 31 und von 1818 §. 25 die Theilung des Gemeindevermögens unter die Gemeindeglieder zur Beförderung der Kultur begünstigt, die Vertheilung der Waldungen jedoch nur unter gewissen Voraussetzungen zugelassen. Erst das Gemeindegesetz von 1834 §. 6 setzt den Gemeintheilungen wieder einige Schranken. Meistentheils können die Alment- und Gemeindegüter zum Genuß oder auch zu Eigenthum vertheilt werden, z. B. in Baden (§. 92. ff.) u. a. m., in Hohenzollern Sigmaringen jedoch bloß zum Genuß. (§. 95.). In der Gemeinde Ober-Egeri im Kanton Zug wurde in den Jahren 1834, 1844 und 1845 die Benutzung der Alment geregelt und unter Anderem festgesetzt, daß außer dem Pflanzland auch noch Weidland und zwar auf die Mannsköpfe auf 50 Jahre vertheilt werden solle⁴⁷⁾. Nur allein in Oesterreich ist die Theilung des Gemeindevermögens und Gemeindegutes so wie jede Veräußerung desselben gänzlich untersagt, und nur ausnahmsweise kann die Bewilligung hierzu von dem Landtage ertheilt werden. (§. 74).

47) Zeitschrift für schweizer. R. von Ott, x. VI, Rechtspflege, p. 9.

Ueber den Maßstab der Nutzungen an den unbetheilten Gemeindegütern allgemeine Bestimmungen zu geben ist ohne Verletzung der bestehenden althergebrachten Rechte sehr schwierig, meistens wohl unmöglich. Da es nun aber dennoch geschehen ist, so haben sehr viele neuere Gesetze die hergebrachten Rechte der älteren Gemeindeglieder mehr oder weniger verletzt. Am meisten ist dieses in jenen Gemeindeordnungen geschehen, in welchen ohne alle Rücksicht auf den Güterbesitz oder auf das Bedürfniß oder den Steuerfuß die Gleichheit Aller proklamiert worden ist, z. B. in Nassau (§. 14), Württemberg (§. 48 u. 49.), Großherzogthum Hessen (§. 93), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 78.) u. a. m. Weit gerechter war es, wenn auch in dieser Beziehung auf das Herkommen verwiesen und nur im Zweifel die Gleichheit der Rechte angenommen worden ist, wie dieses in Baiern (§. 19 u. 26), in Baden (§. 85), Sachsen Meiningen (§. 16), Hohenzollern Sigmaringen (§. 88) u. a. m. der Fall ist. Andere Gemeindegesetze bestimmen den Maßstab der Benutzung, wie nach altem Recht, nach dem Bedürfnisse eines jeden Gemeindegliedes, z. B. das Gemeindegesetz von Oesterreich §. 75. Am aller Weisesten haben jedoch diejenigen Gesetzgeber gehandelt, welche die Regulirung des Maßstabes der Benutzung den einzelnen Gemeinden selbst oder den Ortsstatuten und der Lokalverfassung überließen, wie dieses z. B. im Königreich Sachsen (§. 27 u. 56), im Dithmarschen, im Kanton Bern u. a. m. geschehen ist. Meistentheils wurde sodann Alles zur gegenseitigen Zufriedenheit auf dem Wege der Verständigung unter den Betheiligten, im Dithmarschen in jeder einzelnen Bauerschaft (§. 235), und im Kanton Bern in jeder Gemeinde, durch sogenannte Almentreglements geordnet.

Indessen kann auch nach den erwähnten Gemeindeordnungen der Betrag der Gemeinbenutzungen in jeder Gemeinde durch einen Gemeindecbeschuß festgesetzt oder auch eine gewisse Reihenfolge für den wirklichen Genuß jener Nutzungen eingeführt werden, z. B. in Württemberg (§. 49), Baden (§. 85), Sachsen Weimar (§. 31), Meiningen (§. 16), Schwarzburg Rudolstadt (§. 5), Hohenzollern Sigmaringen (§. 88). Auch ist jede Gemeinde berechtigt die Nutzungen ganz einzuziehen und ihren Ertrag zum Vortheil der Gemeindefasse zu verwenden, z. B. im

Königreich Sachsen (§. 58), in Kurhessen (§. 24, 80 u. 84.), in Sachsen Weimar (§. 31 u. 47), Oesterreich (§. 75) u. a. m. Eine Ausnahme hievon tritt jedoch dann ein, wenn die Nutzungstheile auf dem Besitze bestimmter Güter oder Häuser haften oder der Gegenstand eines sonstigen Sonderrechtes sind. Denn in einem solchen Falle kann die Gemeinde nicht einseitig darüber verfügen, nach den Gemeindeordnungen des Königreichs Sachsen (§. 58. a. E.), von Baiern (§. 41), Baden (§. 85), Sachsen Weimar (§. 32) und Meiningen (§. 16), Hohenzollern Sigmaringen (§. 88) u. a. m.

Von diesen Gemeindennutzungen verschieden sind die Realgemeinderechte. Denn in jenen Gemeinden, in welchen heute noch neben der persönlichen oder öffentlichen Gemeinde eine Realgemeinde besteht (§. 248), müssen die Realgemeinderechte in ähnlicher Weise als ein Ausfluß des Realgemeindebürgerrechtes betrachtet werden, wie die Gemeindennutzungen ein Ausfluß des persönlichen Bürgerrechtes sind. Aber auch in jenen Gemeinden, in welchen die Realgemeinderechte bloße dingliche Rechte an einer fremden Sache geworden sind (§. 248), dürfen die Gemeindennutzungen nicht mit ihnen verwechselt werden. Denn im einen wie im anderen Falle sind die Gemeindennutzungen persönliche Rechte und werden auch in manchen Gesetzen im Gegensatz zu den Realgemeinderechten persönliche Gemeindennutzungen genannt, z. B. in Württemberg (§. 48, 51 u. 64.).

Von beiden, den persönlichen Gemeindennutzungen wie von den Realgemeinderechten, verschieden sind wieder diejenigen Nutzungsrechte, welche auf einem Privatrechtstitel oder auf Verjährung beruhen. Auch werden sie in den Gesetzen ausdrücklich von denselben unterschieden, z. B. in Württemberg (§. 50 u. 57), Sachsen Weimar (§. 32), im Königreich Sachsen (§. 6 u. 56), in Kurhessen (§. 24), in der Provinz Westphalen (§. 124) und in der Rheinprovinz (§. 19). Diese privatrechtlichen Nutzungsrechte stehen nämlich in gar keiner Verbindung mit dem Gemeindebürgerrechte, weder mit dem persönlichen noch mit dem Realgemeindebürgerrechte. Sie sind daher kein eigentliches Gemeinderecht, auch wenn ein Gemeindeglied dieses Recht Kraft eines Privatrechtstitels besitzt. Sie sind meistens wahre Servituten und werden auch von den Gesetzen, z. B. in Nassau (§. 14) und

Württemberg (§. 50) und auch von den Juristen als solche behandelt. Nur dann, wenn die Realgemeinderechte bloße dingliche Rechte geworden sind, sind sie den auf einem Privatrechtstitel beruhenden Nutzungsrechten sehr ähnlich und werden auch öfters mit denselben verwechselt, wiewohl beide schon ihrem Ursprung nach von einander verschieden sind.

f. Dorfregiment:

1) Gemeindeangelegenheiten.

§. 261.

Alle neueren Gemeindeordnungen überlassen den Gemeinden die Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten, z. B. in Oesterreich (§. 4.), Baiern (§. 20 u. 36), im Königreich Sachsen (§. 5), in Württemberg (§. 3), Baden (§. 6), Kurheffen (§. 67), Hohenzollern Sigmaringen (§. 6), Lippe (§. 9) u. a. m. Was jedoch als Gemeindeangelegenheit betrachtet werden solle, wird fast nirgends gesagt.

Nach der alten Dorfverfassung waren die Gemeindeangelegenheiten sammt und sonders dorfmarkgenossenschaftliche und landwirthschaftliche Angelegenheiten. Die neueren Gemeindeordnungen erwähnen aber dieser Angelegenheiten gar nicht mehr, mit etwaiger Ausnahme der Gemeindeordnungen von Baiern (§. 115 u. 116), Nassau (§. 8), Lippe (§. 9) und Schwarzburg Rudolstadt (§. 11), in welchen noch von den Angelegenheiten der Feldmark, der Landwirthschaft und Viehzucht die Rede ist. Am meisten trägt jedoch noch den alten dorfmarkgenossenschaftlichen und landwirthschaftlichen Charakter die Gemeindeordnung von Schwarzburg Rudolstadt. Denn nach ihr bestehen noch die Gemeindeangelegenheiten in der Sorge für die richtige Vermarkung der Felder und für die Flurgrenzen, weshalb längstens alle 6 Jahre ein solenner Flurzug gehalten werden soll, sodann in der Reparatur der in der Gemeindeflur gelegenen Straßen, Wege, Brücken und Stege, in der Reinhaltung der Brunnen und Dorfbäche, in der Sorge für die Raupenvisitationen und Baumpflanzungen, in der Aufsicht über das Hut- und Triftwesen, über die Gemeindegirten und Flurschützen, über die Gemeindegewaldungen und anderen Gemeindegüter u. s. w.

Auch findet man daselbst noch das Amt eines Heimbürgen, welches sich insgemein nur noch in jenen Gemeinden findet, in denen sich auch noch andere Spuren von markgenossenschaftlichen Elementen erhalten haben. (§. 186).

Die meisten neueren Gemeindeordnungen sprechen indessen von den Gemeindeangelegenheiten entweder gar nicht oder doch nur in einer ganz allgemeinen Weise, so daß damit eben nicht viel gesagt ist. Die Landgemeindeordnung für das Königreich Sachsen (§. 6) rechnet dazu alle Angelegenheiten, welche die Verhältnisse, Rechte und Verbindlichkeiten einer Ortsgemeinde als solcher betreffen; die Gemeindegesetze von Württemberg (§. 3), Baden (§. 6) und Hohenzollern Sigmaringen (§. 6.) alle auf den Gemeindeverband sich beziehende Angelegenheiten, und das Gemeindegesetz von Oesterreich (§. 3) Alles, was das Interesse der Gemeinde zunächst berührt, und innerhalb ihrer Grenzen vollständig durchführbar ist. Nur die Gemeindeordnung von Lippe (§. 9.) zählt die Dorfsangelegenheiten vollständig auf. In den meisten Gemeindeordnungen muß dagegen aus der Zuständigkeit der Gemeindebehörden und aus den Bestimmungen über die Gemeindeumlagen erst gleichsam errathen werden, wie weit der Umfang der Gemeindeangelegenheiten reicht. Daraus erklet man nun, daß die örtlichen Einrichtungen und Anstalten immer noch einen Hauptgegenstand der Gemeindeangelegenheiten bilden, z. B. in Baiern⁴⁸⁾, in Baden (§. 59 u. 77), Kurhessen (§. 71), im Großherzogthum Hessen (§. 85 u. 89), Nassau (§. 13), Sachsen Altenburg (§. 110 u. 114), Hohenzollern Hechingen (§. 74), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 71 u. 75.) u. a. m. Eben so die Orts- und Feldpolizei in Oesterreich (§. 119), Baiern (§. 107. ff.), Württemberg (§. 41 u. 112), Baden (§. 48), Lippe (§. 27 · 29) u. a. m. Sodann das Kirchen- und Schulwesen, insbesondere die Verwaltung des Kirchenvermögens und die Unterhaltung der Pfarr- und Schulhäuser in Baiern⁴⁹⁾, in Oldenburg (§. 118—126), im Großherzogthum Hessen (§. 85 u. 86), Lippe

48) Gemeindeordn. §. 24. Gemeindeumlagen Gesetz von 1819, art. 1.

49) Gemeindegef. von 1818 §. 94, 101 u. 102 und von 1834 §. 23 u.

24. Das Gef. über die Gemeindeumlagen von 1819, art. 1.

(§. 35), und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 71.). Ferner das Armenwesen, z. B. in Oesterreich (§. 18, 19 u. 84), in Baiern⁵⁰⁾, Oldenburg (§. 118–126), Nassau (§. 13), Lippe (§. 36) u. a. m. Die Sittenpolizei z. B. in Oesterreich (§. 119), Baiern (§. 113), Württemberg (§. 14), Baden (§. 48), Nassau (§. 5), Schwarzburg Rudolstadt (§. 11) u. a. m. Allenthalben werden jedoch als Hauptangelegenheiten der Gemeinden die Ausgaben und Einnahmen, die Gemeinde Auflagen und Umlagen oder die Communichadensumlagen, wie man sie in Württemberg nennt, das Gemeinberechnungswesen überhaupt, und die Gemeinbedienste und Fronen betrachtet. Daher sind sämtliche Gemeindeordnungen voll von Bestimmungen über diesen Gegenstand, z. B. in Baiern⁵¹⁾, im Königreich Sachsen (§. 54–72), in Württemberg (§. 25–32), Baden (§. 57–84), Kurhessen (§. 73–90), Großherzogthum Hessen (§. 61–92), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 41–77), in Oldenburg (§. 75–117), Hohenzollern Sigmaringen (§. 56–87) u. a. m.

2) Gemeindevorstand.

§. 262.

Nach der alten Verfassung bestand der Gemeindevorstand allenthalben nur aus einem oder aus mehreren Gemeindevorstehern, welche die laufenden Geschäfte mit einander besorgten. Einen Gemeinderath gab es meistens gar nicht, und auch in jenen Gemeinden, in welchen sich einer gebildet hatte, stand derselbe immer nur an der Seite der Gemeindevorsteher, niemals aber an der Spitze des Dorfbregiments selbst. Nach den neueren Gemeindeordnungen hat sich indessen, so viel mir bekannt ist, nur noch in Lippe die alte Verfassung erhalten, indem daselbst jede Dorf- oder Bauerschaft sich einen oder mehrere Vorsteher erwählen darf, welche ohne Gemeinderath alle Geschäfte besorgen. Nur in den größeren Bauerschaften kann daselbst noch ein aus zwei bis drei Gemeindegliedern bestehender Ausschuss an ihre Seite gesetzt

50) Gemeinde Umlagen Ges. art 1.

51) Gemeindeordn. §. 27–35 u. 101–105. Ges. über die Gemeinde Umlagen art. 1.

werden. (§. 11 u. 16.). In den meisten Territorien ist es jedoch anders geworden.

In sehr vielen Territorien steht nämlich auch heute noch ein einzelner Gemeindevorsteher an der Spitze der Gemeindeverwaltung, allein immer ein Gemeinderath an seiner Seite. Die Gemeindevorsteher heißen insgemein Schultheiß, z. B. in Sachsen Meiningen (§. 3.); Ortsvorstand in Kurhessen (§. 36 u. 59); Gemeindevorsteher in Tirol und Vorarlberg (§. 5), in Preussisch Westphalen (§. 73 u. 77), in Rheinpreußen (§. 72 u. 76); Kirchspielsvogt in Oldenburg (§. 31 u. 32.), u. s. w.

In den meisten Territorien steht aber kein Einzelner mehr an der Spitze der Gemeindeverwaltung, vielmehr, wie in den Stadtgemeinden, ein ganzes Gemeindecollégium, von welchem der Gemeindevorsteher jedoch allzeit ein Mitglied ist. Dieses Collégium heißt Gemeindeausschuß in Baiern (§. 93) und in Sachsen Gotha (§. 1 u. 3.); Gemeinderath im Königreich Sachsen (§. 36 u. 42), in Württemberg (§. 4), Baden (§. 8) und Hohenzollern Sigmaringen (§. 8 u. 10); Ortsvorstand im Großherzogthum Hessen (§. 10), in Sachsen Weimar (§. 46 u. 56) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 1); Ortsvorstand oder Gemeindevorstand in Nassau (§. 5 u. 7.); Gemeindevorstand in Oesterreich (§. 58—62 u. 108); Ortsgericht in Hohenzollern Hechingen (§. 3) und Gemeindevormundschaft in Schwarzburg Rudolstadt (§. 4 u. 10.). Allein auch in diesen Gemeinden hat meistens, wie wir sehen werden, ein Einzelner (der Gemeindevorsteher) allein die laufenden Geschäfte zu besorgen. Und das Gemeindecollégium steht ihm größtentheils nur rathend und ihn controlirend zur Seite. Die Vorstandschafft des Gemeindecollégiums ist demnach im Grunde genommen eine bloße Form. Ein wesentlicher Unterschied besteht wenigstens nicht zwischen den Gemeinden, in welchen ein Gemeinderath an der Spitze der Verwaltung steht, und zwischen jenen Gemeinden, in welchen ein Einzelner an der Spitze, ihm zur Seite aber ein Gemeinderath steht.

3) Gemeindevorsteher.

§. 263.

Die Gemeindevorsteher führen in den verschiedenen Territorien

verschiedene Namen. Gemeindevorstand heißen sie im Königreich Sachsen (§. 36 u. 38); Ortsvorstand in Kurhessen (§. 36, 41., 59.), Gemeindevorsteher in Tirol und Vorarlberg (§. 5), in Baiern (§. 94 u. 108), in der Preussischen Provinz Westphalen (§. 73 u. 77.) und in der Rheinprovinz (§. 72 u. 76) und in Lippe (§. 11.). Anderwärts Bürgermeister, z. B. in Oesterreich (§. 58.), in Baden (§. 8), im Großherzogthum Hessen (§. 10), in Hohenzollern Sigmaringen (§. 8), oder Schultheiß z. B. in Württemberg (§. 10), Nassau (§. 5), Sachsen Weimar (§. 56), Gotha (§. 1) und Meiningen (§. 3), in Hohenzollern Hechingen (§. 3) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 3.). Sodann Vogt z. B. in Hohenzollern Hechingen (§. 3 u. 16) und in Schwarzburg Rudolstadt (§. 4); Kirchspielsvogt in Oldenburg (§. 31 u. 32), oder auch Richter z. B. in Schwarzburg Rudolstadt (§. 4.).

Die Gemeindevorsteher haben insgemein einen oder mehrere Stellvertreter für den Fall der Verhinderung, welche zu gleicher Zeit ihre Gehilfen entweder im Allgemeinen sind oder zur Besorgung gewisser ihnen zugewiesenen Angelegenheiten. Sie heißen insgemein Beigeordnete, z. B. in der Provinz Westphalen (§. 73), in Kurhessen (§. 62), im Großherzogthum Hessen (§. 21—23), in Oldenburg (§. 34 u. 35), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 12—14). Anderwärts nennt man sie Beistand, z. B. in Rheinpreußen (§. 72), oder auch Vicebürgermeister, z. B. in Kurhessen (§. 62), Gemeindeälteste z. B. im Königreich Sachsen (§. 39), oder Gemeinderäthe z. B. in Oesterreich (§. 100, 105), 126 u. 140.).

In größeren aus mehreren Bauerschaften oder Ortschaften bestehenden Gemeinden steht an der Spitze einer jeden Bauer- oder Ortschaft insgemein wieder ein eigener unter dem Gemeindevorsteher stehender Gemeindebeamte, welcher in Westphalen (§. 82) und in der Rheinprovinz (§. 77) Dorfs- oder Bauerschaftsvorsteher, in Oldenburg (§. 136 u. 143) aber Bauervogt, in Kurhessen (§. 7) Beigeordneter oder Nebenbürgermeister und in Baden (§. 143) und Hohenzollern Sigmaringen (§. 135, 139, 141 u. 144.) Stabhalter genannt wird.

Die Gemeindevorsteher und ihre Stellvertreter werden meistens von dem Gemeinderath oder von der Gemeinde selbst ge-

wählt. Die Gewählten müssen jedoch von der Staatsregierung bestätigt werden, z. B. in Baden (§. 11), Kurhessen (§. 40), im Königreich Sachsen (§. 40 u. 41), in Sachsen Weimar (§. 69) und Gotha (§. 6), Schwarzburg Rudolstadt (§. 9) und in Baiern (§. 96.). Anderwärts werden von der Gemeinde nur drei Candidaten gewählt, aus welchen sodann die Staatsregierung den Vorsteher ernennt, z. B. in Württemberg (§. 11 u. 12), im Großherzogthum Hessen (§. 13), in Oldenburg (§. 60), in Hohenzollern Hechingen (§. 17) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 4.). In Preussisch Westphalen (§. 73) und in der Rheinprovinz (§. 72) geschieht die Ernennung von der Regierung allein ohne alle Wahl von Seiten der Gemeinde. Nur allein in Oesterreich (§. 58) besteht ganz freies Wahlrecht. Die Bürgermeister und Gemeinderäthe werden daselbst von dem Gemeindeausschusse aus seiner Mitte nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Und von einer Bestätigung ist gar keine Rede.

Da die Gemeinden nach den neueren Gemeindeordnungen bloße Unterabtheilungen des Staates und untergeordnete Staatsanstalten sind, also nichts gegen das Interesse des Staates, in ihrem Bereiche vielmehr Alles thun sollen, was dem Staatszweck entsprechend und heilsam ist⁵²⁾, so sind nun auch die Gemeindevorsteher untergeordnete Staatsbeamte geworden, und auch in den Gemeindeordnungen so genannt worden, z. B. öffentliche Beamte in Sachsen Weimar (§. 67), obrigkeitliche Diener in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 3), landesherrliche Diener im Großherzogthum Hessen (§. 12), untergeordnete Staatsbehörden in Nassau (§. 5), Organe der Obrigkeit in Sachsen Gotha (§. 31.) und Hilfsbeamte des Staates in Kurhessen (§. 36, 61 u. 93.). Und es wird jene doppelte Eigenschaft der Gemeindevorsteher in fast allen Gemeindeordnungen genau unterschieden.

In ihrer Eigenschaft als öffentliche Beamte oder als Hilfsbeamte des Staates sind sie nämlich, wie andere untergeordnete Staatsdiener, den Beamten der Staatsgewalt streng untergeordnet. Sie haben daher die obrigkeitlichen Anordnungen

52) Altenburg. Grundgef. von 1831, §. 114. Bair. Gemeindeordn. von 1818 §. 22.

und Befehle zu vollziehen und die ihnen übertragenen Rechte der öffentlichen Gewalt unter der unmittelbaren Leitung der Staatsbehörden zu besorgen, z. B. in Oesterreich (§. 3 u. 126—141.), in Preussisch Westphalen (§. 77 u. 78), Baiern (§. 107 ff u. 129), Kurhessen (§. 36 u. 61), Großherzogthum Hessen (§. 12), Sachsen Weimar (§. 67), Gotha (§. 30—34) und Meiningen (§. 3), Schwarzburg Rudolstadt (§. 11), Hohenzollern Hechingen (§. 22 u. 29) und Sigmaringen (§. 38 u. 51), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 3) u. a. m. Man nennt dieses in Oesterreich den übertragenen Wirkungskreis. Dahin gehört insgemein auch die Ortspolizei, welche sie daher nur aus Auftrag des Staates zu besorgen haben, z. B. in Baiern (§. 67 u. 107.), in Baden (§. 6, 47 u. 51), Westphalen (§. 78), Oldenburg (§. 33), Kurhessen (§. 61), Großherzogthum Hessen (§. 12), Nassau (§. 5), Hohenzollern Sigmaringen (§. 38 u. 45.); in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 3.). Anderwärts haben sie jedoch die Ortspolizei im Namen der Gemeinde und nur die Landespolizei aus Auftrag der Regierung zu besorgen, z. B. in Württemberg (§. 14), Hohenzollern Hechingen (§. 29) und in Oesterreich (§. 119, 134 u. 137.). Sie und da haben sie auch die Staatsabgaben und Steuern zu erheben, z. B. in Oesterreich (§. 128) und Nassau (§. 5.). Sogar richterliche Funktionen sind ihnen zuweilen übertragen, z. B. in Hohenzollern Sigmaringen (§. 38) die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere ihnen besonders übertragene gerichtliche Funktionen; in Nassau (§. 5.) die Verfügung eines Personal- oder Realarrestes in eilenden Fällen; ferner die Verfolgung und Verhaftung der Verbrecher, die gerichtliche Verriegelung bei Todesfällen u. s. w., z. B. in Baiern (§. 110, 114 u. 118), in Oesterreich (§. 131. ff.) u. a. m.; die Führung der Grund-, Stock- und Lagerbücher und der Hypothekensbücher, z. B. in Nassau (§. 8) und Hohenzollern Hechingen (§. 15), oder eine Aufsicht über das Vormundschafswesen, z. B. in Schwarzburg Rudolstadt (§. 11.) u. a. m. Auch werden die Gemeindevorsteher hinsichtlich ihrer Suspension und Entsetzung wie andere Staatsdiener behandelt, z. B. in Hohenzollern Sigmaringen (§. 51), in der Preussischen Rheinprovinz (§. 82) und Westphalen (§. 86), Kurhessen (§. 95), im Großherzogthum Hessen (§. 18) und in Oldenburg (§. 69.). Sie und da erhalten sie sogar, wie andere

Staatsdiener, eine Pension, die ihnen natürlich aus der Gemeindekasse bezahlt werden muß, z. B. in Kurhessen (§. 58.).

In ihrer Eigenschaft als Gemeindebeamte, oder als Organe der Gemeinde, wie sie z. B. in Sachsen Gotha (§. 35) und in Oesterreich (§. 5) genannt werden, haben die Gemeindevorsteher eine weit freiere und unabhängigere Stellung. Denn sie sind oder sollten doch wenigstens nur so weit durch die Staatsgewalt beschränkt sein, als er die Gemeindecuratel durchaus nothwendig macht. Jedenfalls gebührt ihnen die selbständige Leitung der Gemeinbeangelegenheiten. Sie haben daher allenthalben den Vorsitz bei den Gemeinderaths- und Gemeinde-Versammlungen und die von diesen gefaßten Beschlüsse zu vollziehen. Außerdem haben sie auch noch alle laufenden Geschäfte allein zu besorgen, z. B. in Kurhessen (§. 36, 59 u. 60), Sachsen Meiningen (§. 3), Nassau (§. 5 u. 7), Lippe (§. 16), Oldenburg (§. 31, 32 u. 39), in Tirol und Vorarlberg (§. 5 u. 8), in der Preussischen Rheinprovinz (§. 76) und in Westphalen (§. 77) u. a. m. Man nennt diesen Wirkungskreis der Gemeindevorsteher im Gegensatz des ihnen von der Regierung übertragenen ihren natürlichen Wirkungskreis, z. B. in Oesterreich (§. 7 u. 71 ff.).

Zu den Geschäften, welche die Orts- oder Gemeindevorsteher allein zu besorgen haben, gehört insgemein auch die Ortspolizei z. B. in Oesterreich (§. 119), insbesondere auch in Tirol und Vorarlberg (§. 8), in Kurhessen (§. 61), Oldenburg (§. 33), Nassau (§. 5 u. 7), Sachsen Meiningen (§. 3) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 3.)

Auch in jenen Gemeinden, in welchen die Gemeindeverwaltung nicht unter dem Gemeindevorsteher, vielmehr unter einem Gemeindecollegium steht, hat dennoch der Gemeindevorsteher allein die laufenden Geschäfte, insbesondere auch die Ortspolizei zu besorgen, z. B. in Oesterreich (§. 107 ff.), in Baiern (§. 100 u. 108 ff.), im Königreich Sachsen (§. 38 u. 39), in Württemberg (§. 15, 41, 42 u. 112), Baden (§. 41), im Großherzogthum Hessen (§. 12), in Sachsen Weimar (§. 57, 67 u. 68) und Gotha (§. 32 u. 35), Nassau (§. 5 u. 7), Hohenzollern-Neuchâtel (§. 16 u. 22 ff.) und Sigmaringen (§. 39) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 3). Auch haben die Gemeindevorsteher allenthalben eine von der Gemeinde ganz

unabhängige Stellung, z. B. in Württemberg (§. 76), Sachsen Weimar (§. 67) und Gotha (§. 32). Und die Gemeindeglieder haben ihnen zu gehorchen, z. B. in der Provinz Westphalen (§. 79), in Baiern (§. 55), Kurhessen (§. 59), Sachsen Weimar (§. 59) und Lippe (§. 17). Endlich haben sie auch hie und da die Gemeinde gegen jeden Dritten gerichtlich und außergerichtlich, so wie bei den Amtsgemeinden zu vertreten, z. B. in Oesterreich (§. 107), im Königreich Sachsen (§. 38) und in Lippe (§. 16).

4) Gemeinderath, Bürgerausschuß und Gemeindeversammlung.

§. 264.

In den meisten alten Dorfmarkgemeinden hatte sich kein eigener Gemeinderath gebildet. Seitdem jedoch in neueren Zeiten der alte Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden verschwunden oder wenigstens nicht mehr beachtet worden ist, seitdem hat man auch in den Landgemeinden eine ähnliche beratende und controlirende Behörde wie in den Städten eingeführt, welche nun, jedoch unter sehr verschiedenen Benennungen, fast allenthalben vorkommt.

In jenen Gemeinden nämlich, in welchen ein Gemeindevorsteher an der Spitze der Gemeindeverwaltung steht, hat jene an seiner Seite stehende Behörde die Bestimmung denselben zu berathen und zu gleicher Zeit auch zu controliren und in gewissen Fällen zu entscheiden. So der Gemeinderath in Kurhessen (§. 36, 63 u. 86); eben so der Gemeindeausschuß in Oesterreich (§. 71 ff.), insbesondere auch in Tirol und Vorarlberg (§. 5) und in Sachsen Meiningen (§. 8 u. 12); der Kirchspielausschuß in Oldenburg (§. 31, 40 u. 70 ff.); und die Versammlung der Meistbeerbten in den kleineren Gemeinden in der Preussischen Rheinprovinz und in Westphalen, in den größeren Gemeinden dagegen die Versammlung der von den Meistbeerbten aus ihrer Mitte gewählten Gemeindevorordneten, welche in Westphalen die Gemeindeversammlung (§. 49, 50, 53, 62, 91 u. 100), in der Rheinprovinz aber der Gemeinderath oder Schöffenrath genannt wird. (§. 44,

61, 86 ff. u. 100). Außer der Berathung, Beschlußfassung und Controle haben diese Gemeinderäthe und Versammlungen der Meistbeteiligten auch noch in allen Gemeindeangelegenheiten die Gemeinde zu vertreten, z. B. in Westphalen (§. 49), in der Rheinprovinz (§. 44), in Kurhessen (§. 36), Oldenburg (§. 40), und Sachsen Weiningen (§. 8). Nur allein in Sippe (§. 11) hat der Ausschuß in jenen größeren Bauerschaften, in welchen ein solcher besteht, bestimmte Verrichtungen und wird zu dem Ende mit einer angemessenen Instruction versehen. Er hat demnach Antheil an der Verwaltung, die Gemeindevorsteher aber nicht zu controliren und auch die Gemeinde nicht zu vertreten.

In jenen Gemeinden dagegen, in welchen nicht der Gemeindevorsteher, vielmehr der Gemeinderath selbst an der Spitze der Verwaltung steht, hat öfters jene Behörde den Gemeinderath nicht bloß zu berathen und zu controliren. Sie hat vielmehr, wie der Magistrat in den Städten, die Gemeindeverwaltung selbst in ihren Händen. So der Gemeindevorstand in Baiern (§. 93, 94 u. 101–103). Eben so der Gemeinderath in Württemberg (§. 3, 4, 9 u. 21), und in Baden (§. 8 u. 42), der Ortsvorstand in Sachsen Weimar (§. 46, 56 u. 57), der Gemeindevorstand in Nassau (§. 7), und die Gemeindevormundschaft in Schwarzburg Rudolstadt (§. 11 u. 14). Meistentheils hat jedoch auch in diesen Gemeinden, wie wir gesehen (§. 263), der Gemeindevorsteher die laufenden Geschäfte allein zu besorgen und jene Behörde steht ihm daher, wiewohl sie formell an der Spitze der Geschäfte steht, nur berathend und mitaufsehend zur Seite. So der Gemeinderath im Großherzogthum Hessen (§. 24), im Königreich Sachsen (§. 37, 46 u. 48) und in Hohenzollern Sigmaringen (§. 8 u. 40). Eben so der Gemeindevorstand in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 15) und in Sachsen Gotha (§. 1, 53, 54, 57 u. 59), der Gemeindevorstand in Nassau (§. 7) und das Ortsgericht in Hohenzollern Hechingen (§. 3 u. 15). Daher wird der Schultheiß beständiger Geschäftsführer des Ortsvorstandes genannt, z. B. in Sachsen Weimar (§. 57). In sämmtlichen Gemeinden dieser Art haben jedoch die Gemeinderäthe und Ausschüsse die Gemeinde in allen Gemeindeangelegenheiten zu vertreten, z. B. in Baiern (§. 42 u. 104),

Württemberg (§. 9), im Großherzogthum Hessen (§. 11), in Sachsen Weimar (§. 46 u. 57), Schwarzburg Rudolstadt (§. 11) Hohenzollern Hechingen (§. 14), in Oesterreich (§. 27) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften. (§. 2).

Indessen gibt es doch auch heute noch Landgemeinden, in welchen kein Gemeinderath und kein Gemeindeausschuß besteht, in welchen vielmehr die Gesamtgemeinde die Geschäfte des Gemeinderaths oder Ausschusses besorgt, also, wie das Gemeinde-Edikt von Sachsen Meiningen (§. 8) sagt, „die Gesamtheit der stimmberechtigten Nachbarn an die Stelle des Ausschusses „tritt.“ Dieses kann in Meiningen nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden bei allen kleineren Gemeinden geschehen. In der Regel ist dieses aber schon der Fall im Königreich Sachsen (§. 54) bei allen kleineren Gemeinden, und in Lippe (§. 10 u. 11) bei allen Bauerschaften. Streng genommen auch in der Preussischen Rheinprovinz und in Westphalen. Da nämlich daselbst nur die Meistbeerbten das Gemeinderecht und daher Zutritt zu den Gemeindeversammlungen haben, und nur in den größeren Gemeinden eine Vertretung durch Gemeindeverordnete eintritt, so besteht im Grunde genommen nur in den größeren Gemeinden ein Ausschuß, während in den kleineren Gemeinden die Versammlung aller Meistbeerbten, d. h. aller Gemeindebürger, zu entscheiden hat. Mit vollem Rechte wird daher in der Landgemeindeordnung für Westphalen (§. 62 u. 91) die Versammlung der Meistbeerbten eine Gemeindeversammlung genannt. Und die Benennung Gemeinderath und Schöffenrath in der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz (§. 44) ist nicht ganz richtig, indem auch daselbst die Gesamtbürgerschaft oder die Versammlung der Meistbeerbten diesen angeblichen Gemeinde- oder Schöffenrath bildet.

Eine Gemeindeversammlung besteht übrigens nicht bloß in den kleineren Gemeinden, sondern auch noch in jenen Gemeinden, in welchen ein Gemeinderath oder Ausschuß besteht, mit einziger Ausnahme der Provinz Westphalen und der Rheinprovinz, wo in den größeren Gemeinden neben der Versammlung der Gemeindeverordneten keine weitere Versammlung aller Meistbeerbten mehr vorkommt. In allen übrigen Landgemeinden dagegen steht neben dem Gemeinderath oder Ausschuß auch noch die Gemein-

beversammlung oder die Versammlung der Ortsnachbarn, zu welcher alle stimmberechtigten Gemeindeglieder und Ortsnachbarn Zutritt haben, und in Oesterreich (§. 28) außerdem auch noch diejenigen Gemeindeglieder, welche wie z. B. die Seelsorger, Staatsbeamten, Officiere und Doctoren, durch geistige Interessen mit der Gemeinde verbunden sind. In diesen Gemeindeversammlungen wird nun fast allenthalben die Wahl der Gemeindebeamten und der Gemeinderäthe oder Ausschüsse vorgenommen und außerdem noch in vielen Gemeinden über alle wichtigeren Angelegenheiten der Gemeinde insbesondere auch über die Gemeinde-Dienste und Umlagen, über die neuen Erwerbungen, Vertheilungen und sonstigen Veräußerungen von Gemeindegütern u. s. w. verhandelt und entschieden, z. B. in Baiern (§. 104 u. 105), in Sachsen Weimar (§. 47 u. 49), und Gotha (§. 7, 8, 21 u. 60), in Schwarzburg Rudolstadt (§. 5, 9 u. 12) und in Lippe (§. 10). Anderwärts dagegen außer den Wahlen nur noch über die Rechnungsablagen, z. B. in Sachsen Meiningen (§. 14). In sehr vielen Landgemeinden darf jedoch die Gesamtgemeinde nur noch zur Vornahme der Wahlen versammelt werden, z. B. im Königl. Reich Sachsen (§. 53), in Tirol und Vorarlberg (§. 5), im Großherzogthum Hessen (§. 34), in Oldenburg (§. 19 u. 57) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 23). In Oesterreich sollen die stimmberechtigten Gemeindeglieder nur noch bei Steuerbewilligungen berufen werden, die Wahlen selbst aber durch zwei bis drei Wahlkörper, in welche die Gemeinde zu dem Ende eingetheilt wird, vorgenommen werden. (§. 36 ff. u. 79). Und in Nassau endlich soll zwar in besonders wichtigen Fällen die ganze Gemeinde noch gefragt werden. Sie darf jedoch über die ihr vorgelegten Fragen nicht berathschlagen, vielmehr nur mit ja oder nein antworten. (§. 7.)

In nicht wenigen Gemeinden ist indessen die Verfassung noch weit complicirter geworden. Schon in früheren Zeiten kommt nämlich in manchen Gemeinden, meistentheils jedoch nur in solchen, die sich zu Städten erhoben und sich bereits als solche gerirt haben, neben dem Gemeinderath noch ein zweiter sogenannter weiterer Rath vor. (§. 168 u. 236). Dieser weitere Rath ist nun aber in vielen Territorien auch in den Landgemeinden zur Regel geworden, z. B. in Württemberg (§. 44, 48

u. 51), Baden (§. 9 u. 27), Kurhessen (§. 36), Hohenzollern Hechingen (§. 4 u. 45) und Sigmaringen (§. 9 u. 26), wo derselbe unter der Benennung Bürgerausschuß vorkommt. Uebrigens ist es doch auch in diesen Territorien den kleineren Landgemeinden gestattet mittelst eines Beschlusses der Gemeindeversammlung auf das Institut des Bürgerausschusses zu verzichten, und in diesem Falle tritt die Gemeindeversammlung an seine Stelle, z. B. in Baden (§. 35) und Kurhessen (§. 37). Die Bestimmung dieses Bürgerausschusses ist nun die gesammte Bürgererschaft dem Gemeinderathe gegenüber zu vertreten, z. B. in Württemberg (§. 47), Kurhessen (§. 64) und Hohenzollern Hechingen (§. 44 u. 62). Daher ist in allen wichtigeren Angelegenheiten der Gemeinde die Zustimmung des Bürgerausschusses nothwendig, z. B. in Württemberg (§. 52 u. 53), Baden (§. 135), Kurhessen (§. 64, 77, 80 u. 86) und in Hohenzollern Hechingen (§. 55–57) und Sigmaringen (§. 126), in anderen minder wichtigen Fällen aber ist wenigstens das Gutachten des Bürgerausschusses zu erhalten, z. B. in Württemberg (§. 56 u. 57) und in Hohenzollern Sigmaringen. (§. 127.)

Aber auch neben dem Bürgerausschuß besteht noch allenthalben die Gemeindeversammlung fort zur Vornahme der Wahlen und zur Berathung und Beschlussfassung in ganz wichtigen in den Gemeindeordnungen speciell angegebenen Fällen, z. B. in Baden (§. 9 u. 38) Kurhessen (§. 37), Hohenzollern Hechingen (§. 4 u. 63) und Sigmaringen (§. 9 u. 37), und in Württemberg (§. 5, 11 u. 47) wenigstens noch zur Vornahme der Wahlen. So daß es demnach in diesen Gemeinden an Rath und Vertretung nicht fehlt. Denn außer den Gemeindevorstehern werden daselbst die Gemeindeangelegenheiten auch noch von den Gemeinderäthen oder Ausschüssen, sodann von den Bürgerausschüssen und von den Gemeindeversammlungen selbst besorgt, berathen und beschlossen und die Gemeinden außerdem auch noch in doppelter Weise vertreten, nach Außen und der Staatsregierung gegenüber von dem Gemeinderath⁵³⁾, dem Gemeinderath

53) Württemberg. VerwaltungsE. §. 9 und Gemeindeordn. von Kurhessen §. 36 und oben im §. 264.

gegenüber aber, wie wir so eben gesehen haben, von dem Bürgerausschuß.

5) Untergeordnete Gemeindebeamte und Diener.

§. 265.

Deputationen und Commissionen aus Mitgliedern des Gemeinderathes oder Gemeindeausschusses für einzelne Zweige der Gemeindeverwaltung, z. B. für das Bauwesen, die Feld- und Hutaufsicht, für die Prüfung der Rechnungen oder der Geschäftsführung der Gemeindebeamten u. dgl. m., deren es in früheren Zeiten unter verschiedenen Benennungen so viele gegeben hat, findet man in den neueren Gemeindeordnungen sehr selten, meines Wissens nur in Oesterreich (§. 88—93), Kurhessen (§. 52), Schwarzburg Rudolstadt (§. 11) und etwa in Lippe (§. 11.)

Das Amt der Gemeindefyndiken, welches schon in früheren Zeiten auf dem Lande nur selten vorkam (§. 221), wird nun auch in jenen Gemeinden, wo es früher bestanden hat, aufgehoben, weil es bei den neuen Einrichtungen nicht mehr nothwendig erscheint, z. B. im Königreich Sachsen (§. 38 u. 51), in Sachsen Weimar (§. 57), und in Tirol und Vorarlberg (§. 18). Einige Gemeindeordnungen lassen es jedoch bei der hergebrachten Vertretung der Gemeinden in Prozessen durch Syndiken, z. B. jene von Sachsen Gotha (§. 60) und Coburg (§. 60) und Schwarzburg Rudolstadt. (§. 4.)

Steinfeker habe ich nur noch in Gotha (§. 3 u. 90) gefunden, und Siebner in Baiern ⁵⁴⁾, Förster aber in keiner einzigen Gemeindeordnung, was allein schon die fortbauende Abhängigkeit der Gemeinden von der landesherrlichen Forstpolizei hinreichend beweist. Auch Gemeindegirten kommen nur selten noch vor z. B. in Nassau (§. 5), Sachsen Gotha (§. 4), Schwarzburg Rudolstadt (§. 11) und Hohenzollern Sigmaringen (§. 17). Mit den Almenten sind die Gemeindeheerden und mit diesen natürlich auch die Gemeindegirten verschwunden.

54) Gemeindeordn. von 1818 §. 115 und von 1834 §. 25.

Häufiger kommen noch Feldschützen vor, z. B. in Nassau (§. 10), Sachsen Gotha (§. 4) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 10), oder Flurschützen z. B. in Schwarzburg Rudolstadt (§. 11), Flurwächter z. B. in Baiern (§. 115), Feldwächter z. B. in Tirol und Vorarlberg (§. 12 u. 13) und in Hohenzollern Sigmaringen (§. 17) und Kirchspielsfeldhüter z. B. in Oldenburg (§. 67). Das Amt eines Heimbürgern findet sich aber nur noch in Schwarzburg Rudolstadt (§. 11). Denn mit der Dorfmarkgenossenschaft haben sich auch die markgenossenschaftlichen Beamten und Diener verloren oder wenigstens bedeutend vermindert. (§. 261).

Tag- und Nachtwächter und andere Dorfwächter kommen noch hie und da vor z. B. in Nassau (§. 5), Sachsen Gotha (§. 4), Hohenzollern Sigmaringen (§. 17) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 10); Gemeinbediener, Rathsbdiener und Ortspolizeidiener aber allenthalben z. B. in Oesterreich (§. 81 u. 118), Württemberg (§. 44), Baden (§. 50), Kurheffen (§. 56), Nassau (§. 5), Sachsen Weimar (§. 78) und Gotha (§. 4), Schwarzburg Rudolstadt (§. 11), Hohenzollern Sigmaringen (§. 17) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 10) u. a. m. Denn die Ortspolizei ist jetzt eine Hauptangelegenheit der Landgemeinden, welche daher vorzugsweise die Gemeindeverwaltungen beschäftigt.

Auch die Schreiber sind heut zu Tage in allen Gemeinden zu finden. Denn die Vielschreiberei ist bis in die Landgemeinden gebrungen. Sie heißen insgemein Gemeinbeschreiber z. B. in Baiern ⁵⁵⁾, Oesterreich (§. 83), Kurheffen (§. 54), Sachsen Weimar (§. 76 u. 77) und Gotha (§. 3, 12 u. 72), in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 8) u. a. m., oder auch Bürgermeistereischreiber z. B. im Großherzogthum Hessen (§. 17) Rathsschreiber z. B. in Württemberg (§. 20), Baden (§. 46), und Hohenzollern Sigmaringen (§. 17) und Gerichts- oder Fleckenschreiber in Hohenzollern Hechingen. (§. 7 u. 13.)

Am aller zahlreichsten sind jedoch heutiges Tages in fast sämmtlichen Landgemeinden die Gemeindecinnehmer und Ge-

55) Gemeindeordn. von 1818 §. 94 u. 99 und von 1834 §. 21.

meinderechnungsführer mit den ihnen untergeordneten Dienern. Denn seitdem die Gemeinden untergeordnete Staatsanstalten geworden sind, ist das Zahlen und daher die Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben, ich möchte sagen, die Hauptangelegenheit im Gemeindehaushalt geworden. Solche Gemeindeglieder kommen vor in der Preussischen Rheinprovinz (§. 91) und in Westphalen (§. 84), im Großherzogthum Hessen (§. 55 ff.), in Sachsen Meiningen (§. 3 u. 22) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften (§. 41 ff.). Sie heißen Gemeindeglieder oder Rechnungsführer in Kurhessen (§. 55), Gemeindeglieder in Nassau (§. 6) und in Hohenzollern Hechingen (§. 15 u. 69) und Sigmaringen (§. 18), Gemeindegliederrechnungsführer z. B. in Sachsen Weimar (§. 74 ff.), Kirchspielsrechnungsführer in Oldenburg (§. 66 u. 103 ff.), Cassen- und Rechnungsführer in Sachsen Gotha (§. 3, 12 u. 73), Gemeindeglieder in Oesterreich (§. 82), insbesondere auch in Tirol und Vorarlberg (§. 5 u. 9) Gemeindeglieder in Baiern ⁵⁶⁾, in Württemberg (§. 22) und in Hohenzollern Hechingen (§. 69). Sie sind allenthalben sehr wichtige und daher in der Gemeinde sehr hoch gestellte Beamten. Sie haben meistens Zutritt zu den Gemeinderäthen und Ausschüssen und sind hie und da sogar Mitglieder derselben, z. B. in Baiern (§. 94). In Sachsen Meiningen (§. 3 u. 13) stehen sie sogar mit dem Schultheiß an der Spitze der Gemeinde selbst und haben in dessen Abwesenheit den Vorsitz in dem Gemeindegliederausschusse. Und in Sachsen Weimar (§. 75) genießen sie wenigstens gleiche Ehrenvorzüge mit den Gemeindevorstehern. Sie haben öfters eine zahlreiche Dienerschaft unter sich, z. B. in Württemberg (§. 23 u. 33) Steuereinbringer, Waldmeister, Pferdmeister, Frucht- und Vorrathspfleger, Bauverwalter u. dgl. m. und, wo es das Bedürfniß erheischt, auch noch eigene Verwaltungsactuale. Eben so in Tirol und Vorarlberg (§. 5 u. 10) eigene Steuerbeitreiber, welche daselbst sehr bezeichnend Steuertreiber heißen. Meistentheils werden jedoch auch

56) Gemeindeordn. von 1818 §. 94, 95, 102 u. 105 und von 1834 §. 21, 22 u. 24. Gemeindeumlagen Ges. von 1849, art. 10.

die rückständigen Gemeindeumlagen und Steuern, wie andere Staatssteuern, von den landesherrlichen Aemtern und Behörden beigetrieben, z. B. in Baiern ⁵⁷⁾, in Rheinpreußen (§. 25), im Großherzogthum Hessen (§. 89), in Oldenburg (§. 105 u. 106), Nassau (§. 6 u. 15), Sachsen Weimar (§. 74) und in den zu Frankfurt gehörigen Ortschaften. (§. 67).

Alle diese Gemeindebeamten und Diener werden allenthalben von der Gemeinde, öfters von dem Gemeinderath oder Ausschuss, oder von dem Gemeindevorsteher ernannt. In manchen Gemeinden müssen jedoch die niederen Gemeinbedienste der Reihe nach, von dem jüngsten Ortsnachbar u. s. w. geleistet werden, z. B. in Sachsen Weimar (§. 78.).

6) Dorfgerichte.

§. 266.

Auch Dorfgerichte kommen noch, wenn auch nicht dem Namen doch jedenfalls der Sache nach, in sehr vielen Landgemeinden vor. Meistentheils haben die Gemeindecolliegen die auf die geringen Dorf- und Feldfrevel gesetzten Strafen zu erkennen. So der Gemeindecollieg in Baiern (§. 117—119) und in Sachsen Gotha (§. 52). Eben so der Gemeinderath in Württemberg (§. 16), der Ortsvorstand in Sachsen Weimar (§. 58), und der Gemeindevorstand in Oesterreich (§. 122). Desgleichen das Ortsgericht in Hohenzollern Hechingen (§. 5 ff.), welches, wie wir gesehen, nicht bloß ein Gericht, sondern zu gleicher Zeit auch ein Gemeinderath ist. Das Feldgericht in Nassau (§. 4 u. 8), bestehend aus dem Schlichter und Feldgerichtsschöffen, welches in den größeren Ortschaften auch Gemeinderath heißt, hat außer der Feldgerichtsbarkeit insbesondere auch noch die Aufsicht auf die Gemarkungsgrenzen, so wie auf die Landeskultur und Viehzucht. Mit den Feldgerichten in Nassau haben einige Aehnlichkeit die Siebnergerichte oder die sogenannte Siebnerlei in Baiern ⁵⁸⁾ und einigermaßen auch die

57) Gemeinde Umlagen Ges. art. 13.

58) Gemeindeordn. von 1818 §. 115 und von 1834 §. 25.

Rüggerichte in Württemberg (§. 96 u. 97), Baden (§. 151) und in Hohenzollern Hechingen (§. 75). Denn in diesen Rüggerichten sollen nicht bloß die Frevel, sondern auch noch die bekannt gewordenen Gebrechen der öffentlichen Verwaltung, die möglichen Verbesserungen derselben, sodann die Beschwerden gegen den Ortsvorstand und den Gemeinderath oder Bürgerausschuß angezeigt und darüber berathen und entschieden werden.

Die Strafen, welche diese Dorfgerichte erkennen dürfen, sind meistens nur geringe Geldbußen, zuweilen aber auch Arreststrafen und hie und da auch noch die Strafe der Geige, z. B. bei Garten- und Felddiebstählen im Großherzogthum Baden⁶⁰).

Außer dieser Strafgerichtsbarkeit in geringeren Feld- und Polizeisachen hat die Gemeinde öfters auch noch Antheil an der Civilgerichtsbarkeit. In Baiern hat der Gemeindeausschuß das Vermittelungsamt⁶¹), in Hohenzollern Sigmaringen (§. 38) der Bürgermeister den Vergleichsversuch, und in Hohenzollern Hechingen (§. 39) der Schultheiß oder Ortsvogt das Amt eines Friedensrichters.

7) Autonomie der Gemeinde und Dorfrecht.

§. 267.

Neue Dorfrechte und Dorfordinungen mit dorfmatrechtlichen oder hofrechtlichen oder gar privatrechtlichen Bestimmungen, wie in früheren Zeiten, gibt es aus leicht begreiflichen Gründen heut zu Tage nicht mehr. Dennoch sind die alten Dorfordinungen hie und da wieder bestätigt worden, z. B. in Sachsen Altenburg⁶²). Eben so die Siebnerordinungen in Baiern. (§. 115). Anderwärts wurden jedoch die älteren Dorfordinungen in den neueren Gemeindeordinungen ausdrücklich aufgehoben, z. B. in der Preussischen Rheinprovinz (§. 119) und in Westphalen (am Anfang), in Sachsen Weimar (§. 1) und Gotha (§. 98) u. a. m.

60) Stes Edikt von 1803 §. 73. und die Interpretation dieses Art. vom Jahre 1805 §. 4 u. 5.

61) Gemeindeordn. von 1818 §. 120 und von 1834 §. 26.

62) Grundgesetz von 1831 §. 115.

Die in früheren Zeiten sehr ausgedehnte Autonomie der Landgemeinden, welche in späteren Zeiten gänzlich verschwunden ist, ist auch in den neueren Gemeindeordnungen noch nirgends vollständig wiederhergestellt worden. In manchen Gemeindeordnungen haben nämlich die Gemeinden keine andere Autonomie erhalten als das Recht mit Zustimmung der Regierung die Zahl der Gemeinderäthe festsetzen zu dürfen, z. B. in Baden (§. 10) und Württemberg (§. 4). Die Bairische Gemeindeordnung gestattet den Landgemeinden außer den Rechten einer jeden anderen öffentlichen Corporation (§. 20) keine weitere Autonomie. Sogar die Festsetzung der Aufnahmegebühren zwischen dem gesetzlichen Minimum und Maximum ist den Curatelbehörden vorbehalten worden⁶³). Das Polizeistrafgesetzbuch von 1861 gestattet jedoch auch den Landgemeinden, natürlich unter der Aufsicht der Staatsregierung, ortspolizeiliche Vorschriften zu erlassen. (art. 32–44.). Anderwärts dürfen zwar die Gemeinden mit Genehmigung der Staatsregierung besondere Gemeindeordnungen und Dorfordnungen oder Ortsstatute machen, z. B. in der Preussischen Rheinprovinz (§. 11) und in Westphalen (§. 16), im Königreich Sachsen (§. 2), in Kurhessen (§. 3), Sachsen Weimar (§. 84), Meiningen (§. 15) und Altenburg (§. 125), Lippe (§. 3), und Schwarzburg Rudolstadt (am Anfang). Es darf jedoch in diesen besonderen Dorfordnungen nichts enthalten sein, was der Landsgemeindeordnung widerspricht oder zur Regulirung des Gemeinbewesens nicht gehört, z. B. im Königreich Sachsen (§. 2) und in Schwarzburg Rudolstadt. Und in den erwähnten Preussischen Provinzen reicht wenigstens bei einer Abweichung von dem Gesetze die Bestätigung des Ministeriums nicht hin. Es ist vielmehr zur Giltigkeit der Dorfordnung eine landesherrliche Genehmigung nothwendig.

Auch die Steuerbewilligung für Gemeindezwecke ist den Landgemeinden allenthalben, jedoch immer nur mit Genehmigung und Zustimmung der Regierung zugestanden worden, z. B. in der Preussischen Rheinprovinz (§. 23, 86 u. 95) und in Westphalen

63) Ges. über die Ansfüßigmachung von 1834 §. 7.

(§. 91 u. 95), in Baiern⁶⁴⁾, Württemberg⁶⁵⁾, Baden (§. 42, 58, 75 u. 136), Kurhessen (§. 63 u. 80), im Großherzogthum Hessen (§. 33 u. 76–79.), in den zu Frankfurt gehörigen Ortsschaften (§. 62–65), in Sachsen Weimar (§. 42), Gotha (§. 59–61.) und Altenburg (§. 125), und in Hohenzollern Hechingen (§. 55) und Sigmaringen (§. 56 u. 74.). Wie indessen diese Genehmigung der Staatsregierung hin und wieder verstanden zu werden pflegt, beweist unter Anderem die von den Gemeinden selbst nicht verschuldete Ueberschulbung mancher Gemeinden in Baiern. Auch schreiben manche Gemeindeordnungen z. B. von Sachsen Meiningen (§. 12, 19 u. 20) vor, daß Ausgaben, welche für öffentliche Zwecke bestimmt und gesetzlich nothwendig sind, von der Gemeinde nicht verweigert werden dürfen; andere aber, z. B. die Gemeindeordnungen von Rheinpreußen (§. 86 u. 88) und von Westphalen (§. 89) und von Oldenburg (§. 76–78), daß die Gemeinden in einem solchen Falle nur mit ihrem Gutachten vernommen zu werden brauchen, so daß demnach im Verweigerungsfalle oder nach eingeholtem Gutachten die Staatsregierung allein über die Besteuerung der Gemeinde entscheidet.

Nur allein in Oesterreich haben die Gemeinden durch das Gemeindegesetz von 1849 §. 3 n. 78 ff. eine ganz freie und selbständige Autonomie mit dem Rechte der Selbstbesteuerung ohne alle Bevormundung von Seiten des Staates erhalten.

Außer der Steuerbewilligung für Gemeindezwecke kommen hie und da auch noch ständige persönliche Steuern, sogenannte Bürgersteuern und Weiskopfsteuern vor, z. B. in Württemberg⁶⁶⁾.

g. Öffentliche Gewalt in den Landgemeinden.

§. 268.

Die Gemeinden standen von je her unter der öffentlichen Ge-

64) Gemeindeordn. von 1818 §. 34 u. 104. Gef. über die Gemeindeumlagen von 1818 art. 9.

65) VerwaltungsG. für die Gemeind. §. 52, 53 u. 65. Gef. über das Gemeindebürgerrecht, §. 58 u. 62.

66) Gef. über das Gemeindebürgerrecht §. 63 u. 65.

walt. In Dorfmarkangelegenheiten hatten jedoch die öffentlichen Beamten keine Gewalt. Die Unterwürfigkeit der Gemeinden bezog sich demnach einzig und allein auf die Angelegenheiten der öffentlichen Gewalt. Wie dieses nun nach und nach anders geworden und eine sehr drückende Gemeindecuratel entstanden ist, haben wir bereits gesehen. Die neueren Gemeindeordnungen gehen sammt und sonders von dem wohlwollenden Bestreben aus, die autonominischen Rechte und Freiheiten der Gemeinden wieder zu erweitern und zu vermehren. Die Bairische Verfassungs Urkunde spricht sogar von einer „Wiederbelebung der Gemeinde-„Körper.“ Allein die Abhängigkeit der Gemeinden von der landesherrlichen Gewalt hat dennoch eher zu- als abgenommen, seitdem die Gemeinden Staatsanstalten und die Gemeindebeamten theilweise wenigstens öffentliche Beamten geworden sind, und seitdem der Polizeistaat gar keine Selbständigkeit mehr duldet.

Sämmtliche Gemeindeordnungen schreiben nämlich vor, daß ohne Genehmigung der Regierung keine neue Gemeinde mehr gebildet, keine verändert oder wieder aufgelöst werden dürfe, z. B. die Gemeindeordnungen von Westphalen (§. 11) und Rheinpreußen (§. 6), Baiern (§. 3 u. 5), Württemberg (§. 1), Königreich Sachsen (§. 14), Hannover (§. 54), Sachsen Weimar (§. 2), Kurhessen (§. 4 u. 5), Großherzogthum Hessen (§. 3), Braunschweig (§. 44), Hohenzollern Hechingen (§. 1) und Sigmaringen (§. 3—5 u. 148.). Und in Baden (§. 4) soll dieses nur auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen können.

Allein auch das gesammte Gemeinbewesen und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten steht noch unter einer so strengen Oberaufsicht des Staates, daß die den Gemeinden zugestandene Freiheit und Selbständigkeit in der Wirklichkeit nicht sehr groß ist. Daß ohne Zustimmung der Regierung keine neuen Gemeindeordnungen, keine Gemeindeumlagen u. s. w. gemacht werden dürfen, ist bereits bemerkt worden. Allein auch auf die übrigen Verwaltungsmaasregeln erstreckt sich diese zu weit getriebene Sorgfalt der Regierungen. Denn kein nur einigermaßen bedeutender Gemeinderaths-Ausschuß- oder Gemeindec-Beschluß darf ohne Zustimmung der Regierung vollzogen werden. Dasselbe gilt von dem Gemeindecrechnungswesen und von allen übrigen wichtigeren Angelegenheiten der Gemeinden. So im Königreich Sachsen (§. 4

u. 7—13), Kurhessen (§. 84 u. 92—94), Württemberg (§. 38 u. 64—67), Baden (§. 7 u. 151. ff), Westphalen (§. 88, 92—95 u. 123—125), Rheinpreußen (§. 95—98 u. 114—118.), Baiern (§. 21, 103, 105, 121 u. 129—134.), Tirol und Vorarlberg (§. 6 u. 14), Hannover (§. 56 u. 60), Sachsen Weimar (§. 80—89) und Altenburg (§. 125 u. 126), Hohenzollern Sigmaringen (§. 148—151.) u. a. m. Ueber die Ausübung dieses Oberaufsichtsrechtes enthalten zwar manche Gesetze sehr weise Vorschriften, das Landesverfassungsgesetz von Hannover z. B. im §. 56 die Vorschrift, daß „die Oberaufsicht der Verwaltungsbehörden „über die Verwaltung des Gemeindevermögens, so wie über die „Vertheilung und Verwendung der Gemeinde-Abgaben und Leistungen sich nicht weiter erstrecken dürfe, als dahin, daß das Vermögen erhalten, dessen Einkünfte ihrer Bestimmung und dem Besten der Gemeinde gemäß verwandt und bei Anordnung und „Vertheilung der Gemeindeabgaben angemessene, auch die Rechte „der übrigen Landeseinwohner und das allgemeine Wohl nicht „verletzende Grundsätze befolgt werden.“ Allein die Praxis geht meistens viel weiter als die Gesetze selbst, und schon diese gehen sehr weit! Sogar die Ortspolizei wird meistens nur noch als ein Ausfluß der öffentlichen Gewalt betrachtet (§. 263.), und hie und da sogar den landesherrlichen Behörden ganz vorbehalten, z. B. im Königreich Sachsen (§. 8, 11 u. 12.) und zum Theile auch in Baiern (§. 67.). Auch die Gemeindevewaltungen stehen allenthalben unter der landesherrlichen Forstpolizei, z. B. in Westphalen (§. 96), Rheinpreußen (§. 99), Baden (§. 56), Kurhessen (§. 68), Baiern⁶⁷⁾ u. a. m., und meistens ist den Gemeinden auch in dieser Beziehung keine Art von Selbständigkeit geblieben. Die Regierung kann sogar die Gemeindebeschlüsse wieder umstoßen, nicht bloß wenn dieselben den Gesetzen widersprechen, sondern auch dann schon, wenn sie — nach der Ansicht der Regierungsbeamten — dem Gemeinwohl nachtheilig werden könnten, z. B. in Westphalen (§. 92) und in Rheinpreußen (§. 88). Und da außerdem auch noch die Gemeindevorsteher selbst, wenigstens in ihrer Eigenschaft als öffentlicher Beamten, in völliger Abhängigkeit und sogar

67) Forstgesetz von 1852, art. 6—18 im Gesetzbl. p. 71—76.

unter der Disciplinargewalt der Staatsregierung stehen, z. B. in Westphalen (§. 87), Rheinpreußen (§. 84), Kurheffen (§. 93 u. 94), Sachsen Weimar (§. 83), u. a. m., so kann begreiflicher Weise die Freiheit und Selbständigkeit der Gemeinden eben nicht groß sein.

Nur allein in Oesterreich sind die Gemeinden durch das Gemeindegesetz von 1849 von aller Bevormundung befreit und für freie Gemeinden erklärt worden. Denn die Grundfeste des freien Staates ist, wie das Gesetz sagt, die freie Gemeinde.

Schon längst vor 1848 und 1849 waren demnach die verschiedenen Landesregierungen bestrebt, den Gemeinden wieder eine freiere Bewegung einzuräumen. Die Art und Weise wie dieses geschehen ist, war jedoch verschieden in den verschiedenen Ländern. Erst durch die Bewegungen der Jahre 1848 und 1849 und durch die Reichsverfassung von 1849 ist indessen mehr Einheit in die Gesetzgebung gekommen. Die Reichsverfassung hat nämlich einige allgemeine Normen als Grundrechte der Gemeindeverfassung aufgestellt⁶⁸). Und die späteren in den verschiedenen Territorien erschienenen Gemeindeordnungen haben sodann die Reichsverfassung zum Vorbild genommen⁶⁹). Im Wesentlichen wurde indessen die Gemeindeverfassung durch die neueren Gemeindeordnungen nicht verändert.

h. Schluß.

§. 269.

Aus dieser summarischen Darstellung des Inhaltes der neueren Gesetzgebung über das Gemeindewesen ergibt sich nun, daß die meisten neueren Gemeindeordnungen, unter dem Einflusse der modernen Theorien, Bestimmungen enthalten, welche dem alten Rechte fremd sind und die ursprünglich deutschen Zustände sogar wesentlich ändern, daß es dagegen allenthalben noch an einem neuen durchgreifenden Princip fehlt. Die alte Dorfverfassung hatte die Feld- und Markgemeinschaft zur Grundlage. Und auch in den neueren Gemeindeordnungen findet man neben mo-

68) Zoepfl, Staatsrecht ed. 5 §. 421.

69) Zoepfl, §. 422.

bernen theoretischen Bestimmungen noch eine Menge Reminiscenzen aus den Zeiten der alten Dorfmarkverfassung ohne daß wohl die Gesetzgeber selbst an ihren inneren Zusammenhang gedacht und denselben begriffen haben. Bei diesem Gemisch von Alt und Neu fehlt es natürlicherweise an der nöthigen Consequenz und an einem festen Princip. Daher jenes unter der ländlichen Bevölkerung weit verbreitete Mißbehagen und jener Mangel an Zufriedenheit mit den gegenwärtigen offenbar nicht für eine längere Dauer möglichen Zuständen, welchen indessen abgeholfen werden muß, wenn nicht das anfängliche Mißbehagen nach und nach zu einer bleibenden Verstimmung führen soll. Da es nun nicht möglich ist alte bereits untergegangene Zustände und Verfassungen wieder herzustellen, so muß man eben nach einem neuen Princip, nach einer neuen Grundlage suchen, und diese kann, nach meinem Dafürhalten keine andere sein, als nach der Größe der Verpflichtung auch die Größe der Berechtigung zu bemessen. Man wird daher einen dem alten Unterschiede zwischen Groß- und Kleinbegüterten ähnlichen Zustand, natürlich unter Berücksichtigung der mittlerweile eingetretenen veränderten Umstände, wieder herstellen müssen. Denn wiewohl die mit der untergegangenen Feldgemeinschaft und Dreifelderwirthschaft zusammenhängenden Anordnungen über die Aufeinanderfolge der Saaten und über die Abwechselung der Bau- und Ruhejahre, über die Festsetzung der Pflüge-, Saat- und Erndte-, so wie der offenen und geschlossenen Zeit, und über die damit zusammenhängende Einzäunung der Felder u. dgl. m. heut zu Tag nicht mehr möglich sind, so hängen die Landgemeinden dennoch auch heute noch, darin von den Stadtgemeinden wesentlich verschieden, mehr oder weniger mit der Landwirthschaft zusammen. Es können daher nur in Grund und Boden angelegene Leute vollberechtigte Bürger sein, indem doch nur derselbe, der die Interessen der Gemeinde kennt und selbst dabei theilhaftig ist, vollberechtigt sein kann, sodann aber auch voll verpflichtet sein muß.

Einen Unterschied zwischen Groß- und Kleinbegüterten wiederherzustellen ist aber auch aus einem anderen Grunde noch wünschenswerth. Ohne das Bestehen einer gewissen Anzahl größerer, wo möglich untheilbarer Gutscomplexe in jeder Landgemeinde ist nämlich, wie bereits von einem sehr ausgezeichneten Manne

amtlich bemerkt worden ist, das Interesse des Grundbesitzes im Staate eigentlich gar nicht vertreten. Es geht demnach dem Staate verloren, was ihm der Grundbesitz gewähren soll, — was ihm aber nur der große untheilbare Grundbesitz, nicht aber der Besitz einzelner walgender Grundstücke gewähren kann. Es ist dieses der politische Beruf der Großbegüterten auf dem Lande, das Bedürfnis nach Stabilität durch Gesinnung und That zu vertreten, der Gemeinde eine größere und zuverlässigere Bürgschaft zu gewähren und als Grundsäule eines kräftigeren nachhaltigeren und umfangreicheren Betriebes der Landwirthschaft zu dienen. Es geht zwar eine Hauptrichtung der Zeit dahin, Besitz und Beruf in den Verfassungen gänzlich zu ignoriren, höchstens den Grundbesitz im Hinblick auf die Besteuerung zu bevorzugen, welcher Zeitrichtung man nicht entschieden genug entgegentreten kann. Denn der Besitz in Verbindung mit dem Berufe ist von je her von der höchsten Bedeutung für das öffentliche Recht gewesen, und macht schon aus diesem Grunde die Wiederherstellung eines Unterschiedes zwischen Groß- und Kleinbegüterten wünschenswerth und auch nothwendig. Denn so wie in dem Verhältnisse der Staaten der größere Einfluß immer und ewig da sein wird, wo die größere Macht sich befindet, so muß auch in dem kleineren Bereiche einer Landgemeinde, schon aus politischen Gründen, der größere Einfluß dahin verlegt werden, wo sich der eigentliche Schwerpunkt befindet. Je mehr nun aber die Theilung und Zersplitterung der großen Gutscomplexe zunimmt, desto mehr wird die Anzahl der Kleinbegüterten zunehmen und zuletzt überwiegend hervortreten. Das politische Element, welches durch die Großbegüterten vertreten werden soll, geht aber sodann nach und nach gänzlich verloren, wie dieses jetzt schon in vielen Landgemeinden bemerkt werden kann. Der Mangel an größeren gebundenen Gutscomplexen führt außerdem aber noch zu dem weiteren sehr großen Nachtheil, daß das Grundeigenthum sodann dem beweglichen Vermögen ganz gleichgestellt wird und daher aufhört den Gegensatz zu demselben zu bilden, welchen es, abgesehen von den politischen, schon aus nationalökonomischen Gründen bilden muß⁷⁰⁾.

70) Vgl. hierüber Freiherr von Bernhard, über die Restauration des deutschen Rechts, p. 47—56 u. 65 ff. Auch in dessen zwei Schwerter Gottes auf Erden, p. 317 ff.

Um nun diesen Zweck zu erreichen und zu bewirken, daß wieder bauernde Ruhe und Zufriedenheit in die Landgemeinden zurückkehre, wird es wohl schwerlich ein anderes Mittel geben, als, ohne deshalb die Nutzungsrechte der Kleinbegüterten und der gar nicht Begüterten zu schmälern, den Großbegüterten wieder größeren Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen, ihnen also, etwa wie den Meistbeerbten in der Preussischen Rheinprovinz und in Westphalen, das Dorfregiment in die Hand zu geben, mit den größeren Rechten aber auch größere Pflichten zu verbinden. Denn Rechte und Pflichten müssen stets Hand in Hand mit einander gehen.

Aber auch an genaueren Bestimmungen über die Gemeindeangelegenheiten fehlt es, wie wir gesehen haben, in den neueren Gemeindeordnungen (§. 261.), welches schon wegen der genaueren Begrenzung der Kompetenzen nothwendig sein dürfte. Auch sollten dabei die landwirthschaftlichen Angelegenheiten wieder mehr, als es zu geschehen pflegt, in den Vordergrund gestellt werden. Denn trotz alle den stattgehabten Veränderungen ist und bleibt dennoch die Landwirthschaft die Hauptaufgabe der Landgemeinden und das Ziel aller ihrer Bestrebungen. Statt nun aber in den Gemeindeordnungen von demjenigen zu reden, was die Landleute tagtäglich beschäftigt und daher vorzugsweise interessirt, statt dessen betrachten sie die Landgemeinden meistens zu einseitig, von einem bloß politischen Standpunkte, als Grundlage des Staatsorganismus, als bloße Staatsanstalten, und bestimmen daher vorzugsweise das Verhältniß der Gemeinden zum Staate. Da aber eine solche Auffassung nicht den Bedürfnissen der Landleute entspricht, so sind die Gemeindeordnungen selbst meistens nicht volksthümlich. Die Bauern wenden sich mehr und mehr von dem eigentlichen Gemeinbewesen ab und suchen ihre Bedürfnisse auf andere Weise zu befriedigen. Sie sind sogar öfters bestrebt der Gemeinde gegenüber durch Association eine Gegengemeinschaft, also einen Gegensatz zur Gemeinde selbst zu bilden, wie dieses schon Brauner⁷¹⁾ sehr richtig bemerkt hat. Und nur dann, wenn die Bauern in dem Gemeinbewesen die Mittel zur Beförderung ihrer gemeinschaftlichen Interessen finden und wenn

71) Böhmische Bauernzustände, p. 243. ff.

sie erkennen, daß das Interesse der Gemeinde mit ihrem persönlichen Interesse identisch ist, werden sie sich mehr und mehr dem öffentlichen Interesse zuwenden und sodann eine wahre Stütze und Grundlage des Gesamtstaates sein. Nun fehlt es aber auch heute noch nicht an solchen landwirthschaftlichen Angelegenheiten, welche geeignet sind, das Interesse der Einzelnen mit jenem der Gemeinde zu verbinden. Es gehören dahin die Gemeindewege und Stege, Brücken und Fährten, die Wiesenbewässerung, Brunnen, Wasserleitungen, Wassergraben, Dämme und andere Uferbauten, insbesondere auch die Reinigung der Bäche und Flüsse und der Dorfgraben, die Baumpflanzungen, die Umzäunung einzelner Güter, die Höhe, Breite und Stärke der Umzäunung, die Gemeinweiden da wo es noch Almenten gibt, die Viehzucht, insbesondere auch die Unterhaltung des Geilviehes, die Feld- und Nachtwächter, Hirten u. s. w., insbesondere auch die Sorge für den Dorfschmied, Wagner und für die anderen für die Landwirthschaft ganz unentbehrlichen Gewerbe, sodann die Vermarkung der Gemeindefur oder das sogenannte Steinsetzen, die Befichtigung und Erhaltung der Marksteine verbunden mit regelmäßig wiederkehrenden Markumgängen, das Anlegen von Hanf-, Flachs- und Dörchhäusern, von Gemeindebacköfen und Bäckereien, Gemeindefeltern, Mühlen, Ziegelhütten u. dgl. m., die Sorge für die Dienstboten oder Eshalten. Die Orts-, Feld- und Sittenpolizei versteht sich ohnedies schon von selbst. Eben so die Armenpflege, die Sorge für Pfarr-, Schul-, Gemeinde- und Hirtenhäuser, für die Wohlthätigkeitsanstalten, für Feuerlösch- und Rettungsanstalten, Begräbnisorte, Leichenhäuser u. s. w., insbesondere aber auch für die Vergnügungsorte, welche auch in früheren Zeiten schon zu den Gemeindeangelegenheiten gehört haben, und zu denen etwa die Schießstätten, Regelpbahnen, Tanzhäuser, Gemeinbäder u. s. w. gerechnet werden können.

Auch der privatrechtliche Theil im Gemeinbewesen, insbesondere die Eigenthums- und Nutzungsrechte an dem Gemeinbevermögen und die Rechtsverhältnisse der persönlichen oder öffentlichen Gemeinden und der sogenannten Realgemeinden, sind, wie wir gesehen, öfters gar nicht, oder nicht ohne Verletzung der hergebrachten Rechte, oder wenigstens nicht genau genug bestimmt. Daher die fortwährenden Streitigkeiten in jenen Gemeinden, welche

noch ungetheilte Marken besitzen, zwischen den Groß- und Kleinbegüterten in Baiern, den Gemeindegleuten und Besitzern in Kurhessen, den Hubern und Beisassen im Großherzogthum Hessen, den Horn- und Klauenmännern im Kanton Schwiz u. a. m.

Selbst die Verwaltung der Landgemeinden ist meistens zu complicirt. Man hat die Verfassung der Städte auf die einfachen Verhältnisse der Landgemeinden übertragen und dadurch die Verwaltung der Landgemeinden eben nicht gebessert. Einige Gemeindevorsteher, welche sich in die Verwaltungsgeschäfte theilen, wie dieses bei der alten Verfassung der Fall war, reichen zur Besorgung aller Geschäfte vollkommen hin. Ein sie beratthender und controlirender oder gar mitverwaltender Ausschuß ist für solche meistens sehr einfache Geschäfte kein Bedürfniß, führt daher eher zum Unfrieden, als zu einem anderen ersprießlichen Ziele. Da jedoch eine Controle, öfters auch eine weitere Berathung, wohlthätig wirkt und das zweckmäßigste Mittel ist, die Thätigkeit der Gemeindevorsteher und die Theilnahme der Gemeinde an ihren öffentlichen Angelegenheiten zu wecken und rege zu halten, so berufe man für solche wichtigere Fälle und etwa zur Steuerbewilligung und Rechnungsablage die ganze Gemeinde, wie dieses auch unter der alten Verfassung mit vielem Erfolge zu geschehen pflegte. Nur in größeren Gemeinden wird es zweckmäßig sein, einem von der Gemeinde gewählten Ausschusse die Vertretung der Gemeinde zu übertragen, indem die Erfahrung lehrt, wie schwierig es in einer zahlreichen Gemeinde ist, die Einigung einer von Allen besuchten Versammlung zu einem dem allgemeinen Wohle entsprechenden Beschlusse zu Stand zu bringen. — Allein neben den Gemeindevorstehern noch ein Gemeinderath zur Berathung und Controle der Gemeindevorsteher und zur Vertretung der Gemeinde nach Außen, und außerdem noch eine Gemeindeversammlung zur Berathung und Controle des Ganzen ist offenbar zu viel. — Und vollends noch ein Gemeinderath zur Berathung und Controle der Gemeindevorsteher und zur Vertretung der Gemeinde nach Außen und dazu noch ein Bürgerausschuß zur Berathung und Controle des Gemeinderathes und zur Vertretung der Gemeinde dem Gemeinderath gegenüber und außerdem endlich auch noch eine Gemeindeversammlung! — Dies ist ganz gewiß für eine Landgemeinde des Guten viel zu viel! Auch will man bemerkt haben,

daß allenthalben, wo auf dem Lande zwei solche Rätthe neben einander bestehen, entweder der eine Rath ganz überflüssig oder ein Stöbre Fried ist!

Auch die alte Autonomie muß wieder mehr und mehr hergestellt und die Unterordnung unter die Staatsgewalt — unter die Gemeindecuratel — gemindert, nämlich den Gemeinden wieder jene Freiheit und Selbständigkeit zugestanden werden, welche sie ehedem hatten und welche zu der verheißenen Wiederbelebung der Gemeinde-Körper durchaus nothwendig ist. So wie der Einzelne am Besten für sich selbst sorgt, so besorgt auch eine Gemeinde ihre Gemeindecangelegenheiten besser als jeder Dritte — besser wenigstens als die meisten landesherrlichen Beamten. Denn diese stehen schon an und für sich den Gemeinde-Interessen zu fern, und haben dazu noch meistens nicht einmal die nöthige Kenntniß der Bedürfnisse und der Lebensweise des Bauernstandes, um ihn mit Erfolg berathen oder ihm gar seine Angelegenheiten besorgen und — was die Hauptsache ist — wieder eine Harmonie der Gesamt- und Einzel-Interessen in der Gemeinde herstellen zu können. Eine Unterordnung der Gemeinden unter die Staatsgewalt ist freilich nothwendig. Sie hat auch zu allen Zeiten bestanden. Zu dem Ende ist aber kein landesherrliches Mitregiment und noch weniger, wie es öfters der Fall ist, ein landesherrliches Selbstregiment in Sachen der Gemeinden nothwendig. Jene Unterordnung kann sehr wohl neben der größten Freiheit und Selbständigkeit der Gemeinden bestehen. Wenn die Staatsgewalt wieder auf die Ausübung der öffentlichen Gewalt beschränkt wird, wie es in früheren Zeiten der Fall war, — die Gemeinden aber für großjährig erklärt werden und ihnen die freie Verwaltung ihrer Gemeindecangelegenheiten zurückgegeben wird, dann, aber auch nur dann, dürfte die Oberaufsicht des Staates wieder eine Wohlthat für die Gemeinden werden, was die Gemeindecuratel schon seit längerer Zeit nicht mehr war.

X. Reichsdörfer.

1. Im Allgemeinen.

§. 270.

Reichsdörfer oder Rdnigsdörfer nannte man diejenigen Dör-

fer, welche reichsunmittelbar geblieben, also keiner Landeshoheit unterworfen worden sind, in welchen demnach Kaiser und Reich Inhaber der öffentlichen Gewalt, also Schirmherrn und gewissermaßen Landesherrn waren. Denn die Reichsdörfer unterschieden sich von den landesherrlichen Dörfern nur dadurch, daß sie nicht unter der landesherrlichen Vogtei, vielmehr direkt unter der Reichsvogtei standen⁷²⁾. Eben dadurch unterschieden sie sich aber auch von den sogenannten Freidörfern.

Freidörfer, deren es in Deutschland mehrere gegeben hat, nannte man nämlich diejenigen Dörfer, welche entweder ganz frei von aller Grundherrschaft, oder, weil sie mehreren Grundherrschaften unterworfen waren, größere Freiheiten bewahrt oder erworben hatten, wie dieses bei Dittenheim, Frankenhofen, Gräfensteinberg, Nordstetten, Obermögersheim, Trochtelfingen und Windsfeld in Schwaben der Fall war. In jedem dieser Dörfer waren nämlich, wie wir gesehen haben, 7, 8 oder 9 Grundherrschaften ansässig. Da dieselben sich jedoch nicht über die gemeinschaftliche Verwaltung der Dorfherrschaft einigen konnten, so überließen sie diese den Dorfgemeinden selbst. Dadurch erlangten aber die Dorfgemeinden den Besitz, nicht der Grundherrschaft, wohl aber der Dorfherrschaft, und durch diesen Besitz eine um so größere Freiheit⁷³⁾. Vielleicht haben auch die Bauern in Trochtelfingen die herrschaftlichen Besitzungen selbst erworben und sind dadurch frei von aller Grundherrschaft, also im wahren Sinne des Wortes Freidörfer geworden. (§. 7.). Allein Reichsdörfer waren sie darum doch nicht. Denn sie standen sammt und sonders unter Dettlingischer Hoheit. Reichsdörfer konnten vielmehr die Freidörfer nur dann sein, wenn sie keiner Landeshoheit unterworfen waren, vielmehr unmittelbar unter Kaiser und Reich oder unter einer Reichsvogtei standen.

§. 271.

Ursprünglich vor Entstehung einer Landeshoheit waren alle freien und gemischten Dörfer und die nur einer Reichsgrundherr-

72) Meine Gesch. der Fränk. IV, 390 u. 391.

73) Siebenkres, Beitr. zum D. R. III, 128—130.

schaft unterworfenen Dörfer Königsdörfer oder Reichsdörfer. Es waren ihrer demnach ursprünglich sehr viele. Allein auch seit Entstehung einer Landeshoheit blieb ihre Anzahl immer noch sehr groß, zumal in Schwaben, Franken und am Rhein, z. B. im Elsaß und in der Pfalz, und in Westphalen, wo ihre Erhaltung durch den Untergang des alten Herzogthums seit dem Sturze der Hohenstaufen sehr erleichtert worden ist. Im Elsaß allein findet man im späteren Mittelalter noch 21 Reichsdörfer, und nicht viel weniger in der alten Pfalz am Rhein. Auch in der ehemaligen Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berg in der Wetterau fanden sich, Sulzbach und Soden mit eingeschlossen, noch im 14. Jahrhundert 21 Königsdörfer. Und die reichsfreien Leute auf der Leutkircher Heide wohnten in 39 Reichsdörfern, Weilern und Höfen. Im Ganzen genommen hat es nach dem Zeugnisse von Senckenberg⁷⁴⁾ auch im späteren Mittelalter noch über hundert Reichsdörfer gegeben. Der Ursprung der späteren Reichsdörfer war jedoch sehr verschieden.

Viele von ihnen stammen ab von den alten Königsdörfern, welche schon vor Entstehung einer Landeshoheit bestanden haben und auch nach der Auflösung der Gauverfassung reichsunmittelbar geblieben sind. Es gehören dahin alle jene Reichsdörfer, welche entweder niemals unter eine Landeshoheit gekommen oder frühe schon bei dem Sturze der Hohenstaufen wieder reichsunmittelbar geworden sind. Ich rechne zu ihnen die von den Freien auf der Leutkircher Heide bewohnten Reichsdörfer, die Königs- und Reichsdörfer im Elsaß, mehrere Reichsdörfer in der alten Pfalz, die von den Stuhlfreien in Westphalen oder von den Zins- und Schuttpflichtigen Freien bewohnten Reichsdörfer in Franken u. a. m⁷⁵⁾. Auch haben sich manche alte keiner Grundherrschaft unterworfenen Dörfer seit der Auflösung der Gauverfassung dem Schutze des Kaisers und Reichs gegen Entrichtung eines jährlichen Schutzgelbes unterworfen und sind dadurch erst reichsunmittelbar geworden, z. B. das von freien Grundbesitzern bewohnte Dorf Bernheim⁷⁶⁾.

74) Sammlung ungedruckter Schriften II, Vorbericht §. 9.

75) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 7–11, III, 186 ff.

76) Urf. von 1172 bei Hofer, Zeitschrift, II, 486. vgl. oben §. 5.

Andere Reichsdörfer stammen ab von den zu den zahlreichen über ganz Deutschland verbreiteten Königshöfen gehörigen Dörfern, in welchen der Kaiser und das Reich die Grundherrschaft waren. Dahin rechne ich die Reichsdörfer Korschach, Lützenbach und Mulach in der Schweiz, welche im Jahre 1351 mit den gleichnamigen Reichshöfen vom Reiche versezt worden sind⁷⁷⁾. Sodann die Reichsdörfer Wendelstein, Nuwenreute, Dornhennbach und Robesreut bei Nürnberg, welche Kaiser Karl IV an einige Nürnberger Geschlechter versezt hat^{77a)}, welche aber später theils unter Brandenburg Ansbachische theils unter Nürnbergische Hoheit gekommen sind. Ferner die 21 in der alten Reichsgrafschaft des Borneimer Berges gelegenen Reichsdörfer, von denen Sulzbach und Soden bis auf unsere Tage Reichsdörfer geblieben, die übrigen 19 aber an die Grafen von Hanau gekommen sind⁷⁸⁾. Desgleichen die Reichsdörfer Ingelheim, Nierstein u. a. m., welche später an Kurpfalz gekommen sind⁷⁹⁾.

Viele andere Reichsdörfer leiten ihren Ursprung ab von ausgestorbenen und sodann dem Kaiser und Reiche heimgefallenen Herrschaften. Dahin gehören die vier unter der Reichspflege zu Weissenburg stehenden Reichsdörfer Petersbuch, Kahlborn, Byburg und Wengen. Sie gehörten ursprünglich den Grafen von Hirschberg und fielen nach dem Aussterben dieses Grafengeschlechtes an Kaiser und Reich, und wurden dadurch Reichsdörfer⁸⁰⁾. Sodann Altorf in Schwaben. Dieses war ursprünglich der Hauptort der Besitzungen der Welfen. Es kam später an die Hohenstaufen und erst seit dem Untergange dieses Geschlechtes an das Reich und wurde sodann ein Reichsdorf⁸¹⁾. Eben so das Dorf Achalm in Schwaben. Es fiel bei dem Aussterben der Grafen von Achalm an das Reich und wurde dadurch eine Zeit lang ein Reichsdorf⁸²⁾.

77) Urf. von 1351 bei Heiber, Lindau. Ausf. p. 788.

77a) Urf. bei Glasfey, anecdot. p. 302.

78) von Fichard, Entstehung der Reichsstadt Frankfurt, p. 56.

79) Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 7 u. 8.

80) Pütter, institutiones juris publici Germanici, p. 518.

81) Wegelin, Reichsvogtey in Schwaben, I, 139. ff.

82) Sattler, Beschreibung des Herz. Württemberg, II, 168. Dacheröden, Staatst. der Reichsdörfer, p. I, 113.

§. 272.

Die Verfassung dieser Reichsdörfer war an und für sich, wie wir sehen werden, von der Verfassung der landesherrlichen Dörfer durchaus nicht verschieden. Eben so wenig waren sie, wenigstens nicht alle, freie Dörfer, wiewohl sie öfters freie Reichsdörfer genannt worden sind. Sie waren vielmehr, wie die landesherrlichen Dörfer, entweder freie oder grundherrliche oder gemischte Dörfer. Ihre Reichsfreiheit und ihre Benennung freie Reichsdörfer bezieht sich bloß auf ihre Reichsunmittelbarkeit, also auf ihre Freiheit von der Landeshoheit.

Freie, d. h. von Freien Leuten bewohnte Reichsdörfer hat es in früheren und in späteren Zeiten gegeben. Ursprünglich hat es sehr viele freie Reichsdörfer gegeben. Denn die freien Dörfer bildeten ursprünglich die Regel. (§. 4.). Seit der weiteren Verbreitung der Grundherrschaft haben sie sich jedoch mehr und mehr vermindert. Daher kommt es, daß die späteren Reichsdörfer, welche wir kennen, meistens grundherrliche oder gemischte Dörfer gewesen sind. Dennoch haben sich auch in späteren Zeiten noch hin und wieder freie Reichsdörfer erhalten. Dahin rechne ich die von den freien Leuten auf der Leutkircher Haide bewohnten 39 Reichsdörfer. Denn daß sie wirklich persönlich freie Leute gewesen sind, welche ihre Freiheitsrechte auch in späteren Zeiten noch erhalten haben, beweisen die Kaiserlichen Freiheitsbriefe von 1337 und 1506, in welchen ihnen ihr alt hergebrachtes Recht („das Recht von Alter hergebracht“) mehrmals bestätigt worden ist ⁸³). Sie wurden ihrer Freiheit ungeachtet mehrmals vom Reiche verpfändet, kamen erst im Jahre 1415 zur Landvogtei Schwaben und im Jahre 1486 mit dieser an Oesterreich. Die Oesterreichischen Landvögte haben aber nach und nach ihre Freiheiten untergraben. Außer diesen von den freien auf der Leutkircher Haide bewohnten Reichsdörfern hat es aber in Schwaben auch noch andere freie Reichsdörfer gegeben. Denn Wegelin (I. 41—42.) spricht noch von 70 anderen Reichsleuten, welche nach einem landvogteilichen Gültbuche vom Jahre 1519 noch in der Landvogtei in freien Reichsdörfern gewohnt haben sollen.

83) Wegelin. I, 42, II, 3 u. 4.

§. 273.

Grundherrliche Reichsdörfer gab es im späteren Mittelalter sehr viele. Das Dorf Achalm in Schwaben z. B. gehörte den Grafen von Achalm. Da es jedoch unter einem Reichsvogt stand, so war es ein Reichsdorf. Durch den Kaiser Ludwig kam die Burg Achalm mit der Reichsvogtei über das Dorf im Jahre 1330 an die Grafen von Württemberg und seitdem hörte das Dorf auf ein Reichsdorf zu sein⁸⁴). Eben so gehörte das Reichsdorf Lauterbach nebst der niederen Gerichtsbarkeit der Deutschordens Commende zu Donaunwörth. Da dasselbe aber unter der Reichspflege zu Donaunwörth stand, so war es ein Reichsdorf⁸⁵). Zumal aber in der Landvogtei Schwaben lagen sehr viele Reichsdörfer, in denen die Grundherrschaft auswärtigen Grundherrschaften gehört hat. Daher heißt es in der alten Beschreibung der Reichs Landvogtei von 1594 bei Wegelin, II, 157.: „In diesem Amt hat die Landvogtthei allein die Hoche, forstliche und niedere Obrigkeit in nachfolgenden Dörfern, das Eigenthumb aber gehört meistens andern Herrschaften zu, als Ober-, fulgen“ u. s. w. Und noch viele andere Beispiele ebendaselbst p. 159, 160 u. 165. Daher ist auch in jener Beschreibung so häufig von auswärtigen Grundherrschaften gehörigen Herrschaftsgütern (p. 155.) und Vogtgütern die Rede (p. 156, bis 159.), während die der öffentlichen Gewalt oder der Landvogtei gebliebenen Güter landvögtliche Güter (p. 158.), oder auch Königsgüter z. B. zu Sulzbach genannt werden⁸⁶). Auch viele zu alten Königshöfen gehörige Dörfer waren grundherrliche Reichsdörfer. Denn die alten Königs- und Reichshöfe waren nichts anderes als Fronhöfe des Kaisers und Reiches⁸⁷). Die Grundherrschaft in diesen Königshöfen und in den dazu gehörigen Dörfern gehörte demnach dem Kaiser und Reich. Dies gilt von den meisten Willen Karls des Großen bis herab in das spätere Mittelalter⁸⁸). Manche Königshöfe mögen nun auch im späteren

84) Sattler, I. c. II, 168. Dacheröden, I, 102—115.

85) Heider, p. 919.

86) Grimm, I, 572.

87) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 123 u. 436.

88) Vgl. das Almenhorster Hofrecht bei Steinen, I. 1731, 1732 u. 1742. v. Maurer, Dorfverfassung. II. Bd.

Mittelalter noch nach den Anordnungen Karls des Großen direct von dem Fronhofs aus gebaut und verwaltet worden sein. Andere Königshöfe wurden aber mit den dazu gehörigen Saalländereien an geistliche und weltliche Grundherrn (an geistliche Stifter und Klöster oder an Ministerialien und Vasallen) als Eigen oder als Lehen hingegeben. („dat die Keyser dieser Höve voll gaff den „Godesheuseren, und auch den Denstmannen des Keyfers, mit „all dem rechte als sie die Keyser hadde“) ⁸⁹⁾. Im letzten Falle sind aus den alten Reichsfronhöfen landesherrliche Lehenshöfe hervorgegangen, z. B. zu Alzei in der alten Pfalz am Rhein, nachdem die Reichslände daselbst an Kurpfalz gekommen waren⁹⁰⁾. Die meisten zu solchen Königshöfen gehörigen Saalländereien wurden jedoch, wie bei anderen Fronhöfen, an Colonen hingegeben gegen einen jährlichen Zins und gegen andere Leistungen. Diese waren sodann in den Königshof gehörige, also reichshörige Zinsleute und Hufner („thynslude und hoevener in „wendig des Kayfers hoeves darinne die hoevener hoeren“) ⁹¹⁾. Und dieser Zins ward von dem Königshofs aus eben so erhoben wie dieses auch bei den übrigen Fronhöfen zu geschehen pflegte. Auch wurden die Angelegenheiten dieser hörigen Zinsleute in dem Reichshofgerichte eben so von den Königs- oder Reichszinsleuten abgeurtheilt, wie in den landesherrlichen Fronhöfen von den gewöhnlichen Hörigen⁹²⁾. Da nun aber dergleichen Reichszinsleute doch keiner anderen Grundherrschaft als jener des Reiches selbst unterworfen waren, so werden sie dennoch freie Reichsleute („vrie „Richslude“) genannt ⁹³⁾. Da indessen diese Reichs- oder Königshöfe mit den dazu gehörigen Reichsdörfern Fronhöfe des Kaisers und Reiches gewesen sind, so durften diese auch darüber, wie jeder andere Grundherr über sein Eigenthum verfügen. So wurden schon im Jahre 1300 die Reichshöfe Dortmund, Westhofen, Elmenhorst und Brackel an die Grafen von Mark versetzt, und diese Pfandschaft im Jahre 1563 für die Herzoge von Jülich, Cleve

89) Elmenhorster Hofrecht bei Steinen, I, 1736.

90) Bidder, III, 10.

91) Elmenhorst. Hofr. bei Steinen p. 1735. vgl. noch p. 1732.

92) Elmenhorster Hofr. I. c. p. 1745 u. 1746.

93) Elmenhorst. Hofr. p. 1748 u. 1749.

und Berg nochmals bestätigt⁹⁴⁾. Eben so wurden die drei Reichshöfe Rorschach, Lützenbach und Mülach im Jahre 1351 an den Herren von Landenberg und im Jahre 1464 an die Abtei St. Gallen versezt⁹⁵⁾. Und nachdem alle Reichsdörfer mit den dazu gehörigen Reichsdörfern vom Reiche veräußert worden waren, konnte Wilhelm von Croÿ, Herr von Chievers bei der Wahl Kaiser Karls V mit vollem Recht sagen: *Quid habet tuum imperium praeter inanes titulos et vanae gloriae nomen, quod innumeris sumptibus, infinitisque laboribus retinendum est sine ullius unquam fructus perceptione.* Und Kaiser Karl V selbst konnte an den Papst Hadrian XI schreiben: *Germaniam ad eam egestatem et inopiam redactam esse, ut non solum contra Turcas nullam insignem expeditionem suscipere, sed et domi iustitiam ac pacem tueri, et sceleratorum audaciam cohibere non possit.*

§. 274.

Die meisten späteren Reichsdörfer scheinen jedoch gemischte Reichsdörfer gewesen zu sein. Gochsheim und Sennfeld z. B. waren solche gemischte Reichsdörfer. Denn es waren darin die Grafen von Henneberg, später die Bischöfe von Würzburg, sodann die Äbte von Ebrach, die Herren von Schaumburg u. a. m. ansässig. Ihre Zins- und Lehensbauern, die sogenannten armen Leute, vielleicht auch einige freie Leute bildeten die Dorfmarksgemeinde, welche, da sie unter keine Landeshoheit gekommen, reichsunmittelbar geblieben war. Wie andere grundherrliche und gemischte Reichsdörfer waren daher auch diese beiden Gemeinden noch in späteren Zeiten mit Gülden und Zinsen beschwert, welche sie an ihre auswärtigen Zins- und Lehensherren schuldeten⁹⁶⁾. Dasselbe gilt von Sulzbach und Eoden. Denn auch daselbst waren Ritter, Bürger und arme Leute ansässig. („alle die, die „gut in den dorfen hant, ritter von dem lande, bürger uß den

94) Die Urkunden bei Sommer, I, 2. p. 34 u. 108.

95) Heiber, p. 788. f.

96) Segniß. Staatsrecht von Gochsheim u. Sennfeld, p. 3—5, 8, 34—36, 99 u. 100.

„steden, und die gemeinen armen lude überal in den dorfen“⁹⁷⁾,
 Und in Sulzbach außerdem auch noch der Abt von Limburg⁹⁸⁾.
 Eben so findet man in den übrigen Reichs- oder Königsdörfern
 in der alten Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berge
 geistliche und weltliche Grundherren mit ihren Hinterlassen, welche
 man Landsiedel nannte. („geistliche lude, burgere und andere gude
 „lude (die alten boni homines) „und ir lantsedelen“⁹⁹⁾). In
 dem Königsdorfe Döckenheim allein waren die deutschen Herren,
 die St. Johannesherren, die Frauen von dem Throne und viele
 Bürger von Frankfurt¹⁾ und im Königsdorfe Griesheim die
 Stiftsherren Unserer lieben Frau zu Mainz, das Weissenfrauen
 Kloster zu Frankfurt und andere freie Leute mit ihren armen
 Leuten, ihren Hinterlassen ansässig²⁾. Auch Rankweil in Vor-
 arlberg war ein altes gemischtes Reichsdorf, in welchem einige
 Edelleute und freie Bauern ansässig waren. Im Jahre 1365 kam
 es mit der Grafschaft Feldkirch an Oesterreich und hörte sodann
 auf ein Reichsdorf zu sein³⁾. Eben so Rorschach in der Schweiz,
 woselbst die Edlen von Rorschach ansässig waren und die Abtei
 St. Gallen viele eigene Leute und Hofmänner mit Eigen- und
 Hofgütern hatte⁴⁾. Dazu kam noch ein Reichshof mit den dazu
 gehörigen Colonen, welcher im Jahre 1351 vom Reiche versezt
 worden ist⁵⁾. Auch Dorenbüren oder Dornbieren bei Bre-
 genz war ein solches gemischtes Reichsdorf, indem daselbst Freie⁶⁾
 und Leibeigene angesessen waren. Im Jahre 1343 wurde das
 Reichsdorf von Ludwig dem Baier an die Grafen von Hohen Em-
 verspändet und später verkauft. Und dann hörte die Reichsun-

97) Urf. von 1323 bei Boehmer, cod. dipl. Francofurt. I, 472.

98) Grimm, I, 572.

99) Grimm, III, 481. ff.

1) Thomas, Oberhof, p. 581. ff. Grimm, III, 481. ff. Not.

2) Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus dem 13. Jahrhundert von
 Dr. Roth und Dr. Euler, p. 8, 9 u. 14—16. Meine Gesch. der
 Fronhöfe, III, 97.

3) Dacheröden, I, 190. ff.

4) Grimm, I, 233 u. 234. Heiber, p. 253, 263 u. 855.

5) Heiber, p. 788.

6) Urf. von 1328 bei Heiber, p. 668. f.

mittelbarkeit natürlicher Weise auf⁷⁾. Großen Gartach bei Heilbronn war gleichfalls ein gemischtes Reichsdorf, welches Lütwin von Heilbronn und einem Bürger von Schwäbisch Hall namens Peter von Stetten gehört hat, im Jahre 1376 aber an Württemberg verkauft worden ist⁸⁾. Dasselbe gilt von Altingen in Schwaben. Denn es waren darin die Grafen von Scheldlingen, die Herren von Ehingen und das Kloster Bebenhausen angefallen. Im Jahre 1382 kam es an die Grafen von Württemberg und dann hörte es auf ein Reichsdorf zu sein⁹⁾. Auch im Elsaß lagen viele gemischte Reichsdörfer, in welchen Klöster, Edelleute, Stadtbürger und die Colonen der verschiedenen Grundherren ansässig waren, z. B. die Reichsdörfer Dankrotzheim und Dossenheim und das dem Reiche und dem Bischof von Straßburg gemeinschaftlich gehörige Dorf Rüttelnheim. („Dankrotzheim „ist ein richs dorff, dar inne hat das closter eynen binnhoff, darzu vff 40 huber von edelluten, closterpfaffen vnd leygen, burger vnd lantlute. — Dossenheim ist ein richs dorff, dar inne „das closter ein michel sume zinsse von wyn, korn u. s. w. hat, vnd vff 30 huber von ritter vnd knecht, burger, burgerin, vnd lantlute. — Rüttelnheim gemeyn dorff myns herren von „Straßburg vnde bez richs, vnd gehörent dar inne edellute, eptissen, bürger, bürgerin vnd lantlute“) ¹⁰⁾. Endlich sind auch sehr viele zu alten Königs- und Reichshöfen gehörige Dörfer solche gemischte Reichsdörfer gewesen. Dies war schon bei den Willen Karls des Großen der Fall. Denn außer den hofhörigen Colonen und anderen Dienern haben in denselben auch schon freie Leute (Franci, ingenui und liberi homines) gewohnt¹¹⁾. Dasselbe war noch in späteren Zeiten in Ingelheim und zwar zu einer Zeit der Fall, als es noch ein Königsdorf (villa indomini-

7) Dacheröden, I, 135 u. 136.

8) Sattler, l. c. I, 181—182.

9) Dacheröden, I, 117—119.

10) Grimm, I, 736 u. 737.

11) Capit. de villis von 812 bei Pertz, c. 4. Franci, qui in fisciis aut villis nostris commanent. c. 52., de ingenuis qui per fiscos aut villas nostras commanent. und c. 62. de liberis hominibus qui partibus fisci nostri deserviunt.

cata nostra) war ¹²⁾. Denn auch der Bischof von Worms war daselbst angeessen und hatte seinen eigenen Fronhof in der Dorfmark. (episcopus — in villa sive marca Ingelesheim curiam dominicalem cum casa u. f. w.) ¹³⁾. Dasselbe gilt von vielen Reichshöfen im späteren Mittelalter z. B. vom Reichshofe Westhoven in Westphalen, in welchem außer den reichsfreien Leuten auch noch hofhörige, formübige und wachszinsige Leute ansäßig waren. („alle dei eegen hofhörige, foormuebige undt wahtinsige“) ¹⁴⁾. Diese hofhörigen und wachszinsigen Reichsleute wohnten aber nach Jürgen Belthuf in vier Bauerschaften beisammen. („undt syn dese veer Buerchappen met bindpflichtigen wahtinsigen „luden beset, die haren Heeren moeten dienen undt den Taffel „Dinst doen“) ¹⁵⁾.

2. Dorfmarkgemeinde.

§. 275.

Wie andere Dörfer so hatten auch die Reichsbörfer ihre eigene gemeine Mark, welche öfters auch die Gemeinde genannt worden ist, z. B. in Westhoven („driyen und hoeden in die Gemeinte“) ¹⁶⁾, in Bockenheim („gemeinde uff der heyde“) ¹⁷⁾ und in anderen in der Grafschaft zum Bornheimer Berg liegenden Rönigsbörfern („frucht uf die gemeinde sewen“) ¹⁸⁾. Eben daselbst wurde die Waldmark eine Holzmark ¹⁹⁾ oder auch ein Heimgerede genannt ²⁰⁾. Zuweilen hatten auch mehrere Reichsbörfer

12) Dipl. von 882 bei Boehmer, cod. dipl. Franco. I, 17.

13) Dipl. von 891 bei Schannat, hist. ep. Worm. I, 10.

14) Hofrecht von 1322 bei Steinen, I, 1563. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 444. ff.

15) Steinen, I, 1553.

16) Hofrecht von Westhoven §. 5 bei Steinen, I, 1724. Vgl. oben §. 21.

17) Thomas, Oberhof, p. 583.

18) Grimm, III, 484 §. 9.

19) Grimm, III, 485, §. 15.

20) Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus dem 13. Jahrhundert von Roth und Euler p. 9. — „daz heimgerede, daz zwo demer dorfe

eine gemeinschaftliche gemeine Mark oder Gemeinde, z. B. Sulzbach und Soden. („in den Dörfern zu Sulzbach und zu Soden, „die zu ein ander horent, umme die gemende, die zu den zwein „dörfern gehoret, an walde, an velde, an der bach, an mulen, an „überbume in den dörfern, daz uf der gemende stet“) ²¹⁾).

Die Dorfmarksgemeinde bestand aus sämtlichen in der Dorfmark ansässigen Bauern. Diese waren in den freien Reichsdörfern freie Leute, in den grundherrlichen Reichsdörfern aber Hinterlassen des Grundherrn und in den gemischten Reichsdörfern waren sie theils Hinterlassen der verschiedenen Grundherrn theils freie Leute, z. B. in Bockenheim, Griesheim und in anderen in der Grafschaft zum Bornheimer Berg liegenden Königsdörfern ²²⁾. Alle zusammen waren und hießen aber Reichsleute und, wenn sie keiner Grundherrschaft oder wenigstens keiner anderen Grundherrschaft als jener des Kaisers und des Reiches unterworfen waren, freie Reichsleute ²³⁾.

Die vollberechtigten Dorfmarkgenossen nannte man auch in den Reichsdörfern Nachbarn oder Bürger, z. B. zu Gochsheim und Sennfeld ²⁴⁾, zu Westhoven ²⁵⁾, zu Altorf und zu Leutkirch ²⁶⁾. Zuweilen hießen sie auch Hausgenossen und Männer, z. B. in Gochsheim und Sennfeld ²⁷⁾. Die nicht vollberechtigten Einwohner nannte man auch in den Reichsdörfern Weisassen oder Schutzverwandte, z. B. in Gochsheim und Sennfeld ²⁸⁾. Die Handwerker, deren es auch in Gochsheim, Sennfeld, Westhoven u. a. m. sehr viele gegeben hat, gehörten jedoch nicht zu den Weisassen, sondern zu den Nachbarn oder Bürgern.

„hoerit“. vgl. Meine Einleitung zur Gesch. der Mark-, Hof-, Dorf-Versaffung, p. 65. Meine Geschichte der Markenversaffung, p. 33.

21) Urk. von 1323, bei Boehmer, I. c. I, 471—472. Vgl. noch den schiedsrichterlichen Spruch von 1433 bei Grimm, I, 575. Not.

22) Thomas, Oberhof, p. 581. ff. Grimm. III, 481 ff. Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus dem 13. Jahrhundert, p. 8 u. 9.

23) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 7—11, 436 ff. u. 443.

24) Segniß, p. 37, 45 u. 46.

25) Hofrecht bei Steinen, I, 1575 u. 1723.

26) Beschreibung von 1594 bei Wegelin, II, 173.

27) Dachterbden, I, 44.

28) Segniß p. 31.

Denn jeder Bürger hatte daselbst das Recht ein Handwerk zu treiben. Und wer ein Handwerk betreiben wollte mußte Bürger sein ²⁹⁾. Erworben wurde das Bürger- oder Nachbarrecht entweder durch Geburt oder durch Aufnahme, welche auch Einzug genannt worden ist. Im letzten Falle mußte ein Einzugsgeld entrichtet werden, z. B. in Gochsheim, Sennfeld, u. a. m. ³⁰⁾.

§. 276.

Die Rechte und Freiheiten der Reichsdörfer, von denen öfters auch in Urkunden die Rede ist, waren im Grunde genommen keine Vorrechte. Denn sie waren theils bloß natürliche Folgen ihrer Reichsunmittelbarkeit, theils waren sie Rechte, welche auch die übrigen alten Dorfgemeinden gehabt haben.

Eine Folge ihrer Reichsunmittelbarkeit war nämlich, wie wir gesehen haben, ihre Reichsfreiheit, d. h. ihre Freiheit von der Landeshoheit. Sie waren daher frei von allen landesherrlichen Diensten und Leistungen, und konnten insbesondere hingehen wohin sie nur wollten. Sie waren freizügig im ganzen Umfange des Reiches. Dies sagt schon das sehr alte Weisthum des Ingelheimer Grundes: „vnd mag ein yglicher, der in dem Rych geessen ist, „ziehen vnd farn, wor es wil, vnd sal jm nymant daran kruden „obir hindern“ ³¹⁾. Eben so sagt der den Freien auf der Leutkircher Heide verliehene Freiheitsbrief von 1337: „Daß die freyen „Leuth das Recht von Alter hergebracht habent, wo sie hinfarenb, „es seye in des Reichs-Stätte, oder in ander Stätte, daß jn ihr „Gut darnach dienen soll“ ³²⁾. Diese Freizügigkeit in Reichsstädte, Reichsdörfer und in Reichshöfe blieb auch noch dann, nachdem die Reichsvogtei über sie verlegt worden war, z. B. zu Rorschach und Tablatt, nachdem die Reichsvogtei an die Abtei St. Gallen verpfändet worden war. („es hanbt die gotshußlüt jm gericht zuo

29) Segniß, p. 42, 43 u. 45. Geograph. Verikon von Franken, II. 339, V, 287. Freiheitsrecht von Westhoven §. 12 u. 13 bei Steinen, I, 1577.

30) Segniß, p. 37 u. 45.

31) Bodmann, I, 384.

32) Wegelin, II, 3.

„Tablatt iren fryen zug vnnnd wechsel, — in welke rychstatt oder „rychs hof er denn ziehen wil“³³⁾. „es hand die lütt ze Rorschach „fryen zug, — in welke rychstatt oder richshof er ziehen wil“)“³⁴⁾. Ja sogar aus anderen Dörfern und Herrschaften, welche nicht reichsunmittelbar waren, hatte man den freien Zug in die freien Reichsstädte und Dörfer, z. B. zu Niderbüren in der Abtei St. Gallen („es hand die goßhußlütt zuo Niderbüren iren fryen zug „vnnnd wechsel, — in welke rychstatt oder richshof er dann hin- „ziehen wil, vnnnd sol dann von menglichem an dem zug vnge- „sumpt sin“)“³⁵⁾. Denn nur das Ziehen in eine einer Grund- herrschaft unterworfenen Dorfschaft war verboten, weil durch eine solche Niederlassung die angestammte Grundherrschaft benach- theiligt worden wäre („es sol aber nyenberthin ziehen da er aigen „werden mag“)“³⁶⁾. Darum durften auch in späteren Zeiten noch die frei ergebenden Leute in der Herrschaft Rettenberg nach Kemp- ten, Jßny und nach anderen Reichsstädten und Reichsdörfern ziehen³⁷⁾. Aus demselben Grunde war auch die Aufnahme von unfreien oder hörigen Leuten und die Heirath mit auswärtigen Unfreien oder Hörigen in den Reichsdörfern verboten, z. B. den Freien auf der Leutkircher Heide. („daß die Freyen fürbaßhin „niemand mehr zu jnen nehmen noch empfangen sollen, es were „dann daß sich ungefährlich begeben, daß ein geböhrner Frey eine „freye Frauen oder daß ein geböhrne Freyin einen Freyen, die „frey wären, und keinen nachjagenden Herrn hätten, nemmen, die „mögen sy annehmen, und sonst in andere Weg ganz niemandt“)“³⁸⁾.

Alle übrigen nicht aus ihrer Reichsfreyheit selbst folgenden Rechte und Freiheiten hatten aber die Reichsdörfer mit allen übrigen alten Dorfmarkgenossenschaften gemein. Dahin gehört unter Anderem das Recht die Gemeindevorsteher und Diener zu wählen, z. B. in Westhofen³⁹⁾, in Griesheim u. a. m., in der

33) Grimm, I, 225.

34) Grimm, I, 235.

35) Grimm, I, 219.

36) Grimm, I, 219, 225 u. 235. *Meine Gesch. der Fronhöfe*, III, 129.

37) Rettenberg. Landsordn. p. 34.

38) Urk. von 1506 bei Wegelin, II, 4.

39) Freiheitsrecht von 1434 §. 5, u. Hofrecht §. 1. bei Steinen, I, 1575 u. 1728.

Wetterau ⁴⁰⁾. Esbann das Recht sich selbst besteuern zu dürfen, welches den Freien auf der Leutkircher Heide ausdrücklich zugesichert war. („Daß die Freyen uff Leutkircher Heydt bei der „Steur so sie untereinander selbs anlegen und einbringen handeln mögen jnnhalt ihrer Freyheiten, wie sie das „vor gebraucht und hergebracht haben“) ⁴¹⁾. Sogar die städtischen Freiheiten, welche ihnen zuweilen, unter Anderen den vier Reichsdörfern im Sibeltinger Thale in der Pfalz im Jahre 1285 die Freiheiten der Stadt Speier, ertheilt worden sind ⁴²⁾, machen hievon keine Ausnahme, indem die Freiheiten der alten Städte von den Freiheiten der alten Dorfschaften nicht wesentlich verschieden waren. In den freien Reichsdörfern kam hiezu noch die persönliche Freiheit oder die Freiheit von aller Hörigkeit und Unfreiheit, von der Fallpflichtigkeit und von allen herrschaftlichen Fronen, z. B. in den von den Freien auf der Leutkircher Heide bewohnten Reichsdörfern ⁴³⁾, wie dieses übrigens auch in anderen freien Dörfern der Fall war.

Und alle diese Freiheiten waren nicht erst neu verliehene, vielmehr alt hergebrachte Rechte und Freiheiten, wie dieses in vielen Freiheitsbriefen selbst anerkannt worden ist ⁴⁴⁾. Erst seitdem unter dem Einflusse der Grund- und Landesherreschaften die Freiheiten der übrigen Dorfschaften untergraben und vernichtet zu werden pflegten, erst seit dieser Zeit fingen die Reichsdörfer an sich ihre althergebrachten Rechte und Freiheiten vom Kaiser und Reich bestätigen zu lassen. Daher erschienen auch diese Freiheiten erst seit dieser Zeit als von Kaiser und Reich verliehene Rechte und wurden auch seit dieser Zeit erst Privilegien genannt ⁴⁵⁾.

Nachdem die Idee der alten Freiheit bereits untergegangen war, hatte man hie und da eine ganz wunderliche Meinung von dieser Freiheit. So glaubten nach einem Zeugenverhöre vom Jahre 1658 die Bauern in den Freidörfern in Schwaben, daß die Reichs-

40) Beschwerbeschrist der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrh. p. 9.

41) Urk. von 1506 bei Wegelin, II, 4.

42) Bibber, II, 507 u. 511

43) Urk. von 1337 bei Wegelin, II, 3.

44) Urk. von 1337 u. 1506 bei Wegelin, II, 3 u. 4.

45) Vgl. Urk. von 1414 u. 1465 bei Wegelin, II, 146 u. 147.

freiheit in einer völligen Straßlosigkeit bestehe. Denn der Eine sagte aus: „es habe der Ort in seiner ganzen Markung die Freiheit, daß man darinn nicht gestraft werde. So lang er denke, „sey darinn kein Frevel gefordert worden.“ Ein Anderer bezeugte: „er habe allezeit gehört, daß man sich da schlagen „und keinen Frevel geben dürfte; wie er dann selbst mit fremden „Knechten allda beym Tanz und auch auf dem Kugelplatz sich „rechttschaffen zerschlagen. Aber niemand hätte etwas von Frevel „gefordert.“ Wieder ein Anderer führte mehrere Schlägercien als Beispiele an, daß man sich in dem Dorfe ungestraft herumprügeln und selbst todt schlagen dürfe. Er erklärte z. B. „zwey Schwäger „hätten sich in seines Ahnherrn Garten wie die Gäul zerschlagen. „Einst an der Kirchweih hätten sich etliche Männer mit Kloster- „stückeln geschlagen, worüber einer einen Streich an Kopf bekom- „men, daß er darüber den andern Tag gestorben.“ Und zuletzt versicherte er: „An den Kirchweihen hätten die Pusch ihren „Tanz aufgeführt, gescholbert, gespielt, geschlagen. Das wisse er, „so lang er denke, daß es also im Brauch gewesen“ ⁴⁶⁾. Dieser schöne Brauch findet sich zwar auch in manchen Gegenden Altbaierns und zwar noch bis auf die gegenwärtige Stunde. Allein für eine Reichsfreiheit halten ihn doch die Bairischen Bauern nicht.

§. 277.

Die genossenschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten der Bürger waren dieselben, wie wir sie auch in anderen Dorfmarkgemeinden finden. Nur die Nachbarn oder Bürger, nicht aber die Weisassen und Schutzverwandten ⁴⁷⁾, hatten eine vollständige Marknutzung, also das Beholzigungsrecht, das Mast- und Weiderecht u. s. w., z. B. in Westhoven. („Doet hebben die „Börger hare vrye Hoede und Drifft int Feldt und op de Rijs „Marcke. Doet nottorfftigen Brandt. De Vryheit heeft ooc haer „Bow und Timmerholz met den Erven van der Rijsmarcke“) ⁴⁸⁾,

46) Siebenkees, Beitr. zum D. R. III, 133—135.

47) Segniß, p. 42.

48) Freiheitsrecht von Westhoven §. 2, 3 u. 23 bei Steinen I, 1575. Vgl. noch Hofrecht von Westhoven §. 5 bei Steinen, I, 1724.

in Gochsheim und Sennfeld ⁴⁹⁾, in Griesheim, in Bottenheim und in anderen in der Grafschaft zum Bornheimer Burg liegenden Königsdörfern ⁵⁰⁾. Sie hatten insbesondere auch die freie Jagd oder die freie Bürsch und die freie Fischerei, z. B. in Altorf und in den von den Freien auf der Leutkircher Heide bewohnten Reichsdörfern ⁵¹⁾. Eben so in Gochsheim, Sennfeld, Sulzbach, Soden ⁵²⁾ und in Westhoven ⁵³⁾. Auch hatten die Bürger allein die Gemeindebedienste und Lasten („der Vryheit Schatt und Denste“) zu tragen, z. B. in Westhoven ⁵⁴⁾, insbesondere auch in Gochsheim und Sennfeld die Gemeindefronen bei Anlegung und Unterhaltung der gemeinen Wege und Stege zu leisten ⁵⁵⁾.

3. Dorfbregiment.

§. 278.

Wie die übrigen Dörfer, so waren auch die Reichsdörfer berechtigt ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu besorgen. Und sie hatten in dieser Beziehung um so freiere Hand, als sie unter keiner Landeshoheit standen, also alle die Rechte hatten, welche nicht in der Reichsvogtei lagen.

Diese Angelegenheiten der Reichsdörfer waren ihrer Wesenheit noch ebenfalls Dorfmarkangelegenheiten. Es gehörte dazu demnach die Aufsicht über die Viehweiden, über die Gemeindeheerden, über die Anlegung der Wege und Stege, der neuen Kampe u. dgl. m., wobei ganz vorzüglich die gemeine Weide berücksichtigt werden sollte, z. B. in Westhoven ⁵⁶⁾. Es

49) Egenß, p. 42, 46, 48 u. 49.

50) Thomas, Oberhof, p. 581 u. 583. Grimm, III, 485, §. 15. Beschreibung der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrhundert, p. 9.

51) Urk. von 1569 u. 1594 bei Wegelin, II, 28. f. u. 173. Vertrag von 1512 bei Moser, reichsstädt. Handb. II, 98.

52) Egenß, p. 42 u. 49. Dacheröden, I, 91.

53) Freiheitsrecht §. 4 bei Steinen, I, 1575.

54) Hofrecht §. 7 und Freiheitsrecht §. 17 bei Steinen, I, 1578 u. 1725.

55) Egenß, p. 49.

56) Freiheitsrecht §. 14—16 u. Hofrecht §. 5 u. 6 bei Steinen, I, 1578 u. 1724.

gehörte dazu ferner die ganze Dorfpolizei, insbesondere auch die Baupolizei und die Feldpolizei, z. B. in Westhoven ⁵⁷⁾, die Gewerbepolizei ⁵⁸⁾, die Anlegung und Unterhaltung der Rathhäuser, der Pfarr- und Schulhäuser, der gemeinen Schmieden und der gemeinen Bachhäuser, der Dörthäuser und anderer öffentlichen Gebäude, z. B. in Gochsheim und Sennfeld ⁵⁹⁾, sodann die Anlegung der Gemeinde-Steuern und Fronen, z. B. in Westhoven („Van de Bryheit in Gebreke ist, mogen de Vorgermeester Schattunge setten op hare Bdrger“ ⁶⁰⁾). „Deck mögen de Burgermeister op haere Bdrger tot Behoeft der Bryheit Schatt und Denste setten“ ⁶¹⁾). Eben so in den Reichsdörfern in Schwaben und Franken ⁶²⁾. Und zu diesem Allem kam seit der Reformation auch noch die Kirchengewalt und zwar in den evangelischen Reichsdörfern in einer Ausdehnung, wie sie die landesherrlichen Dörfer niemals erlangt haben. So hatten z. B. Gochsheim und Sennfeld das Recht ihren Pfarrer selbst zu wählen und auch den Schulmeister zu ernennen ⁶³⁾. Und alle protestantischen Reichsdörfer hatten die geistliche Gerichtsbarkeit und zur Besorgung der geistlichen Angelegenheiten ein eigenes Consistorium, welches zu Gochsheim und Sennfeld aus dem Reichsschultheiß, aus einem Rechtsgelehrten als Syndikus und aus den Ortsgeistlichen bestanden hat. In Sulzbach und Soden aber wurden diese Angelegenheiten von dem Pfarrer allein besorgt, welcher sich indessen in zweifelhaften Fällen bei anderen evangelischen Theologen Rath zu erholen pflegte ⁶⁴⁾. Zwar waren in fast allen evangelischen Reichsdörfern über die Ausübung der Kirchengewalt Streitigkeiten entstanden, zumal mit den geistlichen Landesherrn, wenn die Reichsvogtei an sie verlegt worden war. So lagen die Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld das ganze 18. Jahrhundert hindurch in fortwährendem Streit

57) Hofrecht §. 5 bei Steinen, I, 1725.

58) Freiheitsr. von Westhoven §. 12 u. 13 bei Steinen, p. 1577.

59) Segniß, p. 25 ff. u. 44. f.

60) Freiheitsrecht §. 22 bei Steinen, p. 1579.

61) Hofrecht von Westhoven §. 7 bei Steinen, p. 1725.

62) Urk. von 1506 bei Wegelin, II, 4. Dacheröden, I, 91. Segniß, p. 54.

63) Segniß, p. 49—51, 95 u. 96.

64) Augsburger Religionsfrieden von 1555, art. 20 u. 25. Instrum. Pacis Osnabr. art. V, §. 1, 2, 28 u. 48. Dacheröden, I, 78—85.

mit dem Hochstifte Würzburg. Und wiewohl die Reichsgerichte mehrmals zu Gunsten der Reichsdörfer entschieden, und diese sich zuletzt auch noch an den Reichstag selbst gewendet hatten, so wurde die Sache dennoch niemals gänzlich erlediget ⁶⁵). Nichts desto weniger haben sich doch auch diese Reichsdörfer im Besitze der Kirchengewalt bis in die letzten Zeiten erhalten und nur das Recht die Ehestreitigkeiten selbständig zu entscheiden ist ihnen entzogen worden, indem verordnet worden ist, daß die Parteien sich deshalb an das Consistorium in Würzburg wenden sollten ⁶⁶).

Eine eigentliche Landeshoheit haben jedoch die Reichsdörfer niemals erworben, wiewohl dieses noch bis in die letzten Zeiten des deutschen Reiches von Dacheröden (I, 38—42.) und von Segnitz (p. 55. ff u. 100—104.) behauptet worden ist. Denn die Reichsdörfer haben nicht einmal den Blutbann, viel weniger also die übrigen Rechte der öffentlichen Gewalt erworben. Die öffentliche Gewalt war und blieb vielmehr in der Reichsvogtei selbst enthalten. Als daher diese an die Reichsfürsten verlegt oder sonst veräußert worden war, so ist mit der Reichsvogtei auch die öffentliche Gewalt an die Landesherrn übergegangen. Nur sollte diese in den Reichsdörfern nicht namens des Landesherrn, sondern im Namen von Kaiser und Reich ausgeübt werden. Diejenigen Rechte jedoch, welche, wie z. B. die Kirchengewalt, im Grunde genommen nicht in der Reichsvogtei lagen, sind den Reichsdörfern nach wie vor bis zum Untergange des deutschen Reiches und zwar in einer Ausdehnung geblieben, wie sie die landesherrlichen Dörfer nicht haben konnten.

§. 279.

Der Gemeindevorstand war verschieden in den verschiedenen Reichsdörfern. In Altorf bestand derselbe aus einem Amman und Rath ⁶⁷); in Weglos bei Jhny aus einem Richter und Rath, später aus einem Amman und Gericht ⁶⁸); in den von den

65) Ludolff, symphor. consultat. et decis. forens. I, 896—902. Scheidemantel, Repertor. I, 722 u. 723. Segnitz, p. 91—96.

66) Segnitz, p. 95—97.

67) Urf. von 1414, 1465 u. 1594 bei Wegelin, II, 146, 147, 158 u. 162.

68) Dacheröden, I, 168.

Freien auf der Rentkürcher Heide bewohnten Reichsdörfern aus einem Amman, dem sogenannten Heidamman und aus dem Gericht, welches man auch den freien Ausschuß zu nennen pflegte⁶⁹⁾; in Westhofen aus einem Bürgermeister und Rath⁷⁰⁾; in den Königsdörfern in der alten Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berg aus einem Centgrafen (Einggraf, Zinggrave, Centgräf oder Zinßgrave)⁷¹⁾; öfters aus einem Reichschultheiß und Gericht, z. B. zu Gochsheim, Sennfeld, Sulzbach und Soden⁷²⁾. Neben dem Reichschultheiß kommen auch in den Reichsdörfern noch ein oder mehrere Bürgermeister, Bauermeister oder Dorfmeister vor, z. B. in Gochsheim, Sennfeld, Sulzbach und Soden⁷³⁾, hie und da auch noch ein Heimburge⁷⁴⁾ und in Westhofen neben dem Bürgermeister auch noch ein Hofrichter („de Havesrichter“), welcher zuweilen auch Reichsrichter genannt wird, da der Hofrichter daselbst ein Reichshofrichter war⁷⁵⁾. Die Reichschultheiße, so wie die Hof- oder Reichsrichter in Westhofen waren offenbar, wie in den übrigen Dorfschaften, die öffentlichen oder herrschaftlichen Beamten in den Reichsdörfern. (§. 163.) Sie wurden daher ursprünglich auch von der Reichsgewalt oder von der Reichsherrschaft ernannt. Späterhin wurden sie aber von denjenigen ernannt, auf welche die Reichsvogtei oder die Reichsherrschaft übergegangen war, z. B. in Sulzbach und Soden gemeinschaftlich von Kurmainz und von der Reichsstadt Frankfurt. Anderwärts ist aber auch das Recht die Reichschultheiße zu wählen auf die Reichsdörfer übergegangen, z. B. in Gochsheim und Sennfeld⁷⁶⁾. Die Bürgermeister, Bauermeister oder Dorfmeister dagegen sind auch in den Reichsdörfern genossenschaftliche Beamten gewesen und wurden daher in früheren wie in späteren Zeiten von

69) Wegelin, I, 48.

70) Hofrecht §. 8 bei Steinen, I, 1726.

71) Grimm, III, 473 u. 482. ff.

72) Dacheröden, I, 89, 96 u. 97. Segnis, p. 38, 39, 47 u. 48.

73) Dacheröden, I, 44, 89, 96 u. 97.

74) Grimm, I, 758 f.

75) Freiheitsrecht §. 5 u. 10 und Hofrecht §. 2 u. 8 bei Steinen, I, 1576 u. 1723.

76) Dacheröden, I, 89. Geograph. Verikon von Franken, II, 340, V, 291.

der Gemeinde gewählt⁷⁷⁾. In den meisten Reichsdörfern hat sich jedoch wie in den übrigen Dörfern der Einfluß dieser Bürgermeister mehr und mehr verloren, und zuletzt sind dieselben z. B. in Gochsheim und Sennfeld zu bloßen Gemeindevorständen herabgesunken⁷⁸⁾. Nur allein in Westhoven hat sich der Bürgermeister an der Spitze des Dorfbregiments erhalten.

§. 280.

Die laufenden Geschäfte wurden allenthalben von den Schultheßen und Bürger- oder Dorfmeistern, von den Ammanen, Richtern, Centgrafen und Heimbürgen besorgt. In wichtigeren Angelegenheiten sollte jedoch der Gemeinderath beigezogen werden. Einen solchen Gemeinderath hat es, wie wir gesehen haben, in Altorf, Weglos und in Westhoven gegeben. In Gochsheim, Sennfeld, Sulzbach und Soden besorgte das Gericht zu gleicher Zeit die Geschäfte des Gemeinderaths⁷⁹⁾. In den von den Freien auf der Leutkircher Heide bewohnten Reichsdörfern wurde der Gemeinderath auch Freien Ausschuss genannt. Er hatte insbesondere auch die Gemeinde der Landvogtei gegenüber zu vertreten und die Gemeinde Angelegenheiten mit der Landvogtei zu verhandeln⁸⁰⁾. In Gochsheim stand neben dem aus sieben Bauern und dem Reichschultheiß bestehenden Gerichte, welches, wie wir gesehen haben, an der Spitze des Dorfbregiments gestanden hat, auch noch ein aus acht Gemeindegliedern bestehendes Collegium, welches bei der Besteuerung der Bürger, bei der Verpachtung der Gemeindeländereien, bei Rechnungsablagen und bei anderen wichtigeren Gemeindeangelegenheiten beigezogen werden mußte, und welches in derselben Weise, wie der große Rath in den Städten, die Gemeinde zu vertreten hatte. Man nannte dieses Gemeindecollgium den Stuhl und die Mitglieder desselben die

77) Dacheröden, I, 89. Freiheitsrecht von Westhoven §. 1 bei Steinen, I, 1576 u. 1723.

78) Segniß, p. 36 u. 48.

79) Segniß, p. 39, 47 u. 48.

80) Urk. von 1580 bei Wegelin, II, 24 u. 26.

Stuhlbeisitzer oder Stuhlbrüder. Wie die übrigen Gemeindevorsteher wurden auch sie von der Gemeinde gewählt ⁸¹⁾.

In ganz wichtigen Angelegenheiten wurde auch in den Reichsdörfern die ganze Gemeinde beigezogen, z. B. in Altorf, Gochsheim, in den in der Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berg gelegenen Königsdörfern („nieman keinen sundirhirten haben sal, „iz inßi dan mit der lude willen“) ⁸²⁾ u. a. m. Daher heißt es sodann in den Urkunden z. B. von Altorf „der Amman, Rath „und die ganze Gemeinde“ ⁸³⁾, von Gochsheim und Sennfeld: „Reichschultheiß, Gericht und Gemeinde“, oder auch: „Reichschultheiß, Dorfmeister, Gericht und Gemeind“ ⁸⁴⁾, und von Gochsheim: „Reichschultheiß, Gericht und Stuhl oder ganze „Gemeinde“ ⁸⁵⁾. Die Beiziehung der gesamten Gemeinde oder der Nachbarschaft geschah natürlich in jenen Reichsdörfern, welche keinen eigenen Gemeinderath oder Stuhl hatten z. B. in Sennfeld häufiger, als in denjenigen Gemeinden, welche eine solche Gemeinde Vertretung besaßen ⁸⁶⁾. Die gesammte Gemeinde pflegte übrigens, außer den Wahlen (§. 276 u. 279), noch beigezogen zu werden bei den Steueranlagen, bei der Erlassung von Verordnungen, bei der jährlichen Rechnungsablage, bei der Androhung von Strafen (Einungen), bei Verfügungen über die gemeine Mark (Heimgeredete), bei der Anweisung der Marknutzungen (der Marke) u. s. w. ⁸⁷⁾.

Auch die untergeordneten Gemeindebeamten und Diener wurden von der Gemeinde gewählt, insbesondere auch die Heiligenmeister, welche den Gotteslasten zu verwalten hatten,

81) Segnit, p. 36. f., 40 u. 41. Geograph. Lexikon v. Franken, II, 340 u. 341.

82) Grimm, III, 484. §. 7.

83) Urk. von 1414 u. 1465 bei Wegelin, II, 146 u. 147.

84) Dacheröden, I, 96 u. 97.

85) Geogr. Lex. v. Fr. II, 341. V, 293.

86) Segnit, p. 48.

87) Freiherr v. Westhoven § 10 u. 22 und Hofr. von Westhoven §. 3 u. 7 bei Steinen, I, 1577 u. 1723. Urk. von 1506 bei Wegelin, II, 4. Geogr. Lex. v. Fr. V, 290. Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus dem 13. Jahrhundert, p. 9.

Jobann die Feld- und Walbschützen, die Gerichtsdiener und die übrigen Gemeinbediener. Zu den Gemeinbedienern gehörten in Gochsheim und Seunfeld nicht bloß die Flurer, die Hirten und die Schäfer, sondern auch die Gemeindebäcker und die Gemeinbeschmiede. Sie wurden von der Gemeinde, jedoch immer nur auf ein Jahr gewählt und mußten daher jedes Jahr ihr Amt niederlegen, um sich einer neuen Wahl zu unterwerfen. Ehe zur neuen Wahl geschritten wurde, konnten sie von jedem aus der Gemeinde zur Rechenschaft gezogen werden⁸⁸⁾. Außer diesen von der Gemeinde ernannten und von ihr abhängigen Gemeindebäckern und Gemeinbeschmieden gab es aber in Gochsheim und Seunfeld auch noch andere Bäcker und Schmiede und außerdem noch viele andere Handwerker⁸⁹⁾. Für die Gemeindebäcker und Gemeinbeschmiede wurden in beiden Gemeinden eigene gemeine Backhäuser und gemeine Schmieden unterhalten⁹⁰⁾.

§. 281.

Die Gerichtsbarkeit der Reichsdörfer war ursprünglich keine andere als jene welche auch die übrigen Dörfer gehabt haben. Sie war von der öffentlichen Gerichtsbarkeit eben so verschieden wie von der grundherrlichen. (§. 185.) Die öffentliche Gerichtsbarkeit gehörte zur Reichsvogtei, unter welcher die Reichsdörfer standen. Und für die in dem Gebiete eines Reichsdorfes ansässigen Grundherrschaften oder vielmehr für deren hörige Hinterlassen waren meistens eigene Fronhofgerichte errichtet. Klar und deutlich tritt dieser Unterschied in dem Reichsdorfe Westhoven hervor. Die eigentlichen Gemeindeangelegenheiten gehörten vor das Gericht des Bürgermeisters („Syn der Klagten in der Bryheit de „moeten vor dem Borgemeister gedaen werden van den Borgeren, „und moet der Borgemeister daraver oorbelen“)⁹¹⁾. Die Klagen der hofhörigen Leute dagegen gehörten vor den Hofrichter („Van „daer Klagten syn in dem Have van den Dincpflichtigen Haves „Lüden, de moeten oock hare Klage in der Bryheit Westhaven vor

88) Segniß, p. 41. Geogr. Zer. v. Fr. II, 340, V, 290 u. 292.

89) Segniß, p. 42, 43 u. 45.

90) Segniß, p. 26 u. 44.

91) Freiheitsrecht §. 8. vgl. noch §. 10 und Hofrecht §. 8 bei Steinen, p. 1576 u. 1726.

„dem Haves Richter doen und dessen Bescheedt erwarten“) 92). Und da der Fronhof in Westhoven ein Reichshof war, so wurde der Hofrichter auch Reichsrichter genannt. Jedes von beiden Gerichten sollte seinen eigenen Schreiber und seinen eigenen Fronboten und Diener haben. („een jedereen synen besonderen Bröden: „Schryver undt besondere Haves und Vryheits Bronen und De: „ner“) 93). Von beiden Gerichten verschieden waren aber wieder die Gerichte der öffentlichen Gewalt, welche dem Landesfürsten 94), d. h. dem Grafen von Marl zustand, an welchen die Reichsvogtei verpfändet war.

Eigene von dem Gemeindevorstand verschiedene Dorfgerichte hat es meines Wissens in keinem Reichsdorfe gegeben. Vielmehr pflegte der Gemeindevorstand außer den übrigen Angelegenheiten der Gemeinde auch die Dorfgerichtsbarkeit zu besorgen, in Westhoven der Bürgermeister und Rath, in Altorf der Amman und Rath, in den Reichsdörfern auf der Bentficher Heide der Heideamman und das Gericht oder der Freien Ausschuss, zu Norschach der Amman und das Gericht 95), in den zur Grafschaft Bornheimer Berg gehörigen Königsdörfern der Centgraf 96), zu Gochsheim, Sennfeld, Sulzbach und Soden der Reichsschultheiß und das Gericht, welches in Sulzbach auch das Freigericht genannt worden ist 97). Nur für specielle Zwecke kommen auch in den Reichsdörfern zuweilen eigene Gerichte vor, z. B. ein Steinscher-, Feldschieder- oder Siebnergericht in Gochsheim und Sennfeld zur Entscheidung der Bau- und Grenzstreitigkeiten 98), und im Reichsdorfe Brackel ein eigenes Holzgericht. („ein „Holtgerichte van den dreen Brackeler Warden“) 99).

92) Freireiter. §. 9 vgl. noch §. 10 u. Hofrecht §. 4.

93) Freireiterrecht §. 10 bei Steinen, p. 1577.

94) Hofrecht §. 8 bei Steinen, p. 1726.

95) Grimm, I, 234. „man sol das gericht zuo Norschach alle jar besetzen mit amman vnnnd richtern, wie von altar herkomen ist.“

96) Grimm, III, 484 §. 5. „obe ieman swert, mezzir ader solbin. zuhit „und doch keinen schadin nicht endut, der sal deme eingerefen in deme „dorf odir uf dem selbe, da is geschait, bingen die mitfcheden“. Vgl. noch §. 12.

97) Grimm, I, 572.

98) Segniß, p. 40. Geogr. Zer. v. Fr. II, 340, V, 291.

99) Hofrecht bei Steinen, I, 1830.

Die Dorfgerichtsbarkeit war ursprünglich auch in den Reichsdörfern eine Dorfmarkgerichtsbarkeit. Und auch in späteren Zeiten gehörten noch die Markfrevel zur Zuständigkeit der Dorfgerichte, z. B. in den Reichsdörfern auf der Leutkircher Heide. („was „auch derselben von Leutkirch Burger zu Holz und Welbe, in iren „Grunden und Boden gegen einander vorhaben, überbaren, über- „zünen, oder in ander Weg Übernießung thun, darum sollen sie „von einem Landvogt nit gestraffet noch gebüßet werden, sonder „sollen und mögen die von Leutkirch mit Straff gegen inen, als „den iren selbst handeln“¹⁾). „Auf diesem ihrem Grund und Boden „haben sie zu undergehen, zu marcken, auch die so überfahren, „wann sie ihre Burger seind, zu straffen, andere aber so freveln, „gehören der Landvogtey zu straffen“²⁾). Nach und nach wurde aber die Dorfmarkgerichtsbarkeit zu einer niederen Civil- und Strafgerichtsbarkeit erweitert, z. B. in Altorf³⁾, in den Reichsdörfern auf der Leutkircher Heide⁴⁾ und in vielen anderen Reichsdörfern in der Landvogtei Schwaben⁵⁾, sodann in den Königsdörfern in der Grafschaft zum Bornheimer Berg⁶⁾, in Gochsheim und Sennfeld⁷⁾ u. a. m. In den freien Reichsdörfern, z. B. in Altorf und auf der Leutkircher Heide, fiel die gesammte niedere Gerichtsbarkeit in dem Dorfe von selbst an die Gemeindevorstände, indem daselbst kein anderes niederes Gericht bestanden hat. Dasselbe war jedoch auch in den meisten gemischten Reichsdörfern der Fall. Denn die in der Dorfmark ange- sessenen freien Leute konnten in dem Dorfe keinen anderen niederen Richter als den Dorfmarkrichter haben. Die in der Mark ange- sessenen Grundherrn hatten aber öfters in dem Dorfe nicht Hinter- lassen genug, um ein eigenes Fronhofgericht zu errichten. Sie zogen es daher vor auch in Hofangelegenheiten ihre Colonen bei

1) Urk. von 1512 bei Moser, reichsstädt. Handb. II, 96.

2) Urk. von 1594 bei Wegelin, II, 165. f.

3) Urk. von 1594 bei Wegelin, II, 158 u. 162.

4) Wegelin, I, 47 u. 48.

5) Urk. von 1594 bei Wegelin, II, 151 u. 153.

6) Grimm, III, 484, §. 5.

7) Segniß, p. 38, 39 u. 71. ff.

dem Dorfmarkgerichte zu stellen, wie dieses auch in den Freidörfern in Schwaben der Fall war⁸⁾. So kam denn zuweilen auch in den gemischten Reichsdörfern die ganze niedere Gerichtsbarkeit in die Hände der Dorfmarkgerichte oder der Gemeindevorstände, z. B. in Gochsheim und Sennfeld, zu Rorschach, in der Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berg u. a. m. In den grundherrlichen Reichsdörfern endlich hat sich in späteren Zeiten die Dorfmarkgerichtsbarkeit meistentheils gänzlich verloren. Denn wie in den übrigen Dörfern, so wurde sie auch in den Reichsdörfern meistentheils mit der grundherrlichen oder auch mit der öffentlichen Gerichtsbarkeit vereinigt. Und so kam denn die gesammte niedere Gerichtsbarkeit in vielen Reichsdörfern in der Landvogtei Schwaben an die Grundherrschaft („und hat der Edelmann allein die niedern „Gericht““⁹⁾, in vielen anderen Reichsdörfern aber an die Landvogtei selbst¹⁰⁾. Eine solche Vereinigung der Dorfmarkgerichtsbarkeit mit der öffentlichen Gerichtsbarkeit war übrigens auch in den gemischten und in den freien Reichsdörfern möglich.

Die hohe Gerichtsbarkeit haben indessen die Reichsdörfer meines Wissens nirgends erworben, wiewohl dieses von vielen älteren Publicisten¹¹⁾ und auch von Wibder (II, 511.) hinsichtlich der im Sibeltinger Thale gelegenen Reichsdörfer behauptet worden ist. Denn der Blutbann gehörte mit zur öffentlichen Gewalt. Er gehörte demnach in den Reichsdörfern zur Reichsvogtei, also in Schwaben zur Reichs Landvogtei¹²⁾, in der Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berg zu dem Kaiserlichen Landgerichte („an „des Ioneges gerichte zu Bornheimer berge““¹³⁾ u. s. w. Und auch im Sibeltinger Thale stand der Blutbann unter dem Kaiserlichen Landvogte im Speiergau, an dessen Landgericht heute noch der Stalbohel bei Godramstein erinnert. Späterhin kam mit der

8) Siebenkees, III, 130.

9) Beschreibung der Landvogtei von 1594 bei Wegelin, II, 163. Und noch viele andere Beispiele eod. p. 152, 153, 154, 155, 157, 159, 161, 162, 166 u. 167.

10) Beschreibung von 1594, I c. p. 151, 153, 156, 159 u. 160.

11) Golbaß, epist. dedicat. der Reichshandlungen und Dacheröden, I, 88.

12) Beschreibung von 1594 bei Wegelin, II, 151. ff.

13) Grimm, III, 484 S. 5.

Reichsvogtei auch der Blutbann an die landesherrlichen Gerichte, z. B. in den Reichsdörfern Gochsheim und Sennfeld an die Fürstlich Würzburgische Zent Karlsberg¹⁴⁾. In vielen grundherrlichen Reichsdörfern haben aber die Grundherrschaften außer der niederen auch noch die hohe Gerichtsbarkeit erworben, z. B. die Fugger, die Freiberger, die Herren von Beuren u. a. m. in der Reichslandvogtei Schwaben¹⁵⁾.

Die Berufung von den Reichsdorfgerichten ging, wie bei den übrigen Dorfgerichten (§. 191 u. 192.), wenigstens in späteren Zeiten, an die Gerichte der öffentlichen Gewalt, also, da sie unter keiner Landeshoheit standen, an die Kaiserlichen Landgerichte, z. B. in der Landvogtei Schwaben¹⁶⁾ und in der alten Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berg¹⁷⁾, oder in Gochsheim und Sennfeld von dem Reichsschultheiß und Gericht an die Reichsuntervogtei in Mainberg und von da an die Reichsobervogtei, nämlich an die Fürstliche Regierung zu Würzburg¹⁸⁾, und in letzter Instanz an das Reichskammergericht und an den Reichshofrath¹⁹⁾.

Jedes Reichsdorf hatte eine ganz vollständige Autonomie und daher auch das Recht Dorfordnungen zu machen. So hatten z. B. die Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld ihre eigene Dorfordnung²⁰⁾ und eine Siebenerordnung²¹⁾. Und zur Autonomie gehörte auch, wie wir gesehen haben, das Recht der Selbstbesteuerung. (§. 276, 278 u. 280.).

4. Grundherrschaft in den Reichsdörfern.

§. 282.

Grundherrschaft kommen auch in den Reichsdörfern nur in den grundherrlichen und in den gemischten Reichsdörfern vor.

14) Geogr. Ser. v. Fr. II, 343, V, 295.

15) Beschreibung von 1594, p. 158, 160, 161, 163, 164, 165 u. 169.

16) Wegelin, I, 47. f.

17) Grimm, III, 484 §. 12.

18) Segnit, p. 71.

19) Segnit, p. 71 u. 72. Dacheröden, I, 90.

20) Ludolf, symphor. consult. et decia. I, 881.

21) Segnit, p. 40.

Jeder von ihnen pflegte auch in den Reichsdörfern seinen eigenen Fronhof zu haben. So findet man im Elsaß auch in späteren Zeiten noch viele Edelleute, Klöster und Stadtbürger, welche ihre Fronhöfe in den Reichsdörfern hatten. („in dez richen dorffern etwie vill bindhoffe, die der edellüte vnd burgere sint“²²). „Dandrosheym ist ein richs dorff, dar inne hat daz closter eynen bindhoff. — so hette das closter ein bindhoff zu Dossenheym, ist ein richs dorff, dar inne daz closter ein michel sume zinsse von wyn, korn, habern vnd pfennige hat“²³). Eben so hatte in den Königsdörfern der ehemaligen Reichsgrafschaft zum Vornheimer Berg in der Wetterau jeder geistliche und weltliche Grund- und Vogteiherr seinen eigenen Fronhof („Dinghof ober Foithof ober Huobhobe“²⁴). Auch der Abt von Limburg hatte zu Sulzbach seinen eigenen Fronhof²⁵). Eben so pflegten die Kaiser selbst ihre eigene Dinghöfe in den Reichsdörfern zu haben („bey Keyser hefft in etlichen seinen Dörperen bindpflichtige Höbe liegen, dar ir hoebener in hoerent — Dorper daerinne die rechten Dindhöbe lagen des Keyfers“²⁶). So namentlich auch in Ingelheim, wo außer dem Kaiser auch der Bischof von Worms in sehr frühen Zeiten schon seinen Fronhof (curia dominicalis) gehabt hat²⁷).

Zu jedem Fronhose gehörte eine mehr oder weniger große Anzahl von hofhörigen Leuten, an welche die Hofländereien gegen einen jährlichen Zins hingegeben zu werden pflegten. Diese zins- und gültpflichtigen Leute hießen auch in den Reichsdörfern Huber, z. B. im Elsaß²⁸), Höbenere z. B. in Griesheim in der Wetterau²⁹), Landfiedel („Lantsebele, Lantfidele ober Lantfidel“) z. B. in der Wetterau³⁰), hofhörige, kornubige oder wachszinsige Leute, z. B. in dem Reichsdorfe Westhoven. („hofhörige Moor-

22) Grimm, I, 787.

23) Grimm, I, 736.

24) Grimm, III, 482 u. 483. Beschwerbeschrift der Gemeinde Griesheim aus dem 13. Jahrhundert, p. 8 u. 9.

25) Grimm, I, 572 u. 574. Not.

26) Elmenhorster Hofrecht bei Steinen, I, 1731, 1732. vgl. noch p. 1742.

27) Dipl. von 891 bei Schannat, hist. ep. Worm. I, 10.

28) Grimm, I, 736 u. 737.

29) Beschwerbeschrift cit. aus 13. Jahrh. p. 9.

30) Grimm, III, 482. ff.

„muebige undt Waßtnflge“) ³¹⁾, hofhörige Zins- oder Hofleute z. B. in dem Reichsdorfe Elmenhorst („van den Eyeflüden und „van den Hoevenen, inwendig des Kayfers Hoeses darinne die „Hoevenen hoeren“ ³²⁾ u. f. w. Diese hofhörigen Leute waren aber ihrer Hof- und Grundherrschaft nicht bloß zins- und gültspflichtig, und je nach den Umständen auf fall- oder besthauptspflichtig, sondern insbesondere auch dingpflichtig. („in ieren hof zuo „gene zuo dinge unde zuo ringe“) ³³⁾).

Jeder Fronhof war nämlich auch in den Reichsdörfern der Sitz der Verwaltung der hofhörigen Ländereien eben sowohl wie der Hofgerichtsbarkeit über die hofhörigen und daher in den Fronhof dingpflichtigen Leute. Darum pflegte jeder Hof- oder Grundherr, welcher in dem Reichsdorfe Huber oder Landsiedel in hinreichender Anzahl besaß, um damit ein eigenes Fronhofgericht besetzen zu können, die Fronhofgerichtsbarkeit selbst auszuüben oder durch seinen Hofbeamten ausüben zu lassen. So stand in den Königsdörfern der Grafschaft zum Vornheimer Berg an der Spitze eines jeden darin gelegenen Fronhofes ein herrschaftlicher Amtmann („irs hoeses ammetman“) oder ein Schultheiß, welcher die herrschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen und gemeinschaftlich mit den Landsiedeln die Fronhofgerichte auf dem Ding- oder Vogthofe zu halten hatte. Die Fronhofgerichte wurden zuweilen auch Dorfgerichte genannt ³⁴⁾. Und die Urtheilsfinder waren entweder die umherstehenden Hubner (Hoebenere) oder Landsiedel („nach der lude urteile, die zu rechte dar übir sprechen „sullint“), oder die aus denselben genommenen Schöffen ³⁵⁾. Ebenso hatte zu Sulzbach der Abt von Limburg ein aus einem Schultheiß und 14 Schöffen bestehendes Herrschaftsgericht zur Besorgung seiner herrschaftlichen Angelegenheiten in jenem Reichsdorfe ³⁶⁾. Auch in Gochsheim haben die daselbst angeessenen Grundherrn

31) Hofrecht bei Steinen, I, 1563.

32) Hofrecht bei Steinen, I, 1735. vgl. noch p. 1732.

33) Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrh. p. 9.

34) Grimm, III, 470. f.

35) Grimm, III, 470. f. u. 483, §. 1 u. 3. Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrh. p. 9.

36) Grimm, I, 572.

in früheren Zeiten ihre eigenen Fronhofgerichte gehabt. Denn noch in neueren Zeiten hatten einige von ihnen ihre besonderen Lehenſchultheißen in jenem Reichsdorfe ³⁷⁾). Dasselbe gilt aber insbesondere auch von den in den Reichsdörfern liegenden Reichshöfen, welche, wie wir gesehen, nichts anderes als Fronhöfe des Kaisers und Reiches gewesen sind. So wurden die herrschaftlichen Angelegenheiten des Reichshofes Brackel von dem Reichshofgerichte daselbst unter dem Vorſiße des Schulte's von den reichshofhörigen Reichsleuten besorgt. („nae beschreuen Hoffſgerichte und wiesung zu Brackel für den Kerckhoffe von den ſamentlichen geſchwarren „Rycksluiden und Erven des Ryckshoffs gehalten“ ³⁸⁾). „Item „ein Havesgeri dachtes Ryckeshoves to Brackel, dat sall ein Schulte „to Brackel beſitten und bewahren“ ³⁹⁾). Eben ſo wurden in dem Reichshofe zu Weſthoven die Hofangelegenheiten von dem Reichshofrichter mit den umherſtehenden Reichshofleuten abgeurtheilt. („und moet de Havesrichter dat Gerichte ſitten nae „Havesrechte und den Umſtandt der Havesluiden daerover, „daert nobig is laeten orbeelen“ ⁴⁰⁾). Eben ſo im Reichshofe zu Elmenhorſt von dem Hofrichter mit den hofhörigen Leuten ⁴¹⁾). Und wenn die hofhörigen Reichsleute nicht wußten was Recht war, ſo durften ſie ſich bei anderen Reichshöfen Rathſ erholen oder an den Hofherrn ſelbſt, alſo in früheren Zeiten an den Kaiſer und in ſpäteren Zeiten an denjenigen Landesherrn, an welchen die Reichsvogtei verpfändet war, appelliren. („daer „dat Ordeel haben deren Verſtandt were, moeten ſey ſid mit den „oid Ryckshoven Bracken und Elmenhorſt bereden, off ſonſt an „den Hovesheren appelliren, und nae Havesrecht daer over laeten „erkennen“ ⁴²⁾).

Sehr viele Grundherrschaften beſaßen jedoch nicht hofhörige Leute

37) Geogr. Ver. v. Fr. II, 345.

38) Hofrecht von Brackel bei Steinen, I, 1819.

39) Hofrecht I. c. p. 1823.

40) Hofrecht von Weſthoven §. 4 bei Steinen, I, 1724. Vgl. noch das Recht des Hofes Weſthoven alten Ruchtengerichts bei Steinen, I, 1720.

41) Elmenhorſt. Hofr. bei Steinen, I, 1745—1747.

42) Hofr. von Weſthoven §. 4 bei Steinen, I, 1724. Vgl. Recht des Hofes Weſthoven alten Ruchtengerichts §. 4 u. 5 bei Steinen, p. 1720 und 1721.

genug, um mit ihnen ein eigenes Fronhofgericht besetzen zu können. Sie mußten daher die Entscheidung ihrer herrschaftlichen Angelegenheiten entweder, wie wir gesehen haben, den Dorfmarkgerichten überlassen (§. 281.), oder sie mußten ihre Hinterlassen zu dem Ende in den Fronhof eines größeren Grundherrn dingpflichtig machen. Das letztere geschah in mehreren Reichsdörfern im Elsaß, z. B. zu Dandrotsheim („ist ein richs dorff, dar inne hat „daz closter eynen dincshoff, darzu vff 40 huber von edel- „luten, closterpfaffen vnd leygen, burger vnd lant- „lude die dar inne gesworen hant. vß denselben hubern „gezogen werden süben schöffel“) ⁴³⁾. Eben so zu Dosenheim („ist ein richs dorff, dar inne daz closter zinse — hat; vnd vff „30 huber von ritter vnd knecht, burger, burgerin, vnd „lantlude vnd habent auch vnder yne süben schöffel in der ege- „nannten dyndshoff meynunge recht zu sprechen“) ⁴⁴⁾. Desgleichen zu Küttelnheim ⁴⁵⁾. Und von allen diesen Fronhöfen ging sodann die Berufung oder der Zug an den gewöhnlichen Oberhof des urtheilenden Fronhofes ⁴⁶⁾.

Anderer Inhaber von eigenen in einem Reichsdorfe gelegenen Dinghöfen konnten zwar ihr Fronhofgericht in erster Instanz gehörig besetzen. Zum Zweck der Berufung mußten sie sich jedoch einem anderen bedeutenderen Fronhofgerichte unterwerfen. Auch dieses war in mehreren Reichsdörfern im Elsaß der Fall. Im Falle der Berufung wendete man sich daselbst an die Fronhofgerichte der Abtei Schwarzach, zuerst an das Hofgericht zu Schwindrazheim und in letzter Instanz an jenes in Schwarzach selbst. („Item es sint auch gelegen in der art do by in dez riches dorff- „hern etwie vill dincshoffe, die der edellute vnd bürgere sint, der „vil yren zug gon Swyndrazheim in des closters dincshoff habent, „vnd ob ez not beschee mohte vnd sol auch gewysen werden gehn „Swarbach vff den sale“) ⁴⁷⁾.

In dem einen wie in dem anderen Falle ist nun durch diese

43) Grimm, I, 736.

44) Grimm, I, 736.

45) Grimm, I, 736—737.

46) Grimm, I, 736 u. 737.

47) Grimm, I, 737.

Unterwerfung unter ein fremdes Fronhofgericht eine wahre Gerichtsherrschaft über jene Reichsdörfer entstanden. Die Hinterlassen der geistlichen und weltlichen Grundherren sind zwar dadurch keine Grundholden, aber doch Gerichtsuntergebene einer fremden Herrschaft geworden, was nach und nach z. B. in der Abtei Schwarzach zu einer Gerichtsunterthänigkeit der daselbst angefahrenen Reichsfreien geführt hat.

Die Fronhofangelegenheiten waren von den Dorfmarkangelegenheiten wesentlich verschieden. Die hörigen Hinterlassen standen demnach auch in den Reichsdörfern in einem doppelten Rechtsverhältnisse. Als Hinterlassen bildeten nämlich die hörigen Reichsleute eine Fronhofgenossenschaft mit ihrem Vogtei-, Grund- oder Lehensherrschaft und hatten demselben nach Hofrecht zu dienen. Als Dorfmarkgenossen, in welcher Beziehung sie im Grunde genommen bloße Stellvertreter ihrer Vogtei-, Grund- oder Lehensherrschaft waren, standen sie dagegen in direkter Verbindung mit Kaiser und Reich und mußten daher in dieser Beziehung auch dem Kaiser und Reich dienen, z. B. in den Reichs- oder Königsdörfern in der Wetterau. („da muoz der lantsidele den so-
„den ir soirtrecht due son des hofes gude, und dem konige dienen
„son wazzere und son weibe“) ⁴⁸⁾. Während ferner die Hofangelegenheiten, wie wir gesehen, in den Hofgerichten entschieden zu werden pflegten, wurden die Dorfmarkangelegenheiten in den Dorfmarkgerichten verhandelt, also in den Reichsdörfern in der Wetterau theils in den Dorfgerichten der Centgrafen theils in dem Landgerichte zum Bornheimer Berg ⁴⁹⁾. In dem Reichsdorfe Westhofen aber wurden die Fronhofangelegenheiten in dem Reichshofgerichte, die Dorfmarkangelegenheiten dagegen vor Bürgermeister und Rath verhandelt und entschieden ⁵⁰⁾.

Da jedoch die Fronhof- oder Vogtei- und Grundherren ihre vogteilichen und grundherrlichen Rechte auf die Angelegenheiten

48) Grimm. III, 483. §. 4. Vgl. noch §. 1 und p. 482. Not. und Urkunde bei Thomas, Oberhof, p. 581 u. 582.

49) Grimm, III, 485 §. 16. vgl. noch p. 471. „ußgescheiden wanne vnd waitzhar gehört an das gericht zu Bornheimerberge“.

50) Hofrecht von Westhofen lit. e. und h. bei Steinen, I, 1563. Vgl. noch oben §. 281.

der Dorfmark nur auf anderes Eigen. Erde und Sehen, welches nicht zu ihrem Freuhofe gehörte. auszubehnen bemüht waren, so kam es stets zum Kampfe zwischen den Dorfmarksgenossen mit diesen Vogte- und Grundherren. z. B. in den zur Reichsgrafschaft zum Farnheimer Berg gehörigen Königsbüren Griesheim, Bockenheim u. a. m. („Das ganze Lage ist gewesen von geistlichen luden, unde von burgen, und auch von anderen guden luden, die gut, hant ligen in des Linges grassbart zu Farnheimer berge, das man in lantfideln in den dorren drunge zu nuresteme dienste von wassere unde von weide, das sie niemanne schuldig sint zu, dune dan eine Lunge“⁵¹⁾. — „Hier ligen auch we, das sie die lünde, die da gesetzt sint zur Griesheim, die irris hobes gundes nicht enbant, bringent in iren hof zu gene zu dinge unde zu ringe —“) ⁵²⁾. Und eben diesem Kampfe verdanken wir das interessante Urtheil vom Jahre 1303, in welchem die Grenze zwischen Freuhof- und Dorfmark-Angelegenheiten bestimmt und unter Anderem der Grundrath ausgesprochen worden ist, daß die Vogteiherrn außerhalb ihres Dinghofes weder von Wasser und Weide noch aus einem anderen Grunde Dienste verlangen sollten. („want nzwendig ire Dinghofe solben sie, nmands gut noch nmands lantfideln dringen zu keinerley, dienste von wasser oder von weide, want man enwers nymant, schuldig zu thun, dan enwe tunige alleine“⁵³⁾. „Das die soibe, nzwendig irs soithofes und des gudes, das dar in horit, niemannes gut ioch niemannes lantfideln nicht in sollent drangen zu keinerleige dienste“⁵⁴⁾. Die Vogtei- und Grundherren strebten aber nichts desto weniger weiter. Und schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts sehen wir die Herren zu Königstein im Besitze der Grund- und Vogteiherrschaft über das ganze Reichsdorf Wilbel und des dazu gehörigen Dorfgerichtes⁵⁵⁾. Erst unter den Grafen von Hanau ist es indessen den Grund- und Vogteiherrn gelungen den Sieg über die Markgenossenschaft in der Art

51) Grimm, III, 483, §. 1. vgl. noch p. 482. Not.

52) Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrh. p. 9.

53) Urkunde bei Thomas, Oberhof, p. 582 u. 583. Grimm, III, 482. Not.

54) Grimm, III, 483, §. 2.

55) Grimm, III, 470 u. 471.

zu erringen, daß sich nur noch auf dem zwischen Vilbel und Haarheim gelegenen Ried die Markgenossenschaft, und zwar offenbar aus keinem anderen Grunde erhalten hat, als weil es reichsunmittelbar geblieben ist⁵⁶⁾). Diese Reichsgrafschaft gibt demnach ein möglichst vollständiges Bild von dem Kampfe und Siege der Vogtei- und Grundherrschaft in den Reichsdörfern.

5. Öffentliche Gewalt in den Reichsdörfern.

§. 283.

Die Verfassung der Reichsdörfer war ursprünglich von der Verfassung der landesherrlichen Dörfer durchaus nicht verschieden. Die Einen wie die Anderen hatten dieselben Freiheiten, insbesondere auch dieselbige Immunität. Daher nannte man das Gebiet eines Reichsdorfes eine Freiheit, z. B. das Gebiet des Reichsdorfes Westhoven. („alle die in dieser Brtheit Borger wollen „syn — in der Brtheit Westhoven“ u. s. w.)⁵⁷⁾). Nichts desto weniger standen die Einen wie die Anderen unter der öffentlichen Gewalt. Nur unterschieden sich die Reichsdörfer von den landesherrlichen Dörfern dadurch, daß sie nicht unter der landesherrlichen Vogtei, vielmehr direkt unter der Reichsvogtei standen. Jedes Reichsdorf hat aber auch unter einer Reichsvogtei gestanden. So haben die Reichsdörfer Gochsheim, Sennfeld, Hilpersdorf, Geltersheim, Oberreinsfeld und Katershusen in Franken ursprünglich unter einem von dem Kaiser und Reiche selbst gesetzten Reichsvogte, späterhin unter der Reichsvogtei Schweinfurt gestanden, bis die Reichsvogtei über Gochsheim und Sennfeld im Jahre 1572 an das Hochstift Würzburg übertragen worden ist⁵⁸⁾). Die Reichsdörfer Korschach, Lützenbach und Mülach standen ebenfalls unter der Reichsvogtei. Diese wurde aber im Jahre 1464 an die Abtei St. Gallen versetzt⁵⁹⁾). Auch die vier Reichsdörfer bei Donau-

56) Grimm, III, 473—474.

57) Freiheitsrecht §. 6—9 bei Steinen, I, 1576.

58) Feider, p. 919. Segnth, p. 12—23.

59) Urk. von 1464 u. 1466 bei Feider, p. 788 u. 789.

wörth standen unter einer Reichsvogtei, nämlich unter der Reichspflege zu Donauwörth ⁶⁰). Eben so die vier Königsdörfer bei Weissenburg im Nordgau. Denn sie standen unter der Reichspflege zu Weissenburg, n. s. w. Insbesondere stand auch Altorf, seitdem die Grafschaft Altorf bei dem Sturze der Hohenstaufen an das Reich zurückgefallen war, direkt unter Kaiser und Reich. In den Jahren 1330 und 1332 wurde die Reichsvogtei an die Grafen von Bregenz und von Montfort versetzt, im Jahre 1415 aber von Kaiser Sigismund mit der Landvogtei Schwaben vereinigt und sodann mit dieser an den Reichserbtruchseß von Waldburg verpfändet, und im Jahre 1486 diese Reichspfandschaft auf das Erzhaus Oesterreich übertragen ⁶¹). Dasselbe gilt von den Freien Reichsdörfern auf der Leutkircher Heide. Auch sie wurden, nachdem sie mit der Reichsvogtei mehrmals verpfändet worden waren, im Jahre 1415 mit der Landvogtei Schwaben vereinigt und sodann mit dieser zuerst an die Truchsesen zu Waldburg und im Jahre 1486 an Oesterreich verpfändet ⁶²).

Wegen dieser häufigen Verpfändungen der Reichsvogtei war es öfters streitig, wem die öffentliche Gewalt in den einzelnen Reichsdörfern zustehe. So machte schon im 13. Jahrhundert das Hochstift Würzburg Ansprüche auf Gochsheim. Der Kaiser behielt sich aber damals noch seine hergebrachten Rechte vor. (*reservamus aut nobis jus, quod in villa Gochsheim ab antiquo dinoscimus habuisse*) ⁶³). Hinsichtlich der Reichsvogtei über die Freien auf der Leutkircher Heide bestand ein langjähriger Streit zwischen den Grafen von Montfort und den Truchsesen zu Waldburg, indem die Reichsvogtei an beide versetzt worden war. Und wiewohl das Reichskammergericht zu Gunsten der Grafen von Montfort entschieden hatte, so gelangten diese dennoch nicht mehr zum Besitze ihrer Reichspfandschaft, weil diese mittlerweile an Oesterreich gekommen war ⁶⁴). Auch die Reichsvogtei im Reichsdorfe Pfäffingen war streitig. Denn Württemberg behauptete die

60) Heiber, p. 919.

61) Wegelin, I, 139—168.

62) Wegelin, 42. ff.

63) Dipl. von 1234 bei Leutsch, antiqu. Poeldena. p. 258.

64) Wegelin, I, 43—47.

Landeshoheit über jenes Dorf. Dem widerssprach jedoch die Schwäbische Ritterschaft. Der Proceß kam bis zum Reichshofrathe, blieb aber dort liegen, bis im Jahre 1699 der Herzog Eberhard von Württemberg das Dorf gekauft und sodann zu dem Amte Lübingen geschlagen hat ⁶⁵). Eben so bestand in dem Dorfe Ergersheim in Franken ein langjähriger Streit zwischen der Dorfgemeinde, welche ihre Reichsfreiheit behauptete, mit den Markgrafen von Ansbach, welche die Landeshoheit in Anspruch nahmen und auch durchsetzten, und sodann das Dorf mit dem Oberamte Uffenheim vereinigten ⁶⁶). Die vier Königsdörfer Petersbuch, Kahldorf, Byburg und Wengen im Nordgau standen unter der Reichspflege zu Weissenburg, wurden aber nebst der Reichspflege im Jahre 1534 an die Stadt Weissenburg verpfändet. Im Jahre 1629 wußte jedoch auch der Bischof von Eichstädt die Reichspflege an sich zu bringen. Dies führte zu langjährigen Streitigkeiten zwischen der Stadt Weissenburg und dem Bisthum. Und wiewohl im Westphälischen Frieden die Restitution an die Stadt ausgesprochen worden war, so dauerten dennoch jene Streitigkeiten fort, bis im Jahre 1680 ein Vergleich der Stadt mit dem Bisthum zu Stand kam, nach welchem die erwähnten Königsdörfer unter die streitenden Theile vertheilt und drei davon an Eichstädt abgetreten werden sollten. Im Jahre 1861 ward dieser Vergleich von dem Kaiser bestätigt und sodann die Reichspflege selbst aufgehoben ⁶⁷).

§. 284.

Die Reichsdörfer standen demnach sammt und sonders unter der Reichsvogtei. Ihre Bewohner waren und hießen daher Reichsleute und, wenn sie keiner Grundherrschaft oder wenigstens keiner anderen als derjenigen des Kaisers und Reiches unterworfen waren, freie Reichsleute. Deshalb hießen auch die Reichshofhörigen Leute im Reichsdorfe BradelReichsleute. (Rycksluide)⁶⁸),

65) Dacheröden, I, 184.

66) Dacheröden, I, 223 u. 224.

67) Urf. vom 1. März 1681 bei Falkenstein, antiqu. Nordgav. p. 394—398. Dacheröden, I, 239—264. .

68) Hofrecht von Bradel bei Steinen, I, 1819, 1824, 1825 u. 1826.

und im Reichsdorfe Elmenhorst sogar freie Reichsleute („vrie „Reichslude“), welche alle Freiheiten der anderen freien Leute haben („alle Frieheit die andere Frielude heben“) und eben so frei sein sollten, wie die Bürger von Dortmund („toll vrie gleich unsern „Bürgern“) ⁶⁹). Im Reichsdorfe Westhofen aber nannte man sie freie Leute oder freie Reichskluten („Bryenkluten — vrye „Ryckskluten — und Rycksvryenkluten“) und das Hofgericht nannte man ein freies Hof- oder ein freies Klutengericht („Bry- „hovesgericht — vry Klutengericht“) ⁷⁰). Aus demselben Grunde wurde auch das Reichsdorf Weinheim bei Jugelheim in der alten Pfalz Freiweinheim genannt ⁷¹). Diese Reichsbauern standen demnach zur Reichsvogtei in einem ganz ähnlichen Verhältnisse wie die landesherrlichen Bauern zur landesherrlichen Vogtei. Daher wurden sie auch Reichshörige, Reichseigene Leute, Reichsarme Leute, Reichsunterthanen oder in Schwaben auch Landvogtei Unterthanen ⁷²) und arme Leute („arm „Lüt“ und „die armen Freyen vff Lüttkircher Haib“) genannt ⁷³) und, wenn sie einer Herrschaft unterworfen waren, Reichshintersassen oder Untersassen („Undersaeten“) ⁷⁴) oder auch Landvogtei Hintersassen („der Landvogtei angehörige Hintersass“) ⁷⁵).

Auch bildeten die Reichsleute eines jeden Reichshofes, wie die Hofhörigen eines anderen Fronhofes, eine eigene Hofgenossenschaft. Sie nur allein waren daher Standesgenossen (Standt- „genoshten“), während diejenigen, welche nicht in den Reichshof gehörten, Fremde oder Ausleute („Buitenlude“) genannt worden sind, z. B. im Reichshofe Bradel („Dat jemand van den „Buitenluiden, die vry weren, und sich an das Ryck geven „wolben, und des Rycks Frieheit begehden, die sollen dem Schul-

69) Elmenhorster Hofrecht bei Steinen, I, 1749.

70) Recht des Hofes Westhofen alten Klutengerichts, pr. §. 6, 7, 8, 10 u. 11. bei Steinen, I, 1722. Vgl. §. 44.

71) Wibber, III, 317.

72) Urf. von 1580 u. 1594 bei Wegelin, II, 24, 25, 172. u. 173.

73) Wegelin, II, 24. Vgl. noch Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 9—11, u. 413.

74) Hofrecht von Bradel bei Steinen, I, 1825.

75) Urf. von 1580 bei Wegelin, II, 26.

„ten tot Urkunde geben, II §. und den Rycksluiben als „Standtgenoshten I §.“⁷⁶⁾). Zuweilen wurde die Reichshofgenossenschaft und auch das von ihr bewohnte Gebiet selbst das Reich genannt. („Frauenpersohnen, die in dat Ryck gehörende „weren — Erven die in den Rycke van Bradel gesetten und woon- „haftig weren“)⁷⁷⁾).

§. 285.

Wegen ihrer Reichsunmittelbarkeit mußten die Reichsdörfer dem Kaiser und Reich, und nachdem die Reichsvogtei verfeßt worden war, auch dem Pfandinhaber huldigen. Und zwar hatten nicht bloß die Gemeindevorsteher, z. B. die Ammane von Altorf dem Kaiserlichen Landvogte in Schwaben einen Dienstseid zu leisten („der Amman ist einem Landvogt allein gelobt „und geschworen“)⁷⁸⁾), sondern auch die Reichsbauern selbst, die Reichshörigen und die freien Reichsleute eben sowohl wie die Reichshinterlassen, mußten einen Huldigungsseid schwören. Der Kaiser selbst hatte auch in späteren Zeiten noch ein Recht auf die Huldigung. Der Kosten wegen ist sie jedoch späterhin unterblieben⁷⁹⁾. Außer dem Kaiser hatten aber auch die Landesherren, denen die Reichsvogtei verpfändet war, ein Recht auf die Huldigung. Und diese ist auch regelmäßig vorgenommen worden, z. B. in Nierstein, Ingelheim, Obernheim und in anderen Reichsdörfern, nachdem sie an Kurpfalz verfeßt worden waren⁸⁰⁾. Eben so in Gochsheim und Sennfeld, nachdem sie an das Hochstift Würzburg gekommen waren, noch bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts⁸¹⁾. Meistentheils wurde jedoch dem Reichsvogte des Reichs wegen, z. B. von den freien Leuten auf der Leutkircher Heide, gehuldigt⁸²⁾. Oder es wurde der Huldigungs-

76) Hofr. von Bradel bei Steinen, I, 1829. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 1 u. 2. und oben §. 65.

77) Hofrecht von Bradel, I. c. p. 1828.

78) Urk. von 1594 bei Wegelin, II, 158 u. 162.

79) Dacheröden, I, 90.

80) Widder, III, 41, 296 u. 306.

81) Geogr. Lex. v. Fr. V, 294.

82) Geograph. Lexikon von Schwaben, II, 57.

eid, z. B. in Gochsheim und Sennfeld, von dem Reichsschultheiß und Gericht im Namen des Kaisers und des Bischofs von Würzburg abgenommen⁸³⁾. Auch pflegten zu Gochsheim und Sennfeld für den zeitigen Schutz- und Schutzherrn in Würzburg noch Kirchengebete, und bei Todesfällen und darauf folgenden Thronbesteigungen der Kaiser oder der Fürstbischöfe von Würzburg Trauer- und Freudenfeiern angeordnet zu werden⁸⁴⁾.

§. 286.

Zur Reichsvogtei gehörte der alte Königsdienst, der Blutbann und der Reichsschutz.

Aus dem alten Königsdienste ist, wie wir anderwärts schon gezeigt haben, die Reichssteuer, der Reichsdienst und der Reichsheerdienst hervorgegangen. Und so wie überhaupt alle in einer Reichsvogtei ansässigen freien und hörigen Reichsleute reichsdienst-, reichsheerdienst- und reichssteuerepflichtig waren⁸⁵⁾, so sind insbesondere auch die in den Reichsdörfern angehörenden Leute reichssteuerepflichtig gewesen, z. B. zu Altorf⁸⁶⁾, in den Reichsdörfern auf der Leutkircher Heide⁸⁷⁾ und in der Landvogtei Schwaben überhaupt, sodann in den Reichsdörfern Lustnau und Reglos in Schwaben, Gochsheim und Sennfeld in Franken und Sulzbach und Ebneth in der Wetterau⁸⁸⁾. Auch waren die Reichsdörfer berechtigt, die auf sie gelegten Reichssteuern unter sich selbst anzulegen. Und dieses allen Reichsunmittelbaren zustehende Subcollectationsrecht war einigen von ihnen, z. B. Gochsheim und Sennfeld, sogar ausdrücklich noch zugesichert worden⁸⁹⁾. Späterhin, nachdem die Reichssteuer entweder allein oder mit den Reichsdörfern verseht worden war,

83) Geogr. Ver. v. Fr. II, 341, V, 293.

84) Geogr. Ver. v. Fr. V, 295.

85) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 397, u. 405. ff.

86) Urk. von 1330, 1332 u. 1594 bei Wegelin, II, 145, 146, 158 u. 162.

87) Urk. von 1594 bei Wegelin, II, 172.

88) Dacheröden, I, 7, 94 u. 95.

89) Schutzvertrag von 1575 bei Ludolf, symphor. consultat. et decia. forens. I, 874. Dacheröden, I, 95 u. 96. Vgl. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 416 u. 417.

wurde die Reichssteuer natürlicher Weise nicht mehr an das Reich, vielmehr an die Pfandinhaber entrichtet, z. B. von Gochsheim und Sennfeld an das Stift Würzburg, von Sulzbach und Eobden an die Reichsstadt Frankfurt und von den freien Leuten auf der Leutkircher Heide und von den übrigen Reichsdörfern in Schwaben an die Landvogtei Schwaben⁹⁰⁾, von Altorf aber an das Kloster Weingarten⁹¹⁾. Und am Ende des 16. Jahrhunderts findet man in der Landvogtei Schwaben noch mehrere Tausend (im Ganzen 2727) reichssteuerebare Leute⁹²⁾.

Was von der Reichssteuer gilt auch von dem übrigen Reichsdienst. Daher wurde auch dieser Dienst, nachdem die Reichsdörfer versetzt worden waren, nicht mehr dem Kaiser und Reich, sondern dem Pfandinhaber geleistet, z. B. von den freien Reichsleuten zu Elmenhorst der Reichsstadt Dortmund. („Des sall hy (die vrie Richslude) „tho unser Stadt behoeft des jaers twemal „dienen mit foeren, eins bey Graß und eins bey Stroe, „und dat men der Lude nicht forder, den dat van alders gewonlich sall beschweren oder belestigen“)⁹³⁾. Eben so sind auch die reichsfreien Leute auf der Leutkircher Heide⁹⁴⁾ und die übrigen in den Reichsdörfern in der Landvogtei Schwaben u. a. m. wohnenden Reichsleute bis in spätere Zeiten reichsheerdienst-(raiß-) pflichtig geblieben⁹⁵⁾. Und die Gemeinden Griesheim, Bockenheim und die übrigen in der Grafschaft zum Bornheimer Berg liegenden Königsdörfer waren dem deutschen König und Reich außer zur Landfolge auch noch zur Abzug, zur Stellung von Säumern oder Pachtperden, und zu anderen Reichsdiensten, welche der König begehrte, verbunden⁹⁶⁾.

90) Dacheröden, I, 94, 95 u. 96. Beschreibung der Landvogtei Schwaben von 1594 bei Wegelin, II, 157, 158, 159, 166, 169, 170 u. 171.

91) Besch. von 1594, l. c. p. 158 u. 162.

92) Besch. von 1594, p. 173.

93) Urk. von 1547 bei Steinen, I, 1749. Vgl. meine Gesch. der Fronhöfe, III, 444.

94) Besch. von 1594, l. c. p. 172.

95) Beschreibung von 1594. l. c. p. 157, 158, 159, 170 u. 171.

96) Urkunde bei Thomas, Oberhof, p. 581 u. 583. Grimm, III, 483. ff. §. 4, 13 u. 14. Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrhundert, p. 8.

§. 287.

Auch der Blutbann, die sogenannte hohe Gerichtsbarkeit oder hohe Obrigkeit, gehörte zur Reichsvogtei, also in der Reichslandvogtei in Schwaben zur Landvogtei („der Landvogt thet „Schwaben gebühret die hohe Obrigkeit und was derselben anhängig ist. — Die hohe Obrigkeit aber der Landvogt thet Schwaben zuständig. — Der Landvogt thet aber Mord, Brand, Raub, „Todtschlag, Diebstahl und all andern Malefiz und Uebelthaten zu „straffen gebührt“) ⁹⁷⁾). Die hohe Gerichtsbarkeit wurde daselbst von dem Kaiserlichen Landgerichte, in späteren Zeiten aber von dem landvogteilichen Amte unter dem Vorstehe eines von dem Landvogte ernannten Gerichts-Ammans besorgt. Und das Strafgericht selbst wurde in späteren Zeiten das Frevelgericht genannt ⁹⁸⁾). In den zur Grafschaft zum Bornheimer Berg gehörigen Königsdörfern gehörte der Blutbann zur Zuständigkeit des Königs- oder Landgerichtes bei Bornheim, und es wurde unter dem Vorstehe des Königsamtmanns, welches meistens der Reichsschultheiß von Frankfurt war, geheget ⁹⁹⁾). Späterhin kam mit der Reichsvogtei auch der Blutbann an die landesherrlichen Gerichte, hie und da aber auch, wie wir gesehen haben, an einzelne Grundherrschaften. (§. 281.) Daher standen z. B. die Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld unter dem fürstbischöflichen Zentgrafen der Zent Karlsberg. Die Zentschöffen wurden aber aus jenen beiden Gemeinden genommen, nämlich von den Gemeinden vorgeschlagen oder präsentirt und von dem Zentgrafen ernannt. Bei Verbrechen, worauf Leibes- oder Lebensstrafe stand, hatte der Zentgraf die bloße Untersuchung, die hochfürstliche Regierung zu Würzburg aber die Entscheidung. Bei geringeren Vergehen dagegen, auf welchen bloße Geldbußen standen, hatte der Zentgraf auch noch die Entscheidung. Und die Berufung ging sodann an das Oberzentgericht zu Würzburg ¹⁾). In anderen Reichsdörfern

97) Beschreibung von 1594 l. c. p. 159 u. 160, vgl. noch p. 151, 153 u. 156.

98) Wegelin, I, 47 u. 48.

99) Grimm, III, 484, §. 5 u. 12.

1) Geogr. Ler. v. Fr. II, 343, V, 295 u. 296.

durfte zwar der Verbrecher von dem Dorf- oder Hofgerichte, also in Westhoven von dem Bürgermeister oder Hofrichter verhaftet und vernommen werden, er mußte aber nachher in das Reichsgefängniß an den öffentlichen Richter abgeliefert werden ²⁾. Eben so durfte in dem Reichsdorfe Bradel der Hofschulte und die Reichsleute den Verbrecher verhaften oder antasten und einstweilen in dem Reichshofe bewahren. („so mag ein schulte und die Ryds-„luiden den Mordner oder Gewaldbener, gewaltlicken antasten, „und up den übersten Rydschoff to Bradel gefenglich setzen und „halben“). Sie mußten ihn jedoch an den öffentlichen Beamten abliefern. („Den Ambluiden to Huirbe folgen lahten“ ³⁾). Denn die Reichsdörfer und die Fronhöfe in denselben, sogar wenn es Reichshöfe waren, standen zu den Reichsgerichten in demselben Verhältnisse wie die landesherrlichen Dörfer und Fronhöfe zu den landesherrlichen Gerichten.

Endlich gehörte auch noch der Reichsschutz mit zur Reichsvogtei. Daher sollten die Kaiserlichen Landvögte in Schwaben den Freien auf der Leutkircher Heide „Schutz und Schirm“ angedeihen lassen und sie „von des Ryds wegen schirmen“ ⁴⁾. Eben so war auch anderwärts mit jener Landvogtei „Schutz und Schirm“ verbunden ⁵⁾. Insbesondere sollte der König und des Königs Amtmann auch die in den Königsdörfern in der Grafschaft zum Bornheimer Berg angehörenden Leute schützen und schirmen, und wenn es keinen König gab, statt dessen die Reichsstadt Frankfurt ⁶⁾.

6. Untergang der Reichsdörfer und ihrer Freiheiten.

§. 288.

Ursprünglich hat es sehr viele Reichsdörfer gegeben. Sen-

2) Freiheitsrecht von Westhoven §. 10 u. 11. Hofrecht §. 12. und Jürgen Belthaus bei Steinen, I, 1567. 1577, u. 1728.

3) Hofr. von Bradel bei Steinen, I, 1826.

4) Mehrere Urk. bei Wegelin, II, 4 u. 23.

5) Beschreibung von 1594, l. c. p. 162, 166 u. 170.

6) Grimm, III, 484, §. 10 u. 11. Beschwerdeschrift der Gemeinde Griesheim aus 13. Jahrhundert, p. 8.

denberg⁷⁾ spricht noch von hundert ihm bekannten ehemaligen Reichsdörfern, welche jedoch durch Verpfändung und freiwillige Hingabe dem Reiche entfremdet worden seien.

Manche Reichsdörfer unterwarfen sich nämlich freiwillig einem benachbarten Schirmherrn und hörten sodann auf Reichsdörfer zu sein. So soll z. B. das Reichsdorf Erlenbach in Franken sich im 15. Jahrhundert freiwillig der Landeshoheit der Grafen von Wertheim unterworfen haben⁸⁾. Auch Gochsheim und Sennfeld hatten nach dem Tagebuch des Grafen von Witgenstein über den Reichstag von 1570 eine Zeit lang einen erwählten Schutzherrn. („Saren et Sennfeld haben hievor mit Schweinsfort „als frey Reichsdorff eynen Schutzherrn erwelet“)⁹⁾.

Audere Reichsdörfer wurden vom Reiche veräußert. Und dann hörten sie natürlich auf Reichsdörfer zu sein. So kamen schon im 13. Jahrhundert die Reichsdörfer Queichheim und Damheim mit dem daselbst befindlichen Reichshofe an die Reichsstadt Landau. (*curiam Damheim cum hominibus, terris —, quibus diota curia ad nos et imperium dinoscitur pertinere, eisdem civibus habendam* —)¹⁰⁾. Eben so wurde das Reichsdorf Geltersheim bei Schweinsfurt in Franken im 16. Jahrhundert an das Hochstift Würzburg veräußert und hörte sodann auf ein Reichsdorf zu sein¹¹⁾. Auch sind die Reichsdörfer Hilpersdorf, Ratershausen und Heibingsfeld wahrscheinlich auf dieselbe Weise an das Hochstift Würzburg gekommen¹²⁾. Die vier unter der Reichspflege Donaumörth stehenden Reichsdörfer wurden mit der Reichspflege im Jahre 1536 an die Grafen von Fugger, im Jahre 1723 an die Stadt Donaumörth und im Jahre 1749 an Kurbayern verkauft. Und seitdem hörten natürlich auch sie auf Reichsdörfer zu sein¹³⁾. Die in der Reichsgrafschaft zum Bornheimer Berg gehörigen Königsdörfer wurden im 15. Jahrhundert von dem Kai-

7) Samml. ungedruckt. Schriften, II, Vorbericht §. 9.

8) Dacheröden, I, 227.

9) Sendenberg, I. c. II, 43.

10) Dipl. von 1292 bei Schoepflin, Als. dipl. II, 55.

11) Heider, p. 919.

12) Dacheröden, I, 232 u. 260.

13) Kaufbrief von 1749 bei Lori, p. 550.

fer und Reich nebst der Reichsvogtei an die Grafen von Hanau zuerst bloß verlehnt, sodann aber erblich verliehen. Und sie haben seitdem ein landesherrliches Amt, das Hanauische Amt des Bornheimer Berges gebildet ¹⁴⁾.

Wieder andere Reichsdörfer wurden durch ihre Unterwerfung unter eine fremde Gerichtsherrschaft nach und nach dem Reiche entfremdet. So kamen z. B. die Reichsdörfer Dankrotsheim, Dosenheim und Rüttelnheim im Elsaß an die Abtei Schwarzach ¹⁵⁾, und wurden später mit den übrigen Reichsdörfern im Elsaß an Frankreich abgetreten.

Zuweilen wurde auch die Reichsvogtei vom Kaiser selbst aufgehoben, z. B. die Reichspflege zu Weissenburg im Nordgau im Jahre 1681. (§. 283.) Und seitdem hörten die vier unter jener Reichspflege stehenden Königsdörfer auf Reichsdörfer zu sein.

Bei weitem die meisten Reichsdörfer sind jedoch vom Kaiser und Reich an die verschiedenen Reichsfürsten und Reichsstädte verpfändet und auf diese Weise dem Reiche entfremdet worden. So kamen die Reichsdörfer Rorschach, Lützenbach und Mülach mit den daselbst befindlichen Reichshöfen, nachdem sie mehrmals verlehnt worden waren, zuletzt an die Abtei St. Gallen ¹⁶⁾. Eben so kam das Reichsdorf Elmenhorst, nachdem es zuvor an die Grafen von Mark verpfändet worden war, zuletzt an die Reichsstadt Dortmund ¹⁷⁾. Auch die Reichsdörfer Billigheim, Gobraunstein, Rierstein, Dorheim, Schwabsburg mit Obernheim und Oppenheim selbst, sodann Ingelheim, Großwinternheim, Sauerschwabenheim und noch viele andere Reichsdörfer kamen durch Verpfändung und Pfandbeinlösung an Kurpfalz ¹⁸⁾. Eben so kamen die von dem Kaiser und Reich verpfändeten Reichsdörfer in der Landvogtei Schwaben, wie wir gesehen haben, an Oesterreich, Gochsheim und Sennfeld an Würzburg, Sulzbach und Eoden an die Reichsstadt Frankfurt und an Kurmainz als Herren und Grafen von Königstein. Und da die Reichspfandschaften durch den Westphälischen

14) Bernhard, antiqu. Wetteraviae, p. 129 u. 303.

15) Grimm, I, 736. Vgl. oben §. 282.

16) Urf. von 1351 u. 1464 bei Heider, p. 788.

17) Urf. von 1300 u. 1547 bei Sommer, I, 2, p. 34 u. 47.

18) Wibber, II, 452, 507, III, 40, 41, 262, 296, 306, 321 u. 324.

Frieden¹⁹⁾ und durch die Kaiserliche Bullecapitulation (art. X §. 4.) bestätigt und sogar für unwiderruflich erklärt worden sind, so blieben nun auch die verpfändeten Reichsdörfer für immer dem Reiche veräußert. Daher sind nur sehr wenige bis auf unsere Tage gekommen und auch diese sind seit dem Jahre 1803 noch verschwunden. Durch den Reichs Deputations Hauptabschluß von 1803 wurden sie nämlich den verschiedenen Landesherrn zugewiesen und somit definitiv einer Landeshoheit unterworfen.

Die Pfandinhaber hatten, so lang die Pfandschaft dauerte, dieselben Rechte wie früher Kaiser und Reich. Dieses versteht sich zwar schon von selbst. Es wurde aber auch ausdrücklich bemerkt, nicht bloß in den Pfandbriefen, z. B. in jenen über die Verpfändung der Reichshöfe Dortmund, Westhofen, Elmenhorst und Brackel²⁰⁾, sondern auch in manchen Hofrechten, z. B. in jenem von Elmenhorst („mit all dem rechte als sie die Kewer „hadde““²¹⁾). Die Rechte der Pfandinhaber waren nun alle in der Reichsvogtei liegenden Rechte. Daher mußte auch ihnen, wie wir gesehen, gehulbiget, an sie nun die Reichsteuer entrichtet und ihnen die Reichsdienste geleistet werden. Eben so übten sie den Blutbann und die hohe Gerichtsbarkeit aus. Dieses Alles jedoch nur namens des Kaisers. (§. 281, 285—287.)

§. 289.

Der Rechtsidee nach blieben daher die Reichsdörfer nach wie vor der Verpfändung reichsunmittelbar. Ihre Bewohner waren und hießen nach wie vor „Unser und des Reichs Lieben „Getreuen“²²⁾. Man nannte sie auch nach ihrer Verpfändung noch Reichsleute oder auch freie Reichsleute, Reichsunterthanen, Reichshinterfassen u. s. w.²³⁾. Auch wurden ihre althergebrachten Freiheiten und Privilegien nach wie vor noch mehrmals bestätigt,

19) Instr. Pacis Osnabr. art. V, §. 26.

20) Urk. von 1300 und 1563 bei Sommer, p. 34 u. 107.

21) Elmenhorst. Hofr. bei Steinen, I, 1736.

22) Urk. von 1414, 1465 u. 1669 bei Wegelin, II, 4, 146 u. 147.

23) Vgl. z. B. Urk. von 1547 über Elmenhorst bei Steinen, I, 1749. Urk. von 1580 bei Wegelin, II, 24, 25 u. 26. Meine Gesch. der Fränk. Höfe, III, 9—11.

theils von den Kaisern z. B. dem Reichsdorfe Altorf noch in den Jahren 1414 und 1465²⁴⁾, dem Reichsdorfe Ingelheim noch von Kaiser Ruprecht²⁵⁾, und den Reichsdörfern auf der Leutkircher Heide sogar noch im Jahre 1669²⁶⁾, theils aber auch von den Pfandinhabern selbst, z. B. dem Reichsdorfe Westhoven noch das ganze 14. und 15. Jahrhundert hindurch bis ins 16. von den Grafen von Marl²⁷⁾, und dem Reichsdorfe Elmenhorst von der Reichsstadt Dortmund²⁸⁾. Der Rechtsidee nach waren sie demnach auch nach ihrer Verpfändung noch reichsunmittelbare Reichsdörfer. In der Wirklichkeit wurden sie jedoch tagtäglich mehr den landesherrlichen Dörfern gleichgesetzt. Jene Rechtsidee hatte nämlich noch einigen Werth, so lang die Möglichkeit der Wiedereinlösung der Reichspfandschaften bestand. Seitdem aber die Kaiser im Westphälischen Frieden und in den Wahlcapitulationen auf die Wiedereinlösung verzichtet hatten, seitdem war die reichsunmittelbare Freiheit nur noch ein Traum. Auch wurden nun die hergebrachten Freiheiten nicht mehr bestätigt, weder in Schwaben noch in Westphalen²⁹⁾. Die Reichsdörfer haben sich daher von nun an mehr und mehr mit den landesherrlichen Dörfern vermischt und sich zuletzt in den meisten Territorien, insbesondere auch in der Pfalz, unter denselben verloren.

Dazu kam, daß die hergebrachten Freiheiten der Reichsdörfer öfters auch noch planmäßig von den landesherrlichen Beamten beschränkt und untergraben worden sind. Zumal die Oesterreichischen Landvögte in Schwaben haben sich in dieser Beziehung ausgezeichnet. Die reichsfreien Leute in Schwaben, z. B. die Bürger von Altorf hatten freies Jagdrecht, bis es ihnen der Oesterreichische Landvogt verboten hat. („Die Bürger zu „Altorff haben sich je und allwegen des Kleinen Waidwercks bedient, bis es ihnen Herr Landtvogt Ribi verboten und nider „geleget hat“)³⁰⁾. Eben so hatten die Freien auf der Leutkircher

24) Wegelin, II, 146 u. 147.

25) Dacheröden, I, 97.

26) Wegelin, II, 4 u. 5.

27) Johann Belthuß bei Steinen, I, 1580—1583.

28) Urk. von 1547 bei Steinen, I, 1748 u. 1749.

29) Wegelin, I, 125. Steinen, I, 1583.

30) Beschreibung der Landvogtei von 1594 bei Wegelin, II, 173.

freie Reichsleuten, welche jedoch später auf vier hundert Bürger beschränkt worden ist³¹. Auch waren die Reichsleuten in Ehrenreihen, wie wir gesehen haben, häufiger zur Spitze der Reichskreise von allen anderen Ständen zur Abschied. Die Landesfürsten behandelten sie aber wie Österreichische Untertanen, die ihnen keine auf der Reichsfürstliche Seite z. B. als „Ihrer Majestät Durchgeleiteten Untertanen“. Sie erhoben von ihnen, wie von anderen Untertanen, wenn sie anwesenden, eine Kasse. („Da aber ein Herr oder Herrin „sich von den Herren außer der Landvogtei an andere Orte in „Schutz und Schirm Stett und Reich begeben wurden, so solle „es alsdann mit solchen Personen des Abgangs halben allermassen „gehalten werden, wie mit andern der Landvogtei Untertanen“). Sie beredmeteten dieselben wie andere landesherrliche Untertanen, bei der Berechnung der Wittwen und Waisen. („Doch „solche Veredlung ohne Bedenken und Verweisen der Landvogtei „verordneten und geschwornen Amtsleute, wie auch die Rech- „nungen, nit thun noch fürnehmen“), und bei anderen Verträgen („doch solche Käuff in allweg mit Verwissen und Bewilligen „der Landvogtei Obrigkeit beschehen“)³²). Auch erhoben die Österreichischen Landvögte von diesen freien Reichsleuten unter dem Titel einer Verehrung oder Ehrung, oder zur Recognition des Schutzes und Schirmes noch neben der jährlichen Reichsteuer ein besonderes Schutzgeld oder einen Schirmwein³³, als wenn sie dieselben nicht schon von Reichswegen zu schützen und schirmen gehabt hätten. Auch Gochsheim und Sennfeld hatten unter den landesherrlichen Pfandinhabern und unter dem Drucke — unter dem sanften Joche (suave jugum)³⁴ ihrer Beamten sehr viel zu leiden. In dem sogenannten Schutzvertrage von 1575 mußten sie sich ausdrücklich dem Schutze des Bischofs von Würzburg unterwerfen, denselben als ihren Schutz- und Schirmherrn aner-

31) Urk. von 1512 bei Moser, reichsständ. Handb. II, 98. Wegelin, I, 50.

32) Vertrag von 1580 bei Wegelin, II, 24, 25 u. 26.

33) Urk. von 1506 u. 1594 bei Wegelin, II, 4, 162, 164, 166, 167, 168, 169 u. 170.

34) Wie es Hammer in der seiner Dissertation de adv. episcop. Wiroob. vorgelegten Zuweisungsschrift an den Fürstbischof Adam Friedrich nennt.

kennen und seitdem außer der Reichsteuer auch noch ein jährliches Schutz- und Vogtgeld an die Hofkammer in Würzburg entrichten³⁵⁾. Auch kam daselbst der Blutbann an die landesherrlichen Gerichte und bei der Ausübung der Kirchengewalt wurden sie möglichst beschränkt. (§. 278 u. 287.) Im Reichsdorfe Westhoven wurde die früher ganz freie Bürgermeister- und Rathswahl der Bestätigung des landesherrlichen Beamten unterworfen („Doet hebben de Borger eene vrye Koor eenen Borgemeister uyt den Erven te kiezen, met believen des Amptmans, war onder sie staen“³⁶⁾). „Die Bürger van Westhaven hebben haeren vryen Koor enen Burgermeister to kiezen uyt den Erven, und den Rath uyt Erven und der Gemeinte, und moet die Koor van den Drosten confirmeert werden“)“³⁷⁾. Und in ähnlicher Weise wurden die Rechte und Freiheiten der Reichsdörfer auch anderwärts beschränkt und so nach und nach gänzlich untergraben.

§. 290.

Zwar erhoben die in ihren Rechten verletzten Reichsleute über diese und andere Neuerungen Beschwerde beim Kaiser und Reich. So schon im 16. Jahrhundert die Freien auf der Leutkircher Heide³⁸⁾. Allein diese Beschwerden hatten keine anderen Folgen, als daß die Neuerungen selbst größtentheils vertragsmäßig mit ihnen legalisirt worden sind³⁹⁾. Auch die Reichsdörfer Gochsheim und Senfeld erhoben Beschwerde. Sie rekurrrten sogar an die Reichsgerichte und an den Reichstag selbst. Allein die ihnen günstigen Erkenntnisse der Reichsgerichte wurden nicht vollzogen und beim Reichstage selbst blieb Alles liegen⁴⁰⁾. Eben so beschwerten sich die Reichsdörfer Sulzbach

35) Geogr. Ler. v. Fr. II, 346, V, 289 u. 294.

36) Freiheitsrecht §. 5 bei Steinen, I, 1575.

37) Hofrecht §. 1 bei Steinen, I, 1723.

38) Wegelin, II, 23—24.

39) Vgl. die Verträge von 1506 u. 1580 bei Wegelin, II, 3, 4 u. 24 ff., den Vertrag von 1512 bei Moser, reichsständ. Handb. II, 95 ff. und die verschiedenen in der Beschreibung der Landvogtei von 1594 angeführten Verträge bei Wegelin, II, 152 ff.

40) Segnis, p. 50, 91—96 u. 113—128.

und Soden gegen Kurmainz und gegen die Reichsstadt Frankfurt, als diese in der Mitte des 18. Jahrhunderts ihren Schutz zu weit ausdehnen wollten. Und sie ließen ihre Reichsunmittelbarkeit in einer eigenen von Moser verfaßten Schrift vertheidigen, welche den Titel führt: Die Reichsfreyheit der Gerichte und Gemeinden Sulzbach und Soden gegen die neuerliche Churmainz- und Frankfurtsche Vogtey- und Schutzherrliche Eingriffe erwiesen und vertheidiget.

Alein die Zeiten der Reichsdörfer und ihrer Freiheiten waren dahin. Alle diese Beschwerden und Rekurse führten zu keiner Wiederherstellung ihrer bereits untergegangenen Freiheiten — zu keiner Besserung ihrer Lage. Sie wurden von den Pfandinhabern mehr und mehr wie andere landesherrliche Dörfer behandelt. Daher ist ihnen von ihrer reichsunmittelbaren Freiheit zuletzt nichts mehr als ein leerer Titel geblieben. Bis die Auflösung des deutschen Reiches sie auch noch um diesen Schatten von Freiheit gebracht hat.

Anhang.

Nr. 1.

Der Gemeine Dackenheim Herkommen und Recht
von der herren wegen allwegen vß St. Martens
Abendt der gemein vorgelesen.

Item zum ersten hatt die herrschafft von Stauff in der arudt vnnnd im herbst wie die brief beynder herren jnhalten.

Item weist die gemein die gaß neben dem tanß Plan aussen biß an der herren zweyttel im weg hinauß.

Item weist man, daß man mag den hutpsadt vffen fahren biß vß den Herrumer Psadt biß zu St. Görgentag. wolt einer darnach aussen fahren, soll er vß jme selbstn bekehrn oder widerumb hinder sich abfahren, ander leuth ohne schaden vngueuerlich.

Item wehst man ein fußpsadt jm neuwen weg der da geth in die röth oben an der Münch drey morgen vnden biß vß den Rech.

Item wehst man ein Fueßpsadt von selbigem weg ahn oben vnd vnden zwischen den von Heiningen biß vß die angewandt.

Item weyßt man ein fueßpfadt vnden an Jungfer Wästen von Medenheim zweyen morgen vnden biß vf den halben Reth.

Item weyßt man ein fueßpfadt in der langgassen, daß man heyst den stigel pfadt, biß vf den hüttpfadt.

Item weyßt man ein fueßpfadt von der langgassen an den Hernßheimer auffen biß vf den alten Reth. wer vf den Reth stoß, der mag den pfadt gebrauchen wie von alters her.,

Item weyßt man ein Fueßpfadt von der langgassen an die 13 morgen auffen biß vf die angewandt.

Item weyßt man ein fueßpfadt an den Hindtling neben Exrelborns garten vnden her, biß vff der gemein weg.

Item weyßt man ein pfadt vf den drepen oben ane jungfer Wästen von Medenheim auffen biß vf den Rieß ein pfadt für vnd für.

Item weyßt man ein fueßpfadt vom vogelgesang weg an vnden an der Kirchen 2 Morgen biß vf Freinßheimer gemarckh.

Item weyßt man ein Fueßpfadt vom vogelgesang an vnden an den greben morgen, vnden den vogelgesang für. wehr daruff stößt der mag ihn brauchen.

Item weyßt man daß die fueßpfadt seinbt verboten von St. Lorenzen tag an biß daß der herbßt kompt, sondern die daruff stoßen mogen in zue dem ihrigen brauchen.

Item weyßt man ein flutgraben zwischen den herrn von Heiningen vnd der herrschafft Hanß von Stauff, den graben solle die feuchtig halten, die dasselbig hauß besitzen.

Item weyßt man einen steinen gebel an der herrschafft Hanß von Stauff, der steht vf der gemein, vnd wehr in demselben Hauß sitzt, der sol den schwengel an der sturmgloden an gesandt halten.

Item weyßt man welcher wein verkaufft, er sey wohlseyl oder teuwer, so soll der verkeuffer den ladtern zue laadwein geben ein vrtel weins vnd 4 d an gelt von einem fueber, nach anzahl einer verkaufft. vnd der kauffer zue laden den ladern schuldig sein X alb ane gelt vund nach anzahl so uiel einer vsladet.

Item welcher von einem Nachbauren von wein zu laden gebetten würdt vnd nit erscheint, der soll VIII alb zue straff verbrochen haben, deßgleichen welcher ungerufen zue einem Ladwein geht, der soll auch ernante straf verfallen sein.

Item welcher alhie in die gemein kömpt vnd gemeinschaftt begehrt zu halften, der soll der gemein zue inzug geben 2 fl gelts, vnd dan ein halb vrtel weins zue bauwrecht vß Martens abent er sey ledig oder verheurath. auch ein ledern ehmer.

Item welcher in der gemein ist vnd sein hauffraw ime abstirbe, vnd er sich wiederum verheurath, soll er ein halb vrtel weins vß Martens Abent zum bauwrecht schuldig sein. vnd welcher ledig in die gemein kömpt, vnd sich verheurath, der soll deß bauwrechtens ledig sein, souern er vorhin geben hatt.

Nr. 2.

Ordnung wie es mit den Almen Adhern im Neuen felt zu Glommersheim soll gehalten werden. anno 1574 vßgericht.

Wann einer auß der gemein zeucht oder stirbt ist die Almen der Gemein verfallen. würdt aber daß hauff bewohnt durch kinder oder erben, so sollen sie der gemein ein gulden geben, alsdan haben sie Almen gleich einem andern gemeinshman in diesem felt. Keiner soll von seinem Hauff sein Almen nit verseß oder verkauffen.

Wo aber einer auß einem Hauff in ein anders ziehen würdt, soll im die almen nachfolgen, dieweyl er sie gebauth vnd gebessert hatt, iedoch zue iedem hauff nit mehr als ein Almen zue diesem felt.

Deßgleichen soll es mit dem flecken neben dem Martins pfadt gehalten werden. vnd welcher in die Gemein kömpt, der soll der gemein ein viertel weins geben. iedoch allein die heusser gemeindt, so die Almen zuvor haben.

Nr. 3.

Weisthum von Heppenheim auf der Wiese.

Folgentz im Weisthum pflegt man nit zue lesen.

Item so einer vor schultheiß vnd gericht begehrt etwas seine gueter zue schetzen vor schult oder sonst ingusehen oder einer ein Wompar vor gericht machen wolt, so soll von dem der deß begehrt dem gericht ein viertel weins gefallen.

Item welcher den andern vor sitzenden gericht heist lügen der verbricht dem schultheißen ein wette, das ist sechs schilling heller.

Item was Keddlohn antrifft, soll, so der bekandlich verdient ist, von Zeit der Clage biß zum 32 sonnenschein vßgericht vnd bezahlt werden, oder der gebeutt vferlaubung des schultheißens darumb pfandt geben mögen.

Item es soll kein inwohner vber den andern gericht verhauffen, es geschehe den auß bewilligung vnd pitte beyder partheien, so aber beyde theil darumb bethen, so sollen sie dem gericht ein gulden geben, dan jnen auf des negsten wercktags darnach gericht gehalten, vnd so viel recht ist vß vorbringen der partheien helfen.

Item ein heimischer mag einen frembten der nit in Pfalz gericht sitzt da bekümmern vff recht, ob dan der frembte hauffung des gerichts Diemwehl er frembte begehrt, so soll der Schultheiß so uer der gulden vor da liegt das gericht wie gemelt hauffen vnd rechts verheiffen.

Item ob sachen vor das gericht kommen, deren sie zue vrtheilen nit weyß wehren; soll Anpruch, Antwurth, Kundtschafft vnd was noth beschriben nemen vß der partheien costen vnd das darnach vß der partheien costen vor das gericht gehn Grünstatt bringen als ihren Oberhoff die jnen vrthel geben sollen, vmb ihr gelt als andern der Pfalz verwandten die ihr mahl selbst halten.

Item wan man dermaß zue hoff fahren noth hatt soll iede parthey legen ein gulden, darzue dem Schultheißem geloben, ob etwas mehr gelegt werden soll, das vß sein begehren zu geben. vnd soll der Schultheiß, jüngst vnd elstist scheffen, so ferne die vnpartheylich, die obgemelten beyderseits beygelegten schrifftten, so viel der sein, vor gericht bringen, vrtheil da empfangen. vnd soll den drehen ihr jeglichen ein tag, diemwehl sie nach dem vrthel sein, ein schilling pfening vor ihren taglohn werden vnd zimblische zehrung. Vnd so sie wider an heimbsch kommen zuuor vnd ehe sie die geholte vrthel offnen, beyden partheien ihrer außgab zehrung vnd taglohn Rechnung thun. wer dan etwas an den zwen gelegten gulden vberig, sollen sie den partheien darlegen. hetten sie aber mit den zweyen Gulden nit genug gehabt, so sollen die partheien das erfüllen. so das geschicht vnd nit ehe soll das gericht die vrthel eröffnen.

Item wan ein scheff durch todt oder andern zufall abgeht,

so soll allweg ein ander mit wissen eines burggrauen zue Altzen gesetzt werden. werden auch die scheffen vnder einander zwehig im gericht das mögen sie ohngenöthigt vnder einander vertragen. würde es aber lautbar, so ist vnserm gnebigsten herrn straff nach gefall der sachen vorbehalten.

Item es soll ein gerichts büttel mit wissen eines burggrauen gesetzt werden, der soll geloben vnd schweren vnsern gnebigsten herrn dem Pfalzgrauen vnd Churfürsten, dem Schultheissen, dem gericht, der gemeinde getrew, holt, gehorsam vnd gewertig sein, schaden warnen, frommen vnd bestes getrewlich werden vnd alles das zu thun, das die ordnung inhelt, die heimlichkeit des gerichts zu uerschweigen, biß in sin todt. er wust oder hört den schaden vnser gnebigsten herrn, den soll er an sein fürstlich gnaben oder einen burggrauen bringen, auch mit dem gebieten getreuwlichen zue handeln, wer jme den ersten mit dem gebot pfennig gibt, den am ersten mit dem gebott gehorsam zue sein, auch wo es noth die wahrheit darin zu sagen.

Diese vorgeschrieben gerichtsordnung ist dem gericht gegeben mit den vortworten, die zue mindern vnd mehren nach seiner fürstlichen gnaben gefallen. Doch soll es der verschreybung der obgemelter vnser gnebigster Herr der gemeindt geben hatt kein abbruch thun, sondern dieselbe soll bey irem inhalt im crefftten pbleiben. Zue wahrem hab ich Eberhardt Fezer von Gasseßheim borggraff zue Altzen mein eygen iustigell an diese Ordnung gehangen. Geben vff Donnerstag nach Cathedra Petri anno Domini millesimo quatringsesimo nonagesimo septimo. (1497.)

Nr. 4.

Ordenung des Dorffs alten glan Lichtenberger amptß.

- a. Gemeinere Recht vnd Ordenung der gemeinen im Dorff Altenglan anno 1630 von Nhem abgeschriben worden von der ander Ordenung welche ist gemacht worden da man hatt geschriben 1581.

Der Erste Anhsang dieser Ordenung ist wie hernach folgt zc.

Der Gemeinen Eihnzog.

1. Wehn einer in der gemeinen daheim ist dz er such in die gemein verandert, so ist er der gemeinen schulttig 1 f. 15 alb fur den einzog, seind es aber zwo Psehrsohonen die alle beidt im Dorff daheim sein so seindt sie 3 f. schulttig.

2. Seindt es aber zwo Psehrsohonen die nicht in der gemeinen daheim sein die in die gemein zihen wollen so mußen sie geben zum Eihnzog 12 f. den f. 1 B. 30 alb. 2c.

3. Zeicht Einer auß der gemeinen der webel vnd was mandt darauß ist, der ist den gangen einzog, nemlich 12 f. schulttig, wan er widerumb in die gemein zihen willt 2c.

4. Wan ein altte Psehrsohon sich auß der gemein kaufft die dz gemeinen Recht auf giebt, der muß geben 1 f. 30 alb. das er hernach feuer vnd flam ahn machen dörrf, aber ganz kein vñ zu halten.

5. Wan aber ein psehrsohon stirbt, die das gemeinen Recht nimmehr hatt gehatt, so muß dieselbig Psehrsohon der gemeinen 1 Regel wein geben, wan sie von der Begräbnuß kohnen 2c.

6. Wen ein Widtfraw in der gemeinen ist das sie das herttmeister ambt betrifft, so muß sie der gemeinen geben 4 maßen wein, das Es fur vber geh in demselbigen hauß 2c., giebt sie aber nicht der gemeinen den wein so ist dasselbig hauß nicht frey, dan das herttmeister ambt weist man zu rich in das dritte hauß 2c.

7. Den gemeinen fahren muß ein jder gemeins man halten vnd mahn weist den fahren auch in das dritte hauß zu rich, das ihn ein jder halten thu 2c.

Wen Einer in die gemein zeigt das er ein gemeins man willt sein, so soll er auch ein ledtern Ximer bestellen, wie Es dan Brauch allhy ist, den man zur feuwers Noht brauchen köhn 2c.

8. Wen Einer in der gemeinen ist der diebstall beging, das man es hinder im fündt ob. vberzeigen kahn, soll er der gemeinen zu Straff geben 2 f. vnd meinens genedigen herren straff for behaltten sein 2c.

9. Wehn Einer in der gemeinen ist der Einen schoß außer einer Dicksen thutt inwendig den pfleg zeichnen, so muß er der

gemeinen geben 24 alb. zur Straff, dan man mitt einem Dicksen schoß ein ganz Dorff lahn abzundten zc.

10. Wehn mahñ Eihnem hauffsuchung thutt der in der gemeinen daheim ist, so soll er der gemeinen nichts geben, ist er aber ein frimbter der nicht im dorff daheim ist vnd leßt durch die gemein hauffsuchung thun, soll er der gemeinen 1 f. geben, den er stundts ahn darlegen soll, man sündt das gestollen gut oder nicht zc.

11. Wehn Ein gemeins man Ein kuh im stall haltt, so muß er darvon hitten vnd lohnen er Lehr sie for den hirtten oder nicht vnd von Einem fehren kalb muß man auch hitten vnd lohnen man Lehr es zu weiden oder nicht.

12. Zur zeit wan sich ein großer Ecker erzeigt vndt bz ein gemeins man kein schwein hatt, vnd wolt alßdan Eihñ kauffen, wan er den Eckern sicht, so wilß die gemein nicht gestatten, dan zwischen Johannes vnd Bartholomehes tag soll er Etwan macht haben 2 stndt in die hertt zu schlagen vnd nicht mehr zc.

13. Es sollen alle jars zwen neyer Serter gezogen werden, vnd zwen die Altesten abgehenen, Verdacht zu vermeiden, wie alhie Brauch ist zc.

14. Wan der herttmeister einen bey die gemein heist gehen, vnd er bleibt ohngehorsamlich auß, ist er der Gemeinen 4 dl. allen mall verfallen, so oft er außn bleibt so oft soll man es von jm heben, ohn nach läßig.

15. Wan Einer den andern bey der gemeinen ligen heist, der selbig ist der gemeinen 5 f. verfallen, die er stundts ahn darlegen soll, ohn nachlässig, so oft er verbricht, so oft soll man sie von jm haben zc.

16. Wen Einer mit seinen Bihe, pferdt, Kuh, Schwein zu schaden fehrtt, alß in frucht, Rappes, Ruben, grumet, weingarten, obs zu schaden muttwillig läßt lauffen, der ist 5 schilling der gemeinen verfallen, so oft alß einer verbricht, so oft soll man es von jm heben, ohn nach läßig, vnd den schaden auch bezallen zc.

17. Item wan die Auffsweidt¹⁾ noch nicht aufgethan ist,

1) vrgl. unten Nr. 40, 42 u. 43 und Ordng. von Binsweiler art. 20, 50.

vnd einer muthwillig darein spahnet, der ist der gemeinen 15 alb verfallen, so oft man ihn darein bekimpt, so oft soll man die Straff von jm heben 2c.

18. Wan man gebeut die pfleg zeun zu machen, vnd die Rucken vor den Weingarten vnd andere zuzuehen, wer das veracht der ist der gemeinen 5 β verfallen, vor jedes mall und Ruck, vnd wer ein luct auß notthtrofft auf thett, oder sonst mutwillig, vnd nicht stundt ahn wider zu machet ist alle mall 1 alb der gemeinen verfallen.

19. Es soll keiner in der gemeinen durch sich selber oder seine Kinder od. Dinstgesund zaum od. wilst obs nitt auflesen, mit nacht vnd nebel, Es sey sein Eigen oder andern leitten, ehe vnd wan die tag glock geleitet hatt, wer diß verbricht, soll alle mall 5 alb verfallen sein, Es werr dan ein windsfall, so mag er vnder seinen Eignen Baum gehen vnd lesen, woh aber die Baum vndes obs gemein wehren, soll er sein mitt Erben zu sich beruffen, wo er das niht thutt, sond. allein aufflesen wirt, soll er 5 β verfallen sein, vnd sich mit den mitterben vertragen 2c.

20. Item die weil man Ruben vnd Rappes in dem Bruchflucher arbeit, soll man darfor hütten, wie for ander frucht, ohn ahngesehen das man es nit Er zemen fahn, wer dißes verbricht, vnd einem schädten zuzugt, der soll ihn theyer genug bezallen.

21. Wen Einem im dorff schaden geschicht, das sich derselbig nicht mitt jm will einstellen, vnd eigenwillig den schaden bezallen, der ihn gethan hatt, soll man die zwen herttmeister vnd ihr zween schutzen vf den schaden komen lassen, vnd ihn schätzen lassen nach billigkeitt, vnd soll solcher der verbricht herttmeistern vnd schutzen Ein moß wein vnd fur 1 alb brott von stundt darlegen, vnd geben, das sie den schaden geschätzt haben 2c.

22. Welcher des tagß oder nachts Einen baum schutt, so zaum oder wilst obs hatt, so nit sein Eigen, sonder ander leitten ist, der ist der gemeinen 1 f. 15 alb. verfallen, vnd in der herren straff, den solcher Dipstall komb der ganzen gemeinen zum nacht theill 2).

2) Die Gelbbuße, welche die Gemeinde noch neben der herrschaftlichen

23. Welcher des nachts Ruben, kappes, Trauben, obs, vnd dergleichen, vnd doch nit kenbar mag werden, doch der Schad wichtig, soll man stundtes ahn hauffsuchung ahn richten, wo man solch geraubt vnd hingetragen guts hinder einem fünd, so soll er der gemeinen 2 fl. geben, vnd in meinens genedigen herren x. straff zc. vor behalten sein.

24. Es soll keiner laub, hecken, oder holz, premien od. hehen in eines andern gutt abhauwen, vnd heim tragen, wer solches verbricht der ist der gemeinen 5 β verfallen, vnd [mit späterer Dinte ist: — „soll“ — beigefügt] in der herrn straff stehen zc.

25. Es soll ein jeder gemeinns man sein Bihe morgens vor den hirtten kehren, vnd zu nachts wan das Bihe wider heim kombt, als baldt in den stall thun, vnd nit herauß lassen, biß der hirt morgens will auß fahren, sonderlich die schwein, wer solches nit achtet, vnd sein schwein nachts nit einthutt, vnd des morges auch nicht for den hirtten treibt, der ist 5 β verfallen, sollen stundt ahn von im gehoben werden, so oft als er verbricht zc.

26. Es soll ein jeder gemeins man sein feuwer statt, Bad-osen, schwornsten, vnd licht versorgen, auch soll keiner mitt einn licht ohne lauder in sein scheiwer gehen, od. in sein stallung, Es soll auch die weiber, mägdt und kinder, wenn sie feuwer bey einem andern hollen wollen, ein deckel auf dem haffen han, Un-racht zu verhuten, welcher diesen Arttikel einen vbertritt der ist alle mall 5 β verfallen, die er stundts ahn darlegen soll. (Nun folgt noch mit neuerer Schrift: Vnd damit man desto weniger gefahr zu gewarten, soll man alle Jahr 2 mal hernuber gehen, vndt alles mit vleiß besichtigen, auch die Vbertretter zu gebuhrt vnd straaff ziehen.)

27. Wo einer so farleßig, das er sein licht od. feuwer nit versorgt, vnd ein feuwer in seiner Behausung auffging, vnd er-

(öffentlichen) Strafe bei in der Dorfmark begangenen Frevel und Diebstählen erheben durfte, hängt offenbar mit der alten Gesamtbürgschaft zusammen. vgl. noch Nr. 8, 10, 23 u. 24. vgl. oben §. 139.

sehen wird, das man darzu lauffen muß, ohn ahn gesehen das es haltt wider verbuscht vnd gelest wird, der ist 2 daller der gemeinen verfallen 2c. (mit späterer Schrift weiter: Der herrschafft straff vorbehalten.)

28. Welcher die herttmeister, Schutzen vnd Sexter (vgl. Nr. 13) vber giebt, vnd veracht, ihres ampts halber, der ist 5 β der gemeinen verfallen, vnd in der herren straff 2c.

29. Wer der gemeinen Mittel bey dem herttmeister hollet, vnd vber nacht vno tag daheim behellet der ist allen mall der gemeinen 4 dl. verfallen 2c.

30. Welcher herttmeister das gemeinen Mittel zu seinen henden braucht, seinem vihe futter darin macht, ob. sonst miß braucht, der ist 1 alb der gemein verfallen 2c.

31. So die herrttmeister, Schutz farleßig in iren amt sein vnd nicht auff sehens haben zu pfenden ob. wo schaden beschehen möcht, pfleg zein lücken, weg vnd steg nit gehandt habt werden, das sie solches nicht ahn zeigen, sollen auf 5 β gestrafft allen moll werden 2c.

32. Welcher seigente losen vnd jung fredel haben, sollen dieselbigen im stall haltten, vnd for schaden sein, 4 wochen nicht auf der gassen den ganzen tag lassen lauffen, vnd alßdan fur den hirtten lehren, die fredel, wan sie 9 wochen altt sein hüttbar machen, vnd nicht lenger im Dorff lauffen lassen. Wer diß nit achtet, soll 5 β verfallen sein. Es mag aber einer sein seigende losen auf dem gemeinen wäsem hutten lassen, so im Dorf ligen.

33. Wer Ez schwein hatt, sol des windters zeitten, wan sie nun in den Eckern gehn, im stall haltten, damitt sie nit die gärtten, wißen, vnd die samen bey dem Dorff, umb wellen (Mit neuer Dinte: wüßlen daraus gemacht), wer solches nit achtet wird soll allen moll vmb 5 β gestrafft werden 2c.

34. Es soll ein jeder so auch am graben vmbß Dorff herumb gertten ligen hatt, so ahn den gemeinen weg vnd pfadt stoßendt, sein pfleg zaun auch helfen machen, damit kein schadt durchß viß in den gärtten beschehe, wer solches nicht thet soll 5 β verfallen sein. Dan es zustehn gärtten sein. Item es soll auch keiner seine pfug ober wagen in der gemeinen weg stellen ober stehn lassen, wer bz verbricht soll allen mall ein 1 alb verfallen sein 2c.

35. Welcher hirtt Ein nachpfarn (Mit neuer Dinte corrigiert „barn“) Ein Vih verliert, vnd nit redlich ursachen anzeigen kan, wie es gestorben, od. woh Es hinkomen sey, der soll dz vih bezallen, item wo ein hirtt oder sein zu bett ein vih muttwillig schlagen od. werffen wirbt, soll er den schaden zu lehren schulttig sein zc. 2a).

36. Es soll keiner dem andern durch seinen weingartten lauffen, wein zu stopplen oder lauben, nach dem herbste, wer dz verbricht soll alle mall auf 5 β gestrafft werden zc.

37. Item diejenigen so durch die wengert gehen, vnd drauben jameln vor dem herbste, so sie zu marck oder für die kirchen feill tragen, wo sie befunden werden, das sie nit in ihrem eigenen Weingartten mit kundschaftt gebrochen hetten, sollen 1 ℓ verfallen sein der gemeinen, vnd sollen die schutzen sonderlich gutt achtung zu herbste zeltten auff solche weiber (Mit späterer Dinte ist „weiber“ ausgestrichen und dafür — „Verbrecher“ — hingesezt) geben.

38. Welcher ein hund hatt, es sey gemeins man oder alt, od. hirtt, vnd wird in den weingartten zu herbste gesehen, der soll allen mall 1 f. verfallen sein, ob er schon ein knebel abh hatt zc.

39. Ein jeder soll zunechst zu seinen weingartten gehen, vom weg herauß, vnd nit den ganzen berg die leng vnd breitt durch schweifen, zu erfahren, wo gutt drauben stehn, wer solches verbricht soll allen mall 5 β verfallen sein.

40. Welcher ein kuh ober rind in die aufftweidt (Mit späterer Dinte ist „aufft“ ausgestrichen und dafür „Weht“ darüber geschrieben vgl. Nr. 17) keret, der ist 13 alb der gemeinen verfallen. Nota dißen Arttikel wollen die Armen nicht annehmen sonder die billigkeit haben, (Mit neuerer Dinte nun den Zusatz: — „deroweg bey dem ambt es dahin verglichen“ — und dann wieder in der alten Schrift weiter:) dz sie die Aufftweidt auch genießen mögen, erwarten des Landschreibers vrtthel: Und es soll ein jber gemeinsman 1 kuh auch macht haben in die aufftweidt zu lehren, der arm wie der reich zc.

41. Welcher sey wer der woll, frimbt oder inheimiß, auß

2a) Also schon eine Strafe für Thierquallerei.

der rechten strassen (Mit späterer Dinte Zusatz — „mit Vieh oder anderen“ —) faren wird, in die bey gelegen wißen, oben od. vnden, nemlich von Willenbacher gemarck vber den weiser herab, ob. oben durch breidt wiß, vnd dem nach durch die pfar wiß herab, durch die bruck wiß, biß ahn die glan brücken herein, er sey lehr ob. geladen, der soll alle mall 15 alb. der gemeinen verfallen sein, item auch also die nau wiß zeigt zum Nottweg faren oder reitten (Mit neuerer Dinte erklärungsweise zugesetzt: „Item „auch also wan einer durch die naumiß zum Nottweg faren zc.“) Der ist von Willenbach herkomen od. von Euflen gehen millenbach reitten soll (Mit neuerer Dinte Zusatz: — „fahren oder „reiten wurdt ob. soll“ — und dafür das reitten soll ausgestrichen) 5 β verfallen sein, dan man soll in der strassen bleiben, die all zeitt gemacht soll sein zc.

42. Wo ein frimbtler in vnser aufftweidt bey nacht od. tag schauen od. egen wirdt, der ist die Eining schulttig nemlich 2 Daller. (Nun kommt mit neuerer Dinte und zwar von derselben Hand, wie die übrigen schon bemerkten Zusätze und Abänderungen. — „In nahmen der samblichen Gemeinsleuth „zum Alten Glahn seindt heubt dato erschienen Joannes Koch, „Joannes Schug vnnndt Joannes Zimmer, vnd gebetten, vorge- „schriebene 42 Puncten amts wegen zu ratificioren in- „massen hiemit crafft vnnsrer vnderschrift geschicht, jedoch wurd „bei den jenigen Puncten dere straaff vber 5 β ertragt, jedes mol „vnserß gnedigsten herrn pfalzgraue Johannßen zc. frevell „vorbehalten, so der Schultes in acht zu nemmen, signatum „Richtenberg den 13. August anno 1630.

„Albrecht von aunstorodt
amptmann
„Wernher Kessler
Landtschreiber.“)

Bezirk der Glanner Aufftweiden wie her folget, der grumet
welchen man for Barthollmees tag muß abgemehet sein
nach altem herkomen brauch.

Barthollmeis tag, der Erste Annfanng ist.

43. Item glaner aufftweidt geht ahnsenglich bey der schaff
brücken ahn die bruck wiß hinauf, durch die pfar wißen auffen,

sambt der autwen, neben der pfarrwißen, durch den weg hinauf, biß ahn millbaher brück, item auch die nau wiß hinauf biß ahn die zwerg Nottweg, darnach oben den flußer herauf betten oben ahn dem juden seltt hin, hin zum großen graben, furtter oben ahn steinehten stuß, die windters ober bergwiß genandt, ist aufftweiden, alßdan die ganz glan hellen hinauf, biß ahn die wald mull, furtter durch steipwiß biß ahns end da die 4 Marktstein sten, alles was wißlich ist, dißes ortts ist aufftweidt nach alttem herkomen vnd brauch, den glaner allein zustendtig sambt dem Etern, was in der aufftweidt vnd weidt gang stehet 2c.

Zum andern gehet der glaner Aufftweidt vber der glan brücken wider ahn, vnd ist bz brücken weidt gen aufftweidt, vndt nit weibters vßen, darnach herab der brücken vor den weingarten hinab, vnd die ganz auwissen, biß durch die leibeltt wißen, vnd Alberß wiß, da der pfadt wider in den weg gehet, da abermall die 4 Marktstein stehn, von denselben Zwerg herab dem glan zu, dem Bemek baum zu, vnd gleich heriber dem glan in thall zum staußß graben zu, vnden herauf bey dem seiden bangert, vnd so furtter zu wilßen steingen ist alles Aufftweidt, vam wilßen steingen zum bauß acker zu, da herauf biß ahn den Rodten garten, item die wißen zwisßen den wasser ligen, was in dißem bezirk gelegen ist ist alles der glaner Aufft weidt. 2c.

b. Sie volgt das Huber weisthum zu glan, weg vnd steg, strassen, vñtrib wasser Röst vnd wasser Schöpfen belangen thutt, wie hernach volget.

1. Zum Ersten ist des Hubers weisthumb, das die herren von Nemes berg schulttig sind den weg vnd strass von Ramelßbach ahn herauß auf hellesbigel biß man glan ahn siht, zu machen 2c.
2. Item weist der huber die herren von Nemesberg vnd die Rihen hern das brücken holz schuldig sein zu geben auß ihren vältten 2c.

seindt

die Riehen herren die den bruder walbt haben. 2c.

3. Item rihet vnd weist der huber ein nottweg zwisßen lauers Margrehten wiß, vnd geres pettern, vber die Cussel bach, vnd soll der oberst sonder des understen schaden den selben weg zwisßen den

wißen machen, wer dan furtter auffen zu farren hett zum bimpel zu, mag den weg machen, das er ihn fahren kan, biß ist der nottweg oben in der nauwißen riber fur die Rött zu faren. 2c. 2c.

4. Item ein nottweg gehet in gehrnau auf der herren von Remesberg felt ahn bey dem zebel baum, dan furtters außem durch schneider gerlachß wiß, vber jung Petters wiß hinauf in die baumbach. 2c. 2c.

5. Item ein nottweg in der gobes bach gehet durch herrmans wiß außem durch lehn henßelß wiß auffen biß ahn das end.

6. Item ein nottweg neben dem fry wengert außem zwischen den weingarten ahn der höh biß hinauf auff die höh in die straß das ist in der gruben derselbig weg.

7. Item gehet ein weg durch Löschen Adams wiß zum schlißelwengert zu hinden vnden am pfarr wengert hin biß ahn die heß soll man hinden ahn gerlachß lauers wengertt weiden vnd wo es des ortts nit gemacht vnd die hecken abgehauen soll man in dem wengert wenden, biß ist der weg am beinn berg faren zwischen den wengerten hin biß ahn die heß 2c. 2c.

8. Item ein weg gehet for den probstberg vber den bricken acker ahn fangen ist vnden aurch Löschen weiher wiß vor den wein gartten zunechst vfen biß ahn Gedrgen weingartten, dz ist Eßsen hanßen weingartten am probst berg.

9. Die rechte straß gehet vber die glan brück durch der herren von Remesberg gutter vnd wißen des ortts vnden ahm brihel hinab biß gehn Bethesbach alles zwischen den wißen daselbst vnd seind die herren von Remesberg die Stras so weitt sie vnd lang hinab zwischen jren wißen auch dem brihel oben wendig gehet zu machen vnd hand haben schulttig ohne hilff deren so oben im brihel haben 2c. 2c.

10. Item ein Ernd luff vnd mist fartt zu petthen acker hinein auff die Auw zu fahren auch wider herauß mit frucht, vnd das auf die ganz Eussel auw zu der Pfarrwißen zu vnd hierauff biß ist die luff bey dem feltt allernächst auf die auw dz selb dz Johans burs od. sohn vnd von Willenbach hatt 2c. 2c.

11. Item ein wasserschöpf pfadt hinter Thomas Kaldreners hauß jnen zwischen den gärten des ortts biß in die Eussel bach soll verpflcht zeinet sein.

12. Item ein wasserschöpf pfadt bei der altten schmidten hauß

hinein zwischen den gärten neben des Bauers loß hauß biß in die Eufel bach soll verrieckt zeinet sein. x. x.

13. Item ein pfadt rber den gemeinen waßem jm dorff hinter heß hangen hauß hinein zwischen velden webers vnd Johan Darpurgers ed. Ludwig heimmans bebaugung hin in die Stras des Orths. x. x.

14. Item ein waßerichey pfadt bey Nidel jungen hauß hinein neben der lißen in die Eufel bach. Diger pfadt soll so weidt sein das man zween acimer ahn einem traghelß haben sich mag heromb vnd umb wenden kan.

15. Item ein waßer rost bey breidt hinein in den glan zu furen vnd den weg zwischen dem weg vnd der breidt wiß sein schulttig zu machen die auf dem weg haben ihn zu thun vnd hilff beren die in breitt wiß. x. x.

16. Item ein waßer Rost bey dem billd stoc zwischen Eckelß feltt vnd der hoffleitt veltt hinein zu farren biß in den glan. x.

17. Item ein waßer feltt bey gehreßs Greiß ahn der rötten gehett herein durch kuh henges wengertt vnd wende herein dieselb biß in die Eufel bach zu furen x. x.

18. Item ein wasser feltt in Reinmars graben in den alten weingerten gehet durch der herren feltt ein strigel feltt weit von von der höh herab biß in den glan zu furen x. x.

19. Item ein waßer feltt in den Nigeln soll auß der strassen vnd weg ein strigel feltts bräut inwendig der hegen, ober der herren feltt gehen zudem in den glan gefurtt werden x. x.

20. Item ein waßer feltt in der baumbach gehet von den weingartten herein auf kaltes hoch Bisahn jen grinlingß baum zu farren x.

21. Item ein vihtthrefft auß dem dorf hinter der kirchen auffen biß ahn Soll bey ob. waltt.

22. Item ein velttrefft bey gehreßs Greiß gehett biß ober die pfendtesbach hiniber.

23. Item ein vihtthrefft gehet bey der glan bricken zu den Nigeln zu den berg hin auß biß auff die höh bey die buch.

24. Item ein pflegt bey thomas kalß breiners nauw hauß am weg seinem feltt inen lang zu machen vnden am weg biß an die nottwende x. x.

25. Item ein hohe gaß vnd vihtthrefft von der Eufelbach bey

dem pfarrhaus ahn biß hinüber dem flucher neben Betten hen
acker hin, so weidt die wißen ligen zc. zc.

Die Millenbacher haben ihr Biethrufft nicht hie vnden bey
hanß schuchen vnden selbt ahn der bricken bey dem pfadt, nicht
außen gehen zu der bergwißen zn, sonder oben bey glan helb bey
den wengertten denselben graben außen.

Die Millenbacher sollen auch von Märggräthen tag an nicht
her jber vß vnßer weidt gang, der oben millenbacher briken ge-
legen ist, zu faren haben in vnßer schmalß weidt. biß vß sandt
wendlen tag soll in alle jar ahn gesagt werden dz sie diße zeitt
da über bleiben.

Von dißen arttichel ligt ein briff zu Nichtenberg in der ambt-
stuben, wan man mangel daran hatt, so kanß man alta sündten.

Die Namen der pfersohnen, so damals im dorff altten glan
haben gewand da diße ordenung durch mich Daniel Klein
ist abgeschrieben wordenn vmb der belohnung willen, doch
mer vnd den meynigen sonder schaden. Geschehen den 30. Jullij
anno 1630.

Thomas Kaldbrener,
Thomas Jost,
Johanes Koch,
Johanes Schmidt,
haus bingertt,
hans Kloss,
Johanes bock,
Johan ball,
Petter zimer,
Weltten weber,
Ludwig heyman,
johanes weber,
jacob herrig,
johanes becker,
hanß schuch,
samel pfeill,
nickel weber,
hanß Klein,
jacob scherrer,
nach deboltt,

hanß jung,
 anttes dick,
 johanes bauer,
 nickel Koch,
 dauitt beffel,
 nickel allhellig,
 hamen Kloss,
 daniel Klein,
 hanß zimer,
 nickel jung,
 nickel dick,
 Lohmas bub,
 reinhardt reiß.

Ende der pfersohnen anno 1630.

Dise 33 persohnen haben zu diser zeitt im Dorff altten glan nach dem reihen gewand, wie sie alhy geschriben seind von hauß zu hauß der hutten nach zc.

Die Müllenbacher sollen nicht in glan helb zu aller Erst fahren vñ sandt wendllen tag biß dz vnß hiett zuuor darein gefahren ist alß dan sollen sie bey vnß fahren vnd dan die vbrige weidt mitt ein ander genissen.

Nr. 5.

Ordnungen der Gemeinden

Winß- und Berszweiler

Fürstenthums Lauterdecken in triplo de annis 1556,
 1602 und 1628.

- a. Der gemein von Winßwiler vnd von Berswiler ordens
 brif von 1556.

Uff heud sonntag nach sant pauls bekerung, das ist im Jar, da man geschriben hat nach der geburt Cristus vnserß hern 1556, da ist die gemein von winßwiler vnd von berswiler bey eynander gewest vnd haben eyn ordnung gemacht, wie man albind in der gemein halten sol, solichs ist her nach an geschriben:

1. Item hat man vier heymbeurge in der gemein vnd gent

zwen all Jars ab vnd zwen andre zu, vnd solichs get umb in der gemein.

2. Item wan die heymbeurger der gemein gebotten haben zu hauff zu gāng vnd dan so solen die heymbeurger von der gemein ab geng vnd wan sie weder herbey komen vnd der gemein sagen was halber die gemein bey eynander ist, vnd welcher gemeins man oder heymbeurger nit da ist, sol IV δ zu buß geben. (vgl. Nr. 3 a. E.).

3. (4.) Item es solen die vier heymbeurger al XIV tag umb gen die lotten zu besien in den pfleg zeune vnd wo sie lotten venden, so sollen sie die rigen eyn jbig vor III δ vnd dem selbigen man sagen, dem die leet ist, das er sie weder . . . (NB. der Rest ist weggerissen).

4. (5.) Item Wo hender zeun seynt da sol seyrer da- obr gen oder steygen vff V β , nemlich von sant martini tag vnd wo eyner jmant seyt eber seynen hindr Zaun gen der sols der gemein anzeygen.

5. (10.) Item zu weinacht wan man dem schofherth lonen sol dan sol eyn jeglicher mit seyrer frocht daseyn vff das man vngehindert sey vff buß V β heler.

6. (12.) Item wan eyner den ander heyst ligen wan die gemein bey eynander ist, vnd spricht du leyst, vnd der solich duut sol der gemein 1 alb. zu buß geben.

7. (14.) Item eyner wiesen wesen wil, der sols dun sonder eynes ander schaden vff buß V β .

8. (15.) Wer heymreuth brauchen wil mit kapes vnd riben heym zu veren dasamen seynt nach sant galen tag biß zu sant martini, der sol sie wederumb zu hegen das die vier wan sie vmb gent eyn genies haben, vff buß V f heler.

9. (16.) Wan einer eyn hauß oder schauer baut, da er eyn den oder schworsten in macht, sol man im IV sparn geben uß der gemein walb, vnd eyner nit eyn den oder schworsten macht, sol der gemein eyn gulben vor die IV spar gebn.

10. (22.) Wan eyner eyn fesch hat das uber eyns jars alt ist vnd in die veht weyd keret vnd darnach verkaufft oder zum ander mal weder in die veht weyd keret, der solichs butt sol der gemein eyn gulb vor die weyd geben.

11. (23.) Hat man eyn selber vnd kuhert, das get an zu sant bartelmeus tag mit zu sant Martini, vnd das get umb in

der gemein, vnd wo die hub jars bleyß stey zu martini das solen die heymbeurger behaltten, das die heub das ander jar weber da an ge, thunt sie das nit so seint sie der gemein V ß zu buß ver-
valen.

12. (24.) Die selber die nit eyns jars alt seynt hant macht das erst jar mit dem mast weg in die weht weyb zu gehen, wie von alter.

13. (11.) Item Dann mit dem seg mit namen dem schoffherth da hat man ordnung, welcher in der gemein sauer vnd flam halten wil, der sol III tag lon vnd zu weinnacht an schynben vnd rechen was eyner vor seg hat vnd was vorter biß zu sant gertrutt tag vor die hertt get das sol halb lon geben.

14. (25.) Wbo es sach wert, das ein man oder meh eyn fur vswendig her in gewin in sein arbeit, so hat er macht die pferd in die weht weib zu kereu bey der nachbar pferd vnd nit in eyn ander frisch weyb.

15. (6.) Item die hinder zeune solen die vier heymbeurger im ja drumol besehen vnd wo sie lecken darin venden, solen sie eyn jelicly rigen vor VI d.

16. Item Wan der weingarten bergk freben gebotten wirt zu hegen, so sol man in hegen, vnd wan die vier heymbeurger die pfleg zeune besehen, so sollen sie auch den bergk freben besehen vnd wo sie lecken darin venden, solen sie rigen eyn jelicly vor III d vnd dem selbigen man sagen dem die leck ist, das er sie zu he²).

17. (26.) Wo eyner seyn rug nit geben will, wan die vier heymbeurger zu vier wochen jr rechen schafft dunt, so solen die heymbeurger daroff klagen vor der gemein, vnd wo lolicly clag geschit vnd der man der seyn rug nit hat welen geben, ist der gemein V ß vorvalen zu der rug.

18. (27.) Item wo eyner seyn heymreyden vnd miest weg zu der zeyt wan im gebotten wirt nit vff thun vnd auch weberumb zu dnt, der sol der gemein V ß zu buß geben.

19. (28.) Item wan vieg im schaden gereugt wirt, es sey vor weg was es viel, sol eyn jdiges zu buß geben 1 alb.

3) Diese Stelle findet sich in den übrigen Dorfordinungen nicht. vgl. art. 4.

20. (29.) Item wer dem ander seyn baum ghet vnd obs lest heym zu dragen, der sol der gemein 1 alb. zu buß geben, wan er gerut wirt.

21. (30.) Item wo eyn gresersin in der weht weyden gerut wirt, die da grast, sol XII zu buß geben.

(Und nun mit anderer Dinte: Wan sie in andern schaden gerucht wirt sol 1 alb. geben.)

22. (31.) Item wer mit geschirr, wagen oder farn durch frocht oder wiesen oder ander schaden firt oder mit pferden durch reyt, sol von eyn jelicen pferd IV δ zu buß geben.

23. (32.) Item wo einer hieher in die gemein zigen wolt vnd gemein recht haben will, der sol der gemein V gulden geben der da eyn frimber ist.

24. (33.) Item es solen die furlend die mit den pferden der gemein farn zu der brecken, zu dem herthausen vnd zu der gemein weg vnd den schoffhertt zu holen vnd al seyn fuder in zu farn vnd auch zacker varn in die mill veren wie von alter her.

25. (13.) (NB. mit neuerer Dinte): Wan sich zwene bey der gemeyn scheltthen sol der unrecht hat 1 vl weinß geben.

26. (34.) Item wan eychel in der gemein welen seynt, so sol keyner meh dan eyn saw in die welen keren, ist es aber sach das eyn man zwo saw hat, die er das selbig jar ab dun will, so sol er der gemein da van geben was bilig ist, es sol auch keyn weyd saw in solich walt gen wan eychel dien seynt.

27. (3.) Item wan man in der gemein arbeit sol seyn, es sey an weg oder an der brecken oder wo man zu arbeitthen hat vnd welcher nit darbey ist zu rechter zeyt, der sol der gemein VI δ zu buß geben, vnd wan eyner zu mol nit da ist sol V β geben.

28. (34.) Item wan eychel in der gemein welen seynt, so sol keyner meh dan eyn saw in die welen keren.

29. (7.) Item hat man noch weynder hegen, bedreffen den berckfreden zweschen den weingartten vnd wiesen, wo es dan von neben ist, das will man gehet haben vff buß V f.

30. (35.) Item im herbst so sol keyner lesen mit die gemein eynen tag dar zu stelt vff buß V f.

31. (36.) Item wan die druben zeydig seynt in den weingartten vnd eyner dem andr in seyn weingartten get vnd schaden

thut, sol XII δ zu buß geben, ist es eyn nacht rüg sol V f. zu buß geben.

32. (9.) Item die neuen weg in den weingartn, die sol man in bau halttn, das man sie gesarn sien im hertst, wil man gehalttn han vff buß V f., wil aber eyner bey seyn weingartn halttn, so stel er neben den weg das er niemant hinder rñ buß V f., vnd wo eyner seyn weg nit gemacht het wan die vier die weg besint sol II f. zu buß geben.

33. (8.) Item die laut strosen solen offen vnd gesetzt seyn zweschen den steyn das keyner sol eber bauen mit hegen oder baumen vff buß V f.

34. (37.) Item wan eym man eyn schad gescheht den er nit gelyden kan, so sol ers den heymbeurger sagen das sie leud da hien schicken den schaden zu besehen, vnd die leud die den schaden hant besehen den gebert zwo mosen weins vnd zwey pfeng ert brots vnd der man der den schaden hat geban sol allen kosten geben.

35. (38.) Item wer seym seg die herner nit ab schneyt jars wan die sie vß gent sol von eyner jelichen tu II δ zu buß geben.

36. (39.) Item der gemein welb vnd bürden seynt vorboden vff buß vnd stroff eyn guld vnd wo eyner dar in seyt haumen oder eychel lesen vnd nit der gemein an zehget vnd solichs die gemein ersaren kunt, der sol der gemein auch eyn guld zu buß geben.

37. (40.) (Mit späterer Dinte: Wan einer ein stietler verkert sonder der gemeyn wieszen, sol VI alb geben der gemeyn buß).

38. (41.) (Mit späterer Dinte: Wan einer die gemeyn auß der holstatt treibt vnd vnrecht hat giebt der gemeyn VI alb).

39. (42.) Item es sol keyner nach sant mechels tag eym ander vff seynen schaden mit pliegen vnd pferden wenden vff buß V f., vnd so sol keyner dem ander vff seynen schaden wenden nach sant walpertag, vnd solichs ist auch vorboden vff buß V β heler.

40. (43.) Item hecken vmb die bach vnd hegen, weyden kipff vnd der gelichen, das sol keyns dem ander abhaumen vff buß V f.

41. (44.) Item wan die bach in fliden get vnd weder in den staden velt, so sol keyner dem ander vff das seyn gen holz zu nemen vff buß V f.

42. (17.) — Item der neder fluer von pots weyd an biß hinab an was hausen groß eych in kredenmans graben, was vnden dran leynt, beß vff den glan, vnd von der brecken an biß hinab an den

gemelkten graben, es sey stopel ober wiesen, nyß vßgeschenden, sonder uß gehet gartten, vnd sol nimant keynen grumut megen in dem genentten bezerk. Wan der neder fluer veht weyb ist er hat dan seyn wiesen vor dem pfinstag gemot wie die von lauttered, vnd in solich veht weyb gent die pferd vff sant lorengen tag vnd sant bartelmeus tag das mast seg vnd die selber, vnd vert ehyner ee vnd zuvor drin, ist der gemein V β vorvalen.

43. (18.) Item wan der neder fluer samen hat vnd das acker velt in der baum wiesen vnd in danaw vnd vff dem sigen, so sol man in dem selbigen jar macht han grummut zu megen mit zu vnser lieben frawen tag zu hirbst in denselbigen wiesen vnd darnach, wan die vier heymbeurger die selbig veht weyb vff dunt, so sol man die pferd im tag da hiben wie die von lauttered, vnd sol keyn pferdt in der nacht da seyn vff buß V β heler, vnd wan die pferd in solich veht weyb im tag gent da samen vnd capes ist ober riben, da sol man sie vff den wirt in die nacht weyb dun vff das nimant schaben geschie vnd sol das mast seg auch macht haben bey die pferd im tag zu gen, vnd sol keyner die selbig veht weyb vff dun sonder der vier wisen vff buß V β.

44. (19.) Item die neder auw von dem werb an biß hinab an lauttered veht weyb sol man haltten eyn jar vmb das ander wie die baum wiese vnd den neder fluer, vnd sol keyner die selbig veht weyb vff dun sonder der vier heymbeurger wisen vff buß V β.

45. (18.) Item der ober flur von lederich an hinab biß an firfes weyden, vorter hinab an pots weyb vnd herunder, so weyt der fluer get vnd die zwō hofes wiesen ist veht weyb. Wan stopel seynt, das sol man haltten gelich wie den neder fluer samp der baum wiesen, vnd gent die pferd vff sant lorengen tag in solich veht weyb vnd get das mast seg vnd selber vff sant bartelmeus tag auch in solich veht weyb.

46. Item die ober auw von der leynsbach an vnden an der strofen, offen so vern vns gerecht get, ist veht weyb eyn jar vnd das ander jar samen das sol man haltten gelich dem neder fluer, vnd sol keyner die selbig veht weyb vff dun, sonder der IV heymbeurger vff buß V β heler.

47. Item die wiesen von der leynsbach an hinab biß an den zehlacker weber die lantwer vnd die helliges weyb bril frentags weyb offen, das sol als jare grumuts wiesen seyn biß zu vnser lieben frawen tag zu v. Maurer, Dorfverfassung. II. Bb.

hirbst, vnd wo stopel das eyn jar darin falen so man riben vnt capes da vffen hat, so sol man die stopel macht haben umb zu sterzen vnd wieder zu seggen, vnd das ander jar so stopel darin valen vnd eyner seyn frocht ab hat, so sol man neyst weyber das selbig jar biß zu sant mechels tag in solichen stopel suchen, es sey mit egen oder grasen vff V β heler.

48. Item die wiesen vnden an winswiler oben zu das wegs die gent vff zu vnser lieben frawen tag zu hirbst ober wan die IV heymburgen die vff dunt vnd gent die pferd zwen tag vor dem mast seg in solich weyb, vnd welcher ee vnd zu vor darin vert ist der gemein V β vorfallen.

49. (21.) Item die wiesen neben an winswiler vffen an der lantstrosen biß an den berckfreden, die sol man egen im hirbst mit den pferden vnd mast veg im tag vnd seyns in der nacht vff buß V β heler.

50. Item der wirt das ist eyn nacht weyb zu den pferden biß zu sant martinj, vnd die sol eyn jelicher vor im zu hegen wer zu weg oder an den wert hat stosen vff das seyn pfert herus komen sin, wo eyner lecten het, da die pferd heruß gingen, vnd schaden beten vnd dem die lect ist, sol solich schaden bezalen, auch so sol eyn lect gehn der breck vfen in dem selbigen weg zweschen jergen vnd Johan wiese seyn, da die pferd in vnd vß vff den wirt felt gen, vnd wo solich lect vffen funden wirt, so sol der da zu lest in ober vß gefarn ist II β der gemein zu buß geben.

51. Item wan same riben vnd capes in helges weyb bril vnd in freytags weyb vffen ist, so sol man das mast veg vnd die pferd im tag da hiden vff buß V β , vnd wan er solich veht weyb eget so silt die pferd nachts vff den wirt in die nacht weyb, vnd welcher seyn pferd nit in solich nacht weyb dut vnd sonderlich weyden egen will, da er nit macht hat, der sol der gemein V β heler zu buß geben.

52. Item die wiesen die da leygen inwendig dem berck sieben, die sol seynner egen biß man die druben lest dan sol man die pferd da hiden vber benden vff buß V β heler.

53. (46.) Item Wen eyner eyn weyb will machen so soll das den vier heymbeurger an zeigen obs dielich sey oder nit zu einer weyden, ist es dielich so silt die vier heymbeurger eyn

Freyß darvff stecken vnd silt das vor der gemeyn verkunden, vnd kost eyn jelic weyb zu freben XIV d vnd ist das der vier lon.

54. (47.) Item die wiesen die da leygen in der leynsbach, sie seygen wem sie willen, so haben sie die macht zu ehen mit zu sant bartelmeus tag vnd dar nach auch macht zu megen mit zu vnser lieben frawen tag zu herbst, vnd darnach ist die selbig weyb in denselbigen wiesen der gemein.

55. (48.) Item es sol keyner kein birck abhawen heim zu dragen von sant mechels tag an mit zu sant lorenzen tag vff buß V β.

56. (3.) Item wan die heymbeurger der gemein zu hauff gebotten haben, so sol keiner da heim bleyben vff buß V β heler, es sey dan leyhs not oder hern not oder ein jar mart oder eyn herbst zeytt oder eyn kengbet, da eyner hin nicht ghen, vnd welcher gemeins man solicher nottorust eynen hat, sol den heymbeurger orllop heysen vnd sol eyn not boden bey die gemein schecken.

57. (50.) Item wan eyner eyn kue in die weht weyb kert vnd das selbig jar vor den osten nit abthut, der solichs thut sol der gemein eyn gulb geben.

58. (32.) Item ist die gemein rats worden vnd haben . . . (einige unleserliche Buchstaben) . . . acht, welcher in die gemein zeyt vnd feuer vnd haus halten wil vnd gemargung genissen, es sey womit es wil, der sol der gemein XII β geben, ist es sach das der eins vß wendig herin kem in die gemein der sol den 1 d geben, ist es aber sach das beed leudt in der gemein da frmb seynt, so solt sie V d geben.

NB. Ganz am Ende stehen noch einige unleserliche Worte als eine Bemerkung. Das Original hat keine Nummern. Ich habe diese beigelegt zur Vergleichung mit den späteren Ordnungen, welche nummerirt sind.

- b. Ordnung der Gemein Winß- vnnb Berghweiller so vff Montag für Viti als den 14ten Juny anno 1602 ernewertt worden. Doch alles vff vnserß Gnedigenn Fürsten vnd herren oder Dero Rätthen Gnedige verbesserungs.

Gehort Lautereden d. 1. July an. 1602.

1. Item seinde jerlichen vier heimerberger in der Gemein, deren

gehen alle jar zween ab, vnd zween andern zu, vnd solches gehet in der Gemein vmb.

2. Item wann die Gemein durch die heimberg zu samen gebotten, vnd sie nun beysamen sein, vnd die heimberger als dan von der Gemein abtreten, sich aller notturfft zu bereden, was der Gemein für zuhalten, wann dan sie heimberg solches der gemein an gezeigt, warumb sie beysamen, vnd als dan einer in der Gemein mangelde, oder nit da ist in der vmbzahl, soll zur buß geben 4 d.

3. (27. u. 56.) Item wann die Gemein Arbeide, es sey was es welle, oder zu rechnen hat, welcher als dan nit zu rechter Zeit erscheinde, soll 6 d zur straff geben, welcher aber gar auß bleibt, soll geben 5 β. Es were dan sach, das einer leib oder herren noth hette, oder sonsten ein Jar markt, hochzeit oder kinde tauff, darzu er geladen, vnd beruffen, nottwendig besuchen miste, solle er als dan den heimbergern vrlaub heißen vnd ein nothbotten zur gemein schicken.

4. (3.) Item Es sollen die heimberg alle 14 Tag, doch ein tag 2 oder 3 vngesarth, die Pflieg Zeun besehen, vnd da einer ein lück in solchen Zeunnen hett, soll derselbig 3 d zu ruhe geben. Auch solle man solchem man ansagen, das er die lück zu mache. Ebenmessig solle es auch mit den lücken am bergfrieden gehalten.

5. (4) Item vber die hinder zeun, wo solche seinde, soll keiner, von Gerdruben weg biß Martini darüber steigen oder gehen, vff straff 5 β: we aber einer einen sehe, vber solche zeun steigen, vnd der Gemein solches nit anzeigt, soll auch solche ruhe geben.

6. (15.) Item die hinder zeun, sollen jätlichen von heimbergern 3 mahl besehen werden, vnnnd wann sie darin lücken finden, soll ein jed. so bruchfellig zu ruhen geben 6 d.

7. (29.) Item die höhen den bergfrieden betreffende, zwischen den weingartten vnd wisen, wer solche, wo es vonnöthen, nit höhenn wirde, zu straff geben 5 β.

8. (33.) Item es sollen die Landsstraffen offen gehalten vnd zwischen den steinen gefegt sein, auch soll keiner vber bauwenn, mit höhen oder beummen alles vff buß 5 β.

9. (38.) Item die Newe Weg belangende, in den weingartten, die solle man in guttem bauw halten, das man sie fahren

könne, im herbſt, vff ſtraff 5 fl. Wer aber bey ſeinem weingartt will holtten, der ſolle neben den weg ſtellen, das er niemande hindere.

10. (5.) Item wan man zu weinnachten dem ſchaaſſhirtten ſoll lohnen, ſo ſolle als dan ein jed. mit ſeiner frucht geſaſt erſcheinen, damit man nit gehindert werde. vff ſtraff od. buß 5 β.

11. (13.) Item das ſchaaſſ viehe betreffent, welcher in der gemein feur vnd ſtam holtten wil, der ſoll 3 tag lohnen, zu weinnachten anſchneiden, vnd rechnen was einer für vihe hat, was aber fürtter biß Gertruden tag für die herde geht, ſoll halben lohn geben.

12. (6.) Item wann einer den andern bey oder für der gemein ligen heiſt, als bz er ſagt du leugſt, der ſoll der Gemein verfallen ſein zu buß, 1 alb.

13. Item wenn ſich 2 bey der Gemein ſchelitten, ſoll der ſo vnrecht hat, nach der Gemein erkandnus, der Gemein verfallen ſein ein viertheil weins.

14. (7) Item da einer wiſen weſſern wil, der ſolle es thunn ohne des andern ſchaden vff ſtraff 5 β.

15. (8.) Zum 15ten wer die heimraiden Nach Gallen tag, biß Martini mit Cappes vnd Rüben brauchen wil, der ſoll ſie wieder zu höhen, das die heimberger, wan ſie umbgehen, ein genüg haben vnd zufrieden ſein, vff buß 5 β.

16. (9.) Zum 16ten wann ein Gemeinſman ein hauß oder ſcheuren bauen wil, darin er ein ſchorſten oder dennen macht, dem ſolle man auß dem gemein walde 4 ſparren geben, wo er aber kein ſchorſten oder dennen machte, ſoll er der Gemein, für ſolche 4 ſparren ein gulden zu geben ſchuldig ſein.

17. (42.) Vors 17te. Der Niedſluer von Pots weyden an biß hinab an waghansen groß Eych in Kriebemands grabenn, was vnden daran ligt, biß vff den Glan, vnd von der brucken hin ab, biß an den gemeltten graben, es ſey ſtoppel oder wiefen, nichts außgeſcheiden, ſond. die außgehöhete gartten, waß in ſolchem bezirk wiſen gut iſt, deſen ſoll man genieſſen biß vff Mariä geburds tag umb 12 vhrrenn.

18. (43 u. 45.) Zum 18t. Wan der Niedſluer ſamen hat, wie auch das acker ſelde in der baum wiſen, in Dannaw, vnd vff dem Siegen, wann die heimberger ſolche weide vffthun, ſoll man

des orts des tags die pferde hütten oder binden, das kein schaden geschehe, vñ straff 5 β, vñ des nachts soll kein pferde daiselbñ hingehen, vñ straff wie gemeldet.

Ebenmessig solle es mit dem oberfluer von federich biß hin ab an Börges weiden, furtter hin ab an Pots weiden, vñ herunder so weide die fluer gehett, vñ die hoffes wisen, gehalten werden wie mit dem Ried. fluer, doch ein Jar vmb das ander. Des gleichen soll auch die ober Aum vñ Bergweiler seittem ein jar vmb das ander also gehalten werden.

19. (44.) Zum 19t. Der wirde vñ der hobstaden biß an Lanttereder gemarck, das solle ein nacht weide sein. Desgleichen die groß wiesß vñ vnder den Gillen solle darmit gehalten werden, wie mit dem wiebe vñ hobstaden, ein jar vmb dz ander. Doch sollen die pferde 8 tag für dem mast vihe tag vñ nacht darin gehen x. Doch solle solche weide jeder zeit durch die heimberger vñ gethann werden. wo aber einer ehe vñ zu für darin binden würde, der solle der Gemein 15 alb. verfallen sein, wan aber ein ein pferd ohne geferbe darin ginge, solle die buß 1 alb. sein.

20. Vors 20 soll man an dem ort, da Gappes vñ rüben er arbeide werden, macht zu stürzen haben, wie von Alters. Aber in den Auchtweiden⁴⁾, da kein Gappes vñ rüben gearbeide werden, soll man macht haben acht tag vor Michaelis tag zu sehen, vñ nicht ehe, vñ straff 15 alb., es sollen aber die hirtten für solchen Säten hütten.

21. (49.) Die wiesen Rieden an winßweiler oben an der Landestrassen biß an den Bergfrieden, die soll man im herbst mit den pferden vñ mast vihe im tag ehen vñ nicht in der nacht, vñ buß 5 β.

22. (10.) Item wann einer ein vihe hat, so über eins jars altt ist, vñ in die veht weide lehrt, vñ darnach verkaufft ober zum ander mahl wieder in die veht weide ferde, wer solches thut, soll der gemein ein f. für die weide geben.

23. (11.) Gehett der Mast kühe oder der selber hirtten hude an, 8 tag nach Mariä gebordstag, vñ wehret biß Martini, vñ solche hude gehett in der Gemeinen vmb, so da vihe für

4) Vgl unten art. 50 u. Ordnung v. Altenglan in Anhang Nr. 4; a. Nr. 17.

lehren, vnd wo die hude zu Martini stehen bleibt, sollen die jennngen so die hude zum lezten gethan, solches den heimbergern ansagen, damit die hude des and. jars wieder da angehe, wo es aber die heimberg nit bekhltten, sollen sie der gemein zu buß verfallen sein 5 β.

24. (12.) Die Kelter so nit eins jars altt sein, die haben macht, das erst jar mit dem mast vihe in die velt weide zu gehen, wie von altters.

25. (14.) Wo es sach wehre, das einer ob. mehr, ein fuhr auß wendig herin in seine arbeide gewanne, hat er macht die pferde in die velt weide zu lehren. bey der Nachbairen pferde, vnd nicht in ein and. frisch weide: vff straff 5 β.

26. (17.) Item da einer sein ruhe nicht geben wil, wan die 4 heimberg zu 4 wochen ihr rechnung thun, so sollen die heimberg darauff klagen für der Gemein. vnd da solche Klage geschieht, vnd der, so sein ruh nicht hat geben wollen. soll er der gemein noch zu der ruhen 5 β verfallen sein.

27. (18.) Da einer sein heimreide ob. mistweg zu der zeit, wan ihme gebotten wurde, nit vff vnd auch nit wieder zu thut, der soll der Gemein zu buß geben 5 β.

28. (19.) Wan ein vihe in ein schaden gerühett wurde, es sey was es fur vihe wolle, sol ein jedes zu straff geben 1 alb.

29. (20.) Der dem andrn vnder sein beum gehet, vnd obs lifebe, solches heim zu tragen. der soll der Gemein zu buß gebenn 1 alb., wan er geruhet wurde.

30. (21.) Wo ein Gräserin in die velt weiden oder fruchten geruhet wurde, so da graset, soll zur buß geben 12 d.

31. (22.) Item wer mit geschirr, wagenn ob. Karren, durch frucht ob. wiesen ob. andrn schaden fahre, desgleichen mit pferden darbüch reidett, soll jedes pferde 4 d zur buß geben.

32. (23 u. 58.) Da einer allhero in die Gemein ziehen wolt, vnd gemein recht haben wil. der soll der Gemein 5 f. geben. wann sie beide fremdd sein. Wan aber bern eins fremdd ist, sollen sie ein gulden geben. seinde sie aber beide heimisch, geben sie nur ein halben f.

33. (24.) Es sollen die furlende die mit den pferden der Gemein fahren, zur brucken, hirttenheusern, auch zu den Gemein weg. Desgleichen den schaaffhirtten zu holen, vnd all sein ge-

fuetter heim zu führen, wie dan auch zu oder fahren, vnd in die Mühle zu fahren wie von alitters.

34. (26 u. 28.) Item wan Eichel in der Gemein welcken feinde, soll als dan keiner mehr dan ein schwein in Etern fehren.

35. (30.) Im herbſt soll keiner lesen, es sey den junor ein tag von der Gemein dar zu ernende vff buß 5 β.

36. (31.) Wann die drauben zeitig feinde, vnd einer dem andrn in sein weingardn gehet, vnd schaden thut, so soll zu buß geben 12 d. Ist es aber ein nacht ruhe, so soll er zu buß geben 5 f.

37. (34.) Wann einem ein schaden geschicht, den er nicht leiden kan, soll er es den heimbergern sagen. das sie leude den schaden zu beſehen. dahin schicken x., vnd die den schaden beſehen. denen gebürde 2 moffen weins vnd 2 d werde brods. vnd der jenig so den schaden gethan, solle allen costen gebn.

38. (35.) Wer sein kühn jätlichs wan sie auß gehen sollen die hörner nit abschneidet, der soll von einer jeden kuhe 2 d zur buß geben.

39. (36.) Der gemein welbe vnd bircken feind verboten, vff buß vnnd straff ein gulb. vnd da einer einen ſehe in den welden hauen od. Eycheln lesen, vnd solches der Gemein nit anzeigt, vnd die Gemein solches erfüren, soll solcher auch der Gemein ein f. zur buß verfallen sein.

40. (37.) Item so einer ein Stigel verkerde sunder der Gemein wissen, der soll der Gemein geben 6 alb.

41. (38.) So einer die Gemein auß der hollstatt treibt, vnd vnrecht hat, ist auch 6 alb. verfallen.

42. (39.) Item es soll keiner nach s. Michels tag, wie auch nach Philippi Jacobi mit pßügen od. pferden vff des andrn saade wennenden vff buß 5 f.

43. (40.) Item die hecken vmb die bach vnd die höhenn, weyden köpf vnd dergleichen. Das soll keiner dem andrn abhauwen od. abschneiden vff buß 5 f.

44. (41.) So die bach in flüden gehet vnd wieder in den staden felbt, so soll keiner dem andrn vff dz seinig gehen, holz zu nehmen vff buß 5 f.

45. Item die wifen die da Inwendig dem Bergfrieden ligen, die sollen geholten werden, wie die weingart biß zu Martini.

46. (53.) Item wan einer etwas frieden lassen wil, sol-
 lens die heimberger zu vor besehen ob es dauglich, vnd so es
 tauglich ist, solln die heimberger ein kreuz darauff stecken
 für der Gemein verkunden vnd dar von zu lohn ein bakzen haben.

47. (54.) Item die wisen in d. leinsbach gelegen, sie seienn
 wem sie wollen, die sollen deren biß Mariâ gebords tag genießten
 darnach ist die weide d. Gemein.

48. (55.) Es soll ein jeder Birken laub holen, von Lorenz.
 tag biß michaelis zu seinen hecken. wer aber nach Michels tag
 laub holet, der soll 5 β geben. Desgleichen da einer in obge-
 meltter zeit einen in eins andern hecken hauen sehe, soll gemelte
 straff geben. vnd der solches sehe vnd nit anzeigt, soll auch die
 straff geben.

49. Das Eychen, Buchen vnd sonstn laub belangend zu tragen,
 soll solches zu Philippi Jacobi angehen, vnd wehren biß Michels
 tag, soll ein jedes haußgeseß macht haben allen tag ein bürden laub
 od. holz heim zu tragen. Doch Alles auß seinen hecken. Da aber
 einer in eins andern hecken hauen od. hauen würde, soll der od.
 die so betreten würden, zu straff geben 5 β , auch soll keiner in den
 hecken laub strüpfen bey gemeltem straff 2c.

50. (57.) Wer ein kuhe in der Aucht weide kerebe, vnd solche
 nit für ostern abthet, soll der Gemein ein guld für die weide
 geben. (vgl. art. 20.)

51. Es sollen die heimberger viermahl im jar die schorsten
 vnd backoffen besehen, damit nit schaden geschehe. Da aber einer
 bruchfellig erfunden würde, sol der zu buß 15 β geben.

52. Der jenig, so des tags der Gemein Massung gebraucht
 vnd ober nacht in seiner behausung behielde, vnd nit dem heim-
 berger des tags wieder da ers geholbt liffert, sol zu straff geben 4 δ .

53. Item welcher von Georgen tag biß pfingsten ein lamb
 im dorff vnder d. herden fangen würde, zu Wins- od. Berckweiller,
 der soll zu straff geben 1 alb, wan aber die herbe für das dorff
 kompt. soll der hirde still haltten, damit der jenig so sein lamm
 nit hette, alsdan suchen vnd fangen möchte.

54. Die Eß Schwein sollen langer nit fur den hirtten gehen,
 dan biß Gallen tag, vff straff 1 alb, so viel tag so viel alb.

55. Da einer flachs vff die rozzenn zettenn will. vff anderer

leude müen, solle er denen. 10 schilling für 10. pferd darumb an-
sprechen. vff 10 schilling 1 alb.

34. Da Etwas in der gemein weiden weiden soll ein jor
nur ein schwein darzu zu füttern macht haben. Da aber einer
mehr, der sein schwein heizt. der soll macht vnd ein andern eins
zu nehmen haben.

c. Ordnung n. der Gemein Stütz. vndt Bergwenler anno
1628 vernewert werden 29 item Artikel.

Die meisten Artikel sind ganz buchstäblich übereinstimmend
mit der Gemeindeordnung von 1612, nur auch in derselben Ord-
nung mit denselben Nummern. Jedoch in der Art, daß nach
obiger Ueberschrift sogleich Art. 1 beginnt. Daber werden hier nur
die Abweichungen bemerkt.

art. 20 statt Auchtweiden — „Achtweiden“ — cf. art. 50.

art. 29. Der dem ander runder sein beum geth vnd obs liefert
solches heim zu tragen, der soll der gemein zur buß geben Ein
halben fl., wan er gerüht würdt. Da Ehr mehrer als zweymahl
gerüht würdt soll er 1 fl. geben. Jedoch solt alzeit beim ampt
angezeigt werden, damit die herschaft nach Verbrechen ihr straff
auch vorzunehmen habe. vnd wenn es die heimberger nicht an-
zeigen, sollen sie in gleichmefiger straff stehen.

30. So ein greserin inn der Behweyden oder anderswo, es
sey in frühten, wo es wolte, gerüht würdt, so da graset soll
zur buße geben 5 alb. Zum andtermahl ergrieffen wirdt sol se
beym ampt angezrügt vnd entwedter gestrevelbt oder ins narren
häußlein gesetzt werden.

31. Item wer mit geschür, wagen oder Rahren durch frucht
ob. wyßen oder andern schaden fehret, desgleichen mit Pserden
dardurch reißet, sol iedes pferdt 4 bl. zur buß geben, im fall aber
der schaden dan groß, soll er geschähet, vnd dem ienigen so ihnen
erlitten gebührender abtrag geschēhen.

35. Im herbste soll keiner lesen, es sey dan zuvor ein tag
von der Gemein darzu ernent. vff buß 5 β oder wie gebräuchlich
vom Ampt die Berge auffgethann.

36. Wann die Trauben zeitig seindt vndt einer den ander
in sein weingardt gehet vndt schaden thut, der soll zu buß geben
ein halben gulden. Ist es aber ein nachtruh, so soll er zu

buß geben ein gulden. Der herschafft, deren es soll angezeuget werden, vbenommen.

37. hßt es statt: 2 bl. — „zwen Pfennig.“ —

39. hßt es statt: ein f. — „ein gulden.“ —

40. hßt es statt: 6 alb. — „sechs albus.“ —

43. ist am Ende noch der Zusatz:

— „Der herschafft annoch vbenommen.“

49. heist es am Ende noch:

— „auch soll keiner in den hecken laub streiffen bey gemelter straff. Der herschafft deren solches soll angezeuget werden „auch vbenommen.“

50. Am Anfang. „Wehr ein Kuch in die weht weydt“ und am Ende der Zusatz: — „Er hätt den erheblichen entschuldigung.“ —

51. Am Ende der Zusatz — „vndt im Fall die heimbürger „saumbfellig oder fahrleßig sein, seindt selbige in gleicher Straffen.“ —

54. Am Ende statt: alb. — „albus.“ —

Und ganz am Ende noch der Zusatz: —

„Diese Gemeins Ordnung ist von dem Ambt bestätigt undt der gemeine zu winß vndt Verschweiller Ernstlich darüber „zu halten zugestellten worden.

„So geschehen den 15. April 1628

„H. B. Güntteredt.

Aus der Vergleichung dieser drei Gemeindeordnungen von 1556, 1602 und 1628 geht hervor, daß die öffentliche Gewalt in diesen Gemeinden fortwährend im Steigen war. Dies geht in der letzten Gemeindeordnung von 1628 hervor: 1) aus der beigefügten amtlichen Bestätigung, 2) aus den verschiedenen Vorbehalten zu Gunsten der Landesherrschaft und der landesherrlichen Beamten, und 3) aus der Verfügung, daß die Frevel auch der öffentlichen Gewalt angezeigt werden sollten.

Nr. 6.

Weisthum von Neunkirchen und Balborn.

Dies ist das Weisthum baider Dörffer Neunkirchen und Balborn, wie es dann jährlich durch beede gemeindt mündlich ge-

weist wirt, vnd die alten vff sie bracht haben, vnd wirt dasselbige zweimahl zum jar, als nemlich vff den halben Meytag vnd vff St. Remigij tag geweist. 2c.

Item zum ersten weisen beede gemein Neunkirchen vnd Balborn vnsern gnedigsten herrn Pfalzgrauen Churfürsten 2c. vor ein obersten gerichtsherrn zu Neunkirchen vnd Balborn ein Schultheissen zusehen vnd zuentsetzen, als weit das Königs gericht vnderstoßt vnd vndersteint ist ⁵⁾).

Fürter weisen sie vnsern gnedigsten herrn vor ein Carstuogt der ietztgenanten zweyen dörrer, als der do hatt zurichten über alle übelthätige menschen nach eines jeben verdinft.

Item fürter weisen sie, daß ein jeglicher seßhafftiger der zweien dörrer obg. zweimal im jahr persönlich zu Neunkirchen im Dorff erscheinen soll, nemlich vff den halben meytag vnd vff St. Remigij tag, den andern tag hernach soll dieselbigen zwehmal tag vnserm gnedigsten herrn 2c. sein recht helffen sprechen, vnd welcher nit erscheint, der ist vnserm gnedigsten herrn 5 ß hlr. verbroschen, den hübern ein virthel weines vnd ein pfenning brot ⁶⁾).

Item fürter weisen sie vnserem gnedigsten herrn ein scharfart ⁷⁾), zu einer Auchten aussen vnd zu der andern wider ein. Deß soll vnser gnedigster herr darstellcn wagen vnd gebens daruff Rees vnd brot, vnd wo es sach were, daß der arme mann überladen were, so soll er mit vleiß sein pferdt antreiben, zum ersten mal, zum andern, zum dritten, und so darnach der arm mann nit forter kommen könt, so er dann den hinder wagen hett bracht, da der vorder wagen gestanden hette, alsdann hette er sein scharfart gnugsam vollbracht.

Item forter weisen sie, welcher seßhafftiger der zweier dörrer ein ganz mähne fürt, der soll vnserm gnedigsten herrn jährlich 1 mlbr. Korn vnd vnd 1 mlbr. habern geben, fürtt er aber ein halb mehne oder kein ⁸⁾) soll er ein Birnzgel Korn

5) Hier war also der Gerichtsbezirk mit Grenzsteinen umgeben.

6) Also war jeder angefessene Hubner Rechtsprescher.

7) D. h. ein Scharwerk, eine Fronsfuhr.

8) Wahrscheinlich ist Mähne oder Mehne so viel als ein Gespann Pferde, ein ganzes oder halbes Gespann.

geben, vnd ein virngel habern, das soll vnser gnedigster herr darstellen virngel vnd saeck zu Neunkirchen geliefert werden, auch ist ein jeder jürlich ein huhn vnserm gnedigsten herrn schuldig, vnd ein jeglicher drei pfenning, außgenommen drei höf zu Balborn, die seint gefreiet.

Item forter weisen sie mit recht vnserm gnedigsten herrn ein frei Königsstraß, bei dem Breiden born an gehet durch das dorff Neunkirchen hinder dem dorf Melingen für durch Balborn biß vber die Eyerbach vnd soll solche König straß außershalb den dörfern einer meßgerten breit sein, jnn den dörffern zwischen den Bann zeünen zwo meßgerten, vnd so sich zwen schlägen vnd blutrüstig würden in dieser Königes strassen seindt zwen 30 \mathcal{B} hler vnserm gnedigsten herrn verfallen, ein 4tel weins vnd 1 bl. brot den hübern, so sich aber zwen mit drocken strichen schlagen ist es neun \mathcal{B} hlr 1 vrtel weins den hübern vnd 1 pfennwert brotes ⁹⁾.

Item ferrer weist der hüber den armen seßhaftigen der zweien dörffer ein freien weidtgang, von der Dulmannsbrücken an biß gehn Falkenstein an den roten thurn, vnd forter an den Schorlenberg bei die Krump birck, daselbst an biß gehn Beielstein an das Schloß Nauweide zuzuchen jedermann ohn schaden.

Forter weisen sie so einer vberweltiget würde, so soll ihn vnser gnedigster herr entsetzen zwischen den zweien schiffreichen wassern, nemlich der Moseln vnd dem Rhein seiner Reichs armen leuth.

Item forter weisen sie, so einer vber berg und thal einzöge in die gemeinschaft der zweier obg. Dörffer ¹⁰⁾, vnd jar und tag vnersucht seiner herrschaft erfunden werr, der soll thun wie ein ander vnser gnedigsten herrn hindersasser, vnd so er oder ein ander frembder nit mehr dann drei tag sewer vnd flamm in den zweien gemein gebraucht, auch hinder eim jaun

9) Die Gerichtsbarkeit auf der Königsstraße gehörte dem Landesherrn Die Dorshubner waren aber die Urtheilsfinder.

10) Die beiden Dörfer Neunkirchen und Balborn bildeten demnach eine einzige Dorfmarkgemeinde.

... die

... ..

III.

§ 1. **Abtheilung des**

... ..

... ..

... ..

dan sach, daß ein oberflüssiger grosser gewalts Reichs leherr (da Gott vor sehe), der denen von Bobenheim ihre Wayde sogar er-trendt, daß sie nicht so viel truckens vff ihrer Wayde hetten, daß man möchte einen Müstwagen mitt vier Pferden darauff bekehren oder umbwenden könnte, aber die weil die von Bobenheim so viel truckens vff ihrer Wayde haben, sollen sie dableiben, vnd vnser Wayde müßig gehen, wo aber nicht so viel truckens, alßdann mögen die von Bobenheim mitt ihren Pferden vnd Kühen vff vnser die genande wayde treiben, vnd ob sie wollen, mit ihren Pferden unsere Berden fürwayden, vnd deren von Bzelßheim Berde ihren Berden nachwayden, deren von Bobenheim Kühe auch vorwayden, vnd deren von Bzelßheim Kühe nachwayden ihre, vnd so bald der Rein widerumb hinder sich gefelt, daß sie also viel truckneß gewinnen vff ihrer wayde, wie obgenandt ist, alß bald dan von der dück gemelten Weyden widerumb abzuschlagen, vnd zu zihen geschickt sein.

Item zum Dritten wissen die von Bzelßheim, wie von altem herkommen, daß die von Bobenheim ehe vnd zuvor man sie vff der vff Bzelßheimer wayde treiben, sollen sie von Bobenheim ihre Fruchtstelt, vor zu besichtigen lassen, vnd wo sie schaden darinnen finden, der ihnen von denen von Bzelßheim beschehen wehre, denselbigen schätzen lassen, soll den nechsten Sontag durch den von Bobenheim für einer Gemeinen zu Bzelßheim gefodert, vnd durch die von Bzelßheim oder ihre geschworne Schützen bezahlt werden, würde aber darnach in gemeiner hütte, bey der gemeiner huetter oder schützen zu schanden bracht, daßselbige soll durch beyde gemeinde oder ihre schützen zugleich bezahlt werden.

Item zum vierten wo die von Bobenheim sich der gemelten Wayden sunst gebrauchen mitt Berden Kühen Sauwen oder mitt den leutten außgeschiden Reichs gewalt obgenandt, so mögen die von Bzelßheim, solche da begriffen würden, gen Bobenheim treiben in das wirthshauß, so da ist, vertrüncken vor fünff Heller, vnd den schaden lassen schehen, soll der bezallen, der den schaden gethan hatt, wo aber kein württ da wehre, so mögen sie solches treiben in das nechste Dorff in ein offnes Würtshauß mitt der obgenandten maß vertrüncken.

Item zum fünfften weissset man den von Bobenheim vff daß groß felt, daß sie nennen ihr klein felt, zwo trencken, zu ihrem

kleinen Vieh, die eine trenck in der Winkelfahrt, die ander in der Weiden der strassen, vff daß ander felt weiset man den obgemelten eine trencke am andern Ende der Wayden bey Norbellen, vnd soll also gehalten werden, wan das hinderste Viehe eingehet zu tränden, es sey in welchem ende es wölle, so soll daß vorderste widerumb außgetrieben werden. Nicht wayden nach wüllen bey straff vndt Bönn 5 \mathcal{L} heller.

Item zum sechsten, so sollen die von Bzelsheim genande Wayde sparen vnd hegen wan das Bobenheimer Niderfelt frucht hatt, von S. Georgen tag an biß vff S. Johan Baptisttag, vom Weyer an biß in die Winkelfarth, vnd weher es sach, das die wayde oder gras vor S. Johannes tag durch die von Bzelsheim gemehet vnd halb vor S. Johannes tag heim geführt hetten, vnd misten die von Bobenheim von Reins gewalt vff die dück genande wayde ihr Vieh treiben vor S. Johanstag, wo dan die von Bobenheim nicht entbehren wolten, so sollen die von Bzelsheim, solch heuts widerumb vff die genande Wayde führen, mitt beyder Gemeinden Perden vnd Kühen essen lassen, wie oben angezeigt ist, mitt vor vnd nach wayden.

Item zum siebenten weisen die von Bzelsheim so dück vnd viel die von Bobenheim, sie selbst oder ihr gesindt, auch andere, auch andere darauff stossen haben, ein Plug lassen vff stehen, vnd den Wasen der wayde etwas umhackeret, derselbige oder dieselbigen, so offt vnd dück daß geschicht, hatt verbrochen der Gemein zu Bzelsheim 5 \mathcal{L} heller, vnd welcher vff die gemeinen wayde ackert, vnd einen plug darin laß gehen, vnd etwas abackert an solcher Wayde, hatt verbrochen 5 \mathcal{L} heler, den von Bzelsheim zuständig.

Item zum achten weisen die von Bzelsheim, daß sie oder ihre Gemeinde schügen behütten den von Bobenheim ihre Frucht neben der Wayden hier vnd nicht weiter, welches felt Frucht hatt, so lang biß man die sichel anschlegt, vnd weß schadens von den von Bzelsheim oder ihren Vieh von der Wayden Enden geschicht, sollen die von Bobenheim lassen schäzen, vnd den nechsten Sonntag darnach fodern, bey der Gemein zu Bzelsheim wie obgemelt in dritten articoul geschehen, vnd sollen die von Bobenheim deshalb die von Bzelsheim nitt rügen, daß sie ihnen die frucht vff schätzung, so von ihnen beschehen bezallen müsten.

Item es haben auch die von Bobenheim vff den S. Pfingstag

so ihre Knaben gehn Bzelßheim komen reutten vff jeden gemeinßman, der feuwr vnd rauch helt 4 Pfening vnd weher es sach, daß sich einer von Bzelßheim solcher 4 d weigert vnd nicht geben wolte, demselben haben die von Bobenheim macht sein Gattern vff zu heben vnd in eines wüthshauß verseßen zu Bzelßheim vor solche 4 d vnd wo deßhalb ein freßel endtünde, solle der vorteidigen, der sich spertt zu geben die 4 d.

Item wan die von Bzelßheim oder Klein Nideßheim die ersten drey Articul vollen bringen, als den Ersten mitt Verlundigung S. Sorgen Abendt, als morgen Saul Jorgch tag seyn soll, zum andern vff S. Sorgen tag zu rechter tags zeitt komen gehn Bobenheim vnd bringen 8 & 3 hl obgenandt Bobenzinß vnd zum dritten vor 25 heler wein, so haben die von Bzelßheim hiermitt gelöst vnd behalten vnd können die bemelte weyde durch die andere articul, ob sie schon vberfahren vnd nicht gehalten würden mitt keinerley Rechten [NB. zwei unleserliche Worte] — Ende.

Vff Mittwoch des Heyligen Creußfindung an. 1521 nachdem sich Irrung vnd Zwitteracht erhalten haben, zwischen der gemein zu Bobenheim eines, und der Gemein zu Bzelßheim an der theilß, berühren vnd treffent ehliche weyden dreyßig oder mehr durch die von Bobenheim den von Bzelßheim vff den H. Sontag Jubilato genant abgehawen onverkündt, ohn wissen oder willen auch ohne erlangt deß Rechten welches die von Bzelßheim nitt leitlich, darumb ihre Amptleut mit Nahmen die Eblen Ehrvesten jundern junder Konradt Kyber Amptman zu Dürmstein anstatt vnd von wegen deß durchleuchtigsten hochgebornen Fürsten vnd Herrn Herrn Ludwigen Pfalzgraffen vnd Churfürsten vnd Junder Petter von Wachenheim Amptman deß wollegebohrnen Graffen vnd Herrn zu Faldenstein, Lambrecht Hock vnd Beltin Kemtler, vff der von Bzelßheim seitten, vnd die Ehrn Vesten Fro Jost von Bechtelßheim vnd Jhro Philips Faust, beyde Amptmäner, beyde Hern Bischoffs vnd deß Graffen von Nassau vff der Bobenheimer seitten, welche obgenante Amptleut von beyden gemeinden obgenantter jrthumb gehörrt vnd zwischen ihnen einen güttlichen tag gesetzt, solche jrthumb vnderstehn, hin zu legen, welches aber nitt Volge hatt wöln haben, vnd also abgescheyden daß jeglich Gemein bei Jhren Prauch vndt altem herkomen, gewohnheitt vndt gerechtigkeit bleiben sollen, vndt

v. Maurer, Dorfverfassung. II. Bd.

welches theil dem andern nicht erlassen mag dem andern theil, wie sich gebührt, mitt recht zu Heydelberg fürnehmen, vndt ist solcher tag gehalten worden zu Wormß in dem Barfüßer Kloster vff den tag wie obsteht.

Auf dem Umschlag steht mit alter Schrift:

„Klein Nideßheimer Weisthumß ihrer Wapden
 „ halben.
 „ contra
 „Die von Bohenheim als in deren Gemarkten
 „sie gelegen.“

Nr. 8.

Weisthum von Erlenbach.

Auszug außer dem Gerichtsbuch zu Erlenbach, so mannn vnnserrn gnedigsten Churfürsten vnnnd herrn mit Recht daselbstenn weist vnnnd von alter herkommen ist.

Item weisen wir vnnserrn gnedigsten Herrn den Pfalzgr. oder wer daß Büttel Ambt jnn hatt zu Erlenbach vnnnd in dem gawzen Büttelambt vor einen obersten Carstvogt zu richten vber Halß vnnnd halßbein, auch vber Dieb vnd Diebinnen, jeglichen nach seinem Verdienst.

Item weisen wir aber dem gemeltem vnnserrn gft. herrn dem Pfalzgrauen von deß Reichswegen einen Sameler also wo ein mensch herkombt, in daß Büttell Ambt vber Berg vnd Thal, daß nit nachfolgenden herrn hat, daß soll er oder die seinen empfangen, vnnnd den Hoch vnnnd niedere Schöffen, gleich andern seinen aigenen Leuthen in dem Büttellambt, queme aber ein Mann vnnnd wolt den berechten, daß er sein wäre, der soll jnn berechten, daß er sein sey von Mumen vnnnd von Mumen künden vnnnd alles biß gericht her kombt recht sein.

Item weisen wir, theme einer oder mehr in daß Büttel Ambt gewalt zu treiben, in welchen wege daß geschehe, den oder die solchen gewalt treiben, soll deß Reichs Schultheiß abe er die haben mag greiffen oder thun greiffen vnnnd gehn Lauttern in die Burg ain Ambtmanu vberantwortten ¹¹⁾),

11) Erlenbach war offenbar ein altes zur Reichsburg Kaiserslautern ge-

vnnb so verbtte der nit genadt haben mag, ein jgliche nach seinem Verdienst gehalten werden, doch ohnschädlich den Herrn von Otterburg ohngeuerde.

Item weisen wir vnnserrn obgenanten gnedigsten Herrn dem Pfalnzgrauen, ob sich 2 oder mehr in demselben Büttelamt vnnb Strassen schlügen, fiel alßdann derselben einer oder mehr mit dem Haupt in den weg der jeglicher verfiel vnnserrn gnedigen Herrn dem Pfalnzgrauen 30 R Hlr. Schlügen sie sich aber auf der Strassen vnnb fielen ober das Wagenlatze, die freueln vnnserrn Herrn von Otterburg jeglicher 30 R Hlr alß obsteht. So dich daß beschicht vnnb ob jemandt den annndern in dem Büttelamt mit gewapneter hand jaget, ober des Reiches Strassen, der ober die verbrechen vnnserrn gnedigsten herrn dem Pfalnzgrauen alß obsteht jglicher 13 R heller vnnb einen helbling so dich daß beschehe.

Mehr ander herrlichkeit hat das Büttelamt, daß vnnserrn herrn von Otterburg uit berürt, das mann auch an vnnsers gnedigsten Herrn gericht weist so dich vnnb welche Zeit sich gebüret daß doch beschehen soll ohne schaden vnnserrn Herrn von Otterburg an ihren Rechten vnnb freyheiten.

Nr. 9.

Rothenhanßen.

Auszug aus Lagerbuch von 1574.

Der Durchleuchtig Hochgeborn Fürst vnnb Herr Herr Georg Gustauus Pfalnzgraff bey Rheyn Herzog inu Bayern vnd graff zue Velbenz ic. ic. mein gnediger Fürst vnd herr ist rechter herr zue Rothenhanßen. (so lang ire Fl. g. daß Rothenhäuser amptt von Churf Pfalnz Pfandts weyß inuhaben) hatt daselbst vnd soner der statt gemardten zwang vnnb bann gehen: allein alle Ober vnnb herrligkeit, hoch vnnb nidergericht, wildtfang, schazung, freuell, straf, bußen, ainung, auch andere nuzen, jinz vnnb. gefäll. wie hernacherr vnderchiedlich verzeichnett.

Wriges Reichsdorf. Es stant daher ehedem unter dem Reichschultheiß und Reichsamtmann von Lautern.

Renovation des Amtes Rodenhäusen anno 1574. welches
unß dem außgerißenen ersten blat dieses buchs gestanden.

Bernhardi.

Untergang vnd Absteinung meines gnedigen
Herrn guetter.

Schultheiß Burgermeister vnd gericht zu Rodenhäusen
seind schuldig. so oft es die Notdurfft erfordert. meines g. herrn
guether, weit oder nahe gelegen, zu begehen, vnd off begehren,
rein zu setzen, ohn einige fernere besoldung dagegen hatt die herr-
schafft ihnen vor altertß hero jherlich off den Aicher mittwoch ein
Schöffenn jmbß geben, jetziger zeitt aber gibbt mann ihnen vor
vor solchem jmbß — 4 fl.

Weisthums vber die freuell vnd altte herkomen des
Gerichts zue Rodenhäusen.

Ein Fauststreich oder trucken streich. die sich also schlagen.
verbrechen XV β. hlr. ist der herrn.

Die sich bluttrüstig schlagen, verbrechen III lb. 1. helbling.

Bricht einer einen freuell off einen mittwochen. der verbricht
III lib. 1. helbling. ist halb der statt.

Legt der schultheiß der herrn gebott an einen, vnd bricht
er daß freuenlich, der verwürdt III lb. ist das drittheil des
gerichts.

Laufft einer einem in sein hauß. vund übergibbt ihnen darin
ober walttiget ihnen, daß ist der höchste freuell. mit nahmen V lb.
ist der herrn.

Schilt einer einen diebstals. d. steht in d. herrn Gnade
nach erkantnus des gerichtß.

Elaget einer einen gewalbt vonn einem. ohn eruolt rechtens,
der verbricht III lib. 1. helbling. ist ein drittheil des gerichtß.

Elaget einer einen Gradt of einen uneruolt rechtß. der
verbricht den grade.

Legt einer ein gebott an einen mit dem heimburger.
vund veracht das. der verbricht VIII β die seint der statt.

Laufft ein Fraum einer andern in ihr hauß, vund schilt sie
darin. die verbricht 2 mtr keßß.

Bürgerrecht vnnnd Innzugts geltt zue Rothenhausen.

Welcher auß der Pfalnz oder andern herrschafften, es seye mans oder Frauen persohn gehn Rothenhausen zeucht vnnnd burger will werden, der ober dieselb keinen nachuolgend herrn haben, oder ein vnuerrechent ampt tragen. vnnnd zue burger recht innzug geltt geben 2. fl. altter wehrung. ist halb M. gn. Hn. vnnnd halb der statt.

Aber eines bürgers sohn vnnnd burgers dochter die daselbst in zu ziehen begehren, seint nichts schuldig zugeben. aussershalb 6 alb seindt der statt.

Besetzung vnd entsetzung aller der statt Rothenhausen
Ambter vnnnd dinsten.

Zue Rothenhausen hatt mein G. F. vnd Hr. oder J. F. Gn. Ambtleuth zu setzen vnd zue entsetzen, schultheissen, burgermeister. Gerichts leuth. Gerichtsschreiber. Bauw-
meister. Vierer. Pfarrherr. Schulmeister. Glöckner,
vormundtschafft, Kirchengeschworne, Pförtner, Thurn
vnd stattwächter vnnnd dergleichen.

Item anstatt hochermeltts meins gn. herrn. hatt ein Ambt-
man zue Rothenhausen, neben einem Burgermeister. die
Schlüssell zue den pfortten, also daß burgermeister, ohne vor-
wissen oder zuthun eines Amtmans die Pfortten nit öffnen
than oder soll.

Buettel Ambt zu Rothenhausen.

Einem geschwornen buettel. hatt mein gn. F. vnnnd Hr. oder
J. F. Gn. amtman zu setzen vnd zu entsetzen. auch zu besol-
den. vnd hatt ein herrn Büettell von Alters hero zue lohn
gehabt 4 B. Hlr. vnd 2 mlr. Korn.

Der gleichen hatt ein herrn büttell von alters hero, vonn
einem jeden verhaften, inn peinlich oder burgerlicher sachen,
vonn einem jeden gang so er zue ihme dem gefangenen thut. 6 d.
jedoch wirbt solcher lohn nach gestalt der sachen ettwas gemilttert.

Es haben auch das gericht ein sonderm Büettell, den sie
auch für sich pflegen zu besolden. hatt aber weder gebott noch
verbott anzuleg.

Wasen ober weyb gelt zu Rodenhäusen.

Ninn wasenmeister zue Rodenhäusen gibbt von derselben statt vnnnd zugehörenden dörfen walben iherlich jnnns ambtt zu waib gelt. 1. gld.

Vnnndt bericht jehiger wasenmeister. das durch vorige jnn habet des ambts Rodenh. ihme solcher gulden sene nach gelassen worden, bargegen müsse er die vbellthätter so im ambtt zum thodt ver vhrthelitt werden ohnne fernere besolung außset halb eines j m bß hienrichten.

(Nun fehlt ein Blatt.)

Acher velber meinem g. F. vndt herrn eigenthumlich zuustendig. welche vff jhar vnd ziel verliehen. vnd gibt ieder morgen XIII alb jerlich zu zinsß.

Item VII morgen vffm Hipperg geforcht oben zue Jacob Schneider vnnnden Petter Melchior modo Philipp Schwind.

Item VII morgen vffm Hoffacker. geforcht vnder dem gemeinen weg, nachei Dörnbach. stoß oben ahn Ridel vonn jelles Erben.

Item III morgen hinden am hoffacker. geforcht oben zue heinrich vonn morstheim. oben zue Puettels Petter.

Item III morgen bey weßlerborn gef. vnd zue die herrn wieß oben zu der Früemessen altar.

(Nun fehlen viele Blätter die aber spätrhin noch ein gebunden sind, abr bloße Aufzählung von Feldern und Wiesen enthalt.)

Eigene Fischwasser vnd weyher zue Rodenhäusen.

Die Fischbach so zue Rodenhäusen für über laufft genant die Aljenß. wert biß zu ende dero gemarcken. ist bißhero nit gehdgt gewest. sondern haben die burger zu Rodenhäusen. doch kein frembder. darin zu ihrer notturfft zu vischen, haben doch kein sonderlich weisumb darüber.

Item ein klein weyherlein. oder vischbehalter vor der Oberpfortten, im wießgartten, stoß wieder den Fluetiggraben, gegen den weeg. ist sonnstens rings umb mit herrn guth umbfangen.

Item der burgßgraben umb das neuwe hauß.

Item daß krebßbächlein genant die Engellbach, so oben vom langen waldt herab fleußt, zwischen Ruterßborn vnd dem

Baumgarten ist gehägt. Also das mein gn. F. vnd Hr. die überfahrende, so darin begriffen werden nach verbrechen hatt zu straffen.

Gewälbt meinem g. F. vnd Hrn. eigenthumlich
zustendig.

Der waldt, genant die wiebe gemarck stost an die würthweiller gemarck, annder seith an der statt waldt genant der welzheimer waldt. ist hoch waldt vnnb gehägt.

Der waldt genant die Hanauer fleig. geforcht einseith der Kirchen waldt. zue Rodenhausen. ist auch gehägt.

(So werden nun noch 4 Items aufgezählt.)

Nota Vorgescriebene wälde. seind alle lengenmaßen, doch gebandt vnnb gehägt. in welchen M. g. F. vnd herr allezu jagen vnd zu jagen hatt. hoch vnd klein wilbt ic. ic. Doch darff ein ambtman auch ein Hasen schisen auff der Acker seit.

Heden vndt büsch zue Rodenhausen.

Es hatt m. G. F. vnnb herr. noch viel heden vnnb büsch. darin kein bauholz wechset, zu Rodenhausen, welche die burger daselbst vermög gerichtts weisethums haben zugebrauchen. vnnb ihr brennholz darin zu hauen, seindt alle ungemessen, vnnb nicht umbstaint. Könnte auch in specio. sie werden dann gemessen, vndt umbstaint nit verzeichnet werden. Seindt doch ungeuehr vff 200 Morgen.

Zoll vnd standtgeltt vff den jarmärcken zu
Rodenhausen.

Die statt Rodenhausen hatt ihars vier jarmarck. einer vff Georgii des Ritters tag, den andern vff Laurentii. den dritten vff Michaelis. vnd den vierten vff Sebastiani. zuhalten. Alles lauth jnnhabender Freyheits brieff ic. Werden aber nicht mehr als zween Georgii vnnb Michaelis. völliiglich gehalten, doch habender Freyheit die anndern jnmittelt jnn ybung zubringen nichts benohmen.

Vonn einem jeden stücks rindtuhe, so vff gemelten jarmärcken wird verkaufft. gibt d. kauffer 3 d vnd d verkauffer 2 d.

Wenn einem stücks schwein vnd schaff viehe. ist der zoll 3 d dem Schouffer zween vnnb verkhauffer. ein pfenig.

Solcher zoll ist vonn alterßhero dem gericht plieben. vnnb zugelassen worden.

Vergleichen auch daß Standt geltt von den fremern vff gemelten iharmärcken gehalten. ist vor zeitten dem gericht plieben. die huetten damit zubesolben vnd die Marcktag vffrichtig zu halten.

Vngeltt zu Rodenhausen.

Daß vngeltt zu Rodenhausen. ist von einer ohm 5 maß. vom Fuder 30 maß. wirdt nach außschendh. vnnb verkauff des weins bezahlt. vnnb pflegen solches Burgermeister vnd gericht inn zu haben, der statt bauw damit zuhandt habenn, lauth eines Special Freyheits brief: also anfangent.

Wir Ruprecht vonn Gottes guaden Römischer König zue allen zeitten Mehrern des reichs ꝛ. bekennen vnnb thun khundt offenhahr mit diesem brieff ꝛ.

vnnb enndet sich.

Urkundt diß brieffs versiegelt mit vnnserer Rönigl. May. anhanggendem Innsegeß. Gebenn zu Alßey nach Christj geburth. vierzehn hundert jhar vnnb darnach inn dem siebend jhar (1407.). vf den nechsten Freitag nach Sannct Lucas tag. des heiligen Euangelist vnser reichs inn dem achten jhar.

Vonn solchem ingenommen vngeltt seint die vffheber meinem gn. F. vnd Hn. ob dro ambt leutt jhars rechnung zuthun schuldig.

Tregt vngesehr jhars 1. gld mehr ob wenig.

Bett vndt Steuer zu Rodenhausen.

Es hatt M. G. F. vnnb herr vff der bett zue Rodenhausen, jerlich II. R VIII ß hlr vff Martinj fallen vnnbt einn kohnenn. welche einem ambtman daselbst gelieffert werden.

It 1. lb. hlr. vonn den Pordten schlüßeln. so einn ambtman neben einem Burgermeister verwahrlich inhandden.

Die übrige bett pleibt gemeiner statt vnnb tregt jeziger zeit die ganze bett vff III. L. R hlr.

Vnablößige Erb- oder Gelttzins. Tasseltzins genant, vff Martinj vnd zweien tagen hernacher. von nachfolgenden gütern jherlich fallendt.

Nicolaus Sturm:

III ß von einem gartten vor der Nieder Pfortten am Schlag gef.

Hanns Wenßling :

IV δ vonn einem gartten hinter der Mauren gegen dem gefengnus Thurm.

Niclaus Morßheimer:

I β hlr. von einem weingartt am Newenberg.

2c. 2c. 2c. u. f. w.

(Es werden nun noch viele aufgezählt z. B. die Bathstube gibt der gemeine Bauwmeister XII β hlr od ein sirngl salz vonn der bathstuben zue Rothenhausen.

Petter Zerlich :

III δ vonn ermeltem gutt zu Kleinrecht. ist diß jhars wegen des gerichtß gefreht.

Matheiß Schmidt:

III δ . Kleinrecht vonn ermeltem gutt. ist gefrewt wegen des gerichtß.

Barthel Herbart:

II β . vonn einem weingart auch baselbst. ist zehend frey.

Niclaus Sturm,

I β vonn seinem hauß gegen dem amthauß hienüber gelegen.

Adam Krämer VIII β vonn seinem hauß vffm Marck.

Bonhans, III β vonn einem weingardt am Rhor ist zehend frey.)

Rothenheusser ständige Korngültten.

Die Nieder Mühl: XXIV mltz korn gibtt jerlichß ein Inhaber der Niedermühlen, welche nicht außwendig dem stattgraben gelegen, ist ein bannmühl, hatt zween Mahlgeng. vund im fall der besitzer nitt bezahlung hette, hatt mein gn. F. vnd herr solche mühl in zuziehen, vund sich alles auffstands schadloß zumachen gutt macht.

Die Obermühl: XX mltz korn, gibtt jerlichß die Obermühl. Ist kein Bannmühl hatt drey mahlgenge, vundt ist vor obgeschriebene pfacht zue vunderpfandt verhafft.

Rothenhäuser Korngültten Bann Korn genant.

Ein jeder Burger zue Rothenhausen. welcher ein Pferdt hatt,

ist schuldig jedes Jhars meinem gn. F. vnd hrn. von solchem I. mtr. Korn Van Korn genant zuerücken. Welcher aber zwey oder mehr hatt, gibbt vonn solchemn zwey 1. maltter Korn, dargegen aber sie aller Frondbinst erlebiget vund solch Korn jeßig zeit vngesehrlich 27 maltter mehr oder weniger nach anzal der pferdt.

Habern jnn Rodenhäuser gemachten stendig fallend Thaffell zinß genant.

Paulußen Hanß: I. mtr habern, vonn einem velbe vff zwey morgen bey der steinkautten.

Siegel Wagener: I. mtr. vonn eim morgen velbe am Kohlenberg.

(Blatt 56 u. 57 ist voll solchr Aufzehlungen von Feldern mit den darauf hastenden Kornzinßen.)

Stennbiger habern Kleinrecht genant vff Martini mit den Thaffel zinßen, iherlich fallendt, jnn welchen zinßen die Rodenhäuser gericht=Persohnen von altters hero befreyt gewest, wie auch jnn geltt zinßen also genentt.

Hanß Drößer: I. Frnßl habern, vonn der Dagers wischen, ist gefreyt des gerichtts halben.

Georg Heußgen: 1. Frß. vonn seinem hauß.

(u. f. w. von Bl. 57—60. z. B.)

Georg Sprenger: I. Frnßl. vonn einer hoffkatt, ist wegen des gerichtts gefreyt.

Petter Zerlich: I. Frnßl. vonn der Stößlin guth ist gefreyet wegen des gerichtts.)

Rodenhäuser Zehend.

Der Zehend zue Rodenhäusen wirt also getheilt. Mein g. F. vnd herr hatt ein theill. daß wirdt genant der Fürsten Zehend.

Neupolzkirch hatt zwey theill. auß welchen dem pfarher zue Rodenhäusen gebürtt daß drittheill. vund Nassaw daß achttheill. vnd seint gemelte zween zehend von Churfürstlichen Pfalnz Behen, deswegen dann Neupolzkirch vund der

Pfarrer zu Rodenhäusen. jeder ein Fassell sarrn. wie auch gemietter pfarrherr, ein Eber zum Fassell zuhalten schuldig.

Vonn altters hero, wie auch noch. hatt ein glockner dem gericht vnd gemeiner statt zu Rodenhäusen, mit Schreiben d hienem. vnd die Schul versehen müssen, darum er dann auch ein theil am zehenden. vnnnd sonnstens weitters nichts zur besoldung hatt.

Vnnnd seindt diese theil alle, mitt steinen vnnnderschieden. das ein jeder der Bestender weiß wo er pfeiben soll.

Was aber vff denen gütern. die Erb- od Thassell zinh geben jerlichs erwächst, daruon gebürt. J. F. Gn. vonn altters hero der zehend allein. es liege inn was theill es wolle.

Vnnnd khann J. F. G. zehendt zu seinem theill inn gemeinen jharen ertragen 70 od 80 mtr. mehr oder weniger habern.

Die Neupolzkirchisch zwey theyl 50 mtr habern.

Deß Glockners theill 40. mtr habern.

Zinhendt M. G. F. vnd Hrn. allein. zustendig.

Es haben J. F. G. einen zehend, d. Hanawisch zehendt genant, ist ein sonnderlicher bezürk. stößt an Dielnkirch gemarckh vff die Otterbergische gütter inn Rodenhäusen gelegen. welcher J. F. G. allein ein zuthun oder zuuerleyhen gebürtt. Tregett jhars vff XII mtr. habern.

Weitter einen zehendt, genant der Müller zehendt, ist auch ein sonderbahrer bezürk. gegen jmbßweiller vnnnd schweinsweiller hinaus gelegen. wirdt auch sonderlich verliehen. vnd khan zue gemeinen jharen ertragen. XVI mtr habern.

Wiesen zehenden zu Rodenhäusen.

Zuncker Heinrich von Morßheim, modo Bach Jacob vonn Dornbach, modo Dr. Busch: gibbt: l. mtr III Frnßl. vonn Sechsmorgen weinheimers wies geforcht einseith.

(u. s. w. nun werden von Bl. 62 bis 102. noch eine ganze Menge Wiesen aufgezählt und jedes Mahl der in Frucht zu leistende Zins bemerkt.)

Vnabldßige Cappen vff Martinij zu Taffel zinß vonn nachgeschriebenen heussern vnnbt güttern jnn Rodenhäuser gemardten gelegen jerlich fallendt.

Hans Wenzling: I. Cappen vonn seiner hoffstatt beim Spittal gelegen.

Georg Muebings wittib: I. Cappen, vonn ein wingart an Kirschbach.

Philips Schmidt vnd Adam Krämer: II Cappen vonn einer wiesen jnn Duzmans thal.

Wonsheimerin: II Cappen vonn ein Acker bey weillerborn.

Barthel Herbarth: I. Cappen vonn ein gartten jnn Schelmsbach.

Adam Krämer: II Cappen vonn seinem hauß am markt gegen dem Rathhauß.

Philipps Ruche vnd Georg Sponen Wittib: I Cappen vonn ein holzhoff vnnb scheuern.

[u. f. w. wrd von Bl. 105 — 109 eine Menge Häuser, Wiesen, Acker, Weinberge, zc. zc. mit der darauf lastenden Cappen Abgabe aufgezählt.]

Hüner vnabldßig vff Martini von nachuolgenden güttern fallendt.

Oppen geschlecht: II hüner obr alß für eins vonn einer wiesen jnn wiesbach.

Steffan Oligmüller: 1. huen vonn einem wiesen plätzlin bey der Olimüllen.

Gloß Reiling zu Eckenbach. II hüner vonn ein gartten bey der Kandel wiesen.

Nr. 10.

Imbswehler.

Auszug aus Lagerbuch von 1574.

Der Durchleuchtig Hochgeborne Fürst vnd herr herr Georg Gustaus Pfalnzgraue bey Rhein. Herzog jnn Bayern, vnnbt Graue zue Velbenz zc. W. gu. Hr. ist (so lang J. F. Gn. dießes Ambtt Rodenhäusen Pfandsweiß jnn hatt) rechter

ungezweifelter Oberherr zu Imbsweiler. hatt daselbst vnnnd so fern gemelts Dorffs. zwang. Bann. bezürch vnd gemarden gehn, allein den Stab. hoch. Nieder. Ober vnnnd Herrligkeit, gebott vnnnd verbott. Hoch vnd Nieder gericht. wilttfeng ^{11 a)}, freuell. bußen, straffen, vngemessen fron, schazung, volg, reiß. auch andere gefelle. nuzung vndt gerechtigkeit, wie hernach vnderschiedlich geschrieben sticht.

Weisthum b des gerichts zu Imbsweiler, wie das von altters hero vnd noch vff den vngedotten Dingstag, jerlich verlesen wirdt.

Diß hernachgeschriben, ist der herrn Recht, dz die schessen weisen. für ein recht.

Zum ersten, weisen wir vnßern g. F. vnd hyn den Pfalzgrauen vber waßer vnd vber weydt, vber diep, vnnnd diepin, vnd vber vngerechte leutt.

Zum andern mahl. weisen die schöffen dz waßer vnnnd waidt, soll geöffnet sein, aller menniglich so in diesem gericht seßhafft seindt. Dannoß sollen die, die da pferdt dem herren sharen zum jahr vier mahl:

zum ersten zu lenzen,
zum andern zu Braachen,
zum dritten mahl zu Rhürn,
zum viertten mahl die Saath.

Darnach haben die herrn zwen Brhüel hie, wann sie gemeth vnd geseeth seindt. so sollen die armen leuth die nit pferdt haben. dz helff mach mit der herrn Knecht. das die hauffen gemacht werden. Darnach sollen die herrn ihren wagen verschicken. vnd sollen die mitt Ihren Pferdten nachfahren die da seßhafft seindt jnn diesem gericht. Also lang biß dz heuw heim kommet auß den zweien brüheln.

Auch sollen die, die da seßhafft seindt jnn diesem gericht ein tag schneiden. sie haben pferdt oder nicht, auch sollen die herrn dem Schultheußen sagen wann sie geschnitten wollen haben, so soll der schultheiß des nachts den leuthen sagen das sie dz thunt beß morgents, vnnnd wer eß sach dz einer das nit thett, so

11 a) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 96. ff.

soll der schultheiß denselben pfeinden, vor 12 s daß den herren ein gnügen geschehe.

Auch wissent die scheffen die zwen wäldt frey mit namen Esch- vnd Eichholtz, daß niemant soll holzhawen darin. wehre es sach, das niemant darin führe, ohne der hrn erlaubnus, vnd brech dz, der wehre bußfellig. für 30 s. wer es sach dz jemandt seßhafft wehre. inn dem gericht. der da barmen wolt. der soll die herrn bitten vmb dz holz. so sollen die herrn ihm dz nit versagen.

Auch were dürr liegen holz darinnen. so mögen die armen leuth es herauß tragen zu ihrer notturfft. die inn dießem gericht seßhafft seindt.

Auch wissen die scheffen für ein recht, dz der müller inn den Mühlen soll nemen von einem Maltter Kornß. ein Sester. der sechs l. Wirgel thun, holt er es aber ein meißl wegs. so soll er nemmen ein vierling der 4. ein Wirgel thun.

Auch wer es sach, das ein frembder hett off der Mühlen. vnd keme ein einheimischer, vnd wolt mahlen, so solt der Müller dem heimischen mahlen, vund dem frembden abethun.

Auch wer es sach, dz ein armer man seinen vollen nitt hett. so soll der arm man den Müller angreifen, seine Rhue, vnd soll sie hernacher dem schultheissen führen, als lang biß er ihm ein gnügen thutt.

Auch wissen die schöffen für ein Recht. dz die hrn sollen hie haben drey stauffe l. meßigen. ein viermeßigen. ein viermeßigen vnd ein achtemeßigen. Die soll ein schultheiß hinder ihm han, vnd soll ein schultheiß vnd zween schöffen alle vierthel ihars dem wärth sein Stauff bescheiten. Wer es sach dz sich finde. das des wärts stauff zu klein were, so soll der wärth jan der herrn vngnade sein.

Auch wissent die schöffen für ein Recht das Freuell vund bruch sollen sein ein tritttheill des gerichtß. vundt die andern zweitheill der herrn.

Zum lestten, wissen wir zu recht das die gütter. vnser gnebig herrschafft. den schöffen ihars off den tag. so man vngewotten ding heltt. ein imß geben soll. wie vonn altters hero kommen ist.

Item wissen die schöffen mit recht. vier mrl ein virmal habernß

soll ihnen werden vff dem hoff zue Felsbach. vnd drey zehen schilling. als vonn dem hoff zu Otterburg.

Item ein Maltter haberns vff S. Catharinen guth jnn Felsbach.

Frondienst zue Imbsweiler.

Jnn vorgeschriebenen des Gerichts weisthumben ist zu sehen, wie es vonn altters hero mit der Fron seyn gehalten worden.

Aber jetziger zeit. gibbt ein jeder pflügner iherlichs. der herschafft vonn einem pferdt. 13 alb. halb vff Johannis Bapstisten. vnd halb vff weinachten.

Ein handt froner. gibbt jhars 11. alb. auch zu gemelten halben zielen jedes mahls VI alb.

Diemeill aber solch geltt, den vnderthanen vor 24 jharen vffgesetzt ist, sie dargegen der frondienst erlassen seindt worden, so hatt W. G. F. vndt herr, möge vnnnd macht, solch geltt vffzuheben vnnnd die fron zugebrauchen.

Deß frondinsts. ist ein jeder schultheiß seines schultheissen ampts halb gefreyet. wie dann solchs von altters herkomen ist.

Ferner ist ein jeder pflüger schuldig einem ambtman zue Rodenhaußen jhars einen wagen mit holz zu füren, oder aber ein tag zader zu füren, dargegen pflegt man ihnen. zimlich. vnd nach nothdurfft cost zugeben.

Waldt vnd Veldt Nizung zu Imbsweiler.

It do einer zu welken schendlich ohne erlaubnus würde holz abhawen, der verprichtt 30. β. hlr. ist der Obrigkeit allein.

It ein Veldt ober Graßeinung, ist vonn altters hero I. alb. gewessen, gebürt der gemein.

It ein frembter oder außlendischer, der einem schaden thutt, der muß sich mit der den schaden gelitten. der gebüer vergleichen.

Besetzung vnnnd Entsetzung des gerichts, auch pfarrherrs vnnnd Glöckners zue Imbsweiler.

Es hatt mein gnediger Fürst vnnnd herr auch einen schult-

heissen. sambt den gericht's personen. herogleichen pfarhern vnd Glöcknern zu Imbßweiller zusehen. vndt zu entschehen. ohne inntrag menniglich's.

Vnngeltt zue Imbßweiller.

Höchst ermelter M. G. F. vnd herr hatt vonn einer jeden Ohm wein wein, so zue Imbßweiller off den Schauff verzäpfft wirt. fünff maß zue vngeltt, das ist vom fuder 30 maß. vund wirt solcher wein. wie die maß auß geschendtt. ihr F. G. mit geltt bezahlt.

Es wirtt auch solch vngeltt. durch einen schultheissen daiselbst. gegen dem württ gerechtfertigt. vund jedes jhars off Johannis vnnnd weyhenachten, einem amptman verrechnet. der es furtters in seine rechnung zubringen hatt.

Vnnnd da die württschafft vffrichtig gehalten württ. Khan es zu jhars vngeuerlich. XXX f. ertrag.

Wäldt zue Imbßweiller Meinem gnedigen F. vnd herrn zustendig.

It der waldt genant Esch, hinder dem Dorff, vff Imbßweiller gemarcken gelegen, stost vff ettliche Acker Belder gehn Gunterßweiller. vnd vff Sanct Martins gutth, heltt vff 100 morgen vngeuerlich. ist buchwaldt vnnnd vnuersteint.

It der waldt eichholz. ist auch Buchwaldt, gefordtt Gartten hannßen Erben. vnnnden vff Acker belbt.

Ist vngeuehr vff 30 morgen vnnnden vnuersteintt.

Auß jetzt beschriebeneu beyden wälden. haben sich die innwohner zu Imbßweiller. vermög ihres weisthumbs zubeholzen vnd zu Acker zeit ihr viehe darin zu weiden.

Fischwasser vnd eigene weiher zue Imbßweiller.

Die bach so neben imbßweiller hienlaufft. die Alsenß genannt. wehret biß gehn Rodenhäusen vnnnd Furtters den thal hienab. ist kein sonderlich Fischwasser, auch bißhero nit gehegt gewest. sonnder haben die innwohner. doch kein fremdd darinn zufischen gehappt.

It ein weiher bey Imbßweiller gelegen, stost wieder die straß. ist in abgang gerathen. heltt vngeuehrlich vff zween morgen veltts.

It die bach vff der andern seitten, so vonn Gunterßweiller herab fleust, laufft bey Imbsweiller inn die Alsenß. ist gehägtt.

Vnablößige geltt zinz zue Imbsweiller.

Lorenß Jacob vnnnd Steffans Michell. VIII β. vonn Reypolß hannßen gutth.

Gödelß vonn Gunterßweiller I β. II hlr.

Vonn Emerichs Kinder güttern, von Gödelß an sie kommen, geben meine Jundern 7 δ daran zustewer IV β.

(u. f. w. von Bl. 116—119.)

Imbsweiller Korngültten.

Das gericht zue Imbsweiller ist iherlichs mein g. F. vnd hn vnablößiges Zinz. Gerichts Zinz genant. zugeben schuldig — I mlr III Frß korn Lautterer Maßung.

Dargegen pflegt man ihnen iherlichs einen Schöffien Imbs zugebenn. vermög ihres weißthums.

Item vff der Mhüllen vnden an Imbsweiller vff der Alsenß gelegen, zum Schlößlein denen vonn Dhürn zustendig, gehörig, fallen iherlichs J. F. G. vff Martinj. von des wasserfalß wegen. X mlr Rohrn Lautterer Maßung.

Imbsweiler habern.

Vom hoff Schweinßweiller, so vor iharen zum theill vff Imbsweiller gemarckhen gelegen, gut der Raugrauen hoff. gefeltt ihars meinem g. herrn. 20 mlr. habern Lautterer Maßung.

Verzeichnus der güter des hoffs Schweinßweiller, wie dieselben vertheilt vnd im 43 jhar ernewart worden seindt.

(Die Güther selbst sind Bl. 120 u. 121. d. verzeichnet.)

Imbsweiler Frucht Zehent.

Der Frucht Zehendt zue Imbsweiller, wirt in dreitheill getheilt, dauon nimbt Reypolßkirch ein theill, der Pfarrher zue Rothenhausen. das ander theill vnd das Zehen gutth. so ettwan Schmidtberger von Churf. Pfalz zue Zehen getragen haben. daß dritte theill.

Diese Schmittbergers Zehen gefelle, werden durch Landt v. Maurer, Dorfverfassung. II. Bd.

schreiber zue Altzei an gelst vnnb den Kellner daselbsten an Früchten eingezogen vnnb verrechnet.

Der Klein Zehendt.

Wie hieuor der Frucht Zehendt ist abgetheilt also wirdt auch der Klein Zehendt in drei theill vertheilt vnd ein gesamlett.

Vnablößige Cappen zue Imbsweiler.

II. Cappen vonn Johann Reipolß gutt.

Jost Beurer vonn seinem hauß. I. Cappen.

Item. Vonn einem Gartten bey der Badtstuben, auch vonn Grabenmacher vnd Schler an ihn kommen.

(u. s. w. von Bl. 122 - 123.)

Fasnacht hünner zue Imbsweiler.

Einn jede hoffreidt. deren jeziger zeit 30 gibbt jhars. M. g. F. vnd herrn. vff Fasnacht ein huen — thut XXX hünner.

Da aber ein hoffreidt durch absterben der inwohner ledig stünde, wirt daß huon desselben hoffs, biß es wieder bewohnt wirt nachgelassen.

Nr. 11.

Gunters- vnd Geerweiler.

Auszug aus Lagerbuch von 1574.

Der Durchleuchtig Hochgeborn Fürst vnd herr. herr Georg Gustaus Pfalzgr. 2c. ist rechter Oberster Herr zu Gunterß- vnd Gerweiler. (so lanng J. F. G. dieses Ampt pfands weiß inn haben) daselbsten vnd so fern beider dorff zwang vnnbt gemardhen gehtt. haben J. F. g. alle ober vnd herligkeit gebott vund verbott. hoch vnnbt nieder Gericht, freuell. buß vnnbt bruch. wildtfeng, fronbinst, volg, Reiß, schazung, sambt annder Dienstbarkeiten Nuzung vnnbt gefelle. wie hernach vnnderschiedlich volgett.

Gerichtsweißthumb zue Gunterßweiler.

Diß hernachgeschriben recht, weist schultheis vnnbt schöffn des gerichts zue Gunterßweiler M. g. F. vnd hrn zue seiner Obrigkeit.

Zum ersten weisen wir v. g. F. vnd hñ als ein obersten herrn ober brück, vber freuell, vber diep vnd vber diepin, vber halß vnd vber halßbein. vber wasser vnnb vber weydt, vnnbt wann arme leutt zinnß vnd betth aufrichten, so mögen sie wasser vnnbt weidt genießen, zue ihrer notthurfft.

Auch weist das Gericht kein Bannbackhaus, kein bannwein oder kein bannmahl.

It weist das Gericht kein Frehgutth jnn dem gericht auß gezogen den hñ Brühell.

It wer mein schenkt jnn dem gericht. der soll altt maß geben.

Auch weisen wir mit recht vnnßerm g. F. 68 Pfundt heller. vor betth vnnb zinnß vnnb 72. maltter habern.

Freuell. Straff vnnb Buß zue Gunterßweiller, wie die vonn altterß seintt gebethedingt worden.

Item diese hernach geschriebene freuell, weisen die schöffn, durch recht vnnb hant das zu Rodenhausen an ihrem Oberhof geholt. anno 1482 vff Montag nach Johannis Baptiste tag.

It zum ersten ein Fauststreich, oder trucken streich, zwen die sich also schlagen verbrechen XV ß hñr.

It zwen die sich blutrünstig schlagen. verbrechen II ð I. helbling.

It legt der schultheis dz herrn gebott an ein, vnnb bricht er dasselbig freuenlich. der verbricht III ð. Der 3 ð ist ein drittheil des gerichtß.

It laufft einer dem andern freuenlich in sein hauß vnd obergibt ihn darin, oder welget ihn, des ist der höchste freuel mit Nammen — X ð.

It schiltt einer einen diepstall. der steht jnn des herrn gnab, nach erkantnus des gerichtß.

It claggt einer ein gewoldt von einem vneruolgt rechtens, der verbricht 3 ð hñr. I. helbling.

It clagt einer einen streit von einem vneruolgtt rechtens, der bricht den streitt.

Walbt vnnbt velbt Einung.

Welcher Fremdbder oder jnnheimischer, in nachfolgenden wäl-

den ohnerläubt, schädlich holz abhawett, der hatt verwürctt
— 3 fl.

Solch straff haben bißhero die gemeint zu sich genohmen.

Nun velbt einung so bey tag verwürctt würdt ist 6 d.
Daruon gebüeren zweitheill dem gericht vnnb ein theill dem
schützen.

Nun nacht einung ist V ß hlr wirt gleicher gestalt getheilt.
jedoch das deme so schad erlitt nach erlantnus wieder theerung ge-
sehen.

Gerichts besetzung vndt Entsetzung zu Gunterßweiller.

Der Durchleuchtig Hochgeborn F. m. g. hr alß einiger Ge-
richts herr. hatt einen schultheissen sambtt schöfften zue Gunthers-
weiller. zusehen vnnb zu entsetzen.

Kirchen Zinsß zue Gunterßweiller.

Beide Dorff Gunterßweiller vnb Gerweiller seint Filialia
zur Pfarr Imßßweiller gehörig. vnnb ist ein pfarrherr zue Imßß-
weiller schuldig. jedenn Sonntag oder Predig tag gehnn Gunterß-
weiller zue gehn (dahien auch die zue Gerweiller kommen) Vnnb
daselbst. zu Predigen. Daruon hatt er jherlichs zuer besoldung
X ß hlr. XII mlr Korn von der Kirchen zu Gunterßweiller.
VI ß hlr von d Cappellen zu Gerweiller.

Diese Pfarrbinß hatt von Alters ein Pfarherr zue Roden-
hausen. durch seinen Cappelon müßen verschen lassen, dargegen er
den zehenden jnn beiden dorffen genossen.

Vngeltt zu Gunterßweiller.

Von Alters hero ist zue Gunterßweiller kein gar vngeltt ge-
reicht oder vffgesetzt gewest sonnder welcher wein daselbst zum
zapffen gebenn will, soll (vermög gerichts weisßthumb daselbst)
alte maasß geben.

Beth vnnb Steuer zue Guntherß vnnb Gerweiller.

Der Durchleuchtig hochgeborn F. vnb herr zc. mein g. hr.
hatt jherlichs von der betth zue Gunterß: vnnb Gerweiller an geltt
vff Martinj fallen — LXIII ß hlr.

Inn obgemeltten Dorffen. gefallen auch hochermeltt m. g. f. vnd hn zu gemeltter zeit. zu vnablößigen — IV & hlr.

Diese Zinnß beide, werden vff ein gewissen tag, den vnderthanen ernent, durch das gericht zue Gunthersweiller, lautt ihrer habenden register, vffgehoben. vnd volgendts durch den schultheissen dasselbst ein Ampttman zue Rodenhaußen gelieffert.

Nota Ein Ampttman zue Rodenhaußen pflegt ihars vff Martinj. jun die Landtschreiberey gehnn Altzey zue lieffern. LX. f zu 15. bz. wirt gut die Gunterßweiller betth.

Gewäldt zu Gunterßweiller vnnb Gerweiller.

Der walbe Schwamberg. zwischen Gunterß: vnnb Gerweiller heltt vff 20 morgen. ist gehögt. bey straff. 3 f. ist des gerichtts. (u. f. w. wrden die Walbung Bl. 129. aufgezählt.)

Weiber vnnb Fischwasser.

Der weiber oder wöge oben an Gerweiller vnnb in dero gemarden gelegen. genant der Lieb Frauen wage, heltt vff 2. morgen zue wießen worden. vnd ist nit besetzt mitt Fischen, außershalb was auß der hering bach oben herab rhombtt.

Jetzt gemeltt wieß hatt Benedict zu Gunterßweiller zugebrauchen, dargegen solcher jetztgemeltt weiber vnd nachuolgende Bach nach nothdurfft zu tag vnnb zu nacht begehen. Rhan zu zinnß ertragen — I. f.

Die Kребßbach ober vorgemeltt wage hienuff genant die hering bach. geht an bey der Mühlen vff dem wingers weiller weg, vnd fleußt herab biß gehn Gunterßweiller. da wirtt sie genannt. die Moschelbach. kombtt zue Imbßweiller in die Alsenß, vnd ist gehögtt.

Die Bach vff der andr seitt bey Gerweiller. ist auch ein Kребßbach, genant die Rhobach geht oben vonn der heiligen Moschel gemarden an, biß gehn Gerweiller, da kombtt sie in die heeringhbach. ist auch gehögtt.

Korn gefelle zue Gerweiller.

Vff der Mühlen zwischen Gunterßweiller vnd Gerweiller, so jeßo Hannß Müller bestit, gefellt meinem g. hn vom wasserfall. iherlichs vff Martinj gehn Rodenhaußen Lautterer Maßung. III mlr Korn.

Vnnd ist die Mhüll des besizers eigenthumlich, hatt einen gannng.

Habern zu Gunterßweiller. Bethhabern
genant.

Vff der Bethh zue Gunterßweiller hat jerlichs M. g. F. vnd herr fallen LX mlr habern.

It jnn gemelkten beiden dorssen haben j. F. g. zu zinnß habern vff Martinj gehen Rodenhausen fallen — XII mlr. Alleß Lautterer Maßung.

Vnnd wirtt gemelcter habern, wie auch die geltt betth, durch daß gericht, lautth ihres sounderlichen darüeber habenden Regiesters jnngefamlett vnd gehn Rodenhausen vff den Speicher gelieffertt.

Frucht Zehendt zu Gunterßweiller.

Der Frucht Zehendt zue Gunterßweiller ist also getheilte. Nemlich hatt: Meypolzkirchen ein theill, der Pfarrherr zu Rodenhausen ein theill, vnnb auß obigen zwei theilen gebürtt Nassauw daß achte theill.

Wein Zehendt.

Wirt auch jnn drey theill getheilte. vnd entfangen wie der frucht zehenden obgemelctt.

Frucht Zehendt zue Gehrweiller.

Der Frucht Zehendt zu Gehrweiller, wirt auch jnn drey theil getheilte. Daruon nimpt Meypolzkirchen ein theill, d Pfarrherr zue Rodenhausen ein theill, vnnb Sickingen bz drittheill. vnnb ist dieses drittheill etwas größer als der andern zweitheill eins. wirt auch in einem besondern bezirckh eingesamlett.

Ein Zehendt zue Guntherßweiller vnd
Gehrweiller.

Ebener gestaltt wirtt auch der Klein Zehendt zu Gunterß- vnd Gehrweiller, getheilte vnnb gibbt man: vor einn Lamb 2 alsß für einn Fersch 3 alsß, für einn Rhalb I d.

Hüner zu Gunterßweiller vnd
Gehrweiller.

Zue Gunterßweiller vnnb Gehrweiller gibbt jede hertstatt jher-

lichß vff Fastnacht. M. g. hn einn Fastnacht huen. seintt jehiger zeitt zue Gunterßweiller XXX. hertstett. zue Gerweiller XIII. thut XLIII hünner.

Nota. Eß berichten die vnderthanen beyder Dörffer, dz sie ihn vnd allwegen für ein huon geben haben. XII d vnd nit mehr.

Nr. 12.

Der Hoff Masserßbach
jnnß amptt Rodenhausen gehörig.
Lagerbuch von 1574.

Der hoff masserßbach. ob. Maßholderßbach oben an Gerweiller gelegen. gehort mit der nuzung gehn Otterberg.

Eß hatt aber der Durchleuchtig Hochgeborne Fürst zc. mein g. hr. vff gemeltem hoff die Oberkeitt. gebott vnnnd verbott. hohe vnnnd nieder gericht vff denen daruff wohnenden, hoffsleuthen, freuell, straff, buß, fron, schazung vnd ande dienstbarkeiten.

Frondienß.

Die hoffsleutt zue Masserßbach. geben jherlichß. wie auch annndere jnnwohner zue Gunterß: vnd Gerweiller, vonn einem jeben pferdt. für ihre frondinst, die sie sonnstn gleich den andern vnderthanen zuthun schuldig wehren. XIII alß.

Vor altters haben die beide hoffsleutth zue Masserßbach den Betthabern so zu Gunterß: vnnnd Gerweiller gesellt müeßen gehn Alzey lieffern, vnnnd ein solche Fhur haltten die ein fuoder wein zuerschüren gewalttig gewesen ist.

Gewäldt bey Masserßbach.

Der Münchwaldt bey Massersbach. liegt auch vff Gerweiller gericht oder gemarcken. vnd ist dem Closter Otterberg zustenbig.

Jnn gemeltem waldt hatt M. g. F. vnd herr wegen deß Rodenheuser Amptts alle herligkeit. wie auch von alterß herkommen ist die hohe Obrigkeit. zu hagen vnnnd zu jagen.

Gefelle zue Masserßbach.

Vff gemeltem hoff hett M. g. F. vnnnd herr theine stendige gefelle. sondern wie vorgemelt gehört mit der Nuzung gehn Otterburg.

Doch geben die beide hoffsleutth jherlich jeder einn Faßnacht
huon. thuot — 2. hünere. Die seint zu den hünern gehn Sun-
tersweiller gerechnet.

Nr. 13.

K a s e n b a c h.

Auszug aus Lagerbuch von 1574.

Der Durchleuchtig Hochgeborne Fürst vnnb herr. herr Georg
Gustaus. Pfalzgraue bey Rhein ic. hatt zue Kasenbach (die
Zeit dieses Amptts Rodenhaußen wehrenden Pfandtschafft)
alle ober vnnb herrligheitt. gebott vnd verbott. hoch vnnb nieder
gericht, freuell, straff. Buß. wildtfeng. fron dienst. schatzung. volg.
raiß, sambt anderer nuzung. gefelle vnd binstbarkeitt wie hernach
uolgett.

Desß Gerichts weisthumb vber das hochgericht
1499 geben worden.

It zum ersten weisen wir vnserm g. F. vnd hn für ein
herrn vnd Fauth zue Kasenbach. vber berge vnnb thal, als
weitth die vier ohrtt des gerichtß gehen.

It weisen wir ihme auch, bz sie zurichten haben, vber das
blutt, halß vnnb halßbein.

It weisen wir ihn auch wasser vnnb weibt. bz sollen die ge-
mein gebrauchen zu ihrem viehe, vnnb anderer ihrer Nothdurfft.

It weisen wir ihnen auch gepott vnnb verpott.

It weisen wir ihnen auch bruch vnd freuell, als weitth die
vier ohrtt des Gerichts gehn.

It weisen wir auch meines g. hr. Mühle. die Kolben-
mühl zu diesem Gericht für einn Mhl. vnnb wer jnn diesem
Gericht sitzt der soll darein mahlen.

Fronbinst

ist vnnngemessen.

Freuell vnnb buß.

It weisen die Schöffn der herrschafft mit recht, ob sich zwen
schlugen, vnd blutige wunden ober zerrißen wunden machten, ist der
freuell IX R vnd ein helbling.

It Ob sich zwen mit tru cken Feusten schlägen. ist XXX β zum minsten freuell vnd ein helbling.

It ob dieselben zum zweittenmahl lesen vorheischen, so ist der freuell III lb. vnnb ein helbling.

It wehr einer so hochmüttig vnd sich zum drittenmal ließe vorheischen, so wehr es der höchsten freuell. IX β vnnb ein helbling.

It Ob einer ein bekümmertt, oder ettwas mit recht verbietete, vnd dz der bekümmertt auß dem Kummer mit gewaltt gienge, der stehtt in der hñ gnade vnd vngnade.

It wehr es sach das ein Schöff außbliebe, zum vngewotten dings tag, ohn rebliche vrsach. hatt verbrochen VIII β. ist halb des herrn vnd halb des Gerichts.

It ob ein dingsman vngeworsam wehre, vnd außplieb ohn rebliche vrsach. hatt verbrochen XX d. ist halb der herren, vnnb halb des Gerichts.

It wehre es sach das einer ein vffgab thun woltt. der soll den schöffn gebenn ein Golt weins vnnb dem Schreiber IV d zue lohn.

Waldt vnnb veldt Einung zu Ragenbach.

Zue Ragenbach. ist kein genantte waldt oder veldtteinung vff gesetzt. sonnder wer jnn wölden prückig gefunden. der stehtt in der herrschafft straff.

Welcher in einem veldtt schaden thutt. ist dem so den schaden erlitten, nach erkanttnuß wieder lehrung zuthun.

Ader velder zue Ragenbach.

Zu Ragenbach hatt M. g. F. vnnb hr ettliche wüste velder. die man nennett Außvelder, werdenn zum theill jnn drey, vier oder zehen jharen ein mahl gebauwet. darvon gibtt der Bauwan vonn einem morgen ein Wirnzöl der erbaumten frucht. wirdt genantt Medhum. seindt vnngeuehrlich vff hundertt Morgen. mehr oder weniger.

Ragenbacher waldt.

Der waldt genantt der Stalberg bey dem Langenstein, stößt vff die wolffs Rhautt, zeucht neben dem Stalberg hienauß. ist außgesteint. darin hatt mein g. hr zue hagen vnnbt zu jagen.

Die vnderthanen aber habenn sich darin nach notthurfft zu-
beholzen, vnnb zu Adern zeitt ihr viehe darin zu weiden.

Vnablößige Geltt Zinß.

(Nun Bl. 138 b. aber leerer Raum.)

Vnablößige Wein zinß zue Cagenbach.

(Ebenfalls leerer Raum Bl. 139.)

Vnablößige Rhorn zinß zue Kagenbach.

Matthis Henn I mlr. vonn einem selbt oben an der Kan-
delwießen.

Kolbenmühl. XII mlr vff der Kolbenmhülen. vnden an
Kagenbach gelegene iherlicher psacht.

Spelß zinß zue Cagenbach.

II mlr III vrlg Gericht Zinß genant. Pfflegt ein Schult-
heiß daselbst ein zusamlen. lautt sonderbahrem darueber habendem
Regiesters.

Habern stendig zue Kagenbach.

Belttin Deder vnnb Philips Zieppf I mlr vonn VI
morgen jnn Berlenbach, geforcht nach Kagenbach.

(u. s. w. Bl. 140. noch mehr Items.)

Habern stendig zue Kagenbach fallenbt, Holz-
habern genant.

Ein jedweber jnnwohner zue Cagenbach welcher ein pferdt
zue shur heltt, ist iherlichs vff Martinj. meinem gnedigen herrn
zugegeben schulbig — II mlr habern.

Welcher zwey pferdt heltt III mlr.

Welcher aber 3. 4. oder mehr heltt. gibbt IIII mlr.

Ein einspenniger ob. handtfröner ist schulbig II mlr.

Alles vff bestimbitten tag mit ihrer shur gehn Rodenhaußen
zulieffern. treggt zue gemeinen iharenn — LVIII mlr. mehr oder
wenig.

Vnnb wirtt jetzt gemelttter halzhabern iherlich durch das ge-
richt geruet vnnb besetzt. volgents jnn bey sein des schult-
heißen daselbst, vnd dem Büttell zue Rodenhaußen vff
gehoben vnnbt eingesamlett. deß gibbt mann ihnen zwey hūe-
ner vonn Fastnacht hūnern zuzuergehen.

Hergegen haben sich die inwohner zu Eagenbach auß vorgehendem waldt genantt der Stolberg. nach nothdurfft zubeholhen vnnb zue Ackern zeitten, ihr viese darin zu weyden.

Weinzeheendt zue Eagenbach.

Der wein zehendt zu Eagenbach wirt nachuolgender weiß vertheilt.

Erstlich nimptt M. g. F. vnd herr ein theill ist außgesteintt. vnnb hatt seinen sonderbahren bezirckh.

Reypolzkirck nimbt zwey theill. davon gebürtth dem Pfarrher zue Rodenhaußen das drittheill. vnnb Nassau das achttheill.

Frucht Zehendt.

Der Frucht zehendt zue Eagenbach württ also getheiltt: Wein g. F. vnnb hr. nimbt ein theill. Reypolzkirck zwei theill. Daran gepürt dem Pfarrher zue Rodenhaußen dz drittheil. vnnb Nassau das achttheil. vnnb hatt ein jeder sein besonndern bezirckh.

Kleinn Zehendt.

Am Kleinen zehenden hatt mein g. hr Rhein theill. sonnder gepürtt Reypolzkirck vnnb dem Pfarrherr allein.

Hüner zu Eagenbach stendiger gefell.

Ein jede hertstatt zue Eagenbach gibbt iherlichß M. g. hn ein Faßnacht huon seindt jehiger zeitt — XXXVI hüner.

Dagegen gibbt man iherlichß hüner zuuerzehren. so der holzhabern wirt auffgehoben.

Hanen.

Mehr gibbt ein jeder inwohner zu Eagenbach jeglicher einn jungen hanen, holzhanen genantt. ober I alb darfür. treggt jehiger zeitt XXXVI.

Nr. 14.

Mannweiler.

Lagerbuch von 1574.

Der Durchleuchtig Hochgeborne Fürst vnnb herr herr Georg

Gustaus Pfalzgrawe bey Rhein Herzog jnn Bayern x. mein gnebiger herr, vnnnd dann Friederich von n Flerßheim haben jnn gemeinschafft alle Ober: vnnnd herligkeit. frondinst. freuell. Geboth vnnnd verbott. hoch vnnnd nieder gericht. Buß vnnnd Straff zue Mannweiller sambtt anderer gerechtigkeit wie hernach volgen wirdt.

Doch hatt mein gnebiger herr jnn gemeltem dorff vonn alster hero den wilbtfang allein.

Weißthumb des Gerichts zue Mannweiller.

Anno 1519 vff Appolonien tag. ist diß gerichtsbuch durch den Durchleuchtigsten Hochgebornen Fürsten vnnnd herrn. herrn Ludwigen Pfalzgrauen Churfürsten, vnnnd Junder Hannßen vonn Flerßheim als gerichtsherrn zu Manweiller vsgericht vnd gemacht. Also:

Zum Ersten sollen thommen sieben schöfften ohnne verbott desselben gericht vff dinstag nach S. Antony tag gehnn Mannweiller vnnnd sollen alda den herrn ihr Recht weisenn. vnnndt weisset der schöfften mitt dem Eyde.

Zum andern die Gerichtsherrn vnd ihre Erbenn seint oberste Fauth vnnnd herrn, als weitt die vier ohrtt des gericht ghan. ober berg vnnnd thal, ober waßer vnnnd weydt, ober dieb vnnnd ober diebin, zurichtten ober halst vnnnd halßbein. vnd ober vngerecht leutth.

It ob jemandt wehre, der Gutts oder rechtts darinn hette. den entweisset man nichtt.

It weissent auch die schöffenn mitt recht. das vnnser Gnebig herrn habenn ein Lohmühl jnn ihrem Gerichtt.

Auch weiset der Schöfften fort mit dem Eyde, wehre es sach das der Müller, dem Armen seinen sellenn nit engebe, vnnnd mehr nehme dann seinen rechtten Maltter. so hatt er die macht. das er dem Müller ann sein schur mag tosten. vnnnd sich daran halten bis er dem Armen seinen sollen thutt.

Die obgemelten gerichtsherrn haben einen Oberhoff geordnet vnnnd erlangt zue Rodenhaußen.

Freuell meinem G. herrn vnd Flerßheimern
zustennbig.

It weist der schöfften mit dem Abt. wer es sach das zween

oder mehr so muthwillig wehren vnnb zusammen fhielen vnd schlügen sich vnd mächten blutige wunden. die hetten verprochen 9 \mathcal{B} ein helbling beiden herren.

Wer es aber sach. das sie sich mit trucknen streichen schlügen. so hetten sie verprochen den minnsten freuell. ist XV β . beiden herren.

It wehr es sach. das ein etwas mitt recht verbotten würde, mit einem Schultheußen jnn beywesen eines Schöffen. oder mehr dz einer dann so muthwillig wehre vnd verachtet, der hatt verbrochen den herrn 9 \mathcal{B} I. helbling.

It wehr es sach, das einer den annndern bekümmert, jnn diesem gericht zue Mannweiler vnnb das der herrn gebott an einen gelegt würde durch den Schultheußen. oder ohngeuerbe durch ein geseffenen Mann. jnn diesem Gerichtt. Ob dann der bekümmert ist des Rhummers vnd die gebott verachtet, der hat verprochen 9 \mathcal{B} 1. helbling den Gerichtts herrn.

Fronndinst zue Mannweiler.

Ein jeder jnnwohner zue Mannweiler. ist schulbig gehnn Rodenhausen ein Tag jhars. vff seinen Costenn mit der handt zu frönen. oder III albus dafür zugeben. Da man ihnen aber die Cost gibbt scind sie schulbig zween tag zu fronen.

Ebener gestaltt seint die Flerßheimische auch zu frönen schulbig.

Jnnzugtß oder Burgerrecht zue Mannweiler.

Welcher außlendischen sich zue Mannweiler nied laßt. der ist zum jnnzugt schulbig II gld. Daruon gebürt der Obrigkeit ein gulden vnnb der vbrig gulden der gemein.

Aber einnes jnnwohners sohn. der sich an ein frembbe oder außlendische verheurath, ist schulbig zum Einzugt I. gld. ist halb der Obrigkeit jnn gemein. vnnb halb der gemein.

Fisch Bach.

Die Bach bey Mannweiler genant die Alsenß haben bißhero die jnnwohner zu fischen gehabt außershalb jnn dem Rhüldeuch. ist der Obrigkeit vorbehalten vndt gehögtt.

Tagett.

Zue Mannweiler hatt Mein g. herr vnnb der vonn Flerß-

heim zu jagen vnd zue jagen alleine, vnnnd sonnst niemant mehr wie vonn altterß herthommen ist.

Fastnacht Hüener.

Ein jede hoffstatt zue Mannweiler. ist schuldig beiden herrn ein huon zuentrichten darin dann auch gerechnet acht haußgesetß zue Oberndorff, welche junß Gerichtt Mannweiler, mitt ob angeregtten diastbarkeiten gehören. thutt zum halbentheill meinem g. F. vnnnd hn. — 19 hüner. mehr oder weniger. Vnnndt seindt die Rhinbtbetterin solcher hüner gefrewtt.

Nr. 15.

Dornbach.

Lagerbuch von 1574.

Zue Dornbach hatt Keyppolzkirch die Obrigkeit, gebott vnnnd verbott. Jedoch hatt mein g. F. vnd herr daselbsten etliche vnnnd mehrer theill Leibeigene leuth, auch den wilbtfang. vnnnd vff denselbenn Fronndienst. auch gebott vnnnd verbott. sambt etlichen gesellen wie hernach volgtt.

Fronndienst.

Die Fronndienst vff meines g. F. vnd herrn Leibeigenen zue Dornbach vungemessen.

Schätzung.

Schätzung vnnnd Anlagen hatt bißhero Keyppolzkirch vff meines g. hrn Leibeigenen eingezogen. [Mit späterer Hand. — nun nit mehr sondern pfalz Simmern.]

Pfarrherr zu Dornbach.

Die jnnwohner zu Dornbach haben theinen eigenen Pfarrherr. sonnder Pfarrhenn gehn Rodenhausen. wie dann ein Pfarrherr zue Rodenhausen auch ein theill am frucht gehenden daselbst hatt.

Hergegen seindt die schuldig jnn Kirchen Bemen neben annbern Filiallen. denen zu Rodenhausen zu Steuer zu lohmen. wie dann solches alles von altters ist hergepracht worden.

Geltt Zinß zu Dornbach.

VI alb VII d hatt jherlichß mein g. F. vnd h. zue Dornbach vff Martinj zu zinß fallen. Gerichts zinß genant

Wirtt durch einen Schultheußen daselbst gehn Rodenhaußen gelieffert.

Vonn besetzung des Gerichts zue Dornbach.

Das Gericht zue Dornbach ist mit Nydts Pflichten der Obrigkeit zue Rodenhaußen verwandt. wie dann vonn Altters herkommen ist, das sie in Abwesen der Obrigkeit einem Schultheußen zue Rodenhaußen geschworen vnnnd gelobbt haben.

Dornbacher Habergeselle.

II mlr habern gefallen iherlich meinem g. hrn vff Martinj zue gericht's zinnßen.

III mlr habern vonn der Ramgrauen wießen daselbst.

Holzhabern zue Dornbach.

Ein jeder inwohner zue Dornbach gibt jhars meinem g. hrn vonn einem pfert so er inspannet vff Martinj. 2 mlr holzhabern.

Ein einspeniger auch souiel. vonn zwey pferden 3 mlr. vnnnd furtters souiel pfert er heltt 4 mlr.

Jedoch ist ein wiedman vnnnd wiedwe. so lang sie in wittwen stanndt bleiben, solches auch ledige heußer sein, dessen gefrewett.

Dargegen ist man einem schuldig der bawen will 9. stück holz auß meines g. hrn gewölbt zuraichen.

It dem gericht so gemeltter habern gerüget württ 2 mlr. vnnnd I huon.

VI maltter habern vom hoffgüttgen zue Dornbach, hie nachuolgent beschriben.

It jnn der langwießen. ist velbt vnd wießen stoß vff ein seitt vff die Kirch wieß zu Imbsweiler vnnnd vff das Früemessen guth zue Rodenhaußen, zeucht neben dem Olberts holz hienauß ist vnngeuerlich vff 60 morgen.

It XII morgen. vff Schwingen wießen, geforcht einseitt der Kirchen zue Imbsweiler wieß. gibt jeko jacob Rueffer zue Dornbach.

Faßnacht Hüener.

Zue Dornbach gibt jedes hoffreide so bewohnt württ, ein huon vff Faßnacht. thuth jeziger zeitt vff — 22 huener.

Daruon gebürt meinem g. hrn das halbe vnnnd Keynpolts

Kirchen das ander halbttheil jedoch ist ein wittman oder wittwe inn ihrem wittwen standt gefrehet.

It ein jeder innwohner weß hernschafft der seye gibbt ihars meinem g. hrn ein holzhanen. oder ein jung huon. Daran hatt Keyppolzkirche Rhein theill. jedoch ist ein wittman vnnb wittfrauw. inn ihrem wehrenden wittwenstandt dessen gefrehet.

Nr. 16.

Rußweiler.

Auszug aus dem Lagerbuch von 1574.

Das Gericht Rußweiler, ist ein sonderbahrer bezürdch. vnnb jnns Ambtt Rothenhausen gehörig. mit aller Ober: vnnb herrligkheit gebott vnd verbott, hoch vnd nieder gericht. stoß wieder Ruperts Erthen gemardhen, oben zu an Wergenthaler. vnnbt vnnnden zue an würkweiller gemardhen.

Rußweiller Mhül.

Die Mhül zue Rußweiller. vff. Pfsalnggreuischer Obrigkeit grundt vnnb boden gelegen, gibt iherlichs vff Martinij jnns Ambtt Rothenhausen VI. mlr Korn.

It einn jeder Mhüller inn gemelter Mhüllen ist schuldig einem Ambttman zue Rothenhausen iherlichs vonn Georgij des Ritters tag an biß das der erste Schnee gegen wintter felst, inn der weide 12 stück rindt uiehe zu helkten, vnnb einen sonderu hürtten vff sein des Müllers costen vnd lohn darzu zubestellen.

Der innhaber der Mhülen aber soll nit mehr viehe in gemelter Mhülen halten dann elff stück. wie dann das alles vonn altterß herthommen ist.

(Mit späterer Hand folgender Zusatz):

Nota weihle nunmehr keine mühl mehr im rußweillr gericht, sondern nur ein Haus worin man wohnen kan, welches Erbhestand der Johannes Berck vff seinen costen erbawet, als habe er meltu beständer (welcher sonst weder mit noch meinen Vorfahren niehmahlen nichts dißsalß endrichtet, vorgebenden, daß zu selbiger zeit, mehrere werth vnd gebuckte wiesen, auch eine mühl darbey gewesen, so aniso nicht, sondern noch iber zu mit den zoll beschwehrt seye) dahin in der gude persuadiret, daß derselbe umb fried lebens willen, vnd damit er heuth ob morgen von mit oder

meinen vnabngesochten bleiben möchte vor haltung des viehs jährlich solchs Moler haber endrichten vnd obstatten soll. Geben den 29ten July 1603.)

Wiesen in Rußweiller Gerichten gelegen, meinem
g. herrn zuestennbig.

It ein wieß genant die Scheuß wieß geforcht nacher Rup-
rechts erkhen M. g. hn waldt inn Rußweiller gericht gelegen.
stoßt vff die Bach.

(u. s. w. Bl. 152. noch mehrre aufgezählt.)

Wälde zu Rußweiller.

(Bl. 152 u. 152 mehrere aufgezählt.)

Weiher vundt Fischwasser zue Rueßweiler.

Der weyher oben an der Ruoßmühlen heltt 3 morg veldts.

It die Krehß vnnnd Grunndelbach gehet bey der Whülen an
biß vff werßweiller gemarchen, vnnnd ist gehägtt. Also das nie-
mandt darinn zu fischen hatt. bey straff meines g. hn.

Nr. 17.

Späteres Lagerbuch von Rodenhäusen, Jmsweiler,
Guntersweiler, Gerweiler, Razenbach, Mannweiler
und Rußweiler im Auszug.

Das in Nr. 9 bis 16 erwähnte Lagerbuch von 1574 wurde
späterhin noch einmal renovirt, und zwar unter der Regierung
des Pfalzgrafen Karl Philipp. Denn es heißt im Anfang die-
ses späteren Lagerbuchs.

„Rodenhäusen.

„Der Durchleuchtigste Großmächtigste Fürst und Herr, Herr
„Carl Philipp Pfalzgraff bey Rhein, des Heyl. Röm. Reichs
„Erß Truchßäß und Churfürst in Bayern zu Göllich, Cleve und
„Berg Herzog, Fürst zu Mörsß, Graff zu Veldeus, Sponheim,
„der Marck und Ravensberg, Herr zu Ravensstein zc. zc. mein
„gnädigster Churfürst und Herr ist rechter und ungezweifelter
„Herr der Stadt Rodenhäusen, hat dazselbsten und so weit der
„Stadt gemardt zwang und bann gehet allein alle Ober und
„Herrlichkeit“ zc. zc.

Und auf dem aller ersten Blatt heißt es:

„Verfertigt durch Hofcammer Rathen und Rastireren als ehemahligen Ambtskellern zu Rodenhäusen Franz Caspar Uberbruck.“

Mit späterer Hand wurden aber mehrere Zusätze gemacht.

Dieses spätere Lagerbuch stimmt fast wörtlich mit jenem von 1574 überein. Nur die Sprache ist moderner, und als Strafe ist gewöhnlich statt der alten R u. heller, fl. u. kr., also eine höhere Strafe gesetzt.

Zugesetzt ist nur in:

Rodenhäusen (pag. 3—5.)

Rodenhäuser Frohndienst.

Die Unterthanen zu Rodenhäusen, welche Pferd und Geschirr haben, seindt mit keinerr Frohndienst verbunden, sondern geben jahrs von einem Pferd ein halb Malter Korn, welcher aber zwey, drey oder mehr Pferd hat, auch ein Malter Korn.

Die andern so keine Fuhr haben, seyn meinem gnädigsten Herrn jährlich ein Tag mit der Handt zu frohnen schuldig. Dagegen ist man ihnen schuldig zimlich Essen und Trinken zu geben, ober einem des tags 12 d.

Und hat biß anhergemelte Handtfrohn ein Amtmann in der Hew Erndte zu gebrauchen gehabt, und dagegen die ermelte Beschwehrung getragen.

Da auch die Herrschafft Winters zeit wolte jagen, mögen die Inwohner darzu erfordert und gebraucht werden. Doch auß keiner Gerechtigkeit pflegt man ihnen Essen und Trinken zu geben.

Waldt und Feldt einigung zu Rodenhäusen.

Welcher in meines Gnädigsten Churfürsten und Herrn eignen Hochwäldern die geheegt und gebahnt seyn, bau- oder Brennholz abhauet, der stehet in Höchstermeltes meines gnädigsten Herrn Straff, und ist den Schützen oder Jäger ein Inheimischer verfallen umb 15 fr. ein Außländischer aber 30 fr.

Vnndt seyndt der gebahnten Wäldte hernach sonderlich verzeichnet.

Welcher aber in der Stadt- und Kirchen Wäldern die gebahnt und hernach verzeichnet seindt, bau- oder sonst unschadnäßig holz

abbauen, die Straff gebühret halb Meinem Gnädigsten Herrn, das ander halb theil dem gericht.

Feldt einigung zu Rodenhausen.

Eine Feldt einigung so bey Nacht geschicht, ist 24 kr. halb der Stadt und halb des Schützen.

Ein Feldteinigung die beytm tag geschicht ist 6 d und gebührt dem Schützen.

Ein außländischer aber, der also im Feldte etwas verbricht, ist der Herrschafft nach gelegenheit des Schadens schuldig einen Abtrag oder Frevel zu geben und dem Schützen einen Gulden, es seye ein Tag oder Nachteinigung.

Welcher aber auff meines Gnädigsten Herrn eigenen Güttern schädlich befunden, oder stehet in Höchst ermeltes Meines gnädigsten Herrn Straff und gebührt dem Schützen von einem Inheimischen 15 kr. und von einem Außländischen 30 kr.

Ferner ist zugesetzt: p. 638 u. 639 u. 640.

Wie nun der Frucht Zehenden hiervor unterschiedlich abgetheilt ist, also wird auch der kleine Zehenden daß ist, Kälber, Lämmer, Ferkel, hanff, Cappes und Obes Zehenden von den häußern und Güttern eingesamlet:

Und hat bißher der Zehenden von einem jeden Kalb ertragen 2 d.

Item vom zehenden Lamb 2. alb.

Die Ferkel ist man schuldig in natura zu liefern id est das zehende.

Deßgleichen die Lämmer, wo die nicht gutwillig mit gelbt bezahlt werden genommen.

Wie meinem Gnädigsten Herrn uf den güttern die Tassel zins bar seyn der Fruchtzehenden zu vorderst gebührt, also istß auch mit dem kleinen Zehenden uf denen Häußern die Tassel zins geben,

Undt werden die kleinen Zehenden gemeinlich den beständern der Fruchtzehenden gelassen und ein zu haben vergönnet.

Leibeigene Leuthe zu Rodenhausen.

Zu Rodenhausen haben Ihre Churfürstl. Durchl. keine Leibeigene, sondern lauter freye Leuthe, es seye dann Sach, daß einer auß dem Ampt dahien ziehe, kan auch keiner zum Bur-

ger so ausländisch angenommen werden, er habe dann seinen Freybrieff und 200 gulden beybringens.

Zugesetzt ist in:

Zimbshweyler pag. 674 bis 677.

Der Churfürstl. Pfaltz Leibeigene Leuth zu
Zimbshweyler.

Rheinhard German, Schultheiß und sein weib Magdalena sambt drey Töchtern, seinbt alle pälzisch.

Valentin Lenz sambt seiner Frauen Anna Catharina, ein Sohn und eine Tochter.

Georg Steinmez sambt seiner Frauen Anna Elisabetha, zweyen Söhnen und einem Töchterlein.

[2c. 2c. 2c. So werden noch 14 mit Frauen und Kindern aufgezählt.]

Diese All obgemelte seynd Ihro Churfürstl. Durchl. zu Pfaltz meinem Gnädigsten Herrn mit Leib eigenschafft verbunden, und hat keine andere Herrschafft an solchen etwas zu suchen.

Zugesetzt ist in:

Gundersweyler und Göhrweyler pag. 682 u. 683 b.

Frohnd Dienst.

Daß Dorff Gundersweyler und Gerweyler haben keine gemeyne Frohnd, sondern seynd die Inwohner Meinem Gnädigsten Churfürsten und Herrn, jederzeit mit Frohnddiensten zu gehorsamen schuldig.

Jeboch ist ihnen, wie auch denen zu Zimbshweyler solcher Frohndienst ungefehrlich an. 1550 uff ein geldt gesetzt worden.

Nemlich ein Pflügner giebt Jahrs von einem jeglichen Pferdts daß er einspannet 13 alb halb uff Johannis Baptistae und das andere halbe Theil uff weynachten.

Ein handfröhnen giebt jährlich 11 alb für seine Frohndienst, auch zu gemelten zwey ziehlen.

Solches Frohndgeldt ist deme Unterthanen an. 1699 gbgft erlassen worden, dahingegen müssen solche die herrschafft. Früchten auff 6 stund wegs führen, wie dann gnädigster herrschafft frey stehet das Geldt ein zuziehen ober davor die Frohnd in natura zu gebrauchen.

Undt nachdem alle Einwohner beeder Dörffer vor alters schuldig gewesen der herrschafft Reeben in den Weinbergen oder Frucht in der Erndte zu schneiden.

Ist ihnen solche Dienstbarkeit auch an gelbt an geschlagen und giebt jeder Jahrs dafür 12 Pfening, wird genant Schneidgelbt.

Da aber ihnen den unterthanen gemeld frohn und schneid gelbt würde nachgelassen, seind sie wie von Alters hero mit pferdten oder der handt zu frohnen schuldig.

Ferners ist ein jeder Pflügner schuldig, einen Ambtman zu Rodenhaußen Jahrs ein Wagen mit Holz, daß ist, ein Claßter zu führen, oder einen Tag zu Acker zu fahren, dagegen pflegt man ihnen ziemlich und nach Rotturfft Kost zu geben.

Der vorgeschrieben Frohndienst ist ein jeder Schultheiß von wegen seines Schultheißens Ampts gefreyet, wie dann solches von Alters herkommen ist.

Ferner ist p. 699 zusezt:

Folgender Churfürstl. Pfalz Leibeigene Leuth zu Gunderswehler.

(Nun folgt mit anderer Hand und neuerer Schrift ein Original Rescript):

Schultheissen Gunders- vnd Gdrweiler wegen, Männer Weib vnd Kindter mit Nahmen Churpfalz leibeigenschaft gehörend als volgt:

Peter Koch schultheiß sein Frau Catarina haben zwen Söhn Churpfälzisch.

Nickel Greiß wittib 2 Söhn ein Tochter vnd ein Tochter Man mit Nahmen Michel.

Johannß heyn sein Frau Catarina Drey Söhn vndt ein Tochter.

(Nun werden noch 27 Mit Namen nebst Frauen und Kindern aufgezählt.)

Sign. Gundersweiller den 22ten Decbr 1716 Peter Koch schultheiß, des Churpfalz leibeigen.

Zusezt in:

Casembach p. 714 u. 715:

Frohndienst.

Die Inwohner zu Gagenbach haben keine gemessene Frohn, jedoch ist ihnen solche, wie auch andern Ampts angehörigen uff ein Geld gesetzt uff wiederzuzahlen.

Nehmlich giebt ein Pflüger von einem Pferd daß er einspannet jährlich 13 alb. halb uff Johannis Baptistae und das andere halbe Theil uff Weynachten.

Ein handfröhner giebt jährlich zugemelten zweyen Ziehlen 11 alb. jedesmahl $5\frac{1}{2}$ alb.

Ferners ist ein jeder Pflüger schuldig, Jahrs ein Wagen mit holz, daß ist ein Glastter nacher Rodenhäusen einem Amtman zu führen, oder einen tag zu Acker zu fahren, dargegen giebt der Amtman ihnen ziemlich und nach Nothdurfft die Kost.

Der obgemelten Frohndienst ist ein jeder Schultheiß von wegen seines tragenden Ampts gefreyet.

Solches Frohngeldt ist denen Unterthanen an. 1699 gnädigst erlassen worden, dahingegen müssen solche die herrschafft. Früchten auff 6 stund Wegs führen, wie dann Gnädigster Herrschafft frey stehet das Geldt ein zu ziehen, oder davor die Frohnd in natura zu gebrauchen.

Ferner zugefetzt p. 731:

Der Churfürstl. Pfalz Leibeigene Leuthe zu
Gagenbach.

(Nun mit anderer späterer Hand.)

1. Hans. Schulz Nicolauß Moßes, ein Frau, 1. Sohn
Wihlein Jörg Moßes mit seiner Frau undt ein Kindt.

2. Hans Valentin Eberhardt, gerichtsmann, 1 Frau.

(u. s. w. Es werden von 28 Häusern die Familien genau aufgezählt.)

In Mannwehler ist zugefetzt p. 744 u. 745.

Der Churfürstl. Pfalz Leibeigene Leuthe zu
Mannwehler.

Friedrich Weinkauff Schulthiß Anna Margretha sein weib
nebst 6 Kind.

Hans Peter Rapp, Anna Margretha sein Hansfrau samdt
einem Kind.

[2c. 2c. 2c. u. so werden noch 18 Familien mit Frau u. Kindern
aufgezählt.]

Von diesen leibeigenen zahlt jede Mans Person jährlich zur Ampts Kellerei auf Martini 6 kr welche vom Schultheiſſ des ortſ gehoben und geliefert werden.

Zugeſetzt in:

Dornbach pag. 760.

Churfürſt. Pfalz Leibeigene Leuthe zu Dornbach.

Ob ſchon die mehrſten Unterthanen daſelbſten Churpfälz. Leibeigene und zum theil wildtfäng, ſo wollen doch die Reypolſkirchiſche Theils das laudum Heilbronnenſe und theils öfters angezogene reunion vorſchützen und keine Leibeigene daſelbſten geſtehen.

In Rußweyler iſt zugeſetzt p. 764 — 793.

ein langes Verzeichniß der Äcker und Wieſen, mit ihren Begränzungen und Angabe ihrſ Beſitzer.

Die Originale der erwähnten Weiſthümer und Lagerbücher (Nr. 1 biß 17.) befinden ſich im Kreisarchive zu Speier.

Nr. 18.

Kanzelgericht zu Oberbeerbach.

Archivaliſche Note über das Kanzelgericht zu Oberbeerbach
de an. 1498.

Anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo octavo han ich Conradt Armbrocker, paſtor vnnb vorweſer der kyrchen hie zu Oberbeerbach uff ſontag nach ſant Peter und Paulſtag der heiligen apoſteln Canzelgericht gehalten. In Byſtzung der her nach gemelten eydt geſchwornen mit namen Nicolaß Webers, Leonhart Biſchoffs, michel Stumps, Hans Burgers, vnd gefragt den ſchoffen nach alten herkommeß, gewohnheit vnd wyſthums.

Zu dem erſten, weß gerechtygtyt, Herrlichkeit vnd Fryheit habe eyn paſtor von der pfarrkirchen alhye zu Oberbeerbach?

Wyſet der eydtgeſwornen, ut supra, von dem Opfer waß geſallet in den Stoc vor dem bildt iſt eyn trittel deß paſtors, nichts vßgenommen.

Item alles was uff den altar geſellet, iſt alleyn eyns paſtors.

Zu dem ander moel, weß eyn glöckner eynem paſtor ſy ſchuldig vnd pflichtig ſy zu thun, vnd wy eyn pharherr wydderum halten ſol den glöckner vnd ſchuldig ſy zu thun?

Wysset zu recht der schoff: der glockner sol alle morgen in den Pfarhof kommen, fragen ob der pastor geschicket sy-messe zu lesen? In der woche, als der pfarre begert, eyn karn vol holz haben (holen). darumb sol der pfarrer em eyn soppen geben, vnd eyn trock mit win.

Item wysset der schoffe: abe eym pastor noyt were eyn gewerke ober selbt, sol eyn glockner alle wochen eyne mile laufen.

Zu dem Drytten von Zehen. (Zehenden) henn ich gefragt: was man schuldig sy von dem gebot gottes zu verzeihen den?

Wysset der schoff, und spricht: Alles, daß, daß der wynt beweget, vnd der regen besprecet, sol zehendet werden, vßgenommen honne vnd kagen.

Zu dem vierden mol, we man eyn igliche frucht verzeihen den sol, in welcher gestalt, wyß vnd gewonheit?

Wysst der schoff also: man sol alle frucht hoffen (haufen), so man die frucht ladet, sal man von I. 1. (von 10 einen) geben, von V zu V et VI $\frac{1}{2}$ (von 5 zu 5 und 6 fortgezählt, einen halben), von VII 1 ganzen, von VIII vnd IX eyn ganzen (von 7, 8 und 9 einen ganzen) zu den lezten, so der, der den zehñ gibt nicht an hait in dem selbe, daß er mocht daruff zelen.

Item zu dem fünfften mal, wy man daß Hauwe (Heu) zehende sol, wysst der schoff, man soll das Hauwe wetter hoffen (in Wetter Häufen sehen), darnach geben an den wyssen (Wiesen) by dem dorff gegenbe dem selbte zu den 10 Hoffen (10 Häufen) zehenden, wo der gefelt.

Item zu dem secsten: we man eyn iglichen Obesß (Imesß) als beym Appel muß (Apfelmuß) vnd dergleichen verzehren soll?

Man sol das Obesß verzehren by dem stamm in bywesen des zehners. Im abwesen sol der zehñ geben (der den zehend gegeben) drumal rufen den zehner; so der nyt komet, so soll der zehñ by dem stamm geschult werden.

Item zu dem syebendten mol, wy man daß vyhe verzeihen sol, als von Lemmern, Ferkeln, gensen, hinkeln, kelwere vnd dergleichen.

Von Lemmern zehen (zehend) wysset der schoff: Uff den Grunen Dornstag sol kommen der pastor oder oder yemant von sint wegen in den schaffstall, so sal man sye lassen lauffen durch ein thor oder loch vnd das zehende ist des pastors.

Von syrkel zehen.

Item von V ein $\frac{1}{2}$ (von 5 ein halbes), von VII, VIII, IX vnd X ein ganzes vnd sol daz fertel 5 wochen alt sin. vnd wan der pastor, der zehen zihen wil, sol der, der den zehen gibet in eyn igliche hand eynß nemen.

Von Gensen zehn wisset der schoff: von zehn gensen eyne, von 5, 6 ein halbe, von 7, 8, 9 eine ganze vnd sol man daruff zelen hernach.

Von selber zehn wyset der schoff von eynem kalb eyn pfennig 8 (Denar).

Von Honner (Hühner) zehen wyset der schoff: daz eyn iglicher inwoner der pfarkirchen zu Oberbeerbach, der junge Honner in synem Huß gezogen hat, geben sol dem pastor eyn junge henne oder 4 8 (4 Denare) darvor, welches der pastor will han.. aber wann der so honer hait, keen junge hone gezogen, soll derselbe dem pastor geben 4 eyer zu zehn.

Item uff vnser lieben frauwentag genemet lichtmuse fallen eyn jeglicher. knecht von der kirchenmogen geben dem pastor eyn kerz von eynem halben pfunt wachß, wyset der schoff dem pastor zu syner gerechtigkeit.

Dyß ist dye form vnd wyse zu hegen eyn Ranzelgericht.

Interrogat plebanus juratos, ire kirchengeswornen in moßsen (maßen) we uch (euch) verkündet ist worden, kommet vnd thuet gehorsamen. Ich frage syt er (thr) uon hie, daß hre wollet gehorsamen thun mynem Herrn dem probst uff sant Victors Berg oder nye von synetwegen?

Respondent jurati: ja Herrn.

Querit plebanus: ich frage uch, ob hß zyt sy zu hegen vnd zu halten dyß Ranzelgericht nach dem als es verkündet vnd gebotten ist?

Respondent etc.

Querit plebanus: ich frage uch, we ich dyß Ranzelgericht hegen solle?

Respondent jurati: mit frieden und mit Bann.

Dicit plebanus: so thu ich dyß Ranzelgericht fryden vnd bann vnd verbyden, also daß nymanit rede, er hab syn dann leyb (er habe dann seine Erlaubniß); nymanit dem anderen syn wort thu erwyn yn dem wy recht ist, nymanit dem andern syn gesprache gehen, er thu hß denn mit leyb (Erlaubniß). Der schoffe synem stuel nit rum ober verwandlen sal, er thu hß denn

mit leyh. Ich verbyede vberbracht vnd schelt. Ich erleyben recht vnd vber yeden vnrecht. Ich verbyeden allys daß ich an eyn rechten vber yeben sal vnderley bin alles daß, daß ich an eyn rechten erleyben sal. In dem namen des vatterß vnd des sons vnd des heiligen Geystes. Amen.

Querit plebanus: ich frage ob ich dyß Kanßelgericht geheget hab, daß yß moge vnd macht habe.

Respondent iurati: ja her.

Interrogat plebanus: nu frage ich uch fortter, whye ich die schöffen vnd daß Kanßelgericht ermanen sol?

Respondent: by dem eyd.

So verman ich uch by uwerem eydt, den hre mynem hern dem probst gethan habt, daß hr wollet rugen vnd vorbringen allys daz, daß va ruckbar ist vnd an dyß gericht gehortt; eyn warheynt vor eyn warheynt, eyn lymot vor eyn lymot (Lehmuth), vff daß der vnrecht gestrafft werde vnd daß rechte gehandt habt.

Diese Urkunde ist mir aus der Sammlung des Kirchenraths Dahl in Darmstadt durch Dr. Batt in Weinheim mitgetheilt worden.

Nr. 19.

Königliche Entschließung vom 7. October 1850, die Einführung von Kirchenvorständen betr.

In Namen
Seiner Majestät des Königs.

Bermöge allerhöchster Entschließung dd. München, den 7. d. Mts. haben Se. Majestät der König genehmigt, daß, nachdem die jüngste protest. Generalsynode zu Ansbach über die Einführung von Kirchenvorständen ihre Berathung gepflogen und das I. Oberconsistorium sofort darauf seinen Antrag gestellt hat, Kirchenvorstände in den, dem evangelisch-lutherischen Bekenntnisse angehörigen Kirchengemeinden der protestantischen Kirche des Königreichs Bayern diesseits des Rheins, gemäß der nachstehenden, zur allgemeinen Beobachtung vorgezeichneten Vorschriften eingeführt werden:

§. 1. In jeder Kirchengemeinde besteht ein Kirchenvorstand.

§. 2. Zum Wirkungskreise des Kirchenvorstandes gehören:

1., die Berathung über Wünsche der Kirchengemeinde in Beziehung auf Gegenstände des öffentlichen örtlichen Gottesdienstes, auf Verrichtung liturgischer Handlungen, oder auf Ertheilung des Religionsunterrichts;

2., die Befugniß, über wichtige, die Orts-Kirchengemeinde speziell berührende neue kirchliche Einrichtungen und Anordnungen von Seite der kirchlichen Stellen und Behörden mit seinen Wünschen, Erinnerungen oder Vorschlägen vernommen zu werden;

3., die Wahrung der kirchlichen Rechte der Kirchengemeinde gegen Störungen, Eingriffe und sonstigen Nachtheile, und, wenn er solche nicht selbst zu beseitigen vermag, die durch Vermittlung des Pfarramtes zu erstattende Anzeige an die vorgesetzte Kirchenbehörde;

4., die Förderung der Anstalten christlicher Wohlthätigkeit und thätiger christlicher Liebe, sowie überhaupt die Hebung des kirchlichen Lebens in der Gemeinde;

5., die Wachsamkeit auf die Sicherung, gute Bewirthschaftung des Pfarreigenthums und der zu diesem Zwecke dem Pfarrer oder Pfarrverweser zu leistende Beirath;

6., die Mitwirkung zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung bei öffentlichen Gottesdiensten und namentlich bei außerordentlichen kirchlichen Festen oder Feierlichkeiten;

7., die Verleihung der Kirchenstühle und die Ablieferung der Einnahme hieraus an die zum Empfang Berechtigten;

8., die Vertretung der Kirchengemeinde bei Ausübung der derselben zustehenden Präsentationsrechte und aller damit verbundenen Befugnisse, vorbehältlich der Rechte Dritter;

9., die Wahl der zu der Diöcesansynode abzuordnenden weltlichen Mitglieder, und:

10., die Befugniß, bei Einsetzungen der Pfarrer, bei Kirchenvisitationen, sowie bei andern feierlichen Gelegenheiten, bei welchen die Kirchengemeinde zu vertreten ist, zugezogen zu werden.

§. 3. Dem Kirchenvorstande gebührt ein besonderer Amts- und Ehrensit in der Kirche, wenn die Räumlichkeiten und Einrichtungen solches gestatten.

§. 4. Der Kirchenvorstand besteht:

1., aus sämmtlichen an der betreffenden Kirche angestellten

Geistlichen, mit Einschluß der wirklichen Pfarrverweiser, der exponirten und ständigen Vikare, sowie der Hauptprediger, soferne letztere nicht wirkliche, in Aktivität stehende Mitglieder des I. Oberconsistoriums oder eines Consistoriums sind;

2., aus einer Anzahl weltlicher Kirchengemeindeglieder, von mindestens vier und höchstens zwölf, je nach der Größe und dem Bedürfnisse der Gemeinde. Die nähere Bestimmung über die Anzahl der weltlichen Kirchenvorsteher bleibt den Consistorien vorbehalten, wogegen jedoch der Kirchengemeinde das Recht der Berufung an das I. Oberconsistorium zusteht.

§. 5. Wahlstimmberechtigt bei der Wahl zum Kirchenvorstande sind alle männlichen selbstständigen Mitglieder der Kirchengemeinde nach zurückgelegtem 21ten Lebensjahre, soferne sie der protestantischen Kirche lutherischen Bekenntnisses angehören¹²⁾, im Sprengel der Kirchengemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben, bayerische Staatsangehörige sind, und nicht schon wegen eines Verbrechens oder wegen des Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt wurden. Als selbstständig können jene nicht betrachtet werden, welche für sich keinen eigenen Familienstand bilden, oder als conscribirte Arme Unterstützung aus einer öffentlichen Armenklasse genießen. Das Wahlstimmrecht steht auch insbesondere den geistlichen und weltlichen Mitgliedern des Kirchenvorstandes selbst zu. Dieses Recht kann nur in Einer Kirchengemeinde ausgeübt werden.

§. 6. Wählbar in den Kirchenvorstand sind alle wahlstimmberechtigten weltlichen Mitglieder der Kirchengemeinde, welche das 25te Lebensjahr zurückgelegt haben, einen christlichen sittlichen Lebenswandel führen, und ihre dem Glauben und Bekenntnisse der Kirche entsprechende Gesinnung durch Theilnahme am öffentlichen Gottesdienste und am heiligen Abendmahl an den Tag legen.

§. 7. Die Wahl wird in der Sakristei der Kirche oder in einem sonst hiezu geeigneten Pfarr- Schul oder Gemeindegebäude vorgenommen. Zeit und Ort derselben werden wenigstens eine Woche vorher bei dem Hauptgottesdienste öffentlich bekannt gemacht und von dem Pfarrer oder dessen Stellvertreter, und, wo mehrere

12) Dieses ist nicht buchstäblich zu nehmen. Denn München ist eine gemischte Gemeinde. Und doch gilt diese Verordnung auch dort.

Pfarrer in einer Kirchengemeinde angestellt sind, von dem ersten Pfarrer geleitet.

§. 8. Jede Wahlstimme muß persönlich abgegeben werden. Bevollmächtigungen oder Stellvertretungen zur Abgabe oder Uebergabe von Wahlstimmen sind unzulässig.

§. 9. Die Wahl geschieht entweder durch numerirte, von den Wählern eigenhändig unterzeichnete Stimmzettel, oder mündlich zu Protokoll. Bei der Vorlesung der Wahlzettel und des Protokolles werden die Namen der Wähler verschwiegen, und nur die Nummern der Wahlstimmen verkündet. Jeder Wähler hat doppelt so viele Namen zu bezeichnen, als die Zahl der zu wählenden weltlichen Mitglieder des Kirchenvorstandes beträgt.

§. 10. Bei der Wahl steht dem dieselbe leitenden Pfarrer oder dessen Stellvertreter ein Wahlausschuß von fünf Mitgliedern zur Seite, welche von den Wählern aus ihrer Mitte auf die ihnen beliebige Weise, und, wenn kein Uebereinkommen stattfindet, durch das Loos ernannt, und von dem Pfarrer durch Handgelübde in Pflicht genommen wird. Die Befugnisse und Pflichten dieses Wahlausschusses sind:

1., darüber zu wachen, daß Niemand eine Stimme abgebe, der hiezu nicht berechtigt, und daß Niemand gewählt werde, der nicht wählbar ist;

2., darauf zu sehen, daß jede Wahlstimme vollständig aufgezeichnet, gezählt und die Stimmenmehrheit richtig berechnet werde;

3., alle Wahlreklamationen sofort zu prüfen, und selbstständig zu entscheiden; endlich

4., über Wahlablehnungen nach genügender Untersuchung der hiefür angegebenen Gründe und Nachweise sogleich zu erkennen.

§. 11. Beschwerden gegen die Beschlüsse des Wahlausschusses sind nur wegen Ungefeßlichkeit des Verfahrens zulässig, und werden von dem vorgesetzten Dekanate, oder, wenn der functionirende Dekan als Pfarrer selbst bei der Wahl theilhaftig war, von dem einschlägigen Consistorium beschieden. Durch solche Beschwerden darf aber die im Gange befindliche Wahlhandlung nicht gehemmt werden.

§. 12. Die Wahlverhandlung und die Thätigkeit des Wahlausschusses bleibt lediglich auf den Gegenstand der Wahl beschränkt.

§. 13. Ueber die Wahlverhandlung wird ein Protokoll geführt,

in welches alle Wahlstimmen, sowie alle Reclamationen und Beschwerden, nebst den hierauf vom Ausschusse gefaßten Beschlüssen eingetragen werden, und welches von einem Mitgliede des Ausschusses zu führen, und von sämmtlichen Mitgliedern zu unterzeichnen ist. Ebenso ist von einem Mitgliede des Wahlausschusses ein Controlverzeichnis zu führen, welches die Namen der Gewählten und die Zahl der erhaltenen Stimmen enthält. Auch dieses Verzeichnis wird von dem gesammten Wahlausschuß unterzeichnet.

§. 14. Nach geschlossener Abstimmung wird das Wahlergebniß durch den Ausschuß festgestellt, wobei Jene, welche bei der Wahl nach Maßgabe der relativen Stimmengmehrheit die meisten Stimmen erhalten haben, nach der Reihenfolge der erhaltenen Stimmenzahl als gewählte Mitglieder des Kirchenvorstandes zu bezeichnen sind. Die nach der Zahl der erhaltenen Stimmen zunächst Folgenden sind als Ersatzmänner zu betrachten, und rücken in Erledigungsfällen während der Dauer einer Wahlperiode für die Zeit, für welche der zu Ersetzende gewählt war, nach der Reihenfolge der Stimmenzahl ein. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, wobei die anwesenden Betheiligten selbst losen, für die Abwesenden aber ein Mitglied des Ausschusses das Loos zieht.

§. 15. Unmittelbar nach Feststellung des Wahlergebnisses ist jeder als Kirchenvorsteher oder Ersatzmann Gewählte zur Erklärung über die Annahme der auf ihn gefallenen Wahl aufzufordern. Die allenfallsigen Ablehnungsgründe werden von dem Wahlausschusse geprüft und entschieden.

§. 16. Das Ergebnis der Wahl ist dem vorgesetzten Dekanate unter Vorlage der Verhandlungen zur Bestätigung sofort anzuzeigen. Diese Bestätigung darf nur wegen einer wahrgenommenen Ungeßentlichkeit des Verfahrens und dadurch herbeigeführter Nichtigkeit der Wahl verweigert werden. In diesem Falle findet eine neue Wahl statt. Die Wahlverhandlungen derjenigen Kirchengemeinden, deren Wahl der Dekan selbst als Pfarrer geleitet hat, werden dem einschlägigen Konsistorium zur Bestätigung vorgelegt.

§. 17. Die ordentlichen Wahlen der weltlichen Mitglieder des Kirchenvorstandes finden von drei zu drei Jahren statt. Diese Mitglieder werden auf sechs Jahre gewählt, und nur von den bei der ersten Wahl Gewählten tritt die Hälfte nach Bestimmung des des Looses schon nach drei Jahren aus. Die austretenden Mit-

glieder sind stets wieder wählbar. Außerordentliche Zwischenwahlen werden nur dann vorgenommen, wenn bis zu den ordentlichen Ersatzwahlen mehr als sechs Monate in Mitte liegen, oder die Zahl der weltlichen Kirchenvorsteher sich bis auf die Hälfte gemindert hat, und zur Ergänzung der abgängigen Mitglieder keine Ersatzmänner mehr vorhanden sind.

§. 18. Gültige Gründe zur Ablehnung der Wahl sind:

1., das zurückgelegte sechzigste Lebensjahr;
2., nachgewiesene geistige oder körperliche andauernde Unfähigkeit;

3., Berufs- oder Familienverhältnisse, welche die Ausübung des Amtes eines Kirchenvorstehers entweder unbedingt oder wenigstens auf längere Dauer unmöglich machen und

4., unmittelbar vorausgegangene sechsjährige Verwaltung des Kirchenvorsteher-Amtes, in welchem Falle der Gewählte Anspruch darauf hat, für die nächsten sechs Jahre auf Verlangen hiervon befreit zu bleiben.

§. 19. Nach erfolgter Bestätigung werden die weltlichen Kirchenvorsteher bei dem nächsten Sonntags-Gottesdienste durch den einschlägigen Pfarrer oder dessen Stellvertreter der Kirchengemeinde in der Kirche vorgestellt, und nach vorgängiger Belehrung über die Obliegenheiten ihres Amtes mittels Handgelübdes verpflichtet, „die Obliegenheiten eines Kirchenvorstehers in Uebereinstimmung mit den bestehenden kirchlichen Gesetzen und Verordnungen zum Besten der protestantischen Kirche und insbesondere der Kirchengemeinde N. getreu und in christlichem Geiste zu erfüllen.“

§. 20. Der Austritt eines weltlichen Kirchenvorstehers im Laufe einer Wahlperiode hat zu erfolgen, wenn derselbe die Vorbedingungen zur Wählbarkeit nicht mehr besitzt. Die Entscheidung hierüber kommt dem Kirchenvorstande selbst zu, vorbehaltlich der Beschwerde hiegegen an die vorgesezte kirchliche Oberbehörde. Uebrigens ist auch letztere befugt, den Kirchenvorstand zur Prüfung und Beschlussfassung über die Nothwendigkeit des Austritts eines Mitgliedes in dem obenbezeichneten Falle aufzufordern.

§. 21. Der Pfarrer oder dessen Stellvertreter, und, wo in einer Kirchengemeinde mehrere Pfarrer angestellt sind, der erste Pfarrer, führt in den Versammlungen des Kirchenvorstandes den Vorsitz, und leitet dessen Verhandlungen. Derselbe beruft die Mitglieder

regelmäßig Einmal in jedem Monate, außerdem aber so oft dringende Berathungsgegenstände vorhanden sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die gefaßten Beschlüsse sind in einem chronologisch fortlaufenden Protokolle einzutragen, welches jederzeit nach geschehenem Vorlesen von den Anwesenden zu unterzeichnen ist. Die Ausfertigungen geschehen unter der Unterschrift des Vorsitzenden. Die Versammlungen und Berathungen des Kirchenvorstandes haben in der Sakristei der Kirche, oder, wenn solches unthunlich seyn sollte, in dem Pfarr- oder Schulhause stattzufinden.

§. 22. Sollte ein Beschluß des Kirchenvorstandes dem Bekenntnisse der Kirche, den Rechten und Befugnissen des Pfarramtes, den allgemeinen kirchenrechtlichen Bestimmungen, oder überhaupt dem wohlverstandenen Interesse der Kirche widerstreiten, so ist der vorsitzende Pfarrer oder dessen Stellvertreter als solcher verpflichtet, über diesen Beschluß, bevor er ihn vollzieht, an die vorgesetzte Behörde Bericht zu erstatten und die höhere Entschließung zu erbitten.

Das hat die gegenwärtige Kirchenverordnung alsbald in sämtlichen Pfarreien seines Bezirks von den Kanzeln verkündet, ferner sämtlichen Pfarrämtern und exponirten und ständigen Vikariaten ein gedrucktes Exemplar derselben für die Pfarrakten mittheilen, ein anderes aber durch diese Ämter und Vikariate in jeder Sakristei zur allgemeinen Einsicht für die Mitglieder der Kirchengemeinde auflegen zu lassen.

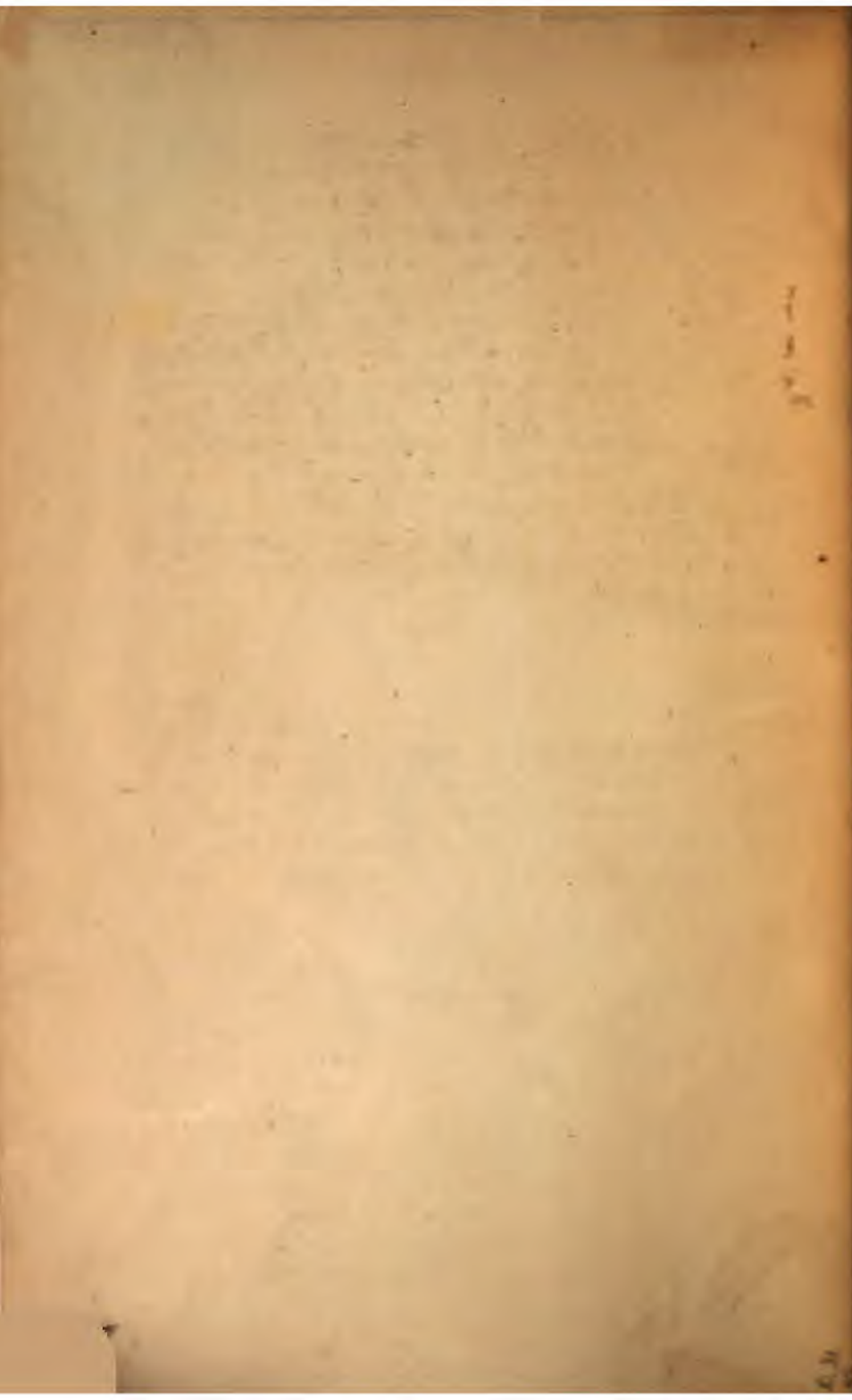
München, den 16. October 1850.

Königl. protestantisches Ober-Conistorium.

An

das

die Einführung von Kirchenvorständen
betreffend.











JUL 6 - 1942

